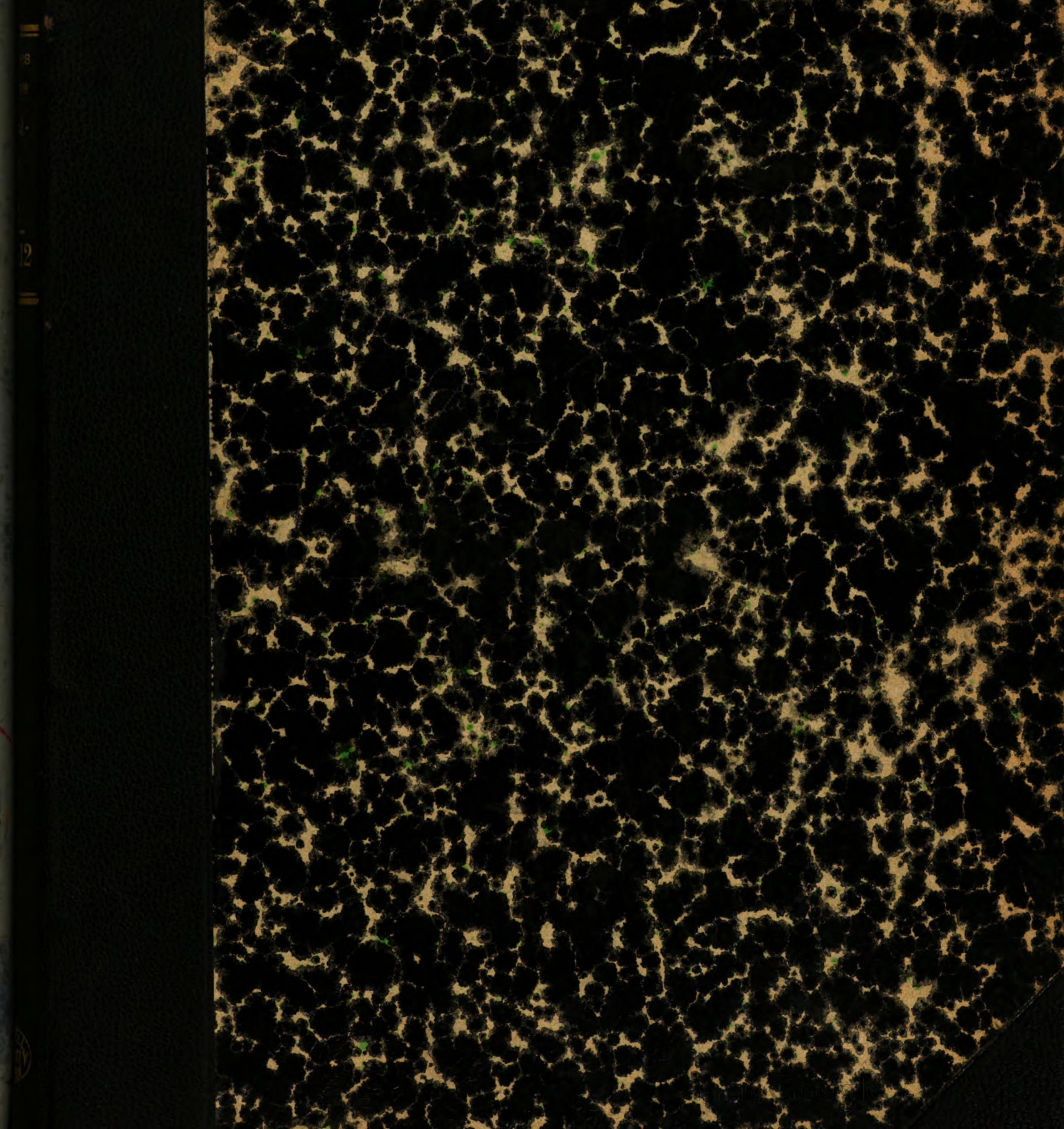
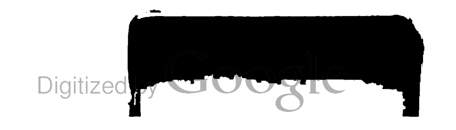





CORNELL UNIVERSITY LIBRARY
3 1924 092 276 595

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Geheim. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamtes
in Dresden

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Dritter Jahrgang

1911

Mit einer Beilage (zu Nr. 6):
Deutsche Statistische Gesellschaft, Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Niederschrift der Verhandlungen der konstituierenden Versammlung in Dresden am 17. Juni 1911.



3

Druck und Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin

E.V.

Inhaltsverzeichnis
zum I. bis III. Jahrgang.

Aufsätze.

Besprechungen.

Abschnitt II ist erst mit Nr. 2 des 3. Jahrgangs eingeführt worden. Bis dahin trugen die jetzigen Abschnitte III bis XXVII noch die Nummern II bis XXVI.

I. Bevölkerungsstand.

II. Berufsstatistik.

III. Bewegung der Bevölkerung.

IV. Todesursachenstatistik.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

VI. Preis- und Konsumstatistik.

VII. Vermögen und Einkommen.

VIII. Grundbesitzstatistik.

XV. Versicherungsstatistik.

XVI. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

XVIII. Wahlstatistik.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

XX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

XXI. Armenstatistik.


Digitized by Google

Vermischte Mitteilungen

(im I. Jahrgang: Personalnachrichten).

Titelanzeigen.

Fragekasten.

Verfasser- und Referenten-Verzeichnis

zum I. bis III. Jahrgang.

* ist bei Verfassern, deren Schriften von anderer Seite besprochen sind, der Spaltenzahl beigefügt.

Beilage.

Deutsche Statistische Gesellschaft, Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Niederschrift der Verhandlungen der konstituierenden Versammlung in Dresden am 17. Juni 1911. Beilage zum III. Jahrgang Nr. 6.



Nr. 1 3. Jahrgang 1. Januar 1911

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern: Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die Konferenzen der Deutschen Städtestatistiker.[1]

Von Prof. Dr. **O. Landsberg**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg.

Nur ein kleines Häuflein war es, welches am 4. Oktober 1879 in Berlin zur ersten Deutschen Städtestatistikerkonferenz zusammentrat. Die Zahl der zu jener Zeit in den deutschen Städten bestehenden statistischen Ämter betrug nur 11, von denen 9 auf der Konferenz vertreten waren: Altona (durch Kluge), Berlin (Böckh), Breslau (Neefe), Chemnitz (Flinzer), Dresden (Edelmann), Hamburg (Neßmann), Leipzig (Hasse), Lübeck (Pabst) und München (Pröbst); zu ihnen gesellte sich noch für Budapest Körösi. Gegenwärtig beträgt die Zahl der städtestatistischen Ämter im Deutschen Reiche, deren Leiter dem Verbande der Deutschen Städtestatistiker angehören, 41, und die Konferenzen, welche erst in längeren, später in kürzeren Zwischenräumen abgehalten wurden, finden regelmäßig alljährlich statt.

Die großartige Entwicklung, welche aus diesen Zahlen spricht, wäre gewiß nicht möglich gewesen ohne die Zunahme der Großstädte im Reiche; aber daß mit ganz verschwindenden Ausnahmen eine Großstadt nach der anderen dazu übergegangen ist, ein statistisches Amt zu errichten, zeigt am besten, wie stark in der städtischen Verwaltung die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen empfunden wird. Auch wer die Protokolle der Konferenzen einer Durchsicht unterzieht, wird finden, daß, wo auch die Statistikerkonferenz bisher getagt hat, in Ost und West, Süd und Nord, stets seitens der leitenden Verwaltungsbeamten dieser Städte hervorgehoben worden ist, wie unentbehrlich die Städtestatistik geworden ist.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein, zu zeigen, daß diese hier von berufener Seite der Städtestatistik gezollte Anerkennung nicht der Ausfluß einer etwa bei solchen Begrüßungsreden obwaltenden Festesstimmung ist, sondern der wohlverdiente Lohn für die unermüdliche und selbstlose Unterstützung, welche die Städtestatistik zu allen Zeiten und auf allen Gebieten den deutschen Städteverwaltungen geboten hat; vielmehr wird hier von den insbesondere für die Verwaltung geleisteten Arbeiten nur insoweit die Rede sein dürfen, als sie in den Konferenzen behandelt worden sind. Es sind dies namentlich die Arbeiten, welche sich um das Statistische Jahrbuch Deutscher Städte gruppieren. Schon auf der zweiten Konferenz 1885 in Dresden wurde auf Antrag von Neefe die gemeinsame Herausgabe eines statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte beschlossen und das Programm dafür entworfen. Seither hat noch auf jeder Konferenz der Bericht über das Jahrbuch den Mittelpunkt der Tagesordnung gebildet, und sein ausgezeichneter Herausgeber ist unermüdlich für die Erweiterung und Vervollkommnung dieses Werkes besorgt gewesen. So ist die Zahl der Gegenstände, welche ständig oder in Zwischenräumen im Jahrbuch bearbeitet werden, stets gewachsen und die Zahl der im Jahrbuch behandelten Städte, die im ersten 1890 erschienenen Jahrgange 35 betrug, wird sich im 17. Jahrgang, dessen Erscheinen unmittelbar bevorsteht, auf 84 belaufen. Im engen Zusammenhange mit den

1) Berichte über die Tätigkeit anderer Statistiker-Vereinigungen siehe D. St. Z. 1. u. 2. Jahrgang.



Jahrbuchsarbeiten ist neuerdings auch die kommunale Finanzstatistik, die bereits auf der ersten Konferenz und seither wiederholt erörtert worden ist, energisch in Angriff genommen worden. Die Arbeiten der von der Konferenz eingesetzten, unter der Leitung von Bleicher stehenden finanzstatistischen Kommission haben in so hervorragender Weise den Gegenstand gefördert, daß die „finanzielle Hauptübersicht" über die gesamte städtische Verwaltung bereits für den 18. Jahrgang des Städtejahrbuches erhoben und bearbeitet werden konnte. Die Kommission hat dann weiter die schwierige Frage der Bewertung städtischer Vermögen zur Grundlage einer vergleichenden Vermögensstatistik in die Hand genommen; auch hier konnte bereits die letzte Konferenz in Posen auf Grund der gründlichen Vorarbeiten der Kommission, insbesondere ihres Referenten Most, und nach einer sehr eingehenden Erörterung über die hauptsächlichen dabei zu beobachtenden Grundsätze zu einer vollständigen Übereinstimmung gelangen. Die Besprechung der verwaltungsstatistischen Arbeiten der Konferenz würde aber der Vollständigkeit entbehren, wenn man nicht der Beteiligung der deutschen Stadtverwaltungen und ihrer Organisation, des Deutschen Städtetages, gedächte. Die im Oktober 1908 in Berlin unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Dr. Bender-Breslau stattgehabte gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter des Deutschen Städtetages und der Städtestatistiker hat hinsichtlich der in Aussicht zu nehmenden Ziele wie der zu beschreitenden Wege die größte Übereinstimmung gezeigt; sie hat weiter das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß der Deutsche Städtetag das Statistische Jahrbuch deutscher Städte durch Abnahme einer bestimmten Zahl von Exemplaren auf eine breitere finanzielle Grundlage gestellt hat, und sie hat endlich der Möglichkeit eines dauernden Zusammenarbeitens die Wege gewiesen, indem der Städtetag die finanzstatistische Kommission der Städtestatistiker für ihre Beratungen über die finanzielle Hauptübersicht der Städte durch 3 Verwaltungsbeamte verstärkt hat.

Erscheint so die Stellung der Städtestatistik innerhalb der städtischen Verwaltung als durchaus gefestigt, so wird der unparteiische Chronist von der Stellung gegenüber der staatlichen Statistik nicht das Gleiche sagen können. Wie die auf Veranlassung von Neefe durch Dr. Kieseritzky im XI. Jahrgange des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte gefertigte Zusammenstellung über die Beschlüsse der von 1879 bis 1903 abgehaltenen Konferenzen im einzelnen nachweist, haben sich diese Konferenzen wiederholt mit der Beziehung der Städtestatistik zur Reichs- und Landesstatistik befaßt, und auch seither ist kaum eine Konferenz vergangen, ohne daß dieser Gegenstand in den Erörterungen bei dem einen oder anderen Punkte berührt worden wäre. Schon die Tagesordnung der ersten Konferenz stellte in dieser Beziehung entschiedene Richtlinien auf; unter Nr. XII heißt es daselbst: „Definitive Übertragung des Depouillements bei allen denjenigen statistischen Erhebungen, welchen sich die Kommunen im Interesse des Staates zu unterziehen haben, seitens des letzteren für den Umfang der betreffenden Stadtgemeinden auf die resp. städtischen statistischen Bureaux." Dabei ist es nicht ohne Interesse, daß der Referent — zugleich anscheinend auch der Urheber — dieses Punktes der Tagesordnung (Kluge) später selbst preußischer Landesstatistiker geworden ist. Daß die Frage von Anfang an bis auf die Gegenwart eine so bedeutsame Rolle gespielt hat, während zugleich die Konferenzen seit 1902 Vertreter des Kaiserl. Statistischen Amts, seit 1909 auch des Preußischen Landesamts als ihre Gäste zu begrüßen das Vergnügen hatten, zeigt am besten, daß hier nicht persönliche Differenzen zugrunde liegen, sondern Unterschiede der sachlichen Auffassung, und so wird es verständlich sein, wenn es sich der Verfasser dieser Zeilen nicht versagen kann, seine persönliche Auffassung an dieser den gemeinsamen Interessen der Statistik gewidmeten Stelle auseinanderzusetzen. An sich bildet die Städtestatistik selbstverständlich ebenso einen Teil der staatlichen Statistik, wie die Stadt einen Teil des Staates bildet. Wenn wir dabei die staatliche Statistik nach der Definition eines Landesstatistikers (Dieterici) auffassen als „die in Zahlen und Tatsachen gegebene Darstellung von dem gegenwärtigen Verhältnis eines Staates", so wird weiter, da der Staat doch nicht aus gleichartigen Teilen besteht, vom wissenschaftlichen Standpunkte gefordert werden müssen, daß die Art der statistischen Darstellung der besonderen Eigenart der einzelnen Staatenteile angepaßt wird. Unter einfacheren Verhältnissen, wie sie z. B. auf dem Lande vielfach bestehen, wird der Statistiker, — wenn ein Gleichnis gestattet ist, — mit einer geringeren Zahl von Farben auskommen, als bei der Darstellung eines so komplizierten Gebildes, wie es eine moderne Großstadt ist. Daraus folgt, daß es — immer von wissenschaftlichem Standpunkte aus — nicht als ausreichend angesehen werden kann, wenn das ganze Land nach einheitlichen Gesichtspunkten statistisch behandelt wird, und die Großstädte gewissermaßen nur als Auszählungsbezirke, nicht als selbständige Gebilde zur Erscheinung kommen. Die Unterscheidungen, die ich hier nur kurz angedeutet habe, sagen nichts neues; tatsächlich lassen sich auch aus der Praxis einige Beispiele anführen, in welchen den aufgestellten theoretischen Forderungen seitens der Landesstatistik genügt wird, z. B. aus der Preußischen Landesstatistik die Auszählungen über Arbeitsort und Wohnort bei der Zählung von 1900, aus der Sächsischen und Württembergischen die Arbeiten über Wohnungsstatistik usw. Immerhin sind Fälle dieser Art nur vereinzelt und können auch nach der praktischen Ausgestaltung der statistischen Landesämter immer nur vereinzelt bleiben; um so notwendiger erscheint die besondere Aufgabe der Städtestatistik. In diesem Zusammenhange ist es auch bemerkenswert, daß die Frage der Eingliederung der Städtestatistik in die Reichs- und Landesstatistik auf den Konferenzen von 1907 bis 1910 nicht, wie früher, bei Gelegenheit der großen Zählungen zur Erörterung gekommen ist, sondern durch die Lebensmittelpreisstatistik. In der Tat ist sie hier am brennendsten; denn auch die staatliche Lebensmittelpreisstatistik ist lediglich Städtestatistik. Die Erhebung z. B. von Klein-



handelspreisen des Fleisches hat überhaupt nur eine Bedeutung innerhalb der städtischen Bevölkerung und gewinnt an Gewicht, je größer die Stadt und je mehr sie infolgedessen für ihre Zufuhren auf entferntere Gebiete angewiesen ist.

Wir sind damit bereits von den Arbeiten der städtestatistischen Ämter für die Statistik der städtischen Verwaltung, welcher der erste Teil dieses Aufsatzes gewidmet war, übergegangen zu demjenigen Arbeitsgebiet, welches recht eigentlich die Statistik der Stadt als solche betrifft, dessen Pflege aber nicht minder im Interesse der Verwaltung der Stadt liegt, entsprechend den Grundsätzen, die bereits in der ersten Konferenz aufgestellt worden sind mit den Worten, „daß das statistische Bureau durch Ermittelung sämtlicher faktischen Zustände und Verhältnisse des betreffenden Gemeinwesens, sowie die Darlegung ihres Zusammenhanges untereinander vor allem zuverlässige Materialien zu liefern hat, die der städtischen Verwaltung als Grundlage dienen sollen zur vorgängigen Prüfung von Maßregeln . . . ., ferner auch zur späteren Beurteilung". Für diese Ermittelung der faktischen Zustände kommen zunächst die großen Zählwerke, Volkszählungen und Berufs- und Betriebszählungen in Betracht, welche die Konferenzen wiederholt beschäftigt haben. Bei der Berufs- und Betriebszählung von 1907 ist es der Städtestatistik allerdings nicht gelungen, ihre besonderen Interessen bei der Erhebung geltend zu machen; die Konferenzen haben sich daher darauf beschränkt, in wiederholten und gründlichen Erörterungen allgemeine Richtlinien für das große Werk zu geben, und wer auch immer in Zukunft die Anlage und Ausführung der Zählung einer erneuten Prüfung unterwerfen will, wird an den Ausführungen des Referenten der Konferenz, Schöbel, nicht vorbeigehen dürfen.

Auch die Volkszählungen sind in den Konferenzen regelmäßig eingehend erörtert worden. Bezüglich der allgemeinen Grundsätze der Aufnahme hat die Konferenz von 1908 sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Erlaß eines Gesetzes notwendig sei, in erster Linie, um die Beschaffung der zur Zählung erforderlichen ehrenamtlichen Kräfte nach Analogie der sonst für Staat und Gemeinde in Anspruch genommenen Dienste als Vormünder, Schöffen, Armenpfleger usw. zu gewährleisten. Von den Auszählungen sind begreiflicherweise hauptsächlich die über die staatlichen hinausgehenden zur Sprache gekommen. Als Beispiel sei hier nur aus der letzten Konferenz die Statistik der Dienstboten erwähnt. In dem dazu erstatteten trefflichen Referate von Böhmert-Bremen wird der erste Versuch gemacht, für die Dienstbotenfrage aus der Volkszählung einiges statistische Material allgemeiner Natur zu gewinnen; auch hier handelt es sich um eine vorzugsweise städtische Frage von großer Wichtigkeit, für die demgemäß die Städtestatistik die gewiesene Stelle ist.

Die eigentliche Domäne der Städtestatistik aber bildet die Wohnungsstatistik, insbesondere die mit den Volkszählungen ständig verbundenen Wohnungszählungen, welche denn auch vielfältig auf den Konferenzen von der ersten bis zur letzten erörtert worden sind. Im Zusammenhange damit hat auch die Statistik der Grundstücke und Gebäude, sowie der in ihnen befindlichen gewerblichen Lokale und die Statistik der Haushaltungen und Anstalten mehrfach Besprechung gefunden. Der Verfolgung des Wohnungsmarktes zwischen den Zählungen dienen einerseits die laufende Statistik der Bautätigkeit, anderseits regelmäßige Zählungen der leerstehenden Wohnungen; auch hier hat die Konferenz gleichmäßige Erhebungen durchgesetzt. Die Ergebnisse werden gegenwärtig vierteljährlich gesammelt und veröffentlicht von dem Statistischen Amt zu Cöln.

Sieht man von den Volkszählungen ab, so hat die Bevölkerungsstatistik die Konferenzen nur vereinzelt beschäftigt. Eine Ausnahme bildet nur die Todesursachenstatistik; hier ist in der älteren Zeit das aus der Konferenz selbst hervorgegangene Flinzer-Lacknersche System vielfach Gegenstand der Beratung gewesen, in der neueren Zeit zunächst das internationale (Bertillonsche), später das vom Kaiserlichen Gesundheitsamt aufgestellte systematische Verzeichnis der Todesursachen und das daraus von der Städtestatistik für ihre besonderen Zwecke hergestellte Schema „mittleren Umfangs". Um diesen Gegenstand hat sich insbesondere Zimmermann-Cöln ein bleibendes Verdienst erworben, dem auch die Sammlung der von den einzelnen Ämtern aufgestellten monatlichen Nachrichten übertragen ist. Daß sonst die Bevölkerungsstatistik auf den Konferenzen lange Zeit in den Hintergrund getreten ist — mit einer eingehenden Besprechung der Bevölkerungsbewegung hat sich lediglich die vierte Konferenz von 1889 beschäftigt —, hat seine Ursache in einer auch sonst in der Statistik zu beobachtenden Strömung, welche die bevölkerungsstatistischen Arbeiten stark hintansetzte. In neuerer Zeit hat jedoch die Bevölkerungsstatistik wieder ein sehr starkes Interesse sich zu erobern gewußt und zwar durch zwei Probleme. Die Bestrebungen zur Verminderung der Kindersterblichkeit haben die Frage der natürlichen Ernährung der Säuglinge und ihres Einflusses auf die Sterblichkeit in den Vordergrund treten lassen, und der besonders in den Großstädten so starke Rückgang der Geburtenziffer hat auf die Frage der ehelichen Fruchtbarkeit die Aufmerksamkeit gelenkt. Damit ist jetzt Gemeingut geworden, was schon vor 25 Jahren Richard Böckh im Kampfe gegen erhebliche Widerstände gelehrt hat.

Entsprechend der wachsenden sozialpolitischen Tätigkeit der Städte und der Zunahme der in den Diensten der Stadt selbst stehenden Arbeiter haben auch statistische Untersuchungen über die arbeitenden Klassen auf dem Programm der Konferenzen von der ersten bis zur letzten nicht gefehlt. Namentlich sind sie vielfach Gegenstand der Erörterung geworden durch das auf der Konferenz von 1902 angebahnte Zusammenarbeiten der Städtestatistik mit der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlichen Statistischen Amts, welches durch das Verdienst des der Wissenschaft zu früh entrissenen Reg.-Rats Dr. Leo sich rasch zu einem sehr fruchtbringenden entwickelt hat. Die Beobachtung des Beschäftigungsgrades auf Grund der An- und Abmeldungen der Kranken-

kassen, wie sie Silbergleit zuerst in Magdeburg zur Anwendung gebracht hat, ist durch die Beschlüsse der Altonaer Konferenz von 1902 mehrfach auch anderwärts eingeführt worden. Auch die Ausnutzung des gleichen Materials zu lohnstatistischen Zwecken ist erwogen worden (1906); außerdem sind für eine Lohnstatistik einmal die Nachweisungen der Berufsgenossenschaften (1890), anderseits die Auskünfte der Arbeitgeber für die preußische Einkommensteuer (1907) vorgeschlagen worden. Einer Untersuchung über die Verwendung des Lohnes waren die eingehenden und mühevollen Erhebungen über die Arbeiterbudgets gewidmet, welche die Städtestatistiker auf der Stuttgarter Konferenz (1906) beschlossen und zusammen mit dem Kaiserlichen Statistischen Amt durchgeführt haben.

Mit den besprochenen großen Gruppen ist das Arbeitsgebiet der städtestatistischen Konferenzen keineswegs erschöpft; schon die Vielseitigkeit des im Städtejahrbuch behandelten Stoffes gibt mancherlei Anregung. So hat sich aus der Schulverwaltungsstatistik des Jahrbuchs die Schülerentlassungsstatistik entwickelt, welche auf der Konferenz von 1901 zunächst auf die Unterrichtserfolge beschränkt worden ist, während später (1908) eine Ausdehnung auf den erwählten Beruf angeregt wurde.

Endlich sei noch ein Gegenstand erwähnt, der 1910 zum ersten Male auf der Tagesordnung der Konferenz gestanden hat, aber wegen der Überfülle des Stoffes nicht mehr behandelt werden konnte, der statistische Unterricht an den deutschen Hochschulen. Daß die Statistik an einer Reihe von Hochschulen nicht die Behandlung erfährt, welche ihrer Bedeutung und den in der neueren Zeit gemachten Fortschritten entspricht, ist in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten betont worden; es sei hier nur an die Ausführungen von Bücher auf der Magdeburger Tagung des Vereins für Sozialpolitik erinnert. Dem Verband der Städtestatistiker wird das Recht zu einer Erörterung dieses Punktes um so weniger bestritten werden können, als er unter seinen Mitgliedern auch 6 Hochschuldozenten aufweist.

Unsere Ausführungen haben naturgemäß nur einen sehr summarischen Überblick über die 24 bisherigen Konferenzen der deutschen Städtestatistiker geben können; trotzdem geht aus ihnen das eine hervor, was alle, die den Konferenzen auch nur einmal beizuwohnen Gelegenheit hatten, bestätigen werden, daß diese Konferenzen der ernsten, sachlichen Arbeit gewidmet sind. Obwohl aus einer inneren Notwendigkeit heraus die von Ort zu Ort wechselnde Geschäftsführung der Konferenzen seit 1903 einer ständigen Organisation, dem Verbande der deutschen Städtestatistiker, Platz gemacht hat, ist doch niemals auch nur entfernt daran gedacht worden, etwa dem Beispiel anderer Verbände folgend persönliche Fragen einzubeziehen. Auch die engen Beziehungen, welche durch das sachliche Zusammenarbeiten auf den Konferenzen unter den Mitgliedern und mit den ausländischen Gästen der Konferenz, den Vertretern des städtestatistischen Dienstes in Basel, Zürich, Wien, Budapest, Florenz und Amsterdam, geknüpft worden sind, haben vielfältig Früchte getragen; ist doch kaum ein anderer Beruf so auf die kollegiale Unterstützung angewiesen, als gerade der der Städtestatistiker. So kann der Verband der deutschen Städtestatistiker, wenn er sich anschickt, seine 25. Konferenz einzuberufen, auf eine reiche Arbeit zurückschauen und zugleich frohen Mutes in die Zukunft blicken.

Arbeitslosenstatistik.

Von **Johannes Feig.**

Die Statistik ist das Organ der Gesellschaft zur Selbsterkenntnis. Je mehr sich die Gesellschaft mit den Schäden an ihrem Körper beschäftigt, um so mehr versucht sie, diese durch statistische Beobachtung näher zu erforschen. Zu den Gebieten, welche die Statistik auf diese Weise in neuerer Zeit erobert hat, gehört das der Arbeitslosigkeit. Ob sie freilich dies Gebiet schon voll erobert hat, das ist bestritten. Gegenstand der Zählung kann nur etwas sein, was sich objektiv feststellen läßt. Nun ist zwar die bloße Tatsache, daß ein Arbeiter zu einer bestimmten Zeit nicht in einem Arbeitsverhältnis steht, in der Regel ohne weiteres erkennbar und nachprüfbar. Aber der übliche Begriff der Arbeitslosigkeit, jedenfalls der Arbeitslosigkeit, auf deren Feststellung es wirtschaftlich und gesellschaftlich in erster Linie ankommt, setzt noch eine weitere Eigenschaft voraus, die nämlich, daß der Arbeiter unfreiwillig ohne Arbeit ist. Der Wille des Arbeiters ist nun ein durchaus subjektives Moment, das objektiv nicht erkennbar ist. Aber die Statistik kann sich in solchen Fällen ähnlich wie die Jurisprudenz mit Schlüssen aus konkludenten Handlungen begnügen. Wie z. B. eine Bibliotheksstatistik den Entleiher ohne weiteres als Leser des Buches ansieht, so kann eine Arbeitslosenstatistik beispielsweise diejenigen, die bei einem Arbeitsnachweis vergeblich um Arbeit nachsuchen, als unfreiwillig Arbeitslose betrachten. Sie kann aber auch noch weiter gehen und die eigene Aussage des Befragten über seine Willensrichtung als wahr präsumieren. Tatsächlich beruhen die meisten Statistiken auf der Präsumtion der Wahrhaftigkeit, und auch objektiv feststellbare Dinge, z. B. bei einer Wohnungsstatistik die Eigenschaften der Wohnung, werden ganz regelmäßig nicht durch eigene Beobachtungen der Zähler, sondern durch Aussagen der Gezählten, im Beispielfalle der Wohnungsinhaber ermittelt. Also, insoweit die Feststellung der Arbeitslosigkeit auf Präsumtion der Wahrheit von Aussagen beruht, unterscheidet sie sich noch nicht grundsätzlich von anderen Statistiken. Nur fragt sich, ob nicht gewisse Umstände hier gegen jene Präsumtion sprechen. Und das ist allerdings der Fall! Denn der Arbeitsscheue wird stets das Interesse haben, sich als unfreiwillig arbeitslos hinzustellen. Diesem und einigen ähnlichen Bedenken hat Most in „Kritischen Bemerkungen" zur Arbeitslosenstatistik kürzlich Ausdruck gegeben (Jahrb. f. Stat. u. Nat. 1910), um sich energisch gegen die Arbeitslosenzählungen zu wenden. Nicht gegen jegliche Arbeitslosenzählungen: Im Gegenteil, er fordert sogar, daß jede Volks- und Berufszählung zugleich Arbeitslosenzählung werde. Allein selbst wenn diese Forderung verwirklicht würde, wozu vorerst noch keine Aussicht zu bestehen scheint, so würde die vollständige Feststellung des Umfanges der Arbeitslosigkeit nur alle 5 Jahre und zu einem Zeitpunkte (1. Dezember, bei den Berufszählungen gar Mitte Juni) erfolgen, der durchaus nicht ein solcher

geringen jahreszeitlichen Beschäftigungsgrades ist.[1]) Man wird also besonderer gemeindlicher Arbeitslosenzählungen (deren Wert natürlich zunähme, wenn sie regelmäßige Zählungen würden) kaum ganz entbehren können. Eine Darstellung der Methoden der deutschen Arbeitslosenzählungen von 1908/09 im Reichsarbeitsblatt (D. St. Z. 1909, Sp. 212) zeigt allerdings, daß sie alle ihre Mängel haben, und daß vor allem zwischen den Zählungen in verschiedenen Gemeinden keinerlei Vergleichbarkeit besteht. Trotzdem ist es nur zu begrüßen, daß sich der deutsche Städtestatistikerverband mit der Vereinheitlichung und Verbesserung dieser Zählungen auf seiner letzten Konferenz beschäftigt hat und auf seiner kommenden weiter beschäftigen wird.

Inzwischen hat die Arbeitslosenstatistik auch einen der drei Hauptgegenstände der internationalen Konferenz über Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebildet, die im September 1910 in Paris stattgefunden hat. Waren auch die Erörterungen zu diesem Thema auf einer ziemlich zahlreichen, überwiegend von Nichtstatistikern besuchten Versammlung wenig ausgiebig, so waren doch sehr wertvoll die schriftlich und mündlich erstatteten Referate.

In verschiedenen Staaten haben in Verbindung mit Volks- oder Berufszählungen Feststellungen der Arbeitslosen stattgefunden, so in Deutschland (1895), Österreich (1900: 10 Städte), Ungarn (1890, 1900), Schweiz (1888, 1894, 1900, 1910), Basel, Zürich, Frankreich (1896), Italien (1901, 1911), Belgien (1896), Dänemark (1901, 1911), Verein. Staaten (1880 nicht, 1890 unzureichend bearbeitet), Massachusetts (1885, 1895). Es ist nun von Interesse, daß fast alle Berichterstatter dieser Länder die gedachten Zählungen ungünstig beurteilen. Einmal wird betont, daß der 1. oder 31. Dezember, an dem die Volkszählungen stattfinden, nicht der geeignetste Termin für eine Arbeitslosenzählung ist, sodann daß die Verknüpfung mit den Volkszählungen eine zu lange Pause zwischen den Arbeitslosenzählungen bedingt, endlich, daß es schwierig ist, bei Verbindung mit der Volkszählung, die nur wenige und knappe Fragen zuläßt, Ursache und Dauer der Arbeitslosigkeit zu ermitteln. Besondere Schwierigkeiten bestehen in Ungarn, da hier im Winter viele Landarbeiter sich als arbeitslose Industriearbeiter ausgeben, ferner in der Schweiz, wo, namentlich in Basel, die nahen Beziehungen zu deutschen Grenzorten eine Arbeitslosenzählung, die an der Grenze Halt macht, beeinträchtigen.

L. March-Paris wünscht wegen der geschilderten Schwierigkeiten im Anschluß an die Volkszählungen besondere Erhebungen der Gemeinden in Verbindung mit den Gewerkschaften, v. Bud-Budapest sieht ein Auskunftsmittel in Veranstaltung einer Sommer- und Winterzählung im gleichen Jahre (wie 1895 in Deutschland), Loria-Turin fordert zur Ergänzung gewerkschaftliche Aufnahmen und andere fortlaufende Notierungen, Mangold-Basel eine fortlaufende Beobachtung der in den Arbeitslosenbureaus Eingeschriebenen, Silbergleit-Berlin mißt der fortlaufenden Verfolgung der Arbeitslosigkeit größere Bedeutung als den Volkszählungsfragen bei und empfiehlt intensive Kultur der besonderen, selbständigen Arbeitslosenerhebungen, ebenso hält Koefoed-Kopenhagen häufige, in regelmäßigen Zwischenräumen erfolgende Zählungen für unentbehrlich und Hecke-Wien geht sogar so weit, die Verbindung der Arbeitslosenerhebungen mit Volks- oder Berufszählungen ganz zu verwerfen, und an ihrer Stelle besondere Erhebungen zu fordern.

Solche besonderen Erhebungen sind in vielen Ländern bisher ganz unbekannt und in keinem anderen Lande annähernd so häufig angestellt worden wie in Deutschland. Bachi berichtet von einer solchen Zählung der Società Umanitaria in Mailand (1903), Methorst von einer solchen in Utrecht (1893), Théate von 2 Zählungen in Brüssel (1894, 1895) und 5 in Gent (1896—1905), Huss von 4 solchen in Stockholm (1890—1910), Rygg von 10 solchen in norwegischen Städten (Christiania, Bergen usw. 1903—1906) — das ist die ganze Ausbeute aus den ausländischen Berichten, während das Reichs-Arbeitsblatt allein für den Winter 1908/09 von 38 solchen Zählungen in Deutschland berichten konnte.[1]) Bei uns werden daher die Beobachtungen und Untersuchungen über die bei Notstandsarbeiten sich meldenden Arbeitslosen, die in den meisten, solche Arbeiten veranstaltenden Städten gemacht werden, überhaupt kaum als Arbeitslosenstatistik gewertet — daher z. B. in Silbergleits Bericht gar nicht behandelt —, während sie von ausländischen Berichterstattern zumindest als Ersatzmittel für Arbeitslosenzählungen betrachtet werden. So von Mangold, der diesen Zählungen, wo sie regelmäßig jeden Winter vorgenommen werden, wie in Basel und Zürich, einen gewissen Wert für die Erkenntnis der Arbeitslosigkeit als solcher beimißt, von Methorst und — wohl mit dem meisten Recht — von Dearle für England. Während nämlich in den meisten Ländern die Veranstaltung von Notstandsarbeiten dem freien Ermessen jeder einzelnen Gemeinde unterliegt, gibt es in England eine landesgesetzliche Regelung der Arbeitslosenbeschäftigung und damit auch eine einheitliche Statistik der Distress Committees. Die Schwankungen in der Zahl der sich bei solchen Kommissionen Meldenden lassen zweifellos Schlüsse auf den Grad der Arbeitslosigkeit überhaupt zu.

Ein wichtigeres Hilfsmittel freilich für die Beobachtung des Verlaufs der Arbeitslosigkeit namentlich auch vom Gesichtspunkte der internationalen Vergleichbarkeit bilden die fortlaufenden Feststellungen der Arbeitslosen in den Gewerkschaften. Die von den arbeitsstatistischen Ämtern Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens, Norwegens, Neuyorks, Massachusetts regelmäßig veröffentlichten Prozentsätze der Arbeitslosen in den Gewerkschaften spielen heute für Beurteilung von Stand und Verlauf der Arbeitslosigkeit praktisch die größte Rolle. In dem Kampfe um Freihandel oder Schutzzoll, der seit einigen Jahren in England im Vordergrunde der Erörterungen steht, werden die hohen Arbeitslosenprozentsätze Englands und die niedrigen Deutschlands oft genug einander gegenübergestellt. Es ist daher nicht zu verwundern, daß das britische Handelsamt sich besonders eingehend mit der Art des Zustandekommens dieser Ziffern, ihren Fehlerquellen und der Frage des Rückschlusses auf die allgemeine Arbeitslosigkeit beschäftigt hat, und daß es in jeder Nummer der „Labour Gazette" vor einem Vergleich mit den entsprechenden ausländischen Ziffern warnt (vgl. Meerwarth, D. St. Z. 1909, Sp. 129). Als Schreiber dieser Zeilen auf der Pariser Konferenz anregte, die Frage der internationalen Vergleichbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik eingehender Prüfung zu unterziehen, waren ihm die kurz vorher verteilten Berichte außer dem deutschen, der diese Statistik nur kurz behandelt, und dem Generalbericht Westergaards, nicht bekannt. Tatsächlich hat Dearle, indem er Grundsätze und Fehlerquellen der englischen Statistik eingehend auseinandersetzt und für die zeitliche Vergleichung dieser schon geraume Zeit bestehenden Statistik interessante Korrekturen vornimmt, bereits einen trefflichen Beitrag zu jener Frage geliefert. Aus dem Berichte von March entnimmt man, daß in Frankreich die Zahl der Arbeitslosen von sämtlichen Gewerkschaften, auch denen ohne Arbeitslosenunterstützung, erfragt werden. Dies ist als großer Fehler zu bezeichnen,

1) Den erstgenannten Fehler vermeiden die Arbeitslosenzählungen, die nach dem von Würzburger 1902 in Dresden gegebenen Vorbilde sich an jährliche Personenstandsaufnahmen anlehnen, die in Preußen und Sachsen für Steuerzwecke im Oktober jeden Jahres stattfinden.

1) Einen sehr interessanten Versuch einer staatlichen besonderen Arbeitslosenzählung stellt die Zählung im Königreich Sachsen vom 12. Oktober 1910 dar, die das seit 1902 in Dresden übliche Verfahren (s. Anm. 1 Sp. 9) auf das ganze Land ausdehnt. Über ihren Verlauf und ihre Ergebnisse wird das D. St. Z. noch berichten.



denn die Gewerkschaften ohne solche Unterstützung können keine auch nur annähernd genaue Kenntnis von der Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder haben. Mindestens sollten die ganz verschieden zu bewertenden Angaben der beiden Arten von Gewerkschaften nicht zusammengeworfen werden. Waxweiler gibt lehrreichen Aufschluß darüber, auf einen wie geringen Teil (noch nicht 6 %) der Arbeiterschaft sich die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik in Belgien erstreckt. Ist doch der Wert dieser Statistik stark abhängig von dem Grade, in dem die gewerkschaftliche Organisation eines Landes entwickelt ist. Darum wird sie in Dänemark, wo sie seit Anfang 1910 eingeführt ist, sicherlich nützliche Aufschlüsse geben. In Schweden wird ihre Einführung geplant, in Italien ist sie bisher als private Statistik der Umanitaria auf Mailand beschränkt, in Holland und Finnland hat man noch keine regelmäßige Berichterstattung, hat aber einmalige Erhebungen bei den Gewerkschaften vorgenommen.

Eine wichtige Ergänzung findet die Statistik der Arbeitslosigkeit in der der Arbeit oder des Beschäftigungsgrades. Sie ist nirgends so ausgebildet wie in Deutschland, wo sie sich nicht in erster Linie auf Berichte einer notwendig stets beschränkten Zahl von Unternehmern zu stützen braucht, sondern in der Organisation der Krankenversicherung eine vortreffliche Unterlage besitzt (vgl. Meerwarth a. a. O. Sp. 101, 129ff.). An die Statistik des Reichs-Arbeitsblatts sind zwei Fünftel der deutschen Krankenversicherten angeschlossen, und es wäre nicht undenkbar, sie auf die Gesamtheit der Versicherten zu erstrecken. Ein Zukunftsbild anderer Art für die Gemeindestatistik malt Silbergleit aus: er denkt sich ein Kartenkataster sämtlicher Krankenversicherten mit genauen Personalangaben, das durch die An- und Abmeldungen und Lohnveränderungsmeldungen bei den Kassen, die standesamtlichen Todesnachrichten und die Fortzugsmeldungen beim Einwohnermeldeamt auf dem laufenden zu halten wäre. Er will damit einem „kombinationsfrohen Gemüt" vielerlei Aussichten eröffnen, wird aber selbst kaum hoffen, daß das dafür nötige Personal so bald von irgendeiner Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden wird.

Die Pariser Konferenz endete mit der Gründung einer ständigen internationalen Vereinigung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die auch in Zukunft den Wegen und Zielen der Arbeitslosenstatistik Aufmerksamkeit schenken wird. Ein Eingriff in den Aufgabenkreis des Internationalen Statistischen Instituts kann darin nicht erblickt werden, denn — wie auch die Beschäftigung des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom mit der Landwirtschaftsstatistik (D. St. Z. 1910 Nr. 6) und die fast gleichzeitig mit der Pariser Konferenz in Brüssel abgehaltene internationale handelsstatistische Konferenz beweist — können gewisse Sondergebiete der Statistik fruchtbarer in einem Kreise erörtert werden, der einerseits enger ist, indem er nur die Statistiker dieser Gebiete umfaßt, anderseits weiter, indem er den zünftigen Statistikern die Verwaltungsbeamten und die Interessenten gesellt. Möge solches Zusammenwirken auch für die Arbeitslosenstatistik von Nutzen sein!

Besprechungen.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

I. Bevölkerungsstand.

Zur Geschichte der Bevölkerung des Kreises Teltow.

Von Dr. Reinhold Jaeckel. Beilage zum Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreiskommunalangelegenheiten des Kreises Teltow für 1909. Berlin 1910. Robert Rhode.

Mit der Fundierung der statistischen Arbeiten der Verwaltung des Kreises Teltow durch die Anstellung eines Berufsstatistikers und die Einrichtung eines statistischen Bureaus ist es möglich geworden, aus archivalischen und sicheren literarischen Quellen die Bevölkerungszahlen des Kreises Teltow bis zum Jahre 1375, also dem Erscheinen des Landbuches Kaiser Karls IV., wenn auch für die Jahre vor 1734 nur schätzungsweise zu geben.

Die Zahlen der Bevölkerung des Kreises, die nach Stadt und Land getrennt gegeben werden, sind unter Friedrich dem Großen, dem wohlwollenden Förderer des Volkszählungswesens, nur für die letzten Jahre seiner Regierung vollständig, in den ersten dagegen spärlich vorhanden. Unter dem Nachfolger Friedrichs des Großen schliefen die Volkszählungen im bisherigen Umfange gänzlich ein; erst Friedrich Wilhelm III. ließ die Volkszählung in bescheidenen Grenzen wieder erstehen. Doch traten hier die Kriegswirren der Jahre 1806/07 und 1813/14 und die Invasion des französischen Heeres hindernd dazwischen, so daß erst vom Jahre 1816 an genaue und fortlaufende Bevölkerungszahlen zu geben sind.

Der Wert der Arbeit liegt allein in dieser zusammenstellenden Inventarisierung und Entdeckung der Zahlen, da bisher eine kontinuierliche Reihenfolge der Bevölkerungszahlen des Kreises nur vom Jahre 1801 an in der Hannemannschen Beschreibung des Kreises Teltow von 1887 verzeichnet wird.

Eindringende quellenkritische Studien im Sinne der historischen Forschung sowie breitere Erörterungen im Rahmen des durch die Bevölkerungswissenschaft Gebotenen mußten unterbleiben, da die Arbeit nur als Vorarbeit für eine spätere größere wissenschaftliche Arbeit über die Bevölkerung des Kreises gedacht war. Einige Zahlen mögen das Wachstum der Bevölkerung des Kreises verdeutlichen, wenn ihre Darstellung auch nicht unter strenger Berücksichtigung der historischen Verwaltungseinheit des Kreises geschieht. Gegen Ausgang des 14. Jahrhunderts ist die Bevölkerung des Kreises auf dem platten Lande auf ungefähr 8000 Personen anzunehmen, während sie zu Beginn des 30jährigen Krieges auf Grund einer Nachweisung, die 1746 auf Veranlassung Friedrichs des Großen aus Steuerkatastern, Schoß- und Kirchenmatrikeln zur Ermittelung des Zustandes des Landes vor und zu Beginn des 30jährigen Krieges hergestellt wurde, mit 14000 auf dem Lande, 3—4000 in der Stadt, insgesamt also 18—19000 Personen angenommen werden kann.

Der 30jährige Krieg hat die Teltower Bevölkerung ungefähr um die Hälfte vermindert. Die wirkliche Erholung trat für den Kreis Teltow erst hundert Jahre nach dem Kriege ein. In den ersten Jahren der Regierung Friedrichs des Großen betrug die Bevölkerung des Kreises 21131 Einwohner, kurz nach Beendigung des 7jährigen Krieges (1765) zählte sie 24563 und bei seinem Tode (1786) 30001 Einwohner. Seit 1816 sind die Daten für den Kreis Teltow wie allgemein im preußischen Staate gut überliefert. der Kreis zählte damals 47836 Einwohner. Etwas

mehr als 50 Jahre später — 1867 — hatte der Kreis mit 94 678 seine Einwohnerzahl bereits verdoppelt, um in den 80er und 90er Jahren ein fast amerikanisches Wachstum aufzuweisen. Gegenwärtig wird der Kreis auf ca. 440 000 Einwohner nach der Volkszählung 1910 anzunehmen sein.

Abgesehen von den Zahlen der Personenstandsaufnahme, die mit der Errichtung des Statistischen Bureaus des Kreises nunmehr alljährlich gebracht werden, konnte wegen der mannigfachen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Verwaltung für sämtliche Ortschaften des Kreises und damit für den Gesamtkreis eine Bevölkerungsfortschreibung bisher noch nicht gebracht werden; sie wird zurzeit nur für die folgenden Ortschaften des Kreises, die zum engeren Gürtel von Groß-Berlin gehören, gegeben, nämlich: Adlershof, Altglienicke, Britz, Buckow, Cöpenick, Dahlem, Friedenau, Großlichterfelde, Grünau, Grunewald, Grunewald-Forst, Johannisthal, Lankwitz, Lichtenrade, Mariendorf, Marienfelde, Niederschöneweide, Osdorf-Gut, Rudow, Ruhleben, Schmargendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Wannsee, Zehlendorf. *R. Jaeckel.*

IV. Bau- und Wohnungsstatistik.

Wohnungsfürsorge in deutschen Städten. Bearb. i. Kaiserl. Statist. Amte. Abt. f. Arbeiterstatistik. Beitr. z. Arbeiterstatistik Nr. 11. Berlin 1910. 635 S. 6,60 ℳ.

Die Unterlagen der Arbeit wurden durch einen auf S. III und IV des Bandes wiedergegebenen Fragebogen gewonnen, der an eine große Anzahl deutscher Städte versandt wurde. Im ganzen wurde das Material von 106 Städten behandelt; darunter befinden sich sämtliche Städte mit über 50000 Einwohnern und von den übrigen Städten vor allem solche, die sich auf dem Gebiet des Wohnungswesens in besonderer Weise betätigt haben.

Der erste Hauptteil der Arbeit sucht die rechtliche Seite der Wohnungsfürsorge in den herangezogenen Städten darzustellen; er gibt den nach besonderen Gesichtspunkten ausgezogenen Inhalt der für diese Städte geltenden Baupolizeiordnungen, die Bestimmungen der Wohnungsordnungen, Schlafstellenordnungen und Wohnungsaufsicht wieder. Aus den Baupolizeiordnungen wurden vor allem folgende Vorschriften der Darstellung unterzogen: Höhe der Gebäude, Geschoßzahl, zulässige bebaubare Fläche und Hofgröße, Bauweise, Wohnräume im allgemeinen, Dach- und Kellerräume, Aborte; ferner solche Bestimmungen, die Erleichterungen der Bauart für kleine Häuser, Einfamilienhäuser usw. enthalten. Dieser rechtliche Teil des Bandes liefert einerseits Vorarbeiten für das häufig auftauchende Problem einer Reichswohnungsgesetzgebung, um so mehr als für eine Reihe von Bundesstaaten auch die landesgesetzliche Regelung des Wohnungswesens näher behandelt ist; andrerseits bietet insbesondere die eingehende Schilderung der Bauweise einer jeden Stadt gewisse Unterlagen für weitere Untersuchungen über die in der Literatur häufig behandelte Streitfrage, ob das Massenmiethaus die Wohnungen verteure oder verbillige.

Der zweite Hauptteil der Arbeit ist der Förderung des Wohnungswesens seitens der Städte durch tatsächliche Maßnahmen gewidmet. Vorangestellt sind die Abschnitte über die Durchführung der Wohnungsaufsicht und den Wohnungsnachweis. Die folgenden Abschnitte behandeln: die Bereitstellung von Wohnungen für die eigenen Arbeiter der Städte, den Bau von Kleinwohnungen überhaupt, die Gewährung von Darlehen, Leistung von Bürgschaften, Hergabe von kostenfreiem oder billigem Bauland, Ermäßigung oder Stundung der Straßenherstellungskosten sowie der Grund- und Gebäudesteuern, Hergabe von städtischem Gelände zu Erbbaurecht oder Wiederkaufsrecht. Die Leistungen der Städte auf den einzelnen Gebieten sind, soweit wie möglich, in Tabellenform dargestellt. Eingehend ist unter anderem die Wohnungspolitik der Städte Freiburg i. B. und Ulm geschildert; die Hauptbestimmungen der Erbbauverträge der in Betracht kommenden Städte sind in systematischer Darstellung wiedergegeben. *R. Meerwarth.*

Die Leerwohnungszählung in Halle a. S. vom 1. Mai 1910. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. April 1910.

Um laufend über die Lage auf dem Wohnungsmarkte nach den beiden Hauptumzugsterminen, dem 1. April und dem 1. Oktober, unterrichtet zu sein, finden in Halle seit dem vorigen Winter in jedem Jahre zwei Leerwohnungszählungen statt. Als Stichtag gelten regelmäßig der 1. Mai und der 1. November, weil an diesen Tagen erfahrungsgemäß die größte Ruhe auf dem Wohnungsmarkte herrscht. Die Zählung vom 1. Mai 1910 ergab ebenso wie die Zählung vom 1. November 1909 einen merklichen Mangel an Wohnungen. Nur 435 oder 1,01 % des Gesamtwohnungsbestandes standen im Winter leer, am 1. Mai sogar nur 426 oder 0,98 %. Selbst wenn man als Mindestzahl an Leerobjekten für eine Stadt wie Halle nur 1½ % des Bestandes annimmt, fehlte also noch ein erheblicher Teil daran. Verschärft wird die ungünstige Lage durch eine ungleiche Verteilung auf die einzelnen Stadtbezirke. Wesentlich besser als nach dem Oktoberumzuge lagen im Mai die Verhältnisse bei den Acht- bis Zehnzimmerwohnungen (Winter 1909 : Sommer 1910 = 0,6 : 1,3 %). Besser waren sie auch noch bei den Wohnungen mit drei (0,6 : 0,9 %), fünf (1,7 : 2,2 %), sechs (1,8 : 1,9 %) und sieben Zimmern (0,9 : 1,2 %), schlechter dagegen bei den Wohnungen mit einem (1,1 : 0,7 %), zwei (0,8 : 0,6 %), vier (1,8 : 1,4 %) und mehr als zehn Zimmern (0,8 : 0,2 %). Die meisten Leerwohnungen lagen im 1. und 2. Oberstock, nämlich 234 unter den 391 reinen Leerwohnungen. *W. Stöwesand.*

VII. Grundbesitzstatistik.

Die Zwangsversteigerungen von unbeweglichem Vermögen in Württemberg in den Jahren 1906 bis 1908. Württembergische Jahrbücher f. Stat. u. Landeskunde, Jahrg. 1910, 1. Heft, S. 1—18.

In Württemberg wird seit dem Jahre 1895 eine Statistik über die Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens geführt. Die Grundlage dieser Statistik bilden die Akten, die über jeden einzelnen Zwangsversteigerungsfall bei den Amtsgerichten erwachsen und gemäß einer Anordnung des Königl. Justizministeriums jährlich zum Zweck der statistischen Ver-

wertung an das Statistische Landesamt einzusenden sind.

Die Statistik weist die erledigten Fälle überhaupt, die wegen Befriedigung oder aus anderen Gründen aufgehobenen Fälle, sowie die vollständig durchgeführten Fälle je mit ihrer Zahl und dem Betrag der Forderungen (Passiven), sowie getrennt nach Schuldnergruppen, nach und liefert sodann für die vollständig durchgeführten Zwangsversteigerungen eine spezialisierte Auszählung nach der Art der Passiven (Kosten des Verfahrens, bevorrechtigte Forderungen, hypothekarisch gesicherte Forderungen, sonstige Forderungen), sowie nach Art, Wert und Erlös der veräußerten Grundstücke.

In den letzten 3 Jahren ist die Zahl der Zwangsversteigerungen (1906 1259, 1907 1297, 1908 1434 gegen 1140 im Mittel 1901/05) stark in die Höhe gegangen, was wohl auf die Depression, die, wie anderwärts, so auch in Württemberg in den letzten Jahren im Wirtschaftsleben sich fühlbar machte, zurückzuführen ist. Wie die Zahl der Zwangsversteigerungen, so ist auch der Gesamtbetrag der ihre Deckung suchenden Forderungen in die Höhe gegangen (Mittel 1901/05 10 887 032 ℳ, 1906 16 419 728 ℳ, 1907 13 187 880 ℳ, 1908 13 602 420 ℳ). An den Forderungen waren im Mittel der 3 Jahre 1906—1908 beteiligt: die selbständigen Landwirte mit 13,7 %, die land- und forstwirtschaftlichen Taglöhner mit 0,7 %, die Selbständigen in Gewerbe und Handel mit 77,3 %, die Unselbständigen in Gewerbe und Handel mit 3,4 %, die sonstigen Berufe mit 4,9 %. Zur vollständigen Durchführung gelangten von den Zwangsversteigerungen im Mittel 1906/08 nur 41,2 %; der größere Rest (58,8 %) wurde vor Beendigung des Verfahrens aufgehoben, entweder wegen Befriedigung des (oder der) betreibenden Gläubigers (zirka ⅓) oder aus anderen Gründen (zirka ¼). Bei den im Mittel der Jahre 1906—08 vollständig durchgeführten 554 Zwangsversteigerungen stand einer Gesamtpassivmasse von 13 131 891 ℳ eine Gesamtaktivmasse von 8 639 400 ℳ gegenüber, so daß auf 100 ℳ Passiva 65,8 ℳ Aktiva entfielen. Das dem Wertbetrag nach weitaus bedeutendste Objekt der Zwangsversteigerung bilden die Gebäude, deren Anteil an der Gesamtaktivmasse zirka 84 % beträgt; auf die ganzen Hof- und Bauernanwesen (im Mittel 1906/08 66 mit einer Gesamtfläche von 372 ha) entfällt ein Wertsanteil von zirka 9,5 %, auf die einzelnen Feld- und Waldparzellen (im Mittel 1906—08 868 mit einer Gesamtfläche von 113 ha) ein solcher von zirka 6,5 %. Erwähnenswert ist endlich noch, daß der Erlös bei den Zwangsversteigerungen durchweg hinter dem Wertsanschlag zurückstand und zwar bei den ganzen Hof- und Bauernanwesen in einem etwas stärkeren Maße (um 19 %) als bei den Gebäuden (15 %) und den einzelnen Parzellen (11 %). *O. Trüdinger.*

VIII. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd in Deutschland und die Entwicklung der Wildstände im letzten Jahrhundert. Von Dr. Karl Erler. Gr 8⁰. 116 S. Neudamm 1910. J. Neumann. 3 ℳ.

Statistisch neu und für Preußen zum ersten Male angestellt ist in dieser Arbeit vor allem eine Berechnung der heute in Preußen gezahlten Jagdpachtsummen. Gewonnen wurde das Material durch umfangreiche persönliche Erhebungen und Erschließung im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ruhenden Aktenmaterials. Für die Gemeindejagden allein ergab sich daraus eine Summe von annähernd 16 Mill. ℳ, die zum großen Teile aus den Händen der wohlhabenden städtischen Bevölkerung jährlich an Jagdpachtschillingen auf das Land fließen. Die Tabellen, aus denen sich die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Bezirke und Kreise ergibt, werden ergänzt durch eine solche über die Entwicklung der Jagdpachtweise in den letzten Jahrzehnten sowie eine andere über die Berufe der Jagdpächter. Die Wildstandstatistik hat durch die vorliegende Arbeit insofern eine Bereicherung erfahren, als für die Königlichen Forsten der Provinz Sachsen (ausgenommen Bezirk Erfurt) die Entwicklung der Wildstände an der Hand von Aktenmaterial zahlenmäßig nachgewiesen wird. Der Verfasser kommt auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Schluß, daß Befürchtungen für das Fortbestehen unserer Wildstände vorläufig unbegründet sind.

K. Erler.

Die Milchwirtschaft in Bayern. Heft 78 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. Herausgegeben vom K. Statistischen Landesamte. München 1910. J. Lindauersche Buchhandlung. gr. 8, 219 Seiten u. 3 graphische Karten. ℳ 3.—.

Die zeitgemäße Untersuchung des für das heutige Wirtschaftsleben bedeutsamen Gegenstandes — wie sie ähnlich vor kurzem auch in Württemberg angestellt wurde [1]) — stützt sich auf ein umfängliches Material, das in einsichtiger und lehrreicher Weise durch Dr. Philipp Arnold veranschaulicht worden ist. Die Darstellung behandelt einmal die Milchgewinnung und weist zu dem Ende den Bestand an Kühen und Ziegen gemäß den Viehzählungen von 1810 bis 1907 nach und berechnet sodann auf Grund zahlreicher Probemelkungen den Milchertrag und diesen für die Größenklassen der ländlichen Wirtschaften. Weiter ist recht ausführlich der Ein- wie Abgangsverkehr von Milch auf den Eisenbahnen nach Entfernungszonen, ebenso die Höhe der Versendungskosten, zumal unter Berücksichtigung der Städte und der Orte des Fremdenverkehrs, ziffernmäßig belegt worden. In bezug auf die Milchverarbeitung wird die Tätigkeit der Molkereien, Käsereien, Fabriken, Zentrifugenwirtschaften wie insgesamt der Umfang und die Art der Produktion geschildert. Auch das milchwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen ist nach Organisation und Betriebsweise berücksichtigt worden. Nicht fehlen durften selbstverständlich Angaben über die Preise von Milch und Butter, denen solche von Roggenbrot und Eiern an die Seite gestellt sind. Sie gehen bis 1880 zurück. Beachtung verdienen die mit Hilfe der voraufgehend erwähnten Unterlagen ausgeführten Ermittelungen über den Milchverbrauch und die Milchversorgung der Bevölkerung, die sich freilich in ausgiebigerem Maße nur für die größeren Städte ausführen ließen. Auch die Erörterungen über Milchwirtschaft und Viehzucht,

1) Siehe D. St. Z. 1. Jahrg. Sp. 84.



d. h. über den Einfluß jener auf Umfang und Gestaltung dieser gaben beachtliche Aufschlüsse. Als Anhang ist eine Übersicht der Vorschriften über den Milchverkehr und der Einrichtungen für die Beschaffung von Säuglingsmilch beigegeben worden.

Die Veröffentlichung hat eine Fülle lehrreicher Ergebnisse festgestellt. So ist, um nur zweierlei hervorzuheben, 1909 bei 1,9 Millionen Kühen und einem jährlichen Durchschnittsertrag aufs Haupt ein Jahresertrag von 40,1 Millionen Hektoliter Kuh-, dazu 0,9 Millionen Ziegenmilch ermittelt worden. Nach Abzug des für die Viehhaltung selbst erforderlichen Quantums bleiben für die unmittelbare Verzehrung und Fabrikationszwecke 35 Millionen Hektoliter. Der jährliche Verbrauch von Koch- und Trinkmilch beziffert sich in den Städten auf 117,3 Liter für den Einwohner. Der Milchpreis, der 1880 fürs Liter 16,4 Pf. betrug, stieg bis 1909 auf 17,8 Pf., blieb aber bis etwa 1893 ziemlich unverändert. Wenn auch viel schwankender, war die schließliche Zunahme des Brotpreises nicht erheblich größer, während die Eier sichtlich gestiegen sind. Die Milch- wie die Butterpreise nehmen mit der Ortsdichtigkeit zu.

P. Kollmann.

XII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Sparkassenstatistik unter besonderer Berücksichtigung der Berufsstellung der Sparkasseneinleger. Reichs-Arbeitsblatt, 1910 Nr. 1—4.

Die Arbeitsstatistische Abteilung des Kaiserl. Statist. Amtes hat den Versuch unternommen, Bausteine zur Erforschung der Berufsstellung der Sparkasseneinleger zusammenzutragen. Als Einleitung wird ein kurzer Abriß über den Stand des Sparkassenwesens im Deutschen Reiche, in den Bundesstaaten und im Auslande gegeben. Alsdann wird untersucht, ob diese öffentlichen Anstalten auch ihren eigentlichen Bestimmungen entsprechen, nämlich — wie es in den ehrwürdigen Statuten der ersten 1778 in Hamburg von einer Privatgesellschaft gegründeten Sparanstalt heißt — „zum Nutzen geringer, fleißiger Personen beiderlei Geschlechts, als Dienstboten, Tagelöhner, Handarbeiter, Seeleute usw., um ihnen Gelegenheit zu geben, auch bei Kleinigkeiten etwas zurückzulegen."

Die preußische Statistik gliedert alle Sparkassenbücher nach Höhe der Einlagen (Kontenklassen) und ihr Bearbeiter zieht aus der Gliederung Schlüsse auf die Bevölkerungsteile, die vornehmlich zu den Benutzern der Sparkassen gehören. Für die letzten 15 Jahre werden immerhin etwa 70 % aller Sparkassenbücher den unteren Klassen und dem kleinen Mittelstande zugerechnet, so daß also die Sparkassen zum überwiegenden Teile von den Volksklassen benutzt würden, für die sie tatsächlich bestimmt sind. Die eigentlichen Berufsstatistiken erstrecken sich entweder auf den gesamten Bestand an Einlegern oder nur auf die Neueinlagen. Für Bayern liegen von 69 Sparkassen Ausweise über die Einlagen nach besonderen Berufsgruppen der Einleger vor und zwar für das Jahr 1893. Auch hier zeigt sich, daß der Hauptanteil der Gesamteinlagen den Arbeitern, also der minderbemittelten Bevölkerung, und den Kindern gehört. Für Württemberg liegt eine Studie über den Stand der Sparkassenbücher nach dem Berufe der Einleger vom 31. Dezember 1899 vor, während in Baden die Berufsstatistik der Neueinleger der badischen Sparkasse ein Jahrzehnt hindurch von 1897—1906 fortgeführt wurde.[1]) Auch in diesen Staaten ergab diese Statistik, daß es „tatsächlich in der Mehrheit die minderbemittelten Klassen sind, die bei der öffentlichen Sparkasse Anlagegelegenheit suchen und finden". Meiningen veröffentlicht ebenfalls seit einer Reihe von Jahren eine Berufsstatistik der alljährlich neu zugegangenen Sparkasseneinleger. Damit ist aber die Reihe der Staaten, die solche Untersuchungen anstellen, bereits erschöpft — um so weniger kann vorläufig eine solche Statistik vom Reiche erwartet werden. Einen Einblick in die Spartätigkeit gewährt aber die „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche". Auf die Mitteilungen hieraus sowie auf den Versuch des Reichs-Arbeitsblatts, an Hand der Ergebnisse der Berufszählungen nachzuprüfen, ob die Sparkassen nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig stärker von den minderbemittelten Volksschichten benutzt werden, als von den wohlhabenderen — was nicht überall zutrifft —, kann hier nur hingewiesen werden.

Von städtischen Sparkassen sind es ebenfalls nicht viele, deren Statistik sich auf den Beruf der Sparer erstreckt. Hier wären zu nennen: die „Neue Sparkasse" zu Hamburg, welche seit ihrer Begründung (1864) Stand und Gewerbe der Einzahler verzeichnet, ferner die Sparkassen zu Frankfurt a. M., wo man sich seit einer Reihe von Jahren mit dieser Frage eingehend in z. T. vom städtischen Statistischen Amte besonders herausgegebenen Studien beschäftigt[2]), ferner die städtischen Sparkassen in München, Karlsruhe (Gemeindesparkasse), Mainz, Straßburg und Metz.

Berücksichtigt man, daß nach dem Statist. Jahrb. f. d. D. Reich am Schlusse des Jahres 1907 2733 öffentliche Sparkassen vorhanden waren, so wird man die Zahl der Sparkassen, welche sich zu dieser so wichtigen, wenn auch zeitraubenden Erhebung seither entschlossen haben, als sehr gering bezeichnen müssen. Der Wert solcher Untersuchungen scheint noch wenig erkannt zu sein. Er wird, wie der deutsche Sparkassen-Verband in einem Schreiben an mich zutreffend bemerkt, erst im Laufe der Zeit durch Aufsätze, Vorträge und Anregungen in den Versammlungen zum Bewußtsein gebracht werden müssen. *W. Abelsdorff.*

Die städtische Sparkasse in Düsseldorf mit Sammelkasse und Alterssparkasse. 1850—1908. Tabellarisch erläutert und mit einer textlichen Einführung von Direktor Dr. Otto Most. Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf Nr. 6. 4°. 8 Seiten Text und 14 Blatt Diagramme. Düsseldorf. Voß & Co. 1909. Preis 1,50 ℳ.

Die 14 Diagramme des Heftes wollen ein anschauliches Bild von der gesamten Entwicklung der städtischen Sparkasse in Düsseldorf und der ihr angeschlossenen Spareinrichtungen seit Mitte des

1) D. St. Z. Jahrg. 1910 Sp. 206.
2) D. St. Z. Jahrg. 1909 Sp. 17 und 1910 Sp. 77.

vorigen Jahrhunderts vermitteln. Sie behandeln in farbigen Zeichnungen und unter Anwendung verschiedenartiger Darstellungsweisen die Entwicklung der Sparerzahl, des Reservefonds und der Guthaben absolut und im Verhältnis zur Bevölkerung; das Wachstum der Guthaben im Verhältnis zur Zahl der Sparer; die Schwankungen des Geschäftsverkehrs in den einzelnen Jahreszeiten; die Art und den Zinsfuß der Kapitalanlage; die Entwicklung schließlich der Zweigstellen, der sonntäglichen Annahmestellen und der der Sparkasse noch sonst angeschlossenen besonderen Einrichtungen (Sammelkasse für die arbeitenden Klassen und die schulpflichtige Jugend; Alterssparkasse). Der Text gibt außer dem den Diagrammen zugrunde liegenden Zahlenmaterial eine Einführung in die Geschichte der städtischen Spareinrichtungen in Düsseldorf. Daraus ist u. a. erwähnenswert die zunehmende Versicherung der Spareinlagen sowie die starke Benutzung der Annahmestellen für sonntägliche Einlagen der arbeitenden Klassen auf der einen, der Mißerfolg auf der anderen Seite, den die Versuche mit der Prämiierung sparender Handwerker, Arbeiter u. dgl. mit der Abgabe von Sparmarken sowie mit dem Abholungssystem erlitten haben. Die einen spezifisch sozialen Charakter tragenden Einrichtungen der Alterssparkasse und der Sammelkasse, deren Benutzer sich besonderer Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln der Sparkasse erfreuen, werden in der wünschenswerten Weise benutzt.

Aus der allgemeinen Entwicklung der Sparkasse seien folgende Daten hervorgehoben: Zahl der Sparer 1850 : 1252, 1908 : 92 376; Einlegerguthaben 1850 : 375 456 ℳ, 1908 : 67 160 825 ℳ; Guthaben auf den Kopf der Bevolkerung 1850 : 9,20 ℳ, 1908 : 237,82 ℳ; Bücher pro 100 Einwohner 1850 : 3,07, 1908 : 32,71. Durchschnittliche Einlage pro Buch 1850 : 299,88, 1908 : 727,04 ℳ

O. Most.

XVIII. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Über die Körperbeschaffenheit der zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigten Wehrpflichtigen Deutschlands. Von Schwiening u. Nicolai. Berlin 1909. August Hirschwald. 192 S. u. 7 Karten. Preis ℳ 5.—.

Diese Arbeit ist insofern von statistisch-methodischem Interesse, als hier die Beziehungen der Körpergröße zu anderen Körpermaßen nach einer neuen, von Pignet gefundenen Formel (*Du coëfficient de Robusticité. Bulletin médical* Nr. 33, 1901) statistisch erfaßt werden. Als Index für die Körperbeschaffenheit hat Pignet die verschiedene Größe der Differenz gewählt, die entsteht, wenn man von der Zentimeterzahl der Körpergröße (L) die Summe aus der Zentimeterzahl des Brustumfanges bei der Ausatmung (P) und der Kilogrammzahl des Gewichts (C) abzieht, also $L - (P + C)$. Diese Differenz soll um so größer werden, je schwächer der betreffende Mann ist. (Bei besonders schweren Menschen kann der Index selbstverständlich auch positiv sein.) Dieses Verhalten läßt sich am besten durch die Verteilung der Untauglichen auf die einzelnen, von 5 zu 5 abgestuften Indexgruppen, die mit den verschiedenen Prädikaten der Körperbeschaffenheit belegt sind, nachweisen, wobei sich ergibt, daß der Prozentanteil der Untauglichen desto größer wird, je höher der Index ansteigt. Noch deutlicher tritt diese Erscheinung zutage, wenn man die Untauglichkeit nach ihren ursächlichen Momenten zergliedert und z. B. den Prozentsatz der wegen allgemeiner Schwächlichkeit und Lungenkrankheit Untauglichen an der Gesamtzahl aller Leute in den einzelnen Indexgruppen bestimmt. Es läßt sich also mit dieser Methode die durchschnittlich mehr oder minder größere körperliche Tüchtigkeit verschiedener Beobachtungsgruppen z. B. nach Beruf, Gebürtigkeit usw. feststellen, doch setzt die Methode eine größere Massenbeobachtung voraus. Zu der definitiven Beurteilung ihres praktischen Wertes ist freilich noch eine gründliche Nachuntersuchung nötig, zumal Schwiening zur Prüfung dieser Methode nur die endgültig abgefertigten Einjährigfreiwilligen (Taugliche und Untaugliche) herangezogen hat, dagegen die zeitig Untauglichen, deren hoher Prozentsatz seine Resultate sicherlich beeinflußt hätte, außer acht gelassen hat, ein Umstand, der auch bei der Beurteilung der sonstigen Ergebnisse dieser Arbeit stets zu berücksichtigen ist und worauf schon von medizinischer Seite (Exc. von Vogl, Münch. med. Wochenschr. 1909, Nr. 40) eingehend hingewiesen worden ist.

E. Roesle.

XX. Armenstatistik.

Statistik der während des Rechnungsjahres 1909 in Cöln in offener Armenpflege Unterstützten. Bearb. durch das Statistische Amt der Stadt als Anhang zu dem „Bericht über die Armen- und Waisenpflege der Stadt Cöln im Rechnungsjahre 1909". 1910. 15 S.

Wie die gleichen Bearbeitungen der Vorjahre geht die des Jahres 1909 von den monatlichen Unterstützungsfällen — nicht von den einzelnen unterstützten Personen — aus. Nur die Bedürftigkeitsfälle, wobei jede über mehrere Monate sich erstreckende Unterstützung als ein Fall gilt, kommen gesondert zur Darstellung. Weiter sind auch diejenigen Fälle getrennt ausgezählt worden, in denen die Unterstützung ununterbrochen während des ganzen Jahres zur Auszahlung gelangte. Letzteres ist deshalb geschehen, weil die finanzielle Tragweite der offenen Armenunterstützungen hauptsächlich von der Häufigkeit der dauernden Unterstützungsbedürftigkeit abhängig ist. Als Unterstützung sind allgemein nur die durch die Armenbezirke gezahlten Geldbeträge anzusehen; unberücksichtigt bleiben dagegen, wie bisher, alle Naturalunterstützungen und außerordentlichen Spenden sowie die offene Krankenpflege.

Das Hauptergebnis der Untersuchung ist, daß die seit 1903 im Vorjahr zum erstenmal wieder aufgetretene Steigerung der Armenunterstützungen sich im Jahre 1909 in erhöhtem Maße fortgesetzt hat. Während die mittlere Bevölkerung von 465 000 im Jahre 1908 auf 473 700 im Jahre 1909, also um 8700 oder 1,87 % anwuchs, stieg die Zahl der Bedürftigkeitsfälle von 5020 auf 5547, mithin um 527 oder 10,50 %, die der monatlichen Unterstützungsfälle von 33 027 auf 35 071, also um 2044 oder 6,19 % und der Unterstützungsbetrag von 479 262 auf 524 889 ℳ, also um 45 627 ℳ oder 9,52 %. Auf 1000 Einwohner kamen demnach 11,7 Bedürf-

tigkeitsfälle, 74,0 monatliche Unterstützungsfälle und 1108 ℳ als Unterstützungsbetrag gegen 10,8, 71,0 und 1031 ℳ im Jahre 1908. Die durchschnittliche Unterstützungsdauer und der durchschnittliche Unterstützungsbetrag des Bedürftigkeitsfalles ist dagegen um ein Geringes zurückgegangen, von 6,58 auf 6,32 Monate und von 95,47 auf 94,62 ℳ. Wie 1908 dürfte auch im letzten Jahre der Grund für die erhöhte Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel zum Teil in der immer noch ungünstigen Lage des gesamten Erwerbslebens, das erst gegen Ende 1909 einen mäßigen Aufschwung erfuhr, zu suchen sein. Daneben hat aber auch der Umstand erheblich mitgewirkt, daß die für die Unterstützung in offener Armenpflege geltenden Ausschlußsätze seit dem 1. Oktober 1909 nicht unwesentlich erhöht worden sind.

Aus den Einzelfeststellungen verdient einmal hervorgehoben zu werden, daß die 5547 Bedürftigkeitsfälle fast zur Hälfte — 47,08 % — aus früheren Jahren stammten. Ferner, daß der Hauptanteil an den Bedürftigkeitsfällen mit 63,67 % auf die weiblichen Personen enfällt, und zwar mit 32,06 % auf die weiblichen Einzelstehenden und mit 31,61 % auf die weiblichen Familienhäupter. Was die einzelnen Verarmungsursachen betrifft, so hatte wiederum Krankheit — als Hauptursache — mit 42,59 % der Gesamtheit die meisten Bedürftigkeitsfälle im Gefolge.

Hinsichtlich der einen Gesamtüberblick über die öffentliche Armenpflege gewährenden monatlichen Unterstützungsfälle ist zu bemerken, daß hiervon nahezu die Hälfte auf die weiblichen Einzelstehenden und reichlich ein Viertel auf die weiblichen Personen mit Angehörigen entfielen. Die offene Armenpflege war also in der Berichtszeit ebenso Die in den Vorjahren zu mehr als drei Vierteln weiblichen Hilfsbedürftigen gewidmet. Von den 524 889 ℳ gezahlten Unterstützungen entfielen 230 872 ℳ oder 44,00 % auf die weiblichen Einzelstehenden und 164 178 ℳ oder 31,29 % auf die Familien mit weiblichem Haupt.

Bei den das ganze Jahr über Unterstützten überwog das weibliche Geschlecht ebenfalls ganz gewaltig, auf 416 männliche ganzjährige Unterstützte kamen 1603 weibliche. Die für diese Unterstützten zusammen aufzuwendende Summe von 375 812 machte 71,64 % aller Unterstützungen aus. Der Gesamtdurchschnitt für eine ganzjährige Unterstützung stellte sich auf 186,14 ℳ gegen 175,99 ℳ im Jahre 1908. *A. Zurhorst.*

XXI. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Fortbildungsschulen in Halle a. S. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Juli 1910.

Sittliche und berufliche Momente haben zusammengewirkt, um für die schulentlassene Jugend Einrichtungen zu treffen, in denen sie einer Weiterbildung unterzogen wird. Einerseits ist es bedenklich, junge Menschen von 14—15 Jahren sich selbst zu überlassen, andererseits muß im Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit für eine möglichst gute berufliche Vorbildung Sorge getragen werden. Man begann mit Sonntags- und Abendschulen, die sich bald zu Fortbildungsschulen ausgestalteten. Diese können entweder als Fortsetzung der Volksschulen gedacht sein, dann bezeichnet man sie als allgemeine, oder sie berücksichtigen mehr den Beruf der Schüler. In Halle tragen sie den Charakter der fachgewerklichen Schulen. Es kommen in Betracht eine städtische gewerbliche Fortbildungsschule, die aus örtlichen Rücksichten in je eine Abteilung für den Nord- und den Südbezirk zerfällt, eine städtische kaufmännische und eine Fortbildungsschule des Kaufmännischen Vereins. Der Besuch dieser Anstalten ist obligatorisch, dagegen der der staatlich-städtischen Handwerkerschule sowie der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen nur fakultativ. Die Schulen wurden am Ende des Schuljahres 1909/10 von 4598 Schülern und 375 Schülerinnen besucht. Neben der beruflich technischen Ausbildung wird auch die rein erzieherische Seite berücksichtigt. Bibliotheken sind vorhanden, Sonntagsausflüge und größere Wanderungen werden unternommen, Fabriken, Museen und sonstige Sehenswürdigkeiten gezeigt; zur Betätigung im Sport wird angeregt. Der Kaufmännische Verein unterhält noch ein besonderes Lehrlingsheim. Die Fortbildungsschulen erforderten im Jahre 1908 einen Aufwand von ca. 187 000 ℳ, wovon aufgebracht wurden durch Schulgeld 51 000 ℳ, von der Stadt 73 000 ℳ, vom Staat 59 000 ℳ, vom Kaufmännischen Verein 4000 ℳ. Diese Summen sind gut investiert, denn hier wird ein wichtiges, notwendiges und Erfolg verheißendes Stück sozialer Arbeit geleistet. *M. Rusch.*

Die politische Tagespresse Badens am Beginn des XX. Jahrhunderts. Eine statistische Studie von Dr. Ernst J. Bensheimer. Mannheim und Leipzig 1910. ℳ 1 50.

Die Studie gehört, wie schon der Titel verrät, in das Gebiet der politischen Statistik. Das, was das badische statistische Jahrbuch über die Verhältnisse der politischen Blätter bringt, sind die durch die Bezirksämter gesammelten Angaben über zahlenmässiges Vorkommen, weiter darüber, wie oft das Blatt erscheint und welche politische Richtung vertreten wird. Der Verfasser obiger Schrift spricht aber, was die Zahl der politischen Blätter anlangt, immer von 149, während im Jahrbuch seit 1900 stets eine größere Ziffer (1905 z. B. 162 gegen 149 auf Tabelle V; welchem Jahre sie angehört, verrät der Tabellenkopf nicht — das gleiche gilt auch von den anderen Tabellen —, auch weiß man nicht, woher die Zahl stammt) aufgeführt ist. Welche Zahl ist nun exakt? Eine Kritik wäre doch sehr erwünscht. Im ganzen bietet die Studie aber viel Wertvolles für den Statistiker, der durch die Lektüre manche Anregung erhalten dürfte. Das Tabellenwerk beruht auf zwei Enqueten, die 140 Blätter erfaßten. Die beigegebene Schilderung Badens in demographischer und politischer Hinsich ist für das Verständnis des Ganzen wichtig.

Der Verfasser bedauert, daß noch manches aus der Technik und Organisation der Presse zur Vervollständigung des statistischen Bildes infolge mangelhaften Urmaterials tabellarisch nicht verarbeitet werden konnte. *E. Müller.*

XXIII. Finanzstatistik.

Die Progression bei den schweizerischen Staats- und Gemeindesteuern auf fundierte Bezüge. Nach:

Dr. Weiler (Steglitz bei Berlin), Direkte Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz usw. Art. Institut Orell Füssli, Zürich. Juli 1910. 8.— Frs (7.— M.)

Eine ungewöhnliche Höhe erreichen in der Schweiz die Steuern auf fundierte Bezüge. Um den Vergleich mit den später zu besprechenden Steuern auf unfundierte Bezüge zu erleichtern, wird das Vermögen zu 4 % sich verzinsend gedacht. Die folgenden Zahlen zeigen alsdann die Höhe der Belastung eines Einkommens aus einem zu 4 % angelegten Vermögen. 2,5 % vom Vermögensertrag ist demnach eine Belastung von 1 ‰ des Vermögenswertes.

Die Durchschnittssätze für sämtliche Kantone steigen bei den Staatssteuern allein von 3—4 % für Vermögenserträge unter 1000 Fr. auf fast 7 % im Maximum. Staats- und Gemeindesteuern zusammen treffen im Durchschnitt die kleinen Vermögenserträge [bis 1000 Fr.] mit 10—12 %, die größten mit 16—16,6 %. Diese Zahlen zeigen zunächst die eminente Bedeutung der Gemeindesteuern. Aber auch die Wirkung der Progression kommt in ihnen zum Ausdruck, obschon die Progression bei den schweizerischen Staats- und Gemeindesteuern auf fundierte Bezüge nicht in gewünschter Weise verwirklicht und die Freilassung des Existenzminimums in allen Kantonen, mit Ausnahme etwa von Schaffhausen (Vermögen bis 4000 Fr.) und Basel-Stadt (5000 Fr.), sehr mangelhaft durchgeführt ist.

In diesen Durchschnittszahlen sind auch die Sätze der proportionalen Steuern enthalten. Läßt man diese außer acht, berücksichtigt man also nur die progressiv gestalteten Vermögenssteuern, so würden die Sätze für die kleinsten Steuerpflichtigen um ein weniges niedriger, die der Millionäre aber merklich höher — nämlich um mehr als 1 % bei den Staats- und um 2 % bei Staats- und Gemeindesteuern zusammen — sein.

Die einzelnen Kantone zeigen natürlich ein ganz anderes Bild. Genf, Aargau, Obwalden und Basel-Stadt besitzen die niedrigsten Sätze, wobei allerdings zugegeben werden muß, daß es unmöglich ist, eine scharfe Grenze zu ziehen, da die Progression in den einzelnen Steuersystemen verschieden früh einsetzt, so daß hier größere, dort kleinere Vermögen niedriger belastet erscheinen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen diejenigen Kantone, die die höchsten Sätze bei den Steuern auf fundierte Bezüge aufweisen: Graubünden, Tessin, St. Gallen, Zürich und Appenzell A.-Rh. In den Hauptorten der drei letztgenannten Kantone werden auch die kleinsten Vermögenserträgnisse, z. B. 100 Fr., mit 20 und mehr % von Staats- und Gemeindesteuern getroffen; die entsprechenden Sätze in Graubünden und Tessin sind 12,50 und 18,25. Für ganz große Vermögenserträge ist in Zürich und Appenzell A.-Rh. fast 30 % zu zahlen, in Tessin sogar 32,50 %, während die entsprechenden Sätze in St. Gallen und Graubünden 25 % nicht übersteigen.

Wenn auch u. a. hohen direkten Steuern die Aufgabe zukommt, gewisse aus dem heutigen Vermögensrecht sich ergebende Gegenströmungen zu bekämpfen, so darf man bei der Verwirklichung dieses wichtigen öffentlichen Interesses nicht zu weit gehen, will man das Eintreten übler Folgen zu hoher Steuersätze vermeiden. Diese Folgen — Kapitalauswanderung, Hemmung der Kapitalbildung und vor allem die Steuerdefraudation, die besonders in Zürich und Tessin dergestalt eingerissen ist, daß sie demoralisierend wirkt — müssen aber eintreten, wenn Staat und Gemeinde von dem zu 4 % berechneten Vermögensertrag im Maximum 1/4 bis 1/3 hinwegnehmen. Eine Erklärung für die heute allgemein in der Schweiz bestehende zu starke Heranziehung der fundierten Bezüge findet sich in dem Umstande, daß in allen Kantonen die Vermögenssteuer an erster Stelle Eingang fand und für lange Zeit die einzige direkte Steuer blieb; in einigen wenigen Kantonen trifft dies heute noch zu.

Dies in Verbindung mit der Tatsache, daß nur drei Kantone eine allgemeine Einkommensteuer kennen, daß also in allen übrigen Kantonen neben der Vermögenssteuer eine direkte Steuer besteht, die die Bezüge des schon von der Vermögenssteuer getroffenen Vermögens verschont [sog. Erwerbssteuer], läßt die enorm hohen Sätze der schweizerischen Steuern auf fundierte Bezüge in einem etwas milderen Lichte erscheinen. *P. H. Weiler.*

XXVI. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Veränderlichkeit des Geschlechtsverhältnisses bei den Neugeborenen und bei den Erwachsenen. Von Prof. C. Gini, unter Mitwirkung von vier Schülern. Cagliari 1910.

Diese unter dem Titel „*Sulla Variabilità dei due sessi alla nascita e nelle età adulte*“ erschienene Veröffentlichung ist ein Sonderabdruck aus den „*Studi economico-giuridici*“ der Universität Cagliari. Zur Messung der Veränderlichkeit einer statistischen Erscheinung wird gewöhnlich das Verhältnis zwischen dem mittleren quadratischen Fehler (oder dem einfachen mittleren Fehler oder dem wahrscheinlichen Fehler) und dem arithmetischen Mittel benützt. Wie der Verfasser nachweist, beruht dieses Verfahren auf der Voraussetzung, daß die Veränderlichkeit einer Erscheinung theoretisch ihrem mittleren Wert proportional sei; diese Hypothese ist aber nicht immer zulässig. Wenn z. B. die Veränderungen einer Erscheinung als Resultanten zufälliger, voneinander unabhängiger Wandlungen der verschiedenen Faktoren, aus denen die Erscheinung hervorgeht, angesehen werden könnte, so würde die Veränderlichkeit theoretisch proportional sein nicht dem arithmetischen Mittel, sondern der Quadratwurzel des arithmetischen Mittels der Erscheinung. Es muß von Fall zu Fall entschieden werden, ob es sich empfiehlt, sich des Verhältnisses zwischen dem mittleren quadratischen Fehler und dem arithmetischen Mittel (prozentualer Veränderlichkeitsindex), oder des Verhältnisses zwischen dem mittleren quadratischen Fehler und der Quadratwurzel des arithmetischen Mittels (relativer Veränderlichkeitsindex), oder aber beider Methoden zu bedienen. Der Verfasser untersuchte nach beiden Methoden verschiedene Gruppen von Geburten und Erwachsenen. Nach beiden ergibt sich für die Neugeborenen eine etwas höhere Veränderlichkeit beim männlichen Geschlecht. Für die

Erwachsenen ist im ganzen nach der zweitgenannten Methode die Veränderlichkeit beider Geschlechter gleich, während nach der erstgenannten vielleicht die des weiblichen Geschlechts etwas höher ist. Dies dürfte sich durch die größere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts in den Entwicklungsjahren erklären, die die stärkeren Abweichungen mehr ausgleicht. Das statistische Material für die Untersuchungen über die Erwachsenen ist aus Pearson entnommen; dasjenige für die Geburten stammt zum Teil aus medizinischen Veröffentlichungen, zum Teil aus eigenen Beobachtungen des Verfassers in der Entbindungsanstalt zu Bologna. Die Zahlen sind anhangsweise beigefügt.

C. Gini.

Vermischte Mitteilungen.

Deutsche Statistiker-Gesellschaft. Der im Deutschen Statistischen Zentralblatt 2. Jahrgang Spalte 91 und 218 erwähnte Gedanke der Bildung einer solchen Gesellschaft ist inzwischen seiner Verwirklichung wenigstens um ein kleines Stück näher gerückt. Die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie", die für Erreichung ihrer Ziele auf die Mitwirkung der Statistiker von Anfang an Wert legte und daher einige beamtete Statistiker zu Mitgliedern wählte, ist im weiteren Verlaufe der Behandlung dieser Frage in ihrer im Oktober 1910 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung dazu gelangt, die Begründung einer besonderen statistischen Sektion in die Wege zu leiten; und weiter führte die Erwägung, daß die Statistiker nicht jeder ihrer vielseitigen Tätigkeit von irgendeiner Seite nahekommenden Vereinigung beitreten können, dazu, das Programm für die geplante statistische Sektion so zu fassen, daß in ihr alle für den Berufsstatistiker belangreichen Fragen zur Erörterung gelangen können, also auch solche, die nicht unmittelbar in das Gebiet der Soziologie gehören. Darnach würde durch die Gründung der geplanten Sektion, falls sie zustande kommt, der so lange schon bestehende Wunsch nach einer Vereinigung erfüllt werden, in der beamtete, akademische und überhaupt alle Fachgenossen sich zusammenfinden, die auf dem theoretischen Zweifeln zum Trotz durch die tatsächliche Entwickelung der Statistischen Ämter mit genügender Bestimmtheit umgrenzten Gebiete der Statistik wissenschaftlich streben.

Die Hollerith'schen Zählmaschinen. Diese Maschinen früherer Konstruktion sind den Lesern des D. St. Z. u. a. aus dem 2. Jahrgang Spalte 119 bekannt und überdies Gegenstand zahlreicher Mitteilungen in der Presse und auch von Vorträgen an deutschen Universitäten gewesen. Vollständig verschieden von diesen sind die nunmehr von dem nämlichen Erfinder Dr. Hermann Hollerith in Washington hergestellten Maschinen, die seit dem Jahre 1910 eingeführt sind und bereits auch von größeren deutschen Industriebetrieben benützt werden. Ihre Verwendung bei der Bearbeitung der Volkszählung von 1910 wird dem Vernehmen nach von verschiedenen deutschen Bundesstaaten und der Stadt Berlin, sowie vom Norwegischen Statistischen Zentralbureau beabsichtigt, welches im Sommer 1910 eine Kommission zur Erprobung der Maschine nach Berlin entsandt hatte.

Die Benützung der Maschine verlangt besondere, von der Gesellschaft zu liefernde Zählkarten in der Breite von $18^3/_4$ cm oder $14^1/_4$ cm. Vor ihrer Auszählung werden diese Individualzählkarten mittels eines Loch-Apparates mit Löchern versehen, deren räumliche Verteilung auf der Karte wie bei der früheren Maschine die verschiedenen auszuzählenden Merkmale des Individuums bezeichnet. Auf der Zählkarte kleineren Formats z. B. ist in 27 Spalten, die im allgemeinen für je eine auszuzählende Eigenschaft bestimmt sind, die Möglichkeit gegeben, durch Lochung je eines der in einer Spalte untereinanderstehenden Felder 12 Möglichkeiten zu unterscheiden. Ist demnach eine Spalte für die Auszählung des Alters bestimmt, so können mittels dieser Spalte 12 Altersklassen gezählt werden. Der Raum der größeren Karte kann für 45 Spalten ausgenützt werden. Außerdem bietet aber die Karte die Füglichkeit, die Zahl der auszuzählenden Gruppen beliebig zu erhöhen, indem man 2 oder mehr Spalten zur Bildung mehrstelliger Zahlen verwendet; durch Lochen der „9" in drei aufeinanderfolgenden zusammengehörigen Spalten entsteht die Zahl 999, bei Hinzunahme einer vierten Spalte geht die Möglichkeit der Unterscheidungen bereits bis auf 9999. Bei einiger Übung soll das Lochen erheblich weniger Zeit beanspruchen als das Ausschreiben von Zählkarten.[1])

Die gelochten Karten werden der Sortiermaschine übergeben, und zwar für jede auszuzählende Tatsache von neuem. Die Sortiermaschine, die mit elektrischem Antrieb versehen ist und 12 untereinander befindliche Fächer hat, wirft je die an gleicher Stelle gelochten Karten in ein solches Fach. Die nach diesem einen Gesichtspunkt geordneten Karten werden dann behufs weiterer Gliederung nach anderen Gesichtspunkten nochmals der Sortiermaschine übergeben, und die die Maschine beaufsichtigende Person braucht nur nach jedesmaligem Durchlaufen eines Paketes die sortierten Karten zu sammeln und dafür Sorge zu tragen, daß die dem gleichen Fach entnommenen Karten beisammen bleiben. Die so geordneten Karten werden der zweiten Maschine, der ebenfalls elektrisch betriebenen Zähl- und Tabelliermaschine, übergeben, welche in Betrieb gesetzt an einem Zählapparate die Zahl der Karten angibt. Durch Zwischenlegung von andersfarbigen Stoppkarten ist es ermöglicht, gleichzeitig mehrere Häutchen von Karten auszuzählen. Denn wenn die Stoppkarte in die Führung kommt, bleibt die Maschine stehen; man liest die Zahl der Karten ab, löscht sie aus, drückt einen Knopf und wartet, bis die Maschine wieder zum Stehen kommt. Die Sortiermaschine sortiert in der Stunde bis zu 18000 Karten, die Zählmaschine bei glattem Arbeiten ebenfalls 18000, bei öfteren Unterbrechungen durch Stoppkarten usw. etwa 10000 in der Stunde.

Die Zählmaschine kann außerdem mit Addierwerken verbunden werden. Jedes solche Addierwerk summiert gleichzeitig mit der Zählung der Karten die an einer bestimmten Stelle befindlichen Zahlen.

Veröffentlichungen der „unausgelösten" Statistik der Deutschen Bundesstaaten. (Schluß zu Nr. 8 des 2. Jahrg.)

11. *Armenwesen u. Jugendfürsorge.*
Preußen: Statist. üb. d. Fürsorgeerziehg. Minderjähriger u. üb. d. Zwangserziehg. Jugendlicher f. d. Rechnungsj. . . . Bearb. im K. Pr. Min. d. Inn. Berl. 4°, jährl. Hessen: Jahresber. üb. d. Durchführg. d. Kinderschutzgesetzes. Hamburg: Blätter f. d. Hamburg. Armenwesen. Monatl. v. Armenkolleg. — Blätter f. d. hamb. öffentl. Jugendfürsorge (etwa 8 Nummern jährl.). V. d. Beh. f. öffentl. Jugendfürs. Lübeck: Jahresber. d. Zentral-Armendeputation.

[1]) Versehentlich gelochte Stellen können mit Heftpflästerchen verklebt werden. Nach einer Mitteilung in den *Quarterly Publications of the American Statistical Association,* Dezember 1909, von Dana Durand, dem Leiter der gegenwärtigen amerikanischen Volkszählung, ist an der dort eingeführten Lochmaschine eine Vorrichtung angebracht, die es ermöglicht, im Falle der Berührung einer falschen unter den zum Lochen bestimmten Tasten den Fehler wieder gut zu machen, ehe das Loch in die Karte eingedrückt ist. Die niedergedrückten Tasten lochen nämlich vermöge einer besonderen Vorrichtung erst, nachdem sämtliche für die Karte in Betracht zu ziehenden Tatsachen durch Niederdrücken der betreffenden Tasten berücksichtigt sind.



12. *Unterrichts- u. Erziehungswesen.*
Preußen: Zentralbl. f. d. ges. Unterrichtsverw. in Preuß. Herausg. i. Min. d. geistl. usw. Angeleg. Berl. Einz. Nummern. — Amtl. Verzeichnisse des Personals u. der Studierenden der Preuß. Universitäten, halbj. Württemberg: Statist. d. Unterr. u. Erziehungsw. i. K. W. f. . . . Veröff. v. K. Minist. d. Kirchen- u. Schulw. Stuttg. Baden: Bad. Schulstatist. d. Volks- u. Mittelschulen. Bearb. v. Großh. Oberschulrat. Karlsruhe. Fol. (Liegt vor f. d. J. 1900, soll künftig jährl. ersch.). Lübeck: Jahresber. d. Oberschulbehörde.

13. *Rechtspflege, einschl. Gefängniswesen.*
Preußen: Justiz-Ministerialbl. f. d. preuß. Gesetzgebung u. Rechtspflege. Herausg. i. Bur. d. Justizmin. Berl. Einz. Nummern. — Jahresber. d. preuß. Gerichtsverfassung. Bearb. im Justizmin. Berl. 8°, jährl. — Statistik üb. d. Gefängnisse d. Justizverw. in Pr. f. d. Rechnungsj. . . . Berl. 8°. Justizmin., jährl. — Statistik d. z. Ressort d. K. Pr. Min. d. Inn. gehör. Strafanstalten u. Gefängn. u. d. Korrigenden f. d. Rechnungsj. . . . Rawitsch. 4°. Min. d. Inn., jährl. Bayern: Bayr. Justizstatist. (bis z. J. 1905: Ergebn. d. Zivil- u. Strafrechtspfl. u. Bevölkerungsstand d. Gerichtsgefängnisse u. Strafanstalten d. Kgr. Bayern). Herausg. i. K. B. Staatsmin. d. Justiz. Münch., jährl. Verlag v. Chr. Kaiser. — Amtsbl. d. K. Staatsminist. d. K. Hauses u. d. Äuß. u. d. Inn. Geschäfte d. Gewerbe- u. Kaufmannsgerichte, ferner Privatwaldwirtschaft. Ersch. nach Bedarf. Sachsen: Justizstatistik f. d. J. . . . , bearb. im Just.-Min. Württemberg: Übers. üb. d. Verw. d. Rechtspfl. i. K. W. in d. Jahren . . . , sowie üb. d. Verw. u. d. Zustand d. gerichtl. Strafanst. d. Kgr. währ. d. Zeitr. v. 1. IV. . . . bis 31. III. . . . Herausg. v. Kgl. Justizmin. Stuttg. — Ber. d. Justizmin. a. d. König, betr. A. d. Verw. d. Rechtspfl. in d. Jahren . . . u. B. üb. d. Verw. u. d. Zustand d. gerichtl. Strafanst. d. Kgr. (Staatsanzeiger). — Übersicht üb. d. Ergebn. d. Strafrechtspfl. d. Oberämter i. J. . . . (Amtsbl. d. K. W. Min. d. Inn.). — Ber., betr. d. Geschäftstätigkeit d. Verwaltungsger. i. d. Zeit vom 1. I. bis 31. XII. . . . (Staatsanz.). — Prozeßanfall- u. Prozeßergebnisstatistik f. d. J. . . . (Amtsbl. d. K. W. Steuerkolleg.) — Verzeichnis der b. d. Gerichten d. Landes zugelass. Rechtsanw. nach dem Stande v. . . . (Amtsbl. d. K. W. Justizmin.). Baden: Bad. Justiz-Statistik einschl. Gefängnisstatist. Großh. Justizmin. Karlsr. 8°, jährl. Sachsen-Meiningen: Jährl. Ergebn. d. Rechnungen üb. Einnahme u. Ausgabe b. Beschäftigung d. Gefangenen i. d. Gerichtsgefängn. Bearb. i. herzogl. Staatsmin., Abt. d. Justiz. Elsaß-Lothringen: Geschäftsübersicht d. Gerichte in E.-L. Min.-Abt. f. Justiz u. Kultus. — Mitt. üb. d. Ergebn. d. Gefängnisverw. (Gef.-Verw.). Anhalt: Ber. üb. d. Tätigk. d. Friedensrichter v. Landgerichtspräs. zu Dessau.

14. *Zölle u. Steuern.*
Bayern: Statist. d. Bierproduktion u. Bierbesteuerung, d. Bier-Ein- u. -Ausfuhr, der Branntweinbrennereien u. Branntweinbesteuerung, ferner d. Hundebesteuerung. Amtsbl. d. Kgl. Generaldirekt. d. Zölle u. ind. St. Münch. nach Bedarf. Württemberg: Biersteuerstatistik, Umgeldstatistik. Amtsbl. d. K. W. Steuerkolleg. Elsaß-Lothringen: Amtsbl. d. Direktors d. Zölle u. ind. St. Sachsen-Meiningen: Jährl. Übers. üb. d. Veranlagung d. Einkommensteuer nach Klassen d. Einkommens, f. d. Amtseinnahmebezirke u. Orte innerh. ders. mit üb. 1000 Einw. Bearb. i. Herzogl. Staatsmin., Abt. d. Fin. Lübeck: Jahresber. d. Steuerbehörde.

15. *Meteorologie u. Hydrologie.*
Bayern: Dtsch. Meteorol. Jahrb., Abt. Bayern. Bearb. v. d. K. Met. Zentralstation. Münch., jährl. — Jahrb. d. K. B. Hydrotechn. Bur., Abt. d. Oberst. Baubehörde im K. Staatsmin. d. Inn. Münch., jährl. — Geschäftsber. d. K. B. Wasserversorgungsbur. Münch., jährl. Sachsen: Dtsch. Meteorol. Jahrb., Abt. Kgr. S., Dresd. Baden: Jahresber. d. Zentralbur. f. Meteorol. u. Hydrogr. i. Großh. B. Karlsruhe. Fol., jährl. — Niederschlagsbeobacht. d. Meteor. Stationen i. Großh. B. v. Zentralbur. f. Met. u. Hydr. Karlsruhe. 4°., halbj. Württemberg: Wasserstandsbeobachtungen a. d. württ. Pegelstellen. 12 Monatstab. Elsaß-Lothringen: Dtsch. Meteor. Jahrb., Abt. E.-L., Meteorol. Landesdienst. Hessen: Niederschlagsbeob. i. d. meteor. Stationen i. Großhzgt. H. v. Großhzl. Hydrogr. Bur. — Wasserstandsbeobacht. a. d. Hauptpegeln d. Rheins u. s. größ. Nebenfl. i. Großh. H. v. Großh. Hydr. Bur.

16. *Sammelberichte.*
Baden: Jahresber. d. Großh. Bad. Min. d. Inn. Karlsr. 8°. Ersch. i. Zeitr. v. etw. 6 bis 8 J. Enth. statist. Übers. aus allen Gebieten d. inner. Verw., einschl. d. Landwirtschaft, d. Gewerbe u. d. Handels, d. Medizinal- u. Veterinärwesens. Hamburg: Jahresber. d. Verw.-Beh. d. fr. u. Hansestadt. H. jährl. Lübeck: Jahresber. d. Polizeiamts.

Veröffentlichungen über die Volkszählung im Deutschen Reich von 1905. (Fortsetzung zu Nr. 5, 6 und 8 des 2. Jahrg.)

Für das Herzogtum Anhalt gibt ein Ortschaftsverzeichnis die Zahl der Einwohner nach dem Geschlecht und dem Religionsbekenntnisse, ferner nach dem Familienstande. Weiter werden gegeben die bewohnten Gebäude mit der Zahl ihrer Einzel- und Familienhaushaltungen, die Zahl ihrer Personen und die Zahl der Anstalten. Das Alter wird in der Gliederung von unter 12, 12—14, 14—18, 18 Jahre und darüber (davon 90 und mehr Jahre alt) angegeben.

Veröffentlicht wurden die Ergebnisse in den Mitteilungen des Herzoglich Anhaltischen Statistischen Bureaus, Nr. 46, 1907.

Von Elsaß-Lothringen liegen vor: Die Zu- und Abnahme der Bevölkerung nach Kreisen und Bezirken, die Bevölkerungsdichtigkeit 1905 und ihr Vergleich mit 1900, die Anzahl der Gemeinden nach Größenklassen, die Zahl der bewohnten und unbewohnten Wohnhäuser im Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen, die Art der Haushaltungen in den Kreisen und Bezirken, die Zivil- und Militärbevölkerung, erstere nach Geschlecht gesondert, nach Kreisen und Bezirken.

Nach Kreisen und Bezirken ist auch die Religionstabelle gruppiert, die auf Katholiken, Evangelische, sonstige Christen, Israeliten und zusammenfassend die Bekenner sonstiger Religionen bezug nimmt. Genauere Angaben über einzelne Sekten sind nur für die Gesamtbevölkerung gemacht.

Die Altersverhältnisse der gesamten Zivilbevölkerung wurden ausgezählt nach Kreisen und Bezirken in den Lebensjahren 1—15, 15—65 und über 65. Nach einzelnen Altersjahren und zugleich nach Geschlecht und Familienstand wurde die Zivilbevölkerung sowohl im ganzen als auch nach den Landesteilen: Unter-Elsaß, Ober-Elsaß und Lothringen ausgezählt.

Der Familienstand der männlichen und der weiblichen Bevölkerung wurde in Verbindung mit 5jährigen Altersgruppen im ganzen als auch für die drei Landesteile ausgezählt.

Die Tabelle der Staatsangehörigkeit, nach Kreisen und Bezirken gegliedert, umfaßt die Elsaß-Lothringer, die Angehörigen der anderen deutschen Staaten und die Ausländer. Für die drei Landesteile werden die Angehörigen der übrigen deutschen Staaten gegeben und für ganz Elsaß-Lothringen die Gliederung der Ausländer nach den einzelnen Staaten. Die Zahl der Franzosen, Schweizer, Luxemburger, Belgier, Italiener und Österreicher wird für die einzelnen Kreise nachgewiesen.

Die Gebürtigkeit der in Elsaß-Lothringen gezählten Zivil- und Militärbevölkerung findet sich ausgezählt nach den einzelnen deutschen Staaten, der preußischen Provinzen und den Staaten des Auslandes

Die Tabelle über die Muttersprache, nach Kreisen und Bezirken, umfaßt Deutsch, Französisch, Italienisch,



Polnisch, Englisch. Deutsch und Französisch, Deutsch und Italienisch, Deutsch und Polnisch, Deutsch und Englisch, andere Sprachen.

Ein Gemeindeverzeichnis, nach Landesteilen geordnet, berücksichtigt die Bodenfläche, die Zahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, der männlichen und weiblichen ortsanwesenden Bevölkerung in den Jahren 1905, 1900, 1895 und 1871, ferner den Familienstand, das Religionsbekenntnis, die Staatsangehörigkeit, die Gebürtigkeit und die Muttersprache.

Die Veröffentlichung erfolgte in den Statistischen Mitteilungen über Elsaß-Lothringen 31. Heft, 1 u 2. Teil. A. Textlicher Teil, B. Gemeindeverzeichnis. (Forts. folgt.)

J. Rahts.

Titelanzeigen.

7. Literatur der Gewerbestatistik[1]) des Jahres 1909.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

A. Einzelne Gewerbezweige.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betreffenden Jahrgang und die Spalte an.

Abkürzungen: J. B. = Jahresbericht. St. D. R. = Statistik des Deutschen Reichs. St. J. = Statistisches Jahrbuch. St. L. A. = Statistisches Landes-Amt. St. M. = Statistische Mitteilungen.

Die Ordnung der Titel entspricht der für die Betriebszählung im Deutschen Reich von 1907 angewandten Ordnung der Gewerbearten; siehe Bd. 213, I, S. 43 der St. D. R.

Geschäfts- u. Rechenschaftsbericht d. sächsischen Fischereivereins f. 1909. Schriften d. S. F.-V. 41, Dresden 09.

Perlenfischerei [i. Kgr. Sachsen] 1861—1907. St. J. 09, S. 83.

Bergwerke, Salinen u. Hütten; Die Erzeugnisse der — [im Deutschen Reich] 1908. Viertjlh. St. D. R. 09. 1.

Jahrbuch für d. Berg- u. Hüttenwesen im Kgr. Sachsen. Jahrg. 1909. Auf Anordnung des Kgl. Finanzministeriums herausgegeben von C. Menzel. Freiberg 09.

Bergwerksbetrieb, Der, [im Kgr. Sachsen] in d. Jahren 1896—1907. St. J. 09, S. 71.

Verarbeitung von Kohlen zu Koks, Briketts u. Braunkohlenziegeln [im Kgr. Sachsen] in d. Jahren 1896 bis 1907. St. J. 09, S. 72.

Eisenverarbeitung [im Kgr. Sachsen] in den Jahren 1894—1907. St. J. 09, S. 73.

Betriebsergebnisse des staatlichen Berg- u. Hüttenwesens, der staatlichen Kalkwerke u. der Kgl. Porzellanmanufaktur [im Kgr. Sachsen] von 1897—1907. St. J. 09, S. 75.

Sandsteinbruchbetrieb, Der, im Bez. d. Amtshptm. Pirna in den Jahren 1884—1907. St. J. 09, S. 82.

Sandsteinbrüche in Posta - Schöna u. Pirna 1902—1908. Jahresbericht z. 64. Hauptvers. d. Sächs. Schiffervereins, Dresd. 09, S. 11.

Förderung der Bergwerke, Salinen u. Hütten im Hrzg. Sachs. Meiningen 1908. St. d. Hrzg. S.-M., Bd. 11, Nr. 5.

Statistik des Bergbaues in Österreich für 1908. 1. Lfg.: I. Die Bergwerksproduktion (201 S.). — II. Betriebs- und Arbeitsverhältnisse. Naphthastatistik (383 S.). Herausgegeben v. k. k. Min. f. öff. Arbeiten. Wien 09. K. k. Hof- u. Staatsdruckerei.

Bergwerksindustrie, Die, in Frankreich u. Algier 1907. Ztschr. f. Berg-, Hütten- u. Salinenwesen 09. 2.

Salzgewinnung u. -besteuerung im deutschen Zollgebiete während 1908. Vierteljh. St. D. R. 09. IV.

Jacobi, G., Der Steinkohlenbergbau in den Grafschaften Tecklenburg und Lingen im 1. Jahrhundert preußischer Herrschaft. Münster i. W., Coppenrath. (VI u. 100 S.) ℳ 2.50.

Braunkohlenstatistik, Deutsche, für 1905 u. 1906. Anhang z. Jahrbuch der deutschen Braunkohlen-, Steinkohlen- u. Kali-Industrie 1909, Halle a. S. 09.

Statistik der Braunkohlenindustrie des Handelskammerbezirks Cöln. J B. d. H.-K. 3, S. 330—32.

Machalicky, J., Statistik der Erzeugung u. des Verbrauchs von Kohle im Kgr. Böhmen f. d. Jahre 1880, 1885, 1890—1907. (III, XX u. 33 S.) Mitt. d. St. L. A., XI. Bd. Prag, Calwe. ℳ 1.60.

Naphthaindustrie Rußlands, Die, (Ber. üb. Handel u. Industrie, Berlin 09. 6.).

Fred, H., Die Zementindustrie in Oberschlesien. Oberschl. Heimat 09. 4, S. 191—97.

Heider, F., Die schlesische Glasindustrie nach ihrer geschichtlichen Entwickelung und ihrem gegenwärtigen Stande. Schlesien 09. 20.

Zschimmer, E., Die Glasindustrie in Jena. Jena, Diederichs. (160 S.) ℳ 6.—.

Gerstner, P., Die Entwickelung der Pforzheimer Bijouterie-Industrie von 1767—1907. (XII, 284 u. 11 S. m. 33 Tab.) Tübingen, Kloeres. ℳ 7.—.

(I. 205) Zusammenstellungen, statistische, über Blei, Kupfer, Zink, Zinn, Aluminium, Nickel, Quecksilber u. Silber von der Metallgesellschaft und der Metallurgischen Gesellschaft, A.-G. 15. Jg. (150 S.) Frankfurt a. M., Juni 1909.

Wüst, F., Die Entwickelung d. deutschen Eisenindustrie in den letzten Jahren. (33 S.) Halle, Knapp. ℳ 1.50.

Ergebnisse, die wichtigsten, der Berufs- u. Betriebszählungen unter besonderer Berücksichtigung der Eisen- u. Metallindustrie. (76 S.) Stuttgart, Alex. Schlicke u. Co.

Stoltzer, A. R., Geschichte der Messingindustrie in Aachen u. den Ländern zwischen Maas und Rhein von der Römerzeit bis zur Gegenwart. (231 S. mit 13 Abb.) Aachen, Cremer. ℳ 3.—.

Meisl, C., Das deutsche Kabelwesen und die deutsche Kabelindustrie. Diss. Berlin. (87 S.)

(I. 205) Müller, G., Die chemische Industrie. (488 S.) Leipzig, Teubner. ℳ 11.20.

Emailleindustrie, Die, Europas. Dresden, Fahdt. (IV u. 255 S.) ℳ 6.—.

Hesse, O., Über die Entwickelung der Industrie der ätherischen Öle in den letzten 25 Jahren. Göttingen, Vanderhoeck u. Ruprecht. (151 S.) ℳ 4.—.

Mirus, L., Die Futterstoffweberei in Elberfeld u. Barmen. Diss. Leipzig. (74 S.)

Scherr, R., Die Entwickelung der Annaberger Posamentenindustrie im 19. Jahrhundert. Leipzig, Hirzel. (VIII u. 118 S.) ℳ 4.—.

Seidenkampagne, Die italienische, 1908/09 [Bericht des Kais. deutschen Konsuls in Mailand]. (Ber. üb. Handel u. Industrie, Berlin 09. 6.)

Krowany, E., Die Papierindustrie der Welt in ihrer Entstehung u. heutigen Bedeutung. (78 S.) Wien, Manz. ℳ 2.60.

Klemm, P., Die Papierfabrikation i. J. 1909. Arch. f. Buchgew. 09. 11 u. 12.

Erhebungen über die Papierindustrie im Kgr. Bayern. (Anhang zu d. J.-B. der Kgl. bayer. Gewerbeaufsichtsbeamten f. 1908.) München, Th. Ackermann.

Jörissen, F., Die deutsche Leder- u. Lederwaren-Industrie. Berlin, Braunbeck u. Gutenberg-Druckerei. (XV, 394; LXIX, 106 S.) ℳ 37.—.

Ergebnisse, Die wichtigsten, der Berufs- u. Gewerbezählg. 1907 in bezug auf die Gerberei u. die Handschuhindustrie. (24 S.) Berlin, Verbandsvorstand.

Luther, G., Die technische und wirtschaftliche Entwickelung des deutschen Mühlengewerbes im 19. Jahrhundert. (III, IX, 163 S.) (Staats- u. sozialw. Forschungen. Hrsg. von G. Schmoller u. M. Sering.) Leipzig, Duncker und Humblot. ℳ 4.—.

Zahl der deutschen Getreide-, Mahl- u. Schälmühlen nach den Gewerbezählungen von 1875, 1882, 1895 u. 1907. Allg. D. Mühlen-Ztg. 09. 35.

Mühlenindustrie der Länder d. Ungarischen h. Krone 1906. [Ung. Statist. Mitt. Bd. 26.] Budapest 09. (230 S.)

Zuckergewinnung u. -besteuerung im deutschen Zollgebiete 1908 u. 1909. Vrtljh. St. D. R. 09. IV.

1) 1.—6. siehe D. St. Z. 2. Jahrg. Nr. 1 bis 8. Die „Titelanzeigen" sollen einen Überblick über die deutschsprachige statistische Literatur bieten. Außer den Quellenveröffentlichungen werden auch solche Erscheinungen angezeigt, die jene durch Zusammenstellung zerstreuten Materials oder durch belangreiche Ausnutzung ergänzen.

Winter, C., Die deutsche Fischkonservenindustrie. Jena, Fischer. (III u. VIII u. 118 S.) ℳ 3.—.
Struve, E., Die Bierbrauerei und die Bierbesteuerung in den Haupt-Kulturländern. (VIII u. 818 S.) Berlin, Parey.
Bierbrauerei u. Bierbesteuerung im D. Reich 1908. Vierteljh. St. D. R. 09. IV.
Gütermann, E., Die Karlsruher Brauindustrie. Karlsruhe, Braun 09. (93 S.)
Auerhahn, J., Die Bierindustrie im Königr. Böhmen. [Mitt. d. St. L. A. 09. 1.] Prag, Calwe.
Branntweinbrennerei u. -besteuerung im deutschen Branntweinsteuergebiet 1907/08. Vrtljh. St. D. R. 09. I.
Wassermann, L., Die deutsche Spiritusindustrie. Leipzig, Duncker u. Humblot 09. (IX u. 218 S.) ℳ 5.50.
Schaumweinerzeugung u. -besteuerung im deutschen Zollgebiet 1908. Vrtljh. St. D. R. 09. III.
Rheinberg, H., Die Entwickelung der deutschen Schaumweinindustrie. Diss. Heidelberg, Hörning. (41 S.)
Zigaretten; Herstellg. u. Besteuerung von —, Zigarettentabak u. Zigarettenhüllen im d. Zollgebiet 1908. Vrtljh. St. D. R. 09. III.
Rosenberg, P. M., Die deutsche Korsettindustrie. [Münchner volksw. Studien, 95. Stück]. Stuttgart, Cotta Nf. (IX u. 131 S.) ℳ 3.50.
(I. 176) Einfluß der Baugesellschaften zu ungeteilter Hand auf das Dresdener Baugewerbe 1908. Ratsdrucks. Nr. 58/1909. Bearbeitet im St. A. d. Stadt Dresden. 09.
Bauer, F., Die Schriftgießerei i. J. 1909. Arch. f. Buchgew. 09. 11 u. 12.
Berufsverhältnisse, Die, im Kartographiegewerbe Deutschlands. Berlin S.-O. 16, Engelufer 15, Hermann Müller.
Spielkartenfabrikation u. -versteuerung von 1907. Vrtljh. St. D. R. 09. III.
Gewerbebetrieb der Gesindevermieter u. Stellenvermittler 1908 im Großh. Baden. St. M. 09, Juni.
(I. 242) Gast- u. Schankwirtschaften usw., Die, im Hrzgtum. Braunschweig nach dem Stande vom 1. I. 1908. [Beitr. z. St. Herz. B., H. 23.] Braunschweig 09.
Jahresbericht der Behörde für das Schankkonzessionswesen in Hamburg für 1908. Hamburg 09. (7 S.)
Tanzstätten [im Kgr. Sachsen]. Anfang 1908. St. J. 09, S. 103.

Fragekasten.

M. in H. Anläßlich der Volkszählung im Deutschen Reiche vom 1. Dezember 1910 ist von verschiedenen Seiten auf die Bevölkerung dahin eingewirkt worden, die Fra e nach dem Religionsbekenntnis, die nach den Bundesratsbeschlüssen in sämtlichen Bundesstaaten zu stellen war, mit der Angabe „konfessionslos“ oder gar nicht zu beantworten, sofern der einzelne sich seinem Glauben entfremdet fühle, auch wenn er nicht aus seiner Kirche ausgetreten sei. Die Redaktion kann nicht beurteilen, ob die in den Zählpapieren einzelner Bundesstaaten gegebene Fassung der Frage nach dem Glaubensbekenntnis eine solche Beantwortung unbedenklich erscheinen läßt. Zweifellos ist aber, daß es nicht die Absicht des Bundesrats gewesen ist, religiöse Überzeugungen zu zählen, sondern daß man die äußere Bekenntniszugehörigkeit feststellen wollte. Dem wird z. B. in den sächsischen Volkszählungslisten deutlich Ausdruck gegeben durch die Erläuterung: „Es ist die Religionsgemeinschaft anzugeben, der die einzelne Person angehört“. Daß die Frage auch von an kirchlichen Dingen wenig interessierten Kreisen richtig verstanden wurde, beweist u. a. eine Äußerung des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, das die Angabe „konfessionslos“ von Personen, die nicht aus der Kirche ausgetreten sind, für eine „große Mogelei“ erklärt.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 2 **3. Jahrgang** **15. Februar 1911**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Besorgnisse des Verwaltungsstatistikers.

Von Professor Dr. **Sigmund Schott**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Mannheim.

Vertieft in eine von seiner Verwaltung ihm übertragene Arbeit sitzt der beamtete Statistiker am Schreibtisch. Menschen und Dinge sind abteilungsweise nach seinem Kommando aufmarschiert und haben den angewiesenen Platz in dem vor ihm liegenden Tabellenwerk eingenommen. Unser Statistiker prüft die Stärke der Gruppen, ihre Verteilung über das ganze Feld und sammelt die einzelnen Eindrücke zur Kritik. Mit einem Male legt sich ihm eine Hand sachte auf die Schulter und eine eindringlich-sanfte Stimme fragt ihn: „Lieber, was machst du da?"

Es ist die alte, jedem Statistiker wohlbekannte Frage; dieselbe um deren Lösung vor 50 Jahren sich Rümelin bemüht, die vor 100 Jahren auf andere Art Lueder das Herz schwer gemacht hat: wie verhält sich die Tätigkeit des „praktischen Statistikers" zur Idee der Statistik, zu ihrer logischen Einstellung ins System der Wissenschaften. Man sollte meinen, ein solcher Vergleich müßte von beiden Seiten her heute leichter zu bewerkstelligen sein als zu Rümelins Zeiten. Rümelin selbst und sein Tübinger Kollege Sigwart haben doch nicht umsonst gelebt; v. Kries, Lexis und seine Schüler — um nur Beispiele aus der deutschsprachlichen Literatur zu geben — haben die Fundamente der statistischen Theorie gesichert, und erst vor wenigen Jahren hat Tschuprow seine logische Anatomie der statistischen Denk- und Arbeitsweise veröffentlicht. Dann die Praktiker. Wieviel treffliche Gedanken über ihr eigenes Tun und Treiben haben sie nicht, ihre Arbeit mit viel schönen Reden preisend, in Scherz und Ernst zum besten gegeben! Ganz zu geschweigen der mehr oder weniger ernsthaften Einigungsversuche von Theorie und Praxis in den bekannten Lehrbüchern der Statistik. Und doch: ist es mit all diesem erkenntnistheoretischen Scharfsinn, mit den vielen ehrlichen Bemühungen, auf Grund der Besinnung über das eigene Tun einen abgezogenen Begriff zu gewinnen, wirklich gelungen, eine allerseits anerkannte Definition aufzustellen? Ist auch nur die alte Doktorfrage gelöst, ob die Statistik als selbständige Wissenschaft oder als wissenschaftliche Methode zu gelten hat? Tschuprow versichert zwar, dieser Streit ruhe gegenwärtig, da die Berechtigung beider Auffassungen nicht mehr geleugnet werden könne. Allein wenn der Streit auch ruht, die Meinungsverschiedenheit ist geblieben. So beschwert sich Blenck in seiner Festrede zur Hundertjahrfeier des preußischen statistischen Landesamts darüber, daß man leider in der Statistik vielfach nur eine Methode sehe, dies allein sei der Grund für ihre oft unterwertige Einschätzung; Wundt dagegen hält jene Auffassung für die einzig richtige (Logik 3. Aufl. III, S. 494). Und wenn Blenck danach sich energisch für „unsere Wissenschaft" einsetzt, so bekennt sich sein früherer holländischer Kollege Verrijn Stuart in der jüngst erschienenen Einführung in die Statistik zur gegenteiligen Ansicht.[1]) Wo aber Statistik als Wissenschaft anerkannt wird, herrscht darum noch keineswegs Einigkeit über den Rechtstitel solcher Entscheidung. So hat Böhmert erst neuerdings wieder ihre Dignität als Wissenschaft aus der Konstanz ihrer Zahlen abgeleitet, indes Tschuprow diese als unwesentlich für die Beurteilung ihrer logischen Struktur, wenn auch als ausschlaggebend für ihre Existenz betrachtet. Daß endlich auch die statistische Methode v. Mayrs und jene Tschuprows nur noch den Namen miteinander gemeinsam haben, bedarf kaum ausdrücklicher Betonung. Wo also wandelt die Gestalt, in

1) Men moet naar mijne meening de pretensie als zoude de statistiek een wetenschap zijn loslaten. a. a. O. S. 8.



der ein Statistiker den wahren Sinn seiner Arbeit erkennen dürfte?

Lassen wir die Frage offen, ob wir sie je zu Gesicht bekommen werden, und begnügen wir uns damit, dem Grund oder richtiger dem Maß des Begründetseins einiger beunruhigender Gedanken nachzuspüren, die wohl manchen amtlichen Statistiker inmitten seiner Arbeit gelegentlich überfallen. Da wäre vorab die mathematische Beklemmung zu nennen. Sollte etwa für die Statistik gelten, was Nicolaus Cusanus dereinst von der Philosophie gesagt hat: nihil certi habemus in nostra scientia nisi nostram mathematicam? Spezieller: ist die Ineinssetzung von wissenschaftlicher Statistik und Anwendungsmöglichkeit der Wahrscheinlichkeitsrechnung in der Statistik gerechtfertigt, wie dies gelegentlich auch in der erkenntnistheoretischen Literatur (z. B. bei Windelband, Willensfreiheit, S. 139) behauptet wird? Oder in abgeschwächter Form: ist die auf der Wahrscheinlichkeitsrechnung aufgebaute mathematische Statistik als einzig berechtigte wissenschaftliche Methode der Kausalitätsforschung auf statistischem Gebiet ein qualitativ ausgezeichneter Teil der Statistik, eine Art edlerer Statistik im Gegensatz zur landläufigen, gemeinen — um einmal ehrwürdige Schlagworte aus der Geschichte unserer Wissenschaft aufzufrischen? Nun kann man m. E. mit niemand darüber rechten, wie er das Allerheiligste seiner Wissenschaft abgrenzen und was er in den Vorhof verweisen will, durch den er immerhin jedesmal gehen muß, so oft er das Allerheiligste besucht. Ebenso ist es Gefühlssache, die Einschätzung als Kärrner der Wissenschaft als Bedrückung oder Beglückung zu empfinden. Dem Bedrückten hat ja außerdem neuerdings Tschuprow dadurch Erleichterung verschafft, daß er in der „gemeinen" Statistik eine ontologische Wissenschaft vom relativ Individuellen entdeckt hat. Demgemäß steht es dem gemeinen Statistiker frei, welche Schatzung er akzeptieren will und die ganze letzten Endes aus der Vieldeutigkeit des Worts „Statistik" quellende Beunruhigung löst sich nicht restlos aber großenteils in einen Wortstreit und eine Titelfrage auf, deren wir in Deutschland auch ohne den häuslichen Krieg der Statistiker eigentlich schon genug haben.

Mit diesen Erwägungen ist aber der mathematische Alpdruck des praktischen Statistikers keineswegs behoben. Vielmehr wird sich dieser nur durch die präzise Beantwortung der Frage lösen lassen: „Ist eine Veredelung der gemeinen, elementaren Statistik durch Aufnahme mathematischer Elemente möglich und erwünscht?" Die Antwort auf diese Frage kann m. E. nicht in einem glatten Ja oder Nein bestehen. Unsere statistischen Quellenwerke, die vielen auf einen weiteren Leserkreis berechneten — leider oft genug eben nur berechneten — amtlichen und privaten statistischen Veröffentlichungen bedürfen keines stärkeren Zusatzes an Mathematik, und Schriften wie Rauchbergs „Deutsche Berufs- und Gewerbezählung" oder Büchers „Basler Wohnungsenquete" würden dadurch an wissenschaftlichem Gehalt kaum gewinnen. Eine solche — wenn man das Wort nicht mißverstehen will — exoterische Statistik wird immer notwendig sein und sie wird auch, was ausdrücklich betont werden muß, auf weiten Gebieten der Sozialstatistik die höchste erreichbare Stufe wissenschaftlicher Behandlung darstellen. Aber selbstverständlich darf erstens überall da, wo nur die mathematische Formulierung eine exakte Antwort zuläßt, diese letztere nicht für die elementare Statistik reklamiert werden. Denn wenn Petty seinerzeit darauf drang, willkürliche „Worte des eigenen Geistes" wie erheblich, geringfügig, durch Zahlen zu ersetzen, so verlangt man heute mit Recht darüber hinaus die Charakterisierung dieser Zahlen als erheblich und geringfügig mit Hilfe der Mathematik — soweit sie eben möglich ist. Und zweitens scheint uns die weitere Verbreitung einer, wenn man so will, esoterischen Statistik unter ausgiebiger Zuhilfenahme der Mathematik in Deutschland höchst erwünscht. Das wäre freilich eine jenseits der amtlichen Statistik liegende, von ihr aber nach Kräften zu fördernde Aufgabe, der sich wohl die geplante statistische Sektion der Soziologischen Gesellschaft nach dem bewährten Vorbild der *Royal Statistical Society* in London zu widmen haben wird.[1])

Es wird aber diese gemeinsame Arbeit immerhin gewissermaßen nur die Schnittlinie der zwei Ebenen bilden, in denen sich mathematische und elementare Statistik selbständig bewegen. Keiner von beiden wird es auf absehbare Zeit hinaus an eigenen Problemen, Aufgaben und streitigen Punkten fehlen.[2]) Der amtliche Statistiker, der bisher mit dem leichten mathematischen Gepäck der Regeldetri leidlich ausgekommen ist, braucht sich deshalb nicht darüber zu grämen, wenn ihm beispielsweise die Bedeutung der Stirlingschen Formel für die Ausprägung des Bernoullischen Theorems verborgen bleibt. Die höhere Mathematik ist nur in seltenen Fällen das geeignete Werkzeug, um in der Arbeit des praktischen Statistikers Spreu von Weizen zu sondern, und was man von einem Müller verlangt, ist für mich nicht auch maßgebend, weil ich zufällig gleichfalls Müller heiße.

Der mathematischen Beklemmung also sind wir ledig. Nun macht uns aber noch „*the official aspect of statistics*" (nach Edgeworths treffender Bezeichnung) Sorge, das Verwaltungsgesicht der Statistik, das auch nicht durchweg freundliche Züge zeigt. Wir selbst halten uns zwar der paar Warzen, Leberflecke und sonstigen wohlbekannten

1) Erwägungen über die konkreten Aufgaben dieser „esoterischen" Statistik fallen aus dem Rahmen des vorliegenden Aufsatzes heraus. Der Boden für sie könnte durch eine (ev. auszugsweise) Übertragung der wichtigsten einschlägigen Werke und Aufsätze speziell der englischen Fachliteratur ins Deutsche immerhin vorbereitet werden. Als eine das Interesse beider Lager — der praktischen und der mathematischen Statistiker — beanspruchende Frage mag nur jene der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer analytischen Verarbeitung und Vereinfachung des massenhaften Tabellenstoffes auf verschiedenen Gebieten der Statistik erwähnt werden, wie sie z. B. Benini in seinen *Principii di statistica metodologica* (S. 156) befürwortet. Die verschiedenen, der ersten Sektion auf der letzten (Pariser) Tagung des Internationalen Statistischen Instituts unterbreiteten Referate (March) enthalten übrigens wertvolles Material zu diesem Punkt.

2) Für die mathematische Statistik scheint dem Verf. dies aus den Verhandlungen der ersten Sektion auf der Pariser Tagung des Internationalen Statistischen Instituts hervorzugehen. Auch darf in diesem Zusammenhang an die außerordentlich ungleiche Bewertung der Pearson'schen Kurventypen erinnert werden (vgl. z. B. Lexis im Handw. d. Staatsw. 3. Aufl. Bd. I, S. 581 und Lipps, Psychische Maßmethoden S. 90f.)



kleinen Unvollkommenheiten ungeachtet für schöne Menschen, aber unser Spiegelbild in der öffentlichen Meinung gefällt uns nicht recht. Die wirft uns nämlich unser Bild in der bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Form jener einfältigen Hohlspiegel zurück, in denen ein Gesicht als grinsende Schweinsblase oder als fleischgewordenes Andante flebile erscheint. Da tauchen wieder die lieben Vorstellungen von dem idiotenhaften Zahlenschaufler, dem Mann mit der wächsernen Nase, dem Additions-Barbarossa usw. auf, das ganze ehrwürdige Inventar der statistischen Witzraketenkiste. Es hat fast den Anschein, als ob doch noch der eine und der andere Statistiker solch windschiefe Vorstellungen tragischer nimmt, als sie es verdienen. Wird je einmal dem Statistiker sein angebliches Zahlenfresserkonterfei anders als im Sinne harmlosen Spottes vorgehalten, so geschieht dies erfahrungsgemäß fast immer mit dem Unterton des Mißtrauens in die Richtigkeit der vorgetragenen Auffassung, mit der immanenten Bitte um Auskunft und Belehrung. Denn wer wäre in unserer Zeit so weltfremd, zu glauben, Stadt oder Staat würden einem Spezialisten ein paar tausend Mark für eine Arbeit zahlen, zu der man auch einen leidlich begabten Volksschüler abkommandieren könnte? Wer sich solcher Erfahrung ungeachtet aber noch beschwert fühlt, der greife zum Handbüchlein der Moral, dessen Verfasser sich auch nicht über sein Bild im Hohlspiegel geärgert hat.

Es ist aber das Verwaltungsgesicht des Statistikers eigentlich ein Januskopf. Spiegelt dieser sich nach außen, im Urteil des Publikums, zuweilen als lächerliche Fratze, so nach innen, im Geiste der Verwaltung selbst, nicht ganz selten nur in undeutlichen, verwaschenen Umrissen. Das wäre alsdann die dritte und für heute letzte Beklemmung unseres Statistikers, die wir wegzudisputieren versuchen müssen. Wir könnten uns die Sache leicht machen. Ertönt nicht allenthalben, wo die Statistiker als feierlicher Zug von Kongreßgehröcken einmarschieren, die Anerkennung der Statistik und ihrer Unentbehrlichkeit für die Verwaltung aus dem begeisterten Mund der örtlichen Gewalthaber? Oder bedarf es weiter Zeugnis, als die schlichte Tatsache der Gründung all dieser statistischen Ämter? Und dann die Umsetzung der Anerkennung in klingende Münze! Hat nicht erst vor kurzem ein besorgter Hüter der Stadtverwaltungen die von diesen angeblich allzu reichlich gefüllte Schüssel des Statistikers im Preußischen Verwaltungsblatt knurrend umkreist? Allein mit solchen Argumenten reden wir rechts und links an der Sorge des Statistikers — des einen oder andern, wie wir vorsichtig wieder hinzusetzen wollen — vorbei. Über die allgemeine mehr gefühlsmäßige Wertschätzung seiner Tätigkeit hinaus ist es ihm um ein besseres Verständnis der Eigenart seiner Arbeit zu tun. Daß ein solches aber schwer zu gewinnen ist, muß ohne weiteres zugegeben werden und läßt sich leicht erklären. Die Statistik hat nach einem oft angeführten Ausspruch keine eigenen Tatsachen; sie ergreift bald diesen, bald jenen Stoff, es fehlt ihr das eigene Substrat, auf Grund dessen die Bildung abgegrenzter Ressorts innerhalb der allgemeinen Verwaltung gemeinhin erfolgt. So entbehrt denn auch das statistische Amt der einwandfreien Lagebestimmung innerhalb der Verwaltung, und eine unserer Städte hat diesem eigenartigen Verhältnis einen sachlich ebenso vortrefflichen wie sprachlich unglücklichen Ausdruck dadurch verliehen, daß sie den Vorstand ihres statistischen Amts als „Stadtbeirat" bezeichnet. Der spezifische Ressortinhalt, der sich in Amtsbezeichnungen wie Stadtschulrat, Stadtbaurat usf. unzweideutig ausspricht, ist hier gewissermaßen aus dem Titel herausgepumpt und nur die Form, das substratlose Tun übrig geblieben. Daß nun aber diese Formung heterogenen Stoffes durch die Statistik eine Kunst, eine Technik darstellt, die gelernt sein will, das ist auch der Verwaltung noch keineswegs allenthalben ins Bewußtsein übergegangen. Und doch hat schon vor über 100 Jahren Schlözer die Fragestellung des Statistikers für eine schwere Kunst erklärt, denn „ist einmal ein fehlerhaftes Modell im Gange, so kostet es Weitläufigkeiten, um es durch ein besseres zu ersetzen". Ausdrücklich hat auch auf der Magdeburger Tagung des Vereins für Sozialpolitik Ballod mit Fug und Recht das Entwerfen von brauchbaren Formularen und das richtige Kombinieren der in diesen enthaltenen Punkte eine wissenschaftliche Tätigkeit genannt. Alle Anerkennung des Qualitätscharakters der statistischen Arbeitsweise läßt freilich die Tatsache unberührt, daß der Erwerb der innerhalb der Verwaltung benötigten statistischen Technik allein nicht ausreicht, um einen Anspruch auf Eingliederung in den öffentlichen Dienst zu rechtfertigen. Regelmäßig ist daher das statistische Können nur ein Bestandteil der Vorbildung des künftigen Verwaltungsstatistikers, die im übrigen vorwiegend in volkswirtschaftlichem, zuweilen jedoch auch in andersgeartetem Wissen besteht. Die wichtigste, entscheidende Ausbildung des statistisch-technischen Könnens erfolgt aber gewissermaßen durch Parthenogenesis im statistischen Dienst der Verwaltung selbst. Bei diesem Stand der Dinge kann es nicht wundernehmen, daß „der Jurist" als solcher sich höher einschätzt als „der Statistiker" schlechthin, der sein „cachet" erst von der Substanz erhält, mit der er sich vermählt.

So entstand denn in den beteiligten Kreisen der Wunsch, die Stellung des Statistikers in der Verwaltung durch ein weiteres Bestimmungsstück fixiert zu sehen. Welcher Art dieses Bestimmungsstück nur sein kann, darüber wird kein guter Deutscher länger als eine Minute im Zweifel bleiben: schon malt die rosenfingrige Eos das verheißungsvolle Bild eines Berufsexamens an den statistischen Himmel. Hast du das einmal erlangt, o Statistiker, dann wird auch die letzte Beklemmung von dir weichen; denn wehe der Nachkommenschaft, die dich trotzdem noch verkennen wollte! [1])

1) *Red. Anm.* — Die hier angeschnittene Frage der Prüfungen (siehe auch D. St. Z. 2 Jahrgang, Sp. 153) wird wohl von Leitern größerer statistischer Ämter, die ein zahlreiches, öfterem Wechsel unterworfenes wissenschaftliches Hilfspersonal besitzen, anders beurteilt werden, als von Personen, die der Frage mehr theoretisch gegenüberstehen. Auch sind meines Wissens Prüfungen für wissenschaftliche Statistiker bis jetzt überhaupt nur in dem Sinne ins Auge gefaßt worden, daß sie, ähnlich wie die Doktorpromotionen vor den verschiedenen Fakultäten, als äußere Bestätigung eines fachlichen Bildungsabschlusses gelten sollen, nicht aber als ein zur Definition des Berufsstatistikers und daher zu seiner Zulassung zu einem Amte unentbehrliches Bestimmungsstück. *E. W.*

Ortsstatistische Veröffentlichungen insbesondere in Württemberg.

Von Oberfinanzrat Prof. Dr. **H. Losch**, Mitglied des Kgl. Württ. Statistischen Landesamtes, Stuttgart.

Es ist vielleicht nützlich, an die zweite Ausgabe eines statistischen Quellenwerkes für einen Bundesstaat des Deutschen Reiches[1]) einige Bemerkungen, auch allgemeinen Inhalts, zu knüpfen.

1. In Württemberg hat man schon sehr früh gefühlt, daß eine, auch scheinbar kleine und unbedeutende Verhältnisse nicht gering achtende, gründliche Kenntnis des Landes für Regierende, wie für Regierte, für Verwaltende wie für „Verwaltete" nur ersprießlich sein könnte, und so entstand das weit über die Grenzen des Württemberger Landes hinaus geschätzte und benützte Werk der sogenannten „Oberamtsbeschreibungen". Diese fangen sozusagen da an, wo die übliche Verwaltungsstatistik aufhört. Die gewöhnlichen Landesübersichten geben die einzelnen Tatsachen und Erscheinungen für den Oberamtsbezirk in einer Summe; die Oberamtsbeschreibungen aber zerlegen diese Summen in ihre einzelnen Bestandteile und kehren so die Verschiedenheiten gerade in diesen hervor, wobei sie zudem noch ein reiches beschreibendes, auf die Vergangenheit und jeweilige Gegenwart sich beziehendes Tatsachenmaterial geben. Nach ihrer ganzen Anlage und Geschichte sind sie jedoch mehr aus dem liebevollen Sichversenken in die Eigenart der Heimat, aus dem Bedürfnis nach Ortskunde und Ortsgeschichte hervorgewachsen, als aus der bewußten Absicht, die im kleinen gefundenen charakteristischen Einzelerscheinungen dann wieder im großen zusammenhängend darzustellen und vorzuführen. Diese Gesamtübersicht wurde für das Königreich Württemberg durch ein anderes Werk, durch die sogenannten Landesbeschreibungen, geboten, deren bisher drei bzw. fünf[2]) erschienen sind, während von den 64 Oberamtsbeschreibungen (erschienen zwischen den Jahren 1824 und 1885) gegenwärtig die zweite Ausgabe in Bearbeitung steht.

Das reiche Material der Einzelbetrachtung ist demnach zwar für sich vorhanden und übersichtlich vorgelegt; aber es fehlt die Möglichkeit, diese reiche Fülle von Tatsachen zu einer Vergleichung zu verwerten. Für praktische Zwecke ist es gewöhnlich von ausschlaggebendem Wert, die einzelnen Gemeinden in ihrer derzeitigen Gestaltung mit der gleichzeitigen Gestaltung vieler oder aller anderen Gemeinden vergleichen zu können, und gerade eine solche Vergleichung ist erschwert; denn einmal finden sich sämtliche Oberamtsbeschreibungen Württembergs doch wohl nur in einzelnen Bibliotheken und Ämtern, sodann aber weichen sie nach dem Zeitpunkt ihres Erscheinens so sehr voneinander ab, daß sich die einzelnen Gemeinden inzwischen vollständig umgestaltet haben, daß also dem Inhalte derselben für manche wichtige Zwecke nur noch ein rein geschichtliches Interesse zugesprochen werden kann.

2. Die Anlage der „Württembergischen Gemeindestatistik" ist nach Gesichtspunkten erfolgt, welche die bisher größtenteils nur in Spezialwerken und zu Spezialzwecken eingeschlagene deskriptive Methode zu verallgemeinern streben.

3. Unter Anwendung dieser Methode sind für die 1901 bzw. 1904 politischen Gemeinden Württembergs als letzte Einheiten der praktischen Verwaltung, wie größtenteils auch der wissenschaftlichen Forschung eine Summe von 60 bzw. in der zweiten Bearbeitung von 106 durch Ziffern bzw. andere kurze Kennzeichnungen, ebenso viele grundlegende Tatsachen zusammengefaßt worden, welche die Einzelgemeinden kennzeichnen.

Diese Tatsachen sind in der zweiten Ausgabe in folgende 12 Abschnitte gegliedert: I. Stand der Bevölkerung. A. Volkszählungen Spalte 2/10, B. Berufszählungen Spalte 11/30. II. Bewegung der Bevölkerung 31/38. III. Lage der Gemeinden 39. 40. IV. Markungsfläche und ihre Benutzung 41/51. V. Obstbäume 52. VI. Landwirtschaftsbetriebe 53/64. VII. Viehbestand 65/73. VIII. Gewerbebetriebe 74/77. IX. Ortsübliche Tagelöhne 78/81. X. Gebäude, Versicherungsanschlag 82/85. XI. Reichsrentenempfänger 86/93. XII. Besteuerungsverhältnisse 94/107. (Die Aufzählung der einzelnen Elemente muß hier aus Raummangel wegfallen.)

4. Außer diesem Netze von zusammengestellten Tatsachen ist in der zweiten Auflage noch eine „Bezirksstatistik" angefügt, welche nicht nur alle gebotenen Einzelelemente für die „Kleineren Verwaltungsbezirke" zusammenfaßt, sondern auch noch das Gerippe der Wirtschaftsverfassung der Bezirke in der Hauptsache durch Aufrollung der Ergebnisse der beruflichen, der landwirtschafts- und gewerbebetrieblichen Gliederungen bietet. Ferner ist eine Gemeindekarte im Maßstab von 1 : 350 000 beigegeben, welche nicht nur die Markungen der einzelnen Gemeinden und ihre Namen, sondern auch das ganze Eisenbahnnetz mit allen Stationen, sowie das Automobilverbindungsnetz bietet. Diese Karte ist nicht etwa nur eine Ergänzung der Angaben über die Entfernung jeder einzelnen Gemeinde von der ihr am nächsten gelegenen Eisenbahnstation des Staates bzw. Umgebungsstaates, sondern soll etwas bieten, was der tabellarische Niederschlag nicht bietet und nie bieten kann, nämlich die gegenseitige geographische Lage der einzelnen Gemeinden.

5. Auf Grund dieser Festpunkte kann nicht nur die „Individualität" der einzelnen Gemeinde ziemlich genau umschrieben werden, wenn man die einzelnen Tatsachen aushebt und ihren Sachverhalt durch Worte darstellt, es können auch an Volkszahl oder an Markungsgebiet gleich große, in der Entfernung vom Eisenbahnverkehr, in geologischer Hinsicht, in Höhenlagen usw. gleichartige Gemeinden herausgegriffen und für sich untersucht werden. Die Tatsache, daß auch die „größeren Gemeinden" nicht eingehender als die kleinsten behandelt werden, kann als Mangel des Werkes empfunden werden. Es gibt aber Mängel, welche durch bewußte Beschränkung entstehen. Eine ins einzelne gehende Darstellung z. B. Stuttgarts, der einzigen Großstadt, würde dann immer wieder mehr Elemente erfordern, als z. B. im Rahmen einer Sonderbehandlung etwa der Gemeinden mit je über 10 000 E. angezeigt erscheinen würden und da die größeren Gemeinden ja einen eigenen „Verein" bilden, so mag es zunächst ihrer eigenen Initiative vorbehalten sein, eine vergleichende Statistik der „größeren" Gemeinden vorzubereiten.

6. Wie aus den obigen Einzelelementen erhellt, bilden die Tatsachen, die bei der großen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 erkundet und bearbeitet worden sind, einen nicht unwesentlichen Bestandteil des ganzen Werkes. Bekanntlich haben die Bundesstaaten lediglich für die Bearbeitung der für Reichszwecke erforderlichen Tabellen eine Vergütung auf Reichskosten erhalten und die Veröffentlichung derselben durch das Kaiserliche Statistische Amt wird mehr als

1) Württembergische Gemeindestatistik. Zweite Ausgabe nach dem Stande vom Jahre 1907. Mit einer Markungskarte. Herausgeg. von dem K. Statistischen Landesamt. Stuttgart, Druck von W Kohlhammer 1910. 549 Seiten Kleinquartfolio. Preis ℳ 5,—, für Behörden ℳ 3,50 (ungebunden). — Über den Stand der Frage in anderen Staaten unterrichtet eine vom Königlich Sächsischen Statistischen Landesamte im Jahre 1910 hergestellte und im Umdruck vervielfältigte „Synoptische Übersicht über die von den Statistischen Landeszentralstellen im Deutschen Reiche veröffentlichten Statistiken, die Nachweisungen für die einzelnen Gemeinden geben".

2) Die erste Landesbeschreibung erschien im Jahr 1820, in 2. Auflage 1823, in 3. Auflage 1841, die zweite Neubearbeitung 1863, die dritte 1882/1887; die letzte vierbändige Ausgabe 1904 ist mehr Orts- und Bezirks-, als Landesbeschreibung.



20 Quartfoliobände erfordern, ohne daß bisher die Berechnungen von Verhältniszahlen oder die Veröffentlichung von Textbänden erfolgt wäre. Dies hängt damit zusammen, daß das Reich nicht etwa nur die Ziffern der zahlreichen Sachtabellen für das Reich im ganzen auf Reichskosten besorgt, sondern auch die geographischen Einzelheiten für sämtliche, auch die kleinsten Bundesstaaten, für die größeren Verwaltungsbezirke, für die einzelnen 42 Großstädte und für die kleineren Verwaltungsbezirke. Trotz dieses Planes mußte schon der Bearbeitungs- und Veröffentlichungsgrundsatz, die Bundesstaaten durchweg zu bieten, durchbrochen werden, weil sonst ein fast unübersehbares Reichswerk zustande gekommen wäre. Bei den Gebürtigkeitsnachweisungen wurden beispielsweise zwar die nicht politischen „Bezirke" Nordbayern und Südbayern unterschieden, nicht aber die verschiedenen „Staaten" Thüringens, nicht Braunschweig und Anhalt usw. Man hat also notgedrungen dem geographischen Elemente Rechnung tragen müssen. Man wird wohl nicht umhin können, zu erwägen, ob sich nicht ein föderiertes Veröffentlichungsprinzip empfehlen würde, um das Reich zu entlasten. Dieses Prinzip dürfte aber nicht so gehandhabt werden, daß die Bundesgebiete völlig freie Hand hätten, ob und was sie von Reichswerken dieser Art veröffentlichen wollen, vielmehr müßte sowohl Anlage als Format der systematisierten Veröffentlichungen derart gewählt werden, daß in dem eigentlichen Reichswerk nur das Reich als Einheit erscheint und daß das geographische Element auch als solches nach außen hin kenntlich wäre. Die Reichsstatistik müßte als ganzes gewinnen, wenn sie sich auf immer mehr Sachgebiete erstrecken und sich im Geographischen entlasten könnte. Diese Entlastung kann aber nur dann befürwortet werden, wenn das Geographische in der bisher vom Kaiserlich Statistischen Amte durchgeführten und angestrebten Ausdehnung nun auch wirklich von den statistischen Landeszentralen so geboten wird, daß es für Wissenschaft und Praxis wirklich zugänglich wird und das Reichsbild erschöpfend und allseitig lückenlos dezentralisiert. Die natürliche Entwicklung hat bereits dafür gesorgt, daß die Stützpunkte für ein solches gleichzeitig zentralisierendes und dezentralisierendes Vorgehen vorliegen. Nicht nur für das „Reich", auch für fast sämtliche Reichsgebiete liegen beispielsweise sogenannte „Statistische Jahrbücher" vor. Es ist kein Hindernis vorhanden, diese zu „Kommanditen" der Reichszentrale in dem Sinne zu machen, daß das preußische, bayerische, sächsische, württembergische, badische, elsaß-lothringische, hessische, hamburgische, bremische usw. statistische Jahrbuch nebst den für die noch nicht vertretenen Reichsteile noch zu schaffenden ähnlichen Zusammenfassungen eine organische und zielbewußte Einheit darbieten würden. Dem Reich bliebe in vielen Stücken, vor allem in der Handels-, Zoll-, Reichssteuer-, Militär-, Marine- usw. Statistik immer noch ein erhebliches Sachgebiet übrig, in welchem das Kaiserlich Statistische Amt *sui generis* ist; es hat auch gar keinen Anstand, daß zu den bundesgebietlichen geographischen Sondernachweisen der für das Reich gemeinsamen Materien noch die Specialia der Landesstatistik zugefügt werden, denn sie sind leicht als solche systematisch zu kennzeichnen.

7. Nur auf diesem Wege dürfte den großen Schwierigkeiten beizukommen sein, welche heute bestehen und welche größtenteils daraus sich ergeben, daß das Reich den Ozean der Sachdarbietungen — und es ist ein „Ozean" — mit dem Ozean der geographischen Detaildarbietung zu verbinden trachtet, und zwar gerade auch in der Drucklegung der sogenannten „absoluten Zahlen". Dadurch werden die Reichswerke unhandlich und die Landeswerke nicht nur entlastet, sondern auch entleert, ohne praktisch entbehrlich zu werden. Dadurch erscheint Reuß jüngere Linie gleichwertig mit Rheinland, Reuß ältere Linie mit Königreich Sachsen; staatsrechtlich ist dies ja zutreffend, statistisch aber und volkswirtschaftlich nun und nimmer, und reichsfinanzpolitisch ist dies auch nicht, wenn man z. B. die Veröffentlichungskosten pro rata berechnen würde.

Umgekehrt könnte dann vielleicht die Reichsstatistik ihrerseits solche geographische Zusammenfassungen bringen, welche die politische Aufteilung des Reichsgebiets für statistische Darstellungszwecke durch die statistischen Landeszentralen nicht zu bieten vermöchte. So ist z. B. in der Berufsstatistik von 1907 der Gegensatz von „Stadt" und „Land" im ganzen Reich (in einer Summe) zu bieten gewesen, desgleichen das Ergebnis für alle 42 Großstädte zusammen. An diese Arbeitsteilung, welche gleichzeitig als zielbewußte Arbeitsvereinigung zu betrachten ist, könnte auch die städtische, vor allem die großstädtische Statistik angeschlossen werden, soweit sie nicht speziell lokalen Sondercharakter trägt. Trotz der außerordentlichen Bemühungen des Begründers der gemeinschaftlichen Städtestatistik im „Jahrbuch deutscher Städte", Dr. M. Neefe (Breslau), fehlt es an gleichartiger Lieferung der Nachweise; solche könnten nur durch Vermittlung auch der Staaten erzielt werden, weil diese in manchen Gebieten allein die Großstadtziffern zu bieten vermögen und zwar auf dem Wege zur staatlichen Summengewinnung.

8. Diese Anregung wird wohl da und dort auf steinigen Boden fallen und vielleicht auch als etwas ideologischer Wunsch erscheinen. Sie soll hier auch lediglich zur Erörterung im Kreise der Fachkollegen veranlassen. Wenn man aber erwägt, daß z. B. in dem riesigen Berufszählungswerk für 1907 das Reich die Inhaber von Desinfektionsanstalten, Privatgelehrten in den Kgl. preußischen usw. „Kreisen", also in Tuchel, Konitz, oder in dem bayerischen Bezirksamt Oberviechtach veröffentlicht, nicht aber die im Reich vorhandenen geborenen Reichsausländer nach Auslandsstaaten —, so wird man wohl zuzugeben haben, daß hier ein Problem vorliegt, welches einer ernsthaften Erörterung zugänglich und wert ist. Dieses Problem der dezentralisierenden Veröffentlichungstechnik unter zentralen Gesichtspunkten ist nicht minder ein solches als das Problem der zentralisierenden Aufbereitungstechnik.

Besprechungen.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Die neuzeitliche Entwicklung der Fruchtbarkeitsverhältnisse, insbesondere in Bayern, mit Untersuchung der statistisch kontrollierbaren Einflüsse auf die Gestaltung und die Wandlungen der Fruchtbarkeit. Von Dr. H. Hindelang. 71. Heft der Beitr. zur Stat. des Kgr. Bayern. München 1909.

Vornehmlich der Bevölkerungsstatistiker wird diese Arbeit beachten müssen. Beschäftigt sie sich doch mit einem in neuester Zeit mit Rücksicht auf die Abnahme der Geburtsziffer auch im öffentlichen Leben viel besprochenen Thema, mit der ehelichen, unehelichen und allgemeinen Fruchtbarkeit.

Der erste Teil der Arbeit ist einer Darstellung der Methoden der Fruchtbarkeitsmessung eingeräumt. Drei Gruppen solcher Methoden zur Messung der ehelichen Fruchtbarkeit sind nun unterschieden. Die erste davon, die Gruppe der primitiven Methode, ist als ungeeignet abzuweisen, da ihre Berechnungsweise für die Fruchtbarkeit auf einer logisch durchaus verkehrten und dazu noch sehr mangelhaften Grundlage basiert. In die zweite Gruppe sind jene Methoden einbezogen,



welche „für die Zwecke der zeitlichen und räumlichen Vergleiche der Fruchtbarkeitsverhältnisse möglichst einfache, brauchbare Werte schaffen, ohne aber den in der Zusammensetzung und Bildung der reproduktiven Menschenmasse selbst begründeten und die Höhe der Fruchtbarkeit wesentlich mitbestimmenden Verschiedenheiten wie Altersgliederung, Ehedauer usw. Rechnung zu tragen." Wenn wir hier nun die „eheliche Fruchtbarkeitsziffer", d. i. eheliche Geburten (gebärfähige Ehefrauen im Alter von 15—49 Jahren) erwähnen, so geschieht es, weil diese Methode der Messung durch ihre Einfachheit und durch ihre den Zwecken zeitlicher und räumlicher Vergleichung genügende Brauchbarkeit und bei dem ihr in relativ hohem Grade anhaftenden Erfordernis der Kausalität gegenwärtig alle übrigen Methoden, mögen sie auch den äußersten Anforderungen der Wissenschaft noch mehr genügen, an praktischer Bedeutung übertrifft. Dies, obwohl sie auch ihre Schattenseiten hat, wie z. B. die Annahme, daß alle Altersklassen der Frauen gleich fruchtbar sind. Für die Messung der unehelichen und allgemeinen Fruchtbarkeit kommen heute als praktisch wichtigste in Betracht jeweils die entsprechende Fruchtbarkeitsziffer. Andere spielen keine praktisch bedeutsame Rolle. Die des Dr. Ertl z. B. — er glaubte die eben genannte Ziffer verbessern zu müssen — bedeutet bei ihrer „mathematisch-logischen Entgleisung dazu nur einen methodischen Mißgriff".

Nach der Darstellung und Kritik der Methoden der Fruchtkarkeitsmessung folgt im 2. Teil eine eingehendere Schilderung der neuzeitlichen Entwicklung der Fruchtbarkeitsverhältnisse in verschiedenen Kulturländern der Erde. Es ergibt sich daraus, daß die eheliche und uneheliche Fruchtbarkeit eine mehr oder minder starken Rückgang erfuhr. Besonders in den nördlichen Ländern. Jedoch ist bei der unehelichen Fruchtbarkeit die sinkende Tendenz nicht ganz konstant und auch nicht so ausnahmslos bei allen hier kontrollierten Ländern zu beobachten wie das Sinken der ehelichen Fruchtbarkeit.

Da ein gründliches Studium über die Fruchtbarkeitsverhältnisse und ein Vordringen bis zu den Einzelheiten der Erscheinungen nur denkbar ist mittels detailgeographischer Forschung, hat der Verfasser für Bayern diese große Arbeit unternommen. Ein Blick auf die trefflichen Kartogramme zeigt, daß bei den kleinsten Verwaltungsbezirken sich enorm hohe und niedrige Ziffern ergeben. Auf den Liniendiagrammen ist sehr instruktiv der zeitliche Verlauf der ehelichen und unehelichen Fruchtbarkeit von 1867—1905 graphisch veranschaulicht.

Im 3. Teil folgt eine Untersuchung der statistischen kontrollierbaren Einflüsse auf die Gestaltung und die Wandlungen der Fruchtbarkeit.[1]) Ihre physiologischen Voraussetzungen, d. i. die Zeugungs- bzw. Konzeptionsfähigkeit, haben eigentlich keine nennenswerten Veränderungen erfahren. Die tatsächlich eingetretenen Änderungen sind darum nur auf psychologische Voraussetzungen, d. i. auf Willensmomente zurückzuführen, die „darum in den verschiedenartigsten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und allgemeinkulturellen Verhältnissen ihren tieferen Grund haben hönnen". Mit ihrem Nachweis muß sich die Statistik begnügen, da sie psychologische Verfassungen direkt nicht erfassen kann.

1) Siehe hierzu Jahrg. 1910 des D. St. Z., Sp. 198/99. *Red.*

Den Einfluß von Wohlstand auf die Höhe der Fruchtbarkeit sucht der Verfasser so festzustellen: trotz der methodischen Schwächen des Maßstabes läßt sich ein Antagonismus zwischen Spartätigkeit und ehelicher Fruchtbarkeit innerhalb der bayrischen Verwaltungsbezirke konstatieren. Was den Einfluß des Altersaufbaues der Ehefrauen auf die Höhe der Fruchtbarkeit anlangt, so existiert hier keine Wechselbeziehung. Die im allgemeinen vorherrschende größere eheliche Fruchtbarkeit in katholischen Gegenden führt der Verfasser darauf zurück, daß der Gebrauch antikonzeptioneller Mittel aus religiösen Gründen sehr oft unterbleibt. Die Bevölkerungsanhäufungen beeinflussen die Fruchtbarkeit nicht. Zwischen Säuglingssterblichkeit und ehelicher Fruchtbarkeit besteht nun wieder ein Kausalverhältnis. Hohe Säuglingssterblichkeit und hohe Fruchtbarkeit laufen sehr oft parallel.

Bei der unehelichen Fruchtbarkeit wurde ein negativer Einfluß des Geschlechtsverhältnisses der ledigen Personen, sowie der Zivilstandsverhältnisse und der Berufszugehörigkeit an sich auf die Höhe der unehelichen Fruchtbarkeit nachgewiesen. In Gegenden, in denen der Boden stark parzelliert, wurde geringere uneheliche Fruchtbarkeit beobachtet als da, wo das Gegenteil der Fall. Die Konfession bedeutet einen negativen Einfluß auf die Höhe der Fruchtbarkeit. Auch zwischen Heiratshäufigkeit, ferner zwischen Altersaufbau und Höhe der Fruchtbarkeit wurden Wechselbeziehungen aufgedeckt. Auf die Frage nach den Ursachen der zeitlichen Schwankungen der unehelichen Fruchtbarkeit konnte keine befriedigende Antwort gegeben werden, da das statistische Material dazu völlig versagt.

E. Müller.

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in Preußen im Jahre 1909.

Von Prof. Dr. F. Kühnert. Preuß. Statistik, Heft 222 und Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Jahrg. 1910, S. 193ff.

Die hauptsächlichste Jahresveröffentlichung der statistischen Zentralstelle Preußens über die — von ihr seit dem 1. Januar 1909 nach wesentlich veränderten Grundsätzen[1]) erhobenen — Preise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel, welche bisher in einer besonderen Beilage zur Zeitschrift des Königl. Statistischen Landesamts erfolgte, ist jetzt in das Quellenwerk der Preußischen Statistik verlegt worden, weil sich die neue Preisdarstellung für die „Zeitschrift" zu umfangreich gestaltet. Die erste bezügliche Publikation für 1909 enthält provinzweise geordnet Zusammenstellungen der Monats- wie Jahrespreise sämtlicher Gegenstand der neuen allgemeinen preußischen Preisstatistik bildenden Lebens- und Verpflegungsmittel für die einzelnen (154) Berichtsorte. Das Tabellenwerk zerfällt in drei Teile: I. Preise für Getreide, Hülsen-

1) Vgl. D. St. Z. Jahrg. 1909, Sp. 140ff.



früchte, Eßkartoffel, Rauhfutter, Eßbutter, Eier und Vollmilch, II. Fleischpreise, III. Preise für sonstige Waren; für die wöchentlich zu erhebenden Warenpreise der Tabellen I und II wird sowohl die häufigste als die höchste und niedrigste, für die monatlich nur einmal zu erhebenden Preise der Tabelle III lediglich die häufigste Preislage mitgeteilt. Die „Zeitschrift" bringt für die 50 wichtigsten Berichtsorte einen Auszug aus der Veröffentlichung im Quellenwerke, welcher sich gleichfalls auf die Monats- und Jahrespreise aller bei der neuen Preisstatistik berücksichtigten Lebens- und Verpflegungsmittel erstreckt.

Beigegeben ist den Darstellungen ein Rückblick auf die bisherige preußische Preisstatistik, der ein zusammenhängendes Bild ihrer Entwicklung bietet.

In der „Zeitschrift" sind auch die Hauptergebnisse besprochen, großenteils unter Vergleichung mit den entsprechenden Jahresmittelpreisen bis 1816 zurück. *F. Kühnert.*

VIII. Grundbesitzstatistik.

Die Hypothekenbewegung in Württemberg in den Jahren 1906—1908, Württ. Jahrbücher f. Stat. u. Landeskunde, 1910, 1. Heft, Seite 19—42.

Die Hypothekenbewegung wird in Württemberg seit 1897, mit Unterbrechung während der Jahre 1900—1903, statistisch erfaßt. Zu diesem Zwecke haben die Grundbuchbeamten über jede Hypothekeneintragung und jede Hypothekenlöschung eine Zählkarte auszustellen, wofür den Grundbuchbeamten, sofern ihre Kanzleibedürfnisse nicht unmittelbar aus der Staatskasse bestritten werden, eine Belohnung gewährt wird (Gesamtaufwand hierfür jährlich ca. 5000 ℳ). Die Zählkarten enthalten insbesondere folgendes: Art der belasteten Grundstücke, Stand, Beruf und Wohnort des Schuldners und Gläubigers, Betrag der Schuld, bei Hypothekeneintragungen außerdem Zinsfuß und Rang des Rechts. Die Zählkarten sind nach Jahresschluß an das Statistische Landesamt einzusenden, welches die weitere Verarbeitung vornimmt. Die in einen tabellarischen und in einen textlichen Teil zerfallende Veröffentlichung der neuesten Ergebnisse der Statistik gibt eine Nachweisung über den Zugang und Abgang der Hypotheken, ferner über die Verteilung der Hypothekeneintragungen nach Landesteilen und Ortsgrößenklassen, nach Schuldnergruppen (Landwirtschaft, Industrie und Handel, sonstige Berufe), nach Gläubigergruppen (7 Klassen), nach dem Rang des Rechts (erste und Nachhypothek) und nach dem Zinsfuß (10 Zinsfußklassen). Aus der neuesten Veröffentlichung ergibt sich, daß das Jahr 1906, das noch im Zeichen der Hochkonjunktur stand, eine namhafte Steigerung der Hypothekeneintragungen gebracht hat (gegenüber 1905 um 17 Mill. ℳ), während in den beiden folgenden Jahren, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Depression standen, die Hypothekeneintragungen wieder merklich (um 12—13 Mill. ℳ) zurückgegangen sind. Im Jahre 1908 wurden 203 096 051 ℳ (106 848 696 ℳ = 52,6 % mit erstem, 96 247 355 ℳ = 47,4 % mit Nachrecht) neu aufgenommen und 124 617 419 ℳ gelöscht. An den Hypothekeneintragungen des Jahres 1908 waren beteiligt: die Stadt Stuttgart mit 25,1 %, die größeren Städte (mit 10 000—100 000 Einw.) mit 20,3 %, die mittleren Städte (2000—10 000 Einw.) mit 24 %, das platte Land (Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern) mit 30,6 %, ferner die Landwirtschaft mit 17,3 %, Industrie und Handel dagegen mit 75,8 %. Unterschieden nach Gläubigergruppen, wurden von den 203 096 051 ℳ zur Verfügung gestellt: von den Privatgläubigern 48,7 %, den Banken 19,4 %, den öffentlichen Sparkassen 12,4 %, den Kreditgenossenschaften 8,4 %, dem Württ. Kreditverein 4,2 %, den Pflegschaften und Stiftungen 0,4 %, den sonstigen Gläubigern 6,5 %. Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse hinsichtlich des Zinsfußes. Es zeigt sich, daß in den Jahren 1906, 1907 und 1908 ganz erheblich weniger Eintragungen zu den niedrigeren Zinssätzen, dagegen erheblich mehr Eintragungen zu den höheren Zinsfüßen erfolgt sind. Der durchschnittliche Hypothekenzinsfuß berechnet sich für 1897 zu 4,081 %, 1899 zu 205 %, 1904 4,168 %, 1905 4,142 %, 1906 4,208 %, 1907 4,309 %, 1908 4,416 % und die Gesamtzinsenlast aus den im Jahre 1908 zur Eintragung gekommenen Hypotheken zu 8 340 809 ℳ.

O. Trüdinger.

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschließlich Viehzählungen).

Der Hopfenbau in Böhmen unter Berücksichtigung des Hopfenbaues anderwärts. Von W. Winkler. Mitteilungen des Statistischen Landesamtes des Königreiches Böhmen, Band XIV, Heft 2, Seite 108*—121*. Prag, 1910. 3 K.

Der Hopfenbau Böhmens kann auf eine lange, ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken. Die ältesten Nachrichten über ihn stammen aus dem Jahre 1088. Eine ganze Reihe von Krisen hat er tapfer überstanden und heute blicken wir Böhmen mit dem gleichen Stolze auf unsere Hopfenproduktion, als dies schon unsere Altvordern zu tun berechtigt waren. Freilich hat in den letzten Jahren die mehr oder minder allgemeine Hopfenkrise auch unseren Hopfenbau ergriffen. Diese Erscheinuug äußert sich in dem Rückgange der Anbaufläche, den wir vom Jahre 1908 an ununterbrochen beobachten können. Ungünstige Absatzverhältnisse und eine seit Jahren nicht beobachtete Sprunghaftigkeit der Ernteerträge sind schuld an diesem Rückgange. Während die Hopfenfläche Böhmens vom Jahre 1875 bis 1907 von 6044 ha auf 17 280 ha gestiegen war, ist bis zum Jahre 1909 ein Sinken bis auf 15 390 ha zu beobachten gewesen, eine Bewegung, der auch im großen und ganzen die Hopfenanbaufläche Österreichs gefolgt ist, von welcher die böhmische Hopfenfläche ungefähr ⅔ darstellt.

Ein wie verzärteltes, empfindliches Schoßkind Faunas die Hopfenpflanze ist, lehren die Ertragszahlen der letzten Jahre. Es kam innerhalb des letzten Dezenniums in Böhmen vor, daß der Hopfen durchschnittlich von 1 ha 9,64 Mz. lieferte (1901), aber auch, daß er einen Durchschnittsertrag von 1,36 Mz. gab, wobei noch zu bedenken ist, daß dieser Durchschnittsertrag ein Mittel ist, bei welchem der eine Bestand auch 0 bedeuten konnte. Von 1909 bis 1900 zurückgerechnet betrugen die Hektarerträge Böhmens in Mz.: 3,27, 8,66, 6,10, 2,25, 9,64, 4,63, 1,36, 4,80, 9,18 und 5,53.

Noch drastischer kommt diese Sprunghaftigkeit vielleicht in den Gesamterträgen zum Aus-

prucke. Es stehen sich da Erträge wie 146 500 Mz. (1905) und 18 880 Mz. (1903) gegenüber. Im Jahre 1909 war der Gesamtertrag 50 300 Mz., der des Dezenniums 1899—1908 86 670 Mz.

Neben Böhmen weisen im Jahre 1909 noch folgende Kronländer Österreichs eine Hopfenfläche aus: Steiermark (3252 ha), Galizien (2548 ha), Oberösterreich (849 ha), Mähren (598 ha) und Kärnten (9 ha). Die Anbaufläche von ganz Österreich (Zisleithanien) betrug 1909 22 646 ha, der Gesamtertrag 84 849 Mz. (gegenüber 113 670 Mz. im Durchschnitte der Jahre 1899—1908).

In Ungarn hat der Hopfenbau nur eine geringe Bedeutung.

Die Gesamteinfuhr Österreich-Ungarns betrug im Durchschnitte der Jahre 1904—1908 5416 Mz., die Ausfuhr dagegen 67 547 Mz.

Die übrigen Großmächte des Hopfenbaues: Deutsches Reich, Verein. Staaten von Amerika und England werden vom Verfasser hinsichtlich Anbauflächen, Durchschnitts- und Gesamterträgen, sowie Außenhandel zum Vergleiche herbeigezogen.

W. Winkler.

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Statistik der Gärtnerei in Preußen. Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Reg.-Rat u. Prof. XXXV. Ergänzungsheft zur Zeitschr. des K. Preuß. Statist. Landesamts Berlin 1910. IV, 40 und 150 S. Preis 5,20 ℳ.

Die schon längere Zeit auf der Tagesordnung stehende gewerbe- und arbeitsrechtliche Ordnung der Gärtnerei hat im Jahre 1906 zu einer statistischen Erhebung über die Verhältnisse der Gärtnerei und der darin Erwerbstätigen geführt, deren Ergebnisse für Preußen nunmehr in der obigen Veröffentlichung bekannt gegeben werden. Die statistische Darstellung ist durchgeführt nach berufsstatistischen und nach gewerbestatistischen Gesichtspunkten. Die berufsstatistischen Nachweisungen behandeln das Gärtnereipersonal nach seinen persönlichen Eigenschaften und Verhältnissen; den gewerbestatistischen Übersichten liegen die Angaben über die Gärtnereibetriebe (Unternehmungen) zugrunde. Die Verwertung der Gärtnereistatistik kann nach verschiedenen Richtungen gehen: sie kann eine Ergänzung der allgemeinen Berufs- und Gewerbestatistik durch die vielseitigen Einzelheiten der Sondererhebung bilden; sie kann dem gärtnerischen Fachmanne die besonderen beruflichen, sozialen und gewerblichen Eigenschaften und Eigenheiten der Gärtnerei ziffernmäßig vorführen, der Berufspolitik Unterlagen schaffen, soziale Bestrebungen fördern, die Fragen des Lehrlingswesens, der Fachausbildung, der Standeshebung klarstellen helfen, dem Unternehmer gewisse Fingerzeige geben, der Gehilfenschaft die Arbeits- und Aufrückungsgelegenheit zeigen; sie kann den gärtnereitechnische Anlagen, Maschinen usw. erzeugenden Gewerben zur ziffernmäßigen Kenntnis der Absatzgebiete nützlich sein; sie kann der Landeskunde dienstbar gemacht werden; sie kann Verwaltungs- und gesetzgeberische Maßnahmen vorbereiten helfen u. a. m. In der vorliegenden Veröffentlichung sind viele der angedeuteten Punkte erörtert oder gestreift und für andere liegen die ziffernmäßigen Unterlagen vor. — Die Gärtnerei wird nach ihren Arten dargestellt, deren einzelne in drei Gruppen zusammengefaßt werden: I. Vorzugsweise für den eigenen Haushalt betriebene Gärtnerei (Herrschafts-, Schloß-, Guts-, Villengärtnerei u. dgl.), II. Gärtnerei für öffentliche Anlagen, Friedhöfe, Theater-, Vergnügungsgärten usw. und III. alle übrige (d. i. vorwiegend die gewerbliche) Gärtnerei einschl. der Handelsbetriebe für Gärtnereierzeugnisse; diese Hauptgruppen, namentlich die dritte sind noch weiter nach Arten zerlegt worden. — In der Statistik werden 33 205 Betriebe, darunter 14 089 nebenberufliche, mit einem Personal von 149 680 am Erhebungstage (2. Mai 1906) und 157 169 im Jahresdurchschnitte nachgewiesen. Die gewerbliche Gärtnerei umfaßte 21 151 Betriebe und 84 741 bzw. 90 501 Personen. Das Personal wird in „gelernte, angelernte und ungelernte" Personen unterschieden, überdies noch nach der sozialen Stellung im Betriebe. In den kleinsten Betrieben ist die gelernte oder angelernte Gehilfenschaft besonders stark vertreten, und die ungelernten Arbeiter kommen nur wenig vor, was bei den technischen Voraussetzungen dieses Gewerbes nicht anders zu erwarten ist. Mit dem Wachsen der Größe des Betriebes ändert sich das verschiedentlich; es finden sich in dem Arbeitskreise der größeren Betriebe eine Menge von Aufgaben, die unter Aufsicht und Mitwirkung gelernter und angelernter Gehilfen von nicht vorgebildeten Arbeitern erledigt werden können. Die kleinen Betriebe haben vorwiegend die Eigenschaft des „Handwerkes", die größeren mehr des „fabrikmäßigen" Gewerbebetriebs. Das hat eine wirtschaftliche und soziale Kehrseite für die gelernte Gehilfenschaft: in den kleinsten und kleinen Betrieben sind die Gehilfen weit mehr als in größeren den durch den Geschäftsgang und die Witterungsverhältnisse hervorgerufenen Schwankungen der Arbeitsgelegenheit ausgesetzt; in den größten Betrieben zeigen die Zahlen so gut wie keine derartige Schwankungen. — Eine besondere, dem landwirtschaftlichen Gewerbe verwandte Seite der Gärtnerei findet ihre Schilderung in der Darstellung der hauswirtschaftlichen Stellung der gelernten und angelernten Gärtner zu ihrem Arbeitgeber. Wohnung und Kost oder einen Teil dieser Naturallöhnung fanden bei diesen von Hundert gelernten männlichen Gehilfen 66,78, von den angelernten 47,59, in der nicht gewerblichen Gärtnerei aber 70,23 bzw. 40,25. Die in gärtnerischen Gehilfenkreisen oft bemängelte, weil dem Standesbewußtsein zuwiderlaufende vertragsmäßige nicht-gärtnerische Nebenbeschäftigung als Diener, Jäger, Privatsekretär u. dgl. betrifft nach der Statistik nur einen kleinen Bruchteil der männlichen Gehilfenschaft, und zwar 6,89 % der gelernten und 9,15 % der angelernten, allerdings 13,59 % bzw. 15,75 in den nichtgewerblichen Gärtnereien. Einem großen Teil der Gehilfenschaft wird diese Nebenbeschäftigung nicht zugemutet; nur 1860 gelernte und 237 angelernte stehen in dieser vermeintlich unwürdigen Abhängigkeit, die indessen sicherlich auch ihre Vorteile hat und manchen Gehilfen in seinem Fortkommen fördert.

A. Petersilie.

XIV. Arbeiterstatistik (einschließlich Arbeiterversicherung).

Arbeiterstatistik nach den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten. Reichs-Arbeitsblatt 1910, Nr. 12.



Das Reichs-Arbeitsblatt gibt neben Auszügen aus den Tabellen des IV. Bandes der Berichte der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909 einige Rückblicke auf das letzte Jahrzehnt nach den Statistiken für 1899 bis 1909.

Dieser Versuch erscheint zur Zeit besonders angebracht, weil in der Ausgestaltung der Tabellen, welche alljährlich bei Erstattung der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten aufzustellen sind, wesentliche Änderungen von 1910 ab vorgenommen werden, die u. a. mit der Umgestaltung der Gewerbeordnung zusammenhängen. Auch in der vorliegenden Jahresreihe besteht keine völlige Vergleichbarkeit, indem seit 1902 nur die Fabriken und die diesen gleichgestellten Anlagen gezählt, diejenigen Anlagen, für die der Bundesrat gemäß §§ 120e, 139e RGO. Vorschriften erlassen hat, fortgelassen werden. Es sind daher im allgemeinen die Zahlen der Jahre 1900 und 1901 nur untereinander, nicht aber mit denen der Jahre 1902 bis 1909 vergleichbar.

Seit 1902 hat die Zahl der Fabriken und der gleichgestellten Anlagen ständig zugenommen. Selbst das durch den wirtschaftlichen Niedergang gekennzeichnete Jahr 1908 weist einen Stillstand in der Zunahme nicht auf. Vielmehr sind in diesem Jahre 9100 neue Anlagen zu verzeichnen, während die Zahl der beschäftigten Personen insgesamt um 6000 anwuchs, obgleich ein Rückgang von 13 500 männlichen Arbeitern gegenüber dem Jahre 1907 zu verzeichnen ist. Allerdings weist auch das Jahr 1909 wieder eine Zunahme der erwachsenen männlichen Arbeiter auf, sie ist jedoch im Vergleich mit dem Vorjahre unbeträchtlich und beträgt etwas weniger als 9 %. In die Augen springend ist der Gegensatz in der Zahlenreihe der in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter zu der der Kinder. Seit 1902 hat die Zahl der jugendlichen Arbeiter und der Kinder als Gesamtzahl betrachtet, ununterbrochen zugenommen, hingegen ist die Zahl der Kinder unter 14 Jahren für sich allein, welche im Jahre 1907 13 000 betrug, etwas gesunken. Die Steigerung bleibt somit auf die jungen Leute von 14—16 Jahren beschränkt. Auch bei der Gruppe der Arbeiterinnen über 16 Jahre ist eine ununterbrochene Zunahme zu verzeichnen, obgleich im Jahre 1908 ein weniger starker Anwuchs gegenüber dem Vorjahre konstatiert wird. Setzt man die Zahl der betreffenden Arbeitergruppe im Jahre 1902 gleich 100, so zeigt sich, daß die männlichen erwachsenen Arbeiter um 24 %, die weiblichen Arbeiter über 16 Jahre um 38 % und die Jugendlichen um 41 % zugenommen haben.

Der Aufsatz im Reichs-Arbeitsblatt gibt ferner eine Tabelle über die beschäftigten Arbeiterinnen über 14 Jahren, und die der Kinder unter 14 Jahren für drei Industriezweige wieder. Diese (Ind. der Steine und Erden, Textilindustrie, Nahrungsmittelgewerbe) zeigen wesentliche Unterschiede. In der Industrie der Steine und Erden findet man die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiterinnen und Kinder im Jahre 1907, von da ab findet eine Abnahme statt, die im Jahre 1908 mit Sicherheit auf den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zurückzuführen sein dürfte, während im Jahre 1909 die Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien vom 31. Mai 1909 vermindernd auf die Zahl der Arbeiterinnen und Kinder gewirkt hat. Nach dieser Bekanntmachung dürfen bekanntlich Arbeiterinnen in Steinbrüchen bei Abräumungsarbeiten, bei Steingewinnung oder Rohaufarbeitung von Steinen nicht mehr beschäftigt, ebensowenig dürfen sie beim Transport oder Verladen von Abraum, Stein oder Abfall verwandt werden. In der Textilindustrie ist mit Ausnahme des Jahres 1908 ein stetes Ansteigen der Arbeiterinnenzahl zu verzeichnen. Nicht unbeträchtlich ist auch die Zahl der in der Textilindustrie tätigen Kinder, obgleich letztere seit dem Jahre 1907 in Abnahme begriffen sind. Ähnlich verhält es sich bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Während die Zahl der Arbeiterinnen hier ständig anwächst, nimmt die Zahl der tätigen Kinder seit 1907 ab.

Der Aufsatz vergleicht auch die Zahlen der Gewerbeaufsichtstabellen von 1907 mit denen der Betriebszählung dieses Jahres und kommt — unter Berücksichtigung des Umstandes, daß letztere Zählung sämtliche, die Gewerbeaufsicht aber nur die fabrikartigen Betriebe erfaßt — zu dem Ergebnis, daß die beiden Statistiken recht gut übereinstimmen. *W. Abelsdorff.*

Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich im Jahre 1908. I. Teil. Tabellen. Bearb. und herausgegeb. vom k. k. Arbeitsstat. Amt im Handelsministerium. Wien 1910, Verlag Alfred Hölder, XVI und 424 S. 4 K.

Den im D. St. Z. vom 1. Januar 1910, Sp. 15, besprochenen vorläufigen Daten ist nunmehr der I. Band der definitiven Ergebnisse gefolgt. Er umfaßt das Tabellenwerk, das auf statistischer Bearbeitung von rund 150 000 Fragebogen beruht. Es hat sich ergeben, daß 34,8 % der durch die Erhebung erfaßten Schulkinder außerhalb der Schule zu Arbeiten dieser oder jener Art herangezogen werden und daß insbesondere bei den verwaisten und unehelichen Kindern die Quote der arbeitenden eine sehr große ist. Die Publikation gibt ein Bild der außerordentlichen Mannigfaltigkeit der Kinderarbeit. Es werden die 7 Arbeitszweige Haushalt, Landwirtschaft, Industrie, Gast- und Schankgewerbe, Handel und Verkehr, Austragen sowie „Sonstige Beschäftigungen" unterschieden, die Industrie zerfällt neuerdings in 18 Industrieklassen und 81, das Gastgewerbe in 2, der Handel und Verkehr in 3 Beschäftigungsarten. Das Schwergewicht der industriellen Kinderarbeit liegt in der Textilindustrie, die mehr als die Hälfte aller industriell tätigen Kinder umfaßt. Wichtig ist, daß 44,2 % der Kinder abwechselnd in zwei oder mehreren Arbeitszweigen tätig sind, so z. B. 28,1 % in Haushalt und Landwirtschaft, 4,3 % in Industrie und Landwirtschaft, 4,1 % in Industrie, Haushalt und Landwirtschaft, 3,1 % in Industrie und Haushalt.

Bei der Darstellung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Kinder wurden, um den Einfluß mehrfacher Arbeitstätigkeit verfolgen zu können, alle stärker vertretenen Kombinationen von Arbeitszweigen, Industrieklassen und Beschäftigungsarten als besondere Gruppen behandelt. Diese Darstellung umfaßt insbesondere Daten über die Altersgliederung der arbeitenden Kinder, über die Person des Arbeitgebers (ob die eigenen Eltern des Kindes oder ein fremder Arbeitgeber),

über die Entlohnungsart und den Gesundheitszustand der Kinder, über den Einfluß der Arbeit auf den Schulbesuch und das Verhalten in der Schule, ferner Angaben darüber, in welcher Jahreszeit die Arbeit stattfindet, ob zur Zeit des normalen Unterrichts oder eines gekürzten Unterrichts, zur Zeit der Hauptferien oder an Sonn- und Feiertagen, sodann über die Dauer der Arbeit in Wochen pro Jahr und in Tagen pro Woche. Daran schließen sich ausführliche Tabellen über die tägliche Arbeitszeit und die Nachtarbeit der Kinder. Schließlich wird die gesamte Belastung der Kinder durch Schul- und Arbeitsstunden zur Darstellung gebracht.

Im II. Band des Werkes wird eine zusammenfassende textliche Darstellung der gesamten Ergebnisse der Erhebung — sowohl des Inhaltes der Tabellen, als auch der nicht tabellarisch verarbeiteten Äußerungen der Schulleitungen nud Ärzte — gegeben werden. *F. Žižek.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Schulärztliche Untersuchungen in den Volksschulen des Hamburgischen Staates im Schuljahr 1909/10. Anhang zum Bericht des Medizinalrates über die Medizinische Statistik des Hamb. Staates für das Jahr 1909. Hamburg, Leopold Voß, 1910.

Die vorliegenden Untersuchungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie auf eine große Zahl Schulen und eine sehr beträchtliche Zahl Schulkinder, übrigens auch auf die Schulanfänger sich erstrecken, wobei immer die beiden Geschlechter getrennt behandelt werden, was im Vorjahre noch nicht der Fall war. Sie zeigen, welche Krankheiten sich unter den Schulkindern am häufigsten finden, auch, wie diese sich auf beide Geschlechter und die einzelnen Altersstufen verteilen und wie oft die durch den schulärztlichen Dienst veranlaßte ärztliche Behandlung eine Heilung herbeigeführt; z. B. war die Zahl der mit Drüsenschwellung und Skrofulose behafteten Kinder unter den Schulanfängern eine recht hohe, in den späteren Schuljahren aber eine weit geringere, nachdem die Schulärzte die ärztliche Behandlung der betreffenden jüngeren Schulkinder veranlaßt hatten, was wiederum einen Beweis für die Heilbarkeit der rechtzeitig erkannten Tuberkulose liefert. Die weiteren Übersichten erstrecken sich auf den Kräfte- und Ernährungszustand der Kinder, den Brustumfang, die Hör- und Sehschärfe, den Zahnbefund.

Durch die eingehende Darstellung der gemachten Beobachtungen wird ersichtlich, wie wertvolle medizinalstatistische Unterlagen durch eingehende und sorgfältige Berichte der Schulärzte gewonnen werden, weshalb es wünschenswert ist, daß solche künftig weit mehr als bisher und nicht bloß als kurze Mitteilungen der Tageszeitungen veröffentlicht werden. *G. Radestock.*

19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik. Bearb. v. Direktor Dr. Otto Most. Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf, Nr. 5. 4°. 24 Text- und 14 Tabellenseiten neben einem Anhang mit Wiedergabe des zugrunde gelegten Fragebogens. Voß & Co, Düsseldorf. Preis 2 ℳ.

Nachdem bereits früher Wiedfeldt und Seutemann die historische Entwicklung der Ausgaben für ein bestimmtes einzelnes Krankenhaus behandelt haben, macht die vorliegende Arbeit den ersten Versuch einer vergleichenden Finanzstatistik städtischer Krankenanstalten. Anläßlich der Einsetzung einer Stadtverordnetenkommission zur Prüfung der Verhältnisse in den Düsseldorfer Allgemeinen städtischen Krankenanstalten ist im November 1908 an 18 städtischen Krankenanstalten Deutschlands, bei deren Auswahl die Rücksicht auf die Verschiedenheit der Bausysteme maßgebend war, ein Fragebogen betr. ihre Personal-, Einnahme- und Ausgabeverhältnisse (im Anhang abgedruckt) versandt und das darauf eingehende Material nach noch mehrfacher Durchprüfung verarbeitet worden. Der Fragebogen war im Einvernehmen mit Verwaltungsbeamten und ärztlichen Praktikern aufgestellt. Bei der Verarbeitung erwies sich aufs neue, daß eine vergleichende Finanzstatistik nur dann Anspruch auf völlige Korrektheit ihrer Ergebnisse erheben kann, wenn die Analogie bis zur letzten Etats- und Rechnungsposition durchgeführt wird. Da es im übrigen darauf ankam, den laufenden Aufwand in einer Reihe städtischer Krankenanstalten, seine Verschiedenheiten und Ursachen, soweit sie nicht in mehr oder weniger haushälterischer Verwendung der zur Verfügung stehenden Mitteln oder in mehr oder weniger günstig eingerichteter Verwaltungsorganisation begründet sind, zu erkennen, so wurde der Aufwand für bauliche Unterhaltung und Schuldendienst von der Erhebung ausdrücklich ausgeschlossen, dagegen „einmalige" Aufwendungen für den ärztlichen Dienst, für Wäsche u. dgl. mit aufgenommen, weil derlei „einmalige" Ausgaben im Betrieb eines großstädtischen Krankenhauses doch durchaus den Charakter der „gewöhnlichen" sich dauernd wiederholenden Aufwendungen tragen.

Zugrunde gelegt sind den Tabellen, die in Korrektur den Verwaltungen sämtlicher beteiligter Krankenanstalten vorgelegen haben, die Rechnungsergebnisse des Jahres 1907. In der ersten Tabelle wird für jede Anstalt Errichtungsjahr, Bausystem, Zahl und Art der Abteilungen, Zahl der Krankentage und der Verpflegungstage, sowie in eingehender Gliederung Zahl und Art des Personals nachgewiesen. Tabelle 2 behandelt die Ausgaben, geschieden in diejenigen für Verwaltungen, Seelsorge und Unterricht, ärztlichen Betrieb, Krankenpflege, sonstige Personalausgaben und Wirtschaftsbetrieb (im einzelnen weiter detailliert); Tabelle 3 die Deckung der Ausgaben, wobei wiederum die Einnahme nach ihrer verschiedenen Herkunft geschieden werden. Tabelle 4 behandelt insbesondere die Verhältnisse der Schwestern an den einzelnen Anstalten, während die Tabellen 5 bis 7 die Ziffern der ersten 3 Tabellen zu den Zahlen der Betten und der Krankenverpflegungstage ins Verhältnis setzt und auch weitere Relativberechnungen bietet.

Weitere Berechnungen und Zusammenstellungen bringt der Text. Dieser macht außerordentlich weitgehende Unterschiede in der Finanzgebarung der einzelnen Anstalten deutlich, und namentlich geht zweierlei aus ihm hervor: 1. Angesichts der im einzelnen wie in der Summe so weit auseinandergehenden Aufwendungen der verschiedenen An-

stalten für den ärztlichen sowie den wirtschaftlichen Betrieb ergibt sich (wie ein Rezensent bereits mit Recht bemerkt hat), daß es eine allgemein gültige rationelle Betriebsweise, eine wirklich ausgebildete Wissenschaft vom Krankenhausbetrieb es nicht gibt. Sonst wäre es nicht möglich, daß z. B. die Gesamtausgabe auf einen Krankenverpflegungstag zwischen 2,59 ℳ in Crefeld und 6,47 ℳ in Schöneberg, die Ausgaben für Wirtschaftsbetrieb insbesondere pro Krankenverpflegungstag zwischen 1,66 und 3,32 ℳ schwanken. Dafür sprechen auch die Untersuchungen des Textes über die Einwirkung etwa anderer möglichen Ursachen dieser Differenzen. 2. Als wenn auch hiernach nicht alleinige, aber sicherlich doch wesentliche Verursachungsmomente der Kostenunterschiede ergeben sich die Art des Bausystems, die Größe der Anstalten, die Art der Kranken (verschiedene Zusammensetzungen nach Alter, sozialer Schicht und Krankheit), vor allem aber die Qualität des Schwesterpersonals. Die Tabellen weisen gerade nach letzterer Hinsicht einen auffälligen Parallelismus zwischen der Organisationsart der Schwestern (ob weltlich, ob Ordensschwestern oder Diakonissen) und den Ausgaben der Verpflegungstage auf.

Namentlich hierzu, sowie zu der Ausgabengestaltung für den ärztlichen und den wirtschaftlichen Betrieb bringen die Texttabellen zahlreiche textlich erläuterte Einzelvergleichungen bei. Der von der Stadtverwaltung seitens der einzelnen Anstalt geforderte Zuschuß schwankt, ausschließlich der Erstattungen der Armenverwaltungen, absolut zwischen 1 196 451,78 ℳ (Hamburg-Eppendorf) und 1195,01 ℳ (Aachen Mariahilf-Krankenhaus), auf je einen Krankenverpflegungstag berechnet zwischen 3,48 ℳ (Schöneberg) und 0,00 ℳ (Nürnberg); einschließlich der erwähnten Erstattungen stellt sich das Maximum absolut auf 1 531 445,06 ℳ, pro Verpflegungstag auf 4,25 ℳ; das Minimum auf 47 322,01 und 0,45 ℳ. *O. Most.*

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Zur Statistik der deutschen Zeitschriften. Von **R. Kootz.** Zeitschr. für die ges. Staatswissenschaft. Jahrg. 1908, S. 526—560.

In der Arbeit, die sich auf das Jahr 1902 bezieht, sind alle diejenigen periodischen Preßerzeugnisse einbegriffen, die nicht zur politischen Tagespresse zu rechnen sind, also neben technischen auch gewerkschaftliche und Unterhaltungsblätter. Das genannte Jahr wurde deshalb gewählt, weil das deutsche Zeitschriftenwesen mit Beginn des laufenden Jahrhunderts, was die Zahl der erscheinenden Blätter anbetrifft, den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht zu haben scheint; einzelne Gruppen weisen in dieser Beziehung bereits einen Rückgang auf. Die eigentliche Blütezeit des deutschen Zeitschriftenwesens waren, soweit man ebenfalls die Zahl der erscheinenden Blätter in Betracht zieht, die achtziger und neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, mit Eintritt dieses Zeitabschnittes war für genannten Zweig des papiernen Blätterwaldes die Zeit der Kinderkrankheiten vorüber; Beweis dafür ist die große Zahl von Blättern, welche in den ersten Jahren des laufenden Jahrhunderts Jubiläen, vor allem 25jährige, begehen konnten, im Jahre 1906 und 1908 waren es je 10, 1907 76, während die der 50jährigen Jubiläen 19 und 20 und die der 75jährigen 2 und 6 betrug. Die Zahl der in den genannten Staaten in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschriften betrug 1867 1140, 1894 3776, 1902 7814, 1904 5112, 1906 5034, wobei jedoch bemerkt sei, daß sich die Ermittelungen für das Jahr 1902 auf mehrere Quellenwerke stützten, während sie sich für die übrigen Jahre auf ein einziges beschränkten, für das Jahr 1902 würde nach demselben ihre Zahl nur 5632 betragen. Für letztgenanntes Jahr war die Auflage bei etwas mehr als der Hälfte der Blätter, nämlich bei 2856, mit insgesamt 17 821 730 ermittelt.

Die Gründe des Stillstandes bzw. Rückganges in der Zahl der Blätter einzelner Gruppen liegen zum Teil in natürlichen Erscheinungen, zum Teil darin, daß z. B. neben den technischen Fachzeitschriften die Gewerkschaftsblätter sich im letzten Vierteljahrhundert stark zu entwickeln begannen, so daß die Fachpresse mehr auf die technischen Vereinigungen und die selbständigen Betriebe angewiesen ist. Für die selbständigen Unterhaltungsblätter hat sich der Mitbewerb der politischen Zeitungen recht fühlbar gemacht. Während die Auflagen der letztgenannten im Laufe der Jahre bedeutend in die Höhe gegangen sind und bei einzelnen über 100 000 betragen, ist bei ersteren das Umgekehrte der Fall. Blätter wie die „Gartenlaube“, „Über Land und Meer“ usw. sind durch die zahlreichen Unterhaltungsbeilagen zu den politischen Zeitungen, wie sie sich besonders im Deutschen Reiche eingebürgert haben, aus den Familienkreisen verdrängt worden. Im Jahre 1902 waren nach der amtlichen Postzeitungsliste für das Deutsche Reich von 3833 politischen Zeitungen nur 780 ohne die erwähnten Beilagen, die mit wenigen Ausnahmen unentgeltlich an die Bezieher der Hauptblätter abgegeben wurden, im Jahre 1908 betrug die Zahl der beilagenlosen politischen Zeitungen bei einer Gesamtzahl von 3838 sogar nur 433; nicht weniger denn 2769 von diesen Beilagen waren der Unterhaltung gewidmet. Ein ähnliches Schicksal wie den selbständigen Unterhaltungsblättern ist durch diesen Mitbewerb auch den sich einst großer Beliebtheit erfreuenden Gerichtszeitungen beschieden worden.

Die Arbeit stützt sich in der Hauptsache auf das Sperlingsche Adreßbuch der deutschen Zeitschriften, zum Vergleich wurden jedoch auch die amtlichen Postzeitungslisten der in Betracht kommenden drei Staaten, sowie die Zeitungslisten privater Anzeigengeschäfte herangezogen. Bei den Vergleichen stellte es sich heraus, daß in jedem der genannten Quellenwerke kaum mehr als die Hälfte der wirklich erscheinenden Zeitschriften enthalten sind.

Um einen Maßstab für die weitere Ausdehnungsfähigkeit auf gesunder Grundlage der einzelnen Gruppen — die Arbeit ist in 31 Gruppen eingeteilt — zu gewinnen, wurde die Berufsstatistik herangezogen. Das Bild ist ein recht verschiedenes. Während in der Heilkunde schon auf 184 Ärzte eine Zeitschrift entfiel, ist dies in der Landwirtschaft erst bei 16 981 Personen, in der Holzindustrie

bei 17 690, in der Bekleidungsindustrie bei 17 782 usw. der Fall. Bei dieser Vergleichung sind für Österreich nur die Berufsangehörigen mit deutscher Umgangssprache in Betracht gezogen worden, für die Schweiz war eine derartige Trennung nicht möglich und für das Deutsche Reich nicht nötig.

Von den 7814 deutschsprachigen Zeitschriften des Jahres 1902 entfallen auf das Deutsche Reich 6041, auf Österreich 1306, auf die Schweiz 467. Die wirkliche Zahl dieser Zeitschriften dürfte sich zwischen 8300 bis 8600 belaufen. Rechnet man dazu auch, um den eigenartigen Sprachverhältnissen, namentlich Österreichs und der Schweiz Rechnung zu tragen, auch die in anderen Sprachen erscheinenden, so ergeben sich für das Deutsche Reich 6170, für Österreich 2696, für die Schweiz 703. *R. Kootz.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Geschichte der älteren bayerischen Statistik, Heft 77 der Beitr. zur Stat. d. Kgr. Bayern, herausg. vom K. Statist. Landesamt, München 1910. 224 S. ℳ 4.—.

Immer stärker regt sich das historische Interesse in den statistischen Disziplinen. War man früher geneigt, dem persönlichen Wirken hervorragender Theoretiker den bedeutendsten Einfluß zuzuerkennen, so liegt nach den neuesten Studien der Nachdruck der Entwickelung zweifellos bei der amtlichen Statistik. Für Preußen und Österreich sind eingehende Monographien erschienen; nunmehr fand auch die geschichtliche Gestaltung der bayerischen Statistik in einer größeren Publikation des Königl. Bayer. Statist. Landesamts ihre Darstellung; für die Anregung zu dieser Arbeit bin ich Herrn Ministerialrat Dr. Fr. Zahn in München verpflichtet.

Die vielgestaltigen Schicksale der heute zu Bayern gehörenden Territorien ließen von vornherein interessante Zusammenhänge mit der statistischen Verwaltungsgeschichte anderer Länder vermuten. Die Durchforschung von neun bayerischen Archiven hat nach dieser Richtung wertvolles Material zu Tage gefördert, insbesondere spiegelt die pfälzische Entwickelung genau die einschlägigen Daten der französischen Praxis unter der Republik wie unter dem Kaiserreiche wieder. Konnte so von der Gesamtentwickelung vom Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert hinein ein konturenreiches Bild gezeichnet werden, so boten besonders die ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, denen das Ministerium Montgelas seinen Stempel aufdrückt, besonders wertvolle Einblicke in die statistische Systematik jener Zeit.

Neben dieser Materialsammlung aber oblag eine methodische Darstellung des geschichtlichen Prozesses, die zunächst eine Abgrenzung gegenüber anderen verwandten Materien vorzunehmen hatte (vornehmlich gegenüber der Finanz- und der Wirtschaftsgeschichte). Nach dieser Richtung haben die sonst vortrefflichen Arbeiten zur Geschichte der preußischen Statistik vielleicht nicht genug getan. Und doch muß, wenn nicht eine kaum mehr übersichtliche Häufung von Zahlenmaterial entstehen soll, streng daran festgehalten werden, daß eine Geschichte der Statistik sich nur mit dem formal-geschichtlichen Werdegang befassen darf, daß die Zahl als konkreter Wert bei ihr nur insofern eine Rolle spielt, als auf „textkritischem" Wege ihr „Gewicht", wenn der Ausdruck erlaubt ist, zu ermitteln ist.

Anhangsweise bringt mein Buch, nachdem es im Anschluß an den historischen Teil die Stellung der Statistik in der Staatsverwaltung und die Entwickelung von Methode und Praxis gezeichnet und eine „textkritische" Darstellung der Montgelas'schen Statistik unternommen hat, einen nach dem Schema der modernen Berufs- und Betriebszählung orientierten gewerbe-statistischen Abriß für einen bayerischen Kreis aus der Zeit Montgelas.

Nach dieser Richtung ist noch außerordentlich viel zu tun. Was schon vor Jahren die österreichische statistische Zentralkommission forderte, was Prof. v. Mayr wiederholt geltend machte: Systematische Aufbereitung, Kritik und Verwertung der großen, in unseren Archiven ruhenden Schätze, das muß die Forderung der historischen Statistik werden, die sich ihres Anspruchs auf Anerkennung als selbständige Disziplin in Ergänzung der Wirtschafts-, Rechts- und Finanzgeschichte bewußt werden muß. *A. Günther.*

Vermischte Mitteilungen.

Georg von Mayr beging am 12. Februar d. J. bei vollster geistiger und körperlicher Rüstigkeit die 70. Wiederkehr seines Geburtstags. Sein Name ist weit über die Grenzen seines bayerischen Vaterlandes im ganzen Reich, auf der ganzen Welt anerkannt und gefeiert als der Name eines Mannes, der Theorie und Praxis der Statistik, Technik und Wissenschaft derselben, Reichs-, Landes-, Kommunal-, Privat-, Internationale Statistik gefördert hat wie selten einer.

Ein paar biographische Daten werden aus dem genannten Anlaß vielleicht interessieren.

Mayr wurde am 12. Februar 1841 als Sohn des Mathematikprofessors Aloys Mayr in Würzburg geboren. Während seiner Universitätszeit war er Zögling des bekanntlich nur für besonders befähigte Studierende begründeten Königl. Maximilianeums in München und widmete sich den Rechts- und Staatswissenschaften. 1865 promovierte er unter v. Hermanns Leitung zum Doktor der Staatswissenschaften auf Grund seiner Arbeit über „Statistik der Bettler und Vaganten in Bayern." Nach bestandenem 2. juristischen Staatsexamen habilitierte er sich an der staatswissenschaftlichen Fakultät München mit der Schrift „Die Grenzen der Vergleichbarkeit statistischer Erhebungen mit einer Skizze des Handwerks in den bayerischen Städten diesseits des Rheins." Zugleich wurde er 1866 Assistent des Vorstands des Königl. Statist. Bureaus von Hermann, mit dem ihn neben wissenschaftlichen auch persönliche Beziehungen als Schwiegersohn verbanden. Nach dessen Tod 1869 erhielt Mayr — inzwischen zum außerordentlichen Universitätsprofessor befördert — die Leitung der bayerischen Statistik übertragen; er führte sie vom 29. Januar 1869 bis Herbst 1879.

Gemäß seiner besonderen fachmännischen Bildung war es ihm ein Leichtes, in diesen 10 Jahren seiner Vorstandschaft seinem ausgezeichneten Vorgänger auf der von ihm betretenen Bahn zu folgen und das bayrische Statist. Bureau im Wettstreit mit denen anderer Staaten auf hohe Stufe zu bringen und daselbst auch zu erhalten.

Um nur einige seiner Haupttaten aus dieser Zeit zu nennen, sorgte er für verbesserte technische Aufbereitung des statistischen Materials, indem er grundsätzlich die äußeren Verwaltungsbehörden von tabellarischen Zusammenstellungen usw. entlastete und die statistische Ausbeutung im Interesse der Richtigkeit und Reichhaltigkeit der statistischen Ergebnisse bei der Fachstelle, beim Statist. Bureau konzentrierte. Er ersetzte die unzuverlässige Strichelungsmethode durch das seitdem viel nachgeahmte Zählblättchensystem. Auf seine Veranlassung wurde die statistische Zentralkommission (jetzt Statist. Beirat) eingerichtet. Als Veröffentlichungen für die bayrische Statistik fügte er den — seit Hermann — zwanglos erscheinenden „Beiträgen zur Statistik des Königreichs Bayern" noch die „Zeitschrift des Statist Bureaus" und den „Abriß" (Vorläufer — freilich zunächst Torso geblieben — für das seit 1894 erscheinende Bayrische Statist. Jahrbuch) hinzu. Vor allem hat er auch sachlich die bayrische Statistik nach den verschiedensten Zweigen hin teils neu begründet, teils ausgestaltet und vertieft. Die Arbeiten, die er in der Zeit seiner Vorstandschaft erscheinen ließ, sind sowohl nach ihrer technischen Anlage wie hinsichtlich der Höhe ihrer wissenschaftlichen Durchführung (auch unter ausgiebiger Zuziehung der graphischen Methode) heute noch mustergültig.

Als Vertreter Bayerns war er Mitgründer der Reichsstatistik; er gehörte der Kommission zur weiteren Ausbildung der Zollvereinsstatistik 1869/71 an und betätigte sich bei den Versammlungen so rege, daß bei Errichtung des Kaiserl. Statistischen Amts ihm die Direktorstelle angeboten wurde. Er zog indessen den Verbleib im bayrischen Staatsdienst vor. Von da aus nahm er reichlich die Gelegenheit wahr, die Reichsstatistik in ihrem ersten Jahrzehnt kräftig mit in den Sattel zu heben.

Außerdem war er von seinem ersten Besuch der internationalen statistischen Kongresse an ein äußerst rühriger Mitarbeiter an der Errichtung und Förderung einer vergleichenden internationalen Statistik, und zwar so, daß er seit geraumer Zeit dieserhalb Ehrenmitglied des Internationalen Statist. Instituts, Ehrenmitglied der Londoner *Royal Statistical Society*, auswärtiges Mitglied der *Société de Statistique de Paris* usw. ist.

Als Reichskanzler von Bismarck an Mayr wiederum, i. J. 1879, einen Ruf ergehen ließ, diesmal für den reichsländischen Dienst, leistete er Folge, legte mit Ehren ausgezeichnet seine bayerischen Ämter als Vorstand des Statistischen Bureaus und Universitätsprofessor nieder und wurde Unterstaatssekretär und Chef der Abteilung für Finanzen und Domänen im Ministerium für Elsaß-Lothringen. Seitdem kommt in seiner Tätigkeit nach außen hin neben der statistischen Seite auch die finanzpolitische und finanzwissenschaftliche dauernd mit zur Geltung.

Nach dem Ausscheiden aus dem reichsländischen Dienst i. J. 1887, wo er in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, nahm er die Statistik in vollem Umfang wieder vor und gründete das bekannte „Allgemeine Statistische Archiv". Von 1891—1898 dozierte er an der Universität Straßburg, 1898 kehrte er als ordentlicher Professor für Statistik, Finanzwissenschaft und Nationalökonomie an die Ausgangsstätte seiner so vielseitigen und fruchtbaren Tätigkeit, an die Universität München zurück.

Auch die Beziehungen zur amtlichen Statistik Bayerns hat er wieder aufgenommen. Dreißig Jahre nach seinem Ausscheiden aus diesen wurde er bei Neuorganisierung des Bayerischen Statistischen Beirats i. J. 1909 zur Vertretung der Wissenschaft als ordentliches Mitglied des Beirats ernannt.

Die vielen, großen, bleibenden Verdienste, die Georg von Mayr sich um die Statistik im allgemeinen wie im besonderen erworben hat, hier näher zu schildern verbietet sich aus Raumrücksichten.

In dankbarer Anerkennung dieser seiner Leistungen widmete ihm eine stattliche Zahl von Statistikern (52) aus dem Kreise der Reichs-, Landes-, Kommunal-, Privatstatistik Deutschlands zu seinem 70. Geburtstage als Ehrengabe ein Werk: „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stande." Das Werk, dessen Organisierung und Herausgabe ich — als sechster Amtsnachfolger Mayrs in der Leitung der bayerischen Statistik — auf Wunsch übernahm und dessen Fertigstellung so weit gediehen ist, daß es in wenig Wochen auch im Buchhandel (J. Schweitzers Verlag München 1911, 2 Bände, rund 1800 Seiten) erscheinen kann, wurde unserem statistischen Altmeister am 12. Februar überreicht. Möge es ihm zur Freude und Ehre gereichen! Möge es zugleich allen, die für den — von G. von Mayr ganz wesentlich mitbewirkten — ehrenden Hochstand der deutschen Statistik Interesse haben, eine willkommene, lehrreiche Lektüre sein!

Der Jubilar selber aber möge noch recht viele Jahre im Dienst unserer gemeinsamen statistischen Arbeit so erfolg- und segensreich wirken wie bisher — zum Wohl unsrer gesamten Wirtschaft und Kultur![1] *Friedrich Zahn.*

Erwiderung. Herr Dr. A. Jacobssohn in Essen ersucht die Redaktion um die Aufnahme folgender Zuschrift: „Auf die in Nr. 8 des „D. St. Z." Jahrg. 1910 veröffentlichte Entgegnung Dr. A. Günthers habe ich zu erwidern, daß mir m. E. nur in einem einzigen, sachlich übrigens gänzlich unerheblichen Punkt ein Irrtum unterlaufen ist. Ich glaubte nämlich, daß die Münchener Lohnermittelungen bis zum Frühjahr 1907 dauerten, was wohl jeder nach den Überschriften auf S. 135 und S. 160 der „Lohnermittelungen" annehmen wird und auch im „Reichs-Arbeitsblatt" (VI. Jahrg., S. 549) angenommen wurde; G. hat jetzt aber in der „Deutschen Techniker-Zeitung" festgestellt, daß die Erhebungen bereits im Herbst 1906 abgeschlossen waren. Im übrigen ist jener Artikel in der „D. T. Z." m. E. das Gegenteil einer Berichtigung. Ich wollte das seinerzeit in dem genannten Blatte nachweisen, erhielt aber von der Redaktion auf meine Anfrage, ob sie prinzipiell geneigt sei, eine Erwiderung aufzunehmen, eine ablehnende Antwort. (Die „D. T. Z." ist das Organ des Verbandes, dessen Syndikus Dr. G. ist.) Wenn ich hier nur auf einen Fehler jenes Artikels aufmerksam machen darf, so sei es der, daß G., um den durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst der Münchener Arbeiter zu berechnen, nicht die Nachweisungen über den Jahresarbeitsverdienst benutzt, wobei er für 40884 Arbeiter einen Durchschnitt von höchstens 1179,50 ℳ erhalten würde, sondern von dem durchschnittlichen Wochenverdienst von 39538 Arbeitern ausgeht und ihn mit 50 multipliziert, obwohl hierunter entweder 12495 oder sogar 15230 Bauhandwerker sind, deren durchschnittliche Jahresarbeitszeit nach den Angaben der Arbeitnehmer zwischen 240 und 270 Tagen und nach den Angaben der Arbeitgeber zwischen 260 und 275 Tagen (a. a. O. S. 52) liegt, und obwohl sogar in der Metall- und Maschinenindustrie in München über 36% der Arbeiter weniger als 280 und 63½% 280—292 Tage (a. a. O. S. 12) arbeiten!"

Lücke im Urheberrechtsschutz. Wegen Vergehens gegen das Urheberrecht hatte sich am 17. Dezember 1910 der

1) Über die Feier des 70. Geburtstags G. v. Mayr's wird uns weiter mitgeteilt, daß außer dem vorstehend genannten Werke der Statistiker dem Jubilar noch verschiedene andere Veröffentlichungen gewidmet worden sind, so ein Aufsatz der „Monatsschrift für Kriminalpsychologie" über „G. v. Mayr als Kriminalstatistiker und Kriminalsoziologe und die moderne Methodenlehre" von Dr. Rudolf Wassermann, der auch bei der Feier der kriminalstatistischen Sektion des Akademisch-juristischen Vereins den Festvortrag über „die Entwickelung der Kriminalstatistik von Quetelet bis zu G. v. Mayr" hielt; ferner eine Festnummer der „Zeitschrift für die Statistik der Juden", in der sämtliche Beiträge von früheren Schülern v. Mayr's herrühren. *Red.*

Schriftsteller Erwin St. vor der Strafkammer 1 des Königl. Landgerichts II in Berlin zu verantworten. St. hatte an die Redaktionen von 5 Zeitungen in Bamberg, Bielefeld, Hamburg, Stuttgart und Gelsenkirchen einen gleichlautenden größeren Artikel gesandt, der die wörtliche Wiedergabe eines textlichen Abschnitts aus der vom Kaiserl. Stat. Amte herausgegebenen Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien ohne Quellenangabe darstellte. Die einzige, allerdings recht merkwürdige Änderung war die, daß die Untersuchungen, die sich auf Haushaltungen aus allen Teilen des Reichs erstrecken, als solche über „Bamberger“, „Bielefelder“ usw. Haushaltungen bezeichnet waren! Das Gericht kam zur Freisprechung, weil es die Behauptungen des Angeklagten, der ein literarisches Bureau unterhält, daß die Artikel von einem seiner Angestellten, den er aus Anstandsgefühl nicht nennen könne, in seiner Abwesenheit hergestellt und versandt worden seien, und daß er die Begleitschreiben vorher und ohne Kenntnis der Artikel unterschrieben habe, mit Rücksicht darauf, daß er in einigen anderen Artikeln, die er vorwies, statistische Veröffentlichungen richtig zitiert hatte, für glaubhaft hielt.

Über **Veränderungen bei den statistischen Ämtern** und unter ihren Leitern und wissenschaftlichen Beamten seit dem Abschluß der in Nr. 2 des 2. Jahrgangs des D. St. Z. erschienenen Zusammenstellung sind der Redaktion infolge eines Rundschreibens folgende Nachrichten zugegangen. Auf nebenamtlich tätige Personen erstreckt sich die Zusammenstellung nur, sofern sie an leitender Stelle stehen. TV = Titelverleihung.

1. Deutsches Reich.

a. Reichs- und Staatsämter.

Kaiserl. Statistisches Amt, Berlin. — Regierungsrat Dr. V. Leo, gest. 23. Juli 1910. — Kaiserl. Reg.-Assessor a. D. Dr. Bodenstein, Hilfsreferent seit 11. April 1910 Regierungsrat und Mitglied seit 3. Dez. 1910. — Ständ. Mitarbeiter Dr. M. Meyer, ausgesch. inf. Ern. zum Direktor d. Statist. Amtes d. Stadt Nürnberg, 31. Dez. 1910. — Wiss. Hilfsarb. Dr. Schulte, ausgesch. inf. Übertr. zur Bayr. Handelsbank, 31. Mai 1910.

Königl. Bayerisches Statistisches Landesamt, München. — Regierungsassessor Rudolf Decker, ern. zum Regierungsassessor im Königl. Staatsministerium des Innern, 1. Okt. 1910. — Bezirksamtsassessor Georg Däschlein, als wissensch. Hilfsarbeiter eingetreten 1. Okt. 1910. — Regierungsakzessist Georg Schmetzer, als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter eingetreten 1. Juni 1909. — Rechtspraktikant Dr. Joseph Kleindienst, als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter eingetreten 1. Febr. 1910. — Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. Arnold Wadler, ausg. 31. Dez. 1910. — Dr. Hans Heine, als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter eingetr. 16. August 1910.

Königl. Sächsisches Statistisches Landesamt, Dresden. — TV. Regierungsamtmann an den Regierungsassessor Dr. Pfütze; Mai 1910. — Dr. Ernst Helbling, beschäft. seit Mai 1910.

Großherzogl. Badisches Statistisches Landesamt, Karlsruhe. — Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Gustav Wöhrle ausg. 1. Sept. 1909. — Regierungsassessor Dr. Lothar Barck als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter eingetreten 1. Okt. 1909.

Statistisches Büreau Vereinigter Thüringischer Staaten, Weimar. — Vorstand des Büreaus Dr. jur. et med. h. c. Johannes Schmid-Burgk, Geh. Oberregierungsrat, gestorben 2. Febr. 1911.

b. Stadtämter.

Statistisches Amt, Berlin. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Eugen Moritz zum wissenschaftl. Assistenten ernannt, 1. Mai 1910.

Statistisches Amt, Dresden. — Direktor Prof. Dr. Fr. Schäfer auf 1. Oktober 1910 zum a. o. Professor für Gemeindeverwaltungspolitik und Gemeindestatistik an der Königlichen Technischen Hochschule (Städtebauseminar II) in Dresden ernannt.

Statistisches Amt, Düsseldorf. — Direktor Dr. Most, habilitiert als Privat-Dozent an der Universität Bonn, 15. Mai 1910, zum besoldeten Beigeordneten der Stadt Düsseldorf gewählt am 13. Dez. 1910. — Dr. Erler, wissenschaftl. Hilfsarbeiter seit 1. Febr. 1910.

Statistisches Amt, Essen. — Stadtassessor, Dezernent des Statistischen Amtes Dr. Bothe zum Leiter des Statistischen Amtes ernannt unter Beibehaltung des Titels Stadtassessor in nichtstatistischen Angelegenheiten, 2. Dez. 1910.

Statistisches Amt, Freiburg i. B. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Ernst Helbling ausgesch. (seit Mai 1910 im K. Sächs. Statistischen Landesamte beschäftigt).

Statistisches Amt, Halle a. S. — Dr. Walther Stöwesand mit der kommiss. Vertretung der wissenschaftl. Assistentenstelle betraut, ernannt zum wissensch. Assistenten, 1. April 1910. — Dr. Paul May, eingetr. als Volontär, 3. Okt. 1910. — Gerichts-Assessor. Dr. Johannes Galle, eingetr. als wissensch. Hilfsarbeiter, 1. Aug. 1910.

Statistisches Amt, Hannover. — Dr. K. Seutemann (vorher Leiter der statistischen Stelle in Linden), Direktor seit 1. April 1910.

Statistisches Amt, Kiel. — Dr. W. Krebs, bisher Volontär am Königlich Sächs. Statistischen Landesamt, wissenschaftl. Hilfsarbeiter seit 1. Juli 1910.

Statistisches Amt, Leipzig. — Stadtamtmann Paul Weigel seit 1. Januar 1909 mit der Leitung provisorisch beauftragt, zum Direktor ernannt 1. Okt. 1910.

Statistisches Amt, Linden b. Hannover. — Ständiger Mitarbeiter des Kaiserl. Statistischen Amtes Dr. Gerhard Jordan gewählt zum Leiter des Amtes, 1. April 1910. — Dr. K. Seutemann, Leiter des Amtes ausgetr., 1. Jan. 1910.

Statistisches Amt, Magdeburg. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Dermietzel ausgetr., 1. April 1910. — Dr. Grünspan als wissenschaftl. Hilfsarbeiter eingetr., 1. April 1910.

Statistisches Amt, Nürnberg. — Ständ. Mitarbeiter des Kaiserl. Statist. Amtes Dr. Maximilian Meyer ern. zum Direktor, 1. Jan. 1911.

Statistische Stelle, Stettin. Dr. Otto Meyer, wiss. Assistent am Statist. Amt Halle a. S. ist seit 1. April 1910 die Leitung der Statistischen Stelle (mit der Amtsbezeichnung Statistiker) übertragen.

2. Österreich-Ungarn.

K. k. Österreich. Statistische Zentralkommission, Wien. — Se. Exzellenz, Sektionschef Dr. Robert Meyer, k. u. k. Geheimer Rat, Honorarprofessor a. d. Wiener Universität, bisher Sektionschef im k. k. Finanzministerium, ern. zum Präsidenten der k. k. Statistischen Zentralkommission März 1910. — Regierungsrat Dr. Karl Ritter Eisler von Eisenhorst mit dem Titel und Charakter eines Hofrates ern. zum k. k. Hofrat bei der k. k. Statistischen Zentralkommission März 1910. — Provisor. Vizesekretär Dr. R. Riemer, ern. zum definitiven Vizesekretär Dezember 1909. — Hofkonzipist Dr. A. Lorenz, ern. zum definitiven Vizesekretär, Sept. 1910. — Ern. zum definitiven Hofkonzipist: provis. Hofkonzipist Dr. Eugen Ritter von Humbourg, Dez. 1909. Konzeptspraktikant Dr. Harry Ritter von Montlong, Sept. 1910. — Provisor. Hofkonzipist A. Ritter von Oppolzer, Dez. 1910. — Konzeptspraktikant Dr. M. Ritter von Grünebaum ern. zum Bibliothekar, Okt. 1910. — Konzeptspraktikant Dr. K. Ritter von Englisch, ern. zum provis. Hofkonzipisten, Sept. 1910. — Eingetr. als Konzeptspraktikanten: Dr. E. Richter, Dez. 1909. Dr. E. Palla, Jan. 1910. Dr. J. Kuttelwascher, April 1910. — Zur zeitweiligen Dienstleistung einberufen: Finanzkommissär Dr. E. Vogel, Okt. 1910: Statthalt.-Konzipisten Dr. N. Hofmann, Okt. 1910; Statthaltereikonzeptspraktikant Dr. W. Herrmann, April 1910. — Konzeptspraktikant Dr. J. Herber von Rohow, aus dem Staatsdienste ausg., Febr. 1910.

Statistisches Landesamt des Königreichs Böhmen, Prag. — Konzipist Dr. Wilibald Mildschuh, TV. Vizesekretär, 22. Juni 1910.



Statistisches Landesamt für Steiermark, Graz. — Konzipist Dr. Otto Wittschieben, einber. in das k. k. Finanzministerium in Wien, 1. Dez. 1910. — Hans Schmidt, als wissenschaftl. Hilfsarbeiter eingetreten, 1. Dez. 1910.

Statistisches Departement der Landesregierung in Bosnien und die Herzegowina, Serajewo. — Politischer Adjunkt Ottokar Reiner vom Bezirksamte in Tešanj dem Statistischen Departement zur Dienstleistung zugeteilt, 3. April 1910.

Kgl. Ungar. Statistisches Zentralamt, Budapest. — Ern. z. Ministerial-Konzeptsadjunkten Dr. Norbert Kovács und Dr. Josef Asztalos.

8. Schweiz.

Statistisches Bureau des Kantons Aargau, Aarau. — Dr. Paul Gross, bisher im St. Gallischen Volkswirtschaftsdepartement, zum Leiter gewählt. Mai 1910

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Basel. — Lehrer Dr. O. H. Jenny, Adjunkt seit 25. April 1910. — Kantonstatistiker Dr. F. Mangold, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt seit 23. Okt. 1910. — Adjunkt Dr. O. H. Jenny, Kantonstatistiker seit 1. Dez. 1910. — Sekretär H. Toneli, Adjunkt seit 1. Febr. 1911.

Statistisches Bureau des Kantons Zürich, Zürich. — Vorstand Dr. E. Grossmann, gewählt zum ständigen Sekretär des schweizerischen Städteverbandes, 31. Mai 1910. — Adjunkt Friedr. Locher, Vorstand seit 31. Mai 1910. — Dr. Joh. Hüppy, Adjunkt seit 1. Juli 1910.

Titelanzeigen.

7. Literatur der Gewerbestatistik des Jahres 1909.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

B. Allgemeine Gewerbestatistik

ausschließlich der Veröffentlichungen über die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reiche v. Juni 1907.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betreffenden Jahrgang und die Spalte an.

Abkürzungen: J. B. = Jahresbericht. St. D. R. = Statistik des Deutschen Reichs. St. J. = Statistisches Jahrbuch. St. L. A. = Statistisches Landes-Amt. St. M. = Statistische Mitteilungen.

Ordnung der Titel: Allgemeines; Deutsches Reich und Einzelgebiete; Deutsche Städte; Ausland.

Schmich, Georg, Stand des Umfanges in der Organisation der handwerksmäßigen Frauenarbeit. (Volksw. Bl. 09, 20.)

Gemeindebetriebe. Neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland. Im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik, hrsg. v. C. J. Fuchs. 1.—3. Band. Leipzig. Duncker & Humblot.

Bewegung der stehenden Gewerbe in Bayern im Jahre 1908. (Zschr. d. K. Bayr. St. L. A. 14, 3,4.)

Michelsohn, S., Die bayrische Großindustrie und ihre Entwickelung seit dem Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich. Diss. Erlangen 09. (164 S.)

Zahn, Fr., Die Frau im bayrischen Erwerbsleben. (Zschr. d. K. Bayr. St. L. A. 09, 3, 4.)

Arndt, P., Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiete. Jena, Fischer. 1. Bd. (VIII, 407 S.) ℳ 6 50.

Gewerbe-Statistik über die Gewerbe in der Grafschaft Mark 1782—88. (Die Grafschaft Mark, II, 09, S. 244 bis 333)

Kruse, H., Forstwirtschaft u. Industrie im ehem. Fürstentum Nassau-Siegen. Mit Unterstützung des Kreises Siegen. Münster, Coppenrath.

Heimarbeit, die, in Berlin. Berlin, Generalkommission der Gewerksch. 09 (71 S.).

Silbergleit, H., Gewerbeverhältnisse d. Stadt Berlin. (St. J. 1906 u. 1907, S. 80*—86* u. 185—208.)

Obst, E., Bitterfeld und Umgebung nebst Industrie, Handel und Gewerbe. Bitterfeld, Kiesel. (88 S.) ℳ —.50.

Gewerbe in Dresden. St. J. f. d. Stadt Dresden f. 1908, S. 240—259.

Industrie u. Gewerbe in Elberfeld 1908. (St. J. Elberfeld 1908, Nov. 09, S. 65—74.)

Runkel, Langsdorff, Das Handwerk auf dem Lande im Amtsbezirk Freiburg i. Br. (Conrads Jahrb. 09, Febr. S. 228—233.)

Weigel, P., Die Gemeindebetriebe der Stadt Leipzig. (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, Bd. 129). Leipzig, Duncker & Humblot. (155 S.)

Anlagen, gewerbliche, in München, mit der Zahl der im Jahre 1909 durchschnittlich darin beschäftigten Arbeiter. (St. J. Ü. f. 1908, II. München 1909, S. 65 bis 67.)

Jahrbuch der österreichischen Industrie 1909. 2 Bde. Wien, Compaßverlag.

Ergebnisse der gewerbl. Betriebszählung vom 3. 6. 1902 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern (Statistik, österreichische. 57. Bd., 1. Heft, I. Abteilg.) (II, CLII, 163 S.) Wien, C. Gerolds Sohn. ℳ 9.40.

Industrielle Verhältnisse in Österreich 1906 u. 1907. (Österr. St. H. f. 1908, Wien 1909, S. 257—283.)

Veränderungen im Stande der Gewerbe in Österreich 1900—1907 (amtlich). Wien 1909. (52 S.)

Pelikan, R. v., Die Realgewerbe. Nach amtl. Quellen im Auftrage des k. k. Handelsministeriums verfaßt. Wien, Perles. (VI + 167 S.) ℳ 4.—.

Gewerbe u. Industrie im Kgl. Böhmen. (St. H., Prag 1909, S. 240—264.)

Ergebnisse der gewerbl. Betriebszählung vom 3. 6. 02 in Niederösterreich. Bearb. vom statist. Bureau der niederösterr. Handels- u. Gewerbekammer. (XXXIX, 325 S.) Wien, W. Braumüller. ℳ 10.—.

Tandler, E. F., Die industrielle Entwickelung Siebenbürgens. Diss. Kronstadt i. U., Zeidner. (IV + 153 S.) ℳ 1.70.

Ferenczi, E., Die Hausindustrie in Ungarn und die Budapester Heimarbeit. (95 S.) Jena, Fischer. ℳ 3.—.

Angelegenheiten, gewerbliche, d. Stadt Wien. (St. J. f. 1909. Wien 1909, S. 620—684).

Jekelius, A., Die Bevölkerungs- und Berufsstatistik des ehemaligen Königsbodens. (Aus „S.-D. Tageblatt".) (III. 311 S.) Hermannstadt, F. Michaelis. ℳ 4.—.

Bericht über Handel u. Industrie der Schweiz 1908. (V. 246 S.) Zürich, Schweiz. Handels- u. Industrie-Verein ℳ 2.50.

Hausindustrie, die, in der Schweiz. Auszug aus dem Ergebnisse der eidg. Betriebszählung vom 9. 8. 1905. Hrsg. vom St. Bur. des eidg. Dep. d. J. (XII. 50 S.) Bern, A. Francke. ℳ 1.—.

Lorenz, Jac., Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der schweizerischen Heimarbeit. I. u. II. Heft. Zürich, Buchh. d. schweizerischen Grütlivereins. ℳ 6.—.

(I, 208) Naef, E., Die aargauische Hausindustrie (Ztschr. f. schweiz. St., 45. Jahrg. 1909, S. 779—786.)

Mangold, F., Industrie, Handel, Gewerbe u. Landwirtschaft im Kanton Basel-Stadt nach den Ergebnissen

d. eidg. Betriebsz. v. 9. 8. 1905. Mitt. d. St. A. Nr. 18, 1. Jahrg.. (70 S.) Basel, Landorff. ℳ 2.—.

(I, 243) Mangold, F., Die Verlagsbetriebe und die Heimarbeitsbetriebe in Basel. Mitt. d. St. A. Nr. 18, 2. Jahrg. Basel, Landorff.

Thürkauf E., Verlag u. Heimarbeit i. d. Basler Seidenbandindustrie. (XX + 275 S.) Stuttgart, Kohlhammer. ℳ 6.40.

(I, 207) Hausindustrie, die, im Kanton Bern. Mitt. d. B. Stat. B. Jahrg. 1909, 1, S. 22—48. Fr. 1.50.

(I, 244) Groß, P., Die Heimarbeit im Kanton St. Gallen. Ergebnisse einer Enquête im Winter 1908/09. Ztschr. f. Schw. St. 45. Jahrg. 1909, S. 751—778, auch Stat. d. Kantons St Gallen 25. Jahrg.

Grundmann, K., Tranekjaer, ein dänischer Großbetrieb, vorbildlich für Deutschland. Hannover. Schaper 1909. (III + 89 S.) ℳ 2.40.

Brodnitz, G., Betriebskonzentration u. Kleinbetrieb in der englischen Industrie. (Conrads J. B. III F. 37. Bd., 1. u. 2. Jena 1909.)

Radimský, W., Industrie- u. Gewerbeverhältnisse in Persien (amtlich). Wien, Manz. (56 S.) ℳ 2.20.

Tsur, Nyok-Ching, Die gewerbl. Betriebsformen der Stadt Ningpo. Tübingen, Laupp (VI + 118 S.) ℳ 3.—.

Fragekasten.

K., Frankfurt a. M. Der Artikel der „Frankf. Ztg.“ vom 19. Dezember 1910 mit der Überschrift „Der Rückgang der Geburtenziffer in Deutschland“ stützt sich auf die trotz ihrer Unbeweisbarkeit jetzt so oft wiederholte Prophezeiung, daß der Geburtenrückgang weiter gehen kann und wird, als die mit ihm bis jetzt parallel laufende Abminderung der Sterblichkeit. Gewiß ist die letztere zum einen Teil hygienischen Einrichtungen, zum anderen der Kinderfürsorge zu danken. Aber die Hygiene besitzt, wie auch die Dresdner Ausstellung zeigen wird, noch schier unbegrenzte Möglichkeiten; und die Kinderfürsorge der Eltern verhält sich bekanntlich umgekehrt proportional zur Kinderzahl, so daß die Abnahme der Säuglingssterblichkeit sich zum Geburtenrückgang wie die Wirkung zur Ursache verhält. Wie bisher, dürfte daher auch in Zukunft durch den Parallelismus der Geburten- und Sterblichkeitsbewegung die jährliche natürliche Bevölkerungszunahme auf ihrer bisherigen Höhe ungefähr erhalten bleiben. Die Verwendung von Relativzahlen anstatt der absoluten zur Vergleichung der im gleichen Gebiete sich vollziehenden Bevölkerungsvorgänge ist übrigens bei Fragen, wie die vorliegende, unter Umständen unnötig und sogar irreführend; siehe hierzu auch die im „D. St. Z.“ 1. Jahrg. Sp. 157 abgedruckte Zuschrift von Dr. Mombert.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 3 **3. Jahrgang** **1. April 1911**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Staatswissenschaftliche Forschungsinstitute.

Von Dr. **Ferdinand Schmid**, ord. Univ.-Professor in Leipzig.

Das Kaiserwort, welches gelegentlich der jüngsten Jubelfeier der Berliner Universität über die Errichtung naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute gefallen ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue Epoche in der Entwicklung der genannten Wissenschaften bedeuten. In jedem Falle ist es geeignet, die Vertreter dieser Disziplinen mit neuer Zuversicht und vielen Hoffnungen zu erfüllen. Durch die geplanten Neuschöpfungen wird die schon jetzt bestehende äußere Bevorzugung der Naturwissenschaften zuungunsten der Geisteswissenschaften noch stärker in die Erscheinung treten. Man hat über den inneren Gegensatz beider Gruppen von Disziplinen und über ihre innere Verschiedenheit viel gestritten und streitet noch heute gerne darüber. Die Vertreter der Geisteswissenschaften haben bei diesem Streite über den inneren Unterschied der beiden Wissensgebiete bisher leider nur zu oft übersehen, wie sehr auch die äußeren Einrichtungen schon gegenwärtig die beiden Wissensgruppen trennen. Überall begegnen wir im Bereiche des naturwissenschaftlichen Hochschulunterrichtes mehr oder minder reich ausgestatteten Instituten, deren sachliche und personelle Ausrüstung noch immer im Wachsen begriffen ist. Den naturwissenschaftlichen Forschern stehen schon heute vielfach in geradezu munifizenter Weise eingerichtete Laboratorien zur Verfügung, zahlreiche Hilfskräfte sind zu ihrer Unterstützung bereit und teilen sich mit den Fachprofessoren in die wissenschaftliche Forschungsarbeit. Noch besser sind häufig die an der Spitze klinischer Institute stehenden Vertreter der medizinischen Wissenschaften daran.

Eine derart reichhaltige Ausrüstung in sachlicher und personeller Beziehung bildet hingegen bei den Vertretern der Geisteswissenschaften heute im allgemeinen noch die Ausnahme. Einige Bücherbestände oder Sammlungen anderer Unterrichtsmittel in den sehr verschieden reich ausgestatteten Seminaren sind gewöhnlich das Um und Auf der wissenschaftlichen Ausrüstung der Vertreter der Geisteswissenschaften. Für größere, in das Gesellschaftsleben tiefer eindringende Arbeiten und für wissenschaftliche Reisen in entferntere Gebiete reichen die normalen Mittel selten aus und infolge der immer stärker hervortretenden Tendenz zum wissenschaftlichen Großbetriebe wird das Mißverhältnis zwischen den vorhandenen sachlichen Mitteln und personellen Kräften einerseits und den zu bewältigenden wissenschaftlichen Aufgaben sowie den zu befriedigenden Unterrichtsbedürfnissen anderseits täglich immer größer. Vor nicht langer Zeit hat der derzeitige Rektor der Leipziger Universität, der berühmte Historiker Karl Lamprecht, in seiner am 31. Oktober 1910 gehaltenen Rektoratsrede derselben Überzeugung in überaus beredten Worten Ausdruck verliehen. Von ihm rühren auch die ersten Versuche her, im Bereiche der Geschichtswissenschaft die angedeuteten Schwierigkeiten zu überwinden. Mit richtigem Blicke hat er erkannt, daß das Heil nicht ausschließlich in der fortschreitenden Spezialisierung der historischen Wissenschaften gelegen sein könne, sondern daß um die sich immer mehr trennenden historischen Teilgebiete gleichzeitig doch wiederum ein einigendes Band in der Gestalt einer allgemeinen Kultur- und Universalgeschichte geschlungen werden müsse. Das mit großen Hilfsmitteln ausgestattete Institut für die Pflege der erwähnten historischen Gesamtdisziplin versucht neue Wege bei der wissenschaftlichen Forschung zu wandeln und mit verstärkten personellen Kräften zu arbeiten.

Werfen wir nun einen Blick auf die uns besonders am Herzen liegenden Staatswissenschaften und die äußeren Einrichtungen zur wissenschaftlichen Pflege derselben! Ein jeder akademische Lehrer, dessen Neigungen nicht ausschließlich im Spezialistentum aufgehen, wird die empfindlichen Mängel der bestehenden äußeren Einrichtungen auf dem Gebiete dieser Wissenschaften wohl schon oft genug schmerzlich empfunden haben. Diese Mängel kehren auf allen großen Gesamtgebieten der Staatswissenschaften wieder, verschärfen sich aber ganz besonders bei der uns hier vor allem interessierenden statistischen Wissenschaft. Der innige Zusammenhang, welcher zwischen der Statistik einerseits und den übrigen Staats- und Gesellschaftswissenschaften andererseits besteht, legt es nahe, zugleich auch die letzteren an dieser Stelle näher ins Auge zu fassen. Dafür scheint uns auch ein praktischer Gesichtspunkt zu sprechen. Bis zur Stunde ist nämlich, wie bekannt, die akademische Pflege der Statistik in Deutschland zumeist den Vertretern anderer staatswissenschaftlicher Disziplinen, d. h. zumeist den Lehrern der Nationalökonomie anvertraut. Das Bedürfnis eines erweiterten Forschungsapparates besteht aber auch für diese Wissenschaften und Forscher, und so dürfen wir hoffen, wenn es uns gelingt, diese letzteren für die Reformidee zu gewinnen, um so leichter das gleiche Ziel auch für die statistische Wissenschaft erreichen zu können.

Was nun zunächst die Volkswirtschaftslehre anbelangt, so wird niemand leugnen können, daß gerade hier infolge des in Deutschland vorherrschenden Historismus das Spezialistentum in den letzten Dezennien ganz außerordentlich an Umfang zugenommen und die zusammenfassende systematische Arbeit stark in den Hintergrund gedrängt hat. Damit sollen die großen Verdienste der historischen Schule nicht geschmälert werden. Aber es dürfte doch jetzt an der Zeit sein, auch wieder einmal der zusammenfaßenden theoretischen Behandlung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dank der ungewöhnlichen Beliebtheit, deren sich diese Disziplin in unserer die wirtschaftlichen Interessen so stark betonenden Zeit erfreut, ist es ihr gelungen, sich in den Besitz einer verhältnismäßig sehr großen Zahl von Lehrstühlen zu setzen. Sie übertrifft hierin bei weitem ihre Schwesterdisziplinen. Unterstützt durch diesen großen Besitz an Lehrstühlen hat sie es in Deutschland verstanden, ihre Grenzen gegenüber den verwandten Wissenschaften immer weiter auszudehnen, ihnen wichtige Teilgebiete abzuringen, ja manche dieser Schwesterdisziplinen oder einzelne Segmente derselben in ihrem selbständigen äußeren Bestand zu gefährden. Wir erinnern hier nur an die schwierige Stellung der Gesellschaftswissenschaft gegenüber der Volkswirtschaftslehre, an den noch immer unentschiedenen Kampf der wirtschaftlichen Verwaltungslehre mit der Volkswirtschaftspolitik u. dgl. m. Die schwerwiegenden inneren Nachteile des heute bestehenden äußerlich scheinbar so glänzenden Zustandes der Volkswirtschaftslehre sollten unseres Erachtens nicht aus dem Auge gelassen werden. Zu diesen inneren Gebrechen müssen wir vor allem die nicht genügende Pflege der zusammenfassenden Systematik rechnen. Gegenüber der ungeheueren, kaum mehr zu übersehenden Zahl der volkswirtschaftlichen Monographien und Detailuntersuchungen werden die großen systematischen Werke leider immer seltener. Es ist sehr bezeichnend, daß das große Handwörterbuch der Staatswissenschaften, diese hervorragendste Leistung der volkswirtschaftlichen Sammelarbeit, nicht in systematischer, sondern in rein alphabetischer Ordnung abgefaßt ist. War es einst der höchste Ehrgeiz der nationalökonomischen Lehrer, die Summe ihrer Forschungen in einem systematischen Werke der Gegenwart und Nachwelt zu überliefern, so begegnen wir solchen Versuchen immer spärlicher. Leicht begreiflich! Die Masse der Detailuntersuchungen erdrückt den einzelnen Forscher immer mehr, ohne daß die bestehenden äußeren Einrichtungen ihn in den Stand setzen würden, die Mitwirkung von Hilfskräften in regelmäßiger und geordneter Weise in Anspruch zu nehmen. Wir halten diesen Mangel an größeren zusammenfassenden systematischen Werken für ein schweres Übel. Denn in letzter Linie wird der endgültige Fortschritt auch in der ökonomischen Wissenschaft nicht so sehr durch eine mehr oder minder große Zahl von Monographien, sondern durch die systematische Zusammenfassung der Ergebnisse aller dieser Arbeiten und die Gewinnung theoretischer Sätze vollendet oder vielmehr festgehalten.

Die mangelhafte Organisation in der Pflege der ökonomischen Wissenschaft bedeutet aber auch ein empfindliches Hemmnis für die Ausgestaltung verwandter Gesellschafts- und Staatswissenschaften. Wir haben oben bereits von der Unterbindung der Gesellschaftslehre durch die gewaltige äußere Expansion, welche die deutsche ökonomische Wissenschaft in dem letzten halben Jahrhundert durchgemacht hat, gesprochen. Von den Schwierigkeiten, mit denen speziell die Statistik zu kämpfen hat, wird später ausführlich die Rede sein. Zuvor möchten wir aber noch einige Worte der an den deutschen Hochschulen fast gänzlich vernachlässigten Verwaltungslehre widmen. Auch sie behauptet gegenwärtig im Rahmen der Staatswissenschaften nur mühsam ihren Platz. Seit dem Aufkommen der formaljuristischen Schule in den Staatswissenschaften ist ihre Position an den deutschen Hochschulen ernstlich bedroht — nicht zum Vorteil einer zeitgemäßen Aus- und Fortbildung unserer Verwaltungsebamten und Techniker! Das praktische Leben schreitet freilich unbekümmert um alle Schrullen der Theorie rüstig vorwärts, und so sehen wir das Geltungsgebiet der Verwaltung täglich sich weiter ausdehnen, indem immer neue Bereiche des Lebens vom Staate und den öffentlichen Körperschaften in den Kreis ihrer Tätigkeit gezogen werden. Alle diese neuen Gebiete der öffentlichen Betätigung verlangen natürlich auch nach einer theoretischen Bearbeitung und finden eine solche in bald mehr oder minder gelungener Weise. So ist in den letzten Dezennien eine ganze Reihe von jetzt noch sehr lose nebeneinander stehenden neuen Disziplinen entstanden, die vorerst kaum noch ein einigendes Band zusammenhält. Es genügt in dieser Beziehung auf das öffentliche Gesundheitswesen, das Heereswesen, das Kolonialwesen u. a. hinzuweisen. Das Unterrichtswesen hat längst die Fesseln der Pädagogik, die es einst gefangen hielten, abge-



streift und sich zu einer selbständigen Verwaltungsdisziplin entwickelt. Die einzelnen Teilgebiete der bisherigen Volkswirtschaftspolitik, wie das Agrarwesen, das Gewerbewesen, die Bau- und Wasserverwaltung, der Bergbau, das Verkehrs- und das Armenwesen usw., streben ebenfalls nach immer größerer Selbständigkeit, wobei sie das ehemalige ökonomische Gewand mehr und mehr ablegen und den verwaltungstechnischen Standpunkt immer stärker betonen. Selbst ganz neue Teildisziplinen sind unter dem Einfluß der modernen Gesetzgebung entstanden, wie die Lehre vom Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung, andere, wie das Städtewesen, eben in der Entwicklung begriffen. Der altehrwürdigen Tochterdisziplin der politischen Ökonomie, der Finanzwissenschaft, beginnen sich zwei neue moderne Disziplinen beizugesellen, nämlich eine juristische, das Finanzrecht, und eine verwaltungstechnische, die Lehre von der Finanzverwaltung und dem Finanzverwaltungsverfahren.

Auch in allen diesen Bereichen herrscht bis jetzt fast ausschließlich das Spezialistentum. Alle diese Teildisziplinen stehen gegenwärtig fast ohne jeden Zusammenhang da und kaum ist mehr der Gedanke lebendig, daß sie alle zu einem größeren Ganzen gehören und nur bei einer zusammenfassenden Pflege ihre höchste wissenschaftliche Durchbildung erfahren können. Wie sollte es auch anders sein? Wo in aller Welt wäre der geniale Kopf aufzufinden, der imstande sein würde, alle diese Materien in ihren Einzelheiten zu beherrschen? In dieser Isolierung der verschiedenen Teilgebiete der Verwaltungslehre liegt aber für diese eine hohe Gefahr. Die ausschließliche Herrschaft des Spezialistentums droht die Einheit dieser Wissenschaften gänzlich zu zerstören und sie in eine Reihe von Teildisziplinen aufzulösen, die für sich nicht immer genügende Beachtung und insbesondere auch keine ausreichende Pflegestätte an den Hochschulen finden. Das Wort von der großen Bedeutung einer systematischen Zusammenfassung der wissenschaftlichen Ergebnisse gilt auch hier, und ebenso ist die ausschließliche Pflege des Spezialistentums vom pädagogisch-didaktischen Standpunkte aus zu verwerfen.

Wie soll nun Abhilfe gegenüber diesen offenkundigen Schäden des gegenwärtigen Zustandes geschaffen werden? Das Ideal wäre freilich in der Errichtung selbständiger staatswissenschaftlicher Hochschulen oder Fakultäten zu suchen, wo dann alle wichtigeren staatswissenschaftlichen Teildisziplinen durch Ordinarien vertreten wären und überdies durch systematisch-zusammenfassende Vorträge auch die Einheit der verschiedenen Teilwissenschaften gewahrt werden könnte. Dieses bekanntlich schon von Lorenz von Stein aufgestellte Ideal wird nicht so bald seine Verwirklichung finden und die an einzelnen deutschen Universitäten (Tübingen, München) bestehenden staatswissenschaftlichen oder staatswirtschaftlichen Fakultäten entsprechen keineswegs diesem Ideale, da sie entweder noch keine genügende Fürsorge für spezielle staatswissenschaftliche Teildisziplinen getroffen haben oder in hervorragendem Maße für die Pflege der alten Kameralfächer bestimmt sind, also vor allem ein großes Gewicht auf die Pflege forsttechnischer und verwandter Disziplinen legen. Es erübrigen danach unseres Erachtens nur zwei Wege. Entweder man trägt dem in der Wissenschaft vorherrschenden Spezialistentum auch beim Hochschulunterricht in der Weise Rechnung, daß den allgemeinen staatswissenschaftlichen Seminaren Spezialseminare für die besondere Pflege einzelner Teilgebiete angegliedert werden. Diesen Weg hat die preußische Unterrichtsverwaltung bereits mehrfach eingeschlagen, wie dies die Schöpfungen des Seminares für Versicherungswissenschaft in Göttingen und des neuen Seminares für Genossenschaftswesen zu Halle a. S. beweisen. Auch die besondere Abteilung für Seeschiffahrt und Weltwirtschaft an dem neuen staatswissenschaftlichen Institute an der Universität in Kiel kann hierher gezählt werden. Der hiermit betretene Weg scheint ebenso einfach wie zweckmäßig zu sein, leidet aber doch, wie wir glauben, an zwei erheblichen Mängeln. Zunächst wird gerade das nicht erreicht, worauf wir ein so großes Gewicht legen müssen, nämlich die zusammenfassende Pflege und systematische Durcharbeitung der verschiedenen staatswissenschaftlichen Gesamtdisziplinen. Sodann scheint uns ein anderer wesentlicher Mangel der ganzen Institution darin zu liegen, daß die letztere in der Hauptsache wohl immer nur auf den Augen eines Mannes, des jeweiligen für das bestimmte Teilgebiet sich interessierenden Fachprofessors, beruhen wird. Gelingt es nicht, für diesen einen ebenbürtigen Ersatz zu schaffen, so hängt die Einrichtung in der Luft und kann nur zu leicht verfallen.

Weit besser scheint uns der zweite Weg zu sein, um den bis jetzt ziemlich heimatslos umherirrenden neuen staatswissenschaftlichen Teildisziplinen an den deutschen Hochschulen eine ausreichende und dauernde Pflegestätte zu verschaffen. Wenn wir die große Menge der in Deutschland bestehenden Hochschulen überblicken, so will uns scheinen, daß den größten derselben neben ihren bisherigen regelmäßigen Aufgaben noch die zweite wird zufallen müssen, das zu besorgen, was wir staatswissenschaftliche Fortbildung nennen möchten. Immer lebhafter wird in den Kreisen der Verwaltungsbeamten, der Techniker, der Hygieniker und selbst bei anderen Berufsständen das Bedürfnis nach einer solchen staatswissenschaftlichen Fortbildung empfunden. Diesem Bedürfnisse können nicht vereinzelte Vorträge genügen, selbst wenn diese von hervorragenden Fachmännern gehalten werden, sondern es handelt sich um die Schaffung eines eigenen neuen Lehrbetriebes mit erhöhten Zielen und mit verstärkten Forschungsmitteln. Nur systematisch organisierte Vortragskurse mit einem umfassenden Materiale werden dem angestrebten Zwecke entsprechen können. An isolierten Vorträgen über staatswissenschaftliche Themen ist ja auch heute kein Mangel (Gehestiftung in Dresden). Das, was uns aber fehlt, ist gerade die zusammenfassende und systematische Pflege der früher erwähnten staatswissenschaftlichen Disziplinen und die Vermittlung ihrer Resultate an die bereits im praktischen Berufsleben stehenden Interessenten der verschiedenen Kategorien. Zu diesem Behufe wird es notwendig sein, an den größten deutschen Hochschulen die bisherigen staatswissenschaftlichen Seminare zu Lehr- und Forschungsinstituten höherer Ordnung

auszugestalten. Der äußere sachliche und personelle Apparat der neuen Institute müßte wesentlich verstärkt werden, um den bereits gekennzeichneten erhöhten Anforderungen zu genügen. Wir haben dabei nicht nur die Schaffung größerer Fachbibliotheken und eines Fonds zur Unterstützung von Studienreisen, sondern vor allem auch die Angliederung neuer geeigneter Lehrkräfte an die erwähnten Institute und deren Vereinigung zu einem größeren Lehrorganismus unter der Leitung des an der Spitze des Institutes stehenden Fachprofessors im Auge. Die an einzelnen Universitäten eingerichteten landwirtschaftlichen Institute enthalten einen deutlichen Fingerzeig für den Weg, der bei der Organisierung der neuen staatswissenschaftlichen Institute betreten werden könnte. In dem angedeuteten Falle haben entweder die Mittel nicht ausgereicht, um eigene landwirtschaftliche Hochschulen zu errichten, oder es ließ vielleicht die geringere Zahl der Hörer davon absehen. Immerhin aber stellt das zumeist nur mit Extraordinarien besetzte landwirtschaftliche Institut doch einen wohlgefügten Organismus dar, der durch die planmäßige Ausgestaltung der Vorlesungen und die sonst vorhandenen didaktischen Hilfsmittel sich himmelweit über isolierte Fachvorträge erhebt. Worauf es also neben der Bereitstellung verstärkter sachlicher Hilfsmittel im wesentlichen ankäme, das wäre die Vereinigung einer Reihe kongenialer, dem gleichen Ziele zustrebender wissenschaftlicher Kräfte unter einem Institutsleiter, welcher das Interesse der Gesamtdisziplin zu wahren und ihre systematische Pflege unausgesetzt im Auge zu behalten hätte. Es genügt eben nicht, wenn, wie dies an unseren großen deutschen Universitäten der Fall ist, neben den Fachprofessoren und Seminarvorständen noch eine größere Anzahl von Extraordinarien und Privatdozenten ganz frei ihres wissenschaftlichen Amtes walten. Wenn es nicht gelingt, dieselben in den Dienst des angedeuteten hochwichtigen Zieles zu stellen und zu einem einheitlichen korporativen Organismus zu verbinden, so gleicht der Institutsleiter einem Feldherrn, der viele Kommandanten, aber keinen Generalstab an der Seite hat. Nach unserer Meinung möchte es vollkommen ausreichen, je ein solches staatswissenschaftliches Forschungsinstitut in Norddeutschland (Berlin), in Mitteldeutschland (Leipzig) und in Süddeutschland (München) zu errichten. Wir haben keine Veranlassung, in diesem Zusammenhange auf die neuerdings von Ostwald angeregte Frage des Verhältnisses der neuen Forschungsinstitute zu dem Universitätsunterrichte an dieser Stelle einzugehen, möchten aber doch hervorheben, daß die von uns vorgeschlagenen neuen staatswissenschaftlichen Institute, wie aus dem früher Gesagten von selbst erhellt, nicht bloß Forschungszwecken, sondern auch Lehraufgaben dienen sollen.

Eine ganz besonders wichtige Rolle würde endlich — und damit wären wir wieder bei dem ursprünglichen Ausgangspunkte unserer Betrachtung angelangt — den neuen Instituten auch auf dem Gebiete der statistischen Forschung und des statistischen Unterrichtes zufallen. Wir alle wissen, welch schweres Mißverhältnis zwischen der statistischen Produktion einerseits und der wissenschaftlichen Konsumption statistischer Materialien andererseits heute noch besteht. Das „Deutsche Statistische Zentralblatt“ bedeutet ohne Zweifel einen außerordentlich großen Schritt zur allmählichen Beseitigung dieses Mißverhältnisses. Aber die hier zu bewältigende Aufgabe ist so riesengroß, daß ihre Lösung doch wohl auf verschiedenen Wegen angebahnt werden sollte. Die gewaltige Entwicklung der Verwaltungsstatistik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist gewiß eine hocherfreuliche Tatsache, aber es kann nicht geleugnet werden, daß dadurch der privaten statistischen Forschung und dem Betriebe des statistischen Unterrichtes sehr gesteigerte Schwierigkeiten erwachsen sind. Der private statistische Forscher vermag die ungeheuere Masse des alljährlich produzierten statistischen Tatsachenmateriales gegenwärtig in der ganzen Ausdehnung wohl kaum mehr zu übersehen, geschweige denn wissenschaftlich zu systematisieren und zu verwerten. Daher begegnen wir auch im Bereiche der statistischen Forschung seit geraumer Zeit fast nur Monographien und Spezialuntersuchungen. Nur der unermüdliche Altmeister der deutschen Statistik, Georg von Mayr, arbeitet mit unverdrossenem Eifer an der Schaffung eines großen systematischen Werkes, während Conrad für den gleichen Zweck sich bereits einen jüngeren Mitarbeiter beigesellen mußte. Es scheint eben fast ausgeschlossen, daß heute das so enorm angewachsene statistische Tatsachenmaterial noch von einem privaten Forscher vollständig gesichtet und systematisch verarbeitet werden könnte. Zum mindesten darf dies bezüglich des weiten und noch wenig durchpflügten Gebietes der Wirtschaftsstatistik bezweifelt werden. Ein großer Teil gerade dieses statistischen Tatsachenmateriales wird nicht von den statistischen Ämtern selbst, sondern von anderen Verwaltungsstellen produziert und entzieht sich vielfach nach Methode und Inhalt der Kenntnis des privaten Statistikers. In der Bevölkerungsstatistik und neuerdings auch in verschiedenen Gebieten der Moralstatistik ist namentlich dank den unablässigen Forschungen Georg von Mayr's, die er in seinem großen Lebenswerke niedergelegt hat, auch dem nicht über die Hilfsdienste eines statistischen Amtes verfügenden Privatstatistiker die systematische Orientierung wesentlich erleichtert. Der unendlich großen und rasch wechselnden Menge des wirtschaftsstatistischen Tatsachenmateriales steht hingegen der private statistische Forscher trotz des Vorhandenseins verschiedener orientierender Sammelwerke noch heute ziemlich hilflos gegenüber, da die richtige Auffassung und Bewertung der betreffenden Materialien wesentlich von der Kenntnis der angewendeten, aber vielfach unbekannt bleibenden Erhebungsmethoden sowie von einer genügenden Beherrschung des gesamten wirtschaftlichen Milieus der einzelnen Länder und Wirtschaftsgebiete abhängig ist. Analoges darf auch von der in der Wissenschaft stark vernachlässigten politischen Statistik gesagt werden. Ein großer Teil des einschlägigen Tatsachenmateriales schlummert hier überhaupt noch in den Registraturen und Archiven der verschiedenen Verwaltungsstellen und muß für die statistische Forschung erst erobert werden.

Was sodann den Betrieb des statistischen Unterrichtes anbelangt, so wird nicht verkannt werden dürfen, daß die überkommene Methode der akademischen Vorlesungen sich für diesen Unter-



richtsbetrieb nicht so schlechthin eignet. Nicht das Ohr, sondern das Auge ist jenes Organ, welchem beim statistischen Unterrichte vielleicht die wichtigere Funktion zukommt. Jedenfalls ist das Bedürfnis nach äußeren, dem Auge sich einprägenden Hilfsmitteln gerade beim statistischen Unterrichte ein sehr großes, ja ganz unabweisbares. Ohne einen ausgedehnten und stets auf der Höhe der Zeit zu haltenden Vorrat an statistischen Tabellen und kartographischen Darstellungen ist unseres Erachtens ein wirklich fruchtbarer und gedeihlicher statistischer Unterricht nicht wohl möglich.

Dem privaten statistischen Forscher und Lehrer erwachsen aus den angeführten Umständen kaum überwindliche Schwierigkeiten und Verlegenheiten. Man könnte nun das Heil in der allseitigen Verbindung der statistischen Lehrtätigkeit mit der Leitung eines staatlichen oder kommunalen statistischen Amtes erblicken. Aber nicht überall ist dieses Heilmittel anwendbar und nicht immer muß es zu dem gewünschten Resultate führen. Es liegt in der Natur der Sache, daß der an der Spitze der jetzt so hastenden Verwaltungsstatistik stehende Forscher wohl reichlich Stoff und Gelegenheit zu interessanten monographischen oder Spezialuntersuchungen, dagegen weit weniger Muße und Sammlung zu systematischer Arbeit finden wird als sein nicht mit der schweren Bürde eines Amtes belasteter Kollege. Ausnahmen von dieser Regel werden immer selten sein und auch der Hinweis auf die großen Verdienste, welche sich Engel, Böckh, von Inama-Sternegg und andere Verwaltungsstatistiker um die wissenschaftliche Pflege der Statistik erworben, verschlägt nichts gegen diese Behauptung. Auch hier scheint uns nur ein Ausweg gangbar und dieser besteht in der Erweiterung der vorhandenen statistischen Seminare der ersten Hochschulen zu großen, mit sachlichen Hilfsmitteln und personellen Kräften genügend ausgestatteten Lehr- und Forschungsinstituten. Ihnen würde es obliegen, einmal durch Heranziehung geeigneter jüngerer Fachkräfte im Wege der wissenschaftlichen Arbeitsteilung vor allem für die systematische Pflege der Statistik und ihrer einzelnen Teilgebiete durch Herausgabe großer Sammelwerke, die den höchsten Stand der Wissenschaft darzustellen hätten, zu sorgen und weiters den statistischen Unterricht durch Bereitstellung der oben angedeuteten unerläßlichen, jetzt aber zumeist fehlenden Hilfsmittel zu einem ebenso fruchtbaren wie anregenden zu gestalten. Wir zweifeln nicht, daß auf diese Weise das jetzt so viel beklagte Mißverhältnis zwischen statistischer Produktion und Konsumtion abermals weiter eingeschränkt und der statistischen Wissenschaft zahlreiche neue Freunde und Anhänger gewonnen werden könnten.[1])

1) Vgl. auch Harms, Das staatswiss. Inst. a. d. Univ. Kiel (Rede gehalten bei der Eröffnungsfeier), Jena 1911, S. 12, und Tönnies, Schmollers Jahrb. 1911, H. 1, S. 383 Anm. *Red.*

Besprechungen.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

I. Bevölkerungsstand.

Bevölkerungsverhältnisse in der Stadt Zürich. Nach: Erweiterter Sonderabdruck aus „Die Gesundheits- und Wohlfahrtspflicht der Stadt Zürich". 52 S Kommissionsverlag Roscher & Cie Zürich, 1909. 50 Rp.

Das Heft ist der um einige ausführlichere Zahlennachweise vermehrte Beitrag des Statistischen Amtes der Stadt Zürich für die Festschrift zur 34. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, die im September 1909 in Zürich tagte. Durch Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse der städtischen Statistik sollte hier ein gedrängtes Bild von den Eigentümlichkeiten der Zürcher Bevölkerungs- und Wohnverhältnisse gegeben werden. — Die Bevölkerungsvorgänge bieten u. a. dadurch besonderes Interesse, daß in Zürich die ansässigen Fremden sehr zahlreich sind und sich durch Ausscheidung der einzelnen Heimatsgruppen wichtige Unterschiede zwischen ihnen beobachten lassen. Nur 37% der Einwohner sind Zürcher von Stadt oder Kanton Zürich, gegenüber 31% übrigen Schweizern und 32% Ausländern. Außerdem ist zu bemerken, daß im Gegensatz zu den meisten reichsdeutschen Städtestatistiken die Zürcher Zahlen sich durchweg auf die Wohnbevölkerung beziehen.

Durch einen starken Rückgang der Geburtenziffer hat Zürich den Vorrang in der Geburtenhäufigkeit, den es sämtlichen schweizerischen und vielen deutschen Großstädten gegenüber noch um die Jahrhundertwende besaß, eingebüßt. An der Abnahme der Fruchtbarkeit sind besonders die Deutschen, die kantonsfremden Schweizerbürger und die Stadtbürger beteiligt. Die letzteren, die kraft ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse am ehesten für einen zahlreicheren Nachwuchs zu sorgen vermöchten, können mit ihrem Zugang an Neugeborenen noch nicht einmal ihre Verluste durch die Sterbefälle decken.

Auf das allgemeine Sinken des Geburtenüberschusses hat nur äußerst selten eine erhöhte Sterblichkeit eingewirkt. Auch die Sterbeziffer sinkt fortwährend. Bemerkenswert ist die hohe Sterblichkeit der Italiener, die mehr auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen beruht, als auf einer besonderen Altersklassenzusammensetzung, Die Sterblichkeit an Infektionskrankheiten, besonders an Typhus, ist außerordentlich gering, z. T. wohl dank der guten sanitären Einrichtungen der Stadt. Auch an Lungentuberkulose starben verhältnismäßig wenige (18,7 ‱). Die letzteren Todesfälle sind nach dem Alter und Geschlecht auf die Lebenden der Volkszählung von 1900 bezogen. — Die Säuglingssterblichkeit ist, verglichen mit der in den deutschen Großstädten, in Zürich (und überhaupt in den meisten Schweizer Städten) sehr niedrig. Die bezüglichen Zahlen sind hier zum ersten Male (ausführlicher im Statistischen Jahrbuch 1908) von 1876 an mitgeteilt, unter Hervorhebung des III. Stadtkreises (Arbeiterviertel). Auch ist das eingehende handschriftliche Material über die gestorbenen Säuglinge nach Sterbemonat und Todesursachen teilweise verwertet. *H. Thomann.*

III. Bewegung der Bevölkerung.

Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande. Von Prof. Dr. M. Sering.



Mit statistischen Tabellen und drei lithographischen Karten. Berlin, Paul Parey 1910.

Der Kern dieser Arbeit, die eine bedeutsame Erweiterung des auf dem preußischen Landesökonomiekollegium gehaltenen Vortrages vom 11. Februar 1910 darstellt, liegt darin, den statistischen Nachweis zu erbringen, daß die Bevölkerung der Landgemeinden und Gutsbezirke in der Zeit von 1871—1905 in den sämtlichen Regierungsbezirken des Königreichs Preußen westlich der Elbe zugenommen hat, während sie in den ostelbischen Regierungsbezirken mit Ausnahme der Regierungsbezirke in den Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen und der industriellen Bezirke Potsdam und Oppeln eine Abnahme zeigt. Der Nachweis wird erbracht durch 3 Kartogramme und 91 Seiten Tabellen, während der textliche Teil des Referates auf 36 Seiten zur Darstellung gebracht wird. Was die Kartogramme betrifft, so stellt Karte I die Zu- oder Abwanderung nach Kreisen im Königreich Preußen 1871—1905 dar. Ihr Grundgedanke ist: den Geburtenüberschuß, also die natürliche Vermehrung der Bevölkerung mit dem gesamten tatsächlichen Bevölkerungswachstum in den Jahren 1871—1905 nach den Volkszählungen von Jahrfünft zu Jahrfünft in Beziehung zu setzen, um aus der negativen oder positiven Differenz der beiden Zahlen den Verlust oder Gewinn der Bevölkerung eines jeden Kreises durch Wanderung zu erhalten. „Die Ab- oder Zuwanderungsziffer wurde in Verhältnis zur Bevölkerung und zum natürlichen Zuwachs gesetzt und dieses letztere Prozentverhältnis auf der Karte wiedergegeben. Sie zeigt durch helleres oder dunkleres Blau, ob der Kreis ein Viertel, die Hälfte, drei Viertel oder den ganzen Nachwuchs, soweit er nicht zum Ausfüllen der durch den Tod gerissenen Lücken diente, oder sogar mehr als 100 % der natürlichen Vermehrung durch Wanderung eingebüßt hat. Im letzten Falle ist dunkelblaue Farbe eingetragen — sie bedeutet, daß 1905 weniger Menschen in dem Kreise lebten als im Jahre 1871, weil die Wanderung dem Stamme selber Abbruch tat, ohne einen Ausgleich durch Zuwanderung zu finden."

Diejenigen Kreise, die als Zuwanderungsgebiete zu bezeichnen waren, sind mit roter Farbe eingetragen. Die zweite Karte soll die Zu- oder Abnahme der Bevölkerung in den Landgemeinden und Gutsbezirken im gleichen Zeitraum zur Veranschaulichung bringen, indem die Städte, die selbständigen Stadtkreise sowie die kleinen Städte der Landkreise fortgelassen wurden. Die rote Farbe hat hier die Bedeutung, daß eine Vermehrung der Volkszahl stattgefunden hat, während die blaue eine Verminderung anzeigt. Die Stufen der Abnahme sind bei 4, 8, 12, 16 % der Anfangsbevölkerung gebildet, während die Stufen der Zunahme die Quoten von 5, 10, 20, 30 % umfassen. Die 3. Karte, die eigentlich nur als Beigabe und Ergänzung des in den Tabellen Gebrachten gelten darf, soll nach dem Stande von 1895 die Verteilung der landwirtschaftlichen Fläche auf die großen Betriebe über 100 ha, die mittleren Betriebe von 10 bis 100 und die kleinen Betriebe bis zu 10 ha zur Darstellung bringen. Die Tabellen bringen für die Kreise der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen, Rheinprovinz und die 4 Kreise des Regierungsbezirkes Sigmaringen, sowie den Stadtkreis Berlin in 42 Tabellenspalten den absoluten Stand der Bevölkerung, die Bevölkerungsdichte, die natürliche und tatsächliche Zunahme der Bevölkerung 1871 bis 1905, den Verlust oder Gewinn durch Wanderung in Prozent der natürlichen Zunahme in den Volkszählungsquinquennien 1871 bis 1905, die natürliche und tatsächliche Zunahme durchschnittlich für ein Jahrfünft 1870—1905 in Prozent des Standes der Bevölkerung im Anfangsjahre jedes Jahrfünfts, sowie den Verlust oder Gewinn durch Wanderung in Prozent der natürlichen Zunahme von 1871—1905 und in den Kreisen mit starker Mischung fremder Rassen und Nationalitäten den prozentualen Anteil der Polen, Litauer und Masuren. Es wird dann die absolute Bevölkerung der Landgemeinden und Gutsbezirke nach den Volkszählungsresultaten von 1905, deren Bevölkerungsdichte, und der Unterschied der Ziffern der Bevölkerungsdichte 1871 und 1905 für die Landgemeinden wie für die Gutsbezirke gegeben. Die letzten Spalten zeigen die absolute Bevölkerungszu- oder -abnahme in den Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken 1871—1905 und die relative Abnahme der Bevölkerung in den Landgemeinden und Gutsbezirken 1871—1905 in Prozent des Anfangsbestandes, während die ersten Spalten, um die Vorgänge der Wanderbewegung zu den allgemeinen Lebensbedingungen der einzelnen Kreise in Beziehung zu setzen, der Grundsteuerreinertrag, der prozentuale Anteil des Sandbodens und der Forsten und Holzungen an der Gesamtfläche, der Anteil der landwirtschaftlichen Berufsbevölkerung an der gesamten Bevölkerung und schließlich die Grundbesitzverteilung nach den Betriebszählungen von 1895 und 1907 zur Darstellung gebracht wird.

Die eigentlich wissenschaftlichen und bedeutsamen Schlußfolgerungen, die Sering aus dieser statistischen Darstellung zieht, sind nun u. a. folgende: die verschiedene Art der Siedelung, Grundbesitzverteilung und Arbeitsverfassung, bedingt den Grad und die Art der Binnenwanderung speziell der Abwanderung. Kleinbäuerlicher Besitz bedeutet dichte Bevölkerung in den Landgemeinden und starke Nachfrage nach Land seitens der Deszendenz, während die Vorherrschaft des landwirtschaftlichen Großbetriebes entvölkernd wirkt; denn sie ist eine der vornehmlichsten Ursachen, weshalb „die Landbezirke des Ostens so viel weniger dicht besiedelt sind als die westlichen". Die Grundbesitzverteilung, die soziale Verfassung ist es also hier, die der natürlichen Beschaffenheit das Gepräge verleiht. Die Abnahme der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen Preußens ist eine Folge der Wanderungen, die ihrerseits wiederum veranlaßt sind durch die Grundbesitzverteilung, durch das Vorherrschen der großen Güter, die in ihrer Eigenart so erdrückend auf das Lebenselement und die Persönlichkeit der kleinen und mittleren Bauern wirken. Die große bevölkerungspolitische Aufgabe des preußischen Staates ist für den Osten zunächst durch Bauernkolonisation, durch Ansiedlung und Schaffung von Kleinbauernwirtschaften, von selbständigen und für den Absatz produzierenden, spann- und maschinenfähigen Kleinbetrieben mehr



Einwohner zu schaffen; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen doppelt und dreifach soviel Menschen im östlichen Deutschland auf dem Lande leben könnten wie gegenwärtig, wenn die Grundbesitzverteilung eine andere wäre. *R. Jaeckel.*

Fruchtbarkeit der Ehen in Ungarn. Nach Ungar. statist. Mitteilungen. Neue Serie. 32. Band. Herausgeg. vom K. Ungar. Statist. Zentralamt. Budapest 1910.

Die Feststellung der Fruchtbarkeit der Ehen erfolgt in der ungarischen amtlichen Statistik seit 1903 im Wege der in den Sterbeblättern der verheirateten Gestorbenen aufgenommenen Fragen. Diese Fragen sind: Wann wurde die Ehe geschlossen? Wie viel Kinder wurden aus der Ehe geboren (die Totgeborenen mit eingerechnet)? Wie viel sind von diesen am Leben? Lebensalter der am Leben gebliebenen Ehehälfte? Diese Angaben werden sowohl bei den verheirateten Männern, als auch bei den verheirateten Frauen erfragt, die Aufarbeitung erstreckt sich aber bloß auf die Angaben der gestorbenen verheirateten Frauen. Die in Frage stehende Publikation teilt die Ergebnisse der Jahre 1906, 1907 und 1908, vergleichend mit den Durchschnitten der vorhergehenden drei Jahre (1903, 1904 und 1905) mit.

Die fallende Tendenz der Fruchtbarkeit der Ehen ist schon aus dem Vergleich der Ergebnisse dieser beiden Zeitperioden ersichtlich: aus den in den Jahren 1903—1905 erloschenen Ehen wurden im Durchschnitt 4,09 Kinder geboren, aus den in den Jahren 1906—1908 erloschenen Ehen nur mehr 4,04 Kinder. Aus den Angaben kann noch folgendes festgestellt werden: 1. In den Städten ist die Verhältniszahl der Fruchtbarkeit (3,70) viel kleiner als in der Provinz (4,07), und dabei ist die fallende Tendenz in den Städten rapider als in der Provinz.

2. Die Fruchtbarkeit der Ehen steigt im gleichen Verhältnis mit der Dauer der Ehen, was jedoch auch ducrh den Umstand zu erklären wäre, daß früher im allgemeinen die Fruchtbarkeit der Ehen größer war, daß daher die Ehefruchtbarkeit im Abnehmen begriffen ist.

3. In den Städten ist das Verhältnis (24,3 %) der gänzlich unfruchtbaren Ehen viel höher als in der Provinz, wo nur aus 15,9 % der Ehen keine Kinder geboren werden.

4. Dabei ist das Verhältnis der gänzlich unfruchtbaren Ehen nicht überall hoch dort, wo die Fruchtbarkeitsverhältniszahl klein ist, dies letzte ist also nicht unbedingt mit der großen Verhältniszahl der gänzlich unfruchtbaren Ehen verbunden.

5. Unter den Konfessionen haben die Israeliten und Römisch-Katholischen die beste Fruchtbarkeitsverhältniszahl, die schlechteste ist jene der Griechisch-Orientalischen und der Unitarier.

6. Unter den Nationalitäten weisen die Deutschen und Slowaken die günstigste Verhältniszahl auf, die Rumänen die ungünstigste. Die Verhältniszahl der Ungarn steht bedeutend über dem Landesdurchschnitt.

7. Bei den Ungarn ist die Zahl der unfruchtbaren Ehen groß, dagegen kommen auch die Ehen mit mehr als 10 Kindern verhältnismäßig häufiger bei den Ungarn vor.

8. Nach der Berufstätigkeit ist die Fruchtbarkeit der Ehen am höchsten bei der Urproduktion — da auch bei den landwirtschaftlichen Dienstboten — und beim Bergbau; am geringsten bei dem Hausgesinde, bei den beim Verkehr Beschäftigten und bei der Intelligenz. *A. Kovács.*

VII. Vermögen und Einkommen.

Die Einkommensteuerpflichtigen nach ihrer Stellung im Haushalt sowie nach Geschlecht und Alter. Zeitschr. des Königl. Sächs. Statist. Landesamtes, Jahrg. 1910. 8 S.

Die seit Bestehen der Einkommensteuer in Sachsen regelmäßig (zuerst für 1875) aufgestellten und veröffentlichten Statistiken unterschieden von Anfang an alle Einkommensklassen, einschl. der steuerfreien, entsprechend der gesetzlichen Steuerabstufung. Seit 1904 wurde diese Statistik weiter in der Weise ausgestaltet, daß die Steuerpflichtigen in solche mit eigener Hauswirtschaft oder ohne solche geteilt werden; auch wurde eine Berechnung der Familien-Einkommen der im übrigen rein individuellen Statistik beigegeben.[1]) Die oben genannte Veröffentlichung, die sich auf das Jahr 1908 bezieht, gliedert die Steuerzahler der 3 größten Städte, d. i. etwa 30 % aller Steuerzahler Sachsens, außer nach der Stellung im Haushalt auch nach dem Geschlecht und dem Alter. Den Anlaß zu dieser eingehenderen Behandlung der steuerlichen Individual-Statistik gab die Beobachtung, daß bei der Benutzung der Ergebnisse der sächsischen Einkommensteuerstatistik in der Regel, und zwar auch in wissenschaftlichen Werken, dem Umstande keine Rechnung getragen wurde, daß etwa die Hälfte der eingeschätzten Personen aus solchen besteht, die weder eine Familie zu unterhalten haben noch eine eigene Wohnung besitzen; zum erheblichen Teil auch aus Personen, die auch ihren eigenen Bedarf nicht aus ihrem besteuerten Einkommen bestreiten. Wie groß die Anzahl der Steuerzahler letzterer Art ist, und wie sich das versteuerte Einkommen der einzelnen zu ihren notwendigen Ausgaben verhält, entzieht sich natürlich der genauen statistischen Untersuchung. Die vorliegende Statistik bietet aber in dieser Richtung einen wertvollen Fingerzeig; es ergibt sich aus ihr z. B., daß, während unter 100 überhaupt Eingeschätzten 31,09 mit höchstens 700 ℳ Einkommen waren, dieser Prozentsatz bei den Haushaltungs-Vorständen 13,12, bei den Familien (Einkommen der Haushaltungs-Vorstände einschl. desjenigen ihrer mitwohnenden Angehörigen) 8,18, bei den männlichen Haushaltungs-Vorständen aber nur 1,75 und bei den im reifen erwerbsfähigen Alter (25 bis 70 Jahre) stehenden unter ihnen 1,34 betrug. *E. Würzburger.*

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Répertoire technologique des noms d'industries et de professions, français, anglais, allemands avec notices descriptives sommaires suivi de trois listes alphabétiques des noms allemands, anglais et français. Paris, Nancy 1909. Berger-Levrault & Cie. gr. 8. XXII, 462 u. 289* S.

Mit der fortschreitenden gewerblichen Entfaltung entstehen in wirtschaftlicher wie in technischer Hinsicht neue Einrichtungen, Verfahren und Arbeitsstellungen, deren Bezeichnungen sich

1) Siehe D. St. Z. 1909, Sp. 12.

vielfach nicht mit der landläufigen, allgemeinen Ausdrucksweise decken und nur im engeren Fachbereiche verstanden werden. Für die gewerbe- und berufsstatistische Tätigkeit ist es aber von höchstem Belang, über die Tragweite und Bedeutung dieser gebrauchten Bezeichnungen genau unterrichtet zu sein. Vollends trifft das zu, wo es sich um die Verwendung solcher entsprechender statistischer Aufstellungen in einer fremden Sprache handelt: da reichen die gewöhnlichen Wörterbücher für die Klarstellung dessen, was die Angaben bedeuten, bei weitem nicht aus. Um in dieser Beziehung zu Hilfe zu kommen, ist das vorliegende Werk, das von Lucien March, dem Chef der „Statistique générale de la France" geplant, vom Internationalen statistischen Institut begutachtet, von Michel Huber unter dem Beirate einer großen Anzahl industrieller, statistischer, sprachlicher Sachverständiger Frankreichs, Englands und Deutschlands bearbeitet wurde, geschaffen worden.

Das *Répertoire*, in französischer Sprache seinem wesentlichen Inhalte nach abgefaßt, enthält, nach Gewerbearten gegliedert, die einzelnen in den beruflichen und gewerblichen Verzeichnissen der eben genannten drei Länder aufgeführten Beziehungen und zwar jede solche Bezeichnung als Stichwort in französischer, englischer und deutscher Sprache. Daran reiht sich dann eine kurze Erklärung dessen, was sachlich die genannte Bezeichnung besagen will, so die Schilderung des Herstellungsverfahrens, der unter jene begriffenen Arbeitsleistungen. Eine kurze derartige Angabe zeigt dies:

„*3. 51. — Mine de sels de potasse*, **salt of potash mine, Kali-bergwerk, -salzbergwerk.** *Gisements salins de Stassfurt et d'Aschersleben, etc., contenant des couches superposées de carnallite (chlorure de potassium et magnésium), kieserite (sulfate de magnésium), boracite, etc.; utilisés pour la préparation de sels de potasse, etc. ou comme engrais. — Extraction de sulfate de magnésie*, **epsomite extraction, Bittersalzgewinnung.** *Le sulfate de magnésie est le sel d'Epsom ou de Sedlitz.*"

Begrenzt sind die Nachweisungen auf Fischerei, Landwirtschaft, Bergbau, die eigentliche Industrie mit Einschluß des Handels und auf das Transportwesen. Zur Auffindung der gesuchten Gewerbe- oder Berufsbezeichnung in der systematischen Aufstellung ist für jede der drei Sprachen ein alphabetisches Verzeichnis angefügt worden, welches durch seine ganzen (Haupt-) und dezimalen (Unterabteilung) Zahlen auf die gleichen des Repertoriums hinweist. Die Einrichtung des vortrefflich ersonnenen und fleißig durchgeführten Werkes ist außerordentlich handlich und durchaus danach angetan, der vergleichenden Berufs- und Gewerbestatistik schätzbare Dienste zu leisten. *P. Kollmann.*

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Verkehr und Wasserstände der deutschen Binnenwasserstraßen im Jahre 1909. Erster Teil. Stat. d. D. R. Bd. 235 I. Berlin 1911. 8 *M*.

Die bisherige deutsche Binnenschiffahrtsstatistik umfaßte nur etwa die Hälfte der beförderten Gütermengen und nur den Verkehr an einzelnen, oft weit voneinander entfernten Punkten. Im Jahre 1903 unterbreitete der Reichskanzler den Bundesregierungen Grundzüge für eine Neugestaltung der Statistik, aus denen nach vielfachen Beratungen mit allen beteiligten Stellen die Bundesratsbestimmungen vom 25. Juni 1908 hervorgingen. Sie bezweckten die Feststellung des Verkehrsumfangs auf den einzelnen Wasserstraßen und ihrer Leistungsfähigkeit, namentlich aber die vollständige Erfassung des Güterverkehrs, die in Verbindung mit der vorhandenen Statistik der Güterbewegung auf den deutschen Eisenbahnen eine Binnenhandelsstatistik darstellt. — Von der ersten Statistik nach den neuen Bestimmungen ist nunmehr der erste Teil erschienen, der den Bezirksverkehr umfaßt und in der Art der Darstellung der Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen nach Möglichkeit angepaßt ist. In 62 Tabellen wird für jeden deutschen Verkehrsbezirk der Versand nach und der Empfang aus den einzeln aufgeführten anderen Verkehrsbezirken nach Warengattungen getrennt nachgewiesen. Aus diesen Tabellen wurde die Beförderung von Vieh, die in der Binnenschiffahrt nicht von Bedeutung ist, ausgeschieden und in einer besonderen Tabelle dargestellt. Den Schluß bilden Haupt-Zusammenstellungen über Inlandsverkehr, Auslandsverkehr und Durchgangsverkehr.

Die Tabellen weisen einen Bezirksverkehr von 73357066 Tonnen und eine Beförderung von 69992 Stück Vieh nach. Aus dem einleitenden Text ist aber zu entnehmen, daß die Statistik große Lücken aufweist, die teils auf unvollständiger Erhebung, teils auf unvollständiger Verarbeitung des erhobenen Materials beruhen. Diese Lücken entfallen ausschließlich auf Preußen und Sachsen. Während in den meisten Bundesstaaten die Verarbeitung des Materials den statistischen Landeszentralen oblag, wurde in Preußen der Versuch gemacht, die Verarbeitung zu dezentralisieren und dafür die Wasserbaubehörden, Gemeindeverwaltungen und Ortsvorstände in Anspruch zu nehmen. Dieser Versuch ist bei einer Reihe größerer Städte mißlungen. Vielfach konnte aber nicht einmal das Urmaterial erhoben werden, da die Anmeldungen verweigert wurden und kein gesetzliches Mittel die Durchführung dieser vom Bundesrat angeordneten und seit mehr als 20 Jahren von den Interessenten erstrebten Statistik gewährleistet. Es ist zu bedauern, daß die Veröffentlichung auch für das Jahr 1910 keine Besserung dieses Zustandes in Aussicht stellt. Die Wichtigkeit dieser Statistik für Verwaltungszwecke, ihre große volkswirtschaftliche Bedeutung, die in der Möglichkeit einer Binnenhandelsstatistik beruht, sollten es als selbstverständlich erscheinen lassen, daß alles Erforderliche zum Gelingen dieses Werkes geschieht.

Die vorerwähnten Lücken haben auch die Durchführung der tonnenkilometrischen Berechnungen vereitelt. Immerhin ist in der Einleitung das Ergebnis eines Versuchs mitgeteilt, der sich auf den Rhein, den Main, den Neckar, die Mosel in Preußen und die Weser erstreckt. Für alle genannten Wasserstraßen wurden rund 8397 Millionen Tonnenkilometer errechnet, wovon allein 8185 auf den Rhein und seine 3 Nebenflüsse entfielen.

Die Einleitung des Werkes bietet noch einen kurzen Vergleich mit der Eisenbahngüterstatistik

und einen Abdruck der Bundesratsbestimmungen. *C. Meisinger.*

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Zur Berufsstatistik der Sparkasseneinleger in Baden. Von Dr. L. Barck. Nach: Zeitschrift für bad. Verwaltung und Verwrechtspfl. Jahrg. 1910. Nr. 21.

Im Großherzogtum Baden ist für die Jahre 1897 bis 1906 eine Berufsstatistik der Sparkassenneueinleger mittels Individualzählblättchen durchgeführt worden; auf Anregung des badischen Sparkassenverbandes ist diese Statistik alsdann vorläufig eingestellt worden[1]). Damit war die Pflege der Berufsstatistik dem Ermessen der einzelnen Sparkassen freigegeben. Ausweislich der durch Druck veröffentlichten Geschäftsberichte der badischen Sparkassen bezw. der Veröffentlichungen der städtestatistischen Ämter wird z. Zt. nur von 3 Sparkassen des Landes eine Berufsstatistik geführt, nämlich von der Städtischen Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe, von der Sparkasse Lahr und von der Bezirkssparkasse Radolfzell.

Die Berufsstatistik der Sparkasse Karlsruhe ist eine Bewegungsaufnahme der Neueinleger. Sie ist im Anschluß an die Landes-Sparkassenberufsstatistik entstanden in der Weise, daß die für das Statistische Landesamt bestimmten, amtlichen Zählkarten zunächst an das Städtische Statistische Amt gingen, dort monatsweise entziffert und seit 1901 auszugsweise in den Statistischen Monatsberichten der Stadt veröffentlicht wurden; dabei benützte gleichzeitig seit 1899 die Sparkasse die amtlichen Zählkarten bei der Anlegung ihrer (losen) Konten zwecks Beschleunigung des Annahmeverfahrens. Als nun die Landesberufsstatistik mit Beginn des Jahres 1907 eingestellt wurde, ersetzte die Sparkasse aus dem letztangegebenen Grunde die Zählkarten durch sog. Aufnahmezettel in vereinfachter Form, die, nachdem sie zur Kontenanlegung gedient haben, wie früher die Zählkarten an das Städtische Statistische Amt weitergeleitet und hier in demselben Umfange wie bis dahin das amtliche Material entziffert werden; die auszugsweise Veröffentlichung erfolgt heute in den Statistischen Jahresberichten der Stadt. Bei der Sparkasse selbst entsteht demnach durch die Berufsstatistik keinerlei Mehrarbeit.

Auch die Berufsstatistik der Sparkasse Lahr stellt sich als eine Aufnahme der Neueinleger dar. Besondere Zählkarten oder Zettel werden nicht benützt, vielmehr die Berufsangaben allmonatlich „in ¼ Stunde“ (ca. 140 Neueinleger) zusammengestellt; die Ergebnisse für 1909 sowie im Durchschnitt der letzten neun Jahre sind im Geschäftsbericht der Kasse für 1909 niedergelegt.

Die Berufsstatistik der Bezirkssparkasse Radolfzell dagegen ist eine regelrechte Bestandsaufnahme der Sparer, die erstmals auf 1. Januar 1906 vorgenommen und von da ab alle zwei Jahre wiederholt wurde (Zahl der Einleger am 31. Dez. 1909 5296). Die Entzifferung der Berufsangaben, auch nach der Stellung im Beruf, findet aus den Konten zunächst gemeindeweise statt, und nimmt diese Arbeit allerdings „einige Wochen“ Zeit in Anspruch. Wieweit die so rasch wiederholte Bestandsaufnahme auch den Einfluß der Konjunktur auf die Sparbetätigung zum Ausdruck bringen kann, wird sich erst in Zukunft ergeben. Die Ergebnisse der 3 bisherigen Auszählungen sind in den Geschäftsberichten für 1907 und 1909 niedergelegt. *L. Barck.*

1) Siehe D. St. Z. 1910. Sp. 206/7.

Die Sparkassen der Provinz Hessen-Nassau und des Fürstentums Waldeck im Jahre 1909. Im Auftrag des Sparkassenverbandes für die Prov. Hessen-Nassau und das Fürst. Waldeck, bearbeitet vom Landesbankrat H. Reusch, Mitglied der Direktion der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden.

Der Sparkassenverband für Hessen-Nassau und Waldeck widmet der Sparkassenstatistik besonderes Interesse. Den Berichten über die jährlichen Hauptverhandlungen ist seit 7 Jahren eine umfangreiche statistische Abhandlung beigegeben. Die Grundlage bildet das von den Regierungen in Wiesbaden, Cassel und Waldeck eingezogene Material, welches identisch ist mit dem, das für alle preußischen Bezirke jährlich dem Königl. Preußischen Statistischen Landesamt zugeht. Der genannte Sparkassenverband veröffentlicht dieses Material mit sämtlichen 53 Rubriken für die 82 Sparkassen der Provinz Hessen-Nassau und die 4 des Fürstentums Waldeck und überholt die amtliche Statistik zeitlich um mehr als ein volles Jahr. Diesem Tabellenmaterial, das 18 Seiten füllt, pflegt eine Bearbeitung beigegeben zu werden, die in den einzelnen Jahren verschieden umfangreich ist.

Die eingangs erwähnte Bearbeitung, mit welcher ebenso wie in den früheren Jahren, der Unterzeichnete beauftragt worden war, gibt zunächst, wie alljährlich, eine Darstellung der Entwicklung der Sparkassen der Provinz Hessen-Nassau (und teilweise auch derjenigen von Waldeck) und der einzelnen Geschäftszweige.

Den Ausgangspunkt für die meisten Untersuchungen bilden die Kreise. Zu diesem Zweck sind zunächst die Sparkassen nach Kreisen gruppiert. Dabei tritt die große Verschiedenheit in der Spartätigkeit in den einzelnen Kreisen deutlich hervor. Bei der Zusammenfassung in Regierungsbezirke verschwinden diese Unterschiede derart, daß die Spartätigkeit in den Bezirken Cassel und Wiesbaden keine auffallenden Unterschiede aufweist. Bei der Anordnung nach Kreisen tritt jeder Kreis in seiner charakteristischen Eigenart hervor. Nur die Stadtkreise Cassel, Hanau, Frankfurt und Wiesbaden ließen sich von dem entsprechenden Landkreis nicht trennen, weil hier die Sparkassen mit ihrer Tätigkeit ineinander übergreifen. Bei der Nassauischen Sparkasse, die ihren Wirkungskreis über den ganzen Regierungsbezirk Wiesbaden ausgedehnt hat, wurde auf Grund amtlichen Materials eine Verteilung der Sparer und ihrer Einlagen auf die einzelnen Kreise vorgenommen.

Die Verschiedenheit in der Spartätigkeit der einzelnen Kreise ist eine außerordentliche. Die Einlagenbeträge auf den Kopf der Bevölkerung schwanken zwischen 462 ℳ (Kreis Fritzlar) und 101 ℳ (Kreis Hoechst a. M.), die Zahl der auf 100 Personen entfallenden Sparkassenbücher zwischen 54 (Kreis Rinteln) und 14 (Kreis Schlüchtern).

Es ist von größter Bedeutung, die Gründe dieser so verschiedenen Erfolge der Sparkassen festzustellen. Die Jahresberichte für 1906, 1907 und 1909 enthalten Untersuchungen in dieser Richtung. Es kommen als Ursachen, — neben den mehr oder minder vollkommenen Einrichtungen der betreffenden Sparkassen — in Betracht: verschiedener Grad der Wohlhabenheit der Bevölkerung, verschiedener Aufbau der Berufsklassen und der mehr oder minder intensive Wettbewerb anderer Institute, besonders der Genossenschaften.

Die Abhandlung von 1906 brachte eine Gegenüberstellung der Spareinlagen mit den Erträgnissen der Einkommen- und Ergänzungssteuer, die für 1907 eine solche der Zahl der Sparer und derjenigen der Einkommensteuer- und Ergänzungssteuer-Zensiten, um den Einfluß der verschiedenen Wohlhabenheit zu untersuchen. In beiden Fällen ergab sich keine befriedigende Erklärung. Der Einfluß des Genossenschaftswesens wurde in der eingangs erwähnten Abhandlung für 1909 untersucht. Es wurden nach Kreisen die Ersparnisse, sowie die Sparkassenbücher der Sparkassen und der Genossenschaften (letztere schätzungsweise bezüglich der Sparbücher) gegenübergestellt. Den 82 Sparkassen mit 447 Millionen ℳ Einlagen entsprechen 773 Kreditgenossenschaften mit 165 Mill. ℳ Spareinlagen einschließlich der Depositen usw. Das Ergebnis war, daß sich mit der konkurrierenden Tätigkeit der Genossenschaften bei einem großen Teil der Kreise die Ausfälle in der Tätigkeit der Sparkassen genügend erklären ließen.

Die Untersuchung über den Einfluß des Aufbaues der Berufsklassen (in 1909) hatte ein überraschendes Ergebnis. Man hatte erwartet, daß sich in Kreisen mit vorherrschender Landwirtschaft ein Zurückbleiben in der Spartätigkeit zeigen würde, wie bei der Untersuchung im Jahre 1907, wo lediglich die Sparkassen herangezogen worden waren. Diesmal waren dagegen auch die Genossenschaften herangezogen worden. Es sei hier das zusammengefaßte Resultat für den Bezirk Cassel wiedergegeben. Die Kreise sind je nach dem Grad des auf Landwirtschaft entfallenden Teiles der Bevölkerung in drei Gruppen eingeteilt. Es entfielen auf je 100 Einwohner Sparkassenbücher (einschl. der Genossenschaften) in den Kreisen mit vorherrschender Landwirtschaft 44, mit mittlerer 46, mit geringer 43, und auf 1 Einwohner Spareinlagen in den Kreisen mit vorherrschender Landwirtschaft 372 ℳ, mit mittlerer 366 ℳ, mit geringer 295 ℳ. Es scheint danach, als ob der Ruf der Landwirte als schlechter Sparer nicht begründet ist. Man hat bisher wohl allgemein angenommen, daß die Landwirte es vorziehen, ihre Mittel in anderer Weise, als bei Sparkassen oder Genossenschaften anzulegen, nämlich in Grundstückskäufen, Schuldentilgung usw.

Von anderen Untersuchungen in diesen Jahresberichten seien noch erwähnt diejenige für 1907 über die Bedeutung der Überschüsse der Sparkassen. Diese sind dort den Erträgnissen der Einkommensteuer gegenübergestellt. Im Kreis Hünfeld betrugen die Überschüsse z. B. 53,9 %, im Kreis Biedenkopf 33,5 % der Staatseinkommensteuer.

H. Reusch.

XIV. Arbeiterstatistik.

Die Erwerbstätigkeit der Schulkinder im Kanton St. Gallen nach einer Erhebung vom Dezember 1909. Bearbeitet von Dr. phil. Paul Groß. Statistik des Kantons St. Gallen, Heft XXVII. St. Gallen 1910.

Schon aus früheren Publikationen, wie denen Schulers, war bekannt, daß im Stickereigebiet die Kinderarbeit stark verbreitet ist. Im Jahre 1907 stellte ein Mitglied des Schulrates von Rorschach im kantonalen Parlamente eine Motion, durch welche die Regierung eingeladen wurde, Erhebungen über den Umfang der Kinderarbeit zu veranstalten und eventuell Maßnahmen zu ihrer Beschränkung vorzuschlagen. Mit vorliegender Arbeit hat sich die Regierung des ersten Teiles dieser Aufgabe entledigt.

Der vom kantonalen Fabrikpolizeibureau entworfene Fragebogen schließt sich an andere an, auch an den Vorschlag J. Deutsch's. Einbezogen wurden sämtliche Schulen mit Ausnahme der höheren Lehranstalten. Als Erhebungsorgane funktionierten die Lehrer, die man über Zweck und Ziel der Erhebung und den Begriff der Erwerbstätigkeit durch Zirkulare aufklärte. Betätigung in der Landwirtschaft wurde grundsätzlich als Erwerbstätigkeit betrachtet, dagegen sah man überall ab von gelegentlicher und kaum nennenswerter Hilfe und ebenso von der Betätigung in der eigentlichen Hauswirtschaft. Für die nichterwerbstätigen Kinder waren nur die Personalien aufzunehmen.

Die Hauptresultate sind folgende: Die Gesamtzahl der Schulkinder betrug im Dezember 1909 43 832, davon 22 174 Knaben und 21 658 Mädchen. Erwerbstätig waren 14 218 Kinder oder 32,44 % (55,2 % Knaben, 44,8 % Mädchen). Auf der Altersstufe von 12—14 Jahren erreicht die Zahl der Erwerbstätigen beinahe die der Nichterwerbstätigen, beträgt aber auch von 6—7 Jahren schon ein Drittel. Weitere Tabellen handeln vom Alter der Kinder bei Beginn der Erwerbstätigkeit, von der Anzahl der Arbeitstage und Stunden, von der Ferienarbeit, der Art der Erwerbstätigkeit und dem Einfluß derselben auf die körperliche und geistige Entwicklung und die Sittlichkeit. Auch der Arbeitsort und der Arbeitgeber werden berücksichtigt. Daneben dienen zwei Kärtchen und eine graphische Darstellung zu weiterer Aufklärung. Der Arbeit sind im Grundzuge Gesetzesvorschläge beigegeben.

P. Groß.

XV. Versicherungsstatistik.

Das Versicherungswesen und die Provinzial-Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen zu Halle a. S. Beilage zum Statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. August 1910.

Die Arbeit schildert kurz das Wesen der Versicherung, die Versicherungsarten und -Formen und legt die Notwendigkeit des Vorhandenseins der öffentlichen Sozietäten neben den Privatgesellschaften dar. Im Anschluß daran wird ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Provinzial-Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen gegeben und der Versicherungsstand dieser Korporation in Halle im Jahre 1909 behandelt. Ein Vergleich mit früheren Jahren er-



gibt ein erfreuliches Erstarken des Versicherungsgedankens im allgemeinen. *M. Rusch.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Die Körper- und Gebrechlichkeitspflege bei den Schulkindern in Halle S. Beilagen zu den Statist. Monatsberichten der Stadt Halle S. Okt. und Nov. 1910.

Die Abhandlungen bilden den Abschluß einer Reihe von Arbeiten aus dem Gebiete der Jugendfürsorge. Es wird die Bedeutung der Körperpflege bei den Kindern gerade während der Schulzeit dargelegt und gezeigt, wie diesem Erfordernis in Halle durch Turnen, Schwimmen, Turnspiele und Wanderfahrten Rechnung getragen wird. Die Hauptergebnisse der schulärztlichen Tätigkeit werden mitgeteilt, die Schulspeisungen, Walderholungsstätten und Kinderheilstätten im einzelnen behandelt. Die Gebrechlichkeitspflege beschäftigt sich zunächst mit den Sprachheilkursen und Sprachheilklassen für die Kinder, welche mit einem Sprachfehler behaftet sind, schildert sodann die Hilfsschulen für geistig abnorme Kinder in den Volksschulen und die Privatschule für schwachbegabte nervöse Kinder aus besser situierten Familien. Schließlich wird die Pflege und der Unterricht der Taubstummen und Blinden erörtert. *M. Rusch.*

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Vereinspresse Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Von R. Kootz. Zeitschr. für die ges. Staatswissenschaft. Jahrg. 1910, S. 350—374.[1])

Unter dem Ausdruck Vereinspresse sind alle diejenigen periodischen Erscheinungen zusammengefaßt, welche von Vereinen, Genossen- und Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen zur Vertretung ihrer Interessen herausgegeben werden, und für welche dieselben nicht nur die geistige, sondern auch die materielle Verantwortung tragen; es kommen hierbei insgesamt 440 Vereinigungen in Betracht. Unberücksichtigt blieben diejenigen, die sich zwar als Vereinsblatt irgendeines Vereins der gedachten Art bezeichnen, im übrigen aber Eigentum einer Privatperson sind, ebenso die von den Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern herausgegebenen Blätter.

Die Entwicklung der Vereinspresse hat mit der des Zeitschriftenwesens im allgemeinen gleichen Schritt gehalten, begünstigt wurde sie besonders durch die zentrale Form der gedachten Vereinigungen, doch auch verschiedene solche von lokaler Ausbreitung haben eigene Vereinsblätter geschaffen, wie beispielsweise mehrere Hausbesitzervereine, die aber in dem Aufsatze unberücksichtigt blieben.

Gewonnen wurde das Material, das sich teils auf 1907, teils auf 1908 stützt, und sich auf das Gründungsjahr und die Mitgliederzahl des Vereins sowie auf das Gründungsjahr, die Auflage, den jährlichen Bezugspreis für Mitglieder und Nichtmitglieder, die Erscheinungsweise, das finanzielle Ergebnis des Blattes usw. erstreckt, durchweg durch unmittelbare Umfrage, mit Ausnahme der Gewerkschaften im Deutschen Reiche und in Österreich, für welche die Angaben in der Hauptsache durch ihre Generalsekretariate erfolgten.

Die Aufwendungen der Vereine für ihre Presse sind nicht unbedeutend, sie verschlingen bei einzelnen die Hälfte der Vereinsbeiträge, doch gestaltet sich dies Verfahren für dieselben auch finanziell noch immer vorteilhafter, als wenn das Blatt in Privatverlag erschiene, abgesehen von anderen Vorteilen. Verlag in Kommission ist im Deutschen Reiche und auch in Österreich nur wenig üblich, vielmehr herrscht hier der Selbstverlag vor, in vereinzelten Fällen ist das Blatt Eigentum des Vereinsvorsitzenden. In der Schweiz besteht mehrfach der Kommissionsverlag, und zwar mit Zwangsbezug für die Mitglieder, der im Deutschen Reiche fast nirgends vorkommt. In letzter Zeit sind auch in der Schweiz mehrere Vereine zum Selbstverlag übergegangen, und, wie sie hinzufügen, sehr zu ihrem Vorteil. Überhaupt ist in der Schweiz für die Vereinspresse in finanzieller Hinsicht ein viel günstigerer Boden als im Deutschen Reiche und in Österreich. Ebensowenig aber wie man diese Vereinspresse als eigentliches Handelsobjekt ansehen kann, ist sie als Gradmesser für das Lesebedürfnis anzusehen, wohl aber ziehen vor allem Papier- und Druckgewerbe bedeutenden Vorteil aus ihnen; diese Summe dürfte sich für das Deutsche Reich auf jährlich 8 bis 10 Mill. *M* belaufen.

Von 18 gewerblichen Unternehmerverbänden des Deutschen Reiches mit 152 024 Mitgliedern und einer Gesamtauflage ihrer Blätter von 134 042 Exemplaren erzielten 5 Überschüsse aus dem Blatte, bei 2 deckten sich Einnahmen und Ausgaben, bei 6 ist dies nicht beantwortet. Von den 20 landwirtschaftlichen mit 850 505 Mitgliedern und 703 994 Auflage erzielten 4 Überschüsse, bei 12 fehlt die Angabe hierüber. Von den Gewerkschaftsblättern erzielt kein einziges Überschüsse, da sie fast ohne Ausnahme unentgeltlich an die Mitglieder abgegeben werden und das Anzeigenerträgnis bei ihnen äußerst gering ist; außerhalb der Gewerkschaften und Vereine hat die Vereinspresse überhaupt wenig Verbreitung. Das hier Gesagte gilt auch für die beiden anderen Staaten. Bei den Freien Gewerkschaften des Deutschen Reiches betrugen die Zuschüsse zu den Verbandsorganen im Jahre 1907 insgesamt 1 878 392 *M*. Von 40 Beamtenvereinigungen des Deutschen Reiches mit 367 107 Mitgliedern und 373 170 Auflage erzielten 6 Überschüsse, bei 2 halten sich Einnahmen und Ausgaben die Wage, bei 10 blieb dies unbeantwortet. Von 11 Gehilfenvereinen haben je 2 Überschüsse und Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe. Von 30 verschiedenen Vereinen erzielt nur der Deutsche Kriegerbund Überschüsse. Bei Österreich kommen von Arbeitgeberverbänden nur 17 gewerbliche in Betracht, von denen 2 Überschüsse erzielen; von 16 Beamtenvereinen erzielen 3 Überschüsse, die Blätter von 10 verschiedenen Vereinen erfordern alle Zuschüsse. Was die Schweiz anbetrifft, so erfordern von den Blättern der 21 gewerblichen Arbeitgebervereine nur 3 Zuschüsse, während bei den 3 land- bzw. forstwirtschaftlichen 1 Überschüsse nicht herausarbeitet, 1 Zuschüsse erfordert und von dem dritten dies unbekannt ist. Von 7 Beamtenvereinen erfordern die

1) In Nr. 2 (1911) des D. St. Z. Sp. 54 Z. 4 v. oben muß es statt „10" heißen „90".

Blätter zweier Zuschüsse, alle anderen werfen Überschüsse ab. Von 2 von 5 Gehilfenvereinen ist das finanzielle Ergebnis bekannt, es bedeutet Überschuß bzw. Gleichgewicht; bei den 6 verschiedenen Vereinen wechselt bei 1 Überschuß und Zuschuß ab.

Die Gesamtmitgliederzahl aller erfaßten Vereine beträgt im Deutschen Reiche 9 812 506, in Österreich 586 811, in der Schweiz 972 738, worauf infolge eines Druckfehlers bei erstgenanntem Staate hingewiesen sei. Bei der Schweiz kommt jedoch ein sich nicht lediglich auf die Schweiz erstreckender christlicher Verein mit über 800 000 Mitgliedern und nur 600 Auflage seines Vereinsblattes in Betracht. *R. Kootz.*

XXIV. Finanzstatistik.

Die Progression bei den schweizerischen Staats- und Gemeindesteuern auf unfundierte Bezüge. Nach Dr. Weiler (Steglitz bei Berlin), Direkte Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz usw. Art. Institut Orell Füssli, Zürich 1910. 8 Frs. (7 ℳ).[1])

Im Gegensatz zu andern, namentlich deutschen Steuersystemen, weisen die verschiedenen Steuern auf unfundierte Bezüge in fast allen Kantonen der Schweiz einen nur subsidiären, ergänzenden Charakter auf. In Appenzell I.-Rh. und Glarus werden keine Steuern auf unfundierte Bezüge erhoben, während Nidwalden und Schwyz nur Pensionen besteuern. Nur drei Kantone, Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn (bis 1909 auch Tessin) besitzen allgemeine Einkommensteuern. In der großen Mehrzahl der Kantone gelangt demnach eine Erwerbssteuer zur Erhebung. Die schweizerischen Erwerbssteuern verschonen die Bezüge des schon von der Vermögenssteuer getroffenen Vermögens, belasten also im wesentlichen den persönlichen, d. h. den aus Arbeit fließenden Erwerb. Auf die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn ein Einzeleinkommen sich aus verschiedenen Faktoren zusammensetzt (z. B. bei allen mit Betriebskapital arbeitenden Unternehmungen), kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Der ergänzende Charakter der schweizerischen Steuern auf unfundierte Bezüge tritt in dreifacher Beziehung zutage. Einmal sind diese Steuern eine Errungenschaft der letzten Jahrzehnte; die Folge ist, daß man sie von Anfang an progressiv, und zwar besser als die seit altersher bestehenden Vermögenssteuern, gestaltete, da die Lehren der modernen Finanzwissenschaft, insbesonders das immer siegreicher vordringende Prinzip des beschränkten Opferausgleichs, inzwischen die Ansichten für und wider Progression geklärt hatten. Sodann stehen die Erträge der Erwerbs- usw. -steuern in fast allen Staatsrechnungen hinter denen der Vermögenssteuern, teilweise ganz erheblich, zurück. Schließlich ist der ergänzende Charakter der schweizerischen Steuern auf unfundierte Bezüge in ihren niedrigen Sätzen zu erkennen: das Arbeitseinkommen wird entsprechenden Vermögensbezügen gegenüber zu niedrig belastet. Hierfür einige statistische Angaben (die in Klammern beigefügten Zahlen zeigen die Belastung eines entsprechend großen fundierten Einkommens):

1) Siehe D. St. Z. 1910 Sp. 244 u. 1911 Sp. 22.

Im Durchschnitt sämtlicher Kantone belasten die Staatssteuern ein Einkommen von 1000 Fr. mit 0,5 % (3,5 bew. bzw. 3,8 unbew. Vermögen). Für Einkommen von 2000 Fr. sind 0,8, von 4000 Fr. 1,1, von 10 000 Fr. 1,8 und von 40 000 Fr. 2,5 % (6,1 resp. 6,3 %) zu zahlen. Berücksichtigen wir auch die verschiedenen Gemeindesteuern der Kantonshauptorte, so zeigt die Progressionskurve bei einem Einkommen von 1000 Fr. eine durchschnittliche Belastung von 1,3 % (11,8 resp. 12,2 %); Einkommen von 2000 Fr. werden mit 2,0, von 4000 Fr. mit 2,8, von 10 000 Fr. mit 4,3 und von 40 000 Fr. mit 5,6 % (15,9 resp. 15,5 %) belastet.

Unter Berücksichtigung der Steuern der Kantonshauptorte erscheinen im Durchschnitt unfundierte Bezüge in Höhe von 1000 Fr. fast zehnmal, von 2000 Fr. mehr als sechsmal, von 4000 Fr. mehr als viermal und von 40 000 Fr. fast dreimal niedriger belastet als die fundierten Bezüge für die entsprechenden steuerpflichtigen Summen! Die preußische Einkommensteuer belastet bei einer gemeindlichen Zuschlagssteuer von nur 100 % sämtliche Einkommen um rund 1 % höher als die schweizerischen Staats- und Gemeindesteuern im Durchschnitt. Auch der eifrigste Verteidiger der Forderung der höheren Belastung fundierter Bezüge vermag den in der Schweiz bei der Heranziehung fundierter und unfundierter Einkommen bestehenden großen Unterschied, dessen Entstehung und teilweise Rechtfertigung in Nr. 1 dieses Jahrganges des D. St. Z. dargelegt wurden, nicht zu billigen. Da der Unterschied mit zunehmender Größe der steuerpflichtigen Summen etwas verflacht, so zeigen diese Zahlen auch, daß die progressive Belastung bei den Steuern auf unfundierte Bezüge wirkungsvoller als bei den auf fundierte Bezüge durchgeführt ist. Die Progressionsskalen der Erwerbs- resp. Einkommenssteuern weisen im allgemeinen eine größere Spannung zwischen dem niedrigsten und höchsten Steuerfuß auf; vergrößert wird diese Spannung dann noch durch die in vielen Kantonen übliche Art der Freilassung des Existenzminimums, nämlich die jedem Steuerpflichtigen zustehende Berechtigung des Abzuges einer gleichbleibenden oder mit steigendem Einkommen kleiner werdenden Summe vom steuerpflichtigen Einkommen.

Zürich und Graubünden (auch unter Berücksichtigung der „Maximalsteuer" der Stadt Chur) besitzen die höchsten Sätze bei der Besteuerung des unfundierten Einkommens. Im übrigen sind hier die Abweichungen in den einzelnen Kantonen von den Durchschnittszahlen nicht so enorm wie bei den in Nr. 1 dieses Jahrganges des D. St. Z. besprochenen Steuern auf fundierte Bezüge. *P. H. Weiler.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Methoden zur Messung der Verteilung und der gegenseitigen Beziehungen statistischer Erscheinungen. Nach: *Indici di concentrazione e di dipendenza.* Von Prof. C. Gini in Cagliari. *Biblioteca dell'Economista*, Vol. XX Turin 1910

Die Verteilung einer quantitativen Eigenschaft, wie Einkommen, Vermögen, Mietpreis, Kinderzahl,

Körpergröße usw. auf die damit begabten Individuen ist um so ungleichmäßiger, je größer ihre Konzentration ist. Letztere ist um so stärker, je größer der Teil der gesamten Intensität dieser Eigenschaft ist, welche derjenigen Individuenzahl zukommt, die diese Eigenschaft in besonders hohem Grade besitzt. So ist z. B. die Konzentration des Einkommens in einem Staate um so stärker, je größer der Teil des gesamten Einkommens ist, den die Reichsten besitzen. Bezüglich der eingeschätzten Einkommen insbesondere hat der Verfasser gefunden, daß, wenn man den Bruchteil $^1/_a$ des gesamten Einkommens, den die Besitzer eines x übersteigenden Einkommens haben, auf den Exponenten δ erhebt, man den Bruchteil $^1/_n$ der Besitzer erhält, der ein x übersteigendes Einkommen hat. Es ist also $(^1/_a)^{\delta} = {^1/_n}$. Der Exponent δ ist örtlichen und zeitlichen Schwankungen stark unterworfen, erscheint aber für die Einkommen in einem bestimmten Staate und einer bestimmten Zeit in der Mehrzahl der Fälle als nahezu unabhängig vom Einkommen x. Er ist also eine Konstante, die die Konzentration der Einkommen dieses Staates in dieser Zeit kennzeichnet; der Verfasser nennt dies den „Konzentrationsindex“ des Einkommens. In ähnlicher Weise wird der Konzentrationsindex für andere Eigenschaften bestimmt. Allgemein kann man ihn für eine bestimmte Eigenschaft als Konstante definieren, die die Beziehung charakterisiert, welche besteht zwischen dem Verhältnis (dem Quotienten) der Zahl der Individuen, die die Eigenschaft mit einer x übersteigenden Stärke besitzen, zur Gesamtzahl der betrachteten Personen, und dem Verhältnis der Gesamtstärke der Eigenschaft dieser Individuengruppen zu derjenigen aller Gruppen.

Ähnlich läßt sich die Beziehung zwischen zwei Eigenschaften A und B messen, die denselben Individuen zukommen. Wenn zwischen der Stärke zweier Eigenschaften keinerlei Beziehung besteht, so wird $^1/_n$ der Personenzahl, die die Eigenschaft A im höchsten Maße besitzt, doch nur $^1/_b = {^1/_n}$ der gesamten Stärke der Eigenschaft B; wenn hingegen zwischen beiden Eigenschaften eine positive Beziehung besteht, wird $^1/_b > {^1/_n}$ sein. Eine Konstante, die die Beziehung zu $^1/_n$ und $^1/_b$ kennzeichnet, wird vom Verfasser als „Abhängigkeitsindex“ der Eigenschaft B von der Eigenschaft A bezeichnet. Wenn die Abhängigkeit der beiden Eigenschaften voneinander eine vollständige ist, so fällt dieser Abhängigkeitsindex mit dem Konzentrationsindex von A zusammen.

Ein anderer Weg zur Messung der gegenseitigen Abhängigkeit zweier Eigenschaften ist folgender: Wenn die Abhängigkeit der beiden Eigenschaften voneinander vollständig ist, so wird jeder beliebige Teil der in Betracht gezogenen Individuen beide Eigenschaften in derselben Stärke besitzen. Wenn hingegen die Beziehung positiv vorhanden ist, aber nicht einer vollständigen Abhängigkeit gleichkommt, so wird der Teil der Individuen, der die Eigenschaft A in höherem Grade besitzt, auch einen Bruchteil $^1/_a$ der gesamten Stärke der Eigenschaft A haben, der größer ist als der Bruchteil $^1/_b$ der gesamten Intensität der Eigenschaft B. Der Verfasser nennt daher „Unabhängigkeitsindex der Eigenschaft B von der Eigenschaft A“ eine Konstante, die ihre Beziehung zwischen $^1/_a$ und $^1/_b$ kennzeichnet. Sind A und B vollkommen unabhängig voneineinander, so fällt der Unabhängigkeitsindex des B und A mit dem Konzentrationsindex von A zusammen.[1] *C. Gini.*

1) Einige praktische Anwendungen dieser Methode in dem obengenannten Buche werden den Gegenstand weiterer Besprechungen bilden. *Red.*

Vermischte Mitteilungen.

Am 15. und 16. Februar fand auf Veranlassung des Reichsamts des Innern in Berlin eine **Beratung** von Vertretern des Reichsamts des Innern und anderer Reichsbehörden mit solchen der Regierungen und der Statistischen Ämter derjenigen Bundesstaaten, die die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907 selbst bearbeitet hatten, statt, wobei die Erfahrungen bei der genannten Zählung und ihre Nutzbarmachung für künftige Zählungen erörtert wurden. Die Fortsetzung dieser Beratungen soll in einer aus Vertretern des Reichsamts des Innern, des Kaiserlichen Statistischen Amtes und der Statistischen Ämter einiger Bundesstaaten bestehenden Kommission erfolgen. Bei den Beratungen im Reichsamt des Innern waren auch die städtischen Statistischen Ämter zahlreich vertreten; den künftigen soll der derzeitige Vorsitzende des „Verbands Deutscher Städtestatistiker“ beiwohnen.

Statistik und Politik. In der Sitzung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 22. Februar 1911 hat in der Erörterung eines Vortrags von Prof. Auhagen über Viehzucht und Fleischversorgung Deutschlands der frühere preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski sich wie folgt geäußert (nach der „Tägl. Rundschau“): „Aus meiner sehr langen Erfahrung möchte ich Ihnen den Rat geben, nicht allzu großes Gewicht auf die Statistik zu legen, denn aus einer Statistik kann man stets herausnehmen was man will. Wenn jemand von Ihnen schwer krank ist, so müssen Sie sich schon von einem Tierarzt kurieren lassen, denn wie die Statistik beweist, ist bei einem Tierarzt noch nie ein Mensch gestorben.“ Man braucht diese Äußerung, die in der Versammlung „große Heiterkeit“ erweckte, auch im Kreise der Statistiker (wie der Mediziner) nicht tragisch zu nehmen, aber man sollte einmal darüber nachdenken, gegen wen sie sich eigentlich richtet. Sind die Statistiker diejenigen, die aus der Statistik „herausnehmen, was sie wollen“, oder wer ist es? Die Antwort fällt nicht schwer: Es sind die Politiker, die fortgesetzt die Statistik in Mißkredit bringen, weil sie oder doch viele von ihnen herausnehmen, was ihnen paßt und verschweigen, was ihnen nicht paßt. Diese Tatsache festgenagelt zu haben, ist entschieden ein Verdienst von Herrn v. Podbielski. Wären die Ergebnisse, zu denen sein Vorredner auf Grund von Statistiken gelangt war, in seinem Sinne gewesen, vielleicht wäre dann seine Äußerung unterblieben. Das aber wäre wirklich schade!

In bezug auf die **„Erwiderung“** des Herrn Dr. Jacobssohn in Nr. 2 Sp. 58 schreibt Herr Privatdozent Dr. A. Günther an die Redaktion:

„Herr Dr. Jacobssohn übersieht, daß die geringere Anzahl der Arbeitstage in München mindestens teilweise auf die vielen katholischen Feiertage in dieser Stadt zurückzuführen ist, also an sich durchaus nicht etwa eine besonders lange Zeit der Geschäftsflaue dartut. Wenn ich den durchschnittlichen Wochenlohn mit 50 statt mit 52 multiplizierte, so nahm ich damit bereits auf die geringere Jahresarbeitszeit einzelner Kategorien Rücksicht, selbstverständlich nur im Rahmen eines ganz rohen Vergleiches, was ich ausdrücklich in der Deutschen Techniker-Zeitung vom 16. April 1910 erwähnte. Übrigens verdienen in der auf Seite 165 meiner Münchener Lohnermittelungen wiedergegebenen Übersicht etwas mehr

Arbeiter über dem Durchschnittssatz von *M* 25.—. Endlich beweist auch die von Dr. Jacobssohn herausgerechnete Durchschnittsziffer von 1179,50 *M* Jahresarbeitsverdienst in München gegenüber 1232 *M* in der Saarindustrie, daß zwischen den Nominal-Lohnverhältnissen der Großindustrie an der Saar und der Münchner mehr klein- und mittelgewerblichen Betriebe nennenswerte Unterschiede in der Entlohnung der Arbeiter nicht bestehen, daß also die Behauptung Dr. Tille's, wonach die „Riesenbetriebe" durch ihre Lohnhöhe ausgezeichnet seien, einer beträchtlichen Einschränkung bedarf. Ich hoffe im übrigen, diese Parallele mit Einbeziehung des Reallohns noch weiter verfolgen zu können. – Ich weise die Annahme Dr. Jacobssohns, daß er in den Spalten der Deutschen Techniker-Zeitung das Wort hätte erhalten sollen, entschieden zurück. Der Verfasser einer in schärfster Form geschriebenen Broschüre konnte nicht verlangen, daß der Angegriffene selbst ihm Gelegenheit zur Replik gab, um so weniger, als Dr. Jacobssohn die ihm nahestehende Arbeitgeber-Presse zur Verfügung stand".

Auf die vorstehenden Ausführungen des Herrn Dr. Günther antwortet Herr Dr. Jacobssohn folgendes:

„1. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß der von mir berechnete Durchschnittsverdienst für München im Betrage von höchstens 1179,50 *M* von Herrn Dr. Günther anerkannt wird, womit er, da die betreffende Zahl für die Eisenhütten des Saarbezirks 1232,00 *M* beträgt, stillschweigend seine Behauptung in Nr. 8 widerruft, er habe „den Nachweis mindestens gleich günstiger Lohnverhältnisse" für München erbracht.

2. Der eben angegebene Lohnunterschied von mindestens 52,50 *M* = $4\frac{1}{2}$ % bleibt hinter dem in Wahrheit bestehenden, wie nicht übersehen werden darf, zurück, da sich ja die Zahl für das Saargebiet auf 1904, die Münchener Zahl aber auf 1905 bis 1906 bezieht und die Löhne bekanntlich von 1904 auf 1905/06 nicht unerheblich gestiegen sind (der Kruppsche Durchschnittsverdienst betrug 1904 4,88 *M*, 1905 5,12 *M*, 1906 5,35 *M*).

3. Wenn Herr Dr. Günther einen Lohnunterschied von $4\frac{1}{2}$ % jetzt als nicht nennenswert bezeichnet, so dürfte das wohl im Widerspruch damit stehen, daß er der Frage, ob der ausscheidende Arbeiter seine Pensionskassenbeiträge in Höhe von $2\frac{1}{2}$ % zurückerhalten soll, ein ganzes Buch gewidmet hat.

4. In der mir angeblich nahestehenden Arbeitgeberpresse habe ich noch keine Zeile veröffentlicht".

Hiermit schließt die Redaktion diese Kontroverse.

Veröffentlichungen über die Volkszählung im Deutschen Reich von 1905. (Fortsetz. zu Nr. 5, 6 u. 8 des 2. und Nr. 1 des 1. Jahrg.)

Die freie Stadt Lübeck weist sowohl für die Stadt Lübeck als auch für Travemünde und die Landbevölkerung in der Alterstabelle die Einwohnerzahl nach dem Geschlecht für die einzelnen Geburtsjahre nach. Die Alterstabelle der zusammenlebenden Ehepaare zeigt das gegenseitige Alter in Jahrfünften.

Die Haushaltungstabellen geben die Art des Zusammenlebens in Haushaltungen und Anstalten für die Stadt Lübeck und für Travemünde und Landbezirk. Unter Angabe der Zweckbestimmung der Anstalten wird die Zahl ihrer Insassen gesondert vom Aufsichts- und Dienstpersonal und nach dem Geschlecht gegeben. Eine weitere Tabelle weist für die beiden Verwaltungsbezirke die Art der Haushaltungsmitglieder nach, als: Haushaltungsvorstände (Eheleute, andere Vorstände), Kinder von unter 14, 12—14, über 14 Jahre, Verwandte (Eltern, Geschwister, andere Verwandte) usw. Die Gesamtzahl der Haushaltungsmitglieder wird kombiniert mit den Arten der Haushaltungsmitglieder. Eine besondere Tabelle berücksichtigt die Zusammensetzung der Haushaltungen mit Pensionären, Zimmermietern, Schlafleuten und ohne solche. Dabei wird ebenfalls Stadt- und Landgebiet unterschieden. Ein Verzeichnis aller eine besondere Namensbezeichnung führenden Wohnplätze mit Angabe der Zahl der Wohnhäuser, der Haushaltungen und der Bewohner bildet den Schluß der Veröffentlichung. Als „Ergebnisse der Volkszählung im Lübeckischen Staate vom 1. Dezember 1905" sind die Resultate der Zählung erschienen.

In der freien Stadt Bremen waren die statistischen Auszählungen ebenfalls sehr eingehend. In 5 Altersgruppen sind die beiden Geschlechter für die Stadtbezirke und Verwaltungsbezirke ausgezählt, während die gesamte Bevölkerung nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren gegeben wird. In beiden Fällen berücksichtigte man zugleich die Zahl der außerhalb Geborenen. Der Familienstand wurde nach den Stadt- und Landbezirken in 9 Altersgruppen unterschieden.

Bei der Auszählung der Gebürtigkeit sind die Bezirke: Stadt Bremen, Landgebiet, Vegesack, Bremerhaven berücksichtigt und mit einer sehr umfangreichen Gliederung der Geburtsorte und -länder in Verbindung gebracht worden. Die in den deutschen Staaten, Provinzen und Großstädten Geborenen sind in 5 Gruppen gegliedert, entsprechend fünf Größenklassen der Geburtsorte der außerhalb Geborenen. Bei den einzelnen Geburtsorten und Geburtsländern ist angegeben, wieviel Selbständige, Angehörige, Dienstboten, Gewerbegehilfen, Einlogierer sich unter den dort Geborenen befanden. Die Unterwesergegend als Herkunftsland wurde besonders behandelt. Die Zeit des Zuzugs wurde für Stadt- und Landbezirke festgestellt.

In den Berufstabellen sind die Erwerbstätigen nach Berufsgruppen, Stellung im Beruf und nach dem Geschlecht in den genannten 4 Gebietsteilen unterschieden; für die einzelnen Stadtteile, Landgemeinden und Hafenstädte sind dagegen nur Berufsabteilungen und Stellung im Beruf unterschieden.

Der Familienstand für beide Geschlechter ist nach Berufsabteilungen und Stellung im Berufe nachgewiesen. Die Berufstätigen der Stadt Bremen sind nach dem Geburtslande und einigen wichtigeren Berufsgruppen kurz dargestellt; auch hier gliederte man die Zugewanderten in 5 Gruppen nach Größenklassen der Geburtsgemeinden. Für den Staat und die Stadt Bremen ist die Zahl der Zugezogenen nach Berufsgruppen und Zuzugsjahren und ferner bei den Berufstätigen einiger Berufsgruppen ihre Stellung im Haushalt gegeben.

Die Religionstabelle kombiniert 23 Religionsbekenntnisse mit den einzelnen Gebietsteilen und 6 Religionsgruppen mit den einzelnen Zählbezirken. Eine weitere Religionstabelle bringt die Erwerbstätigen nach Berufsgruppen in 5 Religionsgruppen für die Stadt Bremen und das Staatsgebiet. Die Zahl der Mischehen wird nach dem Bekenntnis der Ehegatten unter Angabe der Konfession der Kinder nachgewiesen. Für die einzelnen Stadt- und Gebietsteile wurden in gleicher Weise die Mischehen zwischen Evangelischen und Katholischen besonders behandelt. — Die Muttersprache wird für die Wohnbevölkerung nach Gebietsteilen angegeben.

Unter dem Titel „Volkszählung vom 1. Dezember 1905 im Bremischen Staate" sind die Resultate veröffentlicht.

(Forts. folgt.)

J. Rahts.

Titelanzeigen.

2. Literatur der Statistik der Bevölkerungsbewegung des Jahres 1909.

Von Dr. **Reinhold Jaeckel** in Charlottenburg, Statistiker des Kreises Teltow.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betr. Jahrgang und die Spalte an.

Abkürzungen: J.B. = Jahresbericht. St. D. R. = Statistik des deutschen Reichs. St. J. = Statistisches Jahrbuch. K. G. A. = Kais. Gesundheits-Amt. St. L. A. = Statistisches Landes-Amt. St. M. = Statistische Mitteilungen. V. = Vierteljahrshefte. R.Dr. = Reichstags-Drucksachen. R.A.B. = Reichs-Arbeits-Blatt.

Ordnung der Titel: Deutsches Reich. — Bundesstaaten. — Deutsche Städte. — Ausland. — Private Veröffentlichungen.

Auch die von einzelnen Städten herausgegebenen „Monatsberichte" pflegen, ebenso wie manche Gemeinde-Amtsblätter, fortlaufende

statistische Nachweise über Tatsachen der Bevölkerungsbewegung zu enthalten; diese Nachweise sind im folgenden nicht berücksichtigt.

(I, 234) Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1907. St. D. R. Bd. 223 u. V. z. St. D. R. I.

— desgl. im Jahre 1908. [Mit Vergleichen bis 1872 zurück.] Ebd. IV.

— in deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1908. Veröff. K. G. A. 1909, 38.

Auswanderung, Die überseeische, im Jahre 1908. Ebd. I. und R.A.B. 1909.

Geschäftsbericht d. Zentralauskunftsstelle f. Auswanderer für d Jahr v. 1. Oktober 1908 bis 30. Sept. 1909. R.Dr. 12. L.-P., II. Sess. Nr. 178.

Herkunftsländer und Einschiffungshäfen der deutschen Auswanderer. Ebd. Nr. 178.

Sterblichkeit in einigen größeren Verwaltungsgebieten des In- und Auslandes während d. J. 1907. Veröff. K. G. A. 1909, 12.

(II, 43) Sterblichkeit im deutschen Reich 1906. Medizinalstat. Mitt. a. d. K. G.A. Bd. XII.

Sterblichkeit in deutschen Orten mit 40 000 und mehr Einwohnern. Wöchentlich i. d. Veröff. K. G A.

— desgl. mit 15 000 und mehr Einwohnern. Monatlich i. d. Veröff. K. G.A.

Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen in den Stadtkreisen Preußens im 1. Vierteljahr 1909. Med. Stat. Nachr. 1909, I.

Die Bewegung der Bevölkerung unter Hervorhebung der wichtigsten Todesursachen der Gestorbenen in den einzelnen Vierteljahren der Kalenderjahre 1907 und 1908 in Preußen. Ebd. 1909, I.

Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen der Gestorbenen in den einzelnen Vierteljahren des Kalenderjahres 1908: 1. in den Stadtkreisen Preußens, 2. in den Regierungsbezirken nach Stadt und Land. Ebd. Beilage zu Heft 1.

— desgl. im 1. Vierteljahr 1909. Ebd. 09, I.

Sterblichkeit, Die, der Gesamtbevölkerung des preußischen Staates nach Todesursachen und Altersklassen während des Jahres 1908. Ebd. 1909, 2, 3. u. 4.

Geburten, Die, Eheschließungen und Sterbefälle im preußischen Staate während des Jahres 1908. Nebst einem Anhange, enthaltend die Altersverhältnisse der eheschließenden Männer und Frauen 1905/06 im preußischen Staate. Preußische Statistik XXVI.

Kühnert, F.: Die Fideikommisse in Preußen im Jahre 1907 und die Wanderungen in den Kreisen mit besonders ausgedehntem Fideikommißbesitze im Zeitraume 1875 bis 1905. Zeitschr. des Preuß. St. L.A. 09, IV.

Geburten, Eheschließungen und Todesfälle, mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen der Gestorbenen im preußischen Staate sowie in dessen Regierungsbezirken während des 3. Vierteljahres 1909. Medizinalstatist. Nachr. 1909, 3.

— desgl. in den Stadtkreisen Preußens während des 3. u. 4. Vierteljahrs 1909. Ebd. 09, 3 u. 4.

Ehescheidungsbewegung, Die, in Preußen 1907. Stat. Korr. 1909, 5.

Ehescheidungen, Die. in Preußen 1908. Ebd. 09, 28.

Bewegung, Die, der Bevölkerung in Bayern 1908. Z. d. Bayer. St. L.A. 09, 3 u. 4,

Geburten und Sterbefälle in 25 bayerischen Städten im 3. Vierteljahr 1908. Z. d. Bayer. St. L.A. 09, I.

Fruchtbarkeit, Die eheliche und uneheliche, mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. Mit graph. Darstellungen. Beiträge zur Stat. d. Königr. Bayern. H. 71.

(I, 178) Eisenbahnwanderungen zwischen Wohn- und Arbeitsort im rechtsrheinischen Bayern während d J. 1907. Ztschr. Bayr. St. L.A. 09, 2.

Lommatzsch, G. Dr., Beiträge zur Statistik der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Dresden, Leipzig und Chemnitz in den Jahren 1901—1905. Zeitschr. d Sächs. St. L.A. 1909.

Bevölkerungsbewegung im Kgr. Sachsen 1908 nach vorläufiger Zusammenstellung, verglichen mit den endgültigen Ergebnissen von 1907. Dresd. Journ. 1909, 103.

Geburten, unehel. u. vorehel., Ehescheidungen, Selbstmorde, nach Ephorien. Verordnungsbl. d. Ev. luth. Landeskonsistoriums f. d. Kgr. Sachsen 1909, 10.

(I, 80) Froehner, G., Wanderungsergebnisse im erzgebirgischen Industriebezirk und in der Stadt Chemnitz. Beitr. z. St. d. Stadt Chemnitz, 1909, 1.

Schott, Die Bewegung der Bevölkerung in Württemberg im Jahre 1907. Württbg Jahrb. f. Stat. u. Landesk. 1909, S. 31—87.

Bewegung der Bevölkerung in Baden 1906. Stat. Mitt. über das Großh. Baden 1907, 3. (Erschienen Anfang Januar 1909.)

Eheschließungen im Großherzogtum Hessen 1863—1905. Stat. H.B. f. d Großh. Hessen.

Sterbefälle im Großherzogtum Hessen 1863—1905. Stat. H.B. f. d. Großh. Hessen.

(II, 44) Brüning, Die Säuglingssterblichkeit im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Wiesbaden 1909.

Bevölkerungswechsel, Der natürliche, im hamburgischen Staate für 1908. I. die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, für den Staat nach Monaten, II. die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle nach Stadt- und Gebietsteilen, III. die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate für die letzten 45 Jahre herausgeg. vom Stat. Bur. 1909.

(II, 47) Die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht und an Krebs im hamburgischen Staate. Aus: Statistik des Hamburg. Staates f. d. Jahr 1909. Hamburg 1909.

Bevölkerungswechsel im Jahre 1907. Abschnitt: III. Bevölkerungswechsel im St. J. deutscher Städte. Breslau 1909.

Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse in den größeren Städten Deutschlands. Monatlich. Bearbeitet im stat. Amt d. Stadt Cöln.

Geburten- u. Sterbefälle in deutschen Groß- und Mittelstädten 1891—1907. Mitt. d. St. A. d. Stadt München, Bd. XXI. 1.

Tabellen über die Bevölkerungsvorgänge Berlins im Jahre 1907. Hrsg. vom Stat. Amt der Stadt Berlin.

Bevölkerungswechsel, Erkrankungen, Witterung, Wasserstand, Preise für Lebensmittel etc. in den Jahren 1906 und 1907. Breslauer Statistik. Bd. XXVII, 3.

Bevölkerungsbewegung in der Stadt Chemnitz für 1909. Beil. z. Nr. 12 der Monatl. M. 09.

Wanderungsergebnisse in der Stadt Chemnitz s. Froehner.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Dresden 1909. Vorläufige Feststellung. Anh. zu Nr. 12 der M. Ber. 1909.

Bevölkerungsbewegung in Leipzig 1908. Endgültiges Ergebnis. Leipzig 1909.

Bevölkerungswechsel, Der, in der Stadt Leipzig im Jahre 1908. Leipzig 1909. [Autographie.]

Bevölkerungsbewegung, Morbidität und Krankenfürsorge. St. J. der Stadt Linden, Teil II. S. 5—13.

Bevölkerungsbewegung in München 1906. Mitt. des St. A. d. Stadt München. 1909, 1.

Bericht über die Bewegung der Bevölkerung in Plauen i. Vogtl. i. J. 1908. Plauen 1909, Moritz Wieprecht.

Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse d. Stadt Plauen f. 1907. Veröff. K. G.A. 1909, 65.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Straßburg während des Jahres 1909. Beilage 23 zu den St. M. Ber. 1909, 1.

Bewegung der Bevölkerung der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder im Jahre 1906 (XIV, 123 S.) Österreichische Statistik, 86. Bd., 1.
Geburten und Legitimierungen unehelicher Kinder in Wien i. J. 1907. St. J.B. 1909, S. 58—71.
(II, 45) Österreichische Ehelösungsstatistik 1907. Nach: K. v. Englisch, Streiflichter aus dem Bereiche der letzten 25 Jahre österreichischer Ehelösungsstatistik. Stat. Monatsschr. 1909, 8.
Tobler, J. H. Übersicht der Geburts- und Todesfälle in Appenzell A.-Rh. in der Zeit von 1888—1907. Z. f. Schweiz. Stat. 1909, 1.
Ehe, Geburt und Tod in der glarnerischen Bevölkerung. Z. f. Schweiz. Stat. 1910. S. 52—84, 38 Tab.
Totgeburten und Säuglingssterblichkeit in den zwei ersten Lebenstagen 1909. Z. f. Schweiz. Stat. 1909, 1.
Die Eheschließungen im Verhältnis zu den heiratsfähigen Männern. Z. f. Schweiz. Stat. 1909, 1.
Die Bewegung der Bevölkerung in der Schweiz im Jahre 1907. Schweiz. Stat. 164. Lfg. Bern, Haller.

Grünspan, A., Zur Frage des Geschlechtsverhältnisses der Geborenen. Diss. Leipzig (66 S.).
Hamburger C., Kinderzahl und Kindersterblichkeit in Berliner Arbeiterfamilien. N. Generation. 1909, 8.
Jones L., Über Tod, Todesart und Todesursache. Vierteljahrsschr. f. gerichtl. Med. 3 F., 38 Bd., S. 342 ff.
von Knebel-Doeberitz. Binnenwanderungen und Großstädte. Rdsch. f. Gemeindebeamte. 1909, 1.
v. Pflügl, Die Geburten und Sterbefälle in den großen Städten und Gemeinden Österreichs in den Jahren 1904, 1905, 1906 und 1907. (Statist. Monatsschr. XIV, S. 16, 75.)
Pietsch G., Die Altersverteilung und die Sterblichkeit der pensionierten evang. Geistlichen in Preußen. Ztschr. f. Versichgswiss. 1909, 3.
Rabinowitsch-Margolin D., Die Heiraten der Juden im europäischen Rußland 1867—1902. (Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden. 1909, S. 145, 167 u. 177)
Roesle E., Die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Großstädten in Beziehung zu der Häufigkeit der Geburten seit dem Jahre 1871. Berlin, Verlag für Volkswohlfahrt.
(I, 101) — Die natürliche Bewegung der Bevölkerung in den europäischen Staaten in dem ersten Jahrfünft dieses Jahrhunderts. Zeitschrift für soziale Medizin. Säuglingsfürsorge und Krankenhauswesen sowie die übrigen Grenzgebiete der Medizin und Volkswirtschaft. Bd. 4. 1.
Rösch, Die Ehescheidungsbewegung in Preußen in den Jahren 1895—1905. Kathol. Seelsorger 1909, 1.
Schneider J., Verhältnis der kirchlichen Trauungen zu den bürgerlichen Eheschließungen. Mischehenstatistik 1905—08. Schneider, Kirchl. J.B. 1909.
— Uneheliche Geburten 1906 bis 1. Vierteljahr 1908. Ebd.
Spann O, Die Unehelichkeit in Österreich nach Volksstämmen und ihre Entwicklung im letzten Jahrzehnt. Stat. Monatsschr. 1909, S. 120.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 4 | 3. Jahrgang | 15. Mai 1911

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die Statistik auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911.

1. Statistische Darstellungen im Allgemeinen.

Von Dr. med. **E. Roesle**, Leiter des Statistischen Bureaus der Ausstellung.

In einem merkwürdigen Gegensatze zu dem großen Aufwand, den die Pflege der Statistik jedem Kulturstaate verursacht, steht die an dieser Stelle schon mehrmals beklagte Tatsache, daß ihre Veröffentlichungen zu den ungelesensten Werken gehören, obgleich sie wie keine anderen dazu geeignet sind, alle Gebiete der Wissenschaft und Forschung mit positiven Kenntnissen zu bereichern. So kommt es, daß alljährlich wahre Schätze an Wissen in unseren statistischen Bibliotheken vergraben werden, weil es an geeigneten Kräften fehlt, alle diese Schätze für die einzelnen Zweige des menschlichen Wissens nutzbar zu machen. Selbst eine so ungeheuer praktische Wissenschaft wie die Hygiene, die aus den Ergebnissen der Demographie den größten Nutzen ziehen könnte, ist über die dilettantenhafte Anwendung der Statistik, wie es sämtliche Lehrbücher auf diesem Gebiete bezeugen, noch nicht hinausgekommen. Noch heute verläßt der Arzt die Universität, ohne im geringsten über die soziale Bedeutung seiner Wissenschaft aufgeklärt zu sein und meist ohne die geringsten statistischen Kenntnisse über die das gesundheitliche Wohl einer Bevölkerung beeinflussenden Faktoren zu besitzen. Sein nur auf den interessanten Fall geschultes Auge lernt die pathologischen Erscheinungen am Volkskörper erst ermessen, wenn es aus dem engen Raume des Hörsaals und Laboratoriums hinaus in das Leben des Volkes schweift.

Diesem Mangel an statistischem Wissen, der von allen, mit sozialen Fragen sich beschäftigenden Ärzten schon lange schwer empfunden worden ist, suchte der bekannte Medizinalstatistiker Prinzing durch die Herausgabe seines mit unermüdlichem Fleiße hergestellten „Handbuches der medizinischen Statistik" abzuhelfen. Damit war die Gesundheitsstatistik einen guten Schritt vorwärts gekommen und eine Grundlage zu ihrem weiteren methodischen Ausbau geschaffen. Freilich fehlte es noch immer an einer Sammlung und Sichtung des in allen Ländern erhobenen amtlichen medizinalstatistischen Materials, dessen Ausbeute die eigentliche Aufgabe der wissenschaftlichen Statistik bilden muß.

Die Notwendigkeit einer derartigen Sammlung statistischer Ergebnisse, wie eine solche bisher nur die Bevölkerungsstatistik in der „*Statistique internationale du mouvement da la population*", herausgegeben von der *Statistique générale de la France* (Paris 1907), aufzuweisen hat, hat sich wohl noch nie so fühlbar gemacht als bei den Vorarbeiten zu der Internationalen Hygieneausstellung, deren Gruppe „Statistik"[1]) die Aufgabe zugefallen war, die Wichtigkeit der Hygiene für das öffentliche Leben durch Darstellung der einschlägigen statistischen Nachweise darzutun. Daher war sich auch die Leitung dieser Ausstellung schon im vornherein bewußt, daß sie die Durchführung jener Aufgabe selbst in die Wege leiten und die Mittel hierzu gewähren müsse, zumal nur auf diesem Wege eine einheitliche Bearbeitung der zahlenmäßigen Nachweise, die zur Beurteilung der Erfolge der Hygiene in den einzelnen Staaten und Städten herangezogen werden sollten, zu erwarten war. Die Erfüllung dieser Aufgabe erschien um so dankenswerter, als es galt, durch die statistische Beweisführung die weitesten Kreise von dem heilsamen Einfluß der Hygiene auf das moderne Kulturleben zu überzeugen und ein selbst den meisten Ärzten kaum bekanntes Gebiet wissenschaftlicher Forschung der Öffentlichkeit zu erschließen. Wohl

[1]) Siehe hierzu D. Stat. Zentralbl., Jahrg. 1910 Sp. 253, unter „Wandsbek."

nicht besser als dadurch, daß die Ausstellungsleitung im Gegensatze zu den althergebrachten Gewohnheiten sich selbst zum Aussteller machte und Ausstellungsobjekte produzierte, konnte sie von der ernsten Auffassung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben Zeugnis ablegen.

Auf Grund dieser Bereitwilligkeit wurde die Bearbeitung der Gruppe „Statistik" nach Beratung mit ihren Vorsitzenden folgendermaßen geregelt.

Nach der Organisation eines eigenen statistischen Bureaus wurde zunächst das Arbeitsprogramm für die Statistische Abteilung ausgearbeitet und dieses allen bedeutenderen statistischen Ämtern der Welt mit der Einladung zur Beschickung der Ausstellung zugestellt. Als allgemeiner Grundsatz galt, daß nur solche statistische Aufzeichnungen ausgestellt werden können, die in irgendeiner Beziehung zur Hygiene stehen, und daß zur Erleichterung des Verständnisses alle Aufzeichnungen in graphischer oder plastischer Form wiedergegeben und mit der notwendigen Erklärung von seiten des Autors versehen sein müssen. Gerade auf die letztere, leider so wenig eingehaltene Bedingung mußte das Hauptgewicht gelegt werden, da die Erfahrung gelehrt hat, daß selbst die einfachsten graphischen Darstellungen dem großen Publikum unverständlich bleiben, wenn nicht noch besonders auf den Zweck und Inhalt der Darstellung hingewiesen wird. Bei der Aufstellung des statistischen Programms, das zugleich die Richtschnur für die Anordnung der Ausstellungsobjekte in der Gruppe „Statistik" bilden sollte, mußte von der üblichen systematischen Einteilung des Stoffes nach statistischen Gesichtspunkten in mancher Hinsicht abgewichen werden. Da es sich um eine hygienische und nicht um eine medizinische oder statistische Ausstellung handelt, so mußte das statistische Material nach der Gruppierung dieser Ausstellung eingeteilt werden und die eigentliche Gruppe „Statistik" in der Hauptsache sich auf das statistische Material beschränken, das in keinen direkten Beziehungen zu einer der übrigen Gruppen steht oder dort anderweitig bereits vertreten ist. Als solches kamen in erster Linie alle hygienisch wichtigen Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik, dann allgemeine Übersichten aus dem Gebiete der medizinischen Statistik (Erkrankungen, Unfälle, Invalidität, Gebrechen, Todesursachen) und schließlich noch die Statistik über den Aufwand für die öffentliche Gesundheitspflege in Betracht.

Es war im vornherein klar, daß diese Einbuße, welche die Gruppe „Statistik" durch die Aufteilung der Ausstellung in eine große Zahl von Gruppen mit eigener Statistik erfuhr, durch möglichst ausgedehnte territoriale Vergleiche der einschlägigen statistischen Nachweise wieder wettgemacht werden müßte. Diese Aufgabe fiel vor allem dem statistischen Bureau der Ausstellung zu, da dieses durch seine Vorarbeiten in der Lage war, den Wünschen nach derartigen Vergleichen in der gegebenen Zeit noch nachzukommen. Schon der Umstand, daß die Hygiene nunmehr Gemeingut aller Kulturvölker geworden ist, forderte zur Anstellung solcher Vergleiche heraus, da es nur hierdurch ermöglicht wird, ein instruktives und einheitliches Übersichtsbild über die verschiedenen Erfolge und den Wert der hygienischen Maßnahmen in den einzelnen Ländern zu gewinnen.

Eine weitere Einbuße wurde der Gruppe „Statistik" dadurch zu teil, daß alle diejenigen ausländischen Staaten, die eigene Staatsgebäude in der Ausstellung errichtet haben, ihr gesamtes statistisches Material dort zur Aufstellung brachten. Damit war natürlich der oberste Grundsatz der Ausstellung und insbesondere der Gruppe „Statistik", alle Gegenstände systematisch anzuordnen, durchbrochen; doch ließ sich dies nach Lage der Sache nicht vermeiden. Wie die wissenschaftliche Abteilung überhaupt, so ist auch deren Gruppe „Statistik" vorzugsweise eine deutsche Ausstellung geworden, die jedoch trotz der verschiedenen Einbußen eine ungeahnte Ausdehnung erlangt hat. Dieser Erfolg wurde freilich nur durch die lebhafte Anteilnahme der deutschen statistischen Ämter erreicht, die um so mehr zu begrüßen war, als gerade die Aufbereitung der deutschen Medizinalstatistik mit der größten Mühe verknüpft ist; denn weder die Statistik des Reiches noch die der Bundesstaaten hat eine eingehende, eine längere Zeitperiode umfassende Bearbeitung aufzuweisen. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß die meisten deutschen statistischen Ämter infolge der fehlenden Arbeitskräfte nicht in der Lage sind, den wachsenden Ansprüchen der medizinischen Wissenschaft gerecht zu werden. Wie kärglich die Hygiene noch immer von einzelnen statistischen Ämtern behandelt wird, geht am besten daraus hervor, daß z. B. im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" der ganze Abschnitt „Medizinalwesen und Hygiene" gewöhnlich aus einer einzigen, einem anderen Quellenwerk entnommenen Tabelle besteht, während dem auswärtigen Handel der 4. Teil dieses Buches (im letzten Jahrgang 98 Seiten) gewidmet wird. Kein Wunder, daß die Ärzte, die in diesem Buche nach Zahlen suchen, sich über die Dürftigkeit der Statistik beklagen!

Schon jetzt darf vielleicht der Wunsch ausgesprochen werden, daß das einmal erweckte Interesse für die hygienische Statistik auch fernerhin bei den deutschen statistischen Ämtern anhalten möchte; denn angesichts der bedeutenden Leistungen einzelner ausländischer Staaten, wie England, Schottland, Italien, der Niederlande, Japan und der Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Gesundheitsstatistik mußte der bisherige Beharrungszustand der deutschen amtlichen Medizinalstatistik bei jedem Fachmann einiges Befremden erregen.

Neben den internationalen Vergleichen war dem statistischen Bureau der Ausstellung als spezielles Arbeitsgebiet die Bearbeitung der einschlägigen Städtestatistik vorbehalten, auf deren Material schon aus dem Grunde nicht verzichtet werden durfte, weil es den praktischen Wert der Hygiene für die Gesundung der Städte in überzeugendster Weise der Allgemeinheit vor Augen führt. Da sich hier noch mehr als bei der Landesstatistik der Mangel zusammenhängender Bearbeitungen geltend machte, so ließ es sich nicht umgehen, die städtischen statistischen Ämter um ihre Mitarbeit zu bitten. Die Ausdehnung der interlokalen Vergleiche mußte sich naturgemäß auf die Großstädte beschränken, da sich nur mit Hilfe ihrer statistischen Ämter das einschlägige Material sammeln ließ und von der Darstellung der Entwicklung der Großstädte unter dem Einfluß der Hygiene ein besonderes Interesse zu erwarten war.

Zur Ergänzung der graphischen Darstellungen, durch die doch nur ein Bruchteil des vorhandenen statistischen Materials Verwertung finden konnte, wurde beschlossen, die alljährlich erscheinenden amtlichen Publikationen aller Länder und größeren Städte — soweit sie sich auf die Bevölkerungs- und Medizinalstatistik beziehen — zu sammeln und in ihren neuesten Erzeugnissen auszustellen. Diese unter Mithilfe aller statistischen Ämter entstandene Bibliothek darf insofern ein besonderes wissenschaftliches und bibliographisches Interesse beanspruchen, als sie ein Spezialgebiet der Statistik in einer bisher noch nicht erreichten Vollständigkeit zur Vorführung bringt. Wohl jeder, der auf diesem Gebiete gearbeitet hat, hat erfahren, welche Schwierigkeiten die Beschaffung namentlich des ausländischen Quellenmaterials, das oft weder in statistischen Bibliotheken noch im Buchhandel zu haben ist, bereitet, so daß die Unkenntnis des einen oder anderen Quellenmaterials hier gern entschuldbar ist. Daher wird es jeder Fachmann ganz besonders begrüßen, wenn ihm auf der Ausstellung die seltene Gelegenheit geboten wird, in die ihm so schwer zugänglichen Publikationen Einsicht zu nehmen. Den Laien hingegen dürfte der Anblick einer so stattlichen Reihe von Zahlenwerken mit einiger Bewunderung für die Gründlichkeit statistischer Forschung erfüllen und von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit der statistischen Erhebungen in einem Kulturstaate überzeugen.

Angesichts der Masse des dargebotenen statistischen Materials muß man schon jetzt der Frage nachgehen, ob nicht das „zu viel Statistik" mehr verwirrend als klärend auf das Publikum einwirkt, zumal dasselbe und insonderheit auch die Ärzte, zu denen diese Statistik doch am meisten spricht, nicht oder zu wenig statistisch geschult sind, um aus dem gebotenen Material den erhofften Nutzen ziehen zu können. Selbst dem Fachstatistiker ist es natürlich nicht möglich, den Gang aller Kurven seinem Gedächtnis einzuprägen und ihre Sprache ohne gründliches Studium des Gegenstandes zu deuten. Zudem ist eine Ausstellung mit ihren zahlreichen Abhaltungen nicht der gegebene Ort, um so ernsten Problemen, wie sie die Statistik aufgibt, nachzuforschen; abgesehen davon ist ein solches Studium schon wegen der ungeheuren Dimensionen der Ausstellung aufs äußerste erschwert. Demgegenüber muß jedoch betont werden, daß es nicht in der Absicht der Ausstellungsleitung bzw. deren statistischer Gruppe gelegen ist, aus jedem Besucher einen Statistiker zu machen; vielmehr verfolgte diese damit lediglich den Zweck, einmal zu zeigen, was auf diesem Gebiete statistisch Interessantes vorhanden ist, um das Publikum, das in seiner Kritiklosigkeit in den statistischen Erhebungen vielfach mehr eine Belästigung als einen Nutzen erblickt, in seinen vorgefaßten Meinungen zu bekehren und für die Aufgaben der Statistik zu gewinnen. Dafür war ferner die Erwägung maßgebend, daß gerade die Statistik des Gesundheitswesens einer solchen Förderung am dringendsten bedarf, da bisher jede statistische Sondererhebung auf diesem Gebiete, die, wie z. B. die Zählung der Geschlechts- oder Krebskranken, ohne die Mithilfe der Ärzte nicht veranstaltet werden konnte, mit einer derartigen Teilnahmslosigkeit von seiten der Ärzte zu kämpfen hatte, daß ihr wissenschaftlicher Wert oft kaum in Einklang mit der aufgewendeten Mühe zu bringen war.

Abgesehen von diesen Zwecken hat sich die Ausstellung schon von vornherein die Aufgabe gestellt, das von allen Seiten zusammengetragene statistische Material der Wissenschaft und Praxis nutzbar zu machen. In Anbetracht der großen Mühe und Kosten, welche die Sammlung der graphischen Darstellungen verursachte, wäre es wohl kaum entschuldbar, wollte man auch diese Schätze nach berühmten Mustern nach Schluß der Ausstellung in Speicherräumen vergraben. Den Zwecken der Wissenschaft ist erst dann gedient, wenn jedem Interessenten die Möglichkeit geboten wird, den Inhalt dieser Sammlung für seine Studien erwerben zu können. In der richtigen Erkenntnis dieses Verlangens ist auch geplant, ein größeres Ausstellungswerk nach Beendigung der Ausstellung herauszugeben. Die Aufgabe dieses Werkes wird in seinem statistischen Teile vor allem eine kritische Sichtung sowohl des statistischen Materials als auch dessen graphischer Darstellung sein, zumal doch nicht alles Ausstellungsmaterial einer wissenschaftlichen Kritik standhalten oder auf eine weitere Verwertung Anspruch erheben dürfte. Da die Auswahl des angebotenen Materials den Vorsitzenden der einzelnen Gruppen vorbehalten war, so konnte die statistische Gruppe nur über die für diese Gruppe angemeldeten Objekte entscheiden. Obgleich bei dieser gerade nicht sehr beneidenswerten Aufgabe nach bestimmten Grundsätzen verfahren worden ist, so ist für den kritischen Statistiker noch viel zu tun übrig geblieben, da oft aus Gründen der Courtoisie die Ausstellung des einen oder anderen Gegenstandes nicht verhindert werden konnte. Selbstverständlich werden alle berechtigten Einwände gegen die einzelnen Ausstellungsobjekte mit Dank von der Ausstellungsleitung entgegengenommen werden, da ihr am meisten daran gelegen sein muß, auch fremde Kritik zu hören.

Der Gedanke einer besonderen statistischen Ausstellungsgruppe ist zwar schon früher in die Praxis umgesetzt worden, zuerst wohl bei der Deutschen Städteausstellung in Dresden 1903 auf Anregung und unter Leitung des jetzigen Vorsitzenden dieser Gruppe der Hygiene-Ausstellung.

Davon aber, daß in dieser Ausstellung das vorhandene statistische Material eine eingehendere Verwertung gefunden hat, als je zuvor, dürften alle Fachstatistiker überzeugt werden und ebenso vielleicht auch davon, daß es im allgemeinen gelungen ist, die Art der Darstellung unter Wahrung des künstlerischen Standpunktes der ernsten Sprache der Statistik anzupassen. Wie jede Ausstellung von wissenschaftlichem Wert, so wird auch diese zu neuen Gedanken anregen und damit auch die statistische Wissenschaft und Praxis befruchten. Das Beispiel, das hier die Hygiene gegeben hat, dürfte auch den Vertretern anderer Forschungsgebiete von sozialer Bedeutung gezeigt haben, auf welche Weise eine Wissenschaft sich Popularität und allgemeines Interesse verschaffen kann. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch die Statistik selbständig sich zu einem ähnlichen Kulturwerk rüstet, indem sie ihre so vielfach mißverstandenen oder wenig beachteten Leistungen auf allen ihren

Gebieten der öffentlichen Kritik unterstellt und ihre bedeutsamsten Ergebnisse in einer ansprechenden Form der Allgemeinheit vor Augen führt. Der Nutzen, der aus einer derartigen Bearbeitung des scheinbar in das Uferlose anwachsenden statistischen Materials sowohl der Statistik selbst wie allen sozialen Wissenschaften erwachsen dürfte, wäre wahrlich unabsehbar.

2. Hygienische Spezialstatistiken aus vergangener Zeit.

Von Dr. med. **O. Neustätter,** Vorstand der Historischen Abteilung der Ausstellung.

Die Statistiken der vergangenen Zeit, aus denen Schlüsse auf hygienische Verhältnisse im allgemeinen gezogen werden können, z. B. bez. Morbidität, Mortalität, Lebenserwartung, fließen schon spärlich, ganz besonders stößt man aber auf Schwierigkeiten, wenn man die Zustände vergangener Zeiten in ihren Einwirkungen auf die Gesundheit unter bestimmter Voraussetzung für einzelne Krankheiten, Berufe oder Ähnliches zum Ausdruck bringen will. Es würde eine interessante Statistik ergeben, die Autoren zu zählen, bei denen statistische Bemerkungen überhaupt unterlaufen. Der große Johann Peter Frank, der in seinen Schilderungen die Zeit, in der er lebte und wirkte, so glänzend und anschaulich wiederzugeben wußte, macht in seinem Riesenwerk so gut wie keine statistische Bemerkung; einer der berühmtesten seiner Zeitgenossen, Hufeland, höchst spärliche, bemerkenswerterweise aber z. B. über eine Frage, die schon damals interessierte und in der Knappheit ihrer Wiedergabe äußerst charakteristisch ist: daß nämlich die Sterblichkeit auf dem Lande sich zu der in der Stadt verhält wie etwa $^1/_{40}$ bis $^1/_{50}$. zu $^1/_{30}$. bis $^1/_{25}$.

Einige andere statistische Angaben beziehen sich auf ein Gebiet, das wir gewohnt sind, als durchaus modern anzusehen: die „Säuglingsfürsorge", die man damals allerdings im wesentlichen nur in bezug auf die Findelhäuser zu erfassen sich bestrebte. Es ist dabei charakteristisch, daß die Zahlen, die Hufeland bringen kann, aus Frankreich stammen. Frankreich ist ja heute noch in bezug auf Statistik mit fein ausgearbeiteter Technik mit an der Spitze, wenn nicht überhaupt an der Spitze, und das rührt jedenfalls davon her, daß man sich dort schon seit über 100 Jahren sehr eingehend mit Statistiken, im besonderen auch über Spezialgebiete befaßt hat. Es wird gewiß nicht allgemein bekannt sein, daß man z. B. schon vor drei Menschenaltern versucht hat, die arbeitshygienischen Momente durch genaue und eingehende Zahlenaufstellungen zu ermitteln, ebenso daß man schon die Fragen allermodernster Art nach dem Wert der Muttermilch für die Erhaltung des Säuglings und für sein gesundes Heranwachsen damals eingehend studierte. Villermert hat eine äußerst interessante, sehr sorgfältig angelegte Statistik über diese Frage aus den Findlingsanstalten in Paris, Reims und Lyon zusammengebracht, von der die Endergebnisse in der „Historischen Abteilung" der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Erscheinung treten werden. Es ergeben diese Zahlen genau die gleichen Resultate, die wir heute wiederum statistisch feststellen müssen! Es war da, wo die Muttermilch resp. die menschliche Milch allein in Anwendung kam, eine um die Hälfte geringere Sterblichkeit zu konstatieren, als da, wo mit Muß und Saugflasche die Kinder aufgezogen wurden, während da, wo Mutter- oder Ammenmilch gemischt mit der letzteren Ernährungsweise in Anwendung kam, die Sterblichkeit zwischen den beiden anderen lag.

Weiter machte man Versuche, den Akklimatisationsmöglichkeiten beim Heere in den Tropen statistisch nachzugehen. Man beschäftigte sich mit der gesundheitlichen Wirkung, die das Gefängnisleben auf die Insassen ausübte, mit dem Verhältnis, das sich zwischen Krankheitstagen und Straftagen nachweisen läßt. Besonderes Interesse wendete man der Frage der Einwirkung des Wetters und sonstiger klimatischer Verhältnisse auf die Gesundheit zu. Es sind wirklich unendliche Zahlenreihen, die man auf Klärung der selbst mit so eingehendem Eifer kaum zu lösenden Frage verwandte. Man beschäftigte sich mit der Einwirkung des Stadt- und Landlebens, der Höhen- und Tiefenlage auf die Militärtauglichkeit, kurz, der Statistiker wie der Hygieniker findet außerordentlich anregende wie ausgiebige Ausbeute, wenn er sich mit den Zahlen beschäftigt, die damals in Frankreich fast allein in dieser eingehenden Weise zum Studium herangezogen wurden. Ihren Niederschag finden wir namentlich in den *Annales d'Hygiène*, dem einzigen Sammelpunkt hygienischer und hygienisch-statistischer Arbeiten seit dem 1. Drittel des vergangenen Jahrhunderts an. Ihr Studium lohnt sich daher für den Statistiker wie für den Hygieniker.

(Ein Schlussartikel folgt.)

Besprechungen.

Die am 6. Mai 1911 erfolgte Eröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, auf die sich die beiden vorstehenden Aufsätze beziehen, gab Veranlassung, für die Besprechungen in dieser Nummer in größerer Zahl als sonst Schriften auszuwählen, deren Gegenstände für die genannte Ausstellung Bedeutung haben (Abschn. II, III, XIX, XX).

II. Berufsstatistik.

Heiratsalter und Beruf mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterehen. Von Dr. med. G. Radestock, Wissensch. Hilfsarbeiter im Kgl. Sächs. Statist. Landesamt. Zeitschr. des K. S. Statist. Landesamtes, Jahrg. 1910, S. 330—337.

Im Hinblick auf die große Zahl der von Arbeitern geschlossenen Ehen im Königreich Sachsen legte der Verfasser seinen Untersuchungen das Jahr 1906 zugrunde, da dieses ein für die Industrie günstiges war. Über die Hälfte der Arbeiter und Gesellen tritt bereits vor dem 25. Lebensjahre in die Ehe, während dies nur beim vierten Teil der übrigen Berufsstände der Fall ist, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß ein großer Teil der Selbständigen kurz vor oder zugleich mit der Selbständigmachung sich



verheiratet, und daß ein Teil der Selbständigen aus dem Stande der Arbeiter oder Gesellen hervorgeht. Das frühzeitige Heiraten der Arbeiter ist wohl unzweifelhaft darauf zurückzuführen, daß ein geschickter Arbeiter schon sehr jung den Höchstlohn erwirbt. Ferner heiraten die Arbeiter häufiger als andere Berufsstände eine Frau, die älter als der Mann, in der Regel aber nicht über 50 Jahre alt ist. Eheschließungen von männlichen Arbeitern im Alter von 65 Jahren und darüber wurden im Jahre 1906 nicht beobachtet. Ob die mit der zunehmenden Industrialisierung Sachsens offenbar verbundene Zunahme jugendlicher Ehemänner die alleinige Ursache des nachweisbar seit Jahrzehnten verminderten Knabenüberschusses war, läßt der Verfasser dahingestellt sein, dagegen hebt R. hervor, daß die fortgesetzte Zunahme der Mehrlingsgeburten und die gleichfalls fortgesetzte Abnahme der unehelichen Geburten im Königreich Sachsen auf das frühzeitige Heiraten so vieler junger Männer aus dem Arbeiterstande offenbar zurückzuführen ist. Übrigens weist R. noch mehrfach auf die in den Statistischen Jahrbüchern für das Königreich Sachsen enthaltenen ausführlichen Beiträge zur Eheschließungsstatistik hin.

G. Radestock.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Kulturelle Entwicklung und Absterbeordnung. Von San.-Rat Dr. F. Prinzing. Archiv f. Rassen- u. Gesellschaftsbiologie 1910, 5. Heft. Leipzig, B. G. Teubner.

Einen Gradmesser der Kultur gibt es nicht; das, was zur Kultur gehört, wird stückweise auch bei weniger kultivierten Völkern gefunden. Der Einfluß der Kultur auf die Sterblichkeit wird in der vorliegenden Arbeit durch den Vergleich des westlichen Europas mit der des östlichen untersucht. Die hervorragendsten Unterschiede sind die folgenden: Die Säuglingssterblichkeit ist unabhängig von der Kultur, sie wird vielmehr durch die Art der Ernährung bedingt. Dagegen macht sich der Einfluß der Kultur in hohem Grade bei der Sterblichkeit im Alter von 1—4 und 5—14 Jahren geltend. Ein Kartogramm der Sterblichkeit von 1—4 Jahren zeigt die überaus großen Unterschiede in den europäischen Staaten; sie schwankt zwischen 10,8 und 62,1 auf 1000 Kinder dieses Alters. Die Ursache der kleinen Sterblichkeit des Kindesalters in den Kulturstaaten ist der Rückgang der akuten Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Bauchtyphus, Ruhr, Pocken). Auch beim Alter von 15—25 Jahren ist die Sterblichkeit noch bei beiden Geschlechtern im Osten viel größer als im Westen. Nach diesem Alter verhalten sie sich verschieden. Beim Manne nehmen die Unterschiede rasch ab und sind bei 35—75 Jahren ganz gering (Gefährdung in den Kulturstaaten durch industrielle Tätigkeit, Stadtleben, Alkoholismus). Die Tuberkulose ist hierauf ohne Einfluß, da sie im Osten häufiger ist als im Westen. Beim weiblichen Geschlecht ist die Sterblichkeit in den Kulturstaaten noch bis zum 45. Jahre kleiner; die Ursache liegt in der großen Inanspruchnahme der Frau für die landwirtschaftliche Arbeit während der Hauptgebärzeit. Nach dem 45. Jahre sind die Unterschiede wie beim Manne ganz gering. *F. Prinzing.*

Die Säuglingssterblichkeit in Pommern, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung. Von Prof. Dr. E. Peiper u. Dr. R. Pauli. Sonderabdruck aus d. Klinischen Jahrbuch, 23. Band. Jena, Gustav Fischer 1910. 4 *M.*

Aus der Erkenntnis, daß nur vollständige Vertrautheit mit den Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu einer zielbewußten Bekämpfung führen kann und daß diese Inangriffnahme sich nicht einseitig bewegen dürfe, ist vorliegende Schrift entstanden. Sie wendet sich demnach in erster Linie an die berufenen Stellen der Provinz Pommern, denen die Wege zur Abhilfe gezeigt werden, in zweiter an die Ärzte der übrigen Provinzen als Anregung, ebenso umfassende Unterlagen zur Bekämpfung zu liefern. Sie enthält in den ersten Kapiteln demo- und geographische Notizen, sowie Angaben über die Entwicklung von Einwohnerzahl, Geburts- und Sterbeziffer, Fruchtbarkeit und Heiratsziffer, im Vergleich der 3 pommerschen Reg.-Bez. unter sich und mit dem Staat. Das Resultat großer, tabellarischer Zusammenstellung aus dem Material der „Preußischen Statistik" ist dann, daß von 1881—1905 die Säuglingssterblichkeit fast in allen Kreisen der Provinz zugenommen hat. Diese Zunahme geht fast vollständig auf Kosten der Landbevölkerung, in den Städten ist die Sterblichkeit zwar absolut höher, hat jedoch keine Zunahme zu verzeichnen. Die Todesursachenstatistik ergibt natürlich in Pommern wie überall das Vorwiegen der Magen-Darmerkrankungen. Die Sterblichkeit in den einzelnen Jahren ist sehr verschieden, aber diese Schwankungen sind in den 3 Reg.-Bez. gleichmäßig vorhanden und der Vergleich mit Sommertemperatur und Niederschlagsmenge zeigt, daß heiße, trockene Sommer die größte Gefahr bieten, während große Feuchtigkeit die Wirkung der Hitze bedeutend abschwächt. Am günstigsten sind kühle, nicht zu feuchte Sommer. Gerade der Einfluß der Luftfeuchtigkeit ist bis jetzt bei fast allen Untersuchungen über das Thema, sehr mit Unrecht, unbeachtet geblieben. Auch hierzu bietet die „Preußische Statistik" wertvolle Unterlagen.

Der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit ist in den einzelnen Kreisen ein sehr verschiedener. Dabei liegen die Kreise mit hoher und geringerer Mortalität nicht zerstreut durcheinander, sondern in einem bestimmten geographischen Verhältnis. In den Kreisen der Oderniederung herrscht die höchste Sterblichkeit, während sie nach dem höher liegenden Vorpommern und besonders dem gebirgigen Hinterpommern zu abnimmt. Erstgenannte Kreise haben auch durchweg höhere Sommertemperaturen und geringere Niederschlagsmengen. Sie haben aber auch eine dichtere Besiedelung, sie haben Handel und Industrie. Eine durch die ganze Provinz bei den Impfterminen vorgenommene Stillstatistik hat ergeben, daß in diesen Kreisen erheblich weniger und kürzer gestillt wird. Wir sehen, daß hier viele und verschiedene Ursachen zusammenwirken, so daß es verständlich wird, warum im Reg.-Bez. Stettin $^1/_4$, im Reg.-Bez. Stralsund $^1/_5$, dagegen im Reg.-Bez. Köslin nur $^1/_6$ der Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr stirbt.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung ergeben sich aus den vorgefundenen Schädigungen. Sie alle hier

anzuführen, ginge zu weit. Propaganda des Stillens, mit Einrichtung von Säuglingsheimen, Stillprämien und Mutterschutz in erster Linie, die Bekämpfung der Sommerschädlichkeiten, Ziehkinderbeaufsichtigung, Milchküchen und sonstige Fürsorge für unnatürlich ernährte Säuglinge in zweiter, sind die Grundgedanken, um die sich alle übrigen Anregungen und Vorschläge gruppieren. Eine Warnung liegt noch in diesen, 25 Jahre umfassenden Kurven, nämlich: Die Wirkung irgend welcher kommunalen Säuglingsfürsorge nicht nach dem Vergleich einiger weniger Jahre beurteilen zu wollen. *R. Pauli.*

Selbstmorde in Ungarn. Nach Ungar. statist. Mitteilungen. Neue Serie. 32. Band. Herausgeg. vom K. Ungar. Statist. Zentralamt, Budapest 1910.

Im Königreich Ungarn steigt die Zahl der Selbstmorde progressiv und fast rapid. Im Durchschnitt der Jahre 1896—1900 war die Zahl der Selbstmorde noch bloß 3047, im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1908 schon 3684. Die weiteren Feststellungen erfolgten auf Grund der Durchschnitte der Jahre 1901—1908, da die in Rede stehende Publikation die Ergebnisse dieser 8 Jahre zusammengefaßt hat.

1. Unter den Selbstmördern sind durchschnittlich dreimal so viel männliche als weibliche Personen, auf eine Million männliche Personen entfielen 280, auf gerade so viel weibliche Personen 91 Selbstmörder. Nur die über 6 Jahre alte Bevölkerung in Betracht genommen, ist die Verhältniszahl bei den männlichen Personen 334, bei den weiblichen Personen 108; im Alter von 15—19 Jahren jedoch kommt die Zahl der weiblichen Selbstmörder nahe zu jener der männlichen Selbstmörder.

2. Nach dem Alter ist der Selbstmord bei den männlichen Personen am häufigsten im Alter über 40 Jahren und im Pubertätsalter, im Alter von 20—24 Jahren. Bei den weiblichen Personen tritt dies letztere Alter in Vordergrund: unter den weiblichen Personen kommt der Selbstmord im Alter von 15—19 Jahren am häufigsten vor. Im vorgerückten Alter, über 40 Jahren, wird der Selbstmord auch bei den weiblichen Personen häufiger, aber nicht in so großem Maße, wie bei den männlichen Personen.

3. Nach Konfessionen und Nationalitäten sind die Unterschiede außerordentlich groß. Die meisten Selbstmorde kommen bei den Reformierten und Unitariern vor, die wenigsten, ein Viertel so viel, bei den Griechisch-Katholischen und Griechisch-Orientalischen.

Unter den Nationalitäten kommt der Selbstmord am häufigsten bei den Ungarn vor: auf eine Million über 6 Jahre alte Bevölkerung entfallen 321, bei den Ruthenen bloß 45.

4. Im allgemeinen kann zwischen der Anzahl der Selbstmorde und dem Bildungsgrad ein enger Zusammenhang konstatiert werden. Das Wohnen in den Städten vermehrt gleichfalls die Selbstmorde.

5. Auch die Berufstätigkeit der Selbstmörder betrachtend, weisen die städtischen Berufe, so die Industrie, Handel, Intelligenz und das Hausgesinde die größten Verhältniszahlen auf. Am häufigsten ist jedoch der Selbstmord bei den Militärpersonen, welchen Umstand speziale Gründe hervorrufen. Hingegen kommen bei der mit Bergbau und Urproduktion beschäftigten Bevölkerung die wenigsten Selbstmorde vor. *A. Kovács.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906. Von Walter Rothkegel. Heft 146 der staats- und sozialwiss. Forschungen, herausgeg. von Schmoller und Sering. Leipzig 1910, Duncker & Humblot VIII u. 365 S.

Erst für wenige deutsche Staaten liegt eine einigermaßen zulängliche Statistik der Kaufpreise des Grundeigentums vor. Um so mehr ist es von Belang, daß nunmehr gerade aus dem größten Staate, aus Preußen, entsprechende Tatsachen bereitgestellt werden. Zwar ist es auch bei diesen Nachweisungen nicht gelungen, alle in der Sache selbst begründeten Schwierigkeiten zu überwinden, es haben aber wenigstens die für die Preisbestimmung und die Kennzeichnung der Verkaufsgegenstände maßgebendsten Punkte einsichtsvolle Berücksichtigung gefunden.

Schon länger und in genauerer Weise seit 1895 besteht in Preußen die Einrichtung, daß die Katasterämter im Anschluß an die amtsgerichtlichen Mitteilungen über abgeschlossene Grundbesitzverkäufe Listen aufzustellen haben, welche für jeden Fall das verkaufte Besitztum einmal nach Flächeninhalt, Grundsteuerreinertrag seiner einzelnen Bestandteile bzw. Nutzungswert seiner Gebäude, dann den Kaufpreis und die Art des Verkaufes (Zwangsverkauf, zwischen Verwandten, Festsetzungen besonderer Leistungen, z. B. Ausgedinge) angeben. Hierzu ist von den Katasterkontroleuren nach ihrer Beurteilung des Kauffalles zu vermerken, um wie viel wegen besonderer Umstände der Preis über oder unter dem gemeinen Wert steht und demgemäß neben dem „wirklichen" den „reinen" Preis zu ermitteln, und zwar für 1 ha und für 1 Taler Reinertrag. Tunlichst sollen jedoch Zwangs- und solche Käufe, bei denen aus verwandtschaftlichen Rücksichten ungewöhnliche Preise gezahlt sind, unbeachtet bleiben. Zudem lassen die Listen ersehen, ob es sich um vorzugsweise aus Wohn- oder gewerblichen Gebäuden bestehenden oder hauptsächlich aus der Land- und Forstwirtschaft dienenden Besitzungen handelt.

Diese Kaufpreissammlungen haben nun zur Aufstellung einer Nachweisung geführt, welche für jeden Regierungsbezirk und für je 4 dreijährige Zeitabschnitte die in der Hauptsache freihändigen Verkäufe von land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen, und zwar einesteils als Landgüter, d. h. als mit Gebäuden versehene ganzen Besitztümern, anderenteils als Stückländereien, d. h. als unbehauster Parzellenbesitz belegen. Und zwar erfolgen die einzelnen Angaben geschieden einmal nach vier Stufen des durchschnittlichen Reinertrages für 1 ha und innerhalb dieser wieder nach 6 Größenklassen des Flächengehaltes. Für alle die so gebildeten örtlichen, zeitlichen und sachlichen Gruppen ist dann beziffert die Anzahl der Verkäufe, der Flächengehalt, der Reinertrag, der „reine" und der „wirkliche" Kaufpreis der Verkäufe zusammen, sowie der Kaufpreis für 1 ha und 1 Taler Reinertrag. Daran sich schließende Berechnungen machen sowohl den mittleren Stand als den Gang der Bewegung der Preise näher er-



sichtlich. Zu bedauern ist nur, daß außer den bezirksweisen nicht auch die zusammenfassenden Ergebnisse für den ganzen Staat in diesen Tabellen aufgeführt sind. Man wird anzuerkennen haben, daß sowohl durch die Trennung der Landgüter und der Stückländereien wie durch die Flächengrößen der Einfluß des Umfanges der Besitztümer, als auch durch die Rücksicht auf den Reinertrag deren Beschaffenheit berücksichtigt worden ist, daß ferner die Störungen absonderlicher Preise durch die Korrekturen der Katasterämter auszugleichen gesucht sind. Indessen darf doch auch nicht der etwas mehr oder minder willkürliche und glückliche Charakter dieser Ausgleichungen übersehen werden. Nicht verständlich ist es aber, warum nicht auch, wie in Oldenburg, bei den Stückländereien deren Kulturart in Anschlag gebracht worden ist.

Die textliche Darstellung verwertet die Ergebnisse nur in knappen Strichen, unterläßt aber nicht, auf bemerkenswerte örtliche Erscheinungen hinzuweisen und ihren Ursachen nachzugehen, zu welchem Ende auch die Frucht- und Viehpreise wie die Ernteerträge in Betracht gezogen sind. Ebenso ist zur besseren Würdigung der Preistatsachen eine kurze Schilderung der ländlichen Grundeigentumsverhältnisse in bezug auf Verteilung, Klima, Bodenbeschaffenheit, Absatzbedingungen gegeben worden. Endlich haben die Ergebnisse dazu gedient, eine überschlägige Berechnung des Wertes des ländlichen Grundeigentums vorzunehmen und die Frage zu beantworten, wie der katastrierte Grundsteuerreinertrag sich als Besteuerungsgrundlage und Wertmaß eignen, und wie jene einer Wertzuwachssteuer das Wort reden, wobei in letzterer Hinsicht der Verfasser vom agrarischen Standpunkte aus eine solche nicht für angezeigt erachtet, da in weiten Gebieten ein nicht auf Arbeits- und Kapitalaufwendungen zurückzuführender Wertzuwachs keinen erheblichen Umfang aufweise. Die mit unleugbarem Verständnisse und Geschick behandelte Veröffentlichung ist als eine bedeutsame Quelle der Statistik der Bodenpreise anzusehen, um so mehr als sie über die Verhältnisse bereits in der einen größeren Hälfte des Deutschen Reiches Auskunft gewährt. Es sind in ihr in Rechnung gezogen 190 187 Verkäufe von Landgütern im Belaufe von 4,8 Milliarden ℳ und mit einer Gesamtfläche von 4,6 Millionen Hektar, sowie an 1 136 856 Stückländereien zu 1,4 Milliarden ℳ und 1,0 Millionen Hektar. Für 1 ha betrug der Durchschnittspreis bei den Landgütern von unter 2 ha 2695 ℳ, von 20—100 ha 1144 ℳ; bei den Stückländereien von unter 2 ha 1760 ℳ, von 20—100 ha 951 ℳ.

Den Gesamtwert der landwirtschaftlichen Betriebe in Preußen hat der Verfasser zu 37,8 Milliarden (17,0 in den östlichen, 20,8 in den westlichen Provinzen), d. h. für 1 ha zu 1407 ℳ ermittelt.

P. Kollmann.

Die Milchpreise in Baden 1897/1909. Statist. Mitteil. über das Großh. Baden. N. F. Bd. III Septemberheft 1910. S. 142/143.

Die über die Entwicklung der Milchpreise im Landesdurchschnitt und in den größeren Städten gegebene Übersicht baut sich auf die Verkaufspreise im Kleinhandel (sog. Ladenpreise) auf, die allwöchentlich in den 60 Amtsgerichtsstädten des Landes erhoben werden. Dabei ergab sich bereits aus den Landesdurchschnittspreisen die für die Kleinhandelspreise in Milch besonders charakteristische Tendenz, längere Zeit hindurch auf der gleichen Höhe zu verharren. Was die Monatsdurchschnittspreise insbesondere betrifft, so zeigte sich wohl die Neigung, Preisaufschläge, wenn sie erfolgen, im Winterhalbjahr vorzunehmen, doch ist das durchaus nicht allgemeine Regel, und es scheint sich aus der Statistik vielmehr zu ergeben, daß die Höhe des Milchpreises von der Jahreszeit unabhängig ist. Die Unterschiede im Milchpreis der größeren Städte sind nicht unerhebliche, doch scheint der Spannrahmen sich zu verkleinern. In 2 Städten ist der Milchpreis von 1897—1909 auf gleicher Höhe geblieben. Als Regel scheint sich zu ergeben, daß mit zunehmender Größe der Konsumptionsorte auch die Milchpreise im allgemeinen höher sind. *L. Barck.*

VII. Vermögen und Einkommen.

Über Wohlstandsverteilung. Nach: *Indici di concentrazione e di dipendenza* von Prof. C. Gini (Cagliari). *Biblioteca dell'Economista*, Vol. XX. Turin 1910.

Mittels seiner Methode[1]) ist der Verfasser zu folgenden Ergebnissen gekommen[2]).

In der Mehrzahl der Staaten wächst die Konzentration der Einkommen überhaupt (1), und auch die der Kapitalrenten-Einkommen (2). Dagegen wächst die Konzentration der Erwerbs-Einkommen nicht (3). Bei der Vergleichung der Konzentration der Einkommen in verschiedenen Ländern sind die Statistiken der Individual- und diejenigen der Familien-Einkommen, sowie diejenigen, die die juristischen Personen einschließen (4), wohl zu unterscheiden. Die Konzentration der Einkommen überhaupt unterscheidet sich für die einzelnen Staaten sehr (5). Die Kapitalrenten-Einkommen sind erheblich konzentrierter als die Arbeits-Einkommen (6); letztere wieder weniger als die Gesamt-Einkommen (7). Der Teil der Einkommen, der der Steuer nicht unterliegt, ist nicht gleich in allen Einkommensklassen, erscheint aber meist höher für die kleineren Einkommen (8). Die Konzentration der Gesamt-Einkommen ist in den verschiedenen Gebieten eines Staates meist sehr verschieden; sie scheint in landwirtschaftlichen Bezirken kleiner zu sein als in industriellen. Die Konzentration der Gesamt-Einkommen und der Erwerbs-Einkommen ist im nämlichen Staate stärker in den größeren als in

1) Siehe vorige Nummer Sp. 88/90.

2) Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Staaten und Städte, auf deren Statistik der Verfasser sich stützt, und zwar: Frankreich 5, 8, 9, 14; Paris 12; Italien 7, 8, 14, 18; Mailand 12; Österreich 1, 5, 8, 10, 11; Norwegen 1, 5, 8, 9; Kanton Zürich 3, 5, 7, 9, 14, 15, 17; Kanton Basel-Stadt 1, 5, 17; Preußen 1, 5, 8, 9, 14, 15; Bayern 2, 3, 6, 7, 9; Sachsen 1, 5, 8; Württemberg 1, 2, 5, 6, 9; Baden 1, 5; Hessen 1, 5; Oldenburg 1, 5; Sachsen-Weimar 5; Sachsen-Meiningen 1, 5; Hamburg 1, 4, 5, 8; Lübeck 1, 4, 5; Bremen 1, 5; Leipzig 16; Holland 3, 7, 14, 15; England 3, 7, 8, 13, 14, 15; Schottland 3, 7, 14, 15; Irland 3, 7, 14, 15; London 12, 13; Massachusetts 15; Capland 1, 4, 5; Viktoria 5; Japan 1, 5, 14.

den kleineren Städten, in den Städten überhaupt als auf dem Lande (9). Die Kapitalrenten-Einkommen scheinen in Bayern in den größeren Städten etwas mehr konzentriert zu sein als in den kleineren, aber viel stärker konzentriert auf dem Lande als in der Stadt. Die Konzentration der Gesamt-Einkommen unterscheidet sich sehr nach den Berufsklassen: sie ist stärker bei den produktiven als bei den freien Berufen und besonders stark bei den Landwirten, den Gewerben der Urproduktion, den Kapitalisten, dem Geld- und Kredit-Handel. In der eigentlichen Industrie ist sie nicht stärker als in der Landwirtschaft (10). Die Konzentration der Gesamt-Einkommen ist für alle Berufsklassen bei Selbständigen stärker als bei den Angestellten (11). Die Konzentration des Einkommens aus Grundeigentum ist zwischen den einzelnen Städten sehr verschieden (12). In den Großstädten ist sie größer als in den Gesamt-Staaten (13). Die zeitliche Bewegung der Konzentration der Mietpreise ist verschieden. Sie hat in Mailand von 1900 bis 1905, in Paris von 1870 bis 1906 zugenommen; dagegen nahm sie in Großbritannien von 1885 bis 1895 ab, um dann in London zu wachsen und in den übrigen Landesteilen von England und in Schottland stationär zu bleiben. Die Konzentration der Vermögen ist in den einzelnen Staaten größer als die der Einkommen (14), auch zeigt erstere neuerdings eine steigende Tendenz (15). Die territoriale Konzentration der Erbschaften ist in Frankreich geringer als in Italien. Die Mietpreise wachsen im Durchschnitt der Fälle nicht ganz proportional dem Einkommen. Eine proportionale Mietsteuer wirkt daher wie eine degressive Einkommensteuer (16). Das Einkommen hat neben dem Vermögen eine um so größere Bedeutung, je kleiner das Einkommen ist. Daher wirkt eine proportionale Vermögens-Steuer durchschnittlich wie eine stark progressive Einkommensteuer, eine proportionale Einkommensteuer wie eine leicht degressive Vermögenssteuer (17). Je größer die Erbschaft, um so größer die Zahl der Erben und Legatare (18).

Bei allen diesen Schlüssen macht der Verfasser die mit Rücksicht auf gewisse Unzulänglichkeiten der Quellen notwendigen Vorbehalte. *C. Gini.*

XI. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Die gewerblichen Betriebe mit öffentlichem Charakter im Kanton Zürich. Heft 102 und 104 der Statistischen Mitteilungen des Kantons Zürich.

Das erste Heft umfaßt die Untersuchungen über die Wasserversorgungsanlagen, das zweite die Erhebungen über die Gas- und Elektrizitätsversorgungsanlagen. Die Feststellungen, die im Laufe des Jahres 1909 gemacht wurden, betreffen alle den Status von 1908. Beide Hefte, je 170 und 180 Seiten stark, zerfallen in einen beleuchtenden Textteil und einen statistischen Teil. Heft 102 orientiert über die Zahl und die Ausdehnung, das Alter, die Tarifgrundsätze, die Finanzverhältnisse (Anlagekapital, Betriebsrechnungen) der Wasserversorgungen, Heft 104 behandelt dieselben Fragen bei den Gas- und Elektrizitäts-Versorgungsanlagen. Wichtig und interessant ist, daß nicht nur die sämtlichen Gemeindebetriebe, sondern auch der weitaus größte Teil der entsprechenden Unternehmungen, soweit sie sich in den Händen von Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Privatpersonen befinden, mitbehandelt sind, was in allen Fällen wertvolle Einblicke in die Bedeutung und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebsarten gestattet. Materiell ergibt sich die unbestreitbare Präponderanz der kommunalen Unternehmungen. So zählt man bei einer Totalzahl von 310 öffentlichen Wasserversorgungsanlagen 178 Betriebe von Gemeinden (durchschnittlich beinahe 1 auf jede politische Gemeinde), denen nur 124 Unternehmungen von Genossenschaften und 6 von Einzelpersonen betriebene Wasserversorgungsanlagen gegenüberstehen. Deutlicher noch zeigt sich das Übergewicht der kommunalen Betriebe im Verhältnis der Anlagekapitalien. Von den 42 Millionen Baukosten sämtlicher Anlagen wurden nicht weniger als 37,4 Millionen oder 89 % von Gemeinden aufgebracht, auf deren Betriebe sich dementsprechend auch der Reingewinn der Betriebsrechnungen verteilt. (698 000 Fr. von 732 000 Fr. total). Analog liegen die Verhältnisse bei den Gaswerken. Von den 21 Gasversorgungsanlagen, die das kleine Territorium des Kantons Zürich aufweist, entfallen 12 auf Gemeinden, deren Betriebe auch 21 von den 24 Millionen Franken Nettobaukosten verschlangen und die demgemäß auch 96 % der über 3 Millionen betragenden Betriebsüberschüsse des Berichtsjahres absorbierten. Fast gleich liegen die Dinge bei den Elektrizitätsversorgungsanlagen, bei denen 40 von total 63 Gemeinden gehören, die über 16 von den total 18 Millionen Franken Baukosten aufbrachten. Von den 350 000 Franken Reingewinn fielen denn auch *1908* 337 000 Franken auf kommunale Werke. Interessieren wird vielleicht gegenüber Deutschland, wo mit der teuren kalorischen Erzeugung gerechnet werden muß, daß der durchschnittliche Kostenpreis der Kilowattstunde Strom nur 9,7 Rappen, der durchschnittliche Verkaufspreis (ohne Unterschied für Beleuchtung und Kraft) nur 16 Rappen beträgt. Der Arbeit über die Wasserversorgungen und derjenigen über die Gasversorgungsanlagen ist je ein koloriertes Kärtchen beigegeben, das jeweils über die geographische Ausbreitung der Betriebe orientiert. Die beiden Heftchen sind unseres Wissens die ersten, die alle technischen und wirtschaftlichen Faktoren sämtlicher öffentlicher Betriebe eines Landes zahlenmäßig zu erfassen versuchen und dürfen deshalb bei Fachleuten und Volkswirtschaftern rege Aufmerksamkeit beanspruchen.

J. Hüppy.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Die Tuberkulose und die hygienischen Mißstände auf dem Lande. Von Dr. P. Jacob, Professor a. d. Univ. Berlin. Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1911, 248 S.

Das Buch zerfällt in 3 Teile, von denen den Statistiker vorwiegend der mittlere interessiert. Er stellt die Ergebnisse einer hygienischen Untersuchung der gesamten Bevölkerung des preußischen Kreises Hümmling durch den Verfasser mit Hilfe von Fürsorgeschwestern dar, eines rein ländlichen



Kreises mit seit Jahren auffällig hoher Tuberkulosesterblichkeit. Die Untersuchung erstreckte sich insbesondere auf die Behausungs-, Wohnungs- und Schlafverhältnisse der Gesunden und Kranken, Zahnzustand, Drüsenschwellungen und Tuberkuloseinfizierung der Kinder. Zu den Untersuchungen nach eigentlich statistischer Methode, die sich auf die Gesamtheit der im Kreise (von 18000 Einwohnern) vorhandenen Einwohner und Häuser erstrecken, kommen zahlreiche Einzelbeobachtungen z. B. über Kleidung, Sauberkeit, Beschaffenheit der Schlafstätten usw.

Aus den Feststellungen, die eine ungemeine Verbreitung der Krankheitskeime und als vermutliche Ursachen die gröbsten hygienischen Mißstände ergaben, seien folgende hervorgehoben. Von 146 im Jahre 1910 im Kreise vorhandenen Lungenkranken hatten 119 nicht für sich ein Bett, nur 2 schliefen allein in einwandfreien Kammern. Unter 5564 Kindern von 2—14 Jahren wurden 5454 auf den Zustand ihrer Zähne untersucht, hiervon hatten 95,9 % schlechte Zähne. Von 6384 untersuchten Kindern (unter 6625 überhaupt) hatten 5838 Drüsenschwellungen. Diese und andere Mißstände, insbesondere die Behausungs- und Wohnungsverhältnisse scheinen zum Teil auf besondere örtliche und wirtschaftliche Ursachen (große Dürftigeit usw.), zurückzuführen zu sein, zu deren Aufdeckung es wünschenswert erschiene, wenn sich bei Wiederholung derartiger wertvoller Untersuchungen mit dem Hygieniker ein Volkswirt verbände. Der Verfasser ist vielleicht etwas zu sehr geneigt, von den Verhältnissen des beobachteten Kreises auf die ländlichen Verhältnisse verallgemeinernd Schlußfolgerungen zu ziehen. Hingewiesen sei noch auf den ersten Teil, der die Methodik der Ermittlungen auf dem Lande, und den dritten Teil, der die Verhütung und Bekämpfung der hygienischen Mißstände sowie der Tuberkulose auf dem Lande behandelt. Namentlich dieser Teil ist wichtig durch die Beschreibung im Kreise H. eingeleiteter Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Wohnungsreform — Vermittlung von Darlehen zu Umbauten — und der Reinlichkeit — Errichtung von Volksbadeanstalten usw. Es wäre zu wünschen, daß die vorliegende Monographie noch vielfache Nachahmung fände. *J. Feig.*

Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Bearb. im Kais. Statist. Amt, Abt. f. Arbeiterstat. (Ref.: Geh. Reg.-R. Mayet) unter Mitwirk. d. Kais. Gesundheitsamts (Ref.: Dir. Wutzdorff). 4 Bände. Berlin 1910. ℳ 30.—

Das Kaiserliche Statistische Amt hat uns hier ein großangelegtes Werk dargeboten, das in jeder Beziehung als mustergültig bezeichnet werden muß, und das auf Jahre hinaus eine Hauptquelle unserer Kenntnisse von der Gesundheitsschädigung durch den Beruf sein wird. Diese waren in Deutschland bisher sehr beschränkt. Das vorliegende Werk nun gibt uns Aufklärung über die Morbidität und Mortalität der großstädtischen Arbeiter in allen Berufen nach einem großen, 18 Jahre unter Beobachtung stehenden Material und zugleich nach einer so exakten Methode, wie sie in anderen Staaten noch nie angewendet wurde. Dazu waren allerdings mehrjährige Vorarbeiten nötig, im Jahr 1903 wurden vom Reichstag die nötigen Mittel bewilligt, und nach siebenjähriger Arbeit, die im Kaiserl. Statist. Amt unter Leitung Mayets stand, konnten erst die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Die Ermittlung der durchschnittlichen Zahl der Mitglieder überhaupt und bei den einzelnen Berufsarten war sehr umständlich, da zahlreiche Mitglieder nur einen Teil des Jahres der Kasse angehören und Berufswechsel und Übertritt von der Pflichtmitgliedschaft zur freiwilligen und umgekehrt sehr häufig sind. Wird die Zahl der Beitrags-, der Krankheits- und Karenztage, sowie der Tage, für welche die Kasse nach dem Austritt eines Mitglieds noch haftbar ist, zusammengezählt und die Summe durch 365 geteilt, so erhält man die Zahl der ein Jahr unter Beobachtung gewesenen Personen. Eine Trennung in Einberufige und Wechselberufige konnte nicht stattfinden, da die Zahlen der ersteren zu klein geworden wären; dies ist bedauerlich, da gerade die Einberufigen am besten den Einfluß des Berufs gezeigt hätten. Die Trennung in Pflicht- und freiwillige Mitglieder ist stets durchgeführt und zwar in der Weise, daß nur für die stärker besetzten Berufe die Zahlen der freiwilligen Mitglieder veröffentlicht sind, um einen zu großen Umfang des Werkes zu vermeiden. Für den Hygieniker ist dies unerwünscht, da der Übertritt in die freiwillige Mitgliedschaft beim männlichen Geschlecht meist durch Krankheit bedingt ist.

In der Erkenntnis, daß die Erkrankungen mit Erwerbsunfähigkeit (nur diese sind bearbeitet) kein Ausdruck der Gefährdung durch den Beruf sind, da leichtere Geschäfte auch noch im Fall der Erkrankung besorgt werden können, ist auch die Sterblichkeit nach dem Beruf berechnet. Hierfür sind allerdings häufig die Grundzahlen in den höheren Altersklassen zu klein; man kann sich dann durch Berechnung der erwartungsmäßigen Sterbefälle ein ungefähres Bild der Berufsgefahr schaffen. Für sehr wertvoll halte ich es, daß die Art der Erkrankung mit in die Untersuchung hereingenommen wurde. Man weiß, wie gering oft solche Versuche von ärztlicher Seite gewürdigt werden, da aus mancherlei Gründen die einzelnen Krankheiten (z. B. Tuberkulose) nicht sicher erfaßt werden können. Aber es gelingt doch, für gewisse Krankheitsgruppen brauchbare Zahlen zu gewinnen, namentlich ist die Abgrenzung der Unfälle wegen ihrer verschiedenen Häufigkeit wichtig. Bei den Sterbefällen dagegen ist die zum Tode führende Krankheit stets ganz sicher festgestellt, so daß sich z. B. die Tuberkulose gut bei ihnen herausheben läßt.

Für 108 männliche und 79 weibliche Berufe werden die Zahlen mitgeteilt, je nach der Personenzahl der Berufe in verschiedener Gliederung, in 5-, 10- oder 20jährige Altersklassen und nach zahlreichen oder abgekürzten Krankheitsrubriken.

Eine besondere Bearbeitung fanden die Erkrankungen der Alkoholiker, d. h. der Mitglieder, bei denen auf den Krankenscheinen einmal im Laufe der 18 Jahre chronische Trunksucht, Delirium tremens, Säuferwahnsinn oder ein P eingetragen wurde. Bei den weiblichen Mitgliedern wurden die Geburten und Fehlgeburten für sich behandelt, von besonderem Werte ist dabei

die Statistik der Fehlgeburten, für welche nirgends viel Material vorliegt.

Endlich wäre noch die Aufstellung von Morbiditätsserientafeln zu erwähnen, die dazu dienen, die Verschiedenheiten der Belastung von Krankenkassen durch die Dauer der Unterstützung, durch Karenztage usw. auf dem Wege einfacher Umrechnung auszugleichen. *F. Prinzing.*

Die Körper- und Gebrechlichkeitspflege bei den Schulkindern in Halle S. Beilagen zu den Statist. Monatsberichten der Stadt Halle S. Okt. und Nov. 1910.

Die Abhandlungen bilden den Abschluß einer Reihe von Arbeiten aus dem Gebiete der Jugendfürsorge. Es wird die Bedeutung der Körperpflege bei den Kindern gerade während der Schulzeit dargelegt und gezeigt, wie diesem Erfordernis in Halle durch Turnen, Schwimmen, Turnspiele und Wanderfahrten Rechnung getragen wird. Die Hauptergebnisse der schulärztlichen Tätigkeit werden mitgeteilt, die Schulspeisungen, Walderholungsstätten und Kinderheilstätten im einzelnen behandelt. Die Arbeit über die Gebrechlichkeitspflege beschäftigt sich zunächst mit den Sprachheilkursen und Sprachheilklassen für die Kinder, welche mit einem Sprachfehler behaftet sind, schildert sodann die Hilfsschulen für geistig abnorme Kinder in den Volksschulen und die Privatschule für schwachbegabte nervöse Kinder aus besser situierten Familien. Schließlich wird die Pflege und der Unterricht der Taubstummen und Blinden erörtert. *M. Rusch.*

XX. Polizeistatistik

Die Nahrungsmitteluntersuchung in Halle a. S. Beilage zum Stat. Monatsbericht der Stadt Halle a. S. September 1910.

Es wird dargelegt, inwiefern den Gemeinden wichtige Aufgaben bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien und möglichst billigen Nahrungsmitteln erwachsen. Zur Kontrolle dienen namentlich die Nahrungsmitteluntersuchungsämter. In Halle besteht ein solches seit dem 1. September 1909. Einen Überblick über seine Tätigkeit während des ersten Jahres seines Bestehens zeigt, wie dringend erforderlich seine Errichtung war.

Insgesamt wurden 3048 Untersuchungen vorgenommen, darauf entfielen 659 = 21,6 % Beanstandungen. Am häufigsten war das Amt mit der Untersuchung von Milchproben in Anspruch genommen (1273 Fälle), die in 20,03 % der Fälle zu Beanstandungen führten. Die Butterproben führten zu 26,24 % der Fälle zu Beanstandungen. Verfolgt man die entnommenen Butterproben für die Zeit vom 1. September 1909 bis 31. März 1910 auf ihren Wassergehalt, so ergibt sich auch die Notwendigkeit der Kontrolle. Von 165 Proben waren 41, die 16 bis 31 Prozent Wasser enthielten. Bei normaler Butter darf der Wassergehalt zwischen 9—14 % betragen, und er soll 16 % gesetzlich nicht überschreiten. Daraus folgt, daß 24 % der Proben das Höchstmaß überschritten, 32 % nicht mehr als normal betrachtet werden konnten, nur 42 % den gewöhnlichen Anforderungen entsprachen. — Die relativ meisten Beanstandungen ergab Essig (45,10%), dann folgte das Hackfleisch (42,04 %), Fruchtsäfte und Marmeladen (33,93 %), Speisefette und Öle (18,72 %) und Wurstwaren (17,48 %). Das Amt wurde von den verschiedensten Seiten in Anspruch genommen, abgesehen von der Städt. Polizei von der Straßenreinigung, der Siechenhausstiftung, der Kgl. Staatsanwaltschaft, der Desinfektionsanstalt und vom Wasserwerk. *M. Rusch.*

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Gemeindezeitungen in Deutschland und Österreich. Von R Kootz. Zeitschr. f. d. ges. Staatsw. Jahrg. 1909, S. 133—139.

Über die Gemeindezeitungen im Deutschen Reiche ist schon an mehreren Stellen berichtet worden. Zunächst von Feig im Stat. Jahrbuch deutscher Städte 1907, sodann von Ehrler in den Schriften des Ver. f. Sozialpolitik Bd. 128 mit etwas optimistischen Betrachtungen. In der hier besprochenen Arbeit sind auch die inzwischen hinzugekommenen Städte mit Gemeindezeitungen, Kattowitz und Königsberg i. Pr., sowie zwei bezw. eine in genannten Arbeiten nicht enthaltene Städte Deutsch-Wilmersdorf und Königshütte berücksichtigt.

Von den politischen Zeitungen werden städtische Zeitungsunternehmungen aufs heftigste bekämpft. Auf diese Weise mußte beispielsweise vor einigen Jahren ein in St. Gallen ins Leben gerufenes städtisches Blatt nach kurzer Zeit sein Erscheinen wieder einstellen. Die Ursache der Bekämpfung liegt gewöhnlich darin, daß die Gründung der Gemeindeblätter durch Streitigkeiten der Stadtbehörden mit den am Orte erscheinenden Zeitungen, wegen der Höhe der für die Veröffentlichung der städtischen Bekanntmachungen zu zahlenden Entschädigung oder weil sich einzelne von ihnen benachteiligt glauben, veranlaßt wird. Von den 14 Städten des Deutschen Reiches mit eigenen Gemeindezeitungen haben diejenigen, welche Gemeindezeitungen schon seit langem besitzen, den Standpunkt aufgegeben, durch dieselben die Veröffentlichung städtischer Anzeigen in anderen Zeitungen überflüssig zu machen. Für Großstädte wäre dies auch ein vergebliches Beginnen, wenn man nicht im Besitze einer wöchentlich 4 bis 6 mal erscheinenden Zeitung ist. In letzterem Umfange erscheinen aber nur 5 Gemeindezeitungen. Es sind die von Dresden, Elberfeld, Freiburg i. B., Nürnberg und Stuttgart, davon die drei ersteren mit politischem Charakter. Von den anderen erscheinen die von Augsburg, Frankfurt a. M., Kattowitz, München, zweimal, die von Berlin, Breslau, Königsberg i. Pr. und D.-Wilmersdorf nur einmal wöchentlich.[1]) Überschüsse erzielen außer den drei politischen Zeitungen nur Frankfurt a. M.; Stuttgart geht zwar leer aus, zahlt aber für sein in 60 000 Stück hergestelltes Blatt nicht einen Pfennig;

[1]) Verf. nennt nachträglich noch das Regensburger Wochenblatt als älteste Gemeindezeitung, herausgegeben von einer dortigen Druckerei; es nimmt die städtischen Anzeigen unentgeltlich auf und erhält 500 ℳ Beitrag von der Stadt.



es wird nämlich vom „Neuen Tageblatt" unentgeltlich hergestellt und diesem und der „Kannstatter Zeitung" ebenfalls unentgeltlich beigelegt. Das Berliner Blatt erfordert jährlich gegen 26 000 ℳ Zuschuß, das Wiener fast das Doppelte, bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen nämlich 50 000 Kr. In Österreich besitzen 7 Städte eigene Gemeindezeitungen: Aussig, Czernowitz, Graz, Klosterneuburg, Lemberg, Reichenberg i. B. und Wien. Zwei erscheinen drei, je drei- zwei und einmal in der Woche. Solche politischen Charakters befinden sich unter ihnen nicht, und kein Blatt wirft Überschüsse ab. *R. Kootz.*

Die Zeitungen und die Zeitschriften Württembergs im Jahre 1909. Württembergische Jahrbücher f. Stat. u. Landeskunde, Jahrg. 1910, 2. Heft, S. 251—340.

Angesichts der in neuerer Zeit vielfach geäußerten Wünsche, eine Statistik der deutschen Presse aufzustellen, dürfte der vorliegenden Veröffentlichung besonderes Interesse zukommen. Wohl kaum in einem anderen Land hat sich die Statistik so frühzeitig und so eindringlich mit der periodischen Presse beschäftigt wie in Württemberg. Schon die Jahrgänge 1831 und 1869 der Württ. Jahrbücher f. Stat. u. Landesk. enthalten statistische Angaben über die Zeitungen. Vollständige, sowohl auf die Zeitungen als auf die Zeitschriften sich erstreckende statistische Erhebungen wurden sodann in den Jahren 1876 und 1886 vorgenommen und von dem Bibliothekar der K. Landesbibliothek, Professor Dr. Schott († 1899), der sich durch seine Forschungen auf dem Gebiete der Kirchen- und Reformationsgeschichte einen Namen gemacht hat, in den Württ. Jahrbüchern f. Stat. u. Landesk. Jahrg. 1876 und 1886 in trefflicher und geistvoller Weise bearbeitet. Nachdem seit der letzten Erhebung nahezu 25 Jahre verflossen waren, erschien es angezeigt, von neuem eine Statistik der Zeitungen und Zeitschriften aufzustellen. Die Unterlagen der Statistik wurden ähnlich wie schon 1877 und 1887 in der Weise gewonnen, daß seitens des Statistischen Landesamts an sämtliche in Württemberg erscheinende Zeitungen und Zeitschriften Fragebogen versandt wurden. Seitens der Zeitungen wurden die Fragebogen ausnahmslos in entgegenkommendster Weise und fast durchweg sehr vollständig beantwortet. Größere Schwierigkeiten verursachte dagegen die Erlangung der erforderlichen statistischen Unterlagen bei den Zeitschriften. Doch kam der Statistik der Umstand sehr zu statten, daß dem Bearbeiter, Bibliotheksekretär Gerster, die Sammlung der Pflichtexemplare auf der K. Öffentl. Bibliothek in Stuttgart die Möglichkeit gab, die nötigen Angaben aus den Originalen zu schöpfen und so die vorhandenen Lücken auszufüllen. Das auf diese Weise gewonnene statistische Material ist in zwei großen Tabellen niedergelegt, nämlich in einer Tabelle I, welche eine systematische Zusammenstellung der Zeitungen und Zeitschriften mit Angabe des Erscheinungsortes, der Erscheinungszeit, der Höhe der Auflage, des Preises, der Zahl der Redakteure, des Verbreitungsgebietes in Deutschland und im Ausland, sowie (bei Zeitungen) des Papierverbrauchs und der Parteizugehörigkeit, enthält, und in einer Tabelle II, welche ein alphabetisches Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften enthält. Die Tabelle II gibt, da in sie auch alle seit 1886 eingegangenen Zeitungen und Zeitschriften aufgenommen sind, einen Überblick über die gesamte periodische Presse Württembergs von Anfang an, wie ihn kein anderes Land, nicht einmal die Schweiz in ihrer „Bibliographie der Schweizerischen Landeskunde" besitzt. In einem Textabschnitt werden die Ergebnisse der Statistik im einzelnen näher beleuchtet. Daraus seien hier folgende Daten hervorgehoben: Württemberg hatte 1909 197 (*1886* 129) politische Zeitungen; es besitzt also, wenn man (nach Tony Kellen, Das Zeitungswesen, Kempten und München 1908) 4000 deutsche Zeitungen annimmt, rund 5 % derselben, während seine Bevölkerung nur 3,80 % des deutschen Reichs ausmacht. In Deutschland kommt durchschnittlich auf 15160 Einw. eine politische Zeitung, in Württemberg schon auf 11686 Einw. (im Jahre 1886 erst auf 15466 Einw.). Wenn Württemberg, wie man sagt, ein gesegnetes Land ist, so gilt dieses Lob sonach auch von seiner politischen Tagespresse. Die Auflage der Blätter (*1886* 342000, *1909* 870000) ist namhaft gestiegen; die Gesamtzahl der jährlich ausgegebenen Zeitungsnummern betrug *1886* 65, *1909* 215 Millionen, hat also um ca. 230 % zugenommen, während im gleichen Zeitraum die Bevölkerung nur um 15,4 % gewachsen ist. Der Papierverbrauch für Zeitungen allein beläuft sich jährlich auf ca. 7500000 kg. Für Zeitungsabonnements wird jetzt jährlich die Summe von 3500000 ℳ ausgegeben, d. i. auf den Kopf der Bevölkerung 1,52 ℳ gegen 65 Pfennige im Jahre 1886; doch kommt diese Mehrausgabe nur zum kleinsten Teil von einer Steigerung der Abonnementspreise, vielmehr in der Hauptsache von der viel größeren Verbreitung der Zeitungen her. Von den württembergischen Zeitungen kann man 75 (= 38 %) als politischen Parteien angehörig oder nahestehend betrachten, die übrigen 62 % bezeichnen sich als parteilos, während im deutschen Reich im ganzen die parteilosen Zeitungen, nach Stoklossa, nur 34 % ausmachen. — Die Zahl der in Württemberg erscheinenden Zeitschriften, welche *1876* 130 (*1886* 186) betrug und schon damals über 10 % der nicht politischen periodischen Literatur Deutschlands ausmachte, ist inzwischen namhaft gestiegen, nämlich auf 440, = 238 % Zunahme. Auf eine Zeitschrift kommen in Württemberg 5230 Einw. An der Zunahme beteiligen sich alle in der Statistik unterschiedenen Gruppen, die philologischen und pädagogischen, die historisch-geographischen und kunstwissenschaftlichen, die juristischen, staats- und volkswirtschaftlichen, die medizinischen und naturwissenschaftlichen, die land- und forstwirtschaftlichen, die belletristischen und die Jugendzeitschriften, besonders stark aber die theologischen sowie — im Zusammenhang mit der mächtigen Entwicklung von Industrie und Handel — die kaufmännischen und gewerblichen Zeitschriften. Der Erscheinungsort der meisten Zeitschriften ist Stuttgart als süddeutsche buchhändlerische Zentrale, wo nicht weniger als 347 Zeitschriften = ca. 80 % erscheinen. Der Rest verteilt sich auf Tübingen, Heilbronn, Ulm und andere Orte. So zeigt die vorliegende Statistik, daß zu dem Höchsten, was eine Nation zieren kann, zu ihren geistigen Schätzen, Württem-

berg äußerlich einen namhaften weit über seine Bevölkerung hinausragenden Teil liefert und daß speziell seine Hauptstadt der Sitz einer bedeutenden literarischen Produktion ist. *O. Trüdinger.*

Bibliotheken und Lesehallen im Kgr. Böhmen. Nach: Mitteil. des Statist. Landesamtes des Kgr. B. Bd. XIV, Heft 1, Deutsche Ausg. Prag 1910.

Die Erhebungen über die Bibliotheken in Böhmen hat das Statistische Landesbureau auf Beschluß der Konferenz für Landesstatistik zum ersten Male nach dem Stande vom J. 1897, zum zweiten Male nach dem Stande vom J. 1905 durchgeführt. Den Gegenstand der ersten Erhebung bildeten nur Bibliotheken, welche vom Lande, von den Bezirken oder Gemeinden verwaltet, erhalten oder unterstützt wurden. Die zweite Erhebung wurde wenigstens in betreff der wichtigsten Daten auf alle allgemein zugänglichen Bibliotheken erweitert. Durch die erste Erhebung wurden in Böhmen zusammen 271 Bibliotheken mit mehr als 450 000 Bänden festgestellt. Nach der zweiten Erhebung gab es im J. 1905 in Böhmen zusammen 3208 Volksbibliotheken mit 1 073 838 Bänden und 17 wissenschaftliche und Fachbibliotheken mit 759 385 Bänden. Dazu muß noch bemerkt werden, daß in Wirklichkeit die Anzahl der Bibliotheken in Böhmen gewiß größer war, da bei dem Sammeln der Daten 24 deutsche Bezirksausschüsse dem Landesbureau die Mitwirkung verweigerten und die vom Statistischen Bureau selbst aus diesen Bezirken gesammelten Daten nicht als erschöpfend betrachtet werden können. Von diesen Bezirken abgesehen entfällt 1 böhmische (čechische) Volksbibliothek auf 1446 böhmische Einwohner, 1 deutsche Volksbibliothek auf 3770 Einwohner. In 33,6 % aller Ortsgemeinden in Böhmen gab es eine Volksbibliothek. Aus der Gesamtzahl der ermittelten Volksblibiotheken wurden 834 böhmische und 91 deutsche von autonomen Körperschaften verwaltet, erhalten oder unterstützt. Was die Eigentümer anbelangt, so gehörten Vertretungsbezirken 54 böhmische Volksbibliotheken, Gemeinden 503 böhmische und 58 deutsche Volksbibliotheken. Die übrigen Volksbibliotheken standen überwiegend im Eigentume von Vereinen.

Interessant sind die Daten über die Benützung der Bibliotheken, welche jedoch nur bei den 925 durch Selbstverwaltungskörper unterstützten, bei den 170 größeren übrigen Volksbibliotheken und bei den wissenschaftlichen Bibliotheken einen Gegenstand der Erhebung bildete. Ein Werk in den 925 erstgenannten Volksbibliotheken wurde durchschnittlich 2,8 mal, ein Werk in den Volksbibliotheken zweiter Gruppe durchschnittlich 1,9mal entlehnt. Der günstige Einfluß der Unterstützungen von seiten der autonomen Körperschaften ist hier also deutlich sichtbar. Ein Werk der erstgenannten Volksbibliotheken in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern wurde durchschnittlich 3,4 mal, ein Werk in den kleineren Gemeinden durchschnittlich 2,2 mal entlehnt. Die jüngeren Volksbibliotheken wurden viel intensiver benützt als die älteren, ebenso die in geeigneten Lokalitäten untergebrachten Volksbibliotheken viel intensiver als die in ungeeigneten Lokalitäten untergebrachten. Der Einfluß der Leihgebühr kann folgendermaßen bestimmt werden: Die Leihgebühr stößt einen großen Teil der Bevölkerung von der Benützung der Volksbibliothek ab, welcher Teil der Bevölkerung die Bibliothek überhaupt meidet. (In den Bibliotheken, die gegen Entgelt liehen, kam ein Entlehner auf 9,1 Werke, in den Bibliotheken ohne Gebühr schon auf 4,9 Werke.) Auf den Eifer des Lesers, der trotzdem in die Bibliothek gekommen ist, übt jedoch die Einhebung der Gebühr keinen ungünstigen Einfluß aus, im Gegenteil, da die Anzahl der Leser kleiner ist, entfallen auf einen jeden derselben verhältnismäßig mehr Bücher als in den Bibliotheken ohne Leihgebühr (auf 1 Entlehner entfielen in den Bibliotheken gegen Entgelt 20,8 entlehnte Werke, in den Bibliotheken ohne Gebühr nur 15,2 entlehnte Werke). Im ganzen ist die verhältnismäßige Benützung der Bibliotheken mit Gebühr trotz des größeren Eifers der Leser doch nur schwächer als bei den Bibliotheken ohne Gebühr (auf 1 Werk in den gegen Entgelt leihenden Bibliotheken entfielen 2,3 entlehnte Werke, in den Bibliotheken ohne Gebühr aber 3,3 entlehnte Werke). Die wissenschaftlichen Bibliotheken weisen selbstverständlich im Verhältnisse zum Bücherbestand eine viel geringere Benützung aus (auf 100 Werke in den Bibliotheken 48 entlehnte Werke). — Was die Einnahmen der durch Selbstverwaltungskörper unterstützten Volksbibliotheken anbelangt, so machten sie 169 169 K aus, woraus der größte Teil (57,49 %) auf die Beiträge der Gemeinden entfiel. Von den Ausgaben entfiel das größte Prozent (41,26 %) auf Neuanschaffungen von Büchern. Auf 1 Band in den erwähnten Volksbibliotheken entfielen durchschnittlich 28,6 h Ausgaben, auf 1 entlehntes Werk durchschnittlich 11,9 h Ausgaben. Die kleineren Volksbibliotheken arbeiten gewöhnlich verhältnismäßig billiger als die größeren. Die Verwaltung und Wirksamkeit der wissenschaftlichen Bibliotheken ist viel teurer, als es bei den Volksbibliotheken der Fall ist. — Am Schlusse eines jeden Abschnittes werden die Verhältnisse der Volksbibliotheken in Böhmen mit denjenigen in anderen Ländern verglichen: die Ergebnisse dieser Vergleichung sind im großen und ganzen für Böhmen sehr günstig. *J. Auerhan.*

XXIII. Justizstatistik.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1909. Reichs-Arbeitsblatt. 1910. Nr. 10 u. 11.

Die Statistik ist zum ersten Male vom Kaiserl. Statist. Amte auf Grund von Fragebogen zusammengestellt worden, die von den einzelnen Rechtsauskunftsstellen (RA) ausgefüllt und durch Vermittlung der betr. Organisationen gesammelt wurden. Es sind nur die Stellen aufgenommen, die an alle Besucher oder an Minderbemittelte unentgeltlich oder gegen eine ganz geringe Gebühr Rechtsauskunft erteilen, fortgelassen sind die Volksbureaus der gewerbsmäßigen Rechtskonsulenten. Nicht gezählt sind ferner die Auskünfte, die Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, große Verbände, wie Bund der Landwirte, ferner Zeitungen usw. unentgeltlich erteilen. Im ganzen wurden 693 RA. gezählt, von denen 1 423 293 Auskünfte erteilt und 367 261 Schriftsätze angefertigt wurden. Es

wurden Auskünfte erteilt: Von 101 gemeindl. u. staatl. RA.: 248621, von 28 RA. gemeinnütziger Vereinigungen: 134870, von 79 RA. für Frauen: 33672, von 111 Arbeitersekretariaten der freien Gewerkschaften und 172 Gewerkschaftskartellen: 605722, von 44 RA. Deutscher Gewerkvereine (H. D.): 32982, von 11 RA. sonstiger Arbeitervereinigungen: 51316, von 5 RA. von Arbeitgebern: 3600, von 14 evangelischen: 26683 und 117 katholischen: 275466 und von 11 RA. politischer Vereinigungen: 10261. Von diesen Auskünften entfallen 12,8% auf Dienst- und Lehrvertrag, Gewerbe- und Seemannsordnung, 28,5% auf sonstiges bürgerliches Recht, 26,8% auf Arbeiterversicherung, 5,4% auf Zivilprozeß- und Konkursordnung, 4,9% auf Strafrecht und -prozeß, 14,2% auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten. — Die Erhebung soll alle 3 Jahre wiederholt werden.

R. Claus.

XXIV. Finanzstatistik.

Das finanzpolitische Prinzip der Beweglichkeit im österreichischen direkten Steuersysteme von Dr. Emanuel Hugo Vogel, Statistische Monatsschrift, herausgeg. von der k. k. Statist Zentralkommission in Wien Jahrg. 1910, Heft Nov.-Dezemb.

Die finanzpolitische Beweglichkeit eines Abgabensystems hängt von seiner Zusammensetzung und der technischen Einrichtung aller einzelnen Steuergattungen hinsichtlich Bemessungsgrundlage und Steuerfuß ab. Sie äußert sich einerseits in der Steigerungsfähigkeit des Fiskalergebnisses entsprechend dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung auch bei gleichbleibender Höhe der Steuersätze, andererseits in der Anpassungs-, bezw. Steigerungsfähigkeit der Steuersätze, also der Besteuerungsintensität nach Maßgabe des öffentlichen Finanzbedarfes. Aufgabe der gegenständlichen Abhandlung ist es, das schon von Adolf Wagner aufgestellte und vom Verfasser in einer separaten Monographie („Die finanzpolit. Besteuerungsprinzipien in Literatur und Theorie", Zeitschr. f. d. gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 1910) näher formulierte theoretische „Beweglichkeitsprinzip" gleichsam experimentell an dem östereich. direkten Steuersystem mit Hilfe der Finanzstatistik zu untersuchen. Um das Maß der Beweglichkeit einer Steuergattung zu bestimmen, erscheint es notwendig, einerseits die Steigerung oder Abnahme des Steuerertrages in % gegen das jeweils vorangehende Steuerjahr (fallweises Veränderungsprozent), andererseits im Durchschnitte einer längeren Beobachtungsperiode zu ermitteln (durchschnittliches Veränderungsprozent). Speziell das durchschnittliche Steigerungsprozent, welches nach der Formel $p = 100 \left(\sqrt[n]{\frac{kn}{k}} - 1\right)$ berechnet wird, bringt als eigentlicher Beweglichkeitsfaktor vereinzelte abnormale Schwankungen zum Ausgleich und vermag daher einen ziemlich verläßlichen Gradmesser für die Anpassungs- und Steigerungsfähigkeit einer Steuergattung bezw. eines Steuersystems zu bilden. Reiht man die einzelnen Steuergattungen nach Maßgabe ihres Beweglichkeitsfaktors für eine gleiche Zeitperiode, so erhält man eine Beweglichkeitsskala, welche dann zahlreiche Rückschlüsse auf die Zweckmäßigkeit der Veranlagungsform u. s. w. zuläßt.

Unmittelbar vor Durchführung der Personalsteuerreform weist der durchschnittliche Beweglichkeitsfaktor für den 14jährigen Zeitraum von 1883 bis 1897 folgende Ziffern auf: Hausklassensteuer 0.057, Grundsteuer 0.156, Erwerbsteuer 1.49, Hauszinssteuer 2.602, Einkommensteuer (nach dem Patente von 1849) 2.69, 5% Gebäudesteuer 3.807; sämtliche direkte Steuern 1.607. Dem absoluten Maße nach sind diese sämtlichen Beweglichkeitsprozente recht niedrig. Ganz besonders aber bleibt die ländliche Erwerbskreise treffende Grund- und Hausklassensteuer zurück, was mit ihrer Veranlagungsform (Kontingentierung bezw. Besteuerung nach der Zahl der Wohnbestandteile) zusammenhängt. Ein wesentlich hievon verschiedenes Bild zeigt die Beweglichkeitsskala des österreich. Steuersystems nach Durchführung der Reform für den Zeitraum von 1900 bis 1908: Grundsteuer rückläufig, Hausklassensteuer 0.158, allgemeine Erwerbsteuer 1.511, Rentensteuer 2.792, 5% Gebäudesteuer 3.311, besondere Erwerbsteuer 3.416, Hauszinssteuer 4.405. Einkommensteuer 5.189, Besoldungssteuer 7.294; sämtliche direkte Steuern: 2.871. Die günstigen Wirkungen der Reform bei den sogenannten „Personalsteuern" treten in augenfälliger Weise hervor. Deutlich zeigt sich, daß jene Steuer gattungen, welche sich unmittelbar an das Ergebnis der Wirtschaftsführung anschließen, eine besonders hohe Beweglichkeit aufweisen, so vor allem die progressive Einkommensteuer, die besondere Erwerbsteuer der Aktiengesellschaften und die Hauszinssteuer. Die mit der Einkommensteuer konnexe Besoldungssteuer verdankt ihre Stellung der zunehmenden Bedeutung des Diensteinkommens und seiner relativ vollständigen Erfassung, während für das Zurückbleiben der Grund-, Hausklassen- und allgemeinen Erwerbsteuer die mangelhafte Veranlagungsform genügende Erklärung bietet.

Eine Analyse der einzelnen Einkommensquellen als Bemessungsgrundlage der neuen Einkommensteuer ergab nachstehende Beweglichkeitsfolge: Einkommen aus Kapitalvermögen 2,973, aus Grundbesitz 3.395, aus Gebäudebesitz 4.22, aus Erwerbsunternehmungen 4.565, aus Dienstbezügen 6.38%. In dieser Reihenfolge drücken sich deutlich die bisherigen Mängel der Veranlagung hinsichtlich Kapitalvermögen und Grundbesitz aus. Immerhin zeigen die einzelnen Jahresergebnisse eine zunehmende Besserung dieses Zustandes. Bei entsprechender Fortsetzung der Reformarbeit dürften die direkten Steuern auch in Österreich jene „Beweglichkeit", die man früher nur im Wege willkürlicher Steuerhöhung zu erzielen versuchte, im Wege natürlicher, aber dafür andauernder Entwicklung erreichen.

E. H. Vogel.

Freilassung der Existenzminima in der Schweiz. Nach: Dr. Weiler (Steglitz bei Berlin), Direkte Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz usw. Art. Institut Orell Füssli, Zürich. Juli 1910. 8 Fr. (7 ℳ).

Neben der Progression sind für die Belastung der kleinen Steuerpflichtigen die Freilassung der Existenzminima, die Höhe der Personalsteuern und — in Verbindung mit der Progression — die



Behandlung der Einkommen der im gemeinsamen Haushalt wohnenden erwerbstätigen Familienmitglieder als Einheit von Bedeutung.

Sehen wir von Appenzell I.-Rh. und Nidwalden ab, so finden wir die Forderung der Freilassung des Existenzminimums in allen Kantonen wenigstens bei einer Steuer des Systems der staatlichen und gemeindlichen direkten Steuern verwirklicht. Einkommen und Vermögen sind entweder bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei oder es dürfen, was vornehmlich für die Steuern auf unfundierte Bezüge gilt, bestimmte Beträge von allen Reineinkommen resp. Vermögen in Abzug gebracht werden. Letztere Art bewirkt neben der Erfüllung der allgemeinen Aufgabe der Freilassung — Befreiung der Leistungsunfähigen von der Steuer — eine sog. verschleierte Progression bei an sich proportionalen Steuern, ferner eine Milderung schroffer Übergänge von der Steuerbefreiung zur Steuerpflicht, von einer Progressionsstufe zur anderen und schließlich eine Erweiterung der Spannung zwischen dem niedrigsten und höchsten Progressionssatz.

Bei den Steuern auf fundierte Bezüge besitzen keine Freilassung bei Staats- und Gemeindesteuern die Kantone Appenzell I.-Rh., Nidwalden und Wallis. Alle übrigen Kantone lassen, z. T. nur bis zu einer bestimmten Höhe, zum mindesten den Wert des Hausrats außer acht, einige auch den Wert der Kleider und Wäsche oder der Feld- und Handwerksgerätschaften, der Instrumente und Berufs- und Hausbibliotheken oder der zum landwirtschaftlichen Betriebe erforderlichen Viehhabe und des nötigen Hausviehs u. s. w.

Neben dieser Art von Befreiungen stehen die allgemeinen Freilassungen der Existenzminima. Soweit diese bei Vermögenssteuern 1000 Fr. [Basel-Land, Graubünden, Luzern, Obwalden, Schwyz, St. Gallen (Gemeindesteuern 500 Fr.) und Zug] betragen oder vereinzelt sogar unter 1000 Fr. bleiben, müssen sie als ungenügend bezeichnet werden, auch dann, wenn die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten berücksichtigt wird. Höhere Existenzminima als 1000 Fr. besitzen bei Staats- und Gemeindesteuern nur die Kantone Neuenburg (bew. Verm. 2000 Fr.), Uri (2000 Fr.), Bern (verzinsl. Kapitalien 2500 Fr.), Glarus (3000 Fr.), Solothurn (3000 Fr.), Schaffhausen (4000 Fr.) und Basel-Stadt (5000 Fr. Staatssteuer). Gewisse Personen, z. B. Witwen, Waisen, erwerbsunfähige oder in der Erwerbsfähigkeit beschränkte Personen u. s. w. genießen bei der Heranziehung ihrer Vermögen in der Mehrzahl der Kantone teilweise recht weitgehende Erleichterungen.

Die im allgemeinen mangelhafte Durchführung der Freilassung der Existenzminima bei den Steuern auf fundierte Bezüge tritt besonders scharf in einer Reihe von Kantonen mit proportionalen Steuersystemen zutage, da hier die kleinen, das niedrige Existenzminimum eben überschreitenden Vermögen sofort von dem hohen, auch für große Vermögen in Betracht kommenden Steuersatz ergriffen werden. In der Stadt Schwyz wird jedes 1000 Fr. übersteigende Vermögen mit 11,88 % des zu 4 % berechneten Vermögensertrages herangezogen, in Sitten auch die allerkleinsten Vermögen mit 17,50 %. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Es muß jedoch erwähnt werden, daß in vielen Kantonen die Behörden gesetzlich ermächtigt sind, bei besonders drückenden Verhältnissen weitgehende Ermäßigungen eintreten zu lassen.

Weit besser hat man für die Bezieher von kleinen unfundierten Einkommen gesorgt; insbesonders wird die geminderte Leistungsfähigkeit der Haushaltungsvorstände vielfach berücksichtigt und auch eine Abstufung nach der Zahl der minderjährigen Kinder u. s. w. vorgenommen. Auch hier steht Basel-Stadt an erster Stelle. Alle Einkommen bis 1200 Fr. (ledige Personen u s. w.), 1500 Fr. (Verheiratete u. s w.) und 2000 Fr. (Witwen mit unerwachsenen Kindern) sind von der staatlichen Einkommensteuer befreit. Für höhere Einkommen kommen bei diesen drei Kategorien nur Bruchteile des niedrigsten Progressionssatzes in Anrechnung, sodaß letzerer [1 %] erst bei Einkommen von 2500 resp. 3000 resp. 3500 Fr. erreicht wird. Besonders erwähnenswert sind auch St. Gallen, wo Abzüge von 1000 (Ledige), 1200 (Familienväter mit 3 und weniger Kindern) und 1500 Fr. (mit mehr als 3 Kindern) gestattet sind und Appenzell A.-Rh., wo man bei diesen drei Kategorien die Einkommen bis 800, 1200 resp. 1500 Fr. befreit und außerdem einen Abzug von 400 Fr. bei jedem Erwerb bis 2000 Fr. eintreten läßt. Ein günstiges Urteil verdienen noch die Kantone Freiburg, Genf, Solothurn, Uri, Zug und Waadt Obwalden gestattet noch einen Abzug von 700 Fr., Bern von 600 Fr. Vereinzelt steht Graubünden. Hier ist ein Erwerb bis 800 Fr. befreit, wenn kein steuerpflichtiges Vermögen vorhanden ist, ein solcher bis 700 resp. 600 Fr. wenn bis 3000 resp. 3000 bis 5000 Fr. Vermögen versteuert werden 200 Fr. dürfen auf alle Fälle in Abzug gebracht werden. Im Prinzip ist dieser Versuch, die Höhe der Freilassung des Existenzminimums bei einer Steuer auf unfundierte Bezüge abhängig zu machen von der Höhe des gleichzeitig vorhandenen Vermögens, zu billigen.

In einer späteren Darstellung soll gezeigt werden, wie weit die Wohltaten der Freilassung der Existenzminima durch die für die Schweiz charakteristischen Personalsteuern tangiert werden.

P. H. Weiler.

Vermischte Mitteilungen.

Deutsche Statistiker-Gesellschaft. Die Ausführung des in Nr. 1 dieses Jahrgangs, Sp. 25, erwähnten Planes der Gründung einer solchen Vereinigung in der Form einer statistischen Abteilung der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie" darf nunmehr als gesichert betrachtet werden, nachdem anläßlich des 70. Geburtstags des Unterstaatssekretärs Prof. Dr. G. v. Mayr in München in dessen Hause die einleitenden Schritte unternommen, in provisorischer Weise dem Jubilar der Vorsitz und dem Geh. Reg.-Rat Dr. E. Würzburger in Dresden dessen Stellvertretung übertragen worden und in der Folge gegen 80 Statistiker ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, der Vereinigung beizutreten. Das Bedürfnis nach einer solchen ist aus dem Umstande heraus erwachsen, daß es für die deutschen Statistiker mit wissenschaftlicher Bildung und wissenschaftlichen Zielen bisher an der Möglichkeit fehlte, sich zur Förderung ihrer eigenen Disziplinen und ihrer besonderen Interessen zu verbinden. Sie sehen sich daher, wo sie das Verlangen nach Anschluß empfinden, genötigt, anderen, ihren eigenen Bestrebungen nur bis zu einem gewissen Grade nahekommenden wissenschaftlichen Vereinigungen beizutreten. Nur soweit sie dem Internationalen Statistischen Institut angehören, ist den deutschen Statistikern der Weg zu einer fachlichen, wissenschaftlichen Körperschaft erschlossen; aber abgesehen davon, daß satzungsgemäß stets nur eine be-



schränkte Zahl von Statistikern Mitglied des Instituts sein kann, bringt es die Art seiner an oberster Stelle auf die Herbeiführung international vergleichbarer Tatsachenbeschaffung gerichteten Bestrebungen mit sich, daß das Institut nicht dasselbe in bezug auf die nähere Erforschung der sozialen Lebensverhältnisse und auf die Ausgestaltung der Statistik bieten kann, wie eine allen wissenschaftlich qualifizierten Kräften offen stehende Vereinigung der Statistiker deutscher Zunge. Allerdings finden bekanntlich regelmäßige Statistiker-Konferenzen zu verschiedenen amtlichen Zwecken statt. Wie aber hieran nur Beamte und zwar nicht immer notwendig eigentliche Statistiker beteiligt sind, so überwiegt bei diesen Konferenzen der praktische amtliche Zweck, insbesondere die Vorbereitung der jeweils bevorstehenden Erhebungen, so sehr, daß für rein wissenschaftliche Erörterungen sich kaum Gelegenheit bietet. Überdies tagen die verschiedenen Konferenzen getrennt, sodaß bei der Erörterung einer Frage nicht alle zuständigen Fachmänner ihre Erfahrungen mitteilen können. Die konstituierende Versammlung soll am 17. Juni 1911 in Dresden stattfinden, im Anschlusse an die 25. (Jubiläums-) Tagung der Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Der Entwurf der Satzungen gibt der neuen Gesellschaft einen rein wissenschaftlichen Charakter und sieht als Gegenstände von Vorträgen und Diskussionen vor:

1. die Erörterung von Fragen der Technik und Methodik der statistischen Erhebung und Bearbeitung, insofern sie zur Gewinnung fester wissenschaftlicher Grundlagen und zum Austausch und zur Sammlung von Erfahrungen angezeigt erscheint,
2. die innerhalb der statistischen Erkenntnismöglichkeit liegenden Probleme,
3. die Ergebnisse statistischer Erhebungen.

Auf der vorläufigen Tagesordnung der im übrigen nur zum Zwecke einer Aussprache über den Aufgabenkreis der neuen Gesellschaft und behufs Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten, einberufenen konstituierenden Versammlung steht auch ein Vortrag von Prof. F. Tönnies (Kiel) über Heiratshäufigkeit.

Verwaltung und Statistik. Seit Anfang 1911 erscheint im Verlag von A. Tetzlaff in Berlin unter diesem Titel ein von zwei Mitgliedern des K. Preuß. Statist. Landesamtes, Reg.-Rat Prof. Dr. F. Kühnert und Dr. E. Petersilie, herausgegebenes Monatsblatt, das sich zur Aufgabe gestellt hat, Ergebnisse der Statistik in knapper Form zu behandeln unter Mitteilung nur der allernötigsten Zahlen. Deckt sich die Aufgabe der neuen Zeitschrift insofern mit der des D. St. Z., so unterscheidet sich ihr Programm von dem unsrigen, wie es in Nr. 1 des ersten Jahrgangs dargelegt worden, durch den Ausschluß des für Verwaltungszwecke nicht unmittelbar nutzbringenden Stoffes, und anscheinend auch durch die Beschränkung auf das Deutsche Reich. Andererseits will sie gleichberechtigt dem Gebiet der Statistik praktische Verwaltungsfragen erörtern; auch soll ihr Arbeitsgebiet die nationalökonomisch-wissenschaftliche Seite umfassen.

Titelanzeigen.

Literatur der Statistik des Hygiene- und des Sanitätswesens.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

1. Amtliche Quellenveröffentlichungen.

Ordnung der Titel: Deutsches Reich und Bundesstaaten. — Deutsche Schutzgebiete. — Deutsche Städte (alphabetisch). — Österreich-Ungarn. — Schweiz

Nicht berücksichtigt sind die betreffenden Abschnitte der allgemeinen Verwaltungsberichte, sowie die monatl. u. wöchentl. Mitteilungen der statist. Ämter.

Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte. XXIX. u. XXX. Bd Berlin 09 u. 10.
Mitteilungen, medizinal-statistische, aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte. 13. u. 14. Bd. Berlin 09 u 10.
Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. XXXIII. u XXXIV. Jg Berlin 09 u. 10.
Gesundheitswesen, das, des Preußischen Staates i. J. 1908. Amtlich (XII 492 u 48 S) Berlin 10.
Gesundheitspflege in Preußen 1909. St J 1909, S. 155-161.
Nachrichten, medizinal-statistische. Im Auftrage des Ministers der geistl., Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten herausgegeben vom Kgl. Preuß. St. L. A. I. u. II. Jg. Berlin 09 u. 10.
Gesundheitspflege in Bayern (Statist. Jahrbuch 09, S. 257—63)
Jahresbericht d. Kgl. Landes-Medizinal-Koll. über das Medizinalwesen im Königr. Sachsen a f d. J 1908. (368 S.) Leipzig 10.
Medizinalbericht v. Württemberg f. 1908. Amtlich. (IX. u. 235 S.) Stuttgart 10.
Statistik, die medizinische, im Großh. Baden 1908. Stat. Mitt. Grossh. Baden 09 Sondernummern, S. 20—87.
Gesundheitspflege im Großh Mecklenburg-Schwerin, 1898—1908. Statist. Hdb., 2. Aufl, Schwerin 10, S. 336—53.
Statistik, medizinische, des Hamburgischen Staats f. 1909 Anhang: Schulärztliche Untersuchungen in den Volksschulen im Schuljahr 1909/10. (100 u. 22 S.) Hamburg 10.
Jahresbericht des Medizinalkollegiums in Hamburg für 1908. Hamburg 09.. (23 S)
Bericht d. Mediz nalrats über die medizinische Statistik des Hamburgischen Staates i. J. 1908. (97 u. 26 S.) Hamburg 09.
Jahrbuch d Medizinal-Verwaltung i. Elsaß-Lothringen. 22. Bd über d. J. 1909. Amtlich. (X u. 339 S.) Straßburg.
Medizinalwesen in Elsaß-Lothringen, St. J.-B. f. E. L. 09. S. 219—231.
Sanitätsbericht üb. d. Kgl. Preußische Armee, das XII. u. XIX (1. u 2. Kgl. Sächsische) und das XIII (Kgl. Württembergische) Armeekorps, sowie über das Kais. Ostasiatische Detachement für den Berichtsraum v. 1 Oktober 1907 — 30. September 1908 Bearbeitet von d. Mediz. Abt. des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums. Berlin 1910. (226 u. 220 u. 12 S.)
Sanitätsbericht über die Kais. deutsche Marine f. d Zeitraum vom 1. X 1907 — 30. IX. 1908. Amtlich. (IV, 194 S.) Berlin 10
Medizinalberichte über die deutschen Schutzgebiete f. d. Jahr 1907/08. Berlin 09.
Sanitätsbericht über die kaiserl. Schutztruppe in Südwestafrika, während des Herero- u. Hottentottenaufstandes v. 1904—1907. Amtlich. I. Bd. Berlin, Mittler & Sohn. (X 264 S.)

Gesundheits- u. Medizinalwesen der Stadt Barmen 1908. Stat. Ber., Barmen 10, S. 38—60.
Silbergleit, H., Kranken- u. Gesundheitspflege in Berlin. St. Z. (1906 u. 1907, S. 162*—191* u. 309—336, 348—352, 416.
Gesundheitswesen, Badewesen, Krankenanstalten in Frankfurt a. M. Jahresübersichten Frankfurt a. M. 1908/09, S. 31—36.
v. Drigalsky u. Peters, Bericht über die Tätigkeit des Stadtarztes und den schulärztlichen Dienst zu Halle a. S. f. 1908/09. Halle a. S. 09.
Mangen, M., Die Gesundheitsverhältnisse der an den Kieler Volks- u. Mittelschulen angestellten Lehrer u. Lehrerinnen 1909. Päd. Ztg. 10., Statist. Beil. 9.
Gesundheitswesen u. Krankenpflege in Mannheim. Statist. Ber. s. 1900, S 216—233.
Bericht üb. d. Gesundheitsverhältnisse in Nürnberg. Amtlich. Jg. 1908. (VII u. 337 S.) Nürnberg, Schrag 09.
Gohrke, W., Verwaltungsbericht des städtischen Gesundheitsamtes zu Stettin 1907 u. 1908. Stettin 10.
Gesundheitsamt, städtisches, in Stettin 1908/09. St. Ber., II. S. 252-262.
Jahresbericht, medizinisch-statistischer, üb. d. Stadt Stuttgart i. J. 1909. 37. Jg. Red.: A. Gastpar (37 S.), Stuttgart 10.



Statistik des Sanitätswesens in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern f. d. J. 1906. Amtlich (254 S.) Wien 10.

Sanitätspflege, Fürsorgeanstalten u. Veterinärwesen in Österreich St. Jahrb. d. aut. Landesverwaltung in den im Reichsrat vertretenen Königreichen u. Ländern. IX Jg. Wien 10, S. 70ff.

Sanitätswesen u. Humanitätsanstalten in Österreich 1906. (Österr. statist. Handbuch f. 1908, Wien 09, S. 51—65).

Bericht, sanitätsstatistischer, des k. u. k. Heeres f. d. Jahr 1908. Amtlich. Wien 10. (85 S.)

Sanitätsbericht, statistischer, der k. u. k. Kriegsmarine f. d. J. 1908 u. 1909. Amtlich. (82 S.) Wien 10.

Gesundheitswesen u. Humanitätsanstalten im Königreich Böhmen. (Statist. Handbuch d. Kgl. B. I, Prag 09, S. 64—81.)

Spitzer, Sanitätsbericht über Mähren f. d. Jahr 1909. XXX. Jg. Brünn 10.

Landessanitätsbericht f. Kärnten über d. Jahr 1908. ? 09. (156 S.)

Gesundheitswesen der Stadt Wien. Statist. Jahrb. d. St. Wien f. 1907, Wien 09. S. 492—561.

Sanitätswesen im Kgr. Ungarn. Ung. statist. J.-B. f. 1908, Budapest 10. S. 79—87.

Gesundheitswesen, Gesundheitspolizei der Schweiz. Stat. J.-B. d. Schweiz f. 1909, Bern 10. S. 217—231.

Bericht des schweizerischen Gesundheitsamtes f. d. J. 1909. San.-demogr. Wochenbulletin der Schweiz, Bern 1910. S. 559, 573, 588 u. 608.

Jahresbericht, 29., d. schweizerischen Militär-Sanitätswesens f. 1909/10. (56 S.) Winterthur 10.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 5 **3. Jahrgang** **1. Juli 1911**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**	Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**	Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin	Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden	Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Zur Erhebungstechnik der Volkszählungen.

1. Deutsches Reich.[1])

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. **Paul Kollmann** in Dresden.

Die Volkszählungen des heutigen Deutschen Reiches sind Nachfolgerinnen derer des einstigen Deutschen Zollvereins, so weit es sich dabei um bindende übereinstimmende Einrichtungen handelt. Für die vormals nicht dem Zollvereine angehörigen Staaten oder Staatsteile hing freilich die Vornahme und Beschaffenheit der Zählungen allein von dem freien Ermessen ihrer Regierungen ab. Aber auch für das zollvereinte Deutschland beschränkte sich die Übereinstimmung des Verfahrens und der Anlage im wesentlichen nur auf die Feststellung der für die Abmessung der Rechte und Pflichten der beteiligten Einzelstaaten erforderlichen summarischen Bevölkerungszahlen, so daß darüber hinausgreifende Ziele je nach den eigenen Bedürfnissen dieser zu verfolgen waren. Für die Reichszählungen dagegen waren von vornherein die Ziele weiter gesteckt: entsprechend den umfassenderen Aufgaben des Reiches wurden nicht nur für die engeren Zwecke der Verwaltung und Gesetzgebung, sondern auch für die allgemeine Erkenntnis der gesellschaftlichen Vorgänge die Erhebungs- und Bearbeitungsgegenstände vermehrt, es wurde zugleich die ganze Anlage des Zählungswerkes feiner ausgebildet und auf einem festeren Boden aufgebaut. Schon nach der Schöpfung des norddeutschen Bundes wurde gleichfalls hierfür die „Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins" berufen. Die von ihr entworfenen Richtlinien sind in der Hauptsache die nämlichen, nach welchen seither und bis zur Gegenwart die Volkszählungen im Deutschen Reiche angeordnet und ausgeführt sind.

Die autoritative Grundlage für die Reichszählungen bilden weder ein organisches Gesetz noch Sondergesetze; sie besteht vielmehr in einem jeweiligen Bundesratsbeschlusse, der von Fall zu Fall die Veranstaltung und die Ausgestaltung einer Volkszählung festsetzt. Der Mangel eines allgemein verpflichtenden Gesetzes, wie solches auswärts vielfach gefordert wird und öfters auch schon besteht, ist in Deutschland bisher als dringlich nicht, dagegen als wohltätig empfunden worden, daß weder der Ausbildung des Verfahrens noch der Ausdehnung der Erhebungen lästige Grenzen gesteckt sind. Insbesondere gibt das Verhalten der Bevölkerung in bezug auf die Erfüllung der Zählungsanforderungen zu keinen Bedenken Anlaß, kann auch nötigenfalls durch geltende polizeiliche Vorschriften beeinflußt werden.

Der Bundesrat erläßt für die Vornahme jeder einzelnen Volkszählung die für sie gültigen „Bestimmungen". Als Unterlage hierfür pflegen ihm die Vorschläge der auf Anweisung des Reichsamts des Innern berufenen Konferenz der Statistiker des Reiches und der Bundesstaaten zu dienen. In der ersten Zeit und noch bis 1890 wurden sowohl „allgemeine Bestimmungen in betreff der Volkszählungen" als „besondere Bestimmungen für die — in dem bestimmten Jahre — stattfindende Volkszählung" und das im nämlichen Erlasse gegeben, von denen die ersteren sich im wesentlichen auf das Verfahren im ganzen, die zweiten sich auf die jedesmaligen Erhebungsgegenstände bezogen. Aber auch die allgemeinen Bestimmungen, wenn schon in den leitenden Gesichtspunkten übereinstimmend, unterlagen von Zählung zu Zählung erneuter Fassung und hatten also auch nur je für die eine benannte Zählung Gültigkeit.

Die erste und nächste Anordnung der „Bestimmungen" ist die über den Zeitpunkt. Für den Zollverein war eine dreijährige Periode vertragsmäßig vorgeschrieben, für das Reich ist eine fünfjährige tatsächlich innegehalten worden.

1) Aufsätze über die Erhebungstechnik in anderen Kulturstaaten folgen in späteren Nummern.

Und zwar fiel die Zählung — abgesehen von der durch den französischen Krieg veranlaßten Verlegung auf 1871 — stets auf die auf 5 und 0 ausgehenden Jahre, von denen den ersteren ein begrenzterer, den letzteren ein größerer Umfang namentlich nach der Seite der Aufbereitung zu teil wurde. Im Vergleich damit, daß gerade die großen Kulturstaaten meist bloß zehnjährige Zählungen vornehmen, ist für die Erforschung des deutschen Bevölkerungsstandes zweifellos genügend Sorge getragen. Als Stichtag der Zählung, auf den sich die geforderten Angaben, auch im Falle einer notwendig werdenden Nachzählung zu beziehen haben, hat seit 1871 der 1. Dezember gegolten. Einstens war es der 3. Dezember, von dem man im Hinblick auf gewisse Feststellungen, so wegen der Altersverteilung und der Beziehungen des Standes der Bevölkerung zu deren Bewegung, verständigerweise abgegangen ist. Nach älterer wie neuerer Übung wurde also die Zählung in den von örtlichen Bevölkerungsverschiebungen am wenigsten betroffenen Winter verlegt, zudem seit langem angeordnet, den Stand am Zählungstage verrückende Veranstaltungen, wie Jahrmärkte und Truppenverlegungen, zu vermeiden.

Gegenstand der Zählung ist jetzt die ortsanwesende Bevölkerung, d. h. die am einfachsten zu gewinnende, wenn auch nicht für alle Zwecke — z. B. gewisse berufliche und mit dem Aufenthalte zusammenhängende Vorgänge — geeignetste Bevölkerungsgröße. Sie ist näher als die Gesamtzahl der innerhalb der Grenzen der einzelnen Staaten in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember ständig oder vorübergehend anwesenden Personen bezeichnet worden. Als entscheidender Zeitpunkt hat hierbei die fragliche Mitternacht zu gelten dergestalt, daß die vor ihr Geborenen und die nach ihr Gestorbenen einzuzählen sind. Früher ging die Zählung auf die sog. Zollvereins- oder die Bevölkerung mit dauerndem Aufenthalte aus, d. h. auf die der anwesenden zuzüglich der vorübergehend abwesenden und abzüglich der vorübergehend anwesenden Personen. Die Ermittlung der vorübergehend abwesenden Personen geschah zu Reichszeiten noch bis zum Jahre 1885. Indessen wurden die Ergebnisse für die gemeinsame Statistik nicht mehr verwertet, man glaubte aber ihrer für die Vollständigkeit der Zählung und als Kontrollmaßregel nicht entraten zu können.

Außer der ortsanwesenden Bevölkerung soll, wie bei den voraufgehenden Aufnahmen, durch die Zählung von 1910 die Feststellung der bewohnten und unbewohnten Wohngebäude und der anderen zur Zeit der Zählung zu Wohnungszwecken benutzten festen oder beweglichen Baulichkeiten — Schiffe usw. — bewerkstelligt werden. Anfänglich war die unmittelbare Verbindung anderweiter als dieser und namentlich sonstiger umfassender Erhebungen wie z. B. über landwirtschaftliche und gewerbliche Verhältnisse mit der Volkszählung untersagt. Aber bereits 1875 wurde ihr eine Gewerbeaufnahme und zumal 1900 eine Viehzählung angegliedert. Wird die Vereinigung solcher verschiedenartiger, schon mit Rücksicht auf das Zählerpersonal das Erhebungswerk erschwerenden Unternehmungen von vornherein wegen Sicherstellung der Durchführung unerwünscht erscheinen, darf es als eine günstige Lösung angesehen werden, daß seit 1882 die umfänglicheren landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählungen mit denen der Berufsverhältnisse als selbständige Zählungen veranstaltet worden sind. Immerhin ist doch gegenwärtig eine Verbindung fremdartiger Gegenstände zulässig. Und hat auch das Reich selbst seit 1900 keinen Gebrauch mehr davon gemacht, sind doch die einzelnen Bundesstaaten darin unbehindert.

Die unmittelbare Vornahme der Zählung hat haushaltungsweise durch namentliche Aufzeichnung der ortsanwesenden Personen in das Zählungsformular bei derjenigen Haushaltung zu geschehen, in welcher sie übernachtet haben oder, falls sie in keiner Wohnung übernachteten, bei der Haushaltung, in der sie am 1. Dezember zuerst ankamen. Die in der Nacht auf Wache befindlichen Militärs werden in ihren Quartieren, die am Zählungstage in einer Gemeinde liegenden Schiffe in dieser gezählt. Unter Haushaltung sind die zu einer wohn- und hauswirtschaftlichen Gemeinschaft vereinigten Personen zu verstehen und ihr gleichzuachten einzeln lebende Personen, welche eine besondere Wohnung inne haben und eine eigene Hauswirtschaft führen. In gleicher Weise wie mit den regelmäßigen Haushaltungen ist es mit der Aufzeichnung der Anstalten und sonstiger gemeinsamer Wohnungsveranstaltungen — Kasernen, Massenquartieren, Gasthöfen, Pensionaten, Schiffsbemannung und Fahrgästen — zu halten; nur sind deren Insassen, Militärs, Gäste, Pensionäre, als solche ersichtlich zu machen damit bei der späteren Ausmittelung der Ergebnisse die verschiedenen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Haushaltungsarten nach Zahl, Umfang und Zusammensetzung unterschieden werden können.

Die der Aufzählung dienenden Zählungsformulare sind durch die Haushaltungsvorstände, die einzeln lebenden Personen, die Vorsteher der Anstalten und ähnlichen Wohngemeinschaften oder durch geeignete Vertreter in der darin verlangten Weise und Umfang auszufüllen. Die Vollständigkeit der Aufzeichnungen ist von dem die Formulare alsbald nach dem Zählungstermin abholenden Zähler an Ort und Stelle nachzuprüfen und bei vorhandenen Lücken zu ergänzen. Hieraus geht hervor, daß die Selbstausfüllung durch die Beteiligten als Regel angesehen wird. Es entspricht das auch dem heutigen durchgängigen Bildungsstande der seit Jahrzehnten durch regelmäßige Zählungen an diese Obliegenheiten gewöhnten Bevölkerung.

Die äußere Art des Zählungsformulars ist keine einheitliche für das Reich, vielmehr bleibt den Landesregierungen überlassen, ob allein Haushaltungsliste oder ob Zählkarten in Verbindung mit einem Personenverzeichnis der Haushaltung oder Anstalt. Daß auch bei der nur für je eine Person bestimmten Zählkarte eine listenartige Einrichtung nebenher gehen muß, ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Zusammengehörigkeit der eine Haushaltung bildenden Personen, also die auf diese bezüglichen Zählkarten in leichter Weise erkennen zu können. Überall, wo Zählkarten benutzt wurden und werden, sind in den deutschen Staaten denn auch als sog. Namens- — vereinzelt auch Haushaltungs- — Listen genannte Verzeichnisse auszufüllen gewesen, welche die Namen der in die einzelnen Zählkarten eingetragenen Personen und

ihr Verhältnis zum Haushaltungsvorstand wiederholen. So lange das Deutsche Reich besteht, hat — zuerst als Erhebungs-, nicht etwa bloß als Auszählungsmittel, auf Engels Betrieb in Preußen — die Zählkarte Anwendung gefunden; nächst Preußen dann in Hamburg und Oldenburg und in dem im Zählungswesen an Preußen angeschlossenen Waldeck. Ihre Benutzung hat nach und nach mehr Eingang gefunden dergestalt, daß sie für 1910 — abgesehen von Hamburg und Elsaß-Lothringen, die zur Haushaltungsliste zurückgekehrt sind, — noch m. W. Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, Coburg-Gotha, S.-Meiningen, Anhalt, Lippe eingeführt haben. Wenn auch noch nicht in der Mehrzahl der Staaten, so doch für die große Mehrzahl der Bevölkerung ist sonach die Zählkartenerhebung bereits eingeführt. Auffälligerweise sind es gerade die größten, welche an den Listen festhalten. Dazu beigetragen mag haben, daß der frühere Leiter des Kaiserlichen Statistischen Amtes v. Scheel ein persönlicher Gegner der Zählkarten war, in der er eine unnötige Belästigung des Publikums wegen der damit verbundenen etwas größeren Schreiberei sah. Jedenfalls hat man auf einen von ihm in der Presse erteilten Wink hin in Sachsen von der bereits geplanten Annahme des neueren Verfahrens Abstand genommen.

Während in der Mehrzahl der Staaten die gesamten von den ortsanwesenden Personen zu erfragenden Gegenstände durch die gewöhnlichen Haushaltungslisten oder Zählkarten schlechthin erhoben werden, geschieht das für die Anstalten, Gasthöfe usw. in Sachsen und Mecklenburg durch abgetrennte, eigens für diese bestimmte Listen, in Sachsen auch für die Gäste in Gasthöfen und Familienpensionaten zur Erleichterung der Aufzeichnung auf Wunsch durch Zählkarten. Für die auf Schiffen wohnende Bevölkerung kommen in Hamburg Schiffsbogen zur Anwendung. In Lübeck sind die Haushaltungslisten von 1910 von zwei besonderen Bögen begleitet. Der eine enthält Zusatzfragen für Kinder unter 1 Jahr, der andere, den ähnlich auch Bremen hat, Fragen für Arbeitslose.

Die reichsseitig gebotenen Erfragungsgegenstände der Erhebungsformulare bei der Zählung von 1910 bestehen aus neun Punkten, die für jede ortsanwesende Person die Beantwortung erheischen. Das sind einmal Vor- und Familienname wie die Stellung in der Haushaltung, d. h. es ist hier deren Vorstand und weiter das Verhältnis der übrigen Personen zu diesem als Ehefrau, Kinder, sonstige Verwandte, Dienstboten, eigene gewerbliche Hilfspersonen als solche, bei fremden Leuten in Arbeit stehende, beim Haushaltungsvorstand wohnende als Zimmerabmieter oder als Schlafgänger zu bezeichnen. Ferner ist gefragt nach dem Geschlechte, dem Familienstande, Geburtstage und Geburtsjahr, Hauptberuf (Haupterwerb) und Stellung in ihm, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit (ob dem Reiche oder welchem fremden Staate angehörig), endlich ob im aktiven Dienste des deutschen Heeres oder der deutschen Marine stehend. In dieser letzteren Hinsicht sind alle reichsangehörigen entsprechenden Personen mit Einschluß der Ärzte und Beamten wie der auf bestimmte Zeit Beurlaubten außer durch das Wort „aktiv" durch die Benennung ihres Truppenteils, Kommandos, Verwaltungsbehörde usw. anzugeben.

Dieses Mindestmaß von Erfragungsgegenständen ist nun wie regelmäßig von den einzelnen Bundesstaaten je nach ihren vorliegenden besonderen Bedürfnissen bei den jüngsten Zählungen mehr oder minder erweitert worden. Einmal haben Lübeck, Bremen und Hamburg neben den Ortsanwesenden und an abgesonderter Stelle die vorübergehend Abwesenden und zwar in gleichem Umfange festzustellen geboten; gleichzeitig ist für die vorübergehend Anwesenden die ständige Wohnung bzw. Wohnort, für die vorübergehend Abwesenden der Aufenthaltsort erfragt. Ebenfalls läßt Sachsen die meisten für die Anwesenden gestellten Punkte auch für die vorübergehend Abwesenden verzeichnen. Sodann sind eine Reihe von Einzelfragen den Erhebungsformularen einverleibt worden. Sie betreffen die Gebrechen (Blindheit, Taubstummheit. Geisteskrankheit bzw. Blödsinn und Irrsinn) in Preußen, Sachsen, Coburg-Gotha, in letzterem auch, ob in frühester Jugend oder später entstanden, die Muttersprache in Preußen, Elsaß-Lothringen, Sachsen, Bremen, den Dienstgrad der Militärpersonen in Preußen, Braunschweig Coburg-Gotha, Mecklenburg, Lippe, die Gemeinde und das Land der Geburt in Preußen, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Bremen, in Preußen noch bei verheirateten und verheiratet gewesenen Frauen die Zahl der lebend- und totgeborenen wie der zurzeit lebenden Kinder. Das gleiche hat in Lübeck unter Angabe des Geschlechtes zu geschehen. Hier und in Bremen haben männliche und weibliche Arbeitsnehmer mit Ausnahme der dauernd völlig Erwerbsunfähigen und der bloß vorübergehend Anwesenden darauf zu entworten: ob zurzeit in Arbeit, wenn nicht, ob krank, sowie ob vorher seit 1. Dezember 1909 außer Arbeit. Sofern in den beiden ersten Fällen mit nein, in dem dritten mit ja geantwortet ist, bedarf es der Ausfüllung eines Zählbogens für die Arbeitslosenzählung. Die Ansässigkeit mit Grund- (Haus-, Land-, Haus- und Land-) Besitz gehört in Oldenburg zu den regelmäßigen Erfragungsgegenständen. Eine bloß in Mecklenburg vorkommende Ermittelung richtet sich an die ortsanwesenden Personen in Orten mit mehreren Kirchengemeinden zwecks Verzeichnung ihrer Zugehörigkeit zu welcher dieser Gemeinden. In Württemberg sind zur Feststellung der Personen, welche außerhalb ihres Wohnortes dem Erwerbe nachgehen, Fragen nach der Wohnorts- und nach der Arbeitsortsgemeinde gestellt worden. Auch Hamburg erhebt den Beschäftigungsort oder die Schule sogar nach Straße, Hausnummer, Stockwerk; überdies von Schiffsleuten die Stellung an Bord, von den im Staatsgebiete wohnhaften Personen seit wann und woher zugezogen. Eine nähere Erfragung der von diesem Lande vielfach als Ziegler und Maurer ausziehenden Saisonarbeiter, welche zur Zählungszeit noch außer Landes auf Arbeit sind, hat Lippe vorgenommen. Endlich ist in Lübeck eine Anzahl von Zusatzfragen für Kinder im ersten Lebensjahre gestellt worden. Sie betreffen genaue Angabe der am Zählungstage gewährten Ernährung, ob, wenn sie vor ihm nicht aus Brustmilch bestand, früher und bis wann Mutter- oder Ammenmilch gewährt, und wenn überhaupt nicht gestillt, weshalb das nicht getan wurde, weiter über Name, Beruf, Alter der ehelichen Eltern, Zeit und Ort ihrer Verehelichung,

der in der Ehe geborenen und noch lebenden Kinder jedes Geschlechtes, desgleichen Name, Beruf, Alter, Wohnung und Wohnort der unehelichen Mutter, über Lage, Umfang, Zusammensetzung, Beschaffenheit und Mietpreis der Wohnung.

Zu dem, was auf die Erhebung der Bevölkerung selbst Bezug hat, also auf die der Zahl der Personen und ihrer Individualverhältnisse, gesellt sich nun noch die Zählung der Haushaltungen und der Wohnstätten. Die Feststellung der Haushaltungen an Zahl, Art und Zusammensetzung ergibt sich ohne weiteres aus den haushaltungsweise vorzunehmenden Zählungen, d. h. dadurch, daß für jede Haushaltung, regelmäßige wie andere, eine eigene Haushaltungsliste oder ein entsprechendes Formular zu verwenden ist. Die Ermittelung der Wohnstätten aber erfolgt nach den erteilten Vorschriften der Regierungen durchweg durch die sog. Kontrollliste, in die die einzelnen Wohnstätten des Zählbezirkes der Reihe nach in Verbindung mit den dazugehörigen Haushaltungen aufgeführt werden. Die hierbei über die Wohnstätten zu beschaffenden Aufzeichnungen erstrecken sich, von Ausnahmen abgesehen, auf das, was vom Bundesrate nach den bereits oben gemachten Angaben zu ermitteln gefordert ist. Weitergreifende Aufnahmen sind 1910 nur von Sachsen, Württemberg, Hessen und den 3 Hansestädten veranstaltet worden. Die eingehende Wohnungserhebung in Sachsen bezieht sich auf vier Amtshauptmannschaften (Dresden-Alt- und Neustadt, Meißen, Chemnitz) und auf diejenigen anderen Gemeinden, die sich dazu bereit gefunden haben; im ganzen auf etwa die Hälfte des Landes.

Neben diesen Ausgestaltungen des Erfragungswerkes seitens der Bundesstaaten gehen einher solche, welche von größeren, zumal mit statistischen Ämtern versehenen Städten nach Genehmigung ihrer Regierungen vorgenommen worden sind, die vornehmlich das Wohnungswesen, aber auch die Individualverhältnisse der zu zählenden Personen berühren; ihrer kann hier indessen schon aus Raummangel, aber auch weil die Unterlagen nur für einen kleinen Teil dieser Städte zur Verfügung stehen, nicht weiter gedacht werden.

Die Ausführung der Zählung steht in der Hauptsache bei den Bundesstaaten unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie im Sinne der vom Bundesrate vorgezeichneten Richtung geschieht. Gemeinsam verbindliche Vorschriften hat der Bundesrat nur insoweit erlassen, als die Zählung unter Leitung und Verantwortung der Gemeindebehörden vorzunehmen und — zur Sicherstellung der Bevölkerung über die Verwertung ihrer Angaben — über die Persönlichkeit der einzelnen Individuen in den Zählpapieren gewonnenen Nachrichten von Behörden und Zählern das Amtsgeheimnis zu wahren ist und daß diese Nachrichten, wofern nicht die einzelnen Landesregierungen aus besonderen Gründen anders verfügen, nur zu den amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu sonstigen Zwecken benutzt werden dürfen. Mit den Anordnungen aller übrigen Vorschriften sind die Einzelstaaten ausdrücklich betraut; doch haben sie diese und die dazu gehörigen Formulare dem Kaiserlichen Statistischen Amte vor der Zählung bekanntzugeben, damit selbiges eine Abänderung oder Ergänzung der Vorschriften anzuregen vermöge, wenn sonst die Gleichmäßigkeit der Zählung im Reiche gefährdet werden könnte. Vordem waren die wichtigsten Vollzugsverordnungen in den oben erwähnten „Allgemeinen Bestimmungen" des Bundesrates enthalten und anfänglich auch ziemlich bis ins einzelne vorgezeichnet gewesen; insbesondere war das auch auf die Haushaltungslisten und Zählkarten ausgedehnt worden. Obschon nun in diesen Beziehungen den Landesregierungen freie Hand gelassen ist, haben — von äußerlichen und im Hinblick auf den Gesamtzweck der Zählung nebensächlichen Dingen abgesehen — die einzelstaatlichen Einrichtungen zu sichtlicher Übereinstimmung geführt, teilweise schon entsprungen aus der Beibehaltung der früher reichsseitig gebotenen Vorschriften.

Was so in ziemlich gleichartiger Weise für die Durchführung der Zählung von Landeswegen vorzunehmen ist, besteht in folgendem: Die obere Leitung in den einzelnen Bezirken liegt in den Händen der politischen Verwaltungsbehörden, auch in denen der ihnen gleichgestellten größeren Städte, welche die mit der örtlichen Ausführung betrauten Gemeinden zu überwachen, ihnen die Zählpapiere zuzustellen und abzunehmen haben. Unter jenen liegt die unmittelbare Leitung bei den Gemeinden, welche sie unter fortdauernder eigener Verantwortlichkeit ehrenamtlichen Zählungskommissionen für das ganze Gemeindegebiet oder einzelne Stadtteile übertragen können. Aufgabe der Gemeindebehörde oder der Zählungskommission ist: die Einteilung der Gemeinde in Zählbezirke, die Bestellung und Anweisung der Zähler, die Übergabe der erforderlichen Menge von Zählpapieren an diese und die Prüfung der zurückgelangten ausgefüllten Formulare. Die Zähler verwalten ihr Amt in der Regel freiwillig, nur vereinzelt — so in Oldenburg und Hamburg — gegen billige Entschädigung. Jedem Zähler wird ein Zählbezirk zugewiesen, der eine angemessene, die Zählung in gegebener Zeit mit Sicherheit durchzuführende Größe — nach mehrfacher Festsetzung regelmäßig 50 Haushaltungen — nicht übersteigen soll.

Der Zähler hat die Austragung der Zählungsformulare von Haus zu Haus und von Haushaltung zu Haushaltung in den letzten Novembertagen vorzunehmen und in den Haushaltungen zur Ausfüllung zu übergeben sowie vom Nachmittag des 1. Dezember an wieder abzuholen und sich der vollständigen Aufzeichnungen zu vergewissern, erforderlichenfalls Lücken zu ergänzen oder selbst bei unterlassener Ausfüllung durch den Haushaltungsvorstand auf Befragen die Aufzeichnungen selbst vorzunehmen.

Zum Ausweis seiner ihm vorgeschriebenen Durchführung des Zählgeschäftes ist von dem Zähler eine Kontrolliste zu führen. Diese mit Angabe der zum Zählbezirke gehörenden Ortsteile, Straßen usw. versehen, ist ein Verzeichnis, in welches nach Ortsteilen bzw. Straßen und innerhalb dieser jedes Haus und jede Haushaltung mit dem Namen ihres Vorstandes und mit der Nummer der Haushaltungs- (bzw. Namens-) Liste sowie die Zahl der in der Haushaltung gezählten Personen zu vermerken sind. Die letzteren Angaben tragen zugleich dem Bedürfnisse nach schneller Beschaffung der vorläufigen summarischen Zählungsergebnisse Rechnung. In manchen Staaten sind auch noch sonstige

Angaben zu machen, so über ausgeteilte besondere Fragebogen, über Art der Wohnstätten und Haushaltungen. Daß die schließliche Aufstellung der einfachen, vom Bundesrate vorgesehenen Ermittelungen über die Wohngebäude den Kontrollisten allgemein entnommen wird, ist schon früher gesagt worden. Die Kontrolliste wird mit den nach ihrer Nummer geordneten Zählungsformularen an die Gemeindebehörde oder Zählungskommission bei beendigtem Zählgeschäft zurückgeliefert. Die nach der Rücklieferung eintretende Prüfung der Formulare durch die gedachte Behörde hat bis Mitte oder zum Anfang des letzten Viertels des Dezember beendet zu sein. Aus den geprüften Kontrollisten ist dann fast durchweg eine Gemeinde- oder Ortsliste anzufertigen, welche, wo nicht weiteres, die Summe der gezählten Wohnungen, Haushaltungen, Personen für jeden Zählbezirk nachzuweisen hat. Einige Staaten benutzen die Gemeindeliste auch zu umfassenderen Erfragungen, so 1910 z. B. Baden über Gemarkungsverhältnisse und Anstalten, Sachsen über das Verhältnis der Gemeinde zu Gerichts-, Parochial-, Schul-, Postbezirken usw., über Grundbesitz der Gemeinde, über vorhandene Betriebe. Die gesamten ausgefüllten Zählpapiere und aufgestellten Verzeichnisse gehen hiernach an die obere leitende Behörde zu erneuter Prüfung und dann für alle Gemeinden des Bezirkes zur schließlichen Bearbeitung an die statistische Stelle. Bemerkenswert ist, daß auf diese zweite Prüfung in Oldenburg ein besonderer Nachdruck gelegt wird und daher schon lange die Vorschrift besteht, daß zum Zeichen ihrer sorgfältigen Handhabung in jeder Zählkarte, Namens- und Kontrolliste sämtliche einzelnen Fragepunkte und Rubriken mit einem Bleistifthäkchen zu versehen sind.

Wie die Zählung ist auch die Aufbereitung des durch die Zählung erbrachten Materials Sache der Bundesstaaten, die sie jetzt beinahe überall durch eigene statistische Ämter, wo solche von Städten vorhanden sind, vereinzelt auch durch diese bewerkstelligen lassen. Auf welchem Wege dabei vorgegangen, ob Kartenauszählung oder Ausstrichelung stattfindet, ist ihre Sache und nicht allgemein bekannt. Was aber durch die Aufbereitung für die gemeinsame Reichsstatistik an Nachweisen zu beschaffen und nach vorgeschriebenen Tabellen dem Kaiserlichen Statistischen Amte zur weiteren Bearbeitung mitzuteilen ist, ergibt sich aus den bundesrätlichen Bestimmungen. Für die Zählung von 1910 sind 11 Übersichten gefordert, von denen eine — schon bis 15. Februar 1911 — die vorläufig festgestellte Einwohnerzahl in den größeren Bezirken und Gemeinden enthalten soll, die anderen nach und nach bis 1. April 1912 zu belegen haben: die Fläche, Wohnhäuser und Einwohner, die Bevölkerung einiger (Zoll-, Gerichts-, kleinerer Verwaltungs-) Bezirke, teilweise mit gewissen Altersunterscheidungen, die der Gemeinden und Wohnplätze nach Größenklassen, der Haushaltungen nach Art, Größe, Zusammensetzung, die Religion, die Staatsangehörigkeit sowie die einzelnen Geburtsjahre in Verbindung mit dem Geschlechte und dem Familienstande.

Mögen die sonach für die gemeinsame Statistik des Deutschen Reiches aus der Volkszählung von 1910 nachzuweisenden Gegenstände auch vielleicht hinter dem etwas zurückbleiben, was bei früheren Anlässen in den auf 0 ausgehenden Zählungsjahren an Übersichten aufzustellen war, so ist doch bereits ein gedeihlicher Boden für eine immerhin reichliche Ausbeute bereitet worden. Und über das hinaus verbleibt nach der Ausgestaltung des Erhebungswerkes den Bundesstaaten die Möglichkeit, zu eigenem Nutz und Frommen den Ausmittelungen und Nachweisungen in örtlicher und sachlicher Hinsicht eine größere Ausführlichkeit zu gewähren.

Fortentwicklung der Bodenbenutzungs-Statistik im Deutschen Reich.

Von Prof. Dr. **Franz Mammen** - Brandstein.

Das Jahr 1913 wird voraussichtlich eine neue Ermittlung über die Bodenbenutzung im Deutschen Reiche bringen in ähnlicher Weise, wie sie bereits 1878, 1883, 1893 und 1900 zur Durchführung gelangt ist. Kein Wunder, daß sich allenthalben Wünsche regen, in welcher Weise die bodenbenutzungsstatistischen Erhebungen weiterzubilden und auszugestalten wären.

Besonders beschäftigen sich die daran interessierten Körperschaften in ihren Tagungen mit dieser wichtigen Frage und bringen diesbezügliche Vorschläge. Zweck vorliegender Mitteilung soll der sein, diese Wünsche, Vorschläge und Anträge, soweit sie dem Verfasser bekannt geworden sind, kurz zu registrieren.

Die beiden berufensten Korporationen, die in vorliegender Frage in erster Linie mitzureden haben, sind für die Gesamtheit des Reiches unstreitig der deutsche Landwirtschaftsrat und der deutsche Forstwirtschaftsrat. Beide haben sich denn auch in ihren Sitzungen vom 15. Februar bzw. vom 4. September 1910 mit der Weiterbildung der Bodenbenutzungsstatistik beschäftigt.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat befaßte sich vor allem mit der kartographischen Darstellung der Anbauverhältnisse nach kleineren Bezirken. Der diesbezügliche, vom Referenten Engelbrecht-Obendeich begründete und vom Plenum einstimmig angenommene Antrag lautet:

„Da die Darstellung der Anbauverhältnisse des Deutschen Reiches nach preußischen Kreisen und ähnlichen Verwaltungsbezirken anderer Bundesstaaten den Anforderungen der landwirtschaftlichen Praxis und der Wissenschaft nicht mehr genügt, erscheint es dringend erwünscht,

1. daß die Ergebnisse der nächsten allgemeinen Ermittlung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung nach Gemeinden und Gutsbezirken, wie es für das Königreich Bayern bereits für die Erhebung des Jahres 1893 geschehen ist, veröffentlicht werden,
2. daß die Anbauverhältnisse jeder Feldfrucht in Gemarkungskarten des Deutschen Reiches, ähnlich den für das Königreich Württemberg für die einzelnen Kulturarten herausgegebenen Gemarkungskarten, eingetragen werden,
3. daß von diesen agrarstatistischen Karten diejenigen vervielfältigt werden, welche Verbreitung und Anbauverhältnisse der wichtigeren oder für gewisse Klima- und Bodenverhältnisse besonders charakteristischen Feldfrüchte zur Darstellung bringen."

Die Ergebnisse der bisherigen allgemeinen Bodenbenutzungsstatistiken sind nur wenig kartographisch ausgebeutet worden; diejenigen der ersten allgemeinen Anbaustatistik des Jahres 1878 wurden veranschaulicht in einem Atlas der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung, der 1881 unter dem Titel „Die Bodenkultur des Deutschen Reiches" vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegeben wurde. Die Darstellung geht hinab bis auf die preußischen Kreise, die bayerischen Bezirksämter, die württembergischen Oberämter, die sächsischen Amtshauptmannschaften und ähnliche Verwaltungsbezirke in den übrigen Bundes-

staaten, zusammen 828 Bezirke. Die hierauf bezüglichen Karten, 15 an der Zahl, sind im Maßstab 1 : 3 000 000 gezeichnet und bringen einmal die Verteilung der Hauptkulturarten, nämlich des Acker- und Gartenlandes, der Wiesen, der Weiden und Hutungen und des Waldes, und zwar ausgedrückt in Prozenten der Gesamtfläche in 9 Farbenabstufungen, wobei bemerkenswert ist, daß die angewendeten Skalen je nach dem praktischen Bedürfnisse verschieden sind; ferner die Verteilung des Roggens, Weizens, der Gerste, des Hafers und der Kartoffeln ebenfalls in Prozenten der Gesamtfläche wieder, wie oben, in 9 Farbenabstufungen; weiter die Verteilung des Roggens, der Kartoffeln, der Futterpflanzen und der unbestellten Ackerfläche (Ackerweide und Brache) in Prozenten des Acker- (und Garten-) Landes, auch wieder in 9 Farbenabstufungen mit verschiedenen Skalen, und endlich die Verteilung des Flachses und des Hanfes in 5 Abstufungen mit gleicher Skala und die des Weins, der Zuckerrüben und des Hopfen in 3 Abstufungen mit gleichen Skalen, und zwar alle in Prozenten der Gesamtfläche.

Der gleiche Maßstab nebst derselben Einteilung in Bezirke wurde auch für alle späteren agrarstatistischen Karten des Kaiserlichen Statistischen Amtes beibehalten, Die Ergebnisse von 1883 und 1893 sind m. W. gar nicht kartographisch dargestellt worden, diejenigen von 1900 dagegen in den Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches 1902, Heft II, auf 4 schematischen Karten nach größeren Verwaltungsbezirken im Maßstabe 1 : 5 000 000 in 14 Abstufungen mit verschiedenen Skalen; und zwar gelangten zur Darstellung die landwirtschaftlich benutzte Fläche, die Forsten und Holzungen, die weder land- noch forstwirtschaftlich benutzte Fläche und endlich das Acker- und Gartenland im Verhältnis zur Gesamtfläche; weiter brachte das Ergänzungsheft zu Heft II der Vierteljahreshefte 1903 die Forsten und Holzungen nach dem Stande des Jahres 1900 auf 3 schematischen Karten (nach preußischen Provinzen, Bayern rechts und links des Rheins, und im übrigen nach Staaten) im Maßstab 1 : 5 000 000 und 10 Abstufungen mit verschiedenen Skalen zur Darstellung, und zwar auf der ersteren die Waldungen insgesamt im Verhältnis zur Gesamtlandesfläche und auf den beiden folgenden den Laubwald bzw. den Nadelwald im Verhältnis zur Gesamtforstfläche, und zwar mit gleicher Skala.

In eigenartiger Weise sucht Forstassessor Dr. A. Dengler das reiche Material der letzten reichsstatistischen Erhebung über die Verteilung des Waldes und der Holzarten in Deutschland in übersichtlicher und eindrucksvoller Weise auf einer Wandkarte in Steindruck und achtfarbigem Kolorit im Maßstab von 1 : 1 000 000 (Gesamtgröße 1 × 1,25 m) nach drei Richtungen hin zur Anschauung zu bringen. Die Karte zeigt den Anteil, den der Wald in den verschiedenen Teilen Deutschlands einnimmt, dessen Zusammensetzung nach den bestandsbildenden Holzarten und endlich die Verteilung dieser herrschenden Holzarten innerhalb des Reiches. Die Gesamtfläche ist zu diesem Behufe möglichst nach Staaten und Provinzen in 41 Teilbezirke zerlegt und jeder dieser Bezirke durch eine einfache geometrische Figur (Rechteck, Trapez), ähnlich wie auf den reichstatistischen schematischen Darstellungen der Bodenbenutzungsverhältnisse vom Jahre 1900, in entsprechender Größe dargestellt. In jeder dieser Figuren ist nun die Waldfläche durch zwei übereinanderstehende farbige Quadrate im gleichen Maßstabe wiedergegeben, von denen das untere die Nadelholzfläche, das obere jene des Laubholzes darstellt. Innerhalb dieser Quadrate sind die Flächen der Hauptholzarten: Eiche, Buche, Birke und Erle mit Aspe und Weide, gemischter Laubwald, dann Kiefer, Fichte und Tanne in farbigen Rechtecken von entsprechender Größe zur Anschauung gebracht.

Weitere kartographische Darstellungen der Ergebnisse der Bodenbenutzungsstatistik für das ganze Deutsche Reich sind mir nicht bekannt geworden.

Nur wenig abweichend von oben erwähntem Atlas der Bodenkultur des deutschen Reiches ist die Grundkarte in dem statistischen Atlas, der im Jahre 1906 das große Werk von Meitzen: „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates" zum Abschluß brachte, sodaß der vom Kaiserlichen Statistischen Amte im Jahre 1881 herausgegebene Atlas noch heute in der Hauptsache den Stand der kartographischen Darstellung der Anbauverhältnisse im Deutschen Reiche bezeichnet. Auch die Anbaukarten, die in den letzten Jahren von den Landwirtschaftskammern Hannovers und der Rheinprovinz veröffentlicht wurden, gehen nicht über die landrätlichen Kreise hinaus.

Was die Veröffentlichung des bei der Bodenbenutzungserhebung gewonnenen Zahlenmaterials anlangt, so teilt das Kaiserliche Statistische Amt in der Regel nur die Zahlen nach preußischen Regierungsbezirken und ähnlichen großen Verwaltungsbezirken der anderen Bundesstaaten mit, dagegen nicht die Zahlen für die preußischen Kreise, die bayerischen Bezirksämter usw., sodaß es für einen Privatmann kaum möglich ist, sich sämtliche Unterlagen zu beschaffen, auf denen die agrarstatistischen Karten des Kaiserl. Statistischen Amtes sich aufbauen. Nur 1881 hat man die Anbauziffern für sämtliche 828 Bezirke, also die eigentlichen Unterlagen der kartographischen Darstellung, zum Abdruck gebracht, leider aber nur, wie bereits näher ausgeführt, für die Hauptgetreidearten, die Kartoffeln, die wichtigsten Handelsgewächse, die Gruppe der Futterpflanzen, endlich zusammen für Ackerweide und Brache.

Immer mehr ist man nun im Laufe der Zeit zu der Erkenntnis gekommen, daß die Ziffern für die preußischen Kreise und ähnlichen Verwaltungsbezirke in anderen Staaten für ein eingehendes Studium der Agrarstatistik keineswegs genügen, am wenigsten im Gebirgsland und dort, wo sehr verschiedene Bodenarten, wie Niederung und Höhe, sich berühren; denn für Kreise mit derartigen Gegensätzen bedeutet jede Verhältniszahl der Anbaustatistik nur einen Durchschnitt, der kein richtiges Bild gewährt. Deshalb hat man nach einem Beschlusse der Konferenz deutscher statistischer Zentralstellen vom Jahre 1887 in den einzelnen deutschen Bundesstaaten Versuche gemacht, die größeren Verwaltungsbezirke für die Anbaustatistik in kleinere Bezirke zu zerlegen, möglichst in Anlehnung an die natürlichen Bodenabschnitte.

Voll ausgenützt aber wird die Bodenbenutzungsstatistik nach Engelbrecht erst dann, wenn deren Ergebnisse nach Gemeinden veröffentlicht werden. Inwieweit dies in den einzelnen deutschen Bundesstaaten in Ergänzung der Reichsstatistik geschehen ist, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Für das Areal der Hauptklassen der Bodenbenutzung, wie sie durch die Landesvermessung und die Grundsteuereinschätzung festgelegt sind, also für Acker- und Gartenland, Weinberge, Wiesen, Weiden, Wald usw. ist dies wahrscheinlich für sämtliche deutsche Staaten geschehen. In vielen Fällen ist daneben noch der prozentuale Anteil der einzelnen Bodennutzungsarten an der Gesamtfläche gemeindeweise veröffentlicht, hin und wieder auch der Anteil von Acker- und Gartenland, Wiese und Weide an der landwirtschaftlich benutzten Fläche, wodurch sich für jede Gemeinde ein gutes Bild der Grundlagen ihrer Bodenwirtschaft ergibt. Erfolgt sind diese Erhebungen ja in allen deutschen Bundesstaaten gemeindeweise, lückenlos zur Veröffentlichung gelangt sind sie aber nachweislich nur in Bayern, Württemberg, Baden, Oldenburg, Sachsen Meiningen, Elsaß-Lothringen. Für das Königreich Sachsen z. B. liegen solche spezielle Veröffentlichungen nicht vor.

Kartographisch aber ist jedenfalls das in der Anbaustatistik niedergelegte wertvolle Material das in Tausenden von Gemeinden und Gutsbezirken mühsam gesammelt und zusammengestellt ist, noch seltener dargestellt worden; bekannt geworden sind nur 5 Blätter der Gemarkungskarte für Württemberg im Maßstab 1:350 000, von Professor Dr. Bühler im Jahrgang 1900 der Württembergischen Jahrbücher für Statistik und Landeskunde S. 127ff. herausgegeben, auf denen für sämtliche 1910 Gemeinden des Landes der Anteil an Acker- und Gartenland, Weinbergen, Wiesen, Weiden und Waldungen in Prozenten der Gesamtfläche nach der Aufnahme von 1893 dargestellt ist. Angewendet sind 6 Farbentöne und bei den einzelnen Karten verschiedene Skalen. Der Referent Engelbrecht-

Obendeich hält diese Karten für vorbildlich und hebt in seinem Bericht alle die Vorteile hervor, welche die statistischen Karten (d. h. solche nach Verwaltungsbezirken) vor den topographischen (d. h. solchen nach natürlichen Verhältnissen) haben, wenn auch das Areal der Forsten, z. B. auf der topographischen „Übersichtskarte von den Waldungen Preußens", herausgegeben vom Ministerium für Landwirtschaft im Jahre 1887, schon bei dem Maßstab 1 : 600 000 vorzüglich veranschaulicht wird. Die topographischen Karten sind also zwar ganz vorzüglich dazu geeignet, die Verbreitung geschlossener Areale von Wald oder Wiese zur Darstellung zu bringen, sie versagen aber, sobald man das Areal der einzelnen Feldfrüchte darstellen und das Verhältnis der einzelnen Bodenbenutzungsarten zur landwirtschaftlich benutzten Fläche veranschaulichen will. Dies kann nur die statistische Karte. Man ist immer mehr darauf gekommen zu fordern, daß Äcker, Weinberge, Wiesen und Weiden vor allem mit dem landwirtschaftlich benützten Areal in Beziehung gesetzt werden und erst in zweiter Linie mit der Gesamtfläche des Landes. Daß Anfänge hierzu bereits im Atlas von 1881 mit enthalten sind, habe ich bereits erwähnt.

Während, wie oben gezeigt wurde, die katastermäßig festgestellten Areale der hauptsächlichsten Kulturarten ziemlich allgemein nach Gemeinden veröffentlicht sind, ist dies bei den durch die Aufnahmen in den Jahren 1878, 1883, 1893 und 1900 festgestellten Nutzungen des Ackerlandes viel seltener geschehen. Obwohl man im Auslande dieser detaillierten Veröffentlichung der Anbauflächen mehrfach begegnet, — es sei nur an Dänemark, Norwegen, Schweden, Belgien und Irland erinnert —, beschränkt sie sich in Deutschland hauptsächlich auf die obengenannten, meist süddeutschen Staaten. Hervorzuheben ist Band 60 der bayerischen Statistik, worin die Ergebnisse der Ermittelung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung im Königreich Bayern im Jahre 1893 vollständig nach Gemeinden veröffentlicht wurden. Es ist ein mäßig starker Band, woraus man schließen kann, daß die gleiche Veröffentlichung für das Deutsche Reich keineswegs einen sehr großen Umfang annehmen würde. Für dieselbe Erhebung im Jahre 1893 liegen die Zahlen gemeindeweise noch vor für das Großherzogtum Baden. Vorangegangen ist aber anscheinend das Herzogtum Sachsen-Meiningen, indem es im ersten Heft seiner Statistik die Anbaufläche detailliert nach Gemeinden bereits für das Jahr 1878 publizierte. Für das Jahr 1883 folgte Sachsen-Coburg-Gotha mit der gleichen Art der Veröffentlichung. Auch die statistischen Mitteilungen über Elsaß-Lothringen bringen im 27. Heft die Flächen der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung im Jahre 1893 nach Gemeinden, aber leider nicht für jede einzelne Frucht, sondern gruppenweise zusammengefaßt für Getreide- und Hülsenfrüchte, Handelsgewächse, Futterpflanzen usw., wodurch die Publikation sehr an Wert verliert. Für Oldenburg wurde das Areal der einzelnen Feldfrüchte nach Gemeinden für den Durchschnitt der Jahre 1891—95 bekannt gegeben.

Ein Hauptgrund, der gegen die Zusammenfassung bestimmter Gruppen von Gemeinden zu natürlichen Bezirken geltend gemacht wird, ist die Schwierigkeit dieser Aufgabe, wenn ihre Ausführung auch gegenüber der Veröffentlichung nach größeren politischen Bezirken, als es die Gemeinden sind, (Kreisen, Amtshauptmannschaften usw.) als ein höchst erfreulicher Fortschritt begrüßt wird. Bei der Abgrenzung solcher Bezirke kommt nämlich in der Regel doch nur der eine oder andere Gesichtspunkt bei der Abgrenzung in Betracht (z. B. im Königreich Sachsen in erster Linie die Höhenstufen); daneben wirken aber doch auch die geologische Unterlage und die Beschaffenheit des Ackerbodens auf die Benutzung der Felder ein. Jedenfalls ist es eine äußerst schwierige, stellenweise fast unlösbare Aufgabe, bestimmte Gruppen von Gemeinden so zu natürlichen Bezirken zusammenzufassen, daß nicht gewichtige Bedenken gegen die Einteilung geltend gemacht werden könnten. Zum mindesten sollte eine genaue Forschung nicht von ihnen ausgehen, sondern umgekehrt erst durch sorgfältige kartographische Darstellung der Anbauverhältnisse der einzelnen Gemeinden auf natürliche Bezirke hingeleitet werden.

Benutzbar zur Darstellung der Anbauverhältnisse nach Gemeinden sind selbstverständlich nur Gemarkungskarten, welche die Grenzen der Gemeinden und der Gutsbezirke zeigen. Die Beschaffung einer derartigen statistischen Grundkarte des deutschen Reiches bietet aber keine besonderen Schwierigkeiten mehr, nachdem die von Thudichum vorgeschlagenen historisch-statistischen Grundkarten im Maßstabe 1 : 100 000, auf denen sämtliche Gemeindegrenzen deutlich hervortreten, wenigstens für den weitaus größten Teil des Reiches (z. B. auch für Sachsen) publiziert sind. In eine derartige Gemarkungskarte des Deutschen Reiches sollen nach dem Antrage des deutschen Landwirtschaftsrates sämtliche Relativzahlen, und zwar für jede einzelne Feldfrucht und Bodenbenutzung, eingetragen werden.

Auch die Veröffentlichung dieser agrarstatistischen Karten soll nach Ansicht des Referenten so geschehen, daß die Verbreitung sämtlicher Feldfrüchte und Bodenbenutzungen, soweit sie von irgendwelcher Bedeutung oder für gewisse klimatische und Bodenverhältnisse besonders charakteristisch sind, nach Gemarkungen deutlich erkennbar wäre.

Ein derartiges agrarstatistisches Kartenwerk des Deutschen Reiches würde in vielfacher Hinsicht den breiten und festgefügten Unterbau bilden für weitere Forschung, zunächst für die Lehre vom Pflanzenbau und die landwirtschaftliche Betriebslehre, dann aber auch für die deutsche Landeskunde. Solche Karten würden manchen Wink geben hinsichtlich der vielen Beziehungen, die zwischen dem Anbau der verschiedenen Kulturpflanzen, den Besitzstands- und Betriebsverhältnissen einerseits und Klima und Boden andererseits bestehen, und auf welche ich in meinem Buche „Die Waldungen Sachsens usw." gleich im Vorwort hingewiesen habe. Der Berichterstatter Engelbrecht macht über diese Beziehungen in seinem Referat interessante Mitteilungen (vgl. Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats XXXIV. Jahrg. 1910, S. 334 ff.).

Die Ausführung des Engelbrecht'schen Antrags würde sicher dazu beitragen, daß das wertvolle agrarstatistische Material gerade in seinen interessanten und wichtigsten Details nicht länger in den Akten der statistischen Landesämter vergraben bleibt. Engelbrecht hat diesen Wunsch schon seit Jahren wiederholt zum Ausdruck gebracht, zuerst im preußischen Abgeordnetenhause im Januar 1900, dann in einem Berichte für den internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Rom im Jahre 1903. Das Material liegt ja geordnet und nach Gemarkungen zusammengefaßt fertig bereit; es wartet nur auf die rechnerische Bearbeitung. Eine nennenswerte Kostenvermehrung durch die Einzelveröffentlichung gegenüber der gruppenweisen Zusammenstellung ist wohl kaum anzunehmen. —

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat hat sich in seiner Sitzung vom 4. September 1910 zunächst einmal gutachtlich geäußert über die Durchführbarkeit eines Beschlusses des preußischen Herrenhauses vom 25. Mai 1909, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, eine Statistik vorzulegen über das Vorhandensein von Ödland und von durch Mißwirtschaft nahezu zur Ertragslosigkeit herabgewirtschafteten Forstflächen. Er hat den vom Berichterstatter Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Schwappach-Eberswalde in dieser Beziehung gemachten beiden Vorschlägen einstimmig seine Zustimmung erteilt. Der erste Vorschlag lautet:

„Es erscheint wünschenswert, gelegentlich der statistischen Erhebungen über die Bodenbenutzung im Jahre 1913 Erhebungen über die Ausdehnung des Öd- und Unlandes anzustellen und zwar mit folgender Ausscheidung:

a) Ödland (Unland): aa) aufforstungsfähig, bb) nicht aufforstungsfähig,
b) Moore (Fenne und Sümpfe),
c) Kalk-, Sand-, Kiesgruben und ähnliche Grundstücke."

Der zweite:

„Die Ermittelung der durch Mißwirtschaft nahezu zur Ertragslosigkeit herabgewirtschafteten Waldungen dürfte mit den voraussichtlich zur Verfügung stehenden Kräften

undurchführbar sein und zwar um so weniger, als eine einfache und allgemein gleichmäßig anzuwendende Begriffsbestimmung für derartige Waldflächen nicht gegeben werden kann."

Die Begründungen dieser Anträge können in den „Mitteilungen des Deutschen Forstvereins" 1910 Nr. 6 S. 154/155 nachgelesen werden.

Weiter beschäftigte sich der deutsche Forstwirtschaftsrat in derselben Sitzung mit Vorschlägen, in welcher Weise die forststatistischen Erhebungen des Jahres 1900 weiter zu bilden und auszugestalten wären, und hat auf Vorschlag desselben Referenten folgenden Beschluß gefaßt:

„1. Übersicht I der Forsten nach Besitzstand und Ertrag läßt eine Ausscheidung der Erträge nach Laub- und Nadelholz mit Trennung von Nutz- und Brennholz (wie bisher) als wünschenswert erscheinen.

2. Übersicht II (Besitzstand, Betrieb und Holzarten) dürfte folgende Änderungen erfahren:

a) Einteilung der Gemeindewaldungen und Genossenschaftswaldungen nach folgendem Schema:
   Gemeindewaldungen, d. h. solche, deren Eigentum der politischen Gemeinde zusteht.
   Genossenschaftswaldungen: aa) deutschrechtliche (Real- und Nutzungsgemeinde), bb) gemeinrechtliche, cc) neuere Genossenschaften (seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden).

b) Die Begriffsbestimmung der gemischten Bestände dürfte dahin zu erweitern sein, daß als vorherrschende Holzart jene zu verstehen ist, die beim seinerzeitigen Abtriebe den größten Anteil am Massenertrage erwarten läßt.

3. Übersicht III, Hochwald nach Altersklassen und Betriebsarten. Hier werden unterschieden Räumden und Blößen.

Nach der Anleitung zur Standorts- und Bestandesbeschreibung beim forstlichen Versuchswesen sind
   Räumden: bleibend unvollkommen bestockte Flächen.
   Blößen: größere Bestandesunterbrechungen in mitteljährigen oder älteren Beständen.

Es erscheint zweifelhaft, ob Angaben über Blößen in diesem Sinne bei der in Betracht kommenden Erhebung notwendig und durchführbar sind. Es kann deshalb auf derartige Angaben verzichtet werden.

Bei der Trennung der Altersklassen wäre für die ältere Altersklasse nochmals eine Trennung in 100 bis 120, 120 bis 150 und über 150 jährige Bestände erwünscht."

Die nähere Begründung ist wieder in den „Mitteilungen des Deutschen Forstvereins" S. 155/161 zu finden.

Besprechungen.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Eheliche Geburtenhäufigkeit und allgemeine und spezielle eheliche Kinderzahl. Nach: *Indici di concentrazione et di dipendenza* von Prof. C. Gini (Cagliari). *Biblioteca dell'Economista*, Vol. XX. Turin 1910.

Die eheliche Geburtenhäufigkeit *(fecondità dei matrimoni)* wird dargestellt durch die Zahl der ehelichen Geburten dividiert durch die Zahl der Ehefrauen im gebärfähigen Alter. Die allgemeine eheliche Kinderzahl *(produttività dei matrimoni)* entspricht der Zahl der ehelichen Geborenen dividiert durch die bestehenden Ehen. Die spezielle eheliche Kinderzahl *(prolificità dei matrimoni)* ist gleich der durchschnittlichen Zahl der Kinder aus denjenigen Ehen, welche überhaupt Kinder haben. Der Verfasser ist mittels seiner Methode des Konzentrations-Index und des Abhängigkeits-Index[1]) zu folgenden Ergebnissen[2]) gelangt: Die Konzentration der speziellen ehelichen Kinderzahl ist in den behandelten Ländern und Städten wenig verschieden (1). Die Konzentration der speziellen ehelichen Kinderzahl steht in keiner sehr nahen Beziehung zur Größe der speziellen ehelichen Kinderzahl; jedoch scheint es, als ob die Konzentration um ein Geringes da erhöht sei, wo die spezielle eheliche Kinderzahl sehr niedrig ist (2). Unterschiede in der Konzentration der speziellen ehelichen Kinderzahl zeigen sich zwischen verschiedenen Bevölkerungs-Gruppen, insbesondere ist die Konzentration in ein und demselben Staate etwas stärker in der Stadt als auf dem Lande (3), bei den Eingeborenen als bei den Eingewanderten (4), in den reichen Landesteilen als in den armen (5), bei den Geschiedenen als bei den Witwern, bei den Witwern als bei den Verheirateten (6). Dagegen zeigt sich kein regelmäßiger Unterschied in der Konzentration der speziellen ehelichen Kinderzahl, wenn man die oberen mit den unteren Gesellschaftsschichten vergleicht (7). Die allgemeine eheliche Kinderzahl hängt im hohen Grade von der Ehedauer und dem Alter der Frau bei der Eheschließung ab, in geringerem vom Alter des Mannes bei der Eheschließung, in noch geringerem vom Alter der Mutter und dem Alter des Vaters beim Tode (8). Die Beziehung zwischen Geburtenhäufigkeit und Alter zeigt eine steigende Tendenz (9). Es kommt vor, daß in den Perioden der größten Geburtenhäufigkeit diese Beziehung gemindert erscheint (10). Die Abhängigkeit der Geburtenhäufigkeit vom Alter ist für die weniger fruchtbare städtische Bevölkerung besonders groß (11). Die Abhängigkeit der Geburtenhäufigkeit vom Alter zeigt erhebliche Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Staaten und Städten. Eine Beziehung zwischen der Stärke der Geburtenhäufigkeit in den verschiedenen Ländern und ihrer Abhängigkeit vom Alter läßt sich nicht nachweisen (12).

C. Gini.

1) Siehe D. St. Z. 1911 Sp. 88 und Sp. 110.

2) Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Staaten und Städte, auf deren Statistik der Verfasser sich stützt, und zwar: Frankreich 1, 2, 3, 5, 6, 9, 11, 12; Italien 1, 2, 6; Ungarn 1, 3; Kroatien 1; Budapest 1, 2, 8; Serbien 1; Norwegen 1, 2, 3, 9, 12; Dänemark (Land) 1, 9, 12; Kopenhagen 1, 2, 7; Schweden 9, 10, 12; Finnland 9, 12; Kanton Zürich 1; Berlin 1, 2, 9, 12; Dresden 1; Leipzig 1; Oldenburg 1, 2; Elsaß-Lothringen 1, 2, 3; England 1; Schottland 1, 11, 12; Connecticut 1; Massachusetts 1, 2, 4; Buenos-Ayres 1; Neu-Süd-Wales 1, 2, 12; Südarabien 1; Paris 2, 11, 12; Glasgow 11, 12; Rom, Udine, Edinburg, Herz. Braunschweig, Viktoria, Westaustralien 12.

Zur österreichischen Auswanderungsstatistik. Nach: Stat. Monatschr., Februar—März 1911, S. 89—120. Brünn 1911.

Österreich-Ungarn ist im Jahre 1907 an die Spitze aller menschenexportierenden Staaten des Kontinents getreten und hat selbst Italien bereits den Rang abgelaufen. Trotzdem besitzt es aber noch immer weder ein Auswandererschutzgesetz noch eine geregelte Auswanderungsstatistik.

Durch die letzte Volkszählung vom 31. Dezember 1910, deren vorläufige Ergebnisse bereits im Drucke erschienen sind, ist nunmehr auch die Wanderungsbilanz für das letzte Dezennium (durch Vergleich der vorhandenen und auf Grund der Geburtenüberschüsse erhofften Bevölkerungszahl) festgestellt worden. Der Verlust beträgt für Österreich 660575, für das Land Galizien allein aber 485095 Einwohner. Zudem ist eine Reihe von Voraussetzungen in letzter Zeit eingetroffen, die geeignet erscheinen, das Interesse der maßgebenden Kreise für die Auswanderungsfrage zu erhöhen.

In erster Linie wäre hier des grundlegenden Werkes von Dr. Leopold Caro „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich" (131 B. d. Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, Leipzig 1909) zu gedenken, durch welches die Frage erst in das rechte Licht gerückt erschien.

Gegenwärtig bereitet auch die Aufgabe heimischer Schiffahrtshebung den österreichischen Regierungsstellen ernste Sorge, um so mehr als durch die von Agenten reichsdeutscher Schiffahrtsunternehmungen betriebene Auswanderungspropaganda der Wanderungsdrang über deutsche Häfen ins Maßlose gesteigert wurde und sich im Vergleiche zum Jahrfünftstande 1891 bis 1895 um das 16fache gehoben hat. Zu dem durch diese Vorkommnisse hervorgerufenen Mißbehagen gesellen sich noch die Nachrichten über empfindliche Schädigungen, ja angeblich sogar behördliche Vexationen, denen die österreichischen Aus- und Saisonauswanderer aus nationaler Voreingenommenheit im Nachbarreiche ausgesetzt seien.

Dies sind in Kürze die Entstehungsursachen der ganzen neueren österreichischen Auswanderungsliteratur und zum Teile auch der zu besprechenden Abhandlung selbst.

Ihr erster Teil ist einer national-ökonomischen Auseinandersetzung mit Dr. Caro gewidmet und daher vielfach theoretisch gehalten. Es wird darin die Auswanderungsverursachung im Lichte der konkreten Wirtschafts- und Rechtszustände sowie im Hinblick auf die Landverteilungsverhältnisse besprochen. Auch werden die Folgen der Auswanderung für Ein- und Auswanderungsland erwogen und der bevorstehende Umschwung in der nordamerikanischen Einwanderungsgesetzgebung charakterisiert.

Der zweite Teil der Arbeit enthält praktische Vorschläge betreffend die Ausgestaltung der österreichischen Auswanderungsstatistik.

An der Hand der grundlegenden früher unbekannt gewesenen Ministerialerlässe entwirft der Verfasser eine Schilderung jener Bestrebungen, welche die Statistische Zentralkommission bisher in der Frage verfolgt hat.

Zu diesem Zwecke sind im Sinne der von Georg von Mayr bei der VIII. Session des Int. Stat. Institutes gestellten Forderungen bereits anläßlich der Aktivierung der Triester Hafenstatistik Formulare entworfen worden, deren weitere Ausgestaltung im Sinne moderner Postulate wünschenswert erscheint.

Die Arbeit schließt mit einer langen Reihe positiver Vorschläge, welche die Erfassung der durch die Wanderbewegung ausgelösten Erscheinungen zu gewährleisten trachten. Als Hauptpostulat einer Reform wird hier die Erfassung am Ausgangsorte sowie der internationale Individuallistenaustausch empfohlen. Auch werden die Modalitäten für die Einrichtung einer Saison- wie auch Rückwanderungsstatistik ins Auge gefaßt.

K. v. Englisch.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Wohnverhältnisse in der Stadt Zürich. Nach: Erweiterter Sonderabdruck aus „Die Gesundheits- und Wohlfahrtspflicht der Stadt Zürich"[1]). 52 S Kommissionsverlag Roscher & Cie Zürich, 1909. 50 Rp.

Zur Beleuchtung der Wohnverhältnisse sind die wichtigsten Ergebnisse aus früheren Veröffentlichungen des Statistischen Amtes, nämlich aus der Statistik über die Bautätigkeit (von 1896 an), aus der großen Wohnungs- und Grundstückserhebung vom Jahre 1896 und aus verschiedenen Mietpreisstatistiken mitgeteilt. Es ließen sich dabei interessante Streiflichter werfen auf die gegen die Jahrhundertwende in Zürich eingetretene Bau- und Liegenschaftenkrise, die ein fast völliges Aufhören der Bautätigkeit bewirkte, wodurch hinwiederum eine noch anhaltende Wohnungsnot entstand, die die Stadtgemeinde im Jahre 1907 zu einem aktiven Eingreifen durch Erstellung billiger Wohnungen veranlasste. *H. Thomann.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Statistik der Kleinhandelspreise wichtiger Nahrungsmittel im Königreich Sachsen.

Im Königreich Sachsen werden schon seit einer langen Reihe von Jahren regelmäßig die Marktpreise von Getreide, Kartoffeln und einigen anderen Gegenständen in einer Anzahl Städte ermittelt. Außer dieser Erhebung hat es aber bis vor kurzem an einer ausgebildeten Landesstatistik der Kleinhandelspreise gefehlt. Wohl besteht in den drei Großstädten Sachsens schon seit längerem eine, weitgehenden Anforderungen genügende Preisstatistik, und insbesondere ist Dresden diejenige deutsche Stadt, die sie am frühesten in eingehendster Weise ausgebildet hat; an einem über das ganze Land verbreiteten Netz von Preiserhebungsstellen fehlte es aber. Seit dem 1. Juli 1910 hat nun in den 13 sächsischen Städten mit über 20000 Einwohnern, nämlich in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Zittau, Meißen, Freiberg, Bautzen, Meerane, Reichenbach, Glauchau und Crimmitschau eine fortlaufende Ermittelung der Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel nach einheitlichen Vorschriften, die im wesentlichen mit den von der Konferenz der Reichs- und Landesstatistiker im Jahre 1909 aufgestellten Grundsätzen übereinstimmen, zu erfolgen. Diese Statistik erstreckt sich vorläufig auf folgende Warengattungen; Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, inländisches Schweineschmalz, Vollmilch, Butter, Hühnereier, Brot, Speisekartoffeln, Reis, Erbsen, Linsen, Speisebohnen und Zucker, und zwar wird von jedem dieser Gegenstände die gangbarste und verbreitetste Sorte, welche ortsüblich zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der großen Masse des Volkes oder des Mittelstandes dient, angeschrieben. Außer dem

1) Siehe auch Sp. 73/74 dieses Jahrgangs des D. St. Z.

Niedrigst- und Höchstpreise jedes Gegenstandes ist auch, wie dies in Dresden schon seit langem und in neuerer Zeit auch vielfach anderwärts geschieht, in der Regel der „häufigste" zu notieren. Es ist aber den Gemeinden freigestellt, unter Umständen auch regelmäßig nur den Niedrigst- und Höchstpreis oder an Stelle des häufigsten Preises einen anderen Mittelwert anzuschreiben. Im allgemeinen soll aber der Feststellung des häufigsten Preises der Vorzug gegeben werden, weil den übereinstimmenden Preisangaben vieler Geschäftsleute die größte Zuverlässigkeit beizumessen ist und es sich dabei nicht um fiktive, berechnete Werte, sondern um wirklich gezahlte Preise handelt. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich bei dem Vorkommen zahlreicher gleichhäufiger Preise oder bei großer Preiszersplitterung ergeben, ist auch die Verwendung der als „Mediane" bekannten Mittelwerte (vgl. Deutsches Stat. Zentralblatt 1910 Nr. 4) empfohlen worden.

Die Ergebnisse der Statistik werden regelmäßig im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen und voraussichtlich auch in einigen Tageszeitungen veröffentlicht werden und sind in einem Auszuge bereits im „Dresdner Journal" (1911, Nr. 32) bekanntgegeben worden. Eine Würdigung der Ergebnisse ist zurzeit noch nicht am Platze, da jeder Preisstatistik anfänglich noch mancherlei Mängel anhaften, die erst allmählich beseitigt werden können. *A. Pfütze.*

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Der Bahnmilchverkehr in Baden im Jahre 1910. Stat. Mitt. über d. Großh. Baden. N. F. Bd. IV. Februarheft 1911. (S 21 flg.)

Anläßlich Prüfung der Frage, ob sich eine Ermäßigung des geltenden Milchtarifs empfehle, hat die Gr. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen im Sommer 1910 geeignete Erhebungen über den Bahnmilchverkehr im Großherzogtum veranstaltet. Bei der großen Bedeutung, die diesem Verkehr in der Gegenwart beizumessen ist, lag es für das Stat. Landesamt nahe, diese Erhebungen durch Erfassung insbesondere auch des Verkehrs über die Landesgrenze weiter auszudehnen und die Ergebnisse in der Richtung zu verwerten, daß sich aus ihnen ein allgemeines Bild über den Bahnmilchverkehr innerhalb des Großherzogtums wie über seine Grenzen ergebe. Doch mußte von einer Zergliederung des Erhebungsmaterials über einzelne Landesgegenden (sog. 11 natürliche Gebiete) hinaus nach den lokalen Verkehrsbeziehungen leider abgesehen werden, einmal mit Rücksicht auf den immerhin nur sekundär-statistischen Charakter der Ermittelungen, der eine Verallgemeinerung nur für größere Gebiete gestattete, dann aber auch, um die Aufbereitungsarbeit nicht über einen bestimmten Umfang hinaus anwachsen zu lassen.

Zugrunde liegt den Zusammenstellungen des Stat. Landesamts der Milchverkehr im Juni 1910; nach dem Verkehr in diesem Monat wurde der Jahresverkehr 1910 durch Vervielfältigung mit 12,17 berechnet. Für den Monat Juni wurde der auf Grund des besonderen Milchtarifs erfolgte Milchversand bezw. -empfang auf den badischen Staats- und Privatbahnen nach Maßgabe der Milchversandrechnungen, für die Nachbarbahnen nach Maßgabe der Abrechnungen für die Verkehrskontrolle bezw. unmittelbaren Erhebungen, soweit das politische Gebiet des Großherzogtums in Betracht kam, ermittelt und hierbei, sofern nicht Nettoangaben vorlagen, der Nettobetrag (1 kg = 1 Liter) durch prozentuale Abzüge vom Taxgewicht (im preußisch-hessisch-, pfälzisch- und elsässisch-badischen Verkehr 15 %, im württembergisch-badischen Verkehr 33 %) festgestellt; der den sog. Abonnementsendungen gegenüber doch nicht ins Gewicht fallende Versand von Milch als Eil- oder Expreßgut blieb unberücksichtigt. Bei der weiteren Aufbereitung wurde grundsätzlich die aufgegebene Milch dem politischen Gebiet der Versandstation, die angekommene Milch dem der Empfangsstation zugerechnet mit Ausnahme des Milchempfangs aus der Schweiz, da hier aus tarifarischen Gründen eine Neuaufgabe der Milch auf den Stationen im Grenzgebiet stattfindet, sodaß zur Richtigstellung der Versandangaben besondere Erhebungen benutzt werden mußten.

Das Ergebnis der Ermittelungen für das Großherzogtum im ganzen war folgendes: Die Einfuhr nach Baden belief sich im Jahr auf 29 999 562 l, die Ausfuhr aus Baden auf 1 416 711 l, die Mehreinfuhr demnach auf 28 582 851 l. An der Mehreinfuhr waren beteiligt Hessen mit 14 935 499 l, Württemberg mit 7 613 868 l, die Schweiz mit 3 520 209 l, Bayern (Pfalz) mit 2 057 143 l, Elsaß-Lothringen (Elsaß) mit 338 326 l und Preußen (Hessen-Nassau) mit 117 806 l. *L. Barck.*

XVI. Statistik von Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften.

Die Bestands- und Kapitaländerungen der deutschen Gesellschaften m. b. H. vom 1. Oktober 1909 bis 31. Dezember 1910. Vierteljahrshefte z. St. d. D. Reichs 1911 S. II 226—235.

Wie im II. Jahrg. Nr. 8 (Sp. 242/43) berichtet, hat das Kaiserliche Statistische Amt für den 30. September 1909 eine Bestandsstatistik der Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. und sonstigen in deutschen Handelsregistern eingetragenen juristischen Personen bearbeitet und im Ergänzungsheft II z. d. Vierteljahrsh. z. St. d. D. Reichs 1910 veröffentlicht. Nachdem Bewegungsstatistiken über die Kapital- und Bestandsänderungen der Aktiengesellschaften schon fortlaufend für die Zeit vom 1. Januar 1907 ab bearbeitet sind, gelangen nunmehr ähnliche Bewegungsstatistiken auch für die Gesellschaften m. b. H. für die sich an deren erstmalige Bestandsstatistik vom 30. September 1909 zunächst anschließenden 5 Vierteljahre zur Veröffentlichung.

Wie in der Bestandsstatistik werden auch hier tätige und nicht-tätige Gesellschaften m. b. H. unterschieden; zu letzteren werden die in Liquidation und Konkurs befindlichen Gesellschaften gerechnet.

Auf Grund der Bestandsstatistik vom 30. September 1909 ist mit Hilfe der Bewegungsstatistik für das letzte Vierteljahr 1909 ermittelt, daß es in Deutschland Ende 1909 17 077 tätige Gesellschaften m. b. H. mit 3611,49 Mill. ℳ Stammkapital gab, ferner im ganzen 2584 nicht-tätige, nämlich 2068 Gesellschaften in Liquidation mit 313,27 und 516 Gesellschaften in Konkurs mit 72,82 Mill. ℳ Stammkapital.

Die Gründungstätigkeit im Jahre 1910 war sehr rege. 3872 neue Gesellschaften mit 335,53 Mill. ℳ Kapital wurden eingetragen. Von diesem Betrage wurden 91,95 Mill. ℳ durch Sacheinlagen gedeckt, die auf 1900 Gesellschaften mit einem Stammkapital von 188,75 Mill. ℳ entfielen. Etwa die Hälfte des Stammkapitals der Neugründungen wurde hiernach durch Sacheinlagen, für welche bei den Gesellschaften m. b. H. bekanntlich keinerlei Revisionsvorschriften bestehen, gedeckt. Bei 894 bereits bestehenden tätigen Gesellschaften m. b. H. erfolgten im Jahre 1910 Erhöhungen des Stammkapitals um 87,62 Mill. ℳ, wovon wiederum 18,18 Mill. ℳ auf Sacheinlagen entfielen. 57 Gesellschaften nahmen Kapitalherabsetzungen um 11,00 Mill. ℳ vor. 946 Gesellschaften mit 107,90 Mill. ℳ Stammkapital traten 1910 in Liquidation. Bei 222 Gesellschaften mit 25,10 Mill. ℳ Kapital wurde das Konkursverfahren eröffnet. Am 31. Dezember 1910 waren hiernach im Deutschen Reiche vorhanden: 19650 tätige Gesellschaften m. b. H. mit 3880,68 Mill. ℳ Stammkapital, ferner 3011 nicht-tätige Gesellschaften, nämlich 2437 in Liquidation und 574 in Konkurs mit 340,14 bzw. 80,74 Mill. ℳ Stammkapital. *E. Moll.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statist. Untersuchungen über das Vorkommen des Krebses in Baden. Von Dr R. Werner. Tübingen, H. H. Laupp, 1910.

Die Monographie umfaßt zwei Teile, Der erste bringt eine bezirksweise durchgeführte Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik des Krebses in Baden für die Jahre 1904 und 1906, erstere auf Grundlage der vom Badischen Landeskomitee für Krebsforschung angeregten Krankenzählung, letztere auf der Basis der Erhebungen des Großh. statistischen Landesamtes in Karlsruhe; der zweite, größere Abschnitt enthält die bezirks- und gemeindeweise gegliederte Mortalitätsstatistik für das Vierteljahrhundert von 1883 bis 1907. Der große Umfang des Materials, die vielseitige Durcharbeitung desselben und der hieraus resultierende komplizierte Inhalt des Buches gestatten kein Eingehen auf die Details im engen Rahmen eines kurzen Referates. Nur die wichtigsten Resultate können hier erwähnt werden. Südbaden hat die größte, Nordbaden eine mittlere und die Mitte des Großherzogtums die geringste Krebsdichte. Die Zahl der gemeldeten Krebsfälle hat im Laufe von 25 Jahren um zirka ¹/₃ zugenommen, bei den jugendlichen Personen (unter 40 Jahren) überhaupt nicht, bei den älteren hingegen um einen entsprechend größeren Prozentsatz, bei den 70jährigen z. B. um mehr als 50 %. In den einzelnen Amtsbezirken und noch mehr vielfach in den einzelnen Gemeinden schwankt die Krebsdichte mitunter enorm von Jahr zu Jahr. 12 kleine Orte hatten im Laufe des berücksichtigten Vierteljahrhunderts keinen einzigen Krebstodesfall, 45 Gemeinden hingegen mehr als 20 ‰₀ ihrer Einwohnerzahl, d. h. mehr als doppelt soviel, als dem Landesdurchschnitte (ca. 10 ‰₀) entspricht. Die Differenzen sind nicht durch die Altersunterschiede der Bevölkerung bedingt. Die Beziehung dieser eigenartigen Verteilung des Krebses zu den verschiedensten Faktoren (Alter, Rasse, Heredität, Beruf, Lebensweise, Sitz der Primärerkrankung, ferner oreograph., hydrograph., klimatische und geologische Beschaffenheit der Gegend, Einfluß der Krankenanstalten usw.) wird eingehend erörtert und vielfach graphisch in Form zahlreicher Karten, Kurven und Schraffenbänder, sowie tabellarisch dargestellt.

R. Werner.

XXI. Armenstatistik.

Das Heimat- und Armenwesen in Bayern. Statistische Unterlagen zur Reform der bayer. Heimat- und Armengesetzgebung. Heft 83 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, Herausgegeben vom K. Statistischen Landesamt. München 1911. gr. 8. 213 S.

Die vorliegende Veröffentlichung ist ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß die Statistik neuerlich in erhöhtem Maße als Stützpunkt für beabsichtigte gesetzgeberische Reformen Verwendung findet. Ihre Abfassung verfolgt auch den alleinigen Zweck, den als umänderungsbedürftig empfundenen dermaligen Zustand der Heimat- und Armengesetzgebung in Bayern mit statistischen Mitteln zu beleuchten und damit einen gesicherten Boden zu Beurteilung der Vorgänge auf diesem Gebiete zu schaffen. Das gibt ihr auch das ihr eigentümliche Gepräge: sie gewährt darum keine allgemeine systematische Darlegung der fraglichen Erscheinungen, sondern bringt sie bei und betrachtet sie lediglich aus dem Gesichtspunkte der besonderen Beziehungen zu dem bevorstehenden Reformwerke.

Bekanntlich hat sich Bayern beim Eintritt in das Deutsche Reich sein damals erst kürzlich neu gegebenes Heimat- und Armenrecht vorbehalten. Dieses Heimatrecht fußt auf dem Grundgedanken des örtlichen und persönlichen Zusammenhanges zwischen Gemeinde und Heimatberechtigten und bestimmt, daß die Heimat bleibt, bis eine neue erworben wird, daß dagegen die auch noch so lange dauernde tatsächliche Abwesenheit deren Verlust nicht nach sich zieht. Für die statistische Klarstellung der Wirkungen dieser Rechtslage, zumal für die daraus erwachsenden Anforderungen der Armenunterstützungspflicht kam es daher darauf an, vor allen Dingen zu prüfen, wie weit die bei der Gesetzgebung angenommenen Voraussetzungen den heutigen Zuständen noch entsprechen. Die dafür beigebrachten, teils bereits vorhandenen, teils eigens erhobenen recht ausgedehnten, von dem Regierungsassessor R. Decker in anschaulicher und verständnisvoller Weise bearbeiteten Unterlagen gliedern den Stoff nach drei Richtungen hin.

Begonnen wird mit den Binnenwanderungen, bei denen nicht nur die Einheimischen und Zugezogenen mit besonderer Berücksichtigung der größeren Städte, die Seßhaften und Weggezogenen, die Beziehungen zwischen Stadt und Land, sondern auch der Wanderverkehr zwischen Bayern und dem Reiche wie die beruflichen Verhältnisse der Abgewanderten erörtert sind. Es ergibt sich schon aus dem, was hierbei ersichtlich wird, daß der von einer gewissen Stetigkeit der Bevölkerungs- und Wohnsitzverhältnisse ausgehende Gesetzeszustand sich aus den Erscheinungen der Gegenwart nicht mehr rechtfertigen läßt: bereits ein Drittel der Anwesenden lebte 1907 in anderer als der Geburtsgemeinde, zudem gestaltet sich die Bilanz der Wanderungen über die Grenze wachsend ungünstig

für Bayern. Das letztere erhellt auch aus dem Austausch der Quittungskarten der bayerischen Versicherungsanstalten, der hier als schätzenswertes Material Verwertung gefunden hat. Recht lehrreich ist auch die Benutzung der von den Staatseisenbahnen verkauften Arbeiterfahrkarten, um für die „Tage"- und die „Wochenwanderer" die Häufigkeit des verschiedenen Wohn- und Arbeitsortes zum Ausdruck zu bringen.

Die zweite behandelte Seite bezieht sich auf das Heimatwesen. Während die für die Binnenwanderungen herangezogene Gebürtigkeit die tatsächlichen Vorgänge widerspiegelte, hätte sich dies rechtliche Verhältnis bloß aus einer allgemeinen Erhebung der zuständigen Heimatgemeinde der gesamten Bevölkerung feststellen lassen. Da dieses nicht geschehen ist und wegen der Abgewanderten keinen Sinn hatte, so lange das nicht auch im übrigen Deutschland geschah, hat man sich damit begnügen müssen, wiederholt durch die Distriktsbehörden, welche Verehelichungszeugnisse ausstellten, die Heimat und den Wohnort des Mannes angeben zu lassen. Außerdem haben von sich aus eine Anzahl von Standesämtern bei ihren Beurkundungen gleichzeitig die Heimat ermittelt. Nach den ersteren, bedeutsameren Aufzeichnungen hat sich herausgestellt, daß im Durchschnitt des Landes die eine Hälfte der einem bayerischen Heimatverbande rechtlich angehörenden Personen tatsächlich dauernd ortsfremd geworden sind. Dabei steigt der Anteil der ortsfremd gewordenen eheschließenden Männer mit der Abnahme der Bevölkerungszahl der Gemeinde. Es leiden also gerade die kleineren, weniger leistungsfähigen Gemeinden unter dem Fortzug von ihnen rechtlich zugehörenden Gliedern. Auch die Heimat der Zwangszöglinge wird belegt. Weiter noch werden eingehende Aufschlüsse erteilt über die gebührenfreien und gebührenpflichtigen Heimatverleihungen und die daraus erhobenen Einnahmen.

Das dritte untersuchte Gebiet betrifft das Armenwesen und zeichnet sich durch die Reichhaltigkeit seiner Nachweise aus, durch welche neben Oldenburg sich Bayern schon seit langem in dieser Beziehung unter den deutschen Staaten hervorgetan hat. Da diese in der Zeitschrift des Statistischen Landesamtes regelmäßig wiederkehren den Nachweisungen bekannt sind, genügt hier eine kurze Aufzählung ihres Inhaltes. Belegt werden, durchweg für einen längeren Zeitraum, die Unterstützten und der Unterstützungsaufwand der Gemeindearmenpflege, die Einnahmen und Ausgaben und insbesondere das Zuschußerfordernis aus der Gemeindekasse, die sonstigen gemeindlichen Wohltätigkeitsanstalten und Stiftungen, die Distrikts-, die Kreis- und die Staatsarmenpflege wie die Anstaltspflege geistig und körperlich Gebrechlicher. Dazu kommen außer der Betrachtung einiger Sondererscheinungen: wie das Wanderunterstützungswesen und die Leistungen für auswärts eingetretene Hilfsbedürftigkeit gedrängte, vornehmlich auf die Äußerungen der Armenpflegebehörden gegründete Aufschlüsse über die Ursachen des Armenaufwandes. Die Darstellung bemüht sich, bei der Vorführung dieser Vorgänge namentlich den zeitlichen Verlauf zum Verständnis zu bringen. Bemerkenswert erscheint ,daß bereits 14 % aller Gemeinden mit mehr als 50 % des Steuersolls zur Armenkasse beizutragen haben, ferner daß die Gemeinden namhafte Teile des Unterstützungsaufwandes — 600 Gemeinden sogar den ganzen — für Abgewanderte opfern müssen und daß dieser Teil um so größer sich darstellt, je kleiner die Gemeinde ist.

Für die bevorstehenden Gesetzgebungsarbeiten sind diese mit Einsicht zusammengetragenen Belege und die daran geknüpften anschaulicher Ausführungen gewiß als eine treffliche Grundlage der Erkenntnis der Abhilfe begründenden Zustände anzusehen. Aber auch über diesen unmittelbaren Zweck hinaus sind sie geeignet, über wichtige Lebensvorgänge Aufklärung zu verbreiten. Nur wäre es zum volleren Verständnisse für ferner Stehende angebracht gewesen, wenn die heute geltenden Gesetze über Heimatrecht und Unterstützungspflicht, auf die so vielfach Bezug genommen ist, anhangsweise mitgeteilt worden wären.

P. Kollmann.

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die Museen im Kgr. Böhmen. Nach: Mitteil. des Statist. Landesamtes des Kgr. B. Bd. XIV, Heft 1, Deutsche Ausg. Prag 1910.

Über die Verhältnisse der Museen in Böhmen wurden schon zweimal statistische Erhebungen gepflogen: zum ersten Male nach dem Stande vom J. 1897, zum zweiten Male nach dem vom J. 1905. Anlaß zu diesen Erhebungen brachten die Beschlüsse der Konferenz für die Landesstatistik. Die Erhebung vom J. 1897 beschränkte sich auf die vom Lande, von den Bezirken oder Gemeinden verwalteten, erhaltenen oder unterstützten Museen. Bei der zweiten Erhebung hat das statistische Landesbureau auch solche Museen berücksichtigt, welche von den genannten Korporationen keine Unterstützung genießen, soweit sie grundsätzlich allgemein zugänglich waren. Die Privatsammlungen, auch wenn sie zufällig mit dem Namen „Museum" bezeichnet wurden, blieben bei beiden Erhebungen ausgeschlossen. Der Umfang der Erhebungen beschränkte sich auf die Sicherstellung des Namens und des Eigentümers des Museums, des Gründungsjahres und der Anzahl der Inventargegenstände nach den einzelnen Fächern, ferner auf die Konstatierung der Einnahmen und Ausgaben, des Vermögens, der Unterbringung des Museums und der Anzahl der Besucher. — Nach den Ergebnissen der ersten Erhebung gab es im J. 1897 in Böhmen 68 Museen, in welchen zusammen 531 206 eigentliche Museal-Inventargegenstände und außerdem 256 355 Bibliotheksgegenstände gezählt wurden. Im J. 1905 wurden in Böhmen 114 Museen festgestellt und außerdem befanden sich 10 Museen im Stadium des Errichtens. Von den 114 sichergestellten Museen wurden 110 vom Lande, von Bezirken, Gemeinden oder Handels- und Gewerbekammern verwaltet, erhalten oder unterstützt. 72 Museen standen im Eigentume der Gemeinden, 3 im Eigentume der Handels- und Gewerbekammer und 41 im Eigentume verschiedener Museal- und anderer Vereine. Nach der Sprache der Verwaltung kann man 87 Museen als böhmische (čechische), 24 als deutsche und 3 als utraquistische betrachten. Alle sichergestellten Museen zusammen hatten im ganzen 1 643 524 Museal-Inventargegen-

stände, wovon der größte Teil auf naturwissenschaftliche Gegenstände (626 995), auf historische und kulturhistorische Gegenstände (346 745) und auf Bücher (315 243) entfiel. Das größte Museum Böhmens ist das Museum Regni Bohemiae, welches 1 170 527 Inventargegenstände, darunter 580 062 naturwissenschaftliche Gegenstände, zählte. Die 12 Gewerbe- und Kunstgewerbemuseen hatten zusammen 148 295 Inventargegenstände. Die größten Museen dieser Art waren das Náprstek'sche Gewerbemuseum in Prag, das Nordböhmische Gewerbemuseum in Reichenberg und das kunstgewerbliche Museum der Prager Handelskammer. Von den übrigen Museen ist besonders das Čechoslavische ethnographische Museum in Prag von großer Wichtigkeit.

Die Ausgaben der sämtlichen Museen bezifferten sich mit 665 863 K. Von den Einnahmen, die um ein wenig größer waren, sind besonders die Subventionen des Landes zu nennen (240 440 K), dann die Subventionen des Staates (104 620 K) und der Gemeinden (124 396 K). Das Museum des Königreiches Böhmen wurde im J. 1905 von 130 000 Personen besucht, die zwölf Kunstgewerbemuseen von 168 000 Personen. Von den übrigen Museen hat nur ein Teil den Besuch in Ziffern ausgewiesen und zwar mehr als 70 000 Personen.

J. Auerhan.

XXV. Statistische Sammelwerke.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Volkszählung von 1905 und der Berufs- und Betriebszählung von 1907 von Friedrich Zahn, Ministerialrat, Direktor d. K. B. Stat. Landesamtes. Annalen d. Dtsch. Reichs 1910 u. 1911. 206 S. München, J. Schweitzers Verlag.

In den Annalen des Deutschen Reichs 1910 Heft 6, 7, 8 und 1911 Heft 3 u. 4 (nunmehr als Sonderabdruck erhältlich, Preis 6 ℳ) veröffentlichte ich eine Serie von Artikeln, die Rechenschaft zu geben sucht über den Stand und die jüngste Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Den Ausführungen ist die amtliche Statistik zugrunde gelegt. Und zwar habe ich vor allem das Ergebnis der Volkszählung von 1905 und das der Berufs- und Betriebszählung 1907 nach Maßgabe der Veröffentlichungen des Kais. Statist. Amtes berücksichtigt. Daneben ist auch die sonstige neueste Wirtschafts- und Sozialstatistik des Reichs eingehend verwertet und mehrfach durch wichtigere Resultate unsrer Landes- und Kommunalstatistik weiter belebt und veranschaulicht.

Im einzelnen behandelte ich in zehn besonderen Abschnitten: Bevölkerung im allgemeinen, Erwerbstätige Bevölkerung, Berufliche Gliederung, Soziale Schichtung, Frauenerwerb, Landwirtschaft, Gewerbe, Verkehr und Handel, Geld- und Kreditwesen, Soziale und kulturelle Verhältnisse.

Absichtlich habe ich bei Erörterung dieser Einzelthemen die materiellen Ergebnisse der einschlägigen Statistik in Vordergrund gestellt und das Formal-Methodische derselben nur ausnahmsweise berührt, zumal über diese letztere Seite der Statistik das nun fertig vorliegende, zu Ehren von Georg von Mayr von 52 deutschen Statistikern bearbeitete Werk „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand" (J. Schweitzer Verlag, 2 Bände) erschöpfenden Aufschluß bietet. *F. Zahn.*

Statistische Jahrbücher deutscher Städte.

Je vielseitiger und komplizierter sich die moderne Kommunalverwaltung gestaltet, desto dringender wird die zahlenmäßige Darstellung der Entwicklung und des Bestandes der einzelnen Glieder des Stadtorganismus. Diese geschieht entweder durch Aufstellung von städtischen statistischen Jahrbüchern einzelner Städte ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in andern Städten, wie dies beispielsweise die statistischen Jahrbücher der Städte Berlin, Dresden usw. zeigen, oder aber durch vergleichsweise Zusammenfassung gleicher Materien in demselben Jahrbuch für verschiedene Städte. Zu den letzteren gehört in erster Linie das für den „Verband Deutscher Städtestatistiker" von Neefe herausgegebene „Statistische Jahrbuch Deutscher Städte" und dann das „Kommunale Jahrbuch" von Lindemann u. Südekum.

Das Jahrbuch der Deutschen Städtestatistiker hat im zwanzigjährigen Zeitraum seines Bestehens von 1890—1910 trotz verschiedener Veränderungen seinen auf streng statistischer Grundlage aufgebauten Charakter stets beibehalten. Es behandelt alle Gebiete der Stadtverwaltung und zwar derart, daß einzelne Teile in regelmäßiger oder fast regelmäßiger Folge in den einzelnen Jahrgängen nach dem neuesten Stande sich wiederholen, andere je nach ihrer Bedeutung in kleineren oder größeren Zeiträumen wieder erscheinen. Der vorliegende 17. Jahrgang unterscheidet sich rein äußerlich von dem vorjährigen durch seinen erheblich größeren Umfang, durch die Dreiteilung der Städte nach ihrer Größe auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung von 1905 in solche mit mehr als 200 000 Einw., mit 100 000—200 000 und solche von 50 000—100 000 Einwohnern. 27 Abschnitte bilden die Fortführung aus früheren Jahrgängen, davon 18 des vorjährigen, während 7 Abschnitte neu hinzugekommen sind: Wohnungsnachweis und Wohnungsaufsicht, Heeresergänzung, Unfallversicherung städtischer Beamter und Arbeiter, Feuerversicherung des städtischen Eigentums, städtische Straßenbahnen, Ertrag des städtischen Grundbesitzes und Wert und Ertrag des städtischen Kapitalvermögens.

In neuerer Zeit gehen die Bestrebungen auf eine Reform des Jahrbuchs dahin, daß ein größeres Gewicht auf die statistische Erfassung der kommunalen Finanzwirtschaft gelegt wird. Aber die Schwierigkeiten für die Aufstellung eines brauchbaren Vergleichs bestehen vor allem in der Verschiedenartigkeit der Etats der einzelnen Städte in den verschiedenen Bundesstaaten, welche auch, weil auf verschiedener verwaltungsrechtlicher Grundlage beruhend, nicht so leicht beseitigt werden kann, während anderseits zu befürchten ist, daß bei einer Reform nach einem einheitlichen Schema der Etats- und Rechnungsübersichten die Besonderheiten der einzelnen Kommunen nicht ersichtlich werden würden. Es wird Aufgabe der Städtestatistiker in Verbindung mit dem Städtetag sein, diese Schwierigkeiten im Interesse der großen Bedeutung dieser Materie zu überwinden.

Dem mehr offiziellen Charakter des Jahrbuchs der Deutschen Städtestatistiker steht das Privatunternehmen des kommunalen Jahrbuchs von

Lindemann und Südekum gegenüber, wenngleich sein Inhalt ebenfalls zum Teil auf Selbstangaben der Gemeinden beruht. Dadurch, daß es nicht rein statistischen Charakter hat, bildet es eine Ergänzung zum Jahrbuch der Städtestatistiker. So ist es in der Lage, außer unerläßlicher Zahlenübersichten einerseits verwaltungsrechtliche Regelungen und anderseits technische Beschreibungen zu bringen. Im dritten vorliegenden Jahrgang sind sogar Abbildungen beigegeben, welche das Verständnis des Textes technischer Materien zweifellos erleichtern. Aber es wäre zu prüfen, ob die Aufgabe, welche sich das Kommunale Jahrbuch gestellt hat, nicht besser und lückenloser durch die Zentralstelle des deutschen Städtetages in einem besonderen Organ erfüllt werden könnte, da doch sämtliche dem deutschen Städtetag angeschlossenen Städte schon jetzt verpflichtet sind, von ihren Druckschriften je 2 Exemplare an die Zentralstelle abzuliefern.

In diesem Zusammenhang sei noch das im 4. Jahrgang vorliegende „Adreßbuch der Stadt- und Gemeindeverwaltungen Deutschlands" erwähnt. Dieses hat jedoch weniger wissenschaftlichen als mehr orientierenden Charakter über die Verwaltungsabteilungen der deutschen Städte und wichtigsten Gemeinden und deren Vorstände.

E. Helbling.

Vermischte Mitteilungen.

Deutsche Statistische Gesellschaft. Die Begründung und erste Versammlung der neuen, eine besondere, selbständige Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bildenden „Deutschen Statistischen Gesellschaft" hat am 17. Juni in Dresden stattgefunden. Ihre Aufgaben sind durch die drei in der vorigen Nummer des D. St. Z. mitgeteilten, nunmehr in die Statuten aufgenommenen Sätze gekennzeichnet, die auf die Technik und Methodik, auf die Problemstellung und auf die Analyse der statistischen Ergebnisse als Gegenstände der Tätigkeit der Gesellschaft hinweisen. Zum 1. Vorsitzenden wurde der jetzige Altmeister der Statistik, Unterstaatssekretär z. D. Prof. Dr. v. Mayr in München, gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden Präsident Evert vom Kgl. Preuß Statist. Landesamt und Präsident Dr Mischler von der K K. österr. Statist. Zentralkommission, sowie der Senior der Städtestatistiker, Prof. Dr. Neefe in Breslau; zum Schriftführer Geh. Reg.-Rat Dr. Würzburger in Dresden. Die Mitgliederzahl erreichte am Gründungstage 100, die durchweg Berufsstatistiker und zwar teils in der öffentlichen Verwaltung, in Korporationen oder sonstigen Instituten praktisch tätig, teils mit der Pflege der Statistik an den Hochschulen betraut sind oder waren. Auf diese Berufsarten verteilen sich die Mitglieder wie folgt: Im aktiven Staatsdienste stehen als Leiter einer statistischen Behörde 13, als Beamte einer solchen 21; dem Provinzial- und Kommunaldienste gehören an 32 Vorstände und 4 Beamte statistischer Stellen. Dazu kommen 4, andere Stellungen als Statistiker bekleidende oder in privater Eigenschaft als solche wirkende Herren, sowie 9 frühere Verwaltungsstatistiker, die in den Ruhestand getreten sind oder ein Amt mit nichtstatistischen Aufgaben übernommen haben. Die akademischen Lehrer der Statistik zählen in der neuen Gesellschaft 17 Vertreter, denen von den schon vorher gezählten noch 12 zuzurechnen sind, die neben ihrer amtlichen Tätigkeit an Hochschulen lesen oder gelesen haben. Einer der wichtigsten Zwecke der Begründung der seit langer Zeit angestrebten neuen Gesellschaft, nämlich die Schaffung einer gemeinsamen Beratungsstelle für die Angehörigen der verschiedenen Formen statistischer Berufstätigkeit auf deutschem Boden, ist somit erreicht.

An die Verhandlungen vom 17 Juni schloß sich außer dem bereits erwähnten Vortrag von Tönnies eine Aussprache über die Frage des statistischen Unterrichts auf den Hochschulen an. Die Niederschrift der Verhandlungen wird voraussichtlich als Beilage zu einer der nächsten Nummern des D. St. Z. erscheinen.

Titelanzeigen.

3. Literatur der Statistik des Hygiene- und Sanitätswesens, hauptsächlich des Jahres 1910.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

2. Amtliche und private Schriften und Abhandlungen über Gesundheitsverhältnisse, Krankheitsstatistik und Krankenpflege, Heilverfahren, Rettungswesen.

Ordnung der Titel innerhalb der Gruppen: Allgemeines. — Deutsches Reich und Bundesstaaten. — Deutsche Städte (alphabetisch). — Österreich. — Schweiz. — Andere Länder.

Jahresbericht, 25., über die Fortschritte u. Leistungen auf dem Gebiete der Hygiene. Jg. 1907. (XI u. 705 S.) Braunschweig 10.

Lindheim, A. v. Saluti senectutis. Die Bedeutung der menschl. Lebensdauer im modernen Staate. Eine sozial-statist. Untersuchung. 2. Aufl. (XII. 501 S.) Wien 10.

Myrdacz, Ergebnisse der internationalen Militär-Sanitätsstatistik. Militärarzt 10, 20—23.

Roth, W. Jahresbericht über die Leistungen u. Fortschritte auf dem Gebiete des Militär-Sanitätswesens. 35. Jg. f. 1909. (XIV, 130 S.) Berlin 10.

v. Schjerning, Otto, Sanitätsstatistische Betrachtungen über Volk u. Heer. Berlin 10, Hirschwald. (116 S.)

Erholungsurlaub für [deutsche] städtische Arbeiter. Mitt. D. Städtetages 9/10, 5.

Podestà, Entwicklung u. Gestaltung der gesundheitlichen Verhältnisse bei den Besatzungstruppen des Kiautschou-Gebietes. D. Militärärztl. Ztschr. 10, 14. (III. 19.) Schwiening u. Nicolai, Über die Körperbeschaffenheit der zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigten Wehrpflichtigen Deutschlands. (192 S. u. 7 Karten). Berlin.

Statistik des Sanitätswesens in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern f. d. J. 1905. (II, XXXI, 253 S.) Österreichische Statistik. Wien, C. Gerolds Sohn. Kr. 10 oder *M* 8.50.

Bericht über das Sanitätswesen des Kantons Appenzell pro 1908/09. Herisau 10. (30 S.)

Gesundheitswesen in Zürich 1909. Geschäftsbericht des Stadtrates . . d. Stadt Zürich f. 1909, Zürich 10, S. 116 ff.

Nabholz, A., Die Ergebnisse der ärztlichen Rekrutenuntersuchungen im Kanton Glarus seit 1884. Ztschr. Schweiz. Stat. 10. I. S. 40—53.

Flensburg, C., Zur Sanitätsstatistik der Garnison in Stockholm 1878—1902. (161 S.) Stockholm, Norstad & Söhne.

Kreuz, das Deutsche Rote. Entstehung, Entwicklung u. Leistungen der Vereinsorganisation seit Abschluß der Genfer Konvention i. J. 1864. Herausgeber: Kimmle. 3 Bde. (X, 1088, 724, 653 S.) Berlin 10.

Frauenverein, bayrischer, vom Roten Kreuz. Protokoll der Jahres-Delegiertenversammlung v. 19. u. 20. April 1909 u. Jahresbericht f. 1908. (315 S.) München.

Bericht über die Tätigkeit des preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz und seine Provinzialvereine, sowie ergänzende Mitteilungen über die Wirksamkeit des Zentralkomitees, v. 1. Juni 1907 bis 31. März 1909. Berlin.



Nachweisung der Veränderungen vom 1. IV. 1907 bis 1. IV. 1909, als Ergänzung zum Handbuch der Krankenanstalten in Preußen. Medizinalstat. Nchr. f. 09. Berlin 10, S. 24—35.
Benzler, 2. Jahresbericht des Verbandes der Krieger-Sanitätskolonnen, Samaritervereine usw. der Provinz Hannover. Hannover 10.
Kreuz, das Rote, in Württemberg (95 S.) Berlin 10.
Erkrankungen an Infektionskrankheiten in Nürnberg, im Großh. Baden, in Hamburg, Elsaß-Lothringen usw. im Jahre 1908. Veröff. K. G. A. 10, Nr 17.
Erkrankungen, gemeldet aus den Krankenhäusern einzelner Großstädte. Wöchentlich in d. Veröff. K. G. A.

Jahresbericht der Leipziger Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter für 1909. Leipzig 10. [Ähnliche Jahresberichte veröffentlichen die gleichnamigen Vereine in Köln, Posen u. Remscheid.]
(III.51.) Most, Otto, 19 [deutsche] städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik. (Mitt. zur Statistik der Stadt Düsseldorf Nr. 5.) Düsseldorf 10, Statist. Amt der Stadt. (24 u. 18 S.) — (Derselbe Gegenstand) Ztschr f. Soz. Med 10, 2 u. 3, S. 213 bis 236 u. 334—58.
Statistisches über die Erkrankungen der Lehrer und Lehrerinnen [in 10 deutschen Großstädten]. (Stat. Beil. z. Päd. Ztg. 10, 12).
Erkrankungen an epidemischen Krankheiten in Berlin 1908 (Tabellen d. Bevölkerungsvorgänge Berlins 1908, Berlin, Städtisches Statist. Amt 1910, S. 95—104.)
Krankenfürsorge, Heilstätten- u. Heilverfahren-Statistik der Landesversicherungsanstalt Berlin 1908. Verw.-Ber., Berlin 09, S, 59 ff.
Scheibe, O., Charité-Statistik [Großes Kgl. Krankenhaus zu Berlin] 1907/1908. Charité-Annalen 09, 1—81.
Krankenpflege in der Stadt Elberfeld 1909, Jahrb. d. Stadt Elberfeld, VII. Jahrg 1909, S 162—67.
Seck, Statistische Bemerkungen u. Veränderungen in ärztlich-hygienischer Beziehung innerhalb d. Strafanstalt Ensisheim 1899—1909. Straßb. Med. Ztg. 10, 3., S. 79—86.
Jahrbuch d. hamburgischen Staatskrankenanstalten. XIV. Bd. Jg 1909. (IX 142 u. 366 S.) Hamburg 10.
Jahresbericht des Krankenhauskollegiums in Hamburg f. 1909. Hamburg 10. (21 S.)
Neumann, R. O., Bericht üb. d. Ergebnisse d. Untersuchungsamtes f. ansteckende Krankheiten in Heidelberg 1908. Hyg Rdsch 09, 7, S. 377—81.
Rosenberg, E, Krankenstatistik der Stadt Kiel f. 1908 u. 1909. Mitt. Stat. Amt. Nr. 15. (13 S.)
Jahresbericht, 18., des Kinderkrankenhauses zu Leipzig 1909. Leipzig 10.
Krankheits- u. Sterblichkeitsverh. in der Leipziger Ortskrankenkasse. R. Arb. Bl. 10, S. 138 u. 935. (11 S.)
Kosten der Krankenhäuser in München 1891—1908. Münchner Jahresübersichten f. 1908, II., München 09, S. 115—116.
Gesamtbestand der Kranken und Aufnahmen in 70 Krankenanstalten der Schweiz. Allwöchentlich in „Sanitarisch-demogr. Wochenbull. d. Schweiz", Bern 10.
Monatstabelle der ansteckenden Krankheiten (in der Schweiz). Monatlich in dem „San.-demogr. Wochenbull. d. Schweiz", Bern 10.
Statistik d. Krankenanstalten der Schweiz auf 31. Dezember 1909. Ztsch. f. Schw. Stat. 10. I. S. 293.
Wochenübersicht der ansteckenden Krankheiten in der Schweiz. In jeder Nummer des „San.-demogr. Wochenbull. d. Schweiz", Bern 10.
Wohnungsverhältnisse, sanitärische, der Kranken, welche im Jahre 1909 an tuberkulösen Krankheiten (in der Schweiz) gestorben sind. „San.-demogr. Wochenbull d. Schweiz", Bern 10. S. 297 ff.
Wohnungsverhältnisse bei den Todesfällen infolge von infektiösen u. tuberkulösen Krankheiten in der Schweiz. In jeder Nummer des „San.-demogr. Wochenbull. d Schweiz", Bern 10.

Bericht, XV., des Schweizerischen Zentralvereins vom Roten Kreuz f. 1909 (171 S.) Bern 10.
Zusammenstellung der im Jahre 1909 angezeigten Fälle von ansteckenden Krankheiten (in der Schweiz). „San.-demogr. Wochenbull. d. Schweiz", Bern 10, S. 38 u. 39.

Engelmann, Die Heilanstalten des D. Reiches nach den Erhebungen d Jahre 1902, 1903 u. 1904. Med.-Stat. Mitt., Bd. XIII. S. 1 ff.
Götz, Georg, Die Heilverfahrens-Leistungen der deutschen Versicherungsanstalten. Ztschr. Bayr. St. Landesamt 09, 3/4, S. 375—84.
Heilerfolge in der Heilbehandlung der Invalidenversicherung und ihre Dauer. R. Arb. Bl. 09, 10 u. 11.
Heilverfahren; Statistik über das — des Allg. Knappschaftskassenvereins. Verw.-Ber. II. 10, S. 387—404.
Jahresbericht, 30., des Vereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten. Berlin 10.
Rahts, Die Heilanstalten des D. Reiches nach den Erhebungen d. Jahre 1905—1907. Med.-Stat. Mitt. K. G. A. XIV. Bd. S. 74 ff. Berlin 10.
(I 248) Statistik der Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten 1904—1908. [Amtl. Nachr. des Reichsversicherungsamtes 1909, 2 Beih.] Berlin 09. (197 S.) — Desgl. 1905—1909. [Desgl. 1910, 2 Beih.] Berlin 10. (201 S.)
Heilanstalten; Die in den — behandelten Krankheiten 1902—1908. Mitt. d. H. Anhaltischen Stat. Bur. 09. Nr. 48, S. 43—52.
Kranken- u. Heilverfahren-Statistik der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. 19. Geschäftsbericht f. 1908. Dessau 09, Anlagen XVIII—XX.
Morbidität, Die, in den Heilanstalten [des Königr. Bayern] im Jahre 1908. Ztschr. B. St. L. A. 09, 3/4, S. 583—600.
Heilanstalten, Die, Hessens im J. 1908. Mitt. Hess. Zentralst. f. Landesst. 10. 3, S. 40—49.
Heilanstalten, Die, im preußischen Staate 1907. Medizinalstat. Nchr. f 09, Berlin 10, S. 36—91, 101—224. — Desgl. für 1908. Ebd. f. 10, I. Berlin 10, S 22—68.
Jahresbericht 1909 über die Heilstätten u. Invalidenheime d. Pensionskasse f. d. Arbeiter d. Preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Berlin 10.
Heilanstalts-Statistik für d. Herz. S.-Meiningen 1908. Statist. d H. S.-M., Bd. XI, 7, S. 199—207. — Desgl. f. 1909. Ebd., Bd. XI, 11, S. 331—339.
Dietrich, Die [deutschen städtischen] Heilanstalten i. J. 1907. St. J. d. St., XVII Jg., Breslau 10, S. 266 bis 311.
Heilbehandlung der Versicherten und Fürsorge für Invalide bei der Landes-Vers.-Anst. der Hansestädte 1908. Lübeck 09. (75 S. u. Tafeln.)
Zwanzig Jahre Kranken- und Invalidenfürsorge der Landes-Vers.-Anst. der Hansestädte. Lübeck 11 (209 S.).
Köhler, Fr., Jahresbericht, 8., d. Heilstätte Holsterhausen b. Werda-Ruhr f. 1909. [Mit Erfolgsstatistik.] Essen 10. (39 S.)
Knappschafts-Heilstätte Sülzhayn d. Nordd. Knappschafts-Pensionskasse 1898—1908. Halle a. S. 09.

Meyer, George, Bericht über den 1. internationalen Kongreß für das Rettungswesen zu Frankfurt a. M., 10.—14. Juni 1908. Herausgegeben von der Kongreßleitung. Bd. I u II. Berlin 09.
Bericht, VII., des deutschen Samariter-Bundes für die Zeit von 1905—1909. Leipzig 10. (146 S.)
—, VIII., des Landes-Samariter-Verbandes f. Königr. Sachsen 1906—1908. Leipzig 10. (150 S.)
Übersichten, tabellarische, über die Tätigkeit der Münchner Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft 1908 (Jahresbericht, München 09, S. 15—28.)
Jahresbericht, 22., des Schweizerischen Samariterbundes f. 1909. (127 S.) Zürich 10.

Fragekasten.

Breslau. — Jährliche Nachweise über den deutschen Holzeinschlag finden sich in den „Mitteilungen des Deutschen Forstvereins", allerdings nur auf Grund unvollständiger Nachrichten; sie bezogen sich, wie aus dem D. Stat. Z. 1910 Nr. 8 Sp. 247 ersichtlich, für 1908 nur auf 54,5 Prozent der Waldfläche. Die letzte umfassende Statistik, nach dem Stande von 1900, aber ohne Unterscheidung der Holzarten, siehe Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1903/II. Eine Wiederholung der damaligen Erhebung über die angepflanzten Flächen ist vielleicht im Jahre 1913 zu erwarten; doch steht die Beschlußfassung noch aus. Siehe auch den in dieser Nummer enthaltenen Aufsatz von Prof. Dr. Mammen.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 6 3. Jahrgang 15. August 1911

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die Statistik auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911.

3. Die Arten und Gegenstände der Darstellung in der Gruppe „Statistik".

Von **Eugen Würzburger.**

Die Statistik kann in Ausstellungen kaum anders in die Erscheinung treten, als mittels der Darstellung von Zahlen durch Raumverhältnisse. So besteht auch die in der Internationalen Hygiene-Ausstellung allenthalben zu findende Statistik fast ausschließlich in graphischen, in wenigen Fällen in plastischen Darstellungen.

Der überwiegenden Mehrzahl nach sind die graphisch-statistischen Tafeln nur dazu bestimmt, Zahlenverhältnisse, die dem einigermaßen Geübten oder selbst dem Ungeübten auch im zahlenmäßigen Ausdruck verständlich sind, falls er sich nur eine geringe Mühe gibt, so darzustellen, daß auch diese Mühe erspart bleibt. Die Verwendung von solchen, lediglich popularisierenden Darstellungen muß als gerechtfertigt und nützlich erachtet werden im Hinblick auf die verbreitete und nicht zu unterschätzende Abneigung gegen das aufmerksame Lesen von größeren Zahlen oder gar von Zahlenreihen, und zugleich auf den Reiz, den ein wenn auch technisch und künstlerisch nur mäßigen Ansprüchen genügendes Bild ausübt. Es kommt dabei meist darauf an, unter verschiedenen Zahlen eine oder einige recht augenfällig als besonders groß erscheinen zu lassen, was bekanntlich — sogar fabrikmäßig — in der Weise zu geschehen pflegt, daß nicht Linien, Streifen oder ähnliche abstrakte Maße gezeichnet, sondern die Gegenstände selbst, um deren zahlenmäßige Verhältnisse es sich handelt, in entsprechenden Größenverhältnissen abgebildet werden. Zweifellos erfüllen solche augenfällige Mittel in der Regel ihren Zweck, dem Beschauer bestimmte einfache statistische Tatsachen gut einzuprägen. Auch in der Hygiene-Ausstellung finden sich derartige Versinnbildlichungen in größerer Zahl, so z. B. das Gleichbleiben der ländlichen und das Anwachsen der städtischen Bevölkerung, ausgedrückt durch die Figuren von zwei Landleuten und zwei städtisch gekleideten Männern, oder das Steigen der Zuckererzeugung, dargestellt durch Zuckerhüte, sowie vieles ähnliche. Die Darstellungen dieser Art lassen allerdings häufig — so auch in den angeführten Fällen, — im Zweifel, ob die Körperhöhe oder die Fläche des Bildes, oder das ganze Körpervolumen dem zugrunde liegenden Zahlenverhältnis entspricht; tatsächlich bietet die Internationale Hygiene-Ausstellung Beispiele für jede dieser drei Arten von Verwendung eines Bildes.

An Einfachheit der Konzeption wie der Ansprüche an das Verständnis der Beschauer stehen den bildlichen Darstellungen nahe jene Zeichnungen von Linien oder Bändern, die eindimensional durch ihre Länge, ferner die Rechtecke, Quadrate, Kreisscheiben oder sonstigen Figuren (wie z. B. die durch ihre Größe die Leistungen der einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung im Deutschen Reiche darstellenden, an den Ästen eines Baumes hängenden Schilder), die durch ihren Flächeninhalt irgendwelche Zahlenverhältnisse verdeutlichen sollen; auf solche ist kürzlich der Ausdruck „Faulenzerdiagramme" [1]) angewandt worden, wobei es allerdings zweifelhaft bleibt, ob dadurch der Verfertiger oder der Benützer gekennzeichnet werden soll.

Demgegenüber stehen jene Darstellungen, die das Verständnis von Zahlenreihen, die wegen ihrer Schwankungen und ihres großen Umfanges selbst von den Geübtesten nicht in ihren gegenseitigen Verhältnissen schnell und klar überblickt werden können, überhaupt erst ermöglichen und daher oft völliges Neuland erschließen. Für die Aus-

1) S. Schott in der Festschrift für v. Mayr „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand" (München 1910).

stellung in der Gruppe „Statistik" kamen im allgemeinen nur Darstellungen der letztgenannten Art in Betracht, und zwar wurden im ganzen 210 aufgenommen, von denen 80 vom Statistischen Bureau der Ausstellung selbst, ebensoviele von Statistischen Ämtern im Deutschen Reich, 50 von solchen oder von Medizinalbehörden im Ausland gefertigt sind.

Wie bereits im Leitartikel von Nr. 4 des D. St. Z. erwähnt, umfaßt die Halle 7, welche die Gruppe „Statistik" enthält, — sie ist in den westlichen Lichthof des älteren, ständigen Ausstellungspalastes eingebaut und hat je 17 m Breite und Länge —, nur solche Gegenstände, die auch ihrem Sachbetreff nach nicht in eine der übrigen Gruppen der Ausstellung gehören. Dies gilt insbesondere von allem, was die Bevölkerung und ihre natürlichen Veränderungen im allgemeinen betrifft, während die auf einzelne Krankheiten bezüglichen Darstellungen den für diese bestimmten anderen Gruppen zuzuweisen waren. Wenn immerhin einige Tafeln, die die Verbreitung von Tuberkulose, Cholera und Pocken betreffen, aufgenommen wurden, so geschah dies, weil diese gefährlichsten Würgengel der Menschheit zuzeiten für die ganze Entwicklung der Bevölkerung im negativen Sinne bedeutsam geworden sind, weshalb ihre Erwähnung unter den die Bewegung der Bevölkerung überhaupt darstellenden Momenten nicht unterbleiben durfte. Durch eine größere Zahl von Darstellungen sind veranschaulicht die Veränderungen, die die Einwohnerzahlen der Länder und Städte im Laufe der Zeiten erfahren haben, die wechselnde Häufigkeit der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle sowie ihre möglicherweise mit hygienischen Ursachen zusammenhängenden Unterschiede bei den nach Alter, Geschlecht usw. differenzierten Bevölkerungsklassen, die Verteilung der Sterbefälle auf die Todesursachen, die Frage der menschlichen Lebensdauer und ihrer Veränderungen; einzelne Tafeln beleuchten das Vorkommen verschiedener Krankheiten (also nicht bloß als Todesursachen), andere die Beziehungen der Bevölkerungsbewegung zu wirtschaftlichen und sozialen Momenten, wie den Berufs-, Einkommens-, Wohnungs- und Bildungsverhältnissen. Dazu kommen einige Darstellungen der Ausgaben für die öffentliche Gesundheitspflege und für die ihr mehr oder weniger unmittelbar dienenden Einrichtungen.

Die auf diese Erscheinungen bezüglichen statistischen Ergebnisse wurden nun dargestellt teils

a) nach den zeitlichen Veränderungen, die sie innerhalb eines örtlich bestimmten Gebietes (Staat, Stadt) erfahren haben, teils

b) unter Vergleichung der gleichzeitigen Vorgänge oder Zustände in verschiedenen Gebieten, endlich

c) indem Zahlenergebnisse, die sich auf die gleiche Zeit und den gleichen Ort beziehen, nach bestimmten Merkmalen oder Eigenschaften der in Frage stehenden Vorgänge und Zustände differenziert sind.

Zu *a*) gehört z. B. die Tafel, die die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle, sowie den Geburtenüberschuß im Königreich Preußen für jedes der Jahre 1816 bis 1909 zeigt, zu *b*) die Darstellung der Wohndichtigkeit in verschiedenen sächsischen Städten nach Maßgabe der auf 1 heizbares Zimmer nach der Zählung von 1905 treffenden Bewohner, zu *c*) gehören die pyramidenförmigen Ausschnitte, welche die Zusammensetzung der Bevölkerung je eines Staates nach Geschlecht und Alter auf Grund der letzten Volkszählung vor Augen führen.

Vielfach wird aber auf der nämlichen Tafel von zweien dieser Gesichtspunkte zugleich ausgegangen. Unter *a*) und *b*) fällt z. B. die vergleichende Darstellung der von der Cholera von 1831 bis 1910 in den einzelnen davon betroffenen Staaten im Verhältnis zur Bevölkerung geforderten Opfer; unter *a*) und *c*) die Unterscheidung der Aufwendungen, die im Königreich Sachsen für die Krankenversicherung in den einzelnen Jahren von 1885 bis 1909 gemacht worden sind, nach den Ausgabezwecken; unter *b*) und *c*) die Darstellung der Lebensbedrohung durch Tod in den verschiedenen Altersstufen, die die einzelnen deutschen Bundesstaaten vergleicht und sich auf die Sterbetafel des Jahrzehnts 1891—1900 stützt. Eine Verbindung aller drei Momente zu einem Bild kommt in Halle 7 nicht vor und ist auch kaum ausführbar, wenn die Übersichtlichkeit nicht allzusehr erschwert werden soll. Wo eine Vergleichung örtlicher sowie zeitlicher Entwicklung zugleich unter Berücksichtigung der Veränderungen in den sachlichen Unterscheidungsmerkmalen einer Erscheinung wünschenswert schien, ist sie in der Weise erstrebt worden, daß zunächst nur 2 der genannten Momente in einem Diagramm dargestellt wurden, z. B. die Lebenserwartung für die verschiedenen Altersstufen, wie sie sich im Laufe einer Reihe von Jahren in einem Lande erhöht hat (*a* und *c*); die gleiche Darstellung wird dann im nämlichen Maßstab für ein zweites, drittes usw. Land (*b*) auf dem nämlichen Blatte unmittelbar daneben gestellt, so daß das Auge die Unterschiede und Ähnlichkeiten sofort erfassen kann. Ebenso ist für die großen länder- und städtevergleichenden Tafeln des Statistischen Bureaus der Ausstellung, die einen großen Teil der Halle 7 füllen und die alljährliche Zahl der Geburten und Eheschließungen, der Sterbefälle überhaupt, derjenigen von Säuglingen oder der Sterbefälle an bestimmten Todesursachen von dem Beginn einer vergleichbare Zahlen ergebenden Statistik bis zur Jetztzeit zeigen, statt der Einträge der Kurven der einzelnen Länder oder Städte in das nämliche Koordinatensystem der Weg der Nebeneinanderstellung von kleineren Einzeldiagrammen gewählt worden, obgleich es sich hier stets nur um Darstellung des gleichzeitigen Verlaufs einer einzigen, nicht weiter differenzierten Erscheinung in verschiedenen Gebieten, also um *a*) und *b*), handelt. Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß diese leicht zu überblickenden Darstellungen sich sehr zu ihrem Vorteil von jenen unterscheiden, in denen eine große Anzahl von Kurven wirr durcheinanderläuft.

Im allgemeinen kann man bezüglich der Ausführung der graphischen Darstellungen in der Gruppe „Statistik" drei Grundformen unterscheiden, nämlich Linien- und Streifendiagramme, Darstellung durch Flächen und Eintragungen in geographische Karten.

Die erstgenannten sind bei weitem vorherrschend; sie erscheinen teils als Kurven, teils als frei nebeneinanderliegende oder stehende Streifen (Säulen). So verschieden der Eindruck ist, den beide Formen auf das Auge machen, so beruhen sie doch auf dem nämlichen Grundsatz der Darstellung von Zahlengrößen durch die Unterschiede der Entfernung einzelner Punkte von der gleichen Grund- oder Seitenlinie; nur weist die unmittelbare Verbindung der aufeinanderfolgenden Punkte durch Linien, wodurch eben die Kurven entstehen, auf eine Aufeinanderfolge der durch die einzelnen Punkte bezeichneten Tatsachen und zugleich darauf hin, daß die — in der Regel gleichen — Abstände bedeutsam sind. Daher eignen sich die Kurven besonders zur Darstellung des zeitlichen Verlaufs von Erscheinungen und sie sind auch in Halle 7 für diesen Zweck wo irgend tunlich angewendet worden. Die gleichen Abstände der Ordinaten bezeichnen augenfällig Jahre oder Monate oder auch — bei Darstellungen der Sterblichkeit in verschiedenen Lebensaltern — gleichmäßig (etwa in 5jährigen Gruppen) abgegrenzte Altersklassen, während die Tatsache des zeitlichen Aufeinanderfolgens bei Kurven ebenfalls ohne weiteres klar ist.

Die Vergleichbarkeit verschiedener Kurvendiagramme wird bekanntlich leicht dadurch beeinträchtigt, daß die Bearbeiter das Verhältnis, in welchem die Einteilung der Ordinate zu der der Abszisse steht, beliebig ansetzen können; eine innere Beziehung zwischen beiden Maßstäben besteht ja nicht. Dem ist in der Gruppe „Statistik" durch die einheitliche Darstellung insbesondere der zeitlichen Bewegung der demographischen Erscheinungen durch das eigene Statistische Bureau der Ausstellung nach Tunlichkeit vorgebeugt worden, indem unnötiger Wechsel der Maßstäbe möglichst vermieden wurde. Ebenso ist, nebenbei bemerkt, für die Verwendung gleicher Farben für gleichbedeutende Dinge Sorge getragen worden.

In den vielbenutzten Streifendiagrammen tritt der durch die Höhe der länglich rechteckigen Streifen dargestellte Unterschied zwischen den einzelnen Zahlengrößen an sich mehr hervor als bei den Kurven, wo die einzelnen Größen nur durch Punkte bestimmt sind. Der Mangel einer Linienverbindung der die Zahlengrößen bezeichnenden Obergrenzen der Streifen macht diese Darstellungsweise zu Vergleichen von Größen, die mehr selbständig nebeneinanderstehen, geeignet, also insbesondere zu solchen der oben unter *b* und *c* verstandenen Art; für die örtlichen Vergleiche gilt dies natürlich nur, sofern nicht die geographische Lage mit zum Ausdruck gebracht werden soll und die Eintragung in eine Karte angezeigt erscheinen läßt.

Auch zu Flächendarstellungen fanden Säulen vielfach Verwendung. In anschaulicher und zugleich einfacher Weise geschah dies z. B. in einer Tafel, die die Unterschiede in der Gefährdung der verschiedenen Altersklassen (gesondert für die beiden Geschlechter) durch die numerisch wichtigsten Todesursachen an der Hand der auf je 1000 Lebende des betreffenden Alters und Geschlechts berechneten Sterblichkeit im Königreich Sachsen aus den Jahren 1903 bis 1907 zeigt. Das Ziffernverhältnis zwischen den einzelnen Todesursachen ist für je eine Alters- und Geschlechtsgruppe durch die Höhe der Säulen dargestellt, deren Breite aber bei denjenigen im Säuglings- oder im Greisenalter besonders häufigen Todesarten, die in eindimensionalem Ausdruck eine übermäßige Höhe der ganzen Tafel erfordert hätten, verdoppelt ist. Ein Seitenstück zu dieser Tafel bietet übrigens eine Darstellung des gleichen Zahlenmaterials in Kurven, die die Häufigkeit je einer oder einiger einem bestimmten Alter eigenen Todesursachen in getrennten Koordinatensystemen zeigen.

Eine ähnliche Aufgabe wie die, welcher die eben erwähnten, vom Statistischen Bureau der Ausstellung gefertigten Tafeln dienen, hat das Kaiserliche Gesundheitsamt in plastischer Form zu lösen gesucht. Acht Zylinder gleicher Höhe und gleichen Durchmessers, von denen jeder für die Sterblichkeit eines bestimmten Alters und Geschlechts im Deutschen Reich in den Jahren 1905 bis 1908 gilt, sind in verschiedenfarbig kolorierte Abschnitte geteilt, deren Höhe der Häufigkeit je einer Todesursache oder Todesursachengruppe entspricht. Von einer Berechnung auf die Zahl der Lebenden jeder Klasse ist hier abgesehen und die Gesamtzahl der Sterbefälle einer Klasse stets gleich 100 gesetzt, so daß ein Vergleich mit dem Bilde, das jene sächsische Tafel zeigt, nicht wohl möglich ist. Auch dieser Fall weist, wie vieles andere, auf die Notwendigkeit einheitlichen Zusammenwirkens bei statistischen Ausstellungen hin, auf welches ja im übrigen durch das Statistische Bureau der Hygiene-Ausstellung bereits hingearbeitet worden ist, soweit dies bei dem Mangel an Präzedenzfällen möglich war. Jedenfalls öffnet sich hier der gemeinschaftlichen Betätigung der Statistiker, vielleicht auch der neugegründeten Deutschen Statistischen Gesellschaft[1]) ein weites Feld.

Als eine feindurchdachte und doch zugleich auch dem Laien unschwer verständliche Verbindung von Flächen- und Kurvendarstellung erscheint die vom Statistischen Amt der Stadt Magdeburg — meines Wissens nach Böckhs Berliner Muster — gezeichnete Sterbetafel, die das Absterben von 1000 Geborenen nach Alter und Todesursachen in der Weise zur Anschauung bringt, daß die Wirksamkeit der letzteren nicht in, sondern bis zu den einzelnen Altersstufen ersichtlich wird. Eine absteigende Kurve grenzt für jedes Alter die Überlebenden von den bis zu dem betreffenden Alter Gestorbenen ab. Die Zahlen der Gestorbenen (oberer Teil) sind entsprechend den einzelnen Todesursachen weiter untergeteilt, und die einzelnen Teilpunkte durch neue Kurven, welche den zu jeder Todesursache gehörigen farbigen Streifen abgrenzen, verbunden. An der rechten Randlinie der Tafel entsteht so die korrekte Verteilung der Gestorbenen auf die einzelnen Todesursachen, während die untere (weiße) Fläche zugleich die erlebte Zeit, die obere (farbige) die nicht mehr erlebte Zeit, mithin die Verkürzung des Lebens durch die verschiedenen Todesursachen darstellt.

Die plastische Darstellungsweise ist, außer in dem erwähnten Falle, nur noch durch einen

1) Siehe D. St. Z. 1911 Spalte 155.

älteren, von der italienischen Generaldirektion der Statistik gefertigten, die Bevölkerung Schwedens nach Altersklassen dreidimensional vor Augen führenden Gipsblock vertreten, in dem die in der Zeit von 1750 bis 1875 vorgenommenen 26 Volkszählungen je einen 1 cm breiten Blockabschnitt bilden, dessen von hinten nach vorn abfallende Höhe der Vertretung der einzelnen fünfjährigen Altersgruppen innerhalb der Bevölkerung entspricht. Da jede Gruppe bei der folgenden Volkszählung in der nächstälteren wieder auftritt, so ergibt sich zugleich die allmähliche Abnahme und das schließliche Aussterben der einzelnen Gruppen.[1])

Von den kartographischen Darstellungsarten fand am meisten Verwendung die der Überdeckung der einzelnen Landesbezirke durch verschiedene, bestimmten Zahlenverhältnissen entsprechende Farbennuancen oder Farben. Die vom hell zum dunkel fortschreitende Abstufung einer Farbe gibt jedenfalls leichter das gewünschte Bild, da sie bei richtiger (d. h. in gleichen Graden abgestufter) Anwendung das Lesen einer Erklärung ganz entbehrlich macht. Im allgemeinen gilt aber gegenüber der Darstellung von demographischen Erscheinungen nach staatlichen Verwaltungsgrenzen das gleiche Bedenken, welches bezüglich der Bevölkerungsdichtigkeit zu dem Streben nach der Gewinnung anderer, in der Sache selbst liegender Abgrenzungen geführt und eine ansehnliche, meist von geographischer Seite herrührende Literatur hervorgerufen hat. Denn wenn z. B. ein bestimmter Ort eine hohe Sterblichkeit an Tuberkulose aufweist, so ruft die kartographische Darstellung, in der der ganze Bezirk, zu dem der Ort gehört, Anteil an der erhöhten Sterblichkeit zu haben scheint, den Eindruck hervor, als ob die Grenzlinie des Bezirks mit einem Unterschied in der Tuberkulosesterblichkeit gegenüber Nachbargebieten zusammenfalle, während in Wirklichkeit die Abgrenzung des Tuberkulosegebiets eine ganz andere ist.

Dieser Fehler wird vermieden oder doch auf das geringste Maß beschränkt bei der Darstellung nach Gemeinden, wie sie das Großherz. Badische Statistische Landesamt für die Tuberkulosesterblichkeit in Baden, das Statistische Amt der Stadt Amsterdam für die Säuglingssterblichkeit in den Niederlanden gibt.

(Schluß folgt.)

1) Siehe hierzu *Annali di Statistica*, 12. Band. Rom 1880.

Die internationale handelsstatistische Konferenz.

Von Regierungsrat **C. Meisinger**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Berlin.

Die internationale handelsstatistische Konferenz, die vom 19. bis 23. September 1910 in Brüssel tagte, sollte das Mittel finden, das eine Vergleichbarkeit der Handelsstatistiken der verschiedenen Länder ermöglicht. Dieses Heilmittel soll nach dem Plan der Konferenz in der Aufstellung und Annahme eines international gültigen Warenverzeichnisses liegen. Seine nationale Handelsstatistik soll jedes Land auch in Zukunft nach den ihm zweckmäßig erscheinenden Regeln aufstellen. Daneben aber sollen Spezialtabellen veröffentlicht werden, die nach dem reduzierten Schema des internationalen Warenverzeichnisses aufgestellt sind. Die Konferenz war von 27 Ländern durch 38 Delegierte beschickt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die Türkei, Bulgarien und Serbien waren nicht vertreten.

Der Konferenz lag ein Vorschlag Belgiens und ein Gegenvorschlag der Schweiz vor. Beide Vorschläge gründeten sich auf vier große Warengruppen: 1. Lebende Tiere, 2. Getränke und Nahrungsmittel, 3. Rohstoffe und Halbfabrikate, 4. Fabrikate. Diese vier Hauptgruppen zerfielen in dem Vorschlag Belgiens in 203, in dem der Schweiz in 108 Untergruppen.

Die Generaldebatte zeigte bei aller grundsätzlichen Zustimmung alsbald, daß mit dem internationalen Warenverzeichnis nicht alle Schwierigkeiten beseitigt sind. Die Erörterung dieser Schwierigkeiten, die sich bei der Verschiedenartigkeit der Werte, der verschiedenen Feststellung der Gewichte, der Durchfuhr, des Speditionshandels, der Herkunft und Bestimmung, der Auslegung des Begriffs „Halbfabrikate" ergeben, nahm zwei Sitzungstage in Anspruch. Man einigte sich schließlich auf einen Vorschlag des deutschen Delegierten van der Borght, eine neue fünfte Hauptgruppe „Edelmetalle und gemünztes Gold und Silber" zu bilden und auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Untergruppen. Die erörterten Schwierigkeiten, die sich der praktischen Anwendung des Verzeichnisses entgegenstellen, blieben zunächst ungelöst.

Der Wunsch, diese praktische Anwendung durchzusetzen und die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen oder doch auszugleichen, sowie die auffallende Tatsache, daß nur eine kleine Anzahl der Beschlüsse und Wünsche des Internationalen Statistischen Instituts von den Regierungen der verschiedenen Länder verwirklicht worden ist, veranlaßte den Vertreter Norwegens, Kiaer, zugleich im Namen der Vertreter Dänemarks und Deutschlands, zu Beginn der dritten Sitzung die Errichtung eines internationalen handelsstatistischen Bureaus vorzuschlagen. Nach Ansicht der Antragsteller hätte dieses Bureau die von den handelsstatistischen Ämtern der verschiedenen Länder nach dem internationalen Verzeichnis aufgestellten Nachweisungen zu sammeln und in monatlichen Veröffentlichungen herauszugeben. Diese Veröffentlichung, die möglichst alle Länder der Erde umfassen soll, werde ein praktisches Ergebnis zeitigen und sowohl von den Regierungen, wie von der beteiligten Handelswelt mit lebhafter Befriedigung aufgenommen werden. Außer dieser monatlichen Veröffentlichung würde ein Jahresband mit eingehenderen Tabellen in Aussicht zu nehmen sein. Als Sitz des Bureaus wurde Brüssel vorgeschlagen, und die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit wurden der belgischen Regierung anheimgestellt. Der Vertreter Belgiens, der zugleich den Vorsitz führte, stellte in Aussicht, daß seine Regierung gern die Initiative ergreifen werde, um die gewünschte Lösung herbeizuführen.

Schließlich wurde ein Vorschlag formuliert, den die Delegierten nach ihrem freien Ermessen ihren Regierungen unterbreiten sollen. Der Vorschlag empfiehlt die Annahme eines einheitlichen Warenverzeichnisses mit einer beschränkten



Anzahl von Gruppen, aber mit übereinstimmender Bezeichnung. In diesen Rahmen sollen die im Spezialhandel ein- und ausgeführten Waren nach Gewicht und Wert eingegliedert werden. Als Hauptgruppen werden vorgeschlagen: 1. Lebende Tiere, 2. Nahrungsmittel und Getränke, 3. Rohprodukte und Halbfabrikate, 4. Fabrikate, 5. Unverarbeitetes Gold und Silber und Gold- und Silbermünzen. Die verschiedenen Waren sind nach den Beschlüssen der eingesetzten Kommission in 185 Untergruppen auf diese fünf Hauptgruppen verteilt.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Barmens Bevölkerung im XVII. und XVIII. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Volkszählung vom Dezember 1698 nach zeitgenössischen Urkunden dargestellt von Dr. Heinrich Haacke, Direktor des Statistischen Amts der Stadt Barmen Mit einer Skizze, 32 Seiten, Barmen 1911. Preis 1.— ℳ.

Die kleine Schrift bringt das wenige aus dem 17. und 18. Jahrhundert vorhandene Urkundenmaterial, das statistisch brauchbare Angaben über Barmens Bevölkerung enthält, zur Darstellung. Nur zwei Einwohnerlisten sind für die beiden Jahrhunderte bekannt, welche die Gesamtbevölkerung Barmens wiedergeben. Die erste, aus dem Jahre 1698, wurde auf Grund einer vom Kurfürst Johann Wilhelm angeordneten Aufnahme der Bevölkerung und der vorhandenen Fruchtvorräte angefertigt, — leider scheinen die Ergebnisse dieser Erhebung, die für die gesamten Lande vorgeschrieben war, im übrigen verloren gegangen zu sein —, die zweite stammt aus dem Jahre 1747. Die hierbei festgestellten Einwohnerzahlen, die übrigens, wie die Untersuchung nachweist, infolge verschiedener, den damaligen Schreibern untergelaufener Rechen- und Schreibfehler, nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen, sind schon wiederholt veröffentlicht, eine eingehende Darstellung, wie sie der Verfasser an der Hand der von ihm wiederaufgefundenen Urkunden gibt, hat noch nicht stattgefunden. Da die alten Aufzeichnungen nach den damaligen Verwaltungsbezirken Barmens gegliedert sind, geben sie u. a. ein anschauliches Bild von den Besiedelungsverhältnissen, das an Interesse durch den Umstand gewinnt, daß das heutige Stadtgebiet noch genau dasselbe ist wie damals. Eine auf Grund einer alten Karte und anderer einschlägiger Angaben entworfene Skizze veranschaulicht die im 17. Jahrhundert getroffene erste Einteilung Barmens in Verwaltungsbezirke („Rotten") und vergegenwärtigt deren Lage und Größe. *H. Haacke.*

III. Bewegung der Bevölkerung.

Die Belastung der Sterbeziffer Halles durch die Ortsfremden. Beilage zu den Statistischen Jahresübersichten für Halle a. S. 1910.

Die Sterbeziffer einer Stadt wird durch die vielen Ortsfremden, die in den städtischen Krankenanstalten Heilung suchen und dort ihren Leiden erliegen, stark belastet. So waren von 100 Gestorbenen ortsfremd im Jahre 1909 in Elberfeld 5,1, in Düsseldorf 5,5, in Magdeburg 6,1, in Aachen 6,7; im Jahre 1908 in Kassel 9,0, in Breslau 9,5 Personen. Besonders hoch ist der Prozentsatz jedoch in Halle a. S. Waren im Jahre 1901 schon von 100 Gestorbenen 14,4 ortsfremd, so stieg die Zahl in den folgenden Jahren mit großer Stetigkeit bis auf 19,7 im Jahre 1910. Die Haupttodesursachen waren bei den Ortsfremden besonders schwere akute Erkrankungen (Kindbettfieber, Blinddarmentzündung, Folgen von Verunglückungen) sowie schleichende Krankheiten (Krebs, Tuberkulose und Nervenkrankheiten), die die Aufnahme in Krankenanstalten erfordern. *J. Galle.*

Die Geburten in der Schweiz. Nach: Ehe, Geburt und Tod in der schweizerischen Bevölkerung 1891—1900. II. Teil (die Geburten). Schweiz. Statistik. 170. Lieferung. Bern 1910. 5 Fr.

Die neuzeitige Entwicklung der natürlichen Bevölkerungszunahme der Kulturstaaten ist gekennzeichnet durch die sehr große Abnahme der Sterblichkeit sowie durch eine von Jahr zu Jahr beobachtete Verminderung der Geburtenmasse. Letztere Erscheinung fängt an, auch bei uns in Deutschland die Gemüter zu erregen, seitdem vornehmlich unsere Großstädte gerade im letzten Jahrzehnt hier in französische Bahnen gekommen sind. Zu diesem interessant-ernsten Kapitel der Bevölkerungsstatistik liefert die vorliegende Veröffentlichung einen wertvollen Beitrag. Das Thema ist gut, sachlich wie räumlich gegliedert, behandelt. Dabei ist auch die Vergangenheit in den Kreis der Bearbeitung einbezogen, indem die zeitlich jüngsten Reihen denen vergangener Jahre gegenübergestellt sind. Namentlich auf die auf der Methode des Vergleichens beruhende lehrhafte Detailgeographie, deren Zahlen eine sehr beredte Sprache sprechen, ist hinzuweisen. Im Zusammenhang damit auch auf die durch diese Betrachtungsweise bedingten statistischen Karten, auf denen in übersichtlicher Weise die Lagerung der sozialen Erscheinungen in „statistischen Provinzen" zum Ausdruck kommt. Die Technik aller neun beigegebenen Karten ist der Forderung gleichmäßiger Gruppenabstufung gerecht geworden, was leider nicht immer (vgl. z. B. die Graphika im 2. Heft d. Medizinalstat. Mittlg. d. K. Gesundheitsamts, Jahrgang 1911 über die geographische Verteilung des Heilpersonals), sehr zum Nachteil der Graphika, beobachtet wird. Die Farbengebung ist zwar jedesmal nur auf Nuancierung des gleichen Grundtones aufgebaut, ruft aber keine Verwirrung hervor, da die Schraffur zweckmäßige Verwendung fand. Es wäre noch zu bemerken, daß neben der Nuancierung auch noch die für die kleinen Bezirke zutreffenden konkreten Relativzahlen beigefügt sind; das erhöht den Wert der Karten wesentlich.

Die Geburten haben auch in der Schweiz wie anderswo mit der Zunahme der Ehen (dies veranschaulicht sehr deutlich das beigefügte Diagramm), wie auch mit jener der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten. Die eheliche Fruchtbarkeit hat

sich verringert und zwar um so mehr, je gewerblicher die Bevölkerung einer Gegend ist. Dabei weisen die katholischen Bezirke wieder eine relativ größere Fruchtbarkeit auf. Die meisten Geburten verzeichnen noch die deutschen Gegenden, es folgen dann der Reihe nach die französischen, italienischen und romanischen Bezirke. Die durchschnittliche Kinderzahl ist zurückgegangen, in gewerblichen Familien mehr wie in landwirtschaftlich tätigen. Die unehelichen Geburten als Bevölkerungsstatistik mit sekundär-moralstatistischem Einschlag erfuhren eine relative Abnahme. Auf den gewerblichen Teil der Bevölkerung kommen hier die meisten unehelichen Geburten. Kombiniert man diese mit der Religion, so erscheinen die protestantischen Gegenden zuerst. Dem Volksstamm nach folgen hier der Reihe nach: französische, deutsche, italienische, romanische Bevölkerung. Von Interesse ist die auf Seite 34 gegebene Auslassung über die Unehelichkeitsquote, ein Beispiel einer trügerischen Prozentberechnung. Eine steigende Unehelichkeitsquote lasse nicht ohne weiteres einen Schluß zu auf den sittlichen Zustand des Volkes. Könne doch bei einer Abnahme der Geburten überhaupt die gegen früher gleichgroße absolute Zahl unehelich Geborener aus einer Zunahme der unverheiratet gebärfähigen Frauen herrühren.

Auf die weitere sachliche Gliederung hier einzugehen, erübrigt sich, da die Ergebnisse im allgemeinen mit jener übereinstimmen, die jedem Statistiker hinlänglich bekannt sind. Was die Publikation noch hätte bringen können, wäre eine schärfere Gegenüberstellung der Erscheinungen in Stadt und Land gewesen, sowie eine Heranziehung analoger Ziffern der angrenzenden Staaten, da man doch bekanntlich vornehmlich durch Vergleiche in der Statistik erkenntnisfördernd wirken muß.

E. Müller.

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Monatliche Übersichten über Lebensmittelpreise. Zusammengestellt und bearbeitet im wirtschaftsstatist. Bureau von Rich. Calwer. (Berlin W. 50, Pragerstr. 30), 1911. Preis für den Jahrg. ℳ 24.

Der um die Verbesserung der wirtschaftlichen Berichterstattung wohlverdiente Herausgeber bringt mit den seit Januar 1911 erscheinenden Monatsübersichten eine Erweiterung seiner früheren Feststellungen über die Höhe des Lebensmittelaufwandes in verschiedenen Städten. Die Zusammenstellungen sollen sich zunächst auf 200 Orte erstrecken, im Januar waren es 166, im Mai 177, und es werden die Preise von 20 der wichtigsten Lebensmittel erfaßt. Eine allmähliche Erweiterung der Berichterstattung auf eine größere Zahl von Orten und z. B. auch auf die Mietpreise wird für später in Aussicht gestellt. Als Unterlagen dienen einmal amtliche Preisnotizen, in erster Linie die des Preußischen Statistischen Landesamts, ferner Preisnotierungen von Markthallen, Konsumvereinen, endlich für fast 100 Orte vom Herausgeber selbst mit Hilfe von Berichterstattern erhobene Preise in solchen Ladengeschäften, in denen hauptsächlich Arbeiterkundschaft verkehrt. Der Herausgeber ist sich darüber klar, daß aus der Verschiedenartigkeit nicht nur dieser Erhebungsarten, sondern, auch bei gleicher Erhebungsart der erhobenen Waren und Sorten Fehlerquellen entstehen. Er sieht aber wohl mit Recht vorläufig keinen Weg, sie zu vermeiden, und findet sich damit ab, daß für ein und denselben Ort die Preise zeitlich vergleichbar sind. Doch will er — auf die Gefahr vorübergehender Unterbrechung der letzteren Vergleichbarkeit — die Berichterstattung auf Grund eigener Erhebung tunlichst auf alle Orte ausdehnen. Leider fehlen nähere Mitteilungen über die Art dieser Erhebungen, namentlich über die verwendeten Fragebogen und die Erhebungspersonen. Es mag vorläufig zweifelhaft erscheinen, ob es auf die Dauer einem privaten Bureau ohne amtliche Unterstützung möglich sein wird, einen so umfangreichen Berichterstattungsdienst aufrecht zu erhalten. C. begnügt sich nun nicht mit der Verzeichnung der Preise, berechnet vielmehr für jeden Ort eine Indexziffer und zwar nicht durch einfache Summierung der verschiedenen Warenpreise, sondern durch Berechnung der Kosten für die dreifache Normalration des deutschen Marinesoldaten, die ungefähr den Aufwand einer vierköpfigen Familie darstellen sollen. Es handelt sich also um einen Typ, bei dessen Anwendung, wie auch C. bemerkt, die örtlichen Verschiedenheiten in der Ernährung nicht zur Geltung kommen. Aber es ist zuzugeben, daß die Veränderung in den Kosten einer der wirklichen Nahrungsmittelzusammensetzung immerhin nahekommenden Nahrungsmenge ein richtigeres Bild von den Veränderungen des Lebensmittelaufwands gibt als die Betrachtung der einzelnen Preise. Weiter werden für die einzelnen Landesteile sowie für das ganze Reich Durchschnittsindexziffern berechnet, wiederum nicht als arithmetische Durchschnitte, sondern indem jeder Ort nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl eingesetzt wird.

Im Mai stellt sich die Reichsindexziffer auf 23,72 ℳ. Die Indexziffern der Landesteile liegen zwischen 25,97 ℳ (Elsaß-Lothringen) und 20,63 ℳ (Mecklenburg-Schwerin), die der einzelnen Orte zwischen 28,89 ℳ (Mülhausen i. E.) und 20,46 ℳ (Rostock). Der praktische Wert dieser Feststellungen, insbesondere der örtlichen Vergleichungen ist vorläufig nicht sehr groß, eine Bedeutung für zeitliche Vergleiche können die Berichte natürlich erst bei längerer Dauer gewinnen, so daß schon aus diesem Grunde dem neuen Unternehmen Bestand zu wünschen ist. Es ist aber auch zu hoffen, daß der Versuch des Herausgebers zu der sehr wünschenswerten Verbesserung und Vereinheitlichung der Methoden der Kleinhandelspreisstatistik im Reiche beitragen wird.

J. Feig.

Die Milchversorgung Breslaus nach Erhebungen in den Jahren 1909 und 1910, in „Breslauer Statistik", Band 29, Heft I, S. 278 (Breslau, Morgenstern). Mit 2 Kartogrammen.

Aus den veröffentlichten Zahlen entnimmt die Abhandlung, daß Breslau, trotzdem sein Milchverbrauch pro Kopf in den letzten 30 Jahren stark gestiegen ist (1880 pro Einwohner und Tag 0,224 l, 1910 dagegen 0,271 l), noch immer hinsichtlich der Milchzufuhr recht günstig dasteht. Es ist ein vergleichsweise kleines Gebiet, welches die nötigen Mengen produzieren kann. Die Achsenmilch kommt höchstens aus einer Entfernung von 20 km, vom Mittelpunkt der Stadt aus gerechnet; und von der Bahnmilch stammen nur 7 bis 8 % aus einer größeren Weite als 40 km.

Zum Teil hängt das damit zusammen, daß Breslau vor seinen Toren eine reiche Rübenindustrie hat, aber keineswegs ausschließlich. Im übrigen geht die Breslauer Statistik über die üblichen Milcherhebungen insofern hinaus, als sie auch die Verhältnisse des Milchhandels untersucht. Wenngleich wenig Vergleichszahlen vorliegen, so kann man doch wohl sagen, daß das Geschäft meist nicht in so kleinen Maßstäben betrieben werden wird, wie in Breslau. Es gab 1909 hier 1778 Milchverkaufsstellen, von denen ungefähr ein Drittel nicht mehr als 24 l pro Tag absetzt. Daß das Geschäft hier so verzettelt ist, ist vom hygienischen Standpunkt um so mehr zu bedauern, als die Mehrzahl der Händler Milch nur nebenbei führt, daher weitgehende Sorgfalt auf die Behandlung dieses Artikels nicht nehmen kann. Auch auf die Preise geht die Arbeit ein. Die günstigen Zufuhrverhältnisse machen niedrige Großhandelspreise begreiflich, und die große Konkurrenz führt zu geringen Kleinhandelsaufschlägen, so daß der Breslauer seine Milch eigentlich recht billig haben kann. Er zahlte 1909 meist 17 ₰ pro Liter.

E. Kieseritzky.

VII. Vermögen und Einkommen.

Über einen quantitativen summarischen Ausdruck für die Ungleichmäßigkeit der Einkommenverteilung. *(Di un indice misuratore della disaggua glianza nella distribuzione della ricchezza. Estratto dagli studi in onore di Biagio Brugi.)* Von C. Bresciani. Palermo 1910.

In der Statistik, wo man nicht, wie bei anderen Wissenschaften, mit Elementarvorgängen, sondern mit meistens sehr komplizierten Erscheinungen zu tun hat, muß man sich damit begnügen, empirische, d. h. durch Beobachtung direkt gefundene Gesetze aufzustellen. Manchmal sind diese Gesetze derart, daß man sie durch eine mathematische Formel ausdrücken kann. Zwar ist dadurch keine neue wissenschaftliche Erkenntnis gewonnen; die mathematische Formel hat jedoch den Vorzug, daß sie eine einfache Beschreibung der beobachteten Erscheinungen gibt, die Vergleichungen erleichtert und die Ausführung von den Statistiker interessierenden Rechnungen gestattet.

Pareto hat bekanntlich für die Darstellung der Einkommenverteilung folgende Formel vorgeschlagen: $\log y = A - \alpha \log x$, wo y die Anzahl der Steuerzahler bezeichnet, die mehr als ein Einkommen x beziehen, und A und α Konstanten sind, die man jedesmal direkt aus den Beobachtungen berechnet. Wenn auch diese Formel nur eine empirische ist, so ist es doch von Interesse zu konstatieren, daß dieselbe sich der tatsächlichen Einkommenverteilung vieler Völker gut anpaßt. Außerdem liefert der Wert für α, wie leicht zu zeigen wäre, einen quantitativen summarischen Ausdruck für die Ungleichmäßigkeit einer gegebenen Einkommenverteilung, und zwar, wie ich entgegen der Behauptung Paretos zu beweisen versucht habe, je größer α, desto gleichmäßiger ist die Einkommenverteilung. Es ist eben Aufgabe der theoretischen Statistik, Methoden für die Berechnung solcher summarischen „Indices" auszuarbeiten, welche eine Masse von wenig übersichtlichen statistischen Daten auf wenige inhaltsvolle, charakteristische Zahlen reduzieren.

Aus der Paretoschen Formel ergibt sich leicht durch Integrierung die Summe der Einkommen in einer beliebigen Einkommenklasse. Diese Summe berechnet sich aus der Formel $\frac{\alpha}{\alpha-1}(h\,y_1 - k y_2)$, wo h das untere, k das obere Grenzeinkommen der Klasse und y_1, y_2 die Anzahl der Steuerzahler bedeuten, welche mehr als ein Einkommen h bzw. k beziehen. Die statistischen Veröffentlichungen enthalten öfter keine Angaben über die auf die verschiedenen Einkommenstufen entfallenden Gesamteinkommen und man muß sie durch Rechnung ermitteln. Man greift gewöhnlich zu einfachen Annäherungsmethoden, die nur dann brauchbare Resultate liefern, wenn der Abstand zwischen dem unteren Grenzeinkommen und dem oberen nicht zu groß ist. Dagegen hat obige Formel den Vorzug, daß sie auch in diesem Falle brauchbar ist, wie folgende Tabelle zeigt, wo den in Sachsen 1904 tatsächlich ermittelten Einkommensummen die berechneten gegenübergestellt sind.

Einkommenstufen	Zensiten	Beobachtete Einkommensumme (Mill. ℳ)	Berechnete Einkommensumme (Mill. ℳ)
2 200— 8 300	131 360	482,5	488,4
8 300— 26 000	16 269	220,4	217,4
26 000— 54 000	2 749	99,6	98,8
54 000—100 000	902	64,4	64,0
100 000—300 000	433	68,8	67,4

Wie man sieht, sind die Unterschiede zwischen den beobachteten und den berechneten Zahlen geringfügig. Die übliche Methode, die Zensitenzahl mit dem arithmetischen Mittel der beiden Grenzeinkommen zu multiplizieren, würde in diesem Falle völlig versagen; z. B. $\left(\frac{2200 + 8300}{2}\right) \cdot 131360$ ergibt 689,6 Millionen, während die tatsächliche Summe 482,5 beträgt.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß zur kurzen Charakterisierung einer gegebenen Einkommenverteilung auch eine einfachere Methode, als die von Pareto vorgeschlagene, geeignet ist. Ich meine die durchschnittliche Abweichung vom Durchschnittseinkommen, eine Maßzahl, die allen denjenigen, die mit der statistischen Behandlung der sogenannten „Häufigkeitskurven" vertraut sind, sehr familiär ist. Diese Zahl sagt aus, wieviel im Durchschnitt die Abweichung der einzelnen Einkommen vom durchschnittlichen Einkommen beträgt: je größer diese Abweichung, desto größer im Durchschnitt die Ungleichmäßigkeit der Einkommenverteilung. Die durchschnittliche Abweichung sollte man in Prozenten des Durchschnittseinkommens ausdrücken. Außerdem, da die Einkommenkurve nicht symmetrisch ist, würde es sich empfehlen, statt des arithmetischen Mittels den Normalwert („dichtesten Wert", nach Fechner, in diesem Falle also das Einkommen, das die größte Anhäufung der Zensiten aufweist) als Ausgangswert für die Berechnung der Abweichungen zu nehmen. Z. B. aus in der Zeitschrift des Sächs. Stat. Bureaus 1904 befindlichen Daten ergibt sich: Normaleinkommen: ungefähr 1025 ℳ; durchschnittliche Abweichung der Einkommen unter dem Normaleinkommen 228 ℳ (22 %); durchschnittliche Abweichung der Einkommen über dem Normaleinkommen: 353 ℳ (44 %). Die

durchschnittliche Abweichung stellt also einen summarischen Ausdruck für die Ungleichmäßigkeit der Einkommenverteilung dar und hat vor der Paretoschen Maßzahl α den Vorzug, daß sie eine bestimmte, durch das Paretosche Gesetz ausdrückbare Form der Einkommenkurve nicht voraussetzt. *C. Bresciani.*

XIV. Arbeiterstatistik.

Ergebnisse der Bewegungsaufnahme der Arbeitslosen im Geschäftsbereich des Verbands badischer Arbeitsnachweise 1898/1910. Stat. Mitt. ü. d. Großh. Baden. N. F. Bd. IV. Aprilheft 1911. S. 59/60.

Im Geschäftsbereich des Verbands badischer Arbeitsnachweise finden seit 1. Januar 1898 regelmäßige Verzeichnungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit der Arbeitsuchenden in der Weise statt, daß bei der Einschreibung anzugeben ist, ob unter 1 Woche oder 1—4, 4—8, 8—13 oder 13 und mehr Wochen außer Arbeit (Stellung); Krankheit, Unfall usw., Militärdienstzeit werden nicht eingerechnet. Allmonatlich haben die Verbandsanstalten diese Feststellungen nach Berufsgruppen bzw. -arten zu entziffern und getrennt für männliches und weibliches Personal eine „Darstellung der Dauer der Arbeitslosigkeit" zu liefern.

Diese monatlichen Darstellungen der Dauer der Arbeitslosigkeit stellen im Gegensatz zu den sog. Arbeitslosenzählungen, die den Bestand an Arbeitslosen an einem Stichtage zu ermitteln versuchen, gewissermaßen Bewegungsaufnahmen der Arbeitslosen dar, die die ganze Zeit des Kalenderjahres fortlaufend unter Beobachtung stellen; sie können m. E. als nahezu ebenso umfassend als allgemeine Arbeitslosenzählungen angesehen werden, denn einmal geschieht im Großherzogtum Baden derzeit schon überwiegend die Arbeitsvermittlung durch die öffentlichen, gemeinnützigen Arbeitsnachweise (schätzungsweise im Landesdurchschnitt zu 60 %) und ferner ist wohl mit allem Grunde anzunehmen, daß jedenfalls der längere Zeit Arbeitslose sich in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle auch bei dem nächsten kommunalen Arbeitsnachweis melden wird, also von dessen Arbeitslosenstatistik mit erfaßt wird.

Eine eingehende Bearbeitung der Ergebnisse der Bewegungsaufnahmen, insbesondere der letzten Jahre, fehlt zurzeit noch. Die oben angeführte Veröffentlichung des Statistischen Landesamts gibt nur in Kürze und getrennt allein nach Geschlechtern eine Zusammenstellung der bisherigen Jahresergebnisse 1898/1910; dabei zeigte sich, daß die häufigste Arbeitslosigkeit unter 1 Woche liegt, die nächsthäufig beobachtete Arbeitslosigkeit ist die bis zur Dauer von 4 Wochen, und zwar ist hier die betreffende Gliederungszahl für die Männer höher als für die Frauen; eine Arbeitslosigkeit von 4—8 Wochen ist verhältnismäßig selten, und noch mehr trifft das für die länger dauernde Arbeitslosigkeit zu.

L. Barck.

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Die öffentlichen Museen in Bayern. Zeitschr. d. K. Bayr. Statist. Landesamtes 1910, 4. Heft und 1911, 2. Heft.

Das Institut der öffentlichen Museen ist heutigentags ein nicht unwesentlicher Faktor der öffentlichen Kulturpflege; es konnte daher Anspruch darauf machen, auch in Deutschland einmal die Aufmerksamkeit des Statistikers auf sich zu lenken, wie dies in Ungarn (vgl. Ungarisches Stat. Jahrb. 05 S. 409, Budapester Stat. Jahrb. 05, S. 290) und Böhmen (vgl. Deutsches Stat. Zentralbl. vom 1. 7. 1911) bereits geschehen. In Bayern wurde hierbei das Verfahren gewählt, daß das Kultusministerium an der Hand eines vom Stat. Landesamt entworfenen Fragebogens die Distriktsverwaltungsbehörden zur Berichterstattung über die in ihrem Bezirke befindlichen, nicht im Eigentume des Staates stehenden öffentlichen Museen aufforderte, und die eingelaufenen Berichte dem Stat. Landesamt zur Bearbeitung überließ. Bei dem Mangel jeder Unterlagen war ein andrer Weg auch gar nicht denkbar, bei einer etwaigen Wiederholung der Erhebung wird es sich jedoch empfehlen, lieber mit den einzelnen Museumsleitungen unmittelbar in Fühlung zu treten. Für die im Eigentume des bayrischen Staates befindlichen Institute konnte das zuständige Ministerium die nötige Auskunft erteilen.

Das Ergebnis des ganzen Versuchs — denn als solcher muß die Unternehmung bezeichnet werden — war vom exakt-statistischen Standpunkt aus ein verhältnismäßig bescheidenes. Es zeigte sich vor allem, daß verschiedene wichtige Seiten der Materie, z. B. die Frage nach dem Inhalt der Museen oder dem Werte der Sammlungsgegenstände der statistischen Behandlung mehr oder minder unzugänglich sind. Bei anderen, wie z. B. bei den Fragen nach der Höhe der jährlichen Einnahmen und Ausgaben, war, besonders von seiten der privaten Institute, nur dürftige Auskunft zu erlangen. Über die jährlichen Frequenzziffern konnten überhaupt nur da ziffernmäßige Angaben gemacht werden, wo Eintrittsgeld erhoben wurde. Schätzungen erwiesen sich als sehr ungenau.

So verblieb als Hauptergebnis der Erhebung ein — in solcher Vollständigkeit wohl bisher noch nicht vorhandener -- Gesamtkatalog der öffentlichen Museen Bayerns, der in Historiker- und Sammlerkreisen demgemäß freudig begrüßt wurde. Er enthält, nach Regierungsbezirken geordnet, neben den offiziellen Bezeichnungen der einzelnen Institute noch den Ort ihrer Unterbringung, das Jahr ihrer Gründung, die Namen der Gründer und endlich die Angabe, welcher Kategorie sie zuzurechnen sind. Hierbei wurden 4 Hauptgruppen unterschieden; nämlich 1. Sammlungen von Werken der bildenden Kunst, 2. Kunstgewerbliche und Gewerbemuseen, 3. Naturwissenschaftliche Museen, 4. Historische Museen.

Eine ganz scharfe Trennung ist natürlich nicht in allen Fällen möglich; manche Institute müssen mehreren Kategorien zugerechnet werden, oder fügen sich in gar keine derselben ein. Vom Standpunkt des Eigentümers aus lassen sich ferner staatliche, gemeindliche und private Museen unterscheiden. Unter die letztere Gruppe sind jedoch nur diejenigen zu zählen, welche der Öffentlichkeit ohne weiteres, d. h. ohne jedesmalige besondere Erlaubnis des Besitzers zugänglich sind. Zum Begriff des öffentlichen Museums gehört endlich, daß die Sammlung der ausge-

stellten Objekte um ihrer selbst willen, aus idealen Beweggründen erfolgt. Unternehmungen von Gewerbetreibenden, welche sich ein „Museum" vorwiegend im Interesse besserer Verkaufsgelegenheit angegliedert haben, ferner alle nicht ständigen Ausstellungsunternehmungen gehören nicht in eine Museumsstatistik, *R. Schreiber.*

Das amtliche Anzeigenwesen in der Schweiz. Von R. Kootz. Zeitschr. f. d. ges. Staatsw., 1910, S. 751/62[1]).

Über die Veröffentlichungen der 25 Kantone ist bereits im Jahre 1902 eine Broschüre des Staatsschreibers Othmar Müller erschienen, auf die der die Kantonsblätter behandelnde Teil der Arbeit im wesentlichen aufgebaut werden konnte.

Mit Ausnahme von Appenzell J.-Rh. haben alle Kantone eigene Blätter, die nach Format, Erscheinungsweise, Bezugs- und Anzeigenpreis, sowie Verwaltung usw. sehr voneinander abweichen. Selbstverwaltung und Pacht greifen bei den 24 Blättern je zur Hälfte Platz. Nach dem finanziellen Ergebnis läßt sich nicht behaupten, daß der einen oder anderen Art der Verwaltung ein besonderer Vorzug innewohnte, immerhin hat die Verpachtung den Vorteil, daß der Staat hier mit festen Summen rechnen kann und weniger Umstände hat. Zürich erzielt zwar bei Selbstverwaltung jährlich 45 000 Fr. Einnahme, dieselben reichen aber eben zur Deckung der Ausgaben hin; in Bern ist das Erträgnis der Pacht in letzterer Zeit bedeutend herabgegangen, während sich bei Genf die Pachtsumme von 1909 ab um 10 000 Fr. jährlich erhöhte und 55 000 Fr. erreichte. Hinwieder stieg das Erträgnis bei Aargau nach dem 1903 vorgenommenen Übergang von der Verpachtung zur Selbstverwaltung von 400 auf 12 000 Fr. Im ganzen haben bei der Selbstverwaltung 6 Blätter Überschüsse, 4 erfordern Zuschüsse, während sich bei 2 Einnahmen und Ausgaben decken. Die amtlichen Bekanntmachungen werden überall unentgeltlich aufgenommen, häufig müssen auch die an die Amtsstellen zu liefernden Exemplare des Kantonsblattes unentgeltlich geliefert werden, in welchem Falle dem Drucker die Anzeigen- und Bezugsgebühren von Privatpersonen zufallen. Privatanzeigen nehmen gegen zwei Drittel der Blätter auf, während ein Drittel, meist deutsche, solche ausschließt. Die große Mehrzahl erscheint nur einmal in der Woche; Genf hat sechsmaliges, Neuenburg dreimaliges Erscheinen. Hinsichtlich des Kostenpunktes fährt der Kanton Appenzell J.-Rh., der kein Kantonsblatt besitzt, nicht billiger als die meisten, die ein solches besitzen; er muß für seine Bekanntmachungen in den beiden am Orte erscheinenden Lokalblättern jährlich gegen 2000 Fr. zahlen, wozu noch die Druckkosten für Gesetzsammlung und Anschlagwesen kommen.

Noch vielgestaltiger ist das Anzeigenwesen der Städte. Eigene Zeitungen besitzen nur Bungdorf und Hidau, wo von 8 bzw. 27 Gemeinden zu unterhaltende Anzeigenblätter bestehen. In Hidau wurden in den ersten 12 Jahren der Selbstverwaltung 33 000 Fr. Überschuß erzielt; die Überschüsse werden zu gemeinnützigen Unternehmen verwendet. In Bern und Zürich ist je einer in der Stadt erscheinenden Zeitung die Eigenschaft eines Amtsblattes verliehen mit dem Rechte des Verlegers, hinter den amtlichen Bekanntmachungen, die bis zu einem bestimmten Jahresumfange unentgeltlich aufzunehmen sind, Privatanzeigen zu veröffentlichen, für welche Vergünstigung in Bern für die ersten vier Jahre der laufenden Vertragsdauer 50 000, für die folgenden 57 000 Fr., in Zürich für den ersten Teil der Vertragszeit 40 000, für die folgende 45 000 Fr. an die Stadt zu zahlen sind. In beiden Städten regelt der Vertrag auch die Verhältnisse der Verleger zu ihrem Personal in bezug auf Staatszugehörigkeit, Arbeitszeit und Lohn. St. Gallen hat einen Vertrag mit 3 Zeitungen, aber ohne gegenseitige Vergütung. Genf und einige andere Städte veröffentlichen ihre Bekanntmachungen in den Kantonsblättern, während andere eine Pauschalsumme von einigen hundert Franks jährlich an jedes Blatt, in welchem die Bekanntmachungen erfolgen, zahlen. In einigen Städten genießen die städtischen Anzeigen einen Nachlaß vom üblichen Preise. *R. Kootz.*

1) Für Deutschland vgl. Feig, Amtliches Anzeigewesen und Gemeindezeitungen 1904, Statist. Jahrb. d. Städte, 14. Jahrg. S. 178 ff. *Red.*

XXIV. Finanzstatistik.

Die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 1911, Heft 2.

Zum zehntenmal erscheint, sachlich im wesentlichen unverändert, die Statistik der Reichs- und bundesstaatlichen Finanzen. Ihr Zweck ist, einen Gesamtüberblick über die Staatsfinanzen in Deutschland zu geben und einen Vergleich zwischen den einzelnen Gliedstaaten und dem Reich zu gestatten. Vor dem Beginn der Statistik zu Anfang des Jahrhunderts war dies so gut wie unmöglich, weil die Verschiedenheit der Finanz- und Steuerverfassungen und die Ungleichmäßigkeit der Aufstellung der Etats hinderlich war. Die Bemühungen der reichs- und der bundesstaatlichen Zentralstellen haben diese Schwierigkeiten im Einvernehmen mit den Finanzverwaltungen überwunden. Die landesstatistischen Ämter liefern jährlich eine nach gleichen Gesichtspunkten gestaltete Übersicht ihrer Finanzen, deren Ableitung aus den Etats und sonstigen Unterlagen eine schwierige und sachkundige Bearbeitung erfordert; das Kaiserliche Statistische Amt ist hierdurch in die Lage gesetzt, eine einheitliche Zusammenstellung für das Reich zu gewinnen. Die Grundzüge der Statistik, die in eingehenden Beratungen der Statistiker und auf Grund wissenschaftlicher Gutachten unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Finanzwesen der beteiligten Staaten aufgestellt wurden, sind während des Jahrzehnts unverrückt geblieben, wenn auch die äußere Form der Veröffentlichung zum Zwecke der Zusammendrängung des Stoffes das letzte Mal ein etwas anderes Bild zeigt.

Die Nachweise der neu erschienenen Statistik beziehen sich für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1910, für die Staatsrechnungen auf das Rechnungsjahr 1908. Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 5869 Mill. ℳ, für das Reich 3032, zusammen in Reich und Bundesstaaten 8901. Nach den Rechnungen für 1900 (teilweise auch Vorjahre), wie sie die erste Veröffentlichung der Finanzstatistik mitteilte, beliefen sich die gesamten Ausgaben

des Reichs und der Bundesstaaten nur auf 6232 Mill. Die Ausgaben haben sich also beträchtlich gesteigert, nämlich um 2669 Mill., und zwar haben sich die Reichsausgaben verhältnismäßig stärker vermehrt, als die der Bundesstaaten. Denn 1900 verzeichneten die Bundesstaaten 4136 Mill. an Staatsausgaben und das Reich 2096. (Der Vergleich zwischen 1900 und 1910 ist indessen insofern nicht ganz zuverlässig als zwar für 1900 die Rechnungen, für 1910 aber nur die Voranschläge vorliegen.) Die Staatseinnahmen sind für 1910 für das Reich ebenso hoch wie die Ausgaben, für die Bundesstaaten mit 5852 Mill. ℳ etwas niedriger als die Ausgaben veranschlagt.

Auf die Einzelheiten der umfänglichen Statistik kann nicht näher eingegangen werden. Bemerkt sei noch, daß die fundierten Staatsschulden zu Beginn des Rechnungsjahres 1910 für die Bundesstaaten 14,7 Milliarden (darunter Preußen 8,8 und Bayern 2,2) und für das Reich 4,6 Milliarden erreicht haben. Dazu kommen noch etwas über 1 Milliarde schwebende Schulden, was eine Gesamtschuld von 20,3 Milliarden für Reich und Bundesstaaten ausmacht. Nach den Voranschlägen für 1901 waren 13,4 Milliarden Schulden vorhanden, so daß die Schuldenlast um 6,9 Milliarden ℳ gestiegen ist. *G. Seibt.*

Die bayerischen Staatsfinanzen. Heft 79 der Beitr. zur Statistik des Kgr. Bayern München 1911. Preis 4 ℳ.

Diese Arbeit bildet einen Teil der bisherigen Veröffentlichungen des Königl. Statistischen Landesamtes über die bayerischen Finanzen.[1]) Es soll hier in tabellarischer Form ein Bild darüber gegeben werden, wie in der Zeit von 1881—1911 der bayerische Staatshaushalt sich entwickelt hat. Dabei sind die 6 letzten Finanzperioden, nämlich die Jahre 1900—1911, in ununterbrochener Reihenfolge geschildert, während von den früheren zwei einzelne, 1880/81 und 1890/91, herausgegriffen wurden. Von 1908 ab mußten Voranschlagsziffern verwendet werden; im übrigen bildeten Rechnungsergebnisse die Grundlagen. Eine textliche Erläuterung ist nur insoweit beigegeben, als sie zum Verständnis des Zahlenbildes und seiner Bewegungen erforderlich erscheint; sie befaßt sich lediglich mit der budgettechnischen Darstellung der Ergebnisse des bayerischen Staatshaushalts und den Grundsätzen ihrer statistischen Verarbeitung, sowie mit den bedeutsamsten Veränderungen der tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen, die sich während der Berichtsjahre im Budget ergaben.

Die tabellarischen Zahlennachweisungen berücksichtigen den allgemeinen Staatshaushalt; der daneben getrennt bestehende Hauptetat der Militärverwaltung wurde, da seine Mittel aus der Reichskasse fließen und ihre Verwendung reichsrechtlich feststeht, außer Betracht gelassen. Im Hinblick darauf, daß die Budgetgrundsätze im Laufe der Jahre keineswegs die gleichen geblieben sind und insbesondere durch die Finanzministerialbekanntmachung vom 23. Juni 1907 einschneidende Veränderungen erfahren haben (Trennung in ein ordentliches und außerordentliches Budget), wurde das Zahlenmaterial nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen über die Aufstellung des Staatsbudgets vergleichbar umgearbeitet.

1) Siehe auch D. St. Z. 2. Jahrg., Sp. 23, 55, 88, ferner Sp. 147—149.

Wie im Laufe der letzten 30 Jahre (nämlich von der Rechnung 1880 bis zum Voranschlag 1910/11) der bayerische Staatshaushalt sich erweitert hat, geht daraus hervor, daß im ordentlichen Budget die Bruttoeinnahmen von 214,7 auf 626,1 Mill. ℳ, die hierauf entfallenden Verwaltungs- und Betriebsausgaben von 88,2 auf 325,7 Mill. ℳ und die hieraus sich ergebenden Reineinnahmen von 126,5 auf 300,4 Mill. ℳ gestiegen sind. An dieser Erhöhung der Überschüsse sind insbesondere beteiligt die Etats der direkten Steuern (von 22,5 auf 59,1 Mill. ℳ), der Zölle und indirekten Steuern (von 29,0 auf 45,5 Mill. ℳ) und der Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen (von 19,1 auf 34,2 Mill. ℳ), ferner die großen erwerbswirtschaftlichen Betriebe wie die Staatseisenbahnverwaltung (von 32,1 auf 83,2 Mill. ℳ, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß ab 1. Januar 1909 die Pfälzer Bahnen in das Eigentum und die Verwaltung des bayerischen Staates übergingen), die Post- und Telegraphenverwaltung (von 0,5 auf 13,0 Mill. ℳ) und die Forst-, Jagd- und Triftverwaltung (von 9,7 auf 32,2 Mill. ℳ) sowie die Überweisungen des Reiches (von 2,6 auf 19,4 Mill. ℳ).

Die Verwendung dieser Überschüsse für die eigentlichen Staatszwecke zeigen folgende Zahlen (die in Klammern vorausgeschickten Ziffern beziehen sich auf die Rechnungsergebnisse des Jahres 1880, die nachfolgenden auf den Voranschlag 1910/11; sie erscheinen in Millionen abgerundet): Königl. Haus und Hof (5,3) 5,4, Landtag (0,5) 0,7, Staatsministerium des Königl. Hauses und des Äußern (0,7) 1,8, Staatsministerium der Justiz (12,4) 26,9, Staatsministerium des Innern (16,9) 38,9, Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten (18,6) 50,8, Staatsministerium der Finanzen (3,4) 13,6, Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten (—) 0,1, Reichszwecke (17,6) 45,4, Staatsschulden 45,1 (84,8), Pensionen (8,8) 31,6, sonstige Staatsaufwandsausgaben (3,7) 0,4. Es zeigt sich hier deutlich, wie mit der Zunahme der Staatstätigkeit auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen Lebens auch die Staatsaufwendungen gestiegen sind und daß dem „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeit" das „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben" entspricht. *J. Haselberger.*

Entwicklung und Ergebnisse der Wertzuwachsbesteuerung im Kgr. Sachsen. Von Dr. phil. H. Freih. Leuckart von Weißdorf. Leipzig, Röder & Schunke, 1911, 107 S.

Die ersten Wertzuwachssteuerregulative in Sachsen sind im Jahre 1903 in Kraft getreten, 1910 waren deren 70 eingeführt, und zwar 11 in Städten, 59 in Landgemeinden. Bodenpolitische Wirkungen wurden nur in wenigen Fällen angestrebt, die Minderung der Bodenpreissteigerung und der ungesunden Spekulation in erster Linie in 5 Gemeinden, nebenher von 10 Gemeinden beabsichtigt, sonst waren allein Einnahmezwecke bei der Einführung maßgebend. Eine Zusammenstellung der von den sächsischen Gemeinden mit der Zuwachssteuer erzielten Beträge zeigt, daß bei ein- und mehrjährigem Bestehen von Zuwachssteuerordnungen in verschiedenen Gemeinden, besonders solchen

mehr ländlichen Charakters, geringe oder überhaupt keine Erträge erzielt wurden. Abgesehen vom mangelnden Grundstücksverkehr ist dieses Ergebnis auch auf fehlende oder geringe Bodenpreissteigerung zurückzuführen. Nach den Berichten der Gemeinden hat sich nicht nur in den letzten Jahren ein bemerkbares Nachlassen im Ansteigen der Bodenpreise, sondern in einzelnen Fällen, namentlich im Dresdener Kreise, sogar ein Sinken der Bodenwerte gezeigt. Im übrigen sind die Erträgnisse außerordentlich schwankend; sie betrugen z. B. in den einzelnen Jahren in Klotzsche zwischen 1850 und 52180 ℳ, in Borna zwischen 76 und 19818 ℳ, in Röhrsdorf zwischen 0 und 13092 ℳ, in Markersdorf zwischen 70 und 23467 ℳ. Eine Abwälzung der Zuwachssteuer und dementsprechend eine Erhöhung der Miet- und Bodenpreise hat nicht stattgefunden, ebensowenig ist eine Beeinflussung jener Preise nach der anderen Richtung hin bemerkt worden. Die Zuwachssteuer hat allgemein auf Boden- und Mietpreise keinerlei Wirkung auszuüben vermocht. Eine Beeinträchtigung des Grundstücksverkehrs sowie der Bautätigkeit ist nirgends festgestellt worden. Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis, daß sich die Zuwachssteuer als ein beachtliches Mittel zu Zwecken der Boden- und Wohnungspolitik nicht erwiesen hat. *M. Rusch.*

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen im Landkreise Münster. Von Dr. Gustav Elfert. Mit einem Geleitwort von Professor Dr. Schmöle, Münster i. W. 1911. Fr. Coppenrath gr. 8°. XVI. 196 S.

Während über die Finanzen unserer Städte eine ganze Reihe Arbeiten orientieren, fehlte es bisher noch fast ganz an Arbeiten, die mit der Entwicklung und dem Stande der Kommunalfinanzen auf dem platten Lande bekanntmachen. Die vorliegende Arbeit über einen fast ausschließlich ländlichen Kreis ist insofern die erste ihrer Art, als sie das ganze System der ländlichen Gemeindefinanzen in seiner Entwicklung (seit 1835) zur Darstellung bringt.

Die Arbeit gliedert sich in 3 Teile: A. die Finanzen der Gemeinden; B. die Finanzen der Ämter; C. die Finanzen des Kreises.

A. Die Finanzen der Gemeinden. — Um die Übersicht (bei den 28 Gemeinden) zu erleichtern, sind die Etats sämtlicher Gemeinden zu einem einzigen, einem „Gesamtetat“, zusammengefaßt. Dabei sind die außerordentlichen und durchlaufenden Posten ausgeschieden und die einzelnen Etats zuvor einheitlich geordnet. Der so gewonnene Gesamtetat stellte sich 1908 (1835) auf 690581 ℳ (34962 ℳ). Auf den Kopf der Bevölkerung kamen ordentliche Einnahmen und Ausgaben 15,79 ℳ (1,02 ℳ). Von den Einnahmen wurden u. a. aufgebracht durch Einnahmen aus Vermögen 21118 ℳ (3618 ℳ), durch indirekte Steuern 22515 ℳ (54 ℳ) und durch direkte Steuern 596268 ℳ (28964 ℳ). Auf den Kopf der Bevölkerung kamen direkte Steuern 13,64 ℳ (0,85 ℳ). Die Zuschläge zu den Staatssteuern zeigen eine starke Steigerung. Sie stellten sich 1845 auf höchstens 42% und 1908 auf 200% oder mehr von der Einkommensteuer bei 9 Gemeinden und von den Realsteuern bei 20 Gemeinden. — Von den Ausgaben entfielen u. a. 1908 (1835) auf Verwaltungskosten 144401 ℳ (17403 ℳ), auf Steuern und Lasten 96813 ℳ (1025 ℳ), auf Bau- und Unterhaltungskosten 60276 ℳ (3972 ℳ), auf Armenlasten 28275 ℳ (474 ℳ), auf Schullasten 209413 ℳ (2191 ℳ) und auf das Schuldenwesen 125886 ℳ (1471 ℳ).

B. Die Finanzen der Ämter. — Von dem Rechte, gemeinsame Angelegenheiten ihrer Gemeinden zu den ihrigen zu machen, haben die Ämter einen nennenswerten Gebrauch nicht gemacht. Daher stellen sich ihre Ausgaben wesentlich als solche der Amtsverwaltung dar. Der Gesamtetat stellte sich (bei 8 Ämtern) auf 138428 ℳ (17724 ℳ). Davon waren Verwaltungskosten 118692 ℳ (14850 ℳ). — Von den Einnahmen wurden durch Beiträge der Gemeinden gedeckt 119835 ℳ (17061 ℳ).

C. Die Finanzen des Kreises. — Auch diese zeigen seit Einführung der Kreisordnung (1887) einen großen Aufschwung. Die Ausgaben stellten sich rechnungsmäßig 1907 (1888) auf 179156 ℳ (37473 ℳ) und die Einnahmen auf 217826 ℳ (34564 ℳ). — Von dem Bedarfe wurden u. a. gedeckt: durch Einnahmen aus Vermögen 15738 ℳ (4990 ℳ), durch direkte Kreissteuern 90136 ℳ (—) und durch Überschüsse aus der Sparkasse 89178 ℳ (—). Die wichtigsten Ausgabetitel waren: die Verwaltungskosten mit 15128 ℳ (5639 ℳ), die Provinzialabgaben mit 34948 ℳ (8262 ℳ) und die Kosten der Straßenunterhaltung 95010 ℳ (—). Eine ganz außerordentliche Bedeutung haben die Sparkassenüberschüsse gewonnen. Sie betrugen von 1880—1907 insgesamt 1414000 ℳ. *G. Elfert.*

1) Die Arbeit wurde im Jahre 1909 abgeschlossen.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Eine Volkszähler-Statistik. Beilage zu den Statistischen Jahresübersichten für Halle a. S. 1910.

Über die Personen, die bei unseren großen Zählungen die wichtigsten Hilfsdienste leisten, die sogenannten ehrenamtlichen Zähler, über ihren Beruf und ihre Leistungen ist bisher wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Im Interesse einer möglichst fehlerfreien Durchführung einer Zählung ist aber die Kenntnis von der Leistungsfähigkeit der Bevölkerungs- und Berufsgruppen, soweit sie sich als Zähler beteiligen, für die große Zählungen leitenden Stellen unerläßlich. An Hand der letzten Volkszählung sind die Zähler nach ihrem Beruf und nach ihrer Leistungsfähigkeit für Halle einer Betrachtung unterworfen. Es beteiligten sich am Zählgeschäft 1457 Personen, 1382 Männer und 75 Frauen. Auf jeden Zähler entfielen im Durchschnitt 124 zu zählende Personen. Von den männlichen Zählern waren 29% Gemeindebeamte und 22,6% Mittel- und Volksschullehrer, die eigentlich nicht als unbezahlte, freiwillige Zähler bezeichnet werden können, da ihnen zur Vornahme der Zählung von der Stadt dienstfreie Stunden gewährt wurden. Zu diesen Zählern kamen mittlere Staatsbeamte (8,8%), Gewerbetreibende (17,1%), Studenten (13,2%), Privatbeamte u. dergl. (3,4%), Privatleute (3,3%), Akademiker außer Studenten (1,8%), verschiedene Berufe (0,8%). Die größten Zählbezirke erhielten

aus begreiflichen Gründen die Studenten, Lehrer und Gemeindebeamten. Die meisten Zählpapiere wurden am vierten Tage nach der Zählung, einem Montag, zurückgegeben. Durch späte Abgabe zeichneten sich die Studenten aus. Die Ausfüllung der Papiere, gemessen an den notwendigen Rückfragen, war am besten in den Stadtvierteln, wo die kleinen Beamten wohnen, am schlechtesten in den Arbeitervierteln und dem sog. Professorenviertel! Am besten kontrolliert waren die Papiere durch die mittleren Staatsbeamten, die Gemeindebeamten und Lehrer, also in der Hauptsache von den nichtfreiwilligen Zählern, obgleich diese noch besonders große Zählbezirke hatten; am schlechtesten von den Gewerbetreibenden und den Personen verschiedenen Berufs. Es zeigt sich also, daß im Grunde die freiwilligen, ehrenamtlichen Zähler versagt haben, und daß es im Interesse der Zählungen liegt, wenn ein Zwang für die Beteiligung als Zähler bestände, so daß geeignete Zähler ausgewählt werden könnten.

J. Galle.

Vermischte Mitteilungen.

Österreichische Konferenz für Städtestatistik. Am 20. Mai l. J. tagte im Sitzungssaale der k. k. Statistischen Zentralkommission in Wien unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Ernst Mischler die diesjährige Konferenz für Städtestatistik. Während die Organisation und die allgemeinen Aufgaben der genannten Konferenz in dieser Zeitschrift bereits besprochen wurden, soll im folgenden über die wichtigsten Ergebnisse der diesjährigen Beratungen berichtet werden. Der größte Teil der Verhandlungen war auch diesmal dem nächstherauszugebenden (XIV.) Bande des „Österreichischen Städtebuches" gewidmet und die hierüber gefaßten Beschlüsse lassen hoffen, daß diesem Sammelwerke österreichischer Kommunalstatistik für die Zukunft weitere Fortschritte und erhöhtes Interesse im In- und Auslande beschieden sein werden. So wurde neben zahlreichen Verbesserungen der im Städtebuche verwendeten Tabellenformulare unter anderem der wichtige Beschluß gefaßt, von der bisher üblichen Darstellungsweise nach Städten (Einzeldarstellung) grundsätzlich zur Darstellung nach Materien (synoptische Form), wie sie auch im „Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte" zur Anwendung gelangt, überzugehen. Einzeldarstellungen städtischer Verhältnisse und Einrichtungen sollen in Zukunft nur mehr insoweit Aufnahme finden, als dies durch das besondere Interesse an derartigen Einrichtungen gerechtfertigt erscheint. Um mit den Anforderungen der Zeit gleichen Schritt zu halten, wurde beschlossen, die neuen Einrichtungen städtischer Verwaltung und Wohlfahrtspflege, welche in jüngster Zeit zu allgemeinerer Bedeutung gelangt sind, in die Darstellung des Städtebuches einzubeziehen. Es ist daher zu erwarten, daß schon der nächste Band wertvolle Beiträge zu den modernen Problemen der Wohnungsfrage, des Fremdenverkehrs, des Kinderschutzes, der städtischen Arbeitsvermittlung usw. liefern wird. Von den im XIV. Bande zur textlichen Behandlung gelangenden Materien seien erwähnt: Die Ergebnisse der Volkszählung 1910 (Dr. Hecke, Wien), die Bautätigkeit und die Wohnpreise (Dr. Kumaniecki, Krakau), die städtische Arbeitsvermittlung (Präsident Dr. Mischler, Wien), die Gemeindefinanzen (Dr. Riemer, Wien), die städtischen Gartenanlagen (Dr. Nitter, Wien), die städtischen Unternehmungen (Dr. Feith, Brünn), und die Gemeindewahlen (Dr. Frh. v. Klezl, Wien). Da nach dem heutigen Stande der administrativen Vorbedingungen nur einzelne Kapitel des städtischen Armenwesens statistisch erfaßt werden können, wie z. B. die geschlossene Armenpflege und die Armenstiftungen, hat die Konferenz allen am Österreichischen Städtebuche mitarbeitenden Städten die Einführung städtischer Zentralarmenkataster als Grundlage für eine klaglose Verwaltung und Statistik des Armenwesens empfohlen. Ein besonderes Augenmerk wurde auch diesmal den wirtschaftlichen Unternehmungen der Städte zugewendet, welche bei der stets fortschreitenden Kommunalisierung privatwirtschaftlicher Betriebe heute zweifellos zu den wichtigsten Problemen der Kommunalpolitik zählen. In der diesjährigen Tagung wurde hauptsächlich die Frage der Inventarisierung derartiger Unternehmungen erörtert, wobei die Konferenz von der Anschauung ausging, daß für die Inventarisierung der Gemeindeunternehmungen zur Klarstellung ihrer Rentabilität die Anwendung kaufmännischer Prinzipien unerläßlich sei. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß die Doppelstellung der Gemeinde als öffentlichrechtliche Korporation und privatrechtliche Unternehmerin sowie die Verschiedenartigkeit des den Gemeindeunternehmungen jeweils zugrundeliegenden finanziellen Prinzips die Aufstellung allgemeiner Grundsätze bedeutend erschwere. Schließlich wurde von der Konferenz der Beschluß gefaßt, die nächsten Konferenzen nicht ausschließlich in Wien sondern auch in anderen Orten Österreichs abzuhalten, um durch die Institution der Wanderkonferenzen das Interesse für die Kommunalstatistik auch in jene Städte zu tragen, die deren Wert für Verwaltung und Wissenschaft heute noch nicht zu würdigen wissen. *v. Kl.*

Ergebnisse der Reichstags-Ersatzwahlen. Das Erscheinen des I. Nachtrags zur Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1907, der die Ersatzwahlen behandelt (Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. R. 1911 H. II S. 218 ff.) gibt Anlaß zu einer Betrachtung, wie sich die durch die Wahlen von 1907 geschaffene Zusammensetzung des Reichstags durch die bisherigen Ersatzwahlen verschoben hat.

Die gedachte Veröffentlichung enthält die Ergebnisse der seit der letzten allgemeinen Reichstagswahl (25. Januar 1907) stattgefundenen Ersatzwahlen in zeitlicher Reihenfolge mit Gegenüberstellung der Ergebnisse der entsprechenden allgemeinen Wahlen. Im ganzen sind bisher 45 Ersatzwahlen in 45 Wahlkreisen erforderlich gewesen. Für jeden dieser Wahlkreise ist sowohl für die allgemeine Wahl von 1907 wie für die Ersatzwahl und etwa erforderlich gewesene Stichwahlen die Zahl der Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung und die Verteilung der abgegebenen gültigen Stimmen auf die hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien mitgeteilt worden.

Bei der überwiegenden Zahl der Ersatzwahlen war die Wahlbeteiligung zum Teil erheblich geringer als bei den allgemeinen Wahlen von 1907. Den stärksten Rückgang der Wahlbeteiligung zeigen die Wahlkreise, welche für bestimmte Parteien als sicherer Besitzstand gelten. Einen Rückgang um mehr als 20 % der Wahlberechtigten weisen 7 Wahlkreise auf, und zwar betrug die Wahlbeteiligung im Wahlkreise Koblenz 3 bei der Ersatzwahl am 14. September 1909 nur 41,7 % der Wahlberechtigten gegen 82,4 % bei der allgemeinen Wahl 1907, Rückgang 40,7 %; im Wahlkreis Oldenburg 3 bei der Ersatzwahl am 4. Juli 1907 nur 53,8 % gegen 86,0 %, Rückgang 32,2 %; im Wahlkreise Koblenz 6 bei der Ersatzwahl am 30. März 1909 nur 58,6 % gegen 88,5 %, Rückgang 29,9 %; im Wahlkreise Minden 5 bei der Ersatzwahl am 30. August 1910 nur 62,7 % gegen 88,2 %, Rückgang 25,5 %; im Wahlkreise Berlin 4 bei der Ersatzwahl am 10. April 1911 nur 56,1 % gegen 81,4 %, Rückgang 25,3 %; im Wahlkreis Aachen 4 bei der Ersatzwahl am 3. April 1909 nur 60,1 % gegen 81,8 %, Rückgang 21,7 %; und im Wahlkreise Mittelfranken 5 bei der Ersatzwahl am 4. Juli 1907 nur 55,5 % gegen 77,0 %, Rückgang 21,5 %. In 28 Wahlkreisen betrug der Rückgang der Wahlbeteiligung weniger als 20 % der Wahlberechtigten; in 5 Wahlkreisen: Pfalz 2, Sachsen-Coburg-Gotha 1, Hessen 2, Frankfurt 4 und Hessen 1, in denen sowohl 1907 wie bei den späteren Ersatzwahlen Stichwahlen erforderlich gewesen waren, wiesen die ordentlichen (ersten) Wahlen einen Rückgang, die Stichwahlen dagegen eine Zunahme der Wahlbeteiligung auf, und nur in 5 Wahl-

kreisen war die Wahlbeteiligung bei den Ersatzwahlen, sowohl ordentlichen Wahlen als Stichwahlen, größer als bei den allgemeinen Wahlen von 1907, es waren die Wahlkreise: Posen 3, Hessen 8, Gumbinnen 6, Liegnitz 7 und Schwaben 6.

In dem Besitzstande der Parteien haben die Ersatzwahlen bemerkenswerte Verschiebungen bewirkt, die nachstehend näher erläutert werden: In dem Besitzstande der Deutsch-Konservativen waren in 8 Wahlkreisen Ersatzwahlen erforderlich. Davon waren im Jahre 1907 im ersten Wahlgange 7 und in einer Stichwahl einer gewonnen. Von den 7 ersterwähnten wurden bei den Ersatzwahlen 3 im ersten Wahlgange wiedergewonnen (Mittelfranken 5, Potsdam 4 und Posen 3), 2 (Bromberg 1 und Frankfurt 2) konnten erst in Stichwahlen gegen die Polen und Sozialdemokraten wiedergewonnen werden, einer (Gumbinnen 6) wurde gleich im ersten Wahlgang an die Nationalliberalen verloren und einer (Königsberg 2) wurde in einer engeren Wahl an die Fortschrittliche Volkspartei abgetreten. Der 1907 in engerer Wahl gegen die Freisinnige Vereinigung gewonnene Wahlkreis Hannover 1 wurde in der Ersatzwahl gleich im ersten Wahlgange verloren und in engerer Wahl von der Freisinnigen Vereinigung gegen die Deutsch-Sozialen gewonnen. Die Deutsch-Konservativen haben also in 8 Ersatzwahlen 5 Wahlkreise behauptet und 3 Wahlkreise verloren.

Die Nationalliberalen hatten 9 Wahlkreise in Ersatzwahlen zu verteidigen, von denen sie 1907 im ersten Wahlgange 3 und in Stichwahlen 6 gewonnen hatten. Von den 3 ersten wurde einer (Württemberg 2) gleich im ersten Wahlgang an die Sozialdemokraten verloren, einer (Braunschweig 2) wurde in einer Stichwahl gegen die Sozialdemokraten wiedergewonnen und einer (Hannover 6) wurde in engerer Wahl an die Welfen verloren. Von den anderen 6 Wahlkreisen wurde einer (Königsberg 1) im ersten Wahlgange wiedergewonnen, einer (Hannover 18) wurde in Stichwahl gegen die Sozialdemokraten wiedergewonnen, 3 (Pfalz 2, Sachsen-Coburg-Gotha 1 und Frankfurt 4) wurden in Stichwahlen an die Sozialdemokraten verloren und einer (Hessen 2) wurde in Stichwahl zwischen Bund der Landwirte und Sozialdemokraten von diesen erobert. Dagegen gewannen die Nationalliberalen in 3 weiteren Ersatzwahlen neu die Wahlkreise Gumbinnen 6 im ersten Wahlgange von den Deutsch-Konservativen, Arnsberg 1 von den Christlich-Sozialen in engerer Wahl gegen sie und Schwaben 6 vom Zentrum in engerer Wahl gegen das Zentrum. Die Nationalliberalen haben also von 9 Mandaten in Ersatzwahlen 3 Wahlkreise wiedergewonnen und 6 verloren, und in 3 weiteren Ersatzwahlen haben sie 3 Wahlkreise neu gewonnen, so daß sie im ganzen 3 Mandate verloren haben.

Die Deutsche Reform-Partei hatte den 1907 im ersten Wahlgange gewonnenen Wahlkreis Sachsen 20 in einer Ersatzwahl zu verteidigen. Sie verlor ihn jedoch gleich im ersten Wahlgang an die Sozialdemokraten. Ebenso verlor die Wirtschaftliche Vereinigung den 1907 in der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten gewonnenen Wahlkreis Sachsen-Weimar 2 in der Ersatzwahl bereits im ersten Wahlgang an die Sozialdemokraten, gewann dafür aber neu den Wahlkreis Hessen 1 von den Deutsch-Sozialen in einer Stichwahl gegen die Sozialdemokraten.

Die Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei und Deutsche Volkspartei, die in der Statistik der Ersatzwahlen auch als Fortschrittliche Volkspartei zusammengefaßt sind, hatten von ihrem 1907 gewonnenen Besitzstande 3 Wahlkreise in Ersatzwahlen zu verteidigen. Davon war der Wahlkreis Merseburg 4 im Jahre 1907 im ersten Wahlgange von der Freisinnigen Volkspartei gewonnen. Er wurde in der Ersatzwahl im ersten Wahlgang an die Sozialdemokraten verloren. Von den beiden 1907 in Stichwahlen gewonnenen Wahlkreisen Liegnitz 7 und Stettin 2 wurde der erste in einer Stichwahl gegen die Sozialdemokraten von der Fortschrittlichen Volkspartei wiedergewonnen, der zweite in einer Stichwahl zwischen Deutsch-Konservativen und Sozialdemokraten an die Sozialdemokraten verloren. Außerdem aber gewann die Freisinnige Vereinigung neu den Wahlkreis Hannover 1 von den Deutsch-Konservativen in einer Stichwahl gegen die Deutsch-Sozialen, und die Fortschrittliche Volkspartei gewann neu den Wahlkreis Königsberg 2 von den Deutsch-Konservativen in einer Stichwahl gegen diese. Die genannten freisinnigen Parteien haben also von ihrem Besitzstande in den Ersatzwahlen einen Wahlkreis behauptet und 2 Wahlkreise verloren, dafür aber 2 andere neu gewonnen.

Für die vom Zentrum durch die Wahlen von 1907 errungenen Mandate waren in 11 Wahlkreisen Ersatzwahlen erforderlich geworden. 10 davon waren 1907 gleich im ersten Wahlgange gewonnen worden, und von ihnen wurden 9 Wahlkreise (Aachen 1, Oldenburg 3, Trier 1, Koblenz 6, Aachen 4, Münster 4, Koblenz 3, Minden 5 und Königsberg 9) in den Ersatzwahlen auch im ersten Wahlgange wiedergewonnen, während einer (Cöln 6) erst in einer Stichwahl gegen die Sozialdemokraten wiedergewonnen werden konnte. Der 11. Wahlkreis (Schwaben 6) war 1907 in engerer Wahl gegen die Nationalliberalen gewonnen, er wurde bei der Ersatzwahl in engerer Wahl an die Nationalliberalen verloren. Dafür gewann das Zentrum neu den Wahlkreis Hessen 8 vom Bunde der Landwirte in einer Stichwahl gegen die Freisinnige Volkspartei. Das Zentrum hat also von 11 frei gewordenen Mandaten 10 wiedergewonnen und 1 verloren, dafür aber 1 Wahlkreis neu gewonnen.

Von dem Besitzstande der Polen waren 5 Wahlkreise freigeworden, die im Jahre 1907 alle im ersten Wahlgange gewonnen waren. Davon wurden 4 (Posen 9, Oppeln 7, Posen 7 und Posen 4) bei den Ersatzwahlen gleich im ersten Wahlgange wiedergewonnen, während der Wahlkreis Posen 1 bei der Ersatzwahl erst in einer Stichwahl gegen die Nationalliberalen wiedergewonnen werden konnte.

Von den 1907 den Sozialdemokraten zugefallenen Wahlkreisen waren für 4 Wahlkreise Ersatzwahlen erforderlich geworden. Davon waren 3 (Sachsen 17, Sachsen 19 und Berlin 4) 1907 im ersten Wahlgange gewonnen und wurden bei den Ersatzwahlen auch im ersten Wahlgange wiedergewonnen, während der dritte (Pfalz 1), der 1907 erst in einer Stichwahl gegen die Nationalliberalen gewonnen war, in der Ersatzwahl gleichfalls bereits im ersten Wahlgange wiedergewonnen wurde. Außerdem haben die Sozialdemokraten in den Ersatzwahlen 9 Wahlkreise neu gewonnen und zwar gleich im ersten Wahlgange 4 Wahlkreise: Merseburg 4 von der Freisinnigen Volkspartei, Sachsen-Weimar 2 von der Wirtschaftlichen Vereinigung, Württemberg 2 von den Nationalliberalen und Sachsen 20 von der Deutschen Reform-Partei; 5 Wahlkreise gewannen sie erst in Stichwahlen, und zwar: Pfalz 2, Sachsen-Coburg-Gotha 1 und Frankfurt 4 von den Nationalliberalen in Stichwahlen gegen sie, Stettin 2 von der Freisinnigen Vereinigung in Stichwahl gegen die Deutsch-Konservativen und Hessen 2 von den Nationalliberalen in Stichwahl gegen den Bund der Landwirte. Die Sozialdemokraten haben also in den Ersatzwahlen 4 Wahlkreise wiedergewonnen und 9 Wahlkreise neu gewonnen.

Die Christlich-Sozialen verloren den 1907 im ersten Wahlgange gewonnenen Wahlkreis Arnsberg 1 in einer Stichwahl gegen die Nationalliberalen. Der Bund der Landwirte verlor den 1907 in einer Stichwahl gegen die Freisinnige Volkspartei gewonnenen Wahlkreis Hessen 8 an das Zentrum, das ihn in der Ersatzwahl in engerer Wahl gegen die Freisinnige Volkspartei gewann. — Die Deutsch-Sozialen verloren den 1907 in engerer Wahl gegen die Nationalliberalen gewonnenen Wahlkreis Hessen 1 bei der Ersatzwahl an die Wirtschaftliche Vereinigung in engerer Wahl gegen die Sozialdemokraten. — Die Welfen endlich gewannen neu den Wahlkreis Hannover 6 von den Nationalliberalen in einer Stichwahl gegen diese.

Hiernach ist das Endergebnis der bis jetzt stattgefundenen Ersatzwahlen folgendes. Es haben verloren die Deutsch-Konservativen und die Nationalliberalen je 3 Wahlkreise, die Deutsche Reform-Partei, die Christlich-Sozialen, die Deutsch-Sozialen, der Bund der Landwirte



je 1 Wahlkreis. Gewonnen haben die Sozialdemokraten 9 Wahlkreise, die Welfen 1 Wahlkreis. *G. Tenius.*

Veröffentlichungen über die Volkszählung im Deutschen Reich von 1905. (Forts. zu Nr. 5, 6 und 8 des 2. und Nr. 1 und 3 des 3. Jahrgangs.)

Für die freie Stadt Hamburg ist im Stadtgebiet die Zahl der ortsanwesenden Bewohner nach dem Geschlecht und nach Straßen und Stadtteilen veröffentlicht, wobei auch die Länge der Straßen, die Anzahl der Grundstücke, der Wohnungen und der Geschäftslokalitäten gegeben sind. Die Angaben für das Landgebiet beschränken sich auf die Zahl der bebauten Grundstücke, der Wohnungen und der Einwohner in den Gemeinden, Ortschaften und Straßen.

Sowohl die vorübergehend Anwesenden als auch die vorübergehend Abwesenden sind nach dem Geschlecht für die einzelnen Stadtteile ausgezählt. Als Wohnsitz (bei den vorübergehend Anwesenden) oder als Aufenthaltsort (bei den vorübergehend Abwesenden) sind angeführt: Hamburger Staat (Stadtgebiet vom Landgebiet gesondert), Nachbargebiete, Deutsches Reich, übriges Europa, europäische Länder, Auswanderer (bei vorübergehend Anwesenden) und zusammengefaßt: auf See, auf Reisen, unbekannt (bei vorübergehend Abwesenden).

Die Auszählung nach Alter und Familienstand ist nach folgenden Kombinationen durchgeführt: sowohl für den Staat als auch für die Stadt Hamburg ist das Alter bis 2 Jahre nach Monaten, bis 25 Jahre nach Jahren und im übrigen nach Jahrfünften gegeben. Der Familienstand ist dabei berücksichtigt. Außerdem zählte man die Bevölkerung nach den einzelnen Geburtsjahren aus unter Angabe des Geschlechts- und Familienstandes. Für die einzelnen Stadt- und Landesteile sind nach dem Geschlecht die Kinder unter 15 Jahren, und zwar gesondert: noch nicht schulpflichtige und schulpflichtige, nachgewiesen und zugleich die Erwachsenen nach dem Familienstand.

Bei den zusammenlebenden Ehepaaren sind die Altersklassen des Mannes (nach Jahrfünften) kombiniert mit dem Altersunterschiede (in einzelnen Jahren) zwischen Mann und Frau.

Die Tabelle über das Religionsbekenntnis gibt 132 Bekenntnisangaben. Dabei werden unterschieden die männlichen und weiblichen Personen und hiervon die über 14 Jahre alten. Eine weitere Altersgliederung (bis 5, 5—10, 10—12, 12—14, 14—15, 15—18, 18—20, 20—21, 21—25, 25—30 Jahre und weiter in Jahrzehnten) berücksichtigt nur Evangelisch-Lutherische, Reformierte, Katholiken, andere Christen, Israeliten, andere Bekenner, keiner konfessionellen Richtung Angehörige und solche ohne Religionsangaben. Eine gleiche Einteilung der Religionsbekenntnisse wurde kombiniert mit den einzelnen Stadtteilen, Gemeinden und Gebietsteilen und wurde ferner verwendet für die Kombination des Religionsbekenntnisses des Mannes mit demjenigen der Frau. Auch für die Bewohner der Kirchspiele ist dieselbe Bekenntnisgliederung angewendet, wobei die evangelisch-lutherischen Bewohner noch besonders nach Geschlecht und Alter (ob Kinder oder Erwachsene) unterschieden sind.

Was die Staatsangehörigkeit betrifft, so werden die Angaben darüber für die einzelnen Stadtteile und Landherrenschaften gemacht; eine Altersgliederung der verschiedenen Staatsangehörigen nach Gruppen von 0—15, 15—20, 20—25, 25—50, 50—70 und über 70 Jahren schließt sich an.

Die Angaben über die Gebürtigkeit berücksichtigen die deutschen Staaten, die europäischen Länder, Amerika (besonders die Vereinigten Staaten), Asien, Afrika, Australien und „auf See" und zwar kombinieren sich diese Gruppen mit dem Alter (0—5, 5—15, 15—30, 30—50, 50—60, 60—70, über 70 Jahre). In derselben Weise werden in einer Sondertabelle die in den einzelnen deutschen Staaten Geborenen gruppiert Die Gebürtigkeit in den einzelnen Stadtteilen und Verwaltungsbezirken ist erfaßt, indem man die Geburtsorte in folgender Weise gruppierte: Zählort, übriges hamburgisches Gebiet, Schleswig-Holstein, Reg.-Bez. Stade, Reg.-Bez. Lüneburg, Prov. Hannover, Königreich Preußen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Deutsches Reich, übriges Europa, andere Erdteile, auf See, ohne Angabe. Einzelne der Geburtsländer werden in besonderer Tabelle noch weiter gegliedert.

Auch über die Dauer der Anwesenheit der Fremdgeborenen in Hamburg, gruppiert nach Stadtteilen und nach dem Geschlecht, wird nach Einzeljahren (bis zum 5. Jahre), dann nach Jahrfünften Aufschluß gegeben. Die nicht in Hamburg Geborenen werden gesondert von den wieder zugezogenen Hamburgern und nach Altersklassen uud Zuzugszeit nachgewiesen. Auch ist die Dauer der Anwesenheit mit den Altersklassen 0—15, 15—30, 30—50, 50—60 und über 60 Jahre in Verbindung gebracht.

Die Ergebnisse der Volkszählung 1905 wurden veröffentlicht in der Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XXIII und XXIV.

Berlin hat seine Alterstabelle nach Geschlecht und Jahrfünften mit den Standesämtern kombiniert und nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren mit dem Familienstande. Die Religionstabelle ist nach Muttersprachen und Geschlecht gegliedert und weist auf: Evangelische (einschl. Sektierer), Katholiken, Dissidenten und anderen Christen, Juden und ferner zusammengefaßt: andere Religion, Konfessionslose, unbestimmte Religion. Die Zuzugszeit wurde nach Geschlecht bei den geborenen Berlinern und bei den auswärts geborenen gesondert ausgezählt in Verbindung mit den Geburtsjahren (bis 1866 in einzelnen Jahren, von 1865 ab nach Jahrfünften).

Die Gebürtigkeitstabelle nach Geschlecht gesondert kombiniert das Geburtsland mit den Altersgruppen 0—15, 15—20, 20—30, 30—60, 60—70, 70 Jahre und darüber. Insbesondere wurden auch hier die in den deutschen Großstädten Geborenen nachgewiesen.

Eine Sonderfrage auf der Zählkarte gab das Material für eine Auszählung der Ernährungsweise der lebenden Kinder im ersten Lebensjahre und zwar nach Lebensmonaten. Es wurde als Ernährungsweise unterschieden: Muttermilch, Ammenmilch, Tiermilch, Surrogate, Tiermilch und Surrogate, Brust- und Tiermilch, Brustmilch und Surrogate, Brust-, Tiermilch und Surrogate, sonstige Angaben. Eine andere Tabelle kombinierte die lebenden Kinder im ersten Lebensjahre nach der Ernährungsweise sowie nach dem Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes, wobei das 13. bis 50. Lebensjahr in Betracht kamen. Als Ernährungsarten wurden angeführt: Muttermilch allein und mit anderer Nahrung, Ammenmilch allein und mit anderer Nahrung, andere Ernährung, Ernährung unbekannt. Das Geschlecht der Kinder zusammen wurde bei dem betreffenden Altersjahr der Mutter angegeben.

Veröffentlicht wurden die Berliner Resultate im Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin, 31. Jahrgang. (Forts. folgt.)

Titelanzeigen.

3. Literatur der Statistik des Hygiene- und Sanitätswesens,

hauptsächlich des Jahres 1910.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

3. Schriften und Abhandlungen über Spezialgebiete.

Gruppen: Arbeiter- und Berufskrankheiten — Säuglingspflege. — Schulgesundheitspflege.

Ordnung der Titel innerhalb der Gruppen: Allgemeines. — Deutsches Reich und Bundesstaaten. — Deutsche Städte. — Ausland.



Epstein, M., Bericht d. Kommission für Arbeiterhygiene und -Statistik der Abteilung für freie Arztwahl. 1907 bis 1909. München 10.

Kaltenbach, Baldrian, Statistische und kasuistische Beiträge zur chronischen Bleivergiftung. Diss. Leipzig 10.

Kolb, K., Der Einfluß des Berufes auf die Häufigkeit des Krebses. Ztschr. f. Krebsforschg., IX. Bd. Berlin 10, S. 445—468.

Wieber, F., Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie nebst statistischen Erhebungen über Lohn, Arbeitszeit und hygienische Verhältnisse. Duisburg 10, Verlag des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Lübben, M., Statistische Erhebungen über den Gesundheitszustand von 2500 Schwestern der B. O. K. D. Unterm Lazaruskreuz 10. 10, S. 105—09.

(II. 13) Bogner, F., Krankheits- und Sterblichkeitsverh. bei den Porzellanarbeitern Deutschlands. D. Vierteljahrsschrift f. öff. Gesundheitspflege 09. 2.

Bekämpfung d. Bleivergiftung im Maler- u. Anstreichergewerbe. Erhebungen. (106 S.) Hamburg (22, A. Tobler) 10. ℳ 1.—.

Krankheits- u. Sterbefälle bei den Beamten u. Unterbeamten der Reichspost- usw. -Verwaltung 1908. Stat. d. Reichspost- usw. -Verwaltung für 1908. Berlin 10, S. 117 u. 128.

Milde, Die Invaliditäts- und Krankheitsverhältnisse bei den größeren preußischen Knappschaftsvereinen. Ztschr. d. Oberschl. Berg- u. Hüttenm. Vereins 09, Januar. S. 1—32.

Sanitätsbericht des oberschlesischen Knappschaftsvereins f. 1907. Kattowitz O.-S. 10.

Werner, G., Unfälle und Erkrankungen im Steigerverband des Ruhrbergbaues. (46 S.) Essen 10.

Verhältnisse, Die gesundheitlichen u. hygienischen, der Metallgießereien Groß-Berlins. Statistische Aufnahme der Ortsverwaltung. (43 S. Großquart.) Berlin, A. Eohen.

Krankenstatistik der städtischen Berufsfeuerwehr in Frankfurt a. M. 1908. Verw.-Ber., Frankfurt a. M. 10, S. 243.

Gesundheitsverhältnisse der arbeitenden Kinder in Österreich. (Soz. Rdsch. 11, 1., S. 129ff.)

Bleivergiftungen in hüttenmännischen und gewerblichen Betrieben. VII. Tl. Bericht über die Erhebgn. in Buch-, Steindruckereien usw. und in Schriftgießereien. (VI, 78 S.) Wien 10.

Gesundheitsverhältnisse, Die, der Wiener Arbeiterschaft 1910. Regelmäßig in d. Soz. Rdsch.

Arbeiterhygiene in Ungarn 1908. Volksw. Mitt. 09, Sp. 1457—68.

Vooys, J. P., Bleivergiftung in den polygraphischen Gewerben in den Niederlanden. (27 blz.) Amsterdam, J. Müller, fl. 0,10.

— Über Bleivergiftung in der niederländischen keramischen Industrie. (84 blz.) Amsterdam, Ebd. fl. 0,25.

Zusammenstellung, Tabellarische, der wichtigsten Anstalten u. Einrichtungen auf d. Gebiete der Säuglingsfürsorge. Düsseldorf 09.

Sanders, Wochenbetts- u. Säuglingsstatistik. Ztschr. f. Geburtsh., Bd. 66, 10 I, S. 1—18.

Festschrift zur Eröffnung des Kaiserin Auguste Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche. Herausgegeb. von v. Behr-Pinnow, Dietrich, Hoffmann, Langstein, Czerny, Heubner, Keller, Rübner. Redigiert von G. O. M. R. D. Dietrich. (150 S.) Berlin 10.

Groth, Alfred u. Martin Jahn, Die Säuglingsverhältnisse in Bayern. Ztschr. B. St. L. A. 10. I, S. 78 bis 164.

Behrens u. Schiller, Die Säuglingsfürsorge des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe im Jahre 1908 nebst einem Bericht über das weitere Schicksal der Kinder aus den beiden Vorjahren. Leipzig 09.

(II. 233) Knöpfel, Statistik der Säuglingssterblichkeit im Grßh. Hessen i. d. Jahren 1863—1900 [Schr. d. Grßh. Zentralstelle f. Mutter- und Säuglingsfürsorge in Hessen. 1.] Darmstadt. (55 S.)

(II. 44) Brüning, H., Die Säuglingssterblichkeit im Grßh. Mecklenburg-Schwerin, ihre Ursachen u. ihre Bekämpfung. (154 S.) Wiesbaden 09.

Deneke, C. u. W., Torn, Ergebnisse e. Stillstatistik im Reg.-Bez. Magdeburg f. d. J. 1906 u. 1907. (56 S) Wien 09.

(I. 83) Baum, Marie, Sterblichkeit und Lebensbedingungen der Säuglinge im Kreise Neuß. (46 S.) Leipzig, Vogel.

v. Frankenberg, H., Fürsorge für Wöchnerinnen u. Säuglinge 1906. (St. J.-B. d. Städte, Breslau 09, S. 276—285.)

Milchküchen, Die städtischen, in Breslau 1908. Bresl. Unt. 10, S. 446—76.

Säuglingsfürsorge, Die, in Charlottenburg 1908. M. St. N. 09, III, 453—54.

Baum, Marie, Bericht des Vereins f. Säuglingsfürsorge im Reg.-Bez. Düsseldorf über das 3. Geschäftsjahr 1909/10. Düsseldorf 10.

v. Drigalszki, Bericht z. Bekämpfg. d. Säuglingssterblichkeit u. Verbreitung der Milch als Volksnahrungsmittel in Halle a. S. (37 S.) Jena 09.

Sieveking, Die Säuglings-Milchküchen d. Patriotischen Gesellschaft in Hamburg 1907—1909. Hamburg 10.

Übersicht über die städtische Säuglingsfürsorge in Magdeburg. Verw.-Ber. 08/09, S. 582—83.

Säuglingsfürsorge, Die städtische, in Magdeburg. Im Halbj. April—Oktober 1908. (56 S.) Wien 09.

Würtz, Ad., Säuglingsheilstätte u. Säuglingsfürsorge in Straßburg 1901—1909. Straßb. Med. Ztg. 10. 4, S. 109—114.

Kaup, J., Die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder. Tatsachen u. Vorschläge. (132 S.) Berlin 10.

Ergebnisse, Die, der Sommerpflege in Deutschland. (Ferienkolonien) i. J. 1908. Bericht d. Zentralstelle. Berlin 10. (75 S.)

Lewandowsky, A., Ausübung u. Ergebnisse der Schulhygiene in den Volksschulen des deutschen Reiches nach dem Stande vom Sommer 1908. Im Auftrage der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Ausschuß für Gesundheitspflege. Berlin 09. (32 S.)

(III. 51) Untersuchungen, Schulärztliche, in den Volksschulen des Hamburgischen Staates im Schuljahr 1909/10. Hamburg 10.

Marcuse, Statistik zahnärztlicher Fürsorge für die Gemeindeschüler deutscher Stadtverwaltungen. Berlin W 62, Bayreuther Straße 14. (16 Sp.)

Hartmann, A. u. Paul Meyer, Berichte über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte 1905—1908. Berlin 09.

Ritter, Die zahnärztliche Behandlg. der Waisenkinder der Stadt Berlin. (40 S.) Berlin 09.

Schulgesundheitspflege mit Kinderkrankheitsstatistik der Stadt Frankfurt a. M. 1908. Verw.-Ber. Frkf. a. M. 10, S. 331ff.

(III. 85 u 115) Wolff, Die Körper- u. Gebrechlichkeitspflege bei den Schulkindern in Halle a. S. Stat. Monatsh. 10, N 10 u. 11.

(II. 211) Ferienkolonien in Halle im Jahre 1909. Stat. Monatsber. d. Stadt Halle a. S. 09, 12.

Schulärztliche Statistik. Verw.-Ber. d. Stadt Halle a. S. f. 1908. Halle 10, O. 192—206.

Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen in den Münchener Werktagsschulen im Schuljahr 1907/08. Münchener Jahresübersichten f. 1908, II. Teil. München 09, S. 76.

Bericht des Schularztes für die Landgemeinde des Kreises Offenbach über seine Tätigkeit 1909. Offenbach 10.

Winter, M., Bericht über den schulärztlichen Dienst in den 26 Fortbildungsschulen Wiens im Jahre 1909/10. Das Österr. Sanitätswesen. Wien 10, 51.

Jahrbuch d. Schweizerischen Gesellschaft f. Schulgesundheitspflege. X. Jg 1909. (734 S.) Zürich 09.

Fragekasten.

L. F. in D. Die Veröffentlichungen des Kais. Stat Amts in Berlin über die Berufs- und Betriebszählung von 1907 sind nunmehr nabezu abgeschlossen. Zu den Ihnen in Nr. 8 (1910) Sp. 255 unter Bezugnahme auf Nr. 3 (1910) Sp. 94 genannten Bänden der „Statistik d. D. Reichs" sind noch hinzugekommen für die Berufszählung: Bd. 210 [1] u. [2]: Bevölkerung nach Hauptberuf und Gebürtigkeit (Landesteile und Großstädte) für die gewerbliche Betriebszählung Bd. 214: Motoren, Arbeitsmaschinen, Unternehmungsformen, Betriebe in der Hand eines Inhabers, öffentliche Betriebe (Reichsübersichten). Es fehlen also nur noch die zusammenfassenden Darstellungen der Ergebnisse der 3 Zählungen (Bd. 211, 212 [2b], 220) und die Ergänzungsbände (Bd. 221, 222) mit den Verzeichnissen der Berufs- und Gewerbebenennungen Diese Bände sind sämtlich in Bearbeitung und werden bis zum Herbst erscheinen

---

Infolge Pensionierung des bisherigen Inhabers ist die Stelle des **Direktors** des hiesigen Statistischen Amts zum 1. April nächsten Jahres neu zu besetzen. Das Gehalt der Stelle betrug bisher 5200 bis 7200 ℳ.

Bei der Neubesetzung kommen nur solche Bewerber in Betracht, die sich über vollkommene fachliche Ausbildung ausweisen, in ähnlichen Stellen bereits praktisch sich bewährt haben, sowie neben Gewandtheit und Regsamkeit eine genaue Kenntnis der städtischen Gemeinde-Verwaltung besitzen. Bei besonders guter Qualifikation können mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung höhere Gehaltssätze zugebilligt werden.

Es ist in Aussicht genommen, die Anstellung zunächst auf einjährige Probe mit vierwöchigem Kündigungsrecht stattfinden zu lassen.

Anmeldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs sowie der erforderlichen Zeugnisse und Mitteilung der Gehaltsansprüche werden bis zum 1. November d. Js. unter der Adresse: „An den Herrn Oberbürgermeister, Cöln, Rathaus" erbeten.

Cöln, den 31. Juli 1911. Der Oberbürgermeister.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Hierzu eine Beilage: Deutsche Statistische Gesellschaft. Niederschrift der Verhandlungen der konstituierenden Versammlung Dresden 17. Juni 1911.



Nr. 7 3. Jahrgang 1. Oktober 1911

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Inhalt:

Die in den „Besprechungen" dieser Nummer nicht vorkommenden Abschnitte betreffen: Todesursachen, Bau- und Wohnungswesen, Vermögen und Einkommen, Grundbesitzstatistik, öffentl. Gewerbebetriebe, Handel und Verkehr, Bank-, Geld- und Kreditwesen, Arbeiterstatistik, Arbeitgeberorganisationen, Gesellschaften und Genossenschaften, Kirchen- und Konfessionswesen, Wahlen, Polizei, Armenwesen, Unterrichts- und Bildungswesen, Justiz, statist. Sammelwerke und sonst. statist. Quellenveröffentlichungen, Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Zur Erhebungstechnik der Volkszählungen.[1]

2. Österreich-Ungarn.

Von Dr. **Hermann von Pfaundler.**

Die Anfänge der österreichischen Volkszählungen in ihrer heutigen Gestalt gehen zurück auf die um die Mitte des 18. Jahrhunderts eingeführten Seelenkonskriptionen; diese sollten alle 3 Jahre vorgenommen werden und hatten ihre Ursache hauptsächlich im volkswirtschaftlichen und politischen Interesse an der Gestaltung der Volkszahl im ganzen. Objekt der Zählung war die effektive Bevölkerung; die Durchführungsorgane waren Zivilbehörden. Von großem Einfluß auf das österreichische Volkszählungswesen war dann die Reorganisation des österreichischen Heerwesens mit der Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1769. Die Volkszählungen wurden von da an in den Dienst der Heeresverwaltung gestellt: dem militärischen Bedürfnisse wurde die ganze Technik und Organisation der Erhebung angepaßt, an Stelle der effektiven Bevölkerung wurde die zuständige Bevölkerung erhoben; Durchführungsorgane waren zumeist Militärbehörden und der Hauptzweck jeder Zählung war eigentlich die Evidenzhaltung der wehrpflichtigen Personen. Erst das Volkszählungsgesetz vom 23. März 1857, nach dem nur die Zählung im Jahre 1857 durchgeführt wurde, und das jetzt noch in Kraft stehende Volkszählungsgesetz vom 29. März 1869 R. G. Bl. Nr. 67 haben hier eine Änderung vorgenommen. Für die ungarischen Volkszählungen können die alten Seelenkonskriptionen in Österreich gleichfalls als Vorgänger bezeichnet werden. Zwar wurden schon in den Jahren 1720 und 1725 mit Zustimmung des ungarischen Reichstages Landeskonskriptionen durchgeführt, doch waren diese, da sie bloß auf die Erhebung der steuerpflichtigen Grundstücke und Zählung der Familienhäupter (ohne Familienglieder) mit Außerachtlassung der Geistlichen und des Adels gerichtet waren, eigentlich nur Steuerkonskriptionen. Als allgemeine Volkszählung in Ungarn kann erst die auf Anordnung Kaiser Josefs II. im Jahre 1785 vorgenommene gelten. Diese und die folgenden bis zum Jahre 1857 wurden infolge des damaligen staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn gemeinsam mit den Volkszählungen in Österreich von Wien aus durchgeführt. Demnach waren die Technik der Erhebung und ihre Organisation in beiden Ländern gleich. Erst seit dem Jahre 1867 ist die Entwicklung der ungarischen Volkszählungen eine selbständige. In Bosnien und der Herzegowina sind schon vor dem Jahre 1878 unter der türkischen Regierung Volkszählungen durchgeführt worden; doch blieben die Erhebungstechnik sowie die Prinzipien, nach welchen sie vorgenommen wurden, unbekannt. Für die erste nach der Okkupation erfolgte Zählung im Jahre 1879 wurde der Grundsatz aufgestellt — und so blieb es auch bei den folgenden Zählungen — daß, soweit es die Landesverhältnisse zulassen, die für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder geltenden Normen rezipiert werden sollen.

Das österreichische Volkszählungsgesetz vom Jahre 1869 normiert die regelmäßige Wiederkehr (alle 10 Jahre) und den Zeitpunkt der Zählung, die Verpflichtung zur Auskunftserteilung unter Strafandrohung, sowie das Minimum des zu Erhebenden, gibt aber darüber hinaus auch genaue Vorschriften über die Vornahme und Organisation der ganzen Zählung und gestattet die Aufnahme weiterer Fragepunkte in die Erhebungsformulare. Mit dem Vollzuge des Gesetzes ist der Minister des Innern betraut; demgemäß erscheint vor jeder Volkszählung im Reichsgesetzblatt eine Verordnung des Ministeriums des Innern, welche die zu verwendenden Formularien und die Belehrung zur Ausfüllung dieser enthält. Die Statistische Zentralkommission ist dazu berufen, Vorschläge für diese Durchführungsverordnung zu er-

1) Siehe auch Nummer 5 dieses Jahrgangs.

statten. Während nun die gesetzliche Regelung der Hauptfrage gewisse Vorteile hat (Sicherung der regelmäßigen Vornahme, Unabhängigkeit von politischen Strömungen, größere Autorität u. a.), ist sie für das Erhebungsverfahren weniger geeignet und behindert die Einführung technischer Neuerungen. Die rasch wechselnden Ansprüche, die von der Legislative, der Wissenschaft und der Verwaltung an die Zählung gestellt werden und besonders die damit verbundene Notwendigkeit, stets neuere vollkommenere Erhebungsmittel einzuführen, lassen hier den rasch und ungehemmt funktionierenden Verordnungsweg als zweckmäßiger erscheinen. In Ungarn bedarf seit 1867 jede Volkszählung eines eigenen Gesetzes (was jedoch bestritten wird), so daß stets wesentliche Neuerungen durchgeführt werden können. Bis zum Jahre 1897 wurden die Erhebungsformulare im Verordnungswege festgesetzt, seither unterliegen jedoch auch diese der Genehmigung des Reichstages. Bisher wurde an der Übereinstimmung mit den österreichischen Zählungsjahren festgehalten. In Bosnien und der Herzegowina wurde, dem geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse entsprechend, durch eine allerhöchst genehmigte Verordnung die Vornahme einer Volkszählung im Jahre 1910 angeordnet, deren Erhebungstechnik sich sehr dem österreichischen Muster nähert.

Als Stichtag der Zählung ist in Österreich der 31. Dezember der auf 0 endenden Jahre bestimmt; Ungarn hat bisher wohl aus praktischen Gründen am gleichen Stichtag festgehalten. Dagegen stimmen die Stichtage der Zählungen in Bosnien und der Herzegowina weder mit denen in Österreich und Ungarn überein, noch sind sie unter sich gleich geblieben. Bei der letzten Zählung wurde der 10. Oktober (1910) gewählt, womit auf die ungünstigen Verkehrsverhältnisse dieser Länder im Winter Rücksicht genommen wurde.

Die österreichisch-ungarische Monarchie erhebt die „ortsanwesende" Bevölkerung, ein leicht abgrenzbarer Begriff, womit Doppelzählungen und Auslassungen verhindert werden. Entscheidend ist für Ausfüllung der Erhebungsformulare genau der Stand mit Schluß des 31. Dezembers. Demnach ist beispielsweise nach der Duchführungsverordnung ein nach dem 31. Dezember 1910, wenn auch vor Ausfertigung des Erhebungsformulars geborenes Kind nicht aufzunehmen, dagegen ein nach dem 31. Dezember 1910, wenn auch vor Ausfertigung des Formulars Verstorbener zu verzeichnen. Personen, die sich mit Schluß des 31. Dezembers auf Reisen befinden, sind an dem Orte als anwesend zu zählen, in dem sie im Jahre 1911 zuerst wieder Wohnung hatten oder Nachtquartier nahmen. Wer sonst von seiner Wohnung im angegebenen Zeitpunkte abwesend war, ohne gleichzeitig anderwärts zu wohnen oder Nachtquartier zu haben, ist in dem für seine Wohnung bestimmten Erhebungsformular als anwesend zu zählen (Silvestergäste). Immerhin entgehen jedoch der Zählung eine Gruppe von Reisenden mangels Aufnahme in den Grenzbahnhöfen, sowie jene Personen, die tagelang in kein Quartier kommen oder in Spelunken ohne Anmeldepflicht übernachten.

Die österreichische Volkszählung ist schon gesetzlich an das Listensystem gebunden, ihre Erhebungseinheit ist — gleichwie bei der bosnischen Zählung, die ebenfalls Listen verwendet — die Wohnpartei. Diese Einheit hat den Vorteil, äußerlich leicht erkennbar zu sein und die möglichste Lückenlosigkeit der Erhebung zu sichern. Durch Aufnahme genauer Fragen nach den Beziehungen zum Haushaltungsvorstande soll das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Wohnpartei und Haushaltung klargelegt werden. Ungarn zählt die Individuen mit Zählkarten und faßt sie im Haussammelbogen nach der Wohnung geordnet zusammen. Es wird in erster Linie von den Aufbereitungseinrichtungen abhängen, welchem Systeme der Vorzug zu geben ist.

Ob die Erhebung als Selbstzählung vorgenommen werden kann oder durch amtliche Organe geschehen muß (freiwillige oder bezahlte), hängt schließlich vom Bildungsgrade der Bevölkerung ab; doch wird die Zählung durch wohlgeschulte Zählorgane, die in direkten Verkehr mit den Parteien treten und durch ihre Verschwiegenheitspflicht Garantie für die Geheimhaltung der Eintragungen geben, stets besseres Material liefern. Österreich hat im Verfahren mit Anzeigezetteln (in den Landeshauptstädten und größeren Gemeinden — teils gesetzlich, teils durch behördliche Verfügung bestimmt) streng genommen nicht Selbstzählung, sondern durch den Wohnungsinhaber, während im Aufnahmebogenverfahren (kleiner Gemeinden) die Ausfüllung durch meist bezahlte Zählkommissäre geschieht. Letzterem Verfahren ist auch der Vorgang bei der bosnischen Zählung nachgebildet. In Ungarn wird behördlich festgestellt, in welchen Orten die Einwohner die Zählkarten und Haussammelbogen selbst auszufüllen haben und wo dies durch bezahlte Zählkommissäre geschieht, deren Entlohnung in der Instruktion genau geregelt wird (Taggelder von 3—6 Kr oder Akkordlohn in 7 Stufen).

Die aktiven Militärpersonen werden in Österreich auf Grund des Gesetzes und in Bosnien auf Grund der Verordnung von den Militärbehörden mit Zählkarten gezählt; in Ungarn geschieht dies nur für die in militärischen oder vom Militär benützten Gebäuden untergebrachten Militärpersonen. Das k. und k. Militärtechnische Komitee sammelt das Material und übersendet nach Abfassung von Ortsübersichten die Originalzählkarten jener statistischen Zentralstelle, in deren Gebiet die Personen als anwesend gezählt worden sind und Abschriften davon an die statistische Zentralstelle jenes der 3 Staatsgebiete, dessen Staatsbürgerschaft (resp. Landesangehörigkeit) diese Personen besitzen. Werden hierdurch für die Zivilbehörden zwar Kosten und Arbeit erspart, so läßt sich doch dabei die Gefahr von Doppelzählungen und Auslassungen nicht ganz beseitigen und bildet sich eine Reihe von Erschwerungen für die Haushaltungs-, Familien- und Berufsstatistik sowie überhaupt die zentrale Aufbereitung.

Von erhebungstechnischer Bedeutung ist auch die Frage, ob mit der eigentlichen Volkszählung andere Erhebungen zu verbinden sind. Je weniger gefragt wird, desto williger und gewissenhafter wird geantwortet und desto verläßlicher ist das Resultat. Nur besondere Gründe [bedeutende Kostenersparungen, Wert der Gleichzeitigkeit, Vermeidung wiederholter Belästigung der



Bevölkerung] vermögen daher solche Nebenerhebungen bei der Volkszählung zu rechtfertigen. Die österreichische Zählung ist schon durch die Fragen nach Hauptberuf und Nebenerwerb mit mehreren Zusatzfragen (Berufswechsel, Betrieb, Wechselberuf) und mit kurzen Fragen nach dem Realbesitz überlastet überlaste, wird mit ihr gesetzlich die Erhebung der häuslichen Nutztiere, weiters die Häuser — und teilweise auch eine Wohnungserhebung in 3 Abstufungen verbunden. Ist für erstere der Stichtag sehr ungünstig, so macht sich die Überlastung durch letztere besonders fühlbar. Während die Wohnungserhebung, wie das Gesetz es vorsieht, nur in größeren Städten stattfindet, wird die Häusererhebung 1910 zum erstenmal mit den einfachsten Fragen auf alle Nebengebäude erstreckt. Es liegt auf der Hand, daß die teils im Gesetze begründete, teils im Verordnungswege festgesetzte, sehr ausgedehnte Fragestellung notwendigerweise eine Einschränkung im Ausarbeitungsplane zur Folge haben muß. Auch die ungarische Zählung ist zu umfangreich; sie enthält außer den Berufsfragen eine Grundbesitzerhebung mit Flächenangaben, eine Haus- und Wohnungserhebung, aber keine Viehzählung; doch kommen als besonders charakteristisch die für Wahlzwecke in die Zählkarte aufgenommenen Fragen über Wahlrecht und Steuerleistung der großjährigen, männlichen Personen hinzu. Der Umfang der bosnischen Zählung deckt sich im ganzen mit dem der österreichischen; die Berufserhebung ist insbesondere auf die genaue Unterscheidung von Gutsbesitzern, Freibauern und Kmeten ausgedehnt, die Häuser- und Wohnungszählung findet nur in 6 größeren Städten statt. Mit der Volkszählung ist auch eine Zählung der wichtigsten häuslichen Nutztiere verbunden.

Ist zwar die Schriftlichkeit der Erhebung, d. i. schriftliche Fragestellung und Beantwortung selbstverständlich geworden, so bestehen doch betreffs der Eintragungsart der Antworten Verschiedenheiten. Das Unterstreichen des Zutreffenden findet nur bei der Zählkarte in Ungarn und bei der Häuser- und Wohnungsstatistik statt, während das Eintragen bejahender oder verneinender Zeichen oder von Ziffern in bestimmte Felder bei allen 3 Zählungen ganz allgemein ist.

Für die Durchführung der Zählung sind in Österreich gesetzliche Termine gegeben. Im Monate Januar ist die Zählung in den Gemeinden zu vollenden, die Zeit von Februar bis Mai ist zur dezentralisierten Bearbeitung bestimmt, dann kommt das Material erst zur statistischen Zentralkommission — nach heutiger Auffassung ungewöhnlich lange Fristen, die eben den Stand der Erhebungstechnik vom Jahre 1869 zur Voraussetzung haben. Für die Beendigung der Selbstzählung durch den Anzeigezettel hat die Verordnung für die jüngste Zählung den 3. Januar festgesetzt; schon am 5. Januar mußten die Formulare mit dem Umschlagebogen (Häuser- und Wohnungsfragen) vom Hausbesitzer den Gemeindeorganen abgeliefert werden. Diese kurzen Fristen sollen der möglichsten Einhaltung des Stichtages dienen. Die ungarische Instruktion bestimmt, daß die Konskription an Ort und Stelle bis 10. Januar zu beenden ist ; für das Ordnen der Haussammelbogen und Zählkarten, sowie das Ausfertigen des Gemeindesammelbogens ist die Zeit bis 15. Januar bestimmt; bis 31. Januar muß das Material revidiert dem statistischen Zentralamt eingesendet werden. In der Verordnung für Bosnien ist der Durchführung der Erhebung allein ein Monat eingeräumt, mit der allgemeinen Weisung, möglichst rasch vorzugehen.

Die Überprüfung der Richtigkeit der Eintragungen obliegt in Österreich zunächst den Gemeindevorstehern, bzw. wo durch Zählkommissäre gezählt wird, diesen und in nächster Instanz den politischen Bezirksbehörden. Ungarn faßt regelmäßig mehrere Zählbezirke zu Überprüfungsbezirken zusammen, für die eigene Revisionsorgane bestellt werden, die eine ausführliche Überprüfung des Materials durchzuführen haben, doch steht schon den Zählkommissären in den Gemeinden das Recht zu, die Parteien wegen Vornahme von Korrekturen vorzuladen. In Bosnien ist die Kontrolle Sache der Bezirksämter.

Es sei noch hervorgehoben, daß entgegen dem fast allgemein durchgeführten Prinzipe der Zentralisation — dessen Vorzüge allerdings zunächst die Aufbereitung treffen — Österreich durch das Gesetz von 1869 zur dezentralisierten Aufarbeitung des mit Listen erhobenen Materials gezwungen ist (Verfassung der Orts-, Gemeinde- und Bezirksübersichten) und erst seit 1890 außerdem eine umfassende, zentralisierte Bearbeitung durch Verfassung der Landesübersichten sowie hauptsächlich durch Verarbeitung des Urmaterials mit Umlegung auf Lochkarten und mittelst elektrischer Zählmaschinen bei der statistischen Zentralkommission kennt. In Ungarn und Bosnien ist die Aufarbeitung mit Ausnahme der zur Kontrolle nötigen Übersichten zentralisiert.

Die Publikationen über die Ergebnisse der Volkszählungen besorgt in Österreich die statistische Zentralkommission, in Ungarn das königlich ungarische statistiche Zentralamt und in Bosnien das statistische Departement der Landesregierung.

Besprechungen.

I. Bevölkerungsstand.

Die Ehelosen, eine bevölkerungs- und sozialstatistische Betrachtung. Von Dr. Heinrich Haacke. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. III. Folge, Bd. 42 (S. 1—32).

Vielfach wird bei Untersuchungen, welche sich mit der Ehelosigkeit und deren Folgen befassen, die Frage von vornherein dadurch verwässert, daß den Darlegungen die Gesamtzahl der Ledigen zugrunde gelegt wird, und die so gefundenen Erscheinungen als typisch für die Träger der Ehelosigkeit hingestellt werden. Es liegt auf der Hand, daß man bei einem derartigen Vorgehen der eigentlichen Ehelosenfrage nicht gerecht werden kann, denn jeder Mann und jede Frau sind auch nach dem Erreichen der Ehemündigkeit in den meisten Fällen noch kürzere oder längere Zeit unverheiratet geblieben. Will man untersuchen, ob und inwiefern die Ehelosigkeit

statistisch erkennbare Folgen zeitigt, so muß man die Untersuchung auf die dauernd Ehelosen beschränken, denn nur diese, nicht etwa die Ledigen überhaupt, sind die Träger der Ehelosigkeit. Die Abgrenzung der dauernd Ehelosen macht insofern einige Schwierigkeiten, als die Ehelosigkeit an sich ja keine unveräußerliche Eigenschaft, wie etwa das Geschlecht, ist, vielmehr theoretisch bis zum letzten Atemzuge aufgehoben werden kann. Für praktische statistische Untersuchungen genügt indessen zur Abgrenzung nach unten eine Altersgrenze, nach deren Überschreiten erfahrungsgemäß nur mehr sehr wenige Personen heiraten. Als diese Altersgrenze ist das 40. Lebensjahr gewählt und dementsprechend werden unter „Ehelosen“ die ledigen männlichen und weiblichen Personen im Alter von über 40 Jahren verstanden.

Aus den Hauptergebnissen der Untersuchung, die im allgemeinen zeigt, daß die Ehelosen männlichen und weiblichen Geschlechts sich von der Masse der gleichaltrigen Geschlechtsgenossen nicht unwesentlich unterscheiden und zwar in der Mehrzahl der Fälle im ungünstigen Sinne, sei nur hervorgehoben, daß die weitverbreitete Ansicht von der stärkeren Kriminalität der männlichen Ehelosen nur von bedingter Gültigkeit ist. Unter der Zahl der über 40 Jahre alten wegen Vergehen und Verbrechen überhaupt verurteilten Männer sind zwar die unverheirateten stärker vertreten, als ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtzahl entspricht, indessen ist diese Erscheinung nur auf das Konto der ledig gebliebenen Gewohnheitsverbrecher zu setzen. Betrachtet man die Verurteilten ohne Vorstrafen, so zeigt sich, daß erstmalige Straffälligkeit unter den ehelosen Männern im Alter von über 40 Jahren seltener einzutreten pflegt als bei den gleichaltrigen Männern, welche in der Ehe stehen oder durch die Ehe gegangen sind. *H. Haacke.*

II. Berufsstatistik.

Was wissen wir über die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten im Deutschen Reiche? Von Dr. phil. Alfred Jacobssohn Nach: Nr. 23 u. 24 der „Arbeiter-Versorgung“, 1911 (Sonderabdruck.)

Verfasser prüft die Gehaltsgruppierung der Privatangestellten nach, die in der Begründung des zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Entwurfes eines Versicherungsgesetzes für Angestellte (Carl Heymanns Verlag, Berlin 1911, Seite 97) enthalten ist. Die „Begründung“ bemerkt nur, daß sie die Gehaltsgruppierung der Angestellten teils nach den in der sogenannten ersten amtlichen Denkschrift[1]) des Reichsamts des Innern vom 14. März 1907 bearbeiteten Erhebungen vorgenommen hat, die im Oktober 1903 vom „Hauptausschuß für die Pensionsversicherung der Privatbeamten auf staatlicher Grundlage“ veranstaltet wurden, teils nach der Statistik[2]) über die Lage der technischen Privatbeamten in Groß-Berlin (1907), teils nach den statistischen Erhebungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes über die wirtschaftliche Lage der Deutschen Handlungsgehilfen im Jahre 1908.[1]) Nähere Angaben über die Methode, nach der die Ergebnisse jener Erhebungen auf die Gesamtheit der bei der letzten Berufszählung ermittelten Privatangestellten übertragen wurden, sind in der „Begründung“ nicht enthalten. Verfasser zeigt nach einigen kritischen Bemerkungen über jene drei statistischen Quellen, daß die „Begründung“ die Gehaltsgruppierung der von der letzten Berufszählung ermittelten männlichen Angestellten in den Berufsabteilungen A (Land- und Forstwirtschaft) und E (Freie Berufsarten) nach den Gehaltsverhältnissen, die sich 1903 bei den Berufsgruppen I (Landwirtschaft, Brennereien und Molkereien) und VI (Rechtspflege, Gesundheitspflege und Kirchendienst) ergaben, und in den Berufsabteilungen B (Industrie, Bergbau und Bauwesen) bezw. C (Handel und Verkehr) nach den Ergebnissen der Statistik über die technischen Privatbeamten in Groß-Berlin bezw. der Handlungsgehilfenstatistik vorgenommen hat und zwar überall ohne Berücksichtigung der Alterszusammensetzung. In dieser Vernachlässigung der Altersgruppierung erblickt Verfasser einen erheblichen Mangel, da die von jenen drei Statistiken erfaßten Personenkreise eine wesentlich andere Altersverteilung aufweisen, wie die von der Berufszählung ermittelte Gesamtheit der männlichen Privatangestellten. Verfasser hält die Berücksichtigung der Altersgruppierung für wichtiger als die der Verteilung auf die verschiedenen Berufsgruppen und meint deshalb, daß die Gehaltsgruppierung fast ausschließlich nach den Erhebungen von 1903 vorgenommen werden muß, hauptsächlich weil bei einer Kombination dieser Erhebungen mit den beiden anderen statistischen Quellen die Altersgruppierung teilweise vernachlässigt werden müßte, denn die Erhebungen von 1903 enthalten keine Tabelle, aus der für jede Berufsgruppe oder auch nur für jede Berufsabteilung die Verteilung auf die verschiedenen Gehaltsgruppen innerhalb der einzelnen Altersklassen ersichtlich ist. Nimmt man die Gehaltsgruppierung der von der letzten Berufszählung ermittelten Angestellten in der angedeuteten Weise vor, so erhält man eine Tabelle, nach der sich die jährliche Beitragssumme, die sich bei Verwirklichung des vorliegenden Gesetzentwurfes ergeben würde, auf rund 214,1 Millionen ℳ berechnet, während die Begründung des Gesetzentwurfes nur rund 205,7 Millionen ℳ annimmt. Nun aber muß man noch berücksichtigen, daß sich die Zahl der Angestellten von Mitte 1907 bis Mitte 1911 um etwa 25% vermehrt und das allgemeine Niveau der Gehälter um mindestens 10% gehoben hat. Beachtet man diese beiden Momente, so muß man die jährliche Beitragssumme, die sich bei Durchführung des vorliegenden Entwurfes eines Versicherungsgesetzes für Angestellte ergeben würde, für den gegenwärtigen Augenblick (Mitte 1911) auf rund 300 Millionen ℳ schätzen, während man nach der „Begründung“ nur rund 200 Millionen ℳ annehmen müßte.

A. Jacobssohn.

---

1) „Verhandlungen des Reichstags“, Band 240, Seite 1114 ff.

2) D. St. Z. 1909, Sp. 139/140.

1) Verlag der Buchhandlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Hamburg 1910.



Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit, eine Studie der Bevölkerungsbewegung der deutschen Bergarbeiterbevölkerung. Von H. Pyszka. München 1911. (Diss.)

Ein statistisch noch zu wenig erschlossenes Gebiet Bevölkerungsbewegung in Kombination mit dem Beruf bildet das Objekt vorliegender Arbeit. Gerade in einer Zeit, in der die allgemeine Geburtenziffer stark im Rückgang begriffen, verdient diese Studie gewisse Beachtung. Geringerer oder größerer Wohlstand, höhere oder niedrige Lebenshaltung sind von einer Reihe namhafter Forscher als Ursache der neuzeitig abnehmenden Fruchtbarkeit nachgewiesen worden. Das gilt besonders für die Städte. Von dieser fast durchweg beobachteten Erscheinung weicht nun die Bergbaubevölkerung überall ab, und zwar auch in den Stadtkreisen, wie der Verfasser nachweist. Dies trotz der pekuniär nicht schlechten Lage des Bergmanns, die sich gegen früher wesentlich verbessert. Diese Erscheinung hängt mit der Eigentümlichkeit seines Berufes zusammen, die eine Steigerung der geistigen Lebenshaltung erschwert oder doch unmöglich macht. Die Schwierigkeit der Bergmannsarbeit, die mit ihr verbundene Lebensgefährdung, ihre Abgeschlossenheit vom Tageslicht, ihre Gebundenheit an bestimmte Plätze der Erde, ihre den Menschen abstumpfende Eigenart, die geographische und geistige Entfernung des Bergmanns von der Großstadt und ihrer Bevölkerung versagen dieser Bevölkerungsschicht andere höhere, geburtenvermindernde Bedürfnisse. So ist mit der erreichten besseren Lebenshaltung die Fruchtbarkeit hier nicht gefallen. In den Berechnungen der Studie wurden die Geburten-, Fruchtbarkeits- und Sterbeziffer, die Säuglingssterblichkeit, die Heiratsziffern, der Geburtenüberschuß, der Altersaufbau und die Wanderung der Bergbaubevölkerung nach den Berufszählungen nachgewiesen. Die Geburtenziffer der Bergleute ging nicht wie die der Gesamtbevölkerung zurück, sondern war immer im Steigen begriffen. Die stärker mit der polnischen Rasse durchsetzte Berufsbevölkerung weist immer mehr Geburten auf. Einen Einfluß der Konfession auf die Fruchtbarkeit konnte der Verfasser nicht nachweisen. Gegenüber andern Berufsbevölkerungen zeigt die Bergbaubevölkerung höchste Fruchtbarkeit. Sie war höher, als jene armer und kulturell rückständiger, landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung und höher als jene von Bezirken mit überwiegender Industriebevölkerung. Besonders fällt die hohe Fruchtbarkeit auf im Rheinland, wo doch mit steigender Lebenshaltung die natürliche Zunahme relativ abnahm. Dabei ist die uneheliche Fruchtbarkeit bei den Bergleuten sehr gering, da die sehr frühzeitigen Heiraten hier einschränkend wirken. Trotz äußerst zahlreicher Geburten hält sich die Sterblichkeit in relativ mäßigen Grenzen, auch die Säuglingssterblichkeit ist verhältnismäßig niedrig. Als Grund führt der Verfasser an, daß die Frau des Bergmanns nur zum geringen Teil gewerblich tätig ist, sich dagegen meist landwirtschaftlich beschäftigt oder Hausarbeit verrichtet, wodurch ihr mehr Zeit für die Kinderpflege bleibt. Da der Tod relativ wenig Opfer fordert, ist natürlich der Geburtenüberschuß hoch. Bezirke mit dem größten Wanderungsgewinn hatten den größten Geburtenüberschuß.

Um einige markante Zahlen zu bringen, teilen wir hier folgende der Tabelle 4 entnommene Ziffern mit. In Preußen machten im Jahre 1907 die dem Bergbau, Hütten- und Salinenwesen zuzurechnenden Geburten 10,7% aller Geburten des Staates aus, die Sterbefälle 6,9%, wobei beide Male die Totgeborenen einbezogen sind. Im Jahre 1907 ist nun gegenüber 1895 die Geburtenziffer im Staate Preußen von 38,1 auf 34,1 gesunken, bei den Bergarbeitern aber von 45,2 auf 53,4 gestiegen; die Sterbeziffer gesunken im Staate von 23,0 auf 18,8, im Bergarbeiterstande von 19,5 auf 18,5; der Geburtenüberschuß gewachsen im Staate von 15,1 auf 15,5, bei den Bergarbeitern von 32,0 auf 34,0. Das sind Zahlen, die auch den Bevölkerungspolitiker interessieren müssen. *E. Müller.*

Die Berufsgebürtigkeit in Halle a. S. 1909 und 1910. Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt Halle a. S. Januar 1911.

Bei der Entwicklung Deutschlands aus einem Agrar- zu einem Industrie- und Handelsstaat ist die Frage nach der Berufsgebürtigkeit von großem Interesse. Die Feststellung, in welchen Berufsgruppen und weiter in welchen sozialen Schichten dieser Berufsgruppen, die Geburtenhäufigkeit eine besonders große ist, ist für die Städte als Industrie- und Handelszentren äußerst wichtig. In Halle zeigte sich in den Jahren 1909 und 1910 bei der Landwirtschaft und den freien Berufen eine Geburtenhäufigkeit, die den Anteil dieser Berufsgruppen ziemlich stark übertraf (Landwirtschaft 5,1 bezw. 7,2% der Geborenen und 1,9% der Bevölkerung, freien Berufe 12,6 bezw. 12,3% gegen 8,8%). Hingegen war die Geburtenhäufigkeit in der Gruppe „ohne Beruf und Berufsangabe" erklärlicherweise relativ gering. Von den sozialen Schichten zeigten die der gelernten und ungelernten Personen eine im Vergleich mit ihrem Anteil an der Bevölkerung hohe Geburtenzahl, im Gegensatz zu den Schichten der Selbständigen und nicht leitenden Beamten. Bei sämtlichen Berufsgruppen war im Durchschnitt die Geburt von Knaben eine größere als die von Mädchen. Bei der Zerlegung in soziale Schichten verschob sich dieses Verhältnis in der Schicht der Selbständigen zugunsten der Mädchen. *J. Galle.*

III. Bewegung der Bevölkerung.

Einfluß der Kindersterblichkeit auf die Geburtenziffer. *(On the influence of Infantile Mortality on Birthrate.)* Von G. H. Knibbs, Bundesstatistiker des australischen Bundes in Melbourne. Sonderabdruck aus „*Journal of the Royal Society of New South Wales,* Bd. XLII, S. 238/250, und Bd. XLIV, S. 22/24.

In diesen beiden Abhandlungen wird darauf hingewiesen, daß eine weitgehende Vergleichung der Geburtenziffer verschiedener Länder zeigt, daß da, wo die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre groß ist, die Geburtenziffer zu steigen pflegt. Dies ist *a priori* zu erwarten, da die Anzahl der nichtstillenden Frauen größer ist. Werden entweder

alle Mütter von gestorbenen Kindern oder ein konstanter Prozentsatz derselben als einem gleichmäßigen Befruchtungsrisiko ausgesetzt angesehen, so werden auf gleiche Zunahmen in der Kindersterblichkeitsziffer annähernd gleiche, aber verhältnismäßig kleine Zunahmen in der Geburtenziffer folgen,

Dieser direkte Einfluß der Kindersterblichkeitsziffer auf die Geburtenziffer bleibt aber immer sehr klein, und wir kommen somit zur Idee einer Geburtenziffer, die von der Kindersterblichkeit nicht beeinflußt wird. Vorausgesetzt, daß q den Prozentsatz der Mütter bedeutet, welche einem Befruchtungsrisiko, das dem allgemeinen Risiko gleich ist, ausgesetzt sind, und daß μ und β die unkorrigierten Kindersterblichkeits- und Geburtenziffern sind, so wird auf eine Änderung von μ auf μ' eine Änderung von β auf β' folgen, so daß $\beta' = \beta\{1 + q\beta(\mu' - \mu)\}$, woraus folgt, daß die Variation entschieden linear ist, Wir können deshalb eine Geburtenziffer β_0 ableiten, welche einer vorausgesetzten Abwesenheit der Kindersterblichkeit entspricht, und sie in der Formel $\beta_0 = \beta(1 - k\mu)$ oder $\beta - b\mu$ ausdrücken, wo k und b für jedes Land gefunden werden. Die Resultate sind in einer auf eine größere Anzahl von Staaten bezüglichen Übersicht zusammengestellt, der für den australischen Bund und Neuseeland, Preußen, die Niederlande, Frankreich, das Verein. Königreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, Japan, Ceylon und Jamaica die Geburten und Todesfälle je eines Vierteljahrhunderts, für verschiedene andere Staaten die eines Jahres zugrunde liegen. Für Preußen z. B. ergibt sich aus den Geburten von 1881 bis 1905 und den Sterbefällen von 1882 bis 1906 zu β_0 der Wert 19,1, zu b + 0,085.

Das allgemeine Resultat für alle diese Staaten ist $\beta = 22.76 + 0.033\mu$. Der Koeffizient b ist seiner Natur gemäß im allgemeinen positiv; nur für Großbritannien und Irland wird sein empirischer Wert negativ. Dies zeigt, wie der Effekt leicht durch andere Faktoren maskiert werden kann. Es wird im fernern ausgeführt, daß sich kein allgemeines Gesetz für die ganze zivilisierte Welt aufstellen läßt, oder wenigstens keines, das sich auf einfache Weise mathematisch ausdrücken ließe. *G. H. Knibbs.*

La dépopulation de la France. Von Dr. J. Bertillon. *Bibliothéque générale des Sciences soziales* XXXVIII. Bd. Felix Alcan, Paris 1911. 6 Fr. 346 S.

Schon mit Rücksicht darauf, daß jenes vom Verf. behandelte Kapitel aus der Bevölkerungsstatistik allmählich auch für andere westeuropäische Staaten Wichtigkeit erlangen dürfte, rechtfertigt es sich wohl, an dieser Stelle auf Bertillons geistreiche, beachtenswerte statistische Arbeit aufmerksam zu machen. Den Ausgangspunkt der Abhandlung bildet eine Darstellung der gegenwärtigen *situation démographique* Frankreichs. Hier herrscht im Gegensatz zu anderen Ländern Stillstand oder gar Rückläufigkeit. Für das Jahr 1909 beziffert sich die Geburtenziffer auf 19,6, die Sterbeziffer auf 19,2, der Geburtenüberschuß also auf 0,4 auf 1000 Einwohner. Dies gegen die analogen Ziffern 33,0, 18,1 und 14,9 in Preußen. Frankreichs Sterbeziffer ist relativ hoch. Sie erklärt sich z. T. allerdings bei seinem glockenförmigen Altersaufbau aus dem starken Verhältnissatz alter Leute. Aus der jedoch systematisch betriebenen (Ref.) und sicher von Erfolg gekrönten (die großen Erfolge auf diesem Gebiete bei uns gerade in den letzten Jahren sprechen dafür) Verminderung der gegen andere Länder (z. B. Schweden, Norwegen) hohen Säuglingssterblichkeit dürfte wohl eine Abnahme der Sterbeziffer resultieren. Damit würde die Spannung zwischen Geburten- und Sterbeziffer eine Zunahme erfahren. Wenn man übrigens bedenkt (Ref.), daß in Frankreich durch die Häufigkeit der Geburten die Frauen nicht sonderlich stark belastet sind, könnten sie bei der geringen Kinderzahl der Kinderpflege mehr Sorgfalt zuwenden. Mit der geringen Geburtenziffer befindet sich die Säuglingssterblichkeit in Antagonismus. Durch den Rückgang der Geburtenziffer wird Frankreich eine Nation 2. oder 3. Ranges. Weiter nimmt sein militärischer Nachwuchs ab. Zudem ist die physiologische Qualität der Soldaten geringer als z. B. bei uns, was aus ihrer größeren Sterbeziffer gefolgert werden kann. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist diese Entvölkerung ein nationales Unglück. Bleibt doch das Volksvermögen hinter dem anderer Länder zurück. Frankreichs Industrie (Mangel an einheimischen Arbeitern, was aus belgischen Grenzinfiltrationen geschlossen werden kann!) ist rückständig. Im Welthandel hat es den Zahlen der Handelsstatistik nach an früherer Bedeutung verloren. Als Ursachen der *dépopulation* nennt der Verf. Abnahme der Fruchtbarkeit, besonders bei Wohlstand. Zu dem Zwecke vergleicht er Pariser wohlhabende Stadtteile mit armen, stellt er die armen industriereichen nördlichen Departements solchen mit abnehmender Fruchtbarkeit (auch auf dem Lande) gegenüber. An weiteren Ursachen nennt er übertriebenen Sparsinn, Rentierverlangen, Mangel an Unternehmungsgeist, die Wohnungsnot der armen Leute, Witwen- und Waisenelend, die Bevorzugung lediger oder doch wenigstens kinderloser verheirateter Personen auf dem Arbeitsmarkt. Auch Alkoholismus, Furcht vor der Knechtschaft der Mutterschaft, Zölibat und Konkubinat nennt er zur Aufdeckung ursächlicher Zusammenhänge. Es folgt ein Kapitel über die Verbreitung des Neomalthusianismus, der verbrecherischen Fehlgeburten und des Kindesmords. Diesen Ausführungen schließen sich an jene der Verbreitung im Interesse der Volksvermehrung. Endlich erscheint der Verf. mit Heilmitteln zur Behebung der sozialpathologischen Verhältnisse (Unterstützung an kinderreiche Familien usw.). *E. Müller.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Der Einfluß der am 31. März 1910 erfolgten Aufhebung der Schlachtsteuer auf die Fleischversorgung der Stadt Aachen. Beitr. z. Stat. der St. Aachen Nr. 1. Aachen 1911. 50 Pf. Mit 2 graph. Darst.

Aachen gehört zu den Städten, die bis zum 31. März 1910 städtische Abgaben auf Fleisch erhoben. Infolge der bekannten Bestimmung im Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 mußte diese indirekte Steuer fallen, wodurch der Stadt an Einnahmen 645156 ℳ (einschl. 37446 ℳ Wildbret- und Geflügelsteuer, die man mit der Schlacht-

steuer zugleich aufhob) verloren gingen; diese mußten auf andere Weise, insbesondere durch Erhöhung der direkten Steuern ersetzt werden. Die Schrift untersucht, ob der Wegfall der Schlachtsteuer auf die Fleischversorgung der Stadt einen Einfluß ausgeübt, insbesondere ob er eine Erleichterung der letzteren bewirkt hat. Eine exakte Beantwortung dieser Frage begegnet großen Schwierigkeiten. Die Hauptschwierigkeit ist, daß eine genaue Kenntnis der Preise des Fleisches im Kleinhandel schwer zu erlangen ist. Eine wirklich zuverlässige Fleischpreisstatistik gehört, wie wohl jeder praktische Statistiker zugeben wird, noch immer zu den schwierigsten Aufgaben der Städte-Statistik. Abgesehen davon mußte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß fast unmittelbar nach Aufhebung der Schlachtsteuer infolge der schlechten Futterernte des Jahres 1908 eine Erhöhung der Schlachtviehpreise der meisten Vieharten erfolgte. Diese erschwerte es den Metzgern sehr, der Aufhebung der Steuer durch eine dauernde Ermäßigung der Fleischpreise Rechnung zu tragen.

Der erste Abschnitt schildert kurz die Höhe und Art der aufgehobenen Steuer. Sie wurde in der Hauptsache nach Stücksätzen entrichtet, z. B. pro Ochse 32,70, pro Schwein 7,90 ℳ, wenn das Tier lebend in den Stadtbezirk eingeführt wurde. Die Steuer belastete alsdann das Pfund geschlachteten Fleisches, je nach der Größe und Schwere des Tieres, mit 3 bis 4½ Pfg. Bei dem Fleisch, das in geschlachtetem Zustande in den Stadtbezirk eingeführt wurde, war pro Pfund 6 Pfg. zu entrichten.

Der zweite Abschnitt der Untersuchung berichtet über die Gestaltung der Viehpreise vor und nach der Aufhebung der Steuer. Es ergibt sich, daß die Steigerungen, die die Viehpreise sehr bald nach dem Wegfall der Steuer erfahren haben, bei allen Viehsorten mit Ausnahme der Schweine wesentlich höher waren als die Belastung durch die ehemalige Steuer.

Der dritte Abschnitt behandelt die Bewegung der Preise des Fleisches im Kleinhandel, wobei zunächst eingehend die Methode und Einrichtung der aufgestellten Fleischpreisstatistik, unter ausführlicher Darlegung der Schwierigkeiten dieser Statistik dargelegt wird. In vorsichtiger Weise wird dabei als Ergebnis festgestellt, daß eine geringfügige Ermäßigung der Preise nach Wegfall der Schlachtsteuer zunächst eingetreten ist beim Schweinefleisch, sowie bei den geringwertigeren Stücken Rindfleisch und Hammelfleisch. Bei den wertvolleren Stücken Rind- und Hammelfleisch, sowie überhaupt beim Kalbfleisch ist eine Ermäßigung des Preises entweder nur für kurze Zeit oder überhaupt nicht zu verzeichnen. Jedoch haben sich hier zum größten Teil die Fleischpreise auf gleicher Höhe gehalten wie vor Aufhebung der Schlachtsteuer, obwohl die Viehpreise erheblich gestiegen waren. Es ist wohl anzunehmen, daß der Einfluß des Wegfalls der Steuer sich in dem Unterbleiben der Erhöhung der Fleischpreise, wie sie sonst infolge des Steigens der Viehpreise sicherlich eingetreten wäre, zeigt.

Im vierten Abschnitt wird noch untersucht, ob die Steueraufhebung einen Einfluß auf die Beschickung des Aachener Schlachtviehmarktes und auf die Schlachtungen gehabt hat. Es ergibt sich, daß ein solcher Einfluß nicht bemerkbar geworden ist.

Zum Schluß wird betont, daß ein endgültiges Urteil über den Einfluß der Steueraufhebung sich wohl erst fällen lassen wird, wenn die Störungen auf dem Viehmarkte infolge der Futternot beseitigt und die Viehpreise wieder auf den Stand vor Aufhebung der Schlachtsteuer zurückgegangen sind. Immerhin läßt sich schon heute sagen: Wenn man gegeneinander abwägt:

auf der einen Seite die Wirkung des Schlachtsteuerwegfalles auf die städtische Finanzwirtschaft, insbesondere die erforderlich gewesene Erhöhung der direkten Steuern, die in der Bürgerschaft wenig angenehm empfunden wurde;

auf der andern Seite den Einfluß der Steueraufhebung auf die Fleischversorgung, der allerdings in geringfügigem Umfange vorhanden, aber dem verbrauchenden Publikum bei seiner Geringfügigkeit nicht zum eigentlichen Bewußtsein gekommen ist, — so wird man ohne Zweifel die Aufhebung der Schlachtsteuer als einen Schritt bezeichnen müssen, der (namentlich in Anbetracht der fortdauernd steigenden Anforderungen an den Stadtsäckel) bedenklich war, weil er der Stadt beträchtliche Einnahmen raubte und anderseits eine tiefergehende, dem fleischverbrauchenden Bürger wirklich bemerkbare Erleichterung der Fleischversorgung nicht zu erzielen vermochte. Sicherlich ist der Preis, der in Gestalt der Aufhebung der Steuer zu zahlen war, zu hoch im Verhältnis zu dem geringfügigen Einfluß auf die Fleischversorgung. *M. Mendelson.*

Die Wirkungen des Wegfalls der indirekten Abgaben auf die Nahrungsmittelpreise in Dresden. 49. Ratsdrucksache, Dresden 1911.

Das Statistische Amt der Stadt Dresden hat Mitte Juni 1911 dem Rat auftragsgemäß einen Bericht über die Wirkungen des Wegfalls der indirekten Abgaben auf die Nahrungsmittelpreise in Dresden überreicht, in dem Preisbewegungen des letzten Jahres vor und des ersten Jahres nach der am 1. April 1910 erfolgten Aufhebung des sogenannten Oktroi, also von April 1909 bis März 1910 und April 1910 bis März 1911 einander gegenübergestellt sind. Einbezogen in die Untersuchung sind die Kleinhandelspreise der gangbarsten Sorten von Rindfleisch (Keule und Brust), Kalbfleisch (sogenannte übrige Teile, d. h. nicht Schnitzelfleisch und Keule), Hammelfleisch (Kochfleisch), Schweinefleisch (Karree und Bauch) nebst rohem und geräuchertem Speck und Schweineschmalz, ferner von Brot (Plauensches, II. Sorte), Roggenmehl (Nr. 0), Weizenmehl (Kaiserauszug), und zwar Fleisch und Fleischwaren nach Erhebungen bei 14 Dresdner Fleischern in verschiedenen Stadtgegenden, Brot nach Notierungen an 4, Roggen- und Weizenmehl nach Notierungen an 7 Erhebungsstellen. Neben diesen Kleinhandelspreisen sind geprüft die Großhandelspreise für Ochsen (vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren), Kälber (feinste Mast- und beste Saugkälber), Schafe (Mastlämmer), Schweine (vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis zu 1¼ Jahren) nach Notierungen im Schlacht- und Viehhofe, ferner für Roggenmehl (Nr. 0) und Weizenmehl (Kaiserauszug) nach Notierungen an der Produktenbörse.



In einer ersten Tabellengruppe sind gleichmäßig für Klein- und Großhandel die höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Notierungen am Anfang eines jeden Monats der beiden Vergleichsjahre, in einer zweiten die jeweiligen höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Wochennotierungen im Klein- und Großhandel drei Monate vor (Januar, Februar, März 1910) und drei Monate nach Aufhebung des Oktroi (April, Mai, Juni 1910) nebenoder untereinander gestellt. Die Durchschnittsnotierungen sind aus der Summe sämtlicher gleichzeitiger höchster und niedrigster Notierungen berechnet und können unbedenklich als häufigste Preise gelten. 3 graphische Darstellungen sind diesen 16 Tabellenpaaren am Schlusse beigegeben. — Die eingehenden Untersuchungen haben ergeben, daß sich die Hoffnungen, die in Konsumentenkreisen auf den 1. April 1910 gesetzt worden sind, nur in recht beschränktem Umfange verwirklicht haben, und bestätigen damit früher und anderwärts gemachte Erfahrungen. Bei Rind-, Kalb- und Hammelfleisch und entsprechend bei Ochsen, Kälbern und Schafen wurden die Preise durch den Oktroiwegfall offenbar nicht beeinflußt, bekunden vielmehr durchweg im zweiten Vergleichsjahre, von vorübergehenden Schwankungen nach unten abgesehen, steigende Tendenz und sind am Ende der Berichtsperiode und darüber hinaus bis zur Gegenwart höher als zur Zeit der Oktroiaufhebung. Bei Schweinen und Schweinefleisch, einschließlich Speck, hingegen und ebenso bei Mehl und Brot scheint der Oktroiwegfall preismindernd mitgewirkt zu haben, mehr aber wohl nicht, denn in erster Linie ist zweifellos das stärkere Angebot im Großhandel bestimmend für die Preissenkungen im Jahre 1910/11 gewesen. So wurden im ersten Vergleichsjahre (April 1909 bis März 1910) im Schlacht- und Viehhofe 199545 Schweine aufgetrieben, im zweiten Jahre (April 1910 bis März 1911) dagegen 204945, das sind 5400 mehr. Und der Mehl- und Brotmarkt ist in seinen Preisen durch die besonders günstige Roggen- und Weizenernte des Jahres 1910 merklich beeinflußt worden, die naturgemäß zu starkem und deshalb billigerem Angebot der Herstellungsprodukte für Mehl und Brot führte, so daß dann auch Müller und Bäcker in der Lage waren, ihre Produkte dem konsumierenden Publikum billiger abzulassen. Aber auch bei Mehl und Brot und nicht minder bei Schweinen und Schweinefleisch scheint die Zeit der relativen Billigkeit wieder vorüber zu sein, wenigstens ist seit Anfang Mai 1911 ein Anziehen der Weizen- und Roggenmehlpreise im Großhandel zu beobachten, denen sich die Brotpreise bald angepaßt haben. Ebenso begannen die Schweinepreise Anfang Juni zu steigen. Inzwischen sind durch die Hitze und Trockenheit im Juli und August dieses Jahres die Verhältnisse noch ganz anders beeinflußt worden, worüber seinerzeit vielleicht ergänzend zu berichten sein wird. *A. Brehmer.*

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschl. Viehzählungen).

Die almstatistische Probeerhebung in der Steiermark. Von Prof. Dr. R. Sieger (Graz). Nach: Mitteil. d. k.k. geogr. Gesellschaft in Wien 1911. S. 305—323.

Der Aufsatz behandelt die von O. Wittschieben bearbeitete Erhebung des Statist. Landesamts d. Steiermark über die Almen im Bezirke Aflenz im Jahre 1909 (Statist. Monatsschrift 1910 XV, 526ff.). Er will nicht nur die Aufmerksamkeit der Geographen auf diese treffliche Arbeit lenken, sondern auch die von mir mehrmals formulierten Wünsche der Geographen gegenüber derartigen Statistiken an einem Beispiel erläutern und jene Punkte hervorheben, welche einer statistischen Aufnahme schwer oder nicht zugänglich sind und eine naturwissenschaftliche und geographische Begehung erfordern. Die Besprechung ist zugleich als Vorbemerkung zu den in den Mitt. d. k. k. geogr. Ges. Wien 1911 veröffentlichten Arbeiten meiner Schüler Peintinger und Wallner anzusehen, deren erste knappe statistische Erhebungen über die Almen des Hochschwabgebiets i. J. 1908 bringt, also z. T. in Wittschiebens Arbeitsgebiet reicht, während die von Wallner die jahreszeitliche Verschiebung der Siedlungsgrenze im Lungau durch die Almwirtschaft verfolgt, aber ebenfalls manche almstatistische Daten enthält. Methodisch mit dem Vorgange des steiermärkischen Landesamtes auch von meinem Gesichtspunkt aus einverstanden, erblicke ich in dessen Erhebung eine wesentliche Förderung geographischer Untersuchungen und halte deren Ausdehnung über weitere Gebiete für sehr wünschenswert. Im einzelnen scheint es mir erwünscht, gewisse Ergebnisse der Erhebungen (über Staffeln, Weidewechsel, Zusammenhang der einzelnen Melk- und Galtalmen, Senn- und Halterhütten, deren Höhenlage, Aufenthaltsdauer des Almpersonals, maximale Hofentfernungen) in ausgedehnterem Maße in deren veröffentlichte Verarbeitung einzubeziehen und einzelne Fragen ein wenig anders zu formulieren. *R. Sieger.*

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Gewerbe-Unfallstatistik für das Jahr 1907. Amtl. Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts. 1. Beiheft, 3 Teile.

Im Herbst 1910 hat das Reichs-Versicherungsamt eine neue Gewerbe-Unfallstatistik herausgegeben, die als erste besondere Erhebung nach dem Inkrafttreten der Gewerbe-, Bau- und See-Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 über die Wirkung dieser Gesetze Aufschluß geben und zugleich Material zu einer wirksamen Bekämpfung der Unfallgefahren liefern soll.

Die Statistik erstreckt sich auf alle Unfälle in Betrieben, welche bei der Gewerbe-, Bau- oder See-Unfallversicherung versichert waren. Sie ist bearbeitet worden ebenso wie die früheren entsprechenden Statistiken vom Jahre 1887 und 1897 und wie die Erhebungen für Land- und Forstwirtschaft, für die Jahre 1891 und 1901 auf Grund von Zählkarten, die für jede verletzte oder getötete Person auszufüllen waren, für welche in den betreffenden Jahren anläßlich eines Betriebsunfalles zum ersten Mal eine Entschädigung gezahlt worden ist. Außerdem wurden die von den Versicherungsträgern besonders gelieferten Angaben über die Zahl der Betriebe, der durchschnittlich versicherten Personen, der Vollarbeiter (je 300 Arbeitstage) und der Verletzten, für die



im Jahre 1907 Unfallanzeigen erstattet wurden. Es sind im ganzen 81 248 Unfallzählkarten ausgefüllt worden. Einen wesentlichen Fortschritt der Aufbereitung des Zahlenmaterials stellt die weitere Zerlegung in Berufsgenossenschaften nach Betriebsgruppen statt nach Industriegruppen dar. Wertvoll ist auch der zum ersten Male unternommene Versuch der Ermittlung der Vollarbeiter nach Alter und Geschlecht zwecks genauer Berechnung der Unfallhäufigkeit. Diesen Vollarbeiterzahlen kann jedoch nicht bei allen Versicherungsträgern unbedingte Zuverlässigkeit beigemessen werden, weil sie nicht durchweg auf vorhandenen Aufzeichnungen der Betriebe, sondern öfters auf Schätzung beruhen.

Das umfassende Werk behandelt an der Hand eingehender Tabellen im I. Bande die örtliche Verteilung der versicherten Betriebe und Personen, sowie die Unfallhäufigkeit. Hinsichtlich der Zeit zeigt der Montag die meisten Unfälle, wohl in Nachwirkung der sonntäglichen Vergnügungen. Die Dauer der Beschäftigung vor dem Unfall ist eingehend geprüft worden, um einen etwaigen Einfluß auf die Zahl der Unfälle nachweisen zu können; doch haben sich einwandfreie Beweise für die ungünstige Einwirkung zu langer Arbeitszeiten nicht ergeben.

Der II. Band beschäftigt sich mit den Einrichtungen und Vorgängen, bei denen sich Unfälle ereigneten, ferner mit den Ursachen der Unfälle. Die von den Arbeitern verschuldeten Unfälle stiegen von 27% im Jahre 1887 auf 30%: 1897 und 41%: 1907, während die von den Arbeitgebern verschuldeten Unfälle abnahmen von 20 auf 17 und 12%. Eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfallverhütung muß also in höherem Maße wie bisher herbeigeführt werden.

Der III. Band behandelt mit Hilfe eingehender Tabellen die Folgen der Verletzungen und die Dauer der Verletzungsfolgen. *F. Schweninger.*

Deutsche Seefischerei und Bodenseefischerei i. J. 1909. Stat. d. D. Reichs Bd. 231, VII. — Mitteilungen des Deutschen Seefischereivereins, XXVI. Bd, 1910. — *Bulletin Statistique des pêches maritimes des pays du Nord de l'Europe pour l'année 1909,* Vol. VI.

Die deutsche Seefischereistatistik liegt jetzt für drei ganze Jahre vor.

Die frühere Befreiung der Frischfisch-Fangergebnisse von der Anmeldepflicht wurde durch das seit dem 1. März 1906 gültige Gesetz vom 7. Februar 1906 betr. die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande aufgehoben. Danach sind alle über die Grenzen des deutschen Zollgebiets, aber einschließlich der Zollausschlüsse, eingeführten Waren den mit den Anschreibungen für die Verkehrsstatistik beauftragten Amtsstellen nach Gattung, Menge, Herkunft anzumelden, soweit nicht in § 4 Ausnahmen vorgesehen sind. Eine solche Ausnahme wurde für die angebrachten Fänge von Seetieren und davon gewonnenen Erzeugnissen nicht gemacht.

Die Statistik selbst hat seit ihrer ersten Veröffentlichung im J. 1907 verschiedene Wandlungen durchgemacht und Verbesserungen erfahren. Zurzeit weist sie die Mengen und Werte der von deutschen Fischern und Schiffern gefangenen Seetiere und daraus gewonnenen Erzeugnisse nach, mit Unterscheidung der Gebiete, wo die Seetiere gefangen sind, und deren Art, die Fangergebnisse der Heringsfischerei ohne Wertangabe, aber einschließlich höchster und niedrigster Fänge. Menge und Wert der Heringsfischerei für einen Zeitraum von 10 Jahren werden in einer weiteren Übersicht dargelegt, ebenso die Herings-Großhandelspreise und Kleinhandelspreise von Seefischen in 10 deutschen Städten, der Anteil der Weser- und Elbeplätze am Ertrage der Seefischerei in den 3 letzten Jahren, die Fangergebnisse in den einzelnen Monaten in den verschiedenen Fanggebieten und das Kapital der Fischerei-Aktien-Gesellschaften. Einige weitere Tabellen geben über die in der Seefischerei verwendeten Fahrzeuge, deren Rauminhalt, Besatzung, Heimatstaat und -hafen, über die Verunglückung deutscher Seeschiffe Auskunft.

Die deutsche Bodensee- und Rheingrenzfischerei-Statistik ist im J. 1909 das erste Mal erhoben worden. Da das Gesetz betr. die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande die Anmeldung der von deutschen Fischern und Mannschaften deutscher Schiffe gefangenen und ans Land gebrachten Fische verlangt, ist die Anmeldepflicht auch auf die Fangergebnisse der deutschen Schiffer auf dem Bodensee ausgedehnt worden. Anzumelden sind dabei auch die Fangergebnisse, die deutsche Fischer an österreichischen und schweizerischen Plätzen ans Land gebracht haben.

Das Ergebnis der deutschen Seefischerei war im J. 1909 ein Ertrag an Fischen, Schal- und anderen Seetieren sowie an davon gewonnenen Erzeugnissen von 33,156 Mill. *M* oder der Menge nach 105,54 Mill. kg, ferner 1,357,621 Stück und 461 866 Kantjes. Der Vorjahrswert war niedriger. Die Bodenseefischerei lieferte im J. 1909 215,069 kg im Werte von 289,636 *M*.

Außer den amtlichen Nachweisungen der Fischereistatistik, die allmonatlich in den Monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands veröffentlicht werden, enthalten auch die Mitteilungen des deutschen Seeschifferei-Vereins Nachweisungen zur Statistik der Seefischerei. Dieser Verein stellt auf Grund der ihm überlassenen Fangzettel der Dampfer über den Fang jedes Schiffes, Fanggrund, Dauer jeder Reise usw. eine Statistik auf. Sie ist eine Fangstatistik, die amtliche Statistik eine Anbringungs- oder Landungsstatistik, so daß die Ergebnisse nicht übereinstimmen können. Die Statistik des Seefischerei-Vereins entspricht mehr den fischereiwissenschaftlichen, die amtliche Statistik mehr den volkswirtschaftlichen Anforderungen.

Eine dritte Stelle, welche Nachweisungen über Fischereistatistik liefert, ist der Conseil permanent international pour l'exploitation de la mer in seinem *Bulletin statistique des pêches maritimes des pays du nord de l'Europe.* Dieses Bulletin entnimmt seine statistischen Angaben der Seefischereistatistik der an der internationalen Meeresforschung beteiligten Staaten, — in Deutschland der oben besprochenen amtlichen Statistik, vorwiegend aber den Mitteilungen des deutschen Fischereivereins —, insofern diese Statistiken für die Lösung der Fragen von internationaler Bedeutung besonders in Betracht kom-

men; und zwar in erster Linie für die Nordsee, das Skagerrak, die Ostsee usw., jedoch auch für die nördlich von der Nordsee, westlich von Schottland usw. liegenden Meeresgebiete. Die Mengen der gefangenen Fische werden in Kilogramm, die Preise in Mark = Schilling angegeben. Gesondert aufgeführt werden: Gesamtwert der Fischereien in den einzelnen Ländern und Ertragswert der einzelnen Seefischereien in jedem Lande; Ertrag der hauptsächlichsten Arten in kg, monatliche Mengen dieser Arten usw.; dann Tabellen über Anzahl, Typ und Tonnengehalt der Fischereifahrzeuge der verschiedenen Länder, und eine Tabelle über die verschiedenen Weisen, in denen die einzelnen Fischarten in der Statistik der verschiedenen Länder angeführt werden.

Zum Teil verdankt das Bureau die vorstehenden Angaben besonderen Erhebungen. Das Ergebnis dieser gemeinschaftlichen Arbeit ist, daß das Bulletin in vielen Hinsichten mehr Auskunft enthält, als die veröffentlichten Berichte der einzeinen Länder. *F. Schweninger.*

XV. Versicherungsstatistik.

Die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz zu Düsseldorf nach 75jähr. Bestehen. Düsseldorf 1911. 3 Mk. 50 Pf.

Die Statistik spielt bekanntlich im Versicherungswesen schon lange eine große Rolle. Konnte doch hier nur auf Grund statistischer Erfahrungen „allmählich unter dem zwingenden Einfluß der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung ein immer feineres Sichanpassen an die besonderen Gefahrenerscheinungen der einzelnen Versicherungsobjekte erfolgen". Dank der großen, der Statistik zugewendeten Sorgfalt, namentlich zur Gewinnung zuverlässiger Tarifierungsunterlagen, hat denn auch diese rheinische Anstalt seit Dezember 1906 ein besonderes statistisches Bureau ins Leben gerufen. Es hat die Aufgabe, die jährlichen Einnahmen und Ausgaben jeder Gefahrenklasse und Betriebsart für jede einzelne Bürgermeisterei der Provinz, getrennt für Immobiliar und Mobiliar nachzuweisen.

Die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten sind schon eine alte sozialpolitische Einrichtung und stammen aus der Zeit des aufgeklärten Absolutismus. Die rheinische Sozietät besteht seit 1836, nachdem alle kleineren Anstalten der Provinz vereinigt worden waren. Von allen deutschen, in freier Konkurrenz arbeitenden öffentlichen Anstalten ist diese rheinische gegenwärtig weitaus die größte. Was den Statistiker an dieser Publikation besonders interessiert, sind die Graphika. In ihrer guten Ausführung geben sie ein vorzügliches Bild der Entwicklung und des gegenwärtigen Standes der Anstalt. Wo, wie bei der Zahl der Versicherungen, dem Versicherungskapital, den Beiträgen, dem Vermögen, den Brandschäden, die zeitliche Entwicklung graphisch veranschaulicht werden soll, sind Linie und Fläche durchaus ästhetisch vereinigt. Wer sich für die Frage der Mobiliarversicherungs-Verstaatlichung interessiert, findet hier Material, das bis 1864 zurückreicht. Besonderes Interesse beansprucht das Liniendiagramm, das die Brandschäden, nach ihren Entstehungsursachen getrennt, darstellt. Im Durchschnitt der Jahre 1900/1909 gewinnt, wie der Bericht sagt, die immer wieder beklagte Beobachtung neue Bestätigung, daß das unvorsichtige Umgehen mit Streichhölzern durch die Kinder wie durch Erwachsene einen der häufigsten Anlässe zu Bränden gibt (28,87 % aller Fälle). Daß indes die „unermittelten Ursachen" (übrigens eine moralstatistisch bedeutsame Erscheinung, d. Ref.) die größte Anteilsziffer (35,27 %) liefern, kann bei der allbekannten Schwierigkeit der Ermittlung von Brandursachen, namentlich sobald fahrlässige oder gar böswillige Handlungen in Betracht kommen, nicht wundernehmen. Tafel VIII — die versicherungstechnisch interessanteste — stellt in durchaus zweckentsprechenden Kreisdiagrammen für 1909 dar: die Verteilung des Risikenbestandes auf die einzelnen Gefahrenklassen nach der Zahl der Versicherungen, nach der Versicherungssumme, nach den Prämien, nach der Anzahl der Schäden und nach dem Betrag der gezahlten Entschädigungen. Die sogenannte „einfache Gefahr" in Stadt und Land macht 55,8 % des Gesamtbestandes aus, wirtschaftlich kein ungesundes Symptom. Beachtenswert ist die große Beteiligung der Landwirtschaft und der auf dem Lande gelegenen, nicht gewerblichen Risiken. Das Land ist mit 58,5 % an der Versicherungssumme beteiligt. Dieses bekannte und nach den Grundlagen der Anstalt sich von selbst ergebende Interesse der ländlichen Bevölkerung an der Versicherung ist noch besonders illustriert durch eine statistische Karte. Sie stellt die landwirtschaftliche Beteiligung in den einzelnen Kreisen der Provinz, übrigens technisch einwandfrei, dar. Tafel IX, welche durch blaue Punkte in geographischer Position darstellen möchte, wie mit Hilfe der Anstalt Wasserleitungen für Gemeinden und Genossenschaften hergestellt wurden, kann wohl nur als wenig gut geglückte statistische Karte angesprochen werden. Gruppenbildung mit Farbe und Schraffur hätte sicherlich Besseres als der „Punkt" geleistet. Auf alle Fälle hätten aber bei der Erklärung mindestens einige Ziffern gegeben werden müssen. *E. Müller.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Beziehungen zwischen Kopfgröße und Intelligenz im schulpflichtigen Alter. Von Dr. med. J. Bayerthal. Internat. Archiv f. Schulhygiene Bd. VII. München, O. Gmelin.

Verf. berichtet über die Fortsetzung seiner Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Horizontalumfang des Kopfes und Intelligenz bei den Insassen der Wormser Volksschulen, deren Erforschung er sich auch ihrer schulärztlichen Bedeutung wegen seit dem Jahre 1905 angelegen sein läßt. In dem Umstand, daß es jetzt in nicht wenigen Fällen gelingt, frühzeitig eine unverbesserliche Minderbegabung zu erkennen, die man zuvor als eine Verlangsamung der geistigen Entwickelung auffaßte und daher durch Nachhilfestunden und Repetionen des Klassenpensums u. a. m. vergeblich zu beseitigen suchte, erblickt B. den pädagogischen Wert der Kopfmessung und den Fortschritt. Seinen früheren Ausführungen

über die Möglichkeit, mit Hilfe der Bestimmung des Kopfumfanges sehr gute intellektuelle Anlagen auszuschließen[1], war seitens der pädagogischen Kritik entgegengehalten worden, daß bei der großen Zahl der Untersuchungen die Kopfmessungen und Intelligenzprüfungen nicht mit der vielseitigen Gründlichkeit ausgeführt sein können, um eine genügende Sicherheit des zuletzt erwähnten Resultates zu begründen. Bezüglich der Widerlegung der Bedenken gegen die vom Verf. geübte Methode der Kopfmessung muß auf das Original verwiesen werden. Was die Intelligenzprüfungen anbelangt, so erscheint B. ein Irrtum bei relativ kleinen Köpfen ausgeschlossen, da er der geistigen Entwickelung dieser Schulkinder und der Prüfung ihrer intellektuellen Leistungsfähigkeit seit Beginn seiner Untersuchungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Daß aber auch bei den Lehrern, auf deren Angaben Verf. bei der Klassifizierung des intellektuellen Standes der meisten Schüler angewiesen war, erhebliche Irrtümer nur selten vorgekommen sein dürften, hält er u. a. auch deshalb für wahrscheinlich, weil sich in den meisten Klassen das gleiche Ergebnis als „der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht“ findet. Auch die am Ende des Schuljahres 1909/10 vorgenommenen Untersuchungen lehren, daß sich die besten Anlagen niemals bei den kleinsten und den an sie grenzenden Horizontalumfängen finden. Es ist ferner aus ihnen ersichtlich, daß mit abnehmendem Kopfumfang die über dem Durchschnitt stehenden Anlagen seltener, die unter dem Durchschnitt stehenden häufiger werden. Von Interesse sind schließlich noch diejenigen Tabellen, welche den Unterschied in dei durchschnittlichen Kopfgröße bei den vierzehnjährigen Schülern der Normalklassen und der sog. Abschlußklassen veranschaulichen sollen. In den Abschlußklassen der Wormser Volksschulen finden sich mehr oder weniger unter dem Durchschnitt stehende und nur sehr selten oder überhaupt nicht intellektuell gut begabte Schüler Wie die Zusammenstellung zeigt, ist der durchschnittliche Kopfumfang bei Knaben und Mädchen der Abschlußklassen kleiner als bei den Insassen der Normalklassen, ein Befund, der mit Ergebnissen früherer Untersuchungen in Übereinstimmung steht. *J. Bayerthal.*

XXIV. Finanzstatistik.

Die Gewerbesteuer in: Halle a. S. 1907. Berechtigung und Umfang der Gewerbesteuer. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a S. Heft 14. — 60 S. —.

Die Arbeit zerfällt in drei Abschnitte. Der erste behandelt die Begründung der Gewerbesteuer, der zweite die Steuerkraft und der dritte die Steuerleistung der Halleschen Gewerbe. Der Inhalt ist kurz folgender: Eine gesunde Finanzpolitik erfordert Kenntnis der Steuerquellen. Eine wichtige Steuerquelle sind die stehenden Gewerbe.

1) Nach den bisherigen Beobachtungen des Verf., die sich z. Zt. auf rund 12000 Schulkinder erstrecken, kommen sehr gute geistige Anlagen bei 7j., 10j. u. 12—14j Knaben mit einem Kopfumfang unter 48, 49½ u. 50¼ cm u. bei Mädchen der gleichen Altersstufe mit einem Kopfumfange unter 47, 48½ u. 49½ cm nicht mehr vor. *Verf.*

Die Gewerbesteuer hat man mit Unrecht als unberechtigte Doppelbelastung ein und desselben Einkommens bezeichnet. Es wird hierbei übersehen, daß zwischen der Leistung der Kommunen und der Förderung der Gewerbe nicht selten ein klar erkennbarer Zusammenhang besteht. Hauptsächlich tritt eine Belastung der Gemeinden durch die Großindustrie ein. Eine besondere Besteuerung der Gewerbe ist daher berechtigt. Die Steuerkraft von Halle ist zwar nicht sehr groß, im Vergleich zu den übrigen Großstädten Preußens aber nicht ungünstig. Überraschend ist die Tatsache, daß von den Städten des Regierungsbezirkes Merseburg in der Großstadt Halle weniger Gewerbesteuerzahlende aufs Tausend der Bevölkerung zu finden sind als in den Klein- und Mittelstädten. Eine nähere Untersuchung ergibt aber, daß das auch für die übrigen Regierungsbezirke Preußens zutrifft. Die Steuerkraft der einzelnen Gewerbearten ist sehr verschieden. Von Einfluß ist hierbei der Umfang der Unternehmungen. Recht wenig Steuerzahlende weist unter anderen das Damenschneiderhandwerk auf, nämlich nur 25 unter 600 Personen. Die bei weitem größte Zahl der steuerpflichtigen Unternehmungen liegt im Zentrum der Stadt (48%); der Durchschnittsertrag jeder Unternehmung beträgt in der vierten Steuerklasse 37 ℳ, in der dritten Klasse ist er schon viermal so hoch, in der zweiten sechzehnmal so hoch; in der ersten Klasse beträgt er fast 3000 ℳ. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß sich die neue Gewerbesteuerordnung vom Jahre 1903 aufs beste bewährt hat. *W. Stöwesand.*

Schweizerische Personalsteuern. Nach: Dr. Weiler (Steglitz bei Berlin), Direkte Staats- und Gemeindesteuern in der Schweiz usw. Art. Institut Orell Füßli, Zürich, Juli 1910. 8 Fr. (7 ℳ).

Die schweizerischen Personalsteuern i. w. S. sind wissenschaftlich zu gliedern in Personalsteuern i. e. S., Mann- und Aktivbürgersteuern. Personalsteuern i. e. S. (P) bezahlen alle Personen, die ein bestimmtes Alter, meist Volljährigkeit (d. i. zurückgelegtes 20. Altersjahr), erreicht haben, Mannsteuern (M) großjährige männliche Personen, Aktivbürgersteuern (A) alle Stimmberechtigte.

Daneben gibt es noch Haushaltungssteuern (H) in den Gemeinden[1] der Kantone Basel-Land (2—8 Fr.), Glarus (5 Fr.), Solothurn (3 Fr.), St. Gallen (6 Fr.), Tessin (8 Fr.) und Wallis (12 Fr.) und Hospitalsteuern in Genf (2,50 Fr.); beide Steuern haben personalsteuerartigen Charakter.

In den Gemeinden einiger Kantone werden Haushaltungssteuern mit andern Personalsteuern zusammen erhoben, so in den Gemeinden der Kantone Glarus (mit A: 3,20 Fr.), Solothurn (mit P: 2 Fr.) und Tessin (mit P: 2 Fr.). Im Kanton Zug erheben Staat und Gemeinden Mann- und Aktivbürgersteuern (z. B. im Hauptort Zug Staat und Gemeinde zusammen M: 3,50 Fr., A: 2 Fr.). Im übrigen treffen mehrere Personalsteuern nirgends zusammen, d. h. gelangen solche überhaupt zur Erhebung, so besitzen Staat und Gemeinde je nur eine, entweder dieselbe oder eine andere Personal-

1) Die ziffernmäßigen Angaben bei Gemeindesteuern beziehen sich auf die Steuern der Kantonshauptorte.

steuer. Eigentliche Kopfsteuern, die für **alle** Personen, also auch für den Säugling zu entrichten sind, existieren in der Schweiz nicht, wenn man auch sehr oft der Bezeichnung „Kopfsteuer" in den Steuergesetzen, Vollziehungsverordnungen usw. begegnet.

Die oft erhobene Behauptung, die Kantone mit besonders loyaler Ausgestaltung der Freilassung der Existenzminima bei den Steuern auf unfundierte Bezüge besäßen zum Ausgleich die höchsten Personalsteuern und umgekehrt, trifft in diesem Umfange nicht zu. So kennt z. B. der Kanton Basel-Stadt mit seiner mustergültigen Freilassung des Existenzminimums [1]) überhaupt keine Personalsteuern; diese sind weiterhin von nur untergeordneter Bedeutung in den Kantonen Appenzell A.-Rh. (nur staatliche M: 2 Fr.), Solothurn (nur gemeindliche H von 3 Fr. und P von 2 Fr.) und Zug (s. oben), deren Freilassung der Existenzminima ebenfalls Anerkennung verdient. [1]) In einigen Kantonen mit mangelhafter Durchführung der Freilassung der Existenzminima finden wir ziemlich hohe Personalsteuern, so in Tessin (gemeindliche H. und P: zusammen 10 Fr. und Minimalsätze bei der Einkommensteuer), Wallis (gemeindliche H: 12 Fr.) und Zürich (Staat A: 1,40 Fr., Gemeinde M: 10,05 Fr.).

Keine Personalsteuern besitzen bei den Staatssteuern Appenzell J.-Rh., Basel-Land und -Stadt, Bern, Freiburg, Luzern, Nidwalden und Wallis und bei den Gemeindesteuern die beiden Appenzell, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf und Luzern. In den übrigen Kantonen sind die Personalsteuern, abgesehen von einigen Ausnahmen, in ihrer Höhe (meist 2—6 Fr.) abhängig von dem jeweils zur Erhebung gelangenden Steuersatz bei den staatlichen und gemeindlichen direkten Hauptsteuern.

Personalsteuern berücksichtigen die Leistungsfähigkeit in einem äußerst bescheidenen Maße, da sie ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens oder Vermögens zu demselben absoluten Betrage erhoben werden, dadurch regressiv wirken und dann auch die Wohltat der Freilassung des Existenzminimums zum Teil wieder beseitigen. Da sie demnach dem beschränkten Opferprinzip der modernen Finanzwissenschaft nicht entsprechen, sind sie im allgemeinen zu verwerfen. In der Schweiz muß allerdings in den Kantonen mit mehr demokratischer Verfassung aus staatsrechtlichen Gründen den Aktivbürgersteuern eine gewisse Existenzberechtigung zugesprochen werden, da man einem echten Schweizer den Vorschlag nicht machen darf, das beliebte Schlagwort: „Wer will mitraten, soll auch mittaten!" umzuwandeln in: „Wer nicht kann mittaten, soll auch nicht mitraten!"

Vom Standpunkt des beschränkten Opferprinzips ist es zu begrüßen, daß in der Schweiz die Tendenz, mit den Personalsteuern aufzuräumen, deutlich erkennbar ist.

P. H. Weiler.

1) D. St. Z. 1911 Nr. 4, Sp. 124.

Vermischte Mitteilungen.

Veröffentlichungen über die Volkszählungen im Deutschen Reiche von 1905. Von Reg.-Rat Prof. Dr. Johannes Rahts (Forts. zu Nr. 5, 6 u. 8 des 2. u. Nr. 1, 3 u. 6 des 3. Jahrg.)

Breslau. Die Resultate der Volkszählung wurden vielfach mit denjenigen einer eingehenden Wohnstatistik verbunden. Die Haushaltungen in ihrer vielfachen Zusammensetzung und unter Angabe der Spitze der Haushaltung (Ehepaar, einzelner Mann, einzelne Frau, niemand) konnten deshalb mit den Wohnungen von 0—1, 2, 3, mehr als 3 Zimmern kombiniert werden. Weiter wurden die Haushaltungen, nach der Art ihrer Glieder und unter Berücksichtigung des Geschlechts, mit den einzelnen Stadtteilen derart in Verbindung gebracht, daß Haushaltungen mit Verwandten oder Gästen, mit Dienstboten und Erziehungspersonal, mit Gewerbegehilfen, mit Pensionären, mit Aftermietern, mit Schlafgängern unterschieden wurden und deren Personenzahl im ganzen, als auch nach dem Geschlecht getrennt, und die Zahl der Verwandten und Gäste, des Erziehungspersonals und der Dienstboten und getrennt deren Kinder, der Gewerbegehilfen und getrennt der Gewerbegehilfenkinder, und in gleicher Weise die Pensionäre, Aftermieter, Schlafgänger unterschieden wurden. Die Art des Haushaltungsvorstandes wird mit den verschiedenen Zusammensetzungen des Haushalts ebenfalls kombiniert.

Die Arten der Anstalten werden kombiniert mit der Zahl der Anstaltsbevölkerung im engeren Sinne, mit den darunter befindlichen Kindern (unter 14 Jahren) nach dem Geschlecht, mit den 4 Religionsgruppen: evangelisch, katholisch, jüdisch, andere Religionen und unbekannte, ferner mit den zur Anstaltsbevölkerung im engeren Sinne gehörenden Dienstboten. Mit den 8 Stadtbezirken kombinierten sich ferner folgende Gruppen der Anstaltsbevölkerung nach dem Geschlecht: Anstaltspersonal in eigener Haushaltung, Anstaltspersonal ohne eigene Haushaltung, Insassen, insbesondere Insassen mit eigener Haushaltung.

Eine Dichtigkeitstabelle weist in den verschiedenen Distrikten die Zahl der Einwohner auf den Hektar nach und eine weitere Tabelle die Bevölkerungsdichte nach Kilometerzonen und zwar unter Berücksichtigung der von den betreffenden Zonen getroffenen Stadtteile.

Unter Angabe des Geschlechts war die Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand, nach Gebürtigkeit, Muttersprache, Beruf und sozialer Stellung in ähnlich eingehender Weise nachgewiesen wie in Hamburg, Lübeck, Bremen, Berlin.

(In dem 27. Bande der Breslauer Statistik wurden die Resultate der Zählung von 1905 veröffentlicht.)

Magdeburg wies die ortsanwesende Bevölkerung für die Straßen und Plätze nach, wobei die Zahl der bewohnten Grundstücke angegeben wurde. Für die einzelnen Stadtviertel und für die Gemeinden der näheren Umgebung wurde auch das Geschlecht nachgewiesen.

Die Alterstabelle wurde für das männliche und weibliche Geschlecht gesondert gegeben und brachte die ortsanwesende Bevölkerung der Stadtteile nach dem Alter (0—1, 1—5, 5—15, 15—30, 30—45, 45—60, über 60 Jahre) und mit der jeweiligen Angabe, wieviel von diesen Altersklassen verheiratet sind. Eine weitere Alterstabelle kombiniert die Gesamtbevölkerung, nach Jahrfünften gegliedert, mit der Zuzugszeit und mit der Angabe, ob in Magdeburg oder außerhalb geboren. Auch für beide Geschlechter und die Bevölkerung der einzelnen Stadtteile wird diese Gliederung der Gebürtigkeit und Zuzugszeit gegeben.

Die Religionstabelle gibt 5 Religionsgruppen und verteilt diese auf die Bevölkerung der einzelnen Stadtteile.

(Magdeburger Statistik 1905 u. 1906.)

In Düsseldorf wurde ein besonderer Wert darauf gelegt, ein möglichst vollständiges Bild der fremden Bevölkerungsteile zu geben. Dieser Zweck wurde in folgenden Tabellen erreicht:

Die Tabelle der Staatsangehörigkeit brachte die Zahl der Ausländer nach dem Geschlecht, geordnet nach den betreffenden Staaten; eine Tabelle der Muttersprache gab von 14 Sprachen an, wieviel Personen männlichen und

weiblichen Geschlechts eine dieser Sprachen als alleinige Muttersprache oder als Muttersprache zusammen mit der deutschen Sprache bezeichnet hatten. Die Gebürtigkeitstabelle gibt in der gebräuchlichen Weise für die deutschen Landesteile und außerdeutschen Länder die Zahl der dort geborenen männlichen und weiblichen Personen in Kombination mit folgenden Gruppen von Altersjahren: 0—15, 15—20, 20—30, 30—60, 60—70, 70 Jahre und darüber. In ganz derselben Weise wird auch die Gebürtigkeit der in den deutschen Großstädten geborenen Bevölkerung nachgewiesen.

Auf Grund der Zusatzfragen: „Seit wann in Düsseldorf wohnhaft?" und „Von wo letztmals zugezogen?" konnte eine besonders eingehende Statistik über die zugezogene Bevölkerung der Stadt Düsseldorf gegeben werden. Die aus den deutschen Großstädten zugezogene Bevölkerung wurde nun nach Gebürtigkeit (Heimat) und letztem Wohnorte (Herkunft) ermittelt und nach Geschlecht gesondert wobei die Tabelle nachwies, wie viele der Zugezogenen in Düsseldorf selbst und wie viele in der in der Vorspalte genannten Großstadt geboren waren. Eine weitere Tabelle gab die Dauer des Aufenthalts in Düsseldorf an und zwar nach den einzelnen Kalenderjahren, zurückgehend bis 1901, dann nach Jahrfünften bis 1876, und weiterhin in Jahrzehnten. Diese Zeitangaben wurden kombiniert mit den Zuzugsorten, wobei berücksichtigt wurden: die in nächster Umgebung liegenden Ortschaften, die einzelnen Kreise der Rheinprovinz, die preußischen Regierungsbezirke, die deutschen Bundesstaaten usw.

Leipzig gibt die Einwohnerzahlen größerer Blocks, die sich wieder zu Stadtbezirken zusammensetzen. Dann werden die Angaben gemacht für die einzelnen Straßen und Plätze Leipzigs, wobei die Seite der Straße mit geraden Nummern (die rechte Seite der Straße) von der Seite mit ungeraden Nummern (die linke Seite) unterschieden wird. Die Zahl der Einwohner der einzelnen Stadtbezirke wird nach 5 Religionsgruppen: lutherisch, reformiert, römisch-katholisch, israelitisch, andere, angegeben; dabei wird die Zahl der Haushaltungen und Anstalten nachgewiesen.

Die Anstalten werden in einem namentlichen Verzeichnis einzeln aufgeführt, ausschließlich der Pensionate und Gasthöfe, deren Summe stadtbezirksweise gegeben wird. Es wird bei den Anstalten nach dem Geschlecht unterschieden das Aufsichts-, Verwaltungs- usw. Personal, einerseits mit eigener Haushaltung im Anstaltsgrundstück (in Einzel- und Familienhaushaltungen geschieden) und der Zahl der Angehörigen dieser Haushaltungen und andererseits des Personals ohne eigene Haushaltung im Anstaltsgrundstück. Dann wird die Zahl der Anstaltsinsassen (Inquilinen) sowohl mit eigener als auch ohne eigene Haushaltung angegeben.

Eine Bilanz stellt den Wanderungsüberschuß zwischen den beiden letzten Volkszählungen für die einzelnen Stadtbezirke und Stadtteile dar.

Die Bevölkerungsdichtigkeit wurde sowohl nach konzentrischen Kilometerkreisen, als auch nach konzentrischen Kilometerringen (Zonen) bestimmt. Die Länge der Radien oder die Entfernung der Grenzen der Ringe vom Mittelpunkt war 0,5, 1, 2, 3 usw. bis 10 Kilometer.

Eine weitere Tabelle, nach Stadt und Gebietsteilen gegliedert, brachte die Angaben über bewohnte Grundstücke, bewohnte Häuser, Zahl der Anstalten, Zahl der Personen nach dem Geschlecht und gesondert davon die Zahl des Militärs.

Von den Altersangaben wurden die Geburtsjahre 1900 bis November 1905 nach den einzelnen Geburtsmonaten ausgezählt. Alt- und Neu-Leipzig wurden dabei unterschieden. Die Auszählung nach den einzelnen Geburtsjahren gliederte die Bevölkerung für Alt- und Neu-Leipzig nach dem Geschlecht in die Haushaltungs- und Anstaltsbevölkerung. Weiter wurden die einzelnen Geburtsjahre mit dem Religionsbekenntnis und dem Familienstand unter Angabe des Geschlechts kombiniert. Auch der Familienstand der Leipziger Haushaltungsbevölkerung in den einzelnen Stadtbezirken wurde gegeben.

Die Religionstabelle bringt 93 Religionsangaben und unterscheidet bei der Angabe der Bevölkerung für Alt- und Neu-Leipzig die Zahl der Haushaltungen und die Anstaltsbevölkerung. Die Staatsangehörigkeit wird mit dem Religionsbekenntnis verbunden und für Alt- und Neu-Leipzig gegeben.

Unter Berücksichtigung der vorübergehend Abwesenden und Anwesenden wurde die Art des Zusammenlebens der Ehepaare[1]) nachgewiesen und die Ehegatten als vorübergehend anwesend, dauernd anwesend und vorübergehend abwesend gegliedert. Die Alterstabelle der Ehepaare brachte die fünfjährigen Altersklassen der Männer und Frauen. Das Altersverhältnis der Ehegatten zu einander wird in der Weise gebracht, daß die Zahl der verheirateten Männer nach ihren einzelnen Altersjahren gegeben wird, unter der Angabe wieviel Männer Frauen von gleichem Geburtsjahr hatten, wieviel Männer 0—5 (zusammengefaßt) und über 5 Jahr jünger waren als die Frau und wieviel Männer 0—5 (zusammengefaßt) und über 5 Jahre älter waren als die Frau. Auch die Frauen werden nach einzelnen Altersjahren gegliedert unter der Angabe ob der Mann 0—5 oder über 5 Jahre jünger oder älter war als die Frau oder ob beide aus gleichem Geburtsjahr stammen.

Eine weitere Tabelle gibt für Alt- und Neu-Leipzig nach 6 Religionsgruppen das Religionsbekenntnis der Ehegatten.

Die konfessionelle Kindererziehung in Mischehen (im Bekenntnis des Mannes, der Frau, beider Ehegatten, keines der Ehegatten) wird unter Angabe des beiderseitigen Religionsbekenntnisses der Ehegatten sowohl durch die Zahl der betreffenden Mischehen als auch durch die Zahl der anwesenden Kinder nach deren Geschlecht angegeben. Fälle in denen es sich augenscheinlich nur um Kinder aus einer früheren Ehe des Mannes oder der Frau handelte, sind nicht berücksichtigt.[1])

Die Tabelle der An- und Abwesenden gliedert nach Stadtbezirken und Geschlecht die Anwesenden der Haushaltungsbevölkerung und der Anstaltsbevölkerung; die Abwesenden dagegen ordnen sich in Haushaltungsbevölkerung überhaupt, in darunter befindliche Haushaltungsvorstände und in die Anstaltsbevölkerung.

In den Tabellen zur Haushaltungsstatistik wird für die Stadtbezirke die Zahl der Haushaltungen (auch der Einzelhaushaltungen) und der dazu gehörigen männlichen und weiblichen Bewohner nachgewiesen. Daran schließt sich die Zahl der Anstalten und deren Bewohner nach dem Geschlecht. Nach ihrer Größe (1, 2, 3 usw. bis 11 und mehr Personen) und nach ihrer Zusammensetzung (Familienhäupter, Ehegatten, Kinder, Verwandte und deren Kinder usw.) wurden die Haushaltungen für Alt- und Neu-Leipzig ausgezählt. Dieselbe Gruppierung der Haushaltungsmitglieder nach ihrer Stellung im Haushalt wurde ferner nach den einzelnen Stadtbezirken gegliedert. Die Zahl der Gewerbegehilfen, Dienstboten, Zimmermieter, Schlafleute wurde nach dem Geschlecht der Haushaltungsvorstände: Ehepaar, einzelner Mann, einzelne Frau für Alt- und Neu-Leipzig gegeben, dann aber auch mit den Wohnungen nach der Zimmerzahl nachgewiesen, und schließlich die Verteilung über die einzelnen Stadtbezirke erwähnt.

Dresden. Die Alterstabelle, nach Geschlecht und Familienstand, zeigt die Gliederung 0—1, 2—5, 6—10, 11—15, 15—20 Jahre und weiter in Jahrzehnten.

Die Haushaltungen sind in der üblichen Weise nach ihrer Personenzahl geordnet und jede einzelne Gruppe weist die Zahl der Anwesenden, der Haushaltungsvorstände, Ehegatten, anderen Familienangehörigen, Pflegekinder und Pensionäre, Dienstboten, Hausbeamten, Gewerbegehilfen (landwirtschaftliche und gewerbliche gesondert), Zimmervermieter, Schlafleute, sonstige Personen vorübergehend Anwesenden an.

1) Die gleichen Nachweisungen sind für die Landesstatistik des Kgr. Sachsen vorhanden. *Red.*

Die Religionstabelle enthält 18 Bekenntnisse und gibt das Geschlecht und die Zahl der unter und über 14 Jahre alten Personen.

6 Religionsgruppen werden nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Reichsangehörige oder Ausländer) gegliedert.

Für die 26 evangelisch-lutherischen Kirchspiele werden die Zahl der anwesenden Personen und ihre Gliederung in 10 Religionsbekenntnisse oder Gruppen gegeben.

Nach den Gruppen: evangelisch-lutherisch, evangelisch-reformiert, römisch-katholisch, andere Christen einschl. Dissidenten, mosaisch, sonstige Bekenntnisse, wurden die Ehepaare nach dem Glaubensbekenntnis der Ehegatten unterschieden und nach denselben Gruppen (nur evangelisch-lutherisch und evangelisch-reformiert zusammengezogen) wurde die religiöse Kindererziehung (ob im Bekenntnis des Vaters oder der Mutter) nachgewiesen.

(Nachgewiesen wurden die Ergebnisse im Statistischen Jahrbuch für die Stadt Dresden, Jahrgang 1907.)

Frankfurt a. M. Für die einzelnen Stadtteile wurden folgende Angaben gemacht: Die Zahl der männlichen und weiblichen Bevölkerung mit der Angabe der darunter befindlichen Militärpersonen und die Gliederung der Bevölkerung in evangelische Christen, darunter Reformierte, katholische Christen, andere Christen und Juden. In derselben Verteilung auf die Stadtbezirke folgen die Angaben über die Zahl der bebauten und bewohnten Grundstücke, der bewohnten und unbewohnten Wohnhäuser und anderer bewohnter Baulichkeiten, über die Zahl der Haushaltungen von 2 und mehr Personen, von einzellebenden Personen, die Anzahl der Gasthäuser und Herbergen mit einlogierten Gästen und der anderen Anstalten aller Art.

Diesen Angaben folgt eine Verteilung der Haushaltungen und der Bevölkerungszahl nach Standesämtern, Polizeirevieren, evangelischen Kirchengemeinden und katholischen Pfarreien.

Die Dichtigkeit der Bevölkerung wurde nach konzentrischen Ringen festgestellt, deren Radien 0—0,5, 0,5—1, 1—2 usw. bis 12 Kilometer Länge hatten. Die in den einzelnen konzentrischen Ringen wohnende Bevölkerung wurde gegliedert in Bewohner städtischen und nicht städtischen Gebiets.

Für die einzelnen Stadtbezirke wird die Angabe der Fläche und der Bevölkerung gemacht, wobei über namentlich angegebene wenig oder gar nicht bevölkerte Teile dieser Stadtbezirke gesonderte Angaben über Fläche und Bevölkerung gemacht werden. Ein Straßenverzeichnis der Straßen mit über 1000 Einwohnern gibt außer der Bewohnerzahl auch die Zahl der Haushaltungen.

Die Tabelle über Alter und Familienstand kombiniert die Altersgruppen 0—15, 15—20, 20—30, 30—40, 40—50, 50—60, 60—70, über 70 Jahre mit dem Familienstand: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, für die männliche und weibliche Bevölkerung gesondert. Nach denselben Altersgruppen und nach Geschlecht wurde die Bevölkerung der einzelnen Stadtteile und der Schiffe gegliedert.

Eine Tabelle der schulpflichtigen Kinder unter 14 Jahren wurde gegliedert nach dem Geschlecht und nach den Religionsbekenntnissen: evangelisch, katholisch, israelitisch und Dissidenten und brachte die Zahl der Kinder für die einzelnen Stadtbezirke.

Eine Gebürtigkeitstabelle gibt den Geburtsort in eingehender Weise nach den Kreisen der Umgegend, nach den deutschen Landesteilen unter Berücksichtigung der Großstädte und nach den außerdeutschen Staaten.

Die Zahl der Reichsausländer wurde nach dem Geschlecht und unter Bezeichnung der fremden Staaten nachgewiesen.

Karlsruhe gab eine kurze Übersicht der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Stadtbezirken, nach Geschlecht, nach den Altersklassen 0—1, 1—5, 5—15, 15—30, 30—50, 50—70 und über 70 Jahre, nach dem Familienstand, der Konfession (6 Gruppen), der Gebürtigkeit (Ortsgebürtige und Fremdgebürtige, nämlich Badener und sonstige) und der Staatsangehörigkeit. Es wurden 3 Gruppen von Haushaltungen, die Zahl der Gasthöfe und Herbergen und die übrigen Anstaltshaushaltungen unterschieden.

(Statistische Jahresübersichten der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1908.)

Mannheim gab außer den Einwohnerzahlen der Straßen die Bewohnerzahl der Stadtteile mit konfessioneller Gliederung und die Bevölkerung der Quadrate nach dem Geschlecht, wobei auch die Zahl der bewohnten Gebäude angegeben wurde.

(Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, Nr. 15.)

Internationales Statistisches Institut. Am 3.—8. September 1911 fand im Haag die 13. Versammlung des Instituts statt, an der 87 Mitglieder und 54 geladene Gäste (darunter 13 Holländer) teilnahmen. Die Liste der seit der Pariser Sitzung von 1909 verstorbenen Mitglieder umfaßt außer dem Vizepräsidenten des Instituts Levasseur die Namen Meitzen, Trutzer und Leo (Deutsches Reich), Leemans (Belgien), Galton und Giffen (England), Pierson (Niederlande), Cheysson (Frankreich), De Negri und Raseri (Italien), von Juraschek (Österreich), Scharling (Dänemark), Okhotschinsky (Rußland), Ignatius (Finnland). Die lange Reihe der Vortragsgegenstände, von denen einige zur Ausführung von Beschlüssen der vorausgegangenen Versammlungen auf die Tagesordnung gesetzt waren, wurde zum Teil in den allgemeinen Sitzungen, zum Teil in denen der drei Sektionen für Demographie und Methode, für Wirtschafts- und für Sozialstatistik behandelt. Es wird sich Gelegenheit finden, Näheres über die Ergebnisse der Tagung in den nächsten Nummern des Deutschen Statistischen Zentralblattes zu bringen. Besonders bemerkenswert ist ein Beschluß, der die Begründung eines ständigen Bureaus des Internationalen Statistischen Instituts in Aussicht nimmt, dessen Aufgabe darin bestehen soll, ein internationales statistisches Jahrbuch herauszugeben, die Bibliothek und das Archiv des Instituts zu verwalten und die regelmäßigen allgemeinen Versammlungen vorzubereiten. Als Ort der nächsten Tagung (1913) wurde Wien gewählt.

Titelanzeigen.

3. Literatur der Statistik des Hygiene- und Sanitätswesens,

hauptsächlich des Jahres 1910.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betr. Jahrgang und die Spalte an.

8 Schriften und Abhandlungen über Spezialgebiete. (Schluß)

Ordnung der Titel innerhalb der Gruppen: Allgemeines. — Deutsches Reich und Bundesstaaten. — Deutsche Städte. — Ausland. Gruppen: Tuberkulose. — Krebs, Lupus und Lepra. — Impfwesen. Geisteskrankheiten, Alkoholismus. — Krüppelpflege. — Badewesen. — Vermischte Gebiete.

(III, 4) Jacob, P., Die Tuberkulose und die hygienischen Mißstände auf dem Lande. Berlin 10. (248 S.)

Weinberg, W., Zur Statistik der Tuberkulose beider Ehegatten. Ztschr. soz. Med. 10. 3, S 309—16.

Nietner, Der Stand der Tuberkulose-Bekämpfung im Frühjahre 1910. Geschäftsbericht d. Zentral-Komitees vom 11. V. 1910. Berlin 10. (50 + 184 S)

Tuberkulose-Arbeiten. 10. Heft. Herausgegeben vom Kais. Gesundheitsamt. (283 S.) Berlin 10.

Starck, Kurzer Bericht über die Tuberkulose u. ihre Bekämpfung im Großh. Baden. (In: Bericht üb. d. VII. Vers. d. Tuberkulose-Ärzte in Karlsruhe 1910, Berlin. S. 15—19.)

Lungentuberkulose, die, und ihre Bekämpfung in Bayern. Zeitschr. B. St. L. A. 10. 2., S. 229—56.

Bericht, 14., des Vereins für Volksheilstätten f. Lungenkranke in Oberbayern f. 1909. München 10.

Schellmann, Die Tuberkulose in der Rheinprovinz in d. Jahren 1900—1906. Zentralbl. f. Allg. Ges.-Pflege. 09, 5 u. 6.
Verwaltungsberichte des schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Lungentuberkulose zu Breslau 1907 u. 1908. Breslau 09.
Bericht f. 1909 des Sächsischen Volksheilstättenvereins für Lungenkranke. Auerbach i. V., Mai 1910. (47+44 S.)
Roesle, E., Übersicht über die städtischen sozialhygienischen Einrichtungen zur Bekämpfung der Tuberkulose in den deutschen Großstädten nach dem Stande im Jahre 1909. Berlin 10.
Sommerfeld, Th., Die Berliner Heimstätten für Lungenkranke 1903—1907. Tuberkulosis, VIII. Bd. Berlin 09, S. 451—461.
Schwindsucht, Verein z. Bekämpfung der — in Chemnitz u. Umg. Jahr 1908. Chemnitz 09. (45 S.)
—, desgl. f. 1909. Chemnitz 10. (29 S.)
—; 3. Bericht des freien Ausschusses z Bekämpfg. der — in Dresden, f. 1909. Dresden 10.
Jahresbericht d. Kreis-Auskunfts- u. Fürsorgestelle für Lungenkranke für den Kreis Mainz v. 1. 7. 1908 bis 1. 7. 1909. Mainz 10.
Bericht, 5., des Vereins z. Bekämpfung der Tuberkulose in München. München 10.
(Tuberkulose-Statistik) III. Bericht d. Vereins z. Bekämpfung der Tuberkulose in Nürnberg f. 1908. Nürnberg 09. (47 S.)
Burkard, Erhebung über 250 Wohnungen tuberkulöser Arbeiter in Graz. (Zeitschr. für soziale Medizin 09, 4, S. 433—496.)
Reichen, A., Auskunfts- u. Fürsorgestellen f. Lungenkranke (64 S.) [Zeitfragen, sozialpolitische, der Schweiz 4 u. 5.] Zürich, Grütliverein.
Lungentuberkulose, die, in den 18 größeren städtischen Gemeinden der Schweiz 1907. Nach den Angaben der konfidentiellen Sterbekarten. San.-demogr. Wochenbulletin d. Schweiz 10. 1.

Behla, R., Krebs u. Tuberkulose in beruflicher Beziehung vom Standpunkte der vergleichenden intern. Statistik. Med. St., N. 10 I, S. 114—248.
Hamel, Die Ausbreitung des Lupus im Deutschen Reiche. Med.-stat. Mitt. d. K. G. A. XIII. Bd., Berlin 09, S. 133—151.
Werner, R., Statistische Untersuchungen über das Vorkommen des Krebses in Baden u. ihre Ergebnisse f. d. aetiologische Forschung. (XI. 286 S.) Tübingen 10.
Kolb, K., Bösartige Neubildungen (Krebs) nach ihrer Verteilung auf die einzelnen Organe des Körpers, dargestellt f. Bayern auf d. Jahre 1905—07. Bayr. Zeitschr. St. L. A. 09. 1.
Kolb, K., Die Lokalisation des Krebses in den Organen in Bayern und anderen Ländern. Ztschr. f. Krebsf., VIII. Bd., Berlin 09, S. 249—304.
Körber, E., Die Ergebnisse d. hamburgischen Krebsforschung 1908 in: „Jahrbücher d. hamb. Staatskrankenanstalten", Hamburg 09.
Fibiger u. Trier, Bericht über die Zählung der am 1. April 1908 in Dänemark in ärztlicher Behandlung gewesenen Krebskranken. Ztschr. f. Krebsf. IX. Bd, Berlin 10, S. 275—337.
Dollinger, J., Statistik der Krebskranken in den Ländern d. ungarischen h. Krone. Ung. Statistische Mitt. Bd. 19. (XIV, 64 u. 167 S.) Wien 09.
Ziemann, J., Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lepra in Kamerun u, Westafrika. Lepra 09, S. 23—31.

Breger, Die Ergebnisse des Impfgeschäfts im Deutschen Reich f. d. J. 1905. Med.-stat. Mitt. d. K. G. A. XII. Bd, Berlin 09, S. 27—50.
Breger, Ergebnisse der amtlichen Pockenstatistik im Deutschen Reiche v J. 1908. Med.-stat. Mitt. d. K. G. A., Bd. XIII, Berlin 10, S. 213 ff.
Tätigkeit, die, der im Deutschen Reiche errichteten staatlichen Anstalten zur Gewinnung von Tierlymphe während d. J. 1909. Med.-stat. Mitt. d. K. G. A., XIV. Bd., Berlin 10, S. 1—73.
Impfungen u. Wiederimpfungen 1879—1908. Mitt. d. herz. Anhaltischen Stat.-Bur. 1909, Nr. 48, S. 52—55.
Stumpf, L., Bericht über die Ergebnisse der Schutzpockenimpfung im Kgr. Bayern 1908. München 09.
Ergebnisse, die, der Schutzpockenimpfung in Preußen 1908. M. St. N. 09, IV, 552—557.
Berichte über das Impfwesen im Kgr. Sachsen 1909. Korr. d. Ärztevereine 10, Nr. 19 u. 20.
Breger u. Rimpau, Die Pocken in Metz u. Umg. 1906—07. Mitt. d. K. G. A., Bd. XI, 223—44.
Pockenepidemie, die, der Jahre 1905 u. 1906 im Großh. Luxemburg. Publ. d. Ständ. Kommiss. f. Statistik, Beil. z. Heft XVIII. Luxemburg 09.

Becker, Th., Der angeborene Schwachsinn in seinen Beziehungen zum Militärdienst (VII, 211 S. Kurven, Tab.) Berlin 09.
Wilker, Karl, Die Bedeutung und Stellung der Alkoholfrage in der Erziehungsschule. Auf Grund psychologischer und statistischer Untersuchungen. Diss. Jena. München 10. (120 S.)
(II, 210) Whitaker, Alkoholische Getränke und Lebensdauer. (24 S.) München 10.
Deutsch, Eine Umfrage über die Ausgaben für alkoholische Getränke bei 2302 Krankenkassenmitgliedern. Int. Monatsschr. z. Erforschung des Alkohol. 09. 5.
Heil- u. Pflegeanstalten, Deutsche, f. Psychischkranke. Red. v. J Bresler. (VI, 666 S.) Halle 10.
Beiträge zur Alkoholfrage. R. A. B. 10, S. 189, 326, 480.
Bericht über die erste deutsche Konferenz für Trinkerfürsorgestellen am 26. X. 1909 zu Berlin nebst Material für die Fürsorget tigkeit. Berlin 10.
Geisteskranke in den staatlichen Irrenanstalten Badens 1909. Stat Mitt. Grßh. B. Oktober 1910.
Fischer, M., Denkschrift über d. Stand der Irrenfürsorge in Baden Karlsruhe 09.
Rizor, Ergebnisse der psychiatrisch-neurologischen Untersuchung der in den Anstalten befindlichen über 14 Jahre alten Fürsorgezöglinge Westfalens. Ztschr. z. Erforsch. d. jugendl. Schwachsinns 09, S. 119—145.

Jahrbuch d. Krüppelfürsorge. 10. Jg. 1908. Herausgegeben von Pastor D. Th. Schäfer. (131 S.) Hamburg, Agentur d. Rauhen Hauses 09.
(I, 85) Biesalski, K, Umfang u. Art des jugendlichen Krüppeltums und der Krüppelfürsorge in Deutschland. Herausgegeben in amtlichem Auftrage. (VIII, 186 u. 316 S.) Hamburg 10.

am Ende, Das deutsche Volksbadewesen, nach der neuesten Statistik. Zentralbl. f. Allg. Ges.-Pflege. 09. H. 5 u. 6.
Bäder-Almanach. Mitteilungen der Bäder, Luftkurorte u. Heilanstalten in Deutschland, Österreich, d. Schweiz usw 11. Ausgabe 1910. (6̣2 S.) Berlin 10
Veröffentlichungen der deutschen Gesellschaft f. Volksbäder. V. Bd. 2. H. (V u. S. 117—199). Berlin 09.
Grunow-Barmen, Statistik der Hallenschwimmbäder. Gesundheit, 34. Jg. 09, S. 65—89.
Bäder, die staatlichen, im Großh. Hessen 1835—1907. Stat. J. B. 09, S 60.
Verwaltungsbericht, statistischer, über die schlesischen Bäder 1909. Jn: Der 38. Schlesische Bädertag, Salzbrunn 1910, S. 139—62.
Badestatistik d. städtischen Badeanstalten in Frankfurt a. M. 1908. Verw.-Ber. 1908, Frankfurt a. M. 10. S 261 ff.
Benutzung der städtischen Badeanstalten in Magdeburg. Verw.-Ber. 08/09, Magdeburg 10, S. 434.

(I, 119) Perutz, Die Belastung der Krankenkassen, Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften durch die Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten nebst Vorschlägen zu ihrer Bekämpfung. Ztschr. für soz. Med. 09, 1.

Dornehl, Neurasthenie u. Hysterie in der Armee. D. Militärärztl. Ztg. 09, 23, 969—91.

Statistik über Spielplätze, Spielbetrieb, Ferienspiele und Erholung, Schwimmen, Baden, Eislauf. J. B. für Volks- u. Jugendspiele 09, S. 267—98

Waldverhältnisse in der Umgebung volksreicher Städte Preußens. Anl. B zu Nr. 582 d. Drucks. d. H. d. Abg., III. Sess. 1910.

Solbrig, O., Die Kindbettfiebererkrankungen im Reg.-Bez. Allenstein 1907—1909. S. A.

Ruhrepidemie, die Hagenauer, des Sommers 1908. Bearbeitet in d. Med.-Abt. d. Kgl. preuß. Kriegsmin. (V + 67 S.) Berlin 10.

Battara, Die staatliche Malariatilgungsaktion in Dalmatien 1907 und 1908. Österr. Sanitätsw. 09. 24., S 225-31.

Bericht, 24., der Schweizerischen Anstalt für Epileptische f. 1909. Zürich 10. (124 S.)

Marschall, Die Schlafkrankheit in Deutsch-Ostafrika, ihre Verbreitung u Bekämpfung. Stand Ende 1908. Leipzig 09.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 8 **3. Jahrgang** **15. November 1911**

Erscheint vierteljährlich in 2 Nummern; Jahresumfang 16 Druckbogen. Preis jährlich 8 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | **Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger** Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | **Professor Dr. Friedrich Schäfer** Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert; auch Selbstreferate, wenn Honorar beansprucht wird. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

An unsere Abonnenten.

Die ersten drei Jahre des Erscheinens des D. St. Z. haben seine Existenzberechtigung und die Zweckmäßigkeit des an die Spitze seiner ersten Nummer gestellten Programms erwiesen. Eine Erweiterung darüber hinaus ergab sich fast ohne unser Zutun insofern, als neben den den Hauptteil bildenden Literaturanzeigen auch Aufsätze nicht bloß gelegentlich, wie ursprünglich beabsichtigt war, sondern fast schon von Anfang an regelmäßig gebracht werden konnten. Eine Reihe verschiedener Anlässe führte dazu, die Rubrik „Personalnachrichten" zu dem seit Beginn des zweiten Jahrgangs bestehenden Abschnitt „Vermischte Mitteilungen" auszubauen. Die im Programm bereits in Aussicht genommene Ausdehnung der Literaturbesprechungen auf wichtigere Arbeiten in fremden Sprachen soll nunmehr verwirklicht werden. Ferner ist eine Erweiterung der Bibliographie in der Weise in Aussicht genommen, daß in jedem Jahrgang die gesamten Erscheinungen des letzten Jahres auf allen Gebieten der Statistik angezeigt werden.

Für den derartig erweiterten Inhalt ist der bisherige Raum von 16 Druckbogen ungenügend. Das D. St. Z. wird daher vom Jahre 1912 ab jährlich 20 Druckbogen umfassen, abgesehen von Titel und Inhaltsverzeichnis und der voraussichtlich auch in Zukunft — wie zum ersten Male mit Nr. 6 des laufenden Jahrgangs — erfolgenden Beigabe amtlicher Veröffentlichungen der „Deutschen Statistischen Gesellschaft". In der Regel soll am 1. jedes Monats eine Nummer erscheinen. Der Bezugspreis für das D. St. Z. in dieser erweiterten Form wird 10 ℳ für den Jahrgang betragen.

Verlag und Redaktion.

Die Statistik auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911.

3. Die Arten und Gegenstände der Darstellung in der Gruppe „Statistik".

(Schluß des Artikels in Nr. 6.)

Von **Eugen Würzburger.**

Der Gesamteindruck, den der Beschauer der Gruppe „Statistik" von der Art der Darstellungen empfing, dürfte wohl allgemein der einer unerwarteten Reichhaltigkeit der Formen gewesen sein. Außer den beispielsweise erwähnten, besonders bemerkenswerten Darstellungsarten möge noch der vom Statistischen Bureau der Ausstellung gefertigten Zeichnung gedacht werden, die für jedes einzelne Jahr seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die Cholera-Epidemien in der Weise zur Anschauung bringt, daß die einzelnen Länder, die von einer Epidemie im gleichen Jahre betroffen wurden, durch eine hintereinanderstehende, perspektivisch gesehene, Reihenfolge verschieden gefärbter Säulen vertreten sind, deren Höhe der Zahl der Cholera-Todesfälle (im Verhältnis zur Bevölkerung) entspricht *(173)*.[1] Ferner eine ebenfalls aus dem Statistischen Bureau der Ausstellung stammende Vergleichung der Reihenfolge einer Anzahl sächsischer Städte nach der Zahl der Tuberkulose-Todesfälle einerseits, nach ihrer Höhenlage andererseits *(234)*; die Höhenlage ist durch die Zeichnung einer ansteigenden Berggruppe dargestellt, eine popularisierende Art der Darstellung, die sich von den Anfangs erwähnten Bildern und Bildchen vorteil-

1) Die hier und im folgenden in Klammern beigesetzten Kursivzahlen bedeuten die Nummern im Sonderkatalog „Statistik" (siehe unten Sp 247). Die in Nr. 6 angegebene Gesamtzahl 210 hat sich nachträglich auf etwa 250 erhöht.

haft abhebt, da sie ohne den jenen anhaftenden Stich ins Komische den gleichen Zweck sinnfälliger Klarheit erreicht. Als sehr glücklich darf auch die doppelte Bearbeitung der Todesursachen in Sachsen 1903—07 nach Alter und Geschlecht bezeichnet werden, bei der einmal in einer an ein Grabmal erinnernden Umrahmung die durch (ebenfalls hintereinander stehende) Säulen dargestellten Altersgruppen zum Ausgangspunkt genommen sind und für jede Gruppe (getrennt nach den Geschlechtern) die Häufigkeit der einzelnen Todesursachen gezeigt wird *(162)*, das andere Mal *(163)* die einzelnen, allein oder mit anderen in je einem Koordinatensystem behandelten Todesursachen durch die Altersjahre hindurch steigende bezw. fallende Kurven bilden.[1]) In welchem Grade an Zweckmäßigkeit der Darstellung durch Erfahrung gewonnen werden kann, lehrt u. a. ein Vergleich zweier Tafeln, die den gleichen Gegenstand, nämlich die Sterblichkeit der Kinder im 1. Lebensjahr mit Unterscheidung der ehelichen und unehelichen, behandeln; die eine für das Deutsche Reich und seine 26 Bundesstaaten, die andere für Österreich und seine 17 Kronländer. Die erstgenannte *(86)* umfaßt die 5 Jahre 1905—09, die letztere *(88)* bietet Raum für die 40 Jahre 1881—1920, so daß die Angabenmenge beider Tafeln sich wie 135 zu 720 verhält. Trotz dieser viel größeren Angabenhäufung gibt die österreichische, vom Ausstellungsbureau gefertigte Tafel nicht nur ein unbestreitbar viel leichter zu übersehendes Bild, sondern sie nimmt auch nur etwa dreiviertel des Raumes der anderen ein, welch letztere an sich ebenfalls richtig gezeichnet, aber doch offenbar nicht die Frucht vielfacher Erfahrung in graphischer Darstellung ist.

Demjenigen, der sich mit statistischen Ergebnissen berufsmäßig beschäftigt, kann aber auch eine den graphischen Darstellungen im allgemeinen eigene Schattenseite nicht entgehen, die auf der Auswahl der Unterlagen beruht. Es ist bekanntlich unmöglich, Regeln dafür aufzustellen, in welchen Fällen die zahlenmäßige Entwickelung bestimmter statistisch untersuchter Verhältnisse zweckmäßig in den absoluten Zahlen gezeigt wird, in welchen anderen besser Relativberechnungen am Platze sind, und endlich, wenn letzteres zutrifft, welche von den möglichen Arten der Reduktion auf Relativverhältnisse anzuwenden ist, um gerade das zu zeigen, worauf es ankommt. Die Mißgriffe, welche in dieser Beziehung in der heutigen Zeit mit ihrer (nach Meitzen) schier traumhaften Verwendung der Statistik gemacht werden, sind zweifellos eine Hauptursache des so weit verbreiteten Mißtrauens gegen statistische Ergebnisse, das sich in den so oft zu hörenden Aussprüchen wie „mit der Statistik kann man alles beweisen" und ähnlichen kundgibt. Das Irreführende, zu ungerechtfertigten Folgerungen Veranlassende der Art der Zahlenvorführung tritt nun bei graphischer Darstellung eben wegen ihrer Anschaulichkeit noch viel stärker hervor, als in den bloßen Ziffernreihen.[2]) So fällt z. B. in der Darstellung der Zunahme der „Lebenskraft" der Bevölkerung des Deutschen Reichs *(61* und *62)*, berechnet auf Grund der Sterbetafeln von 3 um je ein Jahrzehnt auseinanderliegenden Zeiträumen, jedem Beschauer sofort die besonders starke Zunahme um das 13. Lebensjahr auf, welches an sich schon die größte „Lebenskraft" zeigt. Unter „Lebenskraft" ist die Zahl der Personen verstanden, auf die ein Todesfall trifft. Die Zahlen sind durchaus richtig; und doch ist der Schluß ganz falsch, den fast notwendig jeder Laie ziehen wird, daß nämlich die Gesundheitsverhältnisse gerade jener Altersklasse sich in viel stärkerem Maße gebessert hätten, als die der übrigen. Dies ergibt sich aus folgendem Beispiel. Man nehme einerseits eine aus 20 Personen bestehende Altersklasse an, auf die in der ersten Periode 2, in der zweiten Periode 1 Todesfall traf; auf der anderen Seite eine ebenfalls aus 20 Personen bestehende Altersklasse, auf die in der ersten Periode 10, in der zweiten Periode 5 Todesfälle entfielen, so daß also in Wirklichkeit die Sterblichkeit beider Gruppen sich in gleichem Maß gebessert hat, indem sie auf die Hälfte zurückgegangen ist. Die Darstellung der „Lebenskraft" zeigt uns nun bei der erstgenannten Gruppe ein Ansteigen der Lebenskraft von 10 auf 20, also um 10 Stufen, Linien oder Zentimeter usw., bei der zweiten dagegen nur ein Ansteigen von 2 auf 4, also um 2 Zentimeter.

Ein weiteres Beispiel, bei dem nur absolute Zahlen verwendet sind. Von den Darstellungen des Wachstums der Bevölkerung von Staaten oder Städten durch ansteigende Kurven *(1* und *2)* hatte gewiß jeder Beschauer den unmittelbaren Eindruck, als ob die Steilheit, mit der die Kurven der einzelnen Staaten und Städte ansteigen, ein Bild ihrer Volkszunahme ergebe. Tatsächlich hängt aber die Steilheit — ausgenommen da, wo die Anfangsbevölkerung überall gleich gesetzt ist *(5)*, — nicht bloß von der Zunahmegeschwindigkeit, sondern zugleich auch von der Größe der Anfangsbevölkerung ab. Ist z. B. ein Zentimeter der Abszisse gleich einem 50 jährigen Zeitraum, ein Zentimeter der Ordinate gleich 10 Millionen Einwohnern gesetzt, und hat sich in zwei Staaten mit anfänglich 10 und 20 Millionen Einwohnern die Bevölkerung innerhalb 50 Jahren verdoppelt, so steigt die Kurve des ersten in einem Winkel von 45 Grad, die des zweiten aber in einem Winkel von 60 Grad an, obwohl der Vermehrungssatz der nämliche ist.

Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß die Darstellungen, die aus solchen Gründen leicht irreführen, bei richtigem Verständnis in anderer Richtung sehr instruktiv wirken können. Die genannten Darstellungen des Bevölkerungs-

---

1) Die 4 hier hervorgehobenen Tafeln sind, ebenso wie 13 andere, im Spezialkatalog in verkleinertem Maßstab abgebildet.

2) Z. B. ist, wie auch im Katalog angedeutet, die Berechnung der durchschnittlichen Zahl der Cholera-Todesfälle auf 1000 Einwohner wohl da, wo ein ganzes Land von der Epidemie ergriffen war, vorbehaltlos am Platze; sie ist aber nur bedingt anwendbar, wenn nur einzelne Gebietsteile den Seuchenherd bildeten. — Hierher gehört auch die in Nr. 6 berührte Vortäuschung nicht bestehender geographischer Abgrenzungen durch statistische Kartogramme. Die Daseinsberechtigung der bekannten „schematisch-statistischen Karten" des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin wird m. E. hauptsächlich dadurch begründet, daß ihr Verzicht auf geographisch richtige Grenzzeichnung jener Täuschung entgegenwirkt.

wachstums zeigen z. B. ohne weiteres für jeden beliebigen Zeitpunkt der in Betracht gezogenen Periode die Reihenfolge der Staaten oder Städte nach ihrer Einwohnerzahl und somit den im Laufe der Zeit darin eingetretenen Wechsel.

Aber die Notwendigkeit, für die mannigfachen Beziehungen der statistisch faßbaren Erscheinungen nur die jeweils geeignete Art des Zahlenausdrucks zu verwenden und alle anders gearteten und darum nur unter dem Gesichtspunkt anderer Zifferngruppierungen richtig zu verstehenden Zusammenhänge von der Betrachtung auszuschließen, ist eine Klippe, an der so manche statistische Arbeit scheitert, zumal da auch bei dem berufsmäßigen Verarbeiter statistischer Ergebnisse das Bestreben, diesen eine möglichst große Bedeutung abzugewinnen, naheliegt. Die weitere Aufzählung aller Bedenken der erwähnten Art würde daher, wenn sie einigermaßen vollständig sein soll, auf eine Kritik der gesamten statistischen Bearbeitungsmethodik hinauslaufen, eine um so umfangreichere Aufgabe, als sie in den wissenschaftlichen statistischen Werken bisher meist recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Die Frage mußte aber hier berührt werden, weil bei graphischer Darstellung wie das Richtige so auch das Schiefe der Berechnungen besonders augenfällig wird.

Zum Schluß führen die vorstehenden Gedanken über die Darstellungsarten noch zu einem Wunsche, der in der statistischen Gruppe der Hygiene-Ausstellung, die ja in Hinsicht auf die Planmäßigkeit der Vorführungen ein erster Versuch war, nur zu einem kleinen Teil erfüllt werden konnte. Es sind an manchen Tafeln die Zahlen selbst, die in graphischer Wiedergabe gezeigt werden, mit beigeschrieben oder beigedruckt. Mit größerem Nutzen wären, da die benützten Zahlen fast allenthalben nur eine Auswahl aus dem vorhandenen Material bilden, die Quellenwerke, möglichst mit genauen Zitaten, genannt und die Besucher dadurch in den Stand gesetzt worden, den sie interessierenden Fragen weiter nachzugehen, wozu übrigens die in der Halle „Statistik" aufgestellte Sammlung amtlicher bevölkerungs- und medizinalstatistischer Veröffentlichungen zur Verfügung stand.[1])

Nun noch ein paar Worte über die Gegenstände der graphischen Darstellungen in der Gruppe „Statistik". Sie lassen sich in demographische und medizinische unterscheiden (abgesehen von spärlichen Angaben über die finanzielle Seite der Gesundheitspflege), und es ist begreiflich, daß sie im einzelnen eine etwas willkürliche Auswahl und einen recht verschiedenen Grad von Vollständigkeit zeigen. Dennoch schuf die mehrjährige Vorbereitung durch das besondere Statistische Bureau der Ausstellung[1]) die Möglichkeit des systematischen Sammelns von Grundlagen; mehr wie bei früheren Gelegenheiten konnte daher die sonst übliche zeichnerische Wiedergabe von vereinzelten Ziffernreihen, für deren Auswahl oft kaum ein anderer Grund als der maßgebend war, daß sie den Ergebnissen der neuesten Tätigkeit des ausstellenden statistischen Amtes ohne weiteres zu entnehmen waren, durch eigens nach bestimmten Grundsätzen angestellte Zahlenvergleichungen mit gleichmäßig durchgeführten Relativberechnungen vervollständigt werden.

Die demographischen Darstellungen betreffen Stand und Bewegung der Bevölkerung mit den üblichen Unterscheidungen, die medizinischen die Erkrankungen, Gebrechen und Todesursachen mit der in Nr. 6 Sp. 163 erwähnten Einschränkung. Eine Einzelaufführung des Inhalts aller statistischen Tafeln an dieser Stelle erübrigt sich dadurch, daß der Sonderkatalog der Gruppe „Statistik" in seiner systematischen Aufzählung der Tafeln ein hinreichendes Bild dieser Gruppe gibt, das bezüglich der in anderen Gruppen (insbesondere Ansiedlung und Wohnung, Säuglingsfürsorge, Nahrungs- und Genußmittel und in einigen ausländischen Sonderausstellungen) enthaltenen statistischen Graphika durch deren Kataloge ergänzt wird.[2])

Der unmittelbare Zweck der Belehrung des großen Publikums über einige augenfällige statistische Ergebnisse dürfte zwar den Lesern des Deutschen Statistischen Zentralblattes gegenüber in bezug auf einen Teil der Darstellungen, wo es sich um ihnen Wohlbekanntes handelt, gegenstandslos sein; bei einigen auch, weil sie sich auf im D.St.Z. bereits besprochene Quellenveröffentlichungen gründen (z. B. die neuen Sterbetafeln für das Deutsche Reich im D.St.Z. 1910 Sp. 103). Von einer Anzahl graphischer Darstellungen gilt aber in besonderem Maße das oben (Nr. 6 Spalte 162) Bemerkte. Sie versinnbildlichen Ziffernreihen, die durch ihren großen Umfang das Erkennen der gegenseitigen Beziehungen auch für den Geübtesten unmöglich machen, weil man, wie Bowley sich ausdrückt, den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht; einzelne, in denen Zahlenergebnisse, die verschiedenen Quellen entstammen, zum ersten Male nebeneinandergestellt und in gegenseitige Beziehung gesetzt sind, besitzen den Wert selbständiger wissenschaftlicher Leistungen.[3]) Ersteres trifft namentlich für die staaten- und städtevergleichenden Kurven der Bevölkerungsbewegung in ihren verschiedenen Elementen zu; denn die hierauf bezüglichen Darstellungen zeigen eine so weitgehende örtliche und zeitliche Vollständigkeit, daß sie ein ausgezeichnetes und anderswo kaum gegebenes Hilfsmittel zur Beurteilung einiger der wichtigsten statistischer Beleuchtung zugänglichen Fragen unserer Zeit bieten. Ähnliches läßt sich von den Tafeln sagen, die den im Laufe der Zeit eingetretenen Wechsel

1) Unter den wissenschaftlich-statistischen Werken, die die graphische Darstellung eingehender behandeln, sind u. a. zu nennen v. Mayr, Theoretische Statistik (Leipzig 1895), Seite 102ff., Bertillon, *Cours élémentaire de statistique administrative* (Paris 1896), Seite 122ff., Gabaglio, *Teoria generale della Statistica* (Mailand 1888), 2. Band, Seite 412ff., Bowley, *Elements of Statistics* (London 1907), Seite 143ff. und die bereits in Nr. 6 anmerkungsweise erwähnte Arbeit von Schott. Die unten (Sp. 250) erwähnten Erörterungen auf dem Haager Statistischen Kongreß von 1911 betrafen hauptsächlich das Maßverhältnis zwischen Ordinate und Abszisse.

1) Siehe D. St. Z. 1911 Nr. 4.

2) Die Beschränkung der Gruppe „Statistik" auf die nicht in andere Gruppen passenden Ausstellungsgegenstände hatte zur Folge, daß die umfangreiche Beschickung der Ausstellung mit graphisch-statistischen Tafeln seitens mancher Statistischen Ämter und anderer Behörden nicht recht zur Erscheinung kam.

3) Hierüber folgt gelegentlich Weiteres im D. St. Z.

in der Bedeutung der verschiedenen Todesursachen vor Augen führen. Die benützten Nachweisungen umfassen die gesamte Kulturwelt und fast allenthalben den ganzen Zeitraum seit der Einführung statistischer Erhebungen; sie gründen sich nicht allein auf die gedruckt vorliegende international vergleichende statistische Literatur — die vor ihrer Benützung im Statistischen Bureau der Ausstellung einer rechnerischen Nachprüfung unterzogen wurde, die sich in vielen Fällen als notwendig erwies, — und auf die Einzelveröffentlichungen verschiedener statistischer Behörden, sondern es wurden zu deren Vervollständigung vielfach auch schriftliche Mitteilungen erbeten und von den darum ersuchten Stellen bereitwilligst gewährt.

Der systematische Teil des Sonderkatalogs der Gruppe „Statistik" enthält, wie zum Teil auch die einzelnen Tafeln selbst, Hinweise auf die Folgerungen, die aus den dargestellten Zahlenverhältnissen gezogen werden können. Sie mußten natürlich kurz gehalten werden und vermögen auf die Fülle des Stoffes nur Streiflichter zu werfen, durch die aber erkennbar wird, wie unentbehrlich derartige systematisch-vergleichende und in graphischer Übersetzung dem Verständnis nahegebrachte Verarbeitungen der Ergebnisse der Tätigkeit der Statistischen Ämter sind, und welch treffliches Mittel sie bieten, um den auch in diesen Blättern öfter zum Ausdruck gekommenen Klagen über die allzu spärliche Ausnützung jener Ergebnisse abzuhelfen. Nur wird man andererseits nicht so weit gehen dürfen, mehr als die Klarstellung der Tatsachen und ihrer zeitlichen, örtlichen und sachlichen Unterschiede, sowie die bestimmte Umgrenzung ihres Erkenntniswertes zu erwarten. Das Bestehen oder Nichtbestehen kausaler Zusammenhänge festzustellen, liegt außerhalb des Vermögens und der Aufgabe der graphischen Darstellung wie der Statistik überhaupt und kommt den Spezialwissenschaften zu, mit der Einschränkung, daß die Statistik den Einblick in die Ursachen der Maßverhältnisse durch Anknüpfung an andere statistische Ergebnisse ermöglicht.

Aus der Fülle bedeutsamer Erscheinungen, die durch die Graphika schlagend belegt werden, seien hier nur erwähnt die Verschiedenheit zwischen den Gebürtigkeits- und Sterblichkeitskoëffizienten in alter und in neuerer Zeit, die sich einerseits darin kundgibt, daß früher beide Kurven sich häufig kreuzten, was neuerdings, abgesehen von den gelegentlichen Folgeerscheinungen besonderer klimatischer Abnormitäten, nur in Frankreich vorübergehend zu beobachten war, andererseits in dem neuerlichen völligen Verschwinden der durch die großen Epi- und Pandemien verursachten hochaufragenden Spitzen in den Sterblichkeitskurven vergangener Zeiten, denen meist eine Periode verhältnismäßig günstiger Sterblichkeitsverhältnisse folgte, weil alle weniger widerstandsfähigen Individuen schon von der Seuche weggerafft waren (z. B. *26*, *34*); für die neuesten Jahrzehnte das Abnehmen der Geburtenhäufigkeit in Mittel- und Westeuropa, mit dem aber namentlich im Deutschen Reich ein ebensolcher oder noch ausgesprochenerer Rückgang der Sterblichkeit parallel geht und — was so oft übersehen wird[1] — in ursächlichem Zusammenhang steht (insbesondere *24* und *30*); die für die ganze Zeit seit dem Beginn der betreffenden Aufzeichnungen (also seit der Mitte oder dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts) andauernde, aus den gebesserten Sterblichkeitsverhältnissen sich ergebende Verlängerung der Dauer des menschlichen Lebens (z. B. *65* und *66*); das Sinken der Bedeutung der Infektionskrankheiten insbesondere für die Säuglingssterblichkeit (hierzu u. a. *151—156*); die Unterschiede zwischen der Sterbenswahrscheinlichkeit für die beiden Geschlechter in den verschiedenen Altersstufen (z. B. *62*), und anderes mehr.

Es ist zu hoffen, daß die in den graphischen Darstellungen fließende reiche Quelle der Erkenntnis mit dem am 31. Oktober erfolgten Schluß der Ausstellung nicht versiegt, sondern Mittel und Wege gefunden werden, um sie auf die Dauer nutzbar zu gestalten und durch Vervielfältigungen ihre Verbreitung über den trotz des überaus zahlreichen Besuchs der Ausstellung doch engen Kreis ihrer aufmerksamen Beschauer hinaus zu ermöglichen.[2]

---

1) Hierzu D. St. Z. 1911 Sp. 68 unter „K".

2) Am Schluß des Artikels in Nr. 6 war irrtümlich das vom Niederländischen Statistischen Bureau gefertigte Kartogramm der Säuglingssterblichkeit in Holland nach Gemeinden als Werk des Statistischen Amtes der Stadt Amsterdam bezeichnet.

Besprechungen.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Neue Beiträge zur Säuglingssterblichkeits-Statistik. Im Vergleich mit anderen Staaten weist das Deutsche Reich noch immer eine hohe Säuglingssterblichkeit auf. Man hielt sie früher für etwas ganz Natürliches, „für eine Ausleseerscheinung, durch welche die Minderwertigen hinweggerafft würden". Später kam man dann zur Ansicht, daß die Säuglingssterblichkeit ein großer volkswirtschaftlicher Schaden sei. Auch wurde nachgewiesen, daß die hohe Säuglingssterblichkeit „weder die Lebensfähigkeit der späteren Jahre noch die Anzahl der Militärtauglichen erhöhe, noch die Verbreitung der Tuberkulose einschränke". Als eine der wichtigsten Aufgaben der Hygiene betrachtet man heute die Verminderung dieser Säuglingssterblichkeit. Und der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Aus der zahlreichen statistischen Literatur über diese Säuglingssterblichkeit, welche dank dem großen neuzeitigen Interesse an ihrer Bekämpfung entstanden, wollen wir im folgenden auf die obengenannten neuen Veröffentlichungen hinweisen.[1]

Wir beginnen mit einem wertvollen Beitrag zur wissenschaftlichen Säuglingssterblichkeits-Statistik, betitelt: Sommerklima und Wohnung in ihrer Beziehung zur Säuglingssterblichkeit von Dr. med. H. Kathe (Jena, G. Fischer,

1) Wesentlich bereichert wurde die Literatur der Säuglingssterblichkeit durch die graphischen Darstellungen auf der Dresdner Internationalen Hygiene-Ausstellung von 1911 (siehe den Leitartikel dieser Nummer). *Red.*



1911, 5 ℳ). Das Wohnungsklima in den Sommermonaten ist die Ursache des Massensterbens der künstlich ernährten Säuglinge. Sie zeigen sich erheblich weniger widerstandsfähig, wesentlich krankheitsanfälliger, ihre Wärmeregulation ist beträchtlich labilerer Natur als jene der Brustkinder. Zu diesem Ergebnis kam der Verfasser durch den Nachweis der Lokalisation der Sommersterblichkeit in dem Stadtgebiet von Halle. Zu diesem Zweck verteilte er sämtliche Sterbefälle der Säuglinge in den Jahren 1904—1908, je nachdem sie in den Monaten Januar bis Mai und Oktober bis Dezember einerseits, Juni bis September anderseits sich ereignet hatten, getrennt nach Verdauungskrankheiten, besonders Krämpfen, und nach allen übrigen Affektionen unter Angabe der Häuser, in denen die betreffenden Kinder starben. Weil dabei nur die relative Sterbeziffer einen Einblick gewähren kann, wie es zahlenmäßig mit der Höhe der Sommermortalität in dieser oder jener Straße steht, wurden zur Gesamtsumme aller im Jahrfünft in jeder Straße Geborenen die in der gleichen Zeit Gestorbenen in Beziehung gesetzt. So bekam der Verfasser die relative Sterbeziffer. Er eruierte so die Straßen, in denen die genannten Erkrankungen im Sommer besonders zahlreiche Opfer verlangten. Quartiere mit schmalen, winkligen Straßen, engen Höfen, alten, verbauten Häusern sind die Bedingungen, die eine Lufterneuerung und Wärmeabgabe erschweren. Dadurch vor allem die durch Hitzestauung veranlaßten sogenannten Magen-Darmaffektionen in der Sommerzeit. Wo die genannten Bedingungen günstigerArt sind, — in den peripheren Stadtbezirken mit geraden Straßen und nach modernen Grundsätzen erbauten Häusern, — forderte der Sommer erheblich weniger Opfer. Vom Verfasser in Halle unternommene statistische Erhebungen haben folgenden Zusammenhang klar erwiesen: In Häusern, deren bauliche Verhältnisse exzessive Steigerungen des Wohnungsklimas im Sinne einer Behinderung der Wärmeabgabe begünstigen, wütet die Säuglingssterblichkeit in der heißen Jahreszeit besonders. Die Frage nach der Höhe der Sommersäuglingssterblichkeit hängt also ab von den Wohnräumen, die für letale Wirkung der direkten Hitzeschädigung mehr oder weniger geeignet sind. Der Verfasser lehnt nach seinen Untersuchungen die Lehre von der ätiologischen Bedeutung zersetzter Milch für das Zustandekommen der Cholera infantum ab. Er bekennt sich zur Lehre der ursächlichen Bedeutung der Hitze zur Beantwortung auf die Frage der Sommersäuglingssterblichkeit. Aus den statistischen Untersuchungen über die vermutete ursächliche Beziehung zwischen sommerlicher Säuglingssterblichkeit und den klimatischen Verhältnissen während des Jahrfünfts 1904—1908, wobei die beigegebenen Liniendiagramme ihre Wirkung nicht verfehlen, geht hervor, daß tatsächlich einem starken Ansteigen der Temperatur sofort eine Zunahme der Mortalität folgt und zwar vorwiegend an Magen-Darmaffektionen. In allen Diagrammen kommt dieser Parallelismus der Erscheinungen zum Ausdruck.

Auch in dem Buch „Die Mutterschaftsversicherung" von Henriette Fürth (G. Fischer, Jena, 1911, Preis 5,50 ℳ) findet sich zum Kapitel Säuglingssterblichkeit so Manches, was den Statistiker interessiert. Hier wird neben der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Lage weiter Volksschichten als Ursache der Säuglingssterblichkeit vornehmlich die Todesursache künstliche Ernährung[1]) etwas eingehender behandelt. Die Statistik der Säuglingssterblichkeit spiegle nach Umfang und Verlauf wesentlich die Statistik der Flaschenkinder wider. Die Sterblichkeit der Brustkinder dagegen sei allerorts eine ziemlich konstante, ihre Zahl ziemlich niedrig, rund 7 % der Neugeborenen nach Erhebungen von Böckh, Howarth, Hesse, Seutemann usw. Die Brustkinder haben schon im zweiten Lebensmonat eine Sterblichkeit, die noch nicht ein Drittel des ersten Lebensmonats beträgt. Dagegen ist die entsprechende Zahl bei den künstlich Genährten noch drei Viertel. Bei natürlicher Ernährung wachse also die Widerstandsfähigkeit der Säuglinge sehr rasch. Sogar das Gesetz, nach dem hohe Geburtenfrequenz mit hoher Sterblichkeit zusammenfalle, erleidet da eine Ausnahme, wo es sich um Brustkinder handle. Ferner wird hier auf den engen Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsarbeit und Säuglingssterblichkeit hingewiesen. Dafür werden zahlreiche Belege beigebracht, z. B. einer aus Plauen, wo die Säuglingssterblichkeit mit der Zunahme der Fabriken beträchtlich stieg, während die Gesamtsterblichkeit erheblich abnahm; im Mittel befanden sich unter 100 Sterbefällen in den Jahren 1800—1824 33,8 Säuglinge, 1825—1839 32,4 Säuglinge, 1850—1874 39,8 Säuglinge, 1875 bis 1899 43,9 Säuglinge.[2]) Die schlechte soziale Lage nötige die Mutter zum außerhäuslichen Erwerb und damit fast regelmäßig zum Verzicht auf die Darreichung der Brust. Daß bei den unehelichen Säuglingen all das Gesagte noch in viel stärkerem Maße in die Erscheinung tritt, wird in dem Kapitel „Die Unehelichen" sehr eindrucksvoll dargestellt.

Wir möchten dann noch abschließend auf folgende neueren Beiträge zur Statistik der Säuglingssterblichkeit hinweisen. Zunächst auf die Statistik der Säuglingssterblichkeit im Großherzogtum Hessen in den Jahren 1863—1908 (Darmstadt 1910, Staatsverlag), dann auf die im Kanton Basel-Stadt in den Jahren 1870 bis 1909 (21. Mitteilg. d. Stat. Amt. d. Kant. Basel-Stadt, 1911). Aus diesen beiden Arbeiten — Tabellen und Text sind auf Grund amtlichen Materials hergestellt — kann der Leser sehr gut sich über die neuzeitige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in Kombination mit Geschlecht, Legitimität, Jahreszeiten, Monaten, Todesursachen usw. orientieren. Mit der „Säuglingssterblichkeit in Pommern nach Alter und Geschlecht" beschäftigt sich N. Busse in seiner so betitelten Dissertation (Greifswald 1909). Auch für Mecklenburg-Schwerin ist in einer Rostocker Dissertation die Säuglingssterblichkeit dieses Landes wissenschaftlich dargestellt worden, und zwar von Chr. Paulsen in „Die Säuglingssterblichkeit in den mecklenburgischen Aushebungsbezirken in den Jahren 1876—1905" (Rostock 1909.) Interessante De-

1) Über das gleiche Thema äußert sich sehr eingehend in einer Greifswalder Dissertation von Piske: „Über Säuglingsernährung im Kreise Greifswald und ihr Verhältnis zur Säuglingssterblichkeit". (Greifswald 1909).

2) Das für den Statistiker hieran Interessante ist die falsche Berechnungsweise. *Red.*

tails zu unserem Thema enthält endlich der Bericht Methorst's über Morbidität und Mortalität der Säuglinge im Haag, den er der 13. Session des Internationalen Statistischen Instituts daselbst vorlegte (siehe unten Sp. 249/250).

E. Müller.

Fehlgeburten in Magdeburg. Magdeburger Statistik 1910 S. 16.

Eine Statistik der Fehlgeburten wird m. W. von deutschen Städten nur noch in Görlitz geführt, wo eine polizeiliche Meldepflicht über Fehlgeburten für die Hebammen eingeführt ist. In Magdeburg dienten als Quelle die Hebammentagebücher, die vom Kreisarzte zur Verfügung gestellt wurden, sowie Nachrichten aus Entbindungsanstalten. Nachrichten aus Krankenanstalten fehlen, was aber kaum eine erhebliche Lücke bedeutet, da in diesen Fehlgeburten selten sind und nur die Nachbehandlung häufiger ist. Die Bedeutung der Statistik der Fehlgeburten liegt nicht nur in ihr selbst, sondern vor allem in ihrem Werte für die Fruchtbarkeitsmessung, welcher in der Zeit abnehmender Geburten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Von den Ergebnissen sei mitgeteilt, daß namentlich bei den ehelichen Fehlgeburten die älteren Mütter weit stärker beteiligt sind, als es ihrem Anteil an der Geburtstätigkeit überhaupt entspricht; bei den unehelichen Müttern hingegen sind die Altersunterschiede geringer.

A. Grünspan.

Sommersterblichkeit der Säuglinge in Magdeburg. Magdeburger Statistik 1910 S. 28ff.

Wie in den 4 Vorjahren, so wird auch diesmal eine besondere Untersuchung der Sommersterblichkeit der Säuglinge gewidmet, und zwar derart, daß neben einer Absterbeordnung für das ganze Kalenderjahr eine Sterbetafel für die 3 Sommermonate berechnet und einer solchen für die übrigen 9 Monate gegenübergestellt wird. Während im Jahre 1910 nach der Sterblichkeit der 3 Sommermonate von 1000 Geborenen nur 732 das erste Lebensjahr überschreiten, beträgt diese Ziffer für die übrigen 9 Monate 803. *A. Grünspan.*

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Statistik der Mieten in Hamburg 1910 und frühere Jahre. Abdruck aus dem Öffentlichen Anzeiger, Verlag von Lütcke & Wulff, Hamburg.

Aus dem Erhebungsstoff der alljährlichen Aufnahme der Bevölkerungs- und Wohnungsverhältnisse wird für die Stadt Hamburg seit einer Reihe von Jahren eine Mietestatistik aufgestellt, wobei seit zwei Jahren außer der Miete auch die Größe der Lokalitäten (Zimmerzahl) berücksichtigt wird. Übrigens erstreckt sich die Bearbeitung der Mietpreise auf alle Lokalitäten, d. h. auch auf die geschäftlich benutzten. Früher wurden derartige Aufstellungen nur für die Volkszählungsjahre ausgeführt.

Die Gesamtzahl der Lokalitäten erreichte zur Aufnahmezeit (1. Dezember 1910) 274 886. Sie hatte sich um 18 393 oder 7,2% im letzten Jahre gemehrt. Bewohnte Wohnungen waren 222 823 vorhanden oder 9856 (4,6%) mehr als im Vorjahr (am 1. Nov. 1909). Verhältnismäßig noch stärker war die Zahl der geschäftlich benutzten Räume gewachsen (um 2010 oder 6,5%), aber noch weit beträchtlicher der Bestand an leerstehenden Lokalitäten, nämlich bei den zu Wohnzwecken dienenden um 5950 oder 61,6%, bei den übrigen um 577 oder 21,3%. Während die Zahl der Lokalitäten überhaupt überall bis auf den Stadtteil Altstadt-Nord, der eine geringfügige Abnahme aufweist, gestiegen ist, hat sich die Zahl der bewohnten Wohnungen in 6 (inneren) Stadtteilen gemindert, in den äußeren Stadtteilen demgemäß umsomehr gehoben.

Dem besonderen Interesse, das der sogenannte Wohnungsmarkt beansprucht, ist in mehrfacher Hinsicht Rücksicht getragen. Für alle unterschiedenen Mieteklassen erfährt man, wie viele der bewohnten Wohnungen in der Miete gegen das Vorjahr gleichgeblieben (insgesamt 79,1%) oder ermäßigt (3,5%) oder gesteigert (10,9%) oder aber zum ersten Mal vermietet waren (6,5%). Die Mietesteigerungen waren am häufigsten in den Mieteklassen von mehr als 300 bis 1500 ℳ (11 bis 12,7%). Der Betrag der Wohnungsmietesteigerungen in der Stadt Hamburg im Jahre 1910 belief sich auf 901 257 ℳ, während die Ermäßigungen 360 980 ℳ ausmachten.

Der Anteil der leerstehenden Wohnungen hat im Jahre 1910 6,6% erreicht, er steht seit dem Jahre 1903 über 3%, im Jahre 1901 aber hatten nur 1,5 und im Jahre 1902 2,2% leer gestanden. Am geringsten war im letzten Jahre der Prozentsatz in den Mieteklassen über 2000 ℳ (4,9%), am höchsten dagegen in der Klasse mit 1501 bis 2000 ℳ (8,3%). Es bestand also in allen Größenklassen ein reichliches Wohnungsangebot. 55,9 v. Hundert der 15 570 leerstehenden Wohnungen (ohne die 35 leeren Amtswohnungen usw.) gehörten den Mieteklassen von höchstens 450 ℳ an, 30,2% denen von 451 bis 800 ℳ und 13,9% denen mit mehr als 800 ℳ Jahresmiete. Der Mietwert der leeren Wohnungen betrug 8¾ Mill. ℳ, davon entfallen rund 8 Mill. auf Wohnungen in Vorderhäusern und ¾ Mill. auf Hinterhäuser.

Alle Lokalitäten zusammen, mit Einschluß der geschäftlich benutzten und der leerstehenden (aber ohne Freiwohnungen u. dergl.) hatten einen Jahresmietewert von rund 200 Mill. ℳ, d. s. 15 Mill. ℳ mehr als im Vorjahr. Die Eigentümerwohnungen sind mit ihren veranlagten Mietwerten immer eingeschlossen. *W. Beukemann.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Zwei Wirtschaftsrechnungen von Familien höherer Beamter. Nebst einem Anhange: Wirtschaftsrechnungen von fünf minderbemittelten Familien. Zur Ergänzung der Erhebung von 1907. Bearb. i. Kais. Stat. Amte, Abt. f. Arbeiterstat. 3. Sonderheft z. Reichs-Arbeitsblatte. Berlin. 1911. 33 S. 1 ℳ.

Zwei höhere Beamte haben ihre durch 15 und 12 Jahre geführten Wirtschaftsbücher dem K. St. A. überlassen, das die Bearbeitung unter tunlichster Anlehnung an die Erhebung von 1907 (D. St. Z. 1909, Sp. 182) vorgenommen hat. Da die Buchführung nicht zum Zwecke der Statistik erfolgt

war, so waren gewisse Mängel, vor allem das Fehlen von Mengenangaben, in Kauf zu nehmen. Hauptgegenstand der Ermittlungen war die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Ausgabegruppen, wobei Vergleiche mit den minderbemittelten Familien der Erhebung von 1907 gezogen werden. — Bei Rechnung I bewegt sich die Gesamtausgabe zwischen 6600 und 12 500, bei II zwischen 3800 und 9900 ℳ. Das Diensteinkommen vermag bei I nur 61 bis 76 v. H., bei II gar nur 42 bis 66 v. H. der Ausgaben zu decken. Der Anteil der Ernährung an den Gesamtausgaben ist bei I und II erheblich geringer als bei Arbeiterfamilien, der der Wohnung höher usw. Eine Zurückführung der Ausgaben auf die Einheit eines erwachsenen Mannes, wie sie bei der Erhebung von 1907 vorgenommen wurde, ist hier wegen des störenden Einflusses der Dienstboten nur für die Ernährungsausgaben erfolgt. Im Vergleichsjahre 1907 betrugen diese Ausgaben auf die Einheit berechnet bei I 552,4, bei II 651,3, bei den Normalfamilien der Erhebung 409,4 ℳ.

Im Anhange sind für drei Familien, die sich schon an der Erhebung von 1907 beteiligt hatten, und für zwei weitere je zwei oder drei Jahresrechnungen mitgeteilt. Es ist hier von Interesse zu sehen, wie sich in der gleichen Familie bei steigendem oder sinkendem Einkommen die Ausgabenverteilung verschiebt.

J. Feig.

Über die Ernährung und deren Kosten bei deutschen Arbeitern. Von Prof. Dr. Lichtenfelt. In: Basler Volkswirtschaftliche Arbeiten, herausg. und eingeleit. v. Stephan Bauer, Nr 2, Stuttgart 1911.

Aus den Untersuchungen über „Die soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden" (Mannheim 1889) kommt Verfasser zu dem Schlusse: „Je geringer die Kinderzahl, desto ergiebiger die Nahrung nicht nur der Menge, sondern auch der Art nach, durch Betonung der Eiweiß- und Fettkalorien." Diese Tatsache wird bestätigt sowohl von Fuchs in seinen Erhebungen über „Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter" (Karlsruhe 1901) als auch von Dr. Krömmelbein in der mit der besprochenen zusammen veröffentlichten Arbeit (s. nächste Nr. des D. St. Z.).

Um nun den die Ermittlung des Nährstoffverbrauches der männlichen erwachsenen Arbeiter erschwerenden Einfluß der Kinderernährung in der Familie auszuschalten, sucht Lichtenfelt die Möglichkeit der Ernährung in den deutschen Arbeitermenagen durch Versendung von Fragebogen zu ergründen. Es gingen ihm 46 verwertbare Antworten aus verschiedenen Industriegebieten zu.

Aus diesem Material ergibt sich u. a., daß der Konsum von Fleisch in den verschiedenen Betätigungszweigen wie auch nach Landesteilen sehr variiert, daß aber die dem Schweinefleisch und der Wurst entstammende Nahrung viel gleichmäßiger bevorzugt wird. Da nun die Summe der Reinkalorien im Rindfleisch sich zu derjenigen im Schweinefleisch wie 3,2:4,2 verhält, ferner 100 Kalorien aus dem Rindfleisch sich auf 4,5 und aus dem Schweinefleisch auf 3,8 ₰ stellen, so zeigt sich, daß die Verteuerung des Schweinefleisches das Ernährungsbudget des deutschen Arbeiters am empfindlichsten trifft.

Sehr wichtig ist die Feststellung des Nahrungsverbrauchs nach Industrien. Der tägliche Verbrauch beträgt in Gramm für Bergbau: 98,9 Eiweiß (E), 109,0 Fett (F), 559,4 Kohlehydrate (K), Industrie der Steine und Erden: 94,3 E, 119,3 F, 533,3 K, Maschinenindustrie: 80,3 E, 104,3 F, 404,8 K, Chemische Industrie: 110,5 (ohne Bayern 76,3) E, 94,5 F, 519,6 K, Textilindustrie: 72,0 E, 90,6 F, 447,6 K, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel: 72,2 E, 70,8 F, 474,3 K. Der hohe Durchschnittssatz im Eiweißbedürfnis der bayrischen Arbeiter drückt also das Mittel in der chemischen Industrie auf 110,5 hinauf; sonst gibt obige Zusammenstellung die Rangliste der Nährstoffbedürfnisse. L. und auch Liebig hatten schon früher die hohen Konsumziffern der Bayern dargetan. Gegenüber einem mittleren Fleischkonsum von 39,9 kg war er 1893 in Bayern 49,6 kg.

Mit seinen Menagenteilnehmern vergleicht L. ferner die vom Kais. Statist. Amt veröffentlichten Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien. (D. St. Z. 1909, Sp. 182). Es ergibt sich, daß bei zunehmender Ausgabenmöglichkeit in erster Linie die Ausgabe für Fleisch wächst. Wenn ein Mann die tägliche Ausgabenmöglichkeit für Nahrung von 0,50 ℳ und weniger besitzt, so ist seine mittlere Ausgabe für Fleisch 0,10 ℳ. Ist seine Nahrungsausgabenmöglichkeit aber 1 ℳ und mehr, so steigt die Ausgabe für Fleisch auf 0,43 ℳ, d. h. bei einer Verdoppelung der Nahrungsausgabenmöglichkeit steigen die Ausgaben für Fleisch auf das Vierfache. Natürlich steigen mit der absoluten Ausgabenmöglichkeit auch alle übrigen Ausgaben sowohl für animalische als vegetabilische Nahrung, aber lange nicht in dem Maße wie die Ausgaben für Fleischkost.

Nach drei Gesichtspunkten hat die Beurteilung der Ernährung zu erfolgen: dem physiologisch-chemischen, dem volkswirtschaftlichen und dem volksgesundheitlichen. Für die ersten beiden hat L. wichtige Tatsachen ergründet, den dritten, gibt er an, mit seinem Material nicht haben aufklären zu können. Prof. St. Bauer ergänzt nun in seiner Einleitung diesen wichtigen Punkt an Hand der Veröffentlichung des Kais. Statist. Amts: „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung", (D. St. Z. 1911, Sp. 113), wobei er die Feststellungen L.'s über den Fleischverbrauch zum Vergleich heranzieht. B. gelangt zahlenmäßig zu dem ernst gemahnenden Schlusse: Je weniger tierisches Eiweiß verfügbar, desto größer die Krankheitswahrscheinlichkeit. Hieraus folgert er weiter: 1. Daß die Unterentlohnung durch die Steigerung des Krankheitsaufwandes eine Kollektivlast der Industrie bilde; daß es ein hygienisches Lohnminimum gebe und daß dieses sich berechnen lasse. 2. Daß dieses Minimum den Reallohn erfassen müsse und das jede, die Quote des Unterernährten vergrößernde Preis- oder Zollpolitik nicht „Schutz", sondern Belastung der Industrie bedeute. 3. Daß die Quote der Lohnempfänger, die das hygienische Lohnminimum jedes Landes überschreite und der Grad dieser Überschreitung die sichersten Wohlstandssymptome darstellen. Je größer diese Quote und je weiter die Distanz der Mehrzahl ihrer Teilnehmer vom hygienischen, desto höher

das Kulturminimum, desto leistungsfähiger und desto vielseitiger die Industrieentwicklung.

J. Huber.

Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen in Halle a./S. und Umgebung 1909/10. Beiträge zur Statistik der Stadt Halle a./S. Heft 13.

Nachdem im Jahre 1907/08 von dem Kaiserlichen Statistischen Amte eine Erhebung über die Wirtschaftsführung minderbemittelter Familien veranstaltet worden, sind mehrere Städte diesem Beispiele gefolgt. Das Statistische Amt der Stadt Halle hat für das Jahr 1909/10 eine derartige Untersuchung durchgeführt, der ein Jahr lang geführte Wirtschaftsbücher von 49 Familien aus Halle und der Umgebung von Halle zugrunde liegen. Die Untersuchung zerfällt in einen allgemeinen, mehr theoretischen, und einen speziellen Teil. Ersterer behandelt die Geschichte der einschlägigen Literatur, die Frage der Materialgewinnung und enthält Ausführungen über den Umfang und den wissenschaftlichen Charakter der Erhebung. Der spezielle Teil geht zunächst auf die Zusammensetzung der buchführenden Familien nach Beruf, Personenzahl, Alter und Geschlecht, und ihre Einkommensverhältnisse ein. Mitglieder fast aller Berufsarten, insbesondere aber der Industrie angehörende Personen, beteiligten sich an der Erhebung. Das niedrigste Einkommen betrug 595,50 M. das höchste 2620,50 M. Die Hauptuntersuchung des speziellen Teiles betrifft naturgemäß die Ausgabeverhältnisse der Buchführer, die für die einzelnen Einkommenstufen und gesondert nach städtischen und auswärtigen Familien der Betrachtung unterworfen werden. Die Ausgabeverteilung ist in Halle und auswärts, sowie in den verschiedenen Einkommenstufen ganz verschieden. Mit zunehmender Wohlhabenheit steigt der Nahrungsverbrauch z. B. qualitativ und quantitativ, ohne daß jedoch durch diese Steigerung auf die Nahrungsmittel ein größerer Anteil von der Gesamtausgabe entfiele vielmehr vermindert sich dieser Anteil noch in den höheren Einkommenstufen, so daß insbesondere für sonstiges — also z. B. für Vor- und Fürsorge und Körperpflege — ein größerer Anteil zur Verfügung bleibt.

Auch innerhalb der einzelnen Ausgabegruppen — Nahrung. Kleidung, Wohnung, Heizung und sonstiges — zeigen sich große Verschiedenheiten, die für die einzelnen Nahrungsmittel, für die Wohnung und für sonstige besonders eingehend nachgewiesen werden konnten.

Eine eigentliche Vergleichung zwischen den Lebensbedingungen in der Stadt und auswärts ließ sich nicht durchführen, da die Ergebnisse zeigten, daß durch die Naturaleinnahmen der Landbevölkerung sich auch die Ausgabeverteilung auf dem Lande ganz anders als in der Stadt gestaltet.

J. Galle.

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschl. Viehzählungen).

Die Alpen im Bezirke Aflenz in Steiermark. Alpstatistische Erhebung durchgef. vom Stat. Landesamte f. Steiermark und bearb. von Dr. Otto Wittschieben. Statist. Monatschr. 15. Jahrg. Jl.-Aug.-Heft. Brünn 1910.

Der Mangel einer den modernen Ansprüchen nach allen Richtungen genügenden Alpstatistik machte sich schon lange fühlbar und veranlaßte auch die in den siebziger Jahren durchgeführten alpstatistischen Erhebungen in Kärnten und Deutschtirol, die sich jedoch als unzulänglich erwiesen. Durch die moderne Agrargesetzgebung und insbesondere durch die Alpschutzgesetze wurde die Frage in neuester Zeit wieder aktuell, und zwar in doppelter Hinsicht. Einmal wegen der im Zuge befindlichen Verbesserung der bäuerlichen Bewirtschaftungsverhältnisse und zweitens wegen der Notwendigkeit, einen klaren Überblick über den Bestand an Alpen zu gewinnen, da jede Schutz- und Förderungspolitik nur auf der genauen Kenntnis des betreffenden Objektes aufgebaut werden kann. Nach dem Wortlaute der Alpschutzgesetze ist die Anlegung von Alpenbüchern vorgesehen. Man ist nun an maßgebender Seite (Salzburger Konferenz für Landesstatistik) von der Ansicht ausgegangen, daß die Alpenbücher als Grundlage für die Alpstatistik zu verwenden seien. Im Gegensatze hiezu vertrat das Statistische Landesamt (dessen Chef damals der gegenwärtige Präsident der k. k. Statistischen Zentralkommission war) den Standpunkt, daß nicht die Alpenbücher die Grundlage der Alpstatistik bilden dürfen, sondern daß umgekehrt die Alpenbücher und auch die Alpstatistik nur im Wege der Erhebung an Ort und Stelle unter Zuhilfenahme des gebotenen amtlichen Quellenmaterials beschafft werden können. In dieser Erwägung setzte sich die Statistische Zentralkommission zu Anfang des Jahres 1909 mit Mischler ins Einvernehmen, um durch das Statistische Landesamt eine Probeerhebung in einem obersteirischen Gerichtsbezirke ins Werk zu setzen, mit deren Durchführung der Verfasser der Arbeit betraut wurde. Als Erhebungsbezirk wurde Aflenz gewählt, in welchem die verschiedenen Typen von alpwirtschaftlichen Betrieben recht zahlreich vertreten sind.

Der Vorgang bei der Erhebung war derselbe wie bei früheren agrarstatistischen Erhebungen des Amtes. Der hiebei eingeschlagene Weg statistischer Methodik, der sich auch im vorliegenden Falle bestens bewährt hat, sieht 3 Phasen der Aufnahmsarbeit vor: 1. Die Ermittlung und Sammlung des amtlichen, in den Grundbüchern, Grundbesitzbogen, im Kataster usw., enthaltenen Quellenmaterials und dessen Eintragung in die Aufnahmskarten; 2. die Aufnahme des allgemeinen Charakters der alpwirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden und 3. die eigentliche Begehung der Alpen und die Inaugenscheinnahme und Ermittlung an Ort und Stelle.

Die Arbeit selbst zerfällt in drei Teile, von denen der erste die Vorgeschichte, Methodik und Technik der Erhebung sowie eine kurze Beschreibung des Erhebungsbezirkes enthält. Der zweite und umfangreichste Teil, der die eigentlichen Ergebnisse der Erhebung zur Darstellung bringt, ist in elf Abschnitte gegliedert, von denen hier nur die wichtigsten hervorgehoben seien. So kann es als ein Novum bezeichnet werden, daß der Verfasser die Alpen nach Besitz- und Betriebseinheiten unterscheidet. Der Begriff „Alpe" ist keineswegs identisch mit dem Begriff „alpwirtschaftlicher Betrieb"; denn einerseits

kann zur Alpe noch eine mit einer Servitut belastete Weidefläche gehören, andernfalls kann es vorkommen, daß auf einer Alpe (Besitzeinheit im Sinne des Grundbuches) mehrere voneinander unabhängige Alpwirtschaftsbetriebe geführt werden. Ein anderer Abschnitt, der besondere Erwähnung verdient, behandelt die Rechtsgrundlagen der Alpnutzung. Der Verfasser greift aus den überaus verwickelten Rechts- und Besitzverhältnissen der Alpen drei Grundformen heraus, in die sich im allgemeinen jeder Alpwirtschaftsbetrieb einreihen läßt: Alleineigentums-, Agrargemeinschafts- und Servitutsalpen. Weiters behandelt der Verfasser in diesem Teile der Arbeit die Bestockung und Weidezeit, sowie die örtliche Lage und technischen Betriebsmittel der Alpwirtschaftsbetriebe, bespricht in einem gesonderten Abschnitte die Alpservituts-Verhältnisse, kennzeichnet die Beziehungen zwischen den Alp- und Talwirtschaften und bringt statistische Daten über die produktive Funktion der Alpwirtschaftsbetriebe sowie über deren Kapitalswerte. Infolge der oben skizzierten Erhebungsmethode genießen diese Daten den Vorzug der Ursprünglichkeit und Unmittelbarkeit. Der dritte Teil behandelt das Alpbuch und enthält Richtlinien füs die Anlage und Evidenzführung dieses Verwaltungsbehelfes, sowie das Beispiel einer Musteranlage.

Das Endziel, welches in der vorliegenden Erhebung verfolgt wurde, war ein doppeltes: einmal die Gewinnung des erforderlichen Materials für die Anlage eines Musteralpbuches und zweitens die Verwertung des Materials im Sinne der Statistik. In letzterer Hinsicht handelte es sich nicht darum, aus einer partiellen Beobachtungsmasse allgemeine Schlüsse zu ziehen (hiefür wären die Daten eines Bezirkes nicht ausreichend), sondern den Nachweis zu erbringen, daß eine umfassende Statistik dieser Art auf dem vorgezeichneten Wege mit verhältnismäßig geringen Mitteln erlangt werden kann. Die Erhebung ist daher als eine Mustererhebung anzusehen, welche nach ihrer Anlage und Durchführung für eine erweiterte, auf das Gebiet eines ganzen Kronlandes sich erstreckende Alpstatistik vorbildlich zu wirken bestimmt war.

Professor Sieger (Graz) hatte die Freundlichkeit, die Arbeit in einer besonderen Publikation eingehend zu besprechen und dabei die für den Geographen, speziell für den Wirtschaftsgeographen, wichtigen Gesichtspunkte der ihrem Wesen nach juristisch-statistischen Arbeit in einer mich ehrenden und die Sache selbst sehr fördenden Weise hervorzuheben. Die Besprechung dieser Arbeit Siegers, in der auch auf meine Arbeit verwiesen wird, ist in der vorigen Nummer des D. St. Z. Sp. 207/8 veröffentlicht.

O. Wittschieben.

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Veröffentlichungen zur Statistik des Bodenkredits und verwandter Gebiete. Herausgegeben vom Archiv für Bodenkredit der Bayerischen Handelsbank in München. Heft 1. — Die deutschen Bodenkreditinstitute 1900 bis 1909. Bearbeitet von Dr. Fritz Schulte, Vorstand des Archivs und des Statistischen Bureaus der Bayerischen Handelsbank. Leipzig, Duncker & Humblot. 1911.

Die Statistik der deutschen Bodenkreditanstalten ist von dem verstorbenen Direktor der Rheinischen Hypothekenbank, Dr. Felix Hecht, ins Leben gerufen. Über seine großen systematischen und statistischen Veröffentlichungen zur Organisation des Bodenkredits ist im D. St. Z. (1910, Sp. 71) berichtet worden. Die vorliegende Veröffentlichung ist als Fortsetzung der Hechtschen Arbeit gedacht; sie beruht wie diese auf kritischer Zusammenstellung der volkswirtschaftlich wichtigsten Daten aus den Geschäftsberichten und auf brieflichen Mitteilungen der einzelnen Institute. Jedoch ist versucht worden, methodologisch einen Fortschritt insofern zu erzielen, als das Hauptgewicht darauf gelegt ist, möglichst vergleichbare Zahlen bei sämtlichen Instituten zu gewinnen, und überhaupt die Statistik so zu gestalten, daß ein Gesamtüberblick über diesen vielgestaltigen und reichgegliederten Teil unserer wirtschaftspolitischen Organisation erleichtert wird. Es war hierdurch möglich, in größerem Umfange, als es bei Hecht der Fall sein konnte, zusammenfassende Übersichten zu gewinnen. Um welche gewaltigen Summen es sich bei diesen Anstalten handelt, geht daraus hervor, daß die sämtlichen deutschen Bodenkreditanstalten Ende 1909: 15¾ Milliarden M. in Pfandbriefen im Umlauf hatten, worin allerdings die Kommunalobligationen miteinbegriffen sind, die etwas über 1 Milliarde M. in Anspruch nehmen. Ende 1900 hatte der Gesamtumlauf nur wenig über 10 Milliarden M. betragen. Die Zahlen werden eingehend verarbeitet, insbesondere ist der Verteilung der Darlehen nach Stadt und Land und der Entwicklung des Pfandbriefzinsfußes Aufmerksamkeit zugewendet worden.

Das Archiv der Bayerischen Handelsbank beabsichtigt die statistischen Veröffentlichungen fortzusetzen und sie allmählich zu einer internationalen Statistik des Bodenkredits auszugestalten. Sie fühlt sich zu der Übernahme dieser Aufgabe berufen, nachdem sie das hinterlassene Archiv des verstorbenen Geheimrats Dr. Hecht übernommen hat, das sie zur Förderung wissenschaftlicher Arbeit auf dem Gebiete des Boden- und Kommunalkredits fortführt.

F. Schulte.

XIV. Arbeiterstatistik.

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung im Deutschen Reiche. Festschrift zum Jubiläum der Unfall- und Invalidenversicherung 1910. Herausgegeben von der Ständigen Kommission der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Berlin 1910. Behrend & Co., 104 und 192* S.

Wie eine ganze Reihe gewerblicher Berufsgenossenschaften, so hat auch der Verband landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften beim 25-jährigen Bestehen der staatlichen Unfallversicherung im Deutschen Reiche eine Festschrift herausgegeben, welche in großen Zügen die Entstehung und Entwicklung der 48 im Deutschen Reiche errichteten land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durch vergleichende Zahlenzusammenstellungen mit begleitenden Texterläuterungen darzustellen bestimmt ist. Die in dieser Festschrift veröffentlichten Zahlenübersichten, welche — soweit es sich nicht um berechnete Verhältnisziffern handelt — in der Hauptsache aus dem Zahlenmaterial der „Amtlichen Nachrichten

des Reichsversicherungsamtes" für die Jahre des Bestehens der Berufsgenossenschaften zusammengestellt sind, geben namentlich Aufschluß über den Bestand an versicherungspflichtigen Betrieben (5434000 i. J. 1908) und an versicherten Personen, über die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste dieser Personen, über die Betriebsunfälle (1957000 angezeigte und 893000 entschädigte Unfälle 1888 bis 1908), über die Leistungen, den Gesamtaufwand (40 Mill. ℳ i. J. 1908) und die Geschäfte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, ferner über die Tätigkeit der Ausführungsbehörden und über die Geschäftsergebnisse der Haftpflichtversicherungsanstalten. Die Bedeutung der inhaltreichen Festschrift liegt demnach nicht in der etwaigen Veröffentlichung primärstatistischen, durch besondere Erhebungen gewonnenen Tatsachenmaterials, sondern in der Verarbeitung und Verwertung amtlicher statistischer Unterlagen und in den textlichen Erläuterungen, die von Sachkennern, welche die erforderlichen Einblicke in die berufsgenossenschaftlichen Organisationen haben, verfaßt sind.

A. Pfütze.

Statistische Beiträge zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte.[1]) Von Dr. phil. Alfred Jacobssohn. Nach: „Das Hauptproblem der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung: Sonderkasse oder Ausbau der Arbeiterversicherung?" (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 42, Seite 331 bis 353.)

Die genannte Abhandlung enthält zwei statistische Abschnitte. In dem ersten (Abschnitt III, Seite 336 bis 343) wird die in der Begründung des Gesetzentwurfes betreffend Angestelltenversicherung vorgenommene Berechnung der Belastung nachgeprüft, die sich für die deutsche Volkswirtschaft aus dem Ausbau der bestehenden Arbeiterversicherung ergeben würde. Es zeigt sich dabei, daß die „Begründung" bei dieser Berechnung von derjenigen Versichertenzahl ausgeht, die sie in der obersten Lohnklasse der Arbeiterversicherung für das Jahr 1919 (!) annimmt, und daß diese Versichertenzahl dann an Hand der Kruppschen Lohnstatistik[2]) auf die neu zu schaffenden Lohnklassen verteilt wird. Da nun die für das Jahr 1919 in der Lohnklasse über 1150 ℳ angenommene Versichertenzahl 8,6 Millionen beträgt, während 1909 nur 3,6 Millionen Versicherte der V. Lohnklasse angehörten, und da die Kruppschen Lohnverhältnisse bei weitem zu günstige sind, als daß sie für das ganze Deutsche Reich als typisch angesehen werden dürften, kommt die „Begründung" schließlich dazu, in den neu zu schaffenden Lohnklassen zwischen 1500 und 2400 ℳ mit einer Versichertenzahl zu rechnen, die über die Gesamtzahl aller im Deutschen Reiche vorhandenen Personen der entsprechenden Einkommensklassen um nicht weniger als 170 % hinausgeht.

Indem Verf. für Mitte 1911 etwa 4 Millionen Versicherte in der obersten Lohnklasse der Invalidenversicherung annimmt und diese 4 Millionen an Hand der im Jahre 1908 veröffentlichten Lohnklassenstatistik der gelernten Gemeindearbeiter von 34 deutschen Städten[1]) auf die neu zu schaffenden Lohnklassen verteilt, gelangt er zu einer Gruppierung der Versicherten, die nach seiner Meinung immerhin noch zu einer Überschätzung der Belastung führt, die sich aus einem Ausbau der Arbeiterversicherung ergeben würde. Und doch beziffert seine Berechnung die durch den Ausbau entstehende Mehrbelastung für die jetzt bereits dem Versicherungszwang unterworfenen Personen auf nur 8,1 Millionen ℳ, während die „Begründung" hierfür nicht weniger als 79,2 Millionen ℳ angenommen hat.

Der zweite statistische Abschnitt (Abschnitt IV, Seite 343 bis 346) der genannten Abhandlung beschäftigt sich mit der Witwen- und Waisenstatistik, die zusammen mit der letzten Berufszählung veranstaltet wurde (Statistik des Deutschen Reichs, Band 203). Verf. zeigt, daß von den Witwen der Selbständigen fast ebensoviel erwerbstätig sind wie von den Witwen der Arbeiter (43,2 % gegen 45,3 %), daß dagegen bei den Witwen der Angestellten dieser Prozentsatz erheblich geringer ist (29,1 %), wobei unter den Selbständigen, Angestellten und Arbeitern die a- bezw. b- bezw. c-Personen der Berufsstatistik in den Berufsabteilungen A (Landwirtschaft), B (Industrie) und C (Handel und Verkehr) zu verstehen sind. Andererseits leben von eigenem Vermögen oder von Renten und Pensionen, ohne berufstätig zu sein, bei den Witwen der Selbständigen und Arbeiter nur 36,0 bezw. 28,2 %, bei den Witwen der Angestellten jedoch 50,1 %. Verf. folgert hieraus, daß durch die statistisch nachweisbaren Tatsachen eine zwangsweise Versicherung zugunsten erwerbsfähiger Witwen bei den Selbständigen weit eher gerechtfertigt werden könnte als bei den Angestellten. Daß die Hinterbliebenen der Angestellten schon jetzt verhältnismäßig besser versorgt sind als die der Selbständigen, läßt sich auch aus der Waisenstatistik entnehmen, denn es zeigt sich, daß sowohl unter den 14- und 15jährigen als auch unter den 16- und 17jährigen Waisen männlichen und weiblichen Geschlechts der Prozentsatz der Erwerbstätigen bei den Waisen der Selbständigen erheblich größer ist als bei den Waisen der Angestellten.

A. Jacobssohn.

Das Problem der Arbeitslosigkeit u. die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung. Von Dr. P. Alterthum. Carl Heymann, Berlin 1911. 2 ℳ.

Neben ihrem eigentlich sozialpolitischen Inhalt findet sich in dieser Arbeit doch auch moralstatistisch Bedeutsames, auf das an dieser Stelle verwiesen werden soll. Dabei handelt es sich zunächst um den kausalen Zusammenhang im Auf- und Absteigen der Kriminalität und der durch wirtschaftliche Krisen verursachten Arbeitslosigkeit. In seiner „Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben" hat v. Mayr (auf Seite 344flg.) schon 1877 auf die Bedeutung der Getreidepreise für die Höhe der Eigentumsdelikte aufmerksam gemacht. Seitdem Deutschland im Beginn der 70er Jahre mehr und mehr Industriestaat wurde, ist diese Bedeutung zwar wesentlich abgeschwächt, aber doch nicht gänzlich aufgehoben worden. Ihre ausschlaggebende Bedeutung für die Zahl der

1) Vergleiche auch D. St. Z. 1911, Sp. 199/200.
2) D. St. Z. 1910, Sp. 110/111.

1) D. St. Z. 1909, Sp. 181/182.



Eigentumsdelikte haben die Getreidepreise eingebüßt. Die Höhe genannter Delikte wird jetzt in erster Linie beeinflußt durch „das Maß der vorhandenen Arbeits- und Erwerbsgelegenheit, die Lage des von den industriellen Wellenbewegungen beeinflußten Arbeitsmarktes". In Landesteilen mit überwiegend agrarischem Charakter haben die Getreidepreise jenen ursächlichen Einfluß noch nicht verloren. Läßt sich doch auch noch heute in Bayern eine Abhängigkeit der Forstfrevel von den jeweiligen Getreidepreisen deutlich erkennen. „Allgemein kann man daher sagen, daß in Deutschland das Niveau der Getreidepreise nur noch sekundäre Bedeutung besitzt, während der primäre Faktor, von dem die Höhe der Eigentumsdelikte abhängig ist, in dem Maß der vorhandenen Arbeits- und Erwerbsgelegenheit zu suchen ist." Die Wechselwirkungen zwischen Umfang der durch ökonomische Wellenbewegungen verursachten Arbeitslosigkeit und der Zahl der Vergehen gegen das Eigentum in Deutschland hat der Verfasser sehr eingehend statistisch dargestellt. Auch auf die zum Teil auf unverschuldeter Arbeitslosigkeit beruhenden Bestrafungen wegen Bettel und Vagabondage, die vornehmlich zahlreich im Winter eintreten dank den Saisongewerben, geht der Verfasser an Hand hessischer Statistik ein. Auf den auf Seite 84 gestreiften „tatsächlich engen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit in Saisongewerben und Prostitution" wird erst der noch besser auszubauende Teil der Moralstatistik, eben die Prostitutionsstatistik, die erwünschte, korrekte Antwort geben können. *E. Müller.*

Die Bedeutung der Betriebskrankenkassen in der deutschen Krankenversicherung. Von O. Behrens. Mit 25 Tafeln. Verlag für Volkswohlfahrt, Berlin 1911. 3 ℳ.

Der Zweck dieser Arbeit besteht darin, die soziale Bedeutung der Betriebskrankenkasse innerhalb der deutschen Krankenkassen zu zeigen. Der Verfasser ist selbst langjähriger Leiter einer der höchstleistenden, bestfundierten Kassen im Reich. Seine praktische Erfahrung auf sozialpolitischem Gebiet hat er in Text und Tafeln sehr zweckmäßig verwendet.

Mit seiner Arbeit wollte der Verfasser ein möglichst objektives Bild dieser Kassenart zeichnen, um diesem Versicherungsträger in der neuen Gesetzesvorlage freien Raum nicht nur zur Weiterexistenz, sondern auch zur weiteren Entwicklung in den beschrittenen Bahnen zu ermöglichen. Mit Zahl und Art der Kassen beginnt die textliche Darstellung. Es folgen die Leistungen, Beiträge und finanziellen Erfolge der Krankenkassen. Nur in diesem Zusammenhang konnte es erreicht werden, die Bedeutung der einzelnen Versicherungsträger zu erkennen. Nicht die für die einzelne Kassenart herausgegriffene Zahl würde die richtige Einschätzung ermöglicht haben, sondern nur große Bilder mit Verhältniszahlen und Vergleichen zwischen den Versicherungsträgern innerhalb eines großen Zeitraumes können ein objektives Urteil herausbilden, heißt es ganz mit Recht im Text. Zur vornehmlichen Darstellung ist die graphische Form gewählt. An dem Auf- und Absteigen der Kurven wird dem Leser sofort die richtige Bewertung der einzelnen Kassen ermöglicht, ohne durch Beibringung und Aufführung eines großen Zahlenmaterials ermüdend zu wirken. Die Tafeln bringen zur Darstellung: Gliederung der Kassen, Leistungen, Beiträge, Überschüsse und Vermögen.

Keine Kassenart hat sich fortlaufend so ständig vermehrt wie die Betriebskrankenkasse. 1885 gehörten von je 1000 Krankenkassen überhaupt erst 291 zu dieser Gruppe, 1909 343. Keine Kassenart weist eine solche Entwicklung auf. Was die Leistungen anlangt, so zeigt die betreffende Tafel die gewaltige Überlegenheit dieser Kassen in ihren tatsächlichen Leistungen gegenüber den übrigen Kassen.[1] Die Versicherten haben hier fortgesetzt steigende Unterstützungsaussichten. Daß sich dadurch die Sterbefälle vermindern, liegt auf der Hand. Mit der Gewährung von Krankengeld in Höhe von mehr als 50 % des Lohnes lassen diese Kassen die übrigen weit hinter sich. Vom Sterbegeld gilt dasselbe. Seinen Mindestsatz haben sie nicht nur erheblich erhöht, sondern auch auf die Angehörigen ausgedehnt. Leider macht hier die Statistik keine Trennung zwischen Sterbegeldauszahlung an Mitglieder und Angehörige, sondern führt dies in einer Gesamtsumme auf. Daß die Ausgaben für ärztliche Behandlung und Arznei denen aller anderen Kassen voranstehen, versteht sich bei dieser Sachlage von selbst, zumal auch Familienangehörige an diesen Wohltaten teilnehmen. Bei den Ausgaben für Krankengeld stellt diese Kassenart wiederum alle übrigen weit in den Schatten. Trotz der hohen Fürsorgeleistungen haben diese Kassen doch nicht die höchsten Beiträge. Das ist um so merkwürdiger, als hier für Familienunterstützungen keine Zusatzbeiträge zu leisten sind. Auch da läßt die Statistik leider wieder eine Lücke, insofern der Ausweis über die Aufwendung für diese Zwecke fehlt. Man sollte doch die so wertvolle Familienfürsorge zahlenmäßig ausweisen! Daß die Kassen gegenwärtig finanziell konsolidiert sind, dafür spricht das vollständige Verschwinden von Unternehmerzuschüssen in den letzten Jahren. Der Mehrempfang an Fürsorgeleistungen abzüglich der Beiträge stellt sich hier am höchsten. Von allen 25 Tafeln ist jene, die diesen höchsten Nutzeffekt darstellt, wohl die wichtigste. Gegenüber anderen Kassen haben die Betriebskrankenkassen die geringsten Verwaltungskosten. Nur 0,8 % der ordentlichen Ausgaben beanspruchten sie gegen 8,4 % bei den Ortskrankenkassen. Daß auf diese Weise ihre Leistungen sich erhöhen können, ist klar. In der Höhe des Reservefonds haben sie von jeher die Führung. Sie allein haben den gesetzlichen Erfordernissen einer normalen Dotierung dieses Fonds ständig genügt. Aus den entsprechenden Tafeln tritt sehr prägnant die ausgezeichnete Finanzwirtschaft dieser Kassenart in die Erscheinung. *E. Müller.*

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Statistische Mitteilungen aus den deutschen evangelischen Landeskirchen vom Jahre 1909. Zusammengestellt von der statistischen Kommission des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses. Stuttgart, Carl Grüninger, 1911.

1) Diese Überlegenheit ihrer Leistungen, hat man eingewendet, sei nur infolge einer Auslese der guten Risiken bei den Betriebskrankenkassen möglich. In der besprochenen Schrift ist von diesem Einwand nicht die Rede.

Die Mitteilungen enthalten eine mit Anmerkungen versehene Tabelle, die nach Bundesstaaten und preußischen Provinzen wie auch für Österreich Auskunft gibt über die Zahl der landeskirchlich Evangelischen (nach der Zählung von 1905), der Lebendgeborenen mit Unterscheidung nach rein evangelischen, gemischten Ehen und Unehelichen, der evangelischen Taufen mit gleicher Unterscheidung und Prozentsätzen der Getauften von den Geborenen, der Eheschließungen und Trauungen (rein evangelisch und gemischt) mit Verhältnisberechnung, der Sterbefälle und Beerdigungen mit kirchlicher Feier mit Verhältnisberechnung, der Konfirmierten (darunter aus gemischten Ehen), der Kommunikanten, der Jugendgottesdienste verschiedener Art, der Übertritte zur evangelischen Kirche von Juden, Katholiken und sonstigen Gemeinschaften, der Austritte, soweit amtlich bekannt geworden, zu den genannten und ohne Übertritt zu anderen Gemeinschaften. Summen für das Reich sind nicht gezogen, vielleicht, weil für einzelne Bundesstaaten einzelne Angaben fehlen.

Aus den Ergebnissen seien folgende hervorgehoben. Auf die Hälfte der in Mischehen Geborenen kommen in Preußen 102,34% evangelische Taufen. In den mehr evangelischen Provinzen wird dieser Prozentsatz vielfach überschritten, in den mehr katholischen unterschritten. In den anderen Bundesstaaten, auch den überwiegend katholischen wird er aber fast ausnahmslos übertroffen. Der evangelischen Kirche vielfach weniger günstig ist das Verhältnis der evangelischen Trauungen zu den Mischeheschließungen. In der Übertrittsbewegung hat die evangelische Kirche Gewinne zu verzeichnen gegenüber Juden und Katholiken, Verluste gegenüber den sonstigen Gemeinschaften. Erheblich war 1909 die Zahl der Austritte ohne Übertritt zu anderen Gemeinschaften. Sie betrug in Preußen 15 857, darunter allein in Berlin 8997 und in Brandenburg 2856. Von den übrigen Bundesstaaten weist Hamburg mit 655 die höchste Ziffer auf. *J. Feig.*

XXIV. Finanzstatistik.

Gemeindefinanzstatistik für den Kanton Zürich.

In den „Statistischen Mitteilungen betreffend den Kanton Zürich“ erscheint neben anderen diversen Publikationen alljährlich ein stattliches Oktavbändchen betitelt „Gemeindefinanz-Statistik für das Jahr . . .“. Das kürzlich erschienene letzte Heft 106 betrifft das Jahr 1909. Es bringt zunächst auf 37 Seiten eine instruktive textliche Einleitung mit vergleichenden Gegenüberstellungen. In der ersten Abteilung der tabellarischen Zusammenstellungen sind die Ergebnisse gemeindeweise zusammengestellt und zwar werden separat behandelt die Einnahmen und Ausgaben, die Aktiven und Passiven, der politischen-, Zivil-, Kirch-, Armen-, Primarschul- und Sekundarschulgemeinden, ferner der bürgerlichen Nutzungsgüter und der Stiftungen und Separatgüter. Im Detail sind ersichtlich: Das Steuerkapital, die Zahl der für die Personalsteuer in Betracht kommenden Faktoren (Haushaltungen und Männer), der Steuerfuß (separat für die einzelnen Gemeindearten und samthaft), die Einnahmen aus Steuern (inkl. Nachzahlungen), aus Kapitalzinsen, aus Liegenschaften, die Ausgaben für Besoldungen und allgemeine Verwaltung, für Verzinsung der Passiven, für Erstellung und Unterhalt der Straßen, Gebäude und Liegenschaften, für Polizei-, Feuerlösch- und Bestattungswesen, die Aufwendungen für das Armenwesen mit Spezifikation der Ausgaben für bessere Ausbildung junger Leute, für die Unterstützten nach Heimatberechtigung u. a. m. Im zweiten Abschnitt des tabellarischen Teils S. 228—242 folgen die bezirksweisen Übersichten und in einem dritten Abschnitt endlich interessante Übersichten der Gesamtergebnisse. Die zürcherische Gemeindefinanzstatistik, die sich nunmehr auf 32 Jahre zurückerstreckt, genießt in Fachkreisen den Ruf mustergültig zu sein und zwar darf sie dieses Prädikat nicht nur vom verwaltungstechnischen Standpunkt aus beanspruchen, sondern sie ist auch methodisch und volkswirtschaftlich beachtenswert und kann allen ähnlichen Erzeugnissen ruhig an die Seite gestellt werden. *J. Hüppy.*

XXV. Statistische Sammelwerke und unausgelöste Statistik.

Sonderkatalog der Gruppe „Statistik“ der wissenschaftlichen Abteilung der **Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911.** Bearbeitet von Dr. E. Roesle. Mit 17 Reproduktionen graphischer Darstellungen. Verlag der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. 224 Seiten. Preis 3.30 ℳ bei direktem Bezug vom Verlag.

Wie über jede wissenschaftliche Gruppe, so ist nunmehr auch über die Gruppe „Statistik“ ein umfangreicher Katalog erschienen[1]), der zum Unterschied von vielen anderen Katalogen die Ausstellungsgegenstände nicht nur in trockener Weise aufzählt, sondern sie auch beschreibt, so daß jeder Leser, selbst wenn er die Ausstellung nicht besucht hat, sich ein Bild von den Darbietungen dieser Gruppe machen und in deren Inhalt sich vertiefen kann. Infolge der eingehenden systematischen Bearbeitung des Materials, das hier viel strenger gesichtet werden konnte als bei seiner räumlichen Anordnung, darf dieses Werk wohl mit Recht als eine Einführung in die hygienisch wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungs- und Medizinalstatistik bezeichnet werden. In der Regel haben nur statistische Darstellungen von allgemeinem Interesse Aufnahme gefunden (siehe D. St. Z. 1911 Sp. 99).

Der Inhalt des Kataloges gliedert sich in drei Teile. Nach einer kurzen Einleitung über die Anordnung des Materials und die Beschickung der Gruppe „Statistik“ folgt eine Beschreibung der Organisation und Tätigkeit des statistischen Bureaus der Ausstellung und hierauf als 1. Teil das Verzeichnis der 35 Aussteller und der von ihnen ausgestellten (259) graphischen statistischen Darstellungen. Daran schließt sich das umfangreiche systematische Verzeichnis der graphischen Darstellungen mit Angabe der Größe und des Ausstellers an. Jeder Darstellung ist hier eine Erklärung beigegeben, bei deren Abfassung das Hauptgewicht darauf gelegt wurde, die Eigenheiten jeder Darstellung ausfindig zu machen und die Ergebnisse harmonisch zu einem

1) Siehe hierzu auch den Leitartikel dieser Nummer. *Red.*



Ganzen zu verbinden. Dies war nur dadurch möglich, daß die Abfassung der meisten Erläuterungen in einer Hand lag. Der dritte Teil umfaßt eine internationale Bibliographie der ausgestellten amtlichen Quellenwerke, die zwar nicht ganz vollständig ist, aber dennoch bleibenden Wert besitzen dürfte, da sie die erste derartige Zusammenstellung wenigstens auf dem Gebiete der internationalen Medizinalstatistik ist und Aufschluß gibt, seit welchem Jahre die einschlägigen amtlichen Publikationen in jedem Lande erscheinen.

Von den zahlreichen graphischen Darstellungen konnten infolge der hohen Kosten einer naturgetreuen Reproduktion nur 17 Aufnahme in diesem Kataloge finden (25 weitere Reproduktionen finden sich in anderweitigen, im Katalog verzeichneten Publikationen), doch ist zu hoffen, daß alle wegen ihrer Methode oder ihres Inhaltes wichtigen Darstellungen in dem später erscheinenden Ausstellungswerke Aufnahme finden werden. Bis dahin muß auch die Wiedergabe des diesen graphischen Darstellungen zugrunde liegenden Zahlenmaterials verschoben werden, da es selbstverständlich nicht anging, aus dem Kataloge ein mehrbändiges Quellenwerk zu machen.

E. Roesle.

Vermischte Mitteilungen.

E. Blenck und **M. Eichhorst †.** Am 4. Oktober 1911 verstarb in Groß-Lichterfelde im 79. Lebensjahre der vormalige, seit 1. Juni d. J. im Ruhestand befindliche Präsident des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Dr. hon. Emil Blenck, der seit 1864 (mit kurzer Unterbrechung) dem Amte angehört und seit 1882, zunächst als Direktor, an seiner Spitze gestanden hatte. — Am 15. Oktober verschied infolge Herzschlages der Regierungsrat Dr. jur. et phil. Max Eichhorst, seit 1906 Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes; er war aus der preußischen Bergverwaltung hervorgegangen.

XIII. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts, Haag 1911. Die in der vorigen Nummer (Sp. 220) bereits kurz erwähnte Haager Tagung wird einen besonderen und bleibenden Wert für die statistische Wissenschaft und deren praktische Nutzbarkeit vornehmlich dadurch haben, daß es ihr, wie schon in Nr. 7 erwähnt, gelang, dem zunächst so lebhaft bekämpften Antrag van der Borght-Berlin auf Schaffung eines ständigen internationalen Amtes für Statistik eine gefestigte Grundlage und eine Sicherung für die demnächstige Durchführung zu geben in den einstimmig gefaßten Beschlüssen, ein ständiges Bureau des Internationalen Statistischen Instituts unter dessen Autorität zu bilden und die für die fragliche Angelegenheit eingesetzte Kommission weiter bestehen zu lassen mit dem Auftrage, bezüglich der Organisation dieses ständigen Bureaus im einzelnen einen Plan auszuarbeiten und auf der nächsten Tagung des Instituts 1913 zur Beschlußfassung vorzulegen. Es ist damit der Grund für eine Einrichtung gelegt, deren weittragende Bedeutung für Wissenschaft und Praxis kaum weiter hervorgehoben zu werden braucht. Neben diesem sind als lediglich in der Generalversammlung behandelte Gegenstände noch anzuführen die von Neymarck-Paris regelmäßig und nunmehr zum neunten Male gegebene Übersicht bezüglich der internationalen Statistik der mobilen Werte, welche jetzt auf 19 europäische und 19 außereuropäische Staaten ausgedehnt ist, ein mit großem Beifall aufgenommer Vortrag von de Foville-Paris über Napoleon I. als Statistiker und die Mitteilungen von Bertillon-Paris über die Erfolge in der erstrebten internationalen Einheitlichkeit in der Bezeichnung der Todesursachen.

Die Sektion für Demographie und Methodik beschäftigte sich zunächst mit dem weiteren Ausbau der Familienstatistik und den auf diesem Gebiet nach früheren Anregungen erzielten Erfolgen in den Berichten von Nicolaï-Brüssel über die Methoden der einzelnen Staaten bei statistischer Festlegung der Fruchtbarkeit der Ehen und der Kinderzahl in der Familie, von Feld-Zürich über die familienweise Statistik der ehelichen Fruchtbarkeit und der Kindererhaltung und von Thomann-Zürich und Feld-Zürich über die Familienstatistik der Stadt Zürich. Sodann wurde die Säuglingssterblichkeit behandelt, zu der zwei Sonderarbeiten vorlagen, die von Huber-Paris über die Sterblichkeit der Pflegekinder nach Maßgabe ihrer Ernährungsweise in Frankreich und die von Methorst-Haag über die Mortalität und Morbidität der im Jahr 1908 im Haag geborenen Pflegekinder im Zusammenhang mit der Ernährungsweise und den sozialen Verhältnissen derselben; namentlich letztere Arbeit bot durch die umfassende Art der Ermittelungen wie durch die vielseitige Verarbeitung ein besonderes Interesse. Meuriot-Paris hatte im Anschluß an seine Pariser Ausführungen weiter für gemeinsame Grundsätze bei der Festlegung der Agglomeration in der Nähe der großen Städte gearbeitet; man gab dazu als Direktive, daß auch zu berücksichtigen sei die Bevölkerungsdichte in den Örtlichkeiten innerhalb eines gewissen Bannkreises um die Großstadt und ferner die regelmäßige Wanderung der Personen mit Arbeitsstätte in der Großstadt, Wohnsitz in der Umgebung. Kiaer-Christiania teilte die neuesten Grundsätze über die Festlegung der Bevölkerungsverhältnisse in Ländern ohne ordnungsmäßige Volkszählung mit, wie sie von dem internationalen Kongreß für Geographie aufgestellt sind, und empfahl ein Zusammenarbeiten mit diesem Kongreß; dem wurde stattgegeben. Eine umfassende Arbeit aus dem Gebiete der sog. mathematischen Statistik legte von Bortkiewicz vor: die Sterbeziffer und der Frauenüberschuß in der stationären und in der progressiven Bevölkerung, welche zugleich einen Beitrag zur Frage der Berechnung der „verlebten Zeit" bildete. Endlich machte March-Paris Vorschläge behufs Erzielung einer Gleichmäßigkeit in der Anwendung graphischer Darstellungen, welche in ihrem wesentlichen Teil auch zur Annahme gelangten, nachdem ausdrücklich festgestellt worden, daß damit keineswegs eine bindende Reglementierung gegeben werden solle, sondern nur eine Empfehlung für eventuelle Anwendung.

Die Sektion für wirtschaftliche Statistik nahm eine Anzahl von Berichten über Fragen entgegen, bezüglich deren auf der Pariser Tagung kommissarische Behandlung beschlossen war, die aber durchweg noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis geführt waren, sodaß die Kommissionsaufträge zu verlängern standen; so den Bericht von Kiaer-Christiania über die Feststellung der Verteilung des Privateinkommens in den einzelnen Staaten, bezüglich dessen auch eine Ausdehnung auf die Vermögensverteilung beschlossen wurde, den Bericht von Zahn-München über Ausgestaltung einer internationalen Statistik des Finanzwesens, den von de Foville-Paris über Festlegung allgemeiner Preiskennziffern und den von Rew-London über die Durchführung einer allgemeinen Fischereistatistik. Eine weitere Ergänzung zu seinen in Paris gemachten bezüglichen Mitteilungen gab Waxweiler-Brüssel in einem Bericht über die Preisbewegung von zehn wichtigen Verbrauchsgegenständen in Brüssel in dem Zeitraum von 1881 bis 1910. Auf schon in früherer Zeit im allgemeinen angeschnittene Fragen kamen nach gewissen Einzelrichtungen derselben zurück March in einem eingehenden Bericht über die bisherigen statistischen Festlegungen bezüglich der Benutzung von Motoren in Gewerbebetrieben — es wurde daraufhin der Wunsch ausgesprochen, daß die Statistik der gewerblichen Motorenbenutzung so ausführlich wie möglich ausgebildet werden

möchte, und gleicherzeit wurden Grundsätze für das in dieser Beziehung zu erfüllende Mindestmaß aufgestellt — und Varlez-Gent in seinem Bericht über die Arbeitslosenstatistik, nach welchem ein gleichmäßiges Vorgehen der einzelnen Staaten auf dem fraglichen Gebiet als notwendig hingestellt und ein Zusammenarbeiten des Instituts mit der internationalen Vereinigung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschlossen wurde. Als mehr oder weniger dauernd fortlaufenden ist der Berichte von von Wendrich-Petersburg über die internationale Transportstatistik und von Földes-Budapest über die Statistik der Getreidepreise zu gedenken. Neue Anregungen gaben der Bericht von Cadoux-Paris über den Lohn und die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der Stadt Paris und des ferneren über Lohn und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einer größeren französischen Eisenbahn — auf welchen hin das Institut den Wunsch ausspricht, es möchten in den bezüglichen statistischen Nachweisungen die vom Staat, den Provinzen oder Städten beschäftigten Arbeiter und Angestellten als solche in bestimmter Weise ausgeschieden und mit den Arbeitern in der Privatindustrie in Vergleich gestellt werden — und der Bericht von Ricci-Rom, des Vertreters des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts, über die internationale Saatenstandsstatistik und die Erzielung einer größeren Gleichförmigkeit auf diesem Gebiet, nach welchem eine Kommissionsbehandlung durch das Institut unter gleichzeitiger Festlegung einiger leitender Grundsätze beschlossen wurde. Anschließend sind endlich noch die Berichte von Yves Guyot-Paris über die landwirtschaftliche Produktion, die Goldproduktion und die Preise und von Stringher-Rom über die Bilanz der internationalen Zahlungen zwischen Italien und dem Ausland zu nennen.

Die Sektion für Sozialstatistik, welche für diesmal das geringste Arbeitsfeld zeigte, beschäftigte sich namentlich sehr eingehend mit dem Bericht von Schelle-Paris über die Statistik der industriellen Betriebe der Staaten und Städte, wobei vorzugsweise wiederum die großen Schwierigkeiten betont wurden, welche sich einer solchen Statistik durch die abweichende Behandlung der Betriebe und die Verschiedenheit in der budgetmäßigen Ausgestaltung in den einzelnen Staaten entgegensetzten; trotzdem aber beschloß man, die von Schelle begonnenen Festlegungen auf dem fraglichen Gebiete fortzusetzen und nach Tunlichkeit zu vervollständigen. De Roos-Haag legte einen Bericht über die Kriminalität der großen Städte vor und erzielte damit, daß das Institut sich nach früheren Beschlüssen nochmals dafür aussprach, für die Kriminalstatistik müsse zwar wie bisher die Verurteilung die Grundlage bilden, es erscheine aber behufs Festlegung der wirklichen Kriminalität erwünscht, in gewisser Weise daneben auch die zur Anzeige gebrachten, aber nicht bis zur Verurteilung verfolgten Vergehungen zu berücksichtigen. Endlich gab ein Bericht Yvernès-Paris über die statistische Festlegung der Ursachen der Verbrechen den Anlaß dazu, daß das Institut es für erwünscht erklärte, wenn in der Kriminalstatistik den soziologischen Momenten des Verbrechens behufs Klarlegung der Ursachen desselben ein größerer Raum gewährt werde, und gleicherzeit eine Kommission einsetzte, die zu prüfen habe, wie solches praktisch durchzuführen sei.

F. W. R. Zimmermann.

Zur Frage des statistischen Unterrichts erhielt die Redaktion folgende Zuschrift des Universitätsprofessors Dr. L. v. Bortkiewicz in Berlin mit dem Ersuchen um Veröffentlichung: „Das von Dr. Hellmuth Wolff der Deutschen Statistischen Gesellschaft erstattete Referat über den statistischen Unterricht auf den Universitäten[1]) enthält u. a. eine Tabelle, welche über den Umfang dieses Unterrichts informieren soll.

Aus den zwei letzten Spalten dieser Tabelle ist zu entnehmen, daß in Berlin im Wintersemester 1910/11 und im Sommersemester 1911 die Statistik durch Übungen überhaupt nicht vertreten gewesen ist.

Diese Angabe, die der Berichterstatter bei Zusammenfassung der Ergebnisse mitbenutzt hat, entspricht aber den Tatsachen in keiner Weise. Sie wird, was das Wintersemester 1910/11 anlangt, von Dr. Wolff selbst widerlegt, der an einer anderen Stelle seiner Tabelle die in diesem Semester vom Unterzeichneten gemeinsam mit Prof. Dr. Ballod geleiteten Übungen vermerkt hat. Und im Sommersemester 1911 hat der Unterzeichnete ein „Statistisches Konversatorium" abgehalten, das auch im Vorlesungsverzeichnis (S. 60) angeführt und ausdrücklich als „Übungen" gekennzeichnet ist."

Veröffentlichungen über die Volkszählung im Deutschen Reiche von 1905. (Nachtrag zum 2. Jahrg. Nr. 5, 6, 8 und zum 3. Jahrg. Nr. 1, 3, 6, 7).

In Mannheim wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 für eine eigenartige Untersuchung über die Gebürtigkeit der Mannheimer Bevölkerung verwandt. Es wurde die Bevölkerung nach ihrer Stellung zum Haushaltungsvorstand in vier Ringe eingeordnet. Der innerste Ring umfaßte die Familienangehörigen, das Familienhaupt, die Ehefrau und die Kinder, der zweite Ring die Verwandten, die Pflegekinder und die Dienstboten, der dritte Ring die Familienfremden, die Gewerbetreibenden und die Aftermieter einschließlich der Schlafleute und der vierte Ring die Hotelgäste und Anstaltsinsassen. Die diesen 4 Ringen angehörenden Personen wurden in Einheimische, d. h. in Mannheim Geborene und Fremdgebürtige gesondert und bei allen das Geschlecht und das Alter meist nach den 4 Stufen unter 16 Jahre, 16 bis 30, 30 bis 50 und über 50 Jahre unterschieden. Die Fremdgebürtigen wurden auch nach der Dauer ihres Aufenthalts in Mannheim, ob sie weniger als 2 Jahre oder 2 bis 10 Jahre oder über 10 Jahre ansässig waren, gesondert. Diese eingehenden Untersuchungen, denen auch Indexberechnungen über den Grad der Ansässigkeit beigefügt wurden, sind in der 2. Abteilung von Nr. 14 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim veröffentlicht. Sie reihen sich den in der 1. Abteilung dieser Nummer veröffentlichen Untersuchungen der Gebürtigkeit der Mannheimer Bevölkerung, die wesentlich aus Zahlen der Volkszählung von 1900 aufgebaut sind, an.

J. Rahts.

1) Siehe Beilage zum D. St. Z. vom 15. Aug. 1911. *Red.*

Titelanzeigen.

10. Literatur der Statistik der Genossenschaften (Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) für das Jahr 1910

Von Regierungsamtmann Dr. **A. Pfütze** in Dresden.[1])

Ordnung der Titel: Deutsches Reichsgebiet. — Österreich. — Schweiz. — Andere Staaten und Internationales

Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908, bearbeitet von A. Petersilie, herausgegeben von der Preuß. Zentral-Genossenschaftskasse. Berlin. (98 und 54* S.)

Stand, der neueste, des deutschen Genossenschaftswesens. Reichs-Arbeitsblatt, 8. Heft. Berlin. (S. 604—12.)

Bericht über das XV. Geschäftsjahr (1909/10) der Preuß. Zentral-Genossenschaftskasse. Berlin. (88 S.)

Bilanzstatistik, zur, der deutschen Kreditgenossenschaften (Bankenquete 1908/09. Materialien zur Frage des Depositenwesens, bearb. in der statist. Abteil. der Reichsbank, Teil III, S. 207—42.) Berlin.

Jahrbuch des Allgem Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften für 1909. Berlin. (LXXXII u. 267 S.)

1) Die Genossenschaftsstatistik soll auch den Gegenstand eines demnächst im D. St. Z. zu veröffentlichenden Aufsatzes desselben Verfassers bilden. *Red.*



Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landw. Genossenschaften für 1909. Darmstadt. (536 S.)

Taschenbuch f. landw. Genossenschaften, herausgeg. vom Reichsverb. deutscher landw. G. Darmstadt. (557 S.)

Jahresbericht 1908 des Generalverbandes ländl. Genossenschaften für Deutschland in Neuwied. Neuwied.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 8. Jahrg. Hamburg. II Bde. (951 u. 1079 S.)

Konsumgenossenschaftl. Taschenkalender für 1911. (Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.) Hamburg.

Geschäftsstatistik für das Jahr 1909, herausgegeben von dem Hauptverbande der gewerbl. Genossenschaften. Wittenberg. (151 S.)

Bericht über den zweiten Verbandstag des Verbandes deutscher kaufmänn. Genossenschaften im Jahre 1909. Berlin. (47 S.)

— desgl. im Jahre 1910. (105 S.)

Jahresbericht des Revisionsverbandes des Bundes der Landwirte für das Geschäftsjahr 1910. Berlin [1911]. (6 S.)

Crüger, Hans, Betrachtungen über die Entwickelung des Genossenschaftswesens 1909. D. Wirtschaftszeitung 6. (S. 258—269.)

Göhre, Paul, Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Berlin. (655 S.)

Goldschmidt, Conr., Bäckereigewerbe u. Konsumvereine. Stuttgart. (96 S.)

Haff, K., Die Weide-, Forst- und Alpgenossenschaften im rechtsrheinischen Bayern. Stuttgart. (55 S.)

Übersicht (Statistik), XV., der Geschäftsergebnisse der dem Verbande rheinischer Genossenschaften zu Köln angeschlossenen Gen. für das Geschäftsjahr 1908 bzw. 1908/09. Köln. (X u. 44 S.)

Bericht über den 28. Verbandstag der Genossenschaften des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgen. (Sitz Hannover) zu Hamburg. Hannover. (95 S.)

Statistik über den Geschäftsverkehr der dem Trierischen Verbande angeschlossenen Genossenschaften für das Jahr 1910. (10 S.)

Jahresbericht, XXI., des Molkerei-Revisionsverbandes f. d. Prov. Brandenburg, Pommern, Sachsen und die Großherzogtümer Mecklenburg in Prenzlau. Prenzlau. (7 S. u. 4 Tabellenbeilagen.)

Führer durch das Raiffeisensche Genossenschaftswesen in Kurhessen, herausgeg vom Hessischen Verband ländl. Gen. Cassel. (38 S.)

Jahresbericht, 8., über den VIII. Verbandstag des Verb. Westfäl. Baugenossenschaften. Münster. (207 S)

Arnold, Joh., Die Entwickelung u. der heutige Stand der Getreideverkaufsgen. in Bayern (Diss. der Univ. Erlangen). München. (74 S.)

Verzeichnis der Genossenschaften im Kgr. Sachsen nach dem Stande vom 1. Jan. 1910. Statist. Jahrbuch für das Kgr. Sachsen [1911]. (S. 252—262)

Jahresberichte des Verbandes landw. Genossenschaften in Württemberg. Statistik der Darlehnskassenvereine u. Molkereigenossenschaften 1908. Stuttgart. (55 S.)

Geschäfts- u. Revisionsbericht des Verbandes Württemberg. Kreditgenossenschaften für die Zeit vom 1. Aug. bis 18. September 1910. Ulm. (25 S.)

Bericht über die Verhandlungen des Verbandes württemberg. Handwerkergenossenschaften am 26. Okt. 1910. Stuttgart (58. S.)

Rechenschaftsbericht an die 26. Abgeordnetenversammlung des Verbandes der landw. Kreditgenossenschaften im Großh. Baden f. d. Geschäftsjahr 1909. Karlsruhe. (61 S.)

Mitteilungen über den 8. Badischen Handwerkergenossenschaftstag zu Pforzheim am 21. u. 22. Mai 1910. Karlsruhe. (128 S.)

Verband, der, der Bad. Handwerkergen. i. J. 1909. Statist. Mitteilungen für Baden. VII. (S. 111 u. 112.)

Genossenschaftswesen im Herzogtum Sachsen-Meiningen 1908. Statistik des Herzogt. Sachs.-Mein., Band 11, Nr. 7. (S. 210—213.)

Genossenschaften in Bremen. Jahrbuch für Bremische Statistik. Jahrg. 1910. (S. 204—214.)

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich i. J 1908. Österr. Statist. Handbuch. Wien. (S. 400—421.)

Landw. Gen. in Österreich. Statist. Jahrbuch der autonomen Landesverwaltung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Wien. (S. 596—605.)

v. Tomaschek, R., Stand der registr. Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften sowie der Genossenschaftsverbände am 1. Jänner 1910. Die Genossenschaft 23. (S. 149—50.)

Mitteilungen aus der Statistik der landw. Gen. in Österr., herausgeg. im Auftrage des k. k. Ackerbauministeriums von dem Allgem. Verbande der landw. Genossenschaften in Österreich, 1. Band, Wien. (269 S.)

Bericht des Allgem. Verbandes landw. Genossenschaften in Österreich über seine Tätigkeit i d. J. 1908 u. 1909. I. Teil. Wien. (140 S.)

Neudörfer, Otto, Das landw. Genossenschaftswesen in Österreich. Volkswirtsch. Blätter 11/12. (S. 196—200.)

Jahresbericht über die dem Allgem. Verbande der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich angehörigen Gen. Wien

Jahrbuch des Zentralverbandes österr. Konsumvereine. Wien. (260 S.)

Genossenschaftliches Jahrbuch des Zentralverbandes der deutschen landw. Genossenschaften Böhmens. Kgl. Weinberge. (170 S.)

Jahresbericht des Zentralverbandes der deutschen gewerbl. Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften Mährens u. Schlesiens. Brünn. (14 S.)

Jahresbericht des Verbandes landw. Gen. in Steiermark. Graz. (156 S)

Bericht über die Tätigkeit des Landesverbandes der landw. Genossenschaften in Kärnten. Graz. (34 S.)

Jahresbericht des Zentralverbandes handwerksmäßiger Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften für Steiermark, Kärnten, Krain u. Istrien. Graz. (10 S.)

Jahresbericht des Verbandes der landw. Genossenschaften Nordtirols. Innsbruck. (24 S.)

Tätigkeitsbericht des Verbandes landw. Genossenschaften Deutschsüdtirols. Bozen. (18 S.)

Bericht des Verbandes landw. Genossenschaften in Vorarlberg. Lauterbach. (23 S.)

Statist. Daten über die Mitgliedsgen. des Verbandes deutscher landw. Gen. in Bukowina. Czernowitz. (18 S.)

Festschrift aus Anlaß der 25. Jahreswende seit Gründung der ersten Raiffeisengen. im Siebenbürger Sachsenland. (Herausgeg. vom Verbande der Raiffeisengen.) Hermannstadt.

Erwerbs- u. Wirtschaftsgen. in Wien. Statist. Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1910. (S. 678, 679 u. 781.)

Aus dem Genossenschaftswesen der Schweiz. Jahrbuch des Grütlivereins. 1. (S. 114—20.)

Schenkel, C., Landwirtsch Gen. im Handwörterbuch der Schweiz. Volksw. III (S. 1738—44.)

Rechenschaftsberichte des Verbandes schweiz. Konsumvereine i J. 1909. Basel (64 S.)

Statist Erhebungen über den Stand und die Entwickelung der Verbandsvereine des Verb. schweiz. Konsumvereine. Basel i. J. 1909. (VIII u. 78 S.)

Taschenkalender des Verb. schweiz. Konsumvereine 1910. Basel. (176 S.)

Jäggi, Die Organisation des Verbandes schweiz. Konsumvereine. Basel (23 S.)

Schär, J. Fr., Kalkulation u. Statistik im genossenschaftl. Großbetriebe. Auf Grundlage der Rechnungen des Allgem. Konsumvereins Basel u. mit Gegenüberstellung von Konsumverein u. Warenhaus. Basel. (48 S.)

Jahresbericht, XXIV., des Verbandes ostschweizerischer landw. Gen. Brugg. (40 S.)

Das landw. Genossenschaftswesen als wirksamstes Mittel zur Hebung des Bauernstandes. (Herausgeg. vom Verband ostschweiz. landw. Gen.) Brugg. (72 S.)

Jahresbericht, XXI., des Verbandes landwirt. Gen. von Bern u. benachbarten Kantonen. Bern. (38 S.)

Knuchel, Joh., Zwanzig Jahre genossenschaftl. Arbeit. Denkschr. d. Verbandes landw. Gen. von Bern u. b. K. Bern. (130 S.)

Jahresbericht, VII., über den Schweiz. Raiffeisen-Verband. Winterthur. (26 S.)

Kaff, S., Aus dem Reiche der britischen Genossenschaften. Wien. (92 S)

Kriwtschenko, G., Die ländl. Kreditgenossenschaften in Rußland. Stuttgart. (IX u. 124 S.)

Jahrbuch der internationalen Genossenschaftsbewegung. (Herausgeg. vom Zentralverband des Internat. Genossenschaftsbundes.) Zürich. (236 S.)

Fragekasten.

Dr. E. Die Zusammenstellung ist nicht vollständig. Es fehlen darin zwei der wichtigsten europäischen Seehäfen, Antwerpen und Rotterdam, von denen nach der Tonnenzahl des Auslandsverkehrs ersteres an dritter (vor Hamburg), letzteres an neunter Stelle aller Seehäfen der Erde steht. Es geht aber auch nicht an, die Bedeutung der Seehäfen lediglich nach der Tonnenzahl der angekommenen oder abgegangenen Schiffe zu beurteilen Erstens ist es wichtig, ob ein Hafen mehr Eigenverkehr hat (wie Hamburg), oder ob er mehr nur Anlaufhafen ist (wie Antwerpen); und zweitens kommt die verschiedene Art der Schiffsvermessung in Frage (vgl. die im D St Z noch zu besprechende Schrift von Vogel „Die Grundlagen der Schiffahrtstatistik" S 89).

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Deutsche Statistische Gesellschaft.

Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Niederschrift der Verhandlungen

der konstituierenden Versammlung im alten Stadtverordnetensaale in Dresden am 17. Juni 1911, Vormittag 10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Ansprache von Unterstaatssekretär z. D. Professor Dr. v. Mayr. — 2. Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf der Satzungen. — 3. Wahl des Vorstandes. — 4. Vortrag von Prof. Dr. Ferd. Tönnies: „Die Entwickelung der Eheschließungen im Deutschen Reich. — 5. Die Statistik auf den Hochschulen. Berichterstatter: Professor Dr. Ferd. Schmid und Dr. Hellmut Wolff.

Die Präsenzliste weist 59 Namen auf; darunter sind 50 Herren, die die Absicht ihres Beitritts zur Deutschen Statistischen Gesellschaft erklärt haben,[1]) Herr Universitäts-Professor Dr. Tönnies aus Kiel als Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und 8 Gäste.

Unterstaatssekretär z. D. Prof. Dr. v. Mayr eröffnet als provisorischer erster Vorsitzender die Sitzung mit folgenden Worten:

„Hochverehrte Herren und liebe Kollegen!

Tiefbewegt und mit besonderer Freude eröffne ich die heutige konstituierende Versammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Überblicken wir die soziale Masse, die heute in diesem Raume versammelt ist, so finden wir als Element der Masse den „Statistiker" schlechthin. Die Gesamtmasse differenziert sich aber alsbald in die Masse der „Verwaltungsstatistiker" und die anderen Statistiker, die nicht Verwaltungsstatistiker sind. Diese glatthin als „wissenschaftliche" Statistiker im Gegensatz zu den Verwaltungsstatistikern zu bezeichnen, könnte zu Mißverständnissen führen. So gewiß beide Gruppen zu unterscheiden sind — zur Wissenschaft stehen beide in inniger Beziehung. Der Verwaltungsstatistiker schöpft seine volle Leistungsfähigkeit erst aus dem Born wissenschaftlicher Durchdringung seiner Aufgabe und dazu ist er weiter der maßgebende Produzent für den anderen „Statistiker", der die Ergebnisse der Verwaltungsstatistik im Anschluß an die in gleicher Richtung auch schon sich bewegende Arbeit des Verwaltungsstatistikers zu weiteren, insbesondere zusammenfassender und systematisch ausgestalteter wissenschaftlicher Erforschung verwertet.

Das Bedürfnis des Zusammenschlusses von allen, die hiernach als Statistiker im weitesten Sinne zu bezeichnen sind, liegt somit im Wesen der statistischen Arbeit und Forschung. Es macht sich im besonderen schon seit längerer Zeit im Bereich der deutschen Statistik geltend. In dem allen Anwesenden zugegangenen Rundschreiben habe ich zusammen mit dem verehrten Kollegen Würzburger dem Walten dieses Bedürfnisses bereits Ausdruck gegeben sowie der hocherfreulichen Wendung gedacht, die für aussichtsreiche Gestaltung der Wünsche der Statistiker durch den Umstand sich ergeben hat, daß die Deutsche Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1910 besondere Abteilungen für die Vertreter bestimmter Fächer, darunter auch eine statistische Abteilung beschlossen hat.

Es ist mir eine teure Lebenserinnerung, daß ich am Vorabend meines siebzigsten Geburtstages Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und deutsche Statistiker in meinem Hause zu einer Sitzung begrüßen durfte. Außer dieser Zusammenarbeit der Soziologen mit den Statistikern, die von guter Vorbedeutung für unsere weiteren Bestrebungen ist, brachte mir mein Geburtstag — verzeihen Sie, wenn ich darauf zurückkomme — eine weitere Bekundung dessen, was die Zusammenarbeit deutscher Statistiker zu liefern vermag, in der Festgabe über den heutigen Stand der Statistik in Deutschland, die heute fertig hier vorliegt.

Bei der Beratung in München wurde mit Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein „Gründungsstatut"[1]) verabredet, welches der Statistischen Abteilung, die zugleich den Namen „Deutsche Statistische Gesellschaft" führen soll, volle Bewegungsfreiheit sichert und ihr gegenüber der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wohl mehr Rechte als Pflichten schafft. Nach einer soeben eingegangenen Mitteilung wird der Druckbericht über die Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom Oktober 1910 in Frankfurt a. M. allen Mitgliedern der Statistischen Abteilung zugehen.

Durch die Verbindung mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie kommt der wissenschaftliche Charakter der Deutschen Statistischen Gesellschaft zum Ausdruck, der sich auch darin ausspricht, daß die Mitgliedschaft, wie die der Gesellschaft für Soziologie, nicht auf das Gebiet des Deutschen Reichs beschränkt ist, sondern die deutschen Statistiker aller Länder einschließt. Der Charakter der Gesellschaft als einer deutschen ist durch die deutsche Geschäftssprache festgelegt.

Die Existenzberechtigung der neuen Gesellschaft neben dem Internationalen Statistischen Institut

---

1) Über den Mitgliederbestand am Gründungstage siehe Deutsches Statist. Zentralblatt 1911, Nr. 5.

1) Vgl. den Wortlaut des Gründungsstatuts am Schlusse dieses Berichts.

liegt, abgesehen von dem völlig internationalen Charakter des letzteren, darin, daß das I. St. I. satzungsgemäß stets nur eine beschränkte Anzahl deutscher Statistiker aufnehmen kann, deren Wahl noch dazu zum größten Teile durch mit der deutschen Wissenschaft wenig vertraute Personen und daher mehr zufällig erfolgt; ferner darin, daß seine an oberster Stelle auf die Herbeiführung international vergleichbarer Tatsachenbeschaffung gerichteten Bestrebungen es mit sich bringen, daß das Institut nicht dasselbe in bezug auf die nähere Erforschung der sozialen Lebensverhältnisse und auf die Ausgestaltung der wissenschaftlichen Statistik überhaupt bieten kann, wie eine allen wissenschaftlich qualifizierten Kräften offen stehende Vereinigung der deutschen Statistiker.

Eine deutsche Statistikervereinigung besteht ferner bereits in dem „Verband Deutscher Städtestatistiker". Die Tatsache, daß schon jetzt die weit überwiegende Mehrzahl der Angehörigen dieses Verbands den Beitritt zu der neuen Gesellschaft erklärt hat, beweist, daß in dem Kreise des Verbandes die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Gewinnung eines Forums, in dem alle zuständigen und erfahrenen Fachgenossen — seien sie in der Staats- oder in der Gemeindestatistik tätig —, ihre Erfahrungen und Ansichten untereinander und vor allem mit den akademischen Vertretern der Statistik austauschen können, volle Anerkennung findet.

Das vorhin erwähnte Rundschreiben vom 28. März 1911, das von Kollegen Würzburger und mir, den beiden gemäß dem Gründungsstatut eingesetzten provisorischen Vorsitzenden, unterzeichnet worden ist, hat den erfreulichen Erfolg gehabt, daß gegen 100 Berufsgenossen sich bereit erklärt haben, der neuen Gesellschaft beizutreten.

Es fehlen nur noch wenige, deren Beitritt erwünscht wäre, und diese hoffen wir noch zu den Unseren zählen zu dürfen.

Auf die Gestaltung der Zwecke und Ziele der neuen Gesellschaft werden wir bei der jetzt folgenden Beratung des Satzungsentwurfs zu sprechen kommen, insbesondere bei seinem letzten Paragraphen. Nicht alle Ziele können allerdings statutarisch festgelegt werden, so z. B. die Modalitäten der Ausgestaltung unmittelbarer Beziehungen zwischen den Erzeugern und den Lehrern der Statistik. Ebenso muß zunächst unerörtert bleiben, wie und inwiefern die Hoffnung sich verwirklichen wird, daß die regelmäßigen amtlichen Statistikerkonferenzen und ihre Ausschüsse sich mit der Statistischen Gesellschaft zur Behandlung der wissenschaftlichen Seite der ihnen zur Erörterung vorliegenden Fragen ins Einvernehmen setzen werden. Daß durch ein solches Einvernehmen viele Doppelarbeit erspart werden kann, ist wohl zweifellos.

Ihr Bedauern, an der heutigen Versammlung nicht teilnehmen zu können, haben ausdrücklich ausgesprochen: Landesrat Dr. Berthold-Troppau, Stadtrat Prof. Dr. Bleicher-Frankfurt a. M., Direktor Dr. Busch-Frankfurt a. M., Geheimrat Prof. Dr. Conrad-Halle, Präsident Evert-Berlin, Präsident Dr. Mischler-Wien, Prof. Dr. Passow-Aachen, Prof. Dr. Spann-Brünn, Prof. Dr. Max Weber-Heidelberg, Dr. v. Zeller-Stuttgart und Prof. Dr. v. Zwiedineck-Südenhorst-Karlsruhe. Herr Präsident Dr. Mischler hat folgendes Telegramm gesandt:

„Leider amtlich behindert, an der konstituierenden Versammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft teilzunehmen, wünsche ich namens der Statistischen Zentralkommission und im eigenen Namen der neuen Körperschaft Erfolg und Gedeihen.

Mischler."

Eines aber, was vor allem das große Ziel unserer neuen Gesellschaft sein soll, sei zum Schluß noch in kurzem Wort zusammengefaßt: Treue hingebungsvolle Zusammenarbeit aller deutschen Statistiker im Wort der Beratung und in der Schrift verwaltungsstatistischer und wissenschaftlicher Darlegung.

Viribus unitis, mit aller Kraft voran in der Betätigung ernsten, sich wechselseitig ergänzenden Strebens zur Erkenntnis der aus erschöpfender Massenbeobachtung ersichtlichen mannigfaltigen Gestaltungen und Gesetzmäßigkeiten des menschlichen, gesellschaftlichen Lebens!" (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende schlägt vor, nunmehr in die Beratung der auf der Grundlage des in München mit den Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vereinbarten Gründungsstatuts entworfenen Satzungen einzutreten.

An den Entwurf der Satzungen, der den Versammlungsteilnehmern zugesandt war, knüpft sich eine längere Debatte. Es wird eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, von denen ein Teil im Laufe der Debatte zurückgezogen wird oder sich auch von selbst erledigt. Als Ergebnis der Verhandlungen erhalten die Satzungen folgende endgültige Fassung:

Satzungen.

§ 1.

Mitglieder der Deutschen Statistischen Gesellschaft können nur Personen sein, die in akademischer, verwaltungsdienstlicher oder privater Eigenschaft als Statistiker wissenschaftlich tätig sind oder waren, einschließlich solcher, die auf bestimmten Sondergebieten sich vorwiegend mit der Anwendung statistischer Methoden befassen.

Die Mitgliedschaft entsteht durch Annahme der von der Mitgliederversammlung vollzogenen Wahl. Der Mindestbeitrag beträgt 10 ℳ jährlich. Die Mitglieder der Deutschen Statistischen Gesellschaft sind als solche zugleich Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

§ 2.

Der Vorstand besteht — abgesehen von dem nach § 2 des Gründungsstatuts ihm angehörenden Mitglied des Gesamtvorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie — aus dem Vorsitzenden, drei stellvertretenden Vorsitzenden und einem Schriftführer. Er kann sich durch Zuwahl von 1—4 weiteren Mitgliedern verstärken.

Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und der Schriftführer werden von der Mitgliederversammlung auf 4 Jahre — bei der Nachwahl auf den Rest der Periode — gewählt.

Zuwahlen durch den Vorstand sind für die Dauer seiner eigenen Amtsperiode gültig.

Dem Vorstand stehen innerhalb der Deutschen Statistischen Gesellschaft alle Befugnisse zu, die nicht satzungsgemäß oder durch Beschluß der Mitgliederversammlung anderen Organen übertragen sind.

Seinen Geschäftsgang und die Verteilung der Zuständigkeiten und Arbeiten unter seine Mitglieder regelt der Vorstand selbständig.

Zur Übernahme von Geldverbindlichkeiten hat der Vorstand stets die Zustimmung der Mitgliederversammlung einzuholen. Er ist jedoch befugt, für Expeditionsarbeiten

und Kanzleibedürfnisse ohne besondere Ermächtigung die erforderlichen Aufwendungen zu machen.

Der Vorstand hat der Mitgliederversammlung alljährlich eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.

§ 3.

Die Berufung der Mitgliederversammlung erfolgt durch den Vorstand in der Regel alle 2 Jahre gemäß § 6 des Gründungsstatuts, und zwar schriftlich sowie durch Bekanntmachung in einem vom Vorstand zu bestimmenden, periodisch erscheinenden statistischen Fachblatt.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse auf Abänderung der Statuten bedürfen einer Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden. Beschlüsse auf Auflösung der Gesellschaft, welche zugleich, mit einfacher Mehrheit, über das Schicksal des Vermögens zu verfügen haben, bedürfen der zwei Drittel-Mehrheit bei Anwesenheit von drei Viertel aller ordentlichen Mitglieder. Sind weniger Mitglieder anwesend, so muß eine neue Sitzung einberufen werden, deren Beschluß ohne Rücksicht auf die Präsenz gilt.

§ 4.

Beruft der Vorstand eine Mitgliederversammlung, die nicht unter § 6 des Gründungsstatuts fällt, so ist Zeit und Ort womöglich im Anschluß an eine der üblichen amtlichen Statistiker-Konferenzen festzusetzen.

§ 5.

Mit den Mitgliederversammlungen werden Vorträge und Diskussionen über wissenschaftliche Fragen verbunden.

Im Bedarfsfall werden besonders zu wählende Ausschüsse mit der weiteren Behandlung der Fragen und mit der Berichterstattung — an die nächste Mitgliederversammlung oder auf andere Weise — betraut.

Gegenstände der Vorträge und Diskussionen können sein:

1. Fragen der statistischen Erhebungs- und Bearbeitungsmethodik und -Technik, deren Erörterung weniger im Hinblick auf amtliche Gelegenheitszwecke, als vielmehr zur Gewinnung fester wissenschaftlicher Grundlagen und zum Austausch und zur Sammlung von Erfahrungen angezeigt erscheint,
2. die Erörterung der innerhalb der statistischen Erkenntnismöglichkeit liegenden Probleme,
3. die Ergebnisse statistischer Erhebungen.

Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, daß die Niederschrift der Verhandlungen, Vorträge und Diskussionen möglichst vollständig veröffentlicht werde.

§ 6.

Die finanziellen Beziehungen zur Gesamtgesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Soziologie) werden bis auf weiteres durch Einvernehmen des Gesamtvorstandes mit dem Abteilungsvorstand geregelt.

Von dem Entwurf weichen diese endgültigen Satzungen in folgenden Beziehungen ab:

Auf Anregung von Prof. Dr. Neefe wird der 4. Absatz von § 2 des Entwurfs („dem Vorstand muß mindestens ein Mitglied angehören, welches einen Lehrstuhl für Statistik an einer Hochschule bekleidet") gestrichen, und zwar wird dies namentlich deshalb beschlossen, weil den Verwaltungsstatistikern auch kein Sitz im Vorstande gewährleistet wird. Die Versammlung ist sich aber, wie ihr Leiter ausdrücklich und ohne Widerspruch feststellt, darüber einig, daß die Dozenten oder Vertreter der Wissenschaft, die gegenüber den Verwaltungsstatistikern in der Minderheit sind, im Vorstand jederzeit vertreten sein sollen.

Der vorletzte Satz in § 2, der nach dem Entwurfe den Vorstand zur Ausgabe von jährlich 150 ℳ für Kanzleibedürfnisse ermächtigte, ist auf Anregung von Dr. Zizek nach dem Vorschlage von Prof. Dr. Neefe abgeändert, um den Vorstand in dieser Beziehung nicht zu eng zu binden.

Aus dem ähnlichen Grunde wird auf Anregung des Oberregierungsrates Dr. Lange im ersten Satz des § 3 für „mindestens" „in der Regel" gesetzt.

Ferner wird auf Antrag von Dr. Wolff der zweite Satz des gleichen Paragraphen („Der Vorstand hat die geeigneten Schritte zu tun, um zu erwirken, daß dieses Fachblatt den Mitgliedern für ihre persönlichen Zwecke zu ermäßigtem Bezugspreise zur Verfügung steht") gestrichen, weil die Mehrheit der Versammlung der Ansicht ist, daß eine solche Bestimmung, die eine einmalige Handlung des Vorstandes regeln soll, nicht in die Satzungen gehört. In Rücksicht auf die Übereinstimmung der Satzungen der Statistischen Gesellschaft mit denen der Stammgesellschaft wird ferner beschlossen, an Stelle des letzten Absatzes von § 3 „Abänderungen der Satzungen oder die Auflösung der Gesellschaft können nur durch eine Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von Dreiviertel der Mitglieder beschlossen werden") die entsprechende Bestimmung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie treten zu lassen.

Endlich wird noch beschlossen, entsprechend der Abänderung des § 3 Absatz 1, im Schlußsatz von § 5 die Worte, wonach die Niederschrift der Verhandlungen usw. „in dem nach § 3 bestimmten statistischen Fachblatt" zu veröffentlichen sind, zu streichen.

Anläßlich der Beratung über § 1 wird auf Antrag des Prof. Dr. v. Bortkiewicz beschlossen, für 1911 nur den halben Jahresbeitrag zu erheben.

Es folgt nunmehr die Wahl des Vorstandes.

Geheimer Oberregierungsrat Dr. Kollmann schlägt vor, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen und als ersten Vorsitzenden Herrn Unterstaatssekretär z. D. Prof. v. Mayr zu wählen. Hiermit erklärt sich die Versammlung durch Akklamation einverstanden und es wird somit zum Vorsitzenden Unterstaatssekretär z. D. Prof. Dr. v. Mayr gewählt, der das Amt unter dem Ausdruck des Dankes für das ihm erwiesene Vertrauen annimmt. Als Vertreter des Vorsitzenden schlägt er Präsident Evert, Präsident Dr. Mischler sowie Prof. Dr. Neefe und als fünftes Vorstandsmitglied (Schriftführer) Geheimen Regierungsrat Dr. Würzburger vor, die demgemäß durch Akklamation gewählt werden. Prof. Dr. Neefe und Geheimer Regierungsrat Dr. Würzburger danken für die Wahl und erklären sich zur Übernahme des Amtes bereit.

Hierauf erhält Universitäts-Professor Dr. Tönnies das Wort zu seinem Vortrage über die Bewegung der Eheschließungen in den Jahren 1843 bis 1907. Über den Vortrag hat Prof. Dr. Tönnies selbst folgenden Bericht gegeben.

„Ich erörterte zunächst den Begriff des Inkrementes, auf den die Untersuchung gegründet ist, indem

1. die absolute Zahl der Eheschließungen jedes Jahres mit der absoluten Zahl des vorhergehenden Jahres verglichen und die Differenz in Pro Mille dieser letzteren ausgedrückt wird. Das Inkrement hat ein positives oder negatives Vorzeichen, mit negativem ist es = Dekrement.
2. werden ebenso die Relativziffern der eheschließenden Personen, auf 100 000 Ein-



wohner bezogen, verglichen; hier sind aber die Differenzen unmittelbar als Inkremente resp. Dekremente verstanden, ohne Relativierung. Für die Ergebnisse würde die Relativierung keinen Unterschied machen.

Die Verwendung des Inkrementes beruht auf der Voraussetzung, daß die jedesmalige Vermehrung oder Verminderung der die Eheschließungen fördernden oder hemmenden Umstände sich in einer verhältnismäßigen Zu- oder Abnahme ihrer Zahl am deutlichsten reflektieren werde, so daß die gleiche Verbesserung oder Verschlechterung bei vorausgehendem Tiefstande eine entsprechend stärkere Hebung oder Senkung bewirke, als bei vorausgehendem Hochstande, d. h. daß die gleiche absolute Mehrung oder Minderung als eine relativ größere in jenem Falle erscheine und umgekehrt. An und für sich läßt sich ein solches Inkrement ebenso gut an der absoluten wie an der relativen Ziffer messen, wenn nur im Auge behalten wird, daß ein geringes Inkrement (ca. 10 ‰) bei jenen als regelmäßige Wirkung einer nach Art der Bevölkerung des Deutschen Reiches sich vermehrenden Einwohnerzahl, also einer zunehmenden Zahl von Heiratskandidaten zu erwarten ist. Die Vergleichung der absoluten Zahlen verdient den Vorzug insofern, als diese Zahlen unmittelbarere Gewißheit haben. Bei den Relativziffern sind die absoluten Differenzen hinlänglich charakteristisch, weil die normalen, durch vermehrte Bevölkerungsmenge bewirkten Zunahmen der Zahlen in ihnen — den Relativziffern — nicht zum Ausdruck kommen; sie sind nicht progressiv, sondern oszillieren um ein konstantes Mittel.

An den Inkrementen sowohl der absoluten als der relativen Ziffern der Eheschließungen im Deutschen Reiche (resp. den Gebieten, die heute in diesem verbunden sind) von 1844—1907 inkl. läßt sich nun 1. die Beschaffenheit und Wirkung einzelner Jahre und Jahresfolgen deutlich wahrnehmen, z. B. der Hungersnöte und Teuerungen, der Revolutions- und Restaurations-, der Kriegs- und Friedensschlußjahre, der wirtschaftlichen Krisen, 2. habe ich gefunden, daß sich ein regelmäßiger Wechsel von je 4 und 4 Jahren beobachten läßt, so nämlich, daß einem durchschnittlich geringeren immer ein durchschnittlich größeres Inkrement folgt, und umgekehrt; so daß, wenn jeder Durchschnitt mit jedem folgenden verglichen wird, die Vorzeichen ihrer Differenzen ohne Ausnahme wechseln: die erste (Differenz des Quadrienniums 1848/51 gegen das vorhergehende 1844/47) hat ein Plus und die letzte (Differenz des Quadrienniums 1904/07 gegen das Quadriennium 1900/03) hat wiederum ein Plus.

Dies gilt sowohl für die absoluten wie für die relativen Ziffern.

Die Folge der Differenzen für die absoluten Zahlen		Die Folge der Differenzen für die relativen Ziffern	
	+ 65,5		+ 104
— 82,2	+ 83,6	— 123	+ 119
— 18,6	+ 1,7	— 28	+ 4
— 40,8	+ 55,2	— 74	+ 90
— 77,1	+ 48,0	— 124	+ 88
— 2,2	+ 7,9	— 3	+ 8
— 9,7	+ 22,6	— 16	+ 31
— 36,0	+ 25,5	— 59	+ 43

Aber auch wenn man diesen durchschnittlichen Inkrementen keine Geltung gewähren will, so wird man doch folgende Beobachtungen anerkennen müssen.

Wenn die Inkremente zu je 4 und 4 Jahren gruppiert werden, so fallen auf die eine Seite (die ich die N-Seite nenne)

unter den Inkrementen der absoluten Zahlen	unter denen der Relativ-Ziffern
16 negative gegen	21 negative gegen
16 positive	11 positive,

während auf die andere Seite (die ich die H-Seite nenne)

6 negative gegen	9 negative gegen
26 positive	23 positive,

so daß unter den absoluten (A-Tafel)

auf der N-Seite 50 % negative
gegen 50 % positive
auf der H-Seite 18,7 % negative
gegen 81,3 % positive

vorkommen. Unter den Relativziffern (B-Tafel) sind die negativen Inkremente häufiger, weil mehrere positive der absoluten Zahlen hier negativ sind: die Dekremente halten hier den Inkrementen fast die Wage, es sind 30 gegen 34, während sie unter den absoluten kaum ein Drittel ausmachen. Es fallen also unter den Relativziffern

auf der N-Seite	auf der H-Seite
65,6 % negative	28,1 % negative
gegen 34,4 % positive	gegen 71,9 % positive

Inkremente. Die negativen sind auf der N-Seite fast zwei Drittel, auf der H-Seite nicht viel mehr als ein Viertel.

Genau die gleiche Verteilung der Vorzeichen ergibt sich, wenn die absoluten Inkremente auf ihren Gesamtdurchschnitt bezogen werden, der + 10,9 beträgt.

Es sind nämlich auf der N-Seite fünf, auf der H-Seite drei positive Inkremente, die geringer sind als 10,9, die also als Abweichungen von diesem Durchschnitt ein negatives Vorzeichen erhalten.

Im Unterschiede von den Relativziffern ist aber das Vorzeichen einer Abweichung (1886) negativ, wo das der Relativziffer positiv ist, und umgekehrt einmal (1903).

Wenn jedes Jahr nach seiner Stelle in den Jahrvierten der N-Seite mit den Jahren der entsprechenden Stelle auf der H-Seite verglichen wird, so ergibt sich bei den Relativziffern ein Minusvorzeichen

	N			H		
für die 1. Stelle	5	gegen	3 +	1	gegen	7 +
„ „ 2. „	6	„	2 +	2	„	6 +
„ „ 3. „	5	„	3 +	2	„	6 +
„ „ 4. „	5	„	3 +	4	„	4 +

Also an jeder Stelle auf der N-Seite ein Mehr von Minusvorzeichen. Ebenso, wenn sämtliche 8 Abweichungen vom Durchschnitt für jede Stelle addiert werden und durch Division mit 8 wiederum aus ihnen der Durchschnitt gewonnen wird. Dieser Durchschnitt ist nämlich

	N	H	Die Überlegenheit auf der H-Seite
an 1. Stelle	— 21,8	+ 55,6	+ 77,4
„ 2. „	— 8,9	+ 38,6	+ 47,5
„ 3. „	— 40,0	— 2,8	+ 37,3
„ 4. „	— 5,0	+ 1,8	+ 6,8

Die Überlegenheit der H-Seite erstreckt sich also auf alle vier Stellen, ist aber an jeder späteren Stelle geringer; sie nimmt regelmäßig ab. Auf der N-Seite ist die dritte Stelle am meisten negativ (das durchschnittliche Inkrement also am tiefsten), die vierte am wenigsten (das durchschnittliche Inkrement also am höchsten). Auf der H-Seite ist nur die dritte Stelle schwach negativ (also auch hier das Inkrement des jedesmal dritten Jahres am tiefsten), die erste Stelle entschieden am höchsten. So daß auf die relativ höchste Stelle der N-Seite die relativ höchste der H-Seite folgt.

Die Oszillationen der Inkremente sind in den letzten 25 Jahren erheblich schwächer geworden. Die durchschnittliche Abweichung vom Durchschnitt beträgt 37,2. Diese wurde in den ersten 39 Jahren 22 mal übertroffen, in den letzten 25 niemals wieder erreicht.

Bemerkenswert ist auch, daß die empirische Regel sich auch in dem jetzt noch unvollendeten Jahrviert 1908/11, das wiederum auf die N-Seite fällt, bewährt, indem die Jahre 1908 und 1909 sogar ein negatives Inkrement der absoluten Zahlen der Eheschließungen aufweisen; vollends natürlich der Relativziffern.

Eine gleiche vierjährige Periode finde ich in der gleichen Zeitspanne in Frankreich. Hier sind indessen nur die absoluten Zahlen und deren Inkremente festgestellt. Die Durchschnitte dieser Inkremente wechseln wie folgt:

N		H	
1844/47	— 31,5	1848/51	+ 38,9
1852/55	— 1,5	1856/59	+ 11,1
1860/63	— 4,1	1864/67	— 0,9
1868/71	— 20,1	1872/75	+ 47,3
1876/79	— 14,8	1880/83	+ 1,5
1884/87	— 6,5	1888/91	+ 7,9
1892/95	+ 2,2	1896/99	+ 6,8
1900/03	+ 0,4	1904/07	+ 15,4

Mithin ein regelmäßiger Wechsel der Differenzen:

	+ 70,4
— 40,4	+ 13,2
— 15,8	+ 3,2
— 19,8	+ 68,0
— 62,1	+ 16,3
— 8,0	+ 14,4
— 5,7	+ 4,6
— 6,4	+ 15,0

Für Großbritannien und Irland finde ich die gleiche Folge von 1872 ab, nämlich folgende Durchschnitte der Inkremente der absoluten Zahlen der Eheschließungen:

N		H		(oder, als Folgen der Differenzen) N	H
		1872/75	+ 8,5		
1876/79	— 22,7	1880/83	+ 27,0	— 34,9	+ 36,8
1884/87	— 7,9	1888/91	+ 28,9	— 31,2	+ 49,1
1892/95	+ 3,9	1896/99	+ 32,1	— 25,0	+ 28,2
1900/03	— 0,9	1904/07	+ 12,5	— 33,0	+ 13,4

In Belgien finde ich eine vollkommene Übereinstimmung des Hauptergebnisses, wenn die Quadriennien von 1843 anstatt von 1844 ab gezählt werden. Auch hier sind nur die Inkremente der absoluten Zahlen gerechnet.

Höchst merkwürdige und bedeutende Parallelen der wirtschaftlichen Fluktuationen kann ich nun für das Deutsche Reich teils schon seit 1860, teils erst seit 1872 (weil die entsprechenden früheren Daten fehlen) aufstellen.

Ich habe nämlich 1. die Inkremente des Wertes sämtlicher Bergwerkserzeugnisse im Gebiete des heutigen Deutschen Reiches, resp. im Zollvereinsgebiet, mit Rücksicht auf dessen Veränderungen, berechnet. Diese Werte (in 1000 ℳ) sind den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich entnommen; die Inkremente sind in $^0/_{00}$ berechnet.

Es betrug also das durchschnittliche Inkrement:

N		H		mithin die Folge der Differenzen: N	H
1860/63	+ 34	1864/67	+ 110		+ 76
1868/71	+ 96	1872/75	+ 99	— 14	+ 3
1876/79	— 64	1880/83	+ 83	— 163	+ 147
1884/87	+ 1	1888/91	+ 150	— 82	+ 149
1892/95	— 22	1896/99	+ 104	— 172	+ 126
1900/03	+ 61	1904/07	+ 89	— 43	+ 28

Unter den 24 Jahren der N-Seite haben 8 das Minusvorzeichen, unter den 24 der H-Seite nur 2. Das durchschnittliche Inkrement der 48 Jahre ist + 62,3. Hieran gemessen ergeben sich

auf der N-Seite 21 — gegen 3 +
" " H-Seite 8 — " 16 +

Der Kontrast ist also sehr ausgesprochen.

Noch charakteristischer sind aber vielleicht 2. folgende Ziffern, die sich auf die Zahlen der auf den Kopf der Bevölkerung im Deutschen Reiche seit 1872 entfallenden umlaufenden Wechsel beziehen. Diese Zahlen sind dem Artikel Wechsel des WB. der Volkswirtschaft (II, Auflage, 2. Band S. 1305) entnommen, wo sie nach dem Ertrage der Wechselstempelsteuer auf Grund der von der Reichsbank vorgenommenen Erhebungen berechnet sind.

Auch hier habe ich die Inkremente festgestellt, und zwar mit Interpolation des Inkrementes für 1872, wofür ich nach einer niedrigen Schätzung 6 % einsetze.

Das durchschnittliche Inkrement beträgt:

N		H		Die Folgen der Differenzen also:	
		1872/75	+ 1,15		
1876/79	— 4,97	1880/83	+ 1,32	— 6,12	+ 6,29
1884/87	— 1,30	1888/91	+ 3,82	— 2,62	+ 5,12
1892/95	— 0,05	1896/99	+ 6,62	— 3,87	+ 6,67
1900/03	+ 0,27	1904/07	+ 6,82	— 6,35	+ 6,55

Die N-Seite zeigt eine stetige Verminderung des negativen Inkrementes, bis es zuletzt in ein positives übergeht. Auf der H-Seite (wo freilich die erste Ziffer ungewiß ist) ebenso eine stetige Zunahme des positiven Inkrementes. Wenn von dem ersten Jahrviert abgesehen wird, so stehen sich 4 × 4 Jahre auf jeder Seite gegenüber. Von den 16 haben auf der

N-Seite 11 ein negatives Vorzeichen, auf der
H-Seite nur 2 ein negatives Vorzeichen

(wobei beiderseits eine Null als negativ eingerechnet ist).

Werden aber die 32 Ziffern auf ihren Durchschnitt = + 1,60 bezogen, so kommen auf der N-Seite noch zwei, auf der H-Seite noch eine Stelle hinzu, die unter diesem Durchschnitt stehen, also als Abweichungen auch negativ sind. Es bleiben dann

auf der N-Seite 3
" " H-Seite 13

die mit positivem Vorzeichen über dem Durchschnitt stehen.

Ich habe 3. die Inkremente der von der Poststatistik — auf Grund fortlaufender Aufzeichnungen — ermittelten Zahlen der Pakete (ohne Wertangabe) seit 1872 berechnet und dabei wiederum für 1872 ein Minimum-Inkrement von 6 % angenommen. Die Durchschnitte der Jahrvierte sind:

N	H	Die Folgen der Differenzen also: N	H
	1872/75 + 10,00		
1876/79 + 5,50	1880/83 + 6,27	— 5,50	+ 0,77
1884/87 + 4,57	1888/91 + 5,22	— 1,70	+ 0,65
1892/95 + 4,85	1896/99 + 5,75	— 0,37	+ 0,90
1900/03 + 3,30	1904/07 + 3,82	— 2,45	+ 0,52

Ähnlich sind auch die Ergebnisse anderer postalischer Nachweise, besonders über die Portoeinnahmen der Reichspost, wenn die völlig anormale Steigerung des Jahres 1900, die durch Konfiskation der Privatposten bewirkt wurde, sachgemäß reduziert wird.

Der hier dargestellte, in zwei gleichen Wellen von Flut und Ebbe verlaufende achtjährige Zyklus wird lediglich als empirische, höchst merkwürdige Beobachtung mitgeteilt. Seine Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit wird nicht behauptet. Die Tendenz zu einer solchen ist freilich unverkennbar."

Der Vorsitzende dankt dem Redner für seinen Vortrag und eröffnet hierauf die Diskussion.

Professor Dr. von Bortkiewicz führt aus, daß die beiden vom Vortragenden betrachteten Fragen: Rhythmus und Parallelismus, die scharf auseinandergehalten werden müssen, schon häufig Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen seien. Daß sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in gewissen Perioden vollziehe, daß auf den Aufschwung in der Regel der Rückgang folge, lehre die einfache Erfahrung, und das Vorhandensein einer Periodizität im Wechsel der demographischen Erscheinungen sei auch schon öfters statistisch nachgewiesen worden. Das Ergebnis achtjähriger Perioden sei aber neu und insofern interessant. Es müsse indessen weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben, ob sich nicht auch andere Perioden konstruieren lassen. Die Methode der Inkremente selbst biete kaum einen Vorteil gegenüber der üblichen Darstellung von Veränderungen durch die Abweichung vom Durchschnitt.

Regierungsrat Professor Dr. Rahts spricht die Ansicht aus, daß die Inkremente der Plus- und Minusseite vielfach gleich seien oder daß die Unterschiede doch nicht so scharf hervortreten, daß achtjährige Perioden zweifelsfrei nachgewiesen seien. Überdies müsse aber auch bedacht werden, daß die Ziffernunterlagen aus der Zeit vor Erlaß des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes der Genauigkeit entbehren, die für die Nachweisung feinerer Unterschiede erforderlich sei. Es müsse jedenfalls davor gewarnt werden, aus der konstruierten Periodizität Schlüsse für die nächste Zeit, namentlich etwa für die nächsten Jahre zu ziehen.

Dr. Wolff hält die Methode und die Ergebnisse der Untersuchungen des Vortragenden für beachtenswert. Eine gewisse Periodizität bringen zweifellos die Ziffern der Statistik zum Ausdruck. Das Bestehen achtjähriger Perioden in dem langen in Betracht gezogenen Zeitraume sei aber fraglich. Man könne z. B. aus den Ziffernreihen für die Eheschließungen auch siebenjährige Perioden konstruieren, wenn man die Begrenzung mit einem anderen Jahre, als dem Zufallsjahre 1842 beginne, z. B. mit dem Jahre der Einrichtung der Standesämter.

Professor Dr. Neefe bemerkt, daß der Frage, ob sieben- oder achtjährige Perioden, keine große Bedeutung beigemessen werden könne, denn die Veränderungen in der natürlichen Entwicklung erfolgen nicht in scharfen Zeitabgrenzungen, sondern in Übergängen. Dagegen sei in der Untersuchung des Vortragenden die Berücksichtigung solcher Faktoren, die in ursächlichem Zusammenhange mit den Eheschließungen stehen, zu vermissen. Tiefere Einblicke in die Schwankungen der Heiratsziffern lassen sich z. B. erst gewinnen, wenn das Alter, der Beruf und andere Eigenschaften der Eheschließenden, ferner die Ehelösungen und sonstige Momente ins Auge gefaßt werden. Erst dann lasse sich ein ursächlicher Zusammenhang in dem parallelen Verlauf ungleicher Entwicklungsvorgänge erklären und erst dann erhalte der Parallelismus einen tieferen Sinn.

Professor Dr. Landsberg macht darauf aufmerksam, daß für die Frage des periodischen Auf- und Absteigens der Heiratsziffer zwischen wirtschaftlichen und politischen Einflüssen unterschieden werden müsse. Während wirtschaftlicher Aufschwung und Niedergang einander, wenn auch nicht in gleichen Perioden, ablösen, sei die Zeitfolge der politischen Katastrophen eine rein zufällige. Scheide man aber in den Ziffernreihen die Jahre aus, in denen der Vortragende selbst die Bewegung der Eheschließungsziffer mit politischen Ereignissen in ursächliche Beziehungen gebracht habe, so erscheine die vierjährige Periodizität nicht bewiesen.

Regierungsrat Dr. Feig hält es ähnlich wie Professor Dr. Neefe für erforderlich, daß die Eheschließenden wenigstens nach den großen Berufsabteilungen oder aber nach Ortsgrößenklassen unterschieden werden müssen, wenn der innere Zusammenhang von Heiratshäufigkeit und wirtschaftlichen Konjunkturen deutlich erkannt werden soll. Hohe Getreidepreise müßten z. B. bei Getreideproduzenten und Brotkonsumenten gerade die entgegengesetzte Einwirkung auf die Zahl der Eheschließungen haben. Da nun in Deutschland der Anteil der landwirtschaftlichen an der gesamten Bevölkerung in dem Beobachtungszeitraum stark zurückgegangen sei, so müßte auch die Wirkung der Getreidepreise auf die Eheschließungsziffer sich geändert haben. Hierüber könne nur bei Unterscheidung von landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung Klarheit geschaffen werden.

Dr. Roesle führt etwa folgendes aus: Bei den Schwankungen der Eheschließungsziffern sind vor allem die Schwankungen der Geburtenziffern zu berücksichtigen. Der Anstieg der Eheschließungsziffer gegen Ende des vorigen Jahrhunderts im Deutschen Reiche ist doch sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß zu dieser Zeit infolge des enormen Anstieges der Geburtenziffer in dem Jahr-

fünft 1871—75 die Zahl der in das heiratsfähige Alter tretenden Personen sich sehr stark vermehrt hat. Ein derartiges plötzliches Anschwellen der Bevölkerung pflanzt sich nach je einem Mannesalter wie Ebbe und Flut fort, eine Erscheinung, die das Eilert-Sundtsche Gesetz genannt wird. Diese wechselseitigen und natürlichen Beziehungen zwischen Eheschließungs- und Geburtenziffern kommen gegenwärtig am deutlichsten in den kleineren slawischen Staaten (Bulgarien und Serbien) zum Ausdruck. Was die Methodik der Größenberechnung der Schwankungen bei den Eheschließungsziffern anbelangt, so halte er die in Schweden gebräuchliche Berechnung der Zahl der Variationen für instruktiver, da sie angibt, was man in jedem Zeitraume als das normale Verhältnis ansehen kann. Die Methode bestehe bekanntlich darin, daß als Normalzahl für jedes Jahr das arithmetische Mittel der unmittelbar vorausgehenden 20 Jahre ausgerechnet und dann die Ziffer jedes einzelnen Jahres festgestellt wird, indem die Normalziffer = 100 gesetzt wird. Gegenüber den Einwendungen anderer Diskussionsredner sei zu betonen, daß bei derartigen Untersuchungen eine Zergliederung der Eheschließungsziffern nach Stadt und Land unangebracht wäre, da hier die starken Verschiebungen im Altersaufbau der Stadt- und Landbevölkerung störend wirken müssen. Hierzu würde sich nur die spezielle Heiratsfrequenz eignen, doch läßt sich dieselbe nur für die Volkszählungsjahre berechnen. Schließlich möchte er bemerken, daß ein ausgesprochener Parallelismus der Eheschließungsziffer mit den Bierkonsumsziffern in Bayern und Württemberg festgestellt werden kann, so daß es sich empfehle, die Schwankungen beider Ziffern auch einmal nach der vorgetragenen Methodik zu untersuchen.

Professor Dr. Tönnies führt im Schlußwort aus, daß die Diskussionsredner in der Hauptsache nur hervorgehoben haben, was seine Untersuchungen nicht zu geben vermögen, daß sie seiner Ansicht nach aber nicht genügend gewürdigt haben, was diese tatsächlich bieten. Daß die Unterscheidung der Eheschließenden nach Alter, Beruf, nach ihrem Wohnsitz in Stadt oder Land und nach anderen Verhältnissen für die Erkenntnis der Ursachen der Schwankungen in der Eheschließungshäufigkeit von größter Bedeutung sei, leugne er nicht. Aber wenn man diese Unterscheidungen von ihm gefordert habe, so habe man von ihm etwas verlangt, was nicht existiert, was die Statistiker vorläufig, wenigstens für das ganze deutsche Reichsgebiet und für längere Zeiträume, nicht geben können. Der Wechsel nach Perioden sei doch geradezu frappant. Daß eine periodische Bewegung der Heiratsziffern statistisch nachgewiesen und in auffälligem Einklang mit der gleichen rhythmischen Entwicklung des Wirtschaftslebens gebracht werden kann, sei doch außerordentlich bemerkenswert. Es handle sich bei seinen Untersuchungen um große Massenerscheinungen und Massenwirkungen, die sich bei einzelnen Gruppen von Eheschließenden sicherlich nicht finden. Auch die politischen Katastrophen, die mehr stoßweise wirken und naturgemäß in den Jahresziffern zum Ausdruck kommen, und andere Faktoren wie die Schwankungen in der Geburtenzahl, stören die regelmäßige Aufeinanderfolge der Perioden nicht. Voraussagen für die Zukunft lassen sich natürlich nicht machen und habe er auch unterlassen. Es handle sich nur um das Ergebnis statistischer Beobachtungen und Untersuchungen auf Grund des vorhandenen Tatsachenmaterials für eine ganz bestimmte Zeit. Ob sich der Rhythmus auch in der Zukunft fortsetze, könne erst die Erfahrung lehren. Was die Methode der Inkremente betreffe, so liege eben ihr Vorzug darin, daß sie der Abweichung vom Durchschnitt zur zahlenmäßigen Darstellung periodischer Entwicklung nicht bedarf. Und wenn beanstandet werde, daß er die absoluten Zahlen zugrunde gelegt habe, so zeige sich ja der regelmäßige Wechsel bei den Relativziffern in noch viel auffallenderer Weise, insbesondere der Unterschied in der Häufigkeit negativer Vorzeichen auf der einen, positiver auf der anderen Seite, der sogar auch in jeder Gruppe von 16 Jahren, wenn der ganze betrachtete Zeitraum in vier solche geteilt wird, hervortrete. Keineswegs um sein Argument zu stärken, sondern lediglich, um der kritischen Erwägung willen, daß die absoluten Zahlen für sicherer gelten müssen, habe er diese in den Vordergrund gestellt.

Hieran anschließend gibt der Vorsitzende eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse des Vortrages, den er als einen bedeutungsvollen Beitrag zur Frage der periodischen Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Massenerscheinungen bezeichnet. Aber auch die an den Vortrag sich anknüpfende Aussprache habe manche wertvolle Anregungen gegeben, die für weitere Untersuchungen beachtet zu werden verdienen.

Hierauf wird in die Beratung des letzten Gegenstandes der Tagesordnung: Die Statistik auf den Hochschulen, eingetreten. Als erster Referent führt Dr. Wolff folgendes aus:

„Meine Herren!

Wir haben im Deutschen Reich gegenwärtig fast 20 statistische Landesämter, 42 oder 43 kommunale statistische Ämter, außerdem zahlreiche „Statistiker" in der Privatindustrie, bei den Banken, endlich einige Lehrstühle oder doch Lehraufträge und sonstige Dozenturen für Statistik, alles in allem vielleicht im Augenblick 220—240 spezielle Posten für akademisch gebildete Statistiker. Dazu kommen noch zahlreiche nichtspezielle Posten, die von akademisch gebildeten Statistikern im Hauptamt und wohl noch mehr, die im Nebenamt versehen werden, z. B. Bürgermeister und Stadträte, Zentralverwaltungsbeamte, Syndici von Handelskammern und anderen Interessenvertretungen usw. Drittens gibt es Posten, deren Inhaber eine ausgedehnte statistische Schulung für irgend ein Spezialgebiet, z. B. das Versicherungswesen, brauchen, aber gewöhnlich eine ganz andere Vorbildung besitzen. Viertens wären Posten für akademisch gebildete Statistiker in den vielen, man darf heute sagen, in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung und bei allen großen Körperschaften auch mit Sonderinteressen bzw. Sonderaufgaben, auch ev. mit vorwiegend privatwirtschaftlichen Interessen, denkbar, zum Teil bereits vorhanden, die neben einem beliebigen Sonderfach weiter nichts als eine Art statistischer Buchführung, wie es A. Oncken einmal nennt, gebrauchen. Ich denke u. a. an die Finanzbehörden, an die Justizbehörden, besonders soweit sie noch keine sonderlich entwickelte statistische Methodik bei ihrer „Buchführung" benutzen.

War es früher mehr der reine Verwaltungsbeamte, der sich sein statistisches Können durch Probieren in der Praxis erwarb, und auch der akademisch gebildete Mathemathiker, den man — offenbar wegen der ab und zu vorkommenden Zahlenreihen — als den zur Statistik berufensten Akademiker in den statistischen Dienst hineinzog, so ist es seit anderthalb Jahrzehnten vorwiegend der volkswirtschaftlich gebildete Statistiker, der — wenigstens für die meisten vollen bzw. hauptamtlichen speziellen Posten — in Betracht kommt.

Andererseits ist die „Statistik" ein uraltes Lehrfach an unseren Universitäten. Konring hat sie als notitia rerum publicarum schon um 1660 in Helmstädt gelesen, Schmeitzel um 1680 in Halle schon eine Vorlesung darüber geschrieben. Achenwall, Schlözer und viele andere haben sie im 18. Jahrhundert, Lüder, Knies, Rümelin, Wappäus, Oncken und viele der lebenden bekannten Nationalökonomen haben sie seither würdig vertreten an unseren hohen Schulen. Es besteht danach offenbar eine weite Kluft zwischen dem Umfang des Lehrbetriebes der Statistik an unseren Hochschulen und der Verwendung akademisch gebildeter Statistiker.

Zur Aufklärung dieses Mißverhältnisses wird es beitragen, wenn wir uns den gegenwärtigen Umfang und den Inhalt des Lehrfaches Statistik, sowie seine Vertretung an den Hochschulen näher ansehen.

Der Umfang des statistischen Unterrichts an den deutschen Universitäten im W.-S. 1910/11 und im S.-S. 1911.

<table>
<tr><th rowspan="3">Universität</th><th rowspan="3">Name des Dozenten</th><th colspan="8">Priv. Vorlesungen über Statistik</th><th colspan="2" rowspan="2">Keine Vorlesung angezeigt</th><th colspan="4">Statistische Übungen</th><th colspan="2" rowspan="2">Keine Übungen angezeigt</th></tr>
<tr><th colspan="2">4 stündig</th><th colspan="2">3 stündig</th><th colspan="2">2 stündig</th><th colspan="2">1 stündig</th><th colspan="2">2 stündig</th><th colspan="2">1 stündig</th></tr>
<tr><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th><th>W.-S. 1910/11</th><th>S.-S. 1911</th></tr>
<tr><td rowspan="3">Berlin</td><td>v. Bortkiewicz</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>(|)</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>(—)</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Ballod</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>A. Günther</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>| |</td><td>.</td><td>.</td><td>(—)*)</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>(—)*)</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Bonn</td><td>O. Most</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Breslau</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Erlangen</td><td>Neuburg</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Freiburg i. Br.</td><td>Mombert</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Gießen</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Göttingen</td><td>Lexis</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>(|)[2]</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Greifswald</td><td>Gebauer</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Halle a. S.</td><td>Wolff</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Heidelberg</td><td>Schott</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Jena</td><td>Anton</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Kiel</td><td>Tönnies</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>| |</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Königsberg</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Leipzig</td><td>Schmid</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Eulenburg</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td></td><td>.</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Marburg</td><td>Köppe</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td></tr>
<tr><td>München</td><td>v. Mayr</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Münster</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Rostock</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Straßburg</td><td>Wittich (u. Knapp)</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td></tr>
<tr><td rowspan="2">Tübingen</td><td>Losch</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>|</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td></tr>
<tr><td>Stephinger</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>|</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>Würzburg</td><td>v. Schanz [1]</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>.</td><td>—</td><td>—</td></tr>
<tr><td>21 Universitäten</td><td>19 Dozenten an 15 Univers.</td><td>2</td><td>2</td><td>2</td><td>3</td><td>8</td><td>10</td><td>1</td><td>1</td><td>12</td><td>10</td><td>9</td><td>6</td><td>—</td><td>—</td><td>14</td><td>18</td></tr>
</table>

*) War noch nicht habilitiert.

1) Alle 4 Semester ein Kolleg „Statistik".
2) Versicherungslehre und Versicherungsstatistik.

Eine tabellarische Übersicht über den Umfang der statistischen Kollegs an den deutschen Universitäten bietet die beistehende Zusammenfassung für die beiden letzten Semester (W.-S. 1910/11 und S.-S. 1911).

Die Übersicht zeigt, daß von den 21 Universitäten nur bei 15 Vorlesungen bzw. Übungen über Statistik angekündigt waren. Wenn wir die Trennung in die beiden Semester beibehalten, waren es im W.-S. 1910/11 sowohl wie im S.-S. 1911 eigentlich nur je 14 Universitäten mit statistischen Vorlesungen bzw. Übungen und nur 11 Universitäten mit statistischen Vorlesungen, endlich sogar nur 6 Universitäten mit statistischen Vorlesungen und Übungen zugleich.

Sogenannte große Kollegs über Statistik wurden nur an 4 Universitäten gelesen, in Erlangen, Halle, Leipzig und München; die Berliner Kollegs ergänzen sich ungefähr im Semester. Über 2 Semester sich erstreckende Vorlesungen über Statistik wurden in Bonn, Freiburg, Halle, Kiel, Leipzig gelesen (die Klammer in der tabellarischen Darstellung über den beiden Semesterstrichen soll diese zweisemestrigen Kollegs kennzeichnen). Von Würzburg ist mir bekannt, daß dort alle 4 Semester ein Kolleg zur Einführung in die Statistik von v. Schanz gelesen wird.

Noch schwächer als der Vorlesungs- ist der Übungsbetrieb. Nur an 9 Universitäten wurden im W.-S. und nur an 6 im S.-S. statistische Übungen abgehalten.

Über die Besucherzahl der Vorlesungen und Übungen kann ich auf Grund persönlicher Mitteilungen berichten, daß die großen Kollegs von durchschnittlich 30—35 Studierenden belegt wurden, die kleinen von 10—15 Studierenden. Die statistischen Übungen hatten 10—30 Besucher.

Die Besucher setzen sich zusammen aus Volkswirten, Juristen, Landwirten (in Göttingen insonderheit noch Versicherungswissenschaftlern); vereinzelt sind auch Herren mit abgeschlossenem akademischen Studium, vorwiegend Assessoren, aber auch Reg.-Baumeister, Ärzte. Mitglieder der Seminarien. In Halle z. B. waren von den 23 Teilnehmern an den statistischen Übungen im W.-S. 1910/11: 2 Assessoren, 4 Referendare, 3 Architekten, 2 Diplom-Ingenieure, 1 Landwirt, 3 Herren mit dem volkswirtschaftlichen Doktor und der Rest ältere Studierende (Doktoranden) der Nationalökonomie, die statistische Doktorarbeiten übernommen hatten.

Während die großen Kollegs und die auf 2 Semester verteilte Vorlesung gewöhnlich die Statistik in ihrem ganzem Umfange behandeln und dementsprechend gebracht werden:

1. Geschichte der Statistik,
2. Theorie der Statistik,
3. Methodik der Statistik,
4. Ergebnisse der Statistik,

beschränken sich viele Vorlesungen auf Ausschnitte, die im Laufe mehrerer Semester wahrscheinlich eine gewisse Gesamtübersicht über den Gegenstand geben.

Einzelne Vorlesungen beschränken sich, wie es scheint, jedoch dauernd auf eines oder zwei Spezialgebiete, oder aber auf eine sogenannte „Einführung"; so wird gern Moralstatistik gelesen, auch Sozialstatistik im engeren Sinne. Wo Bevölkerungsstatistik gelesen wird, tritt im nächsten Semester meistens Wirtschaftsstatistik ergänzend dazu oder wie die Sammelnamen für die Ergebnisse statistischer Methodik auf anderen Gebieten als der Bevölkerungsstatistik sonst lauten. Vereinzelt wird in Verbindung mit der Bevölkerungsstatistik auch die Bevölkerungslehre angekündigt, so in Berlin, Freiburg, Halle; in München wird die Bevölkerungslehre zwar nicht angekündigt, aber gelesen im Kolleg „Statistik"; in Erlangen ist es wahrscheinlich ebenso.

Weiter auf den Inhalt der Vorlesungen einzugehen, erübrigt sich; ich habe das in meinem Beitrag zur Festgabe für Georg v. Mayr bereits getan, wenigstens soweit es sich für mich um den Inhalt der „Statistik" als Wissenschaft handelt. Nur das darf wohl festgestellt werden, daß die Vorlesung „Statistik" auf der Voraussetzung der Anerkennung der Statistik als eines Lehrfaches mit eigenem Forschungsgegenstand beruht. Daß die Anwendung der statistischen Methode außerdem wahre Triumphe in der Gegenwart feiert, ist erfreulich, aber noch nicht eine ausreichende Unterlage für ein Lehrfach, viel weniger für eine selbständige Wissenschaft.

Wenn trotzdem die Statistik als Lehrfach noch keine allgemeine Anerkennung gefunden hat, so müssen besondere Gründe vorliegen. Ich sehe sie einmal in der historischen Entwicklung des Begriffes der Statistik, zum anderen aber in dem begreiflichen Umstande, daß die wenigen wissenschaftlichen Vertreter der Statistik die Selbständigkeit der statistischen Wissenschaft gegen die große Menge einflußreicher praktischer Statistiker zu vertreten haben. Es ist entschieden die Verwaltungsstatistik im weitesten Sinne, die die statistische Produktion beherrscht und zu beherrschen hat. Aber eben diese Verwaltungsstatistik lebt vorwiegend von der statistischen Methodik, von der Anwendung der der Statistik als Wissenschaft eigentümlichen Beobachtungsart und Darstellungsform auf den weitschichtigen Gebieten des modernen öffentlichen Lebens im Staat und in den (größeren) Gemeinden. Die Verwaltungsstatistik schafft auch das Material für den besonderen Gegenstand der wissenschaftlichen Statistik, die Bevölkerung als Gesellschaft [1], als soziale Masse, herbei, ja sie unternimmt oft und mit Erfolg gerade durch ihre besten Vertreter tiefgründige wissenschaftliche Bearbeitungen dieses Materials.

Aber das Gelingen solcher Bearbeitungen hängt doch, wenn nicht die Erfahrung die einzige Lehrmeisterin sein soll — was in Verwaltungsbetrieben öffentlicher Körperschaften schwere Schädigungen im Gefolge haben kann — von einer entsprechenden akademischen Ausbildung mit ab.

Ist solche Ausbildungsmöglichkeit heute gewährleistet? Nach der oben gegebenen Darstellung des tatsächlichen Umfangs der Statistik als Lehrfach kann man nicht mit einem vollen Ja antworten. Noch mehr zur Einschränkung

1) Durch die Volkszählungen, die Berufszählungen, die verschiedenen Fortschreibungen wie bei den Eheschließenden, den Geborenen, den Gestorbenen, den Gewanderten, den Verurteilten, den Arbeitsuchenden.

zwingt aber die Art der akademischen Vertretung der Statistik als Lehrfach an unseren Universitäten. Von den 19 Dozenten, welche Statistik in den beiden Semestern ganz oder partial lasen, waren

9 Privatdozenten, Titularprofessoren oder außeretatsmäßige Extraordinarien,
4 etatsmäßige Extraordinarien,
5 Ordinarien.

Acht von diesen 19 Dozenten lasen nur statistische Kollegs; darunter vier beamtete Statistiker (Berlin, Bonn, Heidelberg, Tübingen). Die übrigen 12 Dozenten hatten außer statistischen Vorlesungen und Übungen noch volkswirtschaftliche Kollegs, einer von ihnen ein verwaltungsrechtliches Kolleg (Leipzig) angekündigt.

Die akademische Vertretung der Statistik liegt danach vorwiegend in den Händen der theoretischen Volkswirte.

Weshalb das der Fall ist, läßt sich aus der geschichtlichen Entwicklung der einzelnen akademischen Disziplinen unschwer erkennen. Auffallend ist nur, daß im 17. und 18. Jahrhundert und auch noch in den ersten 30 Jahren des 19. Jahrhunderts die Statistik gegenüber der Volkswirtschaft überwog, wo es noch verhältnismäßig wenig amtliche und praktische Statistik gab, während seitdem, und zwar beinahe in dem gleichen Maße der Zunahme der amtlichen Statistik die akademische Statistik zurückgegangen ist, bis vor kurzem.

Bemerkenswert hierfür dürfte die Tatsache sein, daß zahlreiche unserer bekanntesten Dozenten der Volkswirtschaft in ihren jungen Jahren Statistiker, und zwar oft zuerst praktische Statistiker waren (Knapp, A. Wagner, Konrad, Stieda, Bücher, Lexis, v. Mayr, um nur die älteren Herren zu nennen).

Es gibt eben zu wenig oder genau genommen keine Ordinariate für Statistik, obgleich darüber mehrere 6- und mehrere 4stündige Vorlesungen gehalten werden; die Herren, welche Statistik lesen, gehen allmählich aber in feste Positionen über, die sie dem Ziele der Zeit entsprechend am ehesten in der Volkswirtschaft finden.

Die Statistik, so wie sie heute an unseren Universitäten vertreten wird, bildet eine Art Durchgangsstation für die volkswirtschaftlichen Lehrstühle, und das um so mehr, als nur an ganz wenigen Hochschulen die Statistik Prüfungsfach ist.

Es liegt uns fern, die Statistik als Spezialstudium herbeizuwünschen, wohl aber sollte sie an einer Reihe von Universitäten bzw. Hochschulen überhaupt selbständiges Spezialfach sein wie in Göttingen oder München oder Leipzig.

Die Statistik ist, wenn man die allgemeinwissenschaftliche Bedeutung ihres Gegenstandes und die praktische Bedeutung ihrer Methodik kennt, wert in viel höherem Maße als bisher Pflichtkolleg*) und in ganz anderer Weise als bisher Prüfungsfach*) zu sein".

Als zweiter Berichterstatter spricht sodann über diesen Gegenstand Professor Dr. Schmid, der folgendes ausführt:

„Sehr geehrte Herren!

Ich habe meinem Herrn Kollegen Dr. Wolff gern den Vortritt gelassen, weil er über den Zustand des statistischen Unterrichtes an unseren deutschen Hochschulen wohl besser als ich orientiert ist, was in Anbetracht meines verhältnismäßig kurzen Aufenthaltes in Deutschland niemand wundernehmen wird. Die verfügbare Zeit war auch viel zu kurz, um genauere Informationen über diesen Zustand einziehen zu können, ohne solche Informationen aber wird es schwer halten, zu brauchbaren Leitsätzen zu gelangen. Sie dürfen deshalb, meine Herren, bestimmte Thesen auch von mir nicht erwarten. Alles, was ich vermag, besteht darin, daß ich vor Ihnen die Grundzüge für eine Erhebung entwickle, welche unsere neugegründete deutsche statistische Gesellschaft nach dem Muster des Vereins für Sozialpolitik meiner Meinung nach durchführen sollte, damit wir in der Sache einmal klar sehen.

Ich möchte im folgenden die Punkte, die Gegenstand der Untersuchung sein sollten, des näheren beleuchten.

I. Als erster Punkt käme die Frage in Betracht, welches ist denn der Kreis der Studierenden, woraus sich die Hörer der Statistik rekrutieren, und wie groß ist deren Anzahl? Folgende Kategorien von Hörern würden dabei zu berücksichtigen sein:

1. Die Kameralisten und die eigentlichen Statistiker;
2. die Juristen, insbesondere die künftigen Strafrichter und Verwaltungsbeamten;
3. die Geographen, welche sich namentlich für die Bevölkerungsstatistik interessieren. Auch die Handelshochschüler dürften mit Rücksicht auf das Studium der Handelsgeographie bei den Vorlesungen über Wirtschaftsstatistik ein nicht unerhebliches Kontingent von Zuhörern stellen;
4. die Versicherungsmathematiker. Für diese kommen natürlich in erster Linie Spezialvorlesungen über mathematische Statistik, wie solche namentlich an den Seminarien für Versicherungswissenschaft abgehalten werden, in Betracht;
5. die Hygieniker, für welche Vorlesungen über Medizinalstatistik einen hohen Wert besitzen können; endlich
6. eigentliche Studierende der Philosophie. Solche werden sich unter Umständen für Vorlesungen über Moralstatistik interessieren.

Sie sehen also, meine Herren, daß der Kreis der statistischen Interessenten nicht so ganz klein ist und daß es daher einen großen Wert hätte, Zahl und Zusammensetzung derselben einmal genauer festzustellen. Es dürfte dies auch unschwer möglich sein. Entweder werden nämlich die an einzelnen Hochschulen am Anfang jedes Semesters aufgelegten Einschreibverzeichnisse der Hörer den nötigen Anhalt dafür gewähren oder der statistische Dozent kann, wo derartige Verzeichnisse fehlen, die erforderlichen Angaben durch Umfrage bei den Hörern beschaffen.

II. Bei der Feststellung der Interessenten des statistischen Hochschulunterrichtes wird aber nicht bloß auf die gewöhnlichen Studierenden der Statistik Rücksicht zu nehmen sein, vielmehr wird dabei auf den gesamten stufenförmigen

*) Hierüber an späterer Stelle.

Aufbau unseres heutigen Hochschulunterrichtes Bedacht genommen werden müssen. Neben dem

1. regulären Universitätsunterrichte werden also noch zu beachten sein:
2. die volkstümlichen Hochschul-(Universitäts-) Kurse und ihre Teilnehmer. Diese Kurse können, wenn sie zweckmäßig eingerichtet sind, auch für die Statistik eine sehr große Bedeutung erlangen, namentlich wenn es sich darum handelt, bevorstehende große Zählungen (Volkszählungen, Wohnungsaufnahmen usw.) durch populäre Vorträge beim größeren Publikum mehr bekannt zu machen und ihre praktische Durchführung auf diesem Wege zu erleichtern. Die von der Wiener Universität organisierten volkstümlichen Kurse bieten in dieser Richtung ein unübertroffenes Vorbild. Ich selbst habe als junger statistischer Dozent mich an der Abhaltung der dortigen Kurse eifrig beteiligt und weiß daher ihren Wert zu würdigen;
3. die staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse und die an diesen abgehaltenen statistischen Vorlesungen und Übungen. Wir können uns solche in zweifacher Art organisiert denken:
   a) für statistische Beamte, die dadurch mit den neuesten Fortschritten der statistischen Theorie, Methode und Technik bekannt gemacht werden sollen;
   b) für sonstige Verwaltungsbeamte und andere Juristen. Diese dürften sich vielfach zu dem Besuche solcher Vorlesungen und Übungen aus dem Grunde bestimmt fühlen, weil sie in der Praxis nunmehr auch mit statistischen Agenden zu tun haben und die in ihrem Wissen vorhandene diesbezügliche Lücke, so gut es geht, ausfüllen wollen.

III. Ich gelange nun zu einem weiteren wichtigen Fragepunkte. Dieser betrifft die **Lehrpersonen**. Es wird sich hierbei vorzugsweise um die Klarstellung folgender Einzelfragen handeln:

1. Die Vertretung der Statistik durch selbständige Ordinarien an den größeren Universitäten und anderen Hochschulen;
2. die unterrichtliche Versorgung der kleineren Universitäten und sonstigen kleineren Hochschulen;
3. die Frage der Vertretung der Statistik im Hauptamte. Diese Frage enthält wieder zwei Unterfragen, nämlich:
   a) die Verbindung der statistischen Professur mit der Leitung eines statistischen Amtes;
   b) die Verbindung des Lehramtes für Statistik mit anderen Fächern (Nationalökonomie, Verwaltungslehre, Geographie, Versicherungsmathematik;
4. die Frage der richtigen Eingliederung der statistischen Professur an den Universitäten (in die philosophische oder in die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät?).

Ich halte namentlich den letzteren Detailpunkt nicht etwa bloß für eine Angelegenheit der formalen Ordnung, sondern für eine Sache von fundamentaler Wichtigkeit. Ist die statistische Professur der philosophischen Fakultät eingegliedert und besteht für die Juristen keine Verpflichtung zum Besuche statistischer Kollegien und Übungen und auch kein Prüfungszwang, so werden diese Vorlesungen erfahrungsmäßig von den meisten Juristen vernachlässigt oder gänzlich ignoriert, obwohl gerade sie ein besonderes Interesse an denselben nehmen sollten.

IV. Die Erhebung hätte sich ferner auf den **Lehrbetrieb und dessen Gliederung** zu beziehen. Hierbei werden also zu unterscheiden sein:

1. Die Vorlesungen. Es wird sich hier namentlich um die Feststellung des Umfanges derselben handeln. Ich für meine Person halte einen dreistündigen Kursus durch drei Semester für das zu erstrebende Minimum an Vorlesungen. Immerhin kann es aber geraten sein, den Bogen nicht gleich anfangs zu überspannen, bevor es gelungen ist, den statistischen Unterricht an einer Hochschule als selbständiges Fach einzubürgern. Es kann deshalb immerhin zweckmäßig sein, den dreistündigen Kursus zunächst auf je zwei Semester zu beschränken und erst später weiter auszudehnen;
2. die Seminarien. Es wäre festzustellen, ob solche in selbständiger Form eingerichtet sind und ob Übungen abgehalten werden:
   a) für Anfänger;
   b) für Vorgeschrittene;
3. die Forschungsinstitute. Besondere Forschungsinstitute für die statistische Wissenschaft bestehen zwar bisher meines Wissens noch nirgends in Deutschland, aber wir wissen doch alle, daß dank der von Berlin ausgehenden Bewegung zugunsten der Errichtung naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute auch die Vertreter der Geisteswissenschaften in die gleiche Strömung hineinzusteuern beginnen. Es wird daher nicht ganz überflüssig sein, wenn auch wir Statistiker diese wichtige Frage im Auge behalten und unsere diesbezüglichen Ansprüche bei den Unterrichtsverwaltungen rechtzeitig anmelden. In der diesjährigen Aprilnummer des „Deutschen statistischen Zentralblattes" habe ich versucht, die Aufgaben eines solchen staatswissenschaftlichen Forschungsinstitutes des näheren darzulegen und dabei auch der Statistik die ihr gebührende Rolle zuzuweisen.

V. Sehr Vieles wäre über die beim statistischen Hochschulunterrichte verwendeten und für einen solchen notwendigen **Lehr- und Lernmittel** zu sagen. Es ist ja bekannt, daß sich aus der Eigenart der Statistik mannigfache Schwierigkeiten speziell für die gewöhnlichen statistischen Vorlesungen ergeben. Der Inhalt derartiger Vorlesungen kann sehr schwer bloß durch das Ohr erfaßt werden, da dieses größere Zahlenreihen nicht festzuhalten vermag, vielmehr muß hier das Auge in weitem Umfange unterstützend eintreten. Es bedarf also gerade beim statistischen Unterrichte einer ausreichenden Anzahl von auf das Auge wirkenden Hilfsmitteln und einer ausgiebigen Benutzung

derselben. Als solche Hilfsmittel möchte ich anführen:

1. Statistische Hilfstabellen. Ich halte eine gewisse Menge derartiger Hilfstabellen für einen gedeihlichen statistischen Unterricht für unbedingt erforderlich, da die Erfahrung lehrt, daß sehr viele Studierende sich nicht im Besitze der gangbaren Lehr- und Handbücher befinden. Diese Hilfstabellen müßten ihnen also um ein billiges Entgelt in die Hand gegeben werden, denn sonst ist ein Durchsprechen größerer Zahlenreihen in der Vorlesung nur sehr schwer möglich. Das Aufschreiben von größeren Zahlenreihen auf der Tafel ist zu zeitraubend und das Verteilen von autokopierten Tabellen ein zu unvollkommenes Auskunftsmittel, als daß der Unterricht darauf gestützt werden könnte. Ich muß es deshalb sehr bedauern, daß der von mir dem königlich sächsischen Kultusministerium unterbreitete und von diesem gebilligte Vorschlag, durch das statistische Landesamt eine größere Anzahl statistischer Hilfstabellen herstellen zu lassen, den Beifall der dem letzteren Amte vorgesetzten Behörde, des Ministeriums des Innern, nicht gefunden hat;
2. Diagramme und Kartogramme. Von diesen gilt das gleiche, wie von den statistischen Hilfstabellen;
3. statistische Lehr- und Handbücher. Bezüglich dieser wäre nur zu wünschen, daß sie von den Hörern eifriger und gründlicher studiert würden. Angesichts des Mangels von statistischen Hilfstabellen bleibt dem Lehrer oft nichts anderes übrig, als auf die in die Lehrbücher aufgenommenen internationalen Zahlenreihen zu verweisen. Was nützt aber diese Verweisung, wenn die Studierenden die betreffenden Lehrbücher nicht vor sich liegen haben und sie nicht nachlesen?
4. große statistische Sammelwerke und Handwörterbücher. Der Mangel solcher Werke macht sich namentlich für jene statistischen Hochschullehrer empfindlich bemerkbar, welche nicht in der glücklichen Lage sind, selbst an der Spitze eines statistischen Amtes zu stehen, oder auch sonst fernab von dem Sitze einer größeren statistischen Fachbibliothek domizilieren. Ich habe deshalb schon auf der Berliner Tagung des Internationalen statistischen Institutes (1903) die Abfassung eines großen internationalen Handbuches der Statistik angeregt, ohne aber damals einen durchgreifenden Erfolg erzielen zu können. Ich begrüße es mit großer Freude, daß es nunmehr dem organisatorischen Talente des Herrn Ministerialrates Dr. Zahn gelungen ist, das große Werk wenigstens für Deutschland zu vollenden. Hoffentlich folgt diesem schönen Werke, das wir hier zum ersten Male aufliegen sehen, bald ein zweites, die Statistik aller Kulturstaaten umfassendes Handwörterbuch;
5. statistische Zeitschriften. An solchen sind wir, wenn auch die amtlichen Zeitschriften mitgezählt werden, nicht gerade arm. Wenn es gestattet ist in diesem Belange einen Wunsch auszusprechen, so möchte ich betonen, daß namentlich im Interesse der Studierenden eine größere Konzentration herbeigeführt werden sollte. Es ist mißlich, wenn der statistische Wissensstoff in gar so vielen Zeitschriften verstreut ist. Denn selbstverständlich müssen von den Studierenden neben den eigentlichen statistischen Zeitschriften auch noch die nationalökonomischen und andere Fachzeitschriften verfolgt werden und die übergroße Zahl aller dieser Blätter schreckt nicht wenige der Studierenden ab. Ich möchte also schon jetzt einer größeren Konzentration des statistischen Zeitschriftenmaterials das Wort reden und vielleicht dürfen wir an die heutige Tagung auch die Hoffnung knüpfen, daß sich neben dem „allgemeinen statistischen Archive“ Georg von Mayr's, dessen baldiges Wiedererscheinen wir alle herbeisehnen, das „Deutsche statistische Zentralblatt“ zu einem solchen literarischen Mittelpunkte für die Jünger der statistischen Wissenschaft ausbilden möge.

VI. Des weiteren wird die unterrichtliche Behandlung des statistischen Lehrstoffes zu erörtern und werden die Ziele des statistischen Unterrichtes festzustellen sein. Im einzelnen wären hierbei folgende Punkte einer näheren Betrachtung zu unterziehen:

1. Der reguläre Unterrichtsbetrieb für die gewöhnliche akademische Jugend.

   Die Erhebung wird hierbei an zwei Fragen nicht vorbeigehen dürfen:

   a) Umfang des Unterrichtes und Art seiner Behandlung: Geschichte, Theorie, Methode und Technik der Statistik im allgemeinen; die einzelnen Zweige der Statistik; Verhältnis zwischen Methodologie und der Darstellung statistischer Ergebnisse (Maß- und Größenvorstellungen, Entwicklungstendenzen usw.).

      Ich vermag nun freilich nicht ganz den Ausführungen meines verehrten Kollegen Dr. Wolff beizustimmen. Es wird für die deutsche statistische Gesellschaft schwer halten, in dieser Richtung Leitsätze aufzustellen, die leicht den Charakter von Anweisungen besitzen oder wenigstens als solche aufgefaßt werden können. Es verträgt sich das schwer mit dem von den Hochschulprofessoren so streng festgehaltenen Prinzipe der Lehrfreiheit. Das schließt indessen nicht aus, daß einmal eine größere Anzahl von Lehrern der Statistik ihre didaktischen Erfahrungen auf unserem Gebiete mitteilen und sich über die Wege und Ziele des statistischen Unterrichtes des näheren aussprechen;

   b) an der Frage der statistischen Obligatkollegien. Sind solche für die Juristen oder auch für die Kameralisten vorzuschreiben?
2. Die praktischen Kurse für statistische und andere Verwaltungsbeamte, ihre Dauer und die Art ihrer Abhaltung;
3. die Fortbildungskurse für höhere Verwaltungsbeamte und deren Einrichtung;



4. der Unterrichtsbetrieb in den Seminarien und in den Forschungsinstituten. Wie ist derselbe derzeit eingerichtet und welche Erfahrungen sind damit gemacht worden?

VII. Wir gelangen endlich zu der letzten Frage, nämlich zu jener der statistischen Prüfungen. Auch ich möchte die Wichtigkeit dieser Frage nicht überschätzen. Der Besuch statistischer Vorlesungen kann auch bei vorhandenem Prüfungszwang ein minimaler sein. Ich erinnere mich noch mit einer gewissen Wehmut, wie es meinem verehrten Lehrer v. Neumann-Spallat erging, als er im Jahre 1884 an der Wiener Universität Vorlesungen über Statistik zu halten begann. Die erste Vorlesung sollte anfangs Mai stattfinden und es hatten sich auch eine größere Anzahl von Hörern in dieser Vorlesungsstunde eingefunden. Meinem Lehrer schien diese Zahl zu gering und er erklärte die Vorlesungen erst am nächsten Tage beginnen zu wollen. Tags darauf waren nur zwei Hörer anwesend und so blieb es auch durch das ganze Semester. Und doch war damals die Statistik in Österreich bei den juristischen Staatsprüfungen — nicht mehr bei den Doktorprüfungen — Prüfungsfach! Wollen wir der Statistik volle Anerkennung und volles Bürgerrecht im Kreise der akademischen Disziplinen verschaffen, dann werden wir auch vor dem Postulate des Prüfungszwanges nicht zurückschrecken dürfen. Freilich wird gefordert werden müssen, daß statistische Prüfungen in fachkundiger Art, also nur von statistischen Fachmännern abgenommen werden. Nicht einmal jeder Nationalökonom wird hierfür schlechthin als qualifiziert erachtet werden können. Es ist mir noch heute in peinlicher Erinnerung, wie bei meiner dritten juristischen Staatsprüfung der von mir sonst so hoch geschätzte Staatsrechtslehrer Jellinek sich der ihm obliegenden Aufgabe, mich aus Statistik zu prüfen, in der Weise entledigte, daß er mich einfach um das prozentuale Verhältnis der verschiedenen Nationalitäten in den gemischtsprachigen Kronländern Österreichs befragte. Ich nannte ihm einige Ziffern. Ob sie richtig waren, weiß ich nicht, aber er war damit zufrieden. Wenn man die Sache so anfaßt, dann wird man freilich dazu gelangen müssen, die Frage, ob statistische Prüfungen möglich und zweckmäßig sind, zu verneinen. Das dürfte aber doch wohl ein veralteter Standpunkt sein und wir werden uns daher auch die Frage vorlegen müssen: Welche statistischen Prüfungen sind einzuführen und in welcher Art sind dieselben zu organisieren?

Im einzelnen werden nachstehende Prüfungen in Betracht kommen:

1. Theoretische Prüfungen und zwar
   a) die Staatsprüfungen für Juristen oder auch solche für Kameralisten, wenn letztere eingeführt werden sollten;
   b) die Doktorprüfungen;
2. praktische Prüfungen:
   a) für das gewöhnliche Bureau- und Rechnungspersonal der statistischen Ämter. Soviel mir bekannt, bestehen solche praktische Prüfungen bereits beim handelsstatistischen Dienste und beim arbeitsstatistischen Amte des österreichischen Handelsministeriums. Die allgemeine Einführung solcher Prüfungen für das genannte Personal der statistischen Ämter erscheint wünschenswert. Dagegen ist es eine sehr heikle und zweifelhafte Frage, ob solche praktische Prüfungen
   b) auch für das höhere (wissenschaftliche) Personal der statistischen Ämter eingerichtet werden sollen. Eine sehr weitgehende Spezialisierung der praktischen Prüfungen ist erfahrungsmäßig von Übel, weil dadurch zu leicht der Übertritt von einem Verwaltungsfache zum anderen erschwert oder gänzlich unterbunden wird. Der statistische Verwaltungsdienst soll aber nicht isoliert und den Beamten der statistischen Ämter soll nicht das Aufsteigen zu den höheren Stufen des Verwaltungsdienstes unmöglich gemacht werden, sondern selbst der Aufstieg zu den Ministerialressorts offen stehen;
   c) die sogenannte Generalstabsprüfung für die Ministerialbeamten ist freilich vorerst, soviel mir bekannt, nur Gegenstand theoretischer Erwägungen und Vorschläge gewesen. Wir Statistiker werden aber gut daran tun, auch dieser Frage unser Augenmerk zu schenken, damit bei einer etwaigen Regelung der genannten Prüfung unsere Wissenschaft nicht zu kurz komme;
   d) Spezialprüfungen (für Eisenbahnbeamte, Post- und Telegraphenbeamte, Versicherungstechniker usw.). Bei diesen Prüfungen werden regelmäßig an die Kandidaten auch gewisse Anforderungen bezüglich des statistischen Fachwissens und der statistischen Technik zu stellen sein. Es sollte dafür vorgesorgt werden, daß diese Prüfungen, soweit das statistische Wissen in Frage kommt, nur von statistischen Fachmännern abgenommen werden.

Das, meine Herren, sind die Grundzüge jenes Programmes, welches nach meiner Meinung unserer künftigen Erhebung über den statistischen Hochschulunterricht zugrunde gelegt werden sollte. Es handelt sich also, wie Sie sehen, um die Klarstellung mancher nicht unwichtiger Fragen. Es ist nicht meine Schuld, wenn ich im gegenwärtigen Augenblicke nicht viel mehr zu sagen und Ihnen noch keine Thesen zur Annahme zu empfehlen vermag. Der Mangel ausreichender Informationen über den statistischen Unterricht an den deutschen Hochschulen ist schon seit langem gefühlt worden. Eben aus diesem Grunde ist auch v. Inama-Sternegg in seinem bekannten schönen Aufsatze über den statistischen Unterricht im ersten Bande von Georg v. Mayrs „Allgemeinen statistischen Archiv" über die deutschen Hochschulen sehr rasch hinweggegangen, während er über den statistischen Unterricht an den österreichischen Hochschulen recht vieles zu sagen weiß. Trachten wir also, meine Herren, daß durch die Erhebung unserer neuen deutschen statistischen Gesellschaft diese empfindliche Lücke unseres Wissens möglichst bald ausgefüllt werde!"

Der Vorsitzende spricht den Vortragenden für ihre Ausführungen Dank aus und eröffnet hierauf die Debatte.

Professor Dr. Neefe gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser Gegenstand, mit dem er sich selbst einmal eingehend beschäftigt habe, in der Versammlung zur Sprache gekommen ist. An einer systematischen Ausbildung der Statistiker auf den Hochschulen fehle es noch. Das liege in erster Linie an dem Mangel an Dozenten mit genügenden praktischen und theoretischen Kenntnissen. Es müssen zunächst Lehrer ausgebildet werden. Der größte Teil der Verwaltungsstatistiker erhalte erst in der Praxis seine Fachbildung. Auf eine systematische Erziehung der Fachstatistiker auf den Hochschulen müsse mit Nachdruck hingewirkt werden. Daß entgleiste oder in anderen Stellungen unbrauchbare Existenzen hie und da gerade noch für den statistischen Dienst für tauglich gehalten werden, sei ein unerquicklicher Zustand. Als Verwaltungsstatistiker kommen in erster Linie Volkswirte mit akademischer Abschlußprüfung und volkswirtschaftlich ausgebildete Juristen in Frage, abgesehen von Spezialstatistikern wie Medizinern usw. Die reinen Mathematiker, die keine volkswirtschaftlichen Kenntnisse besitzen, eignen sich im allgemeinen wenig für die statistische Tätigkeit. In bezug auf die Ausbildung der Statistiker sei jahrzehntelang gesündigt worden; der Staat habe in dieser Richtung nichts getan. Das gelte insbesondere auch von Preußen, wo z. B. das Statistische Seminar von Engel eingegangen sei, ohne daß an seine Stelle etwas Gleichwertiges getreten sei. Zwischen Zahlenfabriken und Dozenten müssen enge Beziehungen zur zweckmäßigen Erziehung der jungen Statistiker geschaffen werden. Die im Deutschen Statistischen Zentralblatt mehrfach gegebene Anregung zur Einführung statistischer Prüfungen, die sich an die praktische Ausbildung anzuschließen hätten, sei lebhaft zu begrüßen. Er schlage zunächst die Veranstaltung einer Umfrage über den Stand der statistischen Ausbildung und die Einsetzung einer entsprechenden Kommission vor.

Geheimer Hofrat Professor Dr. Wuttke erklärt, daß dieser Gegenstand der Tagesordnung für die Dozenten von besonderer Bedeutung sei. Bei Beurteilung der Frage müssen die ungleichen Bedürfnisse der statistischen Produzenten und Konsumenten beachtet werden. Für die Konsumenten der Statistik genüge es in der Regel, wenn sie auf der Hochschule mit den Grundzügen der Theorie und den Hauptergebnissen der Statistik vertraut gemacht werden. Die Ausbildung voller Fachstatistiker sei auf den meisten Hochschulen überhaupt nicht möglich. Dazu fehle es an Dozenten und an einer genügenden Anzahl Studierender. Es empfehle sich auch nicht, die Statistik auf der Hochschule gewissermaßen als Reinkultur zu betreiben, denn einzelne Zweige der Statistik seien mit anderen Disziplinen, so z. B. die Bevölkerungsstatistik mit der Nationalökonomie, eng verbunden und werden demnach von den Vertretern dieser Gebiete am besten mitgelehrt. Der weitere Ausbau des statistischen Hochschulunterrichts müsse kräftig gefördert werden; insbesondere sei auch die Einrichtung von Kursen bei den statistischen Ämtern anzustreben.

Professor Dr. von Bortkiewicz spricht sich gleichfalls für die Erweiterung und Vertiefung des statistischen Unterrichts an den Hochschulen aus. Bei der wachsenden Bedeutung der Statistik sei es berechtigt, diese als besonderes Prüfungsfach bei den Promotionen gelten zu lassen, wie dies schon zum Teil, z. B. in Göttingen, Kiel und Leipzig üblich sei. Die an sich wünschenswerte Berücksichtigung der Statistik bei den juristischen Staatsprüfungen lasse sich dagegen kaum erreichen, denn diese erstrecken sich nicht einmal allerorts auf Volkswirtschaftslehre. Selbständige Professuren für Statistik halte er nicht für rätlich, weil es an einer genügenden Anzahl von Fachstudierenden mangle, und weil die natürlichen Beziehungen der statistischen Forschungsmethode zu anderen Disziplinen eine Verbindung mit diesen von selbst ergebe. Mit der Ansicht Professor Neefes, daß sich der Mathematiker nicht für die Statistik eigne, könne er sich nicht einverstanden erklären. Gegen die Veranstaltung einer Enquete sei nichts einzuwenden, wenn auch ihre Ergebnisse die Stellungnahme zu der Frage kaum ändern können.

Geheimer Regierungsrat Dr. Morgenstern (Vortragender Rat im Königl. Sächsischen Ministerium des Innern) spricht seinen Dank dafür aus, daß ihm die Statistische Gesellschaft Gelegenheit zur Teilnahme an ihren Verhandlungen gegeben habe. Wenn er um das Wort gebeten habe, so sei dies nur geschehen, um die Gründe darzulegen, weshalb der von Professor Schmid ausgehenden Anregung, ein Hilfsbuch für den statistischen Hochschulunterricht durch das Sächsische Statistische Landesamt herausgeben zu lassen, nicht habe entsprochen werden können. Es haben einerseits Bedenken bestanden, dem Statistischen Landesamt, das gerade gegenwärtig mit Arbeiten stark belastet sei, die Herausgabe dieses Buches, das allen Hochschulen mit deutscher Unterrichtssprache dienen soll, zu übertragen. Andererseits sei es fraglich erschienen, ob bei der verhältnismäßig geringen Anzahl der in Betracht kommenden Studierenden für die Herausgabe dieses Buches ein wirkliches Bedürfnis bestehe und die nicht unerheblichen Kosten, die voraussichtlich nur zu einem kleinen Teile durch die Einnahme gedeckt werden, von einem einzigen Staate allein zu tragen seien.

Professor Dr. Silbergleit führt aus, daß der statistische Hochschulunterricht nur ungenügend auf die verwaltungsstatistische Tätigkeit, die aus Erhebung, Aufbereitung des Erhebungsmaterials und wissenschaftlicher Verwertung der Ergebnisse bestehe, vorbereite und in der Regel nur den letzten Teil der Tätigkeit des praktischen Statistikers berücksichtige. Umfassende praktische Kenntnisse seien für den Dozenten, der Verwaltungsstatistiker ausbilden wolle, unbedingt erforderlich. Mathematische Fähigkeiten haben für den Statistiker großen Wert; wer sich einmal mit Zahlen zu beschäftigen habe, müsse Sinn für Zahlen, und die Fähigkeit zu mathematischem Denken besitzen. Böckhs Leistungen beruhten zu einem Teil auf seinen mathematischen Fähigkeiten.

Dr. Wolff erklärt, daß die Diskussion ihm manche Anregung gegeben habe und interessant gewesen sei, wenn er auch nicht mit allen Äußerungen einverstanden sein könne. Er wolle sich nur noch auf wenige Bemerkungen beschränken. Der Ansicht, daß die Bevölkerungslehre im Hoch-

schulunterricht mit der Nationalökonomie verbunden werden müsse, stimme er nicht zu, denn es handle sich um zwei ganz verschiedenartige Fächer. Die Nationalökonomie handle von den Beziehungen des Menschen zu den Gütern, die Bevölkerungslehre dagegen von den Beziehungen des Menschen zum Menschen. Gerade die Bevölkerungslehre trage den ausgesprochenen Charakter einer statistischen Disziplin, deren Vertiefung erst mit ihrer Loslösung von der Nationalökonomie erfolgt sei. Er verlange nicht, daß die Statistik auf der Hochschule als Reinkultur betrieben werde; ein selbständiges Studium könne sie nicht darstellen. Sie dürfe aber auch nicht als ein Fach untergeordneter Bedeutung betrachtet werden. Es sei erfreulich, daß sich, was die praktische Statistik betrifft, immer mehr tüchtige Kräfte der statistischen Tätigkeit zuwenden. In seinem Amt in Halle werden nur Volontäre oder wissenschaftliche Hilfsarbeiter mit akademischer Abschlußprüfung beschäftigt. Gescheiterten Existenzen müsse der Eintritt in wissenschaftliche Stellungen bei statistischen Ämtern unmöglich gemacht werden.

Professor Dr. Schmid verzichtet in Rücksicht auf die vorgerückte Zeit auf das Schlußwort; er äußert den Wunsch, daß die angeregte Erhebung über den statistischen Hochschulunterricht beschlossen werde.

Auch Oberfinanzrat Professor Dr. Losch spricht sich für eine solche Erhebung, insbesondere für die Befragung der Dozenten aus.

Der Vorsitzende erklärt sich gleichfalls für eine genaue Erhebung und schlägt die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus den Professoren Dr. Neefe und Dr. Schmid, Dr. Wolff und Geheimen Regierungsrat Dr. Würzburger, vor.

Hiermit erklärt sich die Versammlung einverstanden, und die Sitzung wird darauf, nachdem noch Professor Tönnies dem Vorsitzenden für die umsichtige Leitung der Verhandlungen den Dank der Versammlung ausgesprochen hat, gegen ½4 Uhr geschlossen.

Gründungsstatut

der Statistischen Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

§ 1.

Auf Grund des Statuts der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wird bei dieser eine Sektion errichtet zur Pflege der statistischen Wissenschaft und ihrer Forschungs- und Lehrmethodik. Sie führt den Namen „Deutsche Statistische Gesellschaft, Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie". Die Stellung dieser Sektion innerhalb der Gesellschaft wird durch die folgenden näheren Bestimmungen geregelt.

§ 2.

Über ihre innere Organisation und Tätigkeit beschließt die Sektion nach eigenem Ermessen. Sie nimmt in ihren Vorstand ein von ihr auszuwählendes Mitglied des Gesamtvorstandes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf. Der 1. Vorsitzende der Sektion ist kraft seines Amtes Mitglied des Gesamtvorstandes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Bureau-, Kassen- und Buchführung ist die gemeinschaftliche der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

§ 3.

Die Sektion bestimmt nach eigenem Ermessen die Bedingungen für die Sektionsmitgliedschaft.

§ 4.

Bei den vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie jeweils der Mitgliederversammlung zu machenden Vorschlägen für Zuwahlen ordentlicher Mitglieder der Gesellschaft sind die Mitglieder der Sektion unter Berücksichtigung der Vorschläge ihres Vorstandes anteilmäßig zu beteiligen.

§ 5.

Die Sektion kann geschlossene Sitzungen abhalten, an welchen teilzunehmen nur berechtigt ist, wer durch Beschluß der Sektion dazu berufen wird. Zu nicht geschlossenen Sitzungen, insbesondere zu rein wissenschaftlichen Vorträgen, haben alle Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Zutritt mit dem Rechte der Teilnahme an etwaigen Diskussionen. Die Sektion hat jedoch das Recht, ihren Mitgliedern dabei den Vortritt in der Rednerliste zu wahren.

§ 6.

In Jahren, in welchen ein Soziologentag stattfindet, fallen Ort und Zeit einer etwaigen Tagung der Sektion mit diesem zusammen oder sie schließen sich an ihn unmittelbar vorausgehend oder nachfolgend an. Die Sektion hat Anspruch darauf, daß auf den Soziologentagen in gleichberechtigter Abwechselung mit anderen Sektionen ein Thema ihrer Wahl unter die Hauptvortragsthemata aufgenommen wird.

§ 7.

Die Sektion hat Anspruch darauf, sofern eine wissenschaftliche Unternehmung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sich auch auf statistische Erhebnngen oder Arbeiten erstreckt, an deren Leitung mitbeschließend beteiligt zu werden, und zwar auf Verlangen durch von ihr besonders zu bestimmende Vertreter.

§ 8.

Alle sonstigen Einzelheiten der Beziehungen zwischen der Gesamtgesellschaft und der Abteilung können im Rahmen des Statutes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Fall zu Fall durch Beschlüsse des Gesamtvorstandes geregelt werden, sofern diese mit Zustimmung des Abteilungsvorsitzenden gefaßt worden sind.

§ 9.

Bis zur formellen Konstituierung der Abteilung und zur Wahl ihres Vorsitzenden wird durch den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie provisorisch Unterstaatssekretär z. D. Professor Dr. Georg von Mayr in München zum Vorsitzenden und Geheimer Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger in Dresden zu seinem Stellvertreter ernannt.



Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Geheim. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor des Königl. Sächsischen Statistischen Landesamtes
in Dresden

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Vierter Jahrgang

1912

Druck und Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin



Inhaltsverzeichnis

zum I. bis IV. Jahrgang.

IV. Todesursachenstatistik.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

VI. Preis- und Konsumstatistik.




Digitized by Google

Verfasser- und Referenten-Verzeichnis
zum I. bis IV. Jahrgang.

* ist bei Verfassern, deren Schriften von anderer Seite besprochen sind, der Spaltenzahl beigefügt.

Beilage zum Jahrgang III Nr. 6. Niederschrift der Verhandlungen der konstituierenden Versammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Dresden am 27. Juni 1911.

Ergänzungshefte. Heft 1: Statistik der Zivilrechtspflege. Von Dr. Max Rusch. 1912.
Heft 2: Handelsbetriebsstatistik mit besonderer Berücksichtigung der Warenhandelsbetriebe. Von Dr. A. Sigerus. 1912.

Nr. 1 **4. Jahrgang** **1. Januar 1912**

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied
des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor
des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes
in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor
des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Die Erhebung über den statistischen Hochschulunterricht, zu deren Durchführung von der konstituierenden Versammlung am 17. Juni 1911 eine Kommission eingesetzt wurde (siehe Niederschrift der Verhandlungen S. 15), soll demnächst erfolgen. Es ist zu hoffen, daß die Dozenten der Statistik an Universitäten und anderen Hochschulen sich der Mühe der Beantwortung der ihnen im Laufe des Januar 1912 zugehenden Fragebogen unterziehen werden, und es wäre dankbar zu begrüßen, wenn solche Herren, die etwa bei der Aufstellung der Adressatenliste versehentlich weggelassen worden sein sollten, die Zusendung von Fragebogen vom Schriftführer, Geheimen Regierungsrat Dr. Würzburger in Dresden, verlangen wollten. Wenn die gehegten Erwartungen sich erfüllen, wird das Ergebnis der Erhebung der nächsten Mitgliederversammlung vorgelegt werden.

Die Stellung der Statistik im Staats- und Gemeindedienst im Deutschen Reich.

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. **Paul Kollmann** in Dresden.

In seinem an dieser Stelle (D. St. Z. 1911, Nr. 2) veröffentlichten fesselnden Aufsatze über „Besorgnisse des Verwaltungsstatistikers" hat Sigmund Schott vorwiegend der inneren Besorgnisse gedacht, jener, welche sich auf das Wesen der Statistik beziehen und welche die Statistiker mit sich selbst und untereinander abzumachen haben. Es bleiben indessen auch noch Sorgen bestehen, welche an die letzteren von außen herantreten, ihre ganze amtliche Stellung eng berühren, ihre erfolgreiche Wirksamkeit und damit zugleich die Leistungen der Statistik nachdrücklich beeinflussen. Auch sie bedürfen der Klarstellung und sollen darum hier ins Auge gefaßt werden.

Voran steht hierbei oder besser begreift alles die Frage nach der Stellung, die die Statistik und infolgedessen der Statistiker im Gefüge der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes einnimmt. Bis jetzt ist diese nach den tatsächlichen Zuständen weniger der Gemeinden als der Mehrzahl der deutschen Staaten in einer der Sache dienlichen und würdigen Weise erst teilweise gelöst. Sie ist es zumal in der Richtung, als der Wirkungskreis der amtlichen Statistik in organisatorischer Beziehung keine durchgreifende Regelung gefunden hat. Bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es allermeist in Deutschland keine eigens für die Wahrnehmung statistischer Aufgaben eingesetzte staatliche Stelle: was zu deren Bewältigung vorzunehmen war, hatten die verschiedenerlei Behörden zu besorgen, aus deren Bereich die Ermittelungen hervorgingen, demgemäß auch allgemeine Aufnahmen, wie die Volks- und Viehzählungen, in ziemlich einfacher Weise in einem dafür geeignet erscheinenden Rechnungsbureau des betreffenden Ministeriums ihre schließliche Zusammenstellung erhielten, wenn solche nicht gar der freien Tätigkeit eines statistischen Vereins überlassen blieb. Als dann aber einerseits die in Belgien durchgeführten Vervollkommnungen den Anstoß zu gründlicherer Ausgestaltung des Zählungswesens gegeben hatten, andererseits und mehr noch die aus der Bewegung von 1848 und 1849 entsprungene größere Öffentlichkeit im staatlichen Leben nach ausgedehnterer Feststellung und Erschließung der mannigfachen gesellschaftlichen Vorgänge drängte, wurden in den fünfziger und folgenden Jahren in einer Reihe von Staaten eigene Ämter geschaffen, deren alleiniger Zweck es war, die als angezeigt erachteten statistischen Arbeiten und Wahrnehmungen, namentlich auch die, welche anderen Behörden unliebsame Weiterungen bereiteten, in ihre Hand zu nehmen und tunlichst kunstgerecht zu behandeln. Vornehmlich fiel ihnen darum die Bearbeitung der allgemeinen Zählungen und der anderen Bevölkerungserhebungen zu. Wie weit sich das Arbeitsgebiet an den einzelnen Stellen aus-

dehnte, hing ganz von den Umständen ab: von den Einrichtungen des Staatsdienstes, von der Auffassung und dem Entgegenkommen der vorgesetzten Behörde, von etwa auftretenden Bedürfnissen nach statistischen Feststellungen wie von den verfügbaren, meist kärglich bemessenen Geldmitteln.

Von großem Einfluß auf den Schaffenskreis und die Leistungen der statistischen Ämter waren zudem die an ihre Spitze gestellten Persönlichkeiten. Wie sie es verstanden, durch ihre Aufgabenerfüllung die Nützlichkeit der amtlichen Statistik in das rechte Licht zu setzen, und wie sie Fühlung mit den maßgebenden Stellen zu unterhalten und gleichzeitig das vielfach herrschende Mißtrauen oder eine gewisse verbreitete Geringschätzung statistischen Ermittelungen und Aufstellungen gegenüber zu überwinden wußten, trug in der Regel nicht am wenigsten dazu bei, Umfang und Beschaffenheit des Arbeitsfeldes zu bestimmen. Und da nun bei der Begründung der Ämter gewöhnlich recht wenig für ihre Betätigung vorlag, der Stoff erst von allen einigermaßen zugänglichen Seiten herangeholt werden mußte, so war es gewissermaßen im Selbsterhaltungstrieb der Vorstände begründet, überall hin Fühlfäden auszustecken und heranzuziehen, was sich irgend darbot. Konnte das zunächst nur mehr einfache und äußerliche, leicht erfaßbare Erscheinungen betreffen, bedurfte es überwiegend erst längerer Bemühungen, bis die Ermittelungen und zufließenden Unterlagen der Bearbeitung reichhaltiger wurden und diese selbst tiefer in den Gegenstand eindrang. Trug dazu schon die, wenn auch vielfach noch langsam sich vollziehende wirtschaftliche Erstarkung in den einzelnen Ländern bei, die die zahlenmäßige Erhebung mancherlei Vorgänge geraten fand, so gab vor allen Dingen die durch das Jahr 1866 eingeleitete straffere Einigung der deutschen Staaten den Anstoß zu umfassenderer statistischer Kraftentfaltung. Indem schon der Norddeutsche Bund und nachdrücklicher noch das Deutsche Reich der Statistik als gemeinsame Angelegenheit des neuen Bundesstaates einen breiten Spielraum zuwies, wurden auch die einzelnen Länder und ihre statistischen Ämter in fühlbare Mitleidenschaft dadurch gezogen, daß ein beträchtlicher Teil der zahlreichen und gegen das früher Übliche in viel breiterer Weise angelegten Aufnahmen und Feststellungen zunächst jener zufiel. Damit gewann auch die Landesstatistik ein erhöhtes Ansehen, ihr Wirkungsbereich empfing eine viel ausgedehntere Grundlage. Ein beredtes Zeugnis dessen sind die heute so beliebten „Statistischen Jahrbücher", diese mitunter dickleibigen Nachschlagewerke, welche nach dem Vorgange der bekannten englischen *Statistical Abstracts* einen gedrängten Überblick über das gesamte zusammengetragene Tatsachenmaterial aus allen der Bearbeitung unterworfenen Gebieten zu gewähren bestimmt sind.

Indessen so sehr gleich das statistische Tätigkeitsfeld sich erweitert hat, die Ansprüche an die Statistik und insbesondere auch an die vom Staate ausgehende gewachsen sind, die Organisation des landesstatistischen Dienstes, seine Stellung im Behördenmechanismus, sein — wenn auch quantitativ vermehrter — Aufgabenkreis ist in der Hauptsache derselbe geblieben. Das aber besagt nicht viel anderes, als daß dieser im statistischen Landesamte verkörperte Dienst in wesentlichen Beziehungen gewissermaßen noch in der Luft schwebt. Ein sicherer Boden, der das Landesamt zum Mittelpunkte aller der den Staat angehenden und von ihm zu lösenden statistischen Aufgaben macht, dergestalt, daß es regelmäßig bei den diese betreffenden Fragen zu hören sei und daß ein geordnetes Zusammenwirken mit den verschiedenen beteiligten Staatsämtern in Ansehung der von ihnen einzuführenden wie zu liefernden statistischen Ermittelungen und Aufstellungen zu bestehen habe, ist als organische Einrichtung kaum nirgendwo geschaffen worden. Wohl hat man allgemeine Dienstordnungen für die statistischen Ämter erlassen, die das Verhältnis zur vorgesetzten Behörde, den Verkehr mit den übrigen Behörden und sonstigen Organen regeln, den Aufgabenkreis annähernd bezeichnen. Ausgegangen wird dabei von dem Grundsatze, daß hinsichtlich der Erhebungen das statistische Amt in der Hauptsache an die ihm erteilten Weisungen gebunden sei — und das mit Recht. Denn als bloße fachliche, wenn man will, technische Dienststelle muß sie in betreff dessen, was für den jeweiligen Staatszweck erforderlich erachtet wird, soweit wenigstens als es sich darum handelt, anderweite Stellen und die breite Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, an die Entschließung und Befugniserteilung der politischen Oberbehörde gebunden sein. Dem steht selbstverständlich nicht entgegen, wenn dem statistischen Amte gemeinhin auferlegt oder die Ermächtigung zugesprochen ist, seinerseits auf die Vervollständigung des zu erhebenden Tatsachenmaterials, sei es durch Antrag bei der Aufsichtbehörde, sei es im Benehmen mit den sonstigen Stellen, hinzuwirken. Hat innerhalb der so gesteckten Grenzen die Landesstatistik sich zwar nach der Seite ihrer intensiven Betätigung ohne Zweifel kräftig entwickelt, ist dem zu ihrer Bearbeitung berufenen Amte doch bisher noch kein durchschlagender und nachhaltiger Einfluß auf die Behandlung und Fortbildung des Erhebungsstoffes auf Grund fest vorgezeichneter Bestimmungen und Einrichtungen eingeräumt worden [1]). Vielmehr machen sich hier und vielfach gerade bei den wichtigsten Dingen noch vorwiegend mehr zufällige Vorgänge geltend, wie sie namentlich aus der Einsicht und dem Wohlwollen der entscheidenden Persönlichkeiten und aus dem Ansehen und der Tatkraft des statistischen Leiters hervorgehen.

Ein derartiger unfertiger, schwankender Zustand, mochte er anfänglich bei tastend fortschreitender Ausdehnung des Wirkungskreises angezeigt und erträglich sein: heute wo die Ansprüche an die Statistik immer weitere Steigerung erfahren, wo zu ihrer Befriedigung daher auch gesteigerte Veranstaltungen zu treffen, den Erfolg verbürgende Maßnahmen zu ergreifen sind, ist damit nicht mehr auszukommen. Die Unzuträglichkeiten und Schädigungen, die die statistischen Angelegenheiten daraus erfahren haben,

1) Anders wohl da, wo eine statistische Kommission besteht und wirklich funktioniert. *Red.*



sind den Vertretern der amtlichen Statistik ohne Ausnahme bereis zu oft und deutlich vor Augen geführt worden, als daß sie nicht von der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues in der Organisation der Landesstatistik überzeugt sein sollten. Ja, soll diese befähigt erhalten werden, den gegenwärtigen berechtigten Anforderungen der Staatsverwaltung wie der breiten Öffentlichkeit zu genügen, ist eine angemessene Erweiterung des Wirkungs und Befugniskreises des statistischen Amtes, als derjenigen Stelle unerläßlich, welche in erster Linie den statistischen Dienst im Staate wahrzunehmen hat. Und zwar kommt die in der Hauptsache nach drei Seiten hin in Betracht. —

Die eine betrifft das Verhältnis des statistischen Landesamtes zu den anderweitigen staatlichen Behörden, welche sich neben ihm mit der Statistik irgendwie befassen. Das statistische Landesamt ist durchweg in Deutschland dasjenige Staatsamt, welches ausschließlich für die Wahrnehmung statistischer Aufgaben — nicht auch gleichzeitig für sonstige Verwaltungsaufgaben — eingesetzt ist. Ihm unterstellte Ämter, deren Befugnisse sich auf Teilgebiete, etwa auf Provinzen erstrecken, gibt es nirgends. Allerdings besitzen wir und neuerlich in ziemlich beträchtlicher Anzahl kommunalstatistische Ämter, insbesondere für größere Städte. Haben diese auch wohl für ihre Bezirke im wesentlichen die nämlichen Ziele wie das Landesamt zu erstreben und bestehen zwischen beiden Arten von Ämtern naturgemäß enge Beziehungen, welche der gemeinsamen staatlichen Statistik durch die gründlichere Erschließung örtlicher Vorgänge zugut kommen und ihr gerade dort, wo die Ausführung großer Aufnahmen besonders schwierig ist, in den dicht bevölkerten Wohnplätzen nämlich, erwünschte Dienste leisten, so sind doch die kommunalen Organe für sich bestehende, von dem Betriebe der Landesstatistik unabhängige, an ihr nicht unmittelbar beteiligte und ihr eingegliederte Veranstaltungen. Sonach verfügen die deutschen Staaten je bloß über das eine Landesamt, welches die ihm zugewiesenen Warnehmungen und eben lediglich solche statistischer Natur zu erfüllen hat. Und weil ihm zudem vermöge des ihm übertragenen Wirkungskreises auf den verschiedensten Gebieten Gelegenheit zur Betätigung offensteht, ist es auch schlechthin **die** statistische Stelle des Landes, Aber sie ist bei alle dem nicht die alleinige. Denn neben ihr finden sich, hier mehr, dort weniger, andere Behörden, welche, regelmäßig oder gelegentlich, und das von sich aus, also nicht etwa bloß für die Speisung der Tatsachensammlungen der allgemeinen Statistik, besondere statistische Unternehmungen zur Ausführung bringen.

Die Vereinigung alles dessen, was von Staats wegen statistisch bearbeitet wird, an dem einen Punkte des statistischen Landesamtes ist also, wenn überhaupt zweckmäßig und durchführbar, jedenfalls tatsächlich nirgends vorhanden. Einmal schon trifft das für jene statistische Betätigung zu, die man mit dem Namen Geschäftsstatistik zu bezeichnen pflegt. Gemeint sind damit solche Feststellungen, welche den Dienstbetrieb eines Verwaltungszweiges und zwar vorwiegend nach der formalen, der Außenseite der Vorgänge ins Auge fassen. Sie sind auch zunächst und vorzugsweise nur für die zahlenmäßige Erkenntnis und Beurteilung der Geschäftsführung und -Abwickelung selbst berechnet und drauf zugeschnitten, wiewohl sie ebenfalls nicht selten Bruchstücke enthalten, die — insbesondere bei entsprechender Fassung — gleichzeitig für die allgemeine Statistik wertvolle Verwendung finden können. Daß diese Art Statistik nicht nur ihren Ausgang sondern auch ihre ganze Durchführung bei den in Frage kommenden Behörden hat, mit deren Geschäftsgang sie in engster Verbindung steht, ist in der Sache gegeben; sie sind selbst am ehesten befähigt, die ihren Bedürfnissen entsprechenden Ziele und die Maßregeln zu ihrer Erreichung zu erkennen. Zum Teil ist das, was so in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Dienstbetriebe ermittelt wird, bereits in hohem Grade ausgebildet und wohl kaum gründlicher als bei der Eisenbahnverwaltung, welche die einzelnen, nur irgendwie beachtenswerten Seiten ihres ganzen Bereiches — Bauanlagen, festes und rollendes Material und seine Konstruktion, Verkehr, Unfälle, Personal, finanzielle Verhältnisse — in eingehendster Weise zur Beschreibung bringen und nachweisen läßt. Immerhin handelt es sich hierbei um statistische Vornahmen, die zwar und je mehr sie umfassend angelegt sind, um so minder auch dem Interessenbereiche einer allgemeinen Landesstatistik gleichgültig und völlig fernbleiben dürfen, die aber doch in erster Linie auf begrenzte unmittelbar praktische Zwecke abgesehen und jedenfalls von vorneherein nicht die allseitige Klarstellung der Erscheinungen und damit auch nicht die ihrer Bedeutung im Rahmen anderer Erscheinungen, soll heißen nicht die eigentliche und höhere und in diesem Sinne wissenschaftliche Behandlung im Auge haben. Darum werden auch von der sog. Geschäftsstatistik die Bahnen, welche ein landesstatistisches Amt zu verfolgen hat, vergleichsweise am wenigsten gekreuzt. Dennoch würde es am Platze sein, wenn bei der Einführung und Anlage grundsätzlich der Vorstand des statistischen Amtes davon verständigt und zur Begutachtung herangezogen würde: wie sich ihm dann die Möglichkeit eröffnete, auf eine geeignete Nutzbarmachung der Ermittelungen auch für die allgemeine Statistik hinzuwirken, könnte die besondere des geschäftlichen Verkehrs nur dabei gewinnen insofern, daß sie eine technisch einwandsfreie Gestalt erhielte.

Dann aber befassen sich neben dem statistischen Amte gewisse Behörden als Zubehör ihrer eigentlichen und nächsten Aufgaben, und zwar soweit es auf diese Bezug hat, selbständig mit der Statistik. Das geschieht hier jedoch dem leitenden Gedanken nach zur Pflege der allgemeinen Landesstatistik und wird betrieben oder soll doch betrieben werden als kunstgerecht behandelte Statistik i. e. S., so wie sie das statistische Amt auf dem ihm angewiesenen Feld selbst betreibt. Diese Angliederung an die anderen nicht-statistischen Staatsämter ist auch nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit erfolgt, die selbige nahelegen. Darüber schreibt Friedrich Zahn im Handwörterbuche der Staatswissenschaften (3. Auflage 1911 „Die amtliche Statistik"): „Hier ist die Statistik so enge mit der Tätigkeit der

betreffenden Verwaltungsstellen verbunden und erfordert zu ihrer erfolgreichen Bearbeitung so eingehende technische Kenntnisse, daß man sie nicht ohne Bedenken von dem Geschäftskreise derselben losreißen und der statistischen Zentralstelle des Reiches oder der Bundesstaaten zuweisen könnte." Ähnlich hat sich Georg von Mayr schon früher in seiner theoretischen Statistik (1895, § 64) geäußert. Insbesondere fallen den oberen Reichsämtern in nicht unansehnlichen Maße derartige statistische Aufgaben zu, die von ihnen zum Teil in hervorragender Weise gelöst werden. Weil nun jedoch das, was hier geleistet wird, als vollgültiger Bestandteil der allgemeinen Landesstatistik aufgefaßt werden soll, weil die zusammengetragenen und festgestellten Tatsachen in die Nachweisungen und Arbeiten des statistischen Amtes zu übernehmen und weiter zu verwerten sind, wird auch dieses von der Wirksamkeit jener fremden statistischen Betriebe innigst berührt. Soweit bei dieser Wirksamkeit nach erprobter statistischer Technik zu Werke gegangen, das Material treffend und vollständig erhoben und aufbereitet wird, kann die Berührung nur erwünscht und der Behandlung der allgemeinen Landesstatistik förderlich sein. Indessen liegt der Fall keineswegs immer so, ist vielleicht nicht einmal die Regel. Häufig genug jedenfalls hat es sich ereignet, daß die von den anderweitigen Staatsbehörden ausgehenden statistischen Veranstaltungen, vom statistischen Standpunkt aus angesehen, greifbare Unvollkommenheiten aufweisen, die hätten vermieden werden können, wenn ein statistischer Sachverständiger bei ihrer Vorbereitung zu Rate gezogen worden wäre, die daher auch für die Landesstatistik nicht leisten, was sie füglich und meist ohne größeres Aufgebot hätten leisten können.

Gewiß ist es richtig, daß die von den entsprechenden Fachbereiche aus ihrem eigenen Verwaltungsbericht unternommene Statistik zuvörderst nach den bestehenden fachlichen Einrichtungen und Ansprüchen geformt und gehandhabt wird. Immer jedoch bleibt im Auge zu behalten, daß eben hierbei auf Statistik der Nachdruck liegt, daß deshalb auch statistische Auffassung, statistisches Verfahren — selbstverständlich angepaßt den eigentümlichen fachlichen Erscheinungen — zur Geltung kommen muß. Neben der besonderen Fachkenntnis hat sich hier also auch die Beherrschung der statistischen Technik zu erweisen. Ob letztere jedoch überall bei jenen Behörden, bei denen die Statistik sozusagen nicht den Hauptberuf ausmacht, genügend vertreten wird, kann schwerlich unbedingt bejaht werden. Oft genug schon hat man es den Leistungen, welche diesen Fachbehörden entstammen, angesehen, daß die kundige statistische Hand ihnen abgegangen ist. Das kann auch nicht verwundern. Hinlänglich in der Statistik bewanderte Kräfte pflegen in der Regel zu fehlen. Und die noch so gründliche Ausbildung in dem eigenen Fach vermag, sobald es von der statistischen Seite angefaßt werden soll, die für diese erforderlichen eigenartigen Fähigkeiten nicht allewege zu ersetzen. Dieser Übelstand wird um so entschiedener hervortreten, je mehr die Behandlung subalternen Beamten überlassen bleibt. Das aber dürfte wohl in ziemlich beträchtlichem Umfange hier die Regel sein. Gerade weil die Beschäftigung mit der Statistik nicht die erste und vornehmste — mitunter gewiß gar nur die am wenigsten geschätzte — Obliegenheit der fraglichen Behörden bildet, ihre Ausführung als der sich von selbst ergebende Ausfluß dessen, was den wahren Arbeitsstoff darstellt, angesehen wird, zudem die scheinbar bloß einfachen rechnerischen und zählenden Wahrnehmungen in das Tätigkeitsfeld der unteren Angestellten fallen, wird gemeinhin den letzteren — und nicht immer zum Vorteil der Sache — ein größerer Einfluß auf die Behandlung eingeräumt. Darin unterscheidet sich ganz wesentlich das Verhalten von dem einer ausschließlich statistischen Stelle. Bei ihr liegt die Anlage wie die fernere Gestaltung der Feststellungen lediglich in den Händen des höheren Personals, der wissenschaftlich gebildeten Statistiker. Was im anderen Falle mehr Nebensache, ist für sie Hauptsache und das aus der Erkenntnis, daß statistische Erhebungen und Bearbeitungen nach bestimmten, für diese als solche maßgebenden Grundsätzen vorzunehmen sind, deren sachgemäße Anwendung auch eine Summe von systematisch angeordnetem beruflichem Wissen und Erfahrungen zur Voraussetzung hat. Darum bietet auch die von statistischen Fachleuten bewirkte Erledigung größere Gewähr für sachliche Richtigkeit und Zweckmäßigkeit.

Nun kann allerdings nicht in allen Fällen dort, wo der Lage der Umstände nach eigentliche Verwaltungsbehörden selbständige Zweige des landes- oder kommunalstatistischen Dienstes zu bearbeiten haben, auch ein geschulter Statistiker vorhanden sein, dem das zufiele. Es ist das auch gar nicht oder doch nur ausnahmsweise erforderlich. Vielmehr handelt es sich hier, wo die Ermittelung und Aufbereitung im Anschluß an den sonstigen Dienstbetrieb sich vollzieht, wesentlich nur darum, daß deren Anlage kunstgerecht nach statistischen Rücksichten erfolgt. Dazu aber reicht es aus, wenn bei der Anlage, der Organisation des statistischen Dienstes, des anfänglichen wie im weiteren Verlaufe sich ergebenden, ein statistischer Berufsmann hinzugezogen oder ihm doch ordnungsmäßig die Gelegenheit gewährt werde, sich dazu zu äußern. Ein solcher Berufsmann ist vorhanden im Leiter des statistischen Landes- oder Stadtamtes. Man soll sich doch seiner nur erinnern, seine Kraft zur rechten Zeit und regelmäßig, sobald sich der Anlaß bietet, in Anspruch nehmen. Hierfür ist er ebenso gut da und befähigt als für das, was er auf seinem nächsten Arbeitsfelde zu bestellen hat. Seine Mitwirkung kann der Ausgestaltung und Entwicklung der allgemeinen Landesstatistik nur dienlich sein, wenn nicht gar sie vor Beeinträchtigung und Fehlgriffen bewahren. Und da es doch zu seinem naturgemäßen Pflichtenkreis gehört, diese in ihrem Gesamtbereiche, mithin auch dort, wo er keinen unmittelbaren Anteil daran hat, nutzbringend für die Allgemeinheit zu verwerten, so erscheint es gleichzeitig als wohlbegründete Forderung, daß innerhalb des Staatsdienstes keinerlei statistische Unternehmung vor sich gehen

dürfe, ohne daß das statistische Amt zuvor davon verständigt sei. In unseren großen Städten steht man dieser Auffassung keineswegs mehr fern. Sie haben sich erst viel später als die Staaten eigene statistische Ämter zugelegt zu einer Zeit, in der die Statistik bereits eine gehobene Entwicklungsstufe erlangt und ihren weitreichenden Nutzen für die öffentliche Verwaltungstätigkeit deutlich vor Augen geführt hatte. Hier, wo ein verzweigtes und verwickeltes Verkehrsleben die unausgesetzte Beobachtung und Abwägung der bedeutsamen Vorgänge besonders nahelegt, ging man von Anfang an darauf aus, auf das statistische Amt für die Bedürfnisse des Tages zurückzugreifen und es zu dem Ende mit der gesamten Verwaltungstätigkeit in rege Fühlung zu bringen. Insbesondere wird ihm damit Gelegenheit geboten, Stellung zu nehmen dem gegenüber, was die verschiedenen Verwaltungsbehörden Statistisches auszuführen beabsichtigen. In der Geschäftsordnung für das Statistische Amt der Stadt Dresden wird beispielsweise ausdrücklich vorgeschrieben; „Vor der Vornahme statistischer Erhebungen durch andere Geschäftsstellen ist der Direktor des Statistischen Amtes in Kenntnis zu setzen.“ Damit ist diesem der erforderliche Einfluß jedenfalls auf die technische Gestalt sämtlicher Aufnahmen rechtlich wie tatsächlich gewahrt. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht die nämliche zweckdienliche Maßregel ebensogut für den Staatsdienst am Platze wäre.

Insbesondere würde die gleiche Bestimmung ebenfalls für die sonstigen, mehr gelegentlichen statistischen Ermittelungen und Arbeiten gelten müssen, welche die Staatsverwaltung durch ihre unterstellten Organe und unter Beiseitestellung des statistischen Amtes ausführen läßt, ohne daß, wie vorhin, eine Verquickung der Ermittelungen mit dem Geschäftsgange der beauftragten Stellen die Beschaffung durch diese zur zwingenden Voraussetzung machte. Derartige Veranstaltungen sind gar nicht selten, werden namentlich auf Veranlassung des Reiches, aber auch aus den Bedürfnissen der verschiedenen Ministerien getroffen, zumal wenn die Vorbereitung gesetzlicher oder verwaltungsmäßiger Maßnahmen in Frage steht. Und nichts ist mehr zu wünschen, als daß solche den unmittelbaren praktischen Anforderungen der Verwaltung von Reich oder Staat dienstbaren Unternehmungen recht häufig erfolgen. Sollte doch die Gepflogenheit mehr und mehr um sich greifen und zur festen Regel werden, daß bei allen Fragen des öffentlichen Dienstes, die einer Beleuchtung und Klarstellung mit statistischen Mitteln fähig sind, solche auch ergriffen werden: die auf exaktem methodischem Wege gefundenen und sachverständig gedeuteten Tatsachen werden ein nicht zu unterschätzendes Beurteilungsmaterial und gewiß oftmals beachtenswerte Fingerzeige an die Hand geben. Und auch ihrerseits die Statistik kann nur gut dabei fahren.

Freilich verlangt die für den praktischen Bedürfnisfall berechnete Statistik in gesteigertem Maße, daß die zu erwartenden Ergebnisse korrekt erhoben sind und auf ihre Beweiskraft hin richtig abgewogen worden. Und weiter muß es den leitenden Stellen im Staate daran gelegen sein, daß die zu verwendenden statistischen Unterlagen in dem Augenblicke, in welchem sie gebraucht werden sollen, tunlichst bereits gebrauchsfähig vorliegen, daß nicht erst dann Ermittelungen eingeleitet werden, welche zu ihrer Bewältigung längere Zeit erfordern. Alles das kann aber nur sichergestellt werden, wenn zwischen den maßgebenden Behörden und dem statistischem Amte in der Weise Verbindungsfäden gezogen sind, daß dieses von den Bedürfnissen und Absichten jener auf dem laufenden unterhalten wird, um sowohl für die Behandlung, sofern sie ihm nicht anvertraut werden soll, sachkundige Ratschläge erteilen, als auch für den demnächstigen Bedarf Vorsorge zu treffen. Davon sind wir aber meistenteils noch weit entfernt, und die Unzuträglichkeiten, die das mit sich bringt, treten genugsam zu Tage. So hat es sich schon mehr als einmal ereignet, daß die Ministerialinstanzen durch ihre Bezirksstellen Aufnahmen vornehmen ließen über Gegenstände, über die bereits in den Materialbeständen des statistischen Amtes entsprechende und gewöhnlich auch zutreffendere, allseitigere Tatsachen vorlagen. Denn es ist eine dem Statistiker nicht fremde Erfahrung, daß das, was der Geheime Rat oder vielmehr der Herr Geheime Sekretär zur Ausführung von Ermittelungen entworfen hat, vielfach an fühlbaren technischen Unvollkommheiten leidet. Und auch bei der Ausnutzung der — vielleicht an sich unanfechtbaren — Ergebnisse waltet nicht immer eine glückliche Hand. Bald wird eine Tatsache zum Beweis herangezogen, die höchstens rein äußerlich angesehen einen scheinbaren Zusammenhang andeuten mag, jedoch ihrem inneren Wesen und ihrer Herkunft nach für den in Rede stehenden Fall keine Beweiskraft besitzt; bald auch wird den Zahlen Gewalt angetan, werden mit ihnen Gruppierungen oder Berechnungen vorgenommen, die irrationell, logisch unhaltbar sind. Das bestätigt, wenn man näher zusieht, so manche Denkschrift oder Landtagsvorlage, die in den Ministerien ihren Ursprung hatte. Noch in den allerletzten Jahren war es, als eine Staatsregierung ihren Kammern ein Bild des erschwerten Lebensunterhaltes der Beamten vorführte. Da waren im weitesten Umfange und durchaus richtig die Preissteigerungen der einzelnen Bedarfsgegenstände von der Wohnungsmiete bis zur Stiefelwichse prozentual nachgewiesen. Doch ohne zu bedenken, in welchem Verhältnisse der Aufwand der Einzelbedürfnisse zum Gesamtaufwand steht, daß auf die Wohnung vielleicht ein Fünftel oder Sechstel, auf die Reinigung des Fußzeugs noch kein Hundertstel entfällt, hatte man aus den Zunahmeziffern der einzelnen Gegenstände einfach das Mittel gezogen und dieses als den Grad der kostspieliger gewordenen Lebenshaltung bezeichnet. Das ist ein arger Schnitzer, ein statistisches Ut mit dem Indikativ und wäre noch dazu durchaus zu vermeiden gewesen, wenn für eine statistische Sachbekenntnis erfordernde Arbeit der zur Verfügung stehende Statistiker herangezogen worden wäre. Daß überhaupt nicht mehr Entgleisungen durch die selbständigen statistischen Veranstaltungen der Verwaltungsbehörden sich ereignen, ist zum guten Teile auf die persönlichen Beziehungen zwischen dem leitenden Statistiker und den für jene vornehmlich

einflußreichen Ministerialreferenten zurückzuführen. Diese zu pflegen liegt im wohlverstandenen Interesse des Statistikers. Sie sind aber auch geeignet und es ist ihnen unzählige Male geglückt, Mißgriffen vorzubeugen oder auf zweckmäßigere Verfahren hinzuweisen.

Indessen auf den unsicheren Boden von ungefähr sich findenden Umständen darf ein heute weitgreifender und belangreicher Zweig der staatlichen Tätigkeit nicht ferner gestellt sein. Da können nur fest begründete organisatorische Maßnahmen eine erfolgreiche Kraftentfaltung verbürgen. Die aber müssen zum Grundsatz erheben, daß in allen auftauchenden statistischen Fragen und von allen Ministerien und Oberbehörden aus das statistische Amt gutachtlich zu hören sei, daß damit dieses in Wahrheit zur Zentralstelle für die Landesstatistik gemacht werde. Allein auf diesem Wege wird es seine umfassenden Aufgaben zum Vorteil der Gesamtstatistik des Staates gedeihlich zu erfüllen imstande sein.

(Schluß folgt.)

Neues aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Österreichs Städte.

Eine Abhandlung über „Die Entwicklung des Städtewesens" von Privatdozent Dr. Emanuel Hugo Vogel (Statist. Monatsschr. Septemberheft. Brünn 1911) verarbeitet die „Vorläufigen Ergebnisse" der letzten Volkszählung hinsichtlich der Gemeinden über 2000 Einwohner u. zw. einerseits vom Standpunkte ihrer Bevölkerungsentwicklung, andererseits vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge durch Vergleich der drei in den „Vorläufigen Ergebnissen" ausgewiesenen elementaren Ziffern der Bevölkerung, Häuser und besetzten Einzelwohnungen („Wohnparteien") und ihrer Veränderung seit 1900. Da die seinerzeitigen offiziellen Publikationen der endgültigen Ergebnisse nicht mehr auf das Detail der Gemeinden über 2000 Einwohner zurückgehen werden, so bilden in Österreich die „Vorläufigen Ergebnisse" die einzige Quelle für eine individuelle Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen städtischen Gemeinwesen.

Zunächst wird die Zahl der Gemeinden und ihre Veränderung in ihrer Verteilung auf gewisse Größenkategorien (ländliche Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern, Übergangsstufe 2—5000, Kleinstädte 1. und 2. Kategorie 5—20 000, Mittelstädte 1. und 2. Kategorie 20—100 000, Großstädte über 100 000) im Durchschnitt für ganz Österreich und die einzelnen Kronländer untersucht. Hierbei hat sich ergeben, daß die ländlichen Gemeinden in Abnahme begriffen sind, wogegen der Kleinstadttypus eine besonders rasche Zunahme aufweist, die mittel- und großstädtische Entwicklung aber stark zurückgeblieben ist. Die Verteilung auf die Kronländer zeigt eine besonders starke und rasche Städteentwicklung für die südlichen Alpen- und Küstenländer. Sodann wird die Bevölkerungsentwicklung u. zw. ihr Zunahms- oder Abnahmsprozent gegen 1900 in der Weise untersucht, daß zunächst die Verteilung sämtlicher den obigen Größenkategorien angehöriger Gemeinden auf ein Schema von Prozentstufen der Zu- oder Abnahme u. zw. getrennt nach Kronländern dargestellt wird. Aus den Änderungen in der Besetzung der einzelnen Prozentstufen und damit der Vermehrungsintensität läßt sich im Vergleich der einzelnen Größenkategorien erkennen, daß die letztere bei dem Kleinstadttypus wesentlich zugenommen hat, was auf eine etwas kräftigere Entwicklung auch der unteren Kategorie von Mittelstädten in den folgenden Zählungsperioden hoffen läßt. In den oberen Größenkategorien nimmt dagegen die Vermehrungsintensität rasch ab. Im II. Teile der Abhandlung folgt sodann eine individuelle Untersuchung der Zuwachs- und Abnahmekoëffizienten hinsichtlich Einwohner, Häuser und Wohnungen für alle einzelnen Gemeinden über 20 000 Einwohner in Verbindung mit ihrer Wohnungsziffer, Behausungsziffer und Wohnungsbesetzung. Es handelt sich hierbei um 60 „Mittelstädte" und 7 „Großstädte". Mit der Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung wird hier zugleich eine solche der Wohnungsverhältnisse verbunden. Letztere mußte aber auf den Vergleich der erwähnten drei, von den „Vorläufigen Ergebnissen" gebotenen Ziffern beschränkt bleiben, wobei die offizielle Publikation durch Berechnung und Zusammenstellung der Vermehrungsprozente von Häusern und Wohnungen pro 1910 gegen 1900 ergänzt wurde. Ein Vergleich der Zuwachsprozente von Bevölkerung, Häusern und besetzten Einzelwohnungen läßt nun je nach ihrer Konstellation erkennen, ob das Verhältnis der drei für die räumliche Unterbringung einer gegebenen Bevölkerungsmenge elementaren Zahlen vom wohnungspolitischen Gesichtspunkte eine Verbesserung oder Verschlechterung aufweist. Nach dem wechselseitigen Verhältnis dieser drei Vermehrungskoeffizienten ergibt sich eine Gruppierung sämtlicher 60 Mittelstädte absteigend von den günstigeren zu ungünstigeren Wohnungsbedingungen, welche zugleich ein auf dem jüngsten Tatsachenmaterial beruhendes Durchschnittsbild zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse in Österreich liefert. In gleicher Weise wird die Untersuchung für die 7 Großstädte durchgeführt. Im allgemeinen zeigt sich vielfach ein Zurückbleiben des „Häuserzuwachses" hinter dem „Bevölkerungs-" und Wohnungszuwachs, während andererseits die häufig konstatierte bedeutende Zunahme der besetzten Einzelwohnungen", d. i. der gezählten „Wohnparteien" mit einer Verkleinerung des Familienhaushaltes und der Wohnungsgröße in Zusammenhang steht. Das Detail der Untersuchung für die einzelnen Großstädte, so insbesondere für Wien zeigt auch, daß der Bevölkerungszuwachs häufig unmöglich im Häuserzuwachs räumlich Unterkunft gefunden haben kann, vielmehr sich zum nicht unwesentlichen Teile auf die bestehenden Häuser verteilt, und dort zu einer weiteren Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse (unternormales Leerstehungsprozent) beigetragen hat.



III. Bewegung der Bevölkerung.

Die Sterbeziffer und der Frauenüberschuß in der stationären und in der progressiven Bevölkerung.

Um festzustellen, welchen Einfluß die Bevölkerungszunahme auf die Höhe der Sterbeziffer ausübt, wird in der obengenannten, der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts im Haag 1911 als Bericht Nr. 6 vorgelegten Studie von Univ.-Prof. Dr. L. v. Bortkiewicz die Sterbeziffer unter Zugrundelegung der neuen deutschen Sterbetafeln für den Fall berechnet, daß bei sich gleichbleibender Absterbeordnung und bei ausgeschlossener Ein- und Auswanderung die Bevölkerung von Jahr zu Jahr gleichmäßig zunimmt. Das Ergebnis ist, daß den Zunahmeraten 7, 14, 21 und 28 ‰ die Sterbeziffern 22,50, 22,00, 22,07 und 22,62 ‰ entsprechen, während die Sterbeziffer der stationär gedachten Bevölkerung 23,69 ‰ beträgt. Es ist aus bestimmten Gründen zu erwarten, daß sich das Bevölkerungswachstum auch unter Anwendung anderer Sterbetafeln als ein Faktor erweist, der die Sterbeziffer nicht — wie ziemlich allgemein geglaubt wird — höher, sondern niedriger werden läßt als sie in einem stationären Zustande sein würde. Allerdings trifft das nur insofern zu, als die Zunahmerate eine gewisse Grenze nicht überschreitet. Diese Grenze liegt aber so hoch, daß die Einschränkung, um die es sich hier handelt, praktisch kaum in Betracht kommt. In analoger Weise untersucht der Verfasser die Abhängigkeit der Sexualproportion der Lebenden von der Bevölkerungszunahme und stellt fest, daß, während in der stationär gedachten Bevölkerung auf 1000 männliche Individuen 1029 weibliche kommen, letztere Relativzahl für die Werte 7, 14, 21 und 28 ‰ der Zunahmerate die Werte 1022, 1016, 1011 und 1008 annimmt. Dieses Resultat dürfe aber, dem Verfasser zufolge, nicht in dem Sinne ausgelegt werden, als ob durch die Bevölkerungsvermehrung die Heiratschancen der Frauen in einem günstigen Sinne beeinflußt würden. Im übrigen sei — entgegen der Ansicht K. Büchers — das numerische Verhältnis der Geschlechter, wenigstens in den europäischen Kulturländern, keineswegs dafür ausschlaggebend, ob eine größere oder kleinere Quote der Frauen unverheiratet bleibt. In der vorliegenden Arbeit wird noch nebenher die Frage der Berechnung der „verlebten Zeit" bzw. der ferneren mittleren Lebensdauer eingehend erörtert und es werden die hierzu seinerzeit von Karl Becker und neuerdings von Joh. Rahts angewandten Näherungsmethoden einer kritischen Besprechung unterzogen.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Unsere Wohnungsproduktion und ihre Regelung.

Mit den Schwankungen des Wohnungsmarkts und der Möglichkeit einer besseren Anpassung der Wohnungsproduktion an den Bedarf beschäftigt sich eine vom Referenten gemeinsam mit Landesrat Dr. W. Mewes verfaßte Schrift obigen Titels (herausgeg. v. Deutschen Verein für Wohnungsreform, Heft 9 der Sammlung „Die Wohnungsfrage und das Reich", Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1911, 103 S., 2 ℳ). Statistischen Inhalts ist vorwiegend der vom Referenten bearbeitete I. Teil, der die Tatsachen der Wohnungsproduktion darstellt. Als Faktoren, die den Wohnungsbedarf in erster Linie beeinflussen, werden natürliche Bevölkerungsbewegung, insbesondere Eheschließungen, und Wanderungsbewegung geschildert. Als jährlich in Deutschland zu erbauen nötig werden 296000 Wohnungen, darunter 222000 Kleinwohnungen und als hierzu erforderliches Kapital ein solches von mindestens 1184 Mill. ℳ geschätzt. Der tatsächliche Verlauf der Wohnungsproduktion in Deutschland wird durch verschiedenes statistisches Material zu beleuchten gesucht. Hierbei dürfte namentlich der Versuch interessieren, einen Ersatz der für größere Gebiete fast ganz fehlenden Statistik der Bautätigkeit zu finden (z. B. in Preußen durch Zusammenstellung der jährlichen Zunahmen an steuerpflichtigen Gebäuden in Land und Stadt), und die sich aus den gefundenen Zahlen ergebenden Schwankungen mit den Konjunkturschwankungen in Vergleich zu stellen. Zusammenstellungen über die Hypothekenbewegung, die Prozentsätze der leerstehenden Wohnungen und über die Bautätigkeit der Arbeitgeber und der Baugenossenschaften ergänzen das Bild. — Auch der von Mewes bearbeitete II. Teil, der die Regelung der Wohnungsproduktion betrifft, enthält statistisches Material, z. B. eine Zusammenstellung der Hypothekenanlagen der deutschen Hypothekenbanken, unter Reichsaufsicht stehenden Versicherungsunternehmungen und Sparkassen 1900—1908 (1908 zusammen 23,4 Milliarden ℳ). *J. Feig.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Massenverbrauch und Preissteigerungen auf Grund Baslerischer Wirtschaftsrechnungen.

Im ersten Kapitel seiner wie oben betitelten Arbeit (Basler Volkswirtschaftliche Arbeiten, herausg. und eingeleitet von Stephan Bauer, Nr. 2, Stuttgart 1911) tut der Verfasser, Dr. F. Krömmelbein, statistisch dar, in welchem Maße überhaupt in den letzten Jahren Steigerungen in den Nahrungsmittelpreisen deutscher Städte und Basels erfolgt sind. Er zieht nicht bloß die ihm für Basel zu Gebote stehenden Wirtschaftsrechnungen heran, sondern auch die Ergebnisse früherer Erhebungen in den Städten Frankfurt a/M. und Dresden. Eine Verteuerung der Nahrungsmittel zeigt sich in allen drei Städten, aber nicht in gleichem Maße bei den verschiedenen Lebensmitteln. So ergibt sich z. B. für Rindfleisch unter möglichster Beobachtung der Qualitätsgleichheit in Basel für die Zeit von 1900—1906 eine Preissteigerung von 12 %, in Frankfurt in den Jahren 1903—1906 eine solche von 11,2 % und in Dresden für 1903—1906 eine solche von 19 %; für Schweinefleisch in Basel von 11 %, in Frankfurt von 16 % und in Dresden von 22 %. Brot- und Mehlpreise sind ebenfalls in allen genannten Städten gestiegen. Der Brotpreis in Basel ist aber gegen denjenigen in Frankfurt a./M. um 20 %, und gegen Dresden um 10 % niedriger. Aus Tabelle I geht dann auch zur Evidenz hervor, daß Basel in bezug auf die Lebensmittelpreise von allen drei Städten die billigste ist. Dies darf neben den Verkehrsursachen dem schon seit bald 50 Jahren hier bestehenden „Allgemeinen Konsumverein" zugeschrieben werden, welcher ohne Zweifel eine stete preisregulierende

Wirkung ausgeübt hat. Man darf annehmen, daß mehr als die Hälfte der Einwohner Basels an den Vorteilen genossenschaftlicher Warenvermittlung des A. C. V. teilhaben, und nicht, wie der Verfasser meint, bloß 15 % der Bevölkerung.

Im II. Kapitel legt Verfasser Methode und Material seiner Konsumtionsstatistik dar. Er schlägt die von Engel begründeten, von Bücher u. a. empfohlenen Wege ein, nämlich die Erhebungen auf Grund von wirklichen Wirtschaftsrechnungen, wobei das „Quet" als immer mehr anerkannte Maßeinheit der Konsumstatistik angenommen wird. Es stehen dem Verfasser von vier Familien 18 Haushaltungsbücher zur Verfügung, wovon zwei bis auf das Jahr 1896 zurückreichen. Aus diesen analysiert er zuerst die Einnahmen, dann die Ausgaben, hierauf die Monatsschwankungen, die Ausgaben für Nahrung im allgemeinen und für die einzelnen Lebensmittel im besonderen.

Es beliefen sich die Durchschnittseinnahmen dieser vier Familien auf 1778 Fr., 2160 Fr., 2488 Fr. und 4127 Fr. Im Durchschnitt zeigt sich kein Defizit, wenn auch einzelne Jahre Unterbilanzen aufweisen. Sämtliche Familien sind „sparfähig" und führen ihren Haushalt gut bis vorzüglich. Der Vater der ersten Familie ist polygraphischer Arbeiter (organisiert), derjenige der zweiten Mechaniker in einem staatlichen Betriebe, derjenige der dritten Familie ist ebenfalls in einem staatlichen Betriebe tätig und der Vater der vierten Berichtsfamilie ist Fuhrmann in einer größeren Fuhrhalterei. In allen Familien sind 3—4 Kinder vorhanden.

Auch bei diesen Untersuchungen hat sich bestätigt: je kleiner das Einkommen, desto größer der relative Anteil der Ausgaben für Nahrung, und der Verfasser ermittelt zahlenmäßig: 1. Bei Ausgaben von 1600—2100 Fr. beträgt der Nahrungsausgabenanteil 50 %, 2. bei 2100—2500 Fr. Ausgaben 40 %, 3. bei 2500—3100 Fr. Ausgaben 32 %.

Wie die allgemeine Statistik von 1897—1906 für Basel einen Rückgang im Fleischverbrauch von 22 % ergibt, zeigt sich auch in den Untersuchungen des Verfassers, daß der Fleischkonsum z. B. in Familie A von 1896—1903 von 10,026 kg auf 9,871 kg pro Quet zurückgegangen ist, während gleichzeitig die Kosten für Fleisch von 15,54 Fr. auf 23,93 Fr. stiegen. Ähnliche Verhältnisse liegen bei den anderen Berichtsfamilien vor. Familie B hat es fertig gebracht, innerhalb 5 Jahren die Ausgaben für Fleischnahrung um $^1/_8$ zu reduzieren, während das konsumierte Fleischquantum um $^3/_8$ zurückging, was also hauptsächlich der Preissteigerung zur Last fällt.

Beim Milchkonsum fällt für Basel allgemein der relativ hohe Verbrauch auf. Nach den Erhebungen des Hamburger Statistischen Amtes weist Frankfurt a. M. einen Milchkonsum von 159,9 Litern pro Kopf der Bevölkerung auf, Dresden einen solchen von 105,9, Berlin 99,9, den höchsten Verbrauch in deutschen Städten zeigt Freiburg i. Br., nämlich 181,1 Liter. Die Stadt Basel hingegen weist einen mittleren Milchverbrauch von 274,3 Liter auf und übertrifft somit alle deutschen Städte bedeutend. Dementsprechend ermittelt auch Dr. Krömmelbein einen hohen Milchverbrauch in seinen Einzeluntersuchungen und gelangt zu der Überzeugung, daß das, was den Familien an Fleischnahrung abgeht, vielfach durch Milch ersetzt werde, obwohl deren Preis in Basel heute auch um 25 % gestiegen ist. (Heutiger Milchpreis 25 Cts.) Ähnliches zeigt sich im Verbrauch von Brot und Teigwaren.

Bei den Ausgaben für Kleidung und Wohnung macht sich überall ein steigender Anspruch an das Budget geltend. Für die Wohnung legen diese Familien $^1/_5$ — $^1/_6$ ihres Gesamteinkommens aus, und zwar sind die Familien mit geringerem Einkommen relativ stärker belastet.

Von mehr theoretischem Wert sind die Untersuchungen über die monatlichen Schwankungen der Ausgaben der Berichtsfamilien. Der Verfasser abstrahiert in dieser Hinsicht 4 Sätze:

1. Die Maxima der Ausgaben fallen in verschiedenen Jahren in verschiedene Monate, aber vielfach in denselben Jahren und verschiedenen Haushaltungen in den gleichen Monat.
2. Die stärksten Sparmonate gehen allgemein den stärksten Ausgabenmonaten voraus.
3. Der Festkalender ist der größte Störenfried der regelmäßigen Ausgabenverteilung.
4. Der wirtschaftliche Sinn der Menschen emanzipiert sich aber langsam von der überlieferten Ordnung des Verbrauches.

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist hierbei die Konstatierung, daß in der Mehrzahl der Fälle die Leute ihre Ausgaben nicht direkt nach den Einnahmen — also nicht von der Hand in den Mund leben —, sondern nach ihren Vermögensbeständen und vor allem nach ihrem unmittelbaren Bedürfnis richten, ferner daß aber z. B. an Stelle des Kohlenankaufes nach Bedarf jener auf oft billigeren Vorrat tritt, daß die herkömmlichen Winterschmausereien durch Ausgaben für Sommerferien, Sport usw. verdrängt werden.

Im Schlußkapitel über das Verhältnis der Ausgaben für tierische und pflanzliche Nahrung findet der Verfasser den Engelschen Satz bestätigt, daß die Größe der animalischen Nahrung der Maßstab für den Wohlstand der Familien sei.

Im Schlußworte berührt der Verfasser die Frage des Einflusses des neuen schweizerischen Einfuhrzolltarifs von 1905, infolgedessen für den Import lebender Schlachttiere eine durchschnittliche Zollerhöhung von über 40 % eintrat, für Schweine insbesondere um 75 %. *J. Huber.*

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Die Grundlagen der Schiffahrtsstatistik.

Daß die heutige Schiffahrtsstatistik an recht bedeutenden Mängeln leidet, dürfte ziemlich allgemein bekannt sein. Der Hauptgrund dieser Erscheinung ist in dem Festhalten der führenden Schiffahrtsstaaten an der Raumgehaltsvermessung mit der völlig veralteten (auf ein englisches Gesetz von 1854 basierten) britischen Nettoabzugsregel zu erblicken. Da die heutige Nettovermessung bei den Dampfern einen von Jahr zu Jahr sinkenden Prozentsatz des wirklichen Raumgehaltes als abgabepflichtige und damit statistisch erfaßbare Größe ermittelt, so ergibt die Statistik des Schiffsverkehrs und zum größten Teil auch die des Schiffsbestandes ein ständig unzutreffender werdendes Bild der Wirklichkeit. Eine

Veröffentlichung von Dr. Walther Vogel „Die Grundlagen der Schiffahrtsstatistik“. Ein kritischer Beitrag zur Wertung der Handelsflotte und des Seeverkehrs des Deutschen Reiches“ (Veröffentl. d. Instituts f. Meereskunde. Heft 16, Sept. 1911. Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Geh. 7 ℳ, geb. 9 ℳ) sucht die Fehlerquellen der gegenwärtigen Schiffahrtsstatistik klarzulegen, indem sie zunächst eine Darstellung der historischen Entwickelung und des jetzigen Standes der Raumgehaltsvermessung bietet und zugleich die beiden wichtigsten der sonst noch möglichen Maßstäbe der Schiffsvermessung, Deplacement und Tragfähigkeit, in ihrem Verhältnis zum Raumgehalt untersucht. Bei der allgemein herrschenden Verwirrung über die verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „Tonne“ — ständig werden Deplacementstonnen, Tragfähigkeitstonnen und Raumgehalts- (Register-) Tonnen verwechselt — dürfte diese Darlegung vielen willkommen sein. Zieht man, um die wirkliche Leistungsfähigkeit der Handelsflotten zu ermitteln, neben der Tragfähigkeit (dem besten Maßstab) auch die Geschwindigkeit der Schiffe in Betracht, so ergibt sich, daß beispielsweise die wirkliche Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte seit 1890 etwa doppelt so stark gewachsen ist, als die Statistik auf Grund der Nettovermessung angibt. Aber auch die statistische Aufnahme und Bearbeitung des Schiffsverkehrs und -bestandes als solche bietet in mancher Hinsicht Anlaß zur Kritik. Bei der Statistik des Schiffsverkehrs ist namentlich die Definition des Hafens der Herkunft und Bestimmung (weil nicht mehr in das heutige Zeitalter der überwiegenden Linien-Reederei passend) als Quelle sehr bedenklicher, unberechenbarer Schwankungen anzusehen, die die Statistik in vieler Hinsicht völlig entwerten. Das zeigt beispielsweise eine Gegenüberstellung des Hamburger Schiffsverkehrs mit verschiedenen Ländern nach der Hamburger und nach der Reichsstatistik. Kamen doch 1908 von Italien in Hamburg an nach der Reichsstatistik 50 Schiffe mit 61 000 RT, nach der Hamburger Statistik 122 Schiffe mit 145 000 RT! Bei der Statistik des Schiffsbestandes sind die nationalen Verschiedenheiten in der statistischen Einteilung und Abgrenzung der Seeschiffe ein fast unüberwindliches Hindernis zur Aufstellung einer internationalen vergleichenden Bestandsstatistik, die zurzeit immer noch viel besser auf Grund privater Erhebungen (der Schiffsklassifikations-Gesellschaften) als auf Grund der amtlichen Quellen durchzuführen ist. Im letzten Abschnitt des Buches wird versucht, an der Hand graphischer Darstellungen die Entwickelung des deutschen Seeverkehrs und Schiffsbestandes 1874—1910 (nach den Angaben der Reichsstatistik) anschaulich zu machen und auf Grund der vorher gewonnenen Ergebnisse eine Anleitung zu kritischer Benutzung der reichsstatistischen Zahlen zu geben. Als Gesamtergebnis der ganzen Untersuchung kann bezeichnet werden: eine gründliche Besserung der heutigen Schiffahrtsstatistik ist nur von einer völligen Neuordnung der Schiffsvermessung auf Grund internationaler Vereinbarung, am besten durch Annahme der Tragfähigkeitsvermessung, zu erwarten. Die anscheinend bevorstehenden großen Umwälzungen in der Schiffahrt — Einführung des Motors — machen eine solche Neuregelung dringender denn je.

XIV. Arbeiterstatistik.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Unter dem Titel „Die Arbeitslosigkeit, ihre statistische Erfassung und ihre Bekämpfung mit besonderer Berücksichtigung Nürnberger Verhältnisse,“ (Verlag U. E. Sebald, Nürnberg und Leipzig, Mai 1911, Preis 1 ℳ) hat das Statistische Amt der Stadt Nürnberg eine Schrift herausgegeben, die sich die Aufgabe stellt, alles was bisher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen ist, zur Darstellung zu bringen, kritisch zu beleuchten und die Methode der Versicherung organisch fort- und umzubilden. Die Schrift nimmt Stellung gegen das Genter System rein oder modifiziert und vertritt den Standpunkt einer obligatorischen allgemeinen Reichsversicherung, glaubt aber vorerst bei dem wohl vorläufig noch berechtigten passiven Verhalten von seiten des Reichs eine fakultative, besser obligatorische kommunale Arbeitslosenversicherung emfehlen zu sollen. Der neu vorgeschlagene Weg zur Gewinnung eines einwandfreien Materials für die Berechnung der Kosten einer Arbeitslosenversicherung geht dahin, die Arbeitslosen selbst unter Zwang zur Anschreibung der Arbeitslosentage im Laufe des Jahres heranzuziehen.

Die auf Grund der Nürnberger Zahlen aufgemachte versuchsweise Kostenberechnung für eine kommunale Zwangsversicherung mit einer Arbeitslosenunterstützung von 1 ℳ täglich ergibt folgendes. Ohne Bedacht auf die verschiedenen Risiken würde im Durchschnitt ein Wochenbeitrag von 10 ₰ hinreichend sein. Teilt man die zu Versichernden nach zwei Risikenklassen, so würden die Berufe der ersten Klasse mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit wöchentlich 20 ₰, die der zweiten mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit 10 ₰ zu zahlen haben. Unterscheidet man drei Gefahrenklassen mit durchschnittlich weniger als 1%, mit 1—3% und über 3% Arbeitslosen, so wären zu zahlen 5, 10, und 20 ₰ Wochenbeitrag. *M. Meyer.*

Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf.

In Heft 2 der Denkschriften des Statistischen Amts der Stadt Düsseldorf findet sich an zweiter Stelle, nachdem zunächst die Eingemeindungen Düsseldorfs vom Jahre 1909 besprochen worden, eine Darstellung der Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf im Winter 1909/1910. Der betreffende Abschnitt schließt sich an die früheren Mitteilungen über denselben Gegenstand (vergl. Deutsches Statistisches Zentralblatt, I. Bd., S. 20 und II. Bd., S. 241) an. Wiederum ist versucht worden, das bei der Arbeitslosenbeschäftigung gewonnene sozialstatistische Material aus verschiedensten Gesichtspunkten aufzuarbeiten; die Tabellen über Beruf, Alter und Familienstand, Arbeitswilligkeit, Arbeitsdauer, Arbeitsleistung und Entlohnung werden nunmehr für 5 Jahre nebeneinander geboten; neu dazu gekommen ist das Ergebnis einer Sonderuntersuchung an Hand der Invalidenkarten und mit Hilfe weiterer Ermittelungen bei der Landesversiche-

rungsanstalt darüber, wieviel Wochen die in die Aufnahmelisten Eingetragenen im Verlauf der letzten 12 Monate Versicherungsmarken geklebt, d. h. gearbeitet hatten. Daraus ergibt sich zweierlei: 1. Daß im allgemeinen um so mehr die Arbeitslosen die ihnen gebotene Arbeitsgelegenheit nicht angenommen haben, je länger sie in dem vorausgegangenen Jahre Arbeit gehabt hatten — dafür wird der Grund darin zu suchen sein, daß diese im Durchschnitte jedenfalls tüchtigeren Arbeiter in der Zeit zwischen Meldung und Aufforderung zum Arbeitsantritt Arbeit gefunden haben —; 2. aber, daß innerhalb der wirklich in die Arbeit Eingetretenen diejenigen, die vordem am wenigsten gearbeitet hatten, auch im allgemeinen am schnellsten die städtische Arbeitsstelle verlassen haben — ein interessanter Beitrag zur Beurteilung der geringen Ausnutzung der von der Stadt gebotenen Arbeitsgelegenheit! Im übrigen ist gegenüber den vorausgegangenen Jahren das starke Zurücktreten der gelernten Arbeiter außerhalb des Bauhandwerks, ferner die weiter anhaltende Verschiebung von den jüngeren in die höheren Arbeitsklassen, sowie die geringe Quote der Ledigen (11,3% gegen 21,0 im Vorjahre) zu vermerken. Besonders eingehend ist in dem Berichte noch die Lohn- und Kostenfrage behandelt.

O. Most.

Der Arbeitsmarkt in Magdeburg.

Eine Gegenüberstellung der Ab- und Anmeldungen bei den Krankenkassen für die Jahre 1906 bis 1910 zeigt (Magdeburger Statistik 1910 S. 52 ff.), daß eine Zunahme von Einstellungen der Arbeiter stets auch mit einer Zunahme der Entlassungen verbunden ist; d. h. es besteht ein völliger Parallelismus zwischen der Bewegung der Anmeldungen bei den Krankenkassen und der Bewegung der Abmeldungen. Ferner erscheinen die Entlassungen, die mit der mittleren Zahl der beschäftigten Arbeiter verglichen werden, außerordentlich zahlreich. Im ganzen entfielen auf 100 krankenversicherungspflichtige Männer 104 Entlassungen, auf Frauen sogar 143. Im einzelnen zeigen sich außerordentlich große Unterschiede. Am höchsten steht beim männlichen Geschlecht die Ortskrankenkasse der Maurer mit 474 Entlassungen auf 100 Pflichtmitglieder (mit Ausschluß der Aussperrung vom 15. April nur 425.) Der Bericht hebt hervor, daß eine genauere Untersuchung dieser Verhältnisse zur Voraussetzung hat, daß die Abmeldungen nach der Ursache des Austrittes (Kündigung des Arbeitgebers, des Arbeitnehmers usw.) getrennt werden können.

A. Grünspan.

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Der Untergang der deutschen Juden.

Eine unter obigem Titel erschienene Studie von Dr. F. A. Theilhaber (Ernst Reinhardt, München 1911. 2 ℳ 50 ₰) verdankt ihr Entstehen nicht zuletzt dem Umstand, daß bei uns in Deutschland im Gegensatz zu andern Staaten die Frage nach dem Bekenntnis bei unseren Zählungen schon seit langer Zeit zur Beantwortung gestellt wird. Liegen auch für das Reich im ganzen für das vorliegende Thema umfassende statistische Erhebungen nur in geringer Zahl vor (z. B. unsere Berufszählungen), für die Bundesstaaten (ganz besonders Hessen) sowie eine Reihe von Gemeinden fand der Verfasser schon recht brauchbares Material vor. Orientiert wird man über diese Dinge für ein ganzes Land bis jetzt eigentlich nur durch die ungarischen statistischen Mitteilungen. Hier findet man im 27. Band derselben, der die Volkszählung von 1900 hervorragend darstellt, durchaus nachahmenswerte Darstellungen der Geschlechtsverteilung in Kombination mit dem Bekenntnis.

Die Bevölkerungsbewegung der Juden des letzten Menschenalters wird nicht zuletzt der Statistiker mit Interesse verfolgen. Hat doch nach den Äußerungen des Verfassers kein Volk, keine Bevölkerungsklasse Europas in demselben kurzen Zeitraum eine so wechselvolle, zahlenmäßig genau belegte Entwicklungsgeschichte durchgemacht, steht doch wohl keine Kulturrasse so deutlich vor dem Verfall wie die jüdische in Deutschland. Und es besteht diese Gefahr des Untergangs auch schon für die wohlhabenden und großstädtischen russischen und galizischen Juden. In Deutschland ist seit 1871 der prozentuale Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung beständig zurückgegangen; eine Vermehrung hat in den letzten 15 Jahren bei den deutschen Juden nicht mehr stattgefunden. Dank der Einwanderung ist diese Tatsache verschleiert worden, ohne sie wäre ein Defizit zu verzeichnen. Mit der Bevölkerungsentwicklung der restlichen Bevölkerung ist den Juden der Zug nach den Großstädten und nach dem Westen gemein.[1]) Selbst die geringe Geburtenziffer der Franzosen wird noch von den deutschen Juden unterboten; sie betrug für 1908 (Preußen) 17 auf je 1000 Einwohner. Das erscheint um so sonderbarer, als der Altersaufbau dieser Rasse für ihre Fortpflanzung viel günstiger gestaltet ist, insofern sie nämlich über mehr Personen im zeugungsfähigen Alter verfügen, als die christliche Bevölkerung. Die deutsche jüdische Fruchtbarkeit ist stark gesunken. In München fiel sie von 222 auf 1000 gebärfähige Frauen im Jahre 1875 auf nur 94 im Jahre 1905. Dabei wäre noch zu bemerken, daß diese Ziffer eigentlich noch zu groß ist, weil die in München eingewanderten Ostjuden fortpflanzungsfreudiger sind gegenüber den „vermehrungsuntüchtigen" deutschen. Die Fruchtbarkeit auf dem Lande möge aus folgender typischen Angabe entnommen werden. Die Fruchtbarkeit von 6000 Juden, die in bayerischen unmittelbaren Städten wohnen, ist gleich der von 4000, die in kleinen Städten und Dörfern leben. Im Vergleich mit den Christen schließen die Juden viel weniger häufig eine Ehe (6,5‰ gegen 8,1‰ bei der Gesamtbevölkerung 1907) und dies in viel höherem Alter als die Andersgläubigen. Während die ehelichen Geburten abnehmen, nehmen die unehelichen zu. 1907 waren von je 100 jüdischen Geburten 4,2 unehelich, 1901 3,4, 1861/65 nur 1,2. Die Sterbeziffer der Juden ist bekanntlich sehr niedrig. Bei ihrer Beurteilung muß man aber in Erwägung ziehen einmal den andersgestalteten Altersaufbau und dann den Umstand, daß nicht alle geborenen

1) Im Jahre 1905 wohnten nur noch 7% aller preußischen Juden in der Provinz Posen gegen 41% im Jahre 1817. 1905 wohnten 55% der preußischen Juden in Großstädten, 1895 erst 43%.

Juden als solche sterben. Ihre Säuglings- und Kindersterblichkeit ist günstiger als die der übrigen Bevölkerung, im erwerbstätigen Alter sterben ihrer mehr als Christen. Nach diesen mehr bevölkerungsstatistischen Erörterungen folgt Moralstatistisches. Es kommen zunächst die Judentaufen an die Reihe, deren Statistik indes nicht exakt ist. Wie die Taufen sind auch die Mischehen in Zunahme begriffen, (z. Z. heiraten etwa ⅛ der eheschließenden Juden einen Andersgläubigen). Diese Mischehen weisen übrigens eine immer stärker werdende Unfruchtbarkeit auf, ja sogar die geringst beobachtete Bevölkerungszunahme resultiert aus ihnen. Äußerst hoch dagegen ist die Scheidungsziffer dieser Mischehen, ungefähr 12% davon werden wieder aufgelöst.

Im Verhältnis zu ihrer Anzahl stellen die Juden dreieinhalb mal soviel Geisteskranke wie die Christen. Besonders hoch ist die Zahl jüdischer Paralytiker, was wohl mit der großen Anzahl Geschlechtskranker zusammenhängt. Auch am Selbstmord beteiligen sich die Juden neuerdings relativ stark (vgl. dazu besonders v. Mayr, Sozialstatistik, Seite 347). *E. Müller.*

XXIII. Justizstatistik.

Zeitlich abgemessene Freiheitsstrafen für Vorbestrafte?

Der Verfasser einer Abhandlung „Die Ergebnisse der zeitlich abgemessenen Beschränkung der Freiheitsstrafen in ihrer Anwendung auf vorbestrafte Rechtsbrecher" (Separatabdruck aus der Zeitschr. f. schweiz. Statistik, 47. Jahrgang S. 165 bis 199 und Nachtrag, Bern 1911), Dr. med. G. Beck in Bern, der sich auf dem Gebiete der Kriminalstatistik schon mehrfach mit Erfolg betätigt hat, bestrebt sich darin, auf statistischem Wege den Beweis zu liefern, daß der Vergeltungsgrundsatz in der strafrechtlichen Behandlung mehrfach vorbestrafter, sowie auch der minderjährigen Rechtsbrecher auszuschalten sei und daß hier an dessen Stelle die ausschließliche Verwendung des Sicherungs- bzw. Besserungsgrundsatzes zu treten habe, weil es sinnlos sei, Vergeltung an jenen Individuen zu üben, denen die Verantwortungsfähigkeit abhanden gekommen ist, und ebenso unberechtigt bei jenen, denen die Verantwortlichkeit für ihre Handlungen vom Zivilrecht ganz oder wenigstens teilweise abgesprochen wird.

Es stand ihm zu diesem Zwecke das den Strafregistern des Kantons Bern, demnach eines Bevölkerungsgebietes von ca. 600000 Seelen entstammende, mit obrigkeitlicher Bewilligung zur Verfügung gestellte Material zu Gebote, dessen statistische Verarbeitung aus technischen Gründen auf den Zeitraum von 10 Jahren (1896—1905) und die Landesangehörigen des Kantons Bern beschränkt wurde. Dagegen hat es der Verfasser in Berücksichtigung des Zweckes der Arbeit im Gegensatz zu den meisten bisherigen kriminalstatistischen Arbeiten des In- und Auslandes für nötig erachtet, auch die mit Freiheitsstrafen bedachten Übertretungsdelikte einzurechnen, von der Ansicht ausgehend, daß diese Delikte, die beinahe sämtlich der Trunksucht und der Arbeitsscheu ihre Entstehung verdanken, einen sehr wesentlichen Bestandteil des Strafregisters der Vorbestraften bilden.

In dieser Umgrenzung stellt sich nun der Betrag des verarbeiteten Materials der ersten, dem allgemeinen Überblick gewidmeten Tabelle zufolge, auf 20312 Personen, die im ganzen 66195 Freiheitsstrafen erlitten haben, wovon 40154 in der obengenannten Dekade, die übrigen bereits vorher von ihnen angetreten wurden. Zur allgemeinen Charakteristik der Arbeit muß noch beigefügt werden, daß auf allen Tabellen die Geschlechtertrennung durchgeführt wurde und ferner auch dem Zwecke der Arbeit entsprechend die Trennung in nur einmal bestrafte und vorbestrafte Delinquenten, die bzw. in sämtlichen Tabellen als „Singularisten" und „Pluralisten" bezeichnet werden. Die letzteren werden sodann noch in Alt- und Neupluralisten abgeteilt, je nachdem sie ihre erstmalige Strafe bereits vor dem Beginn der Dekade oder erst nachher angetreten haben.

Überhaupt bringt es der beinahe polemische Inhalt der Schrift mit sich, daß auch die übrigen acht Haupttabellen, die jeweilig von kleinen Spezialtabellen begleitet sind, sich durch manche Eigentümlichkeiten von allen bisherigen kriminalstatistischen Tabellen auszeichnen, ob zu ihrem Vorteil oder Nachteil, muß der Verfasser als Selbstreferent dahingestellt sein lassen.

In erster Linie ist dies bei der zweiten und dritten Tabelle der Fall, welche die vor- und rückblickende Mehrstrafenstatistik behandeln, wobei eine von derjenigen der Kriminalstatistik des Deutschen Reiches z. T. gänzlich verschiedene Methode befolgt wird, worüber Näheres im Nachtrag der Schrift auf Seite 202u.ff. nachzulesen ist. Als beachtenswert dürfen wohl die nachstehend mitgeteilten Ergebnisse der beiden Tabellen gelten, weil sie der Berechtigung des oben skizzierten Grundgedankens der Schrift den sinnenfälligsten Ausdruck verleihen.

Ergebnis der vorblickenden Statistik: 35,38% bzw. 23,37% der erstmalig im Jahre 1896 bestraften männlichen und weiblichen Delinquenten waren am Schluß des Jahres 1905 mit der durchschnittlichen Strafzahl 3,6 bzw. (auch) 3,6 vorbestraft.

Ergebnis der rückblickenden Statistik: 59,36% bzw. 48,01% sämtlicher im Jahre 1905 bestraften männlichen und weiblichen Delinquenten waren vorbestraft, mit der über ihr ganzes Vorleben sich erstreckenden durchschnittlichen Strafzahl 12,9 bzw. 13,3.

Gänzlich abweichend von den bisherigen kriminalstatistischen Gepflogenheiten ist die Klassifikation der Delikte, welche den letzten vier ausschließlich mit der jugendlichen Verbrecherwelt sich beschäftigenden Tabellen vorausgeschickt und deren Begründung und Anordnung ausführlich auf Seite 185u.ff. besprochen wird.

Zur Stütze seiner reformatorischen Gedanken bringt Verfasser überdies zuerst auf Seite 180, dann in größerer Anzahl auf Seite 197 u.ff. eine Auswahl von Strafregistern mit eingestreuten Notizen, mittelst deren auf besonders bemerkenswerte aus ihnen sich ergebende Tatsachen hingewiesen wird.

Im übrigen enthebt die auf der Rückseite des Titelblattes befindliche Inhaltsübersicht den unter-

zeichneten Selbstreferenten der Notwendigkeit weiterer Mitteilungen über Gegenstand und Anordnung der Tabellen, sowie über den Inhalt des sie begleitenden Textes. Die von keiner schulmäßig sanktionierten strafrechtlichen Richtung beeinflußte Tendenz der Schrift dürfte dem Verfasser, wenn nicht den Beifall, so doch immerhin ein lebhaftes Interesse für die kriminalpolitischen Resultate seiner statistischen Untersuchung von Seite der Fachkreise sichern.

XXIV. Finanzstatistik.

Die bayerischen Gemeindefinanzen.

Das seit dem Jahre 1908 in Vorbereitung befindliche Werk des Bayerischen Statistischen Landesamts über den öffentlichen Gesamthaushalt Bayerns ist mit 2 Bänden, die die Gemeindefinanzen behandeln, zum Abschluß gelangt (Heft 76 der Beiträge zur Stat. des Königr. Bayern. Teil I: Textl. Darstellung; Teil II: Tabellenwerk. 6 M.). Es sind hier die Finanzen des Staates, der Kreise, der Distrikte und der Gemeinden[1]) textlich und tabellarisch zur Darstellung gebracht, und zwar sowohl nach ihrem gegenwärtigen Stand wie auch nach ihrer Entwicklung. Obwohl die bayerische Finanzstatistik auf einen Zeitraum von nahezu 100 Jahren zurückzublicken vermag, so ist es doch das erste Mal, daß ein Finanzwerk in solch systematischer Vollständigkeit für Bayern hergestellt wurde; auch anderwärts dürfte es einstweilen kaum seinesgleichen haben.

Was den textlichen Teil anlangt, so ist ein verhältnismäßig breiter Raum der Entwicklung der Gemeindefinanzen gewidmet, die bis 1808 zurückverfolgt ist. Hierbei sind auch die Ideen und Verhältnisse, die auf die Entwicklung des Gemeindewesens und insbesondere der gemeindlichen Selbstverwaltung, des gemeindlichen Budgetwesens, der gemeindlichen Rechnungslegung usw. Einfluß übten, sowie die zwischen dem jeweiligen Gemeinderecht, der Staatsaufsicht und den Gefinanzen bestehenden Beziehungen berücksichtigt. Der historische Abschnitt bietet so einen lehrreichen Abriß der Gemeindefinanzpolitik und ihrer Wirkungen für einen hundertjährigen Zeitraum.

Der Schilderung des derzeitigen Standes der Gemeindefinanzen liegt eine besondere Erhebung für das Jahr 1907 zu Grunde. Sie erstreckte sich im Gegensatz zu den bisherigen gemeinde-finanzstatistischen Erhebungen keineswegs nur auf Teilgebiete, sondern auf alle Zweige des Gemeindefinanzwesens, wobei auf eine individuelle, aber vergleichbare Darstellung der Finanzen jeder einzelnen Gemeinde Gewicht gelegt wurde. Das Material hierzu lieferten die gemeindlichen Rechnungen, deren Ergebnisse in ein als „Einheitsetat" aufgebautes Formular von den Gemeindeverwaltungen zusammenzuziehen waren. Die Gliederung des Erhebungsbogens schloß sich an die der gemeindlichen Hauptrechnung an, für welche im rechtsrheinischen Bayern und in der Pfalz überall ein einheitliches Schema vorgeschrieben ist. Zur Kontrolle des Materials standen die alljährlich wiederholten Spezialstatistiken über finanzielle Verhältnisse der Gemeinden zu Gebote; außerdem wurden auch häufig Originalrechnungen erholt.

Aus den Ergebnissen ist folgendes hervorzuheben: die rechnungsmäßigen Gesamtausgaben der 7993 Gemeinden des Königreichs bezifferten sich (ausschließlich Sparkassen und Stiftungen) mit 344,4 Mill. ℳ, die entsprechenden Einnahmen betrugen 365,7 Mill. ℳ Unter den wirklichen Ausgaben, für welche die durchlaufenden Posten tunlichst ausgeschieden sind, traten namentlich die für Kultur- und Wohlfahrtspflege mit insgesamt 104,5 Mill. ℳ hervor. An dieser Summe waren beteiligt: Erziehung und Bildung mit 41,5 Mil. ℳ, Wohltätigkeit und Armenwesen mit 14,8 Mill. ℳ, Gesundheit (einschl. Krankenhäuser, Wasserversorgung, Schlachthäuser) mit 20,6 Mill. ℳ, Sicherheit (Feuerlöschwesen, Straßenbeleuchtung, Flurschutz, Vorkehrungen gegen Überschwemmungen usw.) mit 6,7 Mill. ℳ, Landwirtschaft und Gewerbe mit 3,1 Mill. ℳ, Handel und Verkehr (insbesondere Straßenwesen) mit 15,7 Mill. ℳ. Die gemeindliche Verwaltung kostete 22,6 Mill. ℳ; das Gemeindebauwesen erforderte 41,8 Mill. ℳ, die Leistungen für Verzinsung und Tilgung der Schulden beliefen sich auf 39,5 Mill. ℳ.

Die Deckung der Ausgaben erfolgte überwiegend durch öffentlich-rechtliche Einnahmen. Es wurden nämlich durch Umlagen (einschl. Orts-, Schul- und Sonderumlagen) 57,8 Mill. ℳ, durch Verbrauchssteuern 11,6 Mill. ℳ, durch Pflaster- und Brückenzölle 2,7 Mill. ℳ, durch gesetzlich den Gemeinden überwiesene Abgaben (hauptsächlich Heimat- und Bürgerrechtsgebühren, Abgaben für das Halten von Hunden) 5,3 Mill. ℳ aufgebracht. An erwerbswirtschaftlichen Einnahmen standen aus Kapitalien 5,3 Mill. ℳ, aus Grundbesitz (insbesondere Waldungen), Gebäuden und Rechten 26,2 Mill. ℳ (bei 7,8 Mill. ℳ ausscheidbaren Gewinnungskosten), aus Gewerbebetrieben (wie Gas- Elektrizitätswerken, Straßenbahnen) 56,7 Mill. ℳ (bei 40,7 Mill. ℳ Betriebsausgaben ohne Schuldendienst) zur Verfügung. Die Einnahmen aus „öffentlichen Anstalten und Einrichtungen" der Gemeinden (namentlich aus jenen für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege sowie Handel und Verkehr, mit insgesamt 33 Mill. ℳ, waren teils privatwirtschaftliche, teils gebührenrechtliche. Eine erhebliche Verstärkung erfuhren die gemeindlichen Finanzen durch die Zuschüsse, die vornehmlich vom Staat, von Kreisen, Distrikten, Stiftungen und Sparkassen flossen; sie waren mit 18,6 Mill. ℳ ausgewiesen.

Die Schulden sämtlicher Gemeinden hatten Ende 1907 die Höhe von 712,3 Mill. ℳ; 1820 (= 22,9%) Gemeinden waren schuldenfrei. Der Stand des rentierlichen und nicht rentierlichen Vermögens (ohne die kapitalisierten Rechte) war 1552,9 Mill. ℳ; hierunter befanden sich 151,3 Mill. ℳ rentierliche Kapitalien. *J. Haselberger.*

1) Siehe auch D. St. Z. 2. Jahrg., Sp. 23, 55, 88, ferner Sp. 147—149, sodann 3. Jahrg. Sp. 179 u. 189.

XXVI. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Das Dativ-*e* in der deutschen Sprache.

Die Untersuchung der Formen und Normen der lebenden Sprachen, die ja nicht von unwandel-

baren Gesetzen, sondern vom souveränen Gebrauch diktiert werden, eignet sich so recht zur Anwendung der statistischen Methode; die Sprachkunde unterscheidet sich in dieser Hinsicht von den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften hauptsächlich nur dadurch, daß die Erhebungen, wenigstens sofern sie die Schriftsprache betreffen, nicht der Mitwirkung der Verwaltungen bedürfen, sondern dem einzelnen möglich und infolgedessen auch überlassen sind. Erfolgt eine solche Erhebung in technisch so sorgfältiger Weise wie die, über die in Nr. 34 der „Wissenschaftlichen Beihefte zur Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins" (Berlin 1911) berichtet wird, so verdient sie wohl eine Erwähnung in einem statistischen Fachblatt. Die in Rede stehende Untersuchung über den Gebrauch des Dativ-*e* im heutigen Schriftdeutsch gründet sich auf die in 50 Heften der „Wiesbadener Volksbücher" veröffentlichten Werke von 11 oberdeutschen, 8 mitteldeutschen und 9 niederdeutschen Schriftstellern, in denen 7798 Dativformen ausgezählt wurden und zwar 3054 mit und 4744 ohne *e*. Dieses Überwiegen der abgeschliffenen Form verstärkt sich, wenn man die Einsilber ausschließt, zu dem Verhältnis von 762 zu 2441. Wären noch weiter die Fälle unterschieden, wo den dativischen Gattungsnamen der Eigenname beigesetzt ist, oder wo ein Hiatus entsteht, so würde sich wohl herausgestellt haben, daß die neuerdings sich einbürgernden Formen „im Königreich*e* Preußen" oder gar „im Herzogtum*e* Anhalt" von guten Schriftstellern fast ausnahmslos vermieden werden. *E. Würzburger.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Industrie- und Handelsprobleme.

Von den Schriften des viel zu früh dahingegangenen Victor Leo, die sich an vielerlei Stellen verstreut fanden, wird in dankenswerter Weise eine Auswahl veröffentlicht, die den Statistiker, den Volkswirt und den Sozialpolitiker gleichermaßen interessieren wird (Industrie- und Handelsprobleme, Abhandlungen und Aufsätze von Victor Leo, Dr. phil., Kaiserl. Regierungsrat. Nach seinem Tode gesammelt und herausgegeben von Felicitas Leo. Carl Heymanns Verlag, Berlin, 1911. 363 S., 10 ℳ). Der Band enthält folgende Abhandlungen: Die Anklagen gegen die Goldwährung; Entwickelungstendenzen im Welthandel; Der Staat und die Kartelle; Die Organisation der amtlichen Arbeiterstatistik; Die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit; Zur neuesten Entwickelung der Frage der Arbeitslosenversicherung; Die Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit; Statistik des Arbeitslohnes; Die Frage des Streikrechts in öffentlichen Betrieben; Die wirtschaftliche Organisation der geistigen Arbeiter. Hier interessieren in erster Linie die gesperrt gedruckten Themata. Die 1904 geschriebene Abhandlung über die Organisation der amtlichen Arbeiterstatistik gibt eine — durch Anmerkungen bis auf die Gegenwart ergänzte — Darstellung der Arbeiterstatistik des Reichs und seiner Behörden, namentlich des Kais. Statist. Amtes mit Ausblicken auch auf das Ausland. Besonders wertvoll ist das Eingehen auf die Erhebungsmethoden, insbesondere für die Arbeitsmarktberichterstattung des Reichs-Arbeitsblatts und der Abdruck der wichtigsten in der Abteilung für Arbeiterstatistik und im Reichsversicherungsamt verwendeten Erhebungsformulare. — Die 59 Seiten starke Abhandlung über „Statistik des Arbeitslohnes" (aus dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften) beschränkt sich nicht, wie etwa der Abschnitt des Referenten in der Festgabe für v. Mayr, auf eine Darstellung der in Deutschland vorhandenen Arbeiten auf diesem Gebiete, sondern enthält zunächst einen wertvollen methodischen Teil, der sich zu bestimmten „Anforderungen an eine Lohnstatistik" verdichtet. Sodann werden die Leistungen auf dem Gebiete der Lohnstatistik in Amerika, England, Belgien, Frankreich, Österreich, Italien, Holland und schließlich im Deutschen Reiche, immer mit besonderer Betonung der methodischen Seite dargestellt. Für Deutschland werden nicht nur die schon fließenden sondern auch die etwa zu eröffnenden Quellen der Lohnstatistik gewürdigt, und so stellt Leos Abhandlung die wichtigste Vorarbeit für die noch ihrer Lösung harrende Aufgabe umfassenderer Lohnerhebungen in Deutschland dar.

Hingewiesen sei noch auf das von Leo als Neuland bearbeitete Gebiet der „Organisation der geistigen Arbeiter". Er schildert hier nicht nur die vorhandenen Organisationen, sondern auch die Ursachen ihrer Bildung und ihre Stellung in der „organisierten Volkswirtschaft". Hierbei werden einige interessante Vergleichsdaten über die Entlohnung der Kopf- und Handarbeiter herangezogen. *J. Feig.*

Die Landesstatistik in Hessen.

Gegenüber den statistischen Ämtern der anderen deutschen Bundesstaaten trat erst spät, am 28. Dezember 1860, die Zentralstelle für die Landesstatistik im Großherzogtum Hessen ins Leben, die anläßlich ihres nunmehr 50jährigen Bestehens eine kleine Schrift „Zur Geschichte der hessischen Statistik und ihrer Organisation" (Darmstadt 1911) erscheinen ließ. Wenn man erwägt, daß viele schon früher gegründeten Ämter mit größeren Arbeiten kaum vor den 60er Jahren an die Öffentlichkeit traten, und daß die Hessische Zentralstelle alsbald mit vollen Segeln aus dem Hafen auslief, so ist sie gewiß nicht verspätet ins Leben getreten. Diese Zentralstelle verdankt ihre Entstehung der zielbewußten Arbeit des Vereins für Erdkunde und verwandte Wissenschaften in Darmstadt und der entgegenkommenden Tätigkeit der Regierung. Aus dieser Entstehungsgeschichte lassen sich die Richtlinien für die Arbeiten der Stelle entnehmen, nämlich möglichst umfassende und genaue Beschreibung des Landes und seiner Verhältnisse, wie sie dem Verein für Erdkunde vorschwebten. Wenn auch bis heute die erste Organisation der Zentralstelle in ihren Grundzügen beibehalten wurde, ihr Charakter hat sich doch allmählich verändert. Aus der statistischen Behörde im Nebenamte wurde eine solche im Hauptamt. Die Tätigkeit des Büros wuchs auf Kosten der Tätigkeit der nebenamtlichen Mitglieder und Sach-

verständigen. Von größter Bedeutung für diese Zentralstelle war es, daß ihr am Anfang zwei so tüchtige Statistiker wie Ewald und Fabricius angehörten. Ihrer Tätigkeit ist es zu verdanken, daß, obwohl die Arbeiten unentgeltich im Nebenamte geleistet wurden, die Veröffentlichungen in der ersten Zeit so außerordentlich wertvoll und reichhaltig waren. Wenn man in der Geschichte der Zentralstelle seit ihrem Bestehen im wesentlichen eine Geschichte der von ihr geleisteten Arbeiten erblickt, wird man die Notwendigkeit vertreten können, diese älteren Arbeiten auch einmal wieder zu überarbeiten, sind sie doch die notwendige Voraussetzung für jede Weiterentwicklung statistischer Arbeiten, insofern sie geeignet sind, die methodischen Unterlagen zu liefern. Aus diesen Studien werden die bisher begangenen Wege zur Erfassung einer Materie ersichtlich, ihre Mängel und die bereits vorgenommenen Verbesserungen. Nur auf diese Weise können die Erfahrungen der Vergangenheit für die Zukunft nutzbar gemacht werden. Ein klares Bewußtsein von dem bisherigen Gang der Entwicklung auf jedem Gebiet ist der beste Schutz gegen nutzloses Experimentieren, gegen ein Abirren vom erstrebten Ziel und eine sichere Garantie für die organische Weiterentwicklung.

E. Müller.

Vermischte Mitteilungen.

Die Statistischen Ämter auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. Die nachfolgende Übersicht erstreckt sich auf die von Statistischen Ämtern und zwar nicht bloß in der Gruppe „Statistik" (siehe Leitartikel in D. St. Z. 1911 Nr. 6 und 8), sondern überhaupt ausgestellten graphischen Darstellungen. Nicht mit aufgeführt sind die zahlreichen vergleichenden Darstellungen, die das Statistische Bureau der Ausstellung selbst beigetragen hat; denn sie sind schon im Sonderkatalog der Gruppe „Statistik"[1], in der sie sich ausnahmslos befanden, vollständig zusammengestellt. Die Übersicht ist von Dr. phil. Kurt Bormann gefertigt.

Wo nichts anderes bemerkt ist, beziehen sich die Darstellungen auf das Land oder die Stadt, — und zwar als Ganzes —, dessen Statistik im betreffenden Amte bearbeitet wird. *D* bedeutet Diagramm, *K* Karte oder Plan.

Deutsches Reich.

1. Kaiserl. Statist. Amt: Vergleich der Berufszählungen 1882, 1895 u 1907 (*D*). — Berufl. Gliederung der Bevölkerung nach der Berufszählung 1907 (*3 K*). — Sterblichkeit nach den Sterbetafeln im Deutschen Reich bezw. dessen einzelnen Bundesstaaten (z. T. auch anderen Kulturstaaten): Territoriale (1891/1900) u. zeitl. (1871—1900) Vergleiche der Sterbenswahrscheinlichkeit u. Lebenskraft des männl. u. weibl. Geschlechts (*6 D*). — Die Gestorbenen (ohne Totgeb.) nach Alter u. Geschlecht 1909 (*D*). — Säuglingssterblichkeit 1905—09 a) im Deutschen Reich nach Geschlecht, b) in den einzelnen Bundesstaaten nach Abkunft der Geborenen (*2 D*). — Krankheitstage in der Krankenversicherung a) nach größ. Verwaltungsbezirken 1888, 1895, 1905, b) nach Staaten und Landesteilen 1909 (*7 D*). — Krankheitstage und Krankheitsfälle in der deutschen und österreichischen Krankenversicherung (*D*). — Gesundheitsverhältnisse in der Leipziger Ortskrankenkasse (*50 D*). — Desgl. insbes. betr. Tuberkulose (*4 D*) und Alkoholismus (*2 D*). — Anteil der Ausgaben für Alkohol an der Gesamtheit der Ausgaben in Arbeiter- u. Beamtenfamilien 1907/08 (*D*). — Fürsorgeerziehung als Folge von elterlichem Alkoholismus (*D*). — Sterblichkeit von Abstinenten und Nichtabstinenten (*D*).

2. Kgl. Preuß. Statist. Landesamt: Zunahme der Heilanstalten 1879—1908 (*3 D*). — Geburten, Sterbefälle (einschl. Totgeb.) u. Eheschließungen 1816—1909 (*D*). — Rückgang der Gestorb. (einschl. Totgeb.) 1816—1909 (*D*). — Absterbeordnung u. mittlere Lebensdauer der Bevölkerung im Mittel der Jahrzehnte 1867—76, 1877—86, 1886—95, 1896—1905 (*2 D*) — Absterbeordnung u. mittlere Lebensdauer der Bewohner 1. Berlins u. der Berliner Vororte sowie der Kreise Niederbarnim u. Teltow, 2. der Städte Barmen, Elberfeld, Frankfurt a M., Wiesbaden, Düsseldorf u. Cöln, 3 der Städte Kiel, Magdeburg, Königsberg i. Pr., Stettin u. Posen im Mittel der Jahre 1905—06 (*6 D*). — Sterbeziffer der über 15 Jahre alten männl. Personen nach Beruf u. Erwerbszweig sowie Alter im Mittel der Jahre 1906—08 (*4 D*). — Rückgang der an Diphtherie, Typhus, Ruhr u. im Kindbett (auch Kindbettfieber) Gestorbenen 1876—1909 (*D*). — a) Krebs, b) Tuberkulose als Todesursache in den einzelnen Berufsgruppen 1908 (*2 D*). — Tuberkulose u. Krebs: . . . als Todesursache im preuß. Staate, in den Land- u. Stadtgemeinden u. Städtegruppen 1876, 81, 86, 91, 96, 1901, 06, 09 (*12 D*). Das geograph. Auftreten von . . . in den einz. Regierungsbezirken geordnet nach der Höhe der Sterbeziffer 1908 (*2 D*). Die an . . . im Durchschnitt der Jahre 1907 u. 08 Gestorb. nach Altersklassen a) absolut, b) auf 10000 Lebende (*2 D*). Die 1907 u. 1908 an . . . Gestorb. nach Altersklassen u. Geschlecht (*2 D*). Die 1908 an . . . Gestorb., berechnet auf 10000 bei der Berufs- u. Betriebszählung 1907 ermittelte, erwerbsfähige Männer (*4 D*). — Mit Trunksucht belastete Personen in den allgem. Heilanstalten 1877—1907 (*3 D*). (Forts. folgt.)

1) Zu der in Sp. 248/250 des Jahrg. 1911 gebrachten Mitteilung über diesen Katalog geht der Redaktion folgender Nachtrag mit der Bitte um Aufnahme zu: „Der Sonderkatalog ist in den Deutschen Verlag für Volkswohlfahrt in Berlin W. 30 übergegangen und von dort oder durch den Buchhandel zum Preise von M. 5,30 zu beziehen. Zum Preise von M. 3,30 kann er nur denjenigen Personen geliefert werden, die schon während der Ausstellung darauf subskribiert haben. Wie dieser, so haben auch alle anderen in den obigen Verlag übergegangenen Spezialkataloge sowie der Hauptkatalog eine Preiserhöhung erfahren; letzterer kostet nunmehr M. 5.— und ist allein noch von dem Verlag der Internationalen Hygiene-Ausstellung zu beziehen."

Schlafgängerstatistik. Die „Deutsche Zentralstelle für Jugendfürsorge (e. V.)" in Berlin hat eine Eingabe, betreffend die Statistik der jugendlichen Schlafgänger, an das Statistische Amt der Stadt Berlin gerichtet, und sie beabsichtigt, eine ähnliche später anderen deutschen Statistischen Ämtern zu unterbreiten. Danach soll auf Grund der Volkszählung von 1910 festgestellt werden: die Zahl der Schlafgänger von 14—16, 16—18, 18—21 Jahren, nach dem Geschlecht getrennt; ihr Beruf, Stand, Gewerbe (möglichst mit den vorgenannten Unterscheidungen); wann und von wo zugezogen. Wenn die Eingabe damit begründet wird, daß „die Statistik das Alter der Schlafgänger bisher unberücksichtigt gelassen habe", so ist das in dieser Allgemeinheit nicht richtig; die Dresdner „Mitteil. des städt. Statist. Amtes" enthalten im 8. Heft Seite 38 eine ausführliche Altersgliederung der Schlafgänger mit Unterscheidung des Geschlechts, und auch die sächsische Landesstatistik berücksichtigte bei der Bearbeitung der Wohnungsstatistiken von 1904 und 1905 das Alter der Schlafgänger (Ztschr. d. K. Sächs. Statist. Landesamts 1905 und 1907). Auch anderwärts findet sich wohl noch manches einschlägige Material.

Bibliographie.

11. Literatur der Bautätigkeits- und Wohnungsstatistik.

Fortsetzung zu d. Jahrg. 1910, Sp. 187—190.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betreffenden Jahrgang und die Spalte an.

Abkürzungen: J. B. = Jahresbericht. St. D. R. = Statistik des Deutschen Reiches: St. J. = Statistisches Jahrbuch. St. L. A. = Statistisches Landes-Amt. St. M. = Statistische Mitteilungen.

Ordnung der Titel: Deutsches Reich; Einzelgebiete; Deutsche Städte; Ausland.

Von den Jahresberichten der Wohnungsbauvereinigungen usw. sind nur die bedeutenderen, und zwar hier immer nur der neueste berücksichtigt worden. Unberücksichtigt geblieben sind die bau- und wohnungsstatistischen Notizen der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Gewerbekammern usw.

Die von den städtischen statistischen Ämtern (Berlin, Breslau und München) herausgegebenen Wochenberichte, sowie die staatlichen (Baden, Hessen, Württemberg) und städtischen (Bremen, Berlin, Groß-Berlin, Hamburg, Leipzig, Altona, Lübeck, Chemnitz, Breslau, Dresden, München, Plauen, Cöln, Magdeburg, Königsberg, Hannover, Straßburg, Mannheim, Karlsruhe, Charlottenburg, Düsseldorf, Nürnberg, Aachen, Kiel, Barmen, Posen, Halle, Wiesbaden, Duisburg) Monatsberichte und die städtischen (Lübeck, Cöln, Mainz, Mannheim, Dortmund, Elberfeld, Schöneberg, Braunschweig, Linden und Stettin) Vierteljahrsberichte bringen durchweg regelmäßige, das Bau- und Wohnungswesen betreffende Zusammenstellungen. Insoweit in vorgenannten Organen besondere, das Bau- und Wohnungswesen betreffende Zusammenstellungen enthalten sind, haben diese in der Bibliographie Berücksichtigung gefunden.

Baugenossenschaften im Deutschen Reich (Jahrbuch f. d. Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften f. 1910, S. XLVIII, LXXX, 208, 267.)

Darlehen zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen und Ledigenheimen durch die Landes-Versicherungs-Anstalten (Nachr. d. R.-Vers.-Amtes 10, 2.)

(IV 13) Feig J. u. Mewes W., Unsere Wohnungsproduktion und ihre Regelung. [Reichswohnungsreform, H. 9] (103 S.) Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht. M. 2.—.

Franke, B., Grundstücks- u Wohnungsstatistik (In: Zahn, Die Statistik Deutschlands, München 11, S. 884—912.)

Gartenstadt-Bewegung, Die deutsche. Zusammenfassende Darstellung. (112 S. mit Abb. u. Plänen). Berlin Schlachtensee, Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft. M. 2.—.

Jahrbuch der Wohnungsreform 1908/10. 5. Jg. Herausgegeb. v. Deutschen Verein für Wohnungsreform. Red. von K. v. Mangoldt. (VI, 224 S) Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht. ℳ 2.—.

Jansson, W., Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- u. Logiszwangs veranstalteten Erhebung. (111 S.) Berlin, Singer 10.

Kohn, A., Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1910. (44 S.) Berlin, Verlag der Ortskrankenkasse der Kaufleute 1910.

v. Mangoldt s. Jahrbuch.

Mewes s. Feig.

Nachweisung der im Bereich der Feldzeugmeistereien der deutschen Heeresverwaltung vorhandenen Arbeiterwohnungen und deren Mietpreise am 1. Oktober 1909. (Reichstagsdrucksachen 1910 Nr. 182, S. 78 ff.)

Resultate der Wohnungsaufsicht. (Soz. Hygiene 11, 14—16).

Schweitzer, Hospize u. Ledigenheime der kath. Gesellenvereine. (116 S. m. 55 Abb.) M.-Gladbach, Volksvereinsverlag. ℳ 1.80.

Statistisches aus unseren Erhebungen zur Lohn- u. Wohnungsfrage. (Die Heimarbeiterin 11. 1.)

Wohnungsstatistik für größere Gebiete (Reichsarbeitsbl. 11, 2—7).

Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter (J. B. der badischen Staatseisenbahnen f. 1910, S 35.)

Statistik der Gebäude in Baden (St. M. 11, Oktober.)

Bergmann, E., Die Wohnungsfürsorge in Bayern in den J. 1907—1909. Amtlich. (58 S.) München, Lindauer. ℳ 1.—.

Wohnungsfürsorge für das Personal der Kgl. bayrischen Staatseisenbahn-Verwaltg. für 1910. (J. B. München 1911, S. 21, Tab. 26).

Wohnungswesen in Bayern. (St. J. für Bayern 1911, S. 255.)

Wohnverhältnisse in Stadt und Land im Kgr. Bayern (Generalber. d. Sanitäts-Verwaltg. in Kgr. Bayern, 37. Bd, München 1911, S. 186—190).

Grundstücke, Wohnungen, Geschäftsräume, Mieten u. Haushaltungen im Hamburgischen Staate. (Stat. d. Hamb. Staates, XXV, Hamburg 1910.)

Bericht des Großh. hessischen Landeswohnungsinspektors über die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge im Großh. Hessen im Jahre 1910. (St. M. Juli 1911.)

Nachweisung der staatseigenen, an Arbeiter vermieteten Häuser im Bereich der staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenwerke Preußens. [Drucks. d. H. d. Abg. 1910, Nr. 261.] (37 S.)

Wohnungen nach Zahl und Ergebnis der Ortsbesichtigungen (In: Das Gesundheitswesen im preußischen Staate im Jahre 1909, bearbeitet in der Medizinal-Abteilg. des Min. d. Innern. Berlin 1911. S. 245—278.)

Tätigkeit der Ansiedlungskommission im Kreise Gnesen (Preuß. Verwaltungsbl. 11, 33.)

Denkschrift über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen u. Pommern für 1909. [Nr. 12 d. Drucks. d. Preuß. H d. A. 1911] (73 S.) Berlin. Herzmann.

Tätigkeit der Ostpreußischen Landgesellschaft m. b. H zu Königsberg i. Pr. 1909/10. [Arbeiteransiedelungen] (Mitt Zentralst. Preuß. Landwirtschaftskammern 11, 18.)

Both, H., 25 Jahre Ansiedelungstätigkeit (Aus dem Posener Lande 11, 5.)

Heyer, G., Die Entwicklung des Ansiedelungsgedankens bis zum Gesetze vom 26. April 1881. (Ebd. 11, 5.)

Jahresbericht des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen für 1909 u. 1910. (311 S.) Düsseldorf, Bagel.

Strehlow, Die Boden- u. Wohnungsfrage des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes. (III, 164 S. m. 2 farb. Taf., 9 Tab. u. 1 farb. Karte.) Essen, Baedeker. ℳ 7.50.

Tremöhlen, E, Wohnungsfürsorge für Industriearbeiter i d. Provinz Westfalen unter besonderer Berücksichtigung d. Kleinwohnungsbaues. (VIII, 101 S.) Jena, Fischer, ℳ 3 —.

Denkschrift f. d. Jahr 1910 über die Ausführung d. Gesetzes, betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, vom 26. April 1886 und seiner Ergänzungsgesetze. Anlagen dazu. [Nr. 195 A u. B d. Drucks. d. Preuß. H. d. A.] (20 + 409 S.) Berlin.

Minde-Pouet, H., 25 Jahre Ansiedlung in Westpreußen u. Posen, 1886—1910. (56 S.) Lissa, Eulitz. ℳ —.50.

Bau- u. Wohnungspolizei im Kgr. Sachsen. (41. Jahresbericht über das Medizinalwesen im Königreich Sachsen f. 1909, Dresden 11, S. 160—170.)

Schatter, K., Das Wohnungsgeld der sächsischen Volksschullehrer. (Stat. Beil. z. Pädagog. Ztg., Juni 1910.)

Wohnungsfürsorge für die Beamten u. Arbeiter d unter Kgl. sächsischer Staatsverwaltung stehenden Staats- u. Privat-Eisenbahnen 1910. (Stat. Ber, f. 1910, S. 163.)

Anstalten, städtische, oder von der Stadt unterstützte, für II. Hypotheken in deutschen Städten 1910. (St. M. München XXII. 1.)

Bauberatungsstellen, städtische. (Mitt. d. Zentralst. d. D. Städtetages, III. 2.)

Bautätigkeit, Die, in den größeren Städten Deutschlands während des Jahres 1910, sowie das Angebot an leerstehenden Wohnungen gegen Ende dieses Jahres. Cöln, Statistisches Amt. (4. S.)



Eichelmann, Wohnungsnachweis und Wohnungsaufsicht in den Jahren 1907 u. 1908. (St. J. deutscher Städte, Breslau 10, S. 67—81.)

Einkommen u. Miete, sowie Wohnungsgröße u. Miete in einigen deutschen Großstädten. (R. Arb. Bl. 11. 5.)

v. Kalckstein, Welche Städte haben zur Förderung der Wohnungsverhältnisse beigetragen? (Städte-Zeitung 11. 2)

Obdachlosenfürsorge in deutschen Städten 1909. (Aus St. M. München XXII. 1.) (19 S.) München, Lindauer.

Winkler F., Der Wohnungsmarkt in deutschen Großstädten 1910 u. seine Bedeutung für die Einzelwirtschaft. (Schulstatistische Bl. 11, 6.)

(III 13) Wohnungsfürsorge in deutschen Städten. Bearbeitet im Kais. Statist. Amt, Abteilg. f. Arbeiterstatistik. [Beitr. z. Arbeiterstatistik Nr. 11.] (VIII, 635 S) Berlin, Heymann 1910. ℳ 6.60.

Wohnungsmarkt, Der, in deutschen Städten während d. Jahres 1910. (R. Arb. Bl. 11. 4.)

Wolff, H., Städtische Wohnungsinspektion. (Bericht über d. Städtetag d. Prov. Sachsen 1910 in Zeitz, Magdeburg 1910, S. 139 ff.)

Zimmermann, K., Bautätigkeit u. Wohnungsmarkt in den Jahren 1907 u. 1908. (St. J. Deutscher Städte, Breslau 10, S. 629—654.)

Bautätigkeit u. Wohnungswesen in Aachen. (Stat. Jahresübersichten f. 1909, S. 34—38.)

Ergebnisse, wohnungsstatistische, der Stadt Altona 1910. (Stat. Jahresübersichten f. 1910, S. 56 ff.)

Geschäftsbericht des Altonaer Spar- u. Bauvereins über d. Jahr 1910. Altona 11. (13 S.)

Wohnungsaufsicht u. Bautätigkeit in Augsburg (Verw.-Ber. f. 1909, S. 32–34.)

(II 135) Wohnungen, Die leerstehenden, in Barmen nach der Zählung vom 1. Dezbr. 1909. Sonderveröffentlichung des St. Amts Barmen 1910.

Wohnungsnachweis in d. Stadt Barmen. (Verw.-Ber. f. 1909, S. 88—91.)

Wohnungsverhältnisse u. Bautätigkeit in Barmen 1905—1909. (St. J. f. 1909, S. 13 ff.)

(II. 106) Bautätigkeit u. Wohnungsmarkt in Berlin 1906 bis 1908/09. [Mitt. d. Statist. Amts der Stadt Berlin, N. 2.] (XXII, 12 u. 48 S.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. ℳ 2.—.

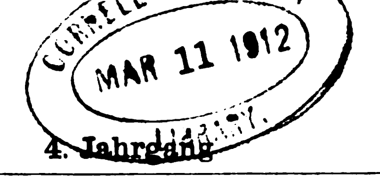
(Forts. folgt.)

Fragekasten.

F. in B. Die in dem Artikel des „Tag" wieder einmal aufgetauchte Mär von den Millionen Wählern, die, durch das Parteigetriebe abgestoßen, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, wird strikt widerlegt durch die in Gegenden mit starker Wahlbewegung verschwindend geringe Zahl solcher Wahlenthaltungen, die nicht durch Krankheit und Gebrechen, Abwesenheit und — falsche Listeneintragungen zu erklären sind. Siehe auch D. St. Z. 1909 Spalte 223 unter F. W.

S. Z.-K. Die Statistik der Hundeschlachtungen gehört allerdings zu den Dingen, die leicht eine Stadt zu Unrecht in üblen Ruf bringen, wie die Mitteilung über Chemnitz zeigt. Die Beschau der Schlachttiere kann nach dem Reichsgesetz vom 3. 6. 1900 unterbleiben, wenn das Fleisch ausschließlich im Haushalt des Besitzers verwendet werden soll und sich keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit ausschließenden Erkrankung ergeben. Ohne Beschau aber keine Statistik. Daraus können sich örtliche Unterschiede in der Zahl der amtlich festgestellten Hundeschlachtungen sehr wohl erklären. Für das Kgr. Sachsen tritt noch die die Zahl der Beschaufälle erhöhende Wirkung der Ausführungsverordnung hinzu, nach welcher auch Hundeschlachtungen für den eigenen Haushalt anzuzeigen sind.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 2 4. Jahrgang **1. Februar 1912**

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die Stellung der Statistik im Staats- und Gemeindedienst im Deutschen Reich.

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. **Paul Kollmann** in Dresden. (Schluß.)

Nicht minder fällt für die Handhabung des statistischen Dienstes als zweite zu erörternde Seite das Verhältnis des statistischen Amtes zu seiner Aufsichtsbehörde ins Gewicht. In letzterer ist der Dezernent gewöhnlich aus der juristisch-administrativen Laufbahn hervorgegangen und in der Ausübung statistischer Arbeit ohne eigene Erfahrung. Das tritt in der Behandlung des Dezernatsgeschäfts dann fühlbar und oftmals geradezu störend hervor, wenn der Referent in eigentlichen Fachfragen selbständig zu Werke geht, d. h. nach eigenem Ermessen seine Anordnungen trifft oder, was für den gewöhnlichen Geschäftslauf dasselbe bedeutet, der entscheidenden Stelle seine Vorschläge zur Genehmigung unterbreitet. Es kommt dies um so mehr zur Geltung, wenn der Dezernent noch ein ganz junger Beamter ist, der sich, weil befugt, auch befähigt glaubt, die statistischen wie die anderen Gegenstände seines Ressorts ebenfalls nach ihrer inneren, technischen Beschaffenheit bis ins einzelne von sich allein aus gehörig abmessen und regeln zu können. Der Zuweisung des statistischen Dezernats an einen der jüngsten Mitarbeiter begegnet man aber ziemlich oft, wohl erfolgt in der Annahme, daß es sich bei der Statistik, die in großem Umfange zu zählen, zu gruppieren, zu rechnen, also nach bureaukratischer Auffassung subalterne Aufgaben zu leisten habe, um verhältnismäßig einfache, mit allgemeiner Geschäftskenntnis leicht zu übersehende und abzuwickelnde Dinge handele. Und doch würde in solchen Annahmen eine große Täuschung liegen. Allerdings nehmen in einem statistischen Amte — wie auch in manchem anderen — die mehr mechanischen, die subalternen Arbeiten den breitesten Raum ein; aber die Grundsätze, nach welchen diese Arbeiten geleistet, die Art, wie sie geplant und schließlich ausgenutzt werden, beruhen auf wissenschaftlicher Erkenntnis und füllen eine ganze eigene Technik aus. Demgemäß haben in ihm Arbeitsweise und Geschäftsgang ihr völlig eigenartiges Gepräge.

Das, was einem statistischen Amte der Natur der Sache nach zuzufallen hat, ist wesentlich dreierlei Art. Einmal sind das die Erhebungen, die Zählungen. Wofern nicht dazu der Auftrag von einer vorgesetzten Stelle ausgeht, hat der leitende Statistiker, sobald er in den Vorgängen der Außenwelt die Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit erkennt, die Anregung zu geben und die Anlage zu gestalten. Bei der letzteren sind dann eine ganze Reihe rein statistisch-technischer Erwägungen anzustellen: wann, wo, was, durch wen und durch welche Mittel zu erheben ist, an welchen Merkmalen die einzelnen Erhebungsgegenstände zu erkennen, wie die Formulare und anderen Zählpapiere einzurichten sind, was zur Sicherung des Verfahrens in Betracht zu ziehen ist und Ähnliches. Darnach kommt das, was man die Aufbereitung nennt, die Auszählung, die Zusammentragung des eingelaufenen Erhebungsstoffes, die Ausmittelung seines Inhaltes. Auch hierbei ist wieder je nach der Beschaffenheit des Stoffes und der beabsichtigten Ausbeutung zu überlegen, welche der verschiedenen Methoden in Anwendung zu bringen sind. Namentlich bei den großen allgemeinen Aufnahmen werden dann Aufgaben gestellt, welchen nur die volle Einsicht und geübte Kraft des Fachmannes gewachsen ist. Die dritte Gattung besteht dann in der abschließenden Aufstellung der Nachweisungen der gewonnenen Tatsachen und das in gehöriger sachlicher, die beobachteten Erscheinungen allseitig kennzeichnender Anordnung. Hieran reiht sich die Vornahme der für die Verwendbarkeit der absoluten Größen erforderlichen Verhältnis- und sonstigen Berechnungen und, soweit es an-

gebracht, eine Darlegung der Herkunft, der Behandlung des gewonnenen Zahlenmaterials, um dessen Tragweite ermessen zu können. Und wenn die Arbeiten einen vollständigen Abschluß erfahren sollen, bleibt auch noch eine analytische textliche Erschließung des Zahleninhaltes, die Vergleichung mit anderen Vorgängen, die Aufdeckung ursächlicher Zusammenhänge eine bedeutsame und zugehörige Aufgabe amtlicher statistischer Tätigkeit. Ja, diese letztere Seite wird zumal für die inneren staatlichen Bedürfnisse bei gesetzgeberischen Vorarbeiten sich als treffliches Hilfsmittel erweisen: es ist indessen bis jetzt überall wohl nur vereinzelt davon Gebrauch gemacht worden.

Diese Aufgaben, welche seiner Eigenart nach ein statistisches Amt zu erfüllen hat, sehen doch beträchtlich anders aus als die, welche einer Verwaltungsbehörde im gewöhnlichen Sinne obliegen. Das statistische Amt ist in diesem Sinne eben auch keine eigentliche Verwaltungs-, sondern mehr eine technische Stelle, und der ganze Geschäftsbetrieb ist bei beiden Arten grundverschieden. Allgemeine Anordnungen, die für die Verwaltungsbehörden im engeren Sinne ergehen, eignen sich darum keineswegs immer auch schon für das statistische Amt. Da sind in ahnungsloser Unbefangenheit schon manche Verfügungen erlassen worden, die wie die Faust aufs Auge paßten, davon werden die meisten amtlichen Statistiker ein Lied zu singen wissen. Daß in allgemeiner Hinsicht der Aufsichtsbehörde die volle Machtbefugnis auch der Statistik gegenüber gewahrt bleiben muß, versteht sich von selbst. Alles, was das Landesamt in seiner Eigenschaft als staatliche oder gemeindliche Dienststelle überhaupt angeht, sein Verhältnis zur vorgesetzten und zu anderen Behörden und zur Öffentlichkeit, die Geschäftsführung im ganzen, die Personalien, die finanzielle Seite, auch die Ausdehnung und die Ziele der Ermittelungen, Bearbeitungen und der Veröffentlichungen, kurz alles, was sich auf die äußere Stellung und die Organisation bezieht und ähnlich liegt wie bei anderen Behörden auch, hat von der Genehmigung der Oberinstanz abzuhängen. Nur soweit hierbei das eigentümlich Technische der Statistik eine Rolle spielt, es sich von dem, was sonst der Geschäftsführung der Behörden eigen zu sein pflegt, abhebt, also vornehmlich rücksichtlich des inneren Dienstbetriebes, der Arbeitsweise erscheint ein unvermitteltes Eingreifen von oben verfehlt. Dahin ist insbesondere auch zu rechnen der Auftrag zur Ausführung statistischer Arbeiten, ohne daß zuvor die Ausführbarkeit selbst oder auch nur ihre Zweckmäßigkeit nach statistisch-technischen Rücksichten einer sachverständigen Beurteilung unterlegen hätte.

Hierfür muß eine solche Verbindung des statistischen Amtes oder seines Vorstandes mit der Oberinstanz hergestellt werden, welche den technischen Standpunkt genügend zur Vertretung kommen läßt. Schon viel würde gewonnen sein, wenn bei jeder dieser Fragen die Ansicht des Vorstandes vor der Entscheidung im Berichtswege eingeholt würde. So ist es z. B. von jeher in Oldenburg gehalten worden. Hier war der statistische Vorstand tatsächlich auch der statistische Referent. Das allein will auch nur als der gesunde Zustand erscheinen, bei dem alle Interessen gewahrt sind, gleich sehr für den Leiter des statistischen Amtes als für den Dezernenten: eben weil dieser kein Fachmann ist, sollte er einen zur Seite haben, auf den er sich stützen kann, aber auch stützen muß. Praktisch läßt sich die begutachtende Tätigkeit des statistischen Vorstandes für die in der Oberinstanz zu entscheidenden Gegenstände so am leichtesten und zweckdienlichsten zur Ausführung bringen, daß die schwebenden Fragen in regelmäßigen, nicht etwa bloß in gelegentlichen, Besprechungen mit dem Dezernenten pflichtmäßig zu verhandeln sind: was auf jeder Seite vorliegt, ist zur Sprache zu bringen, soweit nötig selbstverständlich nach vorgängiger Aktendurchsicht und folgender schriftlicher Ausführung. Damit würden für den Dezernenten von vornherein eine klarere Einsicht in die Sachlage vermittelt, für den Vorstand die Aussicht auf in jeder Hinsicht haltbare Anweisungen erhöht, für beide unzählige Weitläufigkeiten aus dem Wege geräumt werden.

Gegen das Verfahren, die Erledigung der statistischen Geschäfte bei der Aufsichtsbehörde nach voraufgehendem Benehmen mit dem Leiter des statistischen Amtes vorzunehmen, wird weder aus bureaukratischen noch aus politischen Erwägungen mit Grund etwas einzuwenden sein. Ist es doch auch sonst in allen Dingen, die besondere Fachkenntnisse voraussetzen, in der Natur der Sache gegeben und daher allgemein üblich, daß man die Fachleute zu Worte kommen läßt und dort, wo sie an der entscheidenden Stelle nicht vertreten sind, zur Abgabe ihres Urteils heranzieht. Zu diesen Dingen gehört gleichfalls die Statistik, deren Betrieb nicht minder auf eigentümlichen Fachkenntnissen beruht und als solcher angesehen zu werden berechtigt ist. Aber darin ist es ihr anders ergangen, und es hat ein abweichendes Verhalten Platz gegriffen, da man sich ihrer fachlichen Eigenart nicht überall und zumal dort nicht bewußt geworden ist, wo der maßgebende Einfluß auf ihre Entfaltung geübt wird. Dennoch hat das, was für andere technische Veranstaltungen gilt, auch für den statistischen Betrieb seine volle innere Berechtigung. In den Stadtverwaltungen hat man Wesen und Bedürfnisse des statistischen Dienstes gemeinhin zutreffender gewürdigt und den Vorstand des Amtes zugleich mit dem Referat in diesen Angelegenheiten betraut. Als auf der Straßburger Konferenz der städtischen Statistiker (1900) eines Dezernenten im Magistrate erwähnt wurde, der zwischen dem Amtsleiter und dem Stadtoberhaupte stände, äußerte der dortige bekannte Oberbürgermeister Back hierüber sein Verwundern: nach seiner Auffassung könne der Referent für die statistischen Angelegenheiten nur der Vorstand des statistischen Amtes selbst sein. Damit hat er gewiß den richtigen Ausspruch getan. Was aber im städtischen Dienste hier angemessen und gangbar erscheint, müßte es auch mutatis mutandis im staatlichen sein: ein Versuch würde die Vorteile bald erweisen. —

Der dritte Punkt endlich, der die Kritik herausfordert, betrifft das, was mit der äußeren Stellung der eigentlichen, der wissenschaftlich geschulten Statistiker zusammenhängt, ihre Ausbildung, ihren Befähigungsnachweis, ihren Ersatz, ihre Besoldung.

Bei der Begründung der statistischen Ämter vor etwa fünfzig, sechzig Jahren sah man sich in den meisten Fällen für die Besetzung des Postens des Vorstandes und seines oder seiner Gehilfen auf solche Kräfte angewiesen, die sich mehr zufällig darboten. Denn Leute, die sich daraufhin beruflich vorgebildet hatten, standen höchstens ausnahmsweise einmal zur Verfügung. So wurden Verwaltungsjuristen, Zöllner, Mathematiklehrer, Ingenieure genommen, die eine gewisse Neigung für das Fach bekundet hatten und denen man das Geschick, sich seiner genügend anzunehmen, zutraute — oder auch, die man anderwärts los sein wollte und bei der Statistik passend untergebracht glaubte, da von ihr nicht viel abzuhängen, ihr Betrieb nicht allzu kunstvoll und schwierig schien. Zweifellos ist es hierin besser geworden: die erweiterten Ansprüche an die Statistik wie ihre vervollkommnete Technik drängten dahin, auf die Auswahl der Männer größere Sorgfalt zu verwenden. Und die zahlreichen städtischen Ämter, die allmählich entstanden sind, haben diese erleichtert. In den Städten ging man alsbald davon aus, nur geschulte Statistiker anzustellen, welche der Bildung des staats- und volkswirtschaftlichen Studiums, für das die Vermehrung der Handels- und andern Kammern, die Entwickelung des Versicherungswesens ein gutes Betätigungsfeld eröffnet hat, ihre Vorbereitung verdankten. Aber wenn auch der Staat gelegentlich fremde Kräfte herangezogen hat, überwiegend hält er sich doch noch an die, welche aus seinem Dienst hervorgegangen, aber keineswegs immer schon vorher im statistischen Betriebe ausgebildet worden sind. Zumal für die nachgeordneten Posten werden dem statistischen Amte häufig noch junge Verwaltungsbeamte dauernd oder zeitweise überwiesen. Jedenfalls ist noch nirgend für eine grundsätzliche Regelung der Stellenbesetzung Sorge getragen worden.

Die anfänglich geringe Einschätzung des statistischen Dienstes und die von Zufälligkeiten abhängige Berufung der leitenden wie mitarbeitenden Personen hat es mit sich gebracht und vieler Orten auch unter bereits ganz veränderten Verhältnissen fortgeschleppt, daß die äußere Stellung der Statistiker hinter der der anderen an Aufgaben, Ausbildung und Verantwortung gleichartigen Beamtenschaft auffällig zurückgeblieben ist. Gewiß, in einer Reihe von Staaten, voran beim Reiche und in Preußen, Bayern und Württemberg, sowie in einigen Gemeinden ist die Gleichsetzung ganz oder teilweise durchgeführt; in anderen besteht jedoch noch ein sichtlicher Abstand. Wenn auch wohl nicht allein, zum Teile jedoch beruht dies darauf, daß es einstweilen keine anerkannten, fest vorgezeichneten Merkmale für die Befähigung zum statistischen Dienste gibt. Wer diese zu haben glaubt und sich meldet oder bei wem man sie vermutet, kann ohne besonderen Nachweis darin angestellt werden. Und doch ist es sonst im Staats- wie Gemeindedienst die Regel, daß nur der in ein gehobenes Amt eintreten darf, dem die Fachkenntnisse hierfür bezeugt sind und das auf Grund eines vorgezeichneten Bildungsganges und beigebrachter Beweise. Nun handelt es sich allerdings bei einem statistischen Amt immer nur um ganz wenige höhere Beamte. Dennoch darf das kein Hinderungsgrund sein, sie den nämlichen Bedingungen wie die übrigen derartigen Beamten zu unterwerfen. Auch sie haben natürlichen Anspruch darauf, nach gleichem Maße gemessen zu werden; nur muß dieses Maß, da kein sonstiges im Staatsdienst auf sie anwendbar ist, ihrem Zuschnitte angepaßt sein. Das liegt keineswegs bloß im Interesse der Statistiker, das liegt ebensosehr, wenn nicht mehr, in dem des Staats- und Gemeindedienstes selbst.

Der Statistiker hat solange, als nicht auch an ihn ähnliche Anforderungen, seine Befähigung formell darzutun, gestellt werden, keine Aussicht auf gleichartige Behandlung und nicht bloß in bezug auf Besoldung und Dienstrang. Seine gesellschaftliche Stellung, sein Ansehen in der Beamtenschaft steht, wie einmal in Deutschland die Verhältnisse sind, in Frage, sofern er die amtlich ausgestellte Urkunde, die ihm die erworbenen Kenntnisse und Eigenschaften für den höheren Staatsdienst bescheinigt, nicht aufweisen kann. Ihm muß deshalb durchaus daran gelegen sein, daß auch für ihn Einrichtungen getroffen werden, die den Vorwand einer Benachteiligung beseitigen. Dazu ist nicht mehr, aber auch nicht minder nötig als eine vorgezeichnete theoretische wie praktische Ausbildung mit den abschließenden, Berechtigungen verleihenden Prüfungen. Der Staat und die Gemeinde ihrerseits erlangten damit nicht nur den Vorteil, daß sie bei den Anzustellenden Gewähr für ihre zulängliche fachliche Vorbereitung erhalten und unfähige, zumal sonst schon gescheiterte Elemente fernhalten können, sondern daß auch der Kreis, aus dem sie zu wählen imstande sind, sich erweitert. Dieses letztere Moment darf nicht gering angeschlagen werden. Denn innerhalb des einen statistischen Amtes mit seinen viertel oder halben Dutzend „Statistikern“, ist keine wirkliche Laufbahn für den einzelnen gegeben. Wie diese daher darnach trachten müssen, überall dort nach einer Unterkunft auszuschauen, wo ihnen sich die günstigsten Verhältnisse eröffnen, wird auch der Staat oder die Stadt sich nicht immer an die eigenen Leute halten können, wird zur Beförderung, namentlich in die Vorstandsstelle, oder um sonst Lücken zu schließen, sich nach außenhin an die Angestellten anderer staatlicher oder städtischer statistischer Ämter zu wenden genötigt sein. Es besteht eben aus den gegebenen Verhältnissen heraus für die Statistiker eine gewisse berufliche Freizügigkeit in Deutschland. Solange jedoch über Studium und Vorbereitungsdienst keine Vorschriften erlassen sind, muß man sich mit bloßen Führungszeugnissen begnügen, hat jedenfalls keine Ausweise über die dargetane Befähigung. Gibt es aber erst die Gelegenheit, durch bestandene Prüfungen sich zu legitimieren, so bildet sich ganz von selbst ein herausgehobener Kreis von Statistikern, der überall für offene statistische Stellen in Betracht kommen kann, der auch überallhin, wo sich Aussicht auf Verbesserung bietet, mit seiner Bewerbung nicht zurückhalten wird. Hat ein Staat mit der Schaffung einer Prüfungs- und Vorbereitungsordnung den Anfang gemacht, werden die anderen, die größeren jedenfalls, bald folgen und die, welche ihrer beschränkten Bedürfnisse halber darauf

verzichten müssen, ebenso die Städte, ihren Ersatz nur aus den geprüften Personen nehmen. Deshalb werden auch die Aspiranten von überall her sich zur Ablegung der Prüfung und zum Vorbereitungsdienst dorthin wenden, wo beides eingeführt und statthaft ist. Der staatliche statistische Dienst kann also nur gewinnen, wenn die Zulassung zu ihm an bestimmte äußere Bedingungen geknüpft wird, wenn zugleich infolgedessen die Ausbildung der Statistiker im ganzen nach einheitlichen, fest gewiesenen Grundsätzen vor sich zu gehen hat.

Über die Gestaltung des Bildungsganges bedarf es in diesem Zusammenhange lediglich loser Andeutungen; hier kommt es vorerst nun darauf an, dies Erfordernis seiner Einführung durch den Staat darzutun. Es genüge darum, darauf hinzuweisen, daß, wie ja meistens auch bei den übrigeren höheren Dienstzweigen, zwei abzulegende Prüfungen angemessen sein würden. Die erste theoretische würde sich an das Universitätsstudium anzuschließen haben und auch an der Universität abzulegen sein. Hiermit würde zugleich das verlangt, was bereits heute ziemlich allgemein geschieht, daß die jungen Kandidaten der Nationalökonomie und Statistik am Schlusse ihrer Studienzeit in diesen und den Hilfsfächern den Doktorgrad erwerben. Geschieht das jetzt schon, um sich überhaupt nur einer und der einzig möglichen Prüfung zu unterwerfen, erscheint auch eine rein wissenschaftliche Prüfung für den statistischen Dienst zunächst als allein angebracht; gilt es doch festzustellen, wieweit der Examinand sich mit dem Lehrgebäude vertraut gemacht hat, um seine Kenntnisse erfolgreich in praktischer Tätigkeit verwerten zu können. Dazu ist die akademische Prüfung eben vorzugsweise angetan. Auf die mehr praktische Befähigung würde dagegen die zweite Prüfung das Schwergewicht zu legen haben, diese aber deshalb auch erst nach einem zwei- oder dreijährigen Vorbereitungsdienste an einem statistischen Amte, während welchem dem Aspiranten die verschiedenen Dienstaufgaben kennen zu lernen die Möglichkeit geboten worden wäre, vorzunehmen sein. In ihr käme es also darauf an, eine gewisse Sicherheit in der Behandlung dieser Aufgaben wie ein richtiges, statistisches, d. h. zahlenmäßig-konkretes — im Gegensatz zum zahlenmäßig-abstrakten, dem mathematischen — Denken an den Tag zu legen. Sie würde denn auch im statistischen Amte unter Zuziehung anderer Examinatoren, etwa eines Professors für das allgemeine Staatsrecht und die Verwaltungskunde oder eines höheren Verwaltungsbeamten, vorzunehmen sein. Gäbe das Doktordiplom die Berechtigung für die Zulassung zur praktischen Vorbereitungstätigkeit, so das Zeugnis dieser bestandenen Staatsprüfung die für die Anstellung.

Hat der Statistiker diese oder entsprechende Bedingungen erfüllt, so hat er dasselbe geleistet, was auch sonst die Aspiranten des öffentlichen Dienstes zu leisten haben; es besteht dann aber auch nicht mehr der Schein einer Berechtigung, ihn schlechter in bezug auf Gehaltabmessung und Stellung zu behandeln als die übrigen höheren Beamten, das um so weniger, als die kleine Anzahl der Statistiker für den erhöhten Aufwand kaum in die Wagschale fällt, ja sie billigerweise einen Bestimmungsgrund mehr abgeben könnte, ihnen für die geringen Aussichten auf Aufrücken einen Ersatz zu bieten. Jedenfalls hat das vorzugsweise von den staatlichen Statistikern zu gelten, während die der Städte bereits in weiterer Umfrage ähnlichen Beamtenklassen gleichgestellt werden. —

Sind es die drei erörterten Punkte, welche eine der gegenwärtigen Bedeutung der amtlichen Statistik Rechnung tragende Ausgestaltung nahelegen, um jener zu wirklicher gedeihlicher Entfaltung zu verhelfen und ihren Beauftragten die volle Kraftentfaltung und Berufsfreudigkeit erst zuteil werden lassen, so sind es auch Punkte, die sich, ohne in das Bestehende irgendwie rauh einzugreifen, sich auf organischem Wege unschwer durchführen lassen. Ernste, redliche Prüfung der Sachlage wird sich der Notwendigkeit zeitgemäßer Weiterbildung nicht verschließen können. Möge dazu hiermit die Anregung gegeben sein.

Runde Zahlen!

Mit diesem Ausrufe richtet Dr. Heinz Potthoff (Volkswirtsch. Blätter 1911 Nr. 17 nach Plutus 1911 Nr. 18) lesenswerte Mahnungen zunächst weniger an die Statistiker als an politische und andere Redner. Er hat gewiß recht mit der Behauptung, daß es kein besseres Mittel gebe, um einen an sich vortrefflichen Vortrag langweilig zu machen und eine aufmerksame Zuhörerschaft zu quälen, als das Vorbringen unabgerundeter großer Zahlen. Sein Beispiel für solch tötliche Redekunst wirkt überzeugend: „Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug am ersten Dezember neunzehnhundert: sechsundfünfzig Millionen dreihundertsiebenundsechzig Tausend einhundertachtundsiebzig Personen und am ersten Dezember neunzehnhundertundfünf: sechzig Millionen sechshunderteinundvierzig Tausend zweihundertachtundsiebzig Personen; sie stieg also in den fünf Jahren um drei Millionen zweihundertvierundsiebzig Tausend einhundert Personen usw." Dr. H. Guradze hat (Volksw. Bl. Nr. 18) bemerkt, daß sich P. in seinem — noch mit abgerundeten Ziffern wiederholten — Beispiel um 1 Million geirrt hat, doch beweist das lediglich, daß man sich ohne und mit Abrundung verrechnen kann! Aber gilt, was für den Redner im angeführten Falle unzweifelhaft richtig ist, auch für den Schriftsteller? Soll auch dieser, wie P. wünscht, stets und stark abrunden? Das hängt denn doch wohl ganz vom Zweck der Darstellung, vom Publikum, für das man schreibt, und — nicht zuletzt — von der Verwendungsart der Zahlen ab. In Wahlaufrufen, Agitationsbroschüren und ähnlichem ist der Plakatstil berechtigt, ja notwendig, nur freilich sollte man auch da ehrlich sein, und Abrundung verführt, darauf weist Guradze mit Recht hin, leicht zu unbewußter oder gar bewußter Täuschung. Ob und wieweit man abrunden darf, das richtet sich vor allem nach dem, was man mit Zahlen belegen will. Soll beispielsweise nichts weiter dargelegt werden, als daß die deutsche Volkswirtschaft für jährlich 800 000 bis 900 000 Menschen

mehr Erwerbsmöglichkeiten schaffen muß, so genügt es vollkommen zu sagen und zu schreiben: Die Bevölkerung wuchs von 56⅓ auf 60⅔, also um 4⅓ Millionen. Will man aber feststellen, ob die prozentuale jährliche Bevölkerungszunahme von 1900 auf 1905 größer oder kleiner war als die von 1895 auf 1900, so wäre nicht nur für die Berechnung jegliche Abrundung ausgeschlossen, sondern auch die berechneten Prozentsätze müßten mindestens mit zwei Dezimalen geschrieben (und auch gesprochen) werden, da der Unterschied überhaupt erst mit der zweiten Dezimale in Erscheinung tritt (1,46% gegen 1,50%). Nun will freilich P. beweisen, daß die abgerundeten Zahlen richtiger seien als die unabgerundeten Zufallsergebnisse der Statistik, weil nämlich jede Zählung notwendig fehlerhaft sei, die so peinlich genau erscheinende unabgerundete Ziffer uns aber über jene Fehlerhaftigkeit hinwegtäusche. Natürlich weiß jeder, der eine Ahnung von Statistik hat — und wer keine Ahnung davon hat, glaubt es noch besser zu wissen —, daß z. B. ein für ein Land oder auch nur eine größere Stadt ermitteltes Volkszählungsergebnis nie ganz genau sein kann. Folgt daraus aber, daß die abgerundete Zahl richtiger ist? Die Wahrscheinlichkeit ist genau so groß, daß die wirkliche Bevölkerungsziffer über wie daß sie unter der durch die Zählung ermittelten Ziffer liegt. Also ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Abrundung in der zutreffenden Richtung erfolgt, genau so groß, wie daß sie in der falschen Richtung erfolgt, und es ergibt sich, daß die unabgerundete Ziffer von allen möglichen Ziffern doch diejenige ist, die wahrscheinlich der Wahrheit am nächsten kommt. Darum ist sie nicht nur, wie auch P. zugesteht, in den amtlichen Quellenwerken unverändert wiederzugeben, sondern gerade auch da zu verwenden, wo P. sie beseitigt sehen will: wo von amtlichen Stellen „aus ihren Veränderungen Verhältniszahlen bis auf die dritte Dezimale berechnet werden und daran ein anderes Amt ebenso minutiöse Berechnungen knüpft“. Würden die Berechnungen mit abgerundeten Zahlen angestellt, so würde man gerade die Fehler häufen, statt sie zu beseitigen. Erst beim Endergebnis der Berechnung darf eine dem Zweck vorsichtig angepaßte Abrundung eintreten, die z. B. auch in Texterläuterungen zum Quellenwerk angebracht ist, übrigens auch tatsächlich angewandt wird, und sicher oft dem Leser nicht nur das Lesen erleichtert, sondern überhaupt erst eine Anschauung vermittelt. Aber die Abrundung ist sofort wieder zu beseitigen, wenn die Zahl, die an einer Stelle als Endergebnis erscheint, an der anderen wieder neuen Berechnungen als Unterlage dienen soll, und wären es auch nur Berechnungen von Verhältnisziffern. Versteht sich, daß der Statistiker stets gewissenhaft prüfen muß, ob seine Fundamente sicher genug sind, um einen mehr oder minder kunstvollen Berechnungsbau zu tragen. Sind sie es, dann wäre jede Abrundung verkehrt; sind sie es nicht, dann würde der „Aufputz von Nullen“ die Tragfähigkeit nicht verstärken, sondern nur noch mehr erschüttern. Darum dreimal Vorsicht bei Befolgung der lockenden Mahnung „Runde Zahlen!“

J. F.

Neues aus der statistischen Literatur.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer.

In einem Aufsatz „Über den Rückgang der Geburten- und Sterbeziffer“, der im „Archiv für Sozialwissenschaft“, 32. Bd. 2. H. und 33. Bd. 2. H. (Tübingen 1911) erschienen ist, geht der Verf., Prof. Dr. K. Oldenberg in Greifswald, von dem Nachweise aus, daß der rapide internationale Rückgang der Geburten- und Sterbeziffern bei den Fachleuten als dauernde Tatsache erst allmählich Anerkennung findet; er wendet sich gegen eine Schrift Lujo Brentanos: Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, München 1909, die in Anlehnung an vorausgegangene Veröffentlichungen seiner Schüler mit glänzender Dialektik den Nachweis versucht, daß der Geburtenrückgang eine Begleiterscheinung des zunehmenden Wohlstandes sei; da dieser aber zugleich die Sterblichkeit vermindere und dadurch einen starken Bevölkerungszuwachs sichere, so sei schnellste Forcierung des ferneren wirtschaftlichen Fortschritts durch eine geeignete Wirtschaftspolitik die beste Gewähr gegen eine Überwältigung der Kulturnationen durch geburtenreichere Völker, gegen ihre friedliche Durchsetzung mit einströmenden Volksfremden. Verf. zeigt dem gegenüber, nach einer übersichtlichen Zusammenstellung des Zahlenmaterials, daß Brentanos psychologische Erklärung des Zusammenhangs von Wohlstand und Geburtenrückgang nicht zureicht, und daß seine statistischen Belege des Zusammenhangs, so überzeugend sie scheinen, nicht Stich halten. Vielmehr weist die internationale Statistik mit größter Deutlichkeit auf die großstädtische Entwicklung als Ursache des Geburtenrückgangs hin. Für diesen Nachweis werden unter Anlehnung an Ballod, dessen bahnbrechende Untersuchungen in diesem Aufsatze auch sonst vielfache Verwertung finden, die Ziffern der allgemeinen Fruchtbarkeit denen der ehelichen tunlichst vorgezogen. Brentanos Versuch, die großstädtische Bedingtheit des Geburtenrückganges für Frankreich, England, Australien in Abrede zu stellen, wird eingehend widerlegt, und seine Deutung der geringen Fruchtbarkeit preußischer Großstädte aus ihrer Wohlhabenheit zurückgewiesen: die Wohlhabenheit des durchschnittlichen Großstädters ist mit Rücksicht auf den geminderten Wert des Geldes in der Stadt und die von Brentano anerkannte kostspielige physiologische Bedürftigkeit des Städters unerwiesen; auch könnte eine bessere Lebenshaltung des Städters ebenso Folge wie Ursache der verringerten Kinderzahl sein. Der Rückgang der Kindersterblichkeit in den Großstädten reicht, wie rechnerisch nachgewiesen wird, nicht annähernd aus, den starken Rückgang der Fruchtbarkeit zu erklären; und soweit er in dieser Richtung gewirkt haben sollte, stehen eine Reihe anderer Faktoren gegenüber, die den statistischen Ausdruck der Geburtenminde-



rungstendenz noch zu klein erscheinen lassen. Die maßgebenden Ursachen des Geburtenrückgangs liegen teils auf physiologischem Gebiete: Geschlechtskrankheiten, Geisteskrankheit, Alkoholismus usw., deren großstädtische Verbreitung festgestellt wird; teils aber unzweifelhaft im freien Willen der Eltern: 1. Auf dem Lande, namentlich in Frankreich, fürchten grundbesitzende Eltern die Vermögensteilung mehrerer Erben (Brentanos Rechnung, daß viele Majoratsherren nach Zeugung des ersten Sohnes Schluß machen und darum mehr Töchter als Söhne haben, ist jedoch arithmetisch falsch); die daraus resultierende Beschränkung der ländlichen Kinderzahl wird aber durch die in der Stadt in gleicher Richtung wirkenden Faktoren überwogen. 2. Auf dem Lande wird das Kind als Arbeitskraft geschätzt. 3. In der beengten Stadt gedeiht die Kinderzucht schlecht; 4. aber und vor allem sind sozial, nicht individualistisch wirksame Motive im Spiel, was schon aus der geographischen Kontinuität des Rückgangs mit Wahrscheinlichkeit folgt, und zwar zwei Motive: einmal das moderne ehrgeizige Streben namentlich der Mittelklassen und der Mittelstädter, durch Emporschrauben der äußern Lebenshaltung ihr soziales Ansehen zu verbessern, die von Dumont so genannte *capillarité sociale*, und zweitens die mit der freien modernen Weltanschauung verbundene Rationalisierung des Geschlechtslebens, von der Konzeptionsverhütung in ihrer modernen, überwiegend städtischen Form bis zur Abtreibung, künstlichen Frühgeburt und Engelmacherei. Für den Einfluß der Aufklärung auf die Fruchtbarkeit wird in der Statistik jüdischer Ehen und jüdisch-christlicher Mischehen ein Anhalt gesucht. Das frühzeitige Einsetzen des Geburtenrückgangs im Ursprungslande der Aufklärung, Frankreich, stimmt zu dieser Auffassung ebenso wie die Intensität des Umschwungs in traditionsarmen Kolonialländern wie Australien.

Der Rückgang der Sterbeziffern wird aus den Lebenserwartungstafeln einer größeren Zahl von Ländern erwiesen. Dabei ergibt sich, daß die Industriestaaten in der Lebensverlängerung des männlichen Geschlechts nicht voran, sondern an letzter Stelle stehen; und obgleich in Preußen die Differenz in der Lebensdauer von Städtern und Landleuten sich neuerdings etwas verringert hat, dank den großen hygienischen Fortschritten der Städte, so stimmen doch alle Indizien dahin überein, daß die Gesundheit des Städters in seinem Berufsleben mehr Schaden leidet, als die städtische Hygiene nützt. Es würde zu weit führen, den statistischen Beweisgang, bei dem auch auf andere Sterblichkeitsfaktoren neues Licht fällt, im einzelnen wiederzugeben. Erwähnt sei nur, daß auch die Verkleinerung der Familie zweifellos ein das Leben verlängernder Faktor ist.

Das Ergebnis ist ein Geburtenüberschuß, der gerade in den mehr ländlich gebliebenen, hauptsächlich den slawischen Ländern sein Maximum erreicht und auch in den skandinavischen Staaten die englischen, schottischen und vollends französischen Ziffern weit übertrifft. Die ungünstige Perspektive, die sich dadurch den Industrienationen öffnet, gestaltet sich noch übler durch zwei Erwägungen. Einmal muß, was auch Brentano zugibt, die Verlängerung des Lebens durch die moderne Hygiene bald an ihrer natürlichen Grenze ankommen, während der Geburtenrückgang keine solche Grenze hat; und zweitens ist der Sterblichkeitsrückgang zum Teil nur vorübergehend, nach hygienischen Fortschritten, die fällige Todeskandidaten prolongieren, während der künftige Beharrungszustand wieder höhere Ziffern aufweisen muß; nur gestreift wird die Frage, ob mit Rücksicht auf diesen Fehler nicht auch die Lebenserwartungstafeln, die auf den zu günstig scheinenden statistischen Übergangszustand gegründet sind, irre führen (XXXIII 491). Es wäre erwünscht, daß statistische Fachmänner zu dieser Frage Stellung nehmen.

Für die künftige Wirtschaftspolitik resultiert aus diesen statistischen Daten die Forderung, der wachsenden Erwerbsgelegenheit des einheimischen Arbeitsmarkts das Angebot deutscher Arbeitskräfte anzugleichen, um den Einstrom der Fremdländer zu hemmen. Eine Wirtschaftspolitik, die die Nachfrage nach Arbeitskräften über das einheimische Angebot hinaus steigert, ohne an eine planmäßige Pflege dieses Angebots zu denken, wirkt antinational. Autarkie der Bevölkerung ist die elementarste Forderung eines Nationalstaats. Was immer den Fortschritt der Geburten mindernden Großstadtbildung aufzuhalten vermag, ist geeignet, uns diesem Ziele zu nähern.

Von Problemen, die gelegentlich zur Erörterung kommen, ist die Frage eines Einflusses des Burenkriegs auf die englische Geburtenzahl hervorzuheben (Band 32, Seite 372—374).

Die Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeit auf dem Lande in Deutschland.

Während in Deutschland der Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit in den Städten schon lange bedeutend ist, wird er auf dem Lande erst in der jüngsten Zeit beobachtet. In Preußen ist die Abnahme in Brandenburg und Sachsen besonders groß, während sie in den östlichen und westlichen Provinzen viel geringer ist. Da sich durch die starken Binnenwanderungen Verschiedenheiten der Altersgliederung innerhalb der verheirateten Gebärfähigen herausgebildet haben, so muß dies von Rückwirkung auf die Höhe der ehelichen Fruchtbarkeit sein. So waren in Ostpreußen auf dem Lande 1880 von den verheirateten Gebärfähigen 27,1 %, 1905 dagegen nur 23,6 % unter 30 Jahre alt; die Ziffer der ehelichen Fruchtbarkeit muß also 1904—07 schon aus diesem Grunde kleiner sein als 1879—82. Umgekehrt waren im Regierungsbezirk Münster von den verheirateten Gebärfähigen 1880 23,5 % und 1905 32,5 % unter 30 Jahre alt, die Ziffer der ehelichen Fruchtbarkeit mußte also allein deshalb sich erhöhen. Leider war dem Verfasser der wie oben betitelten, in der Zeitschr. f. Sozialwissenschaft 1911, N.F. Bd. 2. S. 819—827 erschienenen Abhandlung, Sanitätsrat Dr. F. Prinzing in Ulm, die Berechnung der ehelichen Geburten nach Altersklassen im Großherzogtum Hessen (Stat. Jahrb. für das Grh. H., 2. Ausg., 1909, S. 21) nicht bekannt, und er verwandte daher die sächsischen Ziffern von 1876—80, um einen ungefähren Maßstab dafür zu bekommen, wie groß dieser Einfluß in der Änderung der Altersbesetzung auf die Höhe der ehelichen Fruchtbarkeit ist. Der Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit auf dem Lande ver-

dient dauernde Beachtung; zur richtigen Beurteilung hält der Verfasser eine Vervollkommnung der deutschen Geburtenstatistik in der Richtung, daß die Geburten auch nach dem Alter der Mütter erhoben werden, für dringend nötig.[1])

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Wohnungsverhältnisse Nürnbergs.

Wie anderwärts hat auch das Statistische Amt der Stadt Nürnberg mit der Volkszählung am 1. Dezember 1910 eine Wohnungszählung verbunden, deren Ergebnisse soeben in Druck erscheinen (Selbstverlag, Preis 1 M.). Es handelt sich dabei um eine Erhebung kleineren Umfangs; nur die mehr äußerlichen Merkmale der Wohnungen wurden zu erfassen gesucht, dagegen sah man von Fragen, die dazu bestimmt sind, tiefer in das häusliche Zusammenleben hineinzuleuchten, ab. Der Fragebogen nahm, soweit für örtliche Verhältnisse angängig, auf das von den deutschen Städtestatistikern aufgestellte Formular Rücksicht.

Eingehender ist das Untervermietwesen behandelt worden. In 20 137 Wohnungen = 26,90 % aller Wohnungen waren Untervermieter aufgenommen worden. Für Bayern hat die Frage der Untervermietung insofern ein besonderes Interesse, als Wohnungen, die durch Untervermietung in ihrer Raumzahl auf 3 und weniger Räume beschränkt werden, anzeigepflichtig sind; es waren das 75,51 % aller Wohnungen mit Untervermietung.

28 541 = 38,13 % aller Wohnungen waren für Gasbeleuchtung eingerichtet, 28 760 = 38,42 % aller Wohnungen besaßen Einrichtungen für Gas zu Heiz- und Kochzwecken, 3692 = 4,93 % aller Wohnungen waren mit elektrischen Beleuchtungsanlagen versehen und endlich wurden 538 = 72 % aller Wohnungen mit Zentralheizungsanlagen gezählt. *M. Meyer.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Münchner Fleischpreise im 19. Jahrhundert.

Die unter dem Titel „Die Entwicklung der Münchener Fleischpreise seit Beginn des 19. Jahrhunderts“ (Verlagsanstalt J. C. Huber, Diessen vor München 1911, 2,20 *M*) erschienene Studie von Dr. C. Gschwendtner kann auf die Frage nach den Ursachen der zurzeit hohen Fleischpreise eine Antwort, die sich verallgemeinern ließe, natürlich nicht geben. Denn diese Preisfrage „war noch nie und ist am wenigsten heute eine lokalbeschränkte, und ihre Lösung kann zweifellos auch nicht in lokalbeschränkter Untersuchung erfolgen“. Um die Preisverhältnisse der Gegenwart zu erklären, betrachtet der Verfasser die für diese Erklärung in Frage kommenden Faktoren durch einen längeren Zeitraum hindurch. Von diesen wirtschaftsgeschichtlich bedeutsamen Vorgängen können wir an dieser Stelle absehen, wo uns vielmehr nur die Methode der eigentlichen Fleischpreisstatistik selbst zu interessieren hat. „Die als Grundlage für die im Thema umschriebene Untersuchung dienenden Zahlen stellen keine wirklichen, sondern nur rechnerische Durchschnittspreise dar, ein jeweils aus höchsten, niedrigsten und meist gezahlten Preisen gewonnenes arithmetisches Mittel. Solche wirklichen Preise wären nur ermittelbar aus Erhebungen, die nicht nur die vorkommenden Preise verzeichnen, sondern auch die Zahl der Fälle, in denen die Gewichtseinheit zu einem bestimmten Preise verkauft worden ist (gewogenes Mittel). Solche Erhebungen wären einmal vorzunehmen, damit auch die Fleischpreisstatistik zu Recht diesen Namen verdient. Das methodologisch gewiß nicht leicht zu lösende, volkswirtschaftlich so bedeutsame Preisproblem sollte in statistischen Ämtern einmal ernstlich in Angriff genommen werden. Die noch relativ besten Zahlen, auf welche der Verfasser sich in seiner Untersuchung stützt, sind jene, die das statistische Amt der Stadt München seit 1904 als „mittlere Durchschnittspreise aus den wöchentlichen Preisangaben für die große Bank, für die Fleischstände am Viktualienmarkt und für über hundert Läden in neun Stadtbezirken berechnet“.

Diese Durchschnittspreise beziehen sich nur auf Ochsen-, Kalb-, Schaf- und Schweinefleisch, alles mit Zuwage für die mittlere Qualität und, was die Wertigkeit der einzelnen Fleischstücke anlangt, liegen den Kalbfleischpreisen z. B. nur die Preise für Brust und Grat, dem Schweinefleisch nur für Schlegel und Grat zugrunde. Ob bei einer Einwohnerzahl von rund 600 000 Menschen mit mehr als 700 Metzgerläden, die sich auf die 26 Stadtbezirke verteilen, diese Preisstatistik ein „getreues Bild“ der Fleischpreise verspricht, kann wohl bezweifelt werden. Es ist vielleicht in diesem Zusammenhange gestattet, hier auf eine in erster Linie methodologische Studie fleischpreisstatistischen Inhalts hinzuweisen, die sich die Aufgabe stellt, einen Beitrag zur Lösung des preisstatistischen Problems zu liefern; eine Studie, die zurzeit von einem Mitglied des statistischen Seminars der Universität München[1]) bearbeitet wird. Am 12. Februar ds. Js. (grundsätzlich vormittags) wurden von Mitgliedern dieses Seminars fast alle Metzgerläden der 26 Stadtbezirke aufgesucht, um alle Fleischpreisangaben auf den vor den Metzgerläden angebrachten Tafeln in eigens für diese Zwecke vorgedrucktes Papier zu übertragen. Dieses war so eingerichtet, daß für alle für den Fleischkonsum in Betracht kommenden Tiere (außer Hunden und Katzen) die Qualitäten des betreffenden Tieres (z. B. Schweinefleisch allgemein, mittel, bestes), und von den Tieren auch noch die Wertigkeit der einzelnen Fleischstücke (z. B. Schweinsschlegel, -Filet, -Herz, -Ohr usw.), soweit solche angeschrieben waren, diese Anschreibungen auch erhoben werden konnten. Dabei erfaßte die Preisnotierung des Stichtages sowohl die Preise überhaupt (einfache und Rahmenpreise), als auch die Preise mit Zuwage und Preise ohne Zuwage. Dem Seminarvorstand (v. Mayr) kam es darauf an, einmal alles an Fleischpreisnotierungen festzustellen, was überhaupt ohne Befragung der Metzger nur von ihren Tafeln vor ihrem Laden abzulesen war, mit anderen Worten eine mög-

1) Nach dem Ergänz.-Heft zum 7. Bd. von Mayr's „Allg. Statist. Archiv“ S. XII und XIII sowie XXI wird schon jetzt das Alter der Eltern der Geborenen in Sachsen, Baden und fast allen kleineren Bundesstaaten des Deutschen Reichs erfragt, aber selten bearbeitet. *Red.*

1) Der Referent gehört diesem Seminar als Assistent an.

lichst erschöpfende Feststellung der Fleischpreise in einem relativ kurz bemessenen Zeitraum. Auf das Ergebnis dieser methodologisch gewiß beachtenswerten Erhebung werden wir nach Abschluß der auf ihr aufgebauten Studie zurückkommen. *E. Müller.*

Schlachtvieh- und Fleischpreise in der Schweiz.

Die vom Statistischen Bureau des Kantons Bern neben den allgemeinen Ermittlungen der Lebensmittelpreise vor ca. 3 Jahren eingeführte Statistik der Schlachtvieh- und Fleischpreise hat hauptsächlich den Zweck, nachzuweisen, welchen Einfluß das stark angefeindete Monopol für den Schlachtviehimport auf die Ankaufs- und Verkaufspreise des Fleisches habe, und der Staatsbehörde eventuell die Möglichkeit zu verschaffen, in die Konstellation der Fleischpreise regulierend einzugreifen, falls letztere in der Hauptstadt in anormalem Verhältnisse zu denjenigen anderer Schweizerstädte stehen sollten. Dies war aber nach den bereits veröffentlichten Nachweisen bis jetzt nicht der Fall, obschon eine allgemeine Verteuerung der Fleischpreise sich in allen Städten einstellte und zu einer Kalamität zu werden drohte. Im Kommentar zu der als Lief. 2 des Jahrg. 1911 der „Mitteilungen des bern. statist. Bureaus" erschienenen Veröffentlichung „Die Schlachtvieh- und Fleischpreise im Jahre 1910 und erste Hälfte 1911 in 22 Städten und Marktorten der Schweiz" wird auf die parlamentarischen Debatten in den eidgenössischen Räten über den Gefrierfleischzoll Bezug genommen und der Entscheid für Nichtherabsetzung im Interesse der Landwirtschaft und des Metzgergewerbes gebilligt. Die Schlußbetrachtung bezieht sich auf die Ursachen der Teuerung im allgemeinen. In Ermangelung einer amtlich organisierten schweiz. Lebensmittelpreisstatistik, welcher gerade bei den heutigen Teuerungsfehden und -Agitationen eine wichtige Mission zufallen würde, füllt die vorliegende Arbeit des bernischen statistischen Bureaus wenigstens eine fühlbare Lücke aus. *C. Mühlemann.*

VII. Vermögen und Einkommen.

Preußische Einkommenstatistik.

Im Gegensatze zu den sonst bei Untersuchung der Einkommenentwicklung eines Landes meist angewandten Methoden, die den Stand der Zensiten- oder Einkommenverteilung in den betreffenden zu vergleichenden Jahren zum Gegenstande der Betrachtung machen, wird in der Schrift „Die Einkommen-Entwicklung in Preußen seit 1896" von Dr. phil. Klara Perls (Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht 1911, 4 ℳ 40 ₰) eine nach völlig anderen Gesichtspunkten eingestellte Methode zur Anwendung gebracht. Ihr Grundgedanke ist, daß man nur bei Betrachtung der Bewegung der Zensiten, d. h. des Auf- bzw. Abstiegs von Zensiten aus einer Einkommensteuerklasse in die andere, zu richtigen Ergebnissen (n. b. abgesehen von den in dem einleitenden Kapitel der Arbeit behandelten Mängeln des benutzten einkommensteuerstatistischen Materials) über die Einkommenentwicklung eines Landes gelangen kann. Die Einkommensummen kann man deshalb nicht zur Grundlage der Darstellung nehmen, weil man dann von vornherein auf eine die Entwicklung wirklich ins Auge fassende Betrachtungsweise verzichten muß. Denn auf die Frage nach der Entwicklung der Einkommenobjekte, der Einkommen, d. h. auf die Frage, wie hoch die Einkommen der in dem früheren Vergleichsjahre einer Klasse angehörenden Zensiten in dem späteren Vergleichsjahre sind, kann man, welche Methode man auch wählt, nie eine Antwort erhalten. Die auf Grund dieser Methode für den gesamten preußischen Staat und seine verschiedenen Siedelungsgebiete vorgenommene einkommenstatistische Untersuchung gelangt zu dem Gesamtergebnis, daß im Zeitraume 1896—1906 (die Jahre nach 1906 sind wegen der im Jahre 1906 erfolgten Änderung des Einkommensteuergesetzes in einem anderen Zusammenhange behandelt) in allen betrachteten Gebieten mit Ausnahme der Stadtkreise mit unter 100 000 Einwohnern, deren abweichende Zensitenbewegung einen besonderen in der Arbeit näher gekennzeichneten Grund hat, ein sich auf alle Einkommenklassen erstreckender Zensitenaufstieg stattgefunden hat. Die höchsten Aufstiegprozentzahlen weist in den mehr städtischen Gebieten die Schicht mit Einkommen unter 900 ℳ auf, und zwar nimmt mit Zunahme der Größe der Ortseinheit, also von den Städten im Sinne der Statistik zu der Gesamtheit der Stadtkreise und schließlich zu den Großstädten übergehend, auch die Bewegung der Zensiten der untersten Einkommenschicht an Stärke zu. Auf dem Lande dagegen werden die Aufstiegprozentzahlen der Schicht mit Einkommen unter 900 ℳ von denen der beiden obersten Klassen übertroffen. Am geringsten ist der Aufstieg in allen Gebieten in den beiden mittleren Einkommenschichten und zwar ist die Differenz zwischen den Aufstiegprozentzahlen der mittleren und oberen Einkommenklassen auf dem Lande größer als in den Städten. Während also die für die städtischen Bezirke festgestellte stärkere Hebung der unteren als der oberen Einkommenschichten auf eine in sozialem Sinne günstige Einkommenbewegung hindeutet, ist bei der in allen Gebieten geringeren Hebung der mittleren als der oberen Einkommenklassen das Gegenteil der Fall. Doch muß berücksichtigt werden, daß diese zwar geringere, immerhin aber noch sehr beträchtliche Hebung der mittleren Einkommen in dem Charakter dieser Einkommen begründet zu sein und daher nichts Bedenkliches zu haben scheint. Auf Grund einer Gegenüberstellnng der prozentuellen Erhöhung des Durchschnittseinkommens aller physischen Zensiten und der Entwicklung der Unterhaltsmittelpreise ergibt sich ferner, daß in der Periode 1896—1906 im allgemeinen auch eine Erhöhung des Realeinkommens, also eine Besserung der Wohlstandsverhältnisse stattgefunden hat.

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Die Württembergische Torfwirtschaft.

In den „Münchener volkswirtsch. Studien", herausgeg. von Brentano und Lotz, ist „Eine wirtschaftliche Studie unter besonderer Berücksichtigung Oberschwabens nach dem Ergebnis einer Privaterhebung" (München 1911) erschienen, deren Ver-



fasser Dr. Fridolin Liebel zunächst einen Überblick über die Geschichte der Württembergischen Torfwirtschaft gibt, deren Anfänge bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen. Im zweiten Teile beschäftigt er sich mit dem heutigen Stand der oberschwäbischen Torfwirtschaft. Der statistischen Erfassung dieser Torfbetriebe bereitet vor allem Schwierigkeit, daß der oberschwäbische Bauer sein Torfried vornehmlich, wenn es ihm einen Futterertrag oder die geschätzte Riedsteuer abwirft, in erster Linie zu seinem landwirtschaftlichen Besitztum, und seinen Torfstich, den er gewöhnlich selbst mit seinen Angehörigen oder seinen landwirtschaftlichen Dienstboten betreibt, zum Landwirtschaftsbetrieb rechnet. Die Zahl der Torfstichbetriebe als landwirtschaftliche Nebenbetriebe und sehr wahrscheinlich auch die Zahl der Kleinbetriebe erscheint deshalb in der deutschen Reichsstatistik, die die Torfbetriebe unter Torfgräberei und Torfbereitung aufführt, zu gering Um über die wirkliche Ausdehnung der Torfwirtschaft, über allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse der Torfstiche (Lage innerhalb des Bezirks, ungefähre Torfhaltigkeit, Zustand der Stichplätze), namentlich Entwässerung, Art der Produktion, (Handbetrieb, maschineller Betrieb, Art der Produkte), Höhe der Produktion, Absatzverhältnisse (Höhe des Absatzes, Produktenpreise, Absatzmarkt), Arbeitsverhältnisse Aufschluß zu erhalten, sah sich der Verfasser veranlaßt, selbst eine Erhebung zu veranstalten, der die Ergebnisse des Jahres 1906 zugrunde gelegt werden. sollen. Zu diesem Zwecke, wurde zunächst die Mithilfe der zuständigen Oberämter in Anspruch genommen, welche wiederum die Schultheißenämter veranlassen sollten, die Adressen sämtlicher Besitzer von Torfgrundstücken und Torfstichen usw. zusammen zu stellen. Auf Grund dieser Adressen gelangten über 4000 Fragebogen zur Verteilung, von denen jedoch nur etwa 1350 für die Verwertung brauchbar ausgefüllt wurden. Bei der Frage nach dem die Betriebe charakterisierenden Moment wurde angesichts des engen Zusammenhanges von Torfwirtschaft und Landwirtschaft die flächenmäßige Ausdehnung der Betriebe ins Auge gefaßt. Freilich scheint, wenn schon dieser Gesichtspunkt zugrunde gelegt werden sollte, die Größe des Torfbetriebes bestimmt zu werden nicht so fast durch die Ausdehnung der eingenommenen Riedflächen überhaupt, als durch die torfwirtschaftlich bedeutsame Riedfläche. Es zeigte sich nämlich, daß sehr viele Torfparzellen gar nicht ausgebeutet werden. Bei ausschließlicher Zugrundelegung des Flächengesichtspunktes könnte es vorkommen, daß Torfbetriebe, die nicht viel mehr abwerfen, als den eigenen Bedarf einer größeren Bauernwirtschaft, und solche welche kaufmännisch geleitet und maschinell ausgestattet, alle ihre Produkte weithin versenden neben einher in einer Betriebsgrößenklasse erscheinen würden. Zur weiteren Charakterisierung der Torfbetriebe legte deshalb der Verf. den erzielten Produktionseffekt zugrunde. Er unterschied:

1. Kleinbetriebe mit einer Jahresförderung von 1000—30000 Torfsoden (gewöhnliche Größe 35 : 10 : 10 cm).
2. Mittelbetriebe mit einer Jahresförderung von 31000—100000.
3. Größere Betriebe mit einer Jahresförderung von über 100000—1000000.
4. Größte Betriebe mit einer Jahresförderung von 1000000 und mehr.

Danach ergab sich, daß, von sämtlichen Betrieben 79,6 %, also fast ⅘ als Kleinbetriebe anzusprechen sind. Zu den Mittelbetrieben gehören 15 %, während die größeren Betriebe 4,7 % und die größten Betriebe nicht einmal 1 % aller oberschwäbischen Torfbetriebe umfassen.

Das Hauptprodukt ist der Brenntorf. Die gesamte Brenntorfproduktion Oberschwabens dürfte nach der Schätzung des Verfassers im Jahre 1906 auf mindestens 50000 Tonnen zu veranschlagen sein, wovon ungefähr ein Viertel auf das Oberamt Saulgau trifft. Dazu kommt noch die Produktion der hauptsächlichsten oberschwäbischen Torfstreu und Mullwerke, welche sich von 3325 Tonnen im Jahre 1901 auf 5669 Tonnen bis zum Jahre 1906 erhöhte.

Die Frage, wo die jährliche oberschwäbische Torfproduktion konsumiert wird, ist dahin zu beantworten, daß weitaus der größte Teil im Haushalt der Produzenten Verwendung findet. Erst was der Torfbauer über seinen eigenen Bedarf hinaus produziert, bringt er auf den nächstgelegenen Markt. Eine Versendung auf weite Entfernung erweist sich wegen der hohen Frachtkosten und der geringen Konsistenz des Torfes in den meisten Fällen als unrentabel.

L. Zach.

XI. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Verkürzung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben in Frankfurt a. M.

Im Statistischen Amte der Stadt Frankfurt a. M. ist eine Denkschrift „Die Arbeitszeiten der städtischen Arbeiter und Unterangestellten und die durch ihre Verkürzung entstehenden Mehrausgaben, Stand vom März 1907“ bearbeitet worden, die als Manuskript gedruckt wurde und sich auf einen Antrag aus dem Stadtverordneten-Versammlungsbericht, die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter auf 9, bzw. 9½ Stunden zu reduzieren, bezieht. Sie wendet sich zunächst gegen den Begriff eines allgemeinen einheitlichen städtischen Arbeitstages. Ein solcher läßt sich nur in werkstättenähnlichen Betrieben der Stadt einrichten. Überall da, wo Schichtbetriebe vorkommen, für welche unter Umständen komplizierte Dienstpläne aufgestellt werden müssen, läßt sich nur etwa eine periodisch durchschnittliche tägliche Arbeitszeit festsetzen und berechnen. In diesen Fällen gibt aber die berechnete Arbeitszeit keineswegs ein Bild von der Beanspruchung des Arbeiters. Ebensowenig ist dies der Fall an denjenigen Stellen, wo die Dienstbereitschaft infolge der Verkehrsverhältnisse oder dergleichen vorherrscht oder da, wo die Arbeiten zeitweilig durch Pausen in einer Weise unterbrochen werden, daß die Beanspruchung des Personals dauernd schwankt. Bei einer Beurteilung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsdauer bestimmter Arbeiter-Kategorien muß also der Dienst selbst beobachtet und untersucht werden, und es ist nicht angängig, lediglich zahlenmäßig die Arbeitszeiten verschiedener Arbeiter-Kategorien der gleichen Stadt oder derjenigen

verschiedener Städte miteinander zu vergleichen. Die Denkschrift bemerkt dazu, daß zu der fälschlichen Auffassung eines allgemeinen gleichartigen Normalarbeitstages für alle Arbeiter-Kategorien vielleicht eine Vorschrift in der städtischen Arbeiter-Ordnung Veranlassung gegeben habe, welche lautet: „Die Dauer der täglichen wirklichen Arbeitszeit (ausschließlich der Ruhepausen) beträgt in der Regel 10 Stunden.“ Es war bei Erlaß dieser Bestimmung lediglich die Absicht, eine mittlere Richtschnur zu geben, während bei der endgültigen Festsetzung der Arbeitszeiten die Bedürfnisse der verschiedensten Betriebe berücksichtigt werden sollen. So muß also auch bei einer Änderung der zurzeit bestehenden Arbeitsdauer jeder einzelne Betrieb einer Untersuchung unterzogen werden, und es darf nicht etwa die gesamte Arbeiterschaft als ein Ganzes in dieser Beziehung behandelt werden. Nach einer kurzen Besprechuug verschiedener Arbeitsbedingungen bei den einzelnen Betrieben, welche als Ergänzung zu einer an dieser Stelle (D.St.Z. 1909 Sp. 115) bereits besprochenen Veröffentlichung des Statistischen Amtes über die Arbeitszeiten der städtischen Arbeiter (Heft 7 der Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt am Main) dienen soll, bringt die Denkschrift eine Übersicht über die Arbeits-Verhältnisse (seit der Erhebung März 1909). Die Arbeiterschaft wird nach 3 Gruppen unterschieden in

1. Arbeiter mit täglich gleichmäßigem Dienst,
2. Arbeiter mit wechselndem Dienst, für welchen sich kein Dienstplan aufstellen läßt,
3. Arbeiter mit kurzperiodisch wechselndem Dienst, für welche ein Dienstplan besteht.

Unter Benutzung berechneter durchschnittlicher Arbeitszeiten für die Schichtarbeiter ergibt sich darnach, daß 12% der gesamten Arbeiterschaft bereits höchstens 9 Stunden arbeitet; sodann 51,6% über 9 Stunden bis 9½ Stunden, 21,1% über 9½ bis 10 Stunden und 10,3% 10 Stunden und 4,7% über 10 Stunden. Die gesamte Arbeiterschaft der Stadt Frankfurt am Main belief sich auf rund 5200 Mann ständige und unständige Arbeiter. Von der Zeit der Erhebung im März 1909 bis zur Herausgabe der Denkschrift sind inzwischen weitere Verkürzungen der Arbeitszeit erfolgt, beispielsweise bei der Marktverwaltung, sowie bei der Schlacht- und Viehhofverwaltung auf 9½ Stunden. Für das Personal der Straßenbahn sind 9 Stunden 6 Minuten der Durchschnitt der Fahrplanperiode. Ferner sind noch bei einer Reihe kleinerer Arbeitergruppen Verkürzungen der Dienstzeit eingeführt worden. Zur Zeit der Herausgabe der Denkschrift ist weiter für die Ofenarbeiter des Gaswerks im Sommer die achtstündige Schicht, im Winter die neunstündige Schicht eingeführt, und es ergibt sich, unter Berücksichtigung der eingeschobenen Pausen, im Jahresdurchschnitt eine wirkliche Arbeitszeit von 8 Stunden.

Die Denkschrift behandelt sodann noch tabellarisch unter den bereits genannten Vorbehalten die wirklichen Arbeitszeiten bei den verschiedensten Arbeiterkategorien, die Ruhepausen und die Gewährung freier Sonntage und Wochentage.

A. Busch.

XIV. Arbeiterstatistik.

Lohn, Arbeitszeit usw. der Buchdrucker im Deutschen Reich.

Nachweise hierüber enthält ein Bericht des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1910 an den Tarifausschuß.

Die Tarifgemeinschaft besteht seit den siebziger Jahren und hat die Grundlage gebildet, auf welcher seit 20 Jahren der Friede im Buchdruckgewerbe erhalten wurde; unter zeitgemäßen Abänderungen ist sie vom 1. Januar 1912 ab für weitere 5 Jahre erneuert worden.

Der Bericht beruht auf den vom Tarifamte, dem die Aufsicht über die Durchführung des Tarifs obliegt, versandten Fragebogen, die für 1910 an alle Buchdruckereien im Reiche verschickt wurden, und zwar derart, daß nicht nur diese, sondern auch deren Gehilfen einen Fragebogen erhielten. Die Ausfüllung wurde sehr vernachlässigt, so daß mehrere Erinnerungen notwendig waren, und von der Versendung der Fragebogen bis zur Veröffentlichung des Berichts 1½ Jahre verstrichen.

Der Nachweis für 1910 bezieht sich auf die tariflichen Verhältnisse von 1719 Orten mit 6830 Buchdruckereien und 64609 Gehilfen, während aus 524 Orten (24,3%) mit 1485 Buchdruckereien (19,4%), die ebenfalls den Tarif anerkannt haben und 4232 Gehilfen (6,7%) beschäftigen, die Nachweise fehlen.

Von obigen 6830 Firmen hatten 6174 (90,4%) den Tarif anerkannt, bei 656 (9,6%) war dies nicht der Fall. Beschäftigt wurden bei den 6830 Firmen 2153 Geschäftsführer, 1847 Korrektoren, 40239 Handsetzer, 3898 Maschinensetzer, 491 Obermaschinenmeister, 11472 Maschinenmeister, 2591 Schweizerdegen (Setzer und Drucker in einer Person), 1618 Stereotypeure, 300 Galvanoplastiker und 24853 Hilfspersonal, davon 8723 männliches, und 16130 weibliches. Auf 45432 Setzer entfielen 10974 (24,2%), auf 12768 Drucker 4624 (36,2%) Lehrlinge. Überschritten wurde die durch den Tarif festgesetzte Lehrlingsstaffel, nach welcher bis auf 3 Setzer 1 Lehrling, auf 4—7 2, auf 8—12 3 usw., bis auf 2 Drucker 1 Lehrling, auf 3—5 2, auf 6—9 3 usw. gehalten werden dürfen, von 556 Firmen mit insgesamt 798 Setzer-, und von 98 Firmen mit 120 Druckerlehrlingen.

Von den 54302 eigentlichen Gehilfen waren 37734 (69,5%, 1907 73,4%) zu der im Tarif festgelegten Arbeitszeit von wöchentlich 53½ Std. (ausschl. Pausen) beschäftigt, während 12892 (23,7%, 1907 18,3%) eine kürzere und 3537 eine längere Arbeitszeit hatten. Von 40239 Setzern wurden 4665 (11,6%, 1907 15,1%) im Berechnen (Akkordlohn), 35574 (88,4%, 1907 84,9%) in festem Wochenlohn (Gewißgeld) beschäftigt. Von ersteren wurden 1,3%, von letzteren 1,7% unter den tariflichen Lohnsätzen entlohnt. Die Höhe des Gewißgeldes regelt sich nach Altersklassen. Von der Gesamtheit der Gehilfen erhielten 17663 (35,6%, 1907 38,0%) den Mindestlohn ihrer Altersklasse, 30527 (61,5%, 1907 59,6%) darüber und 827 (1,7%, 1907 1,7%) weniger. Im Jahre 1900 wurden 29,9% zum Mindestlohn, 64,2% darüber und 5,9% unter Mindestlohn entlohnt, während im Jahre 1894 diese Zahlen 22,1%, 54,4% und 23,5% betrugen.

R. Kootz.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Schulärztliche Untersuchungen in den Hamburger Volksschulen.

Im letzten Schuljahr 1910/11 war, wie aus dem Anhang zum „Berichte des Medizinalrates über die Mediz. Statistik" für 1910 zu entnehmen, die Zahl der Volksschulen in der Stadt Hamburg 170 mit 106 573 Schülern. Dazu kommen noch 12 Hilfsschulen mit 1616 Schülern. Im ganzen 182 Schulen mit 54 053 Knaben und 54 136 Mädchen. Die allgemeine schulärztliche Untersuchung wurde im Berichtsjahr in 80 Volksschulen an 26 271 Knaben und 24 350 Mädchen ausgeführt, in den übrigen 90 Volksschulen nur an den 6 965 Schulanfängern (3380 Knaben und 3585 Mädchen). Die Untersuchung verweigerten 11 Knaben und 339 Mädchen aus einigen Schulen, während die meisten Schulen keine Weigerungen aufwiesen. Neuerdings ist auch die Zahnpflege (in einem zahnärztlichen Institut) für die Volksschulen eingeführt (mit Beginn am 1. April 1911).

Eine bemerkenswerte Neuerung ist noch, daß Feststellungen über die Fähigkeiten und Unterrichtserfolge der Schwerhörigen vorgenommen wurden. Einzelne Schüler sind daraufhin in die Schule für Schwachbegabte oder in die Taubstummenanstalt umgeschult worden, und ferner hat man für normal oder gut Begabte zunächst zwei Klassen für Schwerhörige in einer Volksschule eingerichtet.

Der Zentralausschuß für Ferienkolonien berichtet, daß die einzelnen zugehörigen Vereine insgesamt 6152 Kinder in Ferienkolonien und Kinderheilstätten entsandt haben. Dazu kommen noch 1665 Kinder, deren sich die allgemeine Armenanstalt angenommen hatte. Doch waren die 4323 Kinder, für die ein Schularzt eine auswärtige Ferienerholung als sehr dringend, ebenso die 4074, für die er sie als dringend und 2506 Kinder, für die er sie als wünschenswert bezeichnet hatte, leider nicht sämtlich in Kur genommen worden. Teils berücksichtigen die Wohltätigkeitsvereine vorwiegend solche Kinder, deren Eltern einen Kostenbeitrag leisten, teils verzichten Eltern auf die Ferienkur ihrer Kinder, wenn sie aus Mitteln der Armenverwaltung bestritten wird, um nicht das Wahlrecht zu verlieren.

Auch bei der Erörterung über die Einrichtung oder den Ausbau der Schulspeisung sind die Schulärzte lebhaft beteiligt gewesen.

Bei den Untersuchungen der Schulkinder auf ihren Gesundheitszustand ist Blutarmut in bedeutend geringerem Maße angetroffen als im Vorjahre. Dagegen haben sich für Lungentuberkulose höhere Zahlen herausgestellt, während die Zahl der Tuberkuloseverdächtigen abgenommen hat. Zum Teil wird dies auf Änderungen in der Untersuchungsmethode zurückzuführen sein. Diese Vermutung spricht auch der Berichterstatter, Verwaltungsphysikus Prof. Dr. Pfeiffer, aus.

Das Ergebnis der Messungen des Brustumfanges, der Größe und des Gewichts der Knaben und Mädchen in den einzelnen Schulpflichtjahren deckt sich in bezug auf das Verhältnis der Knaben zu den Mädchen naturgemäß annähernd mit dem vorjährigen. Der Brustumfang der Knaben ist in den ersten Schuljahrgängen im Durchschnitt merklich größer als bei den Mädchen, gleicht sich aber allmählich aus, bis im siebenten Schuljahr die Mädchen den Vorrang gewinnen. Auch im Gewicht stehen während der ersten Jahre die Knaben voran, doch schon etwa im fünften Schuljahr übertrifft das Gewicht der Mädchen das der Knaben. Bei der Körpergröße ist es ähnlich. Hier überholen die Mädchen etwa im sechsten Schuljahr die Knaben.

W. Beukemann.

XXV. Statistische Sammelwerke.

Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand.[1])

Wenn in jüngster Zeit die Gepflogenheit, Gedenktage, in dem Leben und Wirken um die Wissenschaft vorragend verdienter Männer durch Darbringung eines besonderen zusammenfassenden Fachwerks gewissermaßen spezifisch wissenschaftlich zu feiern, immer mehr um sich greift, so wird man dieses nur mit voller Genugtuung begrüßen dürfen, nicht nur weil darin ein ehrendes Zeichen der Dankbarkeit und der Anerkennung wissenschaftlicher Verdienste zu sehen ist, sondern ebenmäßig auch, weil damit gleichzeitig durchweg ein nicht zu unterschätzender Gewinn für die Wissenschaft und dadurch auch für die Allgemeinheit erzielt wird. In beiden genannten Beziehungen hat das vorliegende Werk uneingeschränkte Anerkennung zu beanspruchen. Das, was Georg von Mayr für die Statistik geleistet hat, hervorzuheben, ist hier nicht der Raum; als unbestrittene Tatsache sei nur hingestellt, daß er mit vollstem Recht als ein Altmeister der Statistik und besonders der deutschen Statistik gefeiert ist. Gleicherweise zeichnet sich aber auch die Georg von Mayr dargebrachte Ehrengabe als wissenschaftlich bedeutungsvoll aus; indem sie einem schon seit länger sich fühlbar machenden Bedürfnis entgegenkommt, füllt sie eine bisher unverkennbar vorhandene Lücke in der statistischen Fachliteratur in sachentsprechendster und vorzüglicher Weise aus.

Die eigentliche Entfaltung der Statistik als solcher, der Aufschwung, in dem sie sich überhaupt erst die Anerkennung als einer Wissenschaft eroberte, liegt verhältnismäßig eine kurze Zeit zurück; sie wird nahezu vollkommen von der Spanne des Lebens des mit der zu besprechenden Ehrengabe bedachten Jubilars umfaßt, der daher ganz in dem Entwicklungsgang steht und vermöge seines reichen fördernden Schaffens innerlich eng mit demselben verbunden ist. Trotz der Kürze ihres wissenschaftlichen Bestehens hat sich aber die Statistik unter dem Einfluß unseres in Schnelligkeit lebenden und handelnden Zeitalters auf allen Gebieten des Volks- und Wirtschaftslebens verzweigt und einen Wirkungskreis von außerordentlicher Ausdehnung gewonnen. Die wissenschaftliche Vertiefung ging so mit einer ungemeinen Erweiterung des äußeren Gebietes Hand in Hand, da man die feste und sichere zahlenmäßige Grundlage, wie sie die

1) Ehrengabe für Georg von Mayr bei der Feier seines 70. Geburtstages. München und Berlin 1911. J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier). Zur Ergänzung der vorstehenden allgemeinen Würdigung des Werkes folgt demnächst eine Besprechung des Inhalts im einzelnen. *Red.*

wissenschaftlich ausgeübte Statistik für die einzelnen Erscheinungen zu geben vermochte, nach ihrer hohen Bedeutung richtig zu würdigen lernte und sodann für tunlichst viele Verhältnisse zu erlangen wünschte. Durch diese weitgehende Verzweigung der Statistik in den äußeren Einzelgebieten, die sich immerhin ja mit mehr oder weniger Selbständigkeit vollzog, konnte aber der Überblick über die Statistik als Ganzes nur wesentlich erschwert werden, während unverkennbar ein derartiger Überblick bei dem inneren Zusammenhang und dem wechselseitigen Bedingen der sich auf den Einzelgebieten betätigenden Zweige der Statistik von einem nicht zu unterschätzenden Wert sein mußte. Diesen Überblick durch eine Darlegung der gesamten Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand zu schaffen, hat sich das vorliegende Werk zur Aufgabe gesetzt. Schon hierdurch allein muß es als besonders bedeutungsvoll erscheinen.

Gewisse Ansätze, die Statistik in ihrem Entwicklungsgang und dem dadurch schnell erreichten Umfang näher festzulegen, finden sich allerdings schon in einzelnen Sammelwerken, wie dem von Elster, Conrad, Loening pp. herausgegebenen Handwörterbuch der Staatswissenschaften, dem v. Stengel-Fleischmannschen Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts und anderen; aber diese beziehen sich doch immer nur auf verhältnismäßig wenige Einzelzweige des umfassenden Gebiets der Statistik und behandeln selbst diese meist durch die gebotene Kürze in einer beschränkteren und unvollständigen Weise, vielfach auch lediglich als Beiwerk sonstiger Wissenschaftsteile. Dadurch, daß das vorliegende Werk gleichmäßig alle die zahlreichen Einzelverzweigungen der Statistik zu erfassen und unter Berücksichtigung ihres besonderen Entwicklungsgangs nach dem derzeitigen Stand zu schildern sucht, erweist sich dasselbe als eine originale Neuerscheinung, die dementsprechend höher zu bewerten ist.

Diese Neuerscheinung ist durch das Zusammenarbeiten einer namhaften Zahl (51) von Fachmännern und zwar fast durchweg Praktikern aus der Reichs-, Landes-, Kommunal- und Privatstatistik ins Leben gerufen worden. Auch hierin dürfen wir eine Gewähr für die Güte des Werks erblicken. Jeder einzelne Mitarbeiter hat gerade dasjenige Gebiet, für welches er ein vorragenderes Interesse besaß, auf dem er sich zumeist auch schon besonders betätigt hatte, näher dargelegt. Auf diese Weise wurde in der gemeinsamen Arbeit stets der rechte Mann auf den rechten Fleck gestellt und damit wiederum eine gesicherte Aussicht auf die Erreichung des Bestmöglichen gegeben. Dieser zunächst theoretische Gesichtspunkt hat sich für das vorliegende Werk auch nach seiner praktischen Durchführung als durchaus zutreffend bewährt. Speziell für ein Werk wie das zu besprechende muß ein derartiges Zusammenarbeiten einer großen Anzahl von Einzelkennern als günstig und nutzbringend angesehen werden. Nicht allein, daß es dadurch in weit kürzerer Zeit — wenn nicht sogar überhaupt — ermöglicht wird, sondern es muß ebenmäßig dasjenige, was geboten wird, seinem Gehalt nach erweitert und gehoben werden, wie es sich hier auch tatsächlich zeigt. Es liegt dies schon in der weiten Verzweigung des zu bearbeitenden Gebiets begründet. Wir glauben, daß es einem einzelnen, und sei er auch der Befähigtste, nicht möglich gewesen sein würde, den Überblick über das ganze Gebiet der Statistik mit der Genauigkeit und unter der richtigen Würdigung aller Einzelheiten zu geben, wie er uns jetzt vorliegt. Von Bedeutung erscheint dabei noch, daß vorwiegend Praktiker sich an der Arbeit beteiligt haben, denn hier, wo es sich wesentlich um Spezialgebiete und um eine Darlegung von Entwicklung und derzeitigem Stand handelt, wird sich der Praktiker, der in dem einzelnen Spezialgebiet steht und die Entwicklung desselben zum jetzigen Stand mehr oder weniger tatsächlich mitgemacht hat, meist geeigneter für die Erfüllung der Aufgabe erweisen wie der Theoretiker, der in erster Linie die großen Hauptzüge und die grundsätzlichen Fragen im Auge haben muß. Auch in dieser Beziehung erscheinen die Einzeldarlegungen von berufenster Stelle gegeben, wovon den näher Eingeweihten ein Blick auf die Namen der Verfasser überzeugen wird.

Die Einheitlichkeit in der Behandlung kann naturgemäß bei einem derartigen Werk zahlreicher Mitarbeiter nicht in der gleichen Weise wie bei dem eines Einzelautors gewahrt bleiben. So zeigt es sich bei unserem Werk, daß der Umfang der einzelnen Abschnitte manchmal nicht immer ganz im Verhältnis zu der inneren Bedeutung derselben steht; bei einigen minder wichtigen Abschnitten dürfte die Ausdehnung vielleicht etwas zu groß erscheinen namentlich gegenüber der Behandlung von Hauptfragen. Zum Teil ist diese verschiedenartige Ausdehnung, wie uns mitgeteilt wurde, auch aus Verlagsrücksichten geboten gewesen. Wir möchten dieser immerhin nur vereinzelt auftretenden Verschiedenheit doch nur eine untergeordnete Bedeutung beimessen, denn trotz ihrer ist die allgemeine Einheitlichkeit in dem Werk in vollem Maße gewahrt; wir haben nicht etwa nur eine Sammlung zahlreicher, nur lose aneinandergereihter Abhandlungen sondern ein in sich abgeschlossenes, einheitlich durchgebildetes Einzelwerk vor uns, das aus gemeinsamer zusammenhängender Mitarbeit vieler Fachgenossen hervorgegangen ist.

Das Werk zerfällt in vier Abschnitte; der erste behandelt Geschichte, Bedeutung, Organisation und Technik der deutschen Statistik, der zweite die Bevölkerungsstatistik, der dritte die Kulturstatistik und der vierte die Wirtschafts- und Sozialstatistik. Der letzte Abschnitt ist weitaus der umfassendste; er nimmt den ganzen zweiten, etwa 150 Seiten stärkeren Band ein, während die drei ersten Abschnitte in dem ersten Band vereinigt sind. Wie innerhalb dieser großen Abschnitte die in Einzeldarstellungen behandelten besonderen Zweige der Statistik wiederum ausgeschieden sind, wollen wir hier nicht näher berühren; bei der großen Zahl und dem nur beschränkt verfügbaren Raum hätte eine Berücksichtigung doch nur auf eine Wiedergabe des Inhaltsverzeichnisses hinauslaufen können. Im allgemeinen übereinstimmend ist dem Zweck des Gesamtwerkes entsprechend für jeden einzelnen Zweig der Statistik die besondere Bedeutung

desselben nachgewiesen, ebenso wie dasjenige, was auf dem betreffenden Gebiete bislang geleistet wurde, eventuell auch weiter auf demselben erstrebenswert scheint. In erster Linie ist überall das Methodische der Statistik zur Darstellung gebracht; die materiellen Ergebnisse der einzelnen Statistiken haben eventuell nur nebenbei Berücksichtigung gefunden. Jeder einzelne Zweig ist mit innerer Gründlichkeit und im Umfang des Werkes nach jeder Richtung hin erschöpfend behandelt worden.

Als allgemeines Endergebnis können wir hervorheben, daß die v. Mayrsche Ehrengabe dasjenige, was sie zu sein versprochen, nach Maßgabe ihres ganzen Plans und ihrer anerkennenswerten Ausführung in vollstem Maße erfüllt. Sie zeigt uns die Statistik im Deutschen Reich, wie sie sich unter weitgehender Verzweigung auf Einzelgebieten nach und nach entwickelt und nunmehr auf einen an sich hohen Stand gehoben hat. Nach ihrer ganzen Anlage und inneren Ausgestaltung hegen wir die feste Zuversicht, daß die am Schluß des Vorworts ausgesprochene Hoffnung des Herausgebers F. Zahn, sie möge für die weitere Entwicklung der deutschen Statistik selbst und die Erfüllung ihrer hohen Aufgaben brauchbare Lehren und Richtlinien geben, nicht getäuscht werden wird.

F. W. R. Zimmermann.

Das proletarische Kind.

Durch zunehmenden Wohlstand, durch Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage hat neben anderen Ursachen neuzeitig die Geburtenziffer abgenommen. Wer die Literatur der modernen Bevölkerungsbewegung etwas eingehender studiert, findet darin mitunter Stellen, aus denen hervorgeht, daß tatsächlich die proletarischen Kreise die relativ größte Bevölkerungszunahme stellen (in der in Nr. 7 dieses Blattes angezeigten Arbeit von Bertillon, *la dépopulation de la France* ist dieser Gedanke weiter ausgeführt auf Seite 102 u. ff. dieser Arbeit.) Was den Statistiker an unter obigem Namen erschienenen Studie von Otto Rühle (München 1911, 3 ℳ) fesselt, ist vor allem der Versuch einer Gesamtdarstellung von Tatbeständen, Verhältnissen und Bedingungen, die sich auf die Entwicklung des proletarischen Kindes beziehen, mit anderen Worten, das im wesentlichen auf statistischer Basis beruhende, tiefere Eindringen in die Qualität einer für die völkliche Weiterentwicklung bedeutungsvollen sozialen Masse. Aus der Lektüre des Buches erkennt man sehr bald die Bedeutung der Statistik für die Zwecke der Intervention der öffentlichen Gewalt in sozialpolitisch bedenkliche Zustände und Erscheinungen. Aus dem reichen Inhalt des Buches erwähnen wir die Ausführungen über Säuglingssterblichkeit, über uneheliche Geburten, mutterlosen Haushalt, körperliches und geistiges Manko, Schäden der Kinderarbeit, über Kriminalstatistik der Jugendlichen, sowie Selbstmorde in dieser Kindermasse. Aus der Studie kann besonders der Städtestatistiker allerlei wertvolle Anregung schöpfen für die Zwecke einer exakteren Kenntnis der proletarischen Klasse. Leider vermissen wir in dieser Studie ziffernmässige Anhaltspunkte über Bestand und Entwicklungstendenzen des vorwiegend städtischen Proletariats.

E. Müller.

Vermischte Mitteilungen.

Eine Sterblichkeitsstatistik der deutschen Lehrerschaft in großem Maßstabe, nämlich auf das ganze Jahrzehnt 1913—1922, plant eine vom „Deutschen Lehrerverein" eingesetzte Kommission. Eine am 1. Januar 1913 und an einigen oder allen folgenden Jahresanfängen auszufüllende Individualkarte soll die Bestandszahlen liefern, während durch weitere Zählkarten für Zugang, Abgang und Todesfälle die Veränderungen zu ermitteln sein werden. Außer auf die Volksschullehrer soll die Erhebung sich auf die Lehrerinnen, sowie auf die pensionierten und die in höhere Lehrämter übergetretenen Lehrer erstrecken. Billigt die Vertreterversammlung des Lehrervereins den Plan, so ist angesichts der bisherigen erfolgreichen statistischen Tätigkeit des Vereins zu erwarten, daß die Schwierigkeiten überwunden werden, die sich einem solchen nichtamtlichen Unternehmen stets entgegenstellen und hier hauptsächlich in der vollständigen Erfassung der Veränderungs- und Todesfälle liegen dürften. Ob die nach den „Schulstatistischen Blättern", die über den Plan ausführlich berichten, beabsichtigte jährliche Veröffentlichung von Sterbetafeln bei nur 4000 Sterbefällen empfehlenswert ist, kann zweifelhaft scheinen.

Über **Veränderungen bei den statistischen Ämtern** und unter ihren Leitern und wissenschaftlichen Beamten seit dem Abschluß der in Nr. 2 des Jahrgangs 1911 des Deutschen Statistischen Zentralblatts erschienenen Zusammenstellung sind der Redaktion infolge einer Umfrage Nachrichten mitgeteilt worden, die in der vorliegenden Nnmmer erscheinen sollten. Die Redaktion fühlt sich wiederum verpflichtet, ihren Dank für die freundliche Gewährung der erbetenen Auskünfte zum Ausdruck zu bringen, muß aber teils wegen Raummangels, teils wegen des Fehlens einiger Antworten die Veröffentlichung bis zur nächsten Nummer (1. März) zurückstellen.

Bibliographie.

11. Literatur der Bautätigkeits- und Wohnungsstatistik.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

(Schluß von Sp. 29—32. Siehe die dortigen Vorbemerkungen.)

Erkrankungen [epidemische] in Berlin 1908 nach der Wohnungslage. (Tabellen der Bevölkerungsbewegung, Berlin, Städtisches St. A. 1910, S. 98)

Festschrift, enthaltend die Geschichte des Beamten-Wohnungs-Vereins zu Berlin. Berlin 1910. (43. S.) ℳ 2.—.

Flügel, W., Ergebnisse einer Wohnungsaufnahme [der Lehrer] in Berlin. (Schulstatistische Bl. 1911. 2.)

Jahresbericht des Vereins z. Verbesserung d. kleinen Wohnungen in Berlin f. 1910. Berlin 1911. (7 S.)

Grundstücksaufnahme von Ende Oktober 1905 sowie die Wohnungs- u. Bevölkerungsaufnahme vom 1. Dezbr. 1905 in der Stadt Berlin und 29 benachbarten Gemeinden. Herausgegeben vom St. A. I. Abt.: Grundstücks- u. Wohnungsaufnahmen. (XII u. 98 S.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht ℳ 4.—.

Jahresbericht, 2., des Ansiedelungsvereins Groß-Berlin. Berlin 1910, Federn. ℳ —.30.

Kuczynski, R., Der Wohnungsmarkt in Groß-Berlin am 15. Oktbr. 1910. (Groß-Berlin 1910/11, H. 12 u. 1911, H. 8/9.)

Übersicht über die Bautätigkeit in Groß-Berlin in den Jahren 1901—1909. (Charlottenburger St. M., Mai 1910.)

Wohnungsverhältnisse in Berlin und 28 Nachbargemeinden nach der letzten Erhebung vom 1. XII. 1905. (Groß-Berlin 1910, 3 u. 4.)

Jahresbericht d. gemeinnützigen Bremer Bauvereins f. 1910. Bremen 1911. (7 S.)

Wohnhäuser der Stadt Bremen nach Zahl und Steuerwertklassen 1909. (Jahrb. f. Bremische Statistik 1910, S. 48—52.)

Abgang an Gebäuden und Wohnungen durch Abbruch in Breslau im Jahre 1909. (Anhang zum M. B. Februar 1910.)

Bautätigkeit in Breslau im Jahre 1909, sowie im Vorjahre nach den polizeilichen Bauabnahmen. (Anhang zum M. B. 1910, Februar.)

Bericht über die städtische Wohnungsaufsicht in Breslau. (Breslauer Stat., Bd. XXX 1, S. 98—102.)

Grundstücke u. Wohnungen in Breslau, deren Eigentümer, Bevölkerung und Mieten. (Breslauer Statistik, 31. Bd., H. 1, S. 84—97.)

Wohnungsaufsicht in Breslau f. 1909. (Ebd., 30. Bd., 1, S. 98—103.)

Zugang an Wohnungen durch Neubauten in Breslau, im Jahre 1909. (Anh. zu dem M. B. Februar 1910.)

Neubauten u. Abbrüche in Charlottenburg 1910. (St. M. 1910, Mai, August, November u 1911, Januar.)

Wohnungen, Die leerstehenden, ohne Gewerberäume, in Charlottenburg am 7. Mai 1910. (St. M. 1910, Mai.)

—, desgl. am 15. Oktober 1910. (Ebd. Dezember.)

Wohnungsamt, Das Charlottenburger. (Verw.-Ber. f. 1910, S. 172.)

Baupolizeiämter und Wohnungsamt in Chemnitz. (Verw.-Ber. f. 1910, S. 111—120.)

Härtwig, Vier Jahre Wohnungsaufsicht in Chemnitz. (Mitt. d. Vereins zur Bekämpfung d. Schwindsucht in Chemnitz. 1911. 4.)

Grundstücke, Bewohnte, in der Stadt Chemnitz am 8. Juli 1910. (St. M. 1910, 8, Beilage.)

Jahresbericht der Stiftung „Heim" in Chemnitz für 1910. (10 S.)

Arbeitsnachweisanstalt und Wohnungsnachweis zu Cöln. (Mitt. d Handelskammer 1910.)

Bericht über die Bautätigkeit in der Stadt Cöln während des Jahres 1910. (14 S.) Cöln, Stat Amt.

— über die Bautätigkeit in der Stadt Cöln während des 4. Viertels des Jahres 1910 nebst einer vergleichenden Übersicht über die Bautätigkeit in den größeren deutschen Städten. Cöln, Stat. Amt. (8 S.)

— über die Bautätigkeit in der Stadt Cöln während des 2. Viertels 1911. (8 S.) Cöln, Stat. Amt.

Cöln als Arbeitsort für auswärts Wohnende sowie als Wohnort für auswärts Arbeitende. (Anhang zu den Cölnischen Stat. Viertelj.-Heften 1910, 3.)

Krings, Die ersten 15 Jahre der ältesten Cölner gemeinnützigen Baugenossenschaft. (Zentralbl. f. allgem. Gesundheitspflege 1910, 9 u. 10.)

Wohnstätten, Die, die Haushaltungen und die ortsanwesende Bevölkerung der Stadt Cöln. (Anhang zu den Cölnischen Stat. Viertelj.-Heften 1911, 1.)

Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Cöln am 1. Dezember 1910. (24. S.) Cöln, Städtisches stat. Amt.

Statistik über die Danziger Wohnungsverhältnisse. (Verw.-Ber. f. 1910/11, S. 141—159.)

Arbeits- u. Wohnungsnachweis in der Stadt Darmstadt 1909. (Verw.-Ber., Darmstadt 1910, S. 173—177.)

Baupolizei in der Stadt Darmstadt 1909. (Ebd. S. 104—106.)

Bautätigkeit u. Baupolizei in Dresden. (M.-Ber. 1910, Anhang zu Nr. 4, 6, 9 u. 12.)

Bericht über die Tätigkeit der städtischen Wohnungsaufsicht in Dresden 1910. (Dresdner Bürgerztg. 1911, 13.)

Geschäftsbericht des Gemeinnützigen Bauvereins Dresden 1910/11. (8 S.)

— des Dresdner Spar- u. Bauvereins, f. d. Jahr 1910 [mit Darstellung der Entwicklung von 1898—1910]. (20 S.)

Grundeigentum, Wohnungen und Bautätigkeit in Dresden 1895—1909. (St. J. d. Stadt Dresden f. 1909, S. 70 ff.)

Pohle, L., Grundbesitz und Wohnungsverhältnisse. (In: Dresdens Entwickelung 1903—1909, Dresden 1910, S. 41—76.)

Kruschwitz, H., Die Baugeldbeschaffung f. städtische Wohnhausbauten in Dresden u. Bautzen. (XII, 79 S.) Leipzig, Dunker u. Humblot. ℳ 2.50.

Mietzinssparkasse des Dresdner Vereins gegen Armennot 1880—1909. (30. Rechenschaftsbericht des Vereins zu Dresden 1910, S. 23 ff.)

Tätigkeit des Wohnungsamtes der Stadt Dresden im Jahre 1910. (Ztschr. f. Wohnungswesen 1911, 2.)

Wohnhäuser, Die am 14. Juni 1910 in Bau begriffenen — und andere größere Baulichkeiten in Dresden. (M.-Ber. 1910, 12, Beilage.)

Vorlage des Oberbürgermeisters der Stadt Dresden über die Ergreifung von Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Kleinwohnungen. Dresden 1911. (Abgedruckt in Mitt. d. deutschen Städtetages 1911, 4.)

Wohnungsvermittelung in der Stadt Duisburg 1908 u. 1909. (Verw.-Ber., Duisburg 1911, S. 374.)

Bautätigkeit in Düsseldorf 1911. (Vierteljahrsübersichten zu den Stat. M.)

Fürsorge für den Bau von Kleinwohnungen in Düsseldorf. Denkschrift der Handelskammer. (119 S.) Düsseldorf, Bagel. ℳ 4.—.

Wohnungsaufsicht in Düsseldorf. (Zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Düsseldorfs 1910, Düsseldorf, Stat. Amt 1911, S. 27 ff.)

Zählung, Die, der leerstehenden Wohnungen in Düsseldorf am 1. Dezember 1910. (Beilage zu d. St. M. 1911, Januar bis März.)

Bau- und Wohnungspolizei in Elberfeld. (St. J. f. 1910, S. 220—227.)

Grundbesitz- u. Wohnungsverhältnisse in Elberfeld. (Ebd., S. 35—63.)

Wohnungsvermittelung in Elberfeld. (Ebd., S. 197.)

Tätigkeit der Essener Wohnungsinspektion 1899 bis 1900. (Stat. Jahresübersichten f. 1909 u. 1910, S. 138.)

— des städtischen Wohnungsnachweises in Essen seit 1901. (Ebd., S. 140.)

Wohnungsangebot und -Nachfrage in Essen nach der Zahl der Wohnräume 1908/09. (Ebd., S. 140.)

Wohnungswesen der Stadt Essen 1909 u. 1910. (Ebd., S. 26—30.)

Bericht der A.-G. f. kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. über das Geschäftsjahr 1909. (22. S.) Frankfurt a. M. 1910.

Flesch, M., Hygienische Ergebnisse der Aktienbaugesellschaft f. kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. (Soz. Hyg. u. Med. 1911, 1.)

Wohnungsnachweis, Städtischer, in Frankfurt a. M. 1911. (Stat. Jahresübersichten f. 1910/11, S. 65.)

Poth, Friedrich, Die baugewerbliche Produktion und der Liegenschaftsverkehr in Freiburg i. Br. 1900—1910. (Conrads Jahrbücher 1911, 2.)

Baupolizei, Wohnungspolizei und Wohnungsfürsorge in der Stadt Fürth. (Verw.-Ber. f. 1908 u. 1909, S. 58—63.)

Wohnungswesen in der Stadt Gotha 1909/10. (Verw.-Ber. f. 1909/10, S. 77—83.)

(II. 135) Ergebnisse der Zählung der leerstehenden Wohnungen in Görlitz am 19. Oktober 1909. Görlitz, Statistische Stelle 1910.

Bau- und Wohnungsstatistik für Halle a. S. 1910. (Verw.-Ber. f. 1910, S. 39—42.)

(III. 14) Leerwohnungszählung, Die, in Halle a. S. vom 1. Mai 1910. (Beil. z. St. M. 1910, April.) Halle 1910. — Dasselbe (St. Jahresübersichten f. 1900, Tab. 72—74.)

Wolff, H., Wohnung und Haushalt. (In: Beiträge z. Statistik d. Stadt Halle a. S., H. 13, S. 65—69.)

—, Ist ein Einfluß der Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer auf die Bautätigkeit in Halle festzustellen? (St. M. Ber. II, 11.)

Wohnungsinspektion in Halle a. S. 1910. (Verw.-Ber. f. 1910, S. 278.)

Wohnungsmarkt, Der, in Halle a. S. Die Zählg. der Leerwohngn. am 1. XI. 1909 u. die Neuwohngn. f. 1910. (IV, 32 S.) Amtlich. Halle, Gebauer u. Schwetzschke, ℳ 1,—.

Ergebnis, Endgültiges, der Anfang November 1911 in der Stadt Hamburg vorgenommenen Ermittelung des Bevölkerungsstandes und der Wohnungsverhältnisse. Hamburg, Stat. Bur.

Ermittelung des Bevölkerungsstandes und der Wohnungsverhältnisse in Hamburg 1905 u 1910. (Jahresbericht d. Stat. Bur. f. 1910, S. 35—40.)
Geschäftsbericht d. Bauvereins zu Hamburg f. 1910. (8 S. u. 4 Tfln.) Hamburg 1911.
Jahresbericht d. (Hamburger) Behörde für Wohnungspflege 1910. Hamburg 1911. (7 S.)
Roscher, Heinr., Sozialpolitische Wohnungsstudien in Hamburg. (29 S.) Hamburg, Meißner. ℳ —.75.
Stadt Hamburg, Die, nach der Anzahl der Wohnungen, Haushaltungen und Bewohner in den Jahren 1895 bis 1911. Hamburg, Stat. Bur.
Statistik der Mieten in Hamburg 1909. Hamburg, Stat. Bur. (8 S.)
— der Mieten in Hamburg. (J.-B. d. Stat. Bur. f. 1910, S. 40—42)
(III 235) — der Mieten in Hamburg 1910 und frühere Jahre. S.-Abdr. aus dem „Öffentl. Anz.". Hamburg, Lütcke u. Wulff.
Wohnungen, Die leerstehenden, in der Stadt Hannover am 1. Dezbr. 1910. (Anh. zu St. M. 1910. 4.)
Wohnungsmarkt und Wohnungsuntersuchungen in Karlsruhe, (Stat. Jahresübersichten f. 1910, S. 29 u. Tab. 49—52.)
Zählung d. leerstehenden Wohnungen in der Stadt Karlsruhe am 1. Dezbr. 1910. [Beiträge zur Statistik Nr. 27.] (8 S.)
Bautätigkeit, Die, in der Stadt Kiel 1904—1910. (St. M. Nr. 17.)
Grundeigentum, Bodenbenutzung, Gebäude u. Wohnungen in Königsberg i. Pr. (St. J. f. 1910, S. 7—24.)
Schmidt, R., Wohnungserhebung in Lechhausen (Oberbayern) 1908. (Zeitschr. Bayr. St L.-A. 1910, 3.)
Geschäftsbericht des Vereins Ostheim in Leipzig f. 1910. (24 S.)
Übersicht über die Bautätigkeit in Leipzig in den Jahren 1908 u. 1909. (Mitt. d. Handelskammer Leipzig 1910, 1.)
Wohnungen, Die leerstehenden, in Leipzig nach dem Stande vom 1. Novbr. 1909. (St. M. 1911, 4.)
(II 202) Wohnungsmarkt, Der, in Leipzig. Die Zählung der leerstehenden Wohnungen am 1. Novbr. 1909 und die Bautätigkeit im Jahre 1909. Leipzig, St. Amt 1910. (38 S.)
Übersicht über die Bautätigkeit in der Stadt Lübeck i. J. 1900. Lübeck. Stat. A. 1910.
— über die in der Stadt Lübeck Ende Oktober 1909 leerstehenden Wohnungen. Lübeck, ebd. 1910.
Haase, Ergebnisse einer Wohnungsaufnahme [der Lehrer] in Magdeburg. (Stat. Beil. zur Pädagogisch. Ztg. 1910, 8.)
Magdeburg als Arbeitsort und Wohnort. (Magdeburger Stat. 1910, S. 49—52.)
Wohnungsmarkt, Der Magdeburger, 1910. (Ebd., S. 35—48.)
Wohnungsinspektion, Die, der Stadt Mainz. (Verw.-Rechenschaft f. 1909/10, S. 95—99.)
Peter, H., Die Mannheimer Bauherren nach Bautätigkeit und Beruf im Jahre 1909. (Statist. Beitr. Mannheim 1910, Oktober.)
—, die Mannheimer Wohnungsherstellung im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhundert. (Ebd.)
Wohnungsmarkt, Der, in Mannheim, Mitte Novbr. 1911. (6 S.) Beitr. zur Statistik Nr 26.
Wohnungsaufsicht in Meißen. (Verw.-Ber. 1906 bis 1909, Meißen 1911, S 349—352.)
Jahresbericht d. städt. Rechtsauskunftsstelle und des Wohnungsausweises in Mülhausen i. E. f. 1909/10. (14 S) Mülhausen i. E. 1909.
Erhebung, Die, der Wohnnungsverhältnisse in der Stadt München 1904—1907. V. Teil: Das Westend. München, städtisches St. A. 1910. (29 S.)
Erhebung der Wohnungsverhältnisse in der Stadt München 1904—1907. VI. Teil: Gesamtergebnis [Mitt. St. A. XX Bd. 1.] (30 S. u. Plan.) München, Lindauer. ℳ 1.—.
(II 136.) Fiack, Zählung der leerstehenden Wohnungen in München am 7. Novbr. 1909. (Ebd. XXII. Bd., I, S 1—14.)
Armenwohnungen in der Stadt Nürnberg 1909. (Verw.-Ber., Nürnberg 1911, S. 326—28.)
Wohnungswesen in der Stadt Nürnberg 1909. (Ebd. S 202—212.)
(IV. 45) Zählung der leerstehenden Wohnungen in Nürnberg am 1. Dezbr. 1910. (Mitt. d. Stat. A. in der Beilage Nr. 144 zum Amtsbl. d. Stadt Nürnberg.)
Ergebnisse, Die, der Wohnungszählung in der Stadt Offenbach a. M. im Jahre 1906/07. (65 S.) Amtlich. Offenbach, Steinmetz. ℳ 3.—.
Moritz, F., Die Baupolizeiverwaltung in der Stadt Posen. (Die Residenzstadt Posen und ihre Verwaltung im Jahre 1911, S. 81—102.)
Wohnungen in d. Stadt Posen 1905—1910. (Erläuterungen zu St. M. 1911, 6. u. 12)
Wohnungsnachweis in Rixdorf. (Verw.-Ber. f. 1908 u. 1909, Rixdorf 1911, S. 158—160.)
Einkommen und Miete. (Vierteljahrsberichte d. St. A. Schöneberg 1910, 2.)
Rabenow, Die Wohnungen der Tuberkulösen in Schöneberg. (Archiv f. soz. Hygiene. VI. 4.)
Wohnungsgröße u. Mieten. (Vierteljahrsber. d. St. A. d. Stadt Schöneberg 1910. 3.)
Bautätigkeit, Die, in Stettin 1895—1908. (Handelsk.-Ber. f. 1908 II, Stettin 1911, S. 98.)
Grundbesitzwechsel, Bautätigkeit und Wohnungswesen in Stettin (St. J.-B. f. 1910, Tab. 25—37.)
Grundstücke und Wohnungen der am 1. April 1911 in Stettin eingemeindeten Stadtgebiete. (Anh. zu St. Vierteljahrsber. 1911, 1.)
Wohnungsnachweis, städtischer, in Straßburg i. E. I.—IV. Quart. 1910. (Beil. z. d. St. M. 1910.)
Zählung der leerstehenden Wohnungen in Straßburg, November 1910. [Beil. 1 z. d. St. M. 1911.] (8 S.)
Rahlson, Wiesbadens bewohnte Wohnungen am 15. X. 1909. [Wiesbadener Statistik, Heft 5.] (18 S.) Wiesbaden 1910.
Bautätigkeit und Wohnungsproduktion in Deutsch-Wilmersdorf 1909. (Wilm. Bl. 1910, 2.)
— in Deutsch-Wilmersdorf nach den Erhebungen vom 15. Oktober 1910. (Ebd. 1911, 4.)
Wohnungsmarkt von Deutsch-Wilmersdorf im Oktober 1911 (Wilm. Bl. XIV, N 3.)
Bauwesen usw. in Worms (Verw.-Rechensch. f. 1910, S. 77 ff.)
Wohnungsinspektion in Worms (Ebd. S. 249 ff.)
Baupolizei in der Stadt Zwickau 1910 (Verw.-Ber., S. 110—124).

(II. 235) Kleinwohnungsanlagen, Die gemeinnützigen, in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern nach den Ergebnissen der Erhebung vom 17. April 1909. Wien, Bureau der k. k. Stat. Zentralkommission, 1910.
Palla, E., Statistische Grundlagen zur Beurteilung des Wohnungswesens in Österreich. (Stat. Monatsschrift 10, 5).
Pribram, E., Die Ergebnisse der Volkszählung im Lichte der Wohnungsreform. (Mitt. Stat. Zentralst. für Wohnungsreform in Österreich 11, 18.)
Statistik über die Ergebnisse des Arbeiterwohnungsgesetzes [für Österreich] von 1902 in den Jahren 1902—1908. (150 S.) Amtlich. Wien, Hof- u. Staatsdruckerei 1910. ℳ 2.—.
— Desgl. für 1910 (Mitt. Zentralst. f. Wohnungsreform 1911, 17.)
— der hauszinssteuerlichen Wohnungen [in Österreich] nach dem Stande von 1908. Wien, Hof- u. Staatsdruckerei 10. (643 S.)
Mischler, Bericht über die Tätigkeit des unentgeltlichen Wohnungsnachweises in Graz 1910. (Beil. II zum 14. Tätigkeitsbericht des Landesverbandes für Wohltätigkeit in Steiermark, Graz 1911, S. 23 ff.)
Bayer, F., Die Wohnungsverhältnisse in Reichenberg 1909. Amtlich. (8 S.)
Bautätigkeit in Wien während der ersten Hälfte des Jahres 1910. (Grundstücks-Archiv 1911, 1.)

Bautätigkeit u. Handhabung der Baupolizei in Wien. Gem.-Verw. der Stadt Wien f. 1909, S. 310—319.)

Bau- u. Wohnstatistik der Stadt Wien 1909. (St. J. S. 10—43.)

Enquete über den Entwurf einer neuen Bauordnung in Wien. (Mitt. d. Zentralstelle f. Wohnungsreform, Wien 1911, 1.)

Gebäudestatistik der österreichischen Städte: Wien, Mödling, Wiener-Neustadt, Linz, Steyr, Triest, Aussig, Eger, Gablonz a. N., Karlsbad, Kladno, Reichenberg, Brünn, Iglau, Mährisch-Ostrau, Ungarisch-Hradisch, Witkowitz, Znaim, Troppau, Teschen, Lemberg, Jaroslau, Krakau. (In: Österreichisches Städtebuch, XIII. Bd., Wien 1911, B, S. 1—400.)

Wohnungsverhältnisse, Die sanitären, in den Städten der Schweiz 1910. (San.-demogr. Wochenbull. der Schweiz 1911, 35.)

Bautätigkeit, Die, im Kanton Basel-Stadt 1910. Mitt. d. St. A. Nr. 23. (26 S.) Basel, Lendorf.

Mangold, F., Die im Jahre 1909 im Kanton Basel-Stadt erstellten Neubauten. (23 S.) Amtlich. Ebd. 60c.

— Die Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Basel im Dezember 1910. [Mitt. St. A. Nr. 22.] Ebd. (24 S.) 50 c.

Etlin, E., Siedelungs- u. Wohnverhältnisse in Ramersberg von 1499 bis in die neueste Zeit. (Ztschr. f. Schweiz. Statist. 1911, 1. S. 94.)

Jahresbericht, VI., des Städtischen Arbeits- und Wohnungsamtes St. Gallen. St. Gallen 1911. (10 S. u. 7 Tab.)

Beiträge zur Bevölkerungs- und Wirtschafts-Statistik des Kantons Zürich. Wohnort und Arbeitsort der erwerbstätigen Bevölkerung von Winterthur und Vororten 1900. (IV, 99 S.) Amtlich. Winterthur, Ziegler.

Bautätigkeit in Zürich u. Umgebung im Jahre 1909. (St. J. 5. Jg., S. 51—101.)

Mietpreise für Wohnungen in Zürich 1910 (22 S.) Amtlich. Zürich, Rascher u. Co. Fr. —.50.

(III. 146) Wohnverhältnisse in der Stadt Zürich. Sonder-Abdruck. (52 S.) Zürich, Ebd.

Bau-, Wohnungs- u. Fabrikhygiene in Zürich 1910. (Geschäftsbericht des Stadtrats zu Zürich f. 1910, S. 153—156.)

Wohnungsmarkt, Der, in Zürich und Umgegend Ende November 1910. (St. J. 5. Jg., S. 1—25.)

Zahl der Wohnhäuser, Haushaltungen, sowie der Wohnbevölkerung, letztere insgesamt und nach Heimat im Kanton Zürich am 1. Dezember 1910. (Ergebnisse der eidgen. Volkszählung im Kanton Zürich, Zürich 11, S. 14—22.)

Aus englischen Gartenstädten. Beobachtungen und Ergebnisse (192 S.). Berlin-Grunewald, Renaissance-Verlag. ℳ 10.—.

Gesellschaften zur Errichtung billiger Wohnungen in Frankreich 1908. (Soz. Rundschau 10, 3.)

Ramm, A., Fortschritte auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Schweden 1904—1909. (38 S.) Göteborg, Wettergren u. Kerber. 2 Kr.

Roth, L., Die Wohnungsfrage der Minderbemittelten in New-York. (VIII, 88 S.). Tübingen, Mohr. ℳ 3.—.

Fragekasten.

Dr. R. K. Graphische Darstellungen verlangen meist feine Ausführung und eignen sich dann nicht zur Anfertigung in solcher Größe, daß sie in den Hörsälen der Hochschulen von allen Plätzen gut sichtbar sind. Dagegen empfiehlt sich die unseres Wissens bis jetzt nur vereinzelt vorgekommene Verwendung von Lichtbildern. Es sei darauf hingewiesen, daß die dem Sonderkatalog „Statistik" der Dresdner Internationalen Hygiene-Ausstellung (D. St. Z. 1911 Sp. 248/250) beigegebenen 17 Abbildungen sich zu Lichtbildervorführungen mittels Epidiaskop eignen und somit bei Vorträgen über die einschlägigen Fragen verwendet werden können. Viele wissenschaftliche Anstalten dürften im Besitz von Epidiaskopen sein.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 3 4. Jahrgang 1. März 1912

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen.
Preis jährlich 10 Mark

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied
des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor
des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes
in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor
des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Inhalt:

Ergänzungshefte zum Deutschen Statistischen Zentralblatt.

Geeignete Arbeiten auf dem Gebiete der Statistik, die wegen ihres Umfangs im Rahmen des D. St. Z. nicht untergebracht werden können, sollen künftig als Ergänzungshefte veröffentlicht werden. Als 1. Ergänzungsheft erscheint im laufenden Monat „Statistik der Zivilrechtspflege" von Dr. jur. et phil. Max Rusch. Der Ladenpreis dieses Heftes, der M. 3.60 beträgt, ermäßigt sich für Abonnenten des D. St. Z. auf M. 2.40. Das Heft gelangt bis Mitte März als Fortsetzung zur Versendung.

Verlag und Redaktion.

Zur Erhebungstechnik der Volkszählungen.

3. Schweiz.[1])

Von **H. Steiner-Stooß**, Statistiker des Eidgenössischen statistischen Bureaus in Bern.

Die Grundlage der eidgenössischen Volkszählungen bildet das Bundesgesetz vom 3. Februar 1860. Dem vom Internationalen statistischen Kongreß in Brüssel (1853) gefaßten Beschlusse entsprechend, statuiert dieses Gesetz, daß alle 10 Jahre im Dezember eine Volkszählung stattfinden solle. Die Kosten der allgemeinen Anordnungen werden vom Bunde, die direkten Erhebungskosten dagegen von den Kantonen getragen. Die Fixierung des Frageschemas ist dem Bundesrate überlassen und damit die Möglichkeit verschafft, den Inhalt der Zählungen den jeweiligen Zeitbedürfnissen anzupassen; ebenso hat der Bundesrat durch eine besondere Verordnung den näheren Zeitpunkt der Erhebung, sowie das Zählverfahren zu bestimmen.

Während die früheren schweizerischen Volkszählungen, die nicht periodisch, sondern je nach Bedürfnis zur Durchführung gelangten, entweder (wie die helvetische von 1798) bloß indirekte Bevölkerungsaufnahmen darstellen oder (wie die Zählungen von 1837 und 1850) vermittelst Gemeindelisten vorgenommen wurden, beruhen alle Erhebungen, die sich auf das oben erwähnte Gesetz stützen, auf dem System der Selbstzählung oder der Selbstverzeichnung.

Die Einführung dieses Verfahrens wurde damit begründet, daß das Gelingen einer Volkszählung wesentlich vom guten Willen der Bevölkerung abhänge und daß man deshalb den amtlichen Charakter und die inquisitorische Einmischung der Beamten in die Familie nicht in den Vordergrund stellen dürfe, sondern die bedeutungsvollste Arbeit, die Anfertigung des Urmaterials derjenigen Person überlassen müsse, die am besten im Falle sei, die gewünschte Auskunft zu erteilen, dem Haushaltvorstand.

Die Zählungen vom 10. Dezember 1860 und vom 1. Dezember 1870 und 1880 wurden vermittelst Haushaltungslisten, diejenigen vom 1. Dezember 1888, 1900 und 1910 vermittelst Zählkarten durchgeführt, wobei der Zusammenhang der Gezählten im Haushaltungsverbande als der untersten gesellschaftlichen Einheit bei der 88er Zählung durch das Haushaltungsheft, bei den beiden letzten Zählungen aber durch den Haushaltungsumschlag, den Zählbrief, festgehalten wurde.

Maßgebend für den Ersatz des Listensystems durch die Zählkartenmethode war vor allem das Bestreben, eine größere Genauigkeit der Einzelbeobachtung zu erzielen und eine eingehendere, nach einheitlichen Grundsätzen vorzunehmende Kontrolle des Materials zu ermöglichen.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß es den meisten Haushaltungsvorständen weit weniger Schwierigkeiten verursacht, für jedes Haushaltungsmitglied eine Karte auszufüllen als die einzelnen Mitglieder tabellarisch in eine Liste einzutragen; die Arbeit der Haushaltungsvorstände wird somit durch das Kartensystem, wenn nicht

1) Deutsches Reich und Österreich-Ungarn siehe im Jahrg. 1911 des D. St. Z. Nr. 5 und 7. *Red.*

vermindert, so doch vereinfacht.[1]) Zudem können auf den Karten die Fragen deutlicher gestellt werden als dies am Kopfe einer Liste möglich ist. Die Zählkarte als Erhebungsformular verdient daher schon aus diesen Gründen den Vorzug, ganz abgesehen davon, daß das Listensystem bei den neuern Erhebungen ohne eine erhebliche Reduktion des Inhaltes nicht hätte zur Anwendung gelangen können; ihre Verwendung ist aber geradezu unerläßlich, wenn eine eingehende Prüfung des Materials durchgeführt werden soll.

Bekanntlich bieten die eidgenössischen Volkszählungen gegenüber den Bevölkerungsaufnahmen anderer Staaten besondere Schwierigkeiten, weil gesetzliche Bestimmungen neben der Ermittlung der faktischen oder ortsanwesenden Bevölkerung auch die Feststellung der Wohnbevölkerung erfordern. Dementsprechend schrieb die bundesrätliche „Verordnung betreffend den Vollzug der Volkszählung vom Jahre 1910" in Artikel 1 vor:

> Am 1. Dezember 1910 findet im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft eine Volkszählung statt. Durch dieselbe soll in jeder Gemeinde und deren Unterabteilungen festgestellt werden:
> *a.* die Zahl der in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember daselbst anwesenden Personen (Ortsanwesende Bevölkerung);
> *b.* die Zahl derjenigen Personen, welche dort wohnen, seien sie zur Zeit der Zählung daselbst anwesend oder vorübergehend abwesend (Wohnbevölkerung).

Die faktische Bevölkerung ist leicht zu bestimmen; jede Person ist da zu zählen, wo sie sich im kritischen Moment der Zählung (in der Mitternacht vom 30. November auf den 1. Dezember) gerade befindet. Weniger einfach gestaltet sich die Ermittlung der Wohnbevölkerung. Um diese Bevölkerungskategorie mit genügender Sicherheit feststellen zu können, müssen in jeder Gemeinde die zur Zeit der Zählung dauernd oder vorübergehend anwesenden Personen gesondert aufgenommen und zudem auch die vorübergehend abwesenden Einwohner in die Zählung einbezogen werden. Als Grenzfrist der „vorübergehenden" An- oder Abwesenheit wurde unter Berücksichtigung der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen über das Niederlassungs- und Aufenthaltswesen wie früher ein Vierteljahr angesetzt und daher in den „Weisungen über das Ausfüllen der Zählkarten für die Volkszähler und Haushaltungsvorstände" die Vorschrift aufgestellt:

> „Wer mehr als ein Vierteljahr in einer Gemeinde anwesend ist oder voraussichtlich sein wird, muß hier, wenn der Aufenthalt nicht durch eine vorübergehende Veranlassung (wie Militärdienst, Kuraufenthalt, Besuch etc.) bedingt ist, als wohnhaft betrachtet werden."

Für jede vorübergehend von der Zählgemeinde abwesende oder hier vorübergehend anwesende Person — sofern sie sich zur Zeit der Zählung in einer andern schweizerischen Gemeinde aufhielt oder dort wohnhaft war — mußten somit zwei Karten ausgefüllt werden, die eine am Wohnort, die andere am Aufenthaltsort. In Übereinstimmung mit dem oben erwähnten Artikel 1 der Verordnung wurde in den Weisungen vorgeschrieben, daß für Leute, welche die Zählnacht nicht zu Hause, wohl aber in einer andern Haushaltung derselben Zählgemeinde zugebracht haben, nur am Aufenthaltsorte eine Karte auszufüllen sei. Um aber Doppelzählungen vorzubeugen und zugleich die Möglichkeit zu schaffen, diese Personen bei der Ausarbeitung der Haushaltungsstatistik ihrer eigenen Haushaltung zuzuteilen, wurde auf der Rückseite des Zählbriefes ein „Verzeichnis der von Hause, nicht aber von der Zählgemeinde abwesenden Haushaltungsangehörigen" vorgesehen, in welches die Namen dieser Angehörigen einzutragen waren, unter gleichzeitiger Angabe, wo sie die Zählnacht zugebracht haben.

Bei der durch die Doppelspurigkeit der Erhebung bedingten, etwas komplizierten Fragestellung und der Elastizität des Begriffs der Wohnbevölkerung sind Mißverständnisse unvermeidlich; man mag die Fragen fassen wie man will. Eine genaue Kontrolle darüber, ob die Zählung der vorübergehend an- und abwesenden Personen vorschriftsgemäß zur Durchführung gelangt sei, ist deshalb nicht zu umgehen; diese Prüfung und die Korrektur zweifelhafter Fälle an Hand nachträglicher Erhebungen bei den Gemeindekanzleien ist um so angezeigter, als die Wohnbevölkerung durch gesetzliche Bestimmungen zur Hauptbevölkerungszahl gestempelt wird.

Nach der faktischen Bevölkerung richtet sich die Verteilung der Reineinnahmen aus dem Alkoholmonopol an die Kantone, ebenso stützt sich die Geldskala, welche die eventuellen Beiträge der Kantone an die Ausgaben des Bundes normiert, auf diese Volkszahl. Die Wohnbevölkerung aber ist maßgebend für die Zahl der Vertreter im Nationalrat und in den gesetzgebenden Behörden der Kantone, sowie für die Bundesassisen; nach dieser Bevölkerungszahl wird ferner der Ertrag der Patenttaxen für Handelsreisende, sowie die Schulsubvention und die Entschädigung für die Einführung des Banknotenmonopols auf die Kantone verteilt. Daß auch der statistischen Aufarbeitung des Zählmaterials die Wohnbevölkerung zugrunde gelegt wird, ist somit selbstverständlich, ganz abgesehen davon, daß die differenzierten statistischen Darstellungen die Basis für die Gesetzgebung bilden und es für legislative Vorarbeiten vorzuziehen ist, die Eigenschaften und die Zusammensetzung derjenigen Bevölkerungskategorie zu kennen, welche mit dem Gebiete in engeren und dauernderen Beziehungen steht.

Damit erwächst aber der statistischen Zentralstelle auch die Aufgabe, der Beantwortung der Fragen nach dem Wohnort und Aufenthaltsort besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sich darüber zu vergewissern, ob vorübergehend an- oder abwesende Personen sowohl am Wohnort als auch am Aufenthaltsorte richtig zur Aufnahme gelangten. Daß eine derartige eingehende Kontrolle beim Listensystem völlig ausgeschlossen ist, bedarf keines besonderen Nachweises.

Die Fragestelluug war bei der letzten Zählung folgende:

1) In anderen Staaten hat man allerdings gerade um eine Mehrbemühung der Haushaltungsvorstände zu vermeiden, von der Ersetzung der Listen durch Einzelkarten abgesehen. *Red.*



10. **Wohnort:** In der Zählgemeinde wohnhaft? a) **Ja** * — b) **Nein** *. Wenn **Nein,** so ist anzugeben, der gewöhnliche Wohnort:
Ortschaft, Weiler, Straße } ……………………
Gemeinde …………… Kanton oder Staat } ……………
und die Dauer der Anwesenheit in der Zählgemeinde bis 1. Dezember: …………… Tage.

11. **Aufenthalt:** In der Nacht vom 30. Nov. auf den 1. Dez. in der Zählgemeide anwesend? a) **Ja** * — b) **Nein** *. Wenn **Nein,** so ist möglichst genau anzugeben: Der derzeitige Aufenthaltsort: ……………………
Kanton oder Staat } …………………… und die Dauer der Abwesenheit aus der Zählgemeinde bis 1. Dezember: …………… Tage.

Der Kontrollzweck ist nicht nur maßgebend für die Fassung dieser beiden grundlegenden Fragen, sondern auch für die Anlage der für die schweizerischen Erhebungen besonders charakteristischen und viel angefochtenen „Zählliste“, ein Zählkreisformular, in welchem die Zählbeamten den Namen und die Personalien jeder einzelnen Person an Hand der Karten einzutragen haben.

Alle Einwände, die gegen dieses Formular erhoben wurden — auffallenderweise nicht von den Gemeindebehörden und Zählbeamten, sondern von Fachleuten — beruhen auf einer Verkennung des Zweckes dieser Liste. Man hat dieselbe irrtümlicherweise nur als Konzentrationsformular betrachtet. Hätte die Zählliste bloß den Zweck, rasch zu genügend orientierenden Übersichten über die Zählergebnisse zu gelangen, so wäre es in der Tat überflüssig, vom Zähler die Abfassung eines Personalverzeichnisses zu verlangen; eine einfache, nach Haushaltungen geordnete Zusammenstellung der Hauptergebnisse würde völlig genügen; der Zähler würde dadurch wesentlich entlastet. Die Zählliste soll jedoch nicht bloß als Grundlage für die Gemeinde-, Bezirks- und Kantonszusammenzüge dienen; sie soll vielmehr ermöglichen, festzustellen, ob die Gegenzählungen, die sich nach den Antworten auf die Fragen 10 und 11 der Karten und nach dem oben erwähnten Verzeichnis auf der Rückseite der Zählbriefe vorfinden sollen, tatsächlich vorhanden sind; die Zählliste ist somit ein Kontrollpapier und kann in ihrer jetzigen Form als Personalverzeichnis nicht entbehrt werden, wenn die Feststellung der beiden Hauptergebnisse einer Zählung, die der Genehmigung der Bundesversammlung unterliegen, nicht bedeutend verzögert oder die Verifikation verunmöglicht werden soll.

Daß die Prüfung des Materials keine überflüssige war, haben wir in der „Botschaft des Bundesrates betreffend die Gültigerklärung der Hauptergebnisse der eidgen. Volkszählung vom 1. Dezember 1910“ nachgewiesen.

Die Differenz zwischen den provisorischen, nach den Bezirks- und Kantonszusammenzügen festgestellten Wohnbevölkerungszahlen und den geprüften Ergebnissen beläuft sich auf 11 322 Seelen; das provisorische Resultat war um 3 ‰ zu klein; die Abweichungen bei den Kantonsergebnissen schwanken zwischen +6,6 und —15,3 ‰. Bei der faktischen Bevölkerung sind die Differenzen naturgemäß weit geringer; für die ganze Schweiz beträgt die Abweichung bloß 0,03 ‰; ein einziger Kanton weist mit 5,4 ‰ eine erhebliche Differenz auf. —

Die praktische Durchführung der Volkszählungen ist Aufgabe der Gemeindebehörden, welche ihre Obliegenheiten zwar einer besonderen Zählkommission übertragen können, für die richtige Ausführung des Zählgeschäftes aber verantwortlich bleiben. Sie haben das Gemeindegebiet vor der Zählung unter Berücksichtigung der topographischen Verhältnisse zunächst in Zählkreise einzuteilen, von denen jeder nicht mehr als 250 Einwohner oder ca. 50 Privathaushaltungen umfassen soll; die örtlichen Abteilungen und Grenzen jedes Kreises sind dabei in der „Einteilung des Zählkreises vor der Zählung“, einem Verzeichnis, das dem Zähler bei der Austeilung des Materials als Wegleitung dient, genau zu umschreiben und zugleich ist für jede Abteilung nach dem Wohnsitzregister die Zahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, sowie die Anfangs- und Endnummer der entsprechenden Umschläge vorzumerken. Auf den Umschlägen haben die Gemeindebehörden die Bezeichnung des Amtsbezirks, der Gemeinde und deren Unterabteilung, sowie den Namen des Haushaltungsvorstandes und die Nummer des Zählkreises, des Hauses und der Haushaltung einzutragen. Die Gemeindebehörden ernennen sodann geeignete, zuverlässige Volkszähler und erteilen ihnen die nötigen Anleitungen; nach Beendigung der Zählung haben sie das Material zu prüfen und sodann das Ortschaftenverzeichnis und den Gemeindezusammenzug auszufertigen.

Das Amt eines Volkszählers wird in der Regel als Ehrenamt betrachtet; nur einzelne größere Gemeinden verabfolgen den Zählbeamten eine Entschädigung. Dem Zählbeamten liegt ob, die Austeilung der Zählpapiere (der Umschläge mit den Weisungen und der Zählkarten) und deren Einsammlung; er hat den Haushaltungsvorständen die nötigen Aufklärungen zu erteilen und ihnen, falls dies gewünscht wird, bei der Ausfertigung der Formulare behilflich zu sein; er ist dafür verantwortlich, daß kein bewohntes Haus und keine Haushaltung seines Kreises übergangen wird; Haushaltungen, die im Wohnsitzregister noch nicht zur Eintragung gelangt sind, hat er Ergänzungsumschläge zu verabfolgen, die von ihm vorher mit den entsprechenden Aufschriften und Nummern versehen werden müssen. Nach beendigter Einsammlung des Materials hat er die „Einteilung des Zählkreises nach der Zählung“ auszufertigen (ein Zählpapier, das eine korrigierte und ergänzte Abschrift der von den Gemeindebehörden festgestellten Zählkreiseinteilung darstellt und die Grundlage für das bereits erwähnte „Verzeichnis der Ortschaften und örtlichen Abteilungen der ganzen Gemeinde“ bildet). Endlich hat der Zähler an Hand der Karten die Zählliste auszufüllen, wobei er allfällige Lücken und offensichtliche Fehler, die ihm bei der Durchsicht des Materials an Ort und Stelle entgangen sind, gestützt auf nachträgliche Erkundigungen ergänzen oder verbessern soll.

Die Bezirksbehörden prüfen die arithmetische Richtigkeit der Gemeindezusammenzüge und erstellen an Hand derselben den Bezirkszusammenzug und die Kantonsbehörden lassen die bezirksweisen

Resultate zu einem Kantonzusammenzug vereinigen.

Für die Austeilung des Materials durch die Volkszähler ist bei der letzten Zählung der 25., 26. und 28. November vorgesehen worden; die Einsammlung hatte am 1. Dezember stattzufinden. Das Material, nebst den ausgefertigten Konzentrationsformularen war spätestens abzuliefern: Von den Zählbeamten am 10. Dezember, von den Gemeindebehörden am 17., von den Bezirksbehörden am 24. und von den Kantonsbehörden am 31. Dezember.

Wenn die Zählung, trotz des etwas überladenen Frageschemas — neu waren die Fragen nach der Aufenthaltsdauer der Ausländer in der Schweiz und im Wohnkanton, ferner die Fragen nach dem Arbeitsort, nach der Heimarbeit und nach den Gebrechen — zu durchaus brauchbaren Resultaten geführt hat, so ist dies nicht in letzter Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß das Zählgeschäft in den höheren Klassen der Primarschulen und in den Mittelschulen der weitaus meisten Kantone zur Besprechung gelangte, wobei jeder Schüler unter Aufsicht des Lehrers einen Umschlag und mehrere Karten auszufüllen hatte.

Dieses aus farbigem Papier erstellte Übungsmaterial wurde von den Kindern nach Hause genommen und bildete eine wertvolle Ergänzung der Musterbeispiele, die in den „Weisungen" enthalten waren.

Neues aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

II. Berufsstatistik.

Die Aussichten für Studierende der Medizin im Deutschen Reich.

Gymnasialdirektor Dr. Huckert in Sagan, der wiederholt in der Tagespresse den Abiturienten zum Studium der Medizin geraten und vorausgesagt hat, es werde in Preußen vom Jahre 1913 ab ein empfindlicher Mangel an Ärzten eintreten, falls nicht bis dahin jedes Jahr etwa 1000 preußische Reifeprüflinge das Studium der Heilkunde ergreifen sollten, bemängelt in einem Aufsatz „Zur Statistik der Ärzte und der Studierenden der Medizin" (Zeitschrift für Sozialwiss. 1911, Heft 12) mit Recht die in dem von Prof. Schwalbe herausgegebenen „Reichsmedizinalkalender für Deutschland" enthaltenen Angaben über die Zahl der Ärzte. Die Zahl der Ärzte in Berlin und dessen Umgebung sei zu hoch angegeben, weil nicht nur Doppelzählungen vorgekommen sind, sondern auch Abgänge durch Niederlegung der Praxis, Auswanderung usw. nicht beachtet wurden (übrigens fehlt bei den Sanitätsoffizieren ein Vermerk, ob sie Praxis ausüben oder nicht. Ref.). Infolgedessen sei die Zahl der preußischen Ärzte für den 1. November 1907 um mindestens 442 zu hoch angegeben worden, und bedauerlicherweise seien diese falschen Zahlen auch in die Statistischen Jahrbücher für das Königreich Preußen bez. für das Deutsche Reich übergegangen. Übrigens ist im Reichsmedizinalkalender auch die Verhältnisziffer der Ärzte auf 10 000 Einwohner immer zu hoch angegeben worden, da z. B. die Verhältnisziffer für den 1. November 1908 auf die Bevölkerung vom 1. Dezember 1905 berechnet wurde. Auch trägt der Reichsmedizinalkalender noch den Mangel, daß das Geburtsjahr nur für die sächsischen, nicht für die übrigen deutschen Ärzte angegeben ist. Deshalb überschätzt H. das in den nächsten Jahren zu erwartende Ausscheiden von preußischen Ärzten durch den Tod, worüber indes Prinzing (Deutsche Medizin. Wochenschr. 1908, Nr. 39) gegenteiliger Ansicht ist, wie derselbe überhaupt die Gefahr eines drohenden Ärztemangels bestreitet.[1]) Hat doch P. neuerdings berechnet[2]), daß im Sommersemester 1906 und im Wintersemester 1906/07 1780, im Sommer 1907 und im Winter 1907/08 1500 Medizinerfüchse auf den deutschen Universitäten zugingen.

1) Deutsche Med. Wochenschrift 1911, Nr. 52.

2) In einer privaten Mitteilung an den Referenten.

Zur preußischen Statistik der Studierenden der Medizin bemängelt H., daß dieselbe immer um einige Jahre zu spät veröffentlicht werde und daß sie keine Angaben über die zurückgelegten Semester enthalte.

Man wird H. darin beipflichten, daß kürzlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage zuverlässige statistische Angaben über die Zahl und die Verteilung der Ärzte in Preußen nicht vorhanden waren. Das Königreich Sachsen dagegen besitzt schon seit dem Jahre 1819 amtliche Nachweise über die Zahl und örtliche Verteilung der Ärzte, und dank dem alljährlich erscheinenden amtlichen Handbuch des Medizinal- und Veterinärwesens nach dem Stand vom 1. Januar eines jeden Jahres konnte der Mitte 1911 erschienene Jahrgang 1911 des „Stat. Jahrbuchs f. d. Kgr. Sachsen" bereits eine genaue und eingehende Statistik der sächsischen Ärzte vom Anfang des gleichen Jahres veröffentlichen, ebenso wie es Angaben über die Medizinstudierenden für das Sommersemester 1910 brachte.

G. Radestock.

IV. Todesursachenstatistik.

Krebs und Beruf.

Die Veranlassung zu einem im „Archiv f. soz. Hygiene", 1911, Bd. 7, S. 32—45, von Sanitätsrat Dr. F. Prinzing in Ulm, veröffentlichten Aufsatz „Krebs und Beruf" gab dem Verf. eine ausführliche Abhandlung von Geh. Med.-Rat Behla, dem Leiter der Med.-Abteilung im Preuß. Statist. Landesamt, der nach der preußischen Statistik die Berufssterblichkeit an Krebs und Tuberkulose berechnete, ohne jedoch die großen Altersverschiedenheiten der Berufsgruppen und die übrigen aus der preußischen Statistik der Sterbefälle nach dem Beruf sich ergebenden Störungen genügend zu berücksichtigen. Notwendig mußte Behla dabei zu falschen Schlußfolgerungen kommen, zu denen es namentlich gehört, daß er es als unbestreitbare Tatsache erklärt, daß die Landwirtschaft mehr Krebs habe als die Industrie. Nach den Ziffern Kolbs für Bayern und nach der englischen Statistik ist dies nicht der Fall; die Sterblichkeit an Krebs ist vielmehr etwas kleiner als bei der Industrie, doch

rührt dies wahrscheinlich nur davon her, daß auf dem Lande mehr Krebsfälle der Beobachtung entgehen als in den Städten. Abgesehen davon, daß man gewisse Berufskrebse kennt, die aber neben der großen Zahl von Krebstodesfällen mit verschwindend kleinen Zahlen vertreten sind, ist über den Einfluß des Berufs auf die Erkrankung an Krebs wenig nachzuweisen. Nur das kann als sicher gelten, daß die Berufe, bei denen der Alkoholismus häufig ist, hohe Krebszahlen haben; doch liegt hierbei nicht eine spezifische Wirkung des Alkohols vor, sondern nur eine Vorbereitung der betreffenden Organe durch chronisch-entzündliche Prozesse, die der Alkohol zur Folge hat. Als sicher muß gelten, daß die örtlichen Verschiedenheiten der Krebshäufigkeit nicht durch vorherrschende Berufe bei den Bewohnern verursacht werden.

Lungenschwindsucht und Krebs in Hamburg.

In Hamburg werden die Todesfälle an Schwindsucht nicht nur in der Trennung nach Geschlecht, Alter, Sterbemonaten und Gebietsteilen dargestellt, sondern auch noch nach dem Beruf und nach Wohlstands- oder Einkommensklassen der Gestorbenen unterschieden. Im ganzen weist die Sterblichkeit an dieser Krankheit (Mediz. Statistik des hamb. Staates f. d. Jahr 1910. Hamburg 1911. Verlag v. L. Voß) eine bemerkenswerte Abnahme auf. Während die mittlere Bevölkerung im hamburgischen Staate von 632 428 i. J. 1891 auf 1 000 400 i. J. 1910 gewachsen ist, hat sich die Zahl der an Schwindsucht Gestorbenen von 1647 auf 1227 und die Sterbeziffer demgemäß von 2,60 auf 1,23 ‰ gemindert. Welche Bedeutung der Wohlhabenheit oder Bedürftigkeit der Bevölkerung für den Grad der Sterblichkeit an Schwindsucht zukommt, geht schon daraus hervor, daß in den wohlhabenden Stadtteilen Harvestehude und Rotherbaum auf 1000 Einwohner nur 0,68 Schwindsuchtsterbefälle kommen, in den ärmeren dagegen über 1 bis 2,27. Dieser Zusammenhang wird dadurch weiter bestätigt, daß nur etwa 1/9 der Sterbefälle den Familien mit mehr als 2000 ℳ Einkommen und 8/9 denen mit geringerem Einkommen angehören. Unter den Steuerzahlern mit höchstens 1200 ℳ Einkommen kamen i. J. 1910 5,09 Schwindsuchtssterbefälle von ihnen selbst oder ihren Angehörigen vor, unter denen mit mehr als 1200 bis 2000 ℳ 4,25 ‰ und weiter unter denen mit mehr als 2000 bis 3500 ℳ, 5000 ℳ, 10 000 ℳ, 25 000 ℳ, 50 000 ℳ entsprechend 2,27, 2,08, 1,26, 0,74 und 0,55 ‰, während in den Familien mit noch höherem Einkommen solche Sterbefälle überhaupt nicht nachgewiesen wurden. Immerhin mögen unter ihnen vereinzelte Fälle außerhalb des Staatsgebiets (in Kurorten usw.) vorgekommen sein.

Demgegenüber ist die absolute Zahl der Sterbefälle an Krebs gewachsen, und zwar von 773 i. J. 1901 auf 1082 i. J. 1910 und die Sterbeziffer von 0,99 ‰ auf 1,08; sie wechselt zwischen 0,99 i. J. 1901 und 1,10 i. J. 1908, ist somit annähernd gleichgeblieben. Da aber die jüngeren Altersklassen von dieser Krankheit wenig betroffen werden, so gehört zu einer näheren Untersuchung eine Unterscheidung der Gestorbenen nach dem Alter. Von den 1082 an Krebs Gestorbenen standen 12 im Alter von 15 bis 30 Jahren, 523 im Alter von 30 bis 60 Jahren, 314 im Alter von 60 bis 70 Jahren, während nicht weniger als 233 über 70 Jahr alt waren. In 376 Fällen war der Magen von der Krankheit ergriffen. Übrigens befanden sich unter den an Krebs Gestorbenen 82 Ortsfremde, d. h. Personen, die außerhalb des hamburgischen Staates wohnten. *W. Beukemann.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Die Versorgung der Stadt Frankfurt a. M. mit Milch und Fleisch.

Unter obigem Titel veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Frankfurt a. M. (Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt a. M., Heft 9, J. D. Sauerländers Verlag, Preis im Buchhandel 1 ℳ) eine Studie über die Versorgung der Stadt mit Milch und Fleisch. Generell wendet sich das Statistische Amt gegen die falsche Anwendung einer Statistik auf dem Gebiet des Lebensmittelmarktes, welcher dazu geeignet ist, unberechtigte Preissteigerungen hervorzurufen, die später nur schwer oder überhaupt nicht mehr zu beseitigen sind. Es empfiehlt vor allem die Beschränkung auf einwandfreies Tatsachenmaterial, da es bei manchen Problemen des Wirtschaftslebens überhaupt nicht möglich ist, mit rein zahlenmäßiger Statistik in die Materie einzudringen.

Der erste Teil der Arbeit befaßt sich mit der Milchzufuhr. Es wird unterschieden zwischen der Eigenproduktion, der Zufuhr auf der Landstraße und der Zufuhr durch die Eisenbahn. Es liegen Ziffern aus den Jahren 1896, 1902 und 1910 vor. In diesen war der Gesamt-Milchverbrauch von Frankfurt a. M. rund 92 000 bezw. 138 000 bezw. 160 000 Liter pro Tag. Diese Milchmenge ändert sich mit den Wochentagen und mit den verschiedenen Monaten. Der größte Teil der Zufuhr erfolgt auf der Eisenbahn. Diese befördert z. Zt. im Jahr über 35 Millionen Liter Milch nach Frankfurt, d. s. gegen 3 Millionen Liter pro Monat. Die Hauptreisemonate sowie besondere größere Festlichkeiten, Ausstellungen und dergleichen haben einen mehr oder minder großen Einfluß auf die Milchzufuhr. Auf der Landstraße führen nach einer einmaligen Erhebung im Jahre 1910 etwa 116 Händler insgesamt ca. 26 000 Liter Milch pro Tag der Stadt zu. Die Zufuhr auf der Landstraße ging in den letzten Jahren zugunsten des Transportes auf der Eisenbahn stark zurück. Ebenso zeigt einen bedeutenden Rückgang die Eigenproduktion, was mit der fortschreitenden Bebauung der Stadt und dem Eingehen einer Anzahl größerer Höfe zusammenhängt. Es wird sodann die Eisenbahnzufuhr nach Monaten, Entfernungszonen und Empfangsbahnhöfen eingehend besprochen. Die von auswärts kommenden Milchhändler liefern mit wenigen Ausnahmen direkt an die Konsumenten. Einige liefern auch an Konsumenten und Großhändler. Nach einer Aufnahme aus dem Jahre 1910 befinden sich in der Stadt etwa 738 Milchhändler, welche teils mit Pferde-, Esel- und Hundegespannen, zum Teil auch mit Drückkarren und Fahrrad ihre Milch an die Konsumenten verteilen. Zu diesen Händlern kommt

noch eine große Zahl von Kolonialwaren- und sonstigen Läden, welche außer ihren hauptsächlich geführten Waren noch Milch verkaufen. Den Schluß dieses ersten Teils bildet eine Zusammenstellung der Milchpreise in verschiedenen Großstädten Deutschlands. Es ist unterschieden zwischen dem Preis, den die Händler an die Landwirte zu bezahlen haben, und demjenigen, den sie an ihre Konsumenten verrechnen. Außer den speziellen Frankfurter Verhältnissen werden noch die Viehhaltung und die landwirtschaftlichen Verhältnisse in dem Milchlieferungsgebiet der Stadt nach den verschiedenen Viehzählungen und landwirtschaftlichen Betriebszählungen untersucht. Nach sehr vorsichtiger Rechnung dürfte in diesem Gebiet die Milchproduktion pro Monat wenigstens 180 Millionen Liter betragen. Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung sowohl für den Verbrauch von Milch als auch beim Verbrauch anderer Produkte bezeichnet das Statistische Amt als verhältnismäßig wertlos, da die Bevölkerung an dem Verbrauch der verschiedensten Konsumartikel ganz verschiedenartig beteiligt ist. Insbesondere kommt z. B. bei dem Verbrauch an Milch die jüngere Bevölkerung ganz anders in Frage, als die ältere. Ebenso ist ein Unterschied zu machen zwischen Familienhaushaltungen und alleinstehenden Personen, zwischen weiblicher und männlicher Bevölkerung. Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich mit der Versorgung der Stadt mit Fleisch. Man hat bei der Fleischzufuhr zu unterscheiden das Fleisch der hier geschlachteten Tiere, das von auswärts eingeführte frische untersuchungspflichtige Fleisch und das von auswärts eingeführte nicht untersuchungspflichtige (freizügige) Fleisch. Endlich die Einfuhr von gepökelter und geräucherter Ware und die Einfuhr von Wurst und verschiedenen sonstigen Fleischwaren. Über die ersten beiden Arten liegen Notizen vor, insgesamt beläuft sich das Gewicht des von auswärts eingeführten hier untersuchten Fleisches und das Fleisch der hier geschlachteten Tiere auf etwas über 480 000 Zentner pro Jahr. Bei einer Bevölkerung von etwas über 400 000 Seelen kommt also auf den Kopf der Bevölkerung etwa 1 Zentner Fleisch pro Jahr. Auch diese Berechnung lehnt das Statistische Amt als unrichtig ab, da für den Fleischverbrauch umgekehrt wie bei der Milch die jüngere Bevölkerung weniger in Betracht kommt als die ältere. Auch hier ist wieder ein besonderer Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung zu machen. Sodann sind umfangreiche Tabellen gegeben über den Auftrieb und die Schlachtungen auf dem hiesigen Schlacht- und Viehhof, getrennt nach den verschiedenen Tierkategorien. Im Anschluß an diese sind Vergleiche nach mehrjährigen Perioden gezogen in einer Anzahl von preußischen Großstädten. Auch über die Viehlieferungsgebiete der Großstädte sowie den Austausch der verschiedenen Märkte untereinander bringt die Veröffentlichung einige Angaben. Das Statistische Amt bezeichnet eine Vergleichsrechnung zwischen Auftrieb und Schlachtungen für unzulässig aus dem Grunde, weil nicht alle auf dem Markt aufgetriebenen Tiere geschlachtet werden und außerdem nicht alle am Platze geschlachteten Tiere für den Verbrauch innerhalb der Stadt bestimmt sind. Ein großer Teil des Fleisches wird nach auswärts geschickt und ein Teil der am Markt gehandelten Tiere wird an auswärtige Metzgereien verkauft. Den Schluß der Arbeit bildet eine Zusammenstellung über die Viehpreise und die Fleischpreise seit einer längeren Periode von Jahren. Diese Ziffern können nicht ohne weiteres aneinandergereiht werden, da auf Grund von Ministerialerlassen im Laufe der letzten 20 Jahre die Notierungsformen auf dem Viehmarkt mehrfach geändert worden sind, und somit die verschiedenen Qualitätsbezeichnungen nicht vollständig miteinander übereinstimmen. Was die Fleischpreise anbelangt, so wird seit einigen Jahren bei der städtischen Marktverwaltung der höchste und der niedrigste Preis in einer größeren Zahl Ladengeschäften, die für mittlere bürgerliche Haushalte vorwiegend in Betracht kommen, notiert, außerdem der meist gezahlte Preis. Es ist nach den gegebenen Ausführungen ausgeschlossen, einfach vom Preis des Schweinefleisches oder des Ochsenfleisches zu sprechen. Die Qualitätsunterschiede sind so groß, daß man hier nicht Durchschnittspreise ziehen kann. Wohl ist der Metzger in der Lage, mit Rücksicht auf die verschiedenen Verwendungsarten der Fleischstücke einen mittleren Verdienst am Tier zu berechnen, für das Publikum aber ist es nicht angängig, einen einheitlichen Preis einer bestimmten Fleischsorte anzusetzen. Im Anschluß an diese Preisnotierungen sind die Preise der Metzgerinnung im Laufe der letzten 20 Jahre gegeben. Es sind die im Jahr meistnotierten Preise sowohl graphisch wie tabellarisch zusammengestellt. Indessen können diese Höchstpreise, welche von den Metzgern keinegswegs eingehalten werden müssen, nicht für eigentliche Preisnotierungen benutzt werden, sie sind lediglich geeignet, die Bewegung der Preise zu verfolgen und man sieht aus dieser Bewegung, daß die eigentliche Steigerung der Fleischpreise in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts eingesetzt hat. Das gleiche, was für die Fleischpreise gesagt ist, gilt auch für die Viehpreise. Man kann nicht einfach von dem Preis der Ochsen oder der Schweine sprechen. Auch hier spielen die Qualitätsunterschiede eine große Rolle. Vollständig verfehlt ist es aber, eine sogenannte Spannung zwischen dem Fleischpreis und dem Viehpreis festzustellen, da bei den Viehpreisen sowohl die aufgetriebenen Tierqualitäten als auch die Größe des Auftriebs in Frage kommen, während bei den Fleischpreisen außer der Qualität der Tiere auch noch die Qualität der Fleischstücke zu berücksichtigen ist.

Aus all diesen Gründen ist es auch nicht angängig, ohne weiteres die Zahlen für Vieh- und Fleischpreise in verschiedenen Städten einander gegenüberzustellen, da in den verschiedenen Gegenden Deutschlands die Metzger das Fleisch anders aushauen und verkaufen, da ferner die Ansprüche des Publikums ganz verschiedene sind und infolgedessen auch die Qualitätseinteilung der Schlachttiere eine vollständig andere sein kann.

Die Arbeit ist reich mit Tabellenmaterial und graphischen Zeichnungen über das Milchlieferungsgebiet sowie über verschiedene Preisnotierungen ausgestattet. *A. Busch.*

VIII. Grundbesitzstatistik.

Gemeinde-Liegenschaftsbesitz im Kanton Zürich.

Eine vom kantonalen statist. Bureau veröffentlichte Arbeit über diesen Gegenstand (Winterthur 1911) betrifft den Status zu Ende 1909 und enthält ein Kärtchen, in dem das Verhältnis des Gemeindelandes zum Areal der betreffenden Gemeinden durch die Dichtigkeit der Schraffuren zum Ausdruck gebracht ist. In einem historischen Überblick ist die Entwicklung des kommunalen Grundbesitzes seit der Markgenossenschaft kurz geschildert. Aus dem Textteil erfahren wir ferner, daß die kommunalen Einnahmen aus Liegenschaften in den letzten 25 Jahren relativ zurückgegangen sind, daß der Wert des Grundbesitzes, welcher sich nach den Inventaren auf 48½ Millionen Fr. beziffert, auf das Dreifache eingesetzt werden könnte, daß es für das ganze Gebiet des Kantons (mit Einschluß der auf rund 109 Millionen Fr. gewerteten Gebäude) 312 Fr. pro Kopf der Wohnbevölkerung an kommunalen Liegenschaftswerten trifft und daß sich der Gemeindegrundbesitz zur Gesamtoberfläche wie 11,6 : 100 verhält. Überall ist zwischen realisierbaren und nicht realisierbaren Objekten unterschieden, deren Charakter (Verkäuflichkeit und Ertragfähigkeit bezw. Unveräußerlichkeit und Ertragslosigkeit) näher auseinandergesetzt ist. In 63 Gemeinden beträgt der Gemeindegrundbesitz unter 1 %, in 32 Gemeinden 1—5 %, in 15 Gemeinden 5—10 %, in 45 Gemeinden 10 bis 25 %, in 26 Gemeinden 25—50 % und in 6 Gemeinden endlich über 50 % der Gesamtoberfläche der betreffenden Kommunen, wobei jedoch nicht unterschieden wurde zwischen dem Grundbesitz innerhalb und außerhalb der Gemeindegemarkung. Der durchschnittliche Grundbesitz der Gemeinden ist 100 Hektar, ein Drittel steht über, zwei Drittel stehen unter dieser Norm. 11 Gemeinden haben über 300 Hektar, die Stadt Zürich allein 2366,1 ha Gemeindeland. Die tabellarischen Darstellungen zerfallen in gemeindeweise und in bezirksweise Übersichten. In den ersteren sind zunächst bei jeder Gemeinde (diese zerfällt in der Regel wieder in Einwohner-, Bürger-, Armen-, Schul- und Zivilgemeindeverband) die Gebäude nach Anzahl, Art, Brandassekuranz- und realisierbarem bezw. nicht realisierbarem Buchwert aufgeführt. Dann folgen, ebenfalls nach politischen Gemeinden und Unterverbänden ausgeschieden, die Grundstücke, die nach Parzellenzahl, Art (für Wald, Wiesland, Acker und „Übrige Grundstücke" je eine Rubrik), Flächeninhalt und realisierbarem oder nicht realisierbarem Schätzungswert erscheinen. In den bezirksweisen Übersichten sind die Gebäude auf neun Arten reduziert (z. B. Gebäude für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke, Gebäude für das Polizei-, Feuerlösch- und Bestattungswesen usw.) und mit den 11 Unterabteilungen des Kantons einerseits, nach Zahl und Werten anderseits kombiniert.

Es ist das erste Mal, daß diese Erhebung im Kanton Zürich durchgeführt wurde. Sie stützt sich auf die Gemeinde-Inventare. Anlaß der Untersuchung war eine vor 5 Jahren von der gesetzgebenden Behörde gutgeheißene Motion, die neben anderen Arbeiten von kommunalpolitischem Interesse in erster Linie eine Statistik des Gemeindegrundbesitzes verlangte. *J. Hüppy.*

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik (einschl. Viehzählungen).

Viehstand im Kanton Bern.

Aus Lief. 3 des Jahrg. 1911 der „Mitteil. des bern. statist. Bureaus", enthaltend die vorläufigen Hauptergebnisse der eidgen. Viehzählung vom 21. April 1911 im Kanton, ergibt sich die interessante Tatsache, daß im Viehbesitz des Kantons Bern sich fortgesetzt, d. h. seit 45 Jahren eine Veränderung insofern bemerkbar gemacht hat, als sich derselbe vom kleinen zum mittleren und größeren Besitz verschoben hat. Im Jahre 1866 hatten 60,2 % sämtlicher Rindviehbesitzer 1—4 Stück Rindvieh, 1906 dagegen waren es nur noch 39,5 %; dementsprechend nahm der mittlere und große Besitz zu: 1866 machten die Besitzer von 5—10 Stück 29,3 % aus, und 1906 35,7 %; 1866 waren die Besitzer von 11—20 und mehr Stück mit 10,5 % vertreten, und im Jahre 1906 mit 24,8 %! Es ist diese Erscheinung in volkswirtschaftlicher und agrarpolitischer Beziehung günstig zu beurteilen, indem daraus gefolgert werden kann, daß der Boden bedeutend ertragreicher und der Bauernstand wohlhabender geworden ist. In der Periode von 1847 bis 1911 hat der Viehstand im Kanton Bern um 65 % zugenommen, in der letzten Viehzählungsperiode von 1906—1911 dagegen um 2,02 % abgenommen; die Abnahme trat hauptsächlich beim Rindvieh sowie bei den Ziegen und Schafen ein, während die Pferde und die Schweine zugenommen haben.

Zum erstenmal fand 1911 eine Rassenzählung beim Rindvieh durch direkte Ermittlung statt, deren Ergebnis nicht nur im Kanton Bern, sondern in der Gesamtschweiz zugunsten des Fleckviehs ausfiel. Die Fleckviehrasse ist danach in der Schweiz mit 57,7 % und die Braunviehrasse mit 39,2 % vertreten; 3,04 % sind als Bastarde angegeben. Im Kanton Bern gehören 93,71 % der Fleckviehrasse und nur 4,55 % der Braunviehrasse an; auf Bastarde fallen hier 1,74 %. Selbstverständlich kann diese erstmalige Rassenermittlung durchaus nicht auf absolute Genauigkeit Anspruch machen, und es erscheint daher bei zukünftigen Viehzählungen noch eine zuverlässigere Feststellung der Rassen mit genauerer Ausscheidung und Differenzierung der sogenannten Kreuzungsprodukte erstrebenswert.

Die Wertberechnung des Viehstandes ergibt für den Kanton Bern allein die Summe von rund 200,6 Millionen Franken, oder seit 1901 eine Wertvermehrung von 69,3 Millionen Franken.

C. Mühlemann.

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Zur Statistik des Sparwesens.

Auf die Bemühungen des „Vereins für Sozialpolitik" um genauere Erforschung des Sparwesens sind zwei neuerdings erschienene Arbeiten zurückzuführen „Das Sparwesen im Landkreise Bonn" von R. Poppelreuter (Bonn, Diss. 1911) und „Das Sparwesen in drei Kleinstädten mit ihrer wirtschaftlichen Umgebung" von F. Hauck (Heidelberg, Diss. 1911). Die erstere untersucht die Sparverhältnisse eines ländlichen Kreises mit 18 Genossenschaften und der Kreis-

sparkasse. Das Material ist durch mündliches Erhebungsverfahren und aus den Geschäftsbüchern gewonnen worden. Nach der Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Beobachtungsgebietes und der Geschichte der Sparorganisationen in diesem Bezirk wird der Beruf der Benutzer der Sparorganisationen behandelt. Naturgemäß haben die Ackerer den größten Anteil (bei 17 Genossenschaften 32,1% der Konten, 39,9% der Guthaben), an zweiter Stelle folgen bemerkenswerterweise die Kinder mit 15,5% der Konten (wenn auch nur mit 2,2% der Guthaben). Selbständige Handwerker und Gewerbetreibende waren mit 11,0 bezw. 5,9% beteiligt, einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz zeigen die ländlichen Tagelöhner (3,9 bezw. 1,8%) und kleine Beamte (3,5 bezw. 4,8%). Die Sparer sind dann weiter nach ihrer Stellung im Beruf, nach dem Einkommen, dem Vermögensbesitz, Geschlecht und Alter beobachtet worden. Im nächsten Abschnitt wird die Wahl des Sparortes untersucht. Um die Ersparnisse nicht bekannt werden zu lassen, oder aus Furcht vor der Steuer werden vielfach auswärtige Sparinstitute benutzt; bis zu 46% der Konteninhaber bei den untersuchten Genossenschaften wohnten außerhalb des Vereinsbezirkes, von den Guthaben gehörten bis zu 74% solchen Sparern. Bei der städtischen Sparkasse in Bonn gehörten 35% der Konteninhaber dem Landkreise Bonn an. Der Verfasser erörtert auch den Einfluß der Höhe des gewährten Zinsfußes, des Sparzwecks, der Verkehrsverhältnisse, auf die Wahl des Sparortes, beleuchtet die Wirkung dieser verschiedenen Gesichtspunkte auf die einzelnen Berufsgruppen und die daraus entstehenden Folgen für die Sparinstitute. Zum Schluß werden die Mittel dargelegt, durch welche die Sparinstitute die Sparer an sich zu ziehen suchen, und dabei die Konkurrenz zwischen den Kreissparkassen und den Genossenschaften gekennzeichnet.

Die zweite Arbeit beschäftigt sich mit dem Stadt- und Amtsbezirk Weinheim und Ladenburg in Baden und Heppenheim in Hessen. Als Sparinstitute in diesen Bezirken kommen in Betracht: Genossenschaften, 1 Bau-, 1 Konsumverein, 1 Schul-, Fabriksparkassen und Sparvereine. Aus der Individualstatistik der Sparer, die sich auf Kontenauszüge, Adreßbücher und persönliche Auskunft stützt, geht wiederum der große Anteil der Auswärtigen bei einzelnen Sparinstituten hervor (bis zu 83,7%); die Ausscheidung nach dem Familienstand läßt die wachsende Spartätigkeit der nicht erwerbstätigen Kinder ersehen (bei den städtischen Sparkassen 25,7% der Sparer), bei der Berufsgliederung der Sparer stehen die selbständigen Gewerbetreibenden an erster Stelle (16,3%), sehr klein ist der Anteil der Angestellten in kaufmännischen Berufen (1,4%). Die Untersuchung über den Sparort ergibt, daß die Sparkassen den Wettbewerb der anderen Sparinstitute stark zu fühlen haben. In Weinheim stiegen die Spareinlagen innerhalb 10 Jahren bei der Sparkasse um 119%, bei der Vereinsbank um 166%. Dafür überwiegen aber bei den Sparkassen die größeren Einlagen (bis 500 M. 50,3%, bei den Genossenschaften 80,0%). Der Verfasser geht dann auf den Sparzweck und die Verwendung der Spargelder ein, wobei die hervorragende Rolle der Sparkassen für Gewährung hypothekarischer Darlehen ins Auge fällt, so waren in Weinheim von der städtischen Sparkasse 1908: 76,8% der Spargelder in dieser Weise angelegt in Ladenburg 86,0%. Nach einer Erörterung über die Verwendung der Überschüsse und über den Zinsfuß werden die Sparkassen unter dem Gesichtspunkt der Kreditquellen für die Städte betrachtet. Nach der Ansicht des Verfassers ist in dem beobachteten Gebiet die Monopolstellung der Sparkassen infolge mangelhafter Organisation stark erschüttert.

Die wachsende Bedeutung, welche auch die neben den Sparkassen bestehenden Sparinstitute, namentlich die Sparvereinigungen für die Förderung des Spartriebes besitzen, zeigt eine amtliche Erhebung, die im Königreich Sachsen für das Jahr 1908 über die dem Reichsgesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nicht unterliegenden Sparvereinigungen veranstaltet worden ist, und deren Ergebnisse vom Berichterstatter bearbeitet unter dem Titel „Die Sparvereinigungen in Sachsen 1908“ in der Zeitschrift des K. Sächs. Statist. Landesamts 1911, 1. H., S. 211f., erschienen sind. Es ist dies die erste derartige Erhebung seitens der amtlichen Statistik. Zunächst wurde durch eine Umfrage bei den Sparkassen Material gesammelt, das als Grundlage für die weiteren Ermittelungen diente, mit denen die Gemeindebehörden betraut wurden. Diesen wurde ein Verzeichnis der durch die Sparkassen ermittelten Sparvereinigungen übergeben, ihnen aufgetragen, die noch nicht aufgeführten, soweit möglich, zu ermitteln und ihnen Fragebogen übersandt, die entweder auf Grund eigener Kenntnis oder durch die Vorstände der Sparvereinigungen ausgefüllt werden sollten. Auf diese Weise läßt sich natürlich kein erschöpfendes Ergebnis erzielen, aber doch ein beachtenswerter Ausschnitt aus dem Gesamtbilde herstellen. Es wurden insgesamt 1950 Sparvereinigungen ermittelt, von denen 1525 nur Sparzwecke verfolgten, während 425 grundsätzlich ein anderes Ziel besaßen, das Sparen dagegen nur nebenbei betrieben. Bei den 1950 Sparvereinigungen wurden 334045 Sparer ermittelt, die Einzahlungen beliefen sich 1908 auf 11 030 875 M., die Rückzahlungen auf 9 279 326 M., das Guthaben betrug am 31. 12. 1908: 10 401 466 M. In der genannten Arbeit sind die Sparvereinigungen nach ihrer Art, der Mitgliederzahl und der Höhe des Guthabens untersucht worden, die Verzinsung der Einlagen durch sie und ihre Organisation ist dargelegt und die Anlegung der Einlagen durch die Sparvereinigungen erörtert worden. Hierbei hat sich gezeigt, daß nicht unbeträchtliche Kapitalien außerhalb der Sparkassen angelegt werden (von 167 Vereinigungen mit einem Einlegerguthaben von 2 998 800 M.), manche Sparvereinigungen vertrauten die Rücklagen sowohl Sparkassen als auch anderen Instituten, namentlich Genossenschaften und Banken, an (94 mit einem Guthaben von 4 578 204 M.) Damit bildet diese Erhebung eine wertvolle Ergänzung zur Sparkassenstatistik; außerdem ist ein fester Anhalt für die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sparvereinigungen gewonnen worden.

M. Rusch.



XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Sozialversicherung).

Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch das Versicherungsgesetz für Angestellte.

In einem in Nr. 4 der „Arbeiter-Versorgung" vom 1. Februar 1912 erschienenen Artikel setzt sich Dr. phil. Alfred Jacobssohn zunächst mit der Kritik auseinander, die der Versicherungsmathematiker des Reichsamts des Innern bei der Kommissionsberatung des Versicherungsgesetzes für Angestellte an der Abhandlung geübt hat, die im D. St. Z., 1911, Sp. 199/200, angezeigt wurde. Dadurch, daß der Reichstag die Lehrlinge, die nach dem Entwurf versicherungspflichtig sein sollten, von der Versicherungspflicht befreit hat, ist eine erneute Berechnung der Summe der gesetzlichen Beiträge, die die Angestelltenversicherung bringen wird, erforderlich geworden. Der Verfasser hat diese neue Berechnung so angelegt, daß sie nach seiner Meinung unbedingt zu einer Mindestschätzung führen muß, und das Ergebnis ist, daß jene Summe mindestens 270 Millionen ℳ betragen wird, während der Regierungsvertreter in der Kommissionsberatung den Betrag von 214,1 Mill. ℳ angab, nachdem er in der Begründung des Gesetzentwurfes diese Summe auf 205,7 Mill. ℳ geschätzt hatte.

Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich.

Dem im D. St. Z. vom 15. Februar 1911, Sp. 50 und 51 besprochenen „Tabellenband" zur „Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich", bearbeitet und herausgegeb. vom k. k. Arbeitsstat. Amt im Handelsministerium (Wien 1911, Verlag Alfred Hölder, XLI und 75 S., 2 K.) ist nunmehr das 1. Heft der „Textlichen Darstellung" gefolgt. Die Publikation informiert zunächst über den Anlaß und die Durchführung der Erhebung sowie über den Umfang und die Art der Bearbeitung des Erhebungsmateriales, von den Ergebnissen selbst werden insbesondere die Häufigkeit der Kinderarbeit und die von den Kindern in den verschiedenen Arbeitszweigen und Beschäftigungsarten verrichteten Arbeiten besprochen.

34,8 % der durch die Erhebung erfaßten Schulkinder werden außerhalb der Schule zu Arbeiten wirtschaftlichen Charakters herangezogen (35,9 % der Knaben und 3,36 % der Mädchen). Der Prozentsatz der arbeitenden Kinder wächst durchwegs mit deren Alter, so daß beispielsweise von den 6—8 jährigen nur 17,8 %, von den 13 bis 14 jährigen hingegen 52,2 % beschäftigt sind. Bei den verwaisten ehelichen Kindern steigt die Quote der arbeitenden auf 41,5, bei den unehelichen Kindern auf 37,3 bzw. — bei den mutterlosen — auf 48,8. In den Landgemeinden ist die Kinderarbeit im Reichsdurchschnitt doppelt so stark verbreitet als in den Städten. Auch die Art des Unterrichtes beeinflußt wesentlich die Häufigkeit der Kinderarbeit; so werden z. B. rund drei Viertel der in den Ländern mit kürzerer Dauer der Schulpflicht bloß Wiederholungsunterricht besuchenden Kinder zu Arbeiten verwendet.

55,8 % der in die tabellarische Bearbeitung einbezogenen arbeitenden Kinder sind bloß in einem Arbeitszweige tätig und zwar 18,4 % im Haushalte, 23,8 % in der Landwirtschaft, 10,5 % in der Industrie einschließlich Gewerbe und Heimarbeit, 0,6 % im Gastgewerbe, 0,9 % im Handel und Verkehr, 1,3 % als Austräger, 0,3 % mit „sonstigen" Beschäftigungen; 44,2 % sämtlicher arbeitenden Kinder dagegen werden abwechselnd in zwei oder mehreren Arbeitszweigen verwendet, so z. B. 28,1 % in Haushalt und Landwirtschaft, 4,3 % in Industrie und Landwirtschaft, 4,1 % in Industrie, Haushalt und Landwirtschaft.

Besonders vielgestaltig sind die industriellen Arbeiten der Kinder. Das Schwergewicht liegt bei der Heimarbeit in der Textilindustrie, auf die mehr als die Hälfte aller überhaupt industriell tätigen Kinder entfällt. Von Bedeutung sind insbesondere das Haarnetzen, das Aufspulen von Garn für die Weberei, die Erzeugung von Zwirnknöpfen und die Spitzenerzeugung. Außerhalb der Textilindustrie finden wir arbeitende Kinder in größerer Zahl vor allem in Ziegelwerken, in der Glasperlenindustrie, in Schmiedewerkstätten, bei der Erzeugung von Holzspanschachteln, im Tischlergewerbe, in den verschiedenen Zweigen der Flechtwarenindustrie, in der Bekleidungs- und der Nahrungsmittelindustrie, sowie im Baugewerbe.

Den Schluß des Heftes bildet ein Abschnitt über das Ausmaß der Verwendung einerseits von Knaben, andrerseits von Mädchen zu den verschiedenen Arbeiten.

F Žižek.

XVIII. Wahlstatistik.

Die österreichischen Reichsratswahlen von 1911.

Die Reichsratswahlen auf Grund der neuen Reichsratswahlordnung wurden bekanntlich zum erstenmal in Österreich im Jahre 1907 durchgeführt und die bezüglichen Daten im Jahre 1908 veröffentlicht (siehe D. St. Z. 1909 Nr. 2 S. 51). Infolge der am 30. März 1911 erfolgten Auflösung des Abgeordnetenhauses war die Vornahme von Neuwahlen notwendig, die am 13. bzw. 20. Juni 1911 stattfanden. Die wahlstatistische Erhebung wurde im unmittelbaren Anschlusse an die Wahl selbst durchgeführt. Die unter dem Titel „Summarische Ergebnisse der Statistik der Reichsratswahlen von 1911" (Brünn 1911, 3 K 50 h) von der k. k. Statist. Zentralkommission veröffentlichte Statistik beruht auf einem ausschließlich amtlichen Quellen entstammenden Material, dessen Beschaffung durch einen an die politischen Landesstellen gerichteten Erlaß des Ministeriums des Innern angeordnet worden war und basiert in erster Linie — analog wie die Erhebung im Jahre 1907 — auf den Berichten der Wahlkommissäre.

Die Publikation gliedert sich in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt bespricht die methodisch-technische Seite der Erhebung, bietet Erläuterungen zum Tabellenwerk und behandelt die Ergebnisse der Wahl einerseits vom parteipolitischen Gesichtspunkte, anderseits mit Rücksicht auf das Verhältnis von Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung. Der zweite Abschnitt enthält vor allem eine nach der Nummer der Wahlbezirke fortlaufend geordnete und nach Kronländern gegliederte Detaildarstellung der Wahlergebnisse und umfaßt allein 51 Seiten. Diese Detaildarstellung bringt in übersichtlicher Tabellenform alle Daten, die sich überhaupt statistisch darstellen lassen und von allgemeinem Interesse sind: die Zahl der Wahlberechtigten, die Zahl der abgegebenen Stimmen (im ganzen, gültig, ungültig, leer), den perzentuellen Anteil der Wahlberechtigten an der Wahl, die Verteilung der

gültigen Stimmen auf die einzelnen Kandidaten nach der Parteistellung und schließlich Namen und Beruf der gewählten Abgeordneten.

Anschließend daran ist in einer Gesamtübersicht das summarische Ergebnis der Wahlen nach Ländern zusammengestellt. Weiter ist der Publikation ein Diagramm beigefügt, welches die Stärke der einzelnen Klubs des österreichischen Abgeordnetenhauses im Verhältnis zur Gesamtzahl der Abgeordneten zur Darstellung bringt. Danach entfallen 19,3 % der Abgeordneten auf den deutschen Nationalverband, 14 % auf die christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneten, 9,5 % auf den Klub der deutschen Sozialdemokraten, 16,4 % auf den einheitlichen Tschechenklub, 4,8 % auf die tschechischen Sozialdemokraten; 13,6 % auf den Polenklub, 1,8 % auf die polnischen Sozialdemokraten, 5,5 % auf den ukrainischen Verband, 5,2 % auf den kroat.-slowenischen Klub, 1,4 % auf den dalmatinischen Klub, 4 % auf die *unio latina* und 4,5 % sind Wilde. *O. Wittschieben.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Milzbranderkrankungen im Deutschen Reich im Jahre 1910.

Um die Gelegenheitsursachen für die Entstehung der Milzbranderkrankungen des Menschen, namentlich soweit dabei gewerbliche Beschäftigungen in Betracht kommen, besser als bisher kennen zu lernen und die Häufigkeit solcher Krankheitsfälle festzustellen, findet im Deutschen Reiche vom 1. Januar 1910 ab eine fortlaufende statistische Aufnahme der Erkrankungs- und Todesfälle an Milzbrand statt; die Bearbeitung des Materials erfolgt im Kaiserlichen Gesundheitsamte. Aus dem im 2. Heft des 14. Bandes (1911) der „Medizinal-statistischen Mitteilungen" veröffentlichten „Ergebnis der durch Bundesratsbeschluß vom 8. Juli 1909 eingerichteten Statistik der Milzbrandfälle unter Menschen für das Jahr 1910" (Berichterstatter Geheimer Regierungsrat Dr. Burkhardt) ist folgendes hervorzuheben. Die Gesamtzahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910 im Deutschen Reiche vorgekommenen Milzbrandfälle beträgt 287. Davon entfallen auf Preußen 162, Bayern 11, das Königreich Sachsen 10, Württemberg 28, Baden 13, Hessen 27, Sachsen-Weimar 8, Oldenburg 1, Anhalt 1, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 2, Reuß j. L. 1, Lippe 1, Lübeck 1, Hamburg 17, Elsaß-Lothringen 3. Unter den Erkrankten befanden sich 9 Kinder unter 14 Jahren; 257 Personen waren männlichen, 30 weiblichen Geschlechts. Davon sind der Milzbrandansteckung erlegen im ganzen 39 Erwachsene (darunter 6 weibliche) und 1 Kind, d. i. 14 %. Daß in so ganz überwiegendem Maße erwachsene männliche Personen von der Krankheit befallen worden sind, erklärt sich daraus, daß der Milzbrand vor allem eine Krankheit bestimmter unten näher ersichtlicher Berufe ist. Zurückzuführen war die Erkrankung auf die Berührung mit milzbrandkranken lebenden oder toten Tieren bezw. deren Fleisch in 142 Fällen, d. i. 49,5 % der Erkrankungen, auf den Handel und Verkehr mit Stoffen tierischer Herkunft oder auf die gewerbliche Bearbeitung solcher Stoffe in 135 Fällen, d. i. 47 %, auf das Arbeiten mit Milzbranderregern in 1 Fall, d. i. 0,3 %. Unbekannt blieb die Ansteckungsquelle in 9 Fällen, d. i. 3,1 %. — Bis auf wenige Fälle ließ sich also als Ursache für die Erkrankung die Berührung mit Tieren bezw. Stoffen tierischer Herkunft, die als Träger der Krankheitskeime anzusprechen waren, nachweisen. Zur Last fallen die Ansteckungen mit Milzbrand etwa zur Hälfte dem Betriebe der Landwirtschaft einschließlich gewisser eng mit ihr in Beziehung stehender Berufe und etwa zur andern Hälfte dem Betriebe gewisser Gewerbe, darunter vor allem der Gerberei. Mit der Ausübung des Berufs stand die Erkrankung in ursächlicher Beziehung bei 263 Personen, d. i. 91,6 %; und zwar ist die Erkrankung aufgetreten infolge beruflicher Beschäftigung: in landwirtschaftlichen Betrieben bei 121 Personen, d. i. 44,6 % (mit 12 Todesfällen), als Viehhändler bei 3 Personen, d. i. 1 % (0), als Tierarzt bei 2 Personen, d. i. 0,7 % (0), in Abdeckereien bei 9 Personen, d. i. 3,1 % (0), in Fellhandlungen bei 8 Personen, d. i. 2,8 % (2), in Gerbereien bei 92 Personen, d. i. 32,1 % (16), als Lederarbeiter (außerhalb von Gerbereien) bei 3 Personen, d. i. 1 % (1), beim Gütertransport bei 7 Personen, d. i. 2,4 % (2), in Roßhaarspinnereien bei 11 Personen, d. i. 4,2 % (1), in Bürsten- und Pinselmachereien bei 4 Personen, d. i. 1,5 % (2), in einem Wollkämmereibetrieb bei 1 Person, d. i, 0,3 % (0), in einer wissenschaftlichen Anstalt bei 1 Person, d. i. 0,3 % (0).[1] *B. Burkhardt.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Theorie der Statistik in der neueren Literatur.

Neuerdings sind u. a. erschienen:

1. C. A. Verrijn-Stuart, *Inleiding tot de beoefening der statistiek* (Einführung in das Studium der Statistik), Haarlem (De Erven F. Bohn) 1910.
2. G. Udny Yule, *An introduction to the theory of Statistics* (Einführung in die Theorie der Statistik), London (Ch. Griffin and Co.) 1911.
3. Filippo Virgilii, *Statistica*, 5. Auflage, Mailand (Hoepli) 1911.
4. Hellmuth Wolff, Die Statistik in der Wissenschaft (aus der Ehrengabe für G. v. Mayr zum 70. Geburtstage „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand"), München u. Berlin (Schweitzer) 1911.

Das starke Hervortreten des sozialen Gedankens im öffentlichen Leben der letzten Jahrzehnte hat in den meisten Ländern zu einer raschen Entfaltung der amtlichen Statistik geführt. Sobald der Staat die wirksame Förderung des gesellschaftlichen Wohles als seine vornehmste Aufgabe betrachtete, mußte er darauf bedacht sein, sich über die wichtigsten Vorgänge des Gesellschaftslebens fortlaufende, erschöpfende Kenntnisse zu verschaffen; dazu bot ihm die statistische Forschung eine willkommene Handhabe. Im Laufe der Zeit wurde so die statistische Beobachtung auf die meisten Zweige der öffentlichen Verwaltung ausgedehnt.

Die statistische Technik, vor allem die Erhebung und die Bearbeitung des Beobachtungsmaterials,

---

1) Die Zeitschr. des Kgl. Bayr. Statist. Landesamts 1912, Heft 1 enthält ebenfalls einen Aufsatz über Milzbranderkrankungen beim Menschen. *Red.*

erfuhr dadurch eine ungewöhnliche Bereicherung. Auch wurde durch die immer häufigeren amtlichen Veröffentlichungen das Verständnis für die praktische Bedeutung der Statistik in weite Kreise getragen. Allein die Freude an der eifrigen Stoffsammlung wird durch herbe Zweifel getrübt. Schon erhebt sich selbst im Lager der statistischen Praktiker die Frage, ob die ungezügelte Produktion immer neuer Zahlenwerte jemals eine nützliche Verwendung wird finden können. Schon hört man von anderer Seite den Vorwurf, daß mit der Entwicklung der statistischen Technik die statistische Theorie keineswegs gleichen Schritt gehalten hat. Es läßt sich auch gar nicht leugnen, daß für die Erforschung des Wesens der Statistik, der Bedeutung und Tragweite ihrer Lehren, die verflossene Periode (wenn man von den letzten Jahren absieht) nicht sehr fruchtbar erscheint.

Und doch beweist ein Blick in die neuere Literatur, daß die alten Gegensätze noch keineswegs ausgeglichen sind und daß noch viel zu arbeiten übrig bleibt, will man das wissenschaftliche Wesen der statistischen Forschung ergründen und so auch die Richtlinien für die zukünftige Entwicklung jeglicher statistischer Arbeit klarlegen. Der Widerstreit der Meinungen dreht sich vornehmlich um die alte Frage, ob die Statistik eine selbständige Wissenschaft ist oder nur eine wissenschaftliche Methode. In den oben genannten neueren Schriften ist sowohl die eine, wie die andere Anschauung vertreten.

Von dem Werke Verrijn-Stuarts, welches drei Bände umfassen soll, ist bis jetzt der erste Band erschienen, welcher außer der allgemeinen Statistik nur noch die Demographie behandelt. Der vormalige Leiter des niederländischen statistischen Zentralbureaus vertritt darin die Ansicht, daß die Statistik eine wissenschaftliche Methode, keine eigene Wissenschaft sei. Zweierlei muß man von einer selbständigen Wissenschaft verlangen: erstens soll sie uns einen Einblick in die Kausalität der objektiven Erscheinungen verschaffen und zweitens in der endlosen Fülle dieser Erscheinungen eine bestimmte Gruppe behandeln, welche man als ihre eigentliche Domäne bezeichnen kann und die sich durch gemeinschaftliche Merkmale von anderen Erscheinungsgruppen unterscheidet. „In beiden Richtungen schießt die Statistik zu kurz." Sie kann zwar der Kausalitätsforschung wichtige Dienste leisten, an sich selbst hat jedoch die Statistik noch nie Kausalzusammenhänge ins Licht gestellt. „Dazu ist dieses Hilfsmittel der Wissenschaft zu grob, zu wenig subtil." Um kausale Zusammenhänge nachzuweisen, genügt nicht die Kenntnis der quantitativen Bedeutung gewisser Erscheinungen, sondern es ist hierzu der Einblick in ihr eigentliches Wesen erforderlich.

Die Statistik vermag aber auch kein bestimmtes Gebiet für ihre Forschungsdomäne zu erklären. „Die ganze Natur steht ihr offen." Sie kann sowohl auf den Menschen angewendet werden, als auch in der Tier- und Pflanzenwelt, der Meteorologie u. a.m.

Wenn Georg v. Mayr die Statistik als die exakte Gesellschaftswissenschaft definiert, so ist dem entgegenzuhalten, daß einerseits die Gesellschaftswissenschaft auch die Ethik, die Rechtslehre usw. umfaßt, anderseits wieder die Statistik auch auf Gebieten Anwendung findet, die keine Gesellschaftswissenschaften sind.

So gelangt Verrijn-Stuart dazu, die Statistik für eine Methode der wissenschaftlichen Forschung zu erklären. Er definiert die Statistik als „die Untersuchungsmethode, welche durch Massenbeobachtung der Erscheinungen sowohl an sich selbst als in ihrem gegenseitigen Zusammenhang in ihrer Verschiedenheit Regelmäßigkeit und so Einheit festzustellen und damit zu ihrem Typus zu gelangen sucht" oder kurz als „die methodische Buchhaltung über die durch Massenbeobachtung erfaßbaren Lebenserscheinungen".

Kaum wesentlich verschieden von der hier vertretenen Anschauung ist die Auffassung, welche der englische Statistiker Yule in seinem, den innigen Zusammenhang mit der Mathematik wahrenden Werke kundgibt. Er zeigt zunächst, daß die statistische Untersuchung uns auf ganz verschiedenen Wissensgebieten begegnet, so in der Physik, der Biologie, der Anthropologie, der Meteorologie und schließlich vor allem in den Sozialwissenschaften. Somit betont er ebenfalls den Mangel eines geschlossenen statistischen Forschungsgebietes. Der gemeinsame Charakter dieser verschiedenen Anwendungsformen der Statistik beruht auch nach Yule in dem methodischen Moment.

Der Statistik fällt die Aufgabe zu, das Experiment zu ersetzen oder doch zu ergänzen.

Einen Ersatz für das Experiment bildet die statistische Methode zunächst dort, wo experimentelle Untersuchungen überhaupt ausgeschlossen sind, also vornehmlich auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Aber auch in der Meteorologie ist das Experiment oft unmöglich und muß daher durch die statistische Methode ersetzt werden. In der Biologie hat zwar die experimentelle Untersuchung ein großes Feld der Anwendung, aber oft vermag der Biologe nicht an das experimentelle Ideal heranzukommen. Die inneren Verhältnisse der Tiere und Pflanzen entziehen sich leicht einer vollständigen Kontrolle. Hier ist daher ein ausgedehntes Gebiet statistischer Forschung (Variation, Vererbung). Aber selbst in der Physik und in der Chemie, wo das Experiment zu seiner größten Vollkommenheit gebracht wurde, finden auch statistische Untersuchungsmethoden Anwendung, hauptsächlich bei der Eliminierung der störenden Faktoren. Der Beobachter sowohl wie das Beobachtungsinstrument bilden eine Quelle der Irrtümer; die Wirkungen von Temperaturschwankungen, Feuchtigkeit der Luft, Druck, Spannung usw. können nicht völlig ausgeschaltet werden. So muß hier die statistische Methode das Experiment in der Aufgabe unterstützen, Ursachenkomplexe in einfache Kausalzusammenhänge zu zerlegen. Yule definiert Statistik als „quantative Ergebnisse, welche unter dem Einflusse einer Ursachenmehrheit stehen", die statistischen Methoden als Untersuchungsarten, welche zur Erklärung solcher quantitativer Ergebnisse dienen und schließlich die statistische Theorie als die Darstellung der statistischen Methoden.

Wesentlich verschieden von den Anschauungen Verrijn-Stuarts und Yules ist die Begriffsbestimmung, welche Virgilii in seinem statistischen Taschenbuche gibt. Im Anschluß an Prof. Ferraris bezeichnet er die Statistik als „die methodische und möglichst erschöpfende Beobachtung von Tatsachen, welche in Massen ausgezählt, in homogenen Gruppen zusammengefaßt und mittels der mathe-

matischen Induktion erklärt werden." Das statistische Verfahren dient zur Aufdeckung des typischen Elements in der bunten Erscheinung der beobachteten Tatsachen mit Hilfe der quantitativen Analyse. Dabei besteht der Unterschied zwischen der mathematischen und statistischen Analyse darin, daß es die Mathematik mit abstrakten Quantitäten, die Statistik dagegen mit konkreten zu tun hat. Der Unterschied zwischen den naturwissenschaftlichen und den statistischen Erkenntnisproblemen tritt darin hervor, daß die naturwissenschaftlichen Objekte, soweit sie absolut typisch sind, sich der statistischen Forschung entziehen, da diese Forschung erst dann einsetzt, wenn es gilt, das typische Element in einer Mehrheit von einzelnen, individuellen Erscheinungen aufzudecken. In dieser Aufdeckung des Konstanten und Regelmäßigen in der Unregelmäßigkeit der veränderlichen Erscheinungen erblickt Virgilii die Aufgabe der Statistik. Auch er erkennt das methodische Moment der Statistik in der Ergänzung des Experiments und der individuellen Beobachtung. Im Gegensatz zum Experiment dient sie als Forschungsmittel auf dem, experimentellen Untersuchungen unzugänglichen Gebiete der Gesellschaftswissenschaften, gegenüber der individuellen Beobachtung stellt sie die Methode der Kollektivbeobachtung großer Massen dar. Da sie auf Beobachtung beruht, erscheint sie als induktive Methode. Die Gesetze, zu denen sie gelangt, sind empirische, nicht rationale Gesetze.

Im einzelnen erblickt Virgilii die Aufgabe der statistischen Wissenschaft in einer dreifachen Tätigkeit: zunächst in der Beschreibung der Verhältnisse des Gesellschaftslebens mittels tatsächlicher Ergebnisse, sodann in der Feststellung der Ursachen, welche die geschilderten Verhältnisse hervorgerufen haben, und schließlich in der Ermittelung der Gesetze dieser Ursachen und somit der Tatsachen selbst.

Im Anschluß an Rümelin und Ferraris teilt er die Statistik ein in eine methodologische (*statistica metodologica*) und in eine darstellende (*espositrice*). Die methodologische Statistik umfaßt die Theorie und Technik, die darstellende Statistik zerfällt in die beschreibende (*descrittiva*) und in die forschende (*investigatrice*); die Aufgabe der *statistica espositrice* besteht in der Feststellung des typischen Elements der beobachteten Tatsachen, ferner in der Darlegung der typischen Beziehungen, der Ursachen und der Gesetze.

Die Ansicht Virgiliis, daß die Statistik eine selbständige Wissenschaft ist, wird auch von Hellmuth Wolff in seinem genannten Aufsatze geteilt.

Wolff untersucht zunächst die Methodenfrage. Gegenüber der induktiven und der deduktiven Methode bildet die statistische eine eigene Forschungsart. Die induktive Methode ist auf dem Experiment begründet, die deduktive Methode fußt auf dem Gesetze. Die statistische Methode hat es weder mit dem einen, noch mit dem anderen zu tun. Sie ist die Methode des Vergleichens, ihre Brauchbarkeit ist durch das Gesetz der großen Zahlen und die Wahrscheinlichkeitsrechnung bedingt. Sie gelangt in allen Wissenschaften zur Anwendung, wenn es sich um nicht rein induktive oder deduktive Beobachtungen handelt, zunächst also in den Naturwissenschaften, sobald mehr als rein nomologische, d. i. sobald kulturwissenschaftliche Ziele verfolgt werden. Die statistische Methode ist die soziale Induktion.

Diese statistische Methode ist jedoch nicht identisch mit der statistischen Wissenschaft. Wolff widersetzt sich der Auffassung Onckens von der Statistik als Buchhaltung, als Hilfswissenschaft aller Wissenschaften. Neben der statistischen Methode gibt es eine selbständige Wissenschaft der Statistik.

Als besonderes Forschungsgebiet dieser Wissenschaft erscheint die Gesellschaft, also nicht der Mensch als biologischer Individualtyp, sondern als Bestandteil einer Gemeinschaft oder — wie Rümelin ihn bezeichnete — als Kollektivtyp. Die Statistik ist weder eine naturwissenschaftliche Beobachtungsart, noch hat sie es mit naturwissenschaftlichen Beobachtungsobjekten zu tun. Ihr obliegt vielmehr die Erforschung des Gesellschaftslebens mittels der Massenbeobachtung. „Zur Spekulation in den Gesellschaftswissenschaften ist (neben der historischen Forschung) durch die statistische Methode die Empirie gekommen." —

In den hier besprochenen Schriften handelt es sich weniger um eine grundsätzliche Untersuchung des Wesens der Statistik, als vielmehr um eine Übersicht über die Hauptergebnisse des wissenschaftlichen Streites und schließlich um eine Stellungnahme in diesem Streite. Eine erschöpfende Beleuchtung des Problems nach allen Seiten enthält dagegen das Werk Prof. Tschuprows „Abhandlungen über die Theorie der Statistik", dessen wesentliche Grundzüge in einem weiteren Artikel dargestellt werden sollen.

A. Wadler (Pasing b. München).

Wahrscheinlichkeitsberechnungen, insbesondere in bezug auf das Geschlechtsverhältnis bei den Geburten.

Das Problem der Wahrscheinlichkeitsberechnung auf Grund statistischer Tatsachen wird von Professor Corrado Gini in Cagliari in einem Aufsatz „*Considerazioni sulle probabilità a posteriori e applicazioni al rapporto dei sessi nelle nascite umane (Studi economico-giuridici della Facoltà di giurisprudenza della Regia Università di Cagliari)*" behandelt. Bei dem Problem, *a posteriori* die Wahrscheinlichkeit künftiger Vorkommnisse zu berechnen, handelt es sich darum, die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, womit zu erwarten ist, daß eine Erscheinung A sich unter s künftigen Beobachtungsfällen x mal zeigen wird, wenn bei vorausgegangenen n Beobachtungsfällen sie m mal eingetreten ist, und angenommen wird, daß für alle $n+s$ Beobachtungen die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts die gleiche war. Die Klassiker der Wahrscheinlichkeitsrechnung (Bayes, Laplace) hatten das Problem in der Weise gelöst, daß sie als bekannt annahmen 1. die Anzahl der Wahrscheinlichkeiten, die A in den $n+s$ Beobachtungsfällen haben kann, oder, wie sie sich ausdrücken, die Zahl der Ursachen oder der Hypothesen, 2. die Wahrscheinlichkeit p_y, daß in den $n+s$ Beobachtungsfällen die Hypothese y zutrifft, 3. die Wahrscheinlichkeit ${}_yp$ des Eintritts der Erscheinung A bei einer Beobachtung, wenn bei den $n+s$ Fällen die Hypothese y zutrifft. Da aber in der Praxis diese Kenntnis fehlt, so sind die errechneten Formeln nicht verwendbar, und man hat sich, um

sie benützen zu können, mit der Hypothese begnügt, daß die Zahl der Hypothesen unendlich und p_y konstant sei: yP erhielt mit der nämlichen Wahrscheinlichkeit die unendlich vielen Werte 0 bis 1. Man nahm an, daß diese Hypothesen nicht erheblich von der Wirklichkeit abweichen können, wenn die Zahl n der vorausgegangenen Beobachtungen sehr groß ist. Der Verfasser weist nun nach (§ 9), daß diese Hypothesen in gewissen Fällen, wie groß auch n sein mag, zu einer irrigen Bestimmung der Wahrscheinlichkeit *a posteriori* führen können, und er schlägt ein anderes Verfahren vor. Statt von den Ursachen oder Hypothesen, die *a priori* als möglich anzunehmen sind, kann man von den Ergebnissen ausgehen, die in den $n+s$ Fällen tatsächlich zu erwarten sind. Ist die Erscheinung A in den n ersten Fällen m mal eingetreten, so kann sie in der Gesamtzahl von $m+s$ Beobachtungen m, $m+1$, $m+2, \ldots m+s$ mal vorkommen; es sind also $s+1$ Ergebnisse möglich. Kennt man die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines jeden dieser Ergebnisse, und nimmt man an, daß die Wahrscheinlichkeit des Vorkommens von A in den $n+s$ Fällen gleich bleibt, so besteht die Wahrscheinlichkeit *a posteriori* daß A unter den s künftigen Beobachtungsfällen x mal vorkommt. Die Statistik bietet in vielen Beziehungen die Möglichkeit, mit hinreichender Genauigkeit und auf Grund einer genügend großen Anzahl von Beobachtungen zu bestimmen, wie groß die Wahrscheinlichkeit der verschiedenen Ergebnisse ist. Z. B. ist bezüglich der Drillingsgeburten bekannt, wie oft 3 Knaben, 2 Knaben und 1 Mädchen, 2 Mädchen und 1 Knabe, 3 Mädchen geboren werden; ist die Häufigkeit jeder dieser 4 Möglichkeiten bei einer hinlänglichen Zahl von Fällen ermittelt, so kann sie als gleichbedeutend mit der entsprechenden Wahrscheinlichkeit angesehen werden. Diese Kenntnis ermöglicht es, mittels der Formeln des Verfassers die Wahrscheinlichkeit zu berechnen, daß, wenn bei einer Drillingsgeburt der Erstgeborene ein Knabe ist, die beiden folgenden Kinder 2 Knaben, oder 2 Mädchen, oder 1 Knabe und 1 Mädchen sind, unter der Voraussetzung, daß die Geburtenfolge unabhängig vom Geschlecht des einzelnen Geborenen ist.

In gewissen Fällen kann die Wahrscheinlichkeit *a posteriori* der Erscheinung A, vorausgesetzt, daß die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts in allen $n+s$ Fällen gleich ist, mit der tatsächlichen Häufigkeit ihres Eintritts verglichen werden. So läßt sich erproben, ob die Hypothese des Gleichbleibens der Wahrscheinlichkeit des Eintritts von A bei den $n+s$ Fällen der Wirklichkeit entsprach, oder in welcher Richtung sie davon abwich. Ist z. B. die Häufigkeit des Geschlechtsverhältnisses bei $n+s$ Geburten statistisch festgestellt, so ermöglichen die Formeln des Verf., die Wahrscheinlichkeit zu berechnen, daß, wenn unter den ersten n Geborenen m Knaben waren, unter den folgenden s Geborenen x Knaben sein werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Reihenfolge der Geburten unabhängig vom Geschlecht der Kinder ist. Stellt die Statistik weiter fest, wie häufig das tatsächliche Vorkommen von x Knaben bei s Geburten ist, wenn unter n vorhergegangenen Geborenen sich m Knaben befanden, so läßt sich durch Vergleich mit der berechneten Wahrscheinlichkeit ermessen, inwiefern die Annahme der Unabhängigkeit der Geburtenfolge vom Geschlecht der Kinder richtig ist, oder ob die Wahrscheinlichkeit einer Knabengeburt in der Reihe der Geburten veränderlich ist und in welcher Richtung. Der Verfasser hat bezüglich des normalen Geschlechtsverhältnisses Untersuchungen dieser Art auf Grund der Angaben für Sachsen aus den Jahren 1879—1885 und für Dresden 1891—1901, sowie für Paris 1905 angestellt und ist zu folgenden Ergebnissen gelangt:

1. Die Tendenz einer einzelnen Ehe zur Erzeugung von Kindern eines bestimmten Geschlechts ist während der Dauer der Geburtenfolge in der Weise veränderlich, daß die Ehen, die nach der Gesamtheit ihrer Nachkommenschaft die Tendenz besitzen, ein bestimmtes Geschlecht hervorzubringen, doch ein Nachlassen dieser Tendenz in den späteren Geburten zeigen, wenn nicht sogar die entgegengesetzte Tendenz an ihre Stelle getreten ist.
2. Zieht man alle Ehepaare in Betracht, ohne sie nach dem Geschlechtsverhältnis der bereits geborenen Kinder zu unterscheiden, so scheint die Zahl der Mädchen bei den späteren Geburten mehr zu überwiegen als bei den ersten.

Vermischte Mitteilungen.

Dr. Paul Kollmann, Großh. Oldenburgischer Geh. Oberregierungsrat und früherer langjähriger Leiter des Oldenburgischen Statistischen Amtes, vollendet am 10. März 1912 das 70. Lebensjahr. Im Ruhestand in Dresden lebend, entfaltet er eine rege schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiete der Statistik; auch das D. St. Z. zählt ihn zu seinen Mitarbeitern.

XV. Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie. Der im Sept. 1907 in Berlin abgehaltene XIV. Kongreß hat Washington als Ort des XV. Kongresses gewählt, der dort, nach einer ungewöhnlich langen Pause, vom 23. bis 28. Sept. 1912 tagen soll. Die demographische Sektion dieser Kongresse hat sich zu einer Art bevölkerungsstatistischer Spezialversammlung entwickelt, welche die der allgemeinen Statistik dienenden Versammlungen des Internationalen Statistischen Instituts ergänzt. Die vorläufige Tagesordnung der genannten Sektion für Washington ist, wie natürlich, zum erheblichen Teil unter besonderer Berücksichtigung amerikanischer Verhältnisse ausgewählt; so die Punkte „Entwicklung der Statistik der Bevölkerungsbewegung in den Verein. Staaten seit 1900 und Maßregeln für die nächste Zukunft", „Fortschritte in der Aufstellung von Sterbetafeln für die Verein. Staaten", „Ersatzmittel für die Geburtenziffer", „amerikanische Statistik der Eheschließungen und der Ehescheidungen", „statistische Grundlagen für ein Pensionssystem der Staatsbeamten". Weiter sind vorgesehen Beratungen über Kindersterblichkeit, Veränderungen der Tuberkulosesterblichkeit, Zuverlässigkeit der Diagnosen der Todesursachen, Beziehungen zwischen Beruf und Gesundheit und zwischen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung und der Sterblichkeit, Einfluß der Trunksucht auf die Sterblichkeit; dazu auch über Kriminal-, Armen- und Unfall-Statistik. Nicht bevölkerungsstatistischer, sondern allgemeiner Art sind die Themata „Mechanische Methoden in der Statistik" und „Die Heranbildung von Statistikern". Der englische Text spricht, was letzteren Punkt betrifft, zwar von *„the training of demographers"*; für europäische und insbesondere deutsche Verhältnisse muß aber die

Frage der Heranbildung des Nachwuchses über das Gebiet der Demographie hinaus auf das der Allgemeinstatistik erweitert werden. — Für den Kongreß hat sich in Berlin ein vorbereitendes deutsches Nationalkomitee unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Bumm und Unterstaatssekretär z. D. v. Mayr gebildet; Generalsekretär ist Professor Dr. Hoffmann, Berlin NW. 40, Scharnhorststraße 35.

Veränderungen bei den statistischen Ämtern seit Anfang 1911, soweit bis zum Erscheinen dieser Nummer bekannt (siehe vorige Nummer Sp. 58).

Nebenamtlich beschäftigte, sowie nur zu zeitweiliger, kürzerer Dienstleistung einer statistischen Amtsstelle zugeteilte Personen sind nur angeführt, wenn sie an der Spitze eines Amtes stehen. TV. = Titelverleihung.

Den Bezeichnungen der Amtsstellen ist im nachstehenden das Begründungsjahr beigefügt; folgt darauf noch eine zweite Jahreszahl, so gibt sie das Jahr an, seit welchem die Stelle ihren jetzigen Namen trägt.

Von denjenigen Ämtern, die keine Veränderungen mitzuteilen hatten, gaben als Jahre der Gründung bzw. der Beilegung ihres jetzigen Namens an das Königl. Württembergische Statistische Landesamt in Stuttgart 1820 bzw. 1885, die Großherzogl. Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik in Darmstadt 1860, das Großherzogl. Mecklenburgische Statistische Amt in Schwerin 1851 bzw. 1897, das Großherzogl. Statistische Landesamt in Oldenburg 1855 bzw. 1910, das Herzogl. Statistische Amt in Braunschweig 1854 bzw. 1908, das Bremische Statistische Amt 1861 bzw. 1901, das Statistische Amt der freien und Hansestadt Lübeck 1871 bzw. 1893, das Statistische Landesamt für das Erzherzogtum Österreich u. d. E. 1906, die Statistischen Bureaus der Kantone Aargau 1886, Bern 1848, Zürich 1868, die Statistischen Ämter der Städte Altona 1871 bzw. 1904, Barmen 1904, Chemnitz 1878 bzw. 1883, Cöln 1883 bzw. 1898, Dortmund 1896, Elberfeld 1900, Essen 1900, Freiburg i. Br. 1905, Hannover 1894, Königsberg i. Pr. 1893, Linden 1907 bzw. 1910, Mannheim 1895, Plauen 1876 bzw. 1901, Posen 1905, Schöneberg 1902, Stettin 1910, Straßburg 1895, Stuttgart 1895 bzw. 1896, Wiesbaden 1907, Dt. Wilmersdorf 1905, Zürich 1893; die „statistischen Stellen" der Städte Braunschweig 1905, Görlitz 1879.

1. Deutsches Reich.

a. Reichs- und Staatsämter.

Kaiserl. Statistisches Amt, Berlin (1872). — Regierungsrat Koch, TV. Geh. Regierungsrat 20. Mai 1911, ern. z. Direktor 28. Sept. 1911. — Geh. Regierungsrat Direktor Fuhry, i. d. Ruhestand getr. 30. Sept. 1911. — Dr. Schweninger, als wissensch. Hilfsarbeiter eingetr. 1. März 1911, ern. z. ständ. Mitarbeiter 1. Oktober 1911. — Regierungsrat Dr. Dr. Eichhorst, gest. 15. Oktober 1911. — Grh. bad. Finanzassessor Säger, eingetr. als Hilfsreferent 16. Oktober 1911.

Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Berlin (1805, 1905). — Präsident Dr. Blenck, i. d. Ruhestand getr. 31. Mai 1911, gest. 4. Okt. 1911. — Oberregierungsrat Evert, ern. z. Präsidenten 1. Juni 1911. — Regierungsrat Prof. Dr. Kühnert, TV. Oberregierungsrat 1. Juni 1911. — Regierungsrat Dr. Hoepker, eingetr. als kommiss. Mitglied 1. Juni 1911.

Königl. Bayr. Statist. Landesamt (1848, 1909). — Bezirksamtsassessoren Georg Däschlein und Dr. Hans Schmelzle, TV. Regierungsassessoren 1. Januar 1912. — Rechtspraktikant Dr. Eugen Mayer, eingetr. als wissensch. Hilfsarb. 1. Januar 1912. — Ausgetr. die wissensch. Hilfsarb. Regierungsakzessisten Dr. Josef Haselberger und Georg Schmetzer 1. Mai 1911 und Dr. Lorenz Huber 31. März 1911, ferner Dr. Hans Heine 31. Dezember 1911.

Königl. Sächs. Statist. Landesamt, Dresden (1831, 1905). — Regierungsassessor Dr. Georg Schmidt, TV. Regierungsamtmann Mai 1911, in die Landesversicherungsanstalt übergetr. 1. Januar 1912. — Eingetr. als außeretatmäß. wissensch. Hilfsarbeiter Assessor Dr. Max Rusch Februar 1911, Dr. Kurt Bormann 1. Juli 1911, Assessor G. Brückler 1. Januar 1912; ausgetr. Dr. Ernst Helbling Ende Febr. 1912.

Großherz. Bad. Statist. Landesamt, Karlsruhe (1852, 1897). — Vorstand Oberregierungsrat Dr. Gustav Lange, ern. z. Direktor 1. Juli 1911. — Regierungsassessor Dr. Lothar Barck, wissensch. Hilfsarb., in die allgem. Verwaltung zurückgetr. — Regierungsassessor Dr. Otto Esau, eingetr. als wissensch. Hilfsarb. 1. Juli 1911.

Herzogl. Anhalt. Statist. Bureau, Dessau (1855). — Vorstand Regierungsrat Richter, TV. Geh. Regierungsrat Januar 1911.

Statistisches Amt, Hamburg (1866, 1912). — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Otto Pertsch, eingetr. 1. Januar 1911.

b. Stadtämter.

Statistisches Amt, Aachen (1901). — Dr. Elfert, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 1. Oktober 1910.

Statistisches Amt, Berlin (1862, 1882). — Johannes Heinze, wissenschaftl. Hilfsarb., ausgesch. am 31. Mai 1911. — Dr. phil. Arthur Hoffmann-Kutschke, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 26. Juni 1911.

Statistisches Amt, Breslau (1873, 1885). — Dr. phil. Heinrich Mann, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 1. Januar 1911.

Statistisches Amt, Charlottenburg (1897). — Dr. Simon, wissenschaftl Hilfsarb., ausgesch. am 1. Oktober 1911. — Dr. v. Tyszka, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 1. Oktob. 1911.

Statistisches Amt, Danzig (1. April 1912). — Dr. Arthur Grünspan, Leiter des neuzuerrichtenden Amtes.

Statistisches Amt, Düsseldorf (1900). — Direkt. Dr. Most gewählt zum Beigeordneten 16. Mai 1911 und zum Verwaltungsdirektor der Düsseldorfer Akademie für kommunale Verwaltung. (M. hat die Leitung des Statist. Amtes nebenamtlich beibehalten, jedoch sein Lehramt an der Universität Bonn aufgegeben.) — Dr. Tremöhlen, a. e. wissenschaftl. Hilfsarb. seit 1. September 1911.

Statistisches Amt, Frankfurt a. M. (1865). — Dr. Erich Simon, wissenschaftl. Assistent seit 1. Oktober 1911.

Statistisches Amt, Halle (1906). — Assessor Dr. Max Rusch, wissenschaftl. Hilfsarb., übergetr. zum K. Sächs. Statist. Landesamt Februar 1911. — Gerichtsassessor Hermann Todt, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 7. März 1911.

Statistisches Amt, Karlsruhe (1896). — Dr. Wittmann, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 17. November 1911.

Statistisches Amt, Kiel (1903). — Dr. W. Krebs, wissenschaftl. Hilfsarb., ausgetr. am 1. November 1911 (jetzt Redakteur der Halbmonatszeitschrift „Deutsche Schiffahrt" in Berlin). — Dr. Paul May, wissenschaftl. Hilfsarb. seit 2. Januar 1912.

Statistisches Amt, Leipzig (1867). — Dr. jur. Friedrich Tägtmeyer seit 1. April 1911 wissenschaftl. Hilfsarb.

Statistisches Amt, Magdeburg (1885, 1890). — Assistent Dr. A. Grünspan ausgetr., Dr. E. Helbling eingetr. 1. März 1912.

Statistisches Amt, München (1875, 1890). — Bibliothekdirektor und Dozent an der Handelshochschule in Cöln Dr. W. Morgenroth am 1. September 1911 berufen zum I. Direktor des Statist. Amtes und nebenamtl. zum Dozenten für Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Handelshochschule München. — Dr. A. Fiack, ern. am 1. März 1911 zum II. Direktor und stellvertr. Vorstand. — Dr. W. Klose, wissenschaftl. Assistent, ern. am 1. September 1911 zum etatmäßigen wissenschaftl. Sekretär.

Statistisches Amt, Nürnberg (1900). — Wissenschaftl. Hilfsarb. Dr. Otto Petrenz, ern. am 1. Januar 1911 zum Assessor des Statist. Amtes.

Statistisches Amt, Rixdorf (1909, 1911). — Statistiker Dr. Büchner ern. zum Direktor des Statist. Amtes am 1. April 1911.

2. Österreich-Ungarn.

K. k. Österreich. Statist. Zentralkommission, Wien (1863). — Se. Exzellenz Sektionschef Dr. Robert Meyer, Präsident, ern. zum k. k. Finanzminister 9. Jan. 1911. — Universitätsprofessor Dr. Ernst Mischler, ern. zum Präsidenten 23. Febr. 1911. — Vizesekretär m. Tit. u. Charakt. e. Hofsekretärs Dr. Hugo Forcher, ern. zum Hofsekretär 23. Juli 1911. — Vizesekretär Richard Edler v. Pflügl, versetzt in den dauernd. Ruhestand 1. Juni 1911. — Hofkonzipisten Maximilian Fizia und Dr. Eugen Ritter v. Humbourg, ern. zu Vizesekretären 23. Juli 1911. — Privatdozent Dr. Karl Pribram, ern.

zum Vizesekretär, Hofkonzipist Dr. Raimund Günther Edler v. Kronmyrth, ern. zum provis. Vizesekretär 8. Okt. 1911. — Hofkonzipist Armin Ritter v. Oppolzer, aus d. Staatsdienst ausgetr. 11. Jan. 1911. — Bezirkskonzipist Dr. Nikolaus Hofmann, provis. Hofkonzipist Dr. Karl Ritter v. Englisch, Konzeptspraktikanten Gerhard Gutherz, Dr. Felix Klezl Freiherr v. Norberg, Dr. Herman Pfaundler v. Hadermur, ern. zu Hofkonzipisten 23. Juli 1911. — Konzeptspraktikanten Karl Graf Oberndorff, Dr. Johann Freiherr v. Krafft-Ebbing, Franz Schramm-Schießl Freiherr v. Perstorff, ern. zu provis. Hofkonzipisten 23. Juli 1911. — Sekretär-Stellvertreter des Industriellen-Klub Dr. Franz Kammerlander, eingetr. als Konzeptspraktikant 15. Aug. 1911. — Statthalterei-Konzeptspraktikant Dr. Walter Herrmann, ern. zum Statthalterei-Konzipisten 7. Febr. 1911. — Finanzprokurators-Konzipist Dr. M. V. Ritter v. Bilinski, ern. zum Hofkonzipisten extra Statum 8. Okt. 1911. — Finanzkommissär Dr. Emanuel Hugo Vogel, ins Finanzministerium beruf. 29. März 1911.

Statist. Landesbureau des Königreichs Böhmen, Prag (1857, 1898). — Konzipist Dr. Johann Auerhan, T. V. Vizesekretär 4. Jan. 1911.

Landesstatistisches Amt des schles. Landesausschusses, Troppau (1898). — Vorsteher Landesrat Karl Barthold, ern. zum Oberlandesrat und damit zum Vorstand aller Landesämter und Landesanstalten (behält die Vorsteherstelle am landesstat. A. nebenamtlich bei.)

Statist. Landesamt für Steiermark, Graz (1893). — Konzipist Dr. Otto Wittschieben, ern. zum Direktor 1. Jan. 1912. — Wissensch. Hilfsarbtr. Dr. Hans Schmidt, ern. zum Konzipisten 1. Dez. 1911.

Statist. Departement der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina, Sarajewo (1894). — Regierungsvizesekretär Dr. Max Birkovits, ern. zum Regierungssekretär 24. März 1911. — Regierungskonzipist Dr. Heinrich Starch, ern. zum Regierungsvizesekretär 24. März 1911. — Polit. Adjunkt Dr. Franz v. Galliuff, ausgetr. 30. Juli 1911. — Polit. Adjunkt Ottokar Reiner, ern. zum Regierungskonzipisten 8. Mai 1911.

8. Schweiz, Luxemburg.

Statist. Amt des Kantons Basel-Stadt, Basel (1902). — Der Name des im 3. Jahrgang des D. St. Z. Sp. 62 aufgeführten Adjunkten ist H. Joneli (nicht Toneli).

Statist. Amt des Großherzogtums Luxemburg (1900). — Vorstand A. Widung prom. zum Dr. rer. pol., Febr. 1912.

Bibliographie.

12. Preisstatistik von Mitte 1910 an.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammer vorangesetzte Zahl den betreffenden Jahrgang und die Spalte an.

Abkürzungen: J. B. = Jahresbericht. St. D. R. = Statistik des Deutschen Reiches. St. J. = Statistisches Jahrbuch. St. L. A. = Statistisches Landes-Amt. St. M. = Statistische Mitteilungen. M. B. = Monatsberichte. Gew. = Gewerkschaften.

Ordnung der Titel: Allgemeines; Deutsches Reich; Einzelgebiete.

Unberücksichtigt geblieben sind die Nachweise der einschlägigen Rubriken in den periodischen Veröffentlichungen der statistischen Ämter, die Berichte der Schlacht- und Viehhöfe, der Handelskammern, Landwirtschaftskammern, der Konsumvereine, Banken, Börsen und ähnlicher Institutionen, sowie die Berichte einzelner Großhandelsfirmen usw. Alljährlich sich wiederholende Titel sind nur einmal aufgeführt worden.

Bewegung der Löhne in Landwirtschaft u. Industrie u. die Preise der landw. Produkte. (Agrarpol Wochenschr. 10, 1.)

(III 171.) Calwer, R., Monatliche Übersichten über Lebensmittelpreise. Berlin, Wirtschafts-statistisches Bureau, W. 50, Prager Str. 30. 1911. Jahrg. ℳ 24.—.

—, Die Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes i. J. 1911 (Korr. d. Gew. 1911, 35 u. 1912, 7).

Durchschnittspreise für Garne. (Alljährlich) zusammengestellt von C. Reise, Mühlhausen i. Th.

Hof- u. Marktpreise für Brotgetreide und die Brotpreise. (Agrarpol. Wochenschr. 10, 1.)

Laspeyres, Getreidepreise und Brotpreise. (Kapitalanlage und Geldmarkt, Beil. zum „Tag“ 1912, 2—4.)

Lebensmittelpreise und Nahrungsmittelaufwand. (Calwers „Konjunktur“ 1911/12, 18.)

Mehlpreis-Diagramme 1909/1911. Herausgegeben von der Allg. D. Mühlenzeitung, Charlottenburg 2.

Pohle, L., Die Bewegung der Warenpreise nach den von O. Schmitz aus den deutschen amtlichen Preisnotierungen für 29 Artikel berechneten Totalindexziffern. (Monatlich in den „Statist. Übersichten über die allg. Wirtschaftslage“, Rubrik I B 3. Beilage zur Ztschr. für Sozialwiss.)

—, Warenpreise und Goldproduktion (Ztschr. f. Sozialw. 1911, 4).

Preisbewegung der Baumwolle während der Jahre 1909 bis 1911. Zusammengestellt von der Deutschen Bank. Berlin 1911.

— über Blei, Gummi, Jute, Kaffee, Kupfer, Mais, Petroleum, Roggen, Roheisen, Salpeter, Schmalz, Silber, Weizen, Wolle, Zink, Zinn und Zucker. Ebd.

Preise, die, industrieller Rohstoffe i. J. 1909, sowie deren Durchschnittspreise 1909, 1908 und 1907. (D Industrie-Ztg. 10, 10.)

Preistafeln (Anhang zum 16. Jahrg. 1900—1909 der „Stat. Zusammenstellungen über Blei, Kupfer, Zink, Zinn, Aluminium, Nickel, Quecksilber u. Silber“ der Metallgesellschaft, Metallurgischen Gesellschaft u. d. Berg- u. Metallbank in Frankfurt a. M., 1910, S. 89 bis 111).

Schellwien, J., Ergebnisse einer Untersuchung über die Tendenz der Warenpreise. (J. B. für Nationalök. u. Stat. 1911, II/2.)

Statistik der Preise, Zur. A. Großhandelspreise; B. Roggen- u. Weizenpreise; C. Viehpreise im In- u. Ausland. (Vierteljh. St. D. R. 1910, 1.)

— d. Preise, Zur. (Getreide, Vieh, Fleisch u. a. Lebensmittel.) (Ebd. 1910, 2.)

v. Tyszka, C., Die Bewegung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel, insonderheit der Fleischpreise, in Deutschland und im Auslande, unter Berücksichtigung Englands. (J. B. für Nationalök. u. Stat., Bd. 42, S. 632—665.)

Anm.: In der von Fr. Zahn herausgegebenen v. Mayr-Ehrengabe (München, Schweitzer) wird die methodologische Seite der Preisstatistik in den Beiträgen von Meerwarth, Decker, Ballod und Feig behandelt.

Berichte deutscher Fruchtmärkte (wöchentlich und monatlich im D. Reichs-Anzeiger).

Denkschrift des deutschen Landwirtschaftsrats über die Lebensmittelteuerung 1911. Neue erweiterte Ausgabe. (31 S.) Berlin, Parey.

Durchschnittspreise für Heu und Stroh (Anl. V zum Reichshaushalts-Etat. 1912).

— für Roggen, Weizen und Hafer in den Jahren 1890 bis 1909. (Reichstags-Drucks. 1909/11 N. 370.)

Kurs-Tabellen der Frankfurter Börse, der norddeutschen, sächsischen und süddeutschen Börsen. Zusammenstellungen der monatlichen und jährlichen höchsten, niedrigsten und letzten Kurse von allen gehandelten Wertpapieren usw. Anmerkungen über Kapital usw. I. Jg. 1911. Berlin, Verlag f. Börsen- u. Finanzliteratur 1912. à ℳ 4.—.

Mitteilungen über Kohlenförderung und Kohlenhandel usw. in Deutschland. (Beil. zu den „Nachrichten für Handel und Gewerbe“ d. Reichsamts d. Inn.)

Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1910. (R. Arb. Bl. 1911, 3.)

Preise für Eisengußwaren bei öffentlichen Vergebungen (Mitt. Vereins d. Eisengießereien 1910, 278, S. 96—103.)

Roggen- und Weizenpreise an deutschen und fremden Börsenplätzen im 4. Vierteljahr 1903—1910. (Vierteljh. St. D. R. 1911, 1.)

Übersicht über die Fleischpreise im Kleinhandel. (Wöchentlich in der „Deutschen Schlacht- u. Viehhofztg.“)

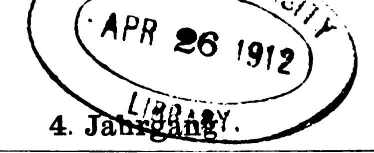
Wochenberichte der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. VI. Jg. 1911. Berlin, Selbstverlag, W 57, Winterfeldstr. 57. ℳ 17.—.

Preisstat. Tabellen f. Deutsche Einzelstaaten usw. in: Dade, Stat. Handb. f. d. landw. Interessenvertretungen. Tab. 29—44. Berlin 1912.

(III 109.) Milchpreise, Die, in Baden 1897/1909. (St. M. Großh. Baden 1910, 9.)
Preise, die, des Jahres 1911 im Großh. Baden (St. M. 1912, 1)
Arnold, Weinmost- und Weinpreise in Bayern 1911. (Zeitschr B. St. L. A. 1912, 2, S. 93 ff.)
Statistik der Preise im Kgr. Bayern i. J. 1910. (Zeitschr. B. St. L. A. 1911, 2.)
Preise und Löhne in Elsaß-Lothringen. (Stat. E. B. 1911, Straßburg 1912, S. 151—156.)
Cramer, Der Einfluß des Jahres 1909 auf die Rindviehhaltung und die Gestaltung der Preise für Rind- und Kalbfleisch in der Provinz Hannover. (Hann. land- u. forstw. Ztg. 1911, 50 u. 51.)
Jahresdurchschnitte aus d. monatl. Mittelpreisen d. gewöhnlichen Verbrauchsgegenstände seit 1878 im Großh. Hessen und in der Stadt Darmstadt. (Wirtsch.-statist. J. B. der hess. Handelskammern. Darmstadt 1911, S. 50.)
Preise der gewöhnlichsten Verbrauchsgegenstände im Großh. Hessen 1908. (Mitt. Hess. Stat. Zentralst. 10, 3)
Ergebnisse der Versteigerungen 1908er Weine von Weingutsbesitzern der Mosel, Saar und Ruwer. Mit 5 Tabellen u. vergl. Übersichten. (V, 72 S.) Trier, Jacob Lintz. ℳ 1.25.
Vogelstein, Th., Die Getreidepreise in Ostdeutschland vor Aufhebung des Identitätsnachweises. (Arch. Soz.-Wiss. 1911, 3.)
Fleischpreise, Die, bei den Militärlieferungen im 1. Halbjahr 1912. (Zentralbl. d. Preußischen Landwirtschaftskammern. 1912, 4.)
Kühnert, F., Monats- u. Jahrespreise wichtiger Lebens- u. Verpflegungsmittel in 50 preußischen Berichtsorten im Jahre 1909. (Zeitschr. K. Pr. St. L. A. 1910, II. Abt. S. 193—254.)
Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel in 154 preußischen Berichtsorten im Jahre 1910. Mit einer Einleitung von F. Kühnert. (Pr. Statistik, Bd. 222.) Berlin 1911, Kgl. St. L. A. (XV u. 196 S.) ℳ 5.20.
(II 107, II 204.) Preisberichte, Amtliche [Fleisch, Kleinvieh usw.]. Besondere Beilage zur „Stat. Korr." von 1910 ab. Berlin, Kgl. St. L. A.
(III 108.) Rothkegel, W., Die Kaufpreise für ländliche Besitzungen im Königreich Preußen von 1895 bis 1906. [Heft 146 der Schmoller-Seringschen „Forschungen".] Leipzig 1910, Duncker und Humblot. (VIII u. 365 S.)
Kuxenmarkt, der rheinisch-westfälische, im Jahre 1911. Jahresber. von Gebrüder Stern, Dortmund. (XXXV, 345 S. u. 9 Tab.) Dortmund, Krüger. 1912. ℳ 3.—.
(III 146.) Bewegung der Kleinhandelspreise [Sachsen] im ersten Viertelj. 1911. (Dresd. Journal 112 v. 16. Mai 1911.)
Preise für Lokomotivheizmaterial [Steinkohlen, Steinkohlenbriketts, Braunkohlen] 1907/08—1909/10. (Berichte d. II. K. des sächsischen Landtags, II. Bd. 1909/10, N. 490.)
Kleinverkaufspreise einiger wichtiger Lebensmittel in Sachs.-Meiningen 1910. (Stat. Herzth. S.-M. 1911, 12.)
Bewegung, die neuere, der Frucht-, Mehl- und Brotpreise, sowie der Brotversorgung in Württemberg. (Mitt. St. L. A. 10, 6.)
Frage der Fleischteuerung, Zur, in Württemberg. (Ebd. 10, 9.)
Preise, Die, im Großverkehr und Kleinverkehr in Württemberg. (Stat. Handb. 1910, S. 216—245.)
Viehmarktverkehr, Viehzählung und Fleischpreise, sowie die Fleischversorgung in Württemberg 1910. (Mitt. Württbg. St. L. A. 11, 2.)

Ein- und Verkaufspreise von Milch in 26 größeren Städten Deutschlands. (D. Landw. Presse 1910, N. 70.)
Neuhaus, Lebensmittelpreise in den Jahren 1906 bis 1908. (St. J. D. Städte, Breslau 1910, S. 730—738.)
Steinkohlenpreise in deutschen Städten 1906—1910 nach Monatsdurchschnitten. (Vierteljh. St. D. R. 1911, 2.)
Viehpreise in 10 deutschen Städten im 1. Vierteljahr 1907—1911. (Vierteljh. St. D. R. 1911, 2.)
Preise von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln und Heu in einigen sächsischen Städten von 1906—1910. (Stat. J. B. 1911, S. 146.) (Schluß folgt.)

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 4 4. Jahrgang. 1. April 1912

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**
Mitglied
des Kaiserlichen Statistischen Amtes
in Berlin

Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**
Direktor
des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes
in Dresden

Professor Dr. **Friedrich Schäfer**
Direktor
des Städtischen Statistischen Amtes
in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Zur Erhebungstechnik der Volkszählungen.[1])

4. Frankreich.

Von **M. Huber,** Statistiker an der *Statistique générale de la France* in Paris.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts werden in Frankreich regelmäßig Volkszählungen nach Grundsätzen vorgenommen, die durch das noch heute in Kraft befindliche Polizeigesetz vom 22. Juli 1791 festgelegt sind.

Nach den beiden ersten Paragraphen dieses Gesetzes haben die Gemeindeverwaltungen alljährlich eine Bevölkerungsaufnahme zu veranstalten, wobei ihnen überlassen bleibt, für die Zählung Angestellte der Gemeinde, Polizeibeamte oder Bürger zu verwenden. Die gesammelten Angaben sind in ein Kataster einzutragen, welches für jeden Einwohner Namen und Vornamen, Alter, Geschlecht, Beruf und sonstige Existenzmittel nachweist. Während der Revolutionszeit gelang es indessen der Zentralverwaltung, trotz wiederholter Mahnungen durch Rundschreiben des Ministeriums des Innern, nicht, das Gesamtergebnis für den Staat zu ermitteln.

Die erste wirkliche Volkszählung fand im Jahre 1801 statt, und zwar auf Grund des Gesetzes vom 27. *Pluviose* VIII (27. Februar 1800) über die Organisation der Verwaltung und die Einteilung in Departements, Kantone und Gemeinden. Dabei scheinen aber Schätzungen an die Stelle der unmittelbaren Zählung getreten zu sein, was auch von der nächsten Aufnahme im Jahre 1806 gilt.

Eine dritte Volkszählung folgte erst 1821. Nach den von den Präfekten eingesandten Nachweisungen wurde eine Übersicht für den ganzen Staat aufgestellt und gemäß der königl. Verordnung vom 16. Januar 1822 veröffentlicht, die zugleich bestimmte, daß allgemeine Volkszählungen nunmehr alle 5 Jahre vorgenommen werden sollten. Trotzdem fand eine solche im Jahre 1826 nicht statt; es wurde vielmehr die Bevölkerungszahl nur auf Grund des Geburtenüberschusses fortgeschrieben. Erst das Jahr 1831 bezeichnet den Eintritt in den regelmäßigen fünfjährigen Turnus.

Bei der Zählung von 1836 wurden die Präfekten durch Ministerialerlasse angewiesen, Schätzungen zu unterlassen und namentliche Verzeichnisse der Einwohner aufzustellen, die haushaltungsweise anzulegen waren und nur die Wohnbevölkerung umfassen sollten.

Erstmals 1841 wurde die Mitzählung der ortsfremden Bevölkerung angeordnet; doch war für fiskalische Zwecke, bei welchen die Bevölkerungszahl in Betracht kam, nur die *population municipale* (rechtliche Bevölkerung der Gemeinde) zu benützen. Da trotzdem die Mitzählung von Bevölkerungselementen, die zu den Gemeindelasten nichts beitrugen, zu Beschwerden Anlaß gab, so wurde durch einen Beschluß des Staatsrats vom 23. November 1842, auf den noch heute Bezug genommen zu werden pflegt, genau bestimmt, welche Personen gesondert zu zählen, also nicht in die *population municipale* einzurechnen sind. Seit 1846 wurde die fluktuante Bevölkerung an einem bestimmten Tage gleichzeitig gezählt, um Doppelzählungen von Reisenden und von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden, während im übrigen die Zählung längere Zeit in Anspruch nahm und nicht allenthalben zur gleichen Zeit stattfand.

Im Jahre 1851 gelangte zum ersten Male das Gesetz von 1791 strikt und vollkommen zur Anwendung. Außer der Unterscheidung der Bevölkerung nach Alter und Familienstand wurden auch Angaben über Staatsangehörigkeit, Religion, Beruf und körperliche Gebrechen veröffentlicht.

Die Volkszählungen von 1856, 1861 und 1866 brachten keine erwähnenswerten methodischen Änderungen; nur wurde 1866 die Berufsgliederung erheblich ausgedehnt. Bei der Zählung von 1872 war die Ausarbeitung eine beschränktere als 1866.

1) Siehe D. St. Z. Jahrg. 1911 Nr. 5 und 7 und Jahrg. 1912 Nr. 3.

Eine wichtige Neuerung war die erstmalige allgemeine Verwendung von Individualzählkarten bei der Volkszählung von 1876, nachdem die Stadt Paris hiermit auf den Vorschlag von Fourier bereits seit 1817 vorangegangen war.

Auch die Zählung von 1881 brachte verschiedene von einer zur Vorberatung eingesetzten Kommission unter dem Vorsitz von Joseph Garnier angeregte Fortschritte. Insbesondere sollte die ganze Zählung, also nicht mehr bloß die der fluktuanten Bevölkerung, auf einen Tag (18. Dezember) bezogen werden, wobei der Aufenthalt in der vorausgegangenen Nacht maßgebend war. Ferner waren neben den Individualzählkarten Haushaltungsbogen zu verwenden, in die *a*) die ständig anwesenden Haushaltungsmitglieder, *b*) die vorübergehend abwesenden Haushaltungsmitglieder, *c*) die vorübergehend anwesenden Personen aufzuführen waren. Auf Grund der Angaben zu *a* und *b* war die *population résidente* (Wohnbevölkerung) festzustellen, während aus den Individualzählkarten sich die zu *a* und *c* gehörende *population présente* (ortsanwesende Bevölkerung) ergab, auf die sich alle Nachweisungen über Alter, Familienstand, Beruf usw. beziehen.

Die Kommission hatte eine zentrale Bearbeitung des Zählkartenmaterials empfohlen. Man blieb aber noch bei der dezentralisierten Bearbeitungsweise, so daß jede Gemeinde die Auszählung für ihren Bereich übernahm und die Präfekten die Ergebnisse zu Departements-Übersichten zusammenstellten.

Bis 1872 hatte die Volkszählung stets im Sommer (Mai und Juni), 1876 im November, 1881, wie bereits bemerkt, im Dezember stattgefunden. Seit 1886 wurde wieder wie früher ein sommerlicher bzw. Frühlingstermin gewählt, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die ungünstige Jahreszeit der Tätigkeit der Zähler bereitet.

Während die Volkszählungen vom 30. Mai 1886 und vom 12. April 1891 in derselben Weise wie die von 1881 ausgeführt wurden, brachte die Zählung von 1896 auf Veranlassung des Ministeriums für Handel und Gewerbe durchgreifende Änderungen. Im Jahre 1894 wurde eine beratende Kommission mit E. Levasseur als Vorsitzendem eingesetzt, die unter Mitwirkung des *Office du travail* den Plan einer Berufszählung ausarbeiten sollte. Nach Erledigung dieser Aufgabe und eingehendem Studium des einzuschlagenden Vorgehens gelangte die Kommission zu dem Schlusse, daß von einer besonderen Berufszählung mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten abgesehen werden und dafür die gewöhnliche Volkszählung zu berufsstatistischen Zwecken und zugleich zur Erhebung einer Statistik der landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsbetriebe ausgenutzt werden könnte. Dieser Vorschlag fand die behördliche Zustimmung, und die Individualzählkarte für die Volkszählung von 1896 wurde in der von der Kommission empfohlenen Weise ausgestaltet. In der oberen Hälfte der Zählkarte wurden die gewöhnlichen Fragen nach Namen und Vornamen, Geschlecht, Tag und Ort der Geburt, Familienstand, Bildungsgrad usw. gestellt. Die untere für die Berufsangaben bestimmte Hälfte war durch einen senkrechten Strich geteilt, links von welchem die als Inhaber, Geschäftsleiter oder Hausindustrielle berufstätigen Personen den Namen, die Art und die Adresse sowie die Zahl der beschäftigten Personen ihres Betriebs anzugeben hatten; in dem Raum rechts war von Angestellten, Arbeitern, Lehrlingen usw. der Name, die Art und die Adresse des sie beschäftigenden Betriebs sowie der Betriebszweig anzugeben. Auf diese Weise wurde es ermöglicht, die Zählkarten der in jedem Betriebe beschäftigten Personen zusammenzulegen und ihre Zahl mit der vom Inhaber auf seiner Zählkarte angegebenen Zahl von Angestellten und Arbeitern zu vergleichen, und zugleich die erforderliche genaue Kenntnis der in den einzelnen Betrieben ausgeübten Arten von Tätigkeit zu erlangen.

Demgemäß wird seit 1896 mit jeder Volkszählung eine Berufszählung verbunden. Das Verfahren von 1901 erfuhr in den Jahren 1906 und 1911 nur unwesentliche Änderungen. So gelangen wir zu dem gegenwärtig üblichen Volkszählungsverfahren, dessen im Vorausgehenden kurz geschilderte Vorgeschichte nicht ohne Interesse sein dürfte.

Es gilt jetzt der Grundsatz, daß den Ortsbehörden lediglich die Verteilung und Wiedereinsammlung sowie die Prüfung und Zählung der Erhebungspapiere obliegt, die alsdann dem *Service de la Statistique générale* zur Erledigung der eigentlichen Auszählungen (*dépouillement*) übersandt werden. Da eine Zählung alle 5 Jahre in der nämlichen Weise stattfindet, so erlangen die Ortsbehörden eine gewisse Übung, die eine Gewähr für richtige Ausführung bietet. Andererseits gewährleistet die zentralisierte Bearbeitung die Genauigkeit und Gleichmäßigkeit besser als die früheren Teilauszählungen durch die einzelnen Gemeinden, während sie zugleich ermöglicht, den Bearbeitungsplan von einer Volkszählung zur anderen zu ändern, wiewohl die Erhebungsformulare und die Anweisungen für die Gemeindebehörden die gleichen bleiben. In den Jahren mit auf 1 endender Jahreszahl betreffen die Auszählungen hauptsächlich den Familienstand, die Haushaltungen und Wohnungen; in den Jahren auf 6 die Betriebe und ihre Personenzahl, die Motoren usw.

Was zunächst die Tätigkeit der Gemeinden betrifft, so ist jede Gemeinde in Zählbezirke mit ungefähr 100 Einwohnern (in den Städten 200) zu teilen. In Wirklichkeit sind in den großen Städten die Zählbezirke oft viel volkreicher, was bei Ausführung des Zählgeschäfts nachteilig wirkt. Durch den Gemeindevorstand ist ein Zähler für jeden Zählbezirk, und mindestens ein Kontrolleur auf 2000 Einwohner zu ernennen. Für jeden Zählbezirk wird in eine Kontrolliste (*carnet de prévision*) ein Verzeichnis der Gebäude eingetragen; damit kein bewohntes oder unbewohntes Gebäude der Zählung entgeht, sind zur Anlegung dieser Verzeichnisse die in den Gemeindearchiven befindlichen Kataster zu benutzen. Ungefähr 14 Tage vor dem Zählungstage hat der Zähler einen Umgang in seinem Bezirke vorzunehmen und dabei die Zahl der Haushaltungen in jedem Gebäude sowie Namen und Beruf aller Haushaltungsvorstände und die Personenzahl jedes Haushalts zu ermitteln und in die Kontrolliste einzutragen. Nachdem auf diese Weise der Bedarf an Hauslisten (*bordereaux de maison*), Haushaltungsbogen (*feuilles de ménage*) und Zählkarten (*bulletins individuels*) festgestellt ist, hat der Zähler die Verteilung derselben an die Einwohner spätestens am zweiten Tage vor dem Stich-

tage vorzunehmen; gleichzeitig hat er in den Anstalten, deren Bevölkerung gesondert gezählt wird (Gefängnisse, Kasernen, Erziehungsanstalten usw.) eine Anstaltsliste (*feuille récapitulative*) an Stelle des Haushaltungsbogens und die erforderliche Anzahl von Zählkarten abzugeben. Eine Zählkarte ist ausnahmslos für jede Person auszufüllen, die die Nacht vor dem Zählungstag in der Gemeinde zugebracht hat; Reisende, die die Nacht unterwegs waren, werden da gezählt, wo sie am Zählungstage zuerst ankommen. Außerdem hat jeder Haushaltungsvorstand einen Haushaltungsbogen auszufüllen und die Zählkarten der Haushaltungsmitglieder hineinzulegen.

Die Wiedereinsammlung der Erhebungspapiere beginnt bereits am Zählungstage. In Paris wird sie durch den Hausmeister (*concierge*) vermittelt, während in der Mehrzahl der übrigen Gemeinden der Zähler die Papiere unmittelbar bei den Einwohnern abholt. Der Zähler muß sich von der vorschriftsmäßigen Ausfüllung überzeugen und im Notfall Rückfragen stellen, auch fehlende Angaben einsetzen und unrichtige abändern; er hat auch zu prüfen, ob für alle Haushaltungen und Einwohner Zählpapiere ausgestellt sind, und ob die vorübergehend Abwesenden an der hierfür bestimmten Stelle im Haushaltungsbogen als solche bezeichnet sind. Sowohl bei der Verteilung als auch bei der Wiederabholung der Papiere streicht der Zähler in seiner Kontrolliste jede Eintragung an, um eine Kontrolle darüber zu erhalten, daß er weder das eine noch das andere Mal eine Wohnung, eine Haushaltung oder eine Person übersieht. Die Haushaltungsbogen eines Gebäudes sind zusammen in eine Hausliste zu legen, die der Zähler selbst ausfüllt.

Die Leitung dieser Arbeiten liegt dem Kontrolleur ob, der die ihm unterstellten Zähler vor der Zählung anweist, die Ausführung der Zählung überwacht, etwaige Schwierigkeiten behebt, die eingesammelten Zählpapiere auf ihre Vollständigkeit prüft und einen Bericht über den Gang des Zählgeschäfts und über die Tätigkeit der einzelnen Zähler erstattet.

Die Gemeindebehörde, an die die Zählpapiere abzuliefern sind, ordnet sie nach Ortsteilen, Vierteln oder Straßen, verzeichnet die Zahl der Hauslisten, Haushaltungsbogen und Zählkarten und stellt durch Addition derselben die Gesamtzahl der Häuser, Haushaltungen und Einwohner der Gemeinde fest, welche Zahlen alsbald der Präfektur anzuzeigen sind.

Weiter wird ein Namensverzeichnis (*liste nominative*) der Einwohner aufgestellt. Dieses für Gemeindezwecke wichtige Verzeichnis, das zur Ausführung von Orts- und Steuergesetzen benutzt wird, umfaßt die Wohnbevölkerung mit Einschluß der am Zählungstage vorübergehend abwesenden und mit Ausschluß der vorübergehend anwesenden sowie der gesondert zu zählenden Personen, erstreckt sich also auf die sogenannte *population municipale*. Diese ist weiter zu teilen in die *population agglomérée* des hauptsächlichsten Wohnplatzes und die *population éparse*, eine Unterscheidung, die in mehreren Steuergesetzen eine wichtige Rolle spielt.

Nach § 22 des Gesetzes vom 28. April 1816 ist die Verwaltung der indirekten Steuern berechtigt, eine Wiederholung der Zählung zu veranlassen, wenn Grund zu der Annahme von Unrichtigkeiten vorliegt; § 4 des Gesetzes vom 4. August 1844 verleiht dem *Conseil général* und der Verwaltung der direkten Steuern das nämliche Recht, wenn Zweifel darüber entstehen, welcher Gruppe eine Gemeinde bei der Festsetzung des Kontingents für die Tür- und Fenstersteuer oder bei der Gewerbesteuer zuzuteilen ist. Die *population municipale* wird zur *population résidente* ergänzt durch die Zurechnung der gesondert zu zählenden Personen (Militär, Häftlinge, Anstaltsinsassen, Interne in Unterrichtsanstalten usw.).

Das Namensverzeichnis und die Übersicht, in welcher die Verteilung der Bevölkerung auf die obengenannten Gruppen nachgewiesen wird, sind in doppelter Ausfertigung aufzustellen, von denen die eine der Präfektur übergeben, die andere im Gemeindearchiv aufbewahrt wird.

Die Hauslisten mit den einliegenden Haushaltungsbogen werden in Pakete mit je 100 Stück verpackt, die Individualzählkarten aber nach dem Beruf in vier Gruppen geteilt:

a) Berufslose, unterschieden nach dem Geschlecht;
b) besonders gezählte Bevölkerung mit Ausnahme der (zu d gehörenden) Arbeiter in zeitweiligen Bauplätzen öffentlicher Arbeiten;
c) Arbeitslose, unterschieden nach dem Geschlecht;
d) berufstätige Personen, geordnet nach der Arbeitsstätte.

Befindet sich der Arbeitsort in der Gemeinde selbst, so werden die Zählkarten nach Betrieben geordnet, und die Betriebe ihrerseits folgen sich alphabetisch nach dem Namen; wo es Straßennamen gibt, werden die Betriebe nach Straßen und Hausnummern gelegt.

Befindet sich der Arbeitsort in einer Nachbargemeinde, so werden die Zählkarten dem betreffenden Gemeindevorstand behändigt. Befindet er sich in einer nicht angrenzenden Gemeinde, so werden die Karten gemeindeweise zusammengelegt und erst anläßlich der zentralen Bearbeitung des Zählmaterials an die als Arbeitsort bezeichneten Gemeinden abgegeben. Über die Einzelheiten dieser von den Gemeinden ausgeführten Arbeiten, insbesondere soweit sie den Austausch von Zählkarten zwischen Nachbargemeinden betreffen, ist ein genauer Nachweis zu führen, damit keine Karten verloren gehen.

Die Zählkarten werden in Paketen zu je 1000 zusammen mit den übrigen Zählpapieren und Listen innerhalb einer Frist von zwei Monaten der Präfektur übersandt, welche die Zählpapiere des ganzen Departements sammelt und aus den Zusammenstellungen der Gemeinden die Summe der ortsanwesenden Bevölkerung für die Kantone, die Arrondissements und das Departement bildet. Sodann wird weiter mit Hilfe der Namensverzeichnisse, die vorher nachgeprüft werden, für die nämlichen Gebietseinheiten die Bevölkerung der Hauptwohnplätze und die zerstreute Bevölkerung, — welche beide zusammen die *population municipale* ergeben, — festgestellt; ferner die besonders zu zählende Bevölkerung, die Wohnbevölkerung (Summe der vorgenannten), die Zahl der Franzosen und der Ausländer, endlich die Zu- oder Abnahme der Bevölkerung seit der letzten Zählung. Diese Aufstellungen sind dem Ministerium des Innern zur

Verwendung für die amtliche Veröffentlichung des Volkszählungsergebnisses zu übersenden. Die Zählpapiere selbst werden nach Erledigung etwaiger Rückfragen dem *Service de la Statistique générale* im Arbeitsministerium übermittelt.

Was die Bearbeitungsmethoden betrifft, die hier nicht weiter in Betracht kommen, so findet man Näheres darüber im 1. Band der Volkszählungsergebnisse von 1901 (*Résultats statistiques du recensement de* 1901). Hier nur so viel, daß die Zähleinheiten sind:

1. Die ortsanwesenden Personen, entsprechend den Zählkarten.
2. Die Haushaltungen, entsprechend den Haushaltungsbogen, die für alle Wohngemeinschaften vorliegen.
3. Die Behausungen, auf Grund der für alle, auch die unbewohnten, Gebäude vorliegenden Hauslisten.
4. Die Betriebe, die die Grundlage der gewerblichen und Berufsstatistik bilden und durch Zusammenlegung der gemeinschaftlich an einem bestimmten Ort unter der nämlichen Leitung tätigen Personen konstruiert werden.

Die zentralen Auszählungsarbeiten werden mittels des March'schen *classicompteur imprimeur*[1]) ausgeführt, die Ergebnisse von der statistischen Zentralstelle, unter dem Titel *Résultats statistiques du recensement général de la population* (1901 in 5, 1906 in 3 Bänden) veröffentlicht.

1) Siehe D. St. Z. 1910 Sp. 151.

Die Veröffentlichungstechnik für statistische Quellenwerke im Deutschen Reich.

Von Oberfinanzrat Prof. Dr. **H. Losch**, Mitglied des Kgl. Württ. Statist. Landesamts, Stuttgart.

1. Es mag auffallen, daß eine solche Frage überhaupt grundsätzlich aufgeworfen und erörtert wird. Allein die Ansprüche an „statistisches Material" sind in den letzten Jahrzehnten und Jahren derart gestiegen, die Interessenten sind so zahlreich geworden, die Verhältnisse in einem Bundesstaat mit 26 Bundesgebieten, wie das Deutsche Reich einer ist, so vielgestaltig und verwickelt, daß es als ein zeitgemäßes Bedürfnis erscheint, den Gegenstand noch eingehender zu behandeln, als es im Jahrgang III Heft 2 dieser Zeitschrift nebenbei möglich war. Dort war die geographische Seite der Frage gestreift, insofern als die kleinste geographische Einheit, die Gemeinde, in Frage stand; hier muß vom Reich als der größten Einheit ausgegangen werden.

2. Ein besonders günstiges Beispiel zur Entwicklung der vorliegenden Schwierigkeiten bietet die letzte deutsche Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907. Der § 11 der Bundesratsbestimmungen hatte vorgesehen: „Die Veröffentlichung der Ergebnisse liegt dem Kaiserlichen Statistischen Amte ob". Diese Bestimmung bezog sich auf etwa 70 Tabellen aus drei verschiedenen Erhebungen, der Berufsstatistik, der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Betriebsstatistik, und zwar auf Tabellen für das Reich im ganzen, für die 26 Bundesstaaten im ganzen, für die Provinzen, für die größeren und kleineren Verwaltungsbezirke in allen Einzelstaaten des Reichs, für die Großstädte des Reichs einzeln und im ganzen, sodann für Stadt und Land nach den Bundesstaaten. Formell kann man aus dem Wortlaut des Bundesratsbeschlusses neben der Veröffentlichungspflicht auch ein gewisses Veröffentlichungsrecht ableiten. Diese Frage ist nicht so unwichtig als es auf den ersten Blick erscheinen könnte. Soweit nämlich Ziffern für das Reich im ganzen in Betracht kommen, ist ganz unzweifelhaft das Kaiserliche Statistische Amt und lediglich dieses durch den § 11 zuständig gemacht worden. Nun bestehen aber die Reichssummen aus Bundesstaatssummen, d. h. aus Einzelteilen. Daraus geht zunächst rein sachlich die Konsequenz hervor, daß vor Einverleibung von Landes- bzw. Bundesstaatsergebnissen zur Reichssumme diese Teilergebnisse noch keinen endgültig festgelegten Charakter im Sinne einer Reichsveröffentlichung tragen, wohl aber nach dieser Einverleibung. Jede materielle Änderung, welche nach dieser Einverleibung in irgendeinem Reichsteil vorgenommen wird, verändert nicht nur das Ergebnis für diesen selbst, sondern auch das Reichsergebnis. Demnach mußten etwaige Bundesstaatsveröffentlichungen, welche vor der Reichsveröffentlichung naturgemäß erfolgen konnten, grundsätzlich vorläufigen Charakter tragen; anderseits schien es aber weder geboten noch auch nur wünschenswert, derartige vorläufige Mitteilungen aus den weitschichtigen Ergebnissen zu unterlassen, zumal sich sowohl Wissenschaft als Presse sehr dafür interessiert haben, wohl noch weit mehr als im Jahre 1895. Die Folge dieser Verhältnisse war eine Art von — man könnte sagen — „Veröffentlichungsanarchie", das Wort ohne Vorwurf genommen; da und dort konnten und mußten Teilveröffentlichungen erfolgen, aber sowohl die Energie als die Art und der Umfang der Veranstaltung von solchen wurde sehr wesentlich durch die mehr oder minder ins Gewicht fallende Kostenfrage gezügelt, und wenn man das Publikationsfeld überblickt, so hat man wohl das Gefühl, daß teilweise getrennt marschiert wurde, aber nicht das beruhigende Bewußtsein, daß vereint geschlagen wurde. Neben 21 Folioquartbänden des Reichs laufen drei große Oktavbände Bayerns, zwei große Oktavbände Sachsens, ein Kleinquartband Württembergs, verschiedene Hefte von anderen Bundesstaaten, von einzelnen Großstädten, — — kurz, eine ganze Bibliothek aus Unterlagematerial hat in den letzten fünf Jahren das Licht der Welt erblickt, von der vielleicht ²/₃ immer wieder diejenigen Zahlen wiederholt, welche bereits an anderer Stelle und in vielleicht etwas anderem Zusammenhang in den Reichsbänden enthalten sind, während nun allerdings das letzte ¹/₃ solche Nachweisungen enthält, welche im Reichswerk nicht enthalten sind, dieses vielmehr teils in sachlicher, teils in geographischer Hinsicht ergänzen oder vielmehr erweitern. So enthält beispielsweise die bayrische Veröffentlichung der Berufsstatistik annähernd das, was in dem Reichswerke an Ziffern veröffentlicht ist, dagegen bietet sie eine eingehende analytische Besprechung der bayrischen Ziffern. Umgekehrt enthält die Württembergische Gemeindestatistik (2. Auflage 1910) lediglich Ergebnisse, welche vom Reich gar nicht veröffentlicht werden konnten, weil sie vom Bundesrat gar nicht vorgeschrieben waren, und wo Ziffern für kleinere Verwaltungsbezirke erscheinen, sind sie ganz anders angeordnet als in der Reichsveröffentlichung. Auch für das Kgr. Sachsen sind besondere Modifikationen getroffen und Wiederholungen der auch in der Reichsstatistik enthaltenen Zahlen grundsätzlich soweit als möglich ausgeschlossen worden (vgl. Zeitschr. d. K. Sächs. Statist. Landesamtes 1909 S. 1 ff.). Die Sonderveröffentlichungen für die deutschen Großstädte machen im Reichswerke das Herauslesen aus verschiedenen Ländern je für die einzelne Stadt nötig. Kurz, man sieht, daß hinsichtlich der Darlegung der Ergebnisse dieser doch immerhin mit dem gewaltigen direkten Kostenaufwand des Reichs von über 6 Millionen Mark durchgeführten volkswirtschaftlich grundlegenden Untersuchung ein nicht ganz befriedigender und — verbesserungsbedürftiger Zustand besteht.

3. Nun ist es ja leicht, an dem Gewordenen zu kritisieren und die wenigsten der Beteiligten dürften mit dem Tatsächlichen zufrieden sein oder gar sich die Tragweite der „Anarchie" verhehlen. Aber es ist durchaus nicht



leicht, aus den Erfahrungen irgend ein überlegenes System der Veröffentlichungstechnik zu entwerfen, um es dann planmäßig anzuwenden Von Württemberg aus wurde nach Beginn der Bearbeitung folgender Versuch gemacht. Durch Schreiben an das Kaiserliche Statistische Amt wurde die Bereitwilligkeit desselben erzielt, diejenigen Aushängebogen bzw. Tabellensätze, welche sich auf Württemberg als Bundesstaat oder seine Verwaltungsbezirke bzw. seine einzige Großstadt Stuttgart beziehen, alsbald in einer beliebigen Anzahl von Exemplaren zu einem entsprechenden Preis zu erhalten; es war beabsichtigt, aus diesen Teilen dann einen zusammenhängenden Quartfolioband herzustellen, welcher sämtliche Tabellen für Württemberg enthalten hätte. Nach überschlägigen Berechnungen hätte dies einen Band von etwa 400 Seiten Quartfolio ergeben, welcher ganz konform den Reichsbänden gewesen wäre, aber ein in sich zusammenhängendes Bundesstaatswerk, so wie es von dem Königlichen Statistischen Landesamte aufbereitet und in fertigen Tabellen dem Kaiserlichen Statistischen Amte zugesandt bzw. von diesem für die Reichsveröffentlichung zubereitet worden war. Trotz der Bereitwilligkeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes kam es nicht zur Verwirklichung dieses Gedankens, weniger deßhalb, weil die Kosten pro Bogen in Auflage von etwa 1000 Stück nicht angegeben werden konnten, als weil Druck und Satz der auf den Bundesstaat Württemberg bezüglichen Teile des Reichswerkes in ganz verschiedenem Tempo und in nicht abzusehender Reihenfolge fortschritten, so daß eine praktische Anordnung des Stoffes und eine etwaige Anfügung württembergischer Erweiterungstabellen nicht wohl möglich war. Der Gedanke mußte also wegen Gefahr der Undurchführbarkeit aufgegeben werden. Damit ist er aber noch nicht als undurchführbar abgetötet; er muß lediglich beizeiten besprochen und geklärt werden, damit künftige Vorbereitungskommissionen eine Vorarbeit bereits vorfinden, welche nicht so einfach ist.

4. Wenn Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Arbeitsvereinigung ein wesentliches Merkmal überlegener Kultur ist, so ist dies im vorliegenden Fall von ganz besonderer Bedeutung. Die Frage eines „Weltformats" für wissenschaftliche Werke usw. ist ja bereits in das Stadium lebhafter und ernsthafter Erörterung eingetreten. Warum sollte nicht zunächst die Frage eines gleichen Formats wenigstens der Standard-Veröffentlichungen der sämtlichen Deutschen Statistischen Ämter erörtert werden können? Hinsichtlich der Quellenwerke des Reichs, Preußens, Bayerns besteht schon annähernd dasselbe Format. Dieses Format ist aber nur äußere Vorbedingung. Dieses Format würde es dem Reiche ermöglichen, sich lediglich auf die Reichsergebnisse zu beschränken, vorausgesetzt, daß die einzelnen Bundesstaaten in den Stand gesetzt wären und gleichzeitig natürlich verpflichtet würden, die statistischen Ergebnisse, welche sich auf sie im ganzen wie auf ihre Teile beziehen, von sich aus zu veröffentlichen. Es ist ganz wohl möglich, für die äußere Anlage eines solchen wirklich „föderierten" Reichsveröffentlichungswerkes eine ganz bestimmte Reihenfolge von Anfang an vorzusehen; ebenso ist es möglich, daß bestimmte kleinere Bundesgebiete für diesen Zweck zusammengehen, ähnlich, wie sie ja früher schon unter Bruno Hildebrand in Jena ein gemeinsames Thüringisches Statistisches Amt gehabt haben.

Die Durchführung dieses Gedankens würde nicht einmal daran scheitern, daß einzelne kleinere Bundesgebiete gewisse Bearbeitungen gar nicht selbst vornähmen, sondern an das Kaiserliche Statistische Amt oder an das Königlich Preußische Statistische Landesamt übertrügen. Wohl aber wäre es natürlich möglich, daß die einzelnen Bundesstaaten die ihnen zukommende Nummer je nach Einfügung in das Reichsganze oder nach Ausgabe für die Landeszwecke und -bedürfnisse äußerlich verschieden ausstatten und je nach den Verhältnissen noch mit besonderem Text versehen würden. Im Zusammenhange des Reichswerkes würde natürlich der Bundesstaatsband seine Nummer erhalten und sich in das Ganze als Teil einfügen; in den einzelnen Bundesgebieten selbst würde das Zusammengehörige auch beisammen erscheinen und es würde so allen Teilen mit ihren Bedürfnissen Rechnung getragen.

5. Die alten statistischen Landesämter von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, auch das stark aufstrebende und vortrefflich geleitete Statistische Amt für Elsaß-Lothringen können ganz unmöglich auf eigene Veröffentlichungen großer statistischer Quellenmaterialien verzichten. Ebensowenig aber kann das Reich auf die Zusammenfassung der Teile und die Darlegung des Ganzen nach den politischen Teilen verzichten. Von diesem Grundsachverhalt ist auszugehen. Aber die Teile können, gerade so wie in den Unterlagen der sogenannten „schematischen" Karten, eine relative Selbständigkeit behalten, wenn sie so in das Ganze eingefügt werden, daß dieses Ganze nicht zufälligen und einseitigen Charakter trägt, sondern einem bewußten und gewollten Zusammenwirken zur Einheit sein Dasein und seine Festigkeit verdankt.

Für gewisse verzweigt laufende Gegenstände der amtlichen Zahlenbeobachtung, z. B. die immer wichtiger werdenden Erscheinungen der Bewegung der Bevölkerung würde sich auch die Hereinziehung des Systemes der großstädtischen Sonderveröffentlichungen empfehlen. Es ist heute nicht mehr möglich, die Ziffern der Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reiche nur nach Bundesstaaten und Verwaltungsbezirken zu gliedern, nicht aber nach Stadt und Land. Die politische Staatengruppierung hat mit den wissenschaftlichen und praktischen Bedürfnissen Berührungspunkte, aber sie deckt diese Bedürfnisse immer weniger, je stärker das deutsche Volk in eine Stadt- und Landmasse sich teilt.

Auch die Statistik der Reichtagswahlen z. B., welcher neuerdings immer größeres Interesse entgegengebracht wird, ist derart verwickelt, daß sie nur in systematischer Arbeitsteilung und -vereinigung vom Reichsganzen bis in die einzelnen Gemeinden hinaus vorgeführt werden kann, und in ganz ähnlicher Weise verhält es sich mit der seit langem die bundesgebietlichen Interessen vernachlässigenden Kriminalstatistik.

Eine Prüfung der einschlägigen Fragen darf also nicht etwa nur einen einzigen Gegenstand ins Auge fassen, sie muß möglichst grundsätzlich vorgehen.

Neues aus der statistischen Literatur.

I. Bevölkerungsstand.

Ergebnisse der Volkszählung von 1910 in Straßburg. Um möglichst rasch die Ergebnisse der Volkszählung zu Verwaltungszwecken zur Verfügung zu stellen, fertigte das Statistische Amt eine Reihe von Tabellen an, die in Heft X der „Beiträge zur Statistik der Stadt Str." erschienen sind und deren Inhalt mehr dem lokalen Interesse dient.

Ein Straßenverzeichnis mit folgenden Angaben bei jeder Straße bildet den Hauptinhalt: Zahl der bewohnten Grundstücke, die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1910 nach Geschlecht und nach Konfessionen, die Zahl der Haushaltungen, die zur Militärseelsorge gehörenden Personen, die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1905 und die Zu- und Abnahme der Bevölkerung in den einzelnen Straßen und Stadtteilen von 1905 auf 1910.

Daran schließt sich eine Tabelle über den Bevölkerungsstand der einzelnen Stadtbezirke von 1875—1910, sowie der Bevölkerungsstand am 1. Dezember 1910 nach Zivil- und Militärbevölkerung und nach der Dichtigkeit der Be-



völkerung in den einzelnen Stadtbezirken an. Es folgt ferner eine Auszählung der Stadt nach Polizeirevieren und Landtagswahlkreisen, sowie nach katholischen Pfarreien.

Die Bevölkerungszahl der Stadt Straßburg stieg von 1875—1910 von 94306 auf 178891 also um 84585 oder 89,7 %. Wie in den meisten anderen Großstädten hat auch hier die Citybildung besonders seit 1895 weitere Fortschritte gemacht. Die Altstadtbevölkerung ging in den letzten 15 Jahren von 84320 auf 74060 zurück, sie verminderte sich demnach um 12,2 %. In derselben Zeit stieg die Einwohnerzahl der Neustadt von 17125 auf 44527 oder 160 % und die der Vororte von 34163 auf 60304 oder 76,5 %.

Die Gesamtstadt ist in 10 Polizeireviere eingeteilt und zählt 13 katholische Pfarreien. Die Evangelischen gehören keiner bestimmten Pfarrei an, sondern verpfarren sich zu einem Pfarrer an irgendeiner Kirche.

Nach der Konfession zerfällt die Bevölkerung in 91941 Katholiken (51,4 %), 79518 Evangelische (44,5 %), 5780 Israeliten (3,2 %), 1652 Sonstige (0,9 %), während 1895 die vier entsprechenden Prozentziffern 49,9, 46,7, 3,0, 0,4 betragen hatten.

Die Katholiken zeigen auf Kosten der Evangelischen eine raschere Vermehrung. Es ist dabei zu bemerken, daß einerseits die Zuziehenden aus Luxemburg, Frankreich, Italien und anderseits aus den elsaß-lothringischen und badischen Bezirken meistens katholisch sind, während die Einwanderung aus Norddeutschland sich wesentlich verlangsamt hat. *K. Eichelmann.*

III. Bewegung der Bevölkerung.

Eheschließungen zwischen ähnlichen Individuen. Es ist bekannt, daß diejenigen Individuen, die irgendein Charakteristikum, wie Nationalität, Konfession, Geburtsort usw. gemeinsam haben, bei der ehelichen Wahl einer gewissen Attraktion unterworfen sind. Die Intensität dieser Anziehungskraft läßt sich durch einen nach Ginis Methode berechneten Index, der auf einer Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung beruht, ziffernmäßig ausdrücken. Franco Savorgnan in Triest untersucht in seinen „*Indici di omogamia delle nazionalità e delle razze*“ (*Studi economico-giuridici* der Rechtsfakultät, Cagliari 1911, Jahrgang III) mit Hilfe dieses Index die von der Gemeinsamkeit der Rasse und der Nationalität bestimmte Tendenz zur Endogamie. Hierzu benützt er insbesondere Ehestatistiken für nord- und südamerikanische Großstädte und Länder, wo die Berührungen unter den verschiedenartigen Einwandererströmen häufiger und intensiver sind, und kommt zu folgenden Schlüssen: 1. daß die Tendenz zur Endogamie bei Gemeinsamkeit der Rasse stärker ist, da hier der Maximalindex ungefähr 90 % beträgt, während der der Nationalität nur ungefähr 60 % erreicht; 2. daß die Individuen derselben Nationalität überall eine Tendenz zur Endogamie zeigen, die von einer konstanten Ursache und zwar von dem Gefühl der Sympathie bestimmt wird; 3. daß die Intensität der Endogamie einer jeden Nationalität je nach den Verhältnissen des Milieus schwankt und daher von Faktoren abhängt, die nach Ort und Zeit verschieden sind. Deswegen ist das Variabilitätsfeld der Endogamie, das sich aus der Differenz des Maximal- und Minimalindex einer Nationalität ergibt, ziemlich groß.

Der Index der Italiener erreicht z. B. das höchste Niveau in Boston mit 92 % und das niedrigste in der Schweiz mit 38 %; der der Deutschen das höchste in Buenos-Aires mit 60 % und das niedrigste in Boston mit 36 %. Ob unter den beobachteten Nationalitäten (Deutsche, Italiener, Engländer, Franzosen, Spanier usw.) die Intensität der Tendenz zur Endogamie verschieden ist, bleibt hinsichtlich des untersuchten Materials fraglich. Nur eins hat der V. feststellen können, nämlich daß die Tendenz zur Endogamie bei jenen Nationalitäten schwächer ist, deren Auswanderer einen höheren Kulturgrad besitzen, woraus man schließen kann, daß Kultur und Reichtum die Tendenz zur Mischung, Unwissenheit und Armut die zur Endogamie befördern.

Ähnliche Probleme hat Franco Savorgnan in seinen Aufsätzen „Rassenkreuzung und Völkermischung bei den Eheschließungen“ (Politisch-Anthropologische Revue, September und Oktober 1910) und „Die Völkermischung in Buenos-Aires“ (daselbst Februar 1912) behandelt.

IV. Todesursachenstatistik.

Abnahme der Tuberkulose-Sterblichkeit im Deutschen Reich. Im Band XIV der Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte auf S. 159—169 wird der zahlenmäßige Beweis geführt, daß im Laufe von 16 letztverflossenen Jahren die Häufigkeit der durch Tuberkulose verursachten Sterbefälle im Deutschen Reiche nicht nur unter der Gesamtbevölkerung, sondern namentlich unter den Angehörigen der durch die Tuberkulose am meisten gefährdeten, mittleren Altersklasse der Bevölkerung erheblich abgenommen hat.

In der Gesamtheit der 10 Staaten des Reichs, welche seit 1892 an der einheitlich für das Reich geregelten Todesursachenstatistik beteiligt sind,[1]) und welche rund 94 % der ganzen Reichsbevölkerung umfassen, starben im Durchschnitt jährlich an Tuberkulose 1893/95 122728, 1896/1905 115204 und 1906/08 107690 Personen. Die Zahl der durch Tuberkulose verursachten Sterbefälle ist also, wenn man den dreijährigen Durchschnitt 1. zu Beginn und 2. am Schlusse des ganzen Berichtszeitraumes vergleicht, trotz der zweifellosen Zunahme der Lebenden auf 87,55 % gesunken, und die auf je 1000 Lebende errechnete jährliche Tuberkulosesterbeziffer ist von etwa 2,5 auf 1,9 ‰ gesunken.

Zieht man nur die Altersklassen von 15 bis 60 Jahren, also den in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsamsten, weil hauptsächlich erwerbstätigen Teil der Bevölkerung in Betracht, so gewinnt man folgendes, für die Bestrebungen zur Minderung der Tuberkulosesterblichkeit ebenso erfreuliches Ergebnis. Es starben in dieser Altersklasse von 15 bis 60 Jahren im Durchschnitt jährlich an Tuberkulose 1893/95 88187, 1896/1905 82455 und 1906/08 77207 Personen; also hier ist die jährliche Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose vom ersten bis zum letzten Triennium des 16jäh-

1) Es sind dies: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, S. Coburg-Gotha, Bremen, Hamburg, Elsaß-Lothringen.



rigen Zeitraums ebenfalls auf 87,55 % gesunken, und die auf je 1000 Lebende der Altersklasse errechnete mittlere Tuberkulosesterbeziffer von 3,2 auf 2,3 ‰.

In der Altersklasse von 60 und mehr Jahren starben im Durchschnitt jährlich an Tuberlulose 1893/95 16 484, 1896/1905 14 217 und 1906/08 11 654 Personen; also auch in diesem vorgerückten Lebensalter sind die durch Tuberkulose verursachten Sterbefälle nachweislich erheblich seltener geworden. Nicht so günstige Ergebnisse liefern die Erhebungen über die Häufigkeit der Tuberkulose als Todesursache im Säuglingsalter, denn auf je 1000 Lebendgeborene starben an Tuberkulose während der ersten 3 Jahre des Berichtszeitraumes nacheinander 2,4 — 2,3 — 2,4, und während der letzten 3 Jahre nacheinander 2,6 — 2,5 — 2,5 Kinder des 1. Lebensjahres; indessen geht diese geringe Zunahme mit einem so erheblichen Sinken der gesamten Sterblichkeit im ersten Lebensjahre einher, daß ihr eine wesentliche Bedeutung nicht zukommt.

In der jugendlichen Altersklasse vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 15. Lebensjahre ist eine Abnahme der Häufigkeit der Sterbefälle an Tuberkulose im Laufe des 16jährigen Zeitraumes (1893 bis 1908) zwar ebenfalls erweislich, aber nicht aus den absoluten Zahlen, sondern nur aus den auf je 1000 Lebende der Altersklasse errechneten Verhältnisziffern zu ersehen. Es starben nämlich im Alter von 1 bis 15 Jahren an der Tuberkulose im Durchschnitt jährlich 1893/95 13 776 Personen = 0,9 ‰ der Lebenden, 1896/1905 13 854, und zwar jährlich 0,9 oder 0,8 ‰ und 1906/08 13 984 und zwar nacheinander in den 3 Jahren 0,8 — 0,7 — 0,7 ‰ der Lebenden dieser Altersklasse.

Um dem Einwande zu begegnen, daß die Abnahme der Sterbefälle an Tuberkulose vielleicht mit einer Zunahme der Sterbefälle aus sonstiger Ursache, z. B. infolge entzündlicher Krankheiten der Atmungsorgane einhergegangen sei, sind für jede der in Betracht gezogenen Altersklassen der Bevölkerung auch die auf je 1000 Lebende errechneten Gesamtsterbeziffern und die Sterbeziffern betr. entzündliche Krankheiten der Atmungsorgane aufgeführt (a. a. O. S. 164 und 165). Ein Vergleich der betr. Jahres-Sterbeziffern des ersten (*A*) und des letzten (*B*) Trienniums aus dem 16jährigen Berichtszeitraum ergibt ein Sinken der Sterbeziffern im ganzen von *A* 24,4 — 24,7 — 22,7 ‰, auf *B* 18,3 — 18,1 — 18,1 ‰, an entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane von *A* 3,0 — 3,3 — 2,8 ‰, auf *B* 2,4 — 2,5 — 2,5 ‰. Das Sinken der Tuberkulosesterbeziffer ist also mit einem ebenfalls sehr auffälligen Sinken der Gesamtsterbeziffer und auch mit einem Sinken der Sterbeziffer, betr. entzündliche Krankheiten der Atmungsorgane, einhergegangen. An der eingangs bezeichneten Stelle sind übrigens nicht nur für die Gesamtheit der 10 Staaten des Reichs, sondern auch für jedes einzelne Staatsgebiet die entsprechenden Zahlen und Verhältnisziffern mitgeteilt. *C. Rahts.*

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Leerwohnungen in Halle a. S. 1909—1911. Der erste Teil der als Heft 17 der „Beiträge zur Statistik der Stadt H." 1912 (58 Seiten, Preis 1 ℳ) erschienenen Arbeit behandelt die Methoden der Leerwohnungszählungen. Nachdem auf die Bedeutung der Leerwohnungszählungen namentlich für die Bautätigkeit und für die Behörden hingewiesen ist, die ihnen zur Beurteilung der Lage auf dem Wohnungsmarkt zukommt, und auf die leichte und verhältnismäßig billige Durchführung der Zählungen, wird auf die verschiedenen Erhebungsarten in den einzelnen Städten eingegangen. Daran schließt sich eine Erörterung des Begriffes „Leerwohnung". Unter Leerwohnungen werden alle bewohnbaren Wohnungen verstanden, die am Stichtage nicht vermietet sind und darum leer stehen. Da aus der Leerwohnungsziffer an sich eine Beurteilung der Marktlage noch nicht möglich ist, wird zum Schluß des ersten Teils auseinandergesetzt, was nach u. A. als Wohnungsmangel und was als Wohnungsüberfluß anzusehen ist.

Der zweite Teil der Arbeit bringt das Ergebnis der Leerwohnungszählungen. Allgemein wird festgestellt, daß die Wohnungen im Dachstock und Keller öfter leer stehen als die in anderen Stockwerken. Am schwersten vermieten lassen sich die alten und die neusten Wohnungen. Die kleinen Leerwohnungen werden am schnellsten wieder vermietet. Der Gesamtzahl nach ist jetzt der Wohnungsmarkt mit 1,8 % Leerwohnungen befriedigend beschickt. Die Großwohnungen (W. m. mehr als 6 Zimmern) haben sich ständig vermehrt. Von ihnen stehen jetzt 2,3 % Wohnungen leer. Die Mittelwohnungen (W. m. 4—6 Z.) haben eine noch günstigere Entwicklung zu verzeichnen. Von ihnen stehen jetzt 3,3 % Wohnungen leer. Die Kleinwohnungen weisen schwankende Verhältnisse auf. Die Dreizimmerwohnungen haben an Zahl zugenommen, so daß jetzt 1,6 % leer stehen. Dagegen ist der Vorrat an Ein- und Zweizimmerwohnungen klein. Die Leerwohnungsziffer beträgt nur 0,9 %. Für die Mietbevölkerung sind zwar die Aussichten im allgemeinen günstig, für die kleinsten Kleinwohnungen bleiben sie aber trotz größerer Regsamkeit auch im Jahre 1912 ungünstig. *W. Stöwesand.*

VI. Preis- und Konsumstatistik.

Lebenskosten in Australien. Das *Commonwealth Bureau of Census and Statistics* in Melbourne hat eine von seinem Leiter, dem Bundesstatistiker G. H. Knibbs, verfaßte Studie über die Ergebnisse einer Untersuchung über die Kosten des Lebensunterhalts in Australien veröffentlicht.[1]) Die Untersuchung wurde auf Grund von Haushaltungsbüchern vorgenommen, welche an ungefähr 1500 Familienvorstände verteilt wurden, von welchen aber leider nur 212 in einem für die Untersuchung brauchbaren Zustande zurückkamen. Die Verteilung war weder mit Rücksicht auf die Beschäftigung des Familienvorstandes noch auf sein Einkommen beschränkt. Zufolge der kleinen Anzahl vollständig geführter Bücher konnte nur eine sehr eingeschränkte Einteilung nach Einkommen und Größe der Familie vorgenommen werden. Von den 212 Familien, welche der Untersuchung

1) *Inquiry into the cost of living in Australia 1910-11*, Melbourne, Dez. 1911.



zu Grunde liegen, gehören 73 zur Klasse der gelernten und ungelernten Handwerker, 11 zur Landwirtschaft, 61 zu den Handlungsangestellten und Schreibern, 42 zu den wissenschaftlich gebildeten Berufsklassen, während in 25 Fällen die Beschäftigung des Familienvorstandes nicht angegeben ist. Das durchschnittliche wöchentliche Einkommen war 4 ℒ 13 s 1 d (93 ℳ 58 ₰) und die Ausgaben 3 ℒ 19 s 5 d (79 ℳ 42 ₰), so daß sich ein wöchentlicher Überschuß von 13 s 8 d (13 ℳ 66 ₰) ergibt. Wohnungskosten beanspruchten 10 s 10½ d (10 ℳ 87 ₰) = 13,7 %, Nahrung 1 ℒ 3 s 3¼ d (23 ℳ 27 ₰) = 29,3 %, Kleidung 10 s 1¼ d (10 ℳ 11 ₰) = 12,7 %, Heizung und Beleuchtung 2 s 9 d (2 ℳ 75 ₰) = 3,5 %, Verschiedenes 1 ℒ 12 s 5 d (32 ℳ 42 ₰) = 40,8 %. Die durchschnittliche wöchentliche Ausgabe war 4 s 10½ d (4 ℳ 87 ₰) auf den Kopf ohne Unterscheidung von Alter und Geschlecht. Diese ist aber durchgeführt worden und zeigt, daß die wöchentlichen Durchschnittsausgaben, die 1 s 4½ d (1 ℳ 35 ₰) für ein Kind unter zwei Jahren betragen, bis auf 6 s 11 d (6 ℳ 92 ₰) für eine erwachsene Person männlichen und auf 5 s 6¼ d (5 ℳ 42 ₰) für eine erwachsene Person weiblichen Geschlechtes steigen. Die Ausgaben für „Verschiedenes" verteilen sich in absteigender Reihe auf Versicherungskosten, Reiseauslagen, Arzt und Apotheker, Spezereiwaren, die nicht als Nahrung anzusehen sind, Steuern verschiedener Art, Erziehung, Beiträge an Krankenkassen und dergleichen, Vergnügungen, alkoholische Getränke, Tabak usw. und nicht-alkoholische Getränke. Die Veröffentlichung enthält auch interessante Vergleichungen mit anderen Ländern.

VIII. Grundbesitzstatistik.

Der Bodenwert von Berlin. In dem Buche „Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft" (Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf. 1912, 335 S. 6,50 ℳ) von Professor Julius Wolf in Breslau erfährt der gegenwärtige Bodenwert Berlins eine eingehende Prüfung, die zweifellos Gesichtspunkte liefert auch für die Berechnung des Bodenwertes in anderen deutschen Städten. Insbesondere wird in eine genaue Würdigung der Ziffern der Feuerversicherung unter Heranziehung wohl alles hierfür relevanten Materials eingegangen und daraufhin der Wert des nackten Bodens von Berlin für Ende 1911 auf etwas über 5 Milliarden Mark berechnet. Die Geschichte des Grundwerts von Berlin, die jenen Berechnungen folgt, tut unter anderem dar, daß noch 1850 der Bodenwert von Berlin nicht über 1½ % des gegenwärtigen war, so daß der Bodenwert von heute in ganz kurzer Frist geschaffen wurde. Noch an der Schwelle des neuen 20. Jahrhunderts war der Bodenwert Berlins gegen heute mäßig zu nennen: 2½ Milliarden gegen 5 bis 5¼ Milliarden Mark jetzt. Es werden die Etappen dieser Entwicklung des genaueren nachgewiesen und dann zu einer Prüfung der Entwicklung des Bodenwerts in den Berliner Vororten übergegangen. Der Wert „Größt-Berlins" — als eines durch die Berliner Bodenpreise noch beeinflußten Kreises um Berlin und Groß-Berlin — wird auf rund 10 Milliarden berechnet. Mit Hilfe der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat Prof. Wolf auch den Wert festzustellen gesucht, den dieser Boden bei landwirtschaftlicher Nutzung hätte, wenn a) ein Konsumtionszentrum von der Art Groß-Berlins in unmittelbarer Nähe, b) in naher Entfernung läge. Im letzteren Falle würde dem Boden Größt-Berlins ein Wert von zirka 29 Millionen gegen die 10 Milliarden Mark, die er gegenwärtig hat, zukommen. *O. Neefe.*

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Schuldverschreibungen der deutschen Aktiengesellschaften usw. In den letzten Jahren wurde bei den Erörterungen über die Organisation des industriellen Kredits mehrfach der Wunsch nach einer amtlichen Statistik der Obligationen privatrechtlicher Aussteller, insbesondere der sogenannten Industrie-Obligationen, ausgesprochen. In den Vierteljahrsheften z. Stat. d. D. Reichs 1910 S. II 135—139 und 1911 S. 213—217 hatte das Kais. Statistische Amt bereits eine Statistik der Schuldverschreibungen der deutschen Stadt- und Landgemeinden und sonstigen öffentlichrechtlichen Schuldner (mit Ausnahme des Reichs und der Bundesstaaten) veröffentlicht (vgl. D. St. Z. 1910 Nr. 7 Sp. 215). Im Anschluß an diese Arbeiten gelangte inzwischen, gleichfalls für den 31. Dez. 1910, eine Statistik der Inhaber- und Namensschuldverschreibungen der privatrechtlichen Aussteller zur Veröffentlichung (Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. Reichs 1911 S. IV, 116—127). Als Aussteller der Schuldverschreibungen der neuen Statistik kamen außer den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien in Betracht Kolonialgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bergbauliche Gewerkschaften und eingetragene Genossenschaften, ferner sonstige juristische Personen und Vereine. Als Aussetller ohne juristische Persönlichkeit wurden aufgeführt Einzelfirmen (Firmen eines Einzelkaufmanns), offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften. Zu den „sonstigen Ausstellern" wurden die Standesherren und anderen Einzelpersonen und Gesellschaften gerechnet, die in die übrigen Gruppen nicht eingefügt werden konnten.

In den beiden genannten Statistiken wurden die Obligationen (Pfandbriefe usw.) der staatlichen, provinziellen, städtischen, landschaftlichen und privatrechtlichen Bodenkreditinstitute nicht mitberücksichtigt, weil diese in einer dritten Statistik getrennt ermittelt werden, über die demnächst berichtet werden soll.

Der Gesamtbetrag des Obligationen-Umlaufs der 2017 privatrechtlichen Schuldner der im 4. Vierteljahrshefte 1911 veröffentlichten Statistik war am 31. Dez. 1910 3 964 027 000 = 3964,03 Mill. ℳ oder nahezu 4 Milliarden ℳ. 1576 Aktiengesellschaften hatten 3261,53 Mill. ℳ Obligationen im Umlauf, 127 Gesellschaften m. b. H. 193,56 und 136 bergbauliche Gewerkschaften 361,23 Mill. ℳ Vom Gesamtumlaufe von 3964,03 Mill. ℳ waren 586,17 Mill. ℳ auf den Inhaber ausgestellt; die übrigen 3378,86 Mill. ℳ lauteten auf den Namen eines Bankhauses usw. und waren durch Indossament übertragbar. Vom Gesamtumlauf waren 2811,09 Mill. ℳ an deutschen und 142,61 Mill. ℳ an ausländischen Börsen zugelassen und 2049,74 Mill. ℳ hypothekarisch sichergestellt.

E. Moll.



XIV. Arbeiterstatistik

Deutsche Tarifvertragsstatistik. Die Statistik der Tarifverträge des Jahres 1909 beruhte auf denselben Erhebungsformularen und hatte im wesentlichen dieselbe Ausgestaltung wie die Statistik des Jahres 1908, wie sie im D. St. Z. 1910 Sp. 12 besprochen ist. Nur insofern war die Bearbeitung für 1909 erweitert, als die Tabellen der im Berichtsjahr in Kraft getretenen Tarifverträge nicht nur nach den Gewerbegruppen gegliedert waren, sondern aus den Gewerbegruppen heraus einige wichtige Gewerbearten hervorgehoben wurden.

Die Veröffentlichung über „Die Tarifverträge im Jahre 1910" (Bearb. i. Kais. Statist. Amte, Abt. f. Arbeiterstatistik. 4. Sonderheft z. Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1911, 6 ℳ) ist dagegen im Vergleiche zu den Vorjahren wesentlich erweitert. In den Erhebungsformularen wurden früher die einzelnen Tarifverträge des Berichtsjahrs nur listenmäßig aufgeführt; für 1910 sind neue Formulare eingeführt worden, und es wird für jeden einzelnen in dem Berichtsjahr in Kraft getretenen Tarifvertrag ein besonderes Zählblatt ausgefüllt, aus dem der Inhalt des Vertrags ausführlicher und deutlicher als bisher hervorgeht. Es sind die Fragen nach der Anzahl der in den berichtenden Verbänden organisierten Arbeiter, nach dem Arbeitsnachweise, nach der tariflich vereinbarten Kündigungsfrist für die Lösung des einzelnen Arbeitsverhältnisses u. a. neu hinzugetreten. Auch sollen genauer als bisher der örtliche Geltungsbereich der Tarifverträge, die einzelnen Berufsarten der vom Vertrag erfaßten Arbeiter und die Art der Betriebe festgestellt werden. Die beiden letzteren Feststellungen ermöglichen eine zutreffendere Einordnung der Verträge unter die einzelnen Gewerbegruppen und wichtigeren Berufsarten. In den früheren Veröffentlichungen wurden die Tarifverträge unter die Gewerbegruppe des berichtenden Arbeitnehmerverbandes (z. B. die des Transportarbeiter-Verbandes unter die Gewerbegruppe „Verkehrsgewerbe") eingeordnet, da der Charakter der erfaßten Betriebe und die Berufsart der beschäftigten Arbeiter aus den früheren Erhebungsformularen nicht mit Sicherheit hervorging. Jetzt sind die Tarifverträge in die Gewerbegruppe eingeordnet, die der Betriebsart entspricht, in der die Arbeiter beschäftigt sind. So sind z. B. eine größere Anzahl von Verträgen, die der Transportarbeiter-Verband für Personen, die in Handelsbetrieben tätig sind, geschlossen hat, dem Handelsgewerbe zugerechnet worden.

Die genauere Feststellung der Berufsarten und ihrer Lohnsätze ermöglichte zum erstenmal eine ins einzelne gehende Zusammenstellung aller tariflich vereinbarten Löhne. In den die tariflich festgelegten Löhne darstellenden Tabellen, die denen der Vorjahre entsprechen, kommen nur die niedrigsten Löhne eines jeden Tarifvertrags zur Erscheinung. Der Tarifvertrag und die Gesamtzahl der von ihm umfaßten Arbeiter erscheint also unter der Rubrik des niedrigsten Vertragslohnes, obwohl augenscheinlich ein nicht unbeträchtlicher Teil der betreffenden Arbeiter einer höheren Lohnklasse angehört, sei es daß der Lohn der Berufsart oder der Ortslohn höher ist. Die neue Statistik des Jahres 1910 enthält nun außer diesen Lohntabellen für die einzelnen kleineren Verwaltungsbezirke und auch für die einzelnen Berufsarten eine besondere Zusammenstellung der einzelnen in den 1910 in Kraft getretenen Tarifverträgen vereinbarten Lohnsätze; dabei sind in der Vorspalte dieser Zusammenstellung die behördlich festgestellten ortsüblichen Tagelöhne wiedergegeben. Diese Zusammenstellung bedeutet allerdings nicht eine eigentliche Statistik, da die Zahl der unter die einzelnen Lohnsätze fallenden Arbeiter fehlt. Die Zählblätter enthalten zwar dahin gehende Fragen, die aber nicht vollständig genug beantwortet sind, um eine derartige Lohnstatistik zu ermöglichen.

In einem Anhange sind die Tarifgemeinschaften, die im Jahre 1910 im Handwerk in Kraft getreten sind, dargestellt. Es sind zu diesem Zweck aus der Gesamtzahl der Tarifverträge diejenigen ausgesondert, bei denen im Durchschnitte des einzelnen Tarifvertrages auf einen Betrieb mit bis zu 20 Arbeitern entfallen, und aus diesem wieder diejenigen Betriebsarten, welche einen handwerksmäßigen Charakter haben. Da die Erhebungsformulare nur den einzelnen Tarifvertrag, nicht aber den einzelnen Betrieb erfassen, so kann diese Auslese natürlich keine unbedingt genaue sein. Es werden unter den so ausgesonderten Tarifverträgen manche auch einen fabrikmäßigen Betrieb umfassen, während von manchen nicht für das Handwerk gezählten Tarifverträgen auch wohl Handwerksbetriebe mit umfaßt werden. Immerhin geben die so bei den wichtigsten Tabellen für das Handwerk ausgesonderten Zahlen ein im großen und ganzen richtiges Bild über die Tarifverträge des Jahres 1910 im Handwerke. Die Bedeutung der Tarifverträge für das Handwerk ergibt sich daraus, daß von 3756 im Jahre 1910 in Kraft getretenen Tarifgemeinschaften, welche 73 204 Betriebe und 735 360 beschäftigte Personen umfassen, 2184 Tarifgemeinschaften mit 59 787 Betrieben und 338 666 beschäftigten Personen im wesentlichen für das Handwerk abgeschlossen sind.

Eine Unvollkommenheit der amtlichen Tarifstatistik, auf deren Beseitigung schon des längeren hingearbeitet wird, beruht darauf, daß von den berichtenden Verbänden die genauen Angaben über den Inhalt der Tarifverträge lediglich für die im Berichtsjahr in Kraft getretenen gegeben sind, nicht aber für die noch aus früheren Jahren bestehenden, so daß in der amtlichen Bearbeitung nur der Inhalt der neuen Tarifverträge des Berichtsjahrs erschöpfend wiedergegeben werden kann, während für die noch bestehenden alten Verträge nur die rohen Bestandsziffern geboten werden. Es ist aber zu erhoffen, daß die jetzige Bearbeitungsmethode der im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarifverträge in Zukunft auf alle im Berichtsjahr in Kraft befindlichen ausgedehnt werden kann, und damit für jedes Jahr ein lückenloses Bild der tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich entsteht. *O. Poensgen.*

Arbeits- und Lohnverträge in Österreich. Die erste Statistik der österreichischen „Kollektiven Arbeits- und Lohnverträge" (Tarifverträge) für 1905 erschien im Jahre 1906 in der vom k. k. Arbeitsstatistischen Amte herausgegebenen „Sozialen Rundschau"; seitdem erscheint jährlich eine selbständige Publikation, der halbjähr-

lich provisorische Daten in der „Sozialen Rundschau" vorhergehen. Zum Zwecke der Materialgewinnung werden im Arbeitsstatistischen Amte alle bedeutenderen Arbeitgeber- und Arbeiterfachblätter gelesen und die so ermittelten vertragschließenden Parteien um Einsendung von Abschriften oder Abdrücken der Vereinbarungen sowie um ergänzende Angaben (über die Zahl der betroffenen Betriebe und Arbeiter, über das Zustandekommen des Vertrages auf friedlichem Wege oder nach einem Arbeitskonflikt) ersucht. Häufig senden gegenwärtig die Kontrahenten oder bei den Vertragsabschlüssen intervenierende Organe von Arbeitgeber- oder Arbeiterverbänden die Verträge dem Amte auch schon unaufgefordert ein. Die Landesbehörden übermitteln die von ihnen genehmigten, im Rahmen von Gewerbegenossenschaften gemäß § 114b der Gewerbeordnung getroffenen Vereinbarungen. Nötigenfalls erfolgen Erhebungen durch Amtsorgane bei den Inter-essenten.

Nach der neuesten Veröffentlichung (Die kollektiven Arbeits- und Lohnverträge in Österreich. Abschlüsse und Erneuerungen des Jahres 1909. Herausg. v. k. k. Arbeitsstatist. Amt im Handelsministerium. Wien 1911. 228 S. 3 K) kamen 570 Verträge (322 Neuabschlüsse, 248 Erneuerungen früher bestandener Verträge) für 9741 Betriebe mit 127016 Arbeitern im Jahre 1909 zum Abschluß, mehr als im Vorjahre, wenn auch hinsichtlich der Zahl der beteiligten Arbeiter die Jahre 1906 und 1907 nicht erreicht wurden. Ebenso wie in Deutschland überwiegen zwar nach der Zahl der Vereinbarungen die Werkstätten-(Firmen-)Verträge, die Arbeits- und Gruppenverträge beziehen sich jedoch auf viel größere Arbeiterzahlen, 48 % der Verträge erstrecken sich je auf mehr als 50 Arbeiter. Am stärksten vertreten sind — hinsichtlich der Arbeiterzahlen — das Baugewerbe, die Metallverarbeitung, Maschinen- und Transportmittelindustrie, die Bekleidungs- und die Holzindustrie.

96 % der Verträge enthalten Vereinbarungen über die Arbeitslöhne, 76 % über die Arbeitszeit. 114 Verträge bedingen die Einsetzung einer Kontrollkommission oder eines Schiedsgerichtes zur Beilegung der aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitigkeiten, 270 Verträge treffen Bestimmungen über die Anerkennung der Organisation und der Vertrauensmänner, 326 solche über die Freigabe des 1. Mai, 94 über die Anerkennung und Benützung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises, 103 über verschiedene hygienische und sanitäre Maßnahmen, 57 über Arbeiterurlaube. 74 % der Verträge kamen auf friedlichem Wege und 26 % nach einem Arbeitskonflikte zustande. Die Publikation enthält auch eine Besprechung der Vertragsabschlüsse in den einzelnen Gewerben, ferner eine Individualdarstellung der einzelnen im Jahre 1909 abgeschlossenen Orts- und Gruppenverträge.

F. Žižek.[1])

Die Arbeitszeit in den österreichischen Eisenhütten und Walzwerken. Zufolge eines im Sommer 1908 in Luzern gefaßten Beschlusses der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz veranstaltete das kaiserl. königl. Arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium in Wien in der Zeit vom 14. Juni bis 14. August 1909 eine Erhebung über die Arbeitszeit in den Eisenhütten und Walzwerken. Für die Durchführung dieser Erhebung wurde eine Kommission eingesetzt, die sich aus zwei auf diesem Gebiete besonders fachkundigen Gewerbeinspektoren, ferner aus einem Beamten des zuständigen Revierbergamtes bzw. Gewerbeinspektorates und aus Konzeptsbeamten der sozialpolitischen Sektion des Handelsministeriums zusammensetzte. Von dieser Kommission wurden die einzelnen Betriebe selbst aufgesucht und auf Grund zweier Fragebogen einerseits für allgemeine Produktionsbedingungen usw., andererseits für einzelne Arbeiterkategorien, statistisch erfaßt. Die Ergebnisse sind unter dem obigen Titel veröffentlicht worden (Wien, Alfred Hölder, 1911). Von den 47 920 Arbeitern der besuchten Hütten waren 11 284 bei kontinuierlichen Arbeiten beschäftigt, auf welche sich die Erhebung ihrem Zwecke entsprechend zu beschränken hatte. Von diesen 11 284 Arbeitern arbeiteten in 12stündigen Schichten 10 403 (d. i. 92 %), in 8stündigen Schichten 857 (8 %). Von den 10 403 in 12-stündigen Schichten arbeitenden Arbeitern sind wiederum 8664 (84 %) in den Betrieben ohne fixe Pausen, in solchen mit fixen Pausen 1739 (16 %) tätig. Was die Sonntagsruhe und die Anzahl der Schichten an diesen Tagen betrifft, so arbeiten von den in Rede stehenden 11 284 Arbeitern fort 2359 (21 %); Betriebsstillstand haben, und zwar weniger als ca. 24 Stunden 1489 (13 %), ca. 24 Stunden Betriebsstillstand haben 6231 (55 %), mehr als 24 Stunden Pause haben 1205 (11 %).

L. Zach.

Moralstatistisches aus der Arbeiterfrage. „Die Arbeiterfrage mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter" betitelt sich eine Untersuchung von Adolf Levenstein, deren Ziel der Beantwortung der Frage gilt: Was für Menschen prägt die moderne Großindustrie unter dem Druck privatwirtschaftlicher Ökonomie? Welche Kräfte bilden das Gegengewicht einer etwaigen psychischen und physischen Entartung? Die Schwierigkeit der Untersuchung lag, wie bei jeder moralstatistischen Studie, die auf eine Massenbeobachtung abzielt, in der richtigen Fragestellung. Vielleicht wäre der Erfolg dieser Erhebung ein größerer gewesen, wenn einige Fragen, von denen der Verfasser im vorhinein überzeugt sein mußte, daß sie bei dem größten Teil der Arbeiter kein Verständnis finden werden, weggeblieben wären. So lautete eine Frage: Was würden Sie tun, wenn Sie Geld hätten? Gehen Sie oft in den Wald? Was denken Sie, wenn Sie auf dem Waldboden liegen, ringsherum tiefe Einsamkeit? Welche Hoffnungen und Wünsche haben Sie? Je nach dem subjektiven Standpunkte der Leser werden dem einen die eingelaufenen Antworten glaubhaft erscheinen, dem andern nicht. Das Erhebungsformular, das 26 Fragen aufweist, wurde in einer Auflage von 8000 Exemplaren direkt an folgende drei Arbeiterkategorien: 1. Bergarbeiter (Ruhr- und Saargebiet, Schlesien), 2. Textilarbeiter (Berlin, Forst), 3. Metallarbeiter (Berlin, Solingen, Oberstein) versandt. Dabei wurden lediglich gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiter befragt. Hierin ist ein Mangel der Untersuchung zu sehen, da eine Befragung der

1) In dem Artikel des nämlichen Verfassers „Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich" im vorigen Heft Sp. 81 Z. 22 v. u. ist „33,6 ‰" statt „3,36 %" zu lesen.

christlichen Arbeiter eine andere Ideenwelt dem Verfasser vielleicht hätte geoffenbart. Im ganzen wurden 63% der Erhebungsformulare beantwortet. Davon waren aber einige derart ausgefüllt, daß sie schon auf den ersten Blick wenig glaubhaft erschienen. Die gesamte Masse der Arbeiter teilte Levenstein in vier Schichten ein, und zwar in 1. die intellektuelle Schicht (Hauptcharakteristik: schöpferische, autonome Charaktere); 2. die kontemplative Schicht (zufriedene, harmonisch gesinnte, vielfach mit philosophischen Problemen ringende Arbeiter); 3. die verbildete Schicht (plumpe Briefschreiber, deren Antworten vielfach Kraftausdrücke sowie sonstige Ungehörigkeiten aufweisen); 4. Massenschicht. Nach dieser Einteilung reihte der Verfasser in die erste Klasse 300 (5,9 %), in die zweite 501 (9,9 %), in die dritte 1010 (20,1 %), in die vierte (64,1 %) ein. Den Hauptteil des Buches bilden wörtliche Auszüge aus den Antworten. Diese sind zum großen Teil interessant, zumal da, wo die Arbeiter ihr innerstes Fühlen und Denken enthüllen, ihre philosophischen Studien, künstlerische Betätigung, ihre Hoffnungen und Wünsche, ihren Glauben und ihren Zweifel mitteilen. Die Befragten sprechen sich aus über die Wirkung der Arbeit an der Maschine, Akkord- und Stundenarbeit, Eintritt der Ermüdung, über ihre Gedanken bei der Arbeit, über das, was sie in ihrer freien Zeit anfangen. Die Monotonie der Arbeit schildert der eine mit glühendem Haß, dem anderen gibt sie die Möglichkeit, seinen philosophischen Betrachtungen nachzugehen. Viele sind hoffnungslos, andere sehr optimistisch. Leidenschaftlich wird der Wunsch nach Bildung geäußert. Ein 24jähriger Former mit ℳ 26,— Wochenlohn besitzt nicht weniger als 480 Bücher, ein 33jähriger Metallarbeiter (ℳ 30,— Wochenlohn) hat deren etwa 300. Zum Schlusse gibt der Verfasser noch allgemeine Schlußbetrachtungen, zu denen er auf Grund seiner Untersuchung zu gelangen glaubt. Dabei geht er in seiner Verallgemeinerung zu weit; denn zu gründlichen Urteilen über eine Schicht von 8½ Millionen Menschen können Mitteilungen von nur 5000 Angehörigen dieser Schicht nicht führen. Der Hauptwert dieser Arbeit aber liegt in den menschlichen Dokumenten, die sie beibringt, und die an sich ein wertvolles Material zu der noch so wenig erfaßten Psychologie des modernen Industriearbeiters liefern.

L. Zach.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Geschlechtskrankheiten in Braunschweig. Im Herzogtum Braunschweig ist eine die Zeit vom 1. Februar bis 31. Juli 1909 umfassende Erhebung über die Geschlechtskrankheiten vorgenommen worden, die dadurch veranlaßt war, daß man hier prüfen wollte, ob man wie in Preußen neue Grundsätze für die Überwachung der Prostitution und die Verhütung der Geschlechtskrankheiten aufzustellen hätte. Da die Ansichten über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Herzogtum und über den Zusammenhang der Geschlechtskrankheiten mit der Prostitution geteilt waren, wurde es für zweckmäßig gehalten, zunächst durch eine statistische Erhebung den Versuch zu machen, die tatsächlichen Verhältnisse zu klären und hierdurch eine geeignete Unterlage für die endgültige Beschlußfassung zu gewinnen. Wichtig und neu war es, daß die Erhebung nicht an einem Tage vorgenommen wurde, sondern daß man ein halbes Jahr lang alle Geschlechtskranken meldete. Dadurch gewinnen die Ergebnisse eine größere Sicherheit und Zuverlässigkeit, obwohl auch so nur Mindestzahlen gewonnen werden, da stets eine gewisse Anzahl Ärzte doch nicht melden, einige Kranke außerhalb des Erhebungsgebietes behandelt werden, andere zu Kurpfuschern gehen usw. Man zählte 747 geschlechtskranke Personen, und zwar fielen 556 davon auf die Stadt Braunschweig, 100 auf die übrigen Städte des Herzogtums, 91 auf die Landgemeinden. Oder auf 10 000 Einwohner entfallen in der Stadt Braunschweig 39,13 Geschlechtskranke, in den übrigen Städten 10,64, in den Landgemeinden 3,55. Auf 10 000 Erwachsene zählte man am 30. April 1900 in Preußen 28,20 geschlechtskranke Männer und 9,24 geschlechtskranke Frauen; bei dieser braunschweigischen Statistik aber 40,77 männliche und 6,03 weibliche Geschlechtskranke. Bei den Männern überwiegen die Ansteckungen mit Tripper, bei den Frauen mit Syphilis. Ein Drittel aller Geschlechtskranken ist verheiratet. Diese Feststellung ist geeignet, zu ernsten Sorgen um die körperliche und zugleich auch um die geistige Gesundheit unseres Volkes sowie um die Wahrung der in der Ehe begründeten hohen sittlichen Werte Anlaß zu geben. Übrigens treten die Geschlechtskrankheiten in allen Klassen der Bevölkerung auf. Einen wesentlichen Anteil an der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten hat die Prostitution. — Es wäre wünschenswert, wenn ähnliche Erhebungen über längere Zeiträume auch in anderen Bundesstaaten stattfänden. Die braunschweigische Erhebung kann jedenfalls als vorbildlich betrachtet werden.

A. Sternthal.

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Turn- und Spielunterricht in den Schulen der Stadt Braunschweig. Für die Dresdner Internationale Hygiene-Ausstellung wurden von dem Herzoglichen Statistischen Amte drei Tafeln angefertigt, von denen die erste die Entwickelung des pflichtmäßigen Spielunterrichts für Knaben in den höheren und Volksschulen der Stadt Braunschweig in dem Zeitraum von 1881 bis 1910 und die zweite den Stand des pflichtmäßigen Turn- und Spielunterrichts in diesen Schulen vom Jahre 1910 darstellt. Die dritte Tafel, ein Stadtplan, veranschaulicht, daß fast auf jedem Schulgrundstücke im unmittelbaren Anschluß an den Schul- und Spielplatz eine Turnhalle vorhanden ist, und zwar nicht nur bei den höheren Schulen, sondern auch, was besonders bemerkenswert ist, bei den Volksschulen. Außerdem sind die öffentlichen Spielplätze mit einer Gesamtgröße von 47 ha 2 a in den Plan eingezeichnet. In einer kleinen Begleitschrift (auch in Heft XXV der „Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig") ist ausgeführt, daß in der Stadt Braunschweig der Pflicht-Spielunterricht bereits im Jahre 1881 am Gymnasium Martino-Katharineum eingeführt ist und im Jahre 1910 an allen höheren und Volksschulen mit Ausnahme der katholischen Volksschulen in 1 oder 2 Wochenstunden im Jahresdurchschnitt erteilt wird. Der

Spielunterricht beginnt mit dem 5. Schuljahre (11. Lebensjahre). Von 100 Schülern der höheren Schulen nahmen 65,8 im Jahre 1910 an dem Spielunterricht teil (1881 16,1 %). Bei den Volksschulen ist die Prozentziffer von 6,5 im Jahre 1891 auf 30,3 im Jahre 1910 gestiegen. Im Laufe der Jahre haben die Befreiungen vom Spielunterricht an den höheren Schulen zugenommen. Der pflichtmäßige Turnunterricht setzt bereits mit dem 4. Schuljahre ein und wird fast durchgehends in 2 Wochenstunden im Jahresdurchschnitt erteilt. Als Ergebnis ist festgestellt, daß Braunschweig seinen alten Ruf als verständnisvoller Förderer der Turn- und Spielbewegung sich bewahrt hat.

G. Schultz.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Berliner Statistik. Am 8. Februar d. J. waren 50 Jahre verstrichen seit der Errichtung des Statistischen Amts der Stadt Berlin, des ältesten deutschen statistischen Kommunalamts. Zunächst aus rein örtlichen Gemeindebedürfnissen heraus ins Leben gerufen, hat das Amt dank den Männern, die seit der Begründung an der Spitze standen, eine weit über die Grenzen der Reichshauptstadt reichende Wirksamkeit entfaltet und in seinen vielseitigen Veröffentlichungen beachtenswerte Beiträge zur Förderung der statistischen Wissenschaft geliefert.

Die anläßlich der Jubelfeier herausgegebene Festschrift „Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862—1912. Im Auftrage der Deputation für Statistik in kurzem Abriß dargestellt von Prof. Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statist. Amts d. Stadt Berlin". (Berlin 1912, 1 M. 50 Pf.) schildert nicht nur die Wirksamkeit des Amtes und seine wissenschaftlichen Leistungen, sondern sie ist, über diesen Rahmen hinausgehend, auch eine knappe Geschichte der Entwicklung der Aufgaben der heutigen Gemeindeverwaltung. Mit geradezu erstaunlicher Klarheit sind diese Aufgaben in Umrissen schon in der vom Vorsitzenden der Armendirektion, Bürgermeister Naunyn, in seiner an den Magistrat gerichteten Eingabe, betreffend die Errichtung eines städitschen statistischen Bureaus, noch mehr aber in der vom ersten Leiter des Amtes Hermann Schwabe verfaßten Denkschrift aufgezeichnet. Sein umfassender Geist erkannte schon im Jahre 1862 die vielseitigen Probleme, die das moderne Gebilde der Großstadt seinen Leitern zu lösen gibt. Leider war es Schwabe nur kurze Zeit vergönnt, der Stadt Berlin seine Dienste zu widmen: schon im Jahre 1874 verschied er im Alter von erst 44 Jahren. Sein Nachfolger Richard Böckh hat es in seiner langjährigen Tätigkeit verstanden, dem von ihm geleiteten Amt den Stempel seiner wissenschaftlichen Persönlichkeit in dem Maße aufzudrücken, daß auch heute noch sein Name mit der Berliner Kommunalstatistik untrennbar verbunden ist. Unter seinen Nachfolgern, dem warmherzigen Sozialpolitiker Ernst Hirschberg und dem Schüler und Mitarbeiter Böckhs Heinrich Silbergleit, hat das Amt sich nicht nur auf seiner unter den Vorgängern erreichten Höhe gehalten, sondern es hat seine Aufgaben noch nach mancher Richtung erweitert und so mit Glück und Geschick den gerade im Gebiete der Gemeindestatistik einen Rückschritt darstellenden Stillstand vermieden: Bevölkerungsstatistik (hier folgt das Amt den Spuren eines Salomon Neumann, des um die Berliner Statistik hochverdienten Stadtverordneten und Arztes, des „eigentlichen Begründers der Berliner Statistik"), Medizinal- und Kriminalstatistik, Sozialstatistik im weitesten Sinne, Wohnungsmarkt- und Wirtschaftsstatistik, Verkehrsstatistik (gerade hierin hat das Amt Vorbildliches geleistet), bilden den Gegenstand der amtlichen Veröffentlichungen, auf deren Inhalt hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Über alle diese Veröffentlichungen, über die Entwicklung der Aufgaben des Amts, über seine Bibliothek, die heute 36 100 Nummern umfaßt und an Bedeutung für die Kommunalstatistik wohl von keiner anderen Stadt erreicht werden dürfte, über die an ihm tätigen Beamten und über seine Beteiligung an Ausstellungen gibt die gut ausgestattete Festschrift einen klaren Überblick.

C. Ergang.

Vermischte Mitteilungen.

G. F. Knapp, der hervorragende Nationalökonom und Statistiker der Straßburger Hochschule, feierte am 7. März seinen 70. Geburtstag. Einst Besucher des statistischen Seminars von Ernst Engel, hat er als Direktor des statistischen Bureaus in Leipzig (1867) auch im statistischen Verwaltungsdienst gestanden. Seine theoretischen Arbeiten auf statistischem Gebiete sind vor allem der Bevölkerungs- und der Moralstatistik zugute gekommen.

Die Statistischen Ämter auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911. (Forts. und Schluß zu Nr. 1 Spalte 28.)

2. Kgl. Preuß. Statist. Landesamt (Nachtrag): Abnahme der an Tuberkulose sowie Zunahme der an Krebs Gestorbenen 1876—1909 (*D*). — An Säuferwahnsinn Gestorbene 1877—1901 (*D*).

3. Kgl. Bayer. Statist. Landesamt: Lungentuberkulose, Beteiligung der Mortalität an . . . an der Gesamtmortalität 1894—1908, berechn. auf je 10000 Einw. (*D*). Mortalität an . . . auf je 10000 Einw. nach Geschlecht u. im Vergleich mit der Sterblichkeit an Tuberkulose überhaupt sowie mit der Gesamtsterblichkeit 1894—1908 (*D*). Sterblichkeit an . . . 1. auf je 10000 Einw. a) 1894, 1901, 1908 (*3 K*), b) nach Stadt u. Land 1894—1908 (*D*), 2) auf je 100000 Lebende a) gleichen Alters 1895, 1900, 1905, 1908, b) gleichen Alters u. Geschlechts sowie auf je 1000 in gleichem Alter überhaupt Gestorb. 1895 u. 1908 (*2 D*). Sterbefälle an . . . im 1. Lebensjahr 1894—1908 nach Geschlecht, Ehelichkeit u. Unehelichkeit im Vergleich mit den Sterbefällen an Tuberkulose der übrigen Organe (*D*). — Tuberkulosenfürsorge in B. 1910 (*K*). — Heilanstalten B's. 1910 (*K*). — Wohnungserhebung (mit Ausmessung der Schlafräume) in Nürnberg 1901—02, Augsburg 1904, Lechhausen 1908 (*54 D*). — Umfang u. Art der Wohnungsaufsicht 1910 (*K*). — Aufwendungen der bayer. Landeskultur-Rentenanstalt: 1. Höhe der 1884—1909 für a) Meliorationen im allgemeinen, b) Flurbereinigung u. Weganlagen, c) Wasserversorgung u. elektr. Anlagen, d) Kleinwohnungsbau, bewilligt. Beträge u. Zahl der jährlich bewilligt. Darlehen, 2. Leistungen für Kleinwohnungsbau in den einzeln. Gemeinden 1909 u. 10 (*3D*).

4. Kgl. Sächs. Statist. Landesamt: Berufsverteilung u. Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung in 30 Städten nach der Wohnungszählung 1905 u. Berufszählung 1907 (*D*). — Säuglingssterblichkeit a) im Verhältnis zu den Lebendgeb. in den einzel. Standesamtsbezirken 1901—05, b) im Mittel der Jahre 1904—07 in Beziehung zur Verteilung der Bevölk. auf Wohnungen



bis zu 2 heizbar. Zimmern einer-, zu ihrer Zugehörigkeit zur Industrie andererseits in 30 Städten. Nach der Wohnungszählung 1905 u. Berufszählung 1907 (*2 D*). — Darstellung des Einflusses starker Luftdruckschwankungen auf die Häufigkeit der Todesfälle an Altersschwäche 1892—1907 (*D*). — Art der Erkrankungen der in die öffentlichen allgem. Krankenhäuser aufgenomm. Personen seit 1891 (*D*). — Ausdehnung u. Leistungen der Krankenversicherung in S. seit 1885, a) Wachstum der Mitgliederzahl sämtl. Kassen im Verhältnis zur Bevölkerung, b) Einnahmen u. Ausgaben sämtl. Kassen (*2 D*). — Häufigkeit der Abortanlagen in den Wohnungen in 27 Städten nach der Erhebung vom 1. Dez. 1905 (*D*). — Die übervölkerten Schlafräume in Beziehung zur Wohnungsdichte in Kleinwohnungen in 27 Städten nach der Erhebung am 1. Dez. 1905 (*2 D*).

5. Kgl. Württembergisches Statist. Landesamt: Die Bevölkerungsdichte nach der Volkszählung 1905 (*K*). — Die Sterblichkeit 1905 nach 3 Altersklassen im Zusammenhang mit der Temperaturentwicklung nach Kalendermonaten (*D*). — Die 1899 u. 1909 Gestorbenen a) mit Unterscheidung der ärztl. Behandelten, b) nach 9 Altersklassen mit Unterscheidung der ärztl. Behandelten (*2 D*). — Die Kindersterblichkeit in den einz. Gemeinden 1896—1905 (*K*). — Die Milchwirtschaft in W. (*K*). — Entwicklung der Milchpreise 1896—1910 mit Unterscheidung von 6 Ortsgrößenklassen (*D*). — Die Milchpreise in den einz. Gemeinden im Dez. 1910 (*K*); dasselbe mit Unterscheidung von 9 Ortsgrößenklassen (*D*). — Milchversand u. Milchempfang der w. Eisenbahnstationen 1909 (*K*). — Verbreitung der Miet- u. Eigentümerwohnungen nach Oberämtern u. größer. Städten (*D*). Verteilung der Gesamtbevölkerung nach Berufsabteilungen, Oberämtern und größeren Gemeinden 1907 (*D*).

6. Großherz. Bad. Statist. Landesamt: Die 60 u. mehr Jahre alten Personen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in den einz. Amtsbezirken nach der Volkszählung 1905 (*K*). — Die Geburtenhäufigkeit im Verhältnis zur Bevölkerung nach Amtsbezirken a) 1881—85, b) 1901—05 (*2 K*). — Die Säuglingssterblichkeit im Verhältnis zur Zahl der Lebendgeb. 1. nach Amtsbezirken, 2. nach Gemeinden a) 1881—85, b) 1901—05 (*4 K*). — Die Erkrankungen an Typhus, Scharlach, Diphtherie u. Kindbettfieber 1882 - 1909 a) zeitl. Verlauf, b) nach Monaten (*2 D*). — Sterblichkeit an Tuberkulose 1. im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung a) 1886—95, b) 1896—1905, α) nach Amtsbezirken, β) nach Gemeinden (*4 K*), 2. auf 1000 Lebende jeden Alters und Geschlechts 1881—85, 1886—90, 1891—95, 1896—1900 u. 1901—05 (*D*). — Die Krebssterblichkeit 1. im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung 1883—1907 a) nach Gemeinden, b) nach Amtsbezirken (*2 K*), 2. im Verhältnis zur Gesamtsterblichkeit 1883—1907 (*D*), 3. in den einzelnen Lebensdezennien 1883—1907 (*2 D*).

7. Großherz. Hess. Zentralstelle für die Landesstatistik, Darmstadt: Unterschiede zwischen der Sterblichkeit a) der christl. u. jüd. Bevölkerung nach Alter u. Geschlecht 1904—07, b) in Stadt u. Land nach Alter u. Geschlecht 1901—05 (*2 D*).

8. Herzogl. Statist. Amt, Braunschweig: Entwicklung des pflichtmäß. Spielunterrichts für Knaben in den Schulen der Stadt B. 1881—1910 (*8 D*). — Der pflichtmäß. Turn- u. Spielunterricht für Knaben in den Schulen der Stadt B. nach dem Stande von 1910 (*D*).

9. Bremisches Statist. Amt: Die Sterblichkeit in 3 verschied. Wohlstandsklassen der Bevölkerung nach Todesursachen u. Alter (*D*).

10. Statist. Landesamt für Elsaß-Lothringen: Die Säuglingssterblichkeit 1902—06 in Beziehung zur Geburtenhäufigkeit 1906—09, zur Verteilung der industr. u. landwirt. Bevölkerung 1907 u. zur Verbreitung der französ. Muttersprache 1905 nach Kantonen (*5 K*). — Die wichtigsten Todesursachen 1906—08 (*D*). — Gemeldete Sterbefälle an Krebs 1874—1909 (*D*). — Sterblichkeit an Krebs in den einzelnen Kreisen 1905—09 (*K*). — Sterblichkeit an Lungentuberkulose 1907 (*K*). — Häufigkeit der Sterbefälle an Typhus 1874—1909 (*D*).

11. Statist. Amt Berlin: Gesamtbevölkerung 1900, Eheschließende, Geburten u. Sterbefälle in ‰ der mittl. Bevölkerung 1891—1900 u. Säuglingssterblichkeit in % der Lebendgeb. 1905 für 39 Städte (*2 D*). — Die Mortalitätskoeffizienten der einz. Altersmonate des 1. Lebensjahres im März, Juli, Aug. u. Dez. 1906—09; für Juli u. Aug. 1906—09 bezw. 1907—09 nach einzelnen Tagen a) die Maxima u. Mittel der Lufttemperatur, b) die gestorb. Säuglinge mit Unterscheidung der im 1. Lebensmonat gestorbenen (*16 D*). — Entwicklung der ehel. u. unehel. Säuglingssterblichkeit 1882—1909 nach den Sterblichkeitstafeln (*2 D*). — Sterbenswahrscheinlichkeit der ehel. und unehel. Säuglinge an 4 Gruppen von Todesursachen 1907—09 (*4 D*). — Bedeutung der verschied. Gruppen von Todesursachen bei ehel. und unehel. Säuglingen, dargestellt durch die Fläche der im 1. Lebensjahr nicht erlebt. Monate (*2 D*). — Ernährungsweise der am 1. XII. 1885 u. 1905 gezählt. Säuglinge nach Altersmonaten u. Geschlecht (*4 D*). — Am 1. Dez. 1905 gezählte Säuglinge nach der Ernährungsweise u. Zahl der Wohnräume der Mutter (*2 D*). — Zugang in die städt. Waisenpflege 1909 nach Alter, Legitimitätsverhältnis u. Grad der Verwaisung (*2 D*). — In der städt. Waisenpflege am 31. III. 1910 vorhandene Kinder nach Alter u. Art der Unterbringung (*2 D*). — Wohnungsaufnahme vom 1. Dez. 1905: Zusammensetzung der Haushaltungen nach Personenzahl u. Art (*D*).

12. Statist. Amt Breslau: Die Umgegend von B. 1. nach der Größe ihres Milchversandes auf den qkm nach der Erhebung vom a) 14. u. 15. Mai 1880, b) Juni 1909 u. Febr. 1910, 2. nach der Steigerung ihres Milchversandes von 1880—1909/10 (*3 K*). — Die Ortschaften des dreimeil. Umkreises von B., die Milch zur Stadt senden, nach der absoluten Größe ihres Versandes am 23. Febr. 1910 (*K*).

13. Statist. Amt Charlottenburg: Anteil der Überlebenden in verschied. Altersklass. auf Grund der Sterbetafeln 1901—05 u. 1906—10 (*D*). — Sterblichkeitsverhältnisse 1901—10. Sterblichkeitskoeffizienten in verschied. Altersgruppen (*D*). — Die Säuglingssterblichkeit 1. 1875—1910 auf 100 Lebendgeb., 2. 1901—10 auf Grund der Sterbetafeln (Überlebende der einzel. Lebensmonate nach Geschlecht u. Legitimität, 3. nach Monaten u. Legitimität 1906—10 (*10 D*). — Sommersäuglingssterblichkeit in Groß-Berlin insbes. an Magen-, Darmkrankheit u. Brechdurchfall 1902—10 (*9 D*). — Alter u. Ernährungsart der in die Säuglings-Fürsorgestellen 1908 u. 09 aufgenomm. Säuglinge (*8 D*). — Aufwendungen der Stadt Ch. für Gesundheitspflege während der letzten 10 Jahre (*D*).

14. Statist. Amt Cöln: Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit 1816 — 1860 (*7 D*). — Überlebende, Sterbenswahrscheinlichkeit, mittlere Lebenserwartung u. Lebenskraft der einzel. Altersklassen auf Grund der Sterbetafel für die Zeit vom 1. Dez. 1900 bis 30. Nov. 1905 (*D*). — Überlebende, Sterbenswahrscheinlichkeit und Lebenskraft der einzel. Lebensmonate der beid. ersten Lebensjahre auf Grund der Sterbetafel für die Zeit vom 1. Dez. 1900 bis 30. Nov. 1905 (*D*). — Sterblichkeit der 1889—1908 geb. Kinder während des 1. Lebensjahres nach Geburtsmonaten sowie monatl. Bestandszahlen der Kinder unter 1 Jahr von 1900—09 (*6 D*). — Ernährungsart der 1908 geb. Kinder während des ersten Lebensjahres (*2 D*). — Sterblichkeit 1889—1910 nach Todesursachen-Hauptgruppen (*D*). — Sterblichkeit 1889—1910 an den einzelnen Infektionskrankheiten (*D*). — Erkrankungen u. Sterbefälle an Scharlach, Diphtherie u. Typhus 1896—1910 sowie Sterbefälle an Tuberkulose 1896—1910 (*D*). — Die tödlichen Unfälle 1901—10 (*D*). — Der Aufwand der Stadt C. für öffentl. Gesundheitspflege 1900 - 09 sowie Wert der bezgl. Einrichtungen am 1. April 1910 (*D*).

15. Statist. Amt Essen: Entwicklung der Säuglingssterblichkeit seit 1891 a) überhaupt, b) mit Unterscheidung der ehel. u. unehel. Kinder (*2 D*). — Entwicklung der allgemeinen Sterblichkeit seit 1890 (*D*).

16. Statist. Amt Frankfurt a. M.: Gesamtsterblichkeit u. Säuglingssterblichkeit in 22 Städten des In- u.

Auslandes. Fünfjähr. Perioden 1876—1909 (*44 D*). — Am 1. Febr. u. 1. Nov. 1910 in F. in ärztl. Behandlung befindl. geschlechtskranke Personen (*2 D*). — Krankheitswahrscheinlichkeit für ständ. u. unständ. Kassenmitglieder. Auf Grund des Materials der Allg. Ortskrankenkasse zu F. 1896 (*D*). — Beziehungen zwischen Kanalisation und Gesundheitsverhältnissen in F. (*D*). — Einige Ausgaben F's für Wohlfahrtszwecke (*D*).

17. Statist. Amt Halle a. S.: Belastung der Sterbeziffer H's durch die in den Anstalten gestorb. Ortsfremden (*D*). — Säuglingssterblichkeit 1907—10 (*2 D*). — Leistungen für kommun. Einrichtungen (*D*).

18. Statist. Amt Leipzig: Milchversorgung der Stadt L.: 1. Landstraßenzufuhr am 28. Sept. 1910. 2. Durchschnittl. tägl. Eisenbahnzufuhr im Sept. 1910. 3. Menge der aus den einzel. Orten am 28. Sept. 1910 nach L. eingeführten Milch. 4. Länge des Transportweges der am 28. Sept. 1910 vom Lande zugeführt. Milchmengen mit Unterscheidung der Eisenbahn- u. Landstraßenzufuhr. 5. Der gesamt. Milchvorrat am 28. Sept. 1910 nach Herkunft a) in L. erzeugt, b) mit der Eisenbahn, c) auf den Landstraßen zugeführt (*5 D*). — Tuberkulose-Todesfälle in den einzelnen Stadtbezirken Alt-L.'s 1880—1904 mit Beziehung auf die a) Haushaltungsbevölkerung, b) Höhenlage, c) Grundstücke (*3 D*).

19. Statist. Amt Magdeburg: Sterblichkeit nach Geschlecht, Alter u. Todesursache in M. 1901—05, a) männl., b) weibl. Geschlecht (*2 D*). — Die chemische Untersuchung des Elbwassers a) 1904—06, b) 1879—1906 (Jahreszahlen) u. die Elbwasserkalamitäten seit 1892 (*2 D*).

20. Statist. Amt München: Bevölkerungsstand u. -bewegung, Burgfriedenserweiterung und Bautätigkeit (*6 D*). — Sterblichkeitsrückgang u. hygien. Maßnahmen in M. (*D*). — Reineinnahmen bezw. Reinausgaben einzeln. städt. Anstalten 1890—1910 (*D*). — Wohnungserhebung (mit gleichz. Ausmessung der Schlafräume) 1904—07 (*16 D*). — Ergebnisse der Wohnungszählungen (*9 D*).

21. Statist. Amt Schöneberg: Verhältnis von Einkommen zu Miete in a) Schöneberg 1906, b) Essen 1900, c) Hamburg 1868, 1874, 1882, 1891, 1901, d) Breslau 1880, 1900, e) 16 sächs. Mittel- u. Kleinstädten 1905 (*5 D*).

Österreich-Ungarn.

22. K. k. statist. Zentralkommission, Wien: Das Alter (7 Klassen) von je 1000 Ortsanwesenden am 31. Dez. 1900 (*18 D*). — Die auf je 1000 Ortsanwesende 1. 1870—1909 entfallenden a) Lebendgeb., Gestorb. u. Geburtenüberschüsse, b) lebend, tot, ehel. u. unehel. geb. Kinder (*36 D*), 2. 1899—1902 entfallenden a) Lebendgeb., b) Gestorb., c) Verheirateten, d) Geburtsüberschüsse bezw. Überschüsse an Sterbefällen (*8 K*). — Die 1905—09 auf je 1000 Lebendgeb. verstorb. Kinder im Alter bis zu 12 Monaten nach 5 Altersklassen (*18 D*). — Die 1869, 1880, 1890 u. 1900 auf je 1000 a) Gebärfähige, b) verheiratete Frauen entfallenden (ehelich) Lebendgeborenen nach dem Geschlecht (*36 D*). — Die 1869, 1880, 1890 u. 1900 von je 10000 Ortsanwesenden Verstorbenen nach Altersklassen (*18 D*).

23. Statist. Bureau Budapest: Geburten, Sterbefälle u. infektiöse Todesursachen in B. 1874—1909. — Sterblichkeit in B., Wien, Berlin u. Paris 1874—1909.

Schweiz.

24. Statist. Amt Basel: Säuglingssterblichkeit 1870 bis 1909 (4 Tafeln). — Trunksucht als Todesursache 1879 bis 1908 (3 Tafeln).

25. Statist. Amt Zürich: Ehelichungen, Geburten, Sterbefälle 1876—1910. — Fruchtbarkeit der 1905—9 durch Tod gelösten Ehen, nebst international. Vergleichen. — Durchschnittl. Kinderzahl der 1905—9 durch Tod gelösten Ehen nach dem Heiratsalter der Frau u. der Gebärfähigkeitsdauer. — Säuglingssterblichkeit 1) 1876 bis 1910 überhaupt, 2) 1893—1907 nach Kalenderjahren, Alter, Legitimität u. Geschlecht. — Sommersterblichkeit der Säuglinge nach Altersklassen in Z. (1893—1907), Breslau (1893—1907), Budapest (1893—1907) Dresden (1900—7), Magdeburg (1901—7). — Sterblichkeit an Lungentuberkulose 1) in 11 Schweizerstädten 1893—1908, 2) nach Altersklassen u. Geschlecht in Z., Basel, Paris, Mailand u. Stuttgart. — Lungentuberkulose-Sterblichkeit u. allgem. Sterblichkeit 1876 - 1910. — Die Einäscherungen in der Schweiz 1889—1910. — Wohnungsdichtigkeit in einig. Schweizerstädten. — Verhältnis der überbauten Flächen zu den Freiflächen bei den 1896—1909 hergestellt. Wohnbauten. — Prozentuale Verteilung der Bevölkerung nach Wohnungsgrößenklassen in Z 1896 u. 1910 sowie Mannheim 1905. — Wohnungsverbrauch u. Mietpreise im Vergleich zum Wohnungsangebot u. Wohnungsbedarf 1896—1910. — Die bewohnten Wohnungen 1896 u. 1910 a) nach der Bewohner-, b) nach der Zimmerzahl.

Niederlande.

26. Centraal Bureau voor de Statistiek, Haag: Säuglingssterblichkeit in den einzeln. Gemeinden der Niederlande a) 1880—84, b) 1904—08 (*2 K*). — Die Sterblichkeit nach Monaten 1903—07 (Tagesmittel). Die Säuglingssterblichkeit nach Monaten u. hauptsächlichsten Todesursachen 1904—07 (*D*). — Geburtenhäufigkeit u. Sterblichkeit 1840—1908. Sterblichkeit an Infektionskrankheiten 1866—1908 (*D*). — Sterblichkeit an Krebs 1901—09 a) in den Provinzen 1. Gesamtbevölkerung, 2. Bevölkerung über 40 Jahre, b) in den Provinzen u. gross. Gemeinden. Bevölkerung über 40 Jahre (*3 K*). — Sterblichkeit an Tuberkulose 1901—08 in jeder Gemeinde der N. (*K*). — Verbrauch alkohol. Getränke in den N. und Nachbarländern pro Jahr und Kopf der Bevölkerung seit 1885 (*D*).

27. Statist. Amt Amsterdam: Altersaufbau a) der männl., b) der weibl. Bevölkerung von Berlin 1900, Paris 1901, Amsterdam 1899 u. 1909 (*4 D*). — Bevölkerungswachstum A.'s 1850—1910 nach dem Geschlecht (*D*). — Gliederung der Bevölkerung a) A.'s nach Konfessionsgruppen in verschied. Jahren zwischen 1796 u. 1899, b) Deutschlands (1907), der Niederlande (1899) u. A.'s (1899) in Berufsgruppen (*2 D*). — Berufsgliederung der jüd. (1. Mai 1906) u. nicht-jüd. (31. Dez. 1899) Bevölkerung A.'s (*D*). — Die Erwerbstätigen unter den Gesamtbevölkerungen Deutschlands (1907), der Niederlande (1899) u. A.'s (1899) (*D*). — Ortsgebürtigkeit nach Geschlecht 1899, 1900 bezw. 1901, Geburten, Sterbefälle u. Überschüsse auf 1000 Einw. 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1905 u. 1909 in 22 europ. Großstädten (*23 D*). — Häufigkeit der unehel. Geburten in 25 europ. Großstädten 1899—1907 (*D*). — Die Sterblichkeit 1. nach Altersjahren in A. u. den Niederl. 1896—1900 (*2 D*), 2. in A. a) nach Alter u. Geschlecht 1850—1900 (*2 D*), b) nach der Jahreszeit 1891—1910 (*D*), c) nach der Wohlhabenheit u. Bevölkerungsdichte in den verschied. Stadtbezirken 1900 (*2 K*), d) an einigen wichtigen Todesursachen 1875—1910 auf 100000 Einw. (*4 D*). — Die Säuglingssterblichkeit 1. der jüd. u. nicht-jüd. Bevölkerung A.'s in den ersten 12 Lebensmonaten im Verhältnis zur Häufigkeit der Geburten 1907—09 (*D*), 2. in den Niederl., A., Rotterdam u. dem Haag nach der Jahreszeit 1881—1905 (*4 D*), 3. in Beziehung zur Häufigkeit der Geburten in 20 europ. Großstädten 1880—1909 (*20 D*). — Häufigkeit der einzel. Todesursachen der jüd. u. nicht-jüd. Bevölkerung A.'s 1907—09 (*D*). — Häufigkeit der Erkrankungen bei unentgeltlich in A. behandelten Personen a) insgesamt 1908—10, b) nach 4 Altersklassen 1910 (*2 D*). — Drei Infektionskrankheiten als Todesursachen 1860—1909 u. ihre Häufigkeit überhaupt in A. 1893—1908 (*6 D*). — Verhältnis zwischen der Zahl der Gestorb. u. der der Gebor. in A. 1700—1850 (*D*). — Die jährl. Ausgaben, Einnahmen u. reinen Kosten der Stadt A. für öffentl. Gesundheitspflege 1870—1908 (*6 D*). — Krebssterblichkeit in A. 1862—1902 (*2 D*).

Frankreich, Italien, Rußland.

28. Statistique Générale de la France, Paris: *Tables de survie et de mortalité pour la population totale de divers pays d'Europe pour les périodes d'observation les plus récentes a) Quotients de mortalité, b) Espérance de vie (Vie moyenne) à la naissance, c) Espérance de vie*



(Vie moyenne) à 30 ans (sexe masculin et sexe féminin) (*3 D.*)

29. Statist. Amt Florenz: Kindersterblichkeit nach statist. Bezirken (*K*). — Wohlhabenheit der Brautpaare nach statist. Bezirken (*K*).

30. Statist. Amt St. Petersburg: Einnahmen u. Ausgaben der Stadt P. nach Ursprung bzw. Bestimmung 1909. — Gesamtleistung der Hauptstation der Wasserwerke P.'s 1864—1909. — Verteilung der Straßenlaternen in P. nach Art der Beleuchtung. — Die Bevölkerung P.'s 1900 bezw. 1910 nach a) Altersklassen, b) Sozialklassen, c) städt. u. Vororts-Bevölkerung, d) ständiger u. eingewanderter Bevölkerung. — Verteilung a) der Gebäude nach dem Baustoffe, b) der Grundstücke nach der Zahl der Wohnungen, c) der Wohnungen nach Zahl der Wohnzimmer, d) der Einwohner nach Stockwerken 1910. — Eheschließungen, Geburten u. Sterbefälle 1870, 1882, 1891, 1897, 1901, 1910 auf 1000 Einw. — Die infektiösen Erkrankungen 1901—10. — Sterblichkeit an Infektionskrankheiten 1901/10. — Sterblichkeit an a) Masern, b) Diphtherie, c) Scharlach, d) Pocken, e) Tuberkulose, f) Typhus in den städt. Krankenhäusern in % der gesamt. Sterblichkeit. — Die in städt. Krankenhäuser 1886/1910 aufgenomm. Pockenkranken. — Zahl der im Schutzpocken-Impfinstitut 1901—10 vorgenomm. Impfungen. — Im Isolationsasyl 1910 vorgenomm. Schutzimpfungen. — Besuche der städt., allgem. u. speziellen Ambulatorien 1910. — Die ins Barackenkrankenhaus 1910 aufgenomm. Kranken nach Krankheiten. — Zahl der 1903—10 ins Isolationslokal Aufgenommenen. — Ins Isolationslokal 1910 Aufgenommene nach den Monaten des Eintritts. — Zahl der Plätze in den städt., priv. u. Wohltätigkeits-Nachtasylen 1910. — Alter der in den Nachtasylen am 15. IX. 1910 Nächtigenden. — Geschlecht der am 1. I. 1910 in kommun. Armenhäusern Versorgten. — Zahl der zur Desinfektion ins Krankenhaus a) Botkine, b) St. Petri, c) St. Pauli 1901—10 gesandten Gegenstände. — Visitationen der Sanitätsärzte in Häusern u. verschied. Lokalen 1903—10. — Wachstum der Ausgaben für das Medizinal-, Veterinär- u. Sanitätswesen 1902—9.

Bibliographie.

XII. Literatur der Preisstatistik.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

(Schluß von Sp. 93/96. Siehe die dortigen Vorbemerkungen.)

(III 204.) Einfluß der am 31. März 1910 erfolgten Aufhebung d. Schlachtsteuer auf d. Fleischversorgung der Stadt Aachen. [Beitr. z. Stat. N. 1.] Aachen 1911. ℳ —.50.

Übersicht der Durchschnittspreise der hauptsächlichsten Lebensmittel in den Städten Altenburg u. Eisenberg. (St. M. S.-Altenburgs 1911, S. 1396 ff.)

Fleischpreisunterschiede in Berlin. (Agrarpol. Wochenschr. 1911, 26.)

Gerlich, H., Die Preisbildung und Preisentwickelung für Vieh und Fleisch am Berliner Markte (für Schweine). [Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 139 Bd.] Leipzig, Duncker & Humblot, 1911 (160 S.).

Guradze, H., Die Brotpreise in Berlin i. J. 1910. (Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. 39, 1, S. 505 ff.; 40, 1, S. 817 ff.)

Neumann, A., Kritische Kurstabelle der Berliner Börse 1912 (V, 253 S.). Berlin, Finanzverlag, A. Neumann. ℳ 3.—.

Preise der wichtigsten Nahrungsmittel [Stadt Berlin] im Jahre 1910. Berlin, Stat. Amt 1911. (2 S.).

Preisbericht über Leder, Häute und Felle, zusammengestellt von der Sachverständigen-Kommission der Leder-Interessenten Berlins. Wöchentlich.

Zusammenstellungen des Stat. A. der Stadt Berlin betr. die Groß- und Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel. Monatlich.

Preise für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgegenstände i. J. 1908. (Breslauer Stat. 1911, 1.)

Preise und Verbrauch in Breslau (Stat. Daten über Breslau, Breslau 1912. Groß, Bary & Co. S. 42—46.)

Baumaterialpreise in Dresden (vierteljährlich als Anhang zu den M. B.).

Kleinverkaufs- u. städt. Markthallenpreise sowie Ladenpreise in Dresden u. Leipzig 1910 u. 1911 (Ber. d. II. K. d. Sächs. Landtags 1911/12 Nr. 296).

(III 206.) Wirkungen, Die, des Wegfalls der indirekten Abgaben auf die Nahrungsmittelpreise in Dresden. [49. Ratsdrucksache.] Dresden 1911.

Lebensmittelpreise in d. Stadt Elberfeld (Jahrb. f. 1910 S. 67—71).

Ladenpreise für Fleisch, Wurst, Geflügel usw. in Halle a. S. s. 1910 (Beitr. z Stat. d. Stadt Halle a. S., H. 15, Tab. 89—106).

Großhandelspreise f. Weizen, Roggen, Gerste, Kartoffeln, Fleisch usw. in Halle a. S. 1910. (Ebd., Tab. 107—109.)

Neuhaus, G., Die monatliche Bewegung des Gewichtes und der Preise für Roggenbrot und Weißbrot, sowie der Großhandelspreise von Roggen und Weizen und der Kleinhandelspreise von Weizenmehl und Roggenmehl 1902—1910. [Königsberger Statistik N. 10], Königsberg 1911. (21 S.). ℳ —.75.

Durchschnittspreise des Getreides auf der Leipziger Produktenbörse 1904/5—1909/10, (Stat. J. B. Kgr. Sachsen 1911. S. 145.)

Stand der Preise Ende Januar 1912. (16 S.) Monatlich. Magdeburg, Städt. St. A.

(IV 45.) Gschwendtner, K., Die Entwickelung der Münchener Fleischpreise seit Beginn des 19. Jahrhunderts. (76 S.) Diessen, Huber. ℳ 2.20.

Münchener Vieh- und Fleischpreise im Jahre 1910. (Mitt. d. Stat. A. d. Stadt München, XXIII.)

Preise des Nürnberger Hopfenmarktes 1901/02 bis 1910/11 (Stat. J. B. Nürnberg 1911, S. 85—87).

Vieh- und Fleischpreise in Nürnberg 1901—1910 (Stat. J. B. Nürnberg 1911, S. 76—80).

Denkschrift der Handelskammer Saarbrücken über Förder- u. Preispolitik des staatl Saarkohlenbergbaues 1902—1910. (53 S.) Saarbrücken, Schmidtke. ℳ 1.—.

Preise und Lebensmittelverbrauch in Wiesbaden. (Stat. J. B. f. 1909 und 1910, S. 47, Tab. 57—59.)

v. Haan, Frhr, Die historische Entwicklung der Preisberichterstatt. in Österreich (Stat. Mitt., Wien 1912, 2.)

Preise und Marktverkehr in Österreich 1910. (Stat. Handb. f. 1910, Wien 1911, S. 158—181.)

Durchnittspreise von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Heu u. Stroh in den wichtigeren Marktorten u. Börsenplätzen Österreichs. (Monatlich in den „Stat. Nchr. aus dem Gebiete der Landw.", Wien.)

Kursnotierungen an Börsen für landwirtschaftliche Produkte in 8 Hauptstädten Österreichs. (Monatlich, ebd.)

Kursnotierungen an österreichischen Warenbörsen für Zucker und Spiritus. (Monatlich, ebd.)

Vieh- u. Fleischpreise, Die, [in Österreich] 1906—1911. Mit 4 Diagr. (Wiener landw. B. 1912, 2.)

Vieh- u. Fleischpreise in österreischen Marktorten. (Monatlich in den „Stat. Nchr. Landw.")

Marktpreise der [militärischen] Verpflegsgegenstände in den Haupt-Garnisonstädten Österreichs. (Monatlich, ebd.)

Warenpreisberichte. Zusammengestellt von den k. k. Ministerien für Handel und Ackerbau unter Mitwirkung der k. k. statistischen Zentralkommission. 1. Jg. Wien. Wöchentlich. Kr. 4.—.

Lebensmittelpreisstatistik, die neue österreichische. (Handelsmuseum, Wien 1912, 2.)

Preise der Landesprodukte der Frucht- und Produktenbörse in Czernowitz. (Stat. J. B. der Bukowina 1910, S. 153—75 u. Mitt. d. Stat. L. A. XV, Czernowitz 1911, S. 183—191.)

Bon, F., Untersuchung der Ursachen der Steigerung der Fleischpreise in der Schweiz. (Zeitschr. Schweiz. Stat. 1911, I, 4.)

Konsum und Verkaufspreise von Salz i. J. 1909 in der Schweiz. (Stat. J. B. der Schweiz 1911, S. 83—84.)

Preise, Die, der wichtigsten landw. Erzeugnisse in der Schweiz 1903—1909. (Ebd., S. 214—219.)

Schlachtvieh- und Fleischpreise in der Schweiz 1909. (Mitt. Bern. Stat. Bur. 1910, 1.)

Schweizerische landw. Marktzeitung. Herausgegeben von der Zentralstelle d. schweizerischen Bauernverbandes für Preisberichte. Brugg (Aargau). Wöchentl. Fr. 8.—.

Statistik, Zur, der Lebensmittelpreise in der Schweiz während der letzten fünf Jahre (Zeitschr. Schw. Stat. 1911, I, S. 44—58.)

Zuppinger, C., Mitteilungen über die Preise der wichtigsten Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel im Januar 1911. (S. 207—212.)

(IV 49.) Schlachtvieh- und Fleischpreise, Die, im Jahre 1910 und der ersten Hälfte 1911 in 22 Städten und Marktorten der Schweiz. [Mitt. d. Bernischen Stat Bur. 1911, II.] Bern, A. Franke. (101 S.)

Mitteilungen über die Preise der wichtigsten Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel im Oktober 1911. Vom St. A. d. Kantons Basel-Stadt. (Zeitschr. f. Schweiz. Stat 1911, I, 6.)

(IV 14.) Krömmelbein, F., Massenverbrauch und Preissteigerungen auf Grund Baslerischer Wirtschaftsrechnungen. [Baseler volksw. Arb. N. 2.] Stuttgart 1911.

Wardenberg, Ed., Der Fleischkonsum und die Fleischpreise in Basel, in Beziehung gestellt zu Wertzuwachs, Erwerb und Bautätigkeit (22 S. und Tabellen). Basel, Kober. ℳ 1.—.

(II 238.) Statistik der Preise pro 1905—1909. (Mitt. d. bernischen Stat. Bur. 10, 1.)

Lebensmittelpreise in Zürich 1910 (Jahreszusammenfassung des Stat. A. f. 1910, Tab. 29).

Viehpreise im Ausland im 1. Vierteljahr 1907—1911. (Vierteljh. St. D. R. 1911, 2.)

Statistik, Zur, der Lebensmittelpreise in Belgien. (R. Arb. Bl. 1911, 4.)

Conrad, J., Die Entwickelung des Preisniveaus und des Getreidebedarfs in England und Deutschland in den letzten Dezennien (Jahrb. f. Nationalök. u. Stat. 1910, 5 u. 7).

Statistik, Zur, der Lebensmittelpreise in England. (R. Arb. Bl. 1911, 1.)

Börsenpreise von Blei, Kupfer, Zink und Zinn in London und Newyork für 1905 bis 1909 nach Monaten. (Vierteljh. St. D. R. 1911, 2.)

Statistik, Zur, der Lebensmittelpreise in Italien. (R. Arb. Bl. 1911, 2.)

Statistik, Zur, der Lebensmittelpreise in den Niederlanden. (Ebd. 1911, 6.)

Fragekasten.

S. Z. in D. — Da die im „Fragekasten" in Nr. 2 des Jahrgangs 1909 bezeichnete Voraussetzung des vollständigen Vorliegens der Veröffentlichungen über die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich von 1907 nunmehr bald gegeben sein wird, so sollen die Ergebnisse dieser großen Zählung in einer der nächsten Nummern des D. St. Z. von sachkundiger Feder zusammenfassend behandelt werden, unter Mitberücksichtigung der eigenen Veröffentlichungen einzelner Bundesstaaten und Großstädte (siehe hierzu auch den Artikel von H. Losch in vorliegender Nummer Sp. 103/6).

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.



Nr. 5 **4 Jahrgang** **1. Mai 1912**

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die statistische Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts.

Von Dr. sc. pol. **K. A. Wieth-Knudsen**, Sektionschef am Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom.

Am 1. April 1912 waren drei Jahre verstrichen, seitdem die ersten technischen Beamten nach Rom berufen wurden, um das Programm des Internationalen Landwirtschaftsinstituts zu verwirklichen, nachdem das sogenannte „Permanente Comité" (aus Delegierten aller 50 angeschlossenen Staaten, hauptsächlich ihren diplomatischen Vertretern in Rom, zusammengesetzt) die Organisation vorbereitet hatte.

Über die Ergebnisse dieser Arbeiten im ersten Lebensjahre des Instituts, mit besonderer Bezugnahme auf den statistischen Einschlag, ist hier schon früher von mir berichtet worden[1]), und der Zweck folgender Zeilen ist es, diesen Bericht für die zwei weiteren Jahre fortzusetzen und somit die Darstellung der Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in aller Kürze möglichst zu vervollständigen.

Da die Organisation des vom Präsidenten Marquis Cappelli, Vizepräsident des italienischen Abgeordnetenhauses, und vom Generalsekretär Prof. Lorenzoni geleiteten Instituts jetzt drei verschiedene Dienstzweige[2]) umfaßt, durch welche alle Arbeiten und Veröffentlichungen bezüglich der allgemeinen Agrarstatistik, der landwirtschaftlichen Sozialstatistik und des landwirtschaftstechnischen Nachrichtendienstes (einschließlich Pflanzenkrankheiten) ausgearbeitet werden, so gliedern wir demzufolge unseren Bericht in drei Teile, indem wir dem Charakter dieser Zeitschrift entsprechend wieder das Hauptgewicht auf die statistische Tätigkeit des Internationalen Landwirtschaftsinstituts legen.

I. Was die Arbeiten des Bureaus für allgemeine Agrarstatistik betrifft, so sind seit der Veröffentlichung des erwähnten Berichtes keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen worden; wohl aber hat dessen Tätigkeit schon auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung vom Dezember 1909 (siehe a. a. O. Sp. 164) einen großen Aufschwung genommen. Während am Schlusse des Jahres 1909 offizielle produktionsstatistische Daten nur für 13 Staaten an das Institut gelangten und veröffentlicht werden konnten, lagen solche Daten am Schluß des Jahres 1910 für 25 Staaten vor; sie umfaßten 92 % der Getreideproduktion der ganzen Welt im Jahre 1910. Was die Methodik der Ernteschätzungen und des statistischen Nachrichtendienstes betrifft, so hatten zur Zeit meines ersten Berichtes nur 4 Länder (Vereinigte Staaten, Bulgarien, Schweden, Luxemburg) ihre Saatenstandsberichte im Sinne der vom Institut vorgeschlagenen Form[1]) modifiziert; diesen haben sich jetzt Canada und die Niederlande angeschlossen, und weitere 14 Staaten, die vor 1910 keine ziffermäßigen Schätzungen des Saatenstandes veröffentlichten, lassen jetzt solche nach dem gewünschten System dem Institut regelmäßig zugehen, nämlich Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Tunis, Neu-Seeland, Japan, Norwegen, Rumänien, Spanien, Schweiz und Ungarn. Außer diesen insgesamt 20 Staaten senden noch 15 andere jetzt regelmäßig ihre amtliche Statistik in deren einheimischer Form an das Institut; davon haben aber 7 schon versprochen, diese Daten später nach vollendeter Reorganisation ihres agrarstatistischen Dienstes in einer dem Zwecke des Instituts entsprechenden Form zu übermitteln. Diese Länder sind Deutschland (hat schon seit Juni 1911 gemäß dem Programm des Instituts seine Saatenstandsberichte am 1. jedes Monats statt wie früher

1) Siehe D. St. Z. 1910 Nr. 6.

2) *Bureau de la Statistique générale, Bureau des Institutions économiques et sociales, Bureau des Renseignements agricoles et des Maladies des plantes.*

1) Zahlen, welche den Saatenbestand in Prozenten eines durchschnittlichen Standes darstellen, bei welchem der wahrscheinliche Ertrag eines Hektars dem durchschnittlichen Ertrag der letzten zehn Jahre gleichkommen würde.



am 15. ausgegeben), Österreich, Costa-Rica, Frankreich, Türkei, Italien, Mexiko[1]). Von den 15 übrigen Staaten endlich, von denen bis jetzt gar keine oder nicht ausreichende Daten zu erhalten waren, sind aber nur Griechenland, Portugal, Serbien, Persien, China und Brasilien von größerem Belang für die Welternte, und diese sind alle im Begriff, im Interesse des Instituts einen neuen agrarstatistischen Dienst einzuführen.

Insoweit ist alles gut; es sind aber zwei wichtige Desiderata noch zu erfüllen, ehe von einer Lösung der Aufgaben dieses Dienstzweiges des Instituts die Rede sein kann.

Erstens wird bemängelt, daß die offiziellen Saatenstandsdaten und Ernteberichte bis jetzt dem Institut manchmal zu spät[2]) zugehen, um mit den privaten, wie Broomhalls, Beerbohms und Dornbuschs Welternteschätzungen konkurrieren zu können. Hat dies nun auch hauptsächlich seinen Grund in dem Umstand, daß der private Informationsdienst in einem weit höheren Grade, als einer Staatsinstitution erlaubt werden kann, mit vorläufigen und wohl auch mit ganz unsicheren Daten vorlieb nimmt, so muß andrerseits die Tatsache anerkannt werden, daß die wichtigsten Ergebnisse des privaten Informationsdienstes jedenfalls 1910 und 1911 im großen und ganzen nicht viel von den späteren des Instituts abwichen, und daß, soweit dies doch der Fall war, die letzteren nicht immer und unbedingt eine viel größere Genauigkeit für sich in Anspruch nehmen können. Beispielsweise führt der deutsche Delegierte Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. T. Müller in seinem überaus interessanten Bericht an die Generalversammlung des Instituts im Mai 1911 an, daß die Weizenernteschätzungen 1910 bei Broomhall im August auf 947 057 000 dz, im Oktober auf 909 658 000 dz lauteten, bei Beerbohm im August auf 950 365 000 dz, im Dezember auf 999 571 000 dz., bei Dornbusch im August auf 942 241 000 dz, im Dezember auf 987 905 000 dz, nach den Ermittlungen des Landwirtschaftsinstituts in Rom aber im Dezember auf 987 000 000 dz.

Die endgültigen Zahlen für die gesamte Weizenproduktion der Welt im Jahre 1910, die erst im März 1911 berechnet werden konnten, bezifferten sich laut den offiziellen Daten des Landwirtschaftsinstituts auf 1 001 536 000 dz, mit welchem Ergebnis die vorläufigen Berechnungen von Beerbohm, Dornbusch und vom Landwirtschaftsinstitut im Dezember somit ziemlich gut übereinstimmten.

Noch schärfer kommt die Konkurrenz der privaten Ernteschätzungen für die Gesamtweizenproduktion des Jahres 1911 zum Vorschein. Die Weizenproduktion aus der Welternte 1911 bezifferte sich nämlich laut den im Februar 1912 erschienenen offiziellen Angaben des Instituts auf 937 671 000 dz. Schon im August 1911 waren aber diese Zahlen von Broomhall und Beerbohm mit 930 446 000 dz und 953 633 000 dz, und im Dezember 1911 mit 939 373 000 dz und 941 750 000 dz sehr gut vorausgeschätzt, während Dornbusch mit 1 002 279 000 dz (August 1911) und 1 000 087 000 dz (Jan. 1912) etwas zu hoch zu greifen scheint.

Damit das Internationale Landwirtschaftsinstitut nun mit der Zeit imstande sei, die Nachrichten der Spekulation sowohl an Schnelligkeit wie an Genauigkeit zu übertreffen, bestätigte die Generalversammlung vom Mai 1911 ihre auf der vorigen Session (Dezember 1909) gefaßten Beschlüsse und fügte diesbezüglich noch die folgenden (Session 1911, Nr. 5) hinzu:

„Die Generalversammlung spricht den Wunsch aus, daß die Saatenstandsschätzungen in jedem Lande derart erhoben werden, daß sie dem Institut vor dem 15. jedes Monats zugehen und von diesem um den 20. desselben Monats veröffentlicht werden können. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Resultate der vorläufigen und der endgültigen Feststellungen der Anbauflächen und der Ernten dem Institut so bald als möglich nach deren Erhebung bekannt gegeben werden. Das Institut hat, womöglich wöchentlich, alle Mitteilungen, welche ihm von den Regierungen vor dem bezeichneten Termin zugehen, zu veröffentlichen."

Zweitens macht das Fehlen einheitlicher Prinzipien für die Erhebung, Verwertung und Übermittlung der agrarstatistischen Daten der verschiedenen Länder sich immer unliebsamer bemerkbar, je mehr die statistische Tätigkeit des Instituts sich entwickelt. Demgemäß faßte die Generalversammlung, die in ihrer vorigen Session noch keine Maßregeln zur Vereinheitlichung des statistischen Dienstes der verschiedenen Länder vorgeschlagen, diesmal den folgenden Beschluß (Nr. 6):

„Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß ein internationaler agrarstatistischer Informationsdienst nur unter der Bedingung normal funktionieren kann, daß die nationalen Erhebungssysteme über Ausdehnung, Stand, Entwicklung und Ergebnisse der Kulturen auf einheitlichen Grundsätzen beruhen. Sie ersucht daher das Permanente Komitee, den Staaten einen motivierten Bericht hierüber mit einem Organisationsentwurf zur Begutachtung vorzulegen. Zugleich bittet die Generalversammlung die angeschlossenen Staaten, diesen Bericht durch Fachleute prüfen zu lassen und deren Bemerkungen dem Institut mitzuteilen, welches sie dann, in einem eigenen Memorandum gesammelt, der nächsten Generalversammlung als Anhalt für die Beratung über das Thema: „Vereinheitlichung der nationalen Erhebungssysteme über Ausdehnung, Stand, Entwicklung und Ergebnisse der Kulturen" vorzulegen hätte.

Die Generalversammlung ersucht das Permanente Komitee, das Internationale statistische Institut zu bitten, dieselbe Frage gelegentlich seines nächsten Zusammentritts zu prüfen und das Resultat seiner Beratungen dem Institut mitzuteilen."

Weiter wurde die Fortsetzung des 1910 erschienenen ersten Versuches einer Inventaraufnahme aller amtlichen Statistik über landwirtschaftlich genutzte Flächen, Produktion und Viehstand[1]) künftig in Form eines internationalen landwirtschaftlichen Jahrbuches beschlossen, dessen erste Ausgabe im Laufe dieses Jahres erscheinen wird und die den auf dem einschlägigen Gebiet arbeitenden Statistikern und Verwaltungen ungeheuer viel Mühe und Zeit ersparen wird.

Von Neuerungen seien noch die Einbeziehung der sechs Produkte: Wein, Seide, Tabak, Zucker, Flachs,

1) Die acht übrigen Länder, die noch keinerlei Modifikationen ihres agrarstatistischen Dienstes versprochen haben, sind Großbritannien, Britisch Indien, Mauritius, Peru, Rußland, San Marino, Uruguay, Paraguay.

2) D. h. nach dem Ausgang des August. Mit Freude ist daher das Beispiel von Preußen zu begrüßen, dessen Statistisches Amt jetzt die offiziellen Ernteschätzungen schon im August ausarbeiten läßt.

1) *Statistique des superficies cultivées de la production végétale et du bétail dans les pays adhérents (Essai d'inventaire),* Rom 1911. XX u. 165 S.



Kaffee in den Kreis der regelmäßigen statistischen Beobachtungen[1]) des Instituts erwähnt und die versuchsweise Herausgabe (Januar-Juli 1912) eines handelsstatischen Bulletins, das Mitteilungen über Bewegung und Preise der Produkte Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis, Baumwolle auf Grund der größtmöglichen Zahl von Börsennachrichten usw. bringen soll. So interessant diese neue Aufgabe erscheint, ist doch ihre Lösung wegen der Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Gestaltung des Materials und der Börsenusancen usw. eine überaus schwierige und zurzeit recht undankbare Arbeit; mit Recht ist dieses Bulletin daher vorerst dem inneren Dienst des Instituts vorbehalten, und wird es noch nicht im Buchhandel erscheinen.

Alle im vorstehenden erwähnten Arbeiten werden von Dr. U. Ricci (Italien), mit Dr. G. Donini (Schweiz) als Sektionschef für die produktionsstatistische und Dr. V. Furlan (Österreich) als Chefredakteur für die handelsstatistische Abteilung, geleitet.

II. Innerhalb des Bureaus für wirtschaftliche und soziale Einrichtungen hat sich in demselben Zeitraum eine nicht weniger rege Tätigkeit entfaltet. Dieses Bureau, das jetzt vom Generalsekretär des Landwirtschaftsinstituts, Prof. G. Lorenzoni mit dem Schreiber dieser Zeilen als Sektionschef geleitet wird, umfaßt Abteilungen für landwirtschaftliches Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesen und gibt seit September 1910 allmonatlich in französischer und englischer Sprache ein Bulletin heraus, das, neben zahlreichen Originalaufsätzen über die Entwicklung auf diesen Gebieten in fast allen Ländern, eine Fülle von laufenden Nachrichten über den heutigen Stand dieser Fragen bringt, so daß jedes Monatsheft 200—250 Druckseiten umfaßt. Seit Oktober 1911 erscheinen diese Bulletins auch in italienischer Sprache und vom Herbst ab wird sogar gleichzeitig eine deutsche Ausgabe versucht werden. Um einen Begriff von der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit des Inhalts dieses Bulletins zu geben, seien aus dem Jahrgang 1911 einige von dessen volkswirtschaftlich- und sozialstatistischen Originalaufsätzen hier nach Ländern geordnet angeführt.

1. Deutsches Reich: Die Sozialversicherung in Deutschland und der deutsche Landwirt.
2. Belgien: Der „Boerenbond" und seine Tätigkeit.[2])
3. Dänemark: Landwirtschaftliche Unfallstatistik und Unfallversicherung in Dänemark.
4. Frankreich: Der langfristige Agrarkredit in Frankreich.
5. Großbritannien: Das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.
6. Italien: Die italienischen Volksbanken 1899 bis 1908.
7. Österreich: Die neue österreichische Genossenschaftsstatistik.
8. Rußland: Der landwirtschaftliche Grundkredit in Rußland.
9. Schweden: Die schwedische Viehversicherung und die neuen Pferdesterblichkeitstafeln.
10. Ungarn: Die Hagelschaden-Versicherung in Ungarn.

1) Diese umfaßten bis jetzt die sieben Produkte Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis, Baumwolle.
2) Jahrgang 1912.

Seit dem Sommer 1911 erscheinen weiter, in der Form von Preßmitteilungen in den fünf Hauptsprachen, monatliche Auszüge aus den in diesem Bulletin enthaltenen Aufsätzen, welche Résumés vielfach in der landwirtschaftlichen und nicht zum wenigsten in der deutschen Presse Aufnahme gefunden haben. Außerdem hat das Bureau den ersten Band einer Monographiensammlung über den heutigen Stand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens aller Länder in französischer und englischer Sprache schon im Frühling 1911 herausgegeben[1]); dieser Band behandelt die betreffenden Verhältnisse für die 12 auf diesem Gebiet wichtigsten Staaten. Der zweite Band wird wahrscheinlich am Schlusse des Jahres folgen können. Ebenfalls in Vorbereitung ist ein Sammelwerk über den heutigen Stand der Organisation des landwirtschaftlichen Grundkredits in allen bedeutenden Staaten; das Werk wird zugleich eine Kompilation aller erreichbaren Daten über landwirtschaftliche Hypothekarverschuldung derselben Länder enthalten, welche jedenfalls vor Jahresschluß veröffentlicht werden.

Wie die Vereinheitlichung der allgemeinen Agrarstatistik auf dem Programm des ersten Bureaus, steht natürlich die Ausgestaltung und Vervollkommnung der volkswirtschaftlichen und der Sozialstatistik auf dem Arbeitsprogramm des zweiten Bureaus. Demgemäß wurde von diesem zuständigen Bureau der vorerwähnten Generalversammlung ein Bericht über den heutigen Stand der landwirtschaftlichen Genossenschaftsstatistik in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien und Österreich vorgelegt. Auf Grund dieses Berichts regte die letzte Generalversammlung die regelmäßige Erhebung statistischer Daten über das Genossenschaftswesen in den angeschlossenen Staaten an, und zwar unter Zugrundelegung des Prinzips, sich vorerst auf das Minimum von Fragen zu beschränken, das für die Vergleichbarkeit der Genossenschaftsbewegung mehrerer Länder in großen Zügen notwendig ist. Dabei wurde endlich eine möglichst gemeingültige Abgrenzung und Festlegung des Begriffes „Genossenschaft" als unumgänglich notwendig anerkannt; die Generalversammlung schloß sich der Ansicht an, daß dieser Definition das wirtschaftliche Moment des Genossenschaftsunternehmens zugrunde gelegt werden mußte, nachdem der technische Leiter der betreffenden Abteilung nachgewiesen, daß ein Festhalten juristischer Merkmale innerhalb der Definition das massenhafte Ausscheiden von zahlreichen Genossenschaften in vielen Ländern zur Folge haben mußte, wo die Genossenschaftstätigkeit auf Grund verschiedener Spezialgesetze' oder gar außerhalb solcher sich entwickelt hat.

Aus diesen Erwägungen resultierte dann folgende Definition des Begriffes „Genossenschaft": „Als Genossenschaft ist eine Gesellschaft anzusehen, welche den wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder dienen will, indem sie deren Kapitalien und deren Arbeitsleistung zusammenfaßt oder die Mitglieder zu gegenseitigen Leistungen verpflichtet." Bemerkenswert ist hier vor allem, daß die Forderung von gegenseitiger solidarischer Haftpflicht

1) *Études monographiques sur la coopération agricole dans quelques pays. Vol. I.* Rom 1911. XVI u. 457 S.

der Genossen nicht in die begriffliche Feststellung der „Genossenschaft" aufgenommen worden ist, obschon die Genossenschaftsbewegung (jedenfalls ursprünglich) geradezu eine Schöpfung des Gedankens der solidarischen Verpflichtung gewesen und die am stärksten entwickelte Raiffeisenorganisation in Deutschland, sowie das Genossenschaftswesen auf allen landwirtschaftlichen Gebieten des ganzen Nordens und teilweise der Niederlande zweifelsohne der Zugrundelegung des Prinzips der Solidarität sein Emporblühen verdankt.

Ein Versuch, auch eine internationale Statistik der Hagelschäden zu ermöglichen, gelang wegen der reservierten Haltung einiger Länder leider nur teilweise, obschon eine solche sicher von größter Bedeutung für die Entwicklung nicht zum wenigsten der kleinen gegenseitigen Hagelversicherungsgesellschaften der Bauern werden konnte, und diesbezüglich ein vorzüglicher Bericht der Generalversammlung vorgelegt war.

III. Das Bureau des agrartechnischen Nachrichtendienstes und der Pflanzenkrankheiten hat schon lange (seit November 1910 eine englische und französische, seit Oktober 1911 auch eine italienische und später deutsche Ausgabe) ein Monatsbulletin in demselben Umfang wie das Bulletin des II. Bureaus herausgegeben, und außerdem einen Bericht über die Organisation des Pflanzenschutzdienstes in 22 Staaten[1]) der letzten Generalversammlung vorgelegt. Dieses Bureau wurde bis zum Herbst 1911 von Prof. Giglioli aus Pisa, an dessen Stelle jetzt Dr. Hermes (Deutsches Reich) getreten, mit Herrn Dr. Saulnier (Frankreich) als Sektionschef geleitet. Bei der Kompilation und Verarbeitung dieses Materials war das Fehlen von Spezialkorrespondenten, deren organisierte Mitarbeiterschaft ich schon in meinem ersten Bericht an dieser Stelle als eine Grundbedingung für das gedeihliche Arbeiten des ganzen Landwirtschaftsinstituts hervorgehoben habe, besonders fühlbar geworden. Um hier Abhilfe zu schaffen und überhaupt der Gefahr zu entrinnen, daß die betreffenden Bulletins des Instituts überwiegend „mit Schere und Gummi" redigiert werden müßten, entschloß sich die letzte Generalversammlung, dem Antrag beizustimmen, daß sich das Institut (und zwar nicht allein für das hier in Frage kommende Bureau, sondern auch für andere Dienstzweige) unter gewissen Vorbehalten eigener Korrespondenten bedienen könne. Dieser Vorschlag wird jetzt endlich verwirklicht werden, indem durch Beschluß des Permanenten Comités neuerdings dem Institut, wenn auch zunächst nur versuchsweise, erlaubt worden ist, wissenschaftliche Korrespondenten ersten Ranges in allen Ländern nach Bedarf anzuwerben. Solche Korrespondenten sollen auf Anregung des Instituts und unter Vorbehalt seines Revisionsrechts gegen Honorar aus Institutsmitteln Aufsätze innerhalb der Rahmen der verschiedenen Dienstzweige für die erwähnten *„Bulletins des renseignements agricoles"* und *„Bulletins des institutions économiques et sociales"* schreiben.

1) Wird wahrscheinlich noch im Laufe des Jahres als Monographie erscheinen.

Erwähnt sei noch die vierte periodische Veröffentlichung des Instituts, nämlich das von der Bibliothek des Instituts (Leiter: Baron Podmanitzky aus Budapest) kompilierte *„Bulletin bibliographique hebdomadaire"*, welches seit dem Herbst 1909 wöchentlich erscheint und alle dem Institut bekannt werdenden Veröffentlichungen volkswirtschaftlicher und landwirtschaftlich technischer und wissenschaftlicher Art in Form von bibliographischen Angaben, geordnet nach dem für internationale Bibliothekszwecke eingeführten Dezimalsystem, mitteilt.

Unter der Voraussetzung der glücklichen Durchführung des mehrmals betonten Organisationsprinzips (auswärtige Korrespondenten) in einer Form, die den staatlichen und interstaatlichen Charakter des Landwirtschaftsinstituts unberührt läßt, sieht die Tätigkeit dieser aus der großzügigen Initiative des Königs von Italien entstandenen Schöpfung zweifelsohne einem neuen Aufschwung entgegen, dank welchem sich die meisten der Hoffnungen und Wünsche, zu denen das Institut schon während seiner dreijährigen Tätigkeit berechtigten Anlaß geben konnte, endgültig erfüllen werden.

Die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907 und ihre Literatur.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, Ständ. Mitarbeiter im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin.

I.

Im nachfolgenden soll die „Deutsche Berufs- und Betriebszählung" vom 12. Juni 1907 unter einigen allgemeinen Gesichtspunkten betrachtet und im Anschluß daran die Literatur über diese Zählung besprochen werden. In den ersten Aufsätzen wird die Berufszählung mit ihrer Literatur, sodann die landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung ebenfalls mit ihrer Literatur behandelt; endlich werden diejenigen Schriften besprochen werden, welche die Ergebnisse als Teilergebnisse aller drei Zählungen im Zusammenhange darlegen. Vor allem wird bei der Besprechung die amtliche Literatur, also die Veröffentlichungen des Reichs, der Einzelstaaten und Städte, herangezogen, daneben aber auch auf Veröffentlichungen Privater, sei es über die Ergebnisse, sei es über die Methode der Zählung eingegangen werden.

Was ist der Zweck der Berufszählung? Wenn darauf erwidert wird, ihr Zweck sei: die berufliche Gliederung der Bevölkerung festzustellen, so ist damit keineswegs eine eindeutige Antwort gegeben. Es erhebt sich sofort die vielumstrittene Frage: Was ist Beruf? Aus den Fragen der Haushaltungsliste, die als Unterlage für die Berufszählung diente, läßt sich keine Antwort auf diese Frage finden. Die Frage in Spalte 10 lautete: „Welchem Gewerbe, Erwerbszweig, Beruf (bei Beamten Dienst- oder Verwaltungszweig) gehören Sie durch Ihre Tätigkeit im Hauptberufe gegenwärtig an?" Ein Unternehmer, beispielsweise der Inhaber einer Schwefelsäurefabrik oder Kabelfabrik wird diese Frage mit: Schwefelsäurefabri-

kation, Fabrikation von Kabeln beantworten, das ist sein Gewerbe, das ist sein Erwerbszweig. Müßten beide Unternehmer ihrem Gefühl nach allein die Frage beantworten, was ihr Beruf sei, so würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach eine Antwort geben, die nach den Erläuterungen zur Spalte 10 ausdrücklich vermieden werden sollte, nämlich „Fabrikant". Fabrikant, das ist ihr Beruf, also der Inbegriff von organisatorischen und kaufmännischen Tätigkeiten. Ein Schlossermeister, also der Inhaber einer handwerksmäßig betriebenen Schlosserei, wird die Frage in Spalte 10 beantworten mit „Schlosserei". Eine Frage allein nach seinem Hauptberuf würde er mit „Schlosser" beantworten. Ein Korrespondent, der dem kaufmännischen Betriebe eines Kabelwerkes angehört, müßte die Frage nach dem Gewerbe oder Erwerbszweig, dem er durch seine Tätigkeit im Hauptberufe angehört, mit „Kabelwerk" beantworten, die Frage nach seinem Hauptberuf mit „Korrespondent" oder „kaufmännischer Angestellter". Ein Tischler (Modelltischler), der in einer Maschinenfabrik tätig ist, wird die Frage nach dem Gewerbe oder Erwerbszweig mit „Maschinenfabrikation", die Frage nach seinem Hauptberuf mit „Tischler" beantworten. Eine Verkäuferin, die in einem Bäcker- oder Metzgerladen tätig ist, wird die Frage in Spalte 10 mit „Bäckerei" oder „Metzgerei" beantworten, die Frage allein nach ihrem Hauptberuf mit „Verkäuferin". Endlich ein Schlosser, der in einer Schlosserei tätig ist, wird die Frage nach dem Gewerbe mit „Schlosserei", die Frage nach dem Hauptberuf mit „Schlosser" beantworten. Abgesehen von dem Schlossermeister und dem Schlossergesellen, also Angehörigen eines alten Handwerks, wird die Beantwortung der Frage nach dem Gewerbe oder Erwerbszweig, in dem jemand im Hauptberuf tätig ist, verschieden ausfallen von der Beantwortung der Frage nach dem Hauptberuf einer Person. Man könnte von vornherein darauf verweisen, daß nach der Fragestellung in Spalte 10 beide Antworten möglich sind (vgl. den zweiten Teil der Frage: „Welchem Gewerbe, Beruf gehören Sie durch Ihre Tätigkeit im Hauptberufe gegenwärtig an?"). Die Musterbeispiele jedoch, sowie die Erläuterung zur Frage in Spalte 10 weisen mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß nicht der eigentliche Hauptberuf einer Person, sondern das Gewerbe oder der Erwerbszweig, dem die Person in ihrem Hauptberuf angehört, als Antwort gegeben werden sollte. Der in einer Zuckerfabrik angestellte Werkmeister hatte nach den Musterbeispielen nicht Werkmeister, sondern Zuckerfabrik einzutragen; der in einer Maschinenfabrik beschäftigte Dreher nicht Dreher, sondern Maschinenfabrikation; der Fabrikant einer Strumpfwarenfabrik nicht Fabrikant, sondern Strumpfwarenfabrikation; der in einer Maschinenfabrik beschäftigte Heizer nicht Heizer, sondern Maschinenfabrikation; der in einem Hüttenwerk beschäftigte Tagelöhner nicht Tagelöhner, sondern Hüttenwerk. Die Beantwortung der Frage in Spalte 10 lieferte demnach keine Unterlagen für eine Statistik der Berufe, sondern der Gewerbe.

Bei den oben angeführten Beispielen wurde jeweils dargelegt, wie die Frage nach dem Hauptberuf selbst hätte beantwortet werden müssen. Versucht man, aus diesen — konstruierten — Antworten eine Bestimmung des Begriffes Beruf auszulösen, so müßte diese Begriffsbestimmung etwa lauten: Der Beruf einer Person ist der Inbegriff der von ihr zu Erwerbszwecken ausgeübten Tätigkeiten. Beruf einer Person ist also gleich Beschäftigung, ausgeübt zu Erwerbszwecken.

Diese Beschäftigung wird teilweise durch die Frage in Spalte 11 der Haushaltungsliste zu erfassen versucht. „Sind Sie in Ihrem Hauptberufe selbständiger Unternehmer, Eigentümer, Inhaber, Pächter, Handwerksmeister, Hausgewerbetreibender, Direktor, Administrator usw.? oder Angestellter, Betriebsbeamter, Werkmeister, Kontorist usw.? oder Geselle, Gehilfe, Lehrling, Verkäufer, Verkäuferin, Heimarbeiter, Arbeiter, Arbeiterin (mit genauer Bezeichnung der Art der Beschäftigung: z. B. Dreher, Fuhrknecht usw.)?" Wie aus der Erläuterung zur Spalte 11 zu ersehen ist, sollte durch diese Frage die Berufsstellung erfaßt werden, mit anderen Worten, es sollte ermittelt werden, ob, wie in der Erläuterung weiter angegeben ist, jemand selbständig ist oder zum geschäftlichen Bureau- oder Aufsichtspersonal gehört oder in einem andern Arbeitsverhältnis steht. Man kann darauf hinweisen, daß diese Dreiteilung nicht einwandfrei ist; den wirtschaftlich Selbständigen, von denen, wie oft ausgeführt wurde, die Hausgewerbetreibenden auszuscheiden sind, stehen als eine Gruppe die wirtschaftlich Unselbständigen gegenüber, wozu sowohl Angestellte wie Arbeiter gehören. Unter den Beispielen, die in der Frage in Spalte 11 genannt sind, finden sich nun einerseits Ausdrücke, welche den Grad der wirtschaftlichen Selbständigkeit bezeichnen wollen wie Eigentümer, Inhaber, Handwerksmeister, Heimarbeiter, Geselle, Arbeiter, Arbeiterin usw., zum andern jedoch Ausdrücke, welche keine Berufsstellung, sondern einen Beruf bezeichnen wie Werkmeister, Kontorist, Verkäufer, Verkäuferin u. a. Man fühlte, wie daraus hervorgeht, die Notwendigkeit, die Frage nach dem eigentlichen Beruf, die man in Spalte 10 noch nicht gestellt hatte, noch zu stellen, und zwar hier bei der Frage nach der Berufsstellung. Hinter die Ausdrücke Arbeiter, Arbeiterin, also Ausdrücke, welche sich allein auf die Berufsstellung beziehen, fügte man daher in Klammer bei: „Mit genauer Bezeichnung der Art der Beschäftigung: z. B. Dreher, Fuhrknecht usw." Man kann bezweifeln, ob das an ziemlich unauffälliger Stelle eingerückte Einschiebsel, das zu einem guten Teil den hartnäckigen Bemühungen des Chemnitzer Statistikers Schöbel zu verdanken ist, seine Wirkung getan hat: den eigentlichen Beruf der Arbeiter nachzuweisen. (Vgl. dazu vor allem die in der Zeitschrift des Königl. Preußischen Statistischen Landesamts, 49. Jahrgang 1909, wiedergegebenen Erfahrungen und Beobachtungen bei der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. S. 3 und 4 sowie S. 18.)

Die beiden Fragen in den Spalten 10 und 11 bilden — das rechtfertigt ihre ausführliche Behandlung — den Kern der deutschen Berufszählung; sie geben ihr das Gepräge und unterscheiden die deutsche Berufszählung beispielsweise von der französischen und holländischen und im gewissen Grade auch von den deutschen Berufszählungen der Jahre 1895 und 1882.

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus der statistischen Literatur.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Säuglingssterblichkeit in deutschen Großstädten 1910 und 1911. Das Statistische Amt der Stadt München hat interessante Vergleichsziffern über die Säuglingssterblichkeit zusammengestellt, die im Laufe der letzten 2 Jahre in 26 deutschen Großstädten zu beobachten gewesen ist. Der Vergleich bietet besonders deshalb erhöhtes Interesse, weil der in dieser Frage recht lehrreiche Sommer 1911 mit seiner fast tropischen Hitzeentwicklung die Säuglingssterblichkeit im allgemeinen stark hat anschwellen lassen und an manchen Plätzen Ziffern der Säuglingssterblichkeit zur Folge gehabt hat, die man bei dem gegenwärtigen Stande der Säuglingsfürsorge für überwunden hielt. Andererseits hat der heiße Sommer in einer Reihe von Städten einen solchen Einfluß auf die Säuglingssterblichkeit nur in ganz geringem Maße ausgeübt, und zu diesen Städten gehört vor allem auch München, wo das Jahr 1911 im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahre 1910 mit seinem kühlen Sommer nur eine unbedeutende Steigerung gebracht und an der allgemein erfreulichen Tatsache des seit Jahrzehnten zu beobachtenden anhaltend starken Rückgangs der Säuglingssterblichkeit in München fast nichts geändert hat.

Mit dem Satz von 17,6 Sterbefällen auf 100 Lebendgeborene bleibt die Säuglingssterblichkeit in München 1911 hinter der in zahlreichen anderen Großstädten erheblich zurück. Von allen 26 in die Statistik einbezogenen Großstädten (darunter sämtliche deutsche Großstädte mit über 200000 Einwohnern) haben 11 in diesem Jahre eine noch geringere Ziffer der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen gehabt als München. Bei einer ganzen Reihe weist sie aber einen bedeutend höheren Stand auf, so z. B. in Nürnberg 20,3, Magdeburg 23,2, Köln 23,4, Leipzig 24,2, Stettin 24,3, Fürth 24,6, Augsburg 24,9 und Chemnitz 28,4 %.

Wenn man die Bewegung der Säuglingssterblichkeit während der einzelnen Monate des Jahres 1911 verfolgt, so ergibt sich ferner die sehr charakteristische Erscheinung, daß in München und einigen anderen Städten mit der sommerlichen Hitzeentwicklung keine sehr bedeutende Steigerung der Säuglingssterblichkeit eingetreten ist, während zahlreiche andere Städte ganz außerordentlich hohe Gipfel der Säuglingssterblichkeit im Juli und August erreicht haben. Während z. B. in Leipzig die Säuglings-Sterbeziffer im August bis auf 84,9 (auf 100 Lebendgeborene) anstieg, in Chemnitz auf 80,3, in Stettin auf 75,7, in Köln auf 68,8, in Magdeburg auf 67,6 usw., also $^2/_3$ bis über $^4/_5$ der Geborenen hinweggerafft wurden, stand sie in München während des Monats August auf 22,5 und stieg im September auf 26,8, den Höchststand des ganzen Jahres. Auch dieses für München günstige Ergebnis dürfte großenteils auf die segensreichen Wirkungen der mannigfachen Einrichtungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen sein. Gleichzeitig machen sich aber wohl in dieser Erscheinung auch die günstigen klimatischen Verhältnisse Münchens geltend, die es durch seine Lage auf der Hochebene und in der Nähe des Gebirges besitzt; auch bei starker Tageshitze bringt hier die Nacht eine regelmäßige Abkühlung und die Hitzeentwicklung wirkt daher bei weitem nicht in dem Maße auf eine Erhöhung der Säuglingssterblichkeit hin, wie es bei den in der Tiefebene des Binnenlandes gelegenen Plätzen der Fall ist. Ähnliche Wirkungen dieser Art, wie sie bei München die Nähe des Hochgebirges hervorruft, lassen sich bei den am Meere gelegenen Städten, wie z. B. Kiel, Bremen, Hamburg usw. deutlich feststellen.

Der Zusammenhang zwischen Hitzeentwicklung und Säuglingssterblichkeit macht sich bei einem Vergleich mit den Bodentemperaturen noch deutlicher bemerkbar, als bei dem Vergleich mit der Lufttemperatur. Allerdings lassen sich die Bodentemperaturen nur für eine geringe Zahl von Städten feststellen. Diese besonders engen Beziehungen zur Bodentemperatur dürften richtiger auf den Einfluß, den die Temperatur in den Wohnungen für die Säuglingssterblichkeit ausübt, zurückzuführen sein. Die Wohnungstemperatur, die freilich nur sehr schwer feststellbar ist, dürfte also das Entscheidende für die Höhe der Säuglingssterblichkeit sein; sie hängt natürlich sehr stark ab von der Bodentemperatur, dann aber auch von der Lufttemperatur, von der Art der Bebauung der Stadt — ob weiträumig oder in engen Straßen usw. Die vom Statistischen Amte zusammengestellten Nachweise über die Sterblichkeit, sowie die Luft- und Bodentemperatur der einzelnen Städte bringen darüber manche lehrreiche Aufschlüsse. *W. Morgenroth.*

Schweizerische Ehescheidungsstatistik. Die Einrichtung der Ehescheidung in der Schweiz besteht allgemein seit dem Jahre 1876. Die Scheidungsgründe sind seitdem für die Schweiz einheitliche, jedoch nicht das Beweisverfahren, da der Eid als Beweismittel in den einzelnen Kantonen verschieden gehandhabt wird, welcher Umstand indes durch das schweizerische Zivilgesetzbuch vom 10. Dez. 1907, das mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getreten ist, beseitigt wurde, indem es den Eid als Beweismittel für die gesamte Schweiz abschaffte. Die Erhebung über die stattgefundenen Scheidungen geschieht nach einem Muster, das zehn Punkte umfaßt. Die Angabe der Scheidungsgründe und der klagenden Partei besteht erst seit 1886; erstere deckten sich in der Hauptsache bisher mit den in Österreich geltenden, seit 1912 jedoch mit denen des Deutschen Reiches, da das neue Zivilgesetzbuch der Schweiz eine Scheidung bei beiderseitigem Einverständnis, wie sie der Art. 45 des bisherigen Gesetzes enthielt, nicht zuläßt. Aus den in der „Schweizerischen Statistik" und in der „Zeitschrift für schweizerische Statistik" erschienenen Veröffentlichungen ist zu entnehmen, daß 1876 auf 1000 bestehende Ehen 2,48 Scheidungen entfielen, 1908 deren 2,61, 1909 und 1910 2,51. In den einzelnen Kantonen zeigt sich ein großer Unterschied in der Zahl der Ehescheidungen zu den bestehenden Ehen. Sie schwanken im Jahrzehnt 1881—1890 zwischen 0,05 (Obwalden) und 3,51 (Außerrhoden); für die Schweiz betrug der Jahres-

durchschnitt 1,94, darüber hinaus ging er noch bei Neuenburg, Schaffhausen, St. Gallen, Bern, Thurgau, Glarus, Zürich, Genf. Im folgenden Jahrzehnt zeigt das Durchschnittsverhältnis eine nur geringe Abweichung, nämlich 1,91. Auf dem Lande betrugen diese Verhältniszahlen im erstgenannten Jahrzehnt 1,63, im zweitgenannten 1,47, in den Städten 3,53 bzw. 3,75. Als Städte werden jedoch in den Nachweisungen nur diejenigen mit über 10000, die anderen als „Land" betrachtet. In den einzelnen Städten schwankt das Verhältnis in den angegebenen Zeiträumen zwischen 1,16 (Freiburg) und 5,45 (St. Gallen) bzw. zwischen 1,40 (Luzern) und 5,03 (Genf). Was den Einfluß des Glaubensbekenntnisses auf die Scheidungen anbelangt, so wird in den Veröffentlichungen hervorgehoben, daß der Einwand, das Glaubensbekenntnis der Katholiken hindere die Scheidungen, bei der städtischen Bevölkerung in der Schweiz nur mit Vorbehalt anzuwenden sei. Am zahlreichsten sind die Scheidungen in den Fällen, wo der Mann protestantisch, die Frau katholisch ist. Wesentlich beeinflußt werden die Scheidungen durch die Altersunterschiede der beiden Gatten, besonders da, wo der Mann jünger ist als die Frau; sie zeigen zugleich eine Steigerung von dem Jahrzehnt 1881—90 zu dem von 1891—1900. Von 9044 im Jahrzehnt 1881—90 geschiedenen Ehen waren 5478 (60%) mit, 3411 (38%) ohne Kinder, bei 155 (2%) fehlten die Angaben; für 1891—1900 ergaben sich nur geringe Abweichungen von diesem Prozentsatz. Im letztgenannten Zeitraum waren 2271 mit 1 Kind, 1535 mit 2 Kindern, die Ehen mit 3—6 Kindern bewegten sich zwischen 945 und 170, die von 7—12 zwischen 93 und 8, je 1 Ehe war mit 13 und 14 Kindern vorhanden. Bei den in den ersten 3 Jahren ihres Bestehens geschiedenen Ehen sind die kinderlosen weit zahlreicher als die, wo Kinder vorhanden sind, lassen dann aber stark nach.

Die Stellung der Klage erfolgte im Jahrzehnt 1891—1900 bei 11260 beurteilten Klagen in 2872 Fällen vom Manne, in 5211 von der Frau, in 3177 von beiden. Von den 9692 im genannten Zeitraume gefällten Scheidungsurteilen gründeten sich 3608 auf beiderseitiges Einverständnis, 1227 auf Ehebruch, 1986 auf Mißhandlung usw., 398 auf entehrende Strafe, 790 auf böswilliges Verlassen, 169 auf Geisteskrankheit, 2781 auf Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses. Bemerkt sei jedoch, daß, während die Frau bei allen Scheidungsgründen in doppelter Zahl wie der Mann auftritt, dies beim Ehebruch umgekehrt ist. Es liegt dies einesteils an der in den eigenartigen schweizerischen Rechtsverhältnissen begründeten Schwierigkeit für die Frau, den Mann des Ehebruchs zu überführen; andernteils sind die angegebenen Zahlen des Ehebruchs als Scheidungsgrund keine vollständigen, da viele von ihnen sich unter den anderen unbestimmten Scheidungsursachen verbergen. Der Umstand, daß die Frau im allgemeinen häufiger als der Mann als klagender Teil auftritt, ist wohl mehr in dem Seelenleben der Frau als in sachlichen Gründen zu suchen, da sich das Weib weit eher verletzt fühlt als der Mann, zudem auch Beeinflussungen von dritter Seite weit eher zugänglich ist.

Eine nennenswerte Vermehrung der Scheidungsklagen und Scheidungen, von letzteren besonders auch derer auf Grund gegenseitigen Einverständnisses, was man wohl mit Rücksicht auf die eingetretene Aufhebung dieses Scheidungsgrundes hätte befürchten können, ist nicht eingetreten; das Jahr 1910 zeigt sogar einen kleinen Rückgang auf, nämlich 1684 erledigte Klagen und 1527 Scheidungen, davon 578 auf Grund genannten Grundes, gegen 1690, 1534 bzw. 580 i. J. 1909 und 1707, 1551 bzw. 541 i. J. 1908. Die Scheidungen von Ausländern, die erst seit 1906 stärker hervortreten, erreichten i. J. 1910 190, darunter 118 von Deutschen, 64 von Franzosen; im erstgenannten Jahre überwogen die letzteren die ersteren, während sie in den beiden folgenden nur um ein geringes voneinander abwichen. *R. Kootz.*

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Wohnungsmarkt in Cassel. Seit dem Jahre 1907 hat sich die Lage des Casseler Wohnungsmarktes vollständig verwandelt. Im Oktober 1907 Überfluß an Wohnungen aller Größen und in allen Stadtteilen, jetzt allgemeine Wohnungsknappheit! Nach den „Mitteilungen des Statistischen Amtes Cassel" (3. Heft, 1912) wurden durch die Zählung am 19. Oktober 1911 nur noch 550 leerstehende Wohnungen ermittelt (gegen 1163 und 2117 in den Jahren 1909 und 1907; das sind 1,56 (3,34, 6,20) % der Gesamtzahl. Am weitesten vorgeschritten ist der Mangel an (vier- und fünfräumigen) Mittelwohnungen, für welche sich der verfügbare Überschuß auf 1,11 % beschränkt. Größere Wohnungen sowie Kleinwohnungen sind 1,76 und 2,20 % oder, wenn man die Altstadt mit ihrem besonders gearteten Wohnungsmaterial ausscheidet, 1,85 bzw. 1,82 % vorhanden. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Casseler Wohnungsmarktes dürfte es sich jetzt hauptsächlich um die Frage handeln, ob eine starke Wiederbelebung der Bautätigkeit möglich ist, ohne zuvorige allgemeine Verteuerung der Mieten. *H. Riekes.*

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Statistik der Haushaltungskosten. Über Haushaltungsstatistik veröffentlicht Dr. Gerhard Albrecht (Verlag Carl Heymann, Berlin 1912) eine beachtenswerte literarhistorische und methodologische Untersuchung, in der er zunächst auseinandersetzt, wie mit dem Aufkommen der Arbeiterfrage und mit dem Entstehen jener sozialen und sozialpolitischen Probleme, die mit dem Aufschwunge der technischen Industrie um die Wende des 18. Jahrhunderts entstanden, die Frage nach der Feststellung von Arbeiterbudgets in allen Ländern laut geworden ist. Lebhafte Klagen über Lebensmittelteuerungen waren es, die zum erstenmal dazu führten, sich nicht mehr mit allgemeinen Schätzungen über die Kosten eines Arbeiterhaushaltes zu begnügen, sondern die Ausgaben eines Arbeiters in sogenannten Musterbudgets, nach den Bedürfnissen des Arbeiters ausgegliedert, zusammenzustellen. Hierher gehören die Untersuchungen Arthur Youngs (1784—1820) und Heinrich Wasers. Eine neue Entwicklungsstufe erreichte die Haushaltungsstatistik durch die Veröffentlichungen der „*Budgets économiques des classes ouvrières en Belgique*" von Ed. Ducpétiaux, die im Jahre 1855 erschienen. Der große Wert dieses Werkes liegt in der Systematik und Methode, mit

der der Verfasser seine Erhebungen durchführt. Die Einteilung der Einnahmen in Geldlohn und andere Hilfsquellen, die noch im einzelnen angeführt sind, die Verteilung des Lohnes auf Vater, Mutter und Kinder, die Bestimmung, daß beim Lohne auf die mittlere Zahl der Arbeitstage unter Berücksichtigung der Feiertage und der toten Saison zu achten ist, ist seit Ducpétiaux bei derartigen Erhebungen bis auf den heutigen Tag maßgebend. Ebenso bedeutungsvoll ist die Gruppierung in materielle Ausgaben, solche für immaterielle Zwecke und solche für Luxus; damit wird erst die Möglichkeit gegeben, die Relation der verschiedenen Ausgaben zu beobachten und, sobald die Gruppierung überall in gleicher Weise erfolgt, diese Relation in den einzelnen Wirtschaften zu vergleichen. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist ferner die Forderung, bei allen Posten außer dem Geldbetrage das Gewicht oder die Stückzahl hinzuzufügen, wodurch es möglich wird, ein Urteil über die Güte der Lebenshaltung und der Bedürfnisbefriedigung zu fällen. Was gegen die Methode Ducpétiaux eingewendet werden muß, ist, daß er nur typische Fälle ins Auge faßt.

Faßt man die Grundzüge dieser älteren statistischen Arbeiten zusammen, so ist vor allem charakteristisch, daß man gar nicht daran dachte, der einzelnen Privatwirtschaft sein Interesse zuzuwenden. Was man einzig und allein bezweckte, war, auf Grund der Endresultate der Erhebungen ein allgemeines Bild von der Gesamtlage bestimmter Klassen oder bestimmter Distrikte zu entwerfen. Typisch für diese Art der Erforschung ist die Methode, die dadurch charakterisiert wird, daß das notwendige Material durch Fragebogen oder möglichstes Ausfragen gesammelt wurde,

Der Begründer der Haushaltungsmonographie (isolierenden Methode) ist Frédéric Le Play. Seine Methode besteht darin, die physischen und moralischen Lebensbedingungen der Bevölkerung durch die vollständige Beschreibung einer bestimmten Zahl sorgfältig ausgewählter Familien erkennen zu lassen. Der wichtigste Teil seiner Monographien liegt in der äußerst sorgfältigen Ausgliederung der einzelnen Posten eines Haushaltungsbudgets. Le Play geht dabei so weit, daß die Übersichtlichkeit darunter leidet. Sein Verdienst war es, die bisherige Macht des Fragebogens zu brechen und den Weg zum Haushaltungsbuche, wie es von Landolt gefordert und von Flesch benutzt ist, anzudeuten. Während bei Le Play der gesamte Zahlenstoff oft verwirrend angeordnet erscheint, gelingt es Schnapper-Arndt, ein einheitliches Schema aufzustellen. Bei ihm tritt das Bemühen nach völliger zeitlicher Isolierung der Beobachtungen für einen ganz bestimmten Zeitraum, der typisch sein soll für das ganze wirtschaftliche Leben der untersuchten Familien, hervor.

Nicht außer acht zu lassen ist das große Verdienst Engels, das darin liegt, daß dieser schon im Jahre 1857 die belgische Statistik bearbeitete und die Bedeutung solcher Erhebungen dadurch anerkannte, daß er ein allgemein gültiges Gesetz auf diesen Zahlen aufgebaut hat, nach dem die auf die Nahrungsmittel verwandten Prozente der Ausgaben umso größer sind, je niedriger das Einkommen der Familie ist. Um ferner all die verschiedenen Erhebungen vergleichbar zu machen, kommt er auf den Gedanken, eine Einheit zu berechnen, auf die sich die Gesamtheit aller in einer Familie benutzten Werte reduzieren läßt. Er nennt sie nach dem belgischen Statistiker Quetelet „Quet“. An bemerkenswerten haushaltsstatistischen Publikationen, die auf der isolierenden Methode aufgebaut sind, sind in Deutschland zu erwähnen: die drei Budgets des Freien Hochstifts zu Frankfurt a. M. von Dr. Flesch, Haushaltungsrechnungen Nürnberger Arbeiter von 1899—1900 und die Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche, herausgeg. vom Kais. Statistischen Amt im Jahre 1909.

Außer den bisher erörterten zwei Haupttypen statistischer Methoden führt Dr. Albrecht zum Schlusse noch eine dritte an, nämlich die sogenannte Rechnungsbuchmethode. Diese Art der Erhebung, die namentlich für den Sozialpolitiker, der sich mit Arbeiterfragen viel zu beschäftigen hat, vorteilhaft angewendet wird, besteht darin. daß man die Möglichkeit der Einschränkung bestimmter Verbrauchsgüter mit der Notwendigkeit, solche Einschränkungen vorzunehmen, zu vergleichen imstande ist. Was in einem Jahre an besonderen Ausgaben aufgewandt wird, wird im nächsten zu Gunsten anderer gespart. Die Verschmelzung des Inventars als Ausdruck für die der Wirtschaft angehörigen Werte mit den Ein- und Ausgängen als Ausdruck für die zukommenden oder ersetzten Werte wird dabei vermieden; es werden das Inventar, die vorhandene Grundlage der Wirtschaft, der Wechsel der wirklichen wirtschaftlichen Vorgänge, der sich in den Einnahmen- und Ausgabenbudgets zeigt, getrennt betrachtet. Der Wert dieser neuen Methode besteht vor allem darin, ein klares Bild der wirtschaftlichen Wechselwirkungen innerhalb der beobachteten Familien zu gewinnen. Es ist freilich eine Frage der Zeit, ob diese Methode zu einer ausschlaggebenden praktischen Bedeutung gelangen wird. Jedenfalls ist soviel zu bemerken, daß sie zur Vereinheitlichung der bis jetzt so mit Recht beklagten Verschiedenartigkeit der Haushaltungsstatistik nicht beiträgt.

L. Zach.

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Deutsche Produktionsstatistik. Zu der älteren deutschen Produktionsstatistik, die sich im wesentlichen auf die Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) sowie auf eine Reihe von steuerpflichtigen Gegenständen (Bier, Branntwein, Schaumwein, Zigaretten, Zucker) erstreckt, sind seit dem Jahre 1897 Produktionserhebungen des Reichsamts des Innern getreten, die bereits eine ganze Reihe von Industriezweigen, zum Teil mehrmals, erfaßt haben, und je nach Feststellung der Ergebnisse in den „Nachrichten für Handel und Industrie“ veröffentlicht worden sind. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse seit 1901 für die wichtigsten Industriezweige ist erstmalig im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911 erschienen, wo sie einen Raum von 48½ Seiten (S. 101—149) einnimmt. Behandelt sind: Stein- und Braunkohlenbergbau mit Kokereien, Schwelereien und Preßkohlenerzeugung, Asphaltsteinbrüche, Graphit- und Erdölbetriebe. Eisen- und sonstige Erzförde-

rung, Eisen-Erzeugung und -Verarbeitung, Gewinnung und Verarbeitung anderer Metalle, Kraftfahrzeugindustrie, Teerdestillation, Paraffinfabrikation und Petroleumraffinerie, Kohlensäurefabrikation, Wollwäscherei und -kämmerei, Kammgarnspinnerei und -zwirnerei, Baumwollspinnerei und -zwirnerei, Flachsspinnerei, Leinengarnzwirnerei, Herstellung von Näh-, Häkel- und Stickfäden, Jutespinnerei und -zwirnerei, Hanfspinnerei, Hanf-, Hartfaser- und Jutezwirnerei, Bindfaden-, Seil- und Taufabrikation, gemischte Flachs-, Jute- und Hanfspinnerei.

Die Erhebungen wurden sämtlich auf Grund von Fragebogen durchgeführt, die allen Betrieben der in Frage kommenden Industrien zugestellt wurden, die den Berufsgenossenschaften angehören. Mit wenigen Ausnahmen wurden Auskünfte erteilt; soweit sie verweigert wurden, wurden tunlichst die betr. Betriebe von Sachverständigen eingeschätzt. Die Erhebungen in der Montanindustrie erfolgten unabhängig von den Aufnahmen des Kaiserl. Statistischen Amts zu dem Zwecke, die deutsche Montanstatistik, die sich als verbesserungsbedürftig herausgestellt hat, umzugestalten und Erfahrungen über die zweckmäßigste Art der Erhebung zu gewinnen. Die Fragebogen sind daher mehr dem gegenwärtigen Stande der Technik angepaßt und haben weitere Betriebszweige, z. B. Preßkohlenfabrikation, einbezogen. Die Ergebnisse weichen von denen der alten Montanstatistik teilweise nicht ganz unerheblich ab, was sich meist durch Verschiedenheit der Erhebungsgrundsätze (z. B. betr. Betriebseinheit) erklärt. Bei den Weiterverarbeitungsbetrieben wird besonderer Wert auf die Erfassung des Wertes der verarbeiteten Stoffe gelegt. So sind z. B. ermittelt für die Eisenhochöfen der Gesamtwert der Jahreserzeugung (1908) mit 657,2, der der verbrauchten Rohstoffe mit 544,4 Mill. ℳ, für die Walzwerke der Wert der Jahreserzeugung mit 1431,0, der der verarbeiteten Stoffe mit 1097,1 Mill. ℳ usw. Hiernach läßt sich zwar die Wertvermehrung der Rohstoffe und Halbfabrikate durch die Weiterverarbeitung berechnen, nicht aber der im Weiterverarbeitungsbetriebe überhaupt geschaffene Wert. Er ist geringer, da er den nach Abzug des Wertes nicht nur der Rohstoffe, sondern auch der Hilfsstoffe (Kohlen usw.) und strenggenommen auch von Tilgungsbeträgen der Produktionsmittel übrig bleibenden Betrag darstellt. Die englische Produktionsstatistik, über die ein Aufsatz im Reichsarbeitsblatt (1912 Nr. 3 S. 192) unterrichtet, kommt diesem Ziele näher. — Die Produktionserhebungen des Reichsamts des Innern sind inzwischen fortgesetzt worden, und haben sich, abgesehen von wiederholten Aufnahmen für einige der obengenannten Industrien auf folgende weitere Zweige erstreckt: Streichgarnspinnerei und -zwirnerei, Herstellung von wollenen Kleiderstoffen und Kunstwolle; Seidenindustrie; Kartoffeltrocknungsindustrie; Salinen, Salzbergbau und Verarbeitung der Kalisalze (Nachr. f. Handel, Industrie u. Landwirtschaft 1911 Nr. 90, 103, 108, 124, 128, 133, 145; 1912 Nr. 5, 25, 34, 40). Das Statistische Jahrbuch 1912 dürfte eine weitere Zusammenstellung bringen. *J. Feig.*

Produktion an Luftfahrzeugen. Die Produktionserhebungen des Reichsamts des Innern über die Kraftfahrzeugindustrie in den Jahren 1907 bis 1910 (Stat. Jahrb. f. d. D. R. 1911 S. 135, Nachr. f. Handel, Industrie u. Landwirtschaft 1912 Nr. 25; vgl. oben Sp. 144) haben ergeben, daß in den Betrieben dieser Industrie hergestellt wurden an Luftschiffen 1907 —, 1908 3, 1909 5, 1910 7 mit einem Gesamtraumgehalt der Gasbehälter von 1908 12700, 1909 41200, 1910 47200 cbm und einer Gesamtbremsleistung der Motoren von 1908 385, 1909 805, 1910 1175 eff. PS. An Flugmaschinen wurden gebaut 1907 —, 1908 1 mit 34 PS., 1909 4 mit 142 PS., 1910 73 mit 2918 PS.

An Motoren wurden hergestellt: für Luftschiffe 1907 5 mit 425 PS., 1908 16 mit 1120 PS., 1909 25 mit 2258 PS., 1910 20 mit 2520 PS. und für Flugmaschinen 1907 —, 1908 5 mit 20 PS., 1909 65 mit 2735 PS., 1910 201 mit 9241 PS. Um die Erzeugung von Motoren zu erfassen, die nicht in Deutschland in Luftschiffe und Flugmaschinen eingebaut wurden, sind von obigen Zahlen in Abzug zu bringen die von anderen deutschen Fabriken zur Weiterverarbeitung in den Kraftfahrzeugfabriken bezogenen Motoren. Hierauf sowie auf den Absatz haben sich aber die Erhebungen erst seit 1909 erstreckt. Es wurden von anderen deutschen Fabriken bezogen 1909 8 und 1910 16 Motoren für Luftschiffe und 1909 10, 1910 73 solche für Flugmaschinen. Der Absatz von Luftschiffen und Flugmaschinen betrug 1909 9 Stück im Werte von 1470000 ℳ, die sämtlich im Inlande abgesetzt wurden; 1910 wurden abgesetzt 2 Luftschiffe nach dem Inland, 1 nach dem Ausland und 42 Flugmaschinen im Werte von 578000 ℳ nach dem Inland, 5 im Werte von 89000 ℳ nach dem Ausland.

Es ist von großem Interesse, in diesen Zahlen die Entstehung und den raschen Aufschwung einer neuen Industrie sich spiegeln zu sehen. *J. Feig.*

XI. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

Das Leihhaus der Stadt München. Als beachtenswertes Ergebnis der Dissertation „Das Münchner Pfandleihgeschäft" von Lorenz Zach (München, Verlag Kaiser, 3 ℳ) stellte sich zunächst heraus, daß im städtischen Leihhaus die Zahl der Pfänder, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nicht im Steigen begriffen ist, sondern seit den sechziger Jahren beständig abnimmt. Auf je 100 Einwohner trafen in München im Jahre 1841 143, im Jahre 1865 264, im Jahre 1908 82[1]). An der Hand eines umfangreichen Tabellenwerkes wird versucht, die Zusammenhänge des Pfandverkehrs mit dem Wirtschaftsleben klar zu legen. Daß die Wochenpfänder einen großen Anteil am Pfänderumsatz haben, konnte auch am Münchner Leihhausbetrieb nachgewiesen werden. Es werden, wie in den meisten anderen, an Montagen die meisten Pfänder versetzt und am Samstag die Mehrzahl wieder ausgelöst. Das Auslösegeschäft ist besonders stark an den Vorabenden vor hohen Festtagen, nach diesen Festtagen schwillt die Zahl der Neuverpfändungen an. Untersucht man die Beteiligung der einzelnen Monate an dem gesamten jährlichen Pfänderumsatz, so ergibt sich, daß von 1839 an die überwiegende Mehrzahl der Pfänder

1) Das Münchner Leihhaus steht in bezug auf die absolute Zahl der jährlichen Verpfändungen noch immer an der Spitze im Deutschen Reich. *Red.*

im Oktober und April umgesetzt wurde. Es kommt dies daher, daß die Mehrzahl der Pfänder aus minderwertigen Kleidungsstücken besteht, die in den verschiedenen Jahreszeiten mehr oder minder leicht entbehrt werden können. Sehr verbreitet ist die Anschauung, daß die Zahl der Verpfändungen in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwunges sinkt und in schlechten Zeiten zunimmt. Dagegen werden aber auch Stimmen laut, welche eine gegenteilige Ansicht bekunden. Der Verfasser bemühte sich unter Zugrundelegung der Getreidepreise und vom Jahre 1900 an des Mitgliederstandes an den Krankenkassen in München, sowie der Gewerkschaftsberichte die Schwankungen der Konjunktur einerseits und die des Pfandverkehres einander gegenüber zu stellen. Das Ergebnis war, daß eine günstige Konjunktur von einem Rückgang des Pfandverkehrs begleitet zu sein scheint; für die gegenteilige Ansicht konnten keine Anhaltspunkte gefunden werden.

XIV. Arbeiterstatistik.

Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität während der Arbeitswoche und während des Arbeitstages. Unter diesem Titel findet sich im 135. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik eine von Marie Bernays verfaßte Abhandlung, die nicht nur inhaltlich, sondern auch methodologisch großes Interesse bietet und zwar letzteres insofern, als hier die Arbeitsintensität nicht auf dem üblichen Wege der Akkordlohnberechnung sondern mit Hilfe automatischer Maßinstrumente — nämlich vermittels der an den Webstühlen angebrachten Uhren — festgestellt wurde. Der eingeschlagene Weg ermöglichte es, die Schwankungen der Arbeitsintensität nicht nur von Tag zu Tag, sondern auch von Halbtag zu Halbtag und von Vierteltag zu Vierteltag zu ermitteln. Das Material der Untersuchung bildeten dabei die Arbeitsleistungen der gelernten, an den Ring- und Flyerspinnmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen einer oberrheinischen Baumwollspinnerei. Das Ergebnis dieser Feststellungen ist folgendes: Die Arbeitsleistungen unterliegen von Tag zu Tag, von Halbtag zu Halbtag und von Vierteltag zu Vierteltag erheblichen Schwankungen. Was die Differenzen von Tag zu Tag anbetrifft, so weisen die mittleren Wochentage die höchste Leistung auf. So ergeben sich z. B. bei den Ringspinnerinnen, wenn man die Durchschnittsleistung jeder Woche = 100 setzt, im Durchschnitt von 87 Arbeitswochen an den einzelnen Wochentagen folgende Leistungen: Montag 96,3, Dienstag 107,3, Mittwoch 108,9, Donnerstag 108,5, Freitag 102,1, Sonnabend 78,8. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Fein- und Grobflyerspinnerinnen, doch verschiebt sich hier die Maximalleistung vom Mittwoch auf den Dienstag. Innerhalb der einzelnen Tage wieder ist die Arbeitsintensität am Nachmittag größer als am Vormittag. Überhaupt erfolgt mit dem Fortschreiten des Arbeitstages eine steigende Intensivierung der Arbeitsleistung; unterbrochen wird diese nur in den ersten Stunden des Nachmittags und zwar durch den ungünstigen Einfluß der Mittagspause.

Weiter hat die Verfasserin die Arbeiterinnen noch nach Alter, Familienstand, Herkunft und Abstammung in verschiedene Gruppen geteilt und für jede derselben den Wochen- und Tagesaufbau der Arbeit besonders ermittelt. Auch diese Untersuchungen haben nicht uninteressante Resultate geliefert. So ergab sich unter anderem, daß die Leistungsschwankungen von Tag zu Tag bei den älteren, d. h. den über 30 Jahre alten Arbeiterinnen geringer sind als bei den jüngeren und daß das Gleiche auch bei den verheirateten Arbeiterinnen gegenüber den unverheirateten der Fall ist.

K. Bormann.

XVIII. Wahlstatistik.

Die ersten Landtagswahlen in Straßburg. Auf Grund des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911 und des Gesetzes über die Wahlen zur zweiten Kammer des Landtags für Elsaß-Lothringen vom gleichen Datum fanden am 22. bzw. 29. Oktober v. J. die ersten Wahlen zum Landtag statt. Nach § 2 des Wahlgesetzes sind wahlberechtigt die männlichen Einwohner Elsaß-Lothringens, sofern sie im Zeitpunkt der Wahl im Besitze der Reichsangehörigkeit sind, das 25. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen haben. Es genügt jedoch der Wohnsitz von einjähriger Dauer für die Einwohner, die in Elsaß-Lothringen ein öffentliches Amt ausüben oder Religionsdiener oder Lehrer an öffentlichen Schulen sind. Die Berechtigung zum Wählen ruht für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten. 60 Abgeordnete des Landes bilden die zweite Kammer des Landtags; auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung sollten 6 davon im Stadtkreis Straßburg gewählt werden. Die Stadt Straßburg wurde demgemäß in 6 Wahlkreise eingeteilt, wobei versucht werden mußte, die alte Kantonseinteilung der Stadt beizubehalten. Da jedoch für die einzelnen Wahlkreise möglichst die gleiche Einwohnerzahl erreicht werden sollte und da seit der früheren Kantonseinteilung innerhalb der Stadt große Verschiebungen hinsichtlich der Wohnweise eingetreten sind, konnte die alte Einteilung nicht durchweg beibehalten werden. Es war besonders schwer, die Stadt zweckmäßig einzuteilen, da außer jenen vorgeschriebenen Bestimmungen noch hinzukam, daß nicht die Zahl der Zivilbevölkerung, sondern die der Gesamtbevölkerung maßgebend sein sollte. Ein Wahlkreis darf nicht weniger als 25 000 und nicht mehr als 35 000 Bewohner zählen. Straßburg ist aber eine große Garnisonstadt und die Militärbevölkerung ist ungleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile verteilt, so daß bei der Einteilung der Wahlkreise große Vorsicht geboten war, wenn nicht in dem einen oder anderen Kreise die Militärpersonen einen zu großen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen sollte, während die Militärbevölkerung bei den Landtagswahlen in keiner Weise Anteil hat. Man teilte daher die Innenstadt nach der Zivilbevölkerung in vier fast gleich große Teile, deren Einwohnerzahlen zwischen 25 000 und 27 000 Personen schwankte, und zählte dann die in den betreffenden Teilen wohnenden Militärpersonen hinzu. Die Vororte gruppierte man in zwei Wahlkreise zusammen. In ganz Elsaß-Lothringen kommen im Durchschnitt auf einen Abgeordneten 31 234 Personen; der Stadtkreis Straßburg mit 29 815 Einwohner auf 1 Abgeordneten kommt diesem Durchschnitt ganz nahe und wird denselben bei gleichbleibender Zunahme der Bevölkerung bald überschreiten.

Trotzdem es durch die Zerteilung einer Stadt in verschiedene Teile leicht vorkommen kann, daß in einem Teile infolge eigenartiger Zusammensetzung der Bevölkerung diese letztere durch eine geringere Zahl eingeschriebener Wähler vertreten wird als in einem andern Bezirke, so stellten sich diese Unterschiede in den Straßburger Wahlkreisen als sehr gering heraus. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler schwankte nämlich in den 6 Wahlkreisen nur zwischen 19,9 und 21,7 % und betrug in der Gesamtheit 20,8 %.

Die Wahlbeteiligung muß bei der Hauptwahl als eine rege bezeichnet werden, indem in der Gesamtstadt 81,5 % der eingetragenen Wähler zur Wahl schritten. In den Vororten war die Beteiligung mit 84,4 % wesentlich stärker als in der Innenstadt (79,8 %).

In der Gesamtstadt fielen von den abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten der liberal-demokratischen Partei 34,3 %, der sozialdemokratischen Partei 41,4 %, der Zentrumspartei 15,7 %, des Nationalbundes 5,7 %, der wirtschaftl. Partei und Unabhängigen 2,6 %. Der Rest von 0,3 % sind zersplitterte Stimmen.

Bei den Nachwahlen am 29. Oktober war die Wahlbeteiligung wesentlich schwächer, indem nur 64,1 % der Wähler der Innenstadt gegen 79,8 % bei der Hauptwahl ihr Wahlrecht ausübten. Es wurden in der Nachwahl gewählt im I. Wahlkreis mit 97,1 % und im II. mit 98,5 % der gültigen Stimmen die Kandidaten der liberal-demokratischen Partei und im III. mit 94,1 %, im IV. mit 97,6 %, die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei. Somit ist die Stadt Straßburg in der zweiten Kammer des Landtags vertreten durch 4 Abgeordnete der sozialdemokratischen und 2 Abgeordnete der liberal-demokratischen Partei. Als den Vertreter der Stadt Straßburg in der ersten Kammer wählte der Gemeinderat am 2. November 1911 den Bürgermeister der Stadt Dr. Schwander.

Weiteres ist der Beilage 15 zu den „Statist. Monatsberichten der Stadt Straßburg" für das Jahr 1911 zu entnehmen. *K. Eichelmann.*

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Halles niedere und höhere Schulen. Eine als Beilage zum statistischen Monatsbericht der Stadt für Januar 1912 erschienene Abhandlung betrachtet für ein Jahrzehnt die Entwicklung der Schülerzahl in Halles Volks-, Mittel- und höheren Schulen. Setzt man die Schülerzahl in Volks- und Mittelschulen in Beziehung, so zeigt sich, daß in den letzten 4 Jahren der Anteil der Mittelschüler im Vergleich zu dem der Volksschüler eine Steigerung erfahren hat. Von je 100 Volks- und Mittelschülern waren im Jahre 1908 22,5, 1909 23,2, 1910 23,6, 1911 23,9 Mittelschüler. Noch deutlicher wird das Streben nach besserer Schulbildung bei einem Vergleich der Volks- und Mittelschulen einerseits und der höheren Schulen andererseits. Besuchten von 100 einheimischen Schulknaben 1902 nur 13,3 höhere Schulen, stieg die Prozentzahl allmählich bis auf 16,2 im Jahre 1911. Von den einheimischen Mädchen besuchten 1902 8,1 %, 1911 9,8 % höhere Schulen. Es zeigt sich also in den letzten Jahren eine Bewegung der Mittel- und höheren Schulen vor den Volksschulen.

Ferner sind die in Halle zur Schule gehenden auswärtigen Schüler der Betrachtung unterworfen. Von 100 Schulknaben waren auswärtige in den Mittelschulen 1902 6,7, 1911 8,9, in den höheren Schulen 1902 33,0, 1911 28,7. Von je 100 Schulmädchen in den Mittelschulen 1902 2,1, 1911 4,3, in den höheren Schulen 1902 15,4, 1911 16,1. Es zeigt sich also bei Knaben und Mädchen eine Steigerung des Anteils der Auswärtigen in den Mittelschulen. Bei den höheren Schulen ist der Anteil auswärtiger Knaben gefallen, auswärtiger Mädchen etwa gleichgeblieben. Es mag dies damit zusammenhängen, daß auch in kleineren Städten jetzt höhere Knabenschulen in ausreichenderem Maße gegründet werden, nicht aber höhere Mädchen- und Mittelschulen. *J. Galle.*

XXV. Statistische Sammelwerke.

Statistisches Taschenbuch für das Deutsche Reich. Das von Dr. E. Simon bearbeitete Taschenbuch ist Frühjahr 1912 im 3. Jahrgang erschienen (Verlag von Ad. Bodenburg, Berlin W. 9; zwei Ausgaben: eine auf gewöhnlichem Druckpapier und eine auf dünnem Papier für die Brieftasche; Preis je 1 ℳ). Die erste Auflage des kleinen Buches ist an dieser Stelle besprochen worden.[1]) Hatte jene manche Lücken gezeigt, so war der Verfasser bemüht, in den folgenden diese auszufüllen. Außerdem geht das Büchlein insofern jetzt über den durch seinen Titel bezeichneten Rahmen hinaus, als es auch Auszüge aus der preuss. Landesstatistik und der Statistik der Stadt Berlin bringt. Sodann enthält es ein Kalendarium und die wichtigsten Verkehrstarife und stellt sich damit den Fachkalendern anderer Berufe an die Seite. Wenn auch der Statistiker von Fach die in dem Buch nachgewiesenen rund 1500 Stichworte den Quellenwerken entnehmen kann, so spart er doch durch die Benutzung des alphabetisch geordneten Buches an Zeit und ist auch in der Lage, an ihn herantretende Fragen stets sofort zu beantworten. Deshalb hofft der Verfasser, der selbst praktischer Statistiker ist, daß sein Buch auch in Fachkreisen Freunde erhält. Jeder, der selbst statistische Arbeiten hat drucken lassen, wird verstehen, daß das Unternehmen bei dem niedrigen Preise nur dann fortgesetzt werden kann, wenn es eine weite Verbreitung findet.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Statistik im Fabrik- und Warenhandelsbetrieb. Prof. A. Calmes, der mit der Ausgestaltung der Statistik im Werner-Werk der Firma Siemens und Halske A.-G. Berlin betraut gewesen war, unternimmt in seinem neuesten Buche obigen Titels (Leipzig 1911) den Versuch, das bisher noch nicht bearbeitete Gebiet der privatwirtschaftlichen Statistik systematisch darzustellen. Seine Kenntnis der Betriebsorganisation und die gesammelten praktischen Erfahrungen kommen ihm dabei zustatten.

Trotzdem die Einrichtung einer „Statistischen Abteilung" bisher hauptsächlich bei Banken und Großbetrieben anzutreffen ist, ist Prof. Calmes der

1) Einige damals (Jahrg. 1910 Sp. 180) gemachte Ausstellungen sind berücksichtigt, und das ebenso reichhaltige wie handliche und billige Büchlein kann jetzt warm empfohlen werden, wenn auch nicht gerade als „Fachkalender" für Statistiker, welche Bezeichnung wohl nur Platzers „Jahrbuch der Statistik" (vergl. D. St. Z. 1909 Sp. 124) zukommen kann. *Red.*

10*

Ansicht, daß auch in anderen Unternehmungen der statistische Dienst mit Erfolg verwendet werden könne. Neben den beiden Hauptarten der privatwirtschaftlichen Rechnungsführung, der Buchhaltung und der Kalkulation, komme der Statistik eine selbständige Bedeutung zu. Während die Buchhaltung auf die Erfassung des Vermögens, der erfolgten Veränderungen, der Feststellung des Gewinnes und Verlustes hinziele, während wiederum die Kalkulation die Berechnung der Selbstkosten industrieller und kaufmännischer Betriebe bezwecke, diene die privatwirtschaftliche Statistik dazu, Vorgänge ökonomischer und produktionstechnischer Art zahlenmäßig und regelmäßig zu erfassen, sei es als Ergänzung der Buchhaltung und Kalkulation, sei es als selbständige Rechnungsführung.

Eine eigene Definition der Statistik stellt Calmes nicht auf, er schließt sich vielmehr der von Conrad und z. T. auch von Gg. v. Mayr vertretenen Begriffsbestimmung an, wonach die Statistik sowohl eine Wissenschaft als auch eine Methode ist. Die Statistik der privatwirtschaftlichen Unternehmungen definiert der Verfasser als fortlaufende Aufzeichnungen über die der Massenbeobachtung unterworfenen wirtschaftlichen und technischen Vorgänge und Ergebnisse eines Unternehmens und die Gruppierung und Vergleichung der gewonnenen Zahlen mit gleichartigen und fremdartigen Zahlen zur Aufdeckung von Zusammenhängen, Ursachen und Wirkungen. Im Gegensatze zur allgemeinen Statistik habe es die privatwirtschaftliche weniger mit der Aufdeckung „typischer Gruppenmerkmale" zu tun, als vielmehr mit der Übersicht über die Unternehmung, der Erfassung der Kausalzusammenhänge der Erscheinungen und der Erkenntnis des Normalen und „Anormalen".

Inhaltlich stehe die Statistik nicht im Gegensatz zu den übrigen Arten der Rechnungsführung, sondern zwischen ihnen herrschen wechselseitige Beziehungen. Buchhaltung und Kalkulation produzieren statistische Werte und entnehmen ihrerseits der Statistik manches Material. Der Statistik falle aber die Aufgabe zu, den Nutzen des in der Buchhaltung enthaltenen Materials zu steigern. Die Einrichtung einer Statistik in einem Privatbetriebe setze eine entsprechende Betriebsorganisation voraus; je besser diese Organisation sei, desto besser und auch billiger sei die Statistik. Grundsätzlich soll sich die „Statistische Abteilung" nur mit der Zusammenfassung und Bearbeitung des gewonnenen Materials befassen. Als Organe der Erhebung dagegen sind die bei den Beobachtungsvorgängen mitwirkenden Personen (die Beamten, Meister und Arbeiter des Betriebes) zu verwenden, die ja schon in ihrem eigentlichen Wirkungskreise als Sammler statistischen Materials dienen, soweit sie Lagerbücher, Lohnbücher, Fabrikationsbücher halten, Arbeitszeitkontrollen vornehmen, Notizen und Übersichten anzufertigen haben u. a. m. Die Eingliederung der statistischen Abteilung könne an verschiedenen Stellen erfolgen; dies hänge von der Organisation des Betriebes und von dem Hauptzwecke der Statistik ab.

Der statistische Dienst der privatwirtschaftlichen Unternehmungen umfaßt nach Calmes 5 Stufen: die Beobachtung und Feststellung, die Zusammenfassung des Materials und seine Gruppierung in Tabellen, die rechnerische Bearbeitung des Materials, die graphischen Darstellungen und schließlich die Benützung der statistischen Ergebnisse. Verfasser sucht hier u. a. die in kaufmännischen Kreisen gegen graphische Darstellungen herrschende Voreingenommenheit zu widerlegen.

Nach diesem allgemeinen Teil, in welchem auch die Technik der Statistik dargestellt ist skizziert Calmes die Grundzüge der angewandten, privatwirtschaftlichen Statistik. Er unterscheidet dabei folgende Zweige: Vermögen, Gewinn und Verlust, Kasse und Finanzen, Beamte, Arbeiter und Lohn, Beschäftigung und Bestellung, Lager, Verkauf, Unkosten, Fabrikation und schließlich noch die sog. externe Statistik, welche der statistischen Untersuchung von Unternehmungen, zu denen der eigene Betrieb im Verhältnis der Beteiligung oder Konkurrenz steht, sowie der Konjunktur auf dem Gebiete der eigenen Branche gewidmet ist. *A. Wadler.*

Das „Bevölkerungsgesetz". Das von Julius Wolf schon 1901 (damals gegen Fr. Oppenheimer) formulierte, weiterhin in des gleichen Autors „Nationalökonomie als exakte Wissenschaft" (1908) näher ausgeführte Bevölkerungsgesetz erfährt in seinem Buche „Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft" (Leipzig, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf., 1912, 6,50 ℳ) eine abermalige Darstellung unter Hinzufügung jüngeren Materials und neuerer Gesichtspunkte. Es ist das Gesetz einer Bifurkation, einer Spaltung der Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung, welches Wolf demonstriert, in dem Sinne, daß er die Völker oder Volksteile rationalistischer und atheistischer Kultur sich von dem Malthusschen „Gesetze" lossagen läßt, während Völker und Volksteile im Stand der traditionellen und religiösen Kultur demselben verbleiben. Wolf teilt dann aber diese letzteren noch in solche ein, welche dauernd durch die Tradition gebunden zu sein scheinen und andere, die immerhin in einer, wenn schon langsameren Entwicklung über diese hinaus sich befinden. Auch von der üblich gewordenen Erklärung des Rückgangs der Geburten mit der steigenden Wohlhabenheit weicht Wolf nach dem Gesagten insofern ab, als er nicht diese, sondern die vorerwähnten Momente psychologischer und entwicklungsgeschichtlicher Natur die entscheidenden sein läßt.

Bei der grundsätzlichen Bedeutung des Gegenstandes wird hier eine etwas eingehendere Darstellung am Platze sein.

Wolf hatte seinerzeit erklärt: „Ich gab und gebe Malthus zu: die potentielle Vermehrbarkeit des Menschen ist von einem Umfang, daß sie jederzeit imstande wäre, die zur Verfügung stehenden Unterhaltsmittel zu überholen und weit hinter sich zu lassen. Sie steht auch im besonderen in Widerspruch 1. mit der Unvermehrbarkeit des Bodens auf der Erde, 2. dem beschränkten Vorhandensein der besten Böden, 3. der beschränkten (und sinkenden) Ergiebigkeit an den Boden gewandter Arbeit und an den Boden gewandten Kapitals .... Dieser Widerspruch wird aber nicht wahrgenommen im Zustand unvollkommener Reife der Völker: hier wird der Nahrungsspielraum voll ausgefüllt. Dagegen: im Reifezustand und bei größerer allgemeinerer Wohlhabenheit vollzieht sich eine Scheidung von Können und Wollen in dem Sinne, daß nicht mehr die Potenz, sondern die Tendenz den Gang der Dinge bestimmt."

Die vorerwähnte Wolfsche Formel stammt aus dem Jahre 1901. Es war, nach Wolf, „noch eine vergleichsweise primitive Fassung". Einen Fortschritt sollte zunächst das in der „Nationalökonomie als exakte Wissenschaft" 1908 formulierte „Bevölkerungsgesetz" bringen. Es unterschied im Verhalten der Bevölkerung bei Anpassung ihrer Zahl an die Masse der Unterhaltsmittel drei Epochen, eine erste, charakterisiert durch Ausstoßung, Ausrottung überschüssiger, d. h. unproduktiver Bevölkerung (Kinder, Kranke, Greise), auch künstliche Beschränkung der Kinderzahl (Bevölkerungs- und „Sozial"-Politik des „Naturzustandes"), eine zweite, hier schon gekennzeichnet als Stufe der „religiösen Kultur", mit Verzicht auf Ausrottung überschüssiger, bzw. „unproduktiver" Bevölkerung, mit Verzicht auch auf künstliche Beschränkung der Kinderzahl, insofern die religiöse Satzung das Eine und das Andere verbietet, endlich eine dritte Epoche mit fortschreitender Emanzipation vom religiösen Gebot und von der gesellschaftlichen Tradition früherer Zeiten, mit Anpassung der Kinderzahl an Einkommen usw. . . . Das Bild dieser „dritten Epoche" — für das Nähere des Inhalts der Epochen ist auf das neuerschienene Buch zu verweisen — wurde ergänzt u. a. noch durch die Feststellung, daß einer sich allmählich durchsetzenden Tendenz arithmetischer Bevölkerungsvermehrung eine Tendenz geometrischer Kapitalsvermehrung gegenüberzustehen scheine.

Was die „Gründe" der Entwicklung, zumal in die dritte Epoche hinein und innerhalb dieser, betrifft, so erklärt sich Wolf gegen jeden Versuch einer physiologischen Deutung; er erklärt das immer stärkere Heraustreten ökonomischer Momente im Haushalt, den Wunsch, die vorhandenen Mittel zu Rate zu halten und nicht zu zersplittern als ausschlaggebend und daneben das psychologische Moment der wachsenden Scheu der Frau vor der Mutterschaft, wozu die Rücksicht auf die künftige ökonomische Lage der Kinder nur mit verhältnismäßig schwacher Wirkung hinzutritt.

Die Beurteilung der weiteren Zukunft durch Wolf ergibt sich aus folgender These: „Die hier bei den kulturreifen Völkern aufgezeigte Tendenz ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine Tatsache, die als solche aus der Geschichte der Menschheit nicht so bald verschwinden wird. Ihre Basis ist viel zu sehr eine verstandesmäßige, als daß sie im Zeitalter der Rechnung, das nun das Zeitalter der Tradition ablöst, je wieder fallen gelassen werden dürfte."

Wolf belegt sein „Gesetz", dessen erste Formulierung seitdem übrigens zum Teil durch andere aufgenommen worden ist, noch durch den im Anhang seines Buches gebotenen Nachweis, daß die mit der stärksten Zahl sozialdemokratischer Stimmen ausgestatteten Wahlbezirke Deutschlands die kleinste Geburtenfrequenz, die Wahlbezirke des Zentrums dagegen die größte Geburtenfrequenz aufweisen. Auch hierin findet er einen Beleg für sein Gesetz der „Spaltung" der Tendenzen nach atheistischer und religiöser Kultur. *O. Neefe.*

Anwendung der Fourierschen Reihe auf die Statistik. Der australische Bundesstatistiker G. H. Knibbs veröffentlicht im *Journal of the Royal Society of New South Wales* (45. Band, Sydney 1911) einen Aufsatz mit der Überschrift: ***Statistical Applications of the Fourier Series, illustrated by the Analysis of rates of marriage, temperature, suicide etc.*** Darnach kann im allgemeinen die Fouriersche Reihe zu diesem Zweck in einer der beiden folgenden Formen gebraucht werden:

$$y = f(x)\left\{a_0 + \sum_{k=l}^{k=n} a_k \sin k\,(x + \alpha_k)\right\}$$

oder

$$y = f(x)\left\{a_0 + \sum_{k=l}^{k=n} (a_k \sin kx + b_k \cos kx)\right\}$$

wo y den momentanen Wert der Funktion darstellt. Die periodischen statistischen Resultate sind gewöhnlich Gruppenwerte, d. h. die Integrale des obigen Ausdruckes innerhalb der richtigen Grenzen, welche der Stellung des Argumentes in der Fluktuationsperiode entsprechen (z. B. dem Anfang und Ende von Monaten, in welchem Falle das ganze Jahr durch die Periode 2π dargestellt wird). Es darf im allgemeinen angenommen werden, daß die Ausdehnung einer Fluktuation der Größe von y proportional ist. Da in vielen statistischen Ergebnissen das Element der Zunahme während der längern Periode, welche durch $f(x)$ dargestellt wird, von der periodischen Fluktuation selbst beinahe unabhängig ist, so müssen die Gruppenwerte durch Beziehung auf einen festen Wert abgeglichen werden, am besten auf den Wert in der Mitte der ganzen Periode. Diese Abgleichung wird mittels der Faktoren $f(x_m)$, $f(x_k)$ ausgeführt, wo $f(x_m)$ den momentanen Wert im Zeitpunkte der Betrachtung, und $f(x_k)$ den Wert in der Mitte der kürzern Periode darstellt.

Eine Auflösung ist dann möglich durch den Gebrauch der Integrale der genannten Ausdrücke.

In der Regel ist es notwendig, zuerst die Monate oder andern Gruppenperioden auszugleichen, und die Monographie zeigt, wie dies am besten ausgeführt werden kann. Lösungen werden dann für alle periodischen Ausdrücke bis zu solchen von 6 Gliedern gegeben und an der Hand der Selbstmords- und Heiratsziffern und der registrierten Temperaturen erläutert. Es werden Formeln angeführt, durch welche Winkel auf Tage reduziert werden. Die störende Wirkung, welche das Osterdatum auf den Versuch hat, den Einfluß der Jahreszeit auf die Heiratsziffer abzuleiten, wird besprochen. In Bezug auf den Zusammenhang zwischen Selbstmord und Temperatur in Australien wird gezeigt, daß das Durchschnittsresultat sich durch die Formel $q = 0{,}33 + 0{,}003\ (T - 62^\circ$ Fahrenheit) ausdrücken läßt, wobei q die tägliche Anzahl von Selbstmorden auf eine Million Seelen, und T die Temperatur in Graden Fahrenheit darstellt. Für Grade Celsius wird die Formel am besten geschrieben:

$$q = 0{,}33 + 0{,}0017\ (t - 18{,}50^\circ\ \mathrm{C}).$$

Das Intervall zwischen der Maximalbedingung und der darauf folgenden Wirkung scheint ungefähr 9 Tage zu betragen.

Die Monographie enthält eine bedeutende Anzahl von Formeln, durch welche die Lösung praktischer Fragen erleichtert wird, und ist daher für den Kalkulator, welcher Koëffizienten oder zeitliche Winkel abzuleiten hat, von großem Wert in allen Fällen, wo die gegebenen Größen durch Gruppenwerte dargestellt sind.

Vermischte Mitteilungen.

Populäre „Statistik". In der Wochenschrift „Hilfe", die sonst so manche schätzbare Artikel bringt, macht „Georg Wolff" (der Wohnort ist nicht, wie sonst in jener Zeitschrift üblich, angegeben) eine Arbeit bekannt, der er den Namen gibt „Die Statistik der wichtigsten Todesursachen". Der zweite Absatz davon beginnt: „Im Deutschen Reiche starben in den Jahren 1877/81 von je 100000 Einwohnern nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes 2671,9, im Jahre 1909 entfielen auf dieselbe Zahl von Einwohnern nur noch 1607,8 Todesfälle." Im folgenden Absatz folgt auch eine Tabelle, eingeführt durch den Satz: „Wir wollen ein paar charakteristische Zahlen aus der Statistik herausgreifen." Dann heißt es weiter: „Von je 100000 Einwohnern starben im Gebiete des Deutschen Reiches"; dann folgt ein Auszug aus der Tabelle, die im jüngsten Reichs-Jahrbuche S. 470/71 über die Todesursachen **in deutschen Orten mit 15000 und mehr Einwohnern** sich findet.

Herr Georg Wolff hat diese Tabelle so flüchtig angesehen, daß er nicht einmal bemerkte, daß hier nicht von der Sterblichkeit im Deutschen Reiche, sondern von der Sterblichkeit in Groß- und Mittelstädten und einigen anderen Orten die Rede ist. Ferner meint er, weil es die Ziffern im Jahrbuche sind, daß sie auf Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes beruhen. In Wahrheit beruhen sie, wie am Kopfe der Tabelle zu lesen ist, auf Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes. An und für sich sind diese sehr wertvoll. Was aber die Vergleichung der Jahrfünfte miteinander betrifft und den Rückgang der Sterblichkeit im allgemeinen, wie in bezug auf einzelne Todesursachen, so ist es mit der Vergleichbarkeit der Ziffern aus einem Grunde recht schwach bestellt, auf den ich schon vor mehr als acht Jahren hingewiesen habe, als ein lautes Triumphgeschrei über diese „Statistik" durch den deutschen Blätterwald ertönte. Veranlaßt war es damals durch eine wirkliche Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in den „Vierteljahrsheften" 12. Jahrgang, Heft 3. Soviel ich weiß, bin ich der einzige gewesen, der sie kritisiert hat („Soziale Praxis" XIII, 10 S. 260 ff).

In dieser Kritik habe ich auf die schlimmen Fehler der Vergleichung hingewiesen. Nicht nur war mit keinem Worte der Verschiebung in den Altersklassen gedacht worden, „die Fehler dieser Todesursachen-Statistik", schrieb ich, „sind von viel gröberer Art". Ich wies dann darauf hin, daß sich bekanntlich die Zahl der ans Gesundheitsamt berichtenden Orte fortwährend vermehrt hat. Sie stieg 1877—1901 von 149 auf 309 (seitdem bis 1909 auf 349), und zwar sind immer mehr kleinere Mittelstädte und „Kleinstädte" (nach der Nomenklatur des Reichsamtes) hinzugekommen, also Orte mit durchweg günstigeren Gesundheitsverhältnissen.

Ich schloß meine Kritik mit den Worten:

„Was würde man sagen, wenn jemand behaupten wollte, der Anteil geschiedener Personen an den Eheschließungen habe sich vermindert, und zum Beweise dafür Ziffern aus dem Jahrzehnt 1871/80 anführen würde über die Eheschließungen in Berlin und Potsdam und Ziffern aus dem Jahrzehnte 1891/1900, zu denen auch Pasewalk, Teltow, Jüterbog und ein paar Dutzend ähnlicher Orte beigesteuert hätten? Man würde sicherlich nicht glauben, daß eine solche Statistik in einem amtlichen Quellenwerke anzutreffen sei.

In der Tat aber ist diese Todesursachen-Statistik nicht günstiger zu beurteilen."

Ein Versuch, sie gegen diesen schweren Vorwurf zu rechtfertigen, ist mir nicht bekannt geworden.

Aus einer Anmerkung zu dem kleinen Aufsatze möchte noch folgender Satz in Erinnerung gebracht werden. Ich erwähnte, daß auch in einem Vortrage des Geheimrats Professor Dr. Orth, der in den „Blättern für Volksgesundheitspflege" abgedruckt war, „das hocherfreuliche Ergebnis" mit dem Ausrufe gepriesen wurde:

„Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache."

Dazu bemerkte ich: „Das ist immer die Meinung derer, die Statistik nicht studiert haben. In Wahrheit bedarf es lexikalischer und grammatischer Kenntnisse und systematischer Übung zum Verständnisse dieser wie anderer Sprachen."

Wie Exemplum zeigt, und wie fast jede Zeitung lehrt, grassiert die Pest unkritischer Statistik nach wie vor in arger Weise. Sie bleibt eine der betrübendsten Todesursachen — für den Verstand der Politiker.

F. Tönnies.

Vorschläge zur „Demokratisierung" der Statistik durch die kommunalstatistischen Ämter macht Poppelreuter in den „Annalen des D. Reichs" (1912 Nr. 2). Das Stichwort ist irreführend: Gemeint ist „Popularisierung", wenn denn schon ein Fremdwort gebraucht werden soll. Die Fruchtbarmachung der statistischen Werke für weitere Kreise ist ja keine neue Forderung, sie ist das Ziel, dem in erster Linie zu dienen das D. St. Z. gegründet und bestimmt ist. P. will nun dies Ziel in der Hauptsache auf zwei verschiedenen Wegen erreichen. Einmal sollen die statistischen Ämter mehr noch als bisher ihre Zahlentafeln textlich erläutern. Diese Erläuterungen, und hier liegt ein recht beachtlicher, allerdings gleichfalls nicht neuer Gedanke zugrunde, sollen dadurch an Güte und Eigenart gewinnen, daß sie aus der Bearbeitung der Zahlen selbst hervorwachsen. Zwar kann dem Leiter selbst des kleinsten statistischen Amtes nicht gut zugemutet werden, selbst die Zählkarten auszuzeichnen, zu sortieren, auszuzählen und die Tabellen zusammenzustellen. Gemeinhin wird es auch vollkommen genügen, wenn er die nötigen Anordnungen gibt, sich von ihrer Richtigkeit und ihrer Durchführung durch Stichproben überzeugt und sich alle zweifelhaften Fälle zur Entscheidung vorlegen läßt. Mit seinen noch weitergehenden Forderungen wendet sich Poppelreuter wohl auch nur an die „Lehrlinge" der Statistik, die er eine „Arbeitsschule" durchlaufen lassen will, in der sie durch die eigene Kleinarbeit mit den Zahlen vertraut und zu ihrer schöpferischen Auslegung und Verarbeitung angeregt werden sollen. Daran ist ganz gewiß richtig, daß es keinen Statistiker geben sollte, der nicht selbst einmal die oben genannten, durchaus nicht rein mechanischen Arbeiten ausgeführt hätte, wie er sich auch später nie mit den fertigen Tabellen begnügen, sondern möglichst viel Einsicht in das Urmaterial nehmen soll. Der zweite Weg, den Poppelreuter vorschlägt, ist der, daß die kommunalstatistischen Ämter nach dem Muster der „Kleinen Mitteilungen", die das Düsseldorfer Amt vierteljährlich seinen Monatsberichten beilegt, eine Art statistische Korrespondenz herausgeben sollen, in der die wichtigsten Erscheinungen aus der Reichs-, Landes- und Städtestatistik in allgemeinverständlicher Form textlich behandelt werden. In Düsseldorf geschieht dies natürlich vom Düsseldorfer Interessentenstandpunkt aus; es werden also in erster Linie die auf Düsseldorfer, die benachbarten Großstädte, die Rheinprovinz usw. bezüglichen Ergebnisse behandelt. P. scheint eine solche Einschränkung den übrigen kommunalstatistischen Ämtern gar nicht empfehlen zu wollen. Ohne sie aber würde eine vielfache Behandlung der gleichen Gegenstände, ein ganz unzweckmäßiger Wettbewerb, eine unnütze Arbeitsvergeudung Platz greifen, zumal sich nach P.s Vorschlag die Ämter der unbezahlten Arbeitskräfte von „volkswirtschaftlich vorgebildeten jungen Leuten" bedienen sollen, die sich bei der gegenwärtigen Konjunktur des Arbeitsmarkts für Statistiker angeblich zu unentgeltlicher Beschäftigung drängen. P. sieht in der Bearbeitung dieser kleinen Beiträge wiederum eine vorzügliche „Arbeitsschule" und eine gründliche statistische Weiterbildung der jungen Akademiker. Dem ist kaum beizupflichten. Gerade wenn man wie P. bei seinem ersten Vorschlage der Mitarbeit an der statistischen Urproduktion mit Recht einen besonderen bildenden Wert zuerkennt, wird man in der kurzen Wiedergabe und Erläuterung von Haupt- und Teilergebnissen fertiger fremder Statistiken eine gewiß nötige und nützliche, aber keineswegs eine für den Bearbeiter besonders lehrreiche und vor allem nicht eine vertiefende und erziehliche Aufgabe

erblicken. Vielmehr wird solche Tätigkeit, wenn ausschließlich oder auch nur vorwiegend geübt, den werdenden Statistiker leicht zu einer oberflächlichen und unkritischen Zahlenumschreibung, zur Mißachtung der Methodenfragen und dafür zu einer Sucht nach „statistischen Beweisen" für vorgefaßte Meinungen, kurz zu einer im schlechten Sinne journalistischen Auffassung der statistischen Arbeit verführen. In der Neigung zur Überschreitung der Grenzen seiner eigenen Zuständigkeit für die Beurteilung der Ergebnisse der von ihm technisch geleiteten Erhebungen liegt überhaupt die gefährlichste Klippe für den vielseitig tätigen Verwaltungsstatistiker, der, unbefriedigt durch die wenig dankbare Arbeit der Gewinnung und Aufbereitung des Materials, es auch selbst unternimmt, die Ergebnisse wissenschaftlich zu verwerten.

Bibliographie.

13. Verbrauchsstatistik von Mitte 1910 an.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Veröffentlichungen gibt die in Klammern vorangesetzte Zahl den betr. Jahrgang und die Spalte an. — Im übrigen gelten auch hier die Bemerkungen in Spalte 93 mit dem Hinzufügen, daß auch die Jahresberichte der Speiseanstalten, Kaffeehallen, Milchhäuschen, der Vereine für Säuglingsernährung u. Schulkinderspeisung usw., sowie die Veröffentlichungen über Waren-Ein- und Ausfuhr usw. unberücksichtigt geblieben sind. — Zu vergleichen ist die in Nr 3 u. 4 enthaltene Bibliographie der Preisstatistik.

Baar, E., Aus den Wirtschaftsrechnungen von Frauen höherer Beamten (Schulst. Bl. 1911, 10.)

Bedeutung, Volkswirtschaftliche, des Fleisches (In: Jlling, G., Sonder-Katalog für die Gruppe Fleischversorgung der Int. Hygiene-Ausst. Dresden 1911, S. 142—146.)

Brüggemann, Der Milchvertrieb in privater und volkswirtschaftlicher Beleuchtung. (Ldw. Ztg. für Westfalen 1911. Nr. 40—43.)

Dannenbaum, R., Der Hamburger Südfruchthandel, seine Entwicklung und seine Organisation Nebst einer kurzen Darstellung des Bremer, Kölner u. süddeutschen Südfruchthandels. Mit 2 geogr. Skizzen und 2 graph. Darstellungen (V. 80 S.) Leipzig Voß. ℳ 2.60.

Gebrauch von Kakao, Kaffee und Tee in den Hauptkonsumländern (Übersee 1910, 8.)

König u. Splittgerber, Die Bedeutung der Fischerei für die Fleischversorgung. (Ztschr. d. Landw. Kammer f. Braunschweig 1912, S. 539—41.)

Krauß, J., Der internationale Eierhandel. Dresden, Firma: Joh. Traube 1911. (16 S.)

Sparmann, Einkommen und Auskommen. Eine soziale Studie aus der Schule des Lebens. Mit 4 Tabellen u. einer Zusammenstellung der prozentischen Verteilung der Ausgaben auf die Einkommen von ℳ 2400—10 000. 2. Aufl. (48 S.) München, Hans Sachs 1910. ℳ 1.50.

Splittgerber s. König.

Struve, E., Verbrauch alkoholischer Getränke in den Hauptkulturländern (J. B. der d. Spiritus-Ind. 1911, S. 433-436)

Classen, W., Beiträge zur Feststellung der Ernährungsverhältnisse des deutschen Land- und Stadtvolkes. (Archiv für Rassen- und Ges.-Biologie 1911, H. 3—5.)

Erlbeck, R., Deutsche und englische Arbeiterschaft nach ihrer beiderseitigen Lebenshaltung (Soz.-Rev. 1911, 2)

Holzverbrauch, Deutschlands, Der (Konjunktur 1910, S. 163—165.)

(III 237) Lichtenfelt, Über die Ernährung und deren Kosten bei deutschen Arbeitern (In: Basler Volksw. Arbeiten, Bd. 2, Stuttgart, Kohlhammer 1911. ℳ 9 —.)

(II 169) Produktions- u Konsumstatistik für Mehl und Kleie im D. Reich [1878/79, 1907/08] S.-Abd., Charlottenburg 1910, Zeitungsgesellschaft.

Verbrauchsberechnungen [Getreide, Kartoffeln, Branntwein, Bier, Tabak, Salz, Zucker, Kohlen, Erze, Kali] (St. J. D R. f. 1911, S. 325—329.)

Versorgung, Die, Deutschlands mit Fleisch und die Kultivierung unserer Moor- und Heideböden. Denkschrift [Manuskript] des Vereins z. Förderung der Moorkultur im D. Reich. Berlin 1911. (16 S.)

(III 236) Wirtschaftsrechnungen, zwei, von Familien höherer Beamter, nebst einem Anhange: Wirtschaftsrechnungen von fünf minderbemittelten Familien. Bearb. im Kais. Stat A., Abt. für Arbeiterstatistik. [3. Sonderheft z. R. Arb. Bl.] Berlin 1911. (38 S.) ℳ 1.—.

Zakrzewski, C. A., Eisenverbrauch im Deutschen Reich einschließlich Luxemburg 1861—1911. (Verein der Eisen- u. Stahlindustriellen, Drucks. 1912, 5.)

Brand, G., Die Wirtschaftsbücher zweier Pfarrhäuser des Leipziger Kreises im vorigen Jahrhundert. Ein Versuch zur Frage nach den Lebenskosten. (VII, 125 S.) gr. 8. Leipzig, Duncker & Humblot. ℳ 3.50.

Braustoffverbrauch und Biererzeugung in den Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft (Vierteljährlich im D. Reichs-Anz.)

Hagmann, H., 30 Wirtschaftsrechnungen von Kleinbauern und Landarbeitern. (III, 54 S.) Bonn, Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz. ℳ 1.—.

Malzverbrauch in den Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft (Vierteljährlich im D. Reichs-Anz.)

Schlachtungen und Fleischverbrauch in Elsaß-Lothringen (Nachr. Stat. L.-A. Straßburg, 1911, 5.)

Badtke, M., Fürsorge für die Ernährung (Kommunales Jahrb. 1911/12, S. 37—81.)

Fleischversorgung, Zur, der Städte. (Wochbl. d. ldw. Vereins in Bayern 1911, 43.)

Gas- u. elektr. Stromverbrauch in deutschen Städten (St. J. d Städte, Breslau 1910, S. 507—569.)

Lange, Edg.: Die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung m. frischen Nahrungsmitteln unter besond. Berücksicht. des Marktwesens der Stadt Berlin. [Schmoller-Seringsche Forschungen, H. 157] (VIII, 83 S.) Leipzig, Duncker & Humblot 1911. ℳ 2.50.

Milchzufuhr u. Milchverbrauch in deutschen Städten. (In: Löhnis F., Sonderkatalog der Gruppe Milchversorgung der Int. Hygiene-Ausst Dresden 1911, S 58 ff.)

Wasserversorgung und Wasserverbrauch in deutschen Städten (St. J. d. St., Breslau 1910, S. 487 bis 506.)

(II 108) Wildkonsum, Der, in einigen größeren badischen Städten. (St. M. Großh. Baden 10, 2)

Fleischverbrauch, Bierverbrauch, Kohlenverbrauch, Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsverbrauch in Barmen (Stat. J. f. 1910. S. 52—60.)

Getreide- u. Mehlverkehr im Berliner Handelskammerbezirk im Jahre 1910 u. 1911. (Allg. D. Mühlen-Ztg. 1912, 12.)

(III 172) Milchversorgung, Die, Breslaus nach Erhebungen in den Jahren 1909 u. 1910. (Breslauer Statistik, Bd. 29, H. 1, S. 278.)

Versorgung, Die, der Stadt Elberfeld mit Milch nach der Erhebung vom 30. September 1910 (Jahrbuch d. Stadt Elberfeld f. 1910, Städt. St. A. 1911, S. 71—74).

Fürth H., Mindesteinkommen, Lebensmittelpreise und Lebenshaltung [behandelt vorwiegend Kleinhaushalte in Frankfurt a. M.] (Archiv f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXIII. 2.)

(IV 74) Versorgung der Stadt Frankfurt a. M. mit Milch und Fleisch. (Beitr. z Stat., N. F. IX. H.) Frankfurt a. M. 1911 (50 S. mit 2 Karten u. Taf.) M. 1.—.

Bund A, Die Milchversorgung von Freiburg i. Br, Diss. Freiburg i. Br. 1910 (110 S.)

Milchversorgung, Die, der Stadt Halle a. S. 1907 bis 1910. [Beitr. Stat d. Stadt Halle a. S. H. 16.] (101 S.) Halle a. S 1911.

(III 239) Wirtschaftsrechnungen kleiner Haushaltungen i. Halle a. S. und Umgebung 1909/10 [Beitr. z. Stat., H. 13]. Halle a. S. 1911.

Untersuchung über die Lebenshaltung der Bevölkerung (J. B. d. Stat. Bur. Hamburg 10, S. 31—35).

Milchversorgung, Die, für Hannover-Linden (Stat. Monatsber. d. Stadt Hannover, Anhang z. 2. Viertel-jahrsh. 1911).

Geiger F. A., Die Konsumverteilung in Mannheim. Diss. (60 S.) Heidelberg 1910.

Brendel C., Münchens Bierverbrauch 1910. (Int. Monatschr. g. d. Alkoholismus 1910, 8. u. 9.)

Milchversorgung, Die, Münchens in den ersten 10 Monaten des J. 1910. Aus: „Mittlgn. d. statist. Amtes d. Stadt München." (1 S.) München, J. Lindauer. M. —.05.

— Münchens 1910. Einzelveröff. des St. A. d. Stadt München v. 17. III. 1911.

— der Stadt München vom 10. Oktober 1910. S.-A. aus den Mitt. d. Stat A. der Stadt München, Bd. XXIII. (11 S.)

Milcherhebung in Nürnberg vom 23.—25. Februar 1911. [Beil. z. Amtsbl. d. Stadt Nürnberg vom 29. V. 1911.] (3 S.)

Ergebnisse des Tabaksverschleißes in den im [österreichischen] Reichsrat vertretenen Königreichen u. Ländern, Januar-Juni 1911 (Mitt. des k. k. Finanzministeriums, Wien 1912, XVII. 2.)

Salz Arthur, Zur österreichischen Konsumstatistik (Statist. Monatsschrift, 1912, 2).

Konsumverhältnisse und Marktwesen in den größeren österreichischen Städten (Österreichisches Städtebuch, XIII. Bd., Wien 1911).

Markt- u. Approvisionierungswesen in Wien (Die Gem.-Verw. d. Stadt Wien f. 1910, S. 261—275).

Schmid K., Der Arbeiterhaushalt. Die Jahresrechnungen fünf ostschweizerischer Arbeiterfamilien. (Monatsschrift f. christl. Sozialreform 1911, 7).

(IV 110) Loydold L. (nach G. H. Knibbs), Haushaltungsbudgets in Australien (Statist. Monatsschrift 1912, 2).

Hercod R., Dänischer Alkoholkonsum im Jahre 1910 (Int. Monatsschr. gegen d. Alkoholismus 1911, 5).

Alkoholverbrauch, Schwedischer, in den letzten 10 Jahren (Int. Monatsschr. g. d. Alkoholismus 1911, 5).

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 6 und 7 | **4. Jahrgang** | **Juni–Juli 1912**

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Inhalt:

Die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907 und ihre Literatur.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, Ständ. Mitarbeiter im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin. (Fortsetzung von Nr. 5)

II.

Das Prinzip der Berufszählung, als Beruf die besondere Art der persönlichen Tätigkeit zu erfassen, wurde bei der Bearbeitung der Antworten der Haushaltungsliste in einer Reihe von wichtigen Punkten durchbrochen. Einen Beruf: Fabrikant, Unternehmer kennt die Zählung nicht; beide Begriffe sind für sie lediglich Berufsstellungen (a 1); dieser Mangel fällt nicht sehr schwer ins Gewicht, da die Fabrikanten eben bei einer jeden Berufsart in ihrer Berufsstellung nachgewiesen sind. Allerdings finden sich unter den a 1-Personen auch solche, denen der Fabrikantenberuf (Inbegriff von bestimmten organisatorischen und kaufmännischen Tätigkeiten) nicht zuzuerteilen ist, beispielsweise die mitarbeitenden Handwerksmeister. Ferner ergab die Zählung keine Berufe, welche die verschiedenen Zweige der Angestellten zum Ausdruck bringen. Es gibt in den Zählungsergebnissen keinen Beruf der Ingenieure, Chemiker usw. (b 1), keinen Beruf der Werkmeister, Steiger usw. (b 2), keinen Beruf der Buchhalter, Prokuristen, Korrespondenten usw. (b 3). Alle diese Personenkategorien sind nicht ihren eigentlichen Berufen zugeschrieben, sondern als b 1, b 2, b 3 und auch a 3-Personen den Gewerben oder Erwerbszweigen, denen sie angehören, in der Statistik „Berufsarten" genannt. Wichtige kaufmännische Berufe wie Geschäftsreisende, Prokuristen, Disponenten, Verkäufer, Lageristen, Buchhalter, Korrespondenten, Kontoristen, Registratoren, Maschinenschreiber usw. sind, soweit die Industrie in Betracht kommt, ohne weitere Unterscheidung in b 3-Personen zusammengelegt. Dabei ist zu bemerken, daß b 3-Personen zum Unterschied von b 1- und b 2-Personen nur in den Tabellen der Berufsstatistik unterschieden werden, welche die Zahlen für das Reich im ganzen wiedergeben; in den Tabellen, die sich auf die Einzelstaaten, Verwaltungsbezirke und Großstädte beziehen[1]), sind die b 3-Personen mit den b 2- und b 1-Personen, also mit den Berufen der Werkmeister, Ingenieure usw., zusammengeworfen.

Aus dem Gefühl heraus, daß bei einem solchen Verfahren für das Wirtschaftsleben bedeutungsvolle Berufe verschwunden oder mindestens zur Unkenntlichkeit untergegangen sind, ist die Tabelle 7 der Berufsstatistik: Alter und Familienstand in einigen besonderen Berufen (vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Band 203, S. 251ff.) entstanden[2]). In dieser bemerkenswerten Tabelle figuriert der Ingenieur, Chemiker, Werkmeister, Zeichner, Prokurist, Einkäufer, Filialleiter, Verkäufer, Lagerist, Buchhalter usw., nicht mehr als „Berufsstellung", sondern als Beruf (vgl. Band 203, S. 139ff.). Bei den Arbeitern wurde am ehesten das der Berufszählung zugrunde liegende Prinzip eingehalten. Jedoch auch hier nicht durchweg. Hatten sich Personen als Maschinisten, Heizer, Kesselwärter, Chauffeure, Fuhrleute, Köche, Gärtner, Portiers, Hausdiener, Packer usw. in die Haushaltungsliste eingetragen, so wurden sie nicht diesen Berufen, sondern als c 3-Personen den Er-

1) Für die Einzelstaaten können die Gruppen, in die sich die b- und c-Personen scheiden, im wesentlichen aus Bd. 210 errechnet werden. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß hier nur von den vom Kaiserl. Statist. Amte veröffentlichten Tabellen die Rede ist; im handschriftlichen Material und zum Teil auch in den weiter unten erwähnten Veröffentlichungen der lokalen Statistischen Stellen finden sich alle Angaben in gleicher Ausführlichkeit, wie sie in der Reichsstatistik für das Reich im ganzen vorliegen. *Red.*

2) Behufs noch weitergehender Befriedigung des Bedürfnisses, das 1895 zur Aufstellung dieser Tabelle Anlaß gab, war 1907 nach den Bundesratsbestimmungen ein vollständiges Verzeichnis aller Berufsbezeichnungen, die sich in den Zählungslisten fanden, zu liefern. Die mit einem solchen ersten Versuch verknüpften Schwierigkeiten lassen es erklärlich erscheinen, daß das Verzeichnis z. Z. noch nicht erschienen ist und deshalb im Obigen nicht berücksichtigt werden konnte. *Red.*

werbszweigen (Berufsarten) zugeschrieben, in denen sie diese Tätigkeiten ausübten. Auch für diese Berufe sucht die erwähnte Tabelle 7 genauere Angaben zu machen. Aufwärterinnen, Putzfrauen, Reinemachefrauen wurden gleichfalls den Erwerbszweigen zugeschrieben, welchen die Betriebe angehörten, für die sie arbeiteten.

Die größte, aber, wie mir scheint, in Wirklichkeit bedeutungsloseste Durchbrechung des oben gekennzeichneten Prinzips der Berufszählung wird gewöhnlich darin gesehen, daß die Dienenden für häusliche Dienste nicht als besonderer Beruf aufgeführt worden sind im Gegensatz zu den Dienenden, welche nicht bei ihrer Herrschaft wohnen; letztere fallen bekanntlich unter die Berufsart D 1. Die Dienenden für häusliche Dienste, soweit sie bei ihrer Herrschaft wohnen, sind jeweils dem Beruf ihrer Herrschaft zugeschrieben (aus Gründen, die nachher noch erwähnt werden). Mit Leichtigkeit aber können sämtliche Dienende für häusliche Dienste addiert werden; man hat dann den ganzen Beruf der Dienenden beisammen, der dann noch für gewisse Probleme mit der Berufsart D 1 verbunden werden kann. Also eigentlich nicht ein logischer Fehler, sondern eine Eigentümlichkeit der tabellarischen Wiedergabe[1]).

Für welche Personen gibt die deutsche Berufszählung überhaupt den Hauptberuf wieder? Für die Erwerbstätigen. Diese Antwort folgt notwendig aus der früher gegebenen Begriffsbestimmung des Berufs. Was ist Erwerbstätigkeit? Eine Tätigkeit, die ausgeübt wird, um das allgemeine Tauschgut, nämlich Geld, zu erwerben. Von diesem Gesichtspunkte aus läßt es sich beispielsweise vertreten, daß die Arbeit der Hausfrau nicht als besonderer Beruf gezählt wird; eine Übergangsstufe bilden die hauptberuflich mithelfenden Familienangehörigen (c-Personen). Allerdings ist das Prinzip, nur die Erwerbstätigen heranzuziehen, nicht durchweg eingehalten; es seien außer den Mönchen und Nonnen nur die Berufsart E 1 „Armee und Kriegsflotte" und hier die Gemeinen erwähnt. Schon um diesen Fehler auszumerzen, wäre bei späteren Zählungen der Vorschlag in Erwägung zu ziehen, bei den Gemeinen die Angabe des früheren Berufs zu verlangen, wobei natürlich diese Berufstätigen dann noch besonders als Soldaten zu kennzeichnen wären.

Hierher gehört endlich der gleichfalls häufig erörterte „Fehler", daß für die Erwerbstätigen noch eine besondere Berufsabteilung F „Ohne Beruf und Berufsangabe" vorgesehen ist. Wiederum ein Fehler, der bedeutungslos ist; die Angehörigen der Berufsabteilung F sind getrennt von den andern zusammengestellt und können für die Mehrzahl der Probleme, welche mit den Zahlen der Berufsstatistik gelöst werden sollen, außer acht bleiben.

Bereits vorhin wurde hervorgehoben, daß die im Haushalt ihrer Herrschaft lebenden Dienenden für häusliche Dienste jeweils dem Beruf ihrer Herrschaft zugeschrieben werden; dasselbe gilt für die Angehörigen ohne Hauptberuf. Beide Kategorien bilden zusammen mit den Erwerbstätigen des Berufs die Berufszugehörigen. Man erhält durch diese Zusammenstellung für jede Berufsart ein Bild von dem zahlenmäßigen Verhältnis der Ernährer (Erwerbstätigen) zu den Ernährten (Dienenden für häusliche Dienste, Angehörigen ohne Hauptberuf) innerhalb der Berufsart. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß zahlreiche Angehörige mit einem Hauptberuf, die tatsächlich zu einem großen Teil vom Haushaltungsvorstand ernährt werden, zu den Erwerbstätigen, also zu den Ernährern, gerechnet sind. Die Vorstellung, die stellenweise auftaucht, daß die Summe der Berufszugehörigen einer Berufsgruppe oder Berufsart die Zahl der von der betreffenden Berufsgruppe oder Berufsart Ernährten bedeute, scheint mir bedenklich. Für die zahlreichen bereits in Sp. 161 aufgeführten Berufe wie Ingenieure, Chemiker, Kontoristen, Lageristen, Korrespondenten, Heizer, Maschinisten, Taglöhner usw. ist ja gar nicht der Beruf angegeben, sondern das Gewerbe. Also in einem Fall ernährt der eigentliche Beruf, im andern Fall das Gewerbe, Dinge, die sich nicht miteinander vergleichen lassen.

Im folgenden will ich schließlich noch auf die von der Berufsstatistik dargebotenen Unterlagen eines Problems eingehen, das in den letzten Jahren oft untersucht wurde, das ist die Bewegung der gelernten und ungelernten Arbeiter. Die Berufsstatistik unterscheidet bekanntlich innerhalb der dritten sozialen Gruppe c 2- und c 3-Personen, wobei c 2-Personen das gelernte und c 3-Personen das ungelernte Arbeitspersonal bedeuten. Um eine richtige Einreihung der Berufsbezeichnungen, die in der Haushaltungsliste vorgefunden wurden, unter die c 2- oder c 3-Personen zu ermöglichen, hatte das Kais. Statist. Amt unter Mitwirkung der Statist. Landeszentralstellen auf Grund eingehender Anfragen bei Handels- und Gewerbekammern, sonstigen Körperschaften und Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Verzeichnis der gewerblichen Arbeiter mit Unterscheidung der gelernten und ungelernten Arbeiter (vgl. Bd. 202 der Statistik des Deutschen Reichs S. 41ff.) aufgestellt. Auf Grund dieses Verzeichnisses wurden die Arbeiter in eine der beiden Gruppen eingereiht. Man hat diesem Vorgehen vor allem zweierlei vorgeworfen: einmal, es sei die wichtige Gruppe der angelernten Arbeiter nicht berücksichtigt, zum andern, man dürfe nur auf Grund besonderer Erfragung der Arbeiter selbst, ob sie gelernt oder ungelernt seien, eine Entscheidung bezüglich der Einreihung treffen. Die angelernten Arbeiter (eine Definition dieser Gruppe ist äußerst schwierig), beispielsweise Hobler, Bohrer, Fräser, sind in dem Verzeichnis nicht besonders ausgeschieden, sie sind, soweit ich es überblicken kann, im wesentlichen den ungelernten Arbeitern zugerechnet. Man hat geglaubt (Herkner bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Nürnberg 1911), daß die Zunahme der ungelernten Arbeiter von 1895 auf 1907 die der gelernten so sehr überragt habe, weil eben die angelernten Arbeiter nicht ausgeschieden worden seien. So viel steht fest, eine genaue Begriffsbestimmung oder Kennzeichnung dessen, was eigentlich ein gelernter, angelernter und ungelernter Arbeiter ist, ist äußerst schwierig[1]),

1) Siehe hierzu und zum Folgenden unten Sp. 169. *Red.*

1) Wie schwer und oft willkürlich die Unterscheidung zwischen angelernten und ungelernten Arbeitern ist, zeigen beispielsweise die (unten Sp. 178 besprochenen — *Red.*) Untersuchungen des „Vereins für Sozialpolitik" über Auslese und Anpassung.



wenn nicht unmöglich; das haben auch die erwähnten Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik gezeigt. Deshalb wird man wohl auch einem Ergebnis, das durch eine direkte Befragung der Arbeiter gewonnen werden soll, sehr skeptisch gegenüberstehen. Weitere methodische Besonderheiten der Berufszählung werden bei der Besprechung der Literatur berührt.

III.

Was nunmehr die Veröffentlichungen der Ergebnisse der Berufszählung betrifft, so sind zunächst die des Kaiserlichen Statistischen Amtes zu erwähnen; die bisher erschienenen sind in den Bänden 202 bis 210 der „Statistik des Deutschen Reichs" enthalten. Band 202 behandelt die Reichsbevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf, Band 203 nach Hauptberuf, Alter, Familienstand und Religionsbekenntnis, Band 204 die Bevölkerung Preußens und Band 205 die der anderen Bundesstaaten nach Haupt- und Nebenberuf, Band 206 die Bevölkerung der Bundesstaaten nach Hauptberuf, Alter, Familienstand und Religionsbekenntnis, Band 207 die beruflichen Verhältnisse der Großstädte, Band 208 die der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, Band 209 die der kleineren Verwaltungsbezirke, Band 210 endlich die Bevölkerung nach Hauptberuf und Gebürtigkeit.

Leider fehlt bis jetzt der Band 211, der eine textliche Darstellung der Ergebnisse der Berufszählung bringen soll.[1]) So viel ich gesehen habe, werden vor allem die vergleichenden Zusammenstellungen der Ergebnisse für die Jahre 1882, 1895 und 1907 sowie die Berechnung der Verhältniszahlen vermißt. Was den eigentlichen Text betrifft, so möchte ich einen Gesichtspunkt hier hervorheben, der ein Hinausschieben der Textbände bezw. ein Abwarten der von den einzelstaatlichen Zentralstellen bearbeiteten Veröffentlichungen rechtfertigt. Was bei der gegenwärtigen Organisation der Veröffentlichung der Textbände der Reichsbehörde in hohem Umfange fehlt, das sind detaillierte Erfahrungen über die Ausfüllung der Zählpapiere und über eine etwaige Beeinflussung der Ergebnisse der Zählung durch diese Ausfüllungen. Ob allerdings außer den bereits vorgebrachten noch weitere Erfahrungen in dieser Hinsicht bekannt werden, scheint mir nach den bisher vorliegenden Veröffentlichungen der einzelstaatlichen Zentralstellen fraglich. Es wird wohl in einigen dieser Veröffentlichungen darauf hingewiesen, daß die und die Frage häufig falsch bzw. unzureichend beantwortet wurde, aber in welchem Grade dadurch die Beweiskraft der Ergebnisse, die aus der Beantwortung dieser Frage gewonnen wurden, hinfällig wird, bleibt ungewiß.

Von den Einzelstaaten hat zunächst Preußen in systematischer Weise Erfahrungen der einzelnen Zählbehörden veröffentlicht unter dem Titel „Erfahrungen und Beobachtungen bei der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907" (Zeitschrift des K. Preuß. Statist. Landesamts. XLIX. Jahrgang. S. 1 bis 24).

Die Abhandlung gliedert sich in zwei Abschnitte; der erste hat die Berichte der Behörden mit ihren Erfahrungen und Beobachtungen zum Inhalt, der zweite gibt die gutachtliche Äußerung des Statistischen Landesamts zu diesen Erfahrungen und Beobachtungen wieder. Die Berichte der Behörden betreffen im einzelnen die Lieferung der Zählpapiere, den Inhalt nnd die Redaktion der Zählpapiere, die Zählkommissionen, freiwilligen Zähler, bezahlten Zähler usw., die Teilnahme der Bevölkerung am Zählgeschäft, die Kontrolle des Zählgeschäfts seitens der Behörden, die Nutzbarmachung der Ergebnisse durch die örtlichen Behörden, endlich Wahrnehmungen oder Wünsche wegen Zurücksendung der Zählpapiere. Im folgenden soll auf den zweiten Gegenstand, der in den Berichten der Behörden näher behandelt wird, eingegangen werden, also auf den Inhalt der Zählpapiere, und zwar werden hier die „Wünsche und Ansichten über die Haushaltungsliste" sowie die gutachtliche Äußerung des Statistischen Landesamts hierzu herausgegriffen. Die Wünsche und Ansichten über die Land- und Forstwirtschaftskarte sowie über das Gewerbeformular und den Gewerbebogen werden in dem nächsten Abschnitt berührt. Bezüglich der Haushaltungsliste möchte ich zunächst die Ansichten der Behörden über die Ausfüllung der Spalten 10 bis 13, also der Spalten, welche den Beruf und die Stellung im Beruf betreffen, hervorheben. Es wird betont, daß die Ausfüllung der Spalten 10 bis 13 mancherlei Schwierigkeiten verursacht habe. „Meistens wird hervorgehoben, daß die Angaben in diesen Spalten zu ungenau und allgemein gehalten waren. Sehr oft erschienen in den Spalten 10 und 11 bzw. 12 und 13 nur ungenügende Bezeichnungen, wie Arbeiter, Fabrikarbeiter, Schlosser, Kaufmann, Verkäufer usw, vielfach wurden die Fragen der Spalten 10 und 11 überhaupt nicht auseinandergehalten." Ich habe in meinen Ausführungen oben bereits hervorgehoben, daß die Frage nach dem Beruf eigentlich in keiner der beiden Spalten 10 und 11 eindeutig und deutlich gestellt war. In der gutachtlichen Äußerung des Landesamtes wird dies allerdings nur zum geringen Teil zugegeben und die Hauptschuld der mangelnden Einsicht und Aufmerksamkeit der Bevölkerung, dem Sprachgebrauche, der Steuerfurcht und zum Teil dem Klassenbewußtsein zugeschrieben. Dem gegenüber möchte ich doch der Fassung der Frage in Spalte 11, die in der Hauptsache die Stellung im Berufe erfragen will und nur durch einen Klammerausdruck andeutet, daß hier die genaue Beschäftigung angegeben werden soll, die größte Schuld zuschieben. Bemerkenswerte Verbesserungsvorschläge finde ich allerdings in den wiedergegebenen Ansichten der Behörden nicht, abgesehen etwa von der Forderung, die Berlin erhebt, auch nach der Betriebsstätte und dem Namen oder der Firma des Betriebsinhabers zu fragen.[1]) Die Beantwortung der Fragen in den Spalten 14 bis 16 (es sind die Versicherungsfragen), hat nach den Berichten der Behörden teilweise Schwierigkeiten gemacht; besonders die Spalte 14 wurde vielfach nicht oder falsch ausgefüllt. Berlin schlägt zur Erzielung besserer Antworten folgende bemerkenswerte Fragestellung vor: „Werden für Sie Invalidenmarken geklebt oder kleben Sie selbst bezw. entrichten Sie Beiträge zur reichsgesetzlichen Invalidenversicherung bei Einzugsstellen der bei den zur Durchführung der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung zugelassenen Kassen (Eisenbahn, Knappschaft, Seeberufsgenossenschaft)? (Ja oder Nein!)" Das Landesamt betont übrigens (vgl. S. 18), daß die bereits beendete Aufbereitung dieser Frage für Preußen ein durchaus befriedigendes Ergebnis zutage gefördert hätte. Die Ansichten einer Reihe andrer Staaten über ihre Erfolge bei der Aufbereitung dieser Frage lauten teilweise weit weniger zufriedenstellend.[2])

Größere textliche Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Zählung selbst hat das Preußische Statistische Landesamt nicht herausgegeben. Solche Veröffentlichungen liegen hingegen vor allem seitens Bayern Sachsen, Württemberg und Hamburg vor. Für Württemberg hat H. Losch in den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde" Jahrgang 1911, 1. Heft eine sehr instruktive Arbeit über „die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau der Bevölkerung Württembergs nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907" veröffentlicht. Ich will diese Arbeit nicht in Teilen besprechen und werde sie daher erst im dritten Abschnitt

1) Siehe auch Anm. 2 zu Sp. 162. *Red.*

1) Siehe hierzu Sp. 168, Schluß des ersten Absatzes. *Red.*

2) Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Qualität der Antworten auf die Versicherungsfrage in allen Bundesstaaten ungefähr gleich unbefriedigend gewesen ist und die Aufbereitung nur da gute Ergebnisse geliefert hat, wo alle diese Antworten vorher einer Prüfung auf ihre Wahrscheinlichkeit unterzogen worden sind. *Red.*

unter den Schriften, welche die Ergebnisse aller 3 Zählungen zum Gegenstand haben, behandeln. Hessen hat bis jetzt keine größere textliche Darstellung der Ergebnisse der Zählung veröffentlicht; hingegen sind im 1. Heft des 60. Bandes der „Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen" von der Zentralstelle folgende Tabellen veröffentlicht: 1. die Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf, 2. die Nebenerwerbsverhältnisse der Bevölkerung, 3. die Witwen nach dem Beruf ihres verstorbenen Ehemannes, sowie nach ihrem eignen Alter und Beruf, 4. die Waisen nach Beruf und Berufsstellung des verstorbenen Vaters, sowie nach Alter, Geschlecht und eigener beruflicher Tätigkeit, 5. die Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf in den Kreisen und Provinzen.

Der vom Bayrischen Statistischen Landesamt herausgegebene Band „Bayerische Berufsstatistik 1907. Berufliche und soziale Gliederung" (Heft 80 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern) ist von dem Bezirksamtsassessor Dr. H. Schmelzle bearbeitet. Die Darstellung der Hauptergebnisse gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. die Bevölkerung im allgemeinen, 2. die berufliche Gliederung der Bevölkerung, 3. die soziale Gliederung der Bevölkerung, 4. Nebenerwerb, 5. Haupt- und Nebenerwerb, 6. München und Nürnberg, 7. Bayern, Württemberg und Elsaß-Lothringen. Im Tabellenwerke ist die Tabelle über den Haupt- und Nebenberuf für das Königreich unter Berücksichtigung der Berufsabteilungen und Berufsarten für die acht Regierungsbezirke unter Berücksichtigung der Berufsabteilungen und Berufsgruppen wiedergegeben. Die textliche Darstellung — es war, wie hervorzuheben ist, die erste, die von einer landesstatistischen Zentralstelle zur Zählung vom Jahre 1907 veröffentlicht wurde — gibt zu den einzelnen Kapiteln das wichtigste Zahlenmaterial und zieht daraus die Schlüsse.

Vor allem bedeutungsvoll erscheinen mir die methodologischen Betrachtungen, die von dem Bearbeiter insbesondere bei Vergleichen mit dem Jahr 1895 durchgeführt sind. Gerade bei Vergleichen mit den Ergebnissen des Jahres 1895 sind solche formalstatistische Betrachtungen, welche die Unterschiede in der Erfassung einzelner Personenkategorien darlegen, unbedingt notwendig. Ich möchte hier auf die Betrachtungen hinweisen, die Schmelzle auf Seite 9 seines Werkes über die Erfassung der Tätigkeit der Familienangehörigen anstellt. So weist er darauf hin, daß sich 1907 in den Erläuterungen zur Spalte 10 der Haushaltungsliste ein besonderer Hinweis auf die Tätigkeit der Familienangehörigen in dem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Familienhauptes befand. Eine solche Anweisung fehlte im Jahre 1895. Tatsächlich haben sich, wie Schmelzle ausführt, im Jahre 1907 Familienangehörige weit häufiger als hauptberuflich im Betriebe des Haushaltungsvorstandes mithelfend bezeichnet, namentlich in der Landwirtschaft, als dies im Jahre 1895 der Fall war. Bei der Erfassung des Nebenberufes weist der Bearbeiter darauf hin, daß 1907 der Zählung ein etwas weiterer Begriff des Nebenberufs zugrunde gelegen hat als im Jahre 1895. 1907 galt als Nebenberuf (Nebenbeschäftigung, Nebenerwerb) „jede erwerbende Tätigkeit, welche, ohne Hauptberuf zu sein, sei es zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit, zum Zwecke des eigenen Erwerbs ausgeübt wird." 1895 galt als Nebenberuf (Nebenerwerb) „jede erwerbende Tätigkeit, die neben einem Hauptberuf, sei es zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit, ausgeübt wird und einen wesentlichen Teil des Gesamteinkommens aus erwerbender Tätigkeit bringt".[1]) Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß Schmelzle seine hervorragenden Fähigkeiten wohl vor allem mit Rücksicht auf die schnelle Herausgabe des Bandes nicht in dem Umfang zeigen konnte, wie er sie beispielsweise in dem Band über die Landwirtschaft und über das Gewerbe gezeigt hat.

Nächst Bayern hat Sachsen umfangreiche Erläuterungen zu den Ergebnissen der Berufszählung geliefert.

1) Siehe hierzu „Soziale Praxis" 1904 S. 933. *Red.*

Die Sachsen betreffenden „Erläuterungen zu den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Erster Teil: Berufsstatistik" (enthalten in der „Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamts". Jahrgang 1910. S. 238 bis 266; Jahrgang 1911 S 239 bis 297) sind von dem Regierungsamtmann Dr. A. Pfütze verfaßt. Sie gliedern sich in drei Abschnitte: 1. die Bevölkerungszahl und der erwerbstätige Bevölkerungsteil; 2. die berufliche Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Haupterwerbe; 3. die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Haupterwerbe. Als richtigste zahlenmäßige Unterlage dienten den Erläuterungen neben der Reichsstatistik die „Statistischen Beiträge zur Bevölkerung und Wirtschaftsgeographie des Königreichs Sachsen. Erster Band: Berufsstatistik". Dieser Band enthält folgende Übersichten: 1. die Bevölkerung der 124 Gemeinden mit über 5000 Einwohnern nach Berufsarten mit Unterscheidung der haupt- und nebenberuflich Erwerbstätigen und ihrer berufslosen Angehörigen, 2. die Bevölkerung der Verwaltungsbezirke nach Berufsgruppen, 3. die Bevölkerung im Königreich nach Berufsarten, 4. die Bevölkerung nach Berufsabteilungen mit Unterscheidung der Stellung im Beruf in den 124 größten Gemeinden, in den 27 Amtshauptmannschaften und im Königreich, endlich nach Größenklassen der Gemeinden. Die sächsische Haushaltungsliste weist gegenüber der den Bundesratsbestimmungen beigegebenen Haushaltungsliste einige Änderungen auf, die vor allem die Berufsfragen betreffen. Der Frage in Spalte 10 des Reichsmusters (Welchem Gewerbe . . . .) ist in Sachsen fettgedruckt vorangestellt: „Was ist jetzt Ihr Beruf?" Der Frage in Spalte 11 des Reichsmusters (Frage nach der Berufsstellung) ist in Sachsen beigefügt: „Für nicht selbständige Personen außerdem anzugeben: Bei wem sind Sie beschäftigt? (Geschäft, Firma, Betrieb, Anstalt, Behörde.)"

Was die Arbeit von Dr. Pfütze vor allem auszeichnet, ist die gute Durcharbeitung des Zählungsmaterials. Der Verfasser „beherrscht" in hohem Maße sein Material. Die Ergebnisse sind in sachkundiger Weise gedeutet, ohne daß der Verfasser sich auf fernliegende ökonomische Spekulationen eingelassen hat. Die Arbeit bietet weit mehr als eine bloße Paraphrase der Zahlenergebnisse. Von besonderer Bedeutung erscheint mir der dritte, also der zuletzt veröffentlichte, Abschnitt über die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Haupterwerbe, vor allem die Ausführungen über die sozialen Klassen und ihre veränderte Zusammensetzung nach den Ergebnissen der drei Zählungen. Was der Verfasser selbst im allgemeinen unter einer „sozialen Klasse" versteht, tritt zwar nirgends deutlich hervor; ausführlich jedoch wird auf die verschiedenen „Gruppen" innerhalb der drei sozialen Klassen im Sinne der Berufsstatistik (Selbständige, Angestellte, Arbeiter) hingewiesen. So wird Seite 248 treffend betont, daß sich die Selbständigen in noch stärkerem Grade als die Arbeiter und Angestellten aus sozial ungleichartigen Personengruppen zusammensetzen; „Kleinbauer und Großgrundbesitzer, Handwerksmeister und Großindustrieller oder Fabrikdirektor, Kleinhändler und Großkaufmann bilden soziale Gegensätze, die in den Ziffern der Berufsstatistik völlig verschwinden". Der Verfasser ist sich dieser ungleichartigen Zusammensetzung der Selbständigen also bewußt; um so mehr hat es mich daher gewundert, daß auf S. 241 in den Tabellen und im Text der Begriff der Selbständigen mit dem der Unternehmer vertauscht wird. Offenbar erkennt der Verfasser einen Unterschied zwischen einem Handwerker, sei es, daß er allein oder mit Gesellen arbeitet, und einem Unternehmer (gleich kapitalistischem Unternehmer) nicht an. Demgemäß schreibt er z. B. auch (S. 241): „Für den Unternehmer bildet in der Regel die Beschäftigung als Gehilfe die berufliche Vorbereitungsstellung oder soziale Vorstufe zur selbständigen Unternehmertätigkeit." Bei der Betrachtung der Selbständigen im besonderen hat der Verfasser dankenswerterweise auch Zahlen der Betriebs-

statistik herangezogen und für seine Urteile über die Zu- und Abnahme der Selbständigen in den einzelnen Berufsabteilungen verwertet. Er kommt bei dem Abschnitt über die gewerblichen Selbständigen unter Heranziehung der Ergebnisse der Betriebsstatistik zu dem Schluß, daß von einer „Verdrängung der kleingewerblichen Betriebsform durch die Großunternehmungen“ keine Rede sein kann. Wie weit dieser Satz eine Bedeutung hat und wie weit er anfechtbar ist, soll bei der Besprechung der Ergebnisse der gewerblichen Betriebsstatistik näher dargelegt werden. Bei der Betrachtung der Angestellten (vgl. S. 253 ff.) wären vielleicht noch mit mehr Berechtigung als bei den Selbständigen längere Hinweise am Platze gewesen, aus wie verschieden gearteten „Gruppen“ die von der Bearbeitung konstruierte soziale „Klasse“ der Angestellten zusammengesetzt ist. Das Schlagwort vom „neuen Mittelstand“ hätte eine größere Durchleuchtung verdient.[1] (Fortsetzung folgt.)

1) Vergl. hierzu unten Sp. 201 „Das Proletariat nach der Berufsstatistik“. *Red.*

Einiges zur Logik in der Berufsstatistik des Deutschen Reichs.

Von Dr. **Otto Petrenz**, Nürnberg.

1. Die häuslichen Dienstboten.

In der deutschen Berufsstatistik werden herkömmlich 3 Kategorien unterschieden: Erwerbstätige, Dienende und Angehörige. Als Dienende werden solche Personen gesondert aufgeführt, die für häusliche Dienste tätig sind und im Haushalt der Herrschaft wohnen (im Gegensatz zu den Aufwartefrauen usw.). Sind diese Dienstboten etwa nicht erwerbstätig? Der Umstand, daß sie im Haushalt ihrer Herrschaft wohnen, nimmt ihnen doch wirklich nicht die Eigenschaft der „Erwerbstätigkeit“. Sie sind ebenso zum Zwecke des Erwerbes tätig wie außerhalb des Hauses wohnende, mit häuslichen Diensten sich beschäftigende Personen und wie überhaupt alle anderen Erwerbenden.

Man sagt, sie und die Angehörigen nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als sie nur ein abgeleitetes Einkommen haben, ihr Einkommen aus dem Verdienste anderer beziehen. Das ist aber überhaupt die Eigentümlichkeit der Tauschwirtschaft, daß das Einkommen des einen sich zusammensetzt aus Teilen von dem, was andere verdient haben. Am klarsten zeigt sich das bei den Beamten, die sicher nur „abgeleitetes Einkommen“ haben und doch in der Statistik als Erwerbstätige gezählt werden.

Richtig ist, daß die häuslichen Dienstboten insofern eine eigenartige Stellung einnehmen, als sie ausschließlich einer bestimmten Familie zugehören und daher füglich auch der Berufsklasse dieser Herrschaft zugerechnet werden können und wohl auch am besten zugerechnet werden.

Die häuslichen Dienstboten daher einfach bloß nach ihrer Gesamtzahl festzustellen und sie in die Gruppe D (Häusliche Dienste) aufzunehmen, würde wohl einen zu großen Verlust an statistischen Werten bedeuten. Es ist wichtig zu sehen, wie sich die Dienstbotenhaltung auf die einzelnen Berufsarten verteilt.

Auch das wird kaum zu empfehlen sein, bei jeder einzelnen Berufsart etwa eine Gruppe d (Dienstboten) anzufügen, da auch dann noch immer wertvolle Zahlen verloren gehen würden, weil man auf die Kombination der Zahl der Dienstboten mit der sozialen Stellung der Herrschaft verzichten müßte.

Wenn auch die Zahl der Dienstboten (1¼ Millionen von fast 62 Millionen der Gesamtbevölkerung 1907) keinen Anlaß für eine Sonderbehandlung bietet, so dürfte doch aus den angeführten Gründen gegen die Beibehaltung der Spalte „Dienende“ in der bisherigen Weise an sich nichts einzuwenden sein. Aber die Logik muß zu ihrem Recht kommen und die Erwerbstätigkeit der Dienenden anerkannt werden. Das kann etwa auf die einfache Weise geschehen, daß man in den Kopf der ersten Spalte des Tabellenwerkes statt „Erwerbstätige“ „Erwerbstätige ohne Dienende“ setzt.

2. Die Militärpersonen.

Weiter fällt es auf, daß nach den „Erläuterungen für die Aufstellung des Tabellenwerkes“ zu den Erwerbstätigen auch zu zählen sind „Militärpersonen in Kasernen und Militärgebäuden“, und es ist wohl anzunehmen, obgleich es nicht ausdrücklich gesagt ist, daß in Privatwohnung wohnende Einjährig-Freiwillige in gleicher Weise behandelt werden. Nun sind ja freilich die berufsmäßigen Soldaten ohne Frage erwerbstätig, aber bei den nur ihre allgemeine Dienstpflicht erfüllenden Personen trifft das doch während der Dienstzeit nicht zu. Sie sind, sofern man von der unbedeutenden Löhnung absieht, erwerbslos. Sie werden auf Kosten des Staates unterhalten, genau so wie die Insassen von Strafanstalten, die doch auch einen kleinen Lohn für ihre Arbeit erhalten. Sie sind ebensowenig erwerbstätig wie die unterhaltenen erwerbsunfähigen Angehörigen, die auch in der Regel außer Wohnung, Nahrung und Kleidung eine Kleinigkeit für ihre persönlichen Bedürfnisse (Taschengeld) empfangen. Es ist daher zu empfehlen, sie aus der Gruppe E 1 herauszunehmen und sie der Abteilung F einzureihen. In E 1 würden dann die Berufssoldaten übrig bleiben. Diese Trennung hat keinen Nachteil, wenn an beiden Stellen entsprechende Hinweise gemacht werden. Denn es besteht dann die Möglichkeit, die Gesamtsumme der zur Armee und Marine gehörenden Personen jederzeit durch einfache Addition zu gewinnen. Man hätte aber noch den Vorteil, die Sonderzahlen zu besitzen.

3. Die Berufslosen.

Zu der Abteilung F (Ohne Beruf und Berufsangabe) werden außer den Personen ohne Berufsangabe im wesentlichen gerechnet: 1. Rentner und Pensionierte, 2. Armenunterstützte, 3. Insassen verschiedener Anstalten, 4. die nicht in ihrer Familie lebenden Schüler, Studenten usw. Es gehören aber außerdem noch hierher, fehlen aber, wie gesagt, die nicht berufsmäßigen Militärpersonen. Sie müßten hier noch, als eine besondere Gruppe, eingefügt werden.

Sehr zu beanstanden ist, daß man auch bei den Berufslosen, dem allgemeinen Schema getreu, eine Spalte „Erwerbstätige“ gebraucht. Schon beim Rentier wird man schwerlich von einer Erwerbstätigkeit reden können, noch weniger beim Pensionierten. Wenn aber nun weiter Almosenempfänger, Insassen von Armenhäusern, Siechenanstalten, Irrenanstalten, Strafanstalten als „erwerbstätig“ bezeichnet werden, dann geht das doch zu weit. Und wenn weiter in dieselbe Spalte der Erwerbstätigen bei F die nicht in ihrer Familie lebenden (also in der Regel in Pension oder sonstwie untergebrachten) Schüler, Studenten usw., Kadetten in Kadettenhäusern und Kinder in Waisenanstalten eingereiht werden, während solche Schüler, Studenten usw., die in ihrer Familie leben, den Erwerbstätigen als Angehörige gegenüber gestellt werden, dann verliert man überhaupt jedes logische Sicherheitsgefühl. Es wird schwerlich jemand einsehen können, weshalb ein Schüler, der in Pension gegeben ist, erwerbstätig sein soll, einer aber, der bei seinen Eltern lebt, nicht.

Auch dieser Übelstand ist unschwer zu beseitigen. Man verzichte für die Abteilung F auf die Kopfüberschrift „Erwerbstätige“ und wähle dafür eine andere Kategorie, etwa „Selbständige“, denen man dann die Dienenden und Angehörigen gegenüberstellen mag.

Die „nicht in ihrer Familie lebenden Studierenden, Seminaristen, Schüler usw.“ (F 3) aber gehören dem ganzen System gemäß überhaupt nicht hier herein.

Es ist Kardinalprinzip der Berufsstatistik, an dem hier auch nicht gerüttelt werden soll, daß die Angehörigen dem Berufe ihrer Ernährer (Ehemann, Eltern usw.) zugeteilt werden. Deshalb soll dagegen kein Einwand erhoben werden, daß die Angehörigen der einzelnen Berufsklassen, obgleich sie ohne Frage „berufslos“ sind, nicht in der Abteilung der Berufslosen aufgeführt werden, sondern in

besonderer Ausscheidung bei der jeweiligen Berufsklasse. Eine doppelte Aufführung würde sich jedenfalls nicht empfehlen.

Die unter F 3 gezählten Personen sind nun aber in der Hauptsache Angehörige, deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie und damit zu einem bestimmten Beruf nur nicht bekannt ist, weil sie nicht erhoben wurde. Da nun das entsprechende Familienhaupt sowohl einer der Abteilungen A—E angehören als auch berufslos sein kann, so wäre es logisch, diesen Personen — nebst ihren etwaigen Dienenden und Angehörigen zweiten Grades — eine Sonderbehandlung einzuräumen. Man scheide überhaupt schärfer, als es bisher durch die fortlaufende Buchstabenbezeichnung geschieht, auch drucktechnisch zwischen I. Berufstätigen nebst zugehörigen Dienstboten und Angehörigen (A—E) und II. Berufslosen (selbständigen) mit ihren Zugehörigen (F). Und als Gruppe III füge man hinzu die unselbständigen Personen, deren Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe oder Berufslosengruppe nicht festgestellt wurde (F 3), und unterscheide hierbei nur Dienende und Angehörige.

Bei der Gruppe F 3 zeigt sich noch eine weitere Schwierigkeit. Die Reichsstatistik verzeichnet dort 125 Dienstboten und 429 Angehörige. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich hier im wesentlichen um verheiratete ältere Studierende handelt, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten bekanntlich nicht unbedeutend zugenommen hat. Auch in diesem Falle wäre wieder ein Mangel an Logik festzustellen, da es nicht richtig ist, solche Personen als „nicht in ihrer Familie lebend" zu bezeichnen. Es würde sich doch wohl empfehlen, diese Personen anders zu behandeln als die in Pension befindlichen Schüler und sie nebst ihren Dienstboten und Angehörigen etwa der Klasse F 1 (Von eigenem Vermögen Lebende) einzureihen.

Die Abteilung F dürfte überhaupt noch einer eingehenderen Prüfung bedürfen. Sie ist von einer ganz besonderen Bedeutung, da sie zusammen mit den Angehörigen der anderen Abteilungen die wirtschaftliche Belastung der Bevölkerung darstellt. Es macht aber den Eindruck, als ob man ihr bisher noch nicht genügend Sorgfalt gewidmet hat. Wenn man ihre Zahlen anschaut, stößt man öfters auf unlösbare Rätsel. Was bedeuten z. B. die 11 Dienstboten, die von Insassen von Armenhäusern gehalten werden, oder die 6 Angehörigen von Insassen von Straf- und Besserungsanstalten. Oder was soll man sich dabei denken, wenn von den Personen der Gruppe F 3 („Nicht in ihrer Familie lebende Studierende, Seminaristen und Schüler, Zöglinge in Anstalten für Bildung, Erziehung und Unterricht, in Kadettenhäusern, Waisenanstalten usw.") 25 051 einen Nebenberuf ausüben, und zwar 22 869 in der Landwirtschaft?

Solche auffallenden Angaben könnten durch eine kurze Anmerkung leicht erklärt werden, falls sie nicht überhaupt auf Mängeln der Erhebung oder Verarbeitung beruhen. Was endlich enthält die Klasse F 9 (Ohne eigentlichen Beruf und ohne Berufsangabe)? Was bedeutet da das Wort „eigentlich"? Sind die zu F 1—8 gehörenden Personen ohne „uneigentlichen" Beruf? Gemeint ist offenbar einfach „sonstige Berufslose usw.". Ein alter Lehrer von mir pflegte zu sagen: Eigentlich sollte man das Wort „eigentlich" gar nicht gebrauchen.

Es sind im vorstehenden einige wenige Fragen aus der Berufsstatistik erörtert worden, die gelegentlich einer wissenschaftlichen Arbeit auftauchten und deren Durchdenkung wichtig erschien. Um die Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen nicht leiden zu lassen, ist dabei die Rücksicht maßgebend gewesen, nur unbedingt notwendige Änderungen vorzuschlagen. Wenn bessere Vorschläge gemacht werden, so kann es nur der Sache dienen. Das Wesentliche ist, daß die logischen Mängel unserer Berufsstatistik beseitigt werden. Nicht Nörgelsucht, sondern der aufrichtige Wunsch, zur Besserung beizutragen, war mein Beweggrund. Wer übrigens das Tabellenwerk der Berufszählung von 1882 vornimmt, wird sehen, daß einige der oben ausgesprochenen Gedanken andeutungsweise bereits damals sich vorfinden. Leider sind sie später nicht nur nicht weiter ausgebaut worden, sondern man hat sie überhaupt fallen lassen.

Neues aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Bevölkerungsbewegung Charlottenburgs. Die Bearbeitung der Charlottenburger Bevölkerungsbewegung, die nunmehr im 24. Hefte der „Charlottenburger Statistik" (29 und 230 S.) für die Jahre 1909 und 1910 vorliegt, dürfte nächst der vom Statistischen Amte der Stadt Berlin herausgegebenen wohl zu den umfangreichsten und weitgehendsten gehören, die von städtischen statistischen Ämtern veröffentlicht werden. Charlottenburg gehört neben Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf und Lichtenberg zu denjenigen Großstädten, die ohne Eingemeindungen eine ganz rapide Bevölkerungszunahme aufzuweisen haben, und zwar im wesentlichen auf Kosten Berlins, wenn auch der Einfluß der von außen her Zuwandernden nicht zu unterschätzen ist. Ein Vergleich mit den Zählungsergebnissen der letzten 25 Jahre ergibt, daß die Zunahme von Jahrfünft zu Jahrfünft, von Abweichungen abgesehen, eine fast gleichmäßige ist und durchschnittlich etwa 56 000 beträgt. Bei der starken Zuwanderung verschwindet das natürliche Wachstum nahezu in seiner Bedeutung; es betrug in den letzten 3 Jahren weniger als 0,9 %, auf den Bevölkerungsstand am Jahresanfang bezogen.

Die Heiratsziffer hatte in den Jahren 1906 bis 1908 eine gewisse Beständigkeit erreicht. 1909 sank dieselbe von 19,24 (1908) auf 18,34, um 1910 auf 19,70 ‰ der mittleren Jahresbevölkerung zu steigen. Als durchschnittliches Heiratsalter ergab sich bei den Männern 29,64 bezw. 29,44 Jahre in den beiden Berichtsjahren; bei den Frauen betrug es 26,50 bezw. 26,65 Jahre. Vor dem 30. Lebensjahre heirateten von den Männern 65,27 % bezw. 61,77 %; von den Frauen heirateten 51,15 % bezw. 50,65 % vor Vollendung des 25. Lebensjahres.

Eine Statistik der Ehescheidungen in Charlottenburg wurde erstmalig in Heft 22 der Charlottenburger Statistik veröffentlicht, und zwar auf Grund von Zählkarten, die durch das Landgericht für das Preuß. Stat. Landesamt angefertigt und von diesem dem Statistischen Amte der Stadt Charlottenburg zur weiteren Bearbeitung überlassen werden. Soweit die vorliegenden Zahlen erkennen lassen, bewegen sich die Ehescheidungen in aufsteigender Linie, sowohl absolut genommen wie auch auf die neugeschlossenen Ehen bezogen. 1905 kamen auf 100 neugeschlossene Ehen schon 4,79 Ehescheidungen; in den beiden Berichtsjahren dagegen 6,47 bezw. 6,37. Mehr als die Hälfte der Ehen wurde auf Grund des § 1565 B.-G.-B. geschieden, während bei einem Drittel § 1568 Anwendung fand. Als schuldiger Teil kam in mehr als der Hälfte der Fälle der Mann in Betracht; aber auch die Zahl der Fälle, in denen beide Ehegatten für schuldig befunden wurden, zeigt steigende Tendenz.

Gegenüber den Vorjahren hat die Statistik der Geburten eine wesentliche Erweiterung erfahren. Von der geplanten Darstellung der Geborenen nach der Geburtenfolge und Ehedauer mußte wegen Unzulänglichkeit des Urmaterials abgesehen werden. Die seit Jahren in Charlottenburg beobachtete sinkende Tendenz der Geburtenziffer hat sich auch in den beiden Jahren weiterhin durchgesetzt; nächst Schöneberg (16,22) und Dt. Wilmersdorf (16,35) hat Charlottenburg unter den deutschen Großstädten 1910 die geringste Zahl von Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner aufzuweisen, nämlich 19,92. Bemerkenswert bleibt, daß dabei in beiden Jahren die Häufigkeit unehelicher Geburten zwar konstant geblieben ist, den Vorjahren gegenüber aber beträchtlich zugenommen hat, so daß der Rückgang der Geburtenziffer allein auf die ehelichen Kinder entfällt. Dies kommt deutlicher zum Ausdruck, wenn man die ehelichen Geburten auf die mittlere Zahl der Ehefrauen bezieht. Letzten Endes dürfte diese Erscheinung darauf zurückzuführen sein, daß der Anteil der erst- und zweitgeborenen Kinder in Zunahme begriffen ist, der der nachgeborenen dagegen abnimmt bei gleichbleibender Zahl der ehelich Geborenen, während andererseits die Zahl der ehelich Erstgeborenen, auf 100 Eheschließungen bezogen, gleichfalls einen merklichen Rückgang erkennen läßt. Auf den Zusammenhang zwischen Wohlhabenheit und Geburtenfrequenz innerhalb der Stadt ist gleichfalls hingewiesen.

Die Zahl der Legitimierungen nimmt in Charlottenburg mit der wachsenden Zahl der unehelich Lebendgeborenen zu; es hält aber diese Zunahme nicht gleichen Schritt mit der Zunahme der unehelich Geborenen, wie die Beziehung der Legitimierungen auf die Anzahl der Geborenen erkennen läßt. Allerdings ist diese Beziehung, weil die in einem Kalenderjahre legitimierten Kinder aus verschiedenen Geburtsjahrsklassen stammen, nicht korrekt. Es ist deshalb versucht, eine Legitimierungstafel aufzustellen, in der die aus einem Geburtsjahrgange legitimierten Kinder aufgeführt werden; diese Tabelle bedarf allerdings von Jahr zu Jahr einer entsprechenden Ergänzung. Die bereits vorliegenden Zahlen lassen erkennen, daß etwa 30—35 % der in Charlottenburg lebendgeborenen unehelichen Kinder legitimiert werden.

Unter den deutschen Großstädten gehört Charlottenburg zu denjenigen, die nächst Wilmersdorf und Schöneberg die niedrigste Sterblichkeitsziffer aufzuweisen hat. Allerdings ist diese günstigere Sterblichkeit z. T. mit begründet durch die starke Besetzung der lebensfähigsten mittleren Altersstufen. Der Vergleich der Sterbetafeln der Jahrfünfte 1901/1905 und 1906/1910 läßt deutlich erkennen, daß die günstigere Gestaltung der Sterblichkeitsverhältnisse im wesentlichen auf die Besserung der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen ist. Um für letztere einen genaueren Maßstab zu erhalten, wurde eine nach Legitimität getrennte Sterbetafel für Säuglinge berechnet, und zwar für einen fünfjährigen Zeitraum, unter Berücksichtigung der Legitimierungen und Wanderungen. Überhaupt ist die Säuglingssterblichkeit in der zahlenmäßigen Darstellung so ausführlich behandelt, wie das vorhandene Material es nur ermöglichte.

Der Mortalitätsstatistik ist eine ausführliche Statistik der Morbidität angegliedert. Dieselbe umfaßt zwar nur die in den städtischen Krankenhäusern behandelten Fälle nach der definitiven Erkrankungsdiagnose sowie die polizeilich gemeldeten Fälle von Infektionskrankheiten, gegliedert nach dem Alter der Erkrankten, nach der Erkrankungszeit und der Häufigkeit der Fälle auf den einzelnen Wohngrundstücken. Die Erkrankungsziffer, gemessen an der Zahl der in den städtischen Krankenhäusern behandelten Kranken, betrug in den beiden Jahren beim männlichen Geschlechte 32,5 ‰ bezw. 33,2 ‰, beim weiblichen dagegen 33,5 ‰ bezw. 36 ‰ der mittleren Jahresbevölkerung.

Bei der Bedeutung, die den Wanderungen für das Wachstum der Stadt zukommt, sind dieselben ziemlich ausführlich behandelt worden. Insbesonders ist auch die aus dem Bevölkerungsaustausch mit den Nachbarorten sich ergebende Bilanz gezogen worden. Hatte die Beteiligung an der Wanderungsbewegung von 1900 ab von 60,2 % der mittleren Jahresbevölkerung bis 1906 mit 69,5 % zugenommen, so scheint in den letzten 3 Jahren, wo sie zwischen 63,7 % und 63,3 % schwankte, ein gewisser Beharrungszustand eingetreten zu sein, wie ja auch die absoluten Zahlen des letzten Jahrfünfts nicht dieselbe sprunghafte Bewegung erkennen lassen wie in der vorausgehenden Zeit. *F. Winkler.*

VIII. Grundbesitzstatistik.

Bodenbenutzung im Kanton Zürich. Als Heft 108 seiner „Statistischen Mitteilungen“ ließ das kantonale statist. Bureau eine über 100 Seiten 8° umfassende Schrift „Die Arealverhältnisse im Jahre 1910“ erscheinen, die in einen Textteil (Seiten 5—36), einen tabellarischen Teil mit gemeinde- und bezirksweisen Übersichten (Seiten 37—97) und einen Anhang mit den erlassenen Kreisschreiben und Fragebogen (Seiten 98—108) zerfällt. Die Arbeit stellt die Verwirklichung eines Programmpunktes der Amtsstelle dar. Sie fußt auf zwei Erhebungen, die im Frühjahr 1910 sukzessive vorgenommen wurden. Die erste ermittelte das gesamte unproduktive Areal (öffentliche Plätze, Turnplätze, Lager- und Werkplätze, Kiesgruben, Steinbrüche, Lehmgruben, Schutthalden, stehende Gewässer ohne Seen, Teiche und andere nicht benutzbare Flächen, wie Gebäudegrundfläche, Straßen- und Eisenbahngebiet). Es ergab sich eine unproduktive Fläche von rund 10800 Hektar, was 6,6 % der gesamten festen Oberfläche des Kantons Zürich ausmacht. Die zweite Erhebung stellte die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche fest (154136 ha), die sich auf die einzelnen Kulturarten verteilt, wie folgt: Gartenland und Gärtnereiareal 1757,5 ha (1,1 %), Reben 3235,7 ha (2,1 %), Ackerland 18831,7 ha (12,2 %), Wiesland 73618,0 ha (47,8 %), Riedland: 9645,6 ha (6,3 %), Wald: 47047,5 ha (30,5 %.) Verglichen mit einer Arealerhebung, die 1774 vorgenommen wurde, ergibt sich als Hauptmerkmal ein Rückgang des Ackerlandes um 52236 ha d. i. 73,5 %, der zum größten Teil dem Wiesland zugute kam, welches in dieser Zeit um 30683 ha zugenommen hat. Am stärksten nahm das Ackerland im Jahrzehnt

1874—1884 ab, nämlich durchschnittlich um 1019,6 ha im Jahr. Im weiteren ergibt sich auch eine starke Abnahme des Rebareals, und zwar ist dasselbe infolge vieler Mißernten seit 1881 um 2350,6 ha zurückgegangen. In einigen Bezirken ist der Weinbau in den letzten Jahren so gut wie ganz ausgestorben. Eine Untersuchung über die Bebauung des Ackerlandes ergab 1910 folgende Daten: Getreide 9246,2 ha, (49,1 %), Hackfrüchte (Kartoffeln, Runkeln, Rüben) 4462,3 ha (23,7 %) und Feldfutterbau 5123,2 ha (27,2 %). Vom Getreideland speziell entfiel annähernd die Hälfte (46,6 %) auf Weizenland, ungefähr ein Viertel (26,7 %) auf Roggen und der Rest auf Hafer, Gerste, Korn, Spelz und Mischfrucht. Am stärksten ging in den letzten zwanzig Jahren (1891 bis 1910) der Korn- (Spelz-) Bau zurück und zwar um 1514,3 ha (81,7 %). Auch der Anbau der Hackfrüchte ist der immer mehr überhandnehmenden Milchwirtschaft in den letzten Jahren stark geopfert worden. Er ging von 1874 bis 1910 um 5839,7 ha oder um 56,7 % zurück. Am meisten werden noch Kartoffeln gebaut (80 %); dann folgen die Runkeln mit 17,2 %, während Rüben und Kohlrabi auf dem Aussterbeetat stehen. Vom Wiesland fallen 69,8 % auf gutes (d. h. zweimähdiges mit Herbstweide), 25,7 % auf mittleres (d. h. mit je einmaligem Heu- und Emdertrag) und 4,5 % auf geringes mit nur einem Grasschnitt pro Jahr.

Das Riedland hat dank der vermehrten Viehhaltung und dem gleichzeitigen Rückgang der Strohproduktion aus Ackerbau an Terrain gewonnen. Seit 1870 hat es sich um volle 52,2 % vermehrt. In einzelnen Bezirken ging es allerdings durch die Meliorationen zugunsten des Wieslandes zurück, während die gleichzeitige Zunahme in einem der anderen Bezirke sich sogar auf 271,4 % stellt. Vom ganzen Riedland entfällt auf Streuried 95,4 %, auf Torfried dagegen nur 4,6 %. Vom Wald mag interessieren, daß von den 187 Gemeinden des Kantons nur eine stadtzürcherische Vorortgemeinde keine Waldungen auf ihrem Terrain besitzt. In der Mehrzahl der Kommunen beansprucht der Wald 20—50 % der Kulturfläche, und bei der Stadt Winterthur steigt der Prozentsatz sogar bis auf 70,6. Der interessanten Arbeit sind zwei hübsche kolorierte Kärtchen beigegeben, von denen das erste die Verteilung des Reblandes, die zweite diejenige des Ackerlandes in den einzelnen Gemeinden veranschaulicht. *J. Hüppy.*

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Österreichische Eisenbahnstatistik. Von der unter diesem Titel alljährlich erscheinenden Veröffentlichung des K. K. Eisenbahnministeriums liegt der Jahrgang 1910 vor (Wien 1912). Die Publikation gliedert sich in 2 Teile, von denen der erste die Haupt- und Lokalbahnen, der zweite die Klein- und Schleppbahnen behandelt. Aus dem Inhalt verdient der Abschnitt über die Entwicklung des österreichischen Eisenbahnnetzes besondere Hervorhebung, weil darin vom Entstehen der ersten (Pferde-) Bahnlinie in den Jahren 1825—1832 bis in die jüngste Zeit alle die Ausbildung und Erweiterung des österreichischen Eisenbahnnetzes und die Entwicklung des Eisenbahnwesens überhaupt beeinflussenden Faktoren finanzieller, wirtschaftlicher und staatlicher Natur kritisch beleuchtet werden. Speziell die für Österreich in der jüngeren Zeit hochaktuelle Lokalbahnfrage wird in allen ihren Teilen entsprechend gewürdigt. Die erste Lokomotiveisenbahn Österreichs wurde im Jahre 1837 mit einer Streckenlänge von 14 km in Betrieb gesetzt. Im Jahre 1910 betrug die Gesamtlänge aller Haupt- und Lokalbahnen 22 642 km; Bahnhöfe waren 3 445, Haltestellen 2 219. Die Gesamtsumme der Erhaltungs- und Umgestaltungskosten aller baulichen Anlagen betrug im Jahre 1910 rund 69 Mill. Kronen, wovon rund 62 % auf Oberbau, je 17 % auf Unterbau- und Hochbaukosten und 4 % auf Telegraphen- und Signaleinrichtungen entfallen. In Verwendung standen 7196 Lokomotiven, 14175 Personen- und 156680 Lastwagen. Die Erhaltungs- und Herstellungskosten der Fahrbetriebsmittel beliefen sich im Jahre 1910 auf rund 75 Mill. Kronen, die Betriebseinnahmen auf rund 982 Mill. Kronen, die Betriebsausgaben auf 754 Mill. Kronen.

O. Wittschieben.

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Schuldverschreibungen der deutschen Bodenkreditinstitute. Außer der bereits früher veröffentlichten Statistik über die Schuldverschreibungen der deutschen Stadt- und Landgemeinden und sonstigen öffentlich rechtlichen Schuldner sowie außer der Statistik der Schuldverschreibungen der privatrechtlichen Aussteller (Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften usw.) hat das Kaiserliche Statistische Amt — gleichfalls für den 31. Dez. 1910 — eine Statistik der in den beiden andern Arbeiten nicht berücksichtigten Schuldverschreibungen der deutschen Bodenkreditinstitute hergestellt und im 1. Vierteljahrsheft z. Stat. d. D. Reichs 1912 S. I 101—106 veröffentlicht. Als Aussteller der Schuldverschreibungen dieser Statistik kamen in Betracht: 14 staatliche, provinzielle oder städtische Institute, 17 Renten- oder Landeskulturrentenbanken, 24 Landschaften, 38 Hypothekenaktienbanken und 2 sonstige Institute (nämlich ein Institut mit juristischer Persönlichkeit kraft landesherrlicher Verleihung und eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Der Gesamtbetrag des Obligationen-Umlaufs der 95 deutschen Bodenkreditinstitute war am 31. Dez. 1910 15 818 996 000 ℳ = 15,819 Millionen ℳ. Zum Vergleiche sei mitgeteilt, daß der Obligationen-Umlauf der 705 öffentlichrechtlichen Aussteller (Stadt- und Landgemeinden usw.) an diesem Tage 5 684,322 und derjenige der 2017 privatrechtlichen Aussteller 3 964,027 Millionen ℳ betrug. Durch jene 3 Statistiken wird somit ein Umlauf an Schuldverschreibungen Ende 1910 von zusammen 25 467,35 Millionen ℳ oder nahezu 25½ Milliarden ℳ nachgewiesen. *E. Moll.*

Ausbietung von Forderungen. Eine Neuerscheinung in dem 30. Jahresbericht des Verbands der Vereine „Kreditreform" auf das Jahr 1910/11 ist die Erörterung der Frage nach der Ausbietung von Forderungen, die einzelne Kredit-

und Schutzvereine schon seit Jahrzehnten in großem Maßstabe üben und die in neuerer Zeit von allen Kredit- und Schutzvereinen in ihre Satzungen aufgenommen worden ist. Viele, darunter größere und bedeutendere Zeitungen verhalten sich jedoch gegen die Veröffentlichung derartiger Anzeigen, in denen der Schuldner mit vollem Namen, der Schuldsumme und der Wohnung angegeben ist, ablehnend. Es besteht deshalb zurzeit ein lebhafter Meinungsaustausch in den beiderseitigen Kreisen. Der Gläubiger wird in den Anzeigen der Vereine, die regelmäßig veröffentlicht werden und ganze Spalten füllen, nicht genannt. Dies reizt ihn oft, die beim Kreditgeben nötige Vorsicht außer acht zu lassen, und es ist nicht selten, daß ⅙ aller Mitglieder Forderungen anzumelden haben. Man hat es also hier mit einer Einrichtung zu tun, die wohl im Interesse der Mitglieder der betreffenden Vereine, nicht aber in dem der Allgemeinheit liegt. Über die Anwendung dieses Verfahrens spricht sich der Bericht vorsichtig aus, ebenso über die Diskontierung von Buchforderungen, bei welch letzterer die Äußerungen einer Anzahl bedeutender Handelskammern wiedergegeben sind. Der Eingabe des Verbandsvorstandes über das Verschreibungsunwesen schlossen sich 19 außerhalb des Verbandes stehende Vereine an.

Aus dem Bericht seien folgende Zahlen entnommen: Die Mitgliederzahl betrug 81437, die Zahl der schriftlichen Erledigungen im Auskunftsdienst 2506308. Zum Mahnen wurden 12274225,79 *M* angemeldet, geordnet 7174950,10 *M*. — Auf eine Umfrage über die Geschäftslage in verschiedenen Teilen des Reichs gingen 340 Antworten ein. In etwa 50 Fällen war die Lage günstig, in 100 aufsteigend, in 60 ziemlich günstig, in 50 unverändert, in 20 nicht befriedigend und in 50 ungünstig.

Über den Erfolg der durch Zeitungen ausgebotenen Forderungen gibt der kürzlich von dem Vorsitzenden eines in einer Residenz Thüringens bestehenden Kreditschutzvereins erstattete Jahresbericht Aufschluß. Von 357 Mitgliedern hatten 200 1012 Forderungen im Betrage von 10003 *M* angemeldet, von denen 70% durch Mahnschreiben, Zahlungsbefehle usw. beigetrieben wurden, während der Rest durch die Zeitungen ausgeboten wurde; die Ausbietungen hatten jedoch, trotzdem sie bis zu 10% abgegeben wurden, nur sehr geringen Erfolg. Da es sich hierbei zuweilen um Summen von wenigen Mark handelt und dieselben zu den unsichersten Forderungen gehören, so handelt es sich hier wohl weniger darum, den Gläubigern zu ihrem Gelde zu verhelfen, als vielmehr die Schuldner der Öffentlichkeit preiszugeben. *R. Kootz.*

XIV. Arbeiterstatistik.

Arbeiter-Binnenwanderungen im Deutschen Reich. Im Reichs-Arbeitsblatt 1911 Nr. 12 ist, wie schon in 1910 Nr. 12 nach einem Vorgange des bayer. Statist. Landesamts (Zeitschr. 1910 Nr. 2), der Versuch gemacht, die Binnenwanderungen von Arbeitern nach dem Quittungskartenaustausche der Landes-Versicherungsanstalten im Jahre 1910 zu erfassen. Nach § 133 des Inv.-Vers.-Ges. ist jede Quittungskarte eines Versicherten am Kopfe mit dem Namen derjenigen Anstalt zu bezeichnen, in deren Bezirk ihm die erste Karte ausgestellt wurde, alle folgenden Karten sind (§ 138 I.-V.-G.) dieser ersten Versicherungsanstalt zu überweisen. Die Zahl der bei einer Anstalt eingehenden Karten gibt also die Zahl der Versicherten an, die aus dem Bezirke der Anstalt, in dem sie ihre erste Karte ausstellen ließen, seitdem abwanderten; umgekehrt zeigt der Versand von Karten die Zuwanderung von Versicherten, d. h. im allgemeinen von mehr als 16 Jahre alten Lohnarbeitern. Es werden jedoch nicht alle Wanderungen erfaßt; es fehlen die Wanderungen innerhalb des Anstaltsbezirks, der Arbeiteraustausch mit und zwischen den Staats- und Kommunalbetrieben, für die besondere Kasseneinrichtungen bestehen, und sonstigen Betrieben (insbesondere Bergbau) mit zugelassenen Kasseneinrichtungen (§ 10 I.-V.-G.), zum Teil die der Ausländer usw.

Nach den Zusammenstellungen hatten 1910 Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Mecklenburg, Thüringen und Braunschweig weniger Karten versandt als erhalten; aus diesen Bezirken sind also seit Beginn der Versicherung mehr Arbeiter, die 1910 ihre Karten umtauschten, abgewandert als zugewandert. Am größten ist der Wanderungsverlust Schlesiens mit 102868. Ostpreußens mit 79132, Posens mit 72752 und Westpreußens mit 64512 Arbeitern. Die stärkste Anziehungskraft haben Berlin und Brandenburg mit einem Gewinn von 132314 bezw. 127982 Arbeitern, ferner die Rheinprovinz (71912) und die Hansestädte (71458) gehabt.

Ein Vergleich des Austauschergebnisses dieses Jahres mit dem des Vorjahres gewährt einen ungefähren Einblick in die Wanderergebnisse des Berichtsjahres allein. Hierbei zeigen 1910 den stärksten Wanderungsgewinn gegenüber dem Vorjahre Schleswig-Holstein (17575), die Hansestädte (14559), Brandenburg (12832) und Berlin (12383); einen starken Wanderungsverlust gegenüber dem Vorjahre zeigen Rheinprovinz (24136), Pommern (14295), Mecklenburg (14236), Thüringen (7620) und Braunschweig (7380). *R. Claus.*

Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Durch seine jüngsten Erhebungen über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft sucht der „Verein für Sozialpolitik“ festzustellen, welche Ansprüche in den einzelnen Zweigen der geschlossenen Großindustrie an die psychischen und physischen Eigenschaften der Arbeiterschaft gestellt werden, und welche Veränderungen die Persönlichkeit des Arbeiters daselbst erfährt. Die Grundlage dieser Erhebungen, für deren Durchführung eine größere Anzahl von Mitarbeitern gewonnen wurde, bildet ein vom Verein ausgearbeiteter Fragebogen, dessen Ausfüllung zum Teil nicht durch die Arbeiter selbst, sondern nach deren Einvernahme durch die die Untersuchung durchführenden Personen bewirkt wurde.

Die Ergebnisse der bisher zu Ende geführten Einzeluntersuchungen sind in den Bänden 133—135 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Leipzig 1910—1912, Duncker & Humblot) veröffentlicht; sie betreffen die Verhältnisse in folgenden Industriezweigen: Textilindustrie (Marie Bernays), Elektroindustrie (v. Bieńkowski, J. Deutsch), Buchdruckerei (Hans Hinke), Feinmechanik (Cl. Heiß), Maschinenindustrie (Dora Landé), Lederwarenindustrie (Max Morgenstern) und Steinzeugindustrie (Karl Keck).

Aus dem Inhalte dieser Arbeiten sei zunächst einiges über die Bedeutung der geographischen Provenienz für die Arbeitseignung und -leistung mitgeteilt. Es zeigt sich da — und zwar in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Berufszählung —, daß die gelernten Arbeiter mit Ausnahme derjenigen, deren Beruf besondere körperliche Kraft erfordert (z. B. Schmiederei), vorwiegend städtischer, die ungelernten aber zumeist ländlicher Herkunft sind. So stammten in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken nach den Angaben Dr. Deutsch's von den (qualifizierten) Schlossern und Mechanikern 39%, von den (unqualifizierten) Spenglern, Wicklern und sonstigen Hilfsarbeitern aber 67% und von den Schmieden gar 80% vom Lande. Gleichartige Feststellungen haben auch andere Mitarbeiter gemacht. Bieńkowski hebt dabei hervor, daß sich die ländlichen Elemente jeder noch so schmutzigen Arbeit unterziehen, hingegen die städtischen Hilfskräfte eine deutliche Abneigung gegen alle Arbeiten zeigen, die unter ungünstigen Arbeitsbedingungen ausgeführt werden müssen; als Beweis hierfür führt er an, daß in der von ihm untersuchten, in nächster Nähe Berlins gelegenen Kabelfabrik in den Betriebsabteilungen, wo besonders schmutzige Arbeiten zu verrichten waren, 61,5% aller Arbeiter aus ländlichen Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern, 19,65% aus Städten bis zu 10000 Einwohnern, 15% aus Städten bis zu 50000 Einwohnern und 3,85% aus Städten mit mehr als 50000 Einwohnern stammten.

Setzt man die geographische Provenienz mit der Leistungsfähigkeit in Beziehung, so ergibt sich, daß dort, wo besondere körperliche Widerstandsfähigkeit erforderlich ist, die ländlichen Elemente an der Spitze stehen, daß sich hingegen die Städter und vor allem die Großstädter dort als die leistungsfähigsten erweisen, wo besondere Anforderungen an die Intelligenz gestellt werden. Sonst zeigen sich nach den Beobachtungen mehrerer Mitarbeiter im allgemeinen die Elemente als die leistungsfähigsten, die den Klein- und Mittelstädten entstammen. So stellte z. B. Marie Bernays in einer größeren rheinischen Spinnerei und Weberei fest, daß daselbst der Verdienst der Arbeiter, die in Mittelstädten geboren und in Kleinstädten aufgewachsen waren, 125% des Durchschnittsverdienstes aller Arbeiter betrug.

Neben der geographischen ist auch der sozialen Provenienz der Arbeiterschaft Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dabei hat sich gezeigt, daß die Väter der gelernten Arbeiter zu einem guten Teil auch gelernte Arbeiter oder aber selbständige Kleinmeister waren und daß die ungelernten Arbeiter besonders den Kreisen der Erd- und Landarbeiter entstammen. Die weibliche Arbeiterschaft unterscheidet sich dabei hinsichtlich ihrer Zusammensetzung insofern von der männlichen, als bei ihr der Anteil der den niedersten sozialen Schichten entstammenden Elemente im allgemeinen größer ist als dort. Namentlich ist hier der Anteil der Abkömmlinge von Handwerkern an der Gesamtheit geringer als bei der männlichen Arbeiterschaft. Während sich z. B. in der in Frage stehenden Spinnerei und Weberei unter den männlichen Arbeitern 19% Handwerkerkinder befanden, belief sich daselbst bei den weiblichen Arbeitern deren Anteil nur auf 9,7%. Aber auch die gelernten Fabrikarbeiter scheinen nach den gemachten Erfahrungen nicht allzu sehr geneigt zu sein, ihre Töchter in die Fabrik zu senden.

Besonders wertvoll sind die Feststellungen über die Altersschichtung. Zeigen sie doch aufs neue, daß die Industrie ihr Menschenmaterial außerordentlich rasch verbraucht. So waren in der Berliner Maschinenindustrie nach den Angaben Dora Landé's von 1645 befragten Arbeitern nur 75 = 4,6%, in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken von 243 nur 13 = 5,3% und in der von Karl Keck untersuchten badischen Steinzeugwarenfabrik von 1767 nur 63 = 5,4% über 50 Jahre alt.

Noch deutlicher tritt die oben genannte Erscheinung zutage, wenn man dem Alter den Verdienst gegenüberstellt und zwar zeigt sich hierbei, daß die Leistungsfähigkeit der Industriearbeiter durchschnittlich vom 40. Lebensjahre an mehr und mehr zurückgeht. In der mehrfach erwähnten Spinnerei und Weberei betrug so der Durchschnittsstundenverdienst bei den 25 bis 40 jährigen Arbeitern 34.6, bei den 40 bis 50 jährigen 32,8 und bei den 50 bis 60 jährigen nur noch 28,2 Pfennige.

Weiter wurden Feststellungen über den Familienstand und dessen Einfluß auf die Lohnhöhe gemacht. Hier zeigte sich im allgemeinen, daß von den qualifizierten Arbeitern ein höherer Prozentsatz verheiratet ist als von den gleichaltrigen unqualifizierten. So gab es in den österreichischen Siemens-Schuckert-Werken unter den qualifizierten, über 24 Jahre alten Arbeitern 13,8, unter den Hilfsarbeitern von mehr als 24 Jahren aber 24,4% Ledige. Die Erklärung dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß viele der Hilfsarbeiter so wenig verdienen, daß sie nicht heiraten können.

Was den Einfluß des Familienstandes auf die Lohnhöhe anbetrifft, so zeigte sich, daß der verheiratete Mann bis zu einem gewissen Alter, d. h. bis zu dem Zeitpunkte, wo die Kinder herangewachsen sind und mit verdienen helfen, mehr und auch stetiger arbeitet als der unverheiratete, daß er dann aber wesentlich nachläßt und in der Verdiensthöhe von dem Ledigen überflügelt wird. So betrug z. B. in dem München-Gladbacher Textilbetrieb der Durchschnittsverdienst der verheirateten Arbeiter zwischen 25 und 40 Jahren 109,7%, der der ledigen gleichen Alters aber nur 89,7% des Durchschnittsverdienstes aller daselbst beschäftigten Arbeitskräfte. Dagegen zeigten in der darauffolgenden Altersklasse (40 bis 50 Jahre) die ledigen Arbeiter eine Lohnhöhe von 109,7% und die verheirateten eine solche von 96,3% des genannten Durchschnittsverdienstes.

Weitere Feststellungen betreffen unter anderem die Gründe der Berufswahl, die Häufigkeit des Berufs-, Stellen- und Ortswechsels, die Familienverhältnisse sowie das außerberufliche Leben der Arbeiterschaft.

Es würde zu weit führen, auf alle diese Dinge hier einzugehen. Bemerkt sei nur, daß sich auch hier zum Teil recht interessante Resultate ergeben haben, die wie alles andere beigebrachte Material — namentlich bei einer Kombination mit den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung — vorzügliche Unterlagen für die Erklärung des Auslese- und Anpassungsprozesses der großindustriellen Arbeiterschaft wie für die Erkenntnis des Wesens des modernen Großbetriebs überhaupt abgeben.

K. Bormann.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Ernährungsweise der Kinder im ersten Lebensjahr in Lübeck. Etwa Mitte Dezember 1910 erfolgte, wie aus dem „Geschäftsbericht des Statistischen Amtes" für das Verwaltungsjahr 1910 zu entnehmen, eine Umfrage in der Weise, daß in allen Häusern, in denen am 1. Dezember Kinder im ersten Lebensjahre gezählt waren, ein besonderer Fragebogen durch bejahrte Hilfsarbeiter des Statistischen Amts umgeteilt und in der Regel auch abgefragt wurde. Schwierigkeiten sind dabei, von ganz verschwindenden Ausnahmen in der Bildungsschicht abgesehen, nicht zu überwinden gewesen. Aus dem Ergebnis der Aufnahme sei mitgeteilt, daß von sämtlichen im ersten Lebensjahre stehenden 2529 Kindern 65,6 % gestillt wurden oder doch gestillt waren. Bei den ehelichen Kindern stieg der Prozentsatz der mit Brustmilch groß gemachten auf 68,2 %, bei den unehelichen betrug er nur 35,6 %. Im Landgebiet waren 70,5 % aller Kinder gestillt, in der Stadt nur 64,5 %. Bei der weiteren Bearbeitung sind sämtliche Kinder nach den Monaten ihrer Geburt und die ehelichen auch noch nach dem Alter der Mutter, dem Beruf des Vaters und dem Mietpreis der Wohnung ausgezählt worden. Von den ehelichen Kindern im ersten Monat wurden nicht gestillt 28,7 %, von denen im sechsten Monat nur 27,1 %; man wird daraus schließen können, daß die Stilldauer in Lübeck eine erfreulich lange ist. Betrachtet man die einzelnen Stände für sich, so ergibt sich eine sehr verschiedene Stillziffer: die ehelichen Kinder der höheren Stände (Großindustrielle, Großkaufleute, Akademiker) wurden zu 83,3 % gestillt, die der sonstigen Selbständigen zu 67,3 %, die der Angestellten zu 65 %, die der gelernten Arbeiter zu 65,5 % und die der ungelernten zu 71,4 %. Darnach nimmt — in bedeutsamem Gegensatz zu früher — die Stillziffer im ganzen mit der Wohlhabenheit zu.

J. Hartwig.

XX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Die Prostitution in Zürich und ihre Bekämpfung. Unter dem Titel „Zur Kenntnis der Prostitution in Zürich und zur sozialhygienischen Bekämpfung der Prostitution und ihrer Schädigungen" hat der frühere Stadtarzt-Assistent Dr. med. E. H. Müller in Nr. 11 der „Statistik der Stadt Zürich" eine Schrift (59 S., Preis 1 Fr.) veröffentlicht, bei der er seine eigenen praktischen Erfahrungen bei der ärztlichen Untersuchung der Dirnen, sowie die einschlägigen Akten der Stadtpolizei für die Jahre 1904—1910 verwertet hat. Die untersuchten Dirnen, die entsprechend den Bestimmungen des Strafgesetzbuches des Kantons Zürichs nur einen Bruchteil der wirklich vorhandenen Prostituierten ausmachen, werden hier untersucht nach der Heimatszugehörigkeit (die meisten sind Ausländerinnen bzw. kantonsfremde Schweizerinnen), ihrem Zivilstand (drei Viertel sind unverheiratet, ein Fünftel Ehefrauen), Alter (zwei Drittel der Dirnen sind 16—27 Jahre alt) und Beruf. Die letzteren Angaben sind mit besonderer Vorsicht aufzunehmen, Die meisten Untersuchten waren Kellnerinnen (30 %). 14 % gaben sich als Mägde an, aber Verfasser meint, daß sie tatsächlich nicht selten gar nicht als Magd gearbeitet, sondern irgendeine Lehre gemacht oder begonnen haben. — Ein besonderer Abschnitt mit mehreren Diagrammen ist den interessanten monatlichen Schwankungen in der Verbreitung der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten während des Jahres gewidmet. Die weitaus überragende Häufigkeit entfällt auf die Sommermonate Juni bis August, kleinere Gipfel zeigen der März und November.

Die zweite Hälfte der Schrift befaßt sich *de lege ferenda* mit der Regelung des Prostitutionswesens namentlich im Hinblicke auf die dringend nötige energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie stellt ferner Forderungen auf bezüglich der Fürsorge für die gefallenen Mädchen. Anhangsweise wird über die Erfahrungen in Straßburg i. E. und Freiburg i. B. auf Grund der Untersuchungen der Professoren Wolff und Jacobi referiert.

H. Thomann.

XXV. Statistische Sammelwerke.

Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Der aus sachkundiger Feder in Nr. 2 Sp. 54 dieses Jahrgangs gegebenen allgemeinen Würdigung des großen, Georg v. Mayr als Ehrengabe zu seinem 70. Geburtstage gewidmeten Werks glaubt die Redaktion, wie bereits dort angekündigt, eine Besprechung des Inhalts im einzelnen folgen lassen zu sollen. Der Schwierigkeit, einen Beurteiler zu finden, der, in allen Teilen des weiträumigen Gebäudes der Statistik heimisch, sich dieser Mühe unterziehen würde, wurde die Redaktion durch den Mann selbst enthoben, zu dessen Ehren jenes Werk herausgegeben worden ist. Herr Unterstaatssekretär z. D. v. Mayr, der den einzelnen Verfassern in der Reihenfolge, wie er ihre Arbeiten las, darüber in einer zum Teil sachlich sehr eingehenden Weise geschrieben hat,*) erklärte sich auf eine Anfrage der Redaktion gern damit einverstanden, daß die Empfänger seiner Briefe um Mitteilung des den Inhalt ihrer Abschnitte betreffenden Teiles derselben behufs Abdruckes im D. St. Z. ersucht werden.

Diesem Ersuchen ist denn auch fast ausnahmslos nachgekommen worden. Die Redaktion ist daher den Herren Mitarbeitern an dem Werke nicht weniger als Herrn v. Mayr selbst zu Dank verpflichtet, wenn es ihr nunmehr ermöglicht worden ist, im folgenden die Bemerkungen des berufensten Beurteilers und Sachkenners zu einem, wenn auch lose geformten Ganzen zusammenzustellen.

II. Dir. Dr. H. Wolff: Die Statistik in der Wissenschaft.

Daß Sie der Statistik den Platz als selbständige Wissenschaft mit sichern helfen wollen, ist mir eine ganz besondere Genugtuung.

*) Nur den Verfassern von neun der letzten Beiträge im II. Band des Werks hat Herr v. Mayr, wie er der Redaktion schreibt, zu seinem Bedauern bisher die gleichfalls in Aussicht genommene, auch auf den sachlichen Inhalt der Beiträge eingehende Dankeserstattung noch nicht zugehen lassen können. Dem Herausgeber Ministerialrat Dr. Zahn, in dem er den erfolgreichen Reorganisator der bayerischen Statistik, der er selbst vor einem Menschenalter vorstehen durfte, verehre, habe er für dessen Beitrag (XXVIII) über die berufliche und soziale Gliederung des Volkes und die dadurch gebotene namhafte Bereicherung des wissenschaftlichen Materials der Wirtschaftsstatistik, wie überhaupt für die Anregung und erfolgreiche Durchführung des Planes des gesamten Werks wiederholt mündlich den aufrichtigsten Dank auszusprechen Gelegenheit gehabt.

VII. Dir. Dr. Beukemann: Methode und Umfang der deutschen Volkszählungen.

Ihre klaren Darlegungen und die wertvollen Anregungen, die Sie bieten, werden in weiten Kreisen erwünschte Belehrung und die Überzeugung von mancher Neuüberlegung von scheinbar weiterer Überlegung Entzogenem verbreiten.

IX. Prof. Dr. Landsberg: Familienstatistik.

Ihre „Familienstatistik" gibt eine überaus wertvolle Übersicht der dabei in Frage kommenden statistischen Gesichtspunkte und der zur Erringung der statistischen Klärung gangbaren und angewendeten Methoden, unter sorgsamer Wertung der letzteren. Es muß Ihnen als Städtestatistiker eine besondere Befriedigung gewesen sein, gerade die Familienstatistik zu bearbeiten; denn darin ist gerade die deutsche Städtestatistik bahnbrechend gewesen — ich brauche nur unseres lieben guten R. Boeckh zu gedenken!

X. Prof. Dr. Broesike: Sprachenstatistik.

Mit Ihrer Auffassung, daß gute Sprachenaufnahmen der herkömmlichen Bevölkerungsstatistik neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, bin ich ganz einverstanden. Es geht mir dabei schon lange die Idee im Kopfe herum, ob man nicht noch weiter gehen und außer „Sprachen" auch Mundarten der einen Sprache ermitteln sollte, mindestens da, wo solche klar unterscheidbar zutage treten, wie bei der Landbevölkerung. Wenn man aber das machen will, dann sollte man es sobald als möglich tun; denn die moderne soziale Entwicklung treibt fortlaufend Keile in die ehedem vorhandene Mundart-Einheit der gegebenen Gebietsteile hinein. Ich bin der Meinung, daß detailgeographische Arbeiten solcher Art schätzbare neue Unterlagen für die verschiedenartigsten Vergleiche mit anderen nach den Mundartverschiedenheiten abgegrenzten statistischen Werten und im Anschluß daran vielleicht Anregung zu mancher heute noch nicht geahnten Hypothese geben würden.

XI. Reg.-Rat Dr. Knöpfel: Religionsstatistik.

Die Konzentration verschiedener hier einschlägiger statistischer Forschungen, die Sie in Ihrem Aufsatz bieten, ist methodisch sehr wichtig und mir persönlich besonders wertvoll, weil ich zum Abschluß meiner Moralstatistik — allerdings sehr knapp —von dem überwiegend negativen und pessimistischen Material mich auch zum Positiven (es ist allerdings im ganzen nicht viel) aus dem Gebiet der gehobenen Moral wenden will, wobei auch ein Ausblick auf die kirchliche Statistik geboten ist.

XII. Präsident Evert: Rekrutierungsstatistik.

Ihr Beitrag steht in erster Reihe unter jenen, die den Charakter als standard work dieses zweibändigen Werkes „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand" begründen. Sind Sie doch auf diesem — von wissenschaftlicher und unwissenschaftlicher Leidenschaft arg durchwühlten — Gebiet ein Meister wie keiner, der im besonderen mit abgeklärter Ruhe eines wirklich Wissenden den ganzen reichgegliederten Aufbau der Frage beherrscht, ebensowohl in der Darlegung der Stellung und Aufgaben der Rekrutierungsstatistik im Allgemeinen, als in der Darlegung und Kritik ihrer heutigen Leistungen. Und knapp und doch so anregend — anregend namentlich zu ernstem tiefgreifenden Nachdenken ist schließlich Ihr Rück- und Ausblick.

XIII. San.-Rat. Dr. Gottstein: Morbiditätsstatistik.

Es freut mich besonders, daß Sie an meine bescheidenen, knappen Darlegungen zur Sache in meiner „Bevölkerungsstatistik" anzuknüpfen die Güte hatten. Ich freue mich, daß seitdem die Morbiditätsstatistik gewisse Fortschritte gemacht hat, wenn sie auch — darüber sind wir ja beide einig — von dem Ideal, das uns, wie wir glauben mit Recht, vorschwebt, noch weit entfernt ist. Im Einzelnen sind mir Ihre Darlegungen überaus wertvoll. . . . Gestatten Sie noch eine kleine Bemerkung: Sollte es nicht besser sein, — da Kränklichkeit schon in einem anderen Sinne beschlagnahmt ist, das Wort Morbidität mit Kranklichkeit zu verdeutschen, wie ich es in meiner Bevölkerungsstatistik (allerdings nur nach heftigem Kampf mit dem Setzer!) getan habe. Zunächst klingt ja das Wort fremdartig — aber schließlich ist es gerade, weil bisher noch nicht irgendwie beschlagnahmt — sehr gut brauchbar, geradeso wie „Geburtlichkeit" neben dem altherkömmlichen „Sterblichkeit".

XIV. Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Mayet: Berufliche Morbiditätsstatistik.

Ihre trefflichen methodologischen Bemerkungen greifen in ihren prinzipiellen Richtungen vielfach noch weit über das spezielle Gebiet Ihrer Untersuchungen an Bedeutung hinaus. Welche erheblichen Fortschritte die Morbiditätsstatistik insbesondere in Gestalt der klaren Formulierung ihrer reichgegliederten Aufgabe gemacht hat, davon legt der reiche Inhalt sowohl Ihrer „methodologischen Forderungen" als auch Ihrer „Schlußsätze" ab Seite 377 ein glänzendes Zeugnis ab.

XV. San.-Rat Dr. Prinzing: Statistik der Gebrechen.

Gefreut hat mich besonders auch, daß Sie meines Werkes von 1877 als „grundlegend" gedacht haben. — Es ist übrigens auch noch in neuerer Zeit bei mir nach diesem Buch gefragt worden. Ich habe mich eigentlich darüber gewundert, daß ich nicht schon viel früher einen Nachfolger gefunden habe, der insbesondere die internationale Übersicht der Gebrechen so wie ich — und noch viel besser als ich! — fortgeführt hätte.

XVIII. Reg.-Rat Prof. Dr. Rahts: Sterbetafeln.

Ihre klare methodische Darlegung und die mit sorgsamer Auswahl bewirkte Vorführung charakteristischer Zahlenergebnisse ist sowohl für den Dozenten als den Schriftsteller der Bevölkerungsstatistik hoch erwünscht.

XIX. Oberfinanzrat Prof. Dr. Losch: Wanderungsstatistik.

Sie haben in prächtiger Entwickelung das ganze Schlachtfeld der Wanderungsstatistiken aller Art mit Einbeziehung auch neuer Kategorien (z. B. die Dauerwanderer, die Pendelwanderer) und unter Vorführung der dabei einschlagenden verschiedenen methodischen Prozeduren so geklärt, daß für einen künftigen Bearbeiter eines Systems der Bevölkerungsstatistik für dieses Kapitel derselben eine entscheidende Vorarbeit getan ist.

XXI. Dr. Kleindinst: Übrige Bildungsstatistik.

Sie haben damit ein wichtiges, aber in der wissenschaftlichen Statistik bisher systematisch arg vernachlässigtes Gebiet mit Erfolg bearbeitet und einige Hauptgruppen der außer der Unterrichtsstatistik

auszugestaltenden Bildungsstatistik in ihrer Eigenart und der dabei gebotenen statistischen Ausgliederung in außerordentlich belehrender Weise untersucht. Mit Recht weisen Sie weiter gelegentlich (S. 529) auf die Bedeutung des Vereinswesens für das Bildungswesen hin, „welche noch nie die gebührende Beachtung gefunden habe“.

Es wäre m. E. sehr zu wünschen, wenn im Sinne Ihrer Andeutung eine möglichst erschöpfende Statistik der Vereine für Bildungswesen aller Art ins Leben gerufen würde, so daß im System der Sozialstatistik dem „Vereinsbildungswesen“ eine selbständige Gruppe zugewiesen werden könnte.

XXII. Dr. M. Rusch: Zivilrechtsstatistik.

Ich beglückwünsche Sie zu der trefflichen Darlegung des Problems und zu der wertvollen Schilderung des gegenwärtigen — so wenig befriedigenden — Zustands der deutschen Zivilrechtsstatistik sowie der daran anknüpfenden Andeutung von entsprechenden Verbesserungen. Was Sie auf Seite 563 vorläufig ausschließen wollen, mag allerdings, um nicht weitere Erschwerungen zn schaffen, „vorläufig“ ausgeschlossen bleiben — bedeutungslos ist es aber doch nicht. — Sehr interessiert hat michIhr Versuch, wissenschaftlich die Zivilrechtspflegestatistik zwischen Bevölkerungsstatistik und Wirtschaftsstatistik aufzuteilen, wobei Sie eine „Bevölkerungsstatistik im weitern Sinne“ konstruieren. Ich werde wohl die ganze Zivilrechtsstatistik — vorbehaltlich der Sonderbehandlung einzelner Themata, insbes. der Ehescheidungen in der Moralstatistik — um ihre Zusammengehörigkeit zu wahren, im Ganzen der Wirtschaftsstatistik (a potiori fit denominatio!) überweisen. — Aber daß Sie die wissenschaftlich-systematisch ausgebaute „Wirtschaftsstatistik“ nicht mehr zur „Statistik als Wissenschaft“ rechnen wollen, das kann ich trotz Kollegen Wolff durchaus nicht gelten lassen. — Die Wirtschaftsstatistik gehört nicht zur Nationalökonomie, sondern zur Statistik, die Nationalökonomie nutzt nur ihre Ergebnisse! Die wirtschaftlichen Massenerscheinungen sind das selbständige Objekt der Wirtschaftsstatistik, soweit dabei grundsätzlich erschöpfende Beobachtung in Zahl und Maß Platz greift!

Ganz einverstanden bin ich mit Ihrer Schlußforderung, daß das dringendste Bedürfnis eine Verbesserung der Zivilprozeßstatistik ist, sowie weiter mit Ihrem Vorschlag der Vereinheitlichung der deutschen Zivilrechtsstatistik auf föderierter Grundlage.

XXIII. Dr. A. Wadler: Moralstatistik.

Besonders gefreut hat mich u. a., daß auch Sie entschieden für den Aufbau der Rückfallstatistik auf dem Material der Strafregister eintreten.

Wenn ich mir nachfolgend zwei kleine kritische Bemerkungen gestatte, so bitte ich mich nicht als Nörgler anzusehen: Sie wollen daraus vielmehr das eingehende Interesse entnehmen, das ich Ihrer Arbeit entgegenbringe. — Auf S. 620 sind Sie m. E. in der Beurteilung des Kaiserl. Stat. Amts zu scharf und gehen von einer unzutreffenden Voraussetzung aus. Unrichtig ist, daß nur das Reichsjustizamt die Bearbeitung der kriminalstatistischen Tabellen besorgt. Von Anfang an bis heute ist die textliche Bearbeitung zum Teil vom Reichsjustizamt (der erste Teil), zum Teil aber vom Kaiserl. Stat. Amt besorgt. Früher wurden eine Zeit lang in den Jahresbänden die betr. Dezernenten der beiden Amtsstellen sogar namentlich aufgeführt. Die Konsequenzen, die Sie aus der unzutreffenden Annahme der ausschließlichen Bearbeitung durch das Reichsjustizamt ziehen, sind hinfällig. Übrigens ist es noch keine Schattenseite der Einleitungen zur deutschen Kriminalstatistik, die Sie in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung doch wohl gar zu gering einschätzen, daß sie „gewagte Schlußfolgerungen aus dem Material“ nicht enthalten.

Ihre Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der bayerischen Kriminalstatistik hat auf S. 615 eine große Lücke. Noch vor der Einführung des St.G.B. von 1861 hatte das Justizministerium für eine Anzahl von Jahren die Statistik der Ergebnisse der Strafrechtspflege veröffentlicht. Sodann wurden ab 1862/63 weiter eingehende Tabellen vom Justizministerium aufgestellt, aber darüber von diesem zunächst nichts weiter veröffentlicht, sondern die Tabellen pro 1862/63 bis 1865/66 dem Statist. Bureau überlassen. Diese habe ich dann im XIX. Heft der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern veröffentlicht und bearbeitet. Es ist das die eingehendste Kriminalstatistik, die jemals für Bayern hergestellt worden ist. . . .

XXIV. Dr. v. Valta: Sportwesen.

Ich beglückwünsche Sie, daß Sie das System einer neuzeitlich so intensiv hervortretenden Kulturerscheinung in reicher Ausgestaltung vorführen, mit Hinweis auf das, was ein ephemerer Anlauf der Reichsstatistik, ein im ganzen etwas magerer Bestand von Landesstatistik, und schließlich in zum Teile sehr eingehender Ausgliederung die Privatstatistik liefert.

Eine derartige Sonderauslese von Ausweisen über Veranstaltungen zur körperlichen Ausbildung ist als „Sportstatistik“ wohl berechtigt, wenn auch in einem gesamten System der wissenschaftlichen Statistik für ein so breit veranlagtes Sonderkapitel wohl kein Platz sein wird. Man wird da die Hauptsache bei der Statistik der körperlichen Ausbildung in der „Bildungsstatistik“ suchen müssen, anderes hinwiederum in der wirtschaftlichen Statistik, in dieser im besonderen die Automobil- und auch Jagdstatistik. Aber, wie gesagt, es ist ganz gut, wenn eine Sonderauslese von Nachweisen erstrebt wird, die unter der Flagge „Sportwesen“ im weitesten Sinne zusammengefaßt werden; dann mag man auch vom Fremdenverkehr, der als solcher systematisch zunächst zur Bevölkerungsstatistik gehört, handeln. — Ich freue mich, daß das Interesse an der Statistik der körperlichen Ausbildung so erstarkt ist.

XXV. Dir. Dr. Mendelson: Militärstatistik.

Als Systematiker interessieren mich ganz besonders auch die verschiedenen Gruppierungsmöglichkeiten der Teilbestandteile der Wissenschaft der Statistik. In dieser Beziehung ist mir Ihre Konstruktion der „Militärstatistik“ — der ich grundsätzlich zustimme — von besonderem Interesse. Dabei ist es ja für ein Gesamtsystem der Statistik weiter von Bedeutung, daß — wie Sie ja selbst betonen — diese Militärstatistik zugleich nach anderen Teilen der wissenschaftlichen Statistik ausstrahlt, insbesondere der Bevölkerungs-, Moral- und Bildungsstatistik. Bleibt hiernach auch der Normalstandort der Militärstatistik in der „politischen“ Statistik, so wird doch in einem Gesamtsystem der Statistik manches von dem, was Sie zutreffend in die konzentrierte „Militärstatistik“ einbeziehen, anderwärts — wie ich zum Teil schon getan habe — zu behandeln sein, so z. B. die Militärselbstmorde bei der Selbstmordstatistik überhaupt, die Militärkrankenstatistik bei der Statistik der Er-

krankungen überhaupt (speziell der Erkrankungen ausgelesener Bevölkerungsbestandteile). Die Militärkriminalstatistik kommt bei der Kriminalstatistik überhaupt zur Behandlung. Für die Militärfinanzstatistik haben Sie selbst diesen Standpunkt eingenommen. So wird in meiner „Politischen Statistik" nur ein Teil, insbesondere die Heerergänzungs- und Heerstärkestatistik, bleiben. Das hindert aber gar nicht, das besondere Verdienst auch einer erweiterten Konstruktion der „Militärstatistik" in Ihrem Sinne anzuerkennen.

XXVII. Beigeordneter Dr. Most: Finanzstatistik.

Es schwebt mir vor, als ob es vielleicht richtig sei, das Finanzrechnungswesen von der potenzierten Finanzstatistik zu scheiden, die sich dann ergibt, wenn verwaltungsmäßig angefallenes Urmaterial nicht eine Rechnungsgrundlage bildet, sondern zu einer besonderen, neben der finanzrechnerischen Tätigkeit herlaufenden, eigentlich statistisch technischen Ausbeutung verwertet wird, so z. B. eine eingehende Steuerstatistik aus dem Aktenmaterial endgültig festgestellter Steuererklärungen oder sonstiger Individualfeststellungen der Steuerpflicht. Ich nehme meinerseits an, daß die Finanzstatistik im weiteren Sinne auch solche Nachweise umfaßt, die allerdings im Grenzgebiet der Finanzstatistik im engeren Sinne und der Statistik der privaten Wirtschaften (ich möchte nicht sagen: und der „Sozialstatistik" — denn zu dieser gehört auch die Finanzstatistik) liegen können.

Äußerst wertvoll ist die reichhaltige Information, die Sie über die praktischen Leistungen der Finanzstatistik bieten. . . . Mit speziellem Interesse habe ich dabei Ihre Bemerkungen über die Vocke'schen Artikel in der Zeitschrift des Königl. Bayer. Stat. Bureaus gelesen, und lebhaft sind mir dabei die Schwierigkeiten in die Erinnerung gekommen, die ich hatte, um damals das Bayer. Finanzministerium für die Zulassung der Veröffentlichung der Vocke'schen Arbeit zu gewinnen.

Wo die „sedes materiae" der „Stiftungsstatistik" ist, darüber habe ich schon mehrfach nachgedacht — als inhärierenden Bestandteil gerade nur der „Finanzstatistik" sie zu betrachten, zögere ich.

XXIX. Dr. Schmelzle: Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik.

Sehr gut und nützlich ist Ihre Darstellung des Werdegangs der landwirtschaftlichen Betriebszählungen in Deutschland; besonders wertvoll sind ja auch Ihre dankenswerten Darlegungen von Erfahrungen bei Aufarbeitung der Zählungsmaterialien, und daran anschließend Ihre mir besonders sympathische Bezweiflung der Zweckmäßigkeit ausschließlich schriftlicher Erhebung, sowie Befragung.

Sehr wichtig ist alles, was Sie über ungenügende Ausbeutung und dabei insbesondere über den Kombinationsmangel darlegen. Vielleicht gehen Sie dabei zu leicht und wohlwollend über den großen Defekt hinweg, daß bei allen unseren deutschen Volkszählungen die mit immer wiederkehrender Bemühung von Millionen Gezählten und von Hunderttausenden von Zählern gesammelten Angaben über den Beruf niemals ausgebeutet worden sind! Der Gedanke einer Einschränkung der Volks- bzw. Berufszählungen liegt ja wohl in der offiziellen Luft; da ist Ihr Vorschlag eines Alternierens von Volks- und Berufszählungen je in fünfjährigen Zwischenräumen relativ noch am erträglichsten. Wenn es aber, wie wohl anzunehmen ist, bei der Berufszählung bei der Sommerzählung und bei der Volkszählung bei der Winterzählung bleibt, könnte sich doch eine nicht unschmerzliche Störung in der bisher ununterbrochenen Reihe unserer je 5jährigen Winterzählungen ergeben. Mit besonderer Sympathie begrüße ich Ihre Vorschläge zum Ausbau der landwirtschaftlichen Betriebszählungen, insbesondere auch in betreff der Darbietung reichen geographischen Details; auch mit Ihren Ausführungen zur Zentralisationsfrage stimme ich, wie Sie ja nach meinen bezüglichen literarischen Ausführungen selbst annehmen werden, vollkommen überein.

Ich habe nur die Herausarbeitung der allgemeinen Bodenstatistik, einschließlich der Grundeigentumsstatistik, etwas vermißt.

XXX. Dr. Petersilie jun.: Viehstatistik.

Sie haben in Ihrem Beitrag ein überaus schätzbares Manual für Alle geschaffen, die weiterhin mit dem — gewiß noch auf lange hinaus — überaus bedeutsamen Viehzählungswesen sich zu beschäftigen haben. Sie haben dies erreicht durch Ihre eingehende geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Viehzählungswesens im Deutschen Reiche mit dem lehrreichen vergleichenden Schlußausblick auf die Viehstandserhebungen bei den Berufs- und Betriebszählungen, und durch die weiteren Darlegungen über die besondere Ausgestaltung der Viehzählungen in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden. Von besonderem Interesse ist dabei Ihre sorgsame Kritik der Variationen, die in der Ausgestaltung der deutschen Viehzählungen insbesondere gegenüber der ersten Reichsviehzählung von 1872 sich ergaben, und der Formulierung der Fragestellung überhaupt. Als speziell bedeutsam möchte ich schließlich noch Ihre Kritik der Gewichts- und Wertschätzungen und Ihre schätzenswerten Beiträge zur Würdigung der speziellen Erhebungstechnik hervorheben.

XXXI. Dr. L. Huber: Die übrige landwirtschaftliche Statistik.

Sie haben ja ein ganz gewaltiges Stück der „Landwirtschaftsstatistik" übernommen und dabei mehrfach über das Gebiet dieser Statistik in engerem Sinn hinausgreifen müssen, so insbesondere mit der Grundbesitzstatistik, der Statistik der Forsten und Holzungen sowie der Jagd und Fischerei. — Was Sie in Ihrer Arbeit an Darstellung der tatsächlichen Einrichtung der betreffenden Statistiken und deren geschichtlicher Entwicklung, wie nicht minder an sorgsamer Kritik der bestehenden Einrichtungen und an prinzipiell weit greifenden und zugleich an praktisch sich beschränkenden Reformvorschlägen bringen, ist äußerst wertvoll. — Ich selbst hoffe daraus bei Bearbeitung von Band IV meines Buches manche nützliche Anregung zu finden. — Verzeihen Sie, wenn ich diesem allgemeinen Urteil gewissermaßen noch als besondere Quittung der Lektüre einige Sonderbemerkungen speziell zu Ihrem Abschnitt Anbaustatistik und Erntestatistik bringe. — Bei der Anbaustatistik ist unter anderem sehr lehrreich und allgemein bedeutsam die Darlegung der Wandlungen in der Qualität der Erhebungen, und zwar leider mit Entwicklung nicht zum Besseren! Sehr bemerkenswert sind Ihre Vorschläge betreffend die Überweisung der Anbauermittlungen an die Betriebszählungen, die dann allerdings unbedingt periodisch und zwar mindestens alle 10 Jahre durchgeführt werden müßten. Ebenso beachtenswert er-

scheint mir neben Ihrem sehr berechtigten allgemeinen Plädoyer für die „geographische Methode“ die Befürwortung der Bildung besonderer, allerdings nicht aus den Gemeindeeinheiten, sondern aus den Einheiten der unteren, also der sogenannten kleineren Verwaltungsbezirke zu bildenden „Kulturbezirke“. Sehr wertvoll sind meines Erachtens auch Ihre kritischen Ausführungen über die jährliche Anbaustatistik.

Was die Erntestatistik anlangt, so hat mich besonders Ihre prinzipielle Befürwortung der Individualbefragung bei dieser gefreut. Wertvoll ist unter anderem auch, was Sie an richtiger Wertung und nützlicher Kritik der Saatenstandsberichte beibringen.

XXXII. Dr. Morgenroth: Gewerbestatistik.

. . . Da ist mir gleich z. B. Ihre Ausführung S. 183 über — wenn ich mich so ausdrücken darf — den „statistischen Gewerbebegriff“ mit Andeutung der Grenzschwierigkeiten wertvoll. Ich rechne hierher weiter Ihre Beiträge zur Systematik, die Sie unter „Aufgaben und Hauptzweige der Gewerbestatistik“ bringen. Wertvoll und zu weiterer Forschung anregend sind z. B. Ihre Ausführungen über das Verhältnis von „Unternehmung“ und „Betrieb“ — „technischen“ und „wirtschaftlichen“ Einheiten. — Über Identifizierung von „Unternehmung“ und „Gesamtbetrieb“ (S. 187—191) — über dieses wichtige Problem wird meistens stillschweigend hinweggeschlüpft.

Sehr dankenswert ist unter anderem die Perspektive auf den weiteren Ausbau der Gewerbestatistik (S. 197). Sehr gut ist auch Ihr Exposé über die „Familienangehörigen“ (S. 208) — und vorher (S. 205). Ich erwähne weiter Ihre Darlegungen über „Durchschnittsziffern“ und „Höchstziffern“, wobei meines Erachtens zu erwägen wäre, ob man nicht, wenn man nach Höchstziffern fragt, auch nach Mindestziffern fragen muß. Sehr richtig ist auch Ihr knapper Ausblick auf die „sonstigen Arten gewerbestatistischer Ermittlungen“ (S. 212). Einen trefflichen Abschluß findet Ihre Arbeit in den Darlegungen der bisherigen „Leistungen“ der deutschen Gewerbestatistik. Was Sie über die Gewerbestatistik von 1875 sagen, trifft im allgemeinen zu; was speziell Bayern anlangt, so glaube ich, durch ein zweckmäßiges Erhebungsformular (sogenannten besonderen Gewerbecoupon, abtrennbar von den Haushaltungslisten der Volkszählung) ein befriedigendes Ergebnis erzielt zu haben; leider habe ich wegen Abgangs nach Straßburg hinterher nicht die Gesamtbearbeitung der bayerischen Gewerbezählung von 1875 durchführen können. — Ob nicht doch das von Ihnen auf S. 195 erwähnte „Gewerbeverzeichnis“ mit seinen statistischen Ausweisen noch weiter ausgebaut werden sollte? . . . Die Bearbeitungen der Gewerbestatistik in den einzelnen Bundesstaaten neben den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts möchte ich nicht unterschätzt wissen, zumal für 1907, wo eine zusammenfassende wissenschaftliche Bearbeitung des Kaiserlichen Statistischen Amts überhaupt noch nicht vorliegt.

XXXIII. Reg.-Rat Meisinger: Handels- und Schiffahrtsstatistik.

Sie haben ein für den Mann der Wissenschaft wie der Praxis außerordentlich wichtiges Werk geleistet, indem Sie in knapper klarer Darlegung einen vollkommenen Aufschluß über den gesamten Werdegang der „Handelsstatistik“ von der Anmeldung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse — unter Berücksichtigung auch der Besonderheiten, wie sie namentlich die Hamburgischen Verhältnisse bieten — gewähren, nebst weiterer knapper Andeutung erwägenswerter Reformvorschläge. . . . In gleicher Weise dankenswert sind weiterhin auch Ihre in gleich sachverständiger und klarer Weise dargelegten Ausführungen über den Werdegang und die heutige mannigfach gegliederte Ausgestaltung der Schiffahrtsstatistik. Besonders dankenswert ist, daß Sie auch hierbei nicht bloß die Reichsveröffentlichungen, sondern auch Veröffentlichungen der Partikular- und Kommunalstatistik berücksichtigt haben.

XXXIV. Dir. Dr. H. Riekes: Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen.

Sie haben eine überaus dankenswerte und inhaltsreiche Übersicht der Methodik und Technik der vorbezeichneten Verkehrsstatistiken (Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen) in vortrefflicher, übersichtlicher Gruppierung geschaffen. Dafür bin ich Ihnen persönlich noch aus dem besonderen Grunde dankbar, weil mir Ihre Arbeit für den noch ausständigen vierten Band meiner „Statistik und Gesellschaftslehre“, deren Hauptinhalt die Wirtschaftsstatistik bilden soll, von großem Nutzen sein wird. Im übrigen muß ich Ihnen gestehen, daß die gelegentliche diskrete Einschaltung einiger weniger tatsächlicher Zahlenergebnisse doch eigentlich — wie ich glaube, bei jedem Leser, jedenfalls bei mir! — den Appetit noch mehr erregen mußte. Sollten Sie nicht ernstlich daran denken sollen, eine knappe — am besten periodisch zu veröffentlichende — Sonderstatistik der deutschen Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesenstatistik mit vergleichenden internationalen Ausblicken zu veröffentlichen? Ich denke mir, das müßte eine Publikation sein, die allgemeinstem Interesse begegnen und gewiß von Ihnen in trefflicher Weise hergestellt würde.

XXXV. Direktor Tretau: Übrige Verkehrsstatistik.

Sie haben sich in überaus dankenswerter Weise eines Kapitels der Verkehrsstatistik angenommen, das im allgemeinen bisher sehr vernachlässigt und speziell von der „theoretischen“ Statistik so gut wie gar nicht behandelt ist. Einigermaßen hängt dies auch damit zusammen, daß das wissenschaftliche System der Wirtschaftsstatistik eigentlich noch gar nicht ausgebaut ist. In meiner Miniatur-Enzyklopädie (mit dem Titel: „Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften“) konnte ich dieses System nur ganz rudimentär skizzieren — im Schlußband (Band IV) meiner „Statistik und Gesellschaftslehre“ hoffe ich zu dem Versuch eines solchen Ausbaus gelangen zu können; dabei wird mir die treffliche Spezialarbeit auch Ihres Beitrags von erheblichem Nutzen sein.

Im einzelnen möchte ich von den Eindrücken, die Ihre Arbeit mir gemacht hat, gewissermaßen stichprobeweise das Folgende hier hervorheben. Sie helfen der im ganzen seitens der statistischen Zentralen, namentlich des Reichs, so sehr vernachlässigten „Straßenstatistik“ zu ihrem Rechte und klären in dankenswerter Weise die Beschaffenheit des dafür tatsächlich vorliegenden Materials — das zum Teil reich gegliedert, zum Teil aber unvollständig ist und namentlich der Vergleichbarkeit sehr entbehrt —, wie es in den einzelnen deutschen Staaten geboten ist. Von besonderem Interesse war mir in diesen Ihren Ausführungen zu „I. Verkehrswege“ auch die auf

die Ausgestaltung der einschlägigen Städtestatistik bezügliche Darlegung, insbesondere der Nachweise in den städtischen Verwaltungsberichten, wobei gleichfalls der Mangel einheitlicher Grundsätze zur Feststellung kommt. Dankenswert ist dabei die detaillierte Vorführung von Typen der einschlägigen Erhebungsversuche — insbesondere mit Auswahl der als besonders befriedigend anzusehenden Schemata.

Sehr beachtenswert ist dann meines Erachtens zunächst weiter, daß Sie zu „II. Verkehrsmittel und Verkehrsleistungen" feststellen müssen, daß da die Ausweise der Reichs- und Landesstatistik noch spärlicher sind — abgesehen von der in ihrer Ausgliederung aber auch noch unbefriedigenden neuzeitlichen Automobilstatistik (schädigende Ereignisse — Fahrzeugbestand — vorübergehend anwesende außerdeutsche Fahrzeuge). Etwas mehr können Sie über die einschlägige Städtestatistik berichten. Sehr unbedeutend ist die „Dienstmannwesenstatistik". (Ist nicht überhaupt diese Institution gegenüber neuerlichen Sonderorganisationen bzw. dem Telephonverkehr rückläufig?) — desgleichen die Paketbeförderungsstatistik — noch lückenhafter und mangelhafter die eigentliche Straßenverkehrsstatistik, während man über Droschken- und Omnibuswesen etwas mehr weiß.

Von ganz besonderem Werte und hoffentlich auch von praktischem Erfolge sind die Ausführungen, die Sie unter III zu der „Weiterentwicklung der Verkehrsstatistik" bringen. Was zunächst die Reichs- und Landesstatistik anlangt, so betonen Sie zutreffend die hier einschlagende große Bedeutung des Kraftwagenverkehrs. Ganz besonders aber treffen Sie meines Erachtens das Richtige, wenn Sie S. 384 sagen, die vielseitige Wichtigkeit des Wegewesens mache es in der Tat erforderlich, seine Entwicklung mehr als bisher regelmäßig statistisch zu verfolgen und zwar nicht nebenher durch die Verwaltungsbehörden, sondern durch die dafür gegebenen Stellen, die statistischen Landesämter. — Dabei ist es, wie Sie befürworten, gewiß erwünscht, daß Preußen vorangeht, — aber dieselbe Ermahnung ergeht meines Erachtens gleichzeitig an die anderen Bundesstaaten. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn zunächst einmal die größeren Staaten sich darüber miteinander verständigen möchten, da auch ich glaube, daß bei dieser Materie die unmittelbare Reichsinitiative sich nicht empfiehlt.

Sehr einverstanden bin ich mit der von Ihnen S. 387 ausdrücklich empfohlenen Fragebogenmethode an Stelle der altmodischen bureaukratischen bloßen „Formularausfüllung".

Wie Sie treffend hervorheben, muß eine Übersicht über das Gesamt-Wegenetz gewonnen werden und zwar mit Wahrung des von Ihnen mit Recht befürworteten geographischen Details (S. 389). Im übrigen wird dabei wohl an dem in der Hauptsache preußischen „Chaussee"-Begriff nicht wohl festgehalten werden können — jedenfalls aber eine ausgleichende Verständigung darüber für die anderen bundesstaatlichen Gebiete zu erstreben sein.

Zur „Städtestatistik" entwerfen Sie in dankenswerter Weise zunächst, was das Straßenwesen anlangt, ein Programm berechtigter Minimalforderungen; sodann bringen Sie weiter auch Andeutungen über den Ausbau der Verkehrsmittelstatistik der Städte.

Ich kann nur wünschen und hoffen, daß die so rührige und erfolgreich arbeitsame Vereinigung der Städtestatistiker . . . aus Ihren Anregungen Anlaß nehmen wird, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Und gleiches wird ja wohl auch bei allen, die es angeht, bei der Luftschiff- und Flugmaschinenstatistik der nächsten und ferneren Zukunft der Fall sein.

XXXVI. Regierungs-Direktor v. Rasp: Statistik der Privatversicherung.

Ihr Beitrag hat . . . für mich nach der damaligen Sachlage eine ganz besonders aktuelle Bedeutung. Im heurigen Herbst wird mein Seminar für „Statistik und Versicherungswesen" erweitert — nicht etwa um in erster Linie akademisch gebildete Versicherungsbeamte heranzuziehen, sondern um überhaupt die Versicherungswissenschaft in ihrer akademischen Bedeutung zu heben und Einrichtungen zu treffen, die darauf abzielen, das Interesse an dem Versicherungswesen in weiteren akademischen Kreisen, namentlich bei den künftigen Verwaltungsbeamten (und auch Richtern) zu erwecken. Da kann mir doch nichts aktuellere Bedeutung haben als Ihr zutreffender Hinweis auf den „vielseitigen Zusammenhang zwischen Versicherungswesen und Statistik". Sehr wertvoll ist Ihr (auf S. 411 ausgesprochenes) Verlangen einer auch fortlaufend verbesserten rechnerischen Behandlung des Tabellenmaterials seitens des Aufsichtsamtes durch Angabe der geeigneten Verhältnisberechnungen. Sehr wertvoll sind weiter Ihre dankenswerten Anregungen in bezug auf Probleme wissenschaftlicher Privatarbeitsbetätigung. Ein ganz besonderes Verdienst haben Sie sich meines Erachtens auch durch Ihre vortreffliche Darlegung der „Privatversicherungsstatistik der Gesellschaften und von Privatpersonen" erworben. Es wird mir diese Darlegung für den IV. Band meiner „Statistik und Gesellschaftslehre", die hauptsächlich Wirtschaftsstatistik behandeln soll, von großem Nutzen sein.

XXXVII. Reg.-Rat Dr. Moll: Private Unternehmungsformen.

Es ist ein ganz interessantes, relativ junges Stück der Wirtschaftsstatistik, das Sie behandeln. Nach der Systematik dieser Statistik, wie ich sie für den IV. Band meiner „Statistik und Gesellschaftslehre" ins Auge gefaßt habe (skizziert in der 3. Aufl. meiner Schrift „Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften", Tübingen 1910), wären die Gesamtergebnisse der Ermittlungen über die Unternehmungsformen im „Allgemeinen Teil" der Wirtschaftsstatistik: Statistik der Unternehmungen, einschließlich der Betriebsstatistik, zu behandeln, — vorbehalten aber bliebe wohl, auch im speziellen Teil bei der Produktions- und Verkehrsstatistik auf spezielle Teile dieser Unternehmungsstatistik noch weiter einzugehen. — Sehr dankenswert ist vor allem auch Ihre einleitende sehr klare Überschau der Unternehmungsformen. Sehr richtig ist auch, daß Sie — wenn auch nur in sanfter Andeutung — gelegentlich die zweifellose Unzureichendheit der Justizstatistik vor allem des Reichs, wie auch der wenn auch zum Teil mehr Aufschluß gebenden Justizstatistik einzelner Bundesstaaten streifen. Soweit Criminalia in Frage kommen, habe ich das bei dem jetzt abgeschlossenen und auch bereits gedruckten Teil der „Kriminalstatistik" (in meinem III. Band), der die polizeilichen und gerichtlichen Vorfeststellungen (exkl. endgültiger Aburteilung) umfaßt, sehr lebhaft empfunden und über die absolute Unzulänglichkeit unserer Statistik der Zivilrechtspflege habe ich mich schon vor längerer Zeit

in der Zeitschrift „Das Recht" geäußert (Nr. 19 vom 10. Oktober 1900 „Rechtspflege und Statistik".) — Besonders wertvoll sind Ihre auf eigenen gründlichen Sonderstudien beruhenden Ausführungen über die Statistik der Aktiengesellschaften mit trefflicher Literaturübersicht; insbesondere die sorgsame Darlegung der historischen Detailentwicklung und des zurzeit erzielten Abschlusses dieser Statistik in der Zusammenfassungsarbeit des Kaiserlichen Statistischen Amts in Verbindung mit kritischer Würdigung des eingehenden Urmaterials. Es bietet besonderen Reiz, zu ersehen, wie hier ein Stück Wirtschaftsstatistik seinen Entwicklungsgang aus der reinen Privatstatistik durch die „halbamtliche Statistik" hindurch zu der nunmehr ausgesprochenen „amtlichen" gemacht hat. Dabei ist weiter die Darlegung der Dreigliederung: Bestand, Bewegung und „Rentabilität" von besonderem Wert und namentlich das, was Sie zum Rentabilitätsproblem und dessen für die deutsche Statistik wesentlich durch Ihre bahnbrechende Vorarbeit bewirkte Lösung berichten. (Außerdem ist die von Ihnen introduzierte Kategorie „Halbamtliche Statistik" auch allgemein methodologisch bedeutsam.) — Sehr wichtig ist auch das von Ihnen erörterte Problem: Gesamtstatistik aller Aktiengesellschaften oder Ausschluß derjenigen, die nicht als reine Erwerbsgesellschaften anzusprechen sind. Daß die „reinen Erwerbsgesellschaften" jedenfalls für sich gesondert zu behandeln sind, ist gewiß. — Ob es aber nicht zweckmäßig wäre, die anderen deshalb nicht auszuschließen, sondern nur sie in gesonderter oder selbst mehrfach gesonderten Kategorien den „reinen Erwerbsgesellschaften" gegenüberzustellen, möchte noch Erwägung verdienen.

XXXVIII. Dr. A. Arnold: Statistik des Geldes und der Börse.

Dankenswert ist gleich die Einleitung Ihrer durch eine vortreffliche klare Fassung sich auszeichnenden Arbeit, die mit der begrifflichen Darstellung von „Geld, Geldmarkt und Börse" sich beschäftigt und anschließend die klare Unterscheidung auch der hier anschließenden Statistik des Geldes und der Börse in genauer Abgrenzung von der Bankstatistik bringt. Zu dem knappen Gerippe der „Wirtschaftsstatistik", das ich in meiner Schrift „Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften", 3. Aufl. 1910 zu skizzieren versucht habe, finde ich in Ihrer Arbeit reichliches Material zum Ausbau speziell der Statistik des Verkehrs.

Sehr lehrreich ist weiter Ihre eingehende Darstellung der älteren und neueren Versuche solcher Statistik mit sorgsamer Aufführung der bezüglichen Literatur. Mit voller Sympathie muß ein Vertreter der Wissenschaft Ihr Bedauern darüber verzeichnen, daß die Enquête über den industriellen Verbrauch deutscher Goldmünzen von 1908 „nur in äußerst knappen Auszügen" veröffentlicht ist; wäre hier nicht noch nachträglich die von Ihnen so zutreffend vermißte „größere Mitteilsamkeit" zu erzielen? Mit besonderem Interesse habe ich Ihren Exkurs über den Inlandsvorrat an Reichsgoldmünzen gelesen, der nicht bloß methodologisch, sondern auch durch die Vorführung positiver statistischer Ergebnisse bedeutsam ist, was ähnlich auch von anderen Abschnitten Ihrer Arbeit gilt.

Auch der Abschnitt über den deutschen Abrechnungsverkehr bringt in knapper Darstellung mannigfache Belehrung, insbesondere durch die sorgsame Aufzählung aller hierher irgendwie einzubeziehenden speziellen Einrichtungen. Der Fachstatistiker wird sich dabei unter anderem Ihre kurze aber richtige Bemerkung über die Zweckmäßigkeit einer Reform der Buchführung bei dem interlokalen Übertragungsverkehr im Sinne der Beobachtung statistischer Gesichtspunkte gern notieren. Nicht minder gilt dies von Ihren zwar sanften, sachlich aber sehr gewichtigen Andeutungen über die dermalige ungenügende Einrichtung der Wechselstempelsteuerstatistik, insbesondere auch in der Richtung der Beseitigung der Vertretung der Scheckstempelmarken durch die Wechselstempelmarken.

In den Ausführungen über die Börsensteuereinnahmen hebe ich, nächst der Bedeutung des kritischen Ausblicks auf die private Emissionsstatistik des „Deutschen Ökonomist" und der „Frankfurter Zeitung", insbesondere Ihre (S. 494 enthaltene) überaus zutreffende Befürwortung einer erschöpfenden Statistik der Effektenabstempelungen hervor, die aber, wie ich meine, nicht bloß für „größere Perioden", sondern fortlaufend jährlich zu veröffentlichen wäre!

Ihre Ausführungen über die Statistik des Zinses, die wie auch Ihre übrige Arbeit überall eine wertvolle Quelleninformation bieten, zeigen in interessanter und sehr zu beherzigender Weise, daß es hier doch noch recht viel Unvollständiges, ja im einzelnen sogar Rückläufiges bei der bezüglichen Statistik gibt. Auch Ihr Exkurs über den „landesüblichen" Zinsfuß ist zumal dem Nationalökonomen sehr erwünscht.

Auch bei der Statistik der Kurse ergeben sich bedeutungsvolle Desiderata. Es kann doch auf die Dauer nicht dabei bleiben, daß das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich" an Kursstatistik nur das „Mindestmaß" bringt. Wichtig ist — und recht sehr zu wünschen ist, daß dies an zuständiger Stelle erkannt werde — Ihre Feststellung, daß eine allen Anforderungen entsprechende Wertpapierkursstatistik noch fehlt, kombiniert mit der Rentabilitätsfeststellung.

Recht willkommen sind schließlich auch die Ihrem Beitrag beigegebenen knappen fünf Zahlentabellen.

Ihre Arbeit bringt . . . reiche Belehrung, die recht Vielen zuteil werden möge, und wertvolle Anregungen, deren richtiger Erfolg bei den relativ wenigen Maßgebenden, um die es sich dabei handelt, zu wünschen ist.

XXXIX. Dr. H. Schacht: Bankstatistik.

Ihre knappe klare Arbeit leistet hervorragendes für Orientierung auf diesem durch die amtliche Statistik bisher nur in beschränktem Maße geklärten Gebiet. Sehr zutreffend ist gleich am Anfang Ihrer Arbeit Ihre Klage über die mangelnde Differenzierung der Rubrik „Geld- und Kredithandel" in der Berufs- und Betriebszählung; fast zeitlebens bekämpfe ich den Urquell solcher Mängel, d. h. die gewisse bureaukratische „Tabellenfurcht" des Verwaltungsstatistikers oder auch anderer für die Ausgliederungen der Tabellenwerke maßgebender Instanzen. Sammelpositionen sind immer miserabel! Im übrigen leiten Sie Ihre Einzeluntersuchungen mit einer dankenswerten Ausgliederung des Bankwesens in seine einzelnen Gruppen ein. Der Statistiker unterstützt — wenn ich nun weiter zunächst auf einige Einzelheiten eingehen darf — lebhaft Ihre zur Notenbankenstatistik gegebene Anregung, gewisse bisher nur gelegentlich einmalig vorgenommene statistische Ermittlungen einheitlich und periodisch zu gestalten. — Zur Statistik der Privat-

bankgeschäfte interessiert sehr die hier einschlägige, durch lange Zeit sich hinerstreckende Nutzbarmachung privater Adreß- und Nachschlagewerke (wozu unter anderem der Umstand führt, daß hier die Betriebsstatistik leider versagt). Speziell interessiert dabei auch das Faktum, daß die private Bearbeitung gesetzlich vorgeschriebener Bankberichte unter anderem auch Lücken der gesetzlich vorgeschriebenen Publikationen ergeben hat, was, wie Sie mit Recht betonen, zur Remedur an zuständiger Stelle Anlaß geben sollte. Bemerkenswert ist auch, daß eine von privatem Material sich emanzipierende amtliche Bestandsaufnahme über die Banken gesellschaftlicher Form erst zum 30. September 1909 zur Durchführung gekommen ist — um so dankenswerter ist Ihr knapper Ausweis über die hier in Frage kommende „unübersehbare private statistische Literatur". — Zur Genossenschaftsstatistik scheint mir speziell bemerkenswert Ihre klare Gegenüberstellung einerseits der amtlichen, anderseits der privaten — erheblich mehr an Aufschlüssen bietenden — Statistik dieser Art. — Sehr merkwürdig ist doch auch, daß die amtliche Statistik bei der Statistik der Grundkreditorganisationen so vielfältig versagt und daß bis in die Gegenwart private Aushilfe (insbesondere Hecht) einspringen mußte. — Volle Unterstützung verdient Ihre Schlußforderung einer einheitlichen amtlichen Bankstatistik für das Deutsche Reich. Ihre Anregungen sollten nicht bloß von einzelnen erwogen, sondern es sollte darüber von einer speziell zu diesem Behuf amtlich zu berufenden Kommission von Fachmännern des Bankwesens und der Statistik unter Ihrer Anteilnahme beraten werden.

XXXX. Dr. Fiack: Sparkassenstatistik.

Sehr zweckmäßig berühren Sie gleich am Anfang wie dann auch zum Schluß in Ihrem Rück- und Ausblick die Schwierigkeiten der Abgrenzung der Sparkassenstatistik, wozu Sie gleich in der Charakteristik der Sparkassenstatistik des Kaiserl. Statistischen Amts einen zutreffenden Beleg bieten. Sehr gut ist die eingehende Orientierung, die Sie über die Ausgestaltung der noch sehr verschiedenartig entwickelten Landesstatistik des Sparkassenwesens darbieten. Zweckmäßig ist auch der an die Einrichtungs-Darlegung der zentralisierten städtischen Sparkassenstatistik geknüpfte Hinweis auf die vorbildlichen Frankfurter Arbeiten, sowie die Sonderbehandlung der Sparkassenstatistik in München, Düsseldorf, Charlottenburg und Königsberg.

Lehrreich ist auch die Darlegung des privatstatistischen — unbefriedigenden — Erfolgs der „Sparkasse" und der Hinweis auf deren Anregung einer Zentralisation monatlicher Ausweise für das Reich, um so gewissermaßen — wie ich sagen möchte — Sparkassen-Barometerbeobachtungen zu ermöglichen. Eine durchgreifende Zentralisation gleich fürs Reich ist vielleicht etwas stark zentralistisch. Wäre es nicht zweckmäßig, zunächst einmal eine Zentralisation je für die größeren Bundesstaaten zu versuchen, während der Rest von Sparkassen in den kleinen Bundesstaaten zunächst unberücksichtigt bleiben oder für diese die direkte Reichszentralisation Platz greifen könnte. Bewährt sich unter bundesstaatlicher Kontrolle die Einrichtung, dann könnte ja wohl später die allgemeine Reichszentralisation ins Auge gefaßt werden.

Ihre Anregungen im Schlußausblick sind sehr beachtenswert. Es würde sich meines Erachtens die Mühe lohnen, eine gemischte Kommission von Sparkassenfachleuten und Statistikern zu berufen, die über die Ausgestaltung einer einheitlichen — zunächst auf ein gewisses Minimum von Anforderungen sich beschränkenden — deutschen Sparkassenstatistik zu beraten hätte.

XXXXI. Dr. Meerwarth: Statistik der Großhandelspreise.

Daß Sie bei der Einleitung Ihrer Arbeit auch auf meine „notizenartige Zahlenorientierung" gekommen sind, hat mich sehr gefreut. Sehr zutreffend betonen Sie im Zusammenhang damit das Postulat — wie ich es nennen möchte — relativer Vollständigkeit bei solcher Situation mittelst Erfassung aller wichtigen Waren und aller für den Handel mit einer Ware wichtigen Plätze. Theoretisch wirft sich nur gelegentlich Ihrer Bezeichnung der „häufigsten" Preise als eines „Ideals" der Skrupel auf, ob wirklich diese neuzeitlich allerdings sehr in Aufschwung gekommenen „Preise" vom Statistiker als „Ideal" bezeichnet werden können. Liegt nicht dabei eine gewisse übertriebene Wertung der Majorität allein vor, die im Zeitalter des Vordringens des Proporz, wie ich meine, doch recht anfechtbar ist. Alle Preise sind gleich interessant, ja ich möchte sagen, die vom „häufigsten" abweichenden Preise sind gerade nach der Art ihrer Abweichung von besonderem Interesse. Will man aber einen konzentrierten Gesamtausdruck, so kommt mir der Griff gerade nach den „häufigsten" Preisen doch eigentlich recht vorgreiflich vor. Mich zieht es doch nach der alten Schule mit der Bevorzugung des arithmetischen Gesamtdurchschnitts aus allen Einzelpreisfeststellungen — möglichst unter Berechnung des „gewogenen" Durchschnitts. Will man, wenn für Ermittlung des gewogenen Durchschnitts aller Anhalt fehlt, jener Preislage, von der man (ich weiß nicht recht woher) dann doch weiß, daß sie die häufigste ist, zu ihrem Recht verhelfen, so mag man deren Häufigkeitsquote etwa in starken Prozentsätzen markieren, den Rest aber der Prozentsätze auf die anderen Preislagen angemessen verteilen und so zu einem schätzungsweise ermittelten gewogenen wirklichen Durchschnitt an Stelle des Zugriffs nur auf die häufigste Preislage gelangen! — An Ihrer Arbeit ist besonders wertvoll die Übersicht der Entstehung und des Inhalts der verschiedenen Gruppen vor allem deutscher (außerdem auch in beschränktem Maße auswärtiger) Statistiken der Großhandelspreise. — Persönlich bin ich Ihnen für Ihren Beitrag besonders dankbar; er ist mir eine wichtige Vorarbeit für meine „Wirtschaftsstatistik"; hier trifft wirklich zu, was Zahn im Vorwort des Werks über die Erleichterung des Abschlusses meiner Statistik und Gesellschaftslehre gesagt hat. — Mit großem Interesse habe ich vor allem Ihre Ausführungen über die Großhandelspreisstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amts gelesen. Sie eröffnen da in überaus dankenswerter Weise einen vollen Einblick in die Werkstätte dieser Preisstatistik. — Dabei bleiben allerdings infolge der Dezentralisation der Preisfeststellungen durch die Handelskorporationen für den sorgsamen Statistiker, wie Sie zutreffend andeuten, noch manche Wünsche, so z. B. nach genauerer Kenntnisnahme von der Art und Weise, wie die einzelnen Durchschnittspreisangaben sowohl nach der Erstreckung des Beobachtungsgebiets bzw. Materials als nach der konkreten Technik der Berechnung entstehen.

Nicht minder lehrreich ist in dem Abschnitt über die Statistik der Bundesstaaten und Städte die von Ihnen gebotene Spezialinformation über das Ver-

fahren, insbesondere bei den lokalen Stellen bzw. Kommissionen bei der Preisfeststellung, und die dabei zutage tretenden erheblichen organisatorischen Mannigfaltigkeiten und auch mannigfach verschiedenartigen Berechnungsweisen, insbesondere wirkliche gewogene Durchschnitte einerseits und die neuzeitlich — wie oben bereits bemerkt — fast plötzlich in Aufschwung gekommenen „häufigsten" Preise anderseits — der echte Statistiker wird natürlich immer nach ersteren lechzen, wenn er auch wohl einsieht, daß sie leider, und zwar anscheinend in zunehmendem Maße, nur ausnahmsweise zu haben sind. — Ich meine dazu weiter, daß wohl in Zukunft auch die genauere Erfassung der Technik der lokalen Preisfeststellung für die Städtestatistik sich empfehlen dürfte. Doch kommt hier allerdings mehr die Detailpreisstatistik in Frage. (Bei dieser kann noch vieles verbessert werden; ich kann darüber aus Erfahrung sprechen, weil ich wiederholt als praktische Übung im statistischen Seminar eingehende Preisstatistiken für Fleisch in München an bestimmten Stichtagen durch die Mitglieder des Seminars habe durchführen lassen). Auch für die knappen Notizen über die Statistik nichtamtlicher Stellen verdienen Sie Dank. Solche lassen fast den Wunsch nach einer noch eingehenderen Ausgliederung der bezüglichen Information entstehen.

Von besonderem Interesse sind Ihre Schlußbemerkungen über die weitere Ausgestaltung der Statistik und im besonderen der Statistik der Viehpreise. Ihren Wunsch, daß in dieser Hinsicht in den verschiedenen Bundesstaaten gleichartig verfahren werden möge, teilt der Berufsstatistiker von Herzen. Was die Getreidepreisstatistik anlangt, so hat es mich, da ich seinerzeit vor mehr als 40 Jahren die Statistik der Getreidepreise auf den bayerischen Schrannen reorganisiert habe, wehmütig schmerzlich berührt, daß die Statistik der deutschen Fruchtmärkte nunmehr so minderwertig sein soll. Trifft das wirklich allgemein zu? Ich meine, man müsse doch auch da unterscheiden, und speziell etwaige anscheinende Unwahrscheinlichkeiten durch entsprechende aufklärende Feststellungen entweder als doch tatsächlich verifizieren, oder sie beseitigen. — Im übrigen aber werden doch wohl auch auf anderem Wege an Stelle bloß monatlicher, in Zukunft auch wöchentliche Getreidepreisausweise zu erzielen sein.

XXXXV. Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. Kollmann: Armenstatistik.

Ihr Beitrag hat mir in allen seinen Teilen reiche Belehrung und Anregung gegeben; er ist ein überaus wertvoller Beitrag zur wissenschaftlichen Bewältigung des Problems der Armenstatistik, und wird gewiß in den weitesten Kreisen von Statistikern, wie von Wirtschafts- und Sozialpolitikern sympathische Aufnahme finden.

Zu I: „Aufgaben und Schwierigkeiten der Armenstatistik" geben Sie eine klare Umgrenzung der Armenstatistik und überzeugende Darlegung ihrer Schwierigkeiten. Daß Sie unter den hervorragenden Förderern dieser Statistik — zu denen aber auch Sie selbst noch aufzuführen wären! — an erster Stelle den viel zu früh verstorbenen unvergeßlichen Münsterberg genannt haben . . . hat mich besonders sympathisch berührt; er ist eine wirkliche Säule der Wissenschaft vom Armenwesen.

Zu II: „Leistungen auf dem Gebiete der Armenstatistik" bieten Sie zunächst eine ausgezeichnete internationale Übersicht dieser Leistungen und sodann eine gründliche, überaus lehrreiche Sonderbehandlung der deutschen Armenstatistik für das Reich und die Einzelstaaten im besonderen (dem später eine gleich lehrreiche Skizzierung der Armenstatistik deutscher Großstädte folgt.) Dabei sind namentlich auch die Streiflichter auf die Technik dieser verschiedenen Armenstatistiken sehr dankenswert (insbesondere die „Karten" und die „Armenkataster"). Daß Sie dabei der oldenburgischen Statistik eine gute Note geben konnten, muß Ihnen als deren langjährigem verdienten Chef eine besondere Genugtuung gewesen sein. Ähnlich geht es ja auch mir als vormaligem Leiter der amtlichen bayerischen Statistik.

Daß das elementarste Bedürfnis einer fortlaufenden — jährlich zum Abschluß zu bringenden — Erfassung der Armenmasse für Deutschland im ganzen noch bei weitem nicht erfüllt ist, erscheint doch überaus merkwürdig, da es sich ja hier nicht um eine dem Publikum durch statistische Befragung zu oktroyierende „primäre" Statistik, sondern um „Sekundär"-Statistik aus — eventuell entsprechend zu verbesserndem — Aktenmaterial handelt.

Recht dankenswert ist auch der Anhang über die private Betätigung auf dem Gebiete der Armenstatistik. War der Abschnitt II überwiegend die Frucht sorgsamer rezeptiver Arbeit, so bieten Sie weiter reiches produktives Ergebnis in III: Ausgestaltung der Armenstatistik. Bei diesen besonders wertvollen Darlegungen über den Ausbau der Armenstatistik haben Sie sich nach Ihrer eigenen Darlegung weitgehende Einschränkung auferlegt. Hoffentlich werden Sie an anderer Stelle Ihr Programm noch eingehend in voll ausgegliederter Bearbeitung darlegen und begründen — denn es ist wirklich eine hochwichtige Sache, um die es sich hier handelt.

In genauer sachlicher Abgrenzung formulieren Sie in trefflicher Weise die Aufgaben einer allgemeinen Landes-Armenstatistik, dabei vor allem zu Recht mit dem caeterum censeo „fortlaufend jährlich", und mit der durchgreifenden Ausgliederung in: 1. Statistik der Armenverwaltung (einschließlich ihrer Wirksamkeit); 2. Statistik der Unterstützten mit sorgsamer Auseinanderhaltung der Befragung der Selbstunterstützten und der Befragung über die Mitunterstützten. Was Sie hier bringen, bietet reiche Belehrung über den richtigen Inhalt und die Technik der bezüglichen Feststellungen.

Ihre Vorschläge sollten die Grundlage für eine ernsthafte Sonderberatung der deutschen Reichs- und Landesstatistiker über dieses wichtige Thema bilden, an der vor allem auch Sie als der wohl beste Kenner dieser Materie teilnehmen müßten. Sollte man nicht gleich zum Beschluß über die fortlaufende Jahresstatistik kommen, so wäre doch eine besser ausgebaute Wiederholung einer einmaligen Erhebung, die im Reich seit mehr als einem Vierteljahrhundert fehlt, dringendstes Bedürfnis.

Zu IV bringen Sie auch noch sehr wertvolle, knapp zusammengesetzte, typisch bedeutsame Ergebnisse einerseits der allerdings, wie erwähnt, schon weit zurückliegenden Reichsstatistik von 1885 und andererseits aus der bayerischen und oldenburgischen Landesstatistik als eine sehr dankenswerte Zutat „praktischer" Statistik. Dabei geben Sie manchen wertvollen Anhalt zur kritischen Wertung der „Armenziffer".

Mit Recht handeln Sie mit besonderer Akzentuierung von der Statistik der persönlichen Verhältnisse der Unterstützten.

Ich möchte, da ich gerade jetzt in der Arbeit an der Kriminalstatistik für Band III meiner Statistik und Gesellschaftslehre bin, die Analogie dieser Statistik heranziehen. Die Armenstatistik hat es nicht mit allen tatsächlich Armen zu tun, und die Kriminalstatistik vielleicht noch weniger mit allen Verfehlern — aber repräsentativ für die Armenmasse wie für die Verfehlermasse, insbesondere in betreff der Morphologie dieser Massen sind die Unterstützten gerade so wie die abgeurteilten und insbesondere die verurteilten Verfehler! — Darum muß gerade in bezug auf den Ausbau dieses Teils der Armenstatistik die von Ihnen so zutreffend befürwortete Reform einsetzen.

Die Redaktion möchte in Anschluß hieran noch an die Schwierigkeiten erinnern, die wohl allen Mitarbeitern an dem Werke das Fehlen von neueren zusammenfassenden Darstellungen des Wirkungskreises der einzelnen Statistischen Landes- und Gemeindeämter bereitet hat. Mit Hilfe von solchen Darstellungen wäre es ein verhältnismäßig leichtes, die bunte Menge der Erhebungen, der fortlaufenden, der regelmäßig wiederkehrenden und der gelegentlichen, einschließlich der nicht oder nicht in voller Ausführlichkeit veröffentlichten und unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung, zu überblicken. Bis jetzt ist ein derartiger Überblick nur bezüglich des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin mit seinem festumgrenzten und in der Hauptsache durch bindende Anordnungen bestimmten Arbeitsfelde auch für den Außenstehenden möglich. Im übrigen liegen nur wenige, an sich zwar gewiß instruktive, aber teils für den vorliegenden Zweck nicht genügend eingehende, teils veraltete Zusammenstellungen vor, so daß die Verfasser der verschiedenen Abschnitte für die meisten Gegenstände zur Erreichung der wünschenswerten Vollständigkeit auf die Einziehung von besonderen Erkundigungen bei den betreffenden Ämtern angewiesen waren. Die unvermeidliche Folge waren mancherlei Lücken, auf denen einige ja auch in den vorstehenden Briefen aufmerksam gemacht wird. *Red.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Zur Theorie der statistischen Reihen. In einem kurzen und gedrängten Beitrag zur mathematischen Statistik „*L'ordine e i limiti delle serie statistiche*" (Turin, Verlag Bocca, 1911) erinnert Filippo Virgilii, Professor an der Universität Siena, zunächst an den Ursprung und die Bedeutung der Forderung des arithmetischen Mittels und zeigt, daß der Mittelwert häufig die Reihenfolge der einzelnen Größen und ihre Begrenzung verschwinden läßt, deren Kenntnis nützlich und sogar notwendig sein kann. Theoretisch wird der Verlauf einer Zahlenreihe dargestellt durch die Normalgleichungen, deren Bedeutung der Verf. an der Hand von Formeln darlegt. Um ihr Verständnis zu erleichtern und es auch den Nichtmathematikern zu ermöglichen, verdeutlicht er sie durch Anwendung auf die Silberproduktion der Erde in den Jahren 1902—1906. Was die Grenzen, innerhalb deren die Zahlenreihen sich bewegen, betrifft, so führt der Verf. drei verschieden verlaufende Reihen an, die, bei gleichen Mittelwerten, den Charakter a) des typischen, b) des ständigen, c) des verstreuten Verlaufs (*tipicità, stabilità, dispersione*) tragen.

Der Verf. beschäftigt sich mit der Messung von Zahlenreihen letztgenannter Art, die bereits Gegenstand mühevoller, aber nicht immer schlüssiger und überzeugender Untersuchungen bewährter mathematischer Statistiker, wie Lexis, Lehr, Czuber, Blaschke gewesen ist. Unter Anknüpfung an die Formeln werden auch hier zwei praktische Anwendungen gezeigt. Die eine bezieht sich auf die Verteilung der Geschlechter bei den Geburten in Italien, die andere auf die Verstreuung der Geburtenziffer bei den verschiedenen Wohlstandsklassen in den drei Weltstädten Berlin, Wien und Paris, wobei vier Klassen unterschieden werden (völlig Mittellose, Arme, Bessergestellte, Wohlhabende, Reiche, sehr Reiche). Der Verf. gelangt zu dem Schluß, daß die nämlichen Ergebnisse mit viel geringerer Mühe durch die Anwendung der einfachen gewöhnlichen Formel des mittleren Fehlers erlangt werden können. Diese unerwartete und jedenfalls neue Schlußfolgerung verdient wohl die Aufmerksamkeit der mathematischen Statistiker.

Vermischte Mitteilungen.

Wirtschaftliche Wettervorhersage. Man verlangt zuweilen von der Statistik, daß sie sich dadurch als echte Wissenschaft erweise, daß sie Schlüsse auf die Zukunft zulasse. In der Tat ist diese Möglichkeit ein erstrebenswertes Ziel; und wenn man sich über abgelaufene Vorgänge genaue Rechenschaft ablegt, will man im Grunde auch nichts weiter als Erfahrungen und Regeln für die Zukunft ableiten. Etwas anderes ist es freilich, aus der Beobachtung von Entwicklungsreihen heraus unmittelbar deren weiteren Verlauf vorherzusagen. Erste Voraussetzung ist hier, daß überhaupt schon genügend lange, genügend viele und genügend gleichartige Beobachtungen vorliegen. Der Statistik geht es hier aber ganz ähnlich wie der Wetterkunde, die erst seit verhältnismäßig ganz kurzer Zeit überhaupt über genügend große und sorgsame Beobachtungsreihen verfügt, um aus ihnen Gesetze oder Regelmäßigkeiten ableiten zu können, die nunmehr die Wettervorhersage ermöglichen. Die Wirtschaftsstatistik ist sogar in anderer Hinsicht noch viel schlechter daran als die Wetterkunde. Denn während sich die klimatischen Verhältnisse auf unserem Planeten nur in ungeheuer großen Zeiträumen erheblich ändern, praktisch also die natürlichen Grundlagen innerhalb wenigstens einiger Jahrhunderte unverändert bleiben, befindet sich das Wirtschaftsleben in dauernder Entwicklung unter Verschiebung aller seiner Grundlagen, so daß beispielsweise Regelmäßigkeiten, die man für die Periode 1850/1900 beobachtet hat, durchaus nicht mit Sicherheit in der Periode 1900/1950 sich wiederholen werden. Sind doch auch die treibenden Kräfte und die Gegenstände des Wirtschaftslebens noch unendlich viel mannigfaltiger, verschlungener und der Beobachtung wie Erklärung minder zugänglich als die der Erdatmosphäre.

Trotz alledem soll nun auch die wirtschaftliche Wettervorhersage organisiert werden. Während sie in Deutschland bisher von privater Seite betrieben wird, soll in Frankreich eine amtliche Stelle dafür eingerichtet werden. Durch Verordnung des Präsidenten vom 31. März 1908 wurde eine Krisenkommission errichtet mit der Aufgabe, die Maßnahmen zur Milderung der aus den periodischen Wirtschaftskrisen entspringenden Arbeitslosigkeit zu erforschen. Die Berichte der Kommission sind kürzlich er-



schienen[1]), und die Hauptergebnisse seien kurz mitgeteilt. Die Kommission hat sich für die Feststellung und regelmäßige Veröffentlichung von 8 Kennziffern (Indexziffern) ausgesprochen, wobei sie es freilich noch dahingestellt lassen will, inwieweit eine sichere Vorhersage des Konjunkturverlaufs aus ihrer Beobachtung möglich sein wird. Die Kennziffern betreffen 1. die Bewegung des Wechselportefeuilles der Bank von Frankreich, 2. die ihrer Barbestände, 3. die Preise der Rohstoffe, der Nahrungsmittel und der Gesamtheit der Erzeugnisse, 4. den französischen Außenhandel, 5. den Kohlenverbrauch, 6. den Roheisenpreis, 7. den Eisenbahnverkehr, 8. die Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter. Auch sollen die Preise auf den Hauptmärkten der Welt verfolgt werden. Die weiteren Vorschläge der Kommission, die in vorliegendem Zusammenhang weniger interessieren, betreffen die Ausführung öffentlicher Arbeiten in Krisenzeiten, also die Nutzanwendung aus der „Wettervorhersage". Die Kommission hat ihre Arbeiten beendet; ihrem Wunsche entsprechend hat aber der Arbeitsminister einen dauernden Ausschuß für das Studium der Vorbeugung industrieller Arbeitslosigkeit bei der „Statistique générale de la France" eingesetzt, dem neben Abgeordneten, Senatoren und Professoren der Ministerialdirektor im Arbeitsministerium Fontaine und der Direktor der „Statistique générale" Luc. March angehören. Des letzteren international vergleichende Aufsätze über die Beziehungen zwischen Preisbewegung und Produktivität, Handel, Kredit und Arbeiterbewegung in dem neuen *Bulletin de la Statistique générale de la France* (Bd. I H. 1 u. 2, S. 63, 188 ff.) dürften eine wertvolle Unterlage für die Forschungen des Ausschusses bilden, der, wie man annehmen kann, sich zunächst doch wohl auf die Beobachtung des Konjunkturverlaufs mit Hilfe der vorgeschlagenen Kennziffern beschränken und auf die undankbare, ja für eine amtliche Stelle gefährliche Rolle des wirtschaftlichen Wetterpropheten verzichten wird.[2]) *J. Feig.*

Das „Proletariat" nach der Berufsstatistik. Die sozialen Kämpfe der Gegenwart bringen es mit sich, daß die Nachweise der Berufszählungen über die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung auch in der breitesten Öffentlichkeit mit großem Interesse beachtet und namentlich in Tageszeitungen und politischen Versammlungen fast fortgesetzt verwendet werden. Daß dabei an diese Ziffernnachweise auch vielfach unrichtige Schlußfolgerungen geknüpft werden, ist nicht zu verwundern, denn nur wenige des großen Heeres der Konsumenten der Statistik können genau mit der Bedeutung des berufsstatistischen Tatsachenmaterials in den Einzelheiten vertraut sein. Eine häufig wiederkehrende Verwertung des berufsstatistischen Ziffernwerks, die prinzipiell oder methodologisch anfechtbar ist, besteht unter anderem, wie in der Zeitschrift des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes, Jahrgang 1911 S. 239f., ausführlicher dargelegt wird, darin, daß vielfach die Arbeiter und Gehilfen oder die c-Personen der Berufsstatistik in ihrer — die Mehrheit des erwerbenden Volkes bildenden — Gesamtzahl als sogenannte Proletarier angesehen werden, die nach der üblichen Begriffsbestimmung „dauernd von den Produktionsmitteln getrennt sind" und deren wirtschaftliche Lebensinteressen in scharfem Gegensatze zu denen des an Personenzahl erheblich schwächeren Unternehmerstandes stehen.

Bei dieser Auffassung wird aber vollständig übersehen, daß zu den abhängigen Klassen natürlich auch der ganze, als solcher bei der statistischen Erhebung gar nicht zu erkennende Unternehmernachwuchs gerechnet wird, der in reiferen Jahren, namentlich im Eheschließungsalter, aus den Reihen der Arbeiter und Gehilfen ausscheidet; denn in dem beruflichen Entwickelungsgange der Selbständigen ist es begründet, daß für diese die Beschäftigung als Lehrling oder Gehilfe gewissermaßen die soziale Vorstufe zu ihrem eigentlichen Lebensberufe bildet. Durch die letzte Berufszählung ist u. a. bezüglich des männlichen Geschlechts festgestellt worden, daß im Deutschen Reich im Jahre 1907 von 20,2 Mill. Erwerbstätigen 4,5 Mill. Selbständige, 1,1 Mill. Betriebsangestelle, 11,4 Mill. Arbeiter und Gehilfen (c-Personen) sowie 3,2 Mill. sonstige Erwerbstätige oder auch „berufslose Selbständige" waren, daß demnach die Arbeiter allein die Mehrheit, nämlich 56,51 %, die Selbständigen dagegen nicht viel mehr als ein Fünftel, genau 21,97 %, der Bevölkerung ausmachten. Wie bereits angedeutet, darf nun bei dieser zahlenmäßigen Gegenüberstellung der Selbständigen und Arbeiter nicht außer acht gelassen werden, daß es sich dabei um zwei Gesellschaftsschichten mit ganz verschiedenen Altersverhältnissen handelt, daß die Arbeiterklasse auch die jüngeren, stark besetzten Volksschichten umfaßt, während die Unternehmer sich fast nur aus mittleren und höheren, in ihrem Personenbestand durch den Tod bereits stark geschwächten Altersklassen der Bevölkerung zusammensetzen und im jüngeren erwerbsfähigen Lebensalter, wo sie nach der Absterbeordnung als Gehilfen oder Lehrlinge noch verhältnismäßig breitere Schichten bilden, den Abhängigen, namentlich der Arbeiterklasse, ihrer tatsächlichen Stellung entsprechend zugerechnet werden. Es ergibt sich denn auch ein ganz anderes Zahlenverhältnis zwischen Selbständigen und Arbeitern, wenn man, wie dies in den wissenschaftlichen Erläuterungen der Zählungsergebnisse der Berufsstatistik häufig geschieht, den Personenbestand dieser beiden sozialen Schichten nach gleichmäßig abgestuften Altersklassen betrachtet. Noch deutlicher treten aber diese Verschiebungen der numerischen Stärke der einzelnen, durch die Berufsstatistik unterschiedenen Berufsstände in einigen Tabellen der Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes (a. a. O. S. 241 f.) hervor, wo die niederen Altersklassen des erwerbstätigen Volkes, in denen der Unternehmerstand als solcher überhaupt noch nicht oder in geringer Anzahl vertreten ist, bei der Gegenüberstellung der Selbständigen und Arbeiter ganz außer Betracht gelassen sind. Dabei zeigt sich z. B., daß die Arbeiterklasse, die als Ganzes, wie erwähnt, etwa 56½ % der Erwerbstätigen umfaßt, von den über 25 Jahre alten Personen nur 48,0 % und von der über 40 Jahre alten erwerbenden Bevölkerung sogar nur 36,6 % ausmacht, während der Unternehmerstand, dem insgesamt beinahe 22,0 % der Erwerbenden angehören, 31,1 % der beruflich tätigen Bevölkerung von mehr als 25 Jahren und 38,4 % der über 40 Jahre alten Erwerbstätigen in sich schließt. Die Quote der männlichen Selbständigen, zu denen übrigens auch die geringfügige Zahl der selbständigen Hausindustriellen gerechnet ist, ist demnach unter den 40jährigen und älteren Erwerbstätigen relativ und somit auch absolut größer als die der Arbeiter. *A. Pfütze.*

1) *Commission des Crises Économiques, Rapports présentés par MM. Georges-Cahen et Edmond Laurent.* Ein Auszug findet sich im *Bulletin de l'Office du Travail*, März 1912.

2) In der Tat beschränkt sich das inzwischen erschienene Aprilheft des genannten *Bulletin* darauf, in 6 Kurventafeln, von denen 4 die oben zu 1, 2, 3, 4 und 8 bezeichneten Kennziffern, 2 weitere den Bankdiskont und den Clearing-Verkehr betreffen, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung von 1902 bis zum I. Viertel 1912 nach Vierteljahren darzustellen, ohne eine Vorhersage daran zu knüpfen.

Bibliographie.

14. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens von 1911 an.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Im Interesse der tunlichsten Vollständigkeit der Bibliographien ist die Einsendung von Veröffentlichungen, die statistisches Material enthalten, insbesondere von Selbstverlagsschriften, an den Verfasser oder an die Redaktion sehr erwünscht. Für die nächsten Bibliographien sind die Fächer: Landwirtschaft, Justizwesen, Versicherungswesen und Finanz- und Steuerwesen in Aussicht genommen.

Nicht berücksichtigt sind alle die finanzielle Seite des Unterrichts- und Bildungswesens, sowie alle die persönlichen und

wirtschaftlichen Verhältnisse der berufsmäßig für Unterricht und Bildung wirkenden Personen betreffenden Veröffentlichungen. Ebenso sind die Titel der Fachzeitschriften, mit Ausnahme der „Schulstatistischen Blätter" (von denen die Hauptaufsätze einzeln aufgeführt sind), die Lehrer- und Schüler-Kalender, Programme, Jahresberichte von Lehranstalten, Adreßbücher, Personal- und Vorlesungsverzeichnisse, die regelmäßigen betr. Angaben der Monats- und Wochen-Veröffentlichungen der statistischen Stellen usw. unberücksichtigt geblieben.

Titelordnung: Allgemeines. — Deutsches Reich. — Deutsche Einzelstaaten und Landesteile — Deutsche Städte. — Österreich. — Schweiz. — Übriges Ausland.

Blätter, schulstatistische. Organ der statistischen Zentralstelle des deutschen Lehrervereins. Verantw. Red.: A. Günther. 10. Jg. 1912. Berlin C, Grünstraße 4.

Huckert, E., Ist ein Rückgang der Leistungen der höheren Lehranstalten durch die Schulreform statistisch bewiesen? (Korr.-Bl. akad. geb. Lehrer 1911, 48.)

Jahresbericht, pädagogischer f. 1910. Herausgegeben von Paul Schlager. 63. Jg. (624 S.) Leipzig, Brandstetter. ℳ 10.—.

Jahresberichte über das höhere Schulwesen, herausg. von Conrad Rethwisch. 35. Jg. 1910. (VIII, 825 S.) Berlin, Weidmann 1911. ℳ 20.—.

Kemsier, F., Schülervergehen und Schulstrafen unter statistischen Gesichtspunkten. (Ztschr. f. päd. Psychologie. 1911. 10—12.)

Kleindinst, J. F., Bildungsstatistik (v. Mayr-Ehrengabe I, München und Berlin 1911, S. 525—558).

Meirowsky u. Neisser, Eine neue sexual-pädagogische Statistik. (Ztschr. z. Bekämpfung d. Geschlechtskr., Bd. 12, S. 341—66.)

Minerva. Jahrbuch der gelehrten Welt. 21. Jg. (1700 S.) Straßburg, Trübner. ℳ 19.—. [Enthält bei jedem wiss. Institut Angaben über den Jahreshaushalt, die Gehälter der Dozenten, über die Zahl der Hörer, der Mitglieder, der Bücherbestände, Sammelobjekte usw.]

Schwartz, E., Unterrichtserfolge und Schulbesuchsdauer. (Schulst. Bl. 1911, 4.)

Tenius, G., Statistik des Unterrichtswesens. (v. Mayr-Ehrengabe I, München und Berlin 1911, S. 505—524.)

Tilman, A., Statistisches über das Frauenstudium. (Monatsschr. f. höh. Schulen. 1911, 3 u. 4.)

Zahn, F., Schulstatistik. (Enzykl. Handb. des Kinderschutzes, Bd. II, 1911, S. 272—276.)

Aßmus, M., Das freie Volksbildungswesen in Deutschland 1910. (Concordia 1911, 5.)

Baar, E., Die deutsche Fortbildungsschule im Jahre 1909. Leipzig 1911.

Ballerstaedt, R., Die geheime Berichterstattung bei den Schulbehörden der deutschen Staaten. Erhebung Januar 1911. (Päd. Reform 1911, 17 u. 18.)

Besuch, der, sämtlicher Hochschulen im Deutschen Reich 1869—1908. (Stat. Korr. 1911, 10.)

Brüning, R., Statistisches über die konfessionellen Verhältnisse der Volksschulen im Deutschen Reich. (In: Krose, Kirchl. Handbuch 1911, S. 316—324.)

—, desgl. über die deutschen Universitäten. (Ebd. S. 298—303.)

Ergebnisse der Erhebung im Jahre 1910 über die allg. Vorbildung der in den kaufmännischen Beruf eintretenden jungen Leute. (Ztsch. kaufm. Unterrichtsw. 1911, 2.)

Fortbildungsschulwesen, das, der größeren Bundesstaaten [Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg.] (Reichs-Arbeitsblatt 1911, 2.)

Jahrbuch der deutschen Bibliotheken. 9. Jg. Leipzig 1911.

Jahrbuch, pädagogisches, 1911. Herausgegeben v. d. päd. Zentralstelle des deutschen Lehrervereins. (VIII, 270 S.) Leipzig. Klinkhardt. ℳ. 3.—.

— der Schule Gabelsberger auf das Jahr 1911. Herausgegeben v. Kgl. Stenogr. Landesamt zu Dresden. Wolfenbüttel 1911.

— der Schule Stolze-Schrey f. 1910. Berlin 1911.

—, statistisches, der höh. Schulen Deutschlands, Luxemburgs u. der Schweiz. Nach amtl. Quellen bearb. 32. Jg. 2 Teile. (XXXII, 556 u. IV, 228 S.) Leipzig, Teubner. ℳ 6.—.

Mertelsmann, K., Statistik des Hilfsschulwesens Deutschlands. (Schulst. Bl. 1911, 12.)

Naumann, Frz., Jugendfürsorge in den Volksbibliotheken. Ergebnisse einer statistischen Rundfrage. (142 S.) Berlin, Weidmann. ℳ 2.—.

Otten, Die deutschen Volksbibliotheken und Lesehallen in Städten über 10 000 Einwohner. (VIII, 104 S.) Leipzig Harassowitz. ℳ 3.20.

Radanski, J., Statistische Nachrichten über die Taubstummen-Anstalten Deutschlands sowie über deren Lehrkräfte f. d. J. 1912. XVI. Jg. (87 S.) Posen, Ebbecke. ℳ 1.20.

Schnell, Das Mädchenschulwesen in den deutschen Einzelstaaten. Eine vergleichende Übersicht. (39 S.) Leipzig, Teubner. ℳ —.80.

Schulbildung, Die, der im Ersatzjahre 1910 in das Heer und in die Marine eingestellten Rekruten im Deutschen Reiche. (Vierteljh. z. Stat. d. D. Reichs 1911, 4.)

Seefischer-Schulen, Die, des deutschen Seefischervereins 1909/10. (Mitt. d. deutsch. Seefischervereins 1911, 2.)

Simon, E., Statistisches über die öffentlichen höheren Knabenschulen der deutschen Bundesstaaten. (Schulst. Bl. 1912, 4.)

Tews, J., Die Vorschulen der höheren Lehranstalten. Umfrage des deutschen Lehrervereins. (Schulst. Bl. 1912, 4.)

Übersicht der Besuchsziffern an den 11 deutschen Technischen Hochschulen im Sommersemester 1911 und im Wintersemester 1910/11. (Nr. 364 der Berichte der II. Sächs. Kammer v. 24. IV. 1912.)

Universitäts-Kalender, Deutscher. Herausgegeben mit amtlicher Unterstützung. 74. Ausg. Sommersemester 1911, I u. II. Teil. (XXIV u. 566 S.) Leipzig, Ambr. Barth. ℳ 4.—.

—, Wintersemester 1911/12, I. u. II. Teil. (XXIV u. 577 S.) Ebd. ℳ 4.—.

—, Sommersemester 1912, I. u. II. Teil. (XXIV u. 585 S.) Ebd. ℳ 4.—.

Universitätsstudium, Das, der Frauen im Winter 1911/12. (Deutscher Reichsanzeiger 1912, 5.)

Unterrichtszeit, Ungeteilte, in den deutschen Volksschulen. Ergebnisse einer Umfrage vom Oktober 1911. (Schulst. Bl. 1911, 11.)

Winkler, G., Stundentafeln deutscher Volksschulen. (Ebd. 1911, 8.)

Betrachtungen, Statistische, über Lehrerinnen- und Lehrerbildung in Anhalt. (Schulbl. f. Braunschweig u. Anhalt 1911, 19.)

Unterrichts- u. Bildungswesen im Großh. Baden in den Jahren 1900—1910. (Stat. Jahrb. Baden 1910/11, S. 284—304.)

Däschlein, Die bayerische Unterrichtsstatistik für das Schuljahr 1909/10. (Ztschr. Bayr. St. L.-A. 1911, 2.)

Frequenz der bayerischen Hoch- und Mittelschulen zu Beginn des Schuljahres 1910/11. (Ebd. 1911, 2.)

Schematismus der staatlich geprüften und aktiven Turnlehrer im Kgr. Bayern. Nach dem Stande Ende Januar 1912. Bearbeitet von Frz. Häfner. (48 S.) München, Beckstein. ℳ 1.—.

Schreiber, Rolf, Die Leistungen der bayerischen Städte für Theater- und Orchesterunternehmungen. (Ztschr. Bayr. St. L.-A. 1911, 2.)

Stempflinger, Die Väter der bayerischen Gymnasial- u. Realschüler. Schulpolitische Statistik. (Allg. Ztg. 1911, 50.)

Stocker, Max, Die Berufe der Väter der bayerischen Gymnasial- und Realschüler. Ein Beitrag zur Unterrichtsstatistik. (Progr. des Kgl. hum. Gymnasiums Aschaffenburg.) Aschaffenburg 1911. (10 S. 5 Tab.)

Unterrichtsstatistik, Die bayerische, f. d. Schuljahr 1909/10. (Ztschr. Bayr. St. L.-A. 1911, 2.)

Beschreibung der Volksschulstellen im R.-Bez. Schwaben u. Neuburg. Herausgegeben vom schwäb. Kreislehrerverein. 2 Bde. (XXIV, 591 u. XII, 683 S.) Augsburg, Bayr. Schulmuseum 1911. ℳ 12.50.

Handbuch des Volksschulwesens in Oberbayern. Nach dem Stande vom 1. Juni 1910. Nach amtl. Quellen bearbeitet v. L. Bischoff. (275 S.) München, Kellerer. ℳ 4.50.

Statistik über den Volksschuldienst im Herz. Braunschweig. (Schulbl. für Braunschweig u. Anhalt 1911, 20 u. 21.)

Unterricht, Der landwirtschaftliche, in Elsaß-Lothringen. (Stat. Nachr. E.-L. 1911, 5.)

Knaben- u. Mädchenschulen, Höhere, im Großh. Hessen 1911. (Mitt. der Grh. Zentralstelle f. Landesstatistik 1911, 12.)

Krapp, H., Hessische Schulstatistik. IV, 328 S.) Gießen, Roth 1910. ℳ 3.—.

Landesuniversität zu Gießen im Winterhalbjahre 1911/12. Die auf deutschen Universitäten studierenden Hessen. (Mitt. der Grh. Zentralstelle f. Landesstatistik 1912, Nr. 925.)

Statistik der Hofbibliothek in Darmstadt u. der Univ.-Bibl. in Gießen 1909—1911. (Ebd. 1911, 5.)

Unterrichtswesen [kaufm. Fortbildungsschulen u. gewerbl. Unterrichtsanstalten] im Großh. Hessen. (Wirtsch.-stat. J.-B. d. hess. Handelskammern f. 1910, Darmstadt 1911, S. 57.)

Volksschulen, Die neunklassigen im Großh. Hessen von 1877—1911. (Mitt. d. Großh. Zentralst. f. Landesstatistik 1911, 11.)

—, Die hessischen, Frühjahr 1911. (Ebd. 1911, 12.)

Jahrbuch mecklenburgischer Volksschullehrer 1912. Bearbeitet vom Landesverein. (533 S.) Wismar, Eberhardt. ℳ 3.—.

Wilms, M., Die ev. Volksschulen des Herz. Oldenburg. (Schulst. Bl. 1911, 4.)

Anteil der Lehrerschaft an der örtlichen Schulverwaltung in den preußischen Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern. (Schulst. Bl. 1911, 9.)

Mitteilungen, Statistische, über die Fachschulen u. gewerbl. u. kaufm. Fortbildungsschulen in Preußen. (Min.-Bl. d. Handels- u. Gewerbeverw. 1911, 9.)

— —, über das höhere Unterrichtswesen im Kgr. Preußen. Erg.-Heft 28 z. Zentralbl. f. d. höh. Unterrichtswesen 1911. (81 S.) Berlin, Cotta Nf. ℳ 1.80.

Oldenburg, G., Das landwirtschaftliche u. zweckverwandte Unterrichtswesen im Kgr. Preußen, zugleich landwirtsch. Schulstatistik f. d. J. 1906, 1907 u. 1908. Im Auftr. d. Min. f. Landw. bearbeitet. (XXIV u. 786 S. u. 3 Karten.) Berlin, Parey 1911. ℳ 16.—.

Personalstatistik der schulpflichtigen Zöglinge der Fürsorgeerziehung in Preußen 1910. (In: Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger. Rawitsch 1912. Bearbeitet im Kgl. preuß. Min. d. Innern, Abschnitt C, S. 18—29 u. Tab.)

Petersilie, A., Statistik der preußischen Landesuniversitäten für das Studienjahr 1908/09. Heft 223 der „Preußischen Statistik", Berlin, Kgl. Stat. Landes-A., 1911 (209 S.).

Schulen, Die mittleren, in Preußen. (Statist. Korr. 1912, 10.)

Statistik der Fach- und Fortbildungsschulen in Preußen (Verwaltungsbericht d. Kgl. Pr. Landesgewerbeamtes 1912, S. 65—67, 75, 80, 127, 176, 214—217, 237—243, 318—324 u. s. w.)

Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger und über die Zwangserziehung Jugendlicher für 1910. Bearb. im Kgl. preußischen Min. d. Innern. Rawitsch 1912. (119, 109 u. 184 S.) ℳ 3.50.

Statistisches über die höheren Mädchenschulen und weiterführenden Bildungsanstalten für die weibliche Jugend in Preußen. (Stat. Korr. Nr. 20 v. 11. Mai 1912.)

Übersicht über die ländl. Wanderhaushaltungsschulen Preußens 1910. (Statist. Nachweis der landw. Verwaltung 1912, S. 41—47.)

— über den Stand und die Verhältnisse der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen 1909. (Min.-Bl. d. Landwirtsch. 1911, 3.)

Unterrichtswesen im Kgr. Preußen. (Stat. J.-B. f. d. Preuß. Staat 1912, S. 365—444.)

Volksschüler, Die, in Preußen am 24. Mai 1911, nach Unterrichtsstufe und Lebensalter sowie die 1910/11 aus der Schule entlassenen nach der erreichten Stufe. (Statist. Korr. 1912, 8.)

Volksschulen, Die öffentlichen, in Preußen 1911. (Ebd. 1912, 5.)

Schulschematismus f. d. Bistümer Osnabrück u. Hildesheim. Herausgegeben v. J. W. Stevens. (IV u. 216 S.) Bingen, R. van Aken. ℳ 1.50.

Gutsche, Die Posener Volks- und Mittelschulen. Lissa i. P. 1911, Eulitz. (39 S.)

Jahresbericht des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen über das Schuljahr 1910/11. Magdeburg.

Volks-, mittlere und Privatschulen des Rg.-Bez. Merseburg. Handbuch der Behörden u. s. w. auf die Jahre 1911 u. 1912. Mit Genehmigung d. Kgl. Regierung herausgegeben v. Kühling. 43 Jg. (XVI u. 411 S.) Merseburg, Stollberg. ℳ 3.—.

Handbuch des Schlesischen Lehrervereins. 4. Ausg. Breslau 1911. (108 S.)

Statistik des Schlesischen Lehrervereins. Aufgenommen nach dem Stande vom 15. Februar 1912. Breslau. (14 S.)

Schulkalender 1912 für den Reg.-Bez. Minden. Mit einem Verzeichnis sämtlicher Schulen, Lehrpersonen u. Schulbeamten. Unter Benutzung amtlicher Quellen. (212 S.) Minden, Bruns. ℳ 1.—.

Jahrbuch des westpreußischen Provinzial-Lehrervereins. 37 Jg.

Bericht, VI., über die gesamten Unterrichts- u. Erziehungsanstalten im Kgr. Sachsen. Erhebung vom 1. Juni 1911. Zusammengestellt im Kgl. S. Stat. L.-A. Dresden, Baensch 1912. (Im Druck.)

Besuchsziffern der sächsischen Schifferschulen 1899—1909. (In: Jahresbericht zur 65. ord. Hauptvers. des Konzess. Sächs. Schiffervereins. Dresden 1911, S. 19.)

Handbuch der Schulstatistik für d. Kgr. Sachsen. Nach dem Stande vom 15. Mai resp. 1. Oktober 1909. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von A. Kolbe. 21. Aufl. (VIII, 1314 S.) Dresden, Ramming. ℳ 9.50.

Jahrbuch zum Pestalozzi-Kalender 1912. 65. Jg. Bearbeitet von O. Ostermai. (207 S.) Leipzig, Julius Klinkhardt.

Studierenden, Die, an den sechs sächsischen Hochschulen. (Stat. Jahrb. Kgr. Sachsen 1911, S. 188 bis 190.)

Unterrichtswesen in der sächsischen Landwirtschaft. Jahresbericht üb. d. Landwirtsch. im Kgr. Sachsen 1910, Dresden 1911, S. 78—101.)

Handelsschulen, gewerbliche Fach- u. Fortbildungsschulen, im Bez. der Handelskammer zu Zittau, Schuljahr 1911/12. (Jahresber. d. H.-K. Zittau f. 1911, S. 236—239.)

Innungsfachschulen des Bezirks der Gewerbekammer Leipzig. (Gew.-K.-Ber. f. 1911, S. 10—29.)

Zusammenstellungen über die Schulverhältnisse in den Herz. S.-Coburg u. Gotha f. 1910. (Mitt. Stat. Bur., Gotha 1911, S. 23—42.)

Engelmann, E., Bericht der Statist. Landesst. des Lehrervereins im Großh. Sachsen-Weimar auf die Jahre 1908—1910. Weimar 1911.

Nachrichten, Statistische, über den Stand der höheren Schulen in Württemberg am 1. Januar 1911 nebst einer Zusammenstellung der . . . öffentlichen höheren Schulen. Übersicht über die Lehranstalten und ihre Lehrer nach dem Stande vom 1. April 1911 (78 S.). Stuttgart, Kohlhammer. ℳ 1.60.

Statistik des Unterrichts- u. Erziehungswesens im Kgr. Württemberg für 1910. Veröff. v. d. Kgl. Min. des Kirchen- u. Schulwesens (70 S.). Stuttgart, Grüninger 1911. ℳ 1.10.

— der katholischen Schulstellen Württembergs v. 1910. (Päd. Mag. 1911, 9.)

Rückgang, Der zukünftige, der Volksschülerzahlen in Württemberg. (Mitt. d. Württemb. Stat. L.-A. 1911, 6.)

(Schluß folgt.)

Fragekasten.

V. D. A. Die Notiz „Das deutsche Buch im Ausland", die jüngst durch die Presse ging, enthielt Zahlen, die der amtlichen Ausfuhrstatistik des Deutschen Zollgebietes entnommen waren. Ein Schluß darauf, inwiefern deutsche Bildung in der Welt verbreitet ist, läßt sich natürlich in keiner Weise daraus ziehen. Denn einerseits wird deutsche Literatur auch außerhalb der Zollgrenzen gedruckt, namentlich in den deutschen Teilen Österreichs und der Schweiz; andererseits ist nicht bekannt, wie sich in fremdsprachigen Gebieten der Bezug deutscher Bücher auf die in der Diaspora lebenden Deutschen und auf Fremdsprachige verteilt. An der verhältnismäßig gering scheinenden Bücherausfuhr nach Frankreich z. B. dürften die dort lebenden Deutschen, an der weit bedeutenderen nach Skandinavien dagegen die Einheimischen den größten Anteil haben.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 8 4. Jahrgang August–September 1912

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig** Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger** Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer** Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Die zweite Mitgliederversammlung findet am 22. und 23. Oktober in den Räumen der Handelshochschule **in Berlin, Spandauer Straße 1, statt.** Auf der Tagesordnung stehen: Die Stellung der Statistik in der Verwaltung (Oberbürgermeister Dr. Wilms, Posen); der Rückgang der Geburten und Sterbefälle (Professor Dr. Oldenberg, Greifswald); der Plan eines internationalen statistischen Bureaus (Präsident Dr. Mischler, Wien); der statistische Hochschulunterricht (Professor Dr. Schmid, Leipzig, und Direktor Dr. Wolff, Halle), und andere Gegenstände. Personen, die sich beruflich und wissenschaftlich mit Statistik beschäftigen und der Versammlung als Gäste beizuwohnen wünschen, wollen, falls sie bis 15. August keine Einladung erhalten, sich an die Geschäftsstelle der Versammlung in Berlin W., Spichernstraße 17 (Adresse: Herrn Dr. H. Beck) wenden.

Zur Erhebungstechnik der Volkszählungen.

5. Die Vereinigten Staaten von Amerika.[1])

Von Dr. **Roland P. Falkner**, zweiter Direktor des Census-Amtes.

Die alle zehn Jahre wiederkehrenden Volkszählungen in den Vereinigten Staaten beruhen auf den Vorschriften der im Jahre 1787 entstandenen Bundesverfassung. Diese bestimmt, daß die Zahl der Abgeordneten im Unterhause des Kongresses auf die einzelnen Bundesstaaten im Verhältnis zur Volkszahl zu verteilen ist, die in der Weise festgestellt wird, daß zu der Zahl aller freien Einwohner mit Ausschluß der Indianer, die keine Steuer entrichten, drei Fünftel aller anderen Personen hinzugerechnet werden. Die Bestimmung bezüglich der drei Fünftel „anderen Personen" — man wollte in der Verfassung nicht von Sklaven sprechen — fiel natürlich mit der Aufhebung der Sklaverei fort. Nach der Verfassung hatte die erste Zählung innerhalb drei Jahren nach der ersten Berufung des Kongresses zu erfolgen, und sie sollte in Perioden von zehn Jahren wiederholt werden.

Auf Grund dieser Verfassungsartikel wurde die erste Volkszählung im Jahre 1790 vorgenommen, die seither folgenden in den Jahren, deren Zahl mit Null endet. Der grundlegende Gedanke der Zählung war, wie aus den angeführten Vorschriften hervorgeht, die Volkszahl zur Grundlage für die Verteilung der Abgeordneten und auch für die Umlegung der direkten Steuern zu bestimmen. Doch nahm die Verwendung dieser zehnjährigen Aufnahmen für anderweite statistische Zwecke schon bei der ersten Volkszählung ihren Anfang, da bei dieser außer der gesetzlich vorgeschriebenen Unterscheidung zwischen freien und unfreien Einwohnern weitere Unterscheidungen der freien Einwohner nach der Farbe (Weiße und Sonstige) verlangt wurden. Unter den freien weißen Einwohnern zählte man die beiden Geschlechter getrennt; auch wurden die Männer in zwei Altersklassen (von über und unter 16 Jahren) geteilt. Mit jeder folgenden Aufnahme wuchs die Zahl der zu erhebenden Merkmale bis auf die heutige Zeit, wo die Erhebungsformulare zu den kompliziertesten gehören, die überhaupt irgendwo zur Anwendung kommen.

Die gewünschten Angaben über die Bevölkerung sind bei allen Zählungen mittels Orts- oder Distriktslisten erhoben worden, mit Ausnahme derjenigen von 1890, wo eine Haushaltungsliste in Anwendung kam. Vor 1850 gab es keine namentliche Zählung der gesamten Bevölkerung, sondern nur eine Liste der Haushaltungsvorstände mit Notizen über die Zahl der Haushaltungsmitglieder, die nach verschiedenen Merkmalen, wie Geschlecht, Farbe, Alter und Beschäftigung, in Gruppen zu teilen waren, wie in den Formularen vorgesehen. Demnach entsprachen die Formulare jener Zeit in der Form ungefähr den Kontrollisten, welche bei dem Ver-

1) Siehe D. St. Z. 1911 Nr. 5 und 7, und 1912 Nr. 3 u. 4.

fahren im Deutschen Reich üblich sind. Bei der ersten Volkszählung im Jahre 1790 unterschieden sich jedoch die Formulare von den deutschen Kontrollisten besonders durch die größere Menge der Merkmale, welche man durch die Listen zu erheben und zu summieren wünschte. Allmählich wuchsen diese Listen derart, daß sie schwer zu handhaben waren; und durch die große Anzahl der für jede Familie auszufüllenden Spalten entstanden manche Unrichtigkeiten. Daher führte man 1850 eine Änderung ein, indem eine Zeile für jede einzelne Person vorgesehen wurde, in der der Name und die sonstigen Merkmale zu verzeichnen waren. Dies bewirkte eine wesentliche Erleichterung, da zum Beispiel eine einzige Spalte für die Altersangabe genügte, um direkt aus dem Formular die gewünschte Altersgruppierung der Bevölkerung zu gewinnen, wozu früher ein Dutzend oder mehr Spalten notwendig waren. Die 1850 eingeführte Form ist seither beibehalten worden, abgesehen von der schon erwähnten Verwendung von Haushaltungslisten im Jahre 1890.

Die Einführung von Zählkarten ist in den Vereinigten Staaten niemals ernstlich in Erwägung gezogen worden. Es wird im allgemeinen angenommen, daß die Vorteile dieses Systems mehr bei der Bearbeitung des Materials als bei der Erhebung desselben zum Vorschein kommen. Da aber die elektrischen Maschinen seit dem Jahre 1890 zur vollen Zufriedenheit benutzt worden sind, so ist es unwahrscheinlich, daß die Erhebung mittels individueller Zählkarten in den Vereinigten Staaten jemals in Frage kommen kann.

Die längeren Listen haben gewisse Nachteile, insofern die Familiengruppen nicht so scharf auseinandergehalten werden, wie bei den in Europa üblichen Formularen; aber diese Nachteile sind keineswegs unüberwindbar und bringen nur eine geringe Erschwerung der Bearbeitung des gewonnenen Materials mit sich.

Die Ausführung der Volkszählung ist durchweg Sache der Bundesregierung. Die politische Macht in den Vereinigten Staaten ist derart geregelt, daß Bund und Einzelstaat als völlig unabhängige Gewalten auftreten, und es gibt keine Bundesbefugnisse, deren Ausführung gemäß den vom Bunde zu erlassenden Bestimmungen den Einzelstaaten übertragen wäre, wie etwa im Deutschen Reiche. Jede Person, die mit der Volkszählung zu tun hat, vom Direktor abwärts bis zum letzten Zähler, ist Bundesbeamter.

Bis einschließlich 1870 bediente man sich bei den Volkszählungen eines der ständigen Organe des Bundes, nämlich der Beamten der Bundesgerichte. Der vollziehende Beamte des Gerichts — *the marshal* — leitete innerhalb seines Gebietes die Volkszählung nach Anweisung der Zentralbehörde. Die Last, welche dadurch auf diese Beamten fiel, und der Umstand, daß dieselben dem Justizdepartement unterstanden und daher dem Sekretariat des Innern, von dem das Volkszählungswesen ressortiert, nicht verantwortlich waren, führten im Jahre 1880 zur Aufgabe dieser Methode und zur Einrichtung einer zeitweiligen Organisation für die Ausführung des Volkszählungsgesetzes. Seitdem wird für jede Volkszählung eine Anzahl von Distriktsaufsehern eingesetzt, die nach Anweisung des Zentralbureaus die Zähler ernennen und ihre Arbeiten leiten.

Bis einschließlich 1900 wurde ein solches Zentralbureau für jede Volkszählung neu errichtet, und wieder aufgelöst, sobald die Volkszählungsarbeiten beendet waren. Erst seit 1902 besteht das *Census Bureau* in Permanenz. Hierzu ist zu bemerken, daß mit der durch die Verfassung vorgeschriebenen Volkszählung nach und nach eine Menge anderer Erhebungen verbunden worden war, die hauptsächlich Industrie und Landwirtschaft, aber auch viele andere Gegenstände umfaßten, und bewirkten, daß die amtlichen Veröffentlichungen über den Census von 1880 nicht weniger als 22, die von 1890 aber 27 große Bände ausmachten. Hauptsächlich um für die Nebenerhebungen zu sorgen und zugleich das Bureau von denselben zur Zeit der zehnjährigen Volkszählungen zu entlasten, wurde im Jahre 1902 zur Schaffung eines ständigen Amtes geschritten. Es war ferner der Gedanke maßgebend, daß dieses Amt mit seinem geübten und geschulten Personal den Kern für eine zweckmäßige Organisation der Volkszählung und der damit verbundenen Erhebungen liefern würde.

Trotz der verfassungsmäßigen Grundlage der Volkszählungen bedarf es behufs Errichtung dieser zeitweiligen Verwaltungsbehörden jedesmal eines besonderen Gesetzes. Auch jetzt, nachdem das Amt ein ständiges geworden, ist man dieser Notwendigkeit nicht enthoben, da für die Volkszählung eine bedeutende Vermehrung des wissenschaftlichen und Bureaupersonals erforderlich bleibt.

Die Volkszählung von 1910 beruht auf dem Gesetz vom 2. Juli 1909. Dieses setzt die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1912 als die „Volkszählungsperiode" fest und bestimmt, daß die Berichte über Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie und Bergwerksbetriebe in dieser Frist zu vollenden sind. Für die dreijährige Periode treten einige Bestimmungen des die regelmäßige Tätigkeit des Bureaus betreffenden Gesetzes außer Kraft. Für die Arbeiten während dieser Periode ist eine Pauschalsumme bewilligt, ohne Bestimmung der spezifischen Posten, wofür sie verausgabt werden sollen, und ferner ohne Beschränkung auf die drei einzelnen Etatsjahre, die die Volkszählungsperiode umfaßt.

Was die Volkszählung als solche, abgesehen von den damit verbundenen weiteren Erhebungen, anbelangt, so sind die für die Erhebungstechnik hauptsächlich in Betracht kommenden Bestimmungen des Gesetzes folgende:

1. Die Zahl der Distriktsaufseher soll nicht mehr als 330 betragen.
2. Das zur Aushilfe nötige Personal im Zentralbureau wird nach Bestehen einer Prüfung ernannt, ohne jedoch ein Anrecht auf dauernde Beschäftigung im Staatsdienst zu erwerben.
3. Die Zähler werden vom Distriktsaufseher mit Genehmigung des Direktors des Censusbureaus ernannt und erhalten für ihre Dienste einen bestimmten Stücklohn oder in Ausnahmefällen einen Taglohn.
4. Stichtag der Erhebung ist der 15. April 1910.
5. Die Zählung bezieht sich auf die Wohnbevölkerung.
6. Das Zählgeschäft ist innerhalb 30 Tagen zu beenden; in Städten, die im Jahre 1900 5000 Einwohner hatten, kann diese Frist auf 15 Tage verkürzt werden.



7. Die für jeden Einwohner zu beantwortenden Fragen sind durch das Gesetz bestimmt; die genaue Fragestellung wird dem Ermessen des Bureaus überlassen.
8. Über die gemachten Angaben ist das Amtsgeheimnis zu wahren.

Abgesehen von diesen allgemeinen Grundsätzen wird man, um einen klaren Einblick in das Zählungsverfahren zu bekommen, in den Anweisungen weitere Aufklärung suchen müssen.

Die Zahl der Aufseher (*supervisors*) bedingt die Größe der Aufsichtsdistrikte. Im ganzen sind 329 Aufseher ernannt worden, sodaß die Durchschnittsseelenzahl eines Distriktes rund 280 000 betrug. Die Zahl schwankte im allgemeinen zwischen 175 000 und 250 000. Einige sehr große Distrikte aber — es gab nur zwei in der Stadt New York, und je einen in Chicago, Philadelphia und im ganzen Staate Massachusetts — hatten eine Bevölkerung von mehr als 1½ Millionen.

Die Zahl der Zähler wird nicht gesetzlich festgelegt. Bei der Bestimmung darüber wurde im Auge behalten, daß die von einem Zähler aufzunehmende Bevölkerung die Zahl von 1500 womöglich nicht überschreiten sollte. Tatsächlich wurden im ganzen 69 025 Zähler beschäftigt, auf deren jeden durchschnittlich rund 1300 Einwohner trafen. In den Städten betrug dieser Durchschnitt 1500, in den kleineren Gemeinden und auf dem Lande nur ungefähr 1250.

Die vorbereitenden Arbeiten, die Einteilung des Gebiets in Zählbezirke und die Ernennung der Zähler, lagen den Distriktsaufsehern ob unter Leitung des Zentralbureaus. Soweit tunlich, wurden alle Zähler einer vorherigen Prüfung unterworfen, welche sich hauptsächlich auf die Fähigkeit, aus zerstreuten Notizen ein Zählungsformular richtig auszufüllen, und auf die Leserlichkeit der Schrift bezog. In Ausnahmefällen mußte man auf solche Prüfung verzichten. Durch die Distriktsaufseher erhielten die Zähler die nötigen Formulare und Vorschriften und soweit möglich auch mündliche Unterweisung über die Pflichten ihres Amtes.

Der Umstand, daß die gesamte Zählorganisation in dieser Weise ins Leben gerufen werden muß, und daß kein Teil des Aufnahmeverfahrens ständigen Verwaltungsbeamten wie in anderen Staaten übertragen werden kann, verursacht für die amerikanische Volkszählung ganz erhebliche Kosten. Da aber mit der Volkszählung selbst eine umfangreiche Erhebung über Landwirtschaft eng verbunden ist, welche durch dieselben Zähler ausgeführt wird, so kann ein genauer Nachweis der Ausgaben für die Volkszählung allein nicht gegeben werden. Es genügt zu bemerken, daß die Unkosten für die Dienste der Distriktsaufseher und der Zähler sich auf rund 7 000 000 Dollars bezifferten.

Zur weiteren Vorbereitung des großen Werkes wurde auf mannigfache Weise versucht, das Publikum mit dem Zwecke der Volkszählung bekannt zu machen; z. B. durch Zeitungsnotizen, Rundschreiben an Schulbehörden, Geistliche, Arbeitsgeber und andere. Außerdem erließ der Präsident der Vereinigten Staaten eine öffentliche Kundgebung, in der der Zweck der Volkszählung im allgemeinen erklärt und dem Publikum die Versicherung gegeben wurde, daß die verlangten Angaben in keiner Weise zum Nachteile irgendwelcher Person gebraucht werden würden. Diese Kundgebung wurde mit Rücksicht auf die zahlreichen in den Vereinigten Staaten weilenden Fremden in mehr als einem Dutzend Sprachen verbreitet.

Die Arbeit des Zählers besteht darin, daß er in seinem Distrikt jedes bewohnte Haus und jedes andere Gebäude aufsucht und durch Befragen der Haushaltungsvorstände oder eines vertrauenswürdigen Haushaltungsmitgliedes die im Formular erheischten Angaben erlangt. Nur der Zähler darf die Antworten, die in der Regel mündlich gegeben werden, ins Formular eintragen. Eine Ausnahme von dieser Regel bildeten zum Teil die Städte von 100 000 Einwohnern. Hier wurden im voraus an alle Haushaltungen Formulare verteilt, welche von den Einwohnern eigenhändig ausgefüllt werden konnten und bei der Zählung von dem Zähler eingesammelt wurden. Der Zähler hat solche Formulare auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen und sie alsdann bei der Eintragung in das eigentliche Erhebungsformular zu verwerten; denn als Ersatz für die vom Zähler selbst auszufertigende Liste durften die von den Haushaltungen selbst ausgefüllten Bogen unter keinen Umständen dienen. Der Gebrauch solcher Formulare für die Selbstzählung in gewissen Fällen war nur ein Versuch, dessen Ergebnisse sich zwar als lehrreich erwiesen, aber doch nicht den Beweis lieferten, daß die in Europa übliche Selbstzählung für die Vereinigten Staaten unter den jetzigen Verhältnissen angängig wäre. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind teils in der sehr gemischten Zusammensetzung der Stadtbevölkerung, teils in der Kompliziertheit der Formulare zu suchen.

In der Regel waren die Angaben über jedes Mitglied der Familie der Reihe nach in die Listen einzutragen. Wo aber Aftermieter, Pensionäre oder Schlafgänger vorhanden waren, war häufig ein zweiter Besuch nötig, um die Nachrichten über diese Personen zu erlangen. In solchen Fällen folgten die Mitglieder einer Haushaltung nicht unmittelbar aufeinander, waren aber doch mit derselben Nummer bezeichnet; den Zählern war strengstens verboten, für nachträgliche Eintragungen leere Stellen vor der Hand offen zu lassen.

Der Zähler lieferte seine ausgefüllten Bogen an den Distriktsaufseher ab, der sie einer Prüfung auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen unterzog, um den Kassenbeamten bestätigen zu können, daß die Arbeit richtig ausgeführt war.

Nachdem die Bogen von den Distriktsaufsehern dem Zentralbureau übersandt waren, fand vor der Aufarbeitung eine weiter ins einzelne gehende Prüfung des Materials statt, um augenscheinliche Unrichtigkeiten aufzufinden und, soweit es nach dem Inhalt der Antworten möglich, etwa vorgefundene Lücken nach Maßgabe der Wahrscheinlichkeit auszufüllen. Da aber die Verbindung zwischen dem Zentralbureau und den Zählern mit der Bezahlung der Rechnung an die letzteren aufhört, so war es nur in wenigen Fällen möglich, auf die in Frage kommenden Personen zurückzugreifen, um die Richtigstellung falscher Antworten oder die Ausfüllung der Lücken zu erwirken.

Der Direktor des Bureaus war durch das Gesetz ermächtigt, soweit es notwendig erschien, Nachzählungen in einem gegebenen Gebiete anzuordnen.



Die Sucht verschiedener Städte, größere Bevölkerungszahlen aufzuweisen, hat in einigen wenigen Fällen zu einer großen Übertreibung der Einwohnerzahl geführt, indem Namen vielfach doppelt gezählt oder fingierte Namen eingetragen wurden. In einigen Fällen hat die Prüfung durch das Zentralbureau eine absichtliche Fälschung der Berichte klargelegt. Wo dies vorkam, wurden die Formulare zur Ausscheidung der falschen Namen zurückgeschickt, und nur selten mußte man zu einer vollständigen Nachzählung schreiten.

Eine Schwierigkeit, die der völlig genauen Feststellung der Bevölkerungszahl entgegensteht, ist die Bestimmung, daß nicht die ortsanwesende, wie in vielen anderen Ländern, sondern die Wohnbevölkerung gezählt werden muß. In manchen Fällen ist die Bestimmung des Wohnorts ungemein schwierig, und trotz umfangreicher Anweisungen muß sie doch vielfach dem Ermessen des Zählers und dem Verständnis der Bevölkerung überlassen bleiben.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Kompliziertheit des Fragebogens. Die im Jahre 1910 verwendeten Bogen enthielten Zeilen für die Aufzeichnung von 100 Personen; für jede Person waren 32 Spalten vorgesehen. Es soll hier nicht auf die Einzelheiten der Formulierung aller Fragen eingegangen und nur bemerkt werden, daß die vom Gesetz bestimmten Gegenstände der Erhebung folgende waren: Namen, Verhältnis zum Haushaltungsvorstand, Farbe, Geschlecht, Alter, Zivilstand, Geburtsort, Geburtsort der beiden Eltern, Beruf, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, und in letzterem Falle, ob zur Zeit der Zählung tatsächlich beschäftigt oder seit wie vielen Monaten beschäftigungslos, Kenntnis des Lesens und Schreibens, Schulbesuch, ob Hauseigentümer oder Mieter, ob Veteran aus dem Bürgerkrieg (Nord- oder Südstaaten), ob taubstumm oder blind; ferner für die außerhalb des Landes Geborenen: Dauer des Aufenthalts in den Vereinigten Staaten, ob Staatsbürger geworden oder nicht, Muttersprache. Nicht besonders im Gesetz erforderte Fragen waren die nach der Dauer der Ehe, die von allen verheirateten Personen, und die nach der Zahl der Kinder überhaupt und der noch lebenden, welche von allen verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Frauen zu beantworten waren. Endlich war für alle über 10 Jahre alten Personen anzugeben, ob sie englisch sprechen.

Die Kompliziertheit des Fragebogens erklärt sich hauptsächlich durch die eigentümliche Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung; der Umfang des Bogens konnte ohne Verzicht auf wertvolle Feststellungen über die Bevölkerung nicht erheblich vermindert werden.

Von den gestellten Fragen sind die nach der Beschäftigungslosigkeit und die, ob der einzelne ein eigenes Heim bewohnt oder Mieter ist, am wenigsten befriedigend beantwortet worden. Abgesehen jedoch von diesen in nur losem Zusammenhang mit den übrigen stehenden Fragen ist es zweifelhaft, ob der Fragebogen verkürzt werden konnte. Es muß in die Augen fallen, daß ein so detailliertes Schema außerordentliche Anforderungen sowohl an die Tätigkeit des Zählers, wie auch an die Geduld des Publikums stellt.

Die Volkszählung ist der Kern, an den sich eine Anzahl anderer Erhebungen statistischer Art angeschlossen hat; alle zusammen liefern den Stoff zu den monumentalen Berichten über den amerikanischen Census. In neuerer Zeit ist die Gesetzgebung, wie schon erwähnt, bestrebt, diese anderweiten Erhebungen, soweit wie möglich, auf andere Jahre als die Volkszählung zu verlegen. Beim Census von 1910 waren diese andern Erhebungen auf Landwirtschaft, Industrie, Bergwerke und auf die Gebrechlichen, die Armen und die Gefangenen beschränkt. Es ist klar, daß es wünschenswert ist, diese grundlegenden Erhebungen in demselben Jahre, wie die Zählung der Bevölkerung, vorzunehmen, ohne daß jedoch eine unmittelbare Verbindung zwischen allen diesen Erhebungen geboten wäre, abgesehen davon, daß sie in demselben Zeitraum vom Zentralbureau aus geleitet werden müssen. Die Erhebung über Landwirtschaft ist die einzige, die direkt mit der Volkszählung verbunden ist, indem sie durch dieselben Zähler ausgeführt wird. Sonst sind die Erhebungen vom Jahre 1910 als vollständig getrennte Veranstaltungen zu betrachten.

Die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907 und ihre Literatur.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, Ständ. Mitarbeiter im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin. (Fortsetzung zu Nr. 5—7.)

Für Hamburg hat Direktor Dr. Beukemann die Ergebnisse der Berufszählung bearbeitet und zwar in dem Aufsatz in Nr. 1 der Statistischen Mitteilungen über den Hamburgischen Staat „Die Bevölkerung des Hamburgischen Staates und der Stadt Hamburg nach Beruf und Stellung am 12. Juni 1907.“

Die trotz ihrer Kürze tiefgreifende Untersuchung, die auch zahlreiche methodische Gesichtspunkte darbietet, zerfällt in fünf Abschnitte: 1. die ermittelte Bewohnerzahl, 2. die Erwerbenden und die Nichterwerbenden, 3. Gliederung der Erwerbenden nach dem Beruf, 4. berufliche und soziale Gliederung des Erwerbenden, 5. das Verhältnis der Erwerbenden und der Haushaltungsvorstände im besonderen zu den Dienenden und Angehörigen oder Ernährten. Dem zweiten Abschnitt ist auch die Haupttabelle über die Berufsverhältnisse der hamburgischen Bevölkerung für den Staat und die Stadt Hamburg beigegeben. Für die Hamburger Zählung ist bemerkenswert, daß hier ähnlich wie in Sachsen als Erhebungsformulare nicht die Reichsmuster übernommen, sondern zum Teil anders gefaßte Fragebogen usw. aufgestellt wurden. Die Haushaltungsliste wurde derart eingerichtet, daß die Anleitung zur Ausfüllung sowie die Kontrollfragen für Gewerbetreibende auf der ersten Seite Platz fanden und die vierte Seite als Landwirtschaftskarte dienen konnte, während das sogenannte Gewerbeformular in anderer Weise ersetzt wurde. Die Personal- und Berufsfragen auf den Innenseiten der Liste waren, wie in der Einleitung der Arbeit ausgeführt ist, „nur etwas anders angeordnet und gefaßt als im Reichsmuster“ und durch andere Mustereintragungen erläutert. Eine wichtige Erweiterung der Fragestellung war dadurch gegeben, daß alle Angestellten und Arbeiter, Hausgewerbetreibenden, Hausierer usw. unten auf diesen Seiten den Namen oder die Firma und Adresse des Arbeitgebers, des Geschäfts oder der Behörde, für die gearbeitet wurde, anzugeben hatten. Auf die andere Fassung der eigentlichen Berufsfragen soll etwas näher eingegangen werden. Die Frage in Spalte 10 der Hamburger Haushaltungsliste lautet: „Welchem Beruf, Erwerbe,

Erwerbszweig gehören Sie durch Ihre Tätigkeit oder Lebensführung im Hauptberuf gegenwärtig an? (Bei öffentlichen Beamten und Angestellten ist anzugeben, ob im Staats-, Kommunal-, Kirchendienst usw. tätig.)" Zum Unterschied von dem Reichsmuster fragt die Hamburger Haushaltungsliste **zuerst** nach dem Beruf. Es ist also sehr wohl möglich, daß beispielsweise der oft erwähnte Tischler in der Maschinenfabrikation in Spalte 10 der Hamburger Haushaltungsliste Tischler einträgt, weil das Wort Beruf an der Spitze steht, während er in Spalte 10 des Reichsmusters, in dem das Wort Gewerbe an der Spitze steht, aller Wahrscheinlichkeit nach Maschinenfabrikation eintragen wird, eine Eintragung, wozu ihn auch das Musterbeispiel des Reichsmusters auffordert. Die Frage in Spalte 11 der Hamburger Haushaltungsliste hatte folgende Fassung: „Sind Sie in Ihrem Hauptberuf selbständiger Unternehmer, Inhaber, Prinzipal, Pächter, selbständiger Handwerker, Direktor, Geschäftsleiter usw.? oder Kontorist, Rechnungsführer, Kassierer, Buchhalter, Werkmeister, Betriebsingenieur, Volontär usw.? als Geselle, Gehilfe, Lehrling, Handlanger, Platzarbeiter, Dienstbote, Wärter, Kellner, Bote usw.? Auch besondere Angabe, ob Hausgewerbetreibender, Heimarbeiter, Platzgeselle, Hausierer s. unten*)." Unter *) war, wie bereits erwähnt, für Angestellte und Arbeiter usw. Name oder Firma und Adresse des Arbeitgebers anzugeben. Gegenüber dem Reichsmuster ist bei der Hamburger Fassung der Satz weggelassen, in dem um genaue Bezeichnung der Art der Beschäftigung ersucht wurde. Wenn also der erwähnte Tischler in der Maschinenfabrikation in die Spalte 10 Maschinenfabrikation und in diese Spalte „Arbeiter" eingetragen hat, eine Eintragung, die, wie die preußischen Erfahrungen und Beobachtungen lehren, im Zusammenhang mit dem Klassenbewußtsein nicht selten vorkam, so war die Feststellung des eigentlichen Berufs zunächst nicht möglich.

Der Vorgang, daß Bundesstaaten die durch Bundesratsbeschluß einheitlich festgesetzten Fragen in wichtigen Punkten verändern, müßte im Interesse der Einheitlichkeit der Zählung auch dann als überaus bedenklich bezeichnet werden, wenn die geänderte Fragestellung richtiger wäre. Über ihre Bewährung gibt der Bericht leider keine Auskunft. Im übrigen ist aber, wie bereits erwähnt, der Bericht reich an methodischen Betrachtungen. Ich möchte aus vielen nur die nicht allgemein bekannte Bemerkung hervorheben, daß 1882 die **Wohnbevölkerung** im Gegensatz zu der am Zählungstage ortsanwesenden Bevölkerung erhoben wurde; wie jedoch aus der Statistik des Deutschen Reichs. N. F. Bd. 2, S. 8* und S. 182* hervorgeht, gilt diese Behauptung nicht ohne Einschränkungen. In interessanter Weise hat der Verfasser die Ergebnisse der Berufszählung für Hamburg gedeutet und stellenweise mit vergleichenden Betrachtungen über die Ergebnisse in anderen Bundesstaaten und Großstädten verknüpft.

Ein zweites Sonderheft stellt die Berufsverhältnisse auch für die einzelnen Stadtteile, Landgemeinden und Ortschaften dar; die Tabellen sind im Umdruckverfahren hergestellt.

Unter den **Großstädten**, welche selbständige Darstellungen der Ergebnisse der Berufszählung herausgegeben haben, seien Breslau, Charlottenburg, Posen und München erwähnt.

Das Statistische Amt der Stadt **Breslau** behandelt im dritten Heft des 28. Bandes der „Breslauer Statistik" die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung für die Stadt Breslau.

Das Statistische Amt der Stadt **Charlottenburg** widmet das 25. Heft der „Charlottenburger Statistik" der beruflichen und sozialen Gliederung der Charlottenburger Bevölkerung.

Das Statistische Amt der Stadt **Posen** gibt in Nr. 1 der „Beiträge zur Statistik der Stadt Posen" eine Darstellung der beruflichen und gewerblichen Tätigkeit der Bevölkerung Posens.

Über die berufsstatistischen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt **München** siehe unten Sp. 219.

Die Darstellungen legen in sachkundiger Weise die Ergebnisse der Berufszählung für ihre Städte dar und stellen gelegentlich auch Vergleiche mit den Ergebnissen des Reiches an. Allgemeinere und methodologische Betrachtungen enthalten die Berichte, soweit die **Berufszählung** in Betracht kommt, nicht.

Zum Schluß soll noch eine Arbeit besprochen werden, die sich nicht als eine amtliche, sondern als eine private Veröffentlichung charakterisiert; es ist die Arbeit von Dr. G. **Neuhaus**, dem jetzigen Direktor des Statistischen Amts der Stadt Köln, über „**die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes auf Grund der Ergebnisse der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907.**"

Die Arbeit soll den ersten Band eines Werkes über die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlungen im letzten Vierteljahrhundert bilden. Sie gliedert sich in sechs Abschnitte: 1. die vier Bevölkerungsgruppen, 2. die berufliche Gliederung, 3. die soziale Gliederung des deutschen Volkes, 4. die Bevölkerung nach Hauptberufen, Gebürtigkeit, 5. der Nebenberuf, 6. die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach Berufsarten und Stellung im Berufe 1907. In den ersten fünf Abschnitten sind mit ganz wenigen Ausnahmen nur die Ergebnisse im ganzen und gegliedert nach Berufsabteilungen, im letzten, beinahe dem kürzesten (S. 239 bis 271) Abschnitt sind auch die Berufsarten herangezogen. Die Arbeit selbst gibt zu den Zahlenergebnissen lediglich eine Paraphrase. Der Verfasser erklärt im Vorwort zu seiner Arbeit, daß das vorliegende Werk den Versuch unternehme, die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907 durch deren zweckentsprechende Bearbeitung möglichst weiten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich zu machen. Als eine „zweckentsprechende" Bearbeitung kann man aber kaum das rohe Umsetzen der Tabellenergebnisse in Worte verstehen. Die Aufgabe, die Ergebnisse der Zählung weiten Kreisen „zweckentsprechend" zugänglich zu machen, scheint mir bei weitem schwieriger, als die Ergebnisse Fachstatistikern oder volkswirtschaftlich und statistisch interessierten Gelehrten darzubieten. Diesen „weiten Kreisen" muß doch zunächst das Wesen der Berufszählung klargelegt werden; es muß gezeigt werden: was wird unter Beruf verstanden, nach welchen Gesichtspunkten werden die Erwerbstätigen in die einzelnen Berufe eingereiht, in welcher Beziehung stehen die sozialen Klassen der Statistik zu den sozialen Klassen, wie sie beispielsweise von der Gesellschaftswissenschaft unterschieden werden usw. Unbedingt notwendig erscheint es mir, diese „weiten Kreise" auf gewisse besonders wichtige methodische Eigenarten und Verschiedenheiten der Zählungen hinzuweisen, um sie vor voreiligen, falschen Schlüssen zu warnen. Wenn N. beispielsweise die soziale Gliederung des deutschen Volkes behandelt, so operiert er leider fast durchweg mit den rohen Gruppen der a-, b- und c-Personen. An den wenigen Stellen, wo der Verfasser aus den Zahlen tiefere Schlüsse zieht, ist deren Fassung nicht klar. Ein Beispiel: „Die sehr bedeutende Steigerung in der Anzahl der Angestellten und Arbeiter und die außerordentlich geringe in der der Selbständigen, welche weit hinter dem Anwachsen der Gesamtbevölkerung zurückbleibt, beweist, daß seit 1882 und mehr noch seit 1895 eine große Anzahl kleiner Unternehmungen von großen verschlungen worden ist, oder mit anderen Worten, daß eine starke Konzentration von Betrieben eingetreten ist. In ganz besonders hohem Maße ist das bei der Industrie der Fall, wo die Selbständigen sich ständig verringert haben." Versteht man unter Konzentration (es ist im Marxschen Sinne Zentralisation) Aufsaugung von Unternehmungen durch andere, so ist nicht einzusehen, wie aus der **größeren** Zunahme der Arbeiter und Angestellten ohne weiteres auf eine Konzentration der Unternehmungen geschlossen werden kann; diesem Vorgang kann doch eine zunehmende Vergrößerung einer Anzahl von Unternehmungen ohne Aufsaugung anderer zugrunde liegen. Wenn er darauf hinweist, daß in der Industrie die Selbständigen abge-

nommen haben, so hätte ihn diese Tatsache darauf führen müssen, auf die einzelnen Berufsgruppen einzugehen. Hier hätte sich unter Heranziehung der Zahlen der Betriebsstatistik herausgestellt, daß die Selbständigen vor allem in den Berufsgruppen abgenommen haben, die stark mit Hausindustrie durchsetzt sind. Nun ist man sich darüber einig, daß die Hausindustriellen eigentlich nur im Sinne der Zählung „Selbständige" sind, sonst nicht; ferner sind hausindustrielle Betriebe nur im Sinne der Zählung selbständige Betriebe, sonst sind sie Teile einer Unternehmung (dezentralisierter Großbetrieb). Dadurch bekommt die von dem Verfasser behauptete zunehmende Konzentration ein neues Gesicht. Um Mißverständnissen vorzubeugen: ich behaupte nicht, daß von 1895 auf 1907 keine Konzentration (gleich Zentralisation) der Unternehmungen eingetreten ist, im Gegenteil; ich behaupte nur, daß sie sich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, mit den Ergebnissen der Zählung nicht beweisen läßt.

Die Wiedergabe der endlosen Zahlenreihen und die zahllosen Verhältnisberechnungen stellen zweifellos ein Verdienst dar. Leider sind die Zahlen (sowohl die aus dem Quellenwerk wiedergegebenen als auch die berechneten Verhältniszahlen) nicht immer zuverlässig, worauf bereits Geheimrat Petersilie in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts (vgl. 51. Jahrgang S. 337) hingewiesen hat.

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus der statistischen Literatur.

II. Berufsstatistik.

Münchner Berufsstatistik. Der erste Teil des Berichts über die Reichs-Berufszählung für die Stadt München, für die die Zählung vom städt. Statistischen Amte durchgeführt und bearbeitet wurde, ist im 22. Bd. Heft 2,2 der „Mitteil." dieses Amtes enthalten. Er gibt eine allgemeine Darstellung der beruflichen Zusammensetzung der Münchner Bevölkerung und behandelt Berufsstellung, Alter und Familienstand, Religionsbekenntnis und Gebürtigkeit. Dazu kommt der Vergleich mit den gleichartigen Erhebungen 1882 und 1895. Die Ergebnisse der Gebürtigkeitsstatistik bringen einen bemerkenswerten Aufschluß über Richtung und Stärke des Zuzugs nach München, das im allgemeinen Zuwanderungszentrum für das ganze Königreich Bayern ist. Deutlich tritt der Umstand zutage, daß der Geburtsort der zugewanderten Arbeiter in größerer Nähe Münchens liegt, als dies bei den übrigen Bevölkerungsklassen der Fall ist. Unbeschadet des Gegenteils für gewisse, namentlich ausländische Saisonarbeiter sind ferner die ungelernten Arbeiter mehr in den Nachbarbezirken beheimatet als die gelernten. Andererseits stammen die bessersituierten Klassen verhältnismäßig häufiger aus den entlegeneren Regierungsbezirken Bayerns, dazu namentlich auch aus Nord- und Mitteldeutschland (Kunstmaler, Privatgelehrte, Rentner usw.).

Daß sich die vorstehend angedeutete Zuwanderungstendenz auch in der konfessionellen Zusammensetzung der Münchner Einwohnerschaft ausprägt, liegt auf der Hand. Die Nachbarbezirke Münchens sind fast ausschließlich katholisch, weshalb die katholischen — zumal ungelernten — Arbeiter über den Allgemeindurchschnitt (84,1 %) der Katholiken hinausgehen, indes die höheren Klassen eine verhältnismäßig stärkere Besetzung der Protestanten aufweisen. Von Interesse ist insbesondere der beträchtliche Anteil der protestantischen höheren Privatbeamten (Anteil der leitenden Beamten an den Berufszugehörigen 28,4 %, der technisch gebildeten Betriebsbeamten 31,4 % bei einem Allgemeindurchschnitt der Protestanten von 13,9 %), des protestantischen technischen Aufsichts- und des kaufmännisch gebildeten Verwaltungspersonals. In den kaufmännischen Berufen ragen die Israeliten als Eigentümer, leitende Beamte und kaufmännisches Personal erklärlicherweise über den Durchschnitt hinaus.

W. Klose.

Herkunft der Schüler höherer Lehranstalten. In der Presse und in Parlamenten wird oft die Behauptung aufgestellt, die höheren Schulen, besonders die Gymnasien, seien „Klassenanstalten", die nur für die höheren Stände da seien. Wie weit das zutrifft, kann nur durch eine genaue Statistik gezeigt werden. Für Bayern ist eine solche erstellt in dem Aschaffenburger Gymnasialprogramm von Dr. M. Stocker: Die Berufe der Väter der bayerischen Gymnasial- und Realschüler. Daraus ersieht man, daß von etwa 40 000 Schülern, die 1909/10 die bayerischen Gymnasien oder Realschule besuchten, etwa 5200 aus den einfachsten, etwa 22 000 aus mittleren Kreisen stammten. Zu den ersteren wurden gerechnet Arbeiter, Kleinbauern, Kleinkaufleute, Beamte mit Gehältern von 1100 bis 1700 M., zu den letzteren Gewerbetreibende, mittlere Beamte, Bauern und Kaufleute. Für Bayern kann also nicht behauptet werden, daß Söhne aus einfacheren Kreisen nur selten auf höheren Schulen zu finden seien. — Ferner sollte mit der Abhandlung die Frage beantwortet werden, ob seit Errichtung der Oberrealschulen die höheren Stände ihre Söhne mehr als bisher an die Realschule schicken. Da ergibt sich nun, daß die akademisch gebildeten Beamten (inkl. Ärzte und Rechtsanwälte), Pfarrer und Offiziere als Unterrichtsstätte ihrer Söhne größtenteils noch das Gymnasium wählen. Ob dies so bleiben wird, muß durch eine spätere Statistik gezeigt werden.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Induktives und Deduktives zum Bevölkerungsproblem. In einem so betitelten, im Aprilheft 1912 der „Jahrbücher für Nationalök. u. Statistik" erschienenen Aufsatz legt Fr. Oth dar, daß er die Bevölkerungsstatistik nicht auf die Empirie beschränkt wissen will; er fordert vielmehr für sie das Recht, auf Grund der vorhandenen Erfahrungen zu leitenden Gedanken über die zukünftige Gestaltung des Bevölkerungsproblems vorzudringen. An der Hand seiner Betrachtungen über Mortalität und Nativität und ihr Resultat, die Bevölkerungsdichte, sucht er den Nachweis zu erbringen, daß auch in diesen Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft sich das Prinzip der Evolution geltend macht. Hohe Sterblichkeit und hohe Geburtlichkeit — hohe „Mortali-Nativität" — sind ihm das Charakteristikum einer niederen Kultur, niedere Sterblichkeit und niedere Geburtlichkeit — niedere „Mortali-Nativität" — das einer



hohen Kultur. Für die feinere Ausgestaltung des Nachweises beschränkt sich der Verfasser auf die als typisch für eine hohe, mittlere und niedere Kultur erachteten Länder Schweden, Deutschland und Rußland mit einer Mortali-Nativität von 12 : 27, bzw. 22 : 36, bzw. 31 : 48 Prom. Auf die gegebenen Tatsachen seine Deduktionen aufbauend, gelangt er zur Aufstellung eines Maximums der Mortali-Nativität von 90 : 80 Prom. bei einer fingierten menschlichen Urgesellschaft; diesem stellt er ein Minimum von 16 : 16 Prom. gegenüber für denjenigen Zeitpunkt, in dem die Erde so dicht bevölkert sei, daß der Stand der gleichzeitig lebenden Menschen sich wohl erhalten, aber nicht vermehren darf. „Aller Kulturfortschritt kommt letzten Endes in der absinkenden Mortalität zum Ausdruck, und diese zieht stets und unausweichlich die Nativität nach sich. Ein Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit bedeutet keineswegs immer ein Zurückgehen der Nativität; vielmehr liegt darin eine notwendige Konsequenz einer höheren Kultur. Pathologisch werden diese Erscheinungen nur dann, wenn die eheliche Fruchtbarkeit abfällt, ohne durch ansteigende Heiratsfrequenzen kompensiert zu werden, wenn die Nativität sinkt, ohne daß ihr die Mortalität vorangegangen wäre." *K. Heß.*

Zur Frage des Geburtenrückgangs. Die Kgl. preuß. „Erweiterte wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen" stellte sich die Aufgabe, zu untersuchen, ob für den Rückgang der Geburtenziffer etwa „neben der anscheinend immer weiter um sich greifenden künstlichen Beschränkung der Kinderzahl von Bedeutung sei, daß infolge der fortschreitenden Erniedrigung der Sterblichkeit die Zusammensetzung der Bevölkerung, das Verhältnis der noch nicht oder nicht mehr Zeugungsfähigen zu den im fortpflanzungsfähigen Alter stehenden sich verschoben hat," oder ob Erscheinungen nachweisbar seien, die auf eine verminderte Fortpflanzungsfähigkeit, also auf eine Rassendegeneration, hinweisen. In Anbetracht der nationalen Bedeutung dieser Frage dürfte es nicht unangebracht sein, die statistische Beweisführung der mit der Lösung dieser Aufgabe betrauten beiden Referenten Geh. Ober-Med.-Räte Dr. Pistor und Prof. Dr. Dietrich (siehe Vierteljahrsschr. f. gerichtl. Medizin und öffentl. Sanitätswesen, 3. Folge, 43. Band, 1. Supplementheft, 1912) einer kritischen Würdigung zu unterziehen.[1])

Nach einem historischen Rückblick über die Bevölkerungsbewegung wird in dem ersten Referat zunächst der Einfluß der Eheschließungsziffer auf die Geburtenziffer untersucht. Obgleich die angeführten Eheschließungsziffern gar keine anhaltend sinkende Tendenz erkennen lassen, wird an dem schon längst nicht mehr zutreffenden Satze, daß für die Zahl der Geburten diejenigen der Eheschließungen ausschlaggebend sind, festgehalten. Ein weiterer Einfluß auf das Verhalten der Fruchtbarkeit wird dem Altersaufbau der Verheirateten und der Ehedauer zugeschrieben; doch wird nicht der geringste Versuch gemacht, die Art dieses vermeintlichen Einflusses an der Hand des reichen statistischen Materials der preussischen Statistik festzustellen. Dagegen wird auf Grund von Berechnungen, denen eine willkürlich angenommene Zwischenzeit von 27 Monaten zwischen je zwei Geburten während der Gebärfähigkeitsdauer zugrunde gelegt wird, die physiologische Fortpflanzungsmöglichkeit der deutschen Frauen zu bestimmen versucht. Da die Heiratschancen nicht für alle Frauen die gleichen sind, so kann schlechterdings auch nicht die „physiologische" Fortpflanzungsmöglichkeit bestimmt werden. Dagegen kann die durchschnittliche Zwischenzeit zwischen je zwei Geburten auf statistischem Wege aus der ehelichen Fruchtbarkeitsziffer bestimmt werden, so daß man es nicht nötig hat, zu willkürlich angenommenen Zeiträumen zu greifen. Um Tatsachen an Stelle von willkürlichen Annahmen zu setzen, treibt man bekanntlich Statistik.

Die Frage, ob sich das Verhältnis der zeugungsfähigen Altersklassen zu den übrigen verändert hat, wird in nicht verständlicher Weise damit verneint, daß das Heiratsalter bei beiden Geschlechtern gesunken ist, und daß die größte Zahl der Ehen in Preußen von Männern zwischen 20 bis 40 Jahren und von den Frauen zwischen 20 bis 30 Jahren, was doch überall und von jeher der Fall ist, geschlossen wird. Nicht minder unklar ist der Versuch, die Verneinung dieser Frage aus dem Altersaufbau der Gestorbenen im Durchschnitt der Jahre 1876 bis 1900 herzuleiten. Zeitliche Veränderungen, auf deren Feststellung es hier vor allem angekommen wäre, können doch nicht aus einem 25 jährigen Durchschnitt ersehen werden. Zur Lösung obiger Frage wäre es doch nötig gewesen, den Altersaufbau der Lebenden, insonderheit der Verheirateten, in den verschiedenen Zeitperioden festzustellen.

Die höhere Eheschließungsziffer in den Städten wird auf den leichteren Erwerb und die größere Leichtlebigkeit der Städter zurückgeführt, während diese Erscheinung bekanntlich nur durch den verschiedenen Altersaufbau der Stadt- und Landbevölkerung bedingt ist, wovon sich der Referent durch die Berechnung der speziellen Heiratsfrequenz der im heiratsfähigen Alter stehenden Personen in Preußen hätte überzeugen können.

Die Ursache der höheren Geburtenziffer auf dem Lande wird darin gesucht, daß das Heiratsalter auf dem Lande niedriger sei als in den Städten, während in Wirklichkeit in Preußen das Umgekehrte der Fall ist. Die höhere Geburtenziffer im östlichen Preußen wird mit der Rasseneigentümlichkeit der Bevölkerung erklärt, da die slawische Bevölkerung „sich lediglich tierischer Befriedigung hingibt, ohne die Folgen ihrer sexuellen Tätigkeit zu erwägen." Auf diesem Wege läßt sich freilich eine Rasseneigentümlichkeit nicht beweisen. Bedenkt denn der Verfasser nicht, daß es auch rein germanische Gebiete gibt, in denen die Geburtenziffer noch ebenso hoch ist als in slawischen Gebieten, und daß früher diese Ziffer in vielen

---

1) Die Vorlage, um die es sich in der vorstehenden Polemik handelt, hatte folgenden Wortlaut: „Sind Anzeichen dafür vorhanden, daß bei der ständigen Abnahme der Geburtenziffer in Preußen und Deutschland eine Verminderung der Fortpflanzungsfähigkeit als Ursache mitwirkt? Welche Maßnahmen erscheinen, im Falle der Bejahung der Frage, geeignet, diesem Übelstand entgegenzuwirken?" Die Vorbemerkung, durch welche die Referenten auf die bevölkerungsstatistische Seite der Frage verwiesen wurden, siehe oben im ersten Absatz. *Red.*

germanischen Gebieten sogar höher gewesen ist wie jetzt in dem östlichen Preußen?

Als Ursache für den Geburtenrückgang wird die zunehmende künstliche Empfängnisbeschränkung, die Zunahme der Geschlechtskrankheiten und Prostitution, des Alkoholismus, der Herzkrankheiten und schließlich sogar die große Verbreitung der Zahnkaries angesehen. Statistische Nachweise über den Einfluß dieser Faktoren seien allerdings nicht zu erbringen. Es würde wohl auch sehr schwer fallen, etwa aus den seit 1899 beständig sinkenden Alkoholkonsumziffern eine Zunahme des Alkoholismus nachzuweisen. Als demographische Faktoren für den Geburtenrückgang kämen in Betracht die Erhöhung des Heiratsalters und die Zunahme der Zahl der Unverheirateten. Dabei werden Tabellen angeführt, aus denen die Abnahme des Heiratsalters ersichtlich ist, während in dem zweiten Referat eine fortschreitende Abnahme der Unverheirateten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Reiche konstatiert wird.

Als Maßnahmen zur Bekämpfung des Geburtenrückganges werden empfohlen: Änderung der agrarischen Gesetzgebung, erhöhte Besteuerung des Branntweines, Junggesellensteuer und Prämiierung kinderreicher Ehen. Es ist unverständlich, wie man die letzte Maßnahme in Deutschland, wo festgestellt worden ist, daß gerade die forcierte Kindererzeugung die höchste Säuglingssterblichkeit nach sich zieht und deshalb zu bekämpfen ist, empfehlen kann; aus diesem Grunde wird wohl auch in dem zweiten Referat speziell die rücksichtslose Kindererzeugung mit Recht verworfen.

Anhangsweise werden schließlich die Berechnungen der Fruchtbarkeitsverhältnisse und der Geburtenziffer während des Zeitraumes 1876 bis 1900 nach Jahrfünften aus der preußischen Statistik angeführt, aus denen der Leser wohl selbst die Schlußfolgerungen ziehen soll. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß in Preußen die Fruchtbarkeit auf dem Lande während dieser Zeit gar nicht abgenommen, sondern zugenommen hat; nur fünf Provinzen haben in dem Jahrfünft 1896 bis 1900 eine ganz geringe Abnahme gegenüber dem Jahrfünft 1876 bis 1880 aufzuweisen. In den Städten tritt nur bei Gegenüberstellung der Ziffern für diese beiden Jahrfünfte eine Abnahme hervor, die als selbstverständlich erscheinen muß, da sich die Fruchtbarkeit nicht immer auf ihrer maximalen Höhe, wie unter den günstigsten Verhältnissen in den 70er Jahren, bewegen konnte.

Gegen eine derartige statistische Beweisführung, die nur auf der Wiedergabe zufällig gefundener Tabellen beruht und die Hilflosigkeit des Autors jedem Fachmann sofort offenbart, muß die statistische Wissenschaft selbstverständlich Stellung nehmen, zumal wenn durch Nichtbeachtung ihrer sonstigen Ergebnisse, wie z. B. des Rückganges der Säuglingssterblichkeit und der Zunahme des Geburtenüberschusses, die doch von einschneidender Bedeutung für den Geburtenrückgang sind, die Bearbeitung des statistischen Materials in einseitigster Weise erfolgt.

In dem zweiten Referat werden die nach Stadt und Land getrennten Fruchtbarkeitsziffern für Preußen in zwei Einzeljahren (1898 und 1908), für welche sich, nebenbei gesagt, derartige Berechnungen genau gar nicht durchführen lassen, einander gegenübergestellt und gefunden, daß nunmehr auch auf dem Lande in jeder Provinz eine Abnahme der Fruchtbarkeit sich eingestellt hat. Da die Fruchtbarkeitsziffern in den einzelnen Jahren vielfach Schwankungen unterworfen sind, so kommt der Anstellung eines derartigen Vergleichs nur ein sehr beschränkter Wert zu.

Die Frage, ob die fortpflanzungsfähigen Altersklassen im Verhältnis zu den übrigen abgenommen haben, wird dadurch zu eruieren gesucht, daß die Sterbeziffern der einzelnen Altersklassen in verschiedenen Zeitperioden miteinander verglichen werden. Dabei werden die relativen Sterbeziffern sowohl der Altersklassen von 20 bis 50 Jahren als auch der übrigen Altersklassen zusammengezählt und deren Summen in Vergleich gestellt. Die erschreckende Größe dieser Ziffern hätte doch schon den Referenten auf die Unrichtigkeit solcher nicht angängigen Berechnungen aufmerksam machen müssen. Aus der zeitlichen Verschiebung der prozentualen Verteilung der Stadt- und Landbevölkerung in den zeugungsfähigen Altersklassen und den übrigen Altersklassen wird gefolgert, daß die weibliche Landbevölkerung im Alter von 15 bis 50 Jahren und die männliche Stadtbevölkerung in den noch nicht und nicht mehr zeugungsfähigen Altersklassen (0 bis 20 und über 50 Jahre) abgenommen hat, während die absoluten Zahlen ein allgemeines Anwachsen verkünden. Anstatt die verschiedene prozentuale Zunahme der beiden Altersklassen in Stadt und Land zu berechnen, die allein den richtigen Aufschluß gegeben hätte, wird hier die irreführende prozentuale Verteilung der Altersklassen herangezogen und daraus gefolgert, daß die fortpflanzungsfähigen Altersklassen durch ihre Abwanderung in die Stadt in Verhältnisse gekommen sind, welche die Fortpflanzung gefährden. Dieser falschen Schlußfolgerung fiel auch die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen zum Opfer, die in ihrem ersten Leitsatze als Tatsache hinnahm, daß sich die Zahl der gebärfähigen Frauen auf dem Lande vermindert hat.

Die Abnahme des Geburtenüberschusses in Preußen von 14,9 i. J. 1906 auf 13,8 Prom. i. J. 1909 — eine Höhe, die nur in ganz wenig Jahren vorher erreicht worden ist, — genügt dem Verfasser, um die Befürchtung auszusprechen, daß Preußen bald die Verhältnisse Frankreichs erreicht haben wird, und daß sich die Bevölkerungszahl zu vermindern droht, während doch das alljährliche Anwachsen der Bevölkerung um mehr als eine halbe Million das Gegenteil beweist.

Als Ursache des Geburtenrückganges wird ähnlich wie im ersten Referat bezeichnet: Künstliche Beschränkung der Fruchtbarkeit, Einfluß der Städte und deren Wohnungsverhältnisse, Zunahme der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, der Geisteskrankheiten und natürlich auch der Zahnverderbnis, verbunden mit dem Fortschritt der Kultur und der Zunahme des Wohlstandes. Als Mittel zur Bekämpfung dieses Rückganges werden empfohlen: Frühzeitiges Heiraten und Bekämpfung der Landflucht, womit eine Verbesserung der Aufzucht und eine Minderung der Sterbeziffer durch Schaffung günstiger hygienischer Bedingungen einhergehen müßte. Die eigentlichen ursächlichen Momente, welche die künstliche Beschränkung der Fruchtbarkeit veranlassen,

bleiben auch hier unerörtert. Die große statistische Literatur darüber ist beiden Referenten unbekannt. Ohne Beherrschung der Literatur und ohne Kenntnis der statistischen Methodik sind aber, wie diese Arbeiten wiederum bezeugen, statistische Probleme nicht zu lösen.

Wie die Referate selbst, so fordern auch die von der wissenschaftlichen Deputation daran geknüpften Leitsätze zur Kritik heraus. Die Unrichtigkeit des ersten Leitsatzes, daß die Zahl der gebärfähigen Frauen auf dem Lande abgenommen hat, haben wir schon vorhin festgestellt. Im zweiten Leitsatz wird das Ergebnis der Untersuchung der gestellten Frage, ob infolge der Abnahme der Sterblichkeit eine Verschiebung der noch nicht oder nicht mehr fortpflanzungsfähigen Altersklassen zuungunsten der fortpflanzungsfähigen Altersklassen eingetreten ist, wiedergegeben und die Frage verneint. Wenn man einen anhaltenden Geburtenrückgang als feststehende Tatsache voraussetzt, so kann man doch *a priori* keine Verschiebung der Altersklassen zugunsten der noch nicht zeugungsfähigen Altersklassen erwarten. Die Frage hat also nur dann einen Sinn, wenn untersucht wird, ob der Geburtenrückgang durch eine geringere Sterblichkeit in den noch nicht fortpflanzungsfähigen Altersklassen überkompensiert worden ist oder nicht. Ist dies nicht der Fall, so kann man schon ohne weiteres daraus folgern, daß allein die zeugungsfähigen Altersklassen relativ gewachsen sein müssen, da selbst die größte Zunahme der nicht mehr zeugungsfähigen Altersklassen infolge ihres geringen Prozentanteiles an der Gesamtbevölkerung als Faktor der tatsächlichen großen Bevölkerungsvermehrung kaum in Betracht kommt. Auf diesen Kern der Frage hat keiner der Referenten eine Antwort zu geben vermocht, weshalb wir uns auch mit der Fassung des zweiten Leitsatzes nicht einverstanden erklären können. Die übrigen Leitsätze entbehren jeder statistischen Unterlage und kommen daher hier nicht in Betracht. *E. Roesle.*

Herr Geheimer Obermedizinalrat Dr. Pistor sandte der Redaktion folgende Erwiderung auf diese Ausführungen des Herrn Dr. Roesle ein.

„Wernigerode, 23. Juli 1912.

Herr Dr. E. Roesle hat mein Referat über Geburtenrückgang in Preußen und im Deutschen Reich und dessen Bekämpfung in dieser Zeitschrift einer Kritik unterzogen, auf die ich leider zurzeit nicht so ausgiebig erwidern kann, wie ich es wünschte, weil ich hier und bis anfangs September ohne jedes Material, selbst ohne mein eigenes Referat bin. Ich gestatte mir daher nur kurz folgendes zu bemerken:

Einen historischen Überblick über die Bevölkerungsbewegung habe ich nicht gegeben, sondern einen Überblick der Anschauungen über diese Bewegung im Laufe der Zeiten.

Wie ich den Zeitraum zwischen zwei Empfängnis- und Geburtsperioden berechnet habe, geht aus meinem Referat hervor; eine Willkür der angenommenen Zahlen liegt dabei nicht vor; die Zahlen der Zeiten sind naturgemäß Durchschnittszahlen, wie a. a. O. ersichtlich, nur theoretisch zusammengestellt. Ja, wozu wird nicht Statistik ge- oder mißbraucht!

Daß ich die als Ursachen für den Geburtenrückgang aufgeführten Schäden als tatsächliche Gründe desselben angesehen hätte, weiß ich mich 2 Jahre nach Abfassung der mir zugefallenen Arbeit nicht zu erinnern, wohl aber, daß diese als Störungen angesehen werden sc. von Schriftstellern und auch von Beteiligten.

Damit muß ich aus dem angegebenen Grunde hier schließen. *M. Pistor.*"

Bevölkerungssorgen in Sachsen. Gegen die Übertreibung der durch den Geburtenrückgang veranlaßten Befürchtungen für die künftige Bevölkerungsentwicklung wendet sich der Direktor des Kgl. Sächs. Stat. Landesamtes Geh. Reg.-Rat Dr. Würzburger in der „Zeitschrift" des Landesamtes (1912, 1. Heft), indem er hauptsächlich folgendes hervorhebt.

Ein ausgesprochener Geburtenrückgang zeigt sich erst seit der Jahrhundertwende; wie sich aber die Bewegung der Geburtenhäufigkeit bisher allenthalben bald in auf-, bald in absteigender Linie vollzogen hat, so kann auch für die Zukunft nicht aus dem gegenwärtigen Absteigen auf einen nunmehr dauernden Rückgang geschlossen werden. Bestimmte Gründe sprechen sogar für die Wahrscheinlichkeit seiner baldigen Minderung.

Ferner ist es in letzter Zeit vielfach als keines Beweises bedürftig hingestellt worden, daß die Abnahme der Sterblichkeit, die bis jetzt mit der der Geburten ungefähr gleichen Schritt gehalten und daher den Ausfall an Bevölkerungszuwachs nahezu kompensiert hat, bald „ihre natürliche Begrenzung" finden werde. Man übersieht dabei zweierlei. Erstens ist der Rückgang der Sterblichkeit zum großen Teil im Säuglingsalter zu finden; er steht insoweit zum Geburtenrückgang im Verhältnis von Ursache und Wirkung, und man darf mit Recht von einer etwaigen weiteren Geburtenabnahme eine auch ferner fortschreitende Verminderung der immer noch bedeutenden Säuglingssterblichkeit erwarten. Der Sterblichkeitsrückgang der Erwachsenen aber ist, mit anderen Worten ausgedrückt, eine Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer der Bevölkerung; die Möglichkeit weiterer Fortschritte in dieser Hinsicht bestreiten, heißt nichts anderes, als behaupten, daß allen ferneren Bestrebungen auf dem Gebiete der Hygiene, des Arbeiterschutzes und der Fürsorge der Erfolg versagt ist. In dieser Form gestellt, wird die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines auch in der Zukunft andauernden Sterblichkeitsrückgangs kaum von jemandem verneint werden. Der Verfasser schließt mit der Warnung, man möge nicht aus Furcht vor einer eingebildeten Gefahr eine wirkliche Gefahr schaffen, die daraus erwachsen kann, daß das deutsche Volk durch die fortwährenden „*Finis Germaniae*"-Rufe das Vertrauen zu seiner eigenen Kraft verliert.

IV. Todesursachenstatistik.

Selbstmord in Australien. Nach einem vom Bundesstatistiker G. H. Knibbs am 6. September 1911 vor der *Royal Society of New South Wales* gehaltenen Vortrag, der im „*Journal*" dieser Gesellschaft, Band XLV, Seite 225—246, abgedruckt ist, scheint die Häufigkeit des Selbstmords in Australien während einer langen Reihe von Jahren einer Periodizität von 46 Jahren unterworfen zu sein, und die Abweichung vom Mittel (111,8 auf 1 Million Einwohner) beträgt

ungefähr 15%, gegenwärtig mit der Tendenz, kleiner zu werden. Unter 21 Ländern, für welche statistische Angaben vorliegen, nimmt Australien eine Mittelstellung ein; seine Verhältniszahl für die Jahre 1906 bis 1910 war 116,2 auf 1 Million. In der zivilisierten Welt nimmt zwar absolut der Selbstmord zu, aber im Verhältnis zur Bevölkerung langsam ab.

Bei unausgeglichenem Verhältnis zwischen den Geschlechtern zeigt sich, daß die Häufigkeit des Selbstmordes der Männer im Vergleich mit dem der Frauen zwischen 0,34 für Agra und Oudh (Ostindien) und 5,22 für die Schweiz schwankt, und daß das Verhältnis in Australien 4,95 beträgt. In den indischen Zentralprovinzen sind männliche und weibliche Selbstmörder gleich zahlreich. In Bombay, dem Punjab, Madras, Bengalen und Assam, den indischen Nordwest-Provinzen, Agra usw. sind weibliche Selbstmörder zahlreicher als männliche. In Birma gibt es 1.16, und in Japan 1,65 männliche auf einen weiblichen Selbstmörder. Nach Altersgruppen betrachtet, nimmt die Häufigkeit bei den Männern von 15 bis zu 55 Jahren sehr regelmäßig zu, mit einem Maximum im Alter von 62 Jahren von ungefähr 610 im Jahre auf die Million Einwohner. Bei den Frauen zeigt sich nach zurückgelegtem zwanzigstem Jahre keine sehr ausgesprochene Zunahme.

Die Schwankungen nach den Jahreszeiten sind bedeutend, und die ausgeglichenen Kurven zeigen ein Minimum im Juni und ein Maximum im Dezember. In Europa ist das Verhältnis umgekehrt. Der Unterschied zwischen den mittleren Temperaturen des wärmsten und des kältesten Monats beträgt in Europa ungefähr 18° C., in Australien ungefähr 11° C., während der Unterschied in der Häufigkeit der Selbstmorde in Europa 517 gegenüber 253 in Australien ist und sich tatsächlich ziemlich gut in Zahlen ausdrücken läßt, die von der mittleren Temperatur des Monates abgeleitet werden.

Auch andere Seiten der Frage, z. B. die verschiedenen Arten des Selbstmordes, werden in dem Artikel behandelt.

Statistische Untersuchungen über Todesursachen. Unter der Überschrift *Some researches concerning the factors of mortality* hat Lucien March im *Journal of the Royal Statistical Society* (London, April 1912, S. 505) eine Studie veröffentlicht, in der er nach einem Hinweis darauf, daß die zahlreichen verschiedenen Todesursachen nicht durch blinden Zufall, sondern mit großer Gesetzmäßigkeit das Leben bestimmter männlicher oder weiblicher Altersklassen vernichten, auf Rasse und Klima als Sterblichkeitsfaktoren eingeht und betont, daß die jüdische Rasse eine verminderte Empfindlichkeit gegen klimatische Einflüsse zu besitzen scheine. Im allgemeinen sei indes die Lebenserwartung vom Klima abhängig; die Lebenserwartung (der Neugeborenen) ist bei den Schweden, Norwegern und Dänen mehr als doppelt so groß wie bei den Indiern, bei den Holländern, Franzosen, Belgiern, Engländern und Italienern größer als bei den Deutschen (letztere haben 42,1 Jahre Lebenserwartung der Männer gegenüber 23,6 Jahren bei den Indern). Nach einem Streifblick auf die erhöhte Sterblichkeit der über 60 Jahre alten Personen im Winter (bes. Januar und März) und die große Säuglingssterblichkeit im Sommer fordert M. dazu auf, als klimatische Faktoren der Sterblichkeitsschwankungen auch den Luftdruck (vgl. D. St. Z. 1910 Nr. 7, Spalte 201) und die Luftfeuchtigkeit in Betracht zu ziehen. Regentage sollen, wie Beobachtungen in Saint Maur bei Paris ergaben, gleichmäßig mildes Wetter und damit verminderte Sterblichkeit bringen.[1])

Nach weiteren Untersuchungen über den Einfluß von Geschlecht und Familienstand auf die Sterblichkeit folgen Tafeln über Kinderzahl und Kindersterblichkeit in besser gestellten und Arbeiterfamilien, wonach allgemein mit der zunehmenden Kinderzahl die Sterblichkeit der der jüngsten Kinder (bis zu 1 Jahre) wächst, während in Familien mit nur 2 bis 3 Kindern der Jüngstgeborene hinsichtlich seines Lebens nicht mehr als der Erstgeborene gefährdet ist. Schließlich behandelt M. die Beziehungen zwischen Beruf und Sterblichkeit, wobei er hervorhebt, daß eigentlich jeder Beruf Anlaß zu tödlicher Verunglückung bieten könne und daß die früher beträchtlichen Unterschiede in der Gefährlichkeit der verschiedenen Berufe jetzt geringer seien.

G. Radestock.

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Preisstatistik in Österreich. Die fortschreitende Verteuerung der Lebensmittel hatte zunächst das Bestreben zur Folge, die Ursachen des Teuerungsprozesses zu erkunden. Nachdem bereits die Wissenschaft das Problem aufzuhellen versucht hatte, wurde auch die Gewalt des Staates ins Treffen geführt, da man von den Vertretungskörpern Abhilfe erwartete. Vor allem galt es, Ausmaß und Umfang der Teuerung statistisch festzustellen und hierüber ein Barometer zu finden, das den Druck der Teuerung auf die Gesamtheit der Bevölkerung zuverlässig zu erfassen vermochte. Demgemäß wandte sich das allgemeine Interesse der Preisstatistik zu. Das vorhandene statistische Material erwies sich als äußerst umfangreich, ja als geradezu unübersehbar; doch fehlte die Konzentration. Staat, Land, Gemeinden, Fachorganisationen und andere Korporationen betreiben und betrieben Preisstatistik, allerdings meist in völliger Unabhängigkeit voneinander. Um diesem Mangel abzuhelfen, machten sich die wirtschaftlichen Fachministerien, die statistische Zentralkommission und vor allem auch die Handelskammern an das Studium des Problems der Reform der Lebensmittel-Preisstatistik und trachteten, allgemeine Normen für die richtige Erfassung und Bearbeitung der Lebensmittelpreise zu finden. Man trachtete, dort, wo die Mittel und Voraussetzungen für die Beschaffung eines einwandfreien statistischen Urmaterials bereits vorhanden waren, dieses Urmaterial systematisch zu ordnen, nach anerkannten statistischen Methoden zu bearbeiten und in übersichtlicher Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Versuch sind die von den Ministerien für Handel und Ackerbau unter Mitwirkung der statistischen Zentralkommission zusammengestellten Waren-

1) Dagegen bringen Regentage im Gebirge häufig starke Abkühlung. *Ref.*



preisberichte, die vom 11. Jänner 1912 angefangen wöchentlich publiziert werden. (Bezugspreis jährlich 3 K. Ausland 4 K.)

Sie enthalten die offiziellen Daten über die Großhandelspreise der wichtigsten Rohstoffe und Konsumartikel auf den bedeutendsten Marktplätzen des In- und Auslandes und die Börsenpreise von Getreide und Mahlprodukten an den österreichischen Produktenbörsen (Originalnotierung per 50 kg in Kronen, für alle Triesterkurse und für die Mehlnotierungen in Prag per 100 kg in Kronen). Ferner gelangen zur Darstellung die Daten über die Viehauftriebe und Viehpreise in Wien unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Märkte und Viehgattungen, und schließlich die Fleischzufuhren und Fleischpreise in Wien im Groß- und Kleinhandel. Mit der letztgenannten Statistik will man offenbar dem Interesse der einzelnen Konsumenten entgegenkommen, das sich naturgemäß dem Detailfleischpreise zuwendet. Da aber die Lebensmittelteuerung eine allgemeine und nicht auf Wien allein beschränkte Erscheinung ist, sollen im Laufe der Zeit auch die Vieh-, Fleisch- und Lebensmittelpreise anderer großer Konsumzentren Österreichs durch die Warenpreisberichte zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. Wenn schon mit dieser Publikation ein erster entscheidender Schritt in der Reform der Preisstatistik gemacht wurde, unterliegt es doch keinem Zweifel, daß bis zur Erzielung eines gedeihlichen Endergebnisses noch ein ziemlich mühevoller Weg zurückzulegen sein wird. *O. Wittschieben.*

X. Gewerbestatistik (einschließlich Bergbau).

Deutsche Patentstatistik. Während die früheren Statistiken des Kaiserlichen Patentamts über die Erfindungstätigkeit des Deutschen Reiches alljährlich bedeutende Zunahmen in der Zahl der Patentanmeldungen, und zwar um je etwa 3000 in den Jahren 1905, 1906 und 1907, und um je etwa 4000 in den Jahren 1908 und 1909 aufzuweisen hatten, zeigt die des Jahres 1910 nur noch eine Zunahmesteigerung von etwa 800, die des Jahres 1911 (Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenstatistik des Deutschen Reichs, Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen, hersg. v. Kaiserl. Patentamt, XVIII. Jahrg., H. 3, S. 47—107) sogar eine Abnahme um 280. Insgesamt betrug die Zahl der Patentanmeldungen 1905 30 085, 1911 44 929. Sollte man auf Grund der Zahlen versucht sein, einen Rückschluß auf die Lage der Industrie zu ziehen, und anzunehmen, daß ein schärferer Wettbewerb der Industrie in ungünstigen Geschäftsjahren zu vermehrter Erfindungstätigkeit anrege, so müßte die Zahl der Patenterteilungen den Schluß zulassen, daß der innere Wert der Erfindungen nicht mit der Zahl der Patentanmeldungen gleichen Schritt gehalten hat. Diese Zahlen weisen starke Schwankungen auf; so stieg die Zahl der Patenterteilungen von 9600 (1905) auf 13 430 (1906), um dann ständig zurückzugehen bis auf 11 995 (1909) und darauf wieder anzusteigen auf 12 100 (1910) und 12 640 (1911). Der vermehrten Erfindungstätigkeit entspricht auch die Zahl der am Jahresschlusse in Kraft gebliebenen Patente, die gegenüber 40 376 im Jahre 1909 und 41 377 im Jahre 1910 sich auf 43 113 im Jahre 1911 stellte.

Das gesamte Erfindungsgebiet ist in 89 Patentklassen eingeteilt, die im Einzelnen große Verschiedenheiten in den Patentzahlen aufweisen. So haben gegenüber dem Jahre 1910 in 42 Klassen die Anmeldungen, in 52 Klassen die Erteilungen zugenommen. Eine Abnahme der Patentanmeldungen gegenüber dem Vorjahre ist in 44, der Patenterteilungen in 35 Klassen eingetreten. Die höchste Zahl der in einer Klasse eingegangenen Patentanmeldungen hat, wie in den Vorjahren, Klasse 21, „Elektrotechnik", mit 2992 aufzuweisen, in der auch, wie in den Vorjahren die meisten Patente, nämlich 999, erteilt wurden. Das Verhältnis der Inlands- und Auslandsanmeldungen stellte sich 1911 auf 76,7 % und 23,3 % gegenüber 77,8 % und 22,2 % 1910 bzw. 78,8 % und 21,2 % 1909. Es zeigt sich demnach eine ständig zunehmende Beanspruchung des Deutschen Patentamts durch das Ausland. Die Statistik gibt ferner Auskunft über die Patente, für welche für die ganze Dauer des Patentschutzes (15 Jahre) die Schutzgebühr bezahlt wurde; es sind dies von den vom Jahre 1897 an erteilten Patenten 204 und seit Bestehen des Patentamts (1877) 2844.

Beschwerden gegen Patente wurden im Jahre 1911 4656 erhoben; unerledigt blieben Ende 1911 2184. Die Zahl der Beschwerden hat gegen das Vorjahr um 282 oder 5,7 % abgenommen. Die höchste Anzahl Beschwerden weist ebenso wie in den Vorjahren Klasse 21, „Elektrotechnik", auf mit 403. Weiter sei erwähnt, daß im Jahre 1911 287 Nichtigkeitsanträge gegen 281 im Vorjahre gestellt wurden. Die Zahl der Zurücknahmeanträge betrug 11 gegen 24 im Jahre 1910. Gegen die im Jahre 1911 bekanntgemachten 14 235 Patentanmeldungen (14 135 in 1910) wurden 3644 (3438 in 1910) Einsprüche angemeldet, infolge Einspruchs rechtskräftig versagt 596 (590) und der Patentanspruch rechtskräftig beschränkt bei 214 (222) Patentanmeldungen. Klasse 21 steht auch bei den Einsprüchen voran.

Der zweite Teil der Statistik bezieht sich auf die Gebrauchsmuster. Auch hier ist gegenüber den Vorjahren ein gewisser Stillstand zu verzeichnen. Während in den Jahren 1907 bis 1910 eine ständige Zunahme in der Zahl der Gebrauchsmusteranmeldungen festzustellen ist (37 442, 45 524, 52 933, 54 580), tritt im Jahre 1911 ein Rückgang auf 54 444 ein. Ähnlich verhält es sich mit den Eintragungszahlen, die folgende in den letzten fünf Jahren sind: 30 657, 35 248, 43 510, 42 470, 44 660. Die Gesamtzahl der Gebrauchsmusteranmeldungen beträgt seit Bestehen des Gebrauchsmustergesetzes (1891) 585 426. Die höchste Zahl der Gebrauchsmusteranmeldungen weist wie in den Vorjahren Klasse 34, „Hauswirtschaftliche Maschinen, Geräte und Gegenstände aller Art" mit 4570 auf und in dieser Klasse sind auch mit 3978 die größte Zahl Gebrauchsmuster eingetragen worden. Von den im Jahre 1908 eingetragenen 35 248 Gebrauchsmustern sind bis Ende 1911 6897 oder 19,6 % durch Zahlung der Gebühr von 60 ℳ verlängert worden. Insgesamt wurden von 1891 bis 1911 492 540 Gebrauchsmuster eingetragen und 350 723 gelöscht. Es

bestanden demnach noch 141 817 Gebrauchsmuster, und zwar 17 328 oder 12,2 % länger als 3 Jahre.

Während auch die Gebrauchsmuster in 89 Klassen eingeteilt sind, sind die Warenzeichen, die der dritte Teil der Statistik behandelt, in 42 Klassen gegliedert. In den Jahren 1909, 1910, 1911 wurden angemeldet 23 271, 25 963, 26 602, eingetragen 11 500, 13 500, 14 600 Warenzeichen. Die Zahl der Warenzeichenanmeldungen scheint sich jetzt einem Dauerzustande zu nähern. Die Gesamtzahl der Warenzeichenanmeldungen beträgt seit Errichtung der Warenzeichenabteilung (1894) 271 064, die Gesamtzahl der Eintragungen 153 140. Beschwerden gegen Warenzeichenanmeldungen sind von 1894 bis 1911 20 637 erhoben worden, während in der gleichen Zeit 261 509 Anmeldungen erledigt wurden. Auf je 100 erledigte Anmeldungen kommen daher 7,9 % Beschwerden.

Den Schluß der Statistik bilden Übersichten über die Verteilung der Patenterteilungen, Gebrauchsmuster- und Warenzeicheneintragungen auf Deutschland und das Ausland sowie innerhalb des Deutschen Reiches, ferner solche über die Geschäftstätigkeit des Kaiserlichen Patentamts, seine Einnahmen und Ausgaben sowie über die Vertretungen vor dem Kaiserlichen Patentamt. Erwähnt sei aus diesem letzten Abschnitt nur noch, daß von den erteilten Patenten auf das Deutsche Reich und seine Schutzgebiete im Jahre 1911 8571 oder 67,8 %, auf das Ausland 4069 oder 32,2 % entfielen (gegen 8394 oder 69,4 % und 3706 oder 30,6 % im Jahre 1910). Innerhalb des Reiches entfielen hiervon allein 5738 oder 66,9 % auf Preußen. Von den angemeldeten Gebrauchsmustern entfielen 50 421 oder 92,6 % auf das Deutsche Reich einschließlich Schutzgebiete und 4023 oder 7,4 % auf das Ausland. Auf Preußen allein entfielen 30 613 oder 60,7 %. Von den eingetragenen Warenzeichen entfielen im Jahre 1911 13 858 oder 94,9 % auf Deutschland nebst Schutzgebieten gegen 12 816 oder 94,9 % im Jahre 1910 und 742 oder 5,1 % auf das Ausland. Auf Preußen entfielen 7652 oder 55,2 %. *E. Prüfer.*

Das Hausgewerbe in Sachsen. Jeder einigermaßen mit der Statistik vertraute Sozialpolitiker weiß, welch einen heiklen Gegenstand das Hausgewerbe für die amtliche Statistik bildet. Seine lückenlose Erfassung im Rahmen der großen Zählungen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Dennoch kann die Statistik das Hausgewerbe als etwas von Handwerk und Fabrik prinzipiell verschiedenes und wegen seiner großen Verbreitung nicht außer acht lassen. Die Ergebnisse, die die deutsche Berufs- und Betriebszählung von 1907 für das Königreich Sachsen nach einer umfassenden, vom Statist. Landesamt mit Hilfe der Verwaltungsbehörden durchgeführten Nachprüfung geliefert hat, sind von Dr. Willy Krebs im Jahrg. 1911 der „Zeitschr. d. K. S. Statist. Landesamts“ unter Vergleichung mit den Zahlen von 1882 und 1895 behandelt worden. Die einzelnen Zweige des Hausgewerbes werden nach Stärke und Verbreitung sowohl untereinander als auch mit denen im Reiche verglichen. Dabei werden, so weit es eben möglich ist, Unsicherheiten und Fehlerquellen eliminiert, und es zeigt sich, daß die Zahlen, trotz ihrer manchmal großen Dürftigkeit, sehr wohl zur Beurteilung der Entwicklungsbedingungen und der Verbreitung von Hausgewerbe dienen können. Ja, aus verschiedenen Gegenüberstellungen der Zahlen ergeben sich im Laufe der 25 Jahre höchst charakteristische Änderungen, die mit der tatsächlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens im letzten Vierteljahrhundert auffallend übereinstimmen. Ferner zeigte sich bei allen Ergebnissen die gleiche Entwicklung. Es wurden im Königreich insgesamt gezählt: hausgewerbliche Betriebe im Jahre 1882 120 686, 1895 94 858 und 1907 115 084 mit 137 873, 108 713 und 117 000 Personen. Die drei Berufszählungen ermittelten 132 598, 94 609 und 116 758 Hausgewerbetreibende. Nach den Angaben der Unternehmer gab es 131 969, 126 935 und 149 435 hausgewerblich tätige Personen. Also überall gleichermaßen ein Rückgang des Hausgewerbes von 1882 bis 1895 und ein merklicher Aufstieg von 1895 bis 1907. Der Rückgang betraf fast ausschließlich die Hausgewerbe der Weberei und Wirkerei, wo er sich auch in der folgenden Periode fortsetzte. Im gesamten, wie besonders noch im einzelnen bei den Gewerbearten spiegelte sich in den Zahlen folgende Entwicklung wider: Rascher Niedergang der alteingesessenen, handwerksmäßig betriebenen Hausindustrie und enorme Ausdehnung der neuen Form des Hausgewerbes als Außen- und Teilarbeit der Fabrik und als weibliche Heimarbeit. Auch die Folgen dieser Entwicklung drückten sich in höchst charakteristischen Änderungen der Zahlen aus: stetige Abnahme der männlichen Hausgewerbetreibenden mit wenigen Ausnahmen (wie Spitzenindustrie und Musikinstrumentenfabrikation) und Zunahme der Frauenhausarbeit, im engsten Zusammenhang damit ein Übergang vom Haupt- zum Nebenbetrieb oder -beruf; 1882 waren nur 10 % aller hausgewerblichen Betriebe Nebenbetriebe, 1895 15 % und 1907 20 %. Von 100 in den Hauptbetrieben beschäftigten Personen waren weiblich 42, 51 und 69, von 100 Inhabern von Alleinbetrieben 48, 57 und 79; dabei ist gerade diese weibliche Heimarbeit äußerst unvollständig erfaßt, so daß der Prozentsatz in Wirklichkeit noch größer sein müßte. Von 100 Heimarbeiterinnen waren 40,4 verheiratet und 26,8 verwitwet oder geschieden, in der gesamten Industrie nur 24,3 und 12,5. Der Altersaufbau der Hausgewerbetreibenden zeigte ebenfalls charakteristische Abweichungen von demjenigen in der gesamten Industrie. So waren von männlichen Hausgewerbetreibenden über 50 Jahre 45,6 %, über 70 Jahre 8,0 %, von den in der Industrie beschäftigten männlichen Personen dagegen nur 13,5 bezw. 0,7 %. Ebenso verhielt es sich beim weiblichen Geschlecht: 27,8 u. 9,6 %, und 4,5 u. 0,6 %.

An die Gesamtbetrachtung schließen sich Schilderungen einzelner wichtiger Hausgewerbe, die mit 25 Einzelbildern den Hauptinhalt der Abhandlung ausmachen. Die Einzelbesprechungen verfolgen den Zweck, die nackten Zahlen nicht nur zu interpretieren, sondern sie vor allem durch anschauliche Schilderung der Verhältnisse des Hausgewerbes, seiner Ursachen zur Entstehung, zum Aufkommen oder Rückgange, seiner geographischen Standorte und seiner Eigenheiten zu ergänzen. Die Arbeit ist daher ein kurz orientierender Führer durch das gesamte sächsische Hausgewerbe.

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Lokalbahn-Aktiengesellschaft in München. Von jeher haben die Eisenbahnverwaltungen der Statistik gegenüber Interesse bekundet. Sind doch die Geldpreise, welche der im Jahre 1847 gegründete Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen alle 4 Jahre ausschreibt, u. a. auch für hervorragende Leistungen der Eisenbahnstatistik bestimmt.

Dank dem in erster Linie zu anderen Zwecken bereits vorliegenden Zahlenmaterial verfügen die Verwaltungen über Akten, die zu statistischer Ausbeutung vorzüglich geeignet sind und tatsächlich auch ein bedeutendes Stück sogenannter „unausgelöster Statistik" darstellen. Welch wertvolle Zahlen dabei auch von privater Seite zur Veröffentlichung gelangen können, beweist eine Denkschrift, welche die Ende des Jahres 1911 über 878 Betriebskilometer verfügende Lokalbahn-Aktiengesellschaft in München über ihre 25jährige erfolgreiche Tätigkeit unlängst veröffentlichte (München, E. Mühlthaler 1912). Es werden hier tabellarische Übersichten für jedes dieser 25 Jahre über die Entwicklung des Personen-, Güter-, Gesamtverkehres sowie der Einnahmen, Ausgaben und Überschüsse gegeben, wobei diese selben Zahlen zur besseren und schnelleren Veranschaulichung auch graphisch dargestellt sind. Statistisches Interesse beanspruchen dann in dieser Denkschrift auch die Ausgaben für das Personal und die Wohlfahrtseinrichtungen, wobei wiederum den Gehältern und Löhnen für den Bahn-Kilometer recht wirksam auch noch durch eine statistische Kurve in ihrer 25jährigen Entwicklung Ausdruck verliehen ist. „In den stetig aufwärts strebenden Kurven der Diagramme sind Rückbiegungen bemerkbar, welche in fast regelmäßigen Zeitperioden von 7 bis 8 Jahren sich wiederholen. Sie entsprechen den gleichzeitig sich fühlbar machenden Depressionen des Wirtschaftslebens." Dank diesem allgemein beobachteten Parallelismus wirtschaftlicher Erscheinungen hat erst unlängst die *Commission des crises économiques* in die acht Anzeichen wirtschaftlicher Krisen auch einbezogen *le trafic des chemins de fer.*[1]) Eine zur Beantwortung dieser Fragen nützliche, einheitlich ausgestaltete und möglichst schnell erscheinende Eisenbahnstatistik glaubt diese Kommission demnach zwecks Verwirklichung in Vorschlag bringen zu dürfen (vgl. dazu Nr. 3 des *Bulletin de l'office du travail*, Paris 1912).

E. Müller.

XIV. Arbeiterstatistik.

Löhne in der Brauindustrie. In seiner Schrift über „Lohnsystem und Löhne in der Brauindustrie (Tarifverträge), eine Abhandlung über moderne Lohnprobleme und Lohnpolitik" (Berlin 1912, Carl Heymanns Verlag) hat Syndikus Dr. Emil Wolff-Hannover sich eine dreifache Aufgabe gestellt: Zunächst die Schaffung einer vergleichenden Lohnstatistik; sodann eine Zusammenfassung der wesentlichen Probleme, welche die Lohnbildung beeinflussen und eine Beleuchtung der Ziele der „Mehr-Lohn-Politik" der Arbeiter; schließlich eine kurze Behandlung der Rechtsnatur und der Vorteile und Nachteile der Tarifverträge in der Industrie.

1) Siehe D. St. Z. 1912 Nr. 6/7 S. 199 „Wirtschaftl. Wettervorhersage". *Red.*

Bei der hier geschaffenen und konsequent durchgeführten vergleichenden Lohnstatistik geht der Verfasser davon aus, daß es an jedem Orte im Deutschen Reich einen „Grundpreis der Arbeit" gibt, d. i. der übliche Lohn desjenigen Arbeiters, der die geringste Vorbildung, das geringste Anlagekapital für Ausbildung hat und der darnach im allgemeinen den geringsten Lohn im freien Verkehr bezieht. Dieser Lohn ist bereits gesetzlich in umfassender Weise anerkannt. Es ist der Lohn, den bei der fraglichen Arbeiterkategorie der Richter als „üblichen Lohn" auf Grund § 611 Bürg. Ges.-B. zu ergänzen hat, sofern Vereinbarungen über die Lohnhöhe bei Schaffung des Dienstvertrages nicht getroffen worden sind (s. auch Bürg. Ges.-B. § 632, 2; Handelsgesetzb. § 59; Gew.-O. § 124b). In dem Versicherungswesen (Reichsversich.-O. § 149) spielen diese Löhne eine bedeutende Rolle als die sogenannten „ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagesarbeiter" und werden von Zeit zu Zeit festgestellt und im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht.

Der Verfasser geht nun davon aus, daß die Industrielöhne richtig zu bewerten seien durch einen Vergleich mit jenem Mindestpreis der Arbeit und daß der Mehrlohn eines bestimmten Industriearbeiters über jenen Grundpreis der Arbeit den Standard der Arbeiterkategorien darstelle. An Hand von 63 Tarifverträgen des Braugewerbes aus allen Gegenden Deutschlands, welche 129 Orte und 430 Brauereien umfassen, ist hiernach der durchschnittliche Grundpreis der Arbeit festgestellt mit 907.14 ℳ und mit dieser Zahl sind die Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien der Brauindustrie verglichen. Die zur Untersuchung gelangten Städte, welche den Sitz des jeweiligen Tarifvertrages bilden, sind nach Größenklassen geordnet. Es sind hiernach untersucht 34 Städte über 100 000 Einwohner mit 94 angeschlossenen Orten und 348 Betrieben; 8 Städte von 50—100 000 Einwohnern mit 12 angeschlossenen Orten und 35 Betrieben; 8 Städte von 25—50 000 Einwohnern mit 8 Orten und 18 Betrieben; 13 Städte unter 25 000 Einwohner mit 15 Orten und 29 Betrieben; zus. 63 Städte mit 129 Orten und 430 Betrieben. Die Berechnungen haben interessante Ergebnisse. So bezieht beispielsweise der Tagelöhner (Hilfsarbeiter) in der Brauindustrie durchschnittlich einen um 50,03 % höheren Lohn als der Tagelöhner im freien Verkehr. Die Standardziffer für Handwerker beträgt 76,1 %, für Maschinisten 74,6 %, für Heizer 69 %, Stalleute 38,6 %, Bierfahrer 65,5 %.

In der fraglichen Schrift dürfte zum ersten Male nicht ohne interessanten Erfolg der Versuch gemacht sein, das gesamte Lohnwesen von einheitlichem Gesichtspunkte zu betrachten und auf eine Grundformel für ein großes Gebiet zurückzuführen. — Der Verfasser zeigt auch, daß nur durch genaue Betrachtung des Lohnsystems der einzelnen Industriezweige, durch Lohnstatistiken für einzelne Gewerbszweige und Arbeiterkategorien ein Eindringen in das schwierige Gebiet der Lohnverhältnisse möglich ist, und es wäre zu wünschen, daß noch mehr Industrien in gleicher Weise Lohnstatistiken aufmachen würden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies dazu führen könnte, daß mit der Zeit die Löhne für gleiche Arbeiter-

kategorien in allen Industrien in gleicher oder ähnlicher Weise reguliert würden. Damit würde vielfach der Grund zu Beschwerden beseitigt und die Löhne eine gleichmäßige Gestaltung erlangen. Ohne dies wird es aber niemals möglich sein, die Berechtigung und Nichtberechtigung der modernen Lohnbewegungen und Lohnkämpfe und deren Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft zu erkennen.

In einem besonderen Abschnitt des Buches werden „Moderne Lohnprobleme und Lohnpolitik" behandelt. Hier wird der Nachweis geführt, daß und aus welchen Gründen die Steigerung der Löhne der gesamten industriellen Arbeiterschaft, die Politik des „Mehr Lohn auf der ganzen Linie" einen weitgehenden Erfolg in bezug auf die Lebenshaltung nicht haben kann, indem die Vorteile der Lohnerhöhung durch Steigerung der Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel illusorisch gemacht werden. Der Verfasser verweist darauf, daß gerade das Evangelium von der Solidarität wesentlich an dieser Entwicklung schuld sei.

Bezüglich der Tarifverträge weist der Verfasser zunächst darauf hin, daß dieselben rechtlich nur eine Abänderung bestehender Dienstverträge unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen als Bevollmächtigte seien; diese Bevollmächtigten übernehmen selbst nur selten oder gar nicht Verpflichtungen aus dem Vertrag. Die Verträge scheinen hiernach hinsichtlich der angeblichen Vorteile sehr problematischer Natur.

Lohnstatistik in der Schwereisenindustrie. Der Deutsche Metallarbeiterverband veröffentlicht eine Enquete über „Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter" (Verl. von A. Schlicke & Co., Stuttgart 1912), deren Aufgabe es ist, der Einführung des Achtstundentages durch Schilderung der bestehenden Mißstände die Wege zu bahnen. Einen Hauptteil dieser Arbeit nimmt die Darstellung der Lohnverhältnisse ein, die bei der Seltenheit umfassender lohnstatistischer Publikationen beachtenswert ist. Die Ergebnisse sind mit einiger Vorsicht aufzunehmen, da die Arbeit einerseits von einem Interessentenverband herausgegeben ist, andererseits eine volle Beweiskraft wegen der Außerachtlassung der nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft nicht besitzt. Die Untersuchung erstreckt sich auf 120 701 in Hüttenwerken beschäftigte Arbeiter. Alle Ermittlungen beruhen auf Mitteilungen der Arbeiter oder der Vertrauensleute. Um zuverlässige Angaben zu erhalten, sind lediglich die Schichtlöhne erfragt worden. Danach beläuft sich der ermittelte Durchschnittsverdienst auf 3,94 ℳ pro Schicht im Zeitlohn und 5,24 ℳ im Akkord; der Gesamtdurchschnitt für die statistisch erfaßte Arbeiterschaft beträgt 4,44 ℳ. Den Betrag von 6 ℳ pro Tag übersteigt der Akkordverdienst in den Block-, Knüppel- und Drahtwalzwerken, in den Maschinen- und Waggonfabriken. Am geringsten sind die Akkordverdienste in den Kleineisenzeugfabriken. Der höchste Zeitlohn ist mit 4,64 ℳ in den Puddelwerken und mit 4,60 ℳ in den Martinwerken festgestellt worden. Unter dem durchschnittlichen Zeitlohn von 3,94 ℳ sind die Arbeiter der Hochofenwerke, der Block- und Knüppelwalzwerke usw. beschäftigt. Nach den einzelnen Wirtschaftsgebieten ausgegliedert ergibt sich, daß der Verdienst im rheinisch-westfälischen Industriegebiet am höchsten ist; an zweiter Stelle kommen die Verdienste im Siegerland, an letzter Stelle die Löhne der schlesischen Hüttenarbeiter. Wegen der vielen geleisteten Überstunden und der Sonntagsschichten wurde eine Jahresarbeitszeit von 320 Tagen angenommen. Danach beträgt der durchschnittlich ermittelte Jahresverdienst 1552 ℳ, für das Saargebiet, Lothringen, Luxemburg 1328 ℳ, für Schlesien (300 Arbeitstage) 1173 ℳ.

In der Erhebung wird über zu lange Lohnfristen geklagt. Berichte sind dem Verbande zugegangen aus 182 Werken mit 937 Betriebsabteilungen. Für 568 Betriebsabteilungen besteht eine monatliche Lohnzahlung, bei 155 halbmonatliche. Die Arbeiter von 63 Betriebsabteilungen erhalten ihre Löhne alle 14 Tage, in 26 Abteilungen alle 10 Tage und in 21 Abteilungen jede Woche. Abschlagszahlungen erhalten die Arbeiter von 617 Abteilungen, während in 284 Abteilungen solche nicht üblich sind. Das Übel dieser langen Lohnfristen liegt in der weit ausgedehnten Borgwirtschaft. Eine weitere für die Arbeiter äußerst unangenehme Begleiterscheinung der langen Lohnfristen sind die auf der Mehrzahl der Hüttenwerke üblichen Lohneinbehaltungen. Nach dem Bericht betrugen die Lohneinbehaltungen in 71 Abteilungen bis zu 5 Tagen, in 111 Abteilungen bis zu 6 Tagen, in 114 Abteilungen bis zu 7 Tagen, in 217 Abteilungen 8—12 Tage, in 367 Abteilungen 14 Tage, in 48 Abteilungen mehr als 14 Tage bis zu einem Monat.

L. Zach.

Deutsche Streikstatistik 1909/11. Die Jahresstatistiken für die Streiks und Aussperrungen der drei Jahre 1909 bis 1911, Stat. d. D. Reichs, Bd. 239, 249 und 250 (je 1 ℳ), Berlin 1910, 1911 und 1912, lehnen sich eng an die im D. St. Z. 1909, Nr. 7, S. 211 beschriebene Streikstatistik des Bandes für 1908 an, nur ist in dem Jahresbande für 1911 noch im Texte eine gemeinsame Betrachtung der Streiks und Aussperrungen hinzugetreten, da bei der wachsenden Bedeutung der Aussperrungen nur eine gemeinsame Betrachtung beider Arten von Erwerbskämpfen ein vollkommenes Bild des Ringens der beiden Parteien — Arbeitgeber und Arbeitnehmer, — insbesondere auch ihrer Erfolge geben kann. Auch haben für 1910 und 1911 die graphischen Darstellungen eine anschaulichere Form gewonnen und eine Vermehrung erfahren.

In den beiden letzten Bänden wurde außerdem darauf hingewiesen, daß die früher maßgebende Begriffsbestimmung des Streiks, wie sie in der Einleitung zu Bd. 188 der Stat. d. D. Reichs S. 5 gegeben ist, sich im Laufe der Zeit als zu eng herausgestellt hat, insofern als es sich um den Streikzweck handelte. Diese alte Begriffsbestimmung bezeichnet als Streik jede gemeinsame Arbeitseinstellung mehrerer gewerblicher Arbeiter, die zum Zweck der Durchsetzung bestimmter Forderungen beim Arbeitgeber erfolgt ist". Allerdings wurde schon damals (auf S. 6) darauf hingewiesen, daß Sympathiestreiks mitgezählt würden, obwohl sie nicht unter den aufgestellten Begriff fielen, da es sich ja bei ihnen nicht um Forderungen der Arbeiter beim Arbeitgeber handele. Von dem Erfordernis, daß die Forderung beim Arbeitgeber erhoben werde, hat aber überhaupt abgesehen werden müssen, insbesondere auch um politische Streiks, die seitdem zu größerer Bedeutung gelangt sind, in die Sta-

tistik einbeziehen zu können. Neuerdings wird demgemäß in der amtlichen Streikstatistik als Streik angesehen „jede gemeinsame Arbeitseinstellung mehrerer gewerblicher Arbeiter, die zum Zwecke der Durchsetzung bestimmter Ziele erfolgt.“ Das gleiche trifft auch für die Aussperrungen zu. Die frühere Begriffsbestimmung der Aussperrung (a. a. O. S. 6) lautet: „Jede gemeinsame Ausschließung mehrerer gewerblicher Arbeiter von der Arbeit, die von dem Unternehmer zum Zwecke der Durchsetzung bestimmter Forderungen bei den Arbeitern vorgenommen wird.“ Aber auch hier wurde schon auf die Sympathieaussperrungen hingewiesen. Gerade bei der Aussperrung ist die neuere Entwickelung dahin gegangen, daß die Aussperrung überwiegend nicht ein Kampfmittel gegen die Arbeiter des aussperrenden Arbeitgebers bildet, sondern andere durch einen Streik angegriffene Arbeitgeber unterstützen will. Daher wird neuerdings in der amtlichen Statistik als Aussperrung verstanden: „Jede gemeinsame Ausschließung mehrerer gewerblicher Arbeiter von der Arbeit, die von einem oder mehreren Unternehmern zur Durchsetzung bestimmter Ziele vorgenommen wird.“

O. Poensgen.

Arbeitsstreitigkeiten in Österreich 1910. Von der jährlichen Veröffentlichung des k. k. arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium in Wien „Die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Österreich“ ist der Jahrgang 1910 erschienen (Wien 1911, Alfred Hölder), der bei der Reichhaltigkeit des Materials allgemeines Interesse verdient.

Im allgemeinen war die Streiklust im Jahre 1910 in Österreich nicht so groß, wie in den vorhergehenden Jahren. Die großen Kampfjahre 1906 und 1907 werden, was die Zahl der Streiks und die Zahl der Streikenden betrifft, kaum zur Hälfte erreicht. Die Kampfeslust ist am größten in Böhmen, auf das $^2/_5$ aller Streiks, $^1/_4$ der von den Streiks ergriffenen Betriebe, und mehr als $^1/_3$ aller Streikenden entfallen. Da in Österreich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine so mächtigen Organisationen aufzuweisen haben, wie in Deutschland, spielt sich $^3/_4$ aller Ausstände (76,5 %) innerhalb eines Betriebes ab. Interessant ist die Tatsache, daß im Durchschnitt im Jahre 1910 die Quote der Streikenden bloß etwa die Hälfte der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Personen beträgt. Weniger als die Hälfte aller in den betroffenen Betrieben Beschäftigten streikte im Bergbau, in der Metallverarbeitung, in der Textilindustrie, in der Nahrungsmittelindustrie und in den graphischen Gewerben. Die Streikenden wurden mittels eines Zählblattes, das Fragen über Alter, Geschlecht, Arbeitszweige und Arbeitseinstellungen enthielt, statistisch erfaßt. Nicht erfragt, sondern aus der Art des vom Streik ergriffenen Betriebes entnommen wurde der Beruf. An der Unterscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern und Lehrlingen wurde soweit möglich festgehalten. Was zunächst das Geschlecht der Streikenden betrifft, so zeigt sich naturgemäß das männliche Geschlecht mit 84 % kampfeslustiger als das weibliche. Doch übertreffen die Arbeitseinstellungen der Weiber in der Textilindustrie mit 53,4 % die ihrer männlichen Kollegen. Die Gliederung der Arbeiter nach der Art der Beschäftigung ergibt: Von 100 Beschäftigten streikten gelernte Arbeiter 58, ungelernte 42,3, Lehrlinge 7,9; zwei Drittel aller Streiks finden in den Monaten März bis August statt. Etwas über $^2/_5$ aller Streiks werden in 5 Tagen, $^3/_5$ in 10 Tagen erledigt. Von den Beweggründen, die zu den Streiks führten, kommen am häufigsten vor Unzufriedenheit mit den Löhnen und mit der Dauer der Arbeitszeit. Sonstige Ursachen lagen in der Entlassung von Vertrauensmännern der Arbeiter, in der Unzufriedenheit mit der Arbeit und Dienstordnung, im Widerstand gegen Abschluß eines Vertrages, in mißliebigen Arbeitgebern, in der Reduktion der Löhne usw. Faßt man die Arbeitseinstellungen unter dem Gesichtspunkte des Erfolges ins Auge, so zeigt sich, daß 114 Streiks d. i. 17,4 % mit 5523 Streikenden vollen Erfolg, 339 d. i. 51,6 % mit 38 030 Streikenden teilweisen Erfolg, 104 d. i. 31 % mit 11 921 Mißerfolg hatten. Hierbei wurde ein voller Erfolg nur dann angenommen, wenn alle Forderungen in allen Betrieben ganz durchgesetzt wurden, ein Mißerfolg nur dann, wenn keine Forderung und zwar in keinem Betrieb bewilligt wurde. Ein teilweiser Erfolg im Sinne dieser Statistik liegt daher schon dann vor, wenn wenigstens die Forderung teilweise und hinsichtlich eines Teils der Streikenden bewilligt wurde. Daher kommt es auch, daß an den Streiks mit teilweisen Erfolgen sich mehr als die Hälfte aller Ausständigen beteiligt hatten. Freilich besagen diese zuletzt genannten Daten nicht allzu viel; denn im wirtschaftlichen Kampfe ist es eine überall gemachte Beobachtung, daß Forderungen über das erreichbare Maß hinaus gestellt werden, um auf diese Weise eine günstigere Verhandlungsbasis zu schaffen. Im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren brachte das Jahr 1910 den Streikenden mehr Erfolg als die Vorjahre 1908 und 1909.

L. Zach.

XX. Polizeistatistik (einschließlich Sicherheitsdienst).

Die Zwangserziehung in Bayern. Der Vollzug des bayerischen Zwangserziehungsgesetzes vom 10. Mai 1902 ist infolge der großzügigen Organisation der Jugendfürsorge, wie sie unter dem Ministerium Brettreich in den letzten Jahren geschaffen worden ist, und der Einführung der Jugendgerichte in ein neues Entwicklungsstadium eingetreten. Diese dem Verwaltungsbeamten wohl bekannte Tatsache läßt sich auch in der seit 1904 regelmäßig erstellten Statistik der Zwangserziehung minderjähriger Personen deutlich nachweisen.

Nach der jüngsten Veröffentlichung derselben (Zeitschr. des K. B. Statist. Landesamtes, Doppelheft 2/3, Jahrgang 1912) betrug die Zwangserziehungsziffer, d. i. die Zahl der Fälle, mit denen sich die Vormundsschaftsgerichte[1]) zu befassen hatten, in den einzelnen Jahren von 1904 bis 1910 1443, 1511, 1611, 1741, 2114 (1908 Organisation der Jugendgerichte, daher Steigerung um 21, 4%), 2337, 2470.

Aus den übrigen Ergebnissen der Statistik für 1910 seien folgende hervorgehoben: Von den im Jahre 1910 neu zugehenden Zwangszöglingen waren 597 (62,8%) männlichen, 354 (37,2%) weiblichen Geschlechts. Die Beteiligung der Geschlechter verschiebt sich gegenüber den Vorjahren in-

1) In Bayern obliegt die Anordnung der Zwangserziehung den Vormundschaftsgerichten, dagegen der Vollzug den Verwaltungsbehörden. *Ref.*

sofern, als die Ziffer für die Knaben stetig sinkt, diejenige für die Mädchen ununterbrochen steigt, eine Erscheinung, die in der Zunahme der Kriminalität der weiblichen Großstadtjugend ihr Gegenstück hat. Von den Zöglingen waren 77,9% ehelich, 22,1% unehelich.

Das Alter betrug in den meisten Fällen zwischen 6 und 15 Jahren, und zwar entfielen fast ebenso viele Zöglinge auf die Altersklasse von 13 bis unter 16 Jahren (351), als auf die nächst niedrige von 6 bis unter 13 Jahren (395). Weniger als 6 Jahre alt waren nur 66 (7,0%), dagegen 16 Jahre und darüber volle 139 (14,6%). Die starke Besetzung der höchsten Altersklasse ist wohl der Neuregelung des Strafverfahrens gegen Jugendliche mit ihrer Ersetzung des Vergeltungsgedankens durch den Erziehungsgedanken zuzuschreiben.

Die Zöglinge stammten fast insgesamt aus den wirtschaftlich schwächsten Schichten des Volkes, nur 58 besaßen etwas Vermögen, darunter 11 über 1000 *M*. Häufig waren sie durch Vererbung bereits physisch oder psychisch degeneriert; Trunksucht, Arbeitsscheu, Unsittlichkeit und sonstige schlimme Neigungen ließen sich bei den Eltern nicht allzu selten feststellen.

Leider entbehrt die bayerische Statistik zurzeit noch geeigneter Unterlagen zur Beurteilung der Frage des Erfolges der zwangsweisen Erziehung. Doch sind bereits entsprechende Erhebungen geplant. Mit Entschließung vom 16. April 1910 hat das Staatsministerium des Innern im Einverständnis mit dem Staatsministerium der Justiz dem Statist. Landesamte auf dessen Anregung hin gestattet, für jeden früheren Zwangszögling nach Ablauf von 5 Jahren seit der Aufhebung der Zwangserziehung einen Auszug aus dem Strafregister zu erholen. Man darf mit Recht auf das Resultat der Erhebung gespannt sein, da sich auf diese Weise wohl zuverlässig nachprüfen lassen wird, ob die bei den Fürsorgern vielfach zu beobachtende Hoffnungsfreudigkeit und zuversichtliche Beurteilung ihres Wirkens berechtigt ist oder nicht. *G. Schmetzer.*

XXV. Statistische Sammelwerke.

Statistische Jahrbücher für Preußen und Italien. Das nunmehr im 9. Jahrgange vorliegende „Statist. Jahrbuch für den preußischen Staat (Verlag Statist. Landesamt Berlin 1912, 1 *M* 50 *Pf*) unterscheidet sich von seinen Vorgängern in wesentlichen Punkten. Zunächst zeigt es einen sehr viel größeren Umfang. Es zählt jetzt $41^5/_8$ Druckbogen, das direkt vorausgegangene nur $28^1/_8$. Außerdem wurde das Format verbreitert, um „die Tabellen reicher auszugestalten und namentlich Summen, welche der Leser sich sonst selbst zusammensetzen mußte, sowie in noch weiterem Umfange als bisher neben den absoluten auch Verhältniszahlen zu bringen". Trotzdem das Jahrbuch sich sehr ausdehnte, ist sein gegen früher nur etwas erhöhter Verkaufspreis (1 *M* 60 *Pf*) bei 636 Seiten Umfang im Vergleich zum Preis von manchen anderen analogen Werken eine von den Konsumenten gewiß dankbarst begrüßte Tatsache. Der größere Umfang nun ist vornehmlich verursacht dadurch, daß „eine Reihe neuer Abschnitte, wie z. B. über Witterung, Arbeiterverhältnisse, Binnenhandel, wirtschaftliche Schäden usw. neu hinzukamen, andere, wie die Abschnitte über Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, Verkehrsmittel und Verkehr, Geld- und Kreditwesen, Versicherungswesen, Gemeindefinanzen usw. eine wesentliche Erweiterung erfuhren". Schließlich mußte das Buch dicker werden, da der namentlich in wissenschaftlichen Kreisen geäußerte Wunsch, wichtige Entwicklungen im Jahrbuch möglichst weit in die Vergangenheit zurück verfolgen zu können, diesmal in Erfüllung ging. Das gilt vornehmlich für ein so aktuelles Thema wie die Preise, über welche sich hier Angaben bis zum Jahre 1816 zurück finden. Auch das geographische Detail ist mehr wie früher zu Worte gekommen und so der tatsächlichen Gestaltung der Dinge nach Möglichkeit mehr Rechnung als bislang getragen. Sehr wertvoll für jeden Konsumenten, der tiefer in die Materie eindringen will, erscheint mir die erstmals betätigte Wiedergabe des 40 Jahre zurückreichenden Quellennachweises, was in ähnlicher Weise schon längere Zeit in anderen stat. Jahrbüchern geschieht. „Zum ersten Male sind dem Jahrbuch auch graphische Darstellungen (einige Liniendiagramme) beigegeben." In einem doch sicher auch für das breite Publikum berechneten Werke hätten wohl noch etwas mehr graphische Darstellungen Platz finden sollen, zumal sie für viele doch erst das Interesse an den Zahlenreihen wachrufen. Im nächsten Jahrgang entschließt man sich vielleicht noch dazu, ähnlich wie es Bayern in seinem Jahrbuch 1911 erstmals getan, auch in Preußen Vergleiche mit dem ganzen Reiche und seinen größeren Staaten zu geben. Denn der Vergleich, aber nur der exakt durchgeführte, ist ja doch ein treffliches Instrument, um dem Leser zu einer Beurteilung der Zahlen zu verhelfen, insofern die Statistik bzw. der statistisch (einwandfreie) Vergleich die Möglichkeit „zur Erkenntnis und Wertung der Zusammenhänge auf dem Gebiet des geistigen und materiellen Geschehens überhaupt" gibt.[1])

Das als erster Band der zweiten Serie des „*Annuario statistico italiano*" von der Generaldirektion der italienischen Statistik herausgegebene Jahrbuch (Rom 1912, G. Bertero), das nunmehr alljährlich und nicht mehr, wie bisher, mit Unterbrechungen erscheinen soll, dürfte gerade jetzt viele Leser finden, wo durch die italienische Expansionspolitik erhöhtes Interesse in der Welt an Land und Leuten der Apenninenhalbinsel besteht. Nur dürfte der Verkaufspreis mit 4 L 50 c. im Vergleich

[1]) Die Aufgabe, die Statistik der Bundesstaaten untereinander zu vergleichen, kommt nach der Ansicht der Redaktion dem Kaiserlichen Statistischen Amte zu, welches sie in seinem „Statistischen Jahrbuch" und seinen anderen Veröffentlichungen in der Tat durchführt und allein in exakter und genügender Weise durchzuführen vermag. Statt deren Inhalt in einer unter allen Umständen höchst lückenhaften Weise in jedem einzelstaatlichen Jahrbuch zu wiederholen, lediglich um dem Leser das Nachschlagen im Reichsjahrbuch oder die Kosten seiner Anschaffung in einigen wenigen Fällen zu ersparen, sollten die bundesstaatlichen Statistischen Jahrbücher, namentlich wenn ihr Umfang normiert ist, ihrer eigentlichen Aufgabe dienen, die darin besteht, das gesamte für den Staat vorliegende Material mit örtlichen Unterscheidungen und unter Zusammenstellung der Zahlen für längere Jahresreihen, wie es in den reichsstatistischen Veröffentlichungen nicht zu finden ist, im Auszug und in übersichtlicher Weise zusammenzustellen. Stoff hierzu liegt noch in großer Menge vor. *Red.*

zu unseren deutschen Jahrbüchern meines Erachtens etwas zu hoch angesetzt sein. Allerdings kann man da zur Entschuldigung geltend machen, daß das Werk eine relativ sehr große Zahl farbiger statist. Karten und auch noch andere Graphiken enthält, die bekanntlich ein kostspieliges Unternehmen sind. Nur hätte im Interesse logisch einwandfreier Darstellung bei den statist. Karten eine Gruppenabstufung mit zum Teil nicht gleich großen Spannrahmen vermieden werden sollen. Nachahmung verdient meines Erachtens auch der den einzelnen Kapiteln des *Annuario* jeweils vorausgesandte spezielle „*Indice*", an den sich jeweils ein Verzeichnis der Quellen, aus denen man geschöpft, anschließt. Was den Inhalt des Jahrbuches anlangt, so möchte ich hier den Leser auf die geradezu mustergültige Wanderungsstatistik[2]) hinweisen. Es handelt sich hier übrigens um Dinge, die, wie Prof. Michels-Turin unlängst in einer Abhandlung „Elemente zur Entstehung des Imperialismus in Italien"[3]) dargelegt hat, für die italienische Aktion eine gewisse Rechtfertigung abgeben. Auch die Angaben über Todesursachen (Malariarückgang!), eine übrigens in Italien schon lange eifrigst gepflegte statistische Materie, beanspruchen größeres Interesse. Das gleiche gilt wohl auch für das Kapitel *Previdenza* (Fürsorge), insofern hier auch die privaten Versicherungsunternehmungen behandelt werden, ein mit Rücksicht auf das italienische Lebensversicherungs-Monopolgesetz sehr aktueller Gegenstand. Endlich wird mancher gegenwärtig mit Aufmerksamkeit auch die Angaben über Heer und Marine studieren. Abschließend möchte ich noch bemerken, daß es gewiß für den italienischen Leserkreis nicht unzweckmäßig wäre, wenn man in Zukunft dem *Annuario* einen Anhang mit internationalen Übersichten beigäbe, so wie es z. B. neuerdings im Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich üblich ist. *E. Müller.*

XXVI. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Nutzen von Nebenbahnen für die davon berührten Gemeinden. Gegenüber den mancherlei Klagen über die schlechte Rentabilität vieler Nebenbahnlinien beschäftigt sich eine Untersuchung von Finanzrat Dr. A. Schott mit der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung von Nebenbahn-Gemeinden in Württemberg (Württ. Jahrb. f. Stat. u. Landeskunde, herausg. vom K. Statist. Landesamt, 1911, Heft 2, S. 282—316), ob und inwieweit Nebenbahnen in volkswirtschaftlicher Beziehung für die von ihnen erschlossenen Gegenden und Gemeinden von Vorteil gewesen sind. Bei aller Würdigung der Schwierigkeiten, welche sich der Frage nach den Ursachen der ungleichen Entwicklung von Eisenbahngemeinden entgegenstellen, und trotz der Unmöglichkeit, überall einwandsfrei den zeitlichen und den ursächlichen Zusammenhang zwischen Bahnbesitz und Wirtschaftslage aufzudecken, wurde versucht, unter Verwertung der Ergebnisse der letzten Volks- und Berufszählungen, aus den Bewegungen der Einwohnerzahl, den Verschiebungen in den Berufsständen, der Steigerung der gewerblichen Tätigkeit, des Verkehrs, der Steuerkraft, der Arbeitslöhne, aus den Schwankungen der Forsterlöse, der Gemeindeschulden und Gemeindeumlagen wenigstens gewisse statistische Unterlagen zu gewinnen, aus denen der Entwicklungsgang ersehen werden kann, welchen die durch eine Nebenbahn an das allgemeine Schienennetz näher herangerückten Gemeinden seit der Bahneröffnung genommen haben.

Die Untersuchung beschränkt sich auf drei Nebenbahnlinien, zwei mit Schmal-, eine mit Normalspur. Von den ersten beiden liegt die eine Nebenbahn (Lauffen-Leonbronn) im nordwestlichen Teil des Landes, die andere (Biberach-Ochsenhausen) im südöstlichen; die normalspurige Bahnstrecke Geislingen Wiesensteig ist zwischen beiden drin etwa in der Mitte des Königreichs gelegen. Die genannten drei Strecken haben den Vorzug, je einem Oberamtsbezirk anzugehören, eine größere Zahl von Stationen zu besitzen und schon seit einer Reihe von Jahren in Betrieb zu sein.

Wenn nun auch die Abhandlung naturgemäß eine kaufmännische Bilanz mit genauer Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufmachen konnte, so zeigt sie doch an der Hand vieler Tabellen und durch Vergleich des Werdegangs der Nebenbahngemeinden mit den Entwicklungsverhältnissen der benachbarten eisenbahnlos gebliebenen Orte, daß solche Nebenbahnen das ganze Wirtschaftsleben einer Gegend günstig beeinflussen, deren gewerbliche und finanzielle Leistungsfähigkeit fördern und dem Staate indirekt allmählich wieder ersetzen, was sie ihm an Kapital und Zinsen vorher entzogen haben.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Volkszähler in Lübeck. Nachdem das D. St. Z. im Jahrgang 1911 Sp. 182 Mitteilungen über die ehrenamtlichen Zähler in Halle a. S. gebracht hat, ist es vielleicht von Interesse, die entsprechenden Zahlen für Lübeck kennen zu lernen, die im „Geschäftsbericht des Statistischen Amtes" für 1910 zu finden sind. Lübeck hat bisher alle Zählungen mit ehrenamtlichen Zählern bewältigen können. Das wird in der Hauptsache mit der lübeckischen Staatsverfassung zusammenhängen, die die Bürgerschaft bereits seit über 60 Jahren in weitgehendem Maße zu den Staatsgeschäften heranzieht und dadurch an die Mitarbeit bei den Staatsaufgaben gewöhnt hat. Außerdem hat aber auch wohl der Umstand mitgewirkt, daß die Zählbezirke in Lübeck immer nur 15—20 Haushaltungen umfassen, also nur klein sind (in Preußen sollen sie bekanntlich in der Regel „nicht mehr als 40" enthalten) und deshalb ihre Auszählung keine allzu große Mühe macht. Der einzelne Zähler hatte 1910 im Durchschnitt nur 78 Personen zu zählen, während z. B. in Halle 124 auf ihn entfielen. Bei der letzten Volkszählung haben sich von den 2082 männlichen Personen, die zur Teilnahme aufgefordert wurden, 1265 zur Verfügung gestellt. Dem Beruf nach waren 279 Schüler (Seminaristen, Primaner, Obersekundaner und Baugewerkschüler), 178 mittlere Beamte und Bureaugehilfen, 171 selbständige Handwerker, 167 Elementar- und Fachlehrer, 112 (berufstätige) Akademiker (darunter 39 Juristen und 38 Oberlehrer), 54 kaufmännische Angestellte, 48 Rentner, 45 Detaillisten, 26 Großkaufleute, Bankiers und Spediteure, 12 Großindustrielle usw. Es waren mithin 22,1 % der Zähler Schüler, 14,1 % mittlere Beamte, 13,2 % Elementar-

[2]) Vgl. v. Englisch in Statist. Monatsschr. 1912, 4 S. 254.
[3]) Insbesondere Teil I. Demographie S. 58 u. fg. im Archiv f. Soz.-Wissenschft. u. Soz.-Politik 34. Bd. 1, Heft 1912.

und Fachlehrer, 8,9 % (berufstätige) Akademiker usw. Im Vergleich zu Halle a. S. stellte sich in Lübeck der Prozentsatz der mitzählenden Akademiker fünfmal so hoch (Halle hatte unter seinen Zählern nur 1,8 % akademisch Gebildete), dagegen war der der mitwirkenden Elementarlehrer in Halle mit 22,6 % fast doppelt so groß. Übrigens wird den Beamten in Lübeck in der Regel zur Vornahme der Zählung keine freie Zeit gewährt; um so höher ist ihre Teilnahme zu bewerten. Daß auch höherstehende Personen sich in Lübeck nicht zu „vornehm" dünken als Zähler zu fungieren, möge man daraus entnehmen, daß Geheime Regierungsräte, Staatsanwälte, Landrichter, Direktoren, Professoren, Ärzte, Bauräte, Oberstleutnants und Majore a. D. mitgezählt haben. *J. Hartwig.*

Vermischte Mitteilungen.

Die Getreideaussaatmengen in der Statistik des Deutschen Reichs. Uns wird geschrieben: „Der Verfasser des Artikels „Ungenaue Ziffern über die jährlichen Getreideaussaatmengen in der Reichsstatistik", in der „Allgemeinen Deutschen Mühlenzeitung" vom 10. Mai 1912, hat nicht Unrecht, wenn er behauptet, die Aussaatmengen, wie sie in der Übersicht auf Seite 15 des 1. Vierteljahrshefts zur Statistik des Deutschen Reichs vom Jahre 1912 angegeben sind, würden genauer werden, wenn sie aus den Anbauflächen des Erntejahres, für welches sie Verwendung finden, berechnet würden und nicht nach den Ernteflächen des Vorjahrs; ebenso, wenn die Aussaatmengen der infolge Auswinterung umgepflügten Flächen doppelt zur Anschreibung kämen.

Der Verfasser geht aber zu weit, wenn er behauptet, die jetzige Berechnungsart sei geradezu widersinnig und dringend verbesserungsbedürftig; denn die Unterschiede sind, wie aus der Übersicht ersichtlich, nicht so bedeutend, daß sie auf den Inlands-Vorrat einen besonderen Einfluß haben könnten.

Die Aussaatmengen beruhen ebenso wie die geernteten Mengen auf Schätzungen; sie können nie genau ermittelt werden, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß das, was bei der Aussaatmenge zu wenig erscheint, bei der geernteten Menge zu viel angegeben ist. *R. Georgi.*"

Von anderer Seite wird zu dem gleichen Gegenstande folgendes bemerkt: „Wie das Kaiserliche Statistische Amt in seinen Erläuterungen zu jenen Übersichten mitzuteilen pflegt, stößt die Berechnung der verfügbaren Mengen von Getreide und Kartoffeln auf eine Reihe technischer Schwierigkeiten, die durch Schätzungen zu überwinden sind. Ganz unberücksichtigt müssen ferner die von einem Erntejahr zum anderen übergehenden Vorräte der Landwirte und Händler bleiben; auf solche unvermeidliche Ungenauigkeiten und Schätzungen wird stets hingewiesen. Daß das Aussaatgetreide aus den Vorräten des Vorjahres entnommen wird, dürfte bei der Herbstaussaat oft vorkommen.

Die vorgeschlagene doppelte Ermittelung der Anbauflächen — statt allein im Juni außerdem im Herbst des Vorjahres — wird wohl kaum zu erreichen sein, da den Gemeindebehörden, welche die Anbauflächen mitzuteilen haben, eine solche Mehrarbeit im Interesse der Statistik nicht zugemutet werden kann."

Beabsichtigte Verhinderung privater Statistiken. Gelegentlich der letzten Tagung der Landschaft für das Herzogtum S.-Altenburg war bei Beratung eines Antrags auf Revision des Grundsteuergesetzes von einem Abgeordneten auf eine als Dissertation erschienene Arbeit „Die Landwirtschaft im Herzogtum S.-Altenburg" hingewiesen worden, was einigen Vertretern der Landwirtschaft in genannter Körperschaft nicht angenehm war. Eine der letzten Nummern der Mitteilungen der Landwirtschaftskammer für genanntes Herzogtum enthält nun an der Spitze in Fettdruck eine Warnung an die Landwirte, Gemeindevorstände usw., die ihnen in letzter Zeit wiederholt von privater Seite zu angeblich wissenschaftlichen Zwecken (Doktorarbeiten usw.) zugehenden Fragebogen auszufüllen. Es sei bekannt geworden, daß die Ergebnisse solcher Umfragen mißverstanden und zum Gegenstand gegen die Landwirtschaft gerichteter Angriffe gemacht worden seien. Die Landwirte, insbesondere aber die Gemeindevorstände und die Vorsitzenden angeschlossener Vereine werden gebeten, falls sie es nicht vorziehen sollten, allen derartigen Ansinnen überhaupt nicht näherzutreten, sich an die Landwirtschaftskammer zu wenden, die dann prüfen werde, ob es geraten erscheine, den Fragebogen zu beantworten, oder die Auskunft zu erteilen.

Daß die Statistik zuweilen von Politikern nach ihrem Gutdünken ausgenutzt wird, darauf ist schon in Heft 3 des „D. St. Z." vom Jahre 1911 hingewiesen worden. Dies darf aber keinen Anlaß geben, der wissenschaftlichen Forschung von privater Seite Hindernisse in den Weg zu legen. Ein solches Verhalten würde nur der vielfach verbreiteten Anschauung, daß Privatpersonen auf ein Entgegenkommen seitens der Behörden, zu welchen sich auch die Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern des Deutschen Reiches zählen, in dem angedeuteten Sinne nicht zu rechnen haben, weitere Nahrung geben, obwohl sie nur in verschwindendem Maße zutreffend ist, wie beispielsweise die Polizeiverwaltungen Privatpersonen gegenüber eine gewisse Zurückhaltung in der Erteilung von Auskünften obwalten lassen müssen. *R. Kootz.*

Bibliographie.

14. Statistik des Unterrichts- u. Bildungswesens von 1911 an. (Schluß)

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

[Siehe die Bemerkungen in Sp. 201 u. 202]

Schoebel, H., Die Klassenbesetzung in den Volksschulen größerer deutscher Städte. (St. J. deutscher Städte, Bd. 17, Breslau 1911, S. 655—682.)

—, Unterrichtswesen im Jahre 1908/09 u. 1909/10. (Ebd., Bd. 18, Breslau 1912, S. 255—286.)

Schwartz, E., Klassen und Klassenfrequenzen in den öffentlichen Volksschulen der deutschen Städte im Winterhalbjahre 1908/09. (Schulst. Bl. 1911, 3.)

—, Schulstatistisches a 55 deutsch. Städten. (Ebd. 1911, 1.)

Schul- u. Bildungswesen in Barmen. (St. Jb. für 1910, S. 64—72.)

Söhring, A., Statistisches vom Volksschulwesen in Groß-Berlin. (Schulst. Bl. 1912, 3.)

Statistik des kaufmännischen Bildungswesens in Berlin. (Berlin. Jahrbuch f. Handel u. Industrie 1911, I, S. 405ff.)

Verzeichnis der Rektoren, Lehrer u. Lehrerinnen an den Berliner Gemeindeschulen 1911. Bearb. v. J. Blauert. (336 S.) Berlin, Lehrerverein.

Turn- u. Spielunterricht in den Schulen der Stadt Braunschweig. (Beitr. z. Stat. des Herz. Braunschweig XXV, Braunschweig 1911, S. 3—10.)

Berichte über die Stadtbibliothek. das Stadtarchiv, die Volksbibliotheken u. Lesehallen in Breslau f. d. Jahr 1910 (Breslauer Statistik, 31. Bd., 2 H., Breslau 1912, S. 73—85 u. 139—150).

Besuch der Unterrichtsanstalten in Breslau vor Schluß d. Schuljahres 1910/11 (Mitt. zu den Monatsber. d. St. Amts 1911, S. 149).

Unterrichts- u. Bildungsanstalten in Breslau. (Stat. Daten üb. die Stadt Breslau. Breslau 1912. Graß, Barth u. Co., S. 46—52.)

Schule und Bildungswesen in dei Stadt Cassel (St. Jahresberichte 1. Jg. 1908, Cassel 1911, S. 145—161 u. Tab. S. 192—209).

Fischer, R., Das Volksschulwesen der Stadt Charlottenburg 1910. (Schulst. Bl. 1911, 3.)

Winkler, F., Charlottenburger Schulstatistik. Heft 23 der „Charlottenburger Statistik". 1912. (105 S.)

Wohlfahrtseinrichtungen, Die, der Charlottenburger Gemeindeschulen. (43 S.)

Domsch, P., Die technischen Staatslehranstalten in Chemnitz 1836—1911. Chemnitz 1911. (165 S.)
Aufnahme über die öffentlichen Volksschulen in Cöln vom 24. Mai 1911. (Cölner Stat. Vierteljahrsh. 1911, 2, Anh.)
Hochschule, Technische, in Darmstadt 1910—1911/12 u. im Sommersemester 1911. (Mitt. Hess. Landesstat. 1911, 8; 1912, 12.)
Unterrichts- u. Schulwesen in Darmstadt 1910. (Verw.-Ber. f. 1910, Darmstadt 1911, S. 101—151.)
Erziehung und Bildung in Dresden. (Stat. Jahrb. f. 1910, Dresden 1912, S. 54—70.)
Frequenz der Studentenschaft 1910/11 an der Technischen Hochschule zu Dresden. (Bericht 1911, S. 7.)
— desgl. (Nr. 364 der Berichte der II. Kammer des Sächs. Landtages). (9 S.)
Jahresbericht der Kgl. öff. Bibliothek zu Dresden. Dresden 1911. (10 S.)
Lehrerbuch, Dresdner. Ausgabe 1911/12 u. Nachtrag zu 1910. Herausgegeben vom Dresdner Lehrerverein. (63 S.) Dresden 1911.
Volksbibliotheken und Lesehallen, Die städtischen, in Düsseldorf 1886—1911. (Komm. Praxis 1911, S. 1452.)
Fürsorge für das geistige Leben in der Stadt Essen [Schulen, Kurse, Theater, Bibliotheken, Museen,] (St. Jahresübersichten f. 1909 u. 1910, Essen 1911, S. 122—131).
Einrichtungen für Kultus, Unterricht und Bildung in Frankfurt a. M. (St. Jahresübersichten, 5. Ergänzungsheft 1910/11, S. 35—49).
Schulwesen, Fortbildungs- u. Fachschulen in Frankfurt a. M. 1910. (Verw.-Ber., 1912, S. 326—350.)
Wolff, Halles Schulen. Beilage zu den Stat. Monatsber. d. Stadt Halle 1912, 1 u. 3/4.
Elternsprechstunde in Halle a. S. (Stat. Jahresübersichten f. 1911, Halle 1912, Tab. 135 u. 136.
Jahrbuch 1911/12 d. Kieler Lehrervereins. Kiel 1911 (109 S.)
Mannzen, W., Von dem Schulwesen der Stadt Kiel. (Schulst. Bl. 1911, 6.)
Hennig, G., Die Entwickelung des Arbeiterbibliothekenwesens in den letzten 10 Jahren. (Leipziger Kalender 1911, S. 99—107.)
Leipziger Lehrerbuch, 12. Ausg. 1911. Herausgegeben vom Leipziger Lehrerverein. (252 S.)
Zahl der Studierenden u. Hörer an der Universität Leipzig vom Winter 1909/10 bis Winter 1911/12. (Nr. 456 d. Berichte d. II. Kammer v. 10. V. 1912.)
Schulstatistisches aus Lübeck. (Schulst. Bl. 1911, 4.)
Schulen, Kunst u. Wissenschaft in der Stadt Mannheim. (Verw.-Ber. f. 1910, S. 116—181.)
Schulen [Kunstgewerbeschule, Städtische Chemieschule, Spinn- u. Webschule, Zeichenschule] der Stadt Mülhausen i. E. 1909/10 (Jahresber. d. Industriellen Gesellschaft von Mülhausen für 1911, Straßburg 1912, S. 99—112).
Jahresbericht, 5., der männlichen Fortbildungs- u. Gewerbeschulen Münchens f. d. Schuljahr 1910/11. Von Georg Kerschensteiner. (432 S.) München, Gerber u. Gelder. ℳ 1.50.
Kirche und Schule in Nürnberg (St. J. f. 1910, Nürnberg 1911, Tab. 226—258).
Sauter, F., Das städtische Schulwesen Nürnbergs 1910, mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule. (Schulstat. Bl. 1911, 7.)
Volksbücherei, städtische, in Schöneberg (Jahresberichte des St. Amts 1908—1910, Berlin 1912, S. 71; Tab. 99, 126 und 153).
Schul- u. Bildungswesen der Stadt Stettin. (Verw. B. f. 1911, Stettin 12, Tab. 67—70).
Jahresbericht d. städt. Kunstgewerbeschule der Stadt Straßburg f. d. Unterrichtsjahr 1910/11. [Beil. z. d. Stat. M. B. f. 1911, N. 2, S. 9—16].
— der Stadtbibliothek Straßburg f. 1911 [desgl., N. 9, S. 69—72].
— des städt. Konservatoriums für Musik in Straßburg f. 1910—1911 [desgl. Nr. 10, S. 73—84].
Studierenden, Die, der Universität Straßburg nach dem Beruf der Eltern. (Nachr. d. Stat. L. A. Elsaß-Lothr. 1911, 1.)

Unterricht u. Kirchen in Wiesbaden. (Stat. J.-B. f. 1909 u. 1910, S. 64—68, Tab. 100—111.)
Frequenz der Schulen im Oktober 1911. (Wilmersdorfer Bl. XIV. Jg. Nr. 3.)
— der Volksbibliotheken 1911. (Ebd. XIV. Jg., Nr. 1—3.)

Bildungswesen, das gewerbliche in Niederösterreich (Bericht über Industrie in Niederösterreich während d. Jahres 1911, Wien 1912, Abschn. XXII, S. 659—678).
Dlabac u. Gelcich, Das kommerzielle Bildungswesen in Österreich. (XII, 405 S.) Im Auftr. d. k. k. österr. Min. d. Kultus u. Unt. herausgegeben. Wien, Hölder. ℳ 10.80.
Jahrbuch, pädagogisches (für Österreich), 1911. 4. Jg. 1912. Herausg. von der Wiener päd. Ges. Geleitet von L. Scheuch (V, 192 S.) Wien, Pichler u. Sohn. ℳ 3.—.
— des höheren Unterrichtswesens in Österreich mit Einschluß der gewerblichen Fachschulen und der bedeutendsten Erziehungsanstalten. Bearbeitet von Rich. Wengraf. 25. Jg. 1911. (450 S.) Wien, Tempsky. ℳ 10.—.
Lehranstalten, die gewerblichen, Österreichs im Schuljahr 1909/10. (Stat. Monatsschr. 1911, 11.)
—, die land- u. forstwirtschaftlichen, in Österreich im Schuljahr 1909/10. Zusammengestellt im k. k. Ackerbau-Min. (53 S.) Wien, Hölder. ℳ —.40.
Lorenz, Die Reform der Mittelschulen in Österreich (Stat. Monatsschr. 1912, 7.)
Schubert, Österreichs Mittelschulen 1865—1906. Nach amtl. Quellen. (Ztschr. f. lateinlose höh. Sch. 1911, 7.)
Statistik der Unterrichtsanstalten in den i. R. v. Königreichen u. Ländern f. 1907/08. Bearb. v. d. k. k. statist. Zentralkommission. Österreichs Statistik, 91. Bd., II. H. (II, XLV, 230 S.) Wien, Gerold. ℳ 8.30.
Unterrichtswesen (Österreichisches Stat. Handb. 1910, Wien 1911, S. 52—92.)
Personal-Standesausweis (Schematismus) des deutschen Volksschulwesens in Böhmen. Stand vom 1. 1. 1912. VII. Jg. Herausg. v. deutschen Landeslehrerverein in Böhmen. Zusammengestellt von Frz. Ölkrug. (482 S.) Reichenberg, Seller. ℳ 4.50.
Unterrichtswesens des Herzogtums Bukowina 1908. (Mitt. d. Stat. L. A. XV. H., Czernowitz 1911, S. 28 bis 100.)
Bildung, allgemeine, Unterrichtswesen u. kirchliches Leben im Kgr. Ungarn 1910. (Ung. Statist. J. f. 1910, Budapest 1911, S. 313—421.)
Thirring G., Das Unterrichtswesen der Stadt Budapest im Jahre 1906/07. [Publik. d. Stat. Bür., Nr. 46.] Budapest 1911. (16 u. 72 S.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. ℳ 1.—
Unterrichtswesen in den größeren österreichischen Städten. (Österr. Städtebuch, XIII. Bd., Wien 1911.)
Bildungswesen der Stadt Wien 1910 (Stat. Jahrb. f. 1910,) Wien 1912, S. 374—513.
Unterricht in der Stadt Wien. (Die Gem.-Verw. f. 1910, S. 379—397.)
Unterrichtsstatistik; Aus der — der Stadt Wien. (Ztschr. f. Demogr. u. Statist. der Juden 1911, 7 u. 8.)
Berufsbildung, die kommerzielle, gewerbliche u. industrielle, in der Schweiz 1887—1908. (Stat. Jahrb. d. Schweiz 1911, S. 274—279.)
Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz 1910. 24. Jg. Bearb. mit Unterstützung des Bundes, herausg. v. Alb. Huber. (XII, 290 u. 343 S.) Zürich, Füßli. ℳ 7.—.
Kleinkinderschulen in der Schweiz 1907 u. 1908. (Stat. J. B. d. Schweiz 1911, S. 264.)
Prüfung, pädagogische, bei der Rekrutierung im Herbste 1910. Schweizerische Statistik 175. Lfg. (16 u. 20 S.) Bern, Francke. ℳ 1.50.
Volksschul- u. Mittelschulstatistik der Schweiz 1907 u. 1908. (Stat. Jahrb. d. Schweiz 1911, S. 265 bis 281.)
Zahl der Studenten und Zuhörer an den schweizerischen Universitäten im Sommer 1910. (Zeitschr. Schweiz. Stat. 1911, I. Bd., S. 158—161.)
Fortbildungsschulen, die gewerbl. u. kaufmänn., im Kanton Zürich 1910. (Schweiz. Lehrerzt. 1911, 45.)
Geschäftsbericht der Zentralschulpflege der Stadt Zürich 1911. (136 S.) Zürich 1912.
Schulpflichtige am 1. Mai 1911 in Zürich. (Jahreszusammenfassung d. Stat. A. f. 1910, Tab. 23.)

Kürstadt, O., Statistische Beleuchtung des italienischen Volksbildungswesens. (Schulst. Bl. 1911, 1.)

Rabinowitsch-Margolin, S., Zur Statistik der jüdischen Schulen in Rußland. (Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden 1911, 9.)

Bericht über den gemeinsamen Unterricht f. Knaben u. Mädchen in d. Vereinigten Staaten. (Die Frau, 1911, 3.)

Nachtrag.

Deutsches Reich.

Chatiau J. T., Der Deutsche Gewerbschul-Verband und sein Werk nach 25 Jahren. 1887—1912. Mit Beitr. von J. F. Ahrens. Bearb. im Auftr. des Verbandes. (369 S.) Leipzig, Seemann u. Co. ℳ. 4.—

Westermann Frdr., Die Entwicklung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in Deutschland. (VII, 246 S.) Karlsruhe, Braun 1912. ℳ 5.—

Kgr. Preußen, Schul- u. Wanderlehrwesen in d. Provinz Hannover (Jahresber. d. Landw.-Kammer 1911/12, S 62ff.).

Großh. Baden. Badische Schulstatistik. Die Hochschulen. Bearb. im Min. d. Kultus u. Unterrichts. Die Ergebnisse der stat. Ermittelungen aus d. 19. Jahrhundert bis mit Sommersem. 1910 (413 S.). Karlsruhe 1912.

Fragekasten.

R. M. Die Redensart von dem „amerikanischen" Wachstum der deutschen Städte ist sowohl in bezug auf die Bevölkerungszunahme einzelner Städte als auch auf die Vermehrung der Gesamtzahl der Großstädte nicht unberechtigt. Die Zahl der Städte mit 100 000 Einwohnern ist in den Vereinigten Staaten von 1870—1910 von 18 auf 50, im Deutschen Reich 1871—1910 von 9 auf 47 gestiegen, und der Zunahme der Bevölkerung etwa von Denver (Colorado) von 5000 auf 213 000 kann die Charlottenburgs von 19 000 auf 280 000 wohl zur Seite gestellt werden.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 9 4. Jahrgang Oktober–November 1912

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. Johannes Feig, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. Friedrich Schäfer, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Ergänzungshefte zum Deutschen Statistischen Zentralblatt.

Geeignete Arbeiten auf dem Gebiete der Statistik, die wegen ihres Umfangs im Rahmen des D. St. Z. nicht untergebracht werden können, werden als Ergänzungshefte veröffentlicht. Als 1. Ergänzungsheft erschien „Statistik der Zivilrechtspflege“ von Dr. jur. et phil. Max Rusch. Der Ladenpreis dieses Heftes, der M. 3.60 beträgt, ermäßigt sich für Abonnenten des D. St. Z. auf M. 2.40.

Als 2. Ergänzungsheft wird noch im Jahre 1912 „Handelsbetriebsstatistik“ von Dr. phil. A. Sigerus erscheinen.

Verlag und Redaktion.

Die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907 und ihre Literatur.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, Ständ. Mitarbeiter im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin. (Fortsetzung zu Nr. 5—8.)

IV.

Mit der Berufszählung, der die früheren Ausführungen gewidmet waren, war eine Zählung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe verbunden derart, daß das Zählpapier der Berufszählung, die Haushaltungsliste, bereits auf der letzten Seite Fragen nach einem etwa vorhandenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb aufwies. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die landwirtschaftlichen Betriebe.

Auf der letzten Seite der Haushaltungsliste war an land- und forstwirtschaftliche Eigentümer und Betriebsinhaber im Haupt- oder Nebenberuf folgende Frage gestellt:

„Wird von einem oder mehreren Mitgliedern der Haushaltung Landwirtschaft oder Forstwirtschaft betrieben, d. h. eine Bodenfläche, wenn auch von kleinstem Umfange, landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich — als Acker, Gartenland, Wiese, Weide, zum Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak- usw. Bau, als Wald- oder Holzland — bewirtschaftet? (Ja oder Nein!) . . .“

Wurde die Frage bejaht, so war eine Land- und Forstwirtschaftskarte auszufüllen; es war damit die Existenz eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs gegeben. Man hat im Sinne der oben wiedergegebenen Frage und im Sinne der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik überhaupt jede landwirtschaftliche Bewirtschaftung einer Bodenfläche, wenn auch kleinsten Umfanges, als landwirtschaftlichen Betrieb anzusehen. Es ist hervorzuheben, daß dieser Begriff des landwirtschaftlichen Betriebs mit sonst in der volkswirtschaftlichen Literatur üblichen Auffassungen nicht übereinstimmt. Man kann den landwirtschaftlichen Betrieb von seiner „technischen“ Seite her zu erfassen suchen und ihn als Inbegriff von Tätigkeiten, welche zur Gewinnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgeübt werden, definieren. Es sind von diesem Standpunkt aus auch Landwirtschaftsbetriebe ohne landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche möglich, z. B. Viehzüchtereien. Wie aus dem Tabellenwerk der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstatistik (vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Band 212, Teil 1a, S. 14*) hervorgeht, galten Viehzüchtereien ohne Land (soll wohl heißen ohne — im Sinne der Frage der Haushaltungsliste — landwirtschaftlich benutzte Fläche) tatsächlich als Landwirtschaftsbetriebe; die landwirtschaftliche Betriebszählung hat damit ihre eigne Begriffsbestimmung durchbrochen. Wenn man in wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen von dem Kampf zwischen landwirtschaftlichen Klein- und land-

wirtschaftlichen Großbetrieben spricht, so hat man wiederum eine andere Auffassung vom landwirtschaftlichen Betriebe vor Augen als die landwirtschaftliche Betriebszählung; man denkt an landwirtschaftliche Erwerbswirtschaften, also an Wirtschaftseinheiten, welche sich der Gewinnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse widmen zum Zwecke des Erwerbs. Damit ist ein viel engerer Begriff des Landwirtschaftbetriebs gegeben als der Begriff der Zählung. Keine landwirtschaftlichen Erwerbsbetriebe aber landwirtschaftliche Betriebe im Sinne der Zählung sind einmal zahllose Betriebe von „Nebenherlandwirten", wie sie Losch nennt, also von Personen mit landwirtschaftlichem Nebenberuf, aber nichtlandwirtschaftlichem Hauptberuf; man denke an die landwirtschaftlichen Betriebe industrieller Arbeiter, kleiner Beamten usw., an die landwirtschaftlichen Betriebe landwirtschaftlicher Tagelöhner. Für diese Personen ist der landwirtschaftliche Nebenbetrieb in sehr vielen Fällen keine oder eine nur spärlich fließende Quelle des Erwerbs; die gewonnenen Erzeugnisse dienen dem eigenen Lebensunterhalt. Keine landwirtschaftlichen Erwerbsbetriebe sind ferner die wiederum sehr zahlreichen Betriebe von Nichtlandwirten in der Ausdrucksweise von Losch, also der Gemüsegarten des Pfarrers oder Lehrers, die Lauben der Großstädter usw. Es mag hier schon betont werden, daß eine Erfassung der Betriebe unter dem Gesichtspunkt des Erwerbs dem Statistiker große Schwierigkeiten darböte; schon die Festsetzung des Quantums landwirtschaftlicher Erzeugnisse, welche zum Verkauf abgesetzt werden müssen, damit der landwirtschaftliche Betrieb ein Erwerbsbetrieb ist, würde auf Schwierigkeiten stoßen. Man hat versucht, die landwirtschaftlichen Erwerbsbetriebe besonders zu fassen oder wenigstens die Betriebe, welche nach menschlichem Ermessen keine Erwerbsbetriebe darstellen, unberücksichtigt zu lassen. So ist der Vorschlag aufgetaucht, Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von unter ½ ha nicht zu zählen. Bei der schweizerischen Betriebszählung vom Jahre 1905 wurden tatsächlich alle Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von weniger als ½ ha von der Zählung ausgeschlossen. Wie in der Bearbeitung dieser Zählung (vgl. Schweizerische Statistik. 168. Lief. Bern 1910. S. 5* ff.) ausgeführt ist, machte man damit jedoch schlechte Erfahrungen. Wieder andere wollen nur die Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von über 2 ha berücksichtigen.

Alle diese Abgrenzungen sind schematisch. Es gibt landwirtschaftliche Erwerbswirtschaften mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von unter 2 ha (Weinbaubetriebe, Forstbetriebe mit kleiner landwirtschaftlich benutzter Fläche); anderseits gibt es Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von über 2 ha, welche keine Erwerbswirtschaften sind. Immerhin dürfte für die in der Wissenschaft und Praxis diskutierten Probleme, welche die Bedeutung und Konkurrenzfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zum Gegenstand haben, die Ausscheidung aller Betriebe unter 2 ha als unselbständige Parzellenbetriebe gerechtfertigt sein (vgl. auch Serings Artikel „Ländlicher Grundbesitz" in Elsters „Wörterbuch der Volkswirtschaft").

Nach diesen Erörterungen über den Grundbegriff der landwirtschaftlichen Betriebszählung sei nunmehr das Zählpapier selbst, also die Land- und Forstwirtschaftskarte, sowie die Aufbereitung der Zählung behandelt. Vergleicht man zunächst die Landwirtschaftskarte des Jahres 1907 mit der vom Jahre 1895, so weist die Karte des Jahres 1907 die Frage nach den land-(forst-)wirtschaftlich beschäftigten Personen neu auf. Während ferner 1895 die landwirtschaftlich benutzte Fläche in einer Zahl erfragt worden war, wurde sie 1907 in eingehender Gliederung erfragt. Von anderen weniger bedeutsamen Unterschieden sei nur noch hervorgehoben, daß der eingehenden Frage nach den landwirtschaftlichen Nebenerwerben des Jahres 1907 nur eine ziemlich summarisch gehaltene Frage mit teilweise anderer Fassung im Jahre 1895 entsprach.

Die Landwirtschaftskarte des Jahres 1907 hat sich im allgemeinen bewährt. Was die neu eingefügte Frage nach dem Personal betrifft, so ergab hier im einzelnen die Frage nach der Höchstzahl der beschäftigten Personen allerdings fast durchweg ungenügende Resultate. Bei der Frage nach den landwirtschaftlichen Maschinen erwies sich das Vorgehen, die Angabe der einzelnen Maschinen von den Landwirten zu verlangen, als wenig zweckmäßig; es empfiehlt sich daher für später, die einzelnen Maschinenarten in der Frage namentlich aufzuführen, wie dies auch im Jahre 1895 geschah.

Einige Betrachtungen über die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik seien hier beigefügt. Die Haupttabelle der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik Tabelle 1 in Band 212 der „Statistik des Deutschen Reichs" legt die landwirtschaftlichen Betriebe nach Zahl und Fläche dar; sie zerfällt in zwei Teiltabellen, deren erste vor allem dem Besitzverhältnis und deren zweite der Bodenbenutzung gewidmet ist. Zum erstenmal wurden 1907 für das Reich die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Gliederung nach Haupt- und Nebenbetrieben[1]) wiedergegeben; für 1895 fehlt diese Gliederung und damit eine wichtige Vergleichsmöglichkeit. Wie es nach den vorhin aufgeführten Bestimmungen über den Begriff des landwirtschaftlichen Betriebes nicht anders sein kann, ist die Zahl der „Betriebe" mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von unter 0,5 ha sehr hoch: 2 084 060 oder 36,3 v. H. aller Betriebe; auf die nächste Größenklasse (0,5 bis unter 2 ha) entfallen 1 294 449 oder 22,6 v. H. aller Betriebe. Aus den vorliegenden Erfahrungen geht unzweifelhaft hervor, daß vor allem die kleinsten Betriebe von den einzelnen aufbereitenden Stellen verschieden behandelt wurden; mit anderen Worten, es bestand vielfach keine einheitliche Auffassung darüber, was als ein Betrieb anzusehen war und was nicht mehr als Betrieb in Betracht kam. W. Böhmert hat dafür in seinen Aufsätzen im „Arbeiterfreund" (48. Jahrgang, S. 35ff.) auf Grund der Zahl der Landwirtschaftskarten, die für eine Reihe von Großstädten ausgestellt wurden, Belege beigebracht. Im einzelnen ist natürlich an der Hand der im Band 212 veröffentlichten Tabelle

1) Preußen führte bereits 1895 für Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von über 0,5 ha diese Gliederung durch.



der Nachweis einer verschiedenartigen Behandlung kaum zu führen, da in den großen Zahlen die Einzelheiten verschwunden sind. Nur an einigen Stellen lassen sich gewisse Eigentümlichkeiten feststellen. So wurden beispielsweise nach Tabelle 1, Teil 2 für das Reich im ganzen 1361 landwirtschaftliche Betriebe, deren jeder eine landwirtschaftlich benutzte Fläche von unter 0,1 Ar, also unter 10 qm (!), umfaßte, ermittelt; die Gesamtfläche dieser Betriebe belief sich jedoch auf 3241 ha, davon waren 3105 ha forstwirtschaftlich benutzt. Geht man auf die Nachweisungen ein, die für die Bundesstaaten gegeben sind, so zeigt sich, daß auf das Königreich Sachsen 181 Betriebe unter 0,1 Ar entfallen. Diese Betriebe, welche wie alle anderen Getriebe der Größenklasse zugeteilt wurden, der ihre landwirtschaftlich benutzte Fläche entsprach, umfaßten eine Gesamtfläche von 3239 ha; davon waren 3104 ha forstwirtschaftlich benutzt. Es ergibt sich daraus eine Eigenart des sächsischen Aufbereitungsverfahrens; Sachsen hat als beinah der einzige unter den deutschen Staaten große forstwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von unter 10 qm ermittelt. Es soll hier nicht die Berechtigung dieser Auffassung untersucht werden; es muß aber zugegeben werden, daß es sich hier um eine dem Königreich Sachsen eigentümliche Aufbereitungsmethode[1]) handelt, die von anderen Bundesstaaten (vgl. vor allem die entsprechenden Verhältnisse in Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Mecklenburg usw.) nicht befolgt wurden.

Es sei hier auf eine Besonderheit des Aufbereitungsverfahrens der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik hingewiesen, die nicht ohne weiteres verständlich ist. Das ist die Behandlung der Forstwirtschaftsbetriebe als landwirtschaftliche Betriebe, wenn sie nur eine ganz kleine landwirtschaftlich benutzte Fläche, also etwa eine kleine Wiese mit umfassen. Es wird sich in Zukunft wohl empfehlen, solche Forstwirtschaftsbetriebe nicht zu den landwirtschaftlichen Betrieben zu rechnen. Das gekennzeichnete Aufbereitungsverfahren hatte auf jeden Fall zur Folge, daß zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe, darunter auch Hauptbetriebe, mit ganz kleiner landwirtschaftlich benutzter Fläche und einer sehr großen Gesamtfläche geschaffen wurde.

Man hat überhaupt der landwirtschaftlichen Betriebszählung zum Vorwurf gemacht (vgl. unter anderem den Aufsatz von J. Piletzky in der Wochenschrift „Die Neue Zeit", 30. Jahrgang, Band 1, S. 275 ff.), daß sie im Jahre 1907 Betriebe aus dem Boden gestampft habe. Tatsächlich stieg die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von unter 0,5 ha von 1 852 917 im Jahre 1895 auf 2 084 060 im Jahre 1907, also um 12,5 v. H., eine Spannung, wie sie sich für keine andere Größenklasse ergibt. Von einer künstlichen Erzeugung von Landwirtschaftsbetrieben kann nicht gesprochen werden; die bereits 1895 bestehenden Bestimmungen (vor allem die eingangs aufgeführte Frage der Haushaltungsliste) wurden jedoch 1907 schärfer durchgeführt, nachdem die Frage der Erfassung der kleinsten Betriebe auf den Konferenzen der Statistiker eingehend besprochen war. „Tausende, ja Hunderttausende solcher Miniaturbetriebe, die früheren Betriebszählungen entgangen waren, wurden nunmehr auch wirklich festgestellt" (W. Böhmert im „Arbeiterfreund", 48. Jahrgang, S. 17, wo auch darauf hingewiesen wird, daß insbesondere die Hansestädte für eine Ausschließung der sogenannten Laubenkolonisten aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik eintraten). Setzt man aber einmal landwirtschaftlichen Betrieb gleich landwirtschaftlich benutzter Bodenfläche und will man anderseits den Anbau in seiner verschiedenen Gestaltung vollständig kennen lernen, so muß auch die ganze landwirtschaftlich, namentlich aber auch die gärtnerisch benutzte Fläche herangezogen werden (vgl. dazu auch Losch in den Württemb. Jahrbüchern f. Statistik u. Landeskunde, Jahrg. 1911, 1. H. S. 128).

Wie bereits erwähnt, hat die landwirtschaftliche Betriebsstatistik des Jahres 1907 bereits durch Unterscheidung von Haupt- und Nebenbetrieben ein Ausscheiden von Betrieben, die als Betriebe von eigentlichen Landwirten nicht in Betracht kommen, möglich gemacht. In der Größenklasse von unter 0,5 ha waren unter 2 084 060 Betrieben 89 166 Haupt- und 1 994 894 Nebenbetriebe; unter 100 Betrieben waren also 4,3 Haupt- und 95,7 Nebenbetriebe. In der Größenklasse von 0,5 bis 2 ha waren unter 1 294 449 Betrieben 369 224 Haupt- und 925 225 Nebenbetriebe; von 100 Betrieben waren 28,5 Haupt- und 71,5 Nebenbetriebe. Sofort fällt die ungeheure Zahl der Nebenbetriebe ins Auge. Es bleibt allerdings noch eine stattliche Zahl von Hauptbetrieben unter 2 ha zurück; darunter sind jedoch zahlreiche Forstbetriebe mit geringer Wiesenfläche, Gartenland, Ackerland usw.; Betriebe landwirtschaftlicher Tagelöhner, die ihren kleinen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb als Hauptbetrieb angegeben haben. Für 1895 liegt, wie bereits erwähnt, eine solche Unterscheidung nach Haupt- und Nebenbetrieben nicht vor. Um dennoch für die eigentlichen Landwirtschaftsbetriebe einen Vergleich mit dem Jahre 1895 durchführen zu können, ist es zweckmäßig, die Tabelle 9 der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, welche die Inhaber und sonstigen Betriebsleiter der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrem Hauptberuf angibt, eine Tabelle, die auch 1895 aufbereitet wurde, heranzuziehen. Stellt man auf Grund dieser Tabelle die selbständigen Landwirte der beiden Zähljahre einander gegenüber, so ergeben sich für die einzelnen Größenklassen vielfach erheblich andere und für viele Probleme richtigere Zahlen, als wenn man die Betriebe (ohne Unterscheidung von Haupt- und Nebenbetrieben) einander gegenüberstellt; leider wird, soweit ich gesehen habe, diese Gegenüberstellung der selbständigen Landwirte nur sehr selten vorgenommen.

Die zweite Teiltabelle der für die landwirtschaftliche Betriebsstatistik grundlegenden Tabelle 1 behandelt ausführlich die Bodenbenutzung, gliedert also die landwirtschaftlich benutzte Fläche und die übrige Fläche weiter auf. Auffallend waren mir hier die gewaltigen Unterschiede, die

1) Der Unterschied ist vielleicht weniger durch die Aufbereitung, als durch die genauere Befolgung der Zählungsvorschriften (siehe Sp. 249) durch die Forstverwaltungen verursacht. *E. W.*

sich zwischen der Betriebsstatistik des Jahres 1907 und der Statistik der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung des Jahres 1900 ergeben. Die Fläche des Ackerlandes und des Gartenlandes belief sich nach der Statistik der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung auf 26 257 313 ha (25 774 525 ha Ackerland und 482 787 ha Gartenland), nach der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik des Jahres 1907 auf 24 914 070 ha (24 432 354 ha Ackerland und 481 716 ha Gartenland). Der Unterschied beträgt 1 343 243 ha, also eine Fläche größer als Mecklenburg-Schwerin und beinah so groß als Elsaß-Lothringen. Woher kommen diese gewaltigen Unterschiede, welche Zahlen sind die „richtigeren"? Abgesehen von einem nachher zu erwähnenden Aufsatze des hessischen Statistikers Knöpfel, der allerdings die Anbaustatistik mit der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vergleicht, habe ich zur Erklärung der gewaltigen Unterschiede[1]) keinen Hinweis gefunden. Die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche nach beiden Statistiken zu vergleichen, ist nicht möglich, da die Statistik der Bodenbenutzung den von der Betriebsstatistik getroffenen Unterschied zwischen reichen Weiden einerseits und geringeren Weiden und Hütungen anderseits nicht macht, die Gesamtfläche der geringeren Weiden und Hutungen aber nach der Betriebsstatistik überhaupt nicht zu ermitteln ist[2]).

Weitere Einzelheiten über die landwirtschaftliche Betriebsstatistik werden noch bei der Besprechung der Literatur berührt. Diese Besprechung wird sich, wie bei der Berufsstatistik, nur auf die wichtigsten Darstellungen der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik beschränken; es werden beispielsweise die in den verschiedenen statistischen Jahrbüchern wiedergegebenen Tabellen zur landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, die gewöhnlich noch auf kleinere Verwaltungseinheiten zurückgehen, als die Reichsstatistik es tut, und daher sehr wertvoll sind, nicht behandelt.

Von den Veröffentlichungen der Einzelstaaten zur landwirtschaftlichen Betriebsstatistik seien zunächst die Arbeiten des Preußischen Statist. Landesamts behandelt. Aus den bereits bei der Berufszählung berichteten „Erfahrungen und Beobachtungen", die im 49. Jahrgang der Zeitschrift des Landesamts dargelegt sind, sei hervorgehoben, daß auch nach der Darstellung des Preußischen Landesamts mit der Frage nach der Höchstzahl des Personals schlechte Erfahrungen gemacht wurden. Ferner betont das Landesamt, daß sich die Behandlung der Familienangehörigen in der Landwirtschaftskarte in mehreren Beziehungen als reformbedürftig erwiesen habe, ohne allerdings näher auf Einzelheiten einzugehen. Aus den Berichten der Behörden, welche ihre Erfahrungen dem Landesamt übermittelten, sei hervorgehoben, daß sich nach den Berichten aus zahlreichen Bezirken die kleineren Grundbesitzer häufig weder über die Größe ihres Besitzes noch über die Fläche der Kulturarten bzw. des Anbaues der einzelnen Fruchtarten genau unterrichtet gezeigt haben. In einem Bezirk wird auch die Steuerfurcht als Ursache unrichtiger Größenangaben angesehen.

Das Preuß. Statist. Landesamt hat ferner in einer Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz" vom 3. März 1909 die Hauptergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung in Preußen für die Jahre 1895 und 1907 dargelegt. Wie früher schon betont wurde, hat Preußen bereits 1895 die landwirtschaftlichen Betriebe in der Gliederung nach Haupt- und Nebenbetrieben dargestellt; die Vergleichung dieser Hauptbetriebe mit denen des Jahres 1907 ist daher besonders bemerkenswert. Einige besondere formalstatistische Gesichtspunkte, die für die Beurteilung der Ergebnisse von Bedeutung sind, sind bereits in dieser kurzen Darstellung aufgeführt. Umfassend und ausführlich hat der verdiente Bearbeiter der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik Preußens, Professor Dr. A. Petersilie, diese Gesichtspunkte in dem im 51. Jahrgang der Zeitschrift des Statist. Landesamts wiedergegebenen Aufsatz über „Eigenland und Pachtland in der Landwirtschaft Preußens, 1895 und 1907" geschildert. Neben der Wiedergabe der für das Problem Eigenland- und Pachtland-Bewirtschaftung maßgebenden Zahlen hat der Verfasser, dem eine große Erfahrung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zur Verfügung steht, versucht, die sachlichen Entwicklungsvorgänge für die Verschiebung der Eigenland- und Pachtlandbewirtschaftung aufzustellen. Im 52 Jahrgang der Zeitschr. des Landesamts hat wiederum Professor Dr. Petersilie für die Frage der „Verbreitung der landwirtschaftlichen Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe Preußens über das Staatsgebiet" umfangreiches Zahlenmaterial beigebracht. Die nach Betriebsgrößenklassen gegliederte Darstellung der wichtigsten betriebsstatistischen Angaben geht bis auf die kleinen Verwaltungsbezirke (Kreise) zurück. Die Arbeit wird eingeleitet durch eine Darlegung des Unterschiedes zwischen Betriebsstatistik und Grundeigentumsstatistik. Dankenswert ist auch die der Arbeit beigefügte Zusammenstellung der bisher im Druck erschienenen Aufsätze und Übersichten aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik Preußens von 1907.

Für Bayern hat Dr. H. Schmelzle die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung in Heft 81 der Beiträge zur Stat. des Kgr. Bayern bearbeitet. Schmelzle hat mit seinem Band eine ausgezeichnete Bearbeitung der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik geliefert. Er hat zunächst die zahlreichen für die landwirtschaftliche Betriebsstatistik in Betracht kommenden formalstatistischen Probleme eingehend beleuchtet, hat verschiedentlich gute Einblicke in die Aufbereitung des Zahlenmaterials gegeben und hat die Ergebnisse der Zählung selbst unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen Bedeutung gut dargestellt. Der Verfasser verfügt, wie bereits seine bekannte Kritik der Brentanoschen Arbeit über die Getreidezölle (im Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern) erwiesen hat, über eine umfassende Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse und besitzt, wie der vorliegende Band beweist, eine gründliche Belesenheit. Diese Eigenschaften befähigten ihn, die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik mit den Ergebnissen anderer Erhebungen zu einem umfasseuden Bilde zu verbinden. Ich denke dabei an die geschickte Kombination der Ergebnisse mit denjenigen der Berufsstatistik, der Produktionsstatistik, der Viehzählungen, Fideikommißstatistik usw. Dadurch, daß in der Arbeit auch die Ergebnisse der Betriebsstatistik der wichtigsten Bundesstaaten und des Reichs herangezogen werden, hat der Band auch bezüglich der Ergebnisse über Bayern hinaus Bedeutung. Aus den methodologischen Ausführungen Schmelzles möchte ich diejenigen über das landwirtschaftliche Personal und zwar im besonderen über die mithelfenden Familienangehörigen besonders herausgreifen; die Ausführungen stützen sich zwar auf die Zahlen der Berufsstatistik, sie sind aber am besten hier zu behandeln. Für die Mehr-

1) Die Zahlen der Statistik der Bodenbenutzung sind durchweg für Ackerland und Gartenland bedeutend höher als die Zahlen der Betriebsstatistik; eine Ausnahme macht die Fläche des Gartenlandes für Preußen.

2) Der Grund dafür liegt darin, daß die geringeren Weiden und Hutungen und dasselbe gilt für das Öd- und Unland sowie die sonstige Fläche der reinen forstwirtschaftlichen Betriebe (forstwirtschaftliche Betriebe ohne landwirtschaftlich benutzte Fläche) aus der ungenügend gegliederten Tabelle 11 der Landwirtschaftsstatistik nicht ermittelt werden kann.

zahl der deutschen Bundesstaaten (außer Bayern, Sachsen-Meiningen, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz) hatte sich von 1882 auf 1895 eine wenn auch häufig schwache Zunahme der mithelfenden Familienangehörigen ergeben; von 1895 auf 1907 hingegen machte sich fast überall (unter anderem auch in besonders hohem Grade in Bayern) eine starke, man kann sagen unnatürlich starke Zunahme geltend. Ja, man hat diese letztere Tatsache gelegentlich auf den Einfluß der „Junker" zurückgeführt (vgl. den bereits erwähnten Aufsatz von J. Piletzky in der „Neuen Zeit"). W. Böhmert hat in seinen bereits erwähnten Aufsätzen im „Arbeiterfreund" 48. Jahrgang, S. 3 ff. die formalstatistischen Gründe dieser starken Zunahme eingehend dargelegt; es seien hier nur die sorgfältiger abgefaßten Zählpapiere und die genaueren Instruktionen der Zählorgane erwähnt, die es zu einem großen Teil erklärlich machen, daß 1907 zahllose Familienangehörigen nicht mehr als Angehörige, sondern als Erwerbstätige in der Landwirtschaft gezählt wurden. Schmelzle faßt nun in seinen Ausführungen das Problem von der andern Seite an und legt dar (vgl. S. 87*ff.), daß in Bayern 1895 im Gegensatz zu 1907 und sogar auch zu 1882 die Familienangehörigen in viel zu geringem Umfang als gewerbstätig gezählt wurden.

Sachsen hat außer den in der Zeitschrift des Landesamtes (Jahrgang 1910, 2. Heft) mitgeteilten Übersichten im zweiten Band der „Statistischen Beiträge zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie des Königreichs Sachsen" der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik sechs Übersichten gewidmet. Die Mehrzahl dieser Übersichten legt die Kreishauptmannschaften, zwei andere die kleineren Verwaltungsbezirke zugrunde. Die Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe in Größenklassen geht weiter ins einzelne als vom Bundesrat vorgeschrieben. Es werden auch die Betriebe mit 5—7 und 7—10 ha sowie die mit 20—30, 30—40, 40—50, 50—70, 70—100, endlich die mit 200—300, 300—400, 400—500 ha unterschieden (Z. B. Zeitschr. d. A. S. St. 20, 1910, S. 212.)

Für Württemberg hat Losch in seinem bereits erwähnten Aufsatz in den Württemberg. Jahrbüchern über „Die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau der Bevölkerung Württembergs" besonders eingehend und sachkundig die Württembergische Landwirtschaft behandelt. Wie bereits erwähnt, wird diese Arbeit erst später besprochen werden.

Hessen hat den 60. Band, 3. Heft der „Beiträge zur Stat. des Grh. Hessen" der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik gewidmet und gibt hier für die Kreise und Provinzen des Großherzogtums die landwirtschaftlichen Betriebe wieder. Als besonders dankenswerte Gabe der Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik ist das von Knöpfel und Meller bearbeitete landwirtschaftliche Gemeindelexikon zu erwähnen. In diesem Lexikon ist für jede Gemeinde die Gesamtbevölkerung sowie die landwirtschaftliche Bevölkerung der Jahre 1861 und 1907, die Zu- oder Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 1861 auf 1907, die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf 100 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche 1861 und 1907 entfällt, wiedergegeben. Für das Jahr 1907 ist die landwirtschaftliche Bevölkerung mit nichtlandwirtschaftlichem Nebenberuf, die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mit Nebenberuf in der Landwirtschaft sowie die Verbandsangehörigen der Landwirtschaftskammer aufgeführt. Es folgt für jede Gemeinde die Zahl des Rindviehs und der Schweine 1883 und 1907, die Zahl der Obstbäume für 1904. Nach dem Stande des Jahres 1907 ist für jede Gemeinde der Umfang des Ackerlandes, der Wiesen und Weinberge sowie die Zahl der Betriebe und Hauptbetriebe nach sechs Größenklassen wiedergegeben. Es ist zu hoffen, daß die Zentralstelle mit der Herausgabe dieses nützlichen Gemeindelexikons ihre Zwecke erreicht, nämlich die Unterlagen zu Einzelforschungen zu geben sowie zu Lokalforschungen anzuregen. Endlich sei noch eine Arbeit von Knöpfel erwähnt, die in der „Hessischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift" 1911 Nr. 50 und 51 erschien, mit dem Titel: Wie sollen die Erhebungen über die Bodenbenutzung und den Anbau vorgenommen werden? Die Arbeit enthält einen Vergleich des landwirtschaftlichen Anbaus nach der Betriebszählung 1907 mit der jährlichen Anbauerhebung 1907 für die einzelnen Kreise. Knöpfel hält die Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik für die richtigen; nach seinen Zusammenstellungen hat die jährliche Anbauerhebung die angebaute Fläche fast aller Feldfrüchte wesentlich überschätzt. Er schlägt vor, die alljährlichen Anbauerhebungen fallen zu lassen, dafür die große Bodenbenutzungserhebung in nicht zu langen Zwischenräumen, vielleicht alle fünf Jahre, zu wiederholen, und zwar auf Grund von Befragung der Betriebsleiter.

(Fortsetzung folgt.)

Neues aus der statistischen Literatur.

I. Bevölkerungsstand.

Ergebnisse der Volkszählung 1910 in Österreich.[1]) Mit den „Summarischen Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern" (bearbeitet vom Bureau der k. k. Statistischen Zentralkommission) wird eine neue Folge der Österreichischen Statistik in etwas verkleinertem Formate, gleich der Statistik des Deutschen Reiches, eröffnet. Die „Summarischen Ergebnisse" haben methodisch einen anderen Ursprung als die „Vorläufigen Ergebnisse" und die später erscheinenden Hefte mit den einzelnen Erhebungsgegenständen und Kombinationen, die aus der zentralisierten Bearbeitung hervorgegangen sind. Die „Vorläufigen Ergebnisse" sind bereits ein Vierteljahr nach dem Zählungsstichtage erschienen als Zusammenfassung der kurzen, 3 Hauptzahlen enthaltenden Berichte, deren Prüfung nicht möglich ist.

Die „Summarischen Ergebnisse" sind der einzige Rest der für die Zählungsjahre 1869 und 1880 allein vorhandenen dezentralisierten Bearbeitung, d. h. Zusammenstellung durch die Gemeinden und politischen Bezirksbehörden nach den mit der Volkszählungsverordnung anbefohlenen Vordrucken. Sie unterliegen einer Prüfung nur in bezug auf die Ziffernübereinstimmung und die aufsteigende territoriale Gliederung: Ortsübersichten, Gemeindeübersichten, Bezirksübersichten. Seit dem Jahre 1890 ist das Anwendungsgebiet dieser dezentralisierten Bearbeitung tatsächlich immer weiter eingeschränkt worden, so daß das nun erschienene Heft weniger enthalten würde als das entsprechende vor 10 Jahren, wenn nicht eine Tabelle über die Größengruppen der Ortschaften aufgenommen worden wäre, welche für 1900 erst in einem späteren Hefte enthalten war.

Die Ursache der allmählichen Einschränkung der dezentralisierten Bearbeitungsmethode ist der Mangel statistisch geschulter Hilfskräfte bei den Gemeinden und politischen Bezirksbehörden. Bei der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 sind die Ortsübersichten so eingerichtet worden, daß

1) Siehe auch den Leitartikel im D. St. Z. 1911, Nr. 7. *Red.*

sie für jedes Haus eine Zeile enthalten, also Hilfstabellen ganz entbehrlich machen, soweit mit Aufnahmsbogen gezählt wird. Nur in den größeren Gemeinden, wo mit Anzeigezetteln, je für eine Wohnung, gezählt wird, sind die Zahlen der einzelnen Wohnungen erst zu summieren, bevor die Ziffern für jedes Haus in die Ortsübersichten eingetragen werden können. Dazu ist aber auch kein anderes Hilfsmittel als etwa ein zweiter Ortsübersichtsvordruck nötig. Wie schon aus dem Entstehungswege begreiflich, enthalten die „Summarischen Ergebnisse" keine Kombinationen, wohl aber Vergleiche mit den Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung in dem Jahrzehnt seit der vorletzten Zählung, dann verschiedene Verhältniszahlen, sowohl für die Bevölkerung der einzelnen Gerichtsbezirke nach Geschlecht, Religionsbekenntnis und Umgangssprache, als auch für ganze Länder und ausgewählte kleinere Gebiete.

Die Gesamtbevölkerung Österreichs beträgt nach der letzten Zählung 28 571 934, um 2 421 226 oder 9,26 von 100 mehr als 1900. Die Zunahme hat etwas nachgelassen gegenüber dem vorausgegangenen Jahrzehnt mit 9,44 von 100. Die Zunahme ist am größten in den Alpen- und Karstländern mit Ausnahme von Niederösterreich und Dalmatien, sie hat stark nachgelassen außer Dalmatien in der Bukowina, Niederösterreich, dann auch in Böhmen, Schlesien und Galizien. Im allgemeinen ist also eine Verschiebung des Bevölkerungsschwerpunktes von Norden nach Süden zu bemerken, dann eine Abschwächung der Bevölkerungszunahme in den Hauptindustrieländern und in den östlichen Ländern, die bei ihrem Mangel an Industrie den Überschuß der natürlichen Volksvermehrung durch Auswanderung abgeben müssen. Auch das militärische Schwergewicht ist im letzten Jahrzehnt von Norden nach Süden verschoben worden. Der Süden ist auch noch aufnahmsfähiger, denn die Bevölkerung ist in den nördlichen Ländern bisher schon am dichtesten. Mehr als $^1/_3$ der Bezirke Böhmens, $^1/_6$ der Bezirke Mährens und Schlesiens, haben über 140 Einwohner auf 1 qkm.

Die tatsächliche Vermehrung der Bevölkerung ist trotz des erwähnten Nachlassens noch bedeutend höher als im Jahrzehnt 1881/1890 mit 7,90. Wenn man die Zunahme in ihre beiden Bestandteile auflöst, so zeigt sich, daß die Bevölkerung Österreichs durch natürliche Bewegung in den 80er Jahren um 8,81, in den 90er Jahren um 11,11 und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts um 11,87 zugenommen hat, also eine neuerlich abgeschwächte aber immer noch andauernde Steigerung. Die Wanderungsbilanz ist dagegen in immer steigendem Maße passiv, sie betrug in den 3 Jahrzehnten −0,90, −1,67 und −2,61. Einen Wanderungsgewinn hat die Stadt Triest, Niederösterreich durch die Reichshauptstadt Wien, dann Salzburg, Tirol und Voralberg, dieselben Länder also wie im vorigen Jahrzehnte. Den größten Wanderungsverlust hat Krain mit 6,68 und Galizien mit 6,67 von 100.

Das Verhältnis der beiden Geschlechter ist im Staatsdurchschnitt fast gleich geblieben, auf 1000 männliche 1036 weibliche Einwohner gegen 1035 vor 10 Jahren. In einigen Ländern aber sind auffallende Verschiebungen aufgetreten; so hat sich der Frauenüberschuß in Niederösterreich von 1034 auf 1046 erhöht, in Galizien von 1022 auf 1038; in der Bukowina hat sich der Männerüberschuß in einen Frauenüberschuß verwandelt, 986 gegen 1021, in Dalmatien ist aus dem Männerüberschuß eine Gleichheit geworden. Umgekehrt hat sich in Salzburg, Kärnten und Tirol der Frauenüberschuß in einen Männerüberschuß verwandelt, in Istrien und Görz- Gradisca der Männerüberschuß vergrößert.

Unter den Religionsbekenntnissen steht in Österreich die römisch-katholische Kirche an der Spitze mit 788 von 1000 Einwohnern; der Anteil hat ebenso wie in den früheren Jahrzehnten wieder etwas abgenommen. Auch der Anteil der griechisch-katholischen Kirche mit 119, der Israeliten mit fast 46 und der Lippowaner (Russen in der Bukowina) hat wieder abgenommen. Dagegen ist der Anteil der Evangelischen Augsburger Bekenntnisses von 14 auf $15^1/_2$ von 1000 gestiegen, um Bruchteile auch die Verhältniszahlen der kleineren Konfessionen und der Konfessionslosen.

Die Zählung der österreichischen Staatsbürger nach der Umgangssprache zieht immer die öffentliche Aufmerksamkeit am meisten an sich; denn sie bildet das einzige Merkmal für die Beurteilung der nationalen Zusammensetzung des so gemischtsprachigen Staates. Zugenommen hat die Bevölkerung aller Sprachen, aber in verschiedenem Grade. Die 275 115 Rumänen, meist in der Bukowina, haben die größte Zunahme, 19,12 von 100, dann folgen die 4 967 984 Polen mit 16,64, die 10 974 Magyaren, auch meist in der Bukowina, mit 15,32 und die 783 334 Serben und Kroaten mit 10,11. Zunächst unter dem Staatsdurchschnitte stehen die beiden zahlreichsten Völker, die 9 950 266 Deutschen mit 8,50 und die 6 435 983 Tschechen (darunter auch Mährer und Slowaken) mit 8,07. Sehr geringe Zunahme hatten die 768 422 Italiener (darunter sind auch die Ladiner in Tirol eingerechnet) mit 5,68 gegen 7,67 im vorigen Jahrzehnt, die 1 252 940 Slowenen mit 5,04 gegen 1,37 und die 3 518 854 Ruthenen mit 4,24 gegen 8,71. Die letztere Zahl im Vergleiche mit der auffallend großen Zunahme der Polen zeigt deutlich, daß bei Einbekennung der Umgangssprache der Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Übermacht die natürlichen Vermehrungsverhältnisse nicht zum Ausdruck kommen läßt. Die letzte Zählung liefert also wieder einen Beweis dafür, daß eine andere Sprachen- oder Nationalitätenerhebung außer der Volkszählung notwendig wäre, um die Zählung ihrer Rolle als Schauplatz des Kampfes oder Kampfmittels zu entheben. Über die Notwendigkeit, aus Verwaltungsgründen die Umgangssprachenverteilung zu kennen, ist kein Wort zu verlieren, aber daneben bietet der vielsprachige Staat Österreich noch so viel dunkle Teile der Sprachen- und Völkermischung, daß die Statistik berufen wäre, Licht und Klarheit über die Kampfgegenstände zu verbreiten und damit einen Teil der Leidenschaften zu zähmen. *W. Hecke.*

Familienstatistik der Stadt Zürich. Als Nr. 12 der „Statistik der Stadt Zürich" veröffentlichen



Dr. H. Thomann u. Dr. W. Feld einen an die 13. Session des Internationalen Statistischen Instituts (Haag, 1911) erstatteten Bericht über „Die Familienstatistik der Stadt Zürich", der sich auch mit den einschlägigen methodischen Fragen befaßt. Im Statistischen Jahrbuche der Stadt Zürich auf das Jahr 1909 sind einige erste Ergebnisse mitgeteilt aus einer umfangreichen Untersuchung über die Kinderzahl der in den Jahren 1905 bis 1909 durch den Tod gelösten Züricher Ehen. Die Verarbeitung, die in mehrfachen Beziehungen über den Rahmen der bisherigen ähnlichen Arbeiten hinausgeht bezw. neue Wege einschlägt, erforderte eine vorherige gründliche Orientierung über die methodischen Fragen der Familienstatistik. Die Ergebnisse dieser Erwägungen, sowie einiger bisherigen Auszählungen wurden zu einem Berichte zusammengefaßt, den die Verfasser der letztjährigen Tagung des Internationalen Statistischen Instituts vorlegten, das bei früheren Zusammenkünften wiederholt über die Fragen der Familienstatistik verhandelt hat.

Das Material der Züricher Familienstatistik wird derart gewonnen, daß anläßlich jedes zur amtlichen Kenntnis gelangenden Sterbefalles einer verheirateten oder verwitweten Person der Züricher Wohnbevölkerung eine Zählkarte ausgefüllt wird auf Grund der amtlichen Eintragungen des nach züricherischem Gesetze obligatorischen Familienscheines, der für die Dauer des Aufenthalts in der Stadt bei der Behörde hinterlegt werden muß. Die wichtigsten Angaben der Zählkarten beziehen sich auf Geburts- und event. Sterbetag beider Ehegatten und sämtlicher lebendgeborenen Kinder der betreffenden Ehe, sowie auf das Datum der letzten Eheschließung und auf den Beruf. Das Material ist zunächst auf die Zahl der in den einzelnen Ehen geborenen Kinder hin untersucht worden. Dabei wurden die Ehen nicht nach ihrer gesamten Dauer, sondern nach ihrer „Gebärfähigkeitsdauer" unterschieden, d. h. nach demjenigen Teile der Ehedauer, der in das gebärfähige Alter der Ehefrau fällt. Dieser neue methodische Gesichtspunkt hat sich durchaus bewährt. Gleichzeitig wurde das Heiratsalter der Frau berücksichtigt. Aus den Ergebnissen sei erwähnt, daß, während von der Gesamtheit der Ehen fast 24 % kinderlos sind, unter den Ehen mit den der Kinderproduktion günstigsten physiologischen Voraussetzungen die Quote der unfruchtbaren Ehen nur 8,2 % ausmacht. Von dieser Zahl bis zu den 42,1 % kinderlosen Ehen unter den Ehen mit kürzerer Gebärfähigkeitsdauer ist ein weiter Abstand. Hiezu trägt vor allem bei, daß ausschließlich hier die späten Heiratsalter der Frau, von 35 Jahren ab, enthalten sind, die bei einer Gebärfähigkeitsdauer von mindestens 15 Jahren naturgemäß nicht vorkommen können. Soweit die Frauen früh, vor Mitte der 20er Jahre, heiraten, machen auch bei kurzer Gebärfähigkeitsdauer die unfruchtbaren Ehen nur 15 % aus.

Die derartig gegliederten Ehen sind in mehrere Untergruppen nach der Heimatszugehörigkeit der Ehegatten zerlegt worden. Eine entsprechende Gruppierung nach dem Beruf des Ehemannes ist gegenwärtig im Gange.

Neben der Fruchtbarkeit ist beabsichtigt, die familienweise Gestaltung der Kinder-, speziell Säuglingssterblichkeit sowie die Kindererhaltung im Hinblick auf die Verwaisung unter Berücksichtigung des Verwaisungsalters zu untersuchen.

Eine Fortführung gewisser Teile dieser Studien auf erheblich breiterer zahlenmäßiger Grundlage wird dann die Verarbeitung der gelegentlich der Volkszählung 1910 in der Stadt Zürich gestellten familienstatistischen Zusatzfragen bringen. Die Formulierung dieser Fragen weicht von der anderer Ämter in mehrfacher Weise ab. Die wichtigste Neuerung ist die Frage nach den vor Ablauf des 1. Lebensjahres gestorbenen Kindern. Die Einführung dieser Frage erlaubt voraussichtlich ein wesentlich tieferes Eindringen in die Zusammenhänge zwischen Geburtenhäufigkeit und Säuglingssterblichkeit, als es die bisherigen Untersuchungen ermöglichten. Zur Erleichterung des Vergleichs der Züricher Fragestellung mit derjenigen der wichtigsten anderen bisherigen Erhebungen und mit den Vorschlägen des Internationalen Statistischen Instituts ist dem Hefte auf S. 34ff. eine besondere Übersicht beigegeben. *H. Thomann.*

II. Berufsstatistik.

Die deutschen Techniker, ihre Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse. Der unter obigem Titel erschienenen Arbeit von Dr. A. Günther, Privatdozent a. d. Universität Berlin (Duncker u. Humblot, 2 Bände, 1912, Preis 12 ℳ) liegt ein Material von mehr als 12000 Fragebogen, die von Mitgliedern des deutschen Techniker-Verbandes beantwortet worden waren, zugrunde. Zu ihnen treten noch rd. 3000 Personalkarten der Stellenvermittlung des Verbandes.

Die Privatangestelltenstatistik hat durch zahlreiche Arbeiten in letzter Zeit einen brauchbaren Unterbau erhalten. Wenngleich durchaus noch nicht alle methodischen Einzelfragen, die hier angesichts der komplizierten Arbeitsverhältnisse des Standes viel verwickelter liegen als bei der gleichgerichteten allgemeinen Arbeiterstatistik, gelöst sind, so kann und muß doch das Ziel einer Vereinheitlichung der Statistik heute mehr als je erstrebt werden. Die Stellenvermittlungs- und Stellenlosigkeitsstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes hat hier erfolgreich vorgearbeitet. Über die nationalen Grenzen hinaus wird diese Vereinheitlichung zunächst nicht greifen können, da die Verhältnisse im Auslande doch zu verschieden liegen, eine eigentliche, selbständige Privatbeamtenbewegung außerhalb Deutschlands und Österreichs doch nur sehr bedingt gegeben ist und die statistischen Arbeiten des Auslandes sich (von einer Erhebung des italienischen Arbeitsamts abgesehen) folgerichtig auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterstatistik bewegen.

Vorliegender Arbeit kam die zeitliche Nähe mit der Berufszählung zustatten. Sie legte von vornherein die Aufgabe, gewissen Vergleichsreihen nachzugehen, nahe, dürfte übrigens auch, was innere Verwandtschaft (Struktur des Menschenmaterials) mit den in Band 203 der Reichsstatistik niedergelegten Tatsachen anlangt, einen gewissen Vorrang vor anderen Statistiken behaupten. Freilich hat sie es nur mit den aus Fachschulen hervorgegangenen Technikern zu tun, aber gerade in dieser Beschränkung war vielleicht eine gewisse Vollständigkeit zu erzielen.

Als Lohnstatistik hatte die Arbeit die Aufgabe, zahlreiche Kombinationen, mittels deren die Lohnfrage erst nach allen Richtungen hin klargestellt werden kann, zu unternehmen. Ein bedeutender Teil dieser Kombinationen ist im II. (Tabellen-) Bande in großer Breite, z. T. unter Anfügung der Relativzahlen, wiedergegeben worden. Die die Lohnhöhe bedingenden Einflüsse (Lebens- und Berufsalter, Stellung im Berufe, Familienstand und -Größe, Örtlichkeit [Groß-, Mittel-, Kleinstadt, Land], geographische Lage, Arbeitszeit usw.) konnten auf diese Weise isoliert werden. Weiterhin aber galt es, eine genaue Darstellung der den Arbeitsertrag des Technikers stark beeinflussenden Bestimmungen wie Konkurrenz- und Erfinderklauseln zu geben. Daneben kamen die vielgestaltigen Fragen der Vorbildung zu ihrem Rechte. Unter den demologischen Gesichtspunkten erschien besonders die örtliche und soziale Herkunft bemerkenswert.

Die durchaus als streng-statistische Untersuchung gedachte Arbeit konnte naturgemäß an den wichtigen sozialpolitischen Aufgaben des Standes nicht vorbeigehen. Man kann so weit gehen und sagen, daß selbst die Formulierung der statistischen Fragen nicht ganz losgelöst von diesem sozialpolitischen Hintergrunde vor sich gehen kann. Zu sehr erscheinen gerade hier die sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in engster Wechselwirkung, nur muß es selbstverständliche Aufgabe bleiben, die statistische Untersuchung als solche in streng-objektiver Weise durchzuführen. Dieser Forderung glaubt die Arbeit in vollem Umfange entsprochen zu haben.

Die engen Beziehungen des Lohnes und der Arbeitsverhältnisse zur Lebenshaltung können in einer Statistik der vorliegenden Art nur gestreift werden. Die Konsumverhältnisse in ihrer außerordentlichen Vielgestaltigkeit lassen eine Forschungsmethode, die von vornherein auf ein gewisses Nivellement der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingestellt ist, als untunlich erscheinen. Hier ist der Raum für die Haushaltsstatistik der technischen Angestellten, von deren Ergebnissen Verfasser auf Grund einer hinreichenden Zahl von Haushaltsbüchern in absehbarer Zeit berichten zu können hofft.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Italienische Auswanderung seit 1869. Die Italiener gehören zu den auswanderungslustigsten Völkern Europas. Bei der großen Bedeutung dieses Phänomens sah sich die *R. Accademia dei Lincei* veranlaßt, in der von ihr unter Mitwirkung der Regierung herausgegebenen umfassenden Sammlung *Cinquanta anni di storia Italiana (1860—1910)* einen besonderen Band der italienischen Auswanderung zu widmen. Die Bearbeitung fiel dem ord. Professor der Statistik an der Universität Pavia Francesco Coletti zu. Von dem umfangreichen Thema behandelt er in seinem Buch *Dell' Emigrazione Italiana*, (Mailand 1912, 10 L.) nur den ersten Teil. Im Gegensatz zu ähnlichen Publikationen (z. B. Mönkmeier, Die deutsche überseeische Auswanderung) unterzieht der Verfasser zuerst seine Quellen einer eingehenden Würdigung. Es sind dies die bis 1876 zurückreichenden Berichte der *Direzione generale della Statistica* und die des *Commissariato dell' Emigrazione.* Erstere basieren auf lokalen Ermittlungen, nämlich jetzt auf der Zahl der ausgegebenen Pässe; hierin liegen manche Fehlerquellen, denn vor allem liefert dieses System nur eine Statistik der Auswanderungsabsicht. Das Auswanderungskommissariat beschränkt seine Statistik auf eine vom Gesetz vom 31. Januar 1901 aus fiskalischen Zwecken ausgewählte Schicht, nämlich auf Italiener, die unter Erfüllung gewisser Nebenbedingungen als Zwischendeckspassagiere das Mittelmeer verlassen und auf die 4 vom nämlichen Gesetz zugelassenen italienischen Auswanderungshäfen. Als Ergänzung werden auch die Angaben von Le Havre berücksichtigt. Die Auswanderung wird gegliedert in dauernde und zeitweilige.

Neben diesen Hauptquellen kommen noch in Betracht Volkszählungen in Italien und in Einwanderungsländern, Enquêten und Einwanderungsstatistiken. Für die Zeit von 1869—75 ist man auf die offiziösen Berichte angewiesen. Sie sind wenig vertrauenerweckend; so klassifizieren sie die Auswanderung in regelmäßige und heimliche.

In absoluten Zahlen gemessen, steigt die italienische Auswanderung fortwährend seit 1871, zuerst regelmäßig, dann mit größeren Schwankungen. Ihren Höhepunkt erreichte sie mit 787977 im Jahre 1906. Die Auswandererziffer betrug also 2,35 auf 100 Einwohner, während der Geburtenüberschuß für dasselbe Jahr nur 1,15 betrug. Was die Richtung anbelangt, so tritt in neuerer Zeit der Anteil Europas und des Mittelmeerbeckens zurück gegenüber dem Amerikas. Jener betrug 1910 248696, 1876 88923 und hat sich verdreifacht. Dieser betrug 1910 402779, 1876 19848, hat sich also verneunzehnfacht. Prozentual zugenommen hat der Anteil Deutschlands.

Der Norditaliener neigt im allgemeinen mehr zur Auswanderung nach dem sonstigen Europa und dem Mittelmeerbecken, der Süditaliener zieht die Übersee vor. Hierbei lassen sich besondere Auswanderungsherde feststellen, z. B. die Provinzen Sondrio im Norden und Avellino im Süden.

Von den Italien Verlassenden sind regelmäßig ungefähr 82% männlich und 90% erwachsen. Frauen und Kinder bleiben im allgemeinen daheim. Dies entspricht dem häufigen Vorkommen der zeitweiligen Auswanderung. Ausgegliedert nach der Berufstätigkeit ergibt sich eine zunehmende Beteiligung der Erdarbeiter und Taglöhner. Seit Beginn der Beobachtung machen sie mit den bäuerlichen Elementen zusammen ⅔ aller Auswanderer aus. Bei der dauernden Wanderung allein nehmen dagegen die landwirtschaftlichen Schichten schon 50% ein. Die häufigste Zeit der Auswanderung ist der Jahresbeginn.

Um den Einfluß der Auswanderung auf die Zusammensetzung der Bevölkerung exakt zu untersuchen, muß man die Auswanderungszahlen korrigieren durch den Abzug der Ein- und Rückwandernden. Letztere spielen in Italien nach den Berichten des *Commissariato* eine große Rolle. So kehrten 1908 aus den Vereinigten Staaten von Amerika 3½ mal mehr zurück als hinüberzogen. Bei dieser Statistik bleiben noch diejenigen unberücksichtigt, die aus fremden Häfen ankommend über Land heimwanderten.

Schon dies zeigt, daß die Befürchtungen einer Entvölkerung Italiens durch die Auswanderung

wohl zu weit gehen. Bei solchen Klagen wird meist die Möglichkeit wohltätiger Folgen einer Auswanderung ganz vergessen. Zu solchen gehört vor allem das Geld, das die Auswanderer dem Heimatland wieder zufließen lassen. Der frühere General-Auswanderungskommissär Rossi schätzt diese Summen auf mindestens 500 Milionen Lire jährlich. Dies ist der beste Beweis, daß auch eine Auswanderung erwerbstätiger Leute für die Heimat fruchtbringend wirken kann.

E. J. Gumbel.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Nürnbergs Leerwohnungen. In Nürnberg werden die leerstehenden Wohnungen in der Regel jährlich gezählt und zwar durch Magistratsbeamte. Bei der letzten Zählung, über die der Direktor des städt. Statist. Amtes, Dr. M. Meyer, in der Beilage zum „Statist. Monatsbericht" für August 1912 berichtet, erwies sich die Aufnahme der besetzten Wohnungen, die sonst damit verbunden wurde, als entbehrlich, da im Anschluß an die mit der Volkszählung 1910 verbundene Wohnungszählung das Statistische Amt eine genaue Fortschreibung der vorhandenen Wohnungen führt. An Stelle der bisher üblichen Hauslisten, in welchen sämtliche in einem Hause befindlichen Leerwohnungen einzutragen waren, wurde aus technischen Gründen für jede leerstehende Wohnung die Ausfüllung eines eigenen Zählblättchens verlangt.

Das Nürnberger Amt zählt nicht nur die am Zähltage leer angetroffenen und bezugsfertigen Wohnungen, sondern auch diejenigen, die erst bis zum nächsten Ziehtermin bezugsfertig werden. Das Motiv für diese Methode war die Erwägung, daß für den Wohnungsmarkt vor allem der Stand der ersten Tage der Quartale in Betracht kommt. Auch die am Zählungstage bereits vermieteten, aber noch nicht bezogenen Wohnungen werden mit einbezogen, weil (abgesehen von den Zuzügen) für jede solche Wohnung, wenn sie besetzt wird, wieder eine andere, mehr oder weniger gleichwertige frei wird.

Ein wesentlicher Fortschritt wurde dadurch gemacht, daß man wenigstens einen Teil der leerstehenden Wohnungen durch die Wohnungsinspektoren auch auf ihre Qualität untersuchen ließ, und zwar wählte man dafür die Wohnungen der Innenstadt, von denen anzunehmen war, daß sie in hygienischer Beziehung am meisten zu wünschen übrig lassen. Es wurde gefragt, ob die Wohnung in keiner Weise oder ob sie zu beanstanden sei, und wenn das letzte der Fall, ob wegen Mangel an Licht und Luft, wegen baulicher Schäden, wegen Feuchtigkeit oder wegen sonstiger Mängel der Wohnräume. Daneben wurden Angaben über die Abortverhältnisse verlangt, ob ein eigener Abort vorhanden ist, ob der Abort von schlechter baulicher Beschaffenheit ist, ob sich eine Verletzung von Sitte und Anstand aus den Verhältnissen herleiten läßt. Aus der Kombination dieses Befundes sollte dann durch die Sachverständigen ein Gesamturteil darüber abgegeben werden, ob die Wohnung überhaupt angemessener Weise vermietet werden dürfte.

Es wurden im oben dargelegten Sinn 2365 leerstehende Wohnungen festgestellt, d. s. 2,90 % aller Wohnungen, während von den vorhandenen Kleinwohnungen (mit 3 oder weniger heizbaren Räumen einschließlich Küche) nur 1,98 % leerstanden. Es wird nun vom Verfasser der Satz aufgestellt, daß normalerweise zwischen der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen und der leerstehenden Kleinwohnungen dasselbe Verhältnis bestehen müsse, wie zwischen der Gesamtzahl der Wohnungen und der Kleinwohnungen überhaupt. Da nun aber jenes Verhältnis in Nürnberg 100 : 47,99 ist und dieses 100 : 70,32, so kommt er zu dem Schluß, daß hier ein Mißverhältnis vorliegt, daß von Rechts wegen auf 1 leerstehende größere Wohnung etwas mehr als 2 leere kleine Wohnungen fallen müßten, daß daher der herkömmlich geltende Normalsatz (3 % im Durchschnitt) in Industriestädten wie Nürnberg für die Kleinwohnungen nur die unterste, bei den sonstigen Wohnungen aber die oberste Grenze bilden sollte und daß die Zahlen demgegenüber ergeben, daß das tatsächliche Angebot an Kleinwohnungen zu klein, das an größeren Wohnungen zu groß ist.

In ähnlicher Weise wird aus den statistischen Ergebnissen die größere oder geringere Nachfrage nach Wohnungen verschiedener Größe in den einzelnen Stadtteilen festgestellt. Wenn z. B. bei den mittleren Wohnungen (4—5 heizbare Räume) von den in der Gesamtstadt vorhandenen Wohnungen dieser Größe 13,58 % auf die Innenstadt fallen, von 100 leerstehenden mittleren Wohnungen aber nur 3,38 % in der Innenstadt liegen, so wird daraus geschlossen, daß in dieser Stadtgegend eine große Nachfrage nach mittleren Wohnungen besteht.

Im übrigen werden die leerstehenden Wohnungen dargestellt nach der Art der Gebäude, nach der Wohnungsgröße, nach Stadtteilen, nach der Stockwerklage, nach Wohnräumen und heizbaren Räumen, nach der Dauer des Leerstehens und nach dem Mietpreis.

Die Untersuchung der leerstehenden Wohnungen der Innenstadt auf ihre hygienische Beschaffenheit ergab folgendes. Von 207 dort leerstehenden Wohnungen waren 92 = 44,44 % zu beanstanden, und 17 = 8,21 % wurden als überhaupt zur Vermietung untauglich bezeichnet. Sachverständige schätzen, daß in der übrigen Stadt noch etwa 5 % untauglich seien. Bei dieser Annahme würden im ganzen Stadtgebiet insgesamt 125 Wohnungen für den Wohnungsvorrat in Wegfall kommen und mithin nur 2240 Wohnungen als „leer" angesprochen werden können, das wären 2,75 % der Wohnungen überhaupt.

Außer den Ergebnissen der Wohnungszählung enthält die Schrift auch ausführliche Tabellen über die Bautätigkeit in Nürnberg und die neu entstandenen Wohnungen. *O Petrenz.*

Die Wohnungsverhältnisse in Posen Ende 1910. Die unter diesem Titel vom Statistischen Amt der Stadt Posen veröffentlichte Bearbeitung der Grundstücks- und Wohnungszählungen des Jahres 1910 hat wegen ihrer Mitteilungen über die Belegung der Schlafräume in weiteren Kreisen ein recht erfreuliches Interesse erregt. In Posen ist mit Erfolg versucht worden, den mit Recht vielfach angegriffenen Maßstab der übervölkerten Wohnung (6 oder mehr Personen pro heizbares

Zimmer) durch Feststellung der Belegung der Schlafräume überflüssig zu machen. Der schon früher von Barmen und Chemnitz unternommene Versuch, die Zahl der in den einzelnen Räumen schlafenden Personen bei einer allgemeinen Wohnungszählung zu erfragen, hat auf der Posener Konferenz der Städtestatistiker zu der Anregung geführt, es möchte allgemein die Belegung der einzelnen Schlafräume erfragt werden. Die Konferenz hat einen dahingehenden Antrag zwar abgelehnt, indessen sind in verschiedenen Städten die Zahlen der in den einzelnen Räumen schlafenden Personen durch die Wohnungserhebungen des Jahres 1910 ermittelt worden. Daß auf diesem Wege besonders wertvolle Aufschlüsse gewonnen werden können, zeigt die Posener Veröffentlichung, aus der u. a. ersichtlich ist, daß nicht weniger als 28,6 % der auf die Kleinwohnungen angewiesenen Bevölkerung zu 6 oder mehr Personen gemeinsam in einem Raum schlafen. Wenn die Wohnungsstatistik derartige Aufschlüsse ermitteln kann, erübrigt sich die kostspielige und umständliche Methode der Raumvermessung. Es ist daher im Interesse des weiteren Ausbaues der Wohnungsstatistik erwünscht, daß die Kommunalstatistik möglichst allgemein die Belegung der Schlafräume zu ermitteln sucht. Soweit hiergegen in Fachkreisen Bedenken bestehen, beruhen sie auf der Annahme, daß derartige Feststellungen zu große Anforderungen an das Verständnis oder den guten Willen der Bevölkerung stellen sowie andererseits in einer gewissen Scheu, auf diesem Wege krasse Mißstände im Wohnungswesen bloszulegen. Daß die technische Durchführung keinen überwindlichen Schwierigkeiten begegnet, beweist die Posener Erfahrung. Wenn der Versuch in einer Stadt mit überwiegend polnischer Bevölkerung durchaus gelungen ist, wird er bei sorgfältiger Vorbereitung in reindeutschen Städten erst recht nicht scheitern. Daß dadurch tiefere Einblicke in die Wohnungsmißstände ermöglicht werden, sollte nicht als ein Mangel angesehen werden. Auf jeden Fall muß es den Verwaltungen willkommen sein, eingehender als bisher über die Wohnungsverhältnisse unterrichtet zu werden.

B. Franke.

Leerwohnungen in Halle a. S. am 1. Mai 1912. Einen Tiefstand im Angebot von Wohnungen hatte Halle (siehe Beilage zum Statist. Monatsbericht der Stadt, April 1912) im Mai 1909 mit nur 7 Leerwohnungen auf 1000 Wohnungen des Gesamtbestandes. Seitdem ist eine stetige Besserung eingetreten. Die Leerwohnungsziffer stieg auf 0,98% im Mai 1910, auf 1,13% im Mai 1911 und auf 1,15% im Mai 1912. Zu beachten ist aber, daß die Zunahme der Prozentsätze nicht sehr groß ist. Nur die leerstehenden Mittel- und Großwohnungen haben sich vermehrt. Die Kleinwohnungen haben sich verringert. Der Leerwohnungsanteil bei den Ein- und Zweizimmerwohnungen betrug am 1. Mai 1910 0,6%, 1911 0,7% und 1912 0,5%. Die jetzige ist also die niedrigste der letzten drei Jahre. Die geringe Verbesserung der Lage auf dem Wohnungsmarkte ist die Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs, der viele Familien in die Stadt gezogen hat. Das Ergebnis der Zählung ist demnach zwar nicht voll befriedigend für den Wohnungsmarkt, wohl aber für alle wirtschaftlichen Faktoren zusammen genommen, zumal da nach den Mietpreisen eine Erhöhung der Ausgaben für die Wohnung in den letzten drei Jahren nicht eingetreten ist und da der Bestand der am 30. April 1912 im Bau befindlichen Wohnungen (674) erheblich größer ist als am 31. Oktober 1911 (539) und namentlich der Bestand der begonnenen Kleinwohnungen (391 : 287).

W. Stöwesand.

Bautätigkeit in Halle a. S. im Jahre 1911. Im Jahre 1911 (siehe Beilage zu Heft 20 der Beiträge zur Stat. der Stadt) war die Beschäftigung im Baugewerbe außerordentlich stark. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen vermehrte sich von noch nicht 900 im Durchschnitt der vier vorhergehenden Jahre auf 1673. Die rege Bautätigkeit hatte ihre Ursache in der Gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse. Nach der Zahl der begonnenen Wohngebäude war die Bautätigkeit in den einzelnen Stadtteilen sehr verschieden groß. Sie war am stärksten im Süden, am schwächsten im Westen. Nach der Zahl der künftigen Wohnungen verschiebt sich das Bild etwas. Von den im Bau begriffenen Wohnungen sind weit mehr Kleinwohnungen für den Süden als für den Norden vorgesehen. Die ärmere Bevölkerung wird durch diese Verteilung nach dem Süden gelenkt. Umgekehrt geht der Zug der besser situierten Bewohner nach dem Norden. Während im Süden von den begonnenen Bauten 72% Kleinwohnungen sind, aber nur 19% Vierzimmerwohnungen und nur 9% größere Wohnungen, sind es im Norden nur 40% Kleinwohnungen, aber 26% Vierzimmerwohnungen und 34% größere Wohnungen. Im Zentrum entfallen 50% auf die Kleinwohnungen und je 25% auf die anderen Wohnungen.

Von den Wohnhaus-Neubauten liegen die Gebäude mit nur 1 Oberstock hauptsächlich im Norden, mit 2 Oberstock hauptsächlich im Süden und mit 3 Oberstock hauptsächlich im Zentrum sowie im Osten und Westen der Stadt, eine Folge der Bauzoneneinteilung, die den Flachbau im Norden als Wohnviertel, den Hochbau im Zentrum als Geschäftsviertel begünstigt. Die Zahl der im 1. Oberstock gelegenen Wohnungen als Norm angenommen, entfallen auf 100 solcher Wohnungen 71 Wohnungen im 3. Oberstock und im Dachstock zusammen im Norden, 77 im Süden und 122 im Zentrum, dagegen 86 Erdstock- und Einfamilienhauswohnungen zusammen im Zentrum, 97 im Süden und 113 im Norden.

Auch nach den beendeten Wohnungsbauten ist der südlichste Teil der Stadt besonders für die ärmere Bevölkerung zum Wohnen berufen, der Norden mehr für die wohlhabendere und der zwischen Süden und Zentrum gelegene Stadtteil für die Mittelschicht der Bevölkerung, während das Zentrum als Geschäftsviertel, wo arm und reich eng beieinander wohnen, Wohnungen jeglicher Art hat.

W. Stöwesand.

VIII. Grundbesitzstatistik.

Hypothekenbewegung im Lübeckischen Staate. Die im „Geschäftsberichte des Statistischen Amtes“ erschienene Statistik für 1910 ist dadurch erweitert, daß den zwei bisherigen Abschnitten über die Gesamtbewegung und über die Art der Belastung und der Gläubiger ein dritter über den Zinsfuß



hinzugefügt wurde. Das Ergebnis der ersten Jahresaufstellung ist dahin zusammenzufassen, daß die hochverzinslichen Hypotheken zu- und die niedrig verzinslichen abgenommen haben. Der Betrag der zu 5 % eingetragenen Hypotheken stieg um 3 566 514 ℳ, der mit 4½ % zu verzinsenden um 2 838 094 ℳ, der zu 4¼ % stehenden um 1 119 580 ℳ und der mit 4⅜ % verzinslichen um 1 107 900 ℳ usw. Abgenommen haben dagegen die unverzinslichen Hypotheken um 1 159 702 ℳ sowie alle, die mit weniger als 4 % verzinst werden müssen. Die 4 %igen Hypotheken nahmen noch um ein Geringes zu, während die mit über 5 % zu verzinsenden mit 220 848 ℳ ein für lübeckische Verhältnisse ungewöhnlich großes Wachstum aufwiesen. — Aus der übrigen Hypothekenstatistik sei hervorgehoben, daß die Gesamtbelastung des lübeckischen Grund und Bodens seit dem 1. April 1908 um 25 619 041 ℳ gestiegen ist und sich Ende März 1911 auf gegen 225 Mill. belaufen haben dürfte und daß unter den Gläubigern eine bemerkenswerte Verschiebung stattgefunden hat. Zunächst die, daß die natürlichen Personen am Hypothekenmarkt mehr und mehr ins Hintertreffen geraten sind; die Belastung zu ihren Gunsten nahm seit 1908 nur um 4,47 Mill. zu und ging 1910 gar um 3,01 Mill. zurück, während z. B. die für Geldinstitute eingetragenen Gelder sich in der gleichen Zeit um 16,44 Mill. ℳ vermehrten. Und dann die weitere, daß der lübeckische Grund und Boden in steigendem Maße von auswärtigen Hypothekenbanken beliehen ist; denn es stieg seit 1908 die Belastung zugunsten auswärtiger Geldinstitute um 10,92 Mill. ℳ, dagegen die zugunsten lübeckischer nur um 5,73 Mill. ℳ. Die Signatur am lübeckischen Hypothekenmarkt ist also: Vordringen der Geldinstitute, besonders der auswärtigen Hypothekenbanken. *J. Hartwig.*

Grundbesitzwechsel in Halle a. S. 1911. Als wichtigste Ergebnisse einer als Beilage zu Heft 20 der Beiträge zur Stat. der Stadt erschienenen Arbeit, in der der Grundbesitzwechsel im Jahre 1911 nach Stadtteilen unterschieden wird, sind folgende festzustellen. Den lebhaftesten Grundstücksmarkt für Geschäftshäuser hatten naturgemäß das Zentrum und die angrenzenden Stadtteile, während der Grundbesitzwechsel, soweit er reine Wohngebäude betrifft, in dieser Gegend sehr gering war. Die Zahl der freihändigen Verkäufe von Wohngebäuden insbesondere war in den Geschäftsvierteln und den Stadtteilen, in denen die kleinen Beamten wohnen, auffallend gering. Die Zahl der Zwangsversteigerungen war in den Stadtgegenden besonders groß, in denen eine lebhafte Bautätigkeit herrscht. Für unbebaute Grundstücke war der Grundbesitzwechsel an der Peripherie der Stadt lebhafter als im Stadtinnern.

Große Unterschiede zeigten sich für die einzelnen Stadtteile in den Bodenpreisen pro qm. So war der Preis für Bauland im Zentrum ganz enorm hoch gegenüber den andern Vierteln. Hier stellte sich der Preis auf 132,2 ℳ, während im nächstteueren Viertel nur durchschnittlich 42,6 ℳ gezahlt wurde. Bedeutend billiger war in allen Vierteln das Land, das nicht zu Bauzwecken erworben wurde. Für dieses wurde beispielsweise im Zentrum nur 37,2 ℳ pro qm gezahlt. *J. Galle.*

Umsatz von Bauplätzen in Halle a. S. 1907—1911. In Halle (siehe Beilage zum Statist. Monatsbericht der Stadt, Februar 1912) sind 1907—1911 über Bauplätze 573 Verkäufe abgeschlossen worden. Ob dieser Umsatz stark genannt werden kann, entzieht sich der Beurteilung, da ein Vergleich mit anderen Städten nicht möglich ist, weil eine zusammenfassende Statistik fehlt. Immerhin verdient Beachtung, daß den 573 Besitzwechseln an Bauplätzen nur 435 Besitzwechsel an sonstigen unbebauten Grundstücken gegenüberstehen. Während für Bauland 11 201 000 ℳ = 23,40 ℳ per qm erzielt wurden, sind für die sonstigen unbebauten Grundstücke nur 7 952 000 ℳ = 3,30 ℳ per qm gezahlt worden. Von den 550 freiwillig verkauften Bauplätzen wurden die wenigsten (66) 1908, die meisten (175) 1910 umgesetzt, ein Spiegel der wirtschaftlichen Lage. Der freihändige Verkauf ist in der Zeit von Januar bis April am regsten, erreicht im Juli noch einmal einen Höhepunkt und ist am schwächsten im Monat November. Im April wurden 67, im November nur 31 umgesetzt. Während der 5 Jahre wurden 2 % der gesamten unbebauten Fläche des Stadtgebietes zu Bauzwecken verkauft, überhaupt umgesetzt wurden mehr als 10 % des Stadtgebietes. Im ganzen unterscheidet sich die durchschnittliche Größe der verkauften Bauplätze in den einzelnen Jahren nicht allzu sehr voneinander. Die einzelnen Jahre weisen aber erhebliche Preisschwankungen zwischen Bauland und sonstigen unbebauten Grundstücken auf. Der Preis per qm Bauland war 1907 neunmal, 1908 viermal, 1909 fünfzehnmal, 1910 fünfmal und 1911 achtmal höher als bei sonstigen unbebauten Grundstücken. Bei den Bauplätzen spielt die Stadtlage eine große Rolle. So erzielen solche im Brennpunkte des Verkehrs mehr als 100 ℳ per qm, in den nächstgelegenen Stadtteilen noch etwa die Hälfte dieses Preises, in den Außenbezirken dagegen kaum den 10. oder 20. Teil. *W. Stöwesand.*

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Münchener Fremdenverkehrs-Statistik. Bis Ende 1911 beschränkte sich die Statistik des für München sehr bedeutsamen Fremdenverkehrs — es kamen 1911 rund 600 000 Fremde zur polizeilichen Anmeldung, womit aber ihre Gesamtzahl noch nicht völlig erfaßt ist — auf die alleinige Registrierung der vorübergehend anwesenden Personen. Ab 1. Januar d. J., ist sie jedoch erheblich erweitert worden, da die K. Polizeidirektion neuerdings den Hoteliers, Gasthof- und Pensionsinhabern, sowie den an Fremde vermietenden Privaten die Vorlage der Fremden-Abmeldezettel zur Pflicht gemacht hat, um sie alsdann dem städt. Statistischen Amt zur Aufbereitung zu überlassen. Letzteres ermittelt, außer dem Geschlecht, die Alleinreisenden und die mit Familie, Dienerschaft usw. reisenden sonstigen Personen, die nur 1 Tag sich aufhaltenden Passanten und die länger Verweilenden, die Gesamtdauer der Aufenthaltstage, den Beruf und den ständigen Wohnsitz. Weitere Ausscheidungen verbietet zur Zeit das umfängliche Material. Die Statistik wird im Einvernehmen mit dem Münchener Fremdenverkehrs-Verein geführt, für den der ständige Wohnsitz der Fremden und die Zahl

der verbrachten Aufenthaltstage (ebenfalls, wenn auch weniger eingehend nach dem ständigen Wohnsitz gegliedert) zwecks Entfaltung seiner Propaganda von besonderer Wichtigkeit ist. In der Jahreszusammenstellung wird der Einfluß gewisser, für den Fremdenverkehr bedeutsamer Tage und Veranstaltungen (Feiertage, Ausstellungen, Festspiele usw.) gewürdigt werden. Die Veröffentlichung erfolgt in der beschriebenen Form seit 1. Januar 1912 in den „Monatsberichten" des Statist. Amtes.

W. Klose.

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

Volksbanken in Italien. Als vor kurzem das italienische Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel in einem Bande von über 800 Seiten (*Statistica delle Banche popolari, Decennio 1899–1908.* Mit Anhang: *Monografie storico–statistiche di Banche popolari al 1909—10.* — Rom 1910/11) eine Untersuchung über die Entwicklung der Volksbanken in Italien veröffentlichte und in einem Ergänzungsbande 68 historische und statistische Monographien solcher Institute herausgab, konnte man im vorhinein auf eine Fülle wertvollen Materials rechnen, das die seit längerer Zeit vorbereitete Enquête zutage fördern würde. Die auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebauten Volksbanken bilden neben den weitaus anspruchsloseren Landkassen (*casse rurali*) die einzige Kreditquelle überall dort, wo der kapitalistische Großbetrieb nicht eindringen konnte.

Die amtliche Veröffentlichung reiht sich an frühere Erhebungen der Jahre 1880, 1883, 1887, 1893 und 1898 an. Im Jahre 1870 zählte man im ganzen Königreich 50 Volksbanken, zehn Jahre später 140, Ende 1890 aber 694 solcher Institute, die im Laufe der achtziger Jahre pilzartig im ganzen Königreiche emporschossen. Damit ist zugleich der Höhepunkt der Entwicklung erreicht; im Laufe der neunziger Jahre haben wir bald Zu- bald aber auch wieder Abnahmen zu konstatieren. Ende des Jahres 1898 zählte man noch 696 Volksbanken, Ende 1908 736. Die lawinenartige Häufung von Volksbanken um die Mitte der achtziger Jahre läßt erkennen, daß diese Kreditgenossenschaften einem dringenden Bedürfnisse entsprochen haben, das jedoch, einmal gesättigt, nur wenig Gelegenheit zu weiterer Ausdehnung gefunden hat. In bezug auf die Anzahl von Genossenschaftern sind die Unterschiede von Bank zu Bank sehr groß. Zehn Institute zählen mehr als 5 000 Mitglieder, darunter die *Banca Popolare di Milano* nicht weniger als 24 774, während die überwiegende Mehrzahl, nämlich 412 Banken, deren weniger als 500 aufweisen. Die Lombardei steht sowohl in der absoluten Zahl von Genossenschaftern (113 870) als auch in der relativen Ausdehnung der einzelnen Institute (1560 Mitglieder pro Bank) den anderen Provinzen weitaus voran.

Interessant ist die folgende Zusammenstellung der Berufs- und Klassengliederung der Genossenschafter im Jahre 1908, und zwar für 690 Volksbanken, welche hinreichendes statistisches Material zur Verfügung gestellt haben. Von den 501 022 Mitgliedern waren Großgrundbesitzer 27 834, kleine Grundbesitzer und Bauern 109 704, landwirtschaftliche Taglöhner 23 965, große Industrielle und Kaufleute 17 488, kleine Industrielle und Kaufleute 116 115, Arbeiter 41 559, Beamte und Angestellte 83 487, Berufslose und Minderjährige 44 138, sonstige 36 732.

Diese Zahlen zeigen, aus welchen Ständen die Volksbanken vorzugsweise ihre Nahrung schöpfen; in überwiegendem Maße sind es die kleinen Grundbesitzer und die kleinen Gewerbetreibenden gewesen, die das Bedürfnis empfunden haben, der mangelhaften Kreditorganisation des Landes aus eigener Kraft abzuhelfen.

Der Nominalwert der Anteile am Geschäftskapital ist im allgemeinen sehr klein; bei 85 Banken übersteigt er den Betrag von 10 Lire nicht und der gesetzlich zulässige Maximalwert von 100 Lire wird nur selten erreicht. Auch die Tatsache, daß die durchschnittliche Beteiligung der Genossenschafter am Gesellschaftsvermögen bis zum Jahre 1898 fortwährend abnahm, spricht dafür, daß die Entwicklung der Volksbanken lange Zeit eher in die Breite als in die Tiefe ging.

Das Gesamtvermögen der Banken, bestehend aus dem eingezahlten Kapital — das übrigens nur wenig hinter dem nominalen Kapital zurücksteht — und dem Reservefonds hat Ende 1908 die Summe von 155 Millionen Lire überschritten. In den acht Jahren des neuen Jahrhunderts hat die Zunahme allein über 50 Prozent ausgemacht. Auch dieser Umstand verdient hervorgehoben zu werden; denn in den neunziger Jahren war bisweilen sogar eine Abnahme des Gesamtvermögens erfolgt. Daß nach der letzten Erhebung die Reserven allein im Mittel 58,34 Prozent des einbezahlten Geschäftskapitals ausmachen, darf als Beweis dafür gelten, daß in der Ansammlung der Reservefonds, von denen fast vier Fünftel statutarische Reserven sind, eine Art Sättigung eingetreten ist, worüber kaum viel mehr hinausgegangen werden kann, ohne daß gleichzeitig auch das Gesellschaftskapital entsprechend zunimmt. Nur ein Viertel aller Reserven findet in Staatstitres oder staatlich garantierten Werten Verwendung, während der größere Teil zur Abwicklung gewöhnlicher Kreditgeschäfte dient. Die hauptsächlichste Grundlage des letzteren bilden die Kontokorrent- und Sparkasseneinlagen, sowie die Ausgabe von zinspflichtigen Obligationen, deren Gesamthöhe nach der letzten Erhebung nur wenig hinter einer Milliarde Lire zurückbleibt. In dem Zeitraum von zehn Jahren (1898—1908) hat sich das Vertrauen des Publikums zu den Volksbanken derart gesteigert, daß die Einlagen sich fast verdreifacht haben.

Die hauptsächlichsten Kreditoperationen der Volksbanken sind die Darlehnsgewährung gegen Wechsel und der Wechseleskompt. Allein im Jahre *1908* wurden 2,5 Millionen Wechsel im Gesamtbetrage von 1 689,7 Millionen Lire eskomptiert; mit fast denselben Beträgen sind die drei Hauptzweige der Erwerbstätigkeit, Handel, Industrie und Landwirtschaft daran beteiligt. Nicht berücksichtigt sind in diesen Ziffern noch die Hypothekendarlehen, die besonders der Landwirtschaft zugute kommen, sowie die Lombarddarlehen, hauptsächlich auf Staats- und andere Titres, zum geringeren Teile auf Waren.

Die finanziellen Ergebnisse sind im allgemeinen günstige zu nennen. Das Bilanzjahr 1908 ergab

einen Bruttogewinn von 62 860 941 Lire, der sich nach Abrechnung der Passivzinsen, der Verwaltungskosten, Steuern, Gebühren und auch der Verluste auf einen Nettobetrag von 13 647 542 Lire reduzierte, d. i. 8,77 Prozent der eigenen Gelder und 13,88 Prozent des Gesellschaftskapitals; 59 Prozent des Reingewinnes kommen den Genossenschaften selbst zustatten; etwas über 11 Prozent fließen in die statutarischen Reservefonds und fast ebensoviel in die Spezialreserven. Vier Prozent wurden für wohltätige und allgemein nützliche Zwecke verausgabt. *V. Furlan.*

XIV. Arbeiterstatistik.

Landes-Arbeitslosenzählungen in Sachsen. Diese bereits im D. St. Z. 1911, Sp. 9/10, erwähnten Zählungen werden unter Benutzung der Eintragungen in die nach dem sächs. Einkommensteuergesetz alljährlich am 12. Oktober aufzustellenden Hauslisten, die die Namen und die augenblickliche Beschäftigung aller erwerbstätigen Personen angeben, ausgeführt, so daß den Gemeinden eine besondere Erhebung mit ihrer Mühe und ihren Kosten erspart bleibt. Die Gemeindebehörden haben lediglich aus den Hauslisten eine Zählkarte für jeden Arbeitslosen auszuschreiben und erhalten hierfür eine nach der Zahl dieser Karten bemessene Vergütung vom Statist. Landesamte. Die Ergebnisse der beiden ersten derartigen Zählungen von 1910 und 1911 sind nunmehr in der „Zeitschrift des Kgl. Sächs. Statist. Landesamtes" 1912, Heft 3, erschienen. Ihre Zuverlässigkeit darf als durch die Tatsache erwiesen erachtet werden, daß in der Stadt Dresden, wo solche Zählungen auf Anregung des jetzigen Leiters des Statist. Landesamtes schon 1902 eingeführt wurden und seitdem zur Regel geworden sind, probeweise gleichzeitige Zählungen der Arbeitslosen durch Umfrage von Haus zu Haus fast genau dieselben Zahlen ergeben haben, wie die aus den Hauslisten ausgeschriebenen Arbeitslosenzählkarten.

Danach betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen an den beiden Zähltagen 12 440 und 12 509 (davon 2877 und 3101 weibliche) bei rund 4⅘ Mill. Einwohnern. Die Gliederung dieser Zahlen bei der Bearbeitung lehnte sich an die in der Stadt Dresden bei den Reichsarbeitslosenzählungen von 1895 durchgeführte an und unterschied die Ursachen der Arbeitslosigkeit einerseits und Alter und Familienstand der Arbeitslosen andererseits, beides in Verbindung mit den Berufsangaben; ferner die Dauer der Arbeitslosigkeit am Stichtag im Zusammenhang mit der Höhe der gezahlten Wohnungsmietpreise und mit den Hausstandsverhältnissen (ob eigene Haushaltung oder nicht, ob Ehegatten, Kinder oder sonstige Angehörige zu ernähren und wieviele); endlich werden noch die 5 Größen: Ursache der Arbeitslosigkeit, Dauer derselben, Geschlecht, Familienstand und Alter miteinander kombiniert. Um nur einige wenige Zahlen aus der Ursachenstatistik anzuführen, so waren im Jahre 1911 aus ihrer letzten Stellung entlassen worden 4693 männliche Arbeitslose (einschließlich 476 Ausgesperrte), also etwas über die Hälfte, während 3856 freiwillig ausgeschieden waren (davon 999 aus Anlaß von Streiks). *E. Würzburger.*

Die Arbeitslosenzählung in München und seiner Umgebung vom 11. Februar 1912. Die Stadt München, welche seit längerem der Arbeitslosenfürsorge größere Aufmerksamkeit zugewendet, beabsichtigt diese demnächst in größerem Umfange zu organisieren. Um hierfür die notwendigen statistischen Unterlagen zu bekommen, wurde an oben genanntem Tage eine Arbeitslosenzählung „von Haus zu Haus" vom städt. Statistischen Amt unter Mitwirkung der Münchener Gewerkschaften (Stellung der Zähler und Obmänner) durchgeführt, die sämtliche, zur Agglomeration Münchens gehörigen Städte und Gemeinden mitumfaßte.

Im Hinblick auf die angedeuteten Bestrebungen nahm man eine eingehendere Untersuchung der individuellen Verhältnisse der Arbeitslosen vor. Im einzelnen wurde festgestellt Zahl, Geschlecht, Alter, Familienstand, Stellung im Haushalt, Beruf bezw. Stellung im Beruf, Berufswechsel (ursprünglich gelernte Berufsart und regelmäßig ausgeübter Beruf, nicht die zufällige augenblickliche Beschäftigung, deren Erfassung unzweckmäßig ist), Heimatzugehörigkeit, letzter vorheriger Wohnort, Ort der letzten ständigen Beschäftigung, Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit, Familienverhältnisse der Arbeitslosen (verdienende und nicht verdienende Angehörige), beschränkte Erwerbsfähigkeit, endlich Erhalt von Armen- oder Arbeitslosenunterstützungen. Vollständigkeit und Richtigkeit der Ergebnisse wurden durch das Stellen von Kontrollfragen wesentlich gefördert.

Aus den im Anhang zu Band 24 Heft 1 der Mitteilungen des Statist. Amtes der Stadt München veröffentlichten Zählungsergebnissen seien einige wenige Zahlen angeführt. Es wurden in München 7006 Arbeitslose = 1,1 % der Gesamteinwohnerschaft ermittelt, wovon 6041 (2,1 % der Bevölkerung bezw. 5,7 % aller männlichen Arbeitnehmer) männlichen und 965 (0,3 bezw. 1,5 %) weiblichen Geschlechts waren. 51,7 % der Arbeitslosen entfielen allein auf das Baugewerbe, dessen Berufszugehörige übrigens infolge der milden Witterung bald hernach meist wieder mit der Arbeit beginnen konnten. In den Vororten waren 592 Personen arbeitslos, etwa zu ¾ Bauarbeiter,

Die Erhebung fiel zwar in die Hauptzeit der alljährlich wiederkehrenden winterlichen Beschäftigungslosigkeit; von einer krisenhaften Arbeitslosigkeit war jedoch, wie aus allen sonstigen, die individuellen Verhältnisse der Arbeitslosen betreffenden Ziffern hervorgeht, nicht die Rede. Für die Fürsorgemaßnahmen der Stadtverwaltung werden die Ergebnisse mit den übrigen, für die Kenntnis des Arbeitsmarkts in Betracht kommenden, wichtigen Faktoren die erforderliche statistische Grundlage abgeben. *W. Klose.*

Der Arbeitsmarkt in Breslau 1911 mit Rückblicken auf frühere Jahre. Die Veröffentlichung (ein vorläufiger Sonderabdruck aus der Breslauer Statistik Band XXXII, Heft 2), die die erste einer jährlich fortgesetzten Reihe bilden soll, stützt sich natürlich, wie andere gleiche, auf die Zahlen der Krankenkassen und der Arbeitsnachweise. Darüber hinaus will sie aber auch die Ergebnisse der Wanderungsstatistik für die Beurteilung des Arbeitsmarktes nutzbar machen. Dazu ist allerdings eine detaillierte Auszählung nach einzelnen Berufen nötig, wie sie aber auch in Breslau seit 1910 vorgenommen wird. Und man kann schon jetzt

sagen, daß sie interessante Einblicke zu gewähren vermag, trotz der bekannten Lückenhaftigkeit der polizeilichen Meldungen, auf die wir uns dabei stützen müssen. Fürs erste leidet diese Statistik allerdings z. T. noch unter der Kinderkrankheit, daß ihr die Vergleichszahlen fehlen. Darum legt die Arbeit zunächst Gewicht darauf, die dauernden Tendenzen nachzuweisen, die die Zahlen beherrschen müssen, besonders die starken regelmäßigen Wanderungen der Handwerker, die diese z. B. von den gewöhnlichen Tagelöhnern unterscheiden. Der Wanderungsüberschuß betrug 1901/10 in Prozenten des Zuzugs bei den Gewerbegehilfen nur 6, bei den männlichen Tagelöhnern aber 24. Im übrigen spiegeln die Zahlen natürlich die aufsteigende Konjunktur wieder, deren sich die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren erfreut hat.

E. Kieseritzky.

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Die Sterblichkeit der Juden. Dieser schon wiederholt behandelte Gegenstand statistischer Untersuchungen wurde neuerdings wieder von F. A. Theilhaber in dem Sammelwerk „Die Hygiene der Juden" (herausgegeben von Dr. M. Grunwald; Verlag der Historischen Abteilung der Internat. Hygiene-Ausstellung, Dresden-N. 6; 15 ℳ) einer Bearbeitung unterzogen.

Die Tatsache, daß überall, wo die Sterbefälle nach der Religion ausgezählt werden (Preußen, Bayern, Hessen, Österreichs größere Städte, Ungarn, Rußland, Serbien, Rumänien und Bulgarien), die Sterblichkeit der Juden, selbst wenn dieselben unter den ungünstigsten ökonomischen und hygienischen Verhältnissen leben, wie z. B. in Rußland, geringer ist als die der übrigen Bevölkerung, hat vielfach den Eindruck erweckt, daß es sich hierbei um eine spezielle Rasseneigentümlichkeit der Juden handeln müsse. Wie Theilhaber aber selbst bekennt, lassen sich hierfür keine strikten Beweise erbringen. Er erblickt vielmehr die Ursache dieser Erscheinung in dem Zusammenwirken von drei Momenten: der Rassendisposition, des jüdischen Milieus und der sozialwirtschaftlichen Verhältnisse der Juden. Dem Einfluß des jüdischen Milieus, dem die sittenstrengen, hygienischen Gesetze der Juden zugrunde liegen, dürfte m. E. hierbei wohl die hauptsächlichste Bedeutung zufallen; denn keine andere Religionsgemeinschaft wird durch religiöse Vorschriften so zur Einhaltung hygienischer Lebensregeln erzogen wie die der Juden. Dafür liefert der übrige Inhalt dieses in sozialhygienischer Hinsicht sehr bedeutsamen und auch für den Nicht-Mediziner interessanten Werkes den besten Beweis.

Die mehrfachen methodischen Unrichtigkeiten, welche die Bearbeitung des statistischen Materials aufweist, stellen den wissenschaftlichen Wert der statistischen Beweisführung allerdings sehr in Frage. Die Einwände, daß die Juden ihre geringe Gesamtsterbeziffer der ihrer niedrigen Geburtenziffer entsprechenden geringen Säuglingssterblichkeit zu verdanken haben, werden damit zu entkräften gesucht, daß die Prozentanteile der Sterbefälle im ersten Lebensjahre an den Gesamtsterbefällen bei Juden und Christen in einigen Städten (Krakau und Lemberg) miteinander verglichen werden. Abgesehen davon, daß das statistische Material zweier Städte nicht ausreicht, um damit den Gegenbeweis anzutreten, sind diese Ziffern doch gar nicht vergleichbar; denn da, wo die erste Altersklasse stärker besetzt ist — wie dies bei den noch überaus fruchtbaren polnischen Juden der Fall ist —, muß auch der Prozentanteil der Sterbefälle im ersten Lebensjahre eine höhere Summe ausmachen als dort, wo diese Altersklasse weniger besetzt ist. Die richtige Berechnung auf je 100 Geborene ergibt auch in diesen Städten eine niedrigere Säuglingssterbeziffer bei den Juden als bei den Christen. Von Rußland wird eine Säuglingssterbeziffer zitiert mit 69 bei den Juden und 62 bei den Griechisch-Katholiken, dabei fehlt sowohl die Angabe der Zeit als auch die der Berechnungsart, so daß der Leser über die Bedeutung dieser eigenartigen Zahlen im Unklaren bleibt. Bei den S. Rosenbaum entlehnten Ziffern fehlt außer der Zeit sogar der Ort. Von Preußen wird Seite 148 das Verhältnis der Kindersterblichkeit zur Gesamtsterblichkeit bei der Gesamtbevölkerung und den Juden angegeben. Was aber unter „Kindersterblichkeit" hier zu verstehen ist, kann man erst auf Seite 150 entdecken, wo dieselben Zahlen wiederkehren und den Prozentanteil der gestorbenen Personen unter 15 Jahren an den Gesamtsterbefällen darstellen. Auf Seite 151 wird die Säuglingssterblichkeit in Preußen für die Jahre 1822—40 mit 6,97 bei den Christen und 4,59 bei den Juden angegeben. Daß hier die methodisch unzulässige Berechnung auf 1000 Einwohner zugrunde liegt, kann nur ein im Zahlendeuten geübter Statistiker erraten. Der Laie aber muß vollständig in Verwirrung geraten, wenn bald diese Ziffern auf 100 oder 1000 Geburten oder Lebendgeborene, bald auf je 100 Gesamtsterbefälle, bald auf 1000 Einwohner berechnet sind, ohne daß die Berechnungsart angegeben ist. Derartige Kompilationen aus einer Reihe von statistischen Arbeiten haben nur dann einen Wert, wenn die Ergebnisse auf eine einheitliche Basis gebracht werden. Zur statistischen Beweisführung gehört freilich noch etwas mehr; denn eine bloße Paraphrase zeitlich wie räumlich völlig zusammenhangloser statistischer Daten ist noch kein statistischer Beweis.

E. Roesle.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Dauernde Erwerbsunfähigkeit bedingende Leiden der in öffentlicher Armenpflege Konskribierten Münchens. Die unter obigem Titel erschienene, als statist. Studie bezeichnete Münchener Dissertation von Hans Frommel (Verlag U. E. Sebald, Nürnberg 1912) behandelt „die Krankheiten und Leiden, welche durch dauernde Erwerbsunfähigkeit, die sie verursachen, Einfluß besitzen auf die Zusammensetzung" der Armenbevölkerung von München. Dabei bildet die Basis für die zu untersuchenden Beziehungen zwischen gewissen Leiden und dauernder Erwerbsunfähigkeit die Zahl der in München während des Winters 1909/1910 in öffentlicher Armenpflege unterstützten erwachsenen (über 15 Jahre alten) in München heimatberechtigten Personen. Vorwiegend die armen Kranken kommen für die öffentliche Armenpflege in Betracht. Von 7826 im genannten Zeitraum dauernd Unterstützten waren nämlich 6566 (84 %)

infolge eines Leidens erwerbsunfähig. 1642 (25%) davon waren männlichen und 4924 (75%) weiblichen Geschlechts. Die zuverlässige Grundlage für die Untersuchung der konskribierten Armen und ihrer physischen Mängel bildeten die aus den als „Armenbeschreibung“ bezeichneten Akten der Bezirkspflegekommission und den Gutachten der Armenärzte hergestellten Erhebungsformulare der städtischen Auskunftsstelle für Wohltätigkeit und Armenpflege, welche seit Durchführung der Armenstatistik für München vom Jahre 1906 ab fortlaufend ergänzt werden. Das Schema der statistisch zu untersuchenden Armenkrankheiten ist nach sozialpolitischen Gesichtspunkten orientiert, da ja die Armenleiden vorwiegend auf sozial unerwünschte Zustände zurückzuführen sind. Als allen untersuchten Krankheitsgruppen gemeinsam wurden folgende statistische Tatsachen festgestellt: Dem Geschlecht nach überwiegen durchweg die Frauen. Ihre Zahl beträgt nämlich 6112 (78,1%) gegen 1714 (21,9%) Männer. Unter diesen machen die Verheirateten, unter den Frauen die Witwen den Hauptbestandteil aus; es waren 72% der Männer verheiratet und 77% der Frauen verwitwet.

Die Mehrzahl der durch Krankheiten Verarmten stammen aus dem Jahrzehnt 1841/1850. Die statistischen Tabellen über die einzelnen Krankheitsgruppen selbst sind nach folgenden Gesichtspunkten aufgestellt. Für jedes Leiden liegen immer 2 Tabellen vor. Die eine gibt an, wieviel Arme unterstützt werden mußten; diese Personen sind dabei nach Geburtsjahrzehnten gegliedert unter Berücksichtigung von Geschlecht und Familienstand. Die andere Tabelle macht ersichtlich, seit welcher Zeit diese Armen unterstützt werden. Eine weitere, 3. Tabelle kombiniert konstatierte Krankheitsformen und Zugehörigkeit der Betroffenen zu einer Rentenklasse (Unfallrente usw.). Eine 4. Tabelle bringt zur Darstellung, ob und wieviele der in Tabelle I gezählten Personen einer jeden Gruppe von Erkrankten trotz ihres Leidens noch nicht ganz erwerbsunfähig sind.

E. Müller.

In ärztlicher Behandlung befindliche Geschlechtskranke in Frankfurt a. M. Vom Statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. sind in Gemeinschaft mit dem ärztlichen Verein im Jahre 1910 zwei Erhebungen über die in Frankfurt in ärztlicher Behandlung befindlichen Geschlechtskranken veranstaltet worden, von denen die eine in den Februar, die zweite in den November fiel. Die Absicht war, sich über die in Betracht kommenden Zahlengrößen zu orientieren, indem von vorhinein darauf verzichtet wurde, die Gesamtzahl der vorhandenen Geschlechtskranken zu erfassen. Man beschränkte sich auf die Notierung derjenigen, die man ziemlich einwandfrei feststellen konnte, nämlich die Zahl der an einem bestimmten Tag in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken, einerlei, ob sie an dem betreffenden Tag die Sprechstunde ihres Arztes besucht hatten, oder nicht. — Nach den in der „Ztschr. f. öffentl. Gesundheitspflege“ (Köln, bei A. Hager), 1912, erschienenen Ergebnissen betrug die Zahl der Patienten bei der ersten Erhebung 1958, bei der zweiten 2847. Die zweite Erhebung fiel in die Zeit kurz nach Herausgabe des Salvarsan, und die größere Krankenziffer ist, soweit sie sich auf Lues und deren Spätformen erstreckt, auf die stärkere Inanspruchnahme der Ärzte, auch seitens Auswärtiger und an veralteten Krankheiten Leidender, zurückzuführen und kaum auf eine Steigerung der Erkrankungsziffer. Bei Gonorrhoe, welche auch eine größere Krankenziffer bei der zweiten Erhebung aufzuweisen hatte, mögen noch andere Ursachen mitsprechen. Danach ergab sich auch bei den zwei Erhebungen eine verschiedenartige Verteilung auf die drei Hauptkrankheitsformen. Bei der ersten Erhebung fanden sich folgende Anteilziffern: Lues 40,38%, Gonorrhoe 52,17%, Ulcus molle 7,45%, was ungefähr den Ergebnissen anderer Erhebungen, z. B. derjenigen des Kgl. Pr. Ministeriums des Innern vom April 1900, entspricht. Bei der Erhebung vom November 1910 ergab sich aber für Lues 50,3%, für Gonorrhoe 43,5% und für Ulcus molle 6,2%.

Bei der Erhebung wurde noch nach Geschlecht und Zivilstand, nach dem Wohnort (ob am Platze, oder auswärts) und nach dem Ort der Infektion (ob am Platze, oder auswärts) gefragt. Diese Fragen wurden nicht alle vollständig beantwortet, indessen ist evtl. durch genügende vorherige Verständigung ein besseres Resultat zu erzielen. Die Beteiligung der Ärzteschaft ist eine gute gewesen, gegen 80% der angefragten Ärzte haben geantwortet, ein Teil der nicht eingegangenen Antworten kann als Fehlanzeige betrachtet werden, so daß die Beteiligung höher eingeschätzt werden muß. —

Es fanden sich Verschiedenheiten in der Verteilung der Krankheitsformen bei den männlichen und den weiblichen Personen, sowie auch bei den Verheirateten und Unverheirateten.

Methodisch unterscheidet sich die Frankfurter Erhebung von derjenigen im Herzogtum Braunschweig (siehe D. St. Z. 1912 Nr. 4) dadurch, daß man in Braunschweig über einen längeren Zeitraum Anschreibungen vornehmen ließ, während in Frankfurt ein Stichtag angesetzt wurde. Die Braunschweiger Methode hat die Gefahr in sich, daß die Beteiligung der Ärzte wegen des großen Schreibwerks eine geringere ist; ferner enthält eine solche Zählung diejenigen Kranken, welche in dem betreffenden Zeitraum einmal oder mehrmals die Hilfe eines oder mehrerer Ärzte in Anspruch genommen haben, während in Frankfurt gefragt wurde: Wieviel Geschlechtskranke waren zu einem bestimmten Termin in ärztlicher Behandlung.

Daß auch das Ergebnis einer solchen Methode gewisse Lücken aufweist, ist in der Materie selbst begründet; immerhin dürfte diese Beschränkung auf wenigstens einigermaßen sicher und vollständig zu erfassendes Material zu empfehlen sein.

A. Busch.

Ergebnisse einer Diphtherieenquête. In der Schweiz wurde von seiten der Regierung während der Zeit vom 1. März 1896 bis 28. Februar 1898 eine Sammelforschung über das Vorkommen der Diphtherie derart durchgeführt, daß jeder Arzt über jede damals in seine Behandlung gelangende diphtherische Erkrankung eine besondere Zählkarte auszufüllen und an die kantonale Sanitätsbehörde einzusenden hatte; von letzterer gelangten die gesammelten Zählkarten zur Bearbeitung an das Schweizerische Gesundheitsamt. Die Zähl-

karten enthielten, wie aus dem Bericht in der „Zeitschr. f. Schweiz. Statistik" 1912, I. Band, S. 1 bis 275 zu ersehen ist, 13 Fragen, welche sich nicht nur auf den örtlichen und zeitlichen Eintritt und den Verlauf der Erkrankung erstreckten, sondern auch auf den Nachweis von Löfflerschen Spaltpilzen (Krankheitserreger) und den Erfolg des Heilserums. Die Ärzte erhielten für jede der ausgefüllten Zählkarten, die übrigens umsonst geliefert und portofrei weiterbefördert wurden, 1 Fr. Entschädigung. Man hätte nun erwarten dürfen, diese großzügig angelegte Erhebung hätte nicht nur eine befriedigende Bearbeitung ermöglichen, sondern auch neue Tatsachen über die Diphtherie zeitigen sollen. Dennoch ging die Aufbereitung und Bearbeitung des nur 18760 Zählkarten umfassenden Urmaterials im Schweizerischen Gesundheitsamt infolge mangelnder Arbeitskräfte sehr langsam vorwärts und konnte erst im Jahre 1908 beendet werden. Nach Ausscheidung der Doppelzählungen und Fehldiagnosen waren sogar nur 16592 wirkliche Diphtheriefälle übrig geblieben. Demgegenüber konnte man mit Hilfe der auf 7,4 berechneten Sterbeziffer auf 100 Diphtherieerkrankungen und auf Grund der standesamtlich ermittelten Sterbefälle an Diphtherie nachweisen, daß die Zahl der ärztlich behandelten Diphtherieerkrankungen in der Erhebungszeit 22058 betragen haben mußte, daß somit mittels der Zählkarten nur 75,3 % der Erkrankungsfälle von den Ärzten angezeigt worden waren, so daß einschließlich der überhaupt nicht ärztlich behandelten Diphtheriefälle etwa nur zwei Drittel der gesamten Diphtherieerkrankungen bekannt wurden. War schon in dieser Hinsicht das Ergebnis der Erhebung im allgemeinen ein mangelhaftes, so brachte auch das wissenschaftliche Ergebnis derselben nicht viel Neues, denn die Beobachtungen, daß die Diphtherie im ganzen Lande verbreitet ist, daß sie in den größeren Städten alljährlich, in den kleineren Orten hier und da vorkommt, daß sie ferner in dichtbevölkerten Gegenden nie ganz erlischt, in verkehrsärmeren zwar seltener, aber (infolgemangelhafter ärztlicher Behandlung) gefährlicher auftritt, endlich daß mindestens 85—90 % der Fälle Kinder unter 15 Jahre betreffen und daß die frühzeitige Anwendung des Heilserums von unbestreitbarem Erfolg ist, sind nicht neu, insbesondere durch die Forschungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in Berlin bereits festgestellt.

Hieraus dürften sich die statistischerseits beachtenswerten Gesichtspunkte ergeben, daß die mit ihren besonderen Berufspflichten überhäuften praktischen Ärzte für eingehende statistische Erhebungen keine Zeit und kein Interesse besitzen, und daß die zur Kontrolle der örtlichen und allgemeinen öffentlichen Seuchenbekämpfung erforderlichen Unterlagen besser und mit geringerem Aufwand von Geld und Zeit aus der amtlichen Todesursachenstatistik gewonnen werden können, wobei es jedoch wünschenswert ist, die praktischen Ärzte von Zeit zu Zeit erneut auf die Wichtigkeit einer sorgfältigen Bescheinigung der Todesursachen hinzuweisen. *G. Radestock.*

XXIV. Finanzstatistik.

Private Gemeindevermögens-Statistik. Die Aufstellung einer vergleichenden Gemeindevermögens-Statistik bietet dem privaten Statistiker, der hierbei im wesentlichen doch nur auf das in den Verwaltungsberichten der Gemeinden dargebotene Material angewiesen ist, nicht geringe Schwierigkeiten. Vor allem macht sich hier störend geltend, daß der Begriff „Gemeindevermögen" kein feststehender ist, daß vielmehr die einen Gemeinden zum Gemeindevermögen rechnen, was andere nicht dazu zählen. Es sei hier nur an die Posten: Straßen und Plätze, Promenaden und Anlagen, Brücken, Stiftungen usw. erinnert. Weiter ist es für die Vergleichung recht wenig vorteilhaft, daß die verschiedenen Gemeinden bei der Vermögenseinschätzung ganz verschieden verfahren und ihren Berechnungen teils den Anschaffungs-, teils den Zeit-, teils den Verkehrs-, teils den Ertrags- und, wo dies angängig ist, auch teils den Kurswert zugrunde legen.

Hierzu kommt noch, daß viele — und darunter auch große — Gemeinden überhaupt keine Vermögensübersichten veröffentlichen, so daß der Statistik von vornherein gewisse Grenzen gesteckt sind. Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten ist einem Aufsatz von Dr. Johannes Müller-Halle, der unter dem Titel „Versuch einer Statistik des Vermögens deutscher Städte" im 3. Heft des 43. Bandes (III. Folge) der Jahrbücher für Nationalök. und Stat. erschienen ist, die Anerkennung nicht zu versagen.

M. hat insgesamt 101 Verwaltungsberichte von ebensoviel deutschen Städten einer Prüfung unterzogen und davon 68 für seine Zwecke als brauchbar befunden. Das Gesamtvermögen dieser 68 Gemeinden, die insgesamt etwa 7 Millionen Einwohner zählen, beläuft sich fast auf 3½ Milliarde Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung kommt somit ein Durchschnittsvermögen von 485 ℳ. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß die Höhe des durchschnittlich auf einen Einwohner entfallenden Bruttovermögens mit der Größe der Gemeinden abnimmt; es kommen nämlich im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung in den Städten mit über 200000 Einwohnern 603 ℳ, von 100 bis 200000 Einwohnern 402 ℳ, von 50 bis 100000 Einwohnern 396 ℳ, von 20 bis 50000 Einwohnern 324 ℳ und von 10 bis 20000 Einwohnern 253 ℳ. Dagegen sinkt die Verschuldungsquote durchaus nicht im gleichen Verhältnis wie die Einwohnerzahl; denn dieselbe beträgt bei den Städten mit über 200000 Einwohnern 59,33 %, mit 100 bis 200000 Einwohnern 66,88 %, mit 50 bis 100000 Einwohnern 63,75 %, mit 20 bis 50000 Einwohnern 61,80 % und mit 10 bis 20000 Einwohnern 53,85 %.

Gruppiert man die Gemeinden nach der Ähnlichkeit ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, so zeigt sich, daß das durchschnittlich auf den Einwohner entfallende Vermögen in den reinen Industriestädten und da wieder vor allem in Orten mit Großindustrie, wie Barmen, Bochum, Mülheim a. Rh., Witten, Königshütte und Oberhausen, besonders gering ist. Es dürfte dies eine Folge der schnellen Zunahme und der verhältnismäßigen Armut der Bevölkerung sein. Auch die meisten Residenzstädte, wie Dresden, Stuttgart, Braunschweig, Dessau, Gotha usw., besitzen verhältnismäßig wenig Vermögen, was hier darauf zurückzuführen ist, daß die Höfe den Gemeinden, in

denen sie ihren Sitz haben, einen großen Teil ihrer Pflichten abnehmen.

Was die Zusammensetzung der Vermögen anbetrifft, so bestehen diese bei sämtlichen Gemeinden zusammen zu etwas über der Hälfte in bebautem und unbebautem Grundbesitz, zu $^3/_{10}$ in gewerblichen Unternehmungen, zu etwa $^1/_{10}$ in Hypotheken, Forderungen, Aktien und anderen Wertpapieren und zum Rest in Mobilien, Inventar u. dgl. Mit dem Kleinerwerden der Gemeinden steigt dabei im allgemeinen die Bedeutung sowohl des unbebauten als auch des bebauten Grundbesitzes, wohingegen die der gewerblichen Unternehmungen fällt. Weiter zeigt sich, daß bei den Industriestädten und den Residenzen der Anteil des unbebauten Grundbesitzes am Gesamtvermögen bedeutend niedriger, der der gewerblichen Unternehmungen dagegen nicht unwesentlich höher ist als der Durchschnitt.

Die Ursachen für diese Erscheinungen sind bei den beiden Städtegruppen ganz verschiedene. Was zunächst die Industriestädte anbelangt, so erklärt sich deren geringer Grundbesitz daraus, daß es sich hier um Städte handelt, die sich wegen ihres außerordentlich schnellen Einwohnerwachstums zumeist nicht in sehr günstiger Finanzlage befinden und deshalb für ihnen etwa zur Verfügung stehende Kapitalien eine gewinnreichere Anlage suchen müssen, als sie unbebauter Grundbesitz darstellt. Für die Residenzen dagegen gilt auch hier wieder das oben Gesagte: die zumeist zu den Schlössern gehörigen Parks usw. überheben die betreffenden Gemeinden der Pflicht, selbst für solche Anlagen zu sorgen. Die naturgemäße Folge der geringen Aufwendungen für den Grundbesitz ist hier eine Vermehrung des Anteils der anderen Vermögensbestandteile.

Besonders ist ferner zu erwähnen, daß in den untersuchten Vororten (Charlottenburg, Rixdorf, Wilmersdorf, Schöneberg, Mülheim a. Rh. und Wandsbek), namentlich wenn man Charlottenburg außer Betracht läßt, der Anteil der gewerblichen Unternehmungen am Gesamtvermögen ganz bedeutend unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. Es ist dies offenbar eine Folge davon, daß hier die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stammorte zugleich die Tochtergemeinden mit versorgen.

Endlich sei noch erwähnt, daß bei fast zwei Drittel aller untersuchten Gemeinden $^1/_2$ bis $^3/_4$, bei etwa einem Viertel unter $^1/_2$ und bei etwa einem Siebentel über $^3/_4$ des Gesamtvermögens nutzbringend angelegt ist. Dabei zeigt sich, daß bei den verhältnismäßig reichsten Gemeinden der Anteil des werbenden Vermögens am Gesamtvermögen am größten ist. *K. Bormann.*

XXVI. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

Verbreitung von Familiennamen. Um auf die Frage nach der Verbreitung der Familien eine statistische Antwort geben zu können, schien dem Verfasser einer aus dem Münchener Statistischen Universitätsseminar hervorgegangenen Dissertation „Studie über die Verbreitung von Familiennamen in den ländlichen Bezirken der Oberpfalz" (München, A. Viktor, 1911, Preis 1 M. 50 Pf., 154 S.), L. Braun, das einzige mögliche Mittel die Heranziehung der Familiennamen. Denn durch die Existenz eines solchen lassen sich die Glieder einer Familie in männlicher Linie bis ins einzelnste verfolgen.

Dem Verfasser war es vornehmlich, wie er sagt, darum zu tun, zu ermitteln, wieviel verschiedene Namen es überhaupt innerhalb eines bestimmt abgegrenzten Bezirkes gibt, ob sich typische Namen finden, und wie sich die einzelnen Bezirksämter zueinander verhalten. Um die Bezirksämter unter sich leicht zu vergleichen, ihre Verschiedenheit oder Ähnlichkeit in bezug auf die Familiennamen fixieren zu können, wurde die Anzahl der Haushaltungen jedes Bezirksamtes = 100 gesetzt, und die Verschiedenheit der Namen aller Bezirksämter bestimmt durch die Gleichung $X = \frac{100 . a}{b}$ wenn a die Anzahl der verschiedenen Namen der Bezirksamtes, b die Anzahl seiner Haushaltungen bedeutet. Nach dieser Proportion wurde der Prozentsatz der Namensverschiedenheit für die Bezirksämter festgestellt. (Übrigens auch der der 1012 Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern mit 64 199 Haushaltungen, auf welche sich die Untersuchungen der Studie beschränkten.) Der Prozentsatz der Verschiedenheit bewegt sich in den Bezirksämtern zwischen 21 % und 31 %, sinkt bei der Zusammenfassung in dem ganzen Regierungsbezirk Oberpfalz auf 9,48 %. (In den Gemeinden bewegt sich der Prozentsatz zwischen 67 % und 87 %. Mehr als die Hälfte der Gemeinden, 664 von 1012, fallen in diesen Rahmen. Das Minimum ist 41 %, das Maximum 100 %.)

Als das eigentliche Ergebnis seiner Studie bezeichnet der Verfasser das oberpfälzische Namensverzeichnis mit Angabe der Zahl der Bezirksämter, Gemeinden und Haushaltungen, über welche sich der betreffende Namen erstreckt. Insgesamt wurden 6087 verschiedene Namen festgestellt, was einem Verschiedenheitsprozentsatz von 9,48 %, wie schon gesagt, entspricht.

Fast jeder der häufiger vorkommenden Namen zeigt, daß er vor allem ein Gebiet beherrscht, das er sein Heimatland nennen darf, so daß also in jedem ländlichen Bezirk der Oberpfalz es die eine oder die andere Familie ist, die dieses Gebietsteil vorwiegend bewirtschaftet, ja vielleicht auch bevölkert hat.

Mit dieser Studie dürften Grundzahlen festgelegt sein, mittels welcher vielleicht unter Kombination mit der Gebürtigkeit sich in späteren Jahren die Bewegung der Familien statistisch abmessen läßt. Das ist durch die Gebürtigkeit allein nicht möglich, da diese zeitlich zu sehr beschränkt ist, weil sich eine Gemeinde ja immer wieder regeneriert und normaliter weder vom Erdboden verschwindet, noch auch ausstirbt, wie dies bei einzelnen Familien der Fall sein kann. Um in die Bewegung der Familien, die Zellen der Gesellschaft, Klarheit zu bekommen, scheint eine Statistik über die Verbreitung von Familiennamen der einzige Anhaltspunkt zu sein und wohl auch zu bleiben, wie meines Erachtens der Verfasser richtig bemerkt. *E. Müller.*

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Schwache Seiten der Rekrutierungsstatistik. Zwei in der Festschrift zum 70. Geburtstag G. v.

Mayr's enthaltene Abhandlungen beschäftigen sich mit der Militärstatistik. Die eine von Max Mendelson läßt die Rekrutierungsstatistik ganz außer Betracht, lobt aber die militärische Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik, auch die militärischen Zahlennachweisungen über die Schulbildung der Rekruten und die Kriminalität im Heere, bemängelt indes, daß die Etatsstärke des Heeres im Frieden hinter der wirklichen Iststärke zurücksteht, da die große Zahl der Einjährig-Freiwilligen und der zu den Übungen einberufenen Mannschaften nicht mit erfaßt wird, und daß in der Iststärke, wie sie den amtlichen Sanitätsberichten zugrunde gelegt wird, zwar die Einjährigen und Übungsmannschaften, nicht aber die Offiziere, Fachoffiziere und Militärbeamten (im Offiziersrange) inbegriffen sind. Dennoch wird dadurch der innere Wert der militärischen Medizinalstatistik nicht beeinträchtigt.

Dagegen weist Evert in seinem Aufsatz über Rekrutierungsstatistik auf die bisher zu wenig beachteten Schwächen derselben hin, weshalb ein großer Teil der bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen über die Tauglichkeit der Rekruten nach Beruf, Herkunft und Wohnsitz als fragwürdig anzusehen sei. Zunächst betont E., daß der Begriff der Tauglichkeit kein fester, sondern ein ziemlich flüssiger sei, schwankend einmal nach dem jeweiligen persönlichen Urteil der Ersatzbehörden, schwankend sodann je nach Bedarf an Rekruten und nach dem Angebot solcher, schwankend endlich insofern, als die Tauglichkeitsziffer der bei der ersten Musterung als tauglich anerkannten Rekruten höher zu bewerten ist, als die der erst in späteren Gestellungsjahren tauglich befundenen. Hiernach wird man beispielsweise annehmen können (Ref.), daß in einer Großstadt oder in einem größeren Industrieort, wo eine erheblich größere Zahl 20 jähriger junger Leute zur Musterung antritt als auf dem Lande (Ostpreußen), eine erheblich größere Zahl an und für sich tauglicher Leute zur Ersatzreserve oder zum Landsturm 1. Aufgebots verwiesen wird als anderwärts.

Insofern ist es von großer Bedeutung für die Rekrutierungsstatistik, daß im Deutschen Reiche ein neues Aushebungsverfahren mit dem neuen Reichsmilitärgesetz eingeführt werden soll, welches Taugliche I (unbedingt Taugliche) und Taugliche II unterscheidet. Zu letzteren kommen die Leute, die mit kleineren, vom Dienst mit der Waffe nicht befreienden Fehlern behaftet sind. Die Tauglichen I werden sämtlich eingestellt, die Tauglichen II nur insoweit, als die Tauglichen I den Bedarf nicht völlig decken. Die überzähligen Tauglichen I sollen auf das nächste Jahr zurückgestellt werden. Wenn, wie die Militärisch-politische Korrespondenz weiter meldet, die Losung vollkommen wegfallen soll, so wird hierdurch vermieden, daß unbedingt Taugliche und Abkömmliche sich freilosen. *G. Radestock.*

Vermischte Mitteilungen.

Wilhelm Lexis, den neben anderen Wissenschaften auch die Statistik zu ihren hervorragendsten Vertretern und Lehrern zählt, hat am 17. Juli d. J in voller Frische seinen 75. Geburtstag gefeiert. — Am 28. Oktober d. J. feierte **Gustav Pabst**, der frühere Direktor des Statistischen Amts der Hansestadt Lübeck, sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum

Deutsche Statistische Gesellschaft. Die im Vorjahre begründete (siehe D. St. Z. 1911, Sp. 155), unter dem Vorsitz G. v. Mayr's stehende Gesellschaft hat am 22. und 23. Oktober 1912 ihre zweite Mitgliederversammlung in Berlin abgehalten. Der zahlreiche Besuch (121 Teilnehmer) ist nicht weniger den mannigfaltigen Programmpunkten, als den Namen der Referenten zu danken; er darf als Beweis dafür gelten, daß die neue Vereinigung ihre hauptsächlichste Aufgabe erfüllen wird, die darin besteht, den trotz ihrer vielen gemeinsamen Arbeitsgebiete und Ziele bisher eines äußeren Bandes entbehrenden Gruppen von deutschen Statistikern — staatliche Verwaltungsstatistiker, Gemeindestatistiker, Dozenten und wissenschaftliche Privatstatistiker, einschließlich der Fachgenossen aus den deutschsprachigen Nachbarländern — einander näher zu bringen und ihnen Gelegenheit zu unmittelbarem, gegenseitig befruchtendem Gedankenaustausch zu bieten. Die Gegenstände der Tagesordnung betrafen zum größeren Teile die Pflege, Organisation und Technik der Statistik im allgemeinen; aus ihren Ergebnissen kam nur die neuere Bewegung der Geburten und Sterbefälle zur Sprache. Über letztere Frage berichtete Prof. Oldenberg (Greifswald); zu den Punkten allgemeiner Natur gehörten die Referate von Oberbürgermeister Dr. Wilms (Posen) über die Stellung der Statistik in der Verwaltung, von Prof. Dr. Schmid (Leipzig) und Dr. Wolff (Halle) über den statistischen Hochschulunterricht, von Dr. Roesle (Dresden) über graphische Darstellungen, von Dr. Jaeckel (Charlottenburg) über die Frage einer statistischen Zentralbibliothek, endlich die der Ingenieure Williams (Berlin) und Haggenmiller (München) über die neuesten Zählmaschinen. Das ausführliche Protokoll wird, wie das der vorjährigen Versammlung in Dresden, als Beilage zum D. St. Z. erscheinen.

Der XV. Internationale Kongreß für Hygiene und Demographie hat vom 23. bis 28. September 1912 in Washington stattgefunden (siehe D. St. Z. 1912, Sp. 89). Die 9., demographische Sektion, in der Prof. Willcox von der Cornell-Universität in Ithaca, N. Y., den Vorsitz führte, war von zahlreichen amerikanischen und fünf europäischen Statistikern, darunter drei deutschen (den Vorständen des preußischen, des bayrischen und des sächsischen Statistischen Landesamtes) besucht. Für diese waren, außer den täglichen Sektionssitzungen, der statistische Teil der zugleich mit dem Kongreß veranstalteten amerikanischen Hygieneausstellung sowie die Einrichtungen des Volkszählungsamtes von Interesse, dessen im Leitartikel der vorigen Nummer behandelte Tätigkeit nunmehr auch auf andere statistische Erhebungen ausgedehnt worden ist.

Reorganisation der chilenischen Statistik. Durch Gesetz vom 6. Dezember v. J. ist die Statistische Zentralbehörde (Oficina Central de Estadistica) Chiles reorganisiert worden. Die Behörde wird eingeteilt in fünf, zum Teil wieder in Unterabteilungen zerfallende Abteilungen, und zwar: I. Abteilung für Geographie und Demographie, mit Unterabteilungen a) für eigentliche Geographie und Demographie, einschließlich aller klimatischen usw. Verhältnisse, Bevölkerungszunahme sowie Ein- und Auswanderung, b) für Gesundheitswesen und Wohltätigkeit; II. Abteilung für Politik und Verwaltung, mit Unterabteilungen a) für eigentliche Politik und Verwaltung, einschließlich Provinzial-Einteilung, Wahlrechts-Angelegenheiten, Post- und Telegraphenwesen sowie Militärsachen, b) für Justiz- und Polizeisachen, c) für Unterricht; III. Abteilung für Finanzen, für Angelegenheiten betreffend Budget, Steuern und Währung; IV. Abteilung für Volkswirtschaft. mit Unterabteilungen a) für Bergbau, b) für Industrie, c) für Handel und Verkehr, einschließlich Schiffahrt; V. Abteilung für Landwirtschaft, einschließlich Wasserläufe und Viehzucht.

Die verschiedenen Abteilungen haben das auf ihr Arbeitsfeld bezügliche statistische Material zu sammeln und zusammenzustellen; Privatpersonen und private Gesellschaften sind unter Strafandrohung zur Gewährung



der von ihnen verlangten statistischen Angaben über ihre Betriebe verpflichtet. Das Statistische Amt erteilt den Behörden, die mit den statistischen Erhebungen betraut sind, nach einheitlichem Plane Weisungen.

Zu dem Gesetz ist eine Ausführungsverordnung erlassen worden; sie teilt das Land zu statistischen Zwecken in 10 Zonen ein und bestimmt des näheren die in Übertretungsfällen eintretenden Geldstrafen. Das Personal des Amtes soll aus 50 Beamten bestehen. Zum Generaldirektor ist Valentin del Campo ernannt worden. Als erste Veröffentlichung des reorganisierten Amtes ist ein statistisches Jahrbuch für 1910 erschienen.

Bibliographie.

15. Literatur der landwirtschaftlichen Statistik von 1911 an.

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Vorbemerkung. In der Hauptsache ist nur die Landwirtschaft im allgemeinen berücksichtigt worden. Es sind also tabellarische Zusammenstellungen über die landwirtschaftlichen Nebengewerbe (Brennerei, Milch- und Butterproduktion, Gartenbau, Seidenbau, Tabakbau, Weinbau, Moorwirtschaft usw.), sowie solche über die auf die Landwirtschaft bezüglichen Arbeiter-, Export-, Genossenschafts-, Lohn-, Steuer-, Verschuldungs-, Versicherungs-, Wohnverhältnisse usw., ferner auch die Jahresberichte kleinerer landwirtschaftlicher Vereinigungen, die Einzelberichte über landwirtschaftliche Lehr-, Versuchs- und Kontrollanstalten, Kalender usw. außer Betracht geblieben. — Die sehr umfangreiche landwirtschaftliche Zeitschriften- und Zeitungsliteratur konnte nur in ganz beschränktem **Maße** berücksichtigt werden. — Die Literatur der Viehstandsstatistik wird noch besonders zusammengestellt werden.

Allgemeines. Aussichten der Welternte 1911 (Deutscher Reichs-Anzeiger 1911, Nr. 173).

Getreideernte, die, der Welt i. J. 1910. Herausgegeben v. Kgl. Ungarischen Ackerbauministerium. (43 S.) Budapest 1911.

—, die, der Welt i. J. 1911 (Volksw. Mitt. Ungarn 1912, 1.).

Getreideproduktion, die, der Welt i. J. 1910. Herausgegeben v. Kgl. Ungarischen Ackerbauministerium. (104 S.) Budapest 1911.

Heiß, Cl., Die Entwicklung des Ertrages der wichtigsten Getreidearten, ein internationaler Vergleich (Die Ernährung der Pflanze 1911, 18 u. 19).

Saatenstands- und Erntebericht (Nachrichten zur landw. Statistik. Herausg. v. Int. Landwirtschafts-Institut. Rom.)

Anm.: In der v. Mayr-Ehrengabe, „Die Statistik in Deutschland", München 1911, Bd. II, wird die landwirtschaftliche Statistik methodologisch von Schmelzle und Huber behandelt.

Deutsches Reich. Anbau der hauptsächlichsten Fruchtarten (D. Reichs-Anzeiger im Juni u. September).

— von Zuckerrüben für die Zuckerfabriken des Deutschen Reichs (Ebd. v. 22. IX. 1911 u. v. 23. IX. 1912.)

Anbauflächen der hauptsächlichsten Fruchtarten im Juni 1911 (Vierteljahrsh. z. Stat. d. D. R. 1911, 3).

Bartens, A., Zur Entwicklung des deutschen Zuckerrübenbaues in den letzten vierzig Jahren (Bl. f. Zuckerrübenbau 1911, 11).

Behrend, W., Ertrag der Kartoffelernten v. 1882—1892 u v. 1893 ab (Jahrb. Verein d. Spiritusfabr. Deutschlands 1912, S. 443 ff.).

—, Die Kartoffelernte im Jahre 1911 (Ebd. S. 161 ff.).

Ernte der wichtigsten Feldfrüchte im Jahre 1911 im Deutschen Reiche (D. Reichs-Anzeiger, 1911, Nr. 284).

Erntestatistik für [das Deutsche Reich] 1911 (Vierteljahrsh. z. Stat. D. R 1912, 1).

Entwicklung, die, der deutschen Bodenerträge in den letzten 25 Jahren (Mitt. d. hessischen Zentralst. f. Landesstat. 1911, 6).

Falke, F., Die Entwicklung der Bodenkultur in Deutschland (Jahrb. d. D. Ldw.-Ges. 1911, S 62—89).

Gesamtergebnisse der Produktionserhebungen über Deutschlands Kartoffeltrocknungsindustrie i. d. Jahren 1908/09 u. 1909/10 (D. Reichs-Anzeiger 1911, Nr. 226).

Hofmann, M., Geschäftsbericht der Düngerstelle II der D. Ldw.-Ges. f. 1910 u. 1911 (Jahrbuch f. 1912, S. 5 ff).

Hopfenbau und Hopfenernte [im Deutschen Reich] im Jahre 1911 (Vierteljahrsh. z. Stat. D. R. 1911, 4.).

— Desgl. (D. Reichs-Anzeiger 1911, Nr. 241 u. 299).

Krankheiten und Beschädigungen der Kulturpflanzen im Jahre 1909. Zusammengestellt in der Kais. biologischen Anstalt f. Land- u. Forstw. (VIII, 270 S.) Berlin, Parey 1911. ℳ 2.30.

Nachrichten über den Stand der Kartoffeln, des Klees, der Luzerne und der Wiesen im Deutschen Reiche um die Mitte der Monate September, Oktober und November 1911. (D. R.-Anz. 1911, Nr. 211, 237 u. 263.)

Saatenstandsnachrichten für 1911 u. 1912. Monatlich von April bis November. Amtlich. Berlin.

Stand der Herbstsaaten und der Kartoffeln im Deutschen Reiche um die Mitte der Monate Oktober und November 1911. (D. Reichs-Anz 1911, Nr. 248 u. 274.)

Verbindung landwirtschaftlicher Betriebe mit Nebengewerben nach den Berufs- und Betriebszählungen von 1895 und 1907. (Stat. J.-B. D. R. 1911, S. 40 u. 41.)

Wanderausstellungen, die landwirtschaftlichen, in Deutschland 1899—1910. [Arb. d. D. Ldw.-Ges. H. 177.] (V, 186, 197 u. 6 S.) Berlin, Parey. ℳ 5.—.

Waterstradt, F., Statistische Untersuchungen über Futterbau- und Nutzviehhaltung in verschiedenen Gebieten Deutschlands. (Archiv f. exakt. Wirtschaftsforschung 1912, 1.)

Wohltmann, F., Deutschlands Einfuhr und Bedarf landwirtschaftlicher Stoffe aus dem Auslande. (Anh. zum Jahrb. d. D. Ldw.-Ges. f. 1911.)

Bruchholz, K. G., Über den Einfluß der Einführung von Jungviehdauerweiden auf den Brotfrucht- u. Kartoffelbau, sowie den Reinertrag des mitteldeutschen bäuerlichen Wirtschaftsbetriebes. Diss. (168 S.) Jena 1911.

Baden. Anbau, der badische landwirtschaftliche, im Jahre 1911 (Stat. Mitt. Baden 1911, 6).

—, der, von Stoppelfrüchten in Baden im Jahre 1911 (Ebd. 1912, 1).

Badischer Hopfenbau und -Ernte 1911 (Ebd. 1911, 9).

Bewertung, die, des Ernteertrags der wichtigsten Fruchtarten i. J. 1910 (Ebd. 1911, 5.)

— Desgl. i. J. 1911 (Ebd. 1912, 3).

Bodenbenutzung, Anbau u. Ernte im Großh. Baden (teilweise von 1865 an) bis 1911 (Stat. J.-B. f. Baden, Karlsruhe 1912, S. 39—55).

Einrichtungen und Aufwendungen des Staates u. der Kreise zur Förderung der Landwirtschaft. (Ebd. S. 67—70)

Ernte, die badische, 1911 (Stat. Mitt. Baden 1911, 11.)

Hecht, M., Die Landwirtschaft in Baden. (Das Großh. Baden I., Karlsruhe 1911, S. 477—519.)

Organisation der Landwirtschaft im Großh. Baden. (Stat. J.-B. f. Baden, Karlsruhe 1912, S. 71—81.)

Bayern. Anbau, Ernte und Ernteschäden i. J. 1910. (Ztschr. Bayrischen Stat. L.-A. 1911, 1.)

— und Ernte 1899—1911. (Stat. Jahrb. f. 1911, S. 75 ff.)

Arnold, Ph., Die Bodenkulturunternehmungen in Bayern in den Jahren 1903—1910. (Ztschr. 1912, 2 u. 3.)

—, Anbau, Ernte und Ernteschäden im Jahre 1911 in Bayern. (Ebd. 1912, 1.)

Betriebe, die landwirtschaftlichen, nach der Zählung vom 12. Juni 1907. (Stat. Jahrb. f. 1911, S. 69—74.)

Flurvereinigung und Bodenkultur 1903—1910. (Ebd. S. 81—84.)

Lagerhäuser, die landwirtschaftlichen, in Bayern. Betriebsjahr 1909/10. (53 S.). S.-A. aus: Landw. Jahrb. f. Bayern.) München, Gerber u. Gelder, 1912. ℳ 1.75.

Saatenstand in Bayern. Monatlich von April bis November. München, K. B. Stat. L.-A. ℳ —.50.

Elsaß-Lothringen. Anbauflächen der wichtigsten Fruchtarten im Jahre 1911. (Nachr. Stat. L.-A. E.-Loth. Jg. 1911, 9.)
Bodenbenutzung in Elsaß-Lothringen. (Stat. Jahrb. f. 1911, S. 62—72.)
Ergebnisse der landw. Betriebszählung vom 12. Juni 1907. (Ebd. S 55—61.)
Ernte, die, in Elsaß-Lothringen. (Nachr. 1912, 3.)
Ernteerträge in Elsaß-Lothringen. 1871—1911. (Stat. J.-B. f. E.-Lothr. 1912, S. 65—66.)
Thisse, E., Die Entwicklung der elsässischen Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. (166 S.) Berlin, Ebering. ℳ 4.—.

Hamburg. Statistik, landwirtschaftliche, in Hamburg. (J.-B. des Stat. Amts f. 1911, Hamburg 1912, S. 21—23.)

Fragekasten.

O., Fkft. Die Anbauflächen von Flachs und Hanf von 1900 im Deutschen Reich siehe Vierteljahrsh. zur Stat. d. D. Reichs 1902, III, S. 162; neuere Zahlen liegen nicht vor. Von den Einzelstaaten gibt u. W. nur Württemberg alljährlich Nachweise hierüber bekannt (s. Stat. Handbuch f. d. Kgr. W.). In Sachsen wird nur die Anbaufläche von Flachs ermittelt (s. Stat. Jahrb. f. d Kgr. S. 1912, S. 105); die von Hanf ist zu unbedeutend.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Nr. 10 4. Jahrgang 1. Dezember 1912

Jährlich erscheinen 10 Hefte im Jahresumfang von 20 Druckbogen. Preis jährlich 10 Mark.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Regierungsrat Dr. **Johannes Feig**, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin | Geh. Regierungsrat Dr. **Eugen Würzburger**, Direktor des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden | Professor Dr. **Friedrich Schäfer**, Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in Dresden

Aufsätze und Literaturbesprechungen werden honoriert. Formulare, denen die für Besprechungen geltenden redaktionellen Grundsätze vorgedruckt sind, stehen auf Verlangen zur Verfügung.

Die Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich vom 12. Juni 1907 und ihre Literatur.

Von Dr. **Rudolf Meerwarth**, ständiger Mitarbeiter im Kaiserl. Statistischen Amt in Berlin.

(Fortsetzung zu Nr. 5—9.)

V.

Von den drei Zählungen, deren Unterlagen am 12. Juni 1907 gewonnen wurden, hat die der gewerblichen Betriebe von statistisch und vor allem von nationalökonomisch orientierten Kreisen die größte Anfeindung erfahren. Während die Ergebnisse der Berufszählung und der Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe von den Nationalökonomen und auch von zahlreichen Statistikern im allgemeinen gläubig aufgenommen und verarbeitet werden, trotzdem die Unterlagen auch dieser Zählungen die Deutung zahlreicher Probleme nicht erlauben, tritt man den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung bei weitem skeptischer gegenüber. Angesichts der Einwände, die gegen die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vorgebracht werden, muß von vornherein die Tatsache auffallen, daß sie erst jetzt nach dem Erscheinen der Ergebnisse vorgebracht werden. Wie nachher dargelegt wird, weist das System der Zählung des Jahres 1907 gegenüber dem des Jahres 1895 keine wesentlichen Änderungen auf. Die Ergebnisse der Zählung des Jahres 1895 wurden jedoch im allgemeinen kritiklos aufgenommen, eine Tatsache, welche mit anderen der neuen Zählung des Jahres 1907 zum Verhängnis wurde; eine rühmliche Ausnahme machen vor allem G. von Mayr (vgl. seine Besprechungen im fünften Bande seines Statistischen Archivs) und H. Schöbel (vgl. seine Arbeit: Dresdner Berufs- und Gewerbestatistik und die Aufgabe der Berufs- und Gewerbezählungen. Heft 10 der Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden). Die hauptsächlichen Einwände gegen die neue Zählung entstammen bewußt (mit und ohne Quellenangabe) oder unbewußt den Arbeiten dieser beiden Statistiker.

Einleitend einige kurze Bemerkungen über Wesen und System der Zählung der gewerblichen Betriebe. Die Zählung der gewerblichen Betriebe lehnte sich wie die Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe an die Berufszählung an; auf der letzten Seite der Haushaltungsliste fanden sich für Gewerbetreibende im Haupt- oder Nebenberuf folgende besondere Fragen:

Wird von Ihnen selbst oder einer anderen Person Ihrer Haushaltung selbständig als Unternehmer, Eigentümer, Pächter, Handwerksmeister, oder als Direktor, Administrator oder sonstiger Geschäftsleiter, oder als Hausierer, Hausgewerbetreibender, Heimarbeiter, ein Gewerbe, im vorbezeichneten Sinne, wenn auch nur in kleinstem Umfange, oder nur als landwirtschaftliches oder forstwirtschaftliches Nebengewerbe oder neben einem sonstigen Haupterwerb betrieben? (Ja oder nein!) . . . . Wenn Ja, so ist für jedes betriebene Gewerbe ein Gewerbebogen oder ein Gewerbeformular auszufüllen.

Wurden diese Fragen bejaht, so war entweder ein Gewerbeformular oder ein Gewerbebogen auszufüllen.

Inhaber von Gewerben, in denen höchstens 2 Personen einschließlich des Inhabers beschäftigt und keine Umtriebsmaschinen verwendet, keine Motorwagen, Dampfkessel ohne Kraftübertragung, Lokomobilen, Dampffässer, Dampfschiffe, Segelschiffe, Barkassen benutzt wurden und von denen außerhalb ihrer Betriebsstätte keine Personen beschäftigt wurden, hatten für jedes der betriebenen Gewerbe die Fragen gesondert auf je einem Gewerbeformular zu beantworten. Diejenigen Personen, welche ein oder mehrere Gewerbe, wenn auch nur zeitweise, mit 4 und mehr Personen einschließlich des Inhabers, oder — gleichviel welche Personenzahl beschäftigt wurde, — mit Umtriebsmaschinen (Mo-

toren), bewegt durch Wind, Wasser, Dampf, Gas, Elektrizität usw., betrieben oder Motorwagen, Dampfkessel ohne Kraftübertragung, Lokomobilen, Dampffässer, Dampfschiffe, Segelschiffe, Barkassen benutzten oder außerhalb ihrer Betriebsstätte Personen beschäftigten, waren verpflichtet, für jedes der betriebenen Gewerbe einen Gewerbebogen auszufüllen. Im Jahre 1895 waren bekanntlich in beiden Fällen Gewerbebogen auszufüllen. 1907 wollte man hingegen die kleinen Betriebe nicht mit den zahlreichen auf die Großbetriebe zugeschnittenen Fragen des Gewerbebogens belasten und wählte für sie das einfachere Gewerbeformular. Zwei Staaten, Sachsen und Hamburg, schlugen allerdings 1907 einen etwas anderen Weg ein, um ihr gewerbestatistisches Material zu erlangen. Dieses Material bestand in Sachsen erstens aus Zählblättchen, die für die Alleinbetriebe aus den Haushaltungslisten ausgeschrieben wurden, ferner aus den Gewerbeformularen für die übrigen Kleinbetriebe und aus den Gewerbebogen. In Hamburg bestand das Material ebenfalls aus den Zählblättchen für die Alleinbetriebe, für alle übrigen Betriebe aus den Gewerbebogen; das Gewerbeformular wurde in Hamburg also überhaupt nicht benutzt.

Beim Gewerbeformular fehlten im Vergleich zum Gewerbebogen die Fragen nach den Motoren, nach dem Gesamtbetrieb, nach einer etwa vorhandenen Vereinigung von mehreren Betrieben in einer Hand, nach den außerhalb der Betriebsstätten beschäftigten Personen, nach den Filialen; das im Betrieb beschäftigte Personal war nicht in der eingehenden Weise aufzugliedern, wie es der Gewerbebogen vorschrieb. Der Gewerbebogen des Jahres 1907 wies gegenüber dem Gewerbebogen des Jahres 1895 vor allem Veränderungen dahin auf, daß 1907 die offenen Verkaufsstellen sowie die selbständig geleiteten Zweiggeschäfte besonders erfaßt wurden; neu war ferner die Frage nach der Vereinigung mehrerer Betriebe in einer Hand (Frage 14). Die Betriebe, die elektrische Kraft benutzten, hatten 1907 diese Kraft in Kilowatt anzugeben. Die Frage nach dem Arbeiterpersonal sah eine weitere Altersklassengliederung vor als 1895, die Fragen nach den Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern hatten eine andere Fassung als 1895. Entsprechend diesen Erweiterungen zeigen auch die Tabellenbände (Statistik des Deutschen Reichs. Band 213 bis 219), in denen die Ergebnisse der Betriebszählung niedergelegt sind, eine weitergehende Ausgestaltung.

Nunmehr zu den Angriffen gegen die Zählung. Angegriffen wird vor allem die Erfassung des Grundbegriffs der Zählung: des Begriffes Betrieb. So schreibt der bewährte Bearbeiter der Bayrischen Betriebszählung, Dr. H. Schmelzle: „Der Fundamentalbegriff der gewerblichen Betriebszählung ist dem praktischen Leben nicht geläufig“ (vgl. Heft 82 der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. S. 5*). Wie hat man 1907 den „Betrieb“ erfaßt? Zunächst ist hervorzuheben, daß die Betriebszählung darauf verzichtet hat, in den Zählpapieren eine Definition des Begriffes Betrieb zu geben. Die „Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbeformulars“ sowie die „Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbebogens“ haben jedoch eine Reihe Grundsätze und Anweisungen aufgestellt, wann ein Betrieb im Sinne der Zählung vorliegt. In der ersten Anleitung heißt es:

„Betreibt eine Person verschiedenene Gewerbe (z. B. Gastwirtschaft und Fleischerei, Bäckerei und Weinausschank usw.), so sind die Angaben für jedes dieser Gewerbe auf einem besonderen Formular zu machen . . .“

Die Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbebogens gibt folgende Anweisung:

„In der Regel ist für jeden Betrieb ein Gewerbebogen auszufüllen.

Für verschiedenartige Gewerbe sind, auch wenn sie zu einem Betriebe vereinigt sind, unter gemeinsamer Leitung stehen und für sie eine gemeinsame Buchführung stattfindet, getrennte Angaben zu machen.“

Aus der Anweisung für die Gemeindevorstände sei folgender Satz wiedergegeben:

„Wo verschiedene Gewerbszweige zu einem Betriebe vereinigt sind, z. B. Getreide- mit Sägemühle, Eisengießerei mit Maschinenfabrik, Blumen-, Feder- mit Stroh- und Filzhutfabrik, sind für diese Betriebe einmal besondere Gewerbebogen oder Gewerbeformulare aufzustellen und zweitens über die zusammengehörigen Betriebe die in Frage 13 des Gewerbebogens geforderten Nachweise zu geben“.

Nach welchem Gesichtspunkt schied also die Reichsstatistik tatsächlich die Betriebe aus? Maßgebend war, wie man es ausdrückte, der Betrieb im technischen Sinne. Dahin gehen auch die Äußerungen von Personen, die an der Vorbereitung der Zählung unmittelbar beteiligt waren. „Die technische, nicht die wirtschaftliche Einheit soll hiernach maßgebend sein für die Ausfüllung eines besonderen Gewerbebogens oder Gewerbeformulars“. (Vgl. van der Borght: Plan und Organisation der deutschen Berufs- und Betriebszählung von 1907 im *Bulletin de l'Institut International de Statistique.* Band XVII S. 249). Man wollte, wie es in der Anweisung zur Ausfüllung des Gewerbeformulars und des Gewerbebogens heißt, für jedes einzelne Gewerbe (Gewerbe natürlich im technischen Sinne) ein besonderes Zählpapier ausgefüllt haben, auch wenn mehrere Gewerbe zu einem Betriebe vereinigt waren. Es darf nicht vergessen werden, daß in sehr vielen Fällen mit der Erfassung des Gewerbes oder des Betriebes im technischen Sinne auch die Erwerbswirtschaft, die Wirtschaftseinheit oder der Betrieb im wirtschaftlichen Sinn, wie man sich nicht ganz klar ausgedrückt hat, erfaßt ist. Nach den Ergebnissen der Betriebszählung waren von den 4 059 913 Betrieben, welche die Zählung ermittelte, 3 310 047 Betriebe nicht nur technische, sondern auch „wirtschaftliche Einheiten“. Die übrigen 749 866 Betriebe waren hingegen Teilbetriebe, wie sie die Zählung nennt, also lediglich technische Einheiten.

Ist das „technische“ Einteilungsprinzip, also nach dem Gewerbe, eindeutig bestimmt?[1]) Zunächst ist zugegeben, daß man mit diesem Prinzip mit ziemlicher Sicherheit die besonders auf dem Lande häufig vorkommende Verbindung verschiedener Gewerbe wie Gastwirtschaft und Fleischerei, Gastwirtschaft und Bäckerei usw. wird auflösen können. Daß man jedoch mit dem technischen Einteilungsprinzip des Gewerbes moderne Unternehmungen, die sich dadurch kennzeichnen, daß in ihnen zahllose Gewerbe vereinigt sind, eindeutig aufteilen kann, ist mit Entschiedenheit zu bestreiten. Man denke sich eine Eisenbahnwagenfabrik mit den darin vorkommenden „Gewerben“ wie Tischlern, Schmieden, Gießern, For-

1) Die folgenden kurzen Ausführungen gründen sich auf umfangreiche, noch nicht abgeschlossene Untersuchungen, die ich gelegentlich veröffentlichen werde.



mern, Kernmachern, Bohrern, Drehern, Schlossern, Monteuren, Lackierern, Glasern, Sattlern, Tapezierern, Klempnern usw.; soll man diese Unternehmung nach dem technischen Begriff des Gewerbes aufgliedern? Man wollte eine solche Aufgliederung offenbar vermieden haben und machte daher in der Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbebogens im Jahre 1907 (nicht schon 1895) folgenden Zusatz:

„Je ein besonderer Gewerbebogen ist auch auszufüllen:
a) für jede in sich abgeschlossene und zu einer besonderen Betriebsabteilung vereinigte Stufe des technischen Produktionsprozesses, die so gestaltet ist, daß sie auch als selbständiger Gewerbebetrieb vorkommt, z. B. die zu einer Tuchfabrik gehörige Wollwäscherei, Spinnerei, Weberei, Appreturanstalt, Färberei;
b) für jede zur Durchführung des Gesamtbetriebes bestimmte, technisch in sich abgeschlossene und zu einer besonderen Betriebsabteilung vereinigte, ergänzende, vorbereitende, abschließende Arbeit, z. B. die Eisgewinnungsanstalt einer Brauerei, Gasanstalt einer Tuchfabrik, Modelltischlerei einer Maschinenfabrik, Kistenherstellungsanstalt einer Reisstärkefabrik usw.

Bei Handels-, Verkehrs-, Versicherungs-, Bank- und anderen kaufmännischen Betrieben ist je ein besonderer Gewerbebogen auszufüllen für jeden in sich abgeschlossenen und zu einer besonderen Abteilung vereinigten Geschäftszweig, z. B. Hypothekenabteilung einer Bank, die Personenbeförderung einer Dampfschiffahrtsgesellschaft, Möbelabteilung eines Warenhauses."

Also eine neue Umgrenzung der technischen Einheit: eine Stufe des technischen Produktionsprozesses, die auch als selbständiger Gewerbebetrieb vorkommt.[1]) Der Ausdruck „jede in sich abgeschlossene und zu einer besonderen Betriebsabteilung vereinigte Stufe" deutet darauf hin, daß bei der Abfassung der Anleitung neben dem technischen wahrscheinlich noch ein anderes Einteilungsprinzip vorschwebte: das Moment der einheitlichen Leitung. Allerdings weist das angeführte Beispiel der Tuchfabrik darauf hin, daß dies Prinzip als Einteilungsprinzip nicht durchdrang. Im allgemeinen wird eine Tuchfabrik die fünf aufgeführten Stufen des Produktionsprozesses nicht als je einheitlich geleitete Betriebe enthalten; sie würde, wenn das Moment der einheitlichen Leitung Einteilungsprinzip wäre, in der Mehrzahl der Fälle als ein Betrieb, in einigen vielleicht auch als zwei Betriebe gezählt werden müssen. Das entspricht aber nicht dem Sinn der Anweisung. Durch die 1907 geschaffene neue Umgrenzung der technischen Einheit (Stufe des technischen Produktionsprozesses, die auch als selbständiger Gewerbebetrieb vorkommt) ist aber wiederum kein eindeutiges Einteilungsprinzip geschaffen, ist die Willkürlichkeit der Aufteilung nicht aufgehoben. Bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der Gewerbebetriebe und ihrer Tätigkeiten kann man sagen, daß fast jede kleine Teiloperation einer modernen Unternehmung wiederum als selbständiger Gewerbebetrieb vorkommt und daher als Betrieb im technischen Sinn aufgefaßt werden **kann**. Was ist eine Stufe des technischen Produktionsprozesses? Man stelle sich eine große Unternehmung mit über 100 Arbeitern vor, die Eisengießerei und Maschinenfabrikation umfaßt. Unter Heranziehung der Anleitung zur Ausfüllung des Gewerbebogens **kann** der eine Unternehmer die Eisengießerei als einen Betrieb und die Maschinenfabrikation als den zweiten Betrieb aufzählen. Ein anderer Unternehmer, der einen grundsätzlich gleich gearteten Betrieb inne hat, **kann** nach derselben Anleitung die Gießerei aufteilen und Modelltischlerei, Formerei und eigentliche Gießerei als besondere Betriebe unterscheiden, ein dritter Unternehmer außerdem noch die Schmelzerei und Putzerei. Ebenso **kann** der zweite Unternehmer die Maschinenfabrikation in Schmiede, und eigentliche Maschinenfabrik, ein dritter Unternehmer die Maschinenfabrik wieder in Dreherei, Bohrerei, Fräserei, Hoblerei, Montageabteilung aufteilen. Wesentlich ist: ein und dieselbe Unternehmung **kann** in verschiedener Weise in Betriebe aufgeteilt werden; man kann mit dem technischen Aufteilungsprinzip **dieselbe** Unternehmung in zwei, drei, vier, fünf usw. Betriebe aufteilen.

Welches Ziel verfolgte man eigentlich mit der Aufteilung der Erwerbswirtschaften in technische Betriebe? Soweit aus den Textbänden der Zählung von 1882 und vor allem von 1895 eine Auskunft darüber zu erlangen ist, geht sie dahin, daß man die einzelnen Gewerbe, aus denen sich die Unternehmungen zusammensetzen, erkennen wollte. „Unser Gewerbe läßt sich in der spezialisierten Weise nur darstellen, wenn man hierbei zusammengesetzte Unternehmungen in die Spezialbetriebe auflöst; erst dann können sowohl die Vertretung der einzelnen Gewerbezweige als auch die bei denselben obwaltenden Betriebsverhältnisse richtig zur Ziffer gebracht werden." (Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Band 119, S. 17). Das Ziel, die Unternehmungen in ihre einzelnen „Gewerbezweige" aufzugliedern, ist nach dem Gesagten heute undurchführbar; der Begriff des Gewerbezweiges ist nicht mehr eindeutig zu fassen. Aber selbst angenommen, man hätte erreicht, was man erreichen wollte, hätte also in der technischen Einheit einen festen Maßstab gefunden, um die Unternehmungen aufteilen zu können, so wäre es umsomehr eine Aufgabe der Bearbeitung gewesen, die **Art der Kombination** darzulegen. Zu zeigen, welche Betriebe (im technischen Sinn) sich im einzelnen miteinander verbinden. Das geschah und geschieht bekanntlich nicht. W. **Schiff**, der Bearbeiter der österreichischen Betriebszählung, hat deshalb das deutsche System nicht mit Unrecht ein System der starren Fächer und Laden genannt.

Wie schon angedeutet wurde, hat noch ein zweiter Begriff Betrieb Eingang in die deutsche Zählung gefunden: der **Gesamtbetrieb**. Frage 13 des Gewerbebogens lautete:

„Wenn Sie Gewerbebogen über verschiedene Gewerbezweige ausfüllen, so wollen Sie angeben, ob sämtliche oder mehrere Gewerbezweige einen technisch und wirtschaftlich in sich abgeschlossenen Gesamtbetrieb bilden, d. h. gemeinsame Leitung und Buchführung haben . . ."

Häufig — selbst in den Kreisen amtlicher Statistiker (vgl. z. B. van der Borght: Beruf, gesellschaftliche Gliederung und Betrieb im Deut-

1) Diese Umgrenzung, welche die Schwierigkeiten beheben sollte, ist übrigens nicht neu. Ein Fragebogen (*Bulletin-Questionnaire* A) der belgischen Gewerbezählung von 1896 enthielt folgende Anmerkung: „*Certains établissements industriels en contiennent en réalité plusieurs qui pourraient exister isolément. Il faut, dans ce cas, consacrer un questionnaire spécial aux subdivisions de l'établissement qui, par leur importance, pourraient former un établissement séparé.*"

schen Reiche. Leipzig 1910. Seite 87) wurde der Meinung Ausdruck verliehen, der Begriff des Gesamtbetriebes decke sich mit dem der Unternehmung. Das trifft wohl in sehr vielen Fällen zu, grundsätzlich aber nicht. G. von Mayr hat bereits im Anschluß an die Zählung von 1895 im fünften Band seines Statistischen Archivs in kurzen aber deutlichen und prägnanten Ausführungen darauf hingewiesen, daß sich beide Begriffe grundsätzlich nicht decken. Wenn neuerdings R. Passow (vgl. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. 1911. Neue Folge. 2. Jahrgang. S. 219ff., S. 323ff.) in umfangreichen Darlegungen nochmals die Unterschiede zwischen Gesamtbetrieb und Unternehmung dargelegt hat, so sind diese Ausführungen zwar keineswegs originell, aber doch dankenswert, umsomehr, als selbst das amtliche Tabellenwerk der Zählung des Jahres 1907 (vgl. Statistik des Deutschen Reichs. Band 214, Abteilung II, Heft 2. S. 1) diesen Unterschied verkannt hat. Man kann, wenn man will, bereits aus der oben wiedergegebenen Fassung der Frage 13 des Gewerbebogens schließen, daß eine Gleichsetzung der Begriffe Gesamtbetrieb und Unternehmung von vornherein nicht beabsichtigt war. In Frage 13 wird nämlich ersucht, anzugeben, ob sämtliche oder mehrere Gewerbezweige einen technisch und wirtschaftlich in sich abgeschlossenen Gesamtbetrieb bilden, d. h. gemeinsame Leitung und Buchführung haben. Man könnte beispielsweise an eine Unternehmung wie an die Firma Heinrich Lanz in Mannheim (vgl. Heinrich Lanz. Fünfzig Jahre des Wirkens in Landwirtschaft und Industrie 1859/09. Verlagsbuchhandlung Paul Parey) denken, bei der einzelne Werke wie z. B. die Lokomobilfabrik oder die Dampfdreschmaschinenfabrik gegebenenfalls als je ein Gesamtbetrieb aufgefaßt werden. Wie tatsächlich verfahren wurde, weiß ich nicht; ich glaube allerdings mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen zu können, daß die ganze Firma Heinrich Lanz als ein Gesamtbetrieb aufgefaßt wurde und — jetzt beginnt die zweite Unsicherheit — entweder die beiden Riesenbetriebe Lokomobilfabrik und Dampfdreschmaschinenfarbik als Teilbetriebe aufgefaßt wurden oder bei der Vieldeutigkeit des Begriffes Gewerbezweig sowohl die Lokomobilfabrik als auch die Dampfdreschmaschinenfabrik in zahlreiche Teilbetriebe zerlegt wurden. Es wäre also schließlich ein Gesamtbetrieb mit zahlreichen Teilbetrieben vorhanden; die deutliche und ökonomisch relevante Gliederung des Unternehmens in zwei große Werke wäre völlig verschwunden.[1])

Daß sich Gesamtbetrieb und Unternehmung in vielen Fällen nicht decken, geht schon aus der Behandlung der Zweiggeschäfte (Zweigbetriebe) hervor. Wie in den Vorbemerkungen zu Tabelle 7, Hauptgeschäfte und Zweiggeschäfte, (vergl. Statistik des Deutschen Reichs Band 213, S. 288 und 289) ausgeführt ist, galten die Zweigbetriebe (Zweiggeschäfte) statistisch als selbständige Betriebe. Eine Statistik der Unternehmungen hätte sie den Hauptgeschäften zurechnen müssen. Die Unkongruenz der Begriffe Gesamtbetrieb und Unternehmung ergibt weiter die Frage 14 des Gewerbebogens und die auf Grund der Ergebnisse dieser Frage aufgestellte Tabelle 14 (die Vereinigung größerer selbständiger Gewerbebetriebe in der Hand eines Inhabers. Stat. d. D. Reichs. Bd. 214, II. 2. S. 42 ff.). Frage 14 des Gewerbebogens lautete:

„Wenn der Betriebsinhaber außer den in Frage 13 bezeichneten Gewerbebetrieben noch sonstige Gewerbebetriebe am selben Orte oder an anderen Orten des deutschen Reichs besitzt, für welche Gewerbebogen auszufüllen sind, so sind diese Betriebe unter Angabe des Betriebssitzes hier zu nennen (z. B. Brauerei hier und Mälzerei in X in Württemberg, Mahlmühle und Schneidemühle in Y in Baden)."

Die durch die Frage 14 erfaßten Betriebe wurden nicht den Gesamtbetrieben der Frage 13 zugerechnet, obwohl sie zweifellos in den meisten Fällen der gleichen Unternehmung angehören, die durch die Frage 13 getroffen wurde. Mit der Frage 14 erfaßte man in der Mehrzahl der Fälle weitere Betriebe der Unternehmung. Man denke an die für die moderne Volkswirtschaft so bedeutungsvollen kombinierten Unternehmungen; die Betriebe einer solchen Unternehmung liegen oft räumlich und örtlich auseinander und zwar, wenn möglich, an den für die einzelnen Betriebe günstigsten Standorten. Eine Aktiengesellschaft, die an einem Ort des Reichs eine Eisengießerei, an dem andern eine Maschinenfabrik hat, umfaßt wohl zwei Gesamtbetriebe, bildet aber nur eine einzige Unternehmung. Die bereits erwähnte Tabelle 14, welche die Vereinigung größerer selbständiger Gewerbebetriebe in der Hand eines Inhabers darzustellen versucht, ist, selbst wenn man die in den Vorbemerkungen zur Tabelle hervorgehobenen Bedenken bezüglich der Behandlung der Zweiggeschäfte außer Acht läßt, kaum geeignet, einen tieferen Einblick in die Betriebsverhältnisse von Riesenunternehmungen zu geben. Auch wenn eine weitere Gliederung der Betriebe der Tabelle 14 nach Gewerbearten anstatt nur nach Gewerbeklassen gegeben worden wäre, auch wenn versucht worden wäre, die gerade hier so notwendigen geographischen Details über die Lage der einzelnen Betriebe zu bieten, so glaube ich doch nicht, daß etwas Ersprießlicheres herausgekommen wäre.[1]) Es scheint, als ob zur Darstellung solcher Riesenbetriebe die tabellarische Darstellung allein nicht ausreicht; zur Ergänzung muß eine Art monographischer Darstellung herangezogen werden, welche aber die Grundrisse den Zählpapieren, nicht etwa anderen Quellen entnimmt.

Ich habe, um es nochmals zu wiederholen, aus meinen Untersuchungen lediglich einige mir wesentlich erscheinende Angriffspunkte gegen die Brauchbarkeit der von der Betriebszählung verwendeten Grundbegriffe herausgegriffen. Ich hielt es an dieser Stelle nicht für angebracht, auch gleichzeitig Verbesserungsvorschläge vorzubringen. Selbstverständlich habe ich einige Vorschläge bereit; sie haben vor allem die individuelle Ausgestaltung der Zählpapiere nach einzelnen Industrieen und die Erfragung durch bezahlte Zähler im Auge. An dieser Stelle halte ich mich jedoch für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß von den Vertretern der Volkswirtschaftslehre und, was noch auffallender ist, von den Vertretern der Privatwirtschaftslehre bisher fast nichts geleistet wurde, um die in Frage stehenden Begriffe Betrieb und Unter-

1) Dieses Beispiel zeigt zugleich nochmals mit aller Deutlichkeit, daß es nicht möglich ist, umfangreichen Unternehmungen mit den Begriffen Gewerbezweig, Betrieb im technischen Sinn, Stufe des technischen Produktionsprozesses, Gesamtbetrieb usw. beizukommen.

1) Auf Grund der Erfahrungen bei der Zählung von 1895 hatte Feig in einer methodischen Betrachtung über die Betriebseinheit (Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch. 56. Jahrg, 1900, S. 658ff.) die Gliederung nach Gewerbearten und die Zusammenfassung nicht nur der Teilbetriebe am gleichen Orte, sondern auch der örtlich getrennten Haupt- und Zweiggeschäfte gefordert.

nehmung zu klären. Eine deutliche Unterscheidung zwischen beiden Begriffen wird zwar in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur vorgenommen. Man erinnere sich nur des vorzüglichen Buches von Alfred Weber über den Standort der Industrieen; ich habe jedoch auch hier keine Stelle finden können, aus der ersichtlich wäre, wie Weber beide Begriffe trennt. Der einzige der versucht hat, einen fruchtbaren Begriff des Betriebes (im Gegensatz zur Unternehmung) aufzustellen, ist Sombart; vgl. seinen „Modernen Kapitalismus", Bd. I, S. 3ff. Für ihn wird der Begriff des Betriebes durch die Einheitlichkeit der Leitung konstituiert; für ihn ist Betrieb gleich Organisationseinheit, nicht etwa, wie z. B. Schöbel seine Ausführungen deutete, gleich technische Einheit. So fruchtbar der Begriff Sombarts für volkswirtschaftliche Untersuchungen sein mag, für die Zwecke des Statistikers ist er, wie mir übrigens mein verehrter Lehrer Sombart immer zugab, nicht brauchbar. Die Feststellung des „Betriebes" ganz fallen zu lassen und nur die Unternehmung oder Erwerbswirtschaft zu erheben, wie jetzt vielfach von Statistikern vorgeschlagen wird, halte ich für unzweckmäßig; gerade die erwähnten Untersuchungen Alfred Webers haben gezeigt, welch hoher Erkenntniswert schon bezüglich des wichtigen Standortproblems einer Aufgliederung der Unternehmungen in ihre Werke oder Betriebe zukommt. Aber nicht nur der Begriff Betrieb, auch der Begriff der Unternehmung selbst erfordert eine neue Durchleuchtung. Wo liegt eine Unternehmung, wo liegen mehrere vor? Man denke, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an Gebilde wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften. Eine Klärung dieser Begriffe ist unbedingt nötig; sonst wird auch die nächste Betriebszählung in entscheidenden Richtungen ergebnislos verlaufen. (Forts. folgt.)

Die Statistik auf der International. Ausstellung für Sozialhygiene in Rom 1912.

Von Prof. Dr. **Alfredo Niceforo** in Rom.

Die diesjährige hygienisch-soziale Ausstellung in Rom hat eine große Menge von Tatsachen und von Gegenständen vor Augen geführt, die mit der Hygiene und mit der Rassenverbesserung zusammenhängen. Was aber die graphische Statistik betrifft, so bot sie nur wenig Neues von Belang; denn der größte Teil der ausgestellten Graphiken hatte sich schon auf der Dresdner Hygiene-Ausstellung von 1911 befunden.

Wenn ich dennoch einem Ersuchen der Redaktion um Mitteilungen über die Rolle der graphischen Darstellungen nachkommen zu sollen glaubte, so geschah es insbesondere, um auf einige Darstellungsarten hinzuweisen, die mir geeignet scheinen, dem Laien statistische Erscheinungen leicht verständlich und interessant zu machen; ferner, um auch einiges über die demographischen, hygienischen und sozialen Tatsachen aus Italien zu berichten, die durch die graphischen und plastischen Darstellungen vorgeführt wurden. Allerdings fehlten diejenigen Darstellungsarten, die mir für diesen Zweck die am besten geeigneten scheinen, vollständig, nämlich plastische Darstellungen größeren Formats, die durch den Unterschied der Farbe und der Größe die Auffassung der Zahlen am meisten erleichtern; denn die plastische ist zweifellos diejenige Darstellungsform, die z. B. eine Erscheinung wie die Abnahme der Pockensterblichkeit in Italien in der Zeit von 1887 bis 1905 von 12 auf 2 von je 100000 Einwohnern am einfachsten zur Erscheinung bringt, sei es nun in zylindrischer, kubischer, Pyramidenform usw. Ebenso läßt sich die Zusammensetzung einer Zahlenmasse am augenfälligsten mittels großer plastischer Darstellungen zeigen, deren Gesamtvolumen der Gesamtheit der Zahlen entspricht, während die einzelnen Teile durch die Farbe unterschieden sind; dies würde z. B. auf die Darstellung der Tatsache anwendbar sein, daß von 100 italienischen Militärpflichtigen 45 für tauglich erklärt, 27 aufs nächste Jahr zurückgestellt und 28 nicht genommen werden; und daß bei den 27 zurückgestellten der Grund 26 mal Krankheit, 1 mal ungenügendes Körpermaß ist, während bei 5 von den 28 untauglichen der letztgenannte Grund und bei 23 Krankheit vorliegt. Ein hölzerner Zylinder von etwa 1 m Höhe und 20 cm Durchmesser würde die 5 Zahlen, die hier in Betracht kommen, durch 5 verschiedene Farben vortrefflich unterscheiden.

Weiter fehlte auch ein Hilfsmittel, das sich zur Verbreitung von hygienischen Kenntnissen, wie sie durch die graphischen Darstellungen ausgedrückt werden, als sehr geeignet bei verschiedenen früheren Ausstellungen erwiesen hat, z. B. bei den Internationalen Tuberkulose-Ausstellungen und namentlich in ihren deutschen Abteilungen. Ich meine die Auslegung kleiner Abbildungen der graphischen und plastischen Darstellungen (letztere perspektivisch), die in großer Auflage hergestellt werden und von den Besuchern mitgenommen werden können. Es dürfte dies das geeignetste Mittel sein, um diejenigen Kenntnisse zu verbreiten, die unter die Menge zu bringen der hauptsächlichste Zweck der sozial-hygienischen Ausstellungen ist.

Eine dritte Lücke, auf die ich noch hinweisen muß ist wohl allen derartigen Ausstellungen gemeinsam; ich verspreche mir von ihrer Erwähnung im D. St. Z., daß sie bei künftigen Ausstellungen nach Möglichkeit ausgefüllt werden wird. Es ist Tatsache, daß die dem Publikum vorgeführte graphische Statistik, die den zeitlichen Gang einer Erscheinung zeigen soll, immer nur auf Grund der rohen Zahlen konstruiert wird. Es wäre aber sehr zweckmäßig, wenn neben den zerstückten Kurven eine interpolierte Kurve oder eine interpolierte geneigte Linie eingezeichnet würde. Diese würde, während das Diagramm mit den rohen Zahlen den Besuchern die Entwicklung von Jahr zu Jahr zeigt, in beredter Weise die allgemeine Tendenz der Entwicklung vorführen.

Die hierzu erforderlichen Berechnungen würden bezüglich der hauptsächlichsten Erscheinungen, wie die Abnahme der Sterblichkeit und der Geburten, die Zunahme des Selbstmords, die geringe Abnahme der Heiratsziffer in einigen Staaten, die durch eine mittels einfacher Interpolation aufzustellende geneigte Gerade darzustellen wären, nur wenige Berechnungen erfordern und doch die allgemeine Tendenz oder das zutage tretende „Gesetz" unmittelbar zeigen. Will man z. B. die Abnahme der zur Kenntnis der Behörden gelangten Fälle von Mord in Italien für den Zeitraum 1889 bis 1904 darstellen, die von 13,3 auf 9,1 (auf 100000 Einwohner) sank, so bringt die Gleichung $y = 11{,}8 - 0{,}302\ \psi_1$ die Erscheinung deutlich zum Ausdruck.[1]) Die Zunahme des Selbstmords im gleichen Zeitraum von 4,9 auf 6,5 wird durch die Gleichung einer interpolierten geneigten Geraden ausgedrückt, für die sich $y = 5{,}9 + 0{,}07\ \psi_1$ stellt.

Gleichermaßen kann passend eine Erscheinung, wie die Abnahme der Analphabeten, auf Grund der Zahl der Heiratenden, die den Ehekontrakt unterzeichneten, durch eine abfallende Gerade dargestellt werden, deren Gleichung $y = 44{,}5 - 0{,}94\ \psi_1$ ist Die der abnehmenden Sterblichkeit ist $y = 23{,}7 - 0{,}34\ \psi_1$, die der abnehmenden Geburtenziffer $y = 34{,}6 - 0{,}48\ \psi_1$. Ohne Zweifel würde eine graphische Darstellung von solchen interpolierten Linien und Kurven sich den Besuchern deutlich einprägen, und es ist zu wünschen, daß bei künftigen Ausstellungen ähnlicher Art man sich dieses wirksame Hilfsmittel nicht entgehen lasse.

Der rhythmische Gang bestimmter Erscheinungen läßt sich, um ihn in geeigneter Weise darzustellen, mittels trigonometrischer Interpolation berechnen. Der Einfluß der Jahreszeiten auf die verschiedenen Formen menschlicher Tätigkeit, auf Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit,

1) Siehe hierzu die Abhandlung des Verfassers *„Qualche questione di metodo nelle ricerche di antropologia criminale"* in *„Rivista di antropologia"*, Rom 1911, wo eine Anzahl von Ziffernreihen sich finden, die auf diese Weise Erscheinungen aus den Ergebnissen der italienischen Sozialstatistik zum Ausdruck bringen; ferner seine in der nämlichen Zeitschrift erschienene Abhandlung *„La Eterogeneità delle provincie italiane"*.

Verbrechenshäufigkeit, Selbstmord ist mehrfach untersucht und in graphischen Tafeln auf Ausstellungen medizinisch-sozialen Charakters dargestellt worden. Die italienische Selbstmordstatistik ist sehr reichhaltig und liefert Angaben über verschiedene Umstände, unter denen der Selbstmord stattfindet. So ergibt sich für die Zeit vom Januar bis zum Juni alljährlich eine Zunahme, der eine Abnahme bis zum Oktober oder November und dann wieder eine Zunahme folgt. Dieser Kreislauf würde sehr wirksam zur Erscheinung kommen, wenn man sich der Interpolation mittels trigonometrischer Funktionen bediente, die sich ebenso zur Darstellung aller anderen Erscheinungen eignen, die ein Ansteigen und Absinken in bestimmten Perioden zeigen. Ich habe gelegentlich den analytischen Ausdruck vieler solcher periodischer Erscheinungen ermittelt, die die soziale Hygiene nahe angehen, und habe interpolierte periodische Kurven in der Form von Sinuskurven erhalten, die den jährlichen Rhythmus jener Erscheinung vor Augen führen. Der Rhythmus des Selbstmords in Italien, wie er von Monat zu Monat schwankt, wird dargestellt durch die Gleichung $y = 8{,}333 + 1{,}849 \sin \varphi$; für Frankreich ist die Gleichung $y = 8{,}33 + 1{,}202 \sin \varphi$. Die Kurve der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen in Italien ist $y = 8{,}333 - 0{,}529 \sin \varphi$.

Im Anschluß an diese kritischen Bemerkungen mögen einige Mitteilungen über graphisch-statistische Ausstellungsgegenstände folgen.

Das Ministerium des Innern hat eine größere Anzahl von Kartogrammen mit durch Farbenabstufung unterschiedenen statistischen Eintragungen und von Diagrammen ausgestellt. Die Kartogramme stellen hauptsächlich die Häufigkeit verschiedener Krankheiten in den 16 Landesteilen und den 69 Provinzen dar. Ähnlich wurden, gleichfalls vom Ministerium des Innern, die Infektionskrankheiten in vielen Ländern der Erde auf großen Karten in ihrer Intensität statistisch gezeigt, was offenbar die Aufmerksamkeit und die Wißbegierde der Besucher stark angeregt hat. Die Farbenabstufung erfolgte allerdings manchmal etwas willkürlich, so daß z. B. eine Farbe die Erscheinungen mit der Intensität 0—5, die folgende die mit 6—20, weiter 20—50 usw. darstellte. Dadurch sollten bestimmte Gegensätze zwischen verschiedenen Gegenden noch auffallender in die Erscheinung treten. Bandförmige Kartogramme, die sich z. B. zur Darstellung einer Erscheinung längs einer Eisenbahn eignen, wurden nicht gebracht.

Die Generaldirektion des Gesundheitswesens stellte ein Diagramm von 200×350 cm aus, das sehr viel Aufmerksamkeit erregte; es sollte durch Kurven die Bewegung einer Anzahl wichtiger und symptomatischer Erscheinungen im wirtschaftlichen, sozialen und hygienischen Leben Italiens für die Jahre 1888 bis 1906 zeigen, wie den auswärtigen Handel in Lire auf einen Einwohner, Sparkasseneinlagen (beides stetig ansteigend), Malariasterblichkeit (rasch abfallend), Einfuhr, Verkauf und Verteilung von Chinin (stark steigend), landwirtschaftliche Produktion, Ausgaben für Bodenverbesserung (steigend), Getreideverbrauch in Zentnern, Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter (steigend). Hauptsächlich fiel in dem großen Diagramm die bedeutsam abfallende Kurve der Malariasterblichkeit auf. Tatsächlich wird ja in Italien diese Volkskrankheit mittels des Chinins und der Bodenverbesserung — die Ausgabe hierfür ist von 14 auf 50 Lire jährlich auf 100 Einwohner gestiegen — aufs erfolgreichste bekämpft, und die Zahl der Todesfälle an Malaria und Sumpffieber auf 100000 Einwohner ist im Zeitraum 1887 bis 1905 von 71 auf 23 heruntergegangen. Ähnliches gilt von allen anderen Infektionskrankheiten; bei Pocken beträgt das Ziffernverhältnis in den beiden Jahren 54,9 und 1,4, bei Masern 80 und 20, bei Scharlach 49 und 5, bei Typhus 63 und 32, bei Diphtherie 83 und 9, bei Blattern 2,4 und 0,9 bei Tollwut 0,3 und 0,1, bei Pellagra 12,5 und 7,1, bei Kindbettfieber 8,5 und 2,9, bei anderen Schwangerschafts- und Entbindungskrankheiten 15,0 und 6,7. Selbst wenn man den Mängeln der Todesursachenstatistik Rechnung trägt, die daraus entspringen, daß die Ärzte bei der Angabe der Todesursache ungleichmäßig verfahren, daß die Bezeichnung der letzten Krankheit eine vorher vorhanden gewesene chronische Krankheit nicht zur Erscheinung bringt, welcher der Tod vielleicht tatsächlich zuzuschreiben war, daß endlich die Fortschritte der Pathologie zu anderer Einreihung mancher Krankheiten führen, — so bleibt doch die Abnahme der Infektionskrankheiten in Italien eine unbestreitbare Tatsache.

Einige andere Kurven jenes Diagramms sind wohl weniger bedeutsam als die genannten. Die landwirtschaftliche Produktion ist z. B. kein untrügliches Merkmal der wirtschaftlichen Blüte des Landes; denn die landwirtschaftliche Produktion kann abnehmen, während die industrielle und zugleich der Wohlstand des Landes wächst. Auch die Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft besagt nicht viel ohne gleichzeitige Darstellung der erhöhten Kosten der Lebenshaltung, die bekanntlich nicht so einfach ist. Auch dieses Diagramm verfährt willkürlich in bezug auf die Abstufung der Grade, die bei einer Erscheinung angewendet werden; man findet z. B. die Abstufung 0, 2, 4, 6, 8, 12, 16, 20 usw.

Eine einfache und zugleich elegante Art der Darstellung von Erscheinungen mit rasch ansteigenden Zahlen, bei denen aber das Steigen am Ende weniger wichtig ist als am Anfang, ist die der Verwendung der Logarithmen an Stelle der rohen Zahlen. Wenn die Werte der Funktion mit dem Wachsen der Werte der veränderlichen Größe (z. B. bei der Einkommensverteilung innerhalb einer Bevölkerungsgruppe) rasch sinken, empfiehlt sich eine Darstellung mit doppelter logarithmischer Skala, die man erhält, wenn man den Zahlen der Funktion und denjenigen der veränderlichen Größe die entsprechenden Logarithmen substituiert. Weiterhin könnte man nach der Methode von Cauchy in geeigneten Fällen durch eine geneigte Gerade interpolieren. Alle diese Methoden kamen aber in der Ausstellung nicht zur Anwendung. Dagegen waren in der Abteilung für Unterrichtswesen einige Zeichnungen nach der Methode von Marey zu bewundern, wo auf angeräuchertem Papier die Bewegungen gewisser Muskelpartien zu sehen waren. Obgleich es sich hier nicht um statistische Darstellungen in eigentlichem Sinne handelt, möchten sie doch erwähnt werden, weil diese Zeichnungen sich sehr wohl zu statistischen Vergleichen der Stärke, der Ermüdung, der Atmung, der Erregung usw. verwenden lassen, und weil man wohl noch nicht dazu übergegangen ist, diese Darstellungen, die von den Biologen vom Gesichtspunkt der Form eifrig studiert werden, auch quantitativ auszunützen, was doch nicht schwer sein kann, wenn man bedenkt, daß jede solche Eintragung in Zahlen übersetzt werden kann, die die Länge der Atmung, die Zahl der Schwingungen, ihre Höhe usw. ausdrücken. Dadurch werden richtige statistische Reihen entstehen, die Hunderte von biologischen Eintragungen umfassen und nach den feinsten statistischen Methoden in beredte Diagramme übersetzt werden können. Natürlich soll dieser Hinweis auf ein neues Feld statistischer Betätigung nicht sowohl den eigentlichen Statistikern gelten, als vielmehr jenen Biologen, welche vor der ihrem Fache wie so vielen Zweigen menschlichen Wissens notwendigen methodologisch-statistischen Vertiefung nicht zurückschrecken. Zum Schluß möchte ich die feste Überzeugung aussprechen, daß wissenschaftliche Ausstellungen wie die hier in Rede stehende der Beihilfe statistisch-technischer Fachmänner für die Bearbeitung der graphischen Darstellungen nicht entbehren sollten.

Neues aus der statistischen Literatur.

II. Berufsstatistik.

Heilpersonal im Deutschen Reich 1909. Aus den von Regierungsrat Dr. Würzburg bearbeiteten Ergebnissen der am 1. Mai 1909 erfolgten amtlichen Erhebung über das Heilpersonal, die pharmazeutischen Anstalten und das pharmazeutische Per-



sonal im Deutschen Reiche (Medizinal-statist. Mitt. aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte Bd. 15) wird folgendes hervorgehoben: Approbierte Ärzte sind 30 558 oder 4,81 (bei der vorhergehenden Erhebung vom 1. April 1898: 4,56) auf je 10 000 Einwohner ermittelt worden. Von ihnen standen 26 086 oder 4,14 (4,00) ‰₀ als Privatpraxis treibende Ärzte dem allgemeinen Publikum im Bedarfsfalle zur Verfügung. IhreZahl stieg mit der Größe der Gemeinden dergestalt, daß die ärztliche Versorgung des Publikums in den Großstädten nahezu 4 mal so reichlich war, wie in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Ausschließlich in und für Anstalten beschäftigt waren 3 086 Ärzte, deren Zahl gegen 1898 um 1159 oder 60,1 % zugenommen hat. Nicht weniger als 5 912 der Privatpraxis treibenden Zivilärzte waren Spezialärzte; nahezu drei Viertel derselben kamen auf dei Großstädte. Von den 82 weiblichen Ärzten, die gleichfalls größtenteils in Großstädten wirkten, übten nur 49 Privatpraxis aus.

Es entspricht den eifrigen Bestrebungen der neueren Zeit zur Verbreitung der Zahnhygiene, daß die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung wesentlich günstiger geworden ist. Allerdings wohnten von den insgesamt 2 667 (1898: 1299) Zahnärzten 1 478 in Großstädten und auf Gemeinden mit weniger als 5000 E. kamen ihrer nur 59. Dagegen wohnten in letzteren 1 745 von 7214 oder nahezu ein Viertel der selbständigen Zahntechniker, deren Gesamtzahl gegen 1898 den stattlichen Zuwachs von 92,2 % aufzuweisen hatte.

Eine sehr erhebliche Zunahme ergab sich für die berufsmäßigen Krankenpfleger, nämlich von 29 577 im Jahre 1898 auf 68 818 oder von 5,46 auf 10,83 ‰₀ der Bevölkerung. Selbst die Gemeinden mit weniger als 5000 E., die am geringsten mit ihnen versehen waren, besaßen noch 6,91 ‰₀. Weitaus in der Mehrzahl befanden sich die ausschließlich oder vorwiegend in Heil- und Pflegeanstalten beschäftigten Krankenpfleger, denn sie standen im Verhältnis von 100 zu 41 ausschließlich oder vorwiegend häusliche Krankenpflege ausübenden Personen. Von letzteren kamen auf je 10 000 E. 3,15, in den Großstädten 4,81, in den Gemeinden mit weniger als 5000 E. nur 2,20; 16 299 derselben gehörten einem Genossenschafts- oder Vereinsverbande für Krankenpflege oder einer religiösen Anstalt an, während 3 727 sonstige Krankenpfleger waren. Insgesamt bezifferten sich die sonstigen Krankenpfleger auf 21 407 gegen 47 411 Verbands- usw. Krankenpfleger. Ungeachtet ihrer geringeren absoluten Zahl hatten zu der hohen Zunahme des Krankenpflegepersonals hauptsächlich die sonstigen Krankenpfleger beigetragen. Auch war an der Zunahme das männliche Geschlecht verhältnismäßig stärker beteiligt als das weibliche, obwohl letzteres neuerdings noch durch 55 937 Personen gegen 12 881 männliche vertreten war.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Die Bevölkerungsbewegung der deutschen Großstädte seit der Gründung des Deutschen Reiches. Die unter diesem Titel (bei S. Mehlmeister, Bamberg 1912, Preis 3 ℳ) erschienene Dissertation aus dem Stat. Seminar der Univ. München will sein und ist auch ein „Versuch einer zusammenfassenden und vergleichenden Darstellung der Bevölkerungsvorgänge der deutschen Großstädte" seit dem Jahre 1871. Denn vom Verf., P. Dittmann, werden vorgeführt: Die allgemeine[1] Geburten- und Sterbeziffer, uneheliche Geburtenziffer sowie Unehelichkeitsquote, Säuglings-[2] und Tuberkulosesterbeziffern; die beiden letzteren darum, weil diese Todesursachen in der Gegenwart das größte soziale Interesse erwecken. Die Wanderungen werden nur herangezogen, soweit sie zur Erklärung manchmal nötig sind. Aus diesem Grunde ist das wesentlichste Objekt der Arbeit eigentlich nur die „natürliche" Bevölkerungsbewegung der deutschen Großstädte. Im ersten Teil der Untersuchung sind nun Großstädte jene Gemeinden, die zur Zeit der Ausarbeitung des Themas — 1910/11 — 100000 Einw. und mehr zählten, Städte, die also i. J. 1871 noch nicht durchweg „Großstädte" waren. Im 2. und 3. Teile der Arbeit dagegen, worin behandelt werden die Bevölkerungsbewegung der Gesamtheit der deutschen Großstädte für sich und gegenüber jener des gesamten deutschen Reiches, der einzelnen Bundesstaaten und, soweit möglich, auch der deutschen Mittelstädte und Landbevölkerung: kommen als Großstädte zur Darstellung immer nur jene Gemeinden, welche in dem untersuchten Jahre schon 100 000 Einw. und mehr zählten. Im 4. Teil werden noch ca. 100 Großstädte aus allen fünf Weltteilen mit den deutschen Großstädten verglichen.

Aus der Arbeit ergibt sich folgendes: Die zur Darstellung der Bevölkerungsbewegung herangezogenen Zahlenausdrücke nehmen durchwegs ab, ausgenommen die uneheliche Geburtenquote und die Eheschließungsziffer. Im allgemeinen stehen die sämtlichen Ziffern der deutschen Großstädte günstiger da, als die der ausländischen. „Ein Vergleich innerhalb des deutschen Reiches entkräftete die Ansicht, als ob die deutschen Großstädte gegenüber dem gesamten Reiche, den Mittelstädten und der Landbevölkerung die ungünstigsten Verhältnisse in der Bevölkerungsbewegung aufwiesen." *E. Müller.*

Auswanderung aus dem Deutschen Reich. Auf dem Gebiet der Wanderungen wird relativ am besten die Auswanderung statistisch erfaßt. Diese Bevorzugung der Auswanderung ist darin begründet, daß hier einerseits ein ziemlich offensichtlicher Vorgang, d. i. in erster Linie die Überschreitung der politischen Grenzen des Landes, andererseits ein direktes Interesse des Staates, dem durch die Auswanderung produktive Kräfte entzogen werden, für die statistische Erfassung gegeben ist. In seiner Schrift „Die deutsche überseeische Auswanderung, ein Beitrag zur deutschen Wanderungsgeschichte" (Jena 1912, G. Fischer; 9 ℳ) untersucht W. Mönckmeier die Veränderungen, die sich in der Auswanderungsbewegung im Lauf der Entwicklung herausgebildet haben. Bis ins erste Drittel des 19. Jh. hinein stellt der Südwesten und Westen Deutschlands das Hauptkontingent der Auswanderer; von da ab verschiebt sich der Schwerpunkt der Bewegung langsam nach dem Norden und Nordosten des Reiches.

1) Fruchtbarkeitsziffern werden nicht berechnet, da diese Kraft und Mittel eines einzelnen übersteigen würden, zumal ja auch die Grundlagen dazu, die Alters- und Geschlechtsdifferenzierung der Lebenden wie der Gestorbenen in größerer Erstreckung nicht vorliegen.

2) Die Säuglingssterblichkeit ist dargestellt sowohl auf 1000 Einwohner als auch auf 100 Lebendgeborene.

„In der Gegenwart hat die deutsche Auswanderung ihren einseitigen Charakter verloren und wird zu einer allgemeinen, die ganze Bevölkerung gleichmäßiger erfassenden und auf das ganze Land sich mehr oder minder gleichmäßig erstreckenden Bewegung." Wie allgemein bei der Auswanderung das männliche Geschlecht vorherrscht, so zeigt sich auch in der produktivsten Altersklasse (21—30 J.) ein starkes Überwiegen des männlichen Geschlechts; dagegen stellt in der Altersklasse von 10—21 J. das weibliche Geschlecht den größeren Prozentsatz. Während noch im Durchschnitt der Jahre 1880/84 rund 60 % aller Auswanderer in Familien auszogen, reisten im Durchschnitt der Jahre 1905/09 nur etwa 40% in Familien. Zwar sind die Daten der Berufsstatistik in der Auswanderung mit besonderer Vorsicht zu verwenden, sowohl weil der Auswanderung zeitlich sehr häufig eine innere Wanderung und damit verbunden oft ein Berufswechsel vorausgeht, als auch weil immer noch eine ziemlich große Zahl der Auswandernden, namentlich unter den wirtschaftlich aktiven Elementen, statistisch nicht erfaßt werden; dennoch ergibt sich aus dem unter diesen Gesichtspunkten gewerteten Material, „daß die vorzugsweise familienhafte Auswanderung aus der Landwirtschaft, sowie dem Gewerbe und Handwerk zu einer Auswanderung von einzelstehenden landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Arbeitern und Tagelöhnern geworden ist." Zum Teil liegt eine Art überseeischer Sachsengängerei hier vor, ähnlich wie in Italien. Symptome dafür ergeben sich aus den Ausweisen der recht ungenügenden deutschen Rückwanderungsstatistik, die 1905 eingeführt wurde. Bisher fehlt es an einer einheitlichen, theoretischen Durchdringung der Wanderungsstatistik unter kritischer Würdigung der Methode und Technik der Stoffgewinnung, sowie der internationalen Vergleichbarkeit der Resultate.

K. Heß

Untersuchung der Säuglingssterblichkeit in den Niederlanden. Um die Ernährungsverhältnisse der Säuglinge festzustellen, beschränkte man sich bisher entweder nur auf die statistische Erfassung derselben an einem bestimmten Tage oder auf Nachfragen bei den Impfterminen. Beide Methoden vermögen naturgemäß nur ein unvollständiges Bild von diesen Verhältnissen und deren Einfluß auf die Sterblichkeit der Säuglinge zu geben. Um ein richtiges Bild davon zu erhalten, ist es nötig, alle in einem Jahre lebendgeborenen Kinder von der Geburt an bis zur Beendigung des 1. Lebensjahres beständig daraufhin zu verfolgen. Da bei der Durchführung der von der Gesundheitskommission im Haag veranlaßten Untersuchung nach den Ursachen der Säuglingssterblichkeit im Haag dieser Weg zum ersten Mal gewählt wurde, so dürften sowohl die angewandten Methoden als auch die in einem Aufsatz des Direktors Dr. Methorst „Die Säuglingssterblichkeit in den Niederlanden und die Untersuchung nach den Ursachen derselben unter Berücksichtigung der Ernährungsweise und der sozialen Verhältnisse der im Jahre 1908 im Haag und Scheveningen geborenen Kinder" (Zeitschr. für Säuglingsfürsorge, Band VI, 1912, Heft 4. 34 S.) niedergelegten Ergebnisse[1]) von Interesse sein.

Der Zweck der Untersuchung sollte sein, die Ursachen der Säuglingssterblichkeit im Zusammenhang mit der Ernährungsweise, der Morbidität und sozialen Verhältnisse zu ermitteln. Um dies zu erreichen, mußte für jedes der i. J. 1908 im Haag geborenen Kinder ein umfangreicher Fragebogen, dessen Inhalt im Jahrgang 1911 obiger Zeitschrift in der Arbeit von Dr. van Wely über die Organisation dieser Untersuchung abgedruckt ist, ausgefüllt werden, was nur dadurch möglich war, daß sich 200 Damen bereit erklärten, die Kinder alle 14 Tage zu besuchen und ihre Beobachtungen in den Fragebogen nach erfolgter Unterweisung einzutragen. Auf diese Weise gelang es, die Stillungsdauer nach Wochen und deren Einfluß auf die Höhe der Sterblichkeit festzustellen. Da auch die Häufigkeit der Krankheitsfälle und insonderheit aller Verdauungsstörungen erhoben wurde, so konnte sowohl der Einfluß der Stillungsdauer als auch derjenige der künstlichen oder gemischten Ernährungsweise auf die Morbidität der ehelichen Säuglinge nachgewiesen werden. Die Gesamterkrankungsziffer belief sich auf 57,7 % bei den ausschließlich natürlich ernährten Säuglingen, auf 59,4 %, bei den gemischt ernährten und auf 68,5 % bei den künstlich genährten Säuglingen. Weitere Tabellen geben die verschiedene Höhe der Sterblichkeit der ehelichen Säuglinge nach der Ernährungsweise an in Kombination mit der Art der Fürsorge (gut, leidlich, schlecht), mit der Beschaffenheit der Wohnungsverhältnisse, mit der Kinderanzahl bei der Geburt des Säuglings, welch' letztere Zahl wiederum nach der Beschaffenheit der Wohnungsverhältnisse (gut, leidlich, schlecht) unterschieden wird, und mit fünf Wohlstandsgruppen, die in einer weiteren Tabelle mit der Kinderanzahl und der Dauer der Stillfähigkeit der Mütter verglichen werden. In letzterer Hinsicht haben sich keine bemerkenswerten Unterschiede ergeben. Aus der Kombination der Stillfähigkeitsdauer mit der Religionszugehörigkeit der ehelichen Mütter geht hervor, daß die Jüdinnen am längsten das Stillen durchführen. Bei den Protestanten und Katholiken bestehen keine Unterschiede. Die Dauer der Stillfähigkeit ist schließlich noch mit dem Alter der ehelichen Mütter (6 Altersklassen), der Geburtennummer und dem Geburtsmonat kombiniert, sodaß diese in methodischer Hinsicht mustergültige Arbeit auf keine Frage die Antwort schuldig bleibt.

Um die aus dieser Untersuchung gewonnenen Kenntnisse späterhin erweitern zu können, wird beabsichtigt, diesen Geburtenjahrgang bis zur Schulreife in ähnlicher Weise weiter zu verfolgen.

Aus diesem nachahmenswerten Beispiel kann man wieder einmal ersehen, welch wertvolle biologische Kenntnisse die Statistik zu schaffen imstande ist, wenn die statistische Bearbeitung derartiger Untersuchungen nicht, wie vielfach bei uns, Laien, sondern berufenen Fachstatistikern übertragen ist.

E. Roesle.

1) Von dem offiziellen Bericht: *„Sterfte in verband met voedingswijze en sociale omstandigheden, onder de kinderen beneden het jaar in 1908 geboren te 's-Gravenhage en Scheveningen"*, herausgegeben von der Gesundheitskommission im Haag, ist bisher (1911) Teil I, Abteilung 1 und (1912) Abteilung 1 (Fortsetzung) erschienen. Beide, von Methorst bearbeiteten Hefte beschränken sich nicht nur auf die Ergebnisse der Haager Untersuchung, sondern enthalten auch dessen neue Forschungen über die Säuglingssterblichkeit in den Niederlanden (nach Quartalen 1904—1911, nach Lebenstagen 1905—1909 usw.)

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die deutschen Studierenden in Prag. Der „Deutsche Zweigverein Prag der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich" hat sich in dankenswerter Weise der Aufgabe unterzogen, die sozialen und insbesondere die Wohnverhältnisse der deutschen Studenten Prags zu erforschen und, wenn nötig, einer Besserung zuzuführen. Die Ergebnisse der zu diesem Zwecke im Sommersemester 1910 eingeleiteten Fragebogenerhebung sind unter dem Titel „Die soziale Lage der deutschen Hochschulstudentenschaft Prags unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wohnverhältnisse. Von Dr. Wilhelm Winkler, mit einem Vorworte von Hofrat Prof. Dr. Heinrich Rauchberg." (Wien, F. Tempsky) 1912, 130 S. Preis 5 K 40 h erschienen und haben gezeigt, wie notwendig ein solches Unternehmen war.

Die soziale Lage der auswärtigen deutschen Studentenschaft in Prag, welche drei Viertel der ganzen Prager deutschen Studentenschaft ausmacht, ist eine sehr schlechte. Nahezu die Hälfte dieser Studierenden (46,3 %) hatte monatliche Einkünfte (bis 80 K), welche nach den Prager Verhältnissen nicht genügen konnten, die Ausgaben für die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Dabei ist aber dieser Zustand, wie die fortschreitende Proletarisierung der deutschen Studentenschaft erkennen läßt, in beständiger Verschlechterung begriffen. Eine wichtige Einnahmequelle, der Nebenerwerb, kommt mangels einer auf die Bedürftigkeit der Bewerber Rücksicht nehmenden Stellenvermittlung hauptsächlich den Wohlhabenden zugute, wobei insbesondere die im großen und ganzen viel weniger bedürftigen Prager Studenten ihren auswärtigen Kollegen Konkurrenz bereiten.

Selbstverständlich muß dieser Mangel an Mitteln auch in dem Wohnen der auswärtigen Studierenden zum Ausdrucke kommen. Annähernd 600, d. i. etwa ein Drittel der auswärtigen Studierenden, wurden in Wohnverhältnissen vorgefunden, geeignet, ihrer Gesundheit einen schweren Schaden zuzufügen, wobei jedoch nicht nur die absolute Zahlungsschwäche vieler Studierenden und der Wohnungsmangel, sondern auch die mangelnde Wertschätzung gesunder Wohnungen seitens der Studentenschaft eine wichtige Rolle spielte. Ein Wohnungsmangel im weitesten Sinne des Wortes hat sich insofern ergeben, als nahezu die Hälfte aller auswärtigen Studierenden (47,1 %) gezwungen war, bei nichtdeutschen Parteien eine Wohnung zu mieten, was eine jährliche Gesamtleistung von rund 140.000 Kronen an diese bedeutete. Außerdem verstanden diese nichtdeutschen Aftervermieter zum großen Teile gar nicht deutsch und gehörten den niederen Bevölkerungsschichten an. Übelstände, welche die Wohnlichkeit stark zu beeinträchtigen geeignet waren, wurden in großer Menge vorgefunden. Demgegenüber stellten sich die Verhältnisse der in Prag bei ihren Eltern wohnenden Studierenden als bedeutend günstigere dar.

Dem Deutschen Zweigverein Prag der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich wird es hoffentlich im Vereine mit dem im März 1912 ins Leben gerufenen Akademischen Wohnungsausschusse gelingen, diese Übelstände zu beseitigen oder zu mildern.

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Die Landwirtschaft der Gegend um Rosenheim. Einen überaus beachtenswerten Versuch einer möglichst erschöpfenden statistischen Monographie enthalten die Studien über soziale und wirtschaftliche Verhältnisse der Gegend um Rosenheim von Lorenz Huber. I. Band: Die Bevölkerung und die öffentliche Fürsorge. II. Bd.: Die Landwirtschaft der Gegend um Rosenheim 1908 und 1909 (Selbstverlag des Verfassers. Zu beziehen durch die Buchhandlung L. Berchtenbreiter in Rosenheim. Bd. I geh. 4,50 ℳ, Bd. II geh. 5 ℳ). Die Arbeit umfaßt insbesondere die beiden Amtsbezirke Rosenheim und Prien, das Bezirksamt Aibling, sowie die unmittelbare Stadt Rosenheim. Während die amtliche Statistik aus äußeren Gründen sich auf Zusammenstellungen und Veröffentlichungen für größere Gebietseinheiten zu beschränken hat, gibt vorliegende Arbeit eine genaue Einzelbeschreibung von Gemeindebezirken. Dabei ist besonders anzuerkennen, daß der Verfasser mit äußerster Sorgfalt nicht allein das veröffentlichte amtliche Material, sondern auch das bei den Gemeindebehörden und sonstigen Stellen vorhandene, interessante statistische Material zusammengetragen hat. Zu vermissen ist jedoch in vielen Fällen die Klarlegung der ursächlichen Zusammenhänge der geschilderten wirtschaftlichen Zustände. In dem ersten Buch seiner Arbeit behandelt Huber die Bevölkerungsverhältnisse, sowie die öffentliche Fürsorge und die öffentlichen Einrichtungen. Das zweite Buch ist der Schilderung des Haupterwerbszweiges der dortigen Bevölkerung, der Landwirtschaft gewidmet. Was der Verfasser in diesem Teil bringt, ist nichts Außergewöhnliches, da die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rosenheim durchaus normale sind. Wie im übrigen Bayern läßt sich auch in der Umgegend von Rosenheim hinsichtlich der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe eine Abnahme, hinsichtlich des Umfanges jedoch eine kleine Zunahme beobachten. Der Getreidebau nimmt ¾ des gesamten Ackerlandes ein. Die demselben dienende Fläche hat seit 1853 merklich abgenommen, weist jedoch seit 1883 wieder eine schwache Zunahme auf. Die Bewegung des Getreidepreises verglichen den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegend zeigt die auch anderwärts beobachtete Tatsache, daß die Zeit der niedrigsten Getreidepreise zusammenfällt mit der Zeit der größten wirtschaftlichen Depression: die Bewegung der Geburten und Eheschließungen weist eine mit der Kurve der Getreidepreise nahezu parallel verlaufende Linie auf, die 1888 ihren tiefsten Stand erreicht, während die Getreidepreise 1887 am niedrigsten stehen, auch ist um die Mitte der neunziger Jahre die Ziffer der Totgeburten am höchsten, der Geburtenüberschuß am geringsten. Hinsichtlich der Stückzahl der Rinder steht das Bezirksamt Rosenheim bedeutend über dem Durchschnitt Oberbayerns. Doch ist die Zahl im Vergleich zur Bevölkerungsziffer zurückgegangen. In der Gegend von Rosenheim hat sich die Bevölkerung von 1840—1905 um 78 %, der Rindviehbestand dagegen um 53 % vermehrt. Die Dienstbotenverhältnisse bezeichnet der Verfasser als verhältnismäßig günstig. Er berechnet auf Grund der gemeindlichen Dienstbotenbücher, wie lange die Dienstboten durchschnittlich in einer Stelle bleiben.

Von je 100 der eingetragenen Dienstboten blieben z. B. in der Gemeinde Endorf in einem Dienst 1—3 Monate 3,7, 3—12 Monate 48,7, 1—2 Jahre 23,7, 2—3 Jahre 7,5, 4—5 Jahre 6,3, 6—10 Jahre 2,5, 11—20 Jahre 6,3, 21 und mehr Jahre 1,3. Die Mehrzahl der Dienstboten treten ihren Dienst am Lichtmeßtag im Februar an. Die meisten Dienstboten sind in der nächsten Nähe der Dienststellen beheimatet. *L. Zach.*

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Vorschläge zur Irrenstatistik. Mit Reformvorschlägen zur Irrenstatistik beschäftigen sich einige Arbeiten von Dr. H. Roemer in Illenau, die infolge der vom Deutschen Verein für Psychiatrie in diesem Frühjahr beschlossenen Umgestaltung der offiziellen Irrenstatistik ein aktuelles Interesse gewinnen. In dem Vortrage „Zur Methodik der psychiatrischen Ursachenforschung" auf der Naturforscher- und Ärzteversammlung 1911 kommt der Verfasser auf Grund eigener, noch nicht veröffentlichter statistischer Untersuchungen zu folgenden Schlußsätzen (vgl. Allg. Zeitschr. f. Psychiatrie, Bd. 68 S. 875).

1. Der jetzige Stand der Deutschen Irrenstatistik kann wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügen, da der allgemein gültige Erhebungsmodus der Reichsmedizinalstatistik unzulänglich ist und die Erhebungsweisen in den einzelnen Bundesstaaten die notwendige Einheitlichkeit vermissen lassen.

2. Die Bedürfnisse der Staatsverwaltung, wie die Interessen der Allgemeinheit in volkshygienischer, nationalökonomischer und sozialer Beziehung erfordern deshalb dringend eine Reform der heutigen Irrenstatistik.

3. Für die klinische Forschung ist die Statistik als formale Arbeitsmethode unentbehrlich; als exakte Gesellschaftswissenschaft hat sie das wichtige, demographisch-psychiatrische Grenzgebiet mit ihr gemeinsam.

4. Die Irrenstatistik hat sich zunächst auf die Anstaltsinsassen jeder medizinalpolitischen Einheit zu beschränken. Sie findet ihre Grundlage in der Verwaltungsstatistik, ihre organisatorische Zentrale in den statistischen Landesämtern. Ihre technische Durchführung ist an das knappe Zählblättchen gebunden. Dieses allein gewährleistet die statistisch-verwertbare Wiedergabe der Beobachtungen und ist zugleich zuverlässiger als die mancherorts benützte ausführliche Fragekarte.

Das Zählblättchen soll enthalten: a) die ausführlichen Personalien einschließlich des Berufes und der sozialen Stellung, b) die diagnostizierte Krankheitsform nach einer zu vereinbarenden zeitgemäßen Einteilung, c) die hauptsächlichsten ätiologischen Momente, deren einwandfreie statistische Erfassung jedoch besonderen Spezialuntersuchungen vorbehalten bleibt.

5. Die Statistik der Anstaltszugänge einer medizinalpolitischen Einheit bedarf für die Zwecke der Verwaltung wie der Wissenschaft der Ergänzung durch die Statistik der freilebenden Geisteskranken. Die befriedigende Durchführung einer solchen ist z. Zt. in Deutschland nicht möglich. Einen annäherungsweisen, aber in ihren Angaben zuverlässigen Ersatz bietet die vom Verfasser vorgeschlagene zentrale Stammliste aller amtlich bekannt werdenden Fälle von Geisteskrankheit innerhalb eines Territoriums.

Als wichtigstes und zugleich schwierigstes Erfordernis jeder Reform war die Frage nach einer zeitgemäßen Einteilung der Krankheitsformen angeführt und zugleich den Fachkollegen der Vorschlag unterbreitet worden, eine Einigung über ein neues Diagnosenschema, die bei dem heutigen Stand der Psychiatrie zugleich eine Verständigung über die wichtigsten klinischen Fragen bedeutet, vorerst in kleinerem Kreise zu versuchen, um dann, ähnlich dem Vorgehen bei der Todesursachenstatistik, durch weitere private Verbreitung die allgemeine Einführung vorzubereiten. Dank dem Entgegenkommen des Herrn Professor Wilmanns gelang es, eine neue Einteilung der Psychosen und Psychopathien für die Zwecke der Statistik zwischen der Gr. Heil- und Pflegeanstalt Illenau und der psychiatrischen Klinik in Heidelberg zu vereinbaren und so die Vertreter der älteren wie der neueren psychiatrischen Anschauungen auf eine klassifikatorische Formel zu einigen. Dieser Abmachung schloß sich auch die Gr. Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch an. Vgl. die Veröffentlichung des Verfassers: „Eine Einteilung der Psychosen und Psychopathien" etc. (Ztschr. f. d. ges. Neurol. und Psychiat. Bd. 11, Heft 1/2, 1912). Um eine einheitliche Einreihung der Krankheitsfälle möglichst sicher zu gewährleisten, wurde für diesen privaten Versuch die Gliederung der Krankheitsformen soweit als möglich ins einzelne durchgeführt, andererseits ergab sich aus systematischen Gründen die Zusammenfassung der Krankheitsformen zu nosologischen Hauptgruppen. Außerdem wurden die Komplikationen mehrerer Krankheitsformen bei der Anweisung zur Wiedergabe durch Nummern besonders berücksichtigt. Da kurz vor dem Erscheinen dieser Veröffentlichung der oben erwähnte Beschluß des Deutschen Vereins für Psychiatrie bekannt wurde, brachte ein Nachtrag die für eine allgemeine Statistik erforderliche Vereinfachung der neuen Einteilung in 16 Gruppen mit 12 Untergruppen.

Die neue Einteilung differenziert vor allem die „einfache Seelenstörung" des bisherigen offiziellen Schemas und unterscheidet die großen Gruppen der manisch-depressiven Formen und der Dementia praecox, sowie die Psychopathien. Ferner sind für die organischen Psychosen, sofern sie nicht der Paralyse zugehören, insbesondere die senile Demenz, entsprechende Rubriken aufgestellt und endlich wurde aus methodisch-technischen Gründen eine besondere Nummer für die unklaren Fälle vorgesehen.

Die genannten drei Institute haben die neue Einteilung versuchsweise eingeführt und außerdem am 1. April 1912 eine einjährige statistische Probeerhebung begonnen, um eine vom Verfasser entworfene statistische Zählkarte auf ihre Verwendbarkeit zu prüfen. Diese enthält neben den Personalien der zugehenden Kranken im wesentlichen bestimmte ätiologische Fragen, die kontradiktorisch zu beantworten sind. Die Frage nach der erblichen Belastung ist ihrer Bedeutung entsprechend besonders berücksichtigt. Auf Grund der neueren Spezialforschungen wurde dabei der Kreis der notierten Angehörigen auf Eltern und

Geschwister beschränkt, dagegen die belastenden Momente (Geisteskrankheit usw.) in möglichster Ausführlichkeit erfragt. Das für die Methodik zu erwartende Ergebnis dieser Erhebung wird seiner Zeit mitgeteilt werden. Doch ist jetzt schon zu erkennen, daß es zweckmäßig sein dürfte, die Statistik der demographischen und die der ärztlichen Daten scharf zu trennen. Während die Personalien der Zugänge annähernd vollständig und sicher erfaßt werden können und sich deshalb für die allgemeine regelmäßige offizielle Statistik eignen, erfordern die ärztlichen Notierungen über erbliche Belastung, äußere Ursachen usw., sollen sie anders überhaupt einem statistischen Zwecke dienen, eine derart genaue Vereinbarung und eindringliche Bemühung der beteiligten sachverständigen und erfahrenen Beobachter, daß ein wissenschaftliches Ergebnis ausschließlich von besonderen Spezialuntersuchungen, nicht aber von einer offiziell angeordneten jährlichen Statistik erwartet werden darf.

Wie die Individualstatistik der Irrenanstalten mittelbar für die wissenschaftliche Erforschung der exogenen und endogenen Ursachen der Geisteskrankheiten nutzbar gemacht werden kann, führt eine frühere Arbeit des Verfassers aus, in welcher er die Anlegung eines Katasters der Geisteskranken eines Landes vorschlägt. „Eine Stammliste aller amtlich bekannt werdenden Fälle von Geisteskrankheit" (vgl. Psychiatr.- neurol. Wochenschrift XIII. Jhrg. Nr. 10. 1911), deren Grundgedanken schon früher der Medizinalstatistiker Weinberg ausgesprochen hat, würde zunächst die regelmäßige Feststellung der Erstaufnahmen der Anstalten eines Territoriums ermöglichen. Hierdurch wäre die Grundlage gegeben für die wissenschaftliche Bearbeitung der demographischen Beziehungen der Geisteskrankheiten z. B. der Morbiditätsverhältnisse bestimmter Altersklassen, Berufe usw. Ferner könnte ein solcher Kataster der psychiatrischen Familienforschung jeder Art am sichersten die wertvollen namentlichen Nachweise liefern. Endlich könnte man so das zuverlässige Material für die exakte Beantwortung der Frage nach der Zunahme der Geisteskranken gewinnen. Die Bedeutung dieser Einrichtung ließe sich noch wesentlich erhöhen durch Einbeziehung aller jener Geisteskranken, bei denen die psychische Störung zwar nicht zur Internierung in einer öffentlichen Irrenanstalt, jedoch zur sozialen Untüchtigkeit und infolge hiervon zu einem bestimmten aktenmäßig festgelegten und statistisch klar faßbaren Ereignis geführt hat. Als solche kommen in Betracht: Nichtzulassung oder Entfernung aus der Schule, Zwangserziehung, Aufnahme in die Hilfsschule, in Epileptiker-, Idioten- und Schwachsinnigenanstalten, in Trinkerheilstätten, Kreispflegeanstalten, Pfründnerhäuser, ferner Ausmusterung oder Entfernung aus dem Heer, Entmündigung, Ehescheidung, Aufhebung der gerichtlichen Verfolgung oder des Strafvollzugs, Invalidisierung durch die Landesversicherung, Unterstützung durch die öffentliche Armenpflege, endlich Selbstmord und die als Todesursache angegebene Geisteskrankheit. Ein solcher Kataster ließe sich nach Art der Einrichtungen, wie sie für die zentralen Auskunftsstellen bei den Armenkommissionen verschiedener Großstädte wie Breslau, Mannheim usw. bestehen, ohne allzugroßen Aufwand an Mitteln durchführen und würde den praktischen Bedürfnissen der Verwaltung wie den notwendigen Erfordernissen der wissenschaftlichen Psychiatrie und Demographie gleich wirksam dienen. Ihre Bedeutung speziell für die psychiatrische Erblichkeitsforschung wird der Verfasser in einer demnächst in dem Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie und Hygiene erscheinenden Arbeit eingehender darlegen.

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens.

Eine Statistik der Heiratsanzeigen. Als eine psychologische Studie können wohl die Ergebnisse einer Untersuchung von R. Kootz („Der Zeitungs-Verlag" 1912 Nr. 37) angesehen werden, die sich auf 18 an einem bestimmten Tage (Ostersonntag 1912) erschienene Zeitungen, von denen 2 auf Wien, 1 auf Prag, die übrigen auf das Deutsche Reich entfielen, sowie auf die der „Leipziger Neuesten Nachrichten" für den Monat Mai bezogen. Die 18 Zeitungen enthielten zusammen 1370, die 29 Nummern des einen Blattes 927, zusammen also 2297 Heiratsgesuche.

Von den 1370 (927) Heiratsgesuchen (da letztere einer einzigen Zeitung, die ersteren aber einer ganzen Anzahl in verschiedenen Gegenden erscheinenden Zeitungen entstammen, so werden die Zahlen hier getrennt wiedergegeben) entstammen von männlichen Personen 765 (504), von weiblichen 497 (299), von Heiratsvermittlern gingen 108 (115) aus. Von den männlichen Personen waren 82 (77) Witwer, 11 (—) geschieden, von den weiblichen 85 (60) bzw. 14 (2).

Die Untersuchung erstreckte sich außer den schon gemachten Angaben auf solche über Alter, Beruf, Vermögen (vorhanden und verlangt), sowie auf das Glaubensbekenntnis. Hier seien nur einige Ergebnisse angeführt. Von 87 (84) Männern, welche über das Alter ihrer zukünftigen Gattinnen Wünsche äußerten, geschah dies bei 75 (77) nach einer jungen, bei 12 (7) nach einer älteren; von den Frauen hingegen äußerte keine einzige den Wunsch nach einem jüngeren, wohl aber 45 (62) nach einem älteren Mann. Den Statistiker werden diese Angaben kaum überraschen; er findet hier nur das Verhältnis wieder, wie es bei den Eheschließungen und im wesentlichen auch bei den Ehescheidungen zutage tritt. — Von den Männern waren 171 (112) im Besitze von Vermögen, 376 (271) wünschten solches, bei den weiblichen Bewerbern war dies bei 231 (101) bzw. bei 18 (16) der Fall. Die Wiener Bewerberinnen traten zwar nicht mit hohen Mitgiften an die Öffentlichkeit; nur in 21 Fällen von 103 überstieg solche 8000 K., dafür haben aber neben den 38 mit Beruf oder Geschäft noch eine Anzahl laufende Einnahmen. Ihr Glaubensbekenntnis geben von den Männern 182 (62), von den Frauen 129 (12) an, und zwar sind von den Männern 100 (60) evangelisch, 34 (2) katholisch, 48 (—) jüdisch, von den Frauen in derselben Reihenfolge: 23 (9), 36 (2), 70 (1).

Die 11 Männer, die sich als geschieden bezeichnen, entfallen sämtlich auf die Wiener Zeitungen, von den 14 Frauen sind es 9. Dieser Umstand beruht wohl darauf, daß man in Wien in diesen Angaben,

z. B. auch bez. des Wunsches nach Mitgift viel offener ist als bei uns, wo man sich scheut, so etwas offen zuzugestehen. Von den 299 weiblichen Bewerbern des erwähnten Leipziger Blattes verbergen sich nicht weniger denn 31 hinter der unklaren Bezeichnung „Dame“ oder „Frau“. Dabei steht nach einer neuerlichen Ehescheidungsnachweisung in Europa z. B. Preußen an vierter, Österreich aber erst an zehnter Stelle. In dieser Hinsicht bieten die Heiratsanzeigen, in größerer Zahl miteinander verglichen, ein nicht unwesentliches Merkmal zur Beurteilung der bestehenden Verhältnisse. Ein Zwang haftet diesen Anzeigen im Deutschen Reiche an, auf den Verf. schon früher bei einer anderen Gelegenheit in der Zeitschr. f. d. ges. Staatsw. hingewiesen hat. Alle Anzeigen dieser Art müssen nämlich den Vermerk „zwecks Heirat“ oder einen ähnlichen tragen, da sie sonst als unsittlich angesehen werden. Durch den Wegfall dieses Zwanges würden gerade diejenigen Leser einer Zeitung, die an den Heiratsanzeigen ein besonderes Interesse haben, vor späteren Enttäuschungen bewahrt werden. Die Anzeigen in den Zeitungen Wiens, wo, wie in ganz Österreich und der Schweiz, dieser Zwang fehlt, sind durchaus nicht unsittlicher gehalten als die bei uns.

Eine strengere Überwachung verlangen die Anzeigen der Heiratsvermittler, die in letzter Zeit zu Mißständen Anlaß geben und sie sind, da die in ihnen enthaltenen Personalbeschreibungen erdichtet sind, bei der Zergliederung des gewonnenen Materials nicht weiter berücksichtigt worden.

Endlich werden die Zeitungen nach der Zahl der in ihnen gefundenen Heiratsanzeigen geordnet. Der Vergleich mit einer früheren gleichartigen Zählung ergibt bei mehreren Blättern starke Zunahmen, bei einigen aber auch Abnahmen.

XXV. Statistische Sammelwerke.

Statistisches Handbuch für das Herzogtum Steiermark. Das Statistische Landesamt für Steiermark hat schon im Jahre 1899 ein „Statistisches Handbuch für die Selbstverwaltung in Steiermark“ veröffentlicht. Dieses Handbuch, welches seither keine Ausgabe erlebte, beschränkte sich ausschließlich auf solche Daten, die sich auf die Selbstverwaltung beziehen. Dagegen ist die vorliegende Publikation (1. Jahrg., Graz 1912, XII und 203 S., 5 K.) als ein statistisches Hand- und Nachschlagebuch allgemeiner Natur gedacht und verfolgt demnach den Zweck, in übersichtlicher Form die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand aller sozialen, wirtschaftlichen, verwaltungs- und finanzrechtlichen Verhältnisse zu schildern.

Als ein Novum kann die ausführlich gehaltene Jagdstatistik angesehen werden, die unter anderem die Daten über Wildfällung, über Arealverhältnisse der Jagdgebiete und über die volkswirtschaftliche Funktion der Jagd in Steiermark zur Darstellung bringt. Auch das Kapitel XX „Statistik des Fremdenverkehres im Jahre 1910“ verdient als eine bisher noch wenig statistisch erforschte Materie besondere Beachtung.

Die Publikation soll von nun an jährlich erscheinen. *E. Spork.*

Statistisches Jahrbuch des Ausschusses der (russischen) **Konferenzen der Vertreter der Industrie und des Handels.** Dieser Ausschuß ist ein wichtiges Vertretungsorgan der Kaufleute und Industriellen in Rußland; mit seinen Wünschen, mit seinen Unternehmungen pflegt die russische Regierung zu rechnen. In diesem Jahre veröffentlichte nun der Ausschuß der Konferenzen zum ersten Male ein statistisches Jahrbuch *Statisticsesky Ezegodnik Sowieta Ssiezdow Predstawitelej Promyschlenosti i Torgowli* (Petersburg 1912; 227 + 121 + 172 + 13 S.), das großen wissenschaftlichen Wert besitzt. In der Einleitung macht die Redaktion auf einige Mängel der russischen offiziellen Statistik und ihrer Organisation aufmerksam, wie die große Dezentralisation, die veralteten Angaben, die Unstimmigkeit der Zahlen usw. Das Jahrbuch zerfällt in 3 Abschnitte.

Der erste enthält die Angaben über Bevölkerung, Landwirtschaft, Bergbau und Industrie. Die Bevölkerung Rußlands wird nach der Volkszählung von 1897 auf 125,6 Mill. berechnet und für 1912 auf 164,7 Mill. geschätzt, wovon 122,1 auf das europäische Rußland entfallen, 12,2 auf Polen, 11,9 auf den Kaukasus, 8,4 auf Sibirien und 10,4 auf Mittelasien.

In Bezug auf den im Privatbesitz befindlichen Grund und Boden zeigt sich zwischen 1871 und *1905* folgende Verschiebung der Prozentanteile: Adel 71,1, *51,2*, Bauernschaft 5,8, *13,2*, Kaufmannschaft und Bürgerschaft 11,7, *16,7*, Klerus 0,2, *0,3*. Die Abnahme des adligen Grundbesitzes und die Zunahme des bäuerlichen hat sich seit dem Jahre 1905 noch stärker entwickelt.

Aus den Übersichten über die industriellen Verhältnisse ist das Wachstum der Steinkohlenindustrie bemerkenswert. Die Kohlenproduktion betrug in Millionen Pud 1860 17,9, 1910 1410,6 Millionen Pud im europäischen Rußland, dazu in letzterem Jahre noch 100 Mill. im asiatischen Teil.

Was die zweitwichtigste, die Baumwollindustrie, betrifft, so ist vom Jahre 1890 bis 1910 gewachsen die Zahl der Spindeln von 3 457 000 auf 8 306 000, der Verbrauch an roher Baumwolle von 8 328 000 auf 22 086 000 Pud.

Der zweite Teil des Jahrbuchs bringt eine eingehende Statistik der Finanzen und des Kreditwesens und gibt für den deutschen Leser interessante Mitteilungen über das Wachstum der russischen Staatsfinanzen. Im Jahresdurchschnitt 1891—1895 erreichten die gewöhnlichen Einnahmen 1076 Mill. Rbl., die Ausgaben 988 Mill. Rbl.; in den Jahren 1906—1910 waren die Einnahmen 2489 Mill., die Ausgaben 2314 Mill. Die Zunahme beträgt also dort 96%, hier 191%.

Der dritte Abschnitt behandelt das Verkehrswesen. Es zeigt im Durchschnitt der Jahrfünfte 1881/85 und 1906/10 die Einfuhr ein Anwachsen von 549,8 auf 1204,6 Mill., die Ausfuhr von 528,5 auf 910,3 Mill. Rbl. Weiter folgen Angaben über die Preise besonders wichtiger Waren, über Eisenbahnen, See- und Flußschiffahrt, sowie Versicherungs- und Genossenschaftsstatistik.

Als erster Versuch ist das Statistische Jahrbuch natürlich nicht ohne Lücken. Einzelne Abschnitte, wie die Versicherungs- und Genossenschaftsstatistik, sind nicht genügend ausgearbeitet; auch fehlen Angaben über die in Rußland sehr zahlreichen landwirtschaftlichen Genossenschaften und über die Hausindustrie, das sogenannte Kustargewerbe; auch sind keine graphischen Darstellungen bei

gegeben. Im ganzen ist es aber der Redaktion gelungen, das Ziel, das sie sich gesetzt hat, zu erreichen. Aus dem Jahrbuch gewinnt man einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage der russischen Bevölkerung, und es kann dank der zweckmäßigen Auswahl und Anordnung des Stoffes als Hilfsmittel für das Studium der russischen Volkswirtschaft warm empfohlen werden.

C. Wobly (Kiew).

Die Entwicklung der Mannheimer Industrie von 1895 bis 1907 und ihr Einfluß auf das Wohnungswesen. Die Hauptaufgabe der unter obigem Titel erschienenen (Macklotsche Buchdruckerei, Karlsruhe i. B. 1912; 1 ℳ 50 ₰) volkswirtschaftlich-statistischen Dissertation von P. Gerhard besteht darin, „den etwaigen Zusammenhang zwischen der Industrie einerseits und der (städtischen) Bevölkerungsdichte, sowie dem Wohnungswesen andererseits" aufzusuchen und darzulegen. Die Entwicklung Mannheims schlug nach der i. J. 1862 beendeten Rheinkorrektion bekanntlich ein Tempo ein, „das nur als ein amerikanisches bezeichnet werden kann". Wurde die Stadt doch aus einem Platze mit rund 28000 Einw. i. J. 1862 eine Großstadt mit gegenwärtig mehr als 200000 Einw., und in dieser Großstadt bildet jetzt nicht mehr „der Kaufmann mit seinen Angestellten den Hauptbestandsteil der Bevölkerung, sondern die Industrie mit ihren Arbeitermassen". Das Projekt der Oberrheinregulierung mit seiner von vornherein günstigen Aussicht zwang Mitte der 90er Jahre Mannheim zur Anlage eines städtischen Industriehafens, der dieser Stadt in der Industrie eine weniger leicht bewegliche und nicht so trügerische wirtschaftliche Basis als es der Handel war, geben sollte. Und die Industrie entwickelte sich mächtig. Das Material zu seiner Untersuchung fand der Verfasser in den Berufs- und Gewerbe- bzw. Betriebszählungen, ferner in den Zahlen der Fabrikinspektion sowie in der Hinausgabe von Fragebogen zur Erlangung von Arbeiterziffern für jedes zwischen 1895 und 1907 gelegene Jahr. Bei der indes sehr mangelhaften Ausfüllung der Fragebogen durch die ansässigen Firmen mußten fast alle Angaben durch die Kataster des Stat. Landesamtes kontrolliert und nachgetragen, bzw. berichtigt werden. Für die Darstellung der Entwicklung der Mannheimer Industrie schien nämlich dem Verf. ein Vergleich lediglich der Anfangs- und Endjahre miteinander zu ev. falschen Schlüssen zu führen. Darum glaubte er auch die Zwischenjahre in den Kreis seiner Untersuchung einbeziehen zu müssen, zumal er ja auch besonders „das Jahr 1901 mit seiner folgenschweren Krisis keineswegs spurlos an der Mannheimer Industie vorüberziehend" mit behandeln wollte. Neben den Wirkungen suchte der Verf. auch die Bewegung selbst zu erfassen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind kurz folgende: Die Industrie entwickelt sich zum Großbetrieb, wobei als weitere Folge aus dieser Entwicklung die Vereinfachung der Gewerbegruppen innerhalb der Mannheimer Industrie sich ergibt. Durch das Steigen der Bodenpreise im Stadtinneren im Gefolge der Citybildung wandert die Industrie nach außen. Was an Industrie zuwandert, siedelt sich sofort draußen an. Diese Wanderung der Industrie beeinflußt nun das Wohnungswesen folgendermaßen: Die Innenstadt wird wieder ein geeignetes Wohnviertel für mittlere Klassen, die Wohndichte vermindert sich, ausgesprochen schlechte Wohnquartiere werden immer seltener. Im Gegensatz zu dieser sozial günstigen Entwicklung steht jene der Vororte, welche jetzt Standorte der Industrie sind und die Arbeiter nach sich ziehen. Da nun die Zahl der für sie verfügbaren Wohnungen meist gering war, begegnet eine mit zunehmender Zuwanderung beständig zunehmende Wohndichte, die aus ursprünglich meist ländlichen Vororten allmählich Arbeiter-Vorstädte macht.

E. Müller.

Vermischte Mitteilungen.

Internationale Baufach-Ausstellung Leipzig 1913. Diese Ausstellung wird nach einer Mitteilung des Direktoriums eine wissenschaftliche Fachgruppe „Statistik" enthalten. Ehrenvorsitzender ist Geh. Regierungsrat Würzburger. Neben zwei technisch-statistischen Abteilungen für Städtebaustatistik und für Ingenieurstatistik ist eine Abteilung für volkswirtschaftliche Statistik mit Direktor Wolff in Halle als Vorsitzendem gebildet worden, deren Mitglieder die Leipziger Professoren Geheimrat Stieda, Schmid, Biermann, Plenge, Eulenburg sowie die Städtestatistiker Weigel (Leipzig), Landsberg (Magdeburg), Neefe (Breslau) und Schäfer (Dresden) sind. Geplant ist die Ausstellung vergleichender Darstellungen aus der Grundbesitz-, Bau- und Wohnungsstatistik.

Zur Pflege der Boden- und Baustatistik. Der neue Bund zum Schutze von Grundbesitz und Realkredit, dessen Direktor bekanntlich der ehemalige Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes van der Borght ist, hat einer Zeitungsnotiz zufolge die Bildung eines Ausschusses für Statistik beschlossen. Noch mehr vielleicht wie die obenbezeichnete Fachgruppe der Leipziger Ausstellung könnte der wohl als dauernde Einrichtung gedachte Ausschuß des Bundes in mancher Hinsicht sehr nützlich wirken, beispielsweise, wenn er die in den Kreisen der Städtestatistiker vorhandenen Bestrebungen nach Schaffung größerer Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit in der Wohnungsstatistik unterstützen wollte. Die üblichen Haus- und Wohnungsgrundrisse sind heute in Deutschland wirklich nicht mehr so verschiedenartig, daß es notwendig wäre, als Maßstab für die Wohnungsgröße hier das „heizbare Zimmer", dort das „Zimmer", den „Wohnraum" oder den „Raum" zugrunde zu legen, hier die Küche als Wohnraum mitzuzählen, dort nicht. Der bekannte Streit der Großberliner Statistiker über die „überfüllten" Wohnungen müßte allen Kennern der Wohnungsstatistik die Unbrauchbarkeit des „heizbaren Zimmers" als Maßstabes deutlich bewiesen haben.

Wieviele Landwirte sind in der Lage, Getreide zu verkaufen? In welchen Mengen erfolgt der Verkauf? Welchen Betriebsgrößenklassen gehören diese Landwirte an? Das sind Fragen, über welche die Meinungen noch sehr geteilt sind und über die nur wenig ziffernmäßige Unterlagen vorliegen. Eine Reichserhebung, wie sie der Abgeordnete von Schulze-Gaevernitz im Namen seiner Partei in der 30. Reichstagssitzung am 19. März 1912 beantragt hat, würde sicher viel wertvolles Material bringen, aber nur dann, wenn der Verkauf und Zukauf von Getreide, Mehl, Brot u. a. auch richtig ermittelt wird. Das ist aber nicht so einfach, da doch viele Produzenten sich ungern in ihre Produktionsverhältnisse schauen lassen und entweder sehr ungenaue oder gar keine Angaben machen. Außerdem sind die Verkaufs- und Zukaufsmöglichkeiten nicht jedes Jahr dieselben. Fällt z. B. die Erhebung in ein Jahr, in welchem die Ernte schlecht ist oder in dem ein großer Teil des Landes durch Hagel, Überschwemmung u. a. gelitten hat, so wird sich das

Bild sehr zu ungunsten der Überschußwirtschaften gestalten. Es würde sich eine sehr eingehende Fragestellung nötig machen, um alle Zweifel zu beheben.

Der einzige Bundesstaat, in welchem die obengenannten Fragen bisher eingehender, d. h für alle landwirtschaftlichen Betriebe, behandelt worden sind, ist das Großherzogtum Baden. Dort haben die Amtsvorstände im Frühjahr 1902 freiwillig, ohne Anordnung der Regierung, in sämtlichen Gemeinden ihres Bezirkes Erhebungen über den Verkauf von Brotgetreide angestellt. Nach dem Ergebnis, welches in dem Werk von Dr. Moritz Hecht „Die badische Landwirtschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts" Seite 65 ff. veröffentlicht ist, gab es in Baden im Jahre 1902 unter 387403 Familien oder Haushaltungen, 190513 oder 49,2 %, welche überhaupt keine Brotfrucht bauten, 83413 oder 21,5 %, welche weniger Brotfrucht bauten, als zur Deckung ihres Jahresbedarfs notwendig war, 56468 oder 14,6 %, welche den ganzen Jahresbedarf an Brotfrucht bauten und nur 57009 Familien oder 14,7 %, welche mehr Brotfrucht bauten, als zur Deckung des Jahresbedarfs nötig war. Von letzteren Familien hatten 48062 oder 84,3 % unter 50 Zentner, 6647 oder 11,6 % 50 bis unter 100 Zentner und 2300 oder 4,1 % 100 und mehr Zentner verkaufsfähigen Überschuß.

Der Anteil der Überschußwirtschaften an der Gesamtzahl der Haushaltungen ist natürlich in den einzelnen Amtsbezirken sehr verschieden und schwankt zwischen 0,5 und 50,1 %, er wird in der Hauptsache durch die Bodenverhältnisse und Höhenlage der Bezirke beeinflußt.

Auf die Frage, welchen Flächenumfang ein landwirtschaftlicher Betrieb haben muß, um überschüssiges Brotgetreide verkaufen zu können, hat sich die Untersuchung nicht ausgedehnt. Dr. Hecht kommt aber auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1895, bei welcher in Baden 53904 landwirtschaftliche Betriebe von über 5 ha Größe gezählt worden seien, zu der Annahme, daß, da die Zahl dieser Betriebe nur um 3105 Betriebe hinter der Zahl der Brotgetreide verkaufenden Familien zurücksteht, im Großherzogtum Baden der Verkauf von Brotgetreide im Durchschnitt bei einer Betriebsfläche von 5 ha beginnt. Dem Verfasser ist aber insofern ein Irrtum unterlaufen, als unter den angeführten 53904 landwirtschaftlichen Betrieben sich 14219 befinden, welche zur Größenklasse 4 bis unter 5 ha gehören. Es würde demnach in Baden der Brotgetreideverkauf nicht durchschnittlich mit 5, sondern schon mit 4 ha beginnen.

Eine ähnliche Statistik über den Getreideverkauf, aber nicht so umfänglich, d. h. nur ungefähr den 10ten Teil aller landwirtschaftlichen Betriebe umfassend und deshalb nur schwer vergleichbar mit der badischen Erhebung hat der Bund der Landwirte im Königreich Sachsen aufgestellt, und zwar durch Anfragen an kleinere und kleinste Landwirte, ob und wieviel Getreide sie jährlich aus ihrer Wirtschaft zum Verkauf bringen. Die Erhebung hat sich nicht allein auf Getreide, sondern auch auf den Verkauf von Rindern, Schweinen, Kälbern und Butter erstreckt. Eine Übersicht über das Ergebnis findet sich in der „Sächs. Landw. Zeitschrift" No. 35 vom Jahre 1911, Seite 459. Im Königreich Sachsen verkaufte darnach durchschnittlich ein Besitzer von bis 2 ha Land 20,38 Zentner Getreide, ein Besitzer von 2 bis 5 ha Land 46,2 Zentner Getreide, ein Besitzer von 5 bis 10 ha Land 103 Zentner Getreide und ein Besitzer von 10 bis 20 ha Land 215,78 Zentner Getreide. Auch hier ist der Getreideüberschuß in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden und im Bezirk Dresden-Neustadt am niedrigsten bemessen, da hier die Bonität des Bodens sehr viel zu wünschen übrig läßt. Am günstigsten sind hierin durchschnittlich die Besitzer in der Döbelner, Leisniger und Leipziger Gegend gestellt, die das meiste Getreide jährlich verkaufen.

Würden diese Angaben auch für die nicht befragten Haushaltungen zutreffen, so gäbe es im Königreich Sachsen auf Grund der Betriebsstatistik von 1907 allein 48007 Landwirte oder 27 % aller Betriebe, die im Durchschnitt jährlich über 100 Zentner Getreide verkaufen. In Baden waren es aber 1902 nur 2300 Familien oder noch nicht 1 Prozent aller Betriebe, die einen Überschuß von 100 und mehr Zentner Brotgetreide hatten. Obwohl sich hier Getreide und Brotgetreide gegenüberstehen und sich in Baden, wenn der Überschuß an Hafer und Gerste noch hinzugerechnet würde, das Bild noch um einige Prozent veränderte, so ist der Unterschied zwischen beiden Erhebungen doch ein recht auffälliger. *R. Georgi.*

Aus der medizinalstatistischen Literatur. In der „Zeitschrift für Säuglingsschutz", IV. Jahrgang, 1912, Heft 10, findet sich folgende Mitteilung: „Mehr Jungen als Mädchen. In Reuß ä. L. ist die interessante Tatsache zu verzeichnen, daß in den Geburtsregistern die Zahl der Knaben größer ist als die der Mädchen. Von 1862 Neugeborenen waren 951 Knaben und 911 Mädchen. Bei dem großen Überwiegen der weiblichen Geburtsziffern im Reiche dürfte Reuß ä. L. der einzige deutsche Bundesstaat sein, der mehr Jungen als Mädchen hat, was freilich bei seiner Kleinheit nicht viel besagen will."

Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein so bekanntes, von der Statistik aufgedecktes Naturgesetz, daß überall und nicht nur in Reuß ä. L. mehr Knaben als Mädchen und zwar in einem ganz bestimmten Verhältnis geboren werden, einem Kinderarzte nicht bekannt ist. Die hier offenbarte Unbekanntschaft mit den einfachsten statistischen Ergebnissen zeigt wieder einmal, wie vorsichtig man die in medizinischen und hygienischen Zeitschriften von statistischen Laien aufgeführten „statistischen Tatsachen" beurteilen muß. *E. Roesle.*

Bibliographie.[1])

15. Literatur der landwirtschaftlichen Statistik von 1911 an.

(Fortsetzung zu Nr. 9.)

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

[Siehe die Vorbemerkungen in Sp. 285].

Hessen. Anbaufläche und Ernteerträge im Großh. Hessen i. J. 1910. (Mitt. hess. Landesstat. Nr. 907.)
— desgl. f. 1911. (Ebd., Nr. 929.)
— desgl. f. 1900 u. 1901. (Ebd., Nr. 919.)
Bewertung der Getreideernte im Großh. Hessen und im Reich 1911. (Ebd., Nr. 929.)
Leithinger, Der Stand der Landwirtschaft im Großh. Hessen. (Jahrb. d. D. Ldw.-Ges. 1911, S. 427 bis 434.)
Ihne, E., Bodenbenutzung und Anbauverhältnisse im oberen Odenwald. (Mitt. hess. Landesstat. Nr. 907.)
Rudloff, H. L., Wirtschaftsergebnisse eines mittleren bäuerlichen Betriebes im hessischen Bergland. 1888—1909. (Jahrb. f. Gesetzgeb. usw. 1911, 1.)
Preußen. Aufwendungen, staatliche, zur Förderung der Landwirtschaft in Preußen. (Stat. J.-B. Preuß. Staates 1911, S. 120 ff.)
Besitz- und Betriebseinheiten, landwirtschaftliche, in Preußen (Stat. Korr. 1911, 6).
Dampfpflüge, die, in Preußen vom 1. IV. 1910. (Ebd., 23.)
—, desgl. vom 1. IV. 1911. (Ebd. 1912, 16.)
Darstellung über die Werte von 303 seit dem Jahre 1900 angekauften Domänen und deren wirtschaftliche Ergebnisse. [N. 57 der Drucks. des preußischen H. d. A. 1912] (28 S.)
Ermittelung, die, des Anbaues in Preußen 1910, 1911, 1912. (Sondernummer d. Stat. Korr. v. 26. VII. 1912 u. D. R.-Anz. 1911, 177 u. 210.)
Ernte, die, in Preußen 1911 (Stat. Korr. v. 30. XI. 1911).
Ernteschätzungen, die vorläufigen, für Kartoffeln u. Zuckerrüben in Preußen. Anfang Oktober 1911. (D. Reichs-Anz. 1911, 197 u. 227.)

1) Im 4. Jahrg. Nr. 8 Sp. 244 ist bei Heft 23 der „Charlottenburger Statistik", das keinen Verfassernamen trägt, F. Winkler als solcher bezeichnet. Der Bearbeiter der Bibliographie wurde von Dr. E. Simon darauf aufmerksam gemacht, daß er der eigentliche Verfasser und der Irrtum jedenfalls von dritter Seite veranlaßt sei.



— desgl. für die wichtigsten Körnerfrüchte und für Kartoffeln in Preußen nach dem Stande vom Anfang August, Anfang September und Anfang Oktober 1911. (Stat. Korr. 1911, 34 u D. R.-Anz 1911, 187, 214 u. 239.)
Erntevorschätzung für die wichtigsten Körnerfrüchte in Preußen nach dem Stande vom Anfang August u. Anfang September 1912. (Sondernummer d. Stat. Korr. v. 8. VIII u. v. 7. IX. 1912.)
— desgl für Winterroggen in Preußen nach dem Stande vom Anfang Juli 1912 (desgl. v. 11. VII. 1912).
Hansen, Versuchsergebnisse, die, von Dikopshof (b. Bonn) 1908 u 1909 (Erg.-Bd. I zu d Ldw. Jahrb., 40. Bd.) (VII, 430 S.) Berlin, Parey. M 8 —.
Hektarerträge der wichtigsten Fruchtarten in Preußen 1908—1911 in kg. (Stat. Jahrb. f. 1911, S. 118.)
Hopfenernte in Preußen 1911. (Stat. Korr. 1911, 38.)
Kartoffeln; Die vorzugsweise Kartoffeln verarbeitenden Gebiete Preußens und deren Ernte an solchen 1911. (Ebd. 1912, 13.)
Landwirtschaft in Preußen; Wie weit stützt sich die — auf Eigenland? (Ebd 1911, 33.)
Landwirtschaftsbetriebe; Wie weit werden große — in Preußen von Inhabern anderer Berufe bewirtschaftet? (D. Reichs-Anz. 1911, 223.)
— im Verhältnis zu den Kreditvereinen in Preußen. (Stat. Korr. 1912, 48.)
Petersilie, A., Eigenland u. Pachtland in der Landwirtschaft Preußens 1895—1907. (Ztschr. Kgl. Preuß. Stat. L.-A. 1911, III, S. 249—278.)
—, Der feldmäßige Gemüsebau in Preußen, nach landwirtschaftlichen Betriebsgrößenklassen. (Ebd. 1911, I.)
—, Verbreitung der landwirtschaftlichen Groß-, Mittel- u. Kleinbetriebe Preußens über das Staatsgebiet. (Ebd. 1912, II, S. 93—174.)
Saatenstand, Der, in Preußen, September 1911 (Sondernummer d. Stat. Korr. v. 5 IX. 1911.)
— desgl., Anfang Dezember 1911. (Desgl. v 6. XII. 1911.)
— desgl., Anfang April 1912. (Stat. Korr. 1912, 14.)
— desgl., Anfang Mai 1912. (Ebd. 1912, 18.)
— desgl., Anfang Juni 1912. (Sondernummer der Stat. Korr. v. 4. VI. 1912.)
— desgl., Anfang Juli 1912. (Desgl. v. 4. VII. 1912.)
— desgl., Anfang September 1912. (Desgl. v. 4. IX. 1912.)
— desgl, Anfang Oktober 1912. (Stat. Korr. 1912, 49.)
Schätzungen der Mittelernte in Preußen im Durchschnitt der Jahre 1906—1910. (Stat. Jb. f. 1911, S. 117.)
Statistik der Landwirtschaft im preußischen Staate f. d. J. 1910. [Preuß Statistik, Bd. 225.] (IV, XLVI, 65 S.) Berlin, Kgl. Stat. A. 1911. ℳ 3.—.
Übersicht über die Ergebnisse der Verpachtung der 1912 pachtfrei werdenden Domänenvorwerke in Preußen. [Drucks. d H. d. Abg. 1912, Nr. 12] (21 S.)
Verhältnis der 1911 geernteten Hektarerträge zu einer Mittel- (Normal-) Ernte in Hundertteilen (Stat. Jahrb. f. 1911, S. 119.)
Niekammer, Güter-Adreßbuch f. d. Prov. Pommern. 3 Aufl. (XLII, 313 S.) Leipzig 1911. ℳ 10.—.
Entwicklung, Die, der Landwirtschaft der Prov. Posen 1906—1910. (147 S.) Bericht der Landwirtschaftskammer. Posen, Ldw. Zentralbl. 1911. ℳ 1.—.
Landwirtschaft und Landwirtschaftskammer in der Provinz Sachsen 1906—1910 (301 S.) Halle a. S., Otto Thiele 1911.
Reichert, R., Handbuch des Grundbesitzes der Prov. Schleswig-Holstein. Unter amtlicher Mitwirkung. 2. Aufl. (VIII, 16, 384 u. 40 S.) Berlin, Nicolai 1911. ℳ 10.—.
Entwicklung, Die, der Landwirtschaft von 1906—1910 in der Provinz Westfalen. (Jahresber. Ldw.-K. Westfalens 1911, Münster 1912, S. 158—198.)
Betriebsverhältnisse der unter der westfälischen Provinzialverwaltung stehenden Güter v. 1. VII. 1909 bis 30. VI. 1910. (Verh. Westf. Provinzial-Landtags 1911, S. 92—120.)
Ruhrau, E., Die landwirtschaftlichen Verhältnisse Westpreußens in der Gegenwart. (305 S.) Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht 1911. ℳ 8.—.
Staehly, Die Landwirtschaft im R.-Bez. Cassel und Fürstentum Waldeck. (Jahrb. D. Ldw.-Ges. 1911, S. 407—426.)
Fock, E., Die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse im Reg.-Bez. Stralsund [Arb. d. D. Ldw.-Ges. 183 H.] Berlin, Parey. ℳ 2 —.
Keiser, Der Stand der Landwirtschaft im Reg.-Bez. Wiesbaden (Jahrb. d. D. Ldw.-Ges. 1911, S. 630—647.)
Hinrichs, P., Wirtschaften, großbäuerliche in Dithmarschen. [Arb. d. D. Ldw.-Ges. 188 H.] (IX, 80 S.) Berlin, Parey. ℳ 2.—.
Schmitz, L., Die landwirtschaftlichen Verhältnisse der Eifel, besonders in den Kreisen Schleiden, Daun, Prüm und Bittburg. Diss. Jena 1911. (VIII, 178 S.)
Kartoffelernte einzelner Kreise in Preußen. (D. R.-Anz 1911, 2)
v. Wolf, C., Betriebsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft; XIX, Kreis Calau. [Arb. d. D. L.-Ges., Heft 212] (92 S.) Berlin, Parey 1912. ℳ 1 50.
Vasters, J. u. G. Jungfer, Betriebsverhältnisse d. deutschen Landwirtschaft: XVII, Kreise Erkelenz, Geilenkirchen u. Jülich. [Arb. d. D. L.-Ges., Heft 207.] Berlin 1912. (155, 104 S. u. Tab.)

Sachsen. Anbauflächen der wichtigsten Feldfrüchte und Wiesen im Kgr. Sachsen sowie ihr durchschnittlicher und gesamter Ertrag i. J. 1910. (Stat. Jahrb. f. K. S. 1912. S. 102—110.)
Dauerweiden im Kgr. Sachsen. (Ebd. S. 111.)
Jahresbericht über die Landwirtschaft im Kgr. Sachsen f. 1911. Herausgegeben vom Landeskulturrat. (289 S.) Dresden, Päßler. ℳ 5.—.
Schöne, Br., Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft im nördlichen Königreich Sachsen. [Arbeiten d. D. Ldw.-Ges, H. 192.] (VIII, 85 S.) Berlin, Parey. ℳ 2.—.
Verwendung der landwirtschaftlich genutzten Fläche. (Stat. Jahrb. f. 1912, S. 110.)
Erzeugnisse des Ackerbaues im Bezirk der Handelskammer Zittau. (Jahresbericht f. 1911, S. 99 ff.)

Thüringen. Lindth, Der Stand der Landwirtschaft in Thüringen. (Jahrb. d. Ldw.-Ges. 1911, S. 435—476.)
Ermittelung des Anbaus und des Ernteertrags im Herz. Sachsen-Altenburg f. 1910. (Stat. Mitt Nr. 70.)
Klügel, K., Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft im Herz. Sachsen-Altenburg. [Arbeiten d. D. Ldw.-Ges., H. 195] (VIII, 114 S.) Berlin, Parey ℳ 1.50.
Hoffmann, L, Die Landwirtschaft im Bezirke des landwirtschaftlichen Vereins Gößnitz (Mitt. d. Ldw.-Kammer f. d. Herz. Sachsen-Altenburg 1911, Nr. 7 u. 8.)
Anbau- u Erntestatistik 1911 i. Herzgt. Sachsen-Meiningen. (Statistik, Bd 12, Nr. 3.)

Waldeck. Staehly, Die Landwirtschaft im Fürstentum Waldeck. (Jahrb. d. D. Ldw.-Ges. f. 1911, S. 407—426).

Württemberg. Anbau, Der landwirtschaftliche, in Württemberg i. J. 1911 (Mitt. Stat. L.-A. Württbg. 1911, 8 u. 9.)
Ergebnisse der landw. Betriebsstatistik v. 12. 6. 1907. (Stat. Hdb. f. 1910 u. 1911, S. 77—87.)
Ernteertrag, Der, der Feldfrüchte in Württemberg im Jahre 1910. (Mitt. d. Württ. Stat. L.-A. 1911, 13)
— 1878—1911 (Stat. Handbuch f. 1910 u. 1911, S. 72 ff.)
Flächen, Die landw. benutzten, 1854—1911. (Ebd. S. 71.)
Trüdinger, Die landwirtschaftliche Bodenbenutzung und der Ernteertrag in Württemberg i. J. 1910. (Württbg. Jahrbuch 1911, 2.)

Schweiz. Jahrbuch, landwirtschaftliches, der Schweiz. Herausgegeben vom schweiz. Landwirtschaftsdepartement. 25. Jg. 1911. (III, 467 u. 133 S. mit Taf. u. Tab.) Bern, Wyß. ℳ 6.—.
—, desgl. f. 1912 (ca. 600 S.) Ebd. ℳ 7.—.
Ergebnisse der eidgenössischen Betriebszählung von 9. VIII 1905. Nachtrag z. Bd. 2: Die Betriebe der Urproduktion. 1. Teil: Die landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen. [Schweiz. Statistik, 172 Lfg Bern, Franke, 1911. (IV, 118 S.) ℳ 3.—.

Lage, die, der schweizerischen Landwirtschaft 1901 bis 1909. (Agrarpol. W.-Schr. 1911, 32.)

Landwirtschaft, die, im Kanton Aargau. Festschrift z 100 j. Bestehen der aarg. landw. Gesellschaft. (83 u. 357 S.) Aargau, Sauerländer 1911. ℳ 5.80.

Gutzwiller, C., Landwirtschaftliche Entwicklung im Kanton Baselland, im 19. Jahrhundert. (94 S.) Diss. Basel 1911.

Statistik, landwirtschaftliche, des Kantons Bern 1908 und 1909. [Mitt. Bernischen stat. Bureaus 1910, II.] Bern 1911. (122 S.)

Beiträge zur Wirtschaftsstatistik des Kantons Zürich: Arealverhältnisse 1910. [Stat. M. Kanton Zürich H. 108.] Winterthur 1911 (108 S.).

(Schluß folgt.)

Fragekasten.

Dr. F. J., Berlin. — In der Besprechung über „Nürnbergs Leerwohnungen" (D. St. Z. 1912 Nr. 9 Sp. 266) sagt der Verfasser kurz hintereinander: 1. daß normalerweise zwischen der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen und der leerstehenden Kleinwohnungen dasselbe Verhältnis bestehen müsse wie zwischen der Gesamtzahl der Wohnungen und der Kleinwohnungen überhaupt, und 2. daß in Nürnberg deswegen auf eine leerstehende größere Wohnung etwas mehr als zwei leere kleine Wohnungen fallen müßten, daß daher der Normalsatz von 3 % in Industriestädten wie Nürnberg für die Kleinwohnungen nur die unterste, bei den sonstigen Wohnungen aber die oberste Grenze bilden sollte. — Aus dem Satze zu 1. ist doch logischerweise zu folgern, daß der Prozentsatz der Leerwohnungen bei Groß- und Kleinwohnungen der gleiche sein müßte! Und was hat das Verhältnis von 1 : 2 zwischen Groß- und Kleinwohnungen überhaupt mit der Höhe des Prozentsatzes der leeren Wohnungen zu tun? Bei 10 und bei 50 % leeren Wohnungen könnte jenes Verhältnis doch auch gewahrt werden!

Antwort: Dr. F. J. hat vollständig recht Das Wort „daher" ist nicht am Platze Wenn Satz 1 richtig ist, muß auch der Prozentsatz der leerstehenden bei Klein- und Großwohnungen der gleiche sein. *O. Petrenz.*

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

